

**Wilhelm Deist / Manfred Messerschmidt /
Hans-Erich Volkmann / Wolfram Wette**

Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges

Fischer



»Die Breite der Anlage, der Reichtum an Informationen, die Intensität der Interpretationen, das Bemühen um Ausgewogenheit im Urteil, das Ziel, nicht dem Spezialisten des Fachs, sondern einer weiten historisch-politisch interessierten Öffentlichkeit eine umfangreiche Darstellung in die Hand zu geben... kurzum: die Großzügigkeit im Ganzen, lassen dieses Werk als repräsentative Darstellung des Zweiten Weltkrieges erscheinen.«

Andreas Hillgruber, in: FAZ

»Ein großer Wurf, fast eine revolutionäre Tat in der militärgeschichtlichen Forschung...« **Karl-Heinz Janßen, in: DIE ZEIT**

»Das Buch ist das beste, das es über die Hintergründe und den Beginn des Zweiten Weltkrieges gibt.« **Hans Mommsen**

Fischer



aktualisierte, ungekürzte Ausgabe

ISBN N 3-596-24432-3

Die Originalausgabe erschien 1979
unter dem Titel ‚[Ursachen und Voraussetzungen der Deutschen Kriegspolitik](#)‘
als Band 1 der vom
MILITÄRGESCHICHTLICHEN FORSCHUNGSAMT Freiburg/Br.
herausgegebenen Schriftenreihe
‚Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg‘

Aktualisierte, ungekürzte Ausgabe
Veröffentlicht im Fischer Taschenbuch Verlag GmbH,
Frankfurt am Main, September 1989

Lizenzausgabe mit freundlicher Genehmigung
der Deutschen Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart
© 1979,1989 Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart
Umschlaggestaltung: Buchholz/Hinsch/Hensinger
Unter Verwendung der Photographie
‚Adolf Hitler trifft zur Kundgebung im Lustgarten ein
1. Mai 1934‘

(Ullstein Bilderdienst, Berlin)
Kartenskizzen und Graphiken:
Hans Gaenshirt, Vera Kluge, Rolf Schindler
(Kartographische Zeichenstelle des
Militärgeschichtlichen Forschungsamtes)
Satz: Fotosatz Otto Gutfreund, Darmstadt
Druck und Bindung: Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany
ISBN 3-596-24432-3

Eingelesen mit [ABBYY Fine Reader](#)

Inhalt

Vorwort	11
Einleitung	13

Erster Teil

Ideologien, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzungen der Kriegspolitik des Dritten Reiches

(Wolfram Wette)

I. Militaristische und pazifistische Ideologien in der Endphase der Weimarer Republik	25
1. Das Problem: Militarismus in der Weimarer Republik und Zweiter Weltkrieg	25
2. Nationalsozialistische Gewaltideologie und Hitlers Kriegspläne	32
3. Der Militarismus der «Nationalen Opposition».....	40
a) Frontsoldatenbund «Stahlhelm»	41
b) Deutschnationale Volkspartei	47
c) Literatengruppe «Soldatischer Nationalismus»	51
d) Studentenschaft	58
4. Die Stellung des Protestantismus zum Krieg.....	62
5. Zwischen Verständigungspolitik, Obrigkeitsglauben und Kriegstheologie: Katholische Kirche und Zentrumspartei ...	71
6. Der politische Liberalismus im Sog des Nationalismus: Deutsche Volkspartei und Deutsche Demokratische Partei ...	80
7. Die Politik der friedlichen Verständigung: Sozialdemokratie, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und Gewerkschaften	89
8. Der organisierte Pazifismus in der Isolation.....	100
9. Abstrakte Warnungen vor imperialistischen Kriegsgefahren: KPD und Komintern	103
10. Die Welle der Kriegsbücher und Kriegsfilme seit 1929	110
II. Die propagandistische Mobilmachung für den Krieg	117
1. Die nationalsozialistische Propaganda vor 1933	117
2. Ideologische Gleichschaltung: Propagandaapparat, Massenmedien und Kontrollsysteme 1933-1939	125
3. Politik der Täuschungen: Hitlers und Goebbels' «Friedensreden» (1933-1936)	133

4. Die Rolle der Wehrmacht bei der psychologischpropagandistischen Kriegsvorbereitung	143
5. Von den Friedensbeteuerungen über die Einschüchterungspropaganda zur prophylaktischen Kriegsschuldabwälzung (1936-1939)	151
6. Kriegsfurcht und Friedenshoffnungen in der deutschen Bevölkerung ..	162
III. Innenpolitische Formierung im Dienste der Kriegsvorbereitung . .	170
1. Gleichschaltung und bereitwillige Kooperation	171
2. Die Bestechungsstrategie sozialpolitischer Zugeständnisse . . .	177
3. Emigration und Widerstand.....	184
4. Terror als Disziplinierungsmittel.....	192
5. Militarisierte «Volksgemeinschaft».....	198

Zweiter Teil

Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges

(Hans-Erich Volkmann)

I. Von der Weltwirtschaft zur Grossraumwirtschaft	211
1. Die Weltwirtschaftskrise in Deutschland als Krise des liberalen Wirtschaftssystems.....	211
2. Die nationalsozialistische «Alternative»	226
II. Die NS-Wehrwirtschaft	248
1. Das System der sogenannten Wehrwirtschaft	248
2. Organisation und Lenkung der Landwirtschaft	254
3. Die Ausrichtung der gewerblichen Wirtschaft auf die Rüstungsbedürfnisse	258
4. Disziplinierung der Arbeitnehmer: Treuhänder der Arbeit und Deutsche Arbeitsfront	270
5. Die Wehrwirtschaftsadministration	273
III. Arbeitsbeschaffung und Rüstungskonjunktur	276
1. Arbeitsbeschaffung und indirekte Aufrüstung	276
2. Arbeitsbeschaffung und direkte Aufrüstung.....	285
3. Wehrwirtschaft als Krisenwirtschaft	292
IV. Die NS-Wirtschaft unter dem «Neuen Plan»	302
1. Inhalt und Struktur des «Neuen Plans».....	302
2. Versorgungssicherung durch aussenwirtschaftliche Expansion .	308
3. Binnen wirtschaftliche Au tarkisierungsmassnahmen	314
V. Die Wehrwirtschaft im Zeichen des Vierjahresplans	329
1. Motivation und Zielsetzung des Vierjahresplans.....	329
2. Die institutionelle Verankerung des Vierjahresplans.....	336
3. Die Lenkung von Arbeit, Lohn und Konsum im Vierjahresplan	344
4. Agrar- und Ernährungspolitik unter dem Vierjahresplan	353

	5. Vierjahresplan und industrielle Mobilisierung	358
	6. Vom Aussenhandel zur Grossraumwirtschaft	367
VI	Rüstungswirtschaft und Aggression	375
	1. Die wirtschaftliche Ausbeutung Spaniens während des Bürgerkrieges ...	375
	2. Die wehrwirtschaftliche Bedeutung des Anschlusses Österreichs	381
	3. Die Eingliederung der Sudetengebiete in die deutsche Wehrwirtschaft ...	386
	4. Das Protektorat Böhmen und Mähren unter wehrwirtschaftlichen Aspekten.....	392
	5. Die Rolle der Slowakei in der wirtschaftlichen «Neuordnung» Europas..	397
	6. Die Einbeziehung Südosteuropas in die deutsche Wehr- und Grossrau- mwirtschaft	401
VII	Die wirtschaftliche Kriegsbereitschaft des Dritten Reiches	412
	1. Die agrarwirtschaftliche Versorgungsbilanz im Grosswirtschaftsraum....	412
	2. Die rohstoffwirtschaftliche Lage im Grosswirtschaftsraum	417
	3. Die kriegswirtschaftliche Versorgungslage Deutschlands 1939	423
	4. Die überlasteten Wirtschaftskapazitäten	429

Dritter Teil

Die Aufrüstung der Wehrmacht

(Wilhelm Deist)

I.	Reichswehr und Landesverteidigung.....	439
	1. Die militärpolitischen Voraussetzungen.....	439
	2. Reichswehr und Revisionismus. Die Militärpolitik Groeners . .	452
	3. Der Wandel der Rüstungspolitik 1932/33	459
II.	Die Aufrüstung der Wehrmachtteile 1933-1939	475
	1. Der Stand der Rüstungsmassnahmen im Frühjahr 1933	475
	2. Die Aufrüstung des Heeres	479
	a) Das Dezember-Programm 1933	479
	b) Die Durchführung des Dezember-Programms	488
	c) Von der Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht bis zur Rhein- land-Besetzung	494
	d) Die Planungen des Sommers 1936 und ihre Durchführung bis zum Kriegsbeginn.....	514
	3. Die Marinerüstung	535
	a) Rüstungsziele der Reichsmarine	535
	b) Rüstungsziele und deutsch-englischer Flottenvertrag	543
	c) Die Z-Plan-Flotte gegen England	555

4.	Der Aufbau der Luftwaffe	565
a)	Die Risiko-Luftwaffe 1933-1936	566
b)	Die Luftwaffenrüstung 1936-1939	583
III.	Die Wehrmacht des Dritten Reiches	595
1.	Wehrmachtrüstung und die Expansion der Wehrmachtteile . .	595
2.	Die Auseinandersetzungen um die Wehrmachtspitzengliederung	599
3.	Die «Gleichschaltung» der Wehrmacht	611
4.	Hitler und die operative Planung der Wehrmacht	621
5.	Rüstungspolitik und Krieg	634

Vierter Teil

Aussenpolitik und Kriegsvorbereitung

(Manfred Messerschmidt)

I.	Hitlers Programm und das Kontinuitätsproblem	641
1.	Die Funktion des Krieges in Hitlers «Programm»	641
2.	Programmatische Zielsetzungen	646
3.	Nebenkonzptionen	654
4.	Aussenpolitische Akzente in der Endphase des Weimarer Revisionismus und Hitler	656
5.	Kontinuität in der Aussenpolitik?	664
II.	Die Grossmächte und die werdende Grossmacht	670
1.	Bewegungsspielraum der deutschen Aussenpolitik nach der «Macht-ergreifung»	670
2.	Vorläufigkeit der Friedensordnung	682
3.	Aufrüstungsstrategie	685
III.	Strategie der bilateralen Aussenpolitik	696
1.	Der neue Ansatz	696
a)	Polen	697
b)	Frankreichs Rolle	700
2.	Englands Schlüsselrolle – Das Flottenabkommen	701
IV.	Chancen für die Hegemonie – Stresa und der Zerfall der europäischen Solidarität	714
V.	Der Weg in den Krieg 1936-1938	726
1.	Rheinland-Besetzung	726
2.	Engagement in Spanien	733
3.	Klärung der Standpunkte	736
4.	Die «Achse»	748
5.	Entschluss zum Krieg?	752
6.	Ersatzbündnis – Antikominternpakt	755
7.	Offene Expansion – Appeasement	760
a)	Der «Anschluss»	767

Inhalt	9
<hr/>	
b) Sudetenkrise. Das Blitzkriegsmodell – «Fall Grün»	771
c) Der Griff nach Prag – systematische Entwertung des Münchener Abkommens	796
VI. Die Ausgangssituation 1939	805
1. Die Formation der Kontrahenten	805
2. Zwischenspiel mit Polen. Oktober 1938-März 1939	809
3. Ost- und Südosteuropa in der deutschen und in der westlichen Strategie. Die britische Polen-Garantie	817
4. Dreieck London-Berlin-Moskau.«Anwendungsfall» Polen . .	824
 Schlussbetrachtung	 851
Abkürzungen	869
Literatur	873
Zeittafel	931
Personenregister	943
Die Autoren	953
 Skizze 1: Territoriale Veränderungen des Deutschen Reiches bis 1939	 nach 320
Skizze 2: Die politische und ökonomische Einflussphäre des Deutschen Reiches vor Beginn des Zweiten Weltkrieges . .	nach 640

Über dieses Buch Der Unterschied zwischen Kriegs- und Militärgeschichte liegt darin, dass die klassische Kriegsgeschichte Schlachten und Aufmarschpläne beschreibt, wohingegen eine moderne kritische Militärgeschichte den unauflösbaren Zusammenhang zwischen politischen, militärischen, sozio-ökonomischen und mentalitätsgeschichtlichen Bereichen darstellt.

Das vorliegende Buch ist ein Beispiel für diese moderne Sichtweise.

In vier umfangreichen Beiträgen untersucht dieser Band die Kriegsvorbereitungspolitik des nationalsozialistischen Regimes auf den Gebieten der Propaganda, der Innenpolitik, der Wirtschaftsplanung, der Aufrüstung und der Aussenpolitik.

Die Hochkonjunktur militaristischer und nationalistischer Ideologie Ende der zwanziger und Anfang der dreissiger Jahre erzeugte ein Meinungsklima, dessen sich die Hitler-Regierung bedienen konnte und das den Konsens zwischen den Führungsgruppen im Grossen und Ganzen unproblematisch machte.

Auf ökonomischem Gebiet wurde versucht, die materiellen Voraussetzungen für eine forcierte Aufrüstung zu schaffen, die eine hier zum ersten Mal dargelegte Dynamik entwickelte, von der Hitlers Politik nicht unbeeinflusst blieb.

Die Entscheidungen der deutschen Führung ab 1933 zielten zunächst auf eine möglichst rasche Überwindung der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise. Doch diese Politik diente nicht allein der ökonomischen und sozialen Stabilisierung des Landes und schon gar nicht der Stärkung des internationalen kollektiven Sicherheitssystems, sondern – langfristig gesehen – der Gewinnung einer neuen Grossmachtposition, die gerade von der Untergrabung dieses Sicherheitssystems profitieren sollte.

Sowohl in der Innen- als auch der Aussenpolitik konnte – im Hinblick auf die deutsche Geschichte vor 1933 – eine dichte Kontinuität konstatiert werden: ein wichtiger Ansatz dieses Bandes. In diesen Zusammenhang gehört unter anderem jene Selbstverständlichkeit, mit der auf den «Gewinn neuen Lebensraumes» hingearbeitet wurde.

Der Band beschäftigt sich darüber hinaus mit dem Herrschaftsgefüge des NS-Staates, mit Hitlers Führungsstil und mit der Art und Weise, in der er sein «Programm» realisierte. Aber auch die Interdependenzen mit den Reaktionen und Initiativen der Grossmächte, die das historische Geschehen ebenso beeinflussten wie die von der Aufrüstung hervorgerufenen ökonomischen «Notwendigkeiten», werden untersucht.

In einer abschliessenden Betrachtung ziehen die Autoren aus den Ergebnissen ihrer Untersuchungen ein gemeinsames Fazit.

Die Autoren siehe S. 953 f.

Vorwort

Das Erscheinen der Taschenbuchausgabe des ersten Bandes des vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt herausgegebenen Werkes ‚Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg‘ aus Anlass des 50. Jahrestages des deutschen Angriffs auf Polen am 1. September 1939 erfüllt Autoren und Herausgeber mit Genugtuung.

Dieser Band – wie insgesamt das auf 10 Bände konzipierte Gesamtwerk – unterscheidet sich in seiner Grundauffassung und Methode generell von der alten Art, Kriegsgeschichte zu schreiben. Denn nicht die detaillierte Darstellung einzelner militärischer Operationen kann dem neuen Verständnis der Militärgeschichte entsprechen. Diese befreit sich vielmehr als eine Teildisziplin der Geschichtswissenschaft, was wiederum einen interdisziplinären und reflektiv-vergleichenden Ansatz zur Folge hat. Die Einbeziehung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in eine umfassende Militärgeschichte, wie sie in diesem Band angestrebt wird, hat grundsätzlich Anerkennung gefunden.

Die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, insbesondere die Kriegspolitik, beginnt – dies ist die Meinung der Autoren – nicht erst mit den Regierungsjahren Hitlers seit 1933. Zunehmende wirtschaftliche, militärische und politische Stärke liess das Deutsche Reich der Wilhelminischen Epoche mit neuen Ansprüchen auftreten, die im Streben nach europäischer Grossmachtstellung und sodann, an der Seite Englands, nach Weltgeltung ihren Ausdruck fanden. Diese These von der Kontinuität deutscher Grossmacht- und Hegemonialpolitik und die Frage des Einflusses der in Deutschland massgeblichen wirtschaftlichen und sozialen Kräfte auf sie hat gerade deutsche Historiker in ihren Bann gezogen und steht noch immer im Mittelpunkt leidenschaftlicher Auseinandersetzungen. Dabei wird zur Stärkung des Problembewusstseins auch nach den Alternativen und dem Sinn des Geschehens gefragt. Die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges ist aber auch nicht allein mit der Kontinuität des politisch-strategischen Denkens von Eliten zu erklären. Denn Hitler ging weit über die Ziele der Weimarer Politiker hinaus, die über eine Revision des Versailler Vertrages das im Ersten Weltkrieg unterlegene Deutsche Reich zu der vormaligen innegehabten Grossmachtposition zurückführen wollten. Daher lehnte er es auch ab, die von der britischen Appeasement-Politik angebotene Chance zu nützen, reversionistische, territoriale Ziele friedlich und im Rahmen eines kollektiven Sicherheitssystems zu erreichen.

Die Autoren dieses Bandes sind angesichts der Verschränkung von aussen-, innen – und wirtschaftspolitischen mit ideologischen und militärischen Gesichtspunkten von Vorn herein von mehreren unterschiedlichen Ansätzen ausgegangen und haben die Linien der

Entwicklung auf den verschiedenen Untersuchungsfeldern gebündelt, die von ihnen als Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik erkannt worden sind. Dieser aus der militärgeschichtlichen Perspektive hervorgehende fruchtbare Zwang zu unterschiedlichen Ansätzen ist übrigens ein Kennzeichen aller Bände des Gesamtwerkes. Zu den gefestigten Ergebnissen der Forschung gehört, dass nach der «Machtergreifung» im Jahre 1933 aus der vermeintlichen Übereinstimmung in wichtigen Grundfragen gleichsam eine Art Aktionsgemeinschaft der militärischen Führung, der Wirtschaftseliten und grosser Teile des Bürgertums mit der neuen nationalsozialistischen Führung entstand, auf die sich Hitler in den Anfangsjahren stützen konnte. Doch es zeichneten sich auch bald Differenzen zwischen dem «Führer» und den traditionellen Eliten und besonders der Reichswehrspitze ab, die insbesondere die Frage der Kriegsbereitschaft sowie – vor allem – die Einschätzung des Risikos eines grossen Krieges betrafen. Es fehlte überhaupt an einer Abstimmung über Politik und Strategie. Gravierende Koordinationsmängel charakterisierten den «Führerstaat» auf vielen Ebenen. So war die Rüstungspolitik durch ein dauerndes Schwanken gekennzeichnet und – gravierender – eine Koordination der Rüstungsmassnahmen zwischen den Wehrmachtteilen nicht einmal im Ansatz erkennbar. Vor den Augen der militärischen Führung stand das Schreckgespenst des vierjährigen Ringens im Ersten Weltkrieg – und damit sah sie sich erneut vor die Existenzfrage des Reiches gestellt.

Vor diesem Hintergrund stellen die Autoren dieses Bandes in der Schlussbetrachtung differenzierend fest, dass es «eine leichtfertige Überdehnung der Kontinuitätsthese» wäre, die Politik des NS-Regimes «im Wesentlichen als eine Fortsetzung der traditionellen Tendenzen und Entwicklungslinien der nationalstaatlichen Politik zu qualifizieren». Das Konglomerat der politischen Ideen Hitlers, das sich aus rasseideologisch-sozialdarwinistischen Fixierungen und machtpolitischem Kalkül zusammensetzte, unterschied sich qualitativ von den traditionellen abendländischen Wertvorstellungen, an die sich die älteren Führungsschichten noch weitgehend gebunden fühlten. Diese essentielle Diskrepanz im jeweiligen Selbstverständnis bildete eine der Grundlagen des militärischen Widerstandes.

So versteht sich dieser Band – ebenso wie das Gesamtwerk des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes über den Zweiten Weltkrieg – als ein weiterer Beitrag zum besseren Verständnis, zu einer vertieften Erkenntnis der bewegenden Kräfte einer Epoche deutscher Geschichte, deren Konsequenzen unsere Gegenwart nach wie vor bestimmen.

Dr. Günter Roth
Brigadegeneral und Amtschef
des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes

Einleitung

Der Zweite Weltkrieg und seine Vorgeschichte sind Gegenstand einer unübersehbaren Flut wissenschaftlicher Untersuchungen. Die Archive der an diesem Krieg beteiligten Staaten stellen der internationalen Forschung immer neues Quellenmaterial zur Verfügung. Es bleiben allerdings wichtige Materialien unzugänglich, weil sie entweder durch Kriegseinwirkung vernichtet worden sind oder weil einzelne Staaten weniger grosszügig verfahren, wie etwa die Sowjetunion. Der Forschungsstand hat schon in den siebenziger Jahren die Feststellung provoziert, dass der Reichtum an Untersuchungen von Einzelproblemen und von Sachzusammenhängen in speziellen Bereichen, etwa in der Aussenpolitik, der Strategie, der Kriegführung der verschiedenen Staaten oder der Geschichte der Teilstreitkräfte, in auffallendem Gegensatz zu der Zurückhaltung steht, die Masse des Vorhandenen in Gesamtdarstellungen zusammenzufassen. Die Lücken in der Quellenlage können heute nicht länger als ernsthaftes Hindernis betrachtet werden. Viel gravierender, ja abschreckender dürfte die Fülle an Literatur und Dokumenten sein. Allein eine kürzlich erschienene Spezialbibliographie zum Thema «Italien im Zweiten Weltkrieg» führt auf über neunhundert Seiten mehr als neuntausend Titel auf.

Das Militärgeschichtliche Forschungsamt hat sich vorgenommen, eine auf zehn Bände angelegte Gesamtdarstellung mit dem Titel «Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg» zu wagen. Die kleine Gruppe der Mitarbeiter weiss, dass ihre Gesamtdarstellung nicht ein Versuch sein kann, auf irgendeinem der behandelten Untersuchungsfelder Vollständigkeit anzustreben und möglichst viele Lücken der Forschung zu schliessen. Ihr Problem war und ist, Ordnung in eine Vielfalt zu bringen.

Gegenüber der Wissenschaft hat das Militärgeschichtliche Forschungsamt die besondere Verpflichtung, die reichen Bestände des Militärarchivs in Freiburg auszuwerten. Der Wunsch, dass dies auch mit dem Ziel einer Gesamtdarstellung des Zweiten Weltkrieges geschehen möge, ist wiederholt von Vertretern der historischen Wissenschaft geäussert worden.

Dabei wird gelegentlich an eine «amtliche» Darstellung gedacht. Diese Kennzeichnung könnte Missverständnisse hervorrufen. Das Militärgeschichtliche Forschungsamt ist nicht berufen, ein Werk zu erarbeiten, das «die Sicht der Bundesrepublik Deutschland» repräsentiert. Eine solche Sicht gibt es nicht. Sie kann daher auch nicht vorgegeben werden. Es ist gute Tradition des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, in wissenschaftlicher Freiheit arbeiten und publizieren zu können. Seine Autoren haben ihre Ergebnisse vor der Wissenschaft zu verantworten. Bei einem in Teamarbeit herzustellen-

den Werk taucht das Problem auf, den Freiraum des einzelnen Autors in Einklang zu bringen mit dem Erfordernis, einen möglichst geschlossenen Band und am Ende ein möglichst in sich stimmiges Gesamtwerk vorzulegen. Mit diesen Schwierigkeiten wird die hier versuchte Darstellung fertig werden müssen. «Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg» soll in der Arbeitstradition des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes heran wachsen. Die einzelnen Bände können aufgrund der bescheidenen personellen Voraussetzungen nur nacheinander in Angriff genommen werden. Es wird versucht, ab 1979 weitere Bände in kurzen Abständen zu veröffentlichen.

Bei den Vorüberlegungen zu dem Werk standen den Autoren die verschiedenen Gesamtdarstellungen, die in einzelnen Ländern in Angriff genommen oder fertiggestellt worden sind, vor Augen. Sie zeigten die Schwierigkeiten derartiger Unternehmungen selbst da, wo von vornherein thematische Begrenzungen ins Auge gefasst wurden, wie etwa bei dem amerikanischen Werk *United States Army in World War II*, das auf 85 Bände angelegt und inzwischen sehr weit gediehen ist. Das britische Werk *History of the Second World War* hat in seinen verschiedenen Serien die Vielfalt möglicher Betrachtungsebenen deutlich gemacht und so gezeigt, welche militärischen, politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge in einer Geschichte des Zweiten Weltkrieges zu berücksichtigen sind. Die Gesamtdarstellungen östlicher Provenienz, die sowjetische sechsbändige Geschichte des Grossen Vaterländischen Krieges, die neuere, auf 12 Bände ausgelegte, zwischen 1973 und 1985 erschienene Geschichte des Zweiten Weltkrieges 1939-1945 wie auch das in Ost-Berlin erarbeitete Werk *Deutschland im Zweiten Weltkrieg*, ursprünglich auf drei geplant, inzwischen in 6 Bänden vorgelegt, lassen grundsätzlich verschiedene Zugänge zum Komplex Zweiter Weltkrieg erkennen. Die Gesamtdarstellungen aus Moskau und Ost-Berlin haben neben der wissenschaftlichen eine politische Funktion. Sie sollen auch eine Grundlage abgeben für die gewünschte historische Bewertung der Position der Sowjetunion in der Nachkriegszeit, indem sie den Kampf der Roten Armee in Zusammenhang bringen mit weltweiten Befreiungsbewegungen und dem Phänomen der Entkolonialisierung. Das DDR-Werk begreift sich auch als ideologisch-politische Prognose der Entwicklung der deutschen Geschichte.

Die Arbeiten der sich mit dem Zweiten Weltkrieg befassenden wissenschaftlichen Institutionen können hier nicht aufgeführt oder auch nur in Umrissen charakterisiert werden. Zahlreiche internationale Kolloquien und Sachstandsberichte über Forschungsvorhaben in verschiedenen Ländern haben den internationalen Gedankenaustausch befruchtet. Der Initiative französischer Kollegen ist die Zusammenfügung der einschlägig arbeitenden Historiker im *Comité International d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale* zu danken. Das Militärgeschichtliche Forschungsamt hat seit Langem von der internationalen Zusammenarbeit profitiert und sich mit Forschungsansätzen und -perspektiven vertraut gemacht.

Die Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes sind davon ausgegangen,

dass sie ebenfalls mit Perspektiven arbeiten müssen, wenn der gewaltige Stoff strukturiert werden soll. Die Auswahl- und Gliederungskriterien und die «Sehweise» sollen hier kurz beleuchtet werden. Vielleicht lässt sich das am besten mit einem kurzen Blick auf die in den sechziger Jahren in Deutschland erarbeiteten Konzeptionen für eine Geschichte des Zweiten Weltkrieges veranschaulichen. Diese Konzeptionen und Dispositionen gingen aus von einer Interpretation des Zweiten Weltkrieges als einer Auseinandersetzung zwischen autoritären und totalitären Herrschaftsordnungen mit regional begrenzten Zielen – Deutschland, Italien, Japan – einerseits und den universale Ordnungsideen vertretenden westlichen Demokratien und der Sowjetunion andererseits. Die Angreifer wurden als Praktiker spätimperialistischer Machtpolitik gekennzeichnet. Oder es war von einem Ringen zwischen regionalen Hegemonialbestrebungen und universalen Ordnungswidrigkeiten im Zeitalter des Totalitarismus die Rede, auch vom Zusammenprall national-partikularer Expansionsbestrebungen mit den Status-quo-Grossmächten. Schon damals war erkennbar, dass ein solcher Zugang nicht genügen kann. Neben Arbeiten, die in der deutschen Politik während der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges kein zielbewusstes Handeln erblickten, gab es bereits Untersuchungen, die sich dem nationalsozialistischen Herrschaftssystem speziell unter dem Gesichtspunkt der Kriegsvorbereitung zuwandten. Der weitere Gang der Forschung liess immer deutlicher werden, dass die Herrschaftsstruktur mit der Frage der Kriegsursachen und -ziele zu tun hat. Neben der Totalitarismusthese, die Hitler in das Zentrum aller Entscheidungen des NS-Staates stellt, wurden Strukturanalysen vorgetragen, die eher das Bild eines Entscheidungschaos vermittelten, in welchem der Weg in den Krieg ein eher zufälliges Ergebnis innenpolitischer Konstellationen war. Von Seiten stärker ökonomisch argumentierender Analysen des NS-Systems kamen in das Spektrum der Interpretationen aber immer wieder Hinweise auf langfristig angelegte Planungen und auf die kriegsvorbereitenden Autarkiebestrebungen des Regimes. Seit der Mitte der sechziger Jahre sind dann ältere Forschungstendenzen neu aufgenommen worden, die sich mit Hitlers aussenpolitischen Vorstellungen befassen und die Frage gestellt hatten, ob sich sein schon in den zwanziger Jahren entwickeltes «Programm» in der nach 1933 betriebenen Aussenpolitik wiederfinden lasse. Angesichts dieser Entwicklung der Forschungsbemühungen kann das Fazit wohl nur lauten, dass nur die Gesamtbetrachtung struktureller Fragen, faktischer Politik, programmatischer Entwürfe, wirtschaftlicher und rüstungsmässiger Entwicklungen weiterführen kann. Mit dem Arbeitstitel «Das Dritte Reich im Weltkrieg» wurde dieses Fazit Grundlage der weiteren Überlegungen zu dem vorliegenden Projekt, die bei verschiedenen Gelegenheiten bekanntgemacht worden sind.

Für das Vorhaben des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes stand schon zu Beginn der Arbeit fest, dass eine eindimensionale Darstellung wie die des Reichsarchivs über den Ersten Weltkrieg heute nicht mehr möglich ist. Sie war eine Lösung im Zeichen des in jener Zeit erreichbaren gemeinsamen Nenners. Konzeptionell war zwar auch damals zunächst mehr angestrebt als eine Geschichte der militärischen Abläufe, der Kriegswirt-

schaft und der Kriegsrüstung. Aber das Projekt litt unter unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten der Beteiligten und Verantwortlichen. Heute sind psychologische und politische Hindernisse, wie sie nach 1918 einer umfassenden Darstellung im Wege standen, nicht gegeben. Bei der Planung konnte deshalb gefragt werden, welche Konsequenzen aus dem angedeuteten Forschungsstand für die Arbeit zu ziehen seien und welche Bedeutung der unterschiedliche Grad der Bearbeitung einzelner Aspekte und Bereiche für die Bewältigung des Unternehmens haben könne. So genau einzelne Aspekte des Krieges, etwa der Seekrieg oder bestimmte Operationen in Europa und Übersee, behandelt worden sind, so unbefriedigend ist die Forschungslage zu einigen Bereichen der Vorgeschichte des Krieges und zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte während seines Ablaufs. Bei der Planung des Gesamtwerkes war aber von vornherein klar, dass das Militärgeschichtliche Forschungsamt keine Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Jahre 1933-1945 in Angriff nehmen konnte. Gedacht war von Anfang an an eine Militärgeschichte – eine Militärgeschichte allerdings, die sich nicht als hergebrachte, allein auf militärische Abläufe gerichtete Kriegsgeschichte versteht, sondern als eine Geschichte der Gesellschaft im Krieg.

Das Militärgeschichtliche Forschungsamt ist seit Jahren darum bemüht, eine moderne Konzeption der Militärgeschichte zu finden. Es hat dazu in verschiedenen Veröffentlichungen Stellung genommen. Dass Militärgeschichte ein Teil der allgemeinen Geschichte ist und nicht ein Feld, auf dem lediglich Probleme zu studieren sind, die einen Praxisbezug zum Metier des Soldaten besitzen, darf heute als akzeptiert gelten. Ebenso wird anerkannt, dass der Militärhistoriker sich der Methoden der Geschichtswissenschaft zu bedienen hat, will er zureichende Ergebnisse liefern. Sein Arbeitsfeld ist aufgrund der gegenständlichen Interdependenz von Militär, Ökonomie, Politik, Ideologie und anderer gesellschaftlicher Kräfte und Faktoren, die einer Epoche Kontur und Struktur verleihen, weitgespannt, aber damit auch sehr kompliziert geworden. Will er Rahmenbedingungen der zu untersuchenden historischen Prozesse erkennen und darstellen, wird er sich auch dem Dialog mit den Nachbardisziplinen zu stellen haben, ohne dabei sein spezielles wissenschaftliches Anliegen aus dem Blick zu verlieren. Er hat die Gegenstände dieser Disziplinen insoweit in seine Untersuchungen einzubeziehen, wie ihre Fragestellungen dies erforderlich machen. Die Autoren gehen an ihre Aufgabe heran, ohne sich vorher auf eine bestimmte Interpretation der Struktur und der Politik ihres Hauptgegenstandes, nämlich des nationalsozialistischen Staates, festgelegt zu haben, weder auf die Totalitarismustheorie noch auf eine der Faschismusinterpretationen. Es wird aber daran festgehalten, dass der Nationalsozialismus als eine besondere Erscheinungsform des Faschismus anzusehen ist. Diese nicht dogmatisch gemeinte Feststellung gründet sich auf erkennbare Parallelen im Erscheinungsbild dieser Bewegungen. Die Gefahr einer «Generalisierung des Faschismusbegriffes» auf Kosten «der Unterscheidung zwischen totalitärer und demokratischer Politik», wie sie befürchtet worden ist, ist damit nicht gegeben. Im Rahmen dieses Begriffes bleibt bei der gewählten Verwendung

durchaus auch die Freiheit, Hitlers Position aufgrund von Forschungsergebnissen darzulegen und sie nicht etwa theoretisch zu fixieren. Es wird als Aufgabe gesehen, Hitlers Rolle im NS-System zu erklären, und zwar unter dem Gesichtspunkt der Vorbereitung und Durchführung des Krieges. Damit erhalten Aussen-, Militär- und Wirtschaftspolitik einen höheren Rang als andere Bereiche, in denen Hitlers Engagement und Entscheidungsinteresse anders gelagert gewesen sein mögen.

Mit dem Hinweis auf diese Offenheit für Interpretationsmöglichkeiten sei aber zugleich gesagt, dass die von der marxistischen Geschichtswissenschaft lange als verbindlich betrachtete «Agententheorie», wie sie schon von Georgi Dimitroff auf dem VII. Kongress der Kommunistischen Internationale vorgetragen und dann 1933 vom 13. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern formuliert worden ist, als unzutreffend ausser Betracht bleiben kann. Diese Theorie wurde folgendermassen formuliert: «Der Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.» Hitler kann nicht als «Marionette» des Finanzkapitals angesehen werden. Niemand ausser ihm verfügte im Deutschland der Vorkriegszeit, insbesondere seit 1936, und während des Krieges über eine Massenbasis. Den Kurs auf den am 1. September 1939 eröffneten Krieg hat er bestimmt. Es ist darum mit Recht von einer «Entfesselung» des Krieges gesprochen worden.

Die Rollen Hitlers, der Militärs, der Wirtschaftsführer und der übrigen Exekutive während der Vorbereitung auf den Krieg und während desselben sind aber in vielen Bereichen nicht in dem Sinne gegeneinander abzugrenzen, dass stets sinnvoll nach dem Dirigenten und den Ausführenden gefragt werden könnte. Langfristig angelegte Prozesse, wie sie eine hochdimensionierte Rüstung bei Rohstoff- und Devisenknappheit erzwang, sowie die «Notwendigkeiten» des Krieges gewannen eine Eigendynamik, aus der sich die Initiatoren nicht lösen konnten, wenn sie nicht ihre Ziele aufgeben wollten. Es ist in der Forschung zu Meinungsverschiedenheiten über die Lösung der dadurch verursachten immer neuen Probleme gekommen. Festzustellen ist, dass niemand Hitler die Steuerung des Kurses aus der Hand genommen hat. Es gab eine volle oder partielle Interessenidentität, und seit dem 1. September 1939 lautete die allgemeine Überzeugung, der Krieg müsse gewonnen werden. Die Widerstandskreise fanden zu keiner koordinierten Aktion zusammen. Ihre Basis war zu schmal für erfolgreiches Handeln.

Im NS-Herrschaftssystem lassen sich während der Vorbereitung auf den Krieg und in seinem Verlauf Formen der Kooperation oder Kollaboration der verschiedenen Führungsgruppen und Instanzen mit Hitler ausmachen, die wohl nur in der Anfangszeit als «Allianz» oder als «Koalition» angesprochen werden können. Je fester Hitler aufgrund seiner aussenpolitischen Erfolge im Sattel sass, desto unbrauchbarer werden diese von der Vorstellung eines zwischen Partnern hergestellten vertragsartigen Zustands ausgehenden Beschreibungen. Der Begriff einer Polykratie des Ressorts kann die Interessenvielfalt, teilweise auch die Interessenkollisionen auf den höchsten Führungsebenen un-

ter Hitler kennzeichnen, und sicher sind auch Entwicklungen hin zu einer gewissen Selbständigkeit auf mittlerer und unterer Ebene, die als Erscheinungsformen einer «Polyarchie» bezeichnet worden sind, festzustellen. Aber wie zutreffend auch immer begriffliche Zugänge im Detail sein mögen, etwa auch der oft verwendete Pluralismusbegriff, es bleibt das Faktum, dass alle die parallelen Initiativen, die sich kreuzenden Absichten, Planungen und Strategien eingefangen blieben im Programm einer möglichst raschen Aufrüstung, der Gewinnung günstiger Ausgangspositionen für einen Krieg, über dessen Ziele und Sinn letztlich Hitler disponierte. Damit passte durchaus zusammen, dass etwa die innere Wehrhaftmachung von mehreren relativ mächtigen Stützen seiner Herrschaft mit unterschiedlichen Akzenten betrieben wurde, von Goebbels, Ley, Himmler und Rosenberg, von der Wehrmacht und von verschiedenen anderen Organisationen. Dazu passte auch, dass die Wehrmachtteile in Rüstungs- und Organisationsfragen nicht alle in dieselbe Richtung zogen oder dass in der Wirtschaft verschiedene Wege für gangbar angesehen wurden und dass in strategischen und operativen Fragen unterschiedliche Auffassungen existierten. Es passt sogar ins Bild, dass einzelne hohe Funktionäre in Wirtschaft, Auswärtigem Amt und Wehrmacht die von Hitler eingeleiteten Schritte für verfrüht oder falsch hielten – eine durchschlagende Konkurrenz in der Machtteilhabe war das im Rahmen der Kriegsvorbereitung und der Kriegführung aber nicht. Es muss auf die Konsequenz der deutschen Bemühung hingewiesen werden, mit der die Hegemonie in Europa angesteuert wurde. Diese Hegemonie sollte in Hitlers rasseideologisch fixierter Sicht darüber hinaus die Lösung der «Raumfrage» für die kommenden Generationen ermöglichen. Innen-, Wirtschafts- und Aussenpolitik sollten auf dieses Ziel ausgerichtet sein. Die Grössenordnung der Rüstung führte schon vor 1939 auf diesen Weg. Die aktuelle Aussenpolitik wie auch die Propaganda dienten zunächst der Absicherung der Rüstung und dann der Gewinnung von Ausgangspositionen, die eine schrittweise Realisierung des grossen Zieles ermöglichen konnten. In gewisser Weise wurde die Aussenpolitik selbst in den Dienst der wirtschaftlich-rüstungsmässigen Vorbereitung künftiger Expansionen genommen und hatte damit den jeweiligen Bedürfnissen und «Notwendigkeiten» eines nicht mehr umkehrbaren Prozesses zu dienen.

In der Literatur werden noch weitergehende Weltherrschaftsziele Hitlers diskutiert. Sie sind Intentionen geblieben und haben wenig aktuelle Entscheidungen ausgelöst, die für das Thema der Kriegsvorbereitung und der Kriegführung bedeutsam wären. Das hängt damit zusammen, dass Hitler den Krieg unter Voraussetzungen begann, die solchen weitgehenden Visionen von vornherein nicht entsprachen – aber auch damit, dass die deutsche wirtschaftliche und militärische Basis dafür einfach nicht genügte.

Der Zweite Weltkrieg, an dem schliesslich über 60 Staaten beteiligt waren, nahm Dimensionen an, mit denen Hitler, die Wehrmacht und die deutsche Wirtschaft im Jahre 1939 nicht rechneten. Aus dem Ablauf des Krieges, aus seiner Ausweitung auf neue Mächte und Schauplätze wie auch aus den Etappen der immer weiter vorwärts getriebe-

nen Ausnutzung der personellen und materiellen Kräfte der Nation und schliesslich der Ressourcen des grössten Teiles Europas sind die Gliederungsgesichtspunkte für die Darstellung gewonnen worden:

Dem Band, der den Weg in den Krieg beschreibt, folgen drei Bände, die die Errichtung der Hegemonie über den Kontinent, die Ausweitung der deutschen Herrschaft über Polen, Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Jugoslawien und Griechenland, schliesslich das Engagement in Nordafrika und den Einfall in die Sowjetunion behandeln. Eine besonders intensive Darstellung soll der Krieg gegen die Sowjetunion erfahren. Hier ging es um die Verwirklichung der eigentlichen programmatischen Ziele Hitlers, und im Scheitern des Barbarossa-Plans kündigte sich der Umschwung an, das Ende der Blitzkriege. In diesem Krieg erfuhr die deutsche Führung in besonderem Masse die Problematik einer Koalitionskriegführung. Die strategischen Überlegungen der Kriegführenden, der Verlauf der Feldzüge, die Abhängigkeit der Planungen von den wirtschaftlichen Potentialen und vom Stand der Rüstungen stehen in diesen Bänden im Vordergrund.

Der fünfte Band ist die Organisation des deutschen Machtbereichs bis zum Sommer 1941 gewidmet. Er will einen Querschnitt liefern, der in den «Ereignisbänden» so nicht geboten werden kann. In der Erinnerung der besetzten Länder wirkt heute noch die deutsche Besatzung stärker nach als die kurzen Feldzüge, die zu ihrer Niederwerfung geführt haben. Eine Militärgeschichte aus deutscher Sicht muss es sich auch aus diesem Grunde zur Aufgabe machen, die deutsche Herrschaft in Europa mit all ihren Massnahmen und Begleiterscheinungen zu beleuchten, und dabei zugleich ihr Interesse auf die Organisation der personellen und materiellen Möglichkeiten dieses Machtbereiches für die weitere Kriegführung richten.

Mit dem sechsten Band wird die Darstellung die Ausweitung des europäischen Krieges zum Weltkrieg in den Blick nehmen und sich der Frage stellen, ob die Ereignisse in Europa und im Pazifik als zwei Kriege aufzufassen sind oder ob aufgrund der amerikanischen Kriegsziele und letzter programmatischer Vorstellungen Hitlers von *dem* Zweiten Weltkrieg gesprochen werden muss. In weiteren Bänden wird der Verlust der Initiative nach Stalingrad und nach dem Eingreifen Amerikas in Nordafrika behandelt. Ein weiterer «Querschnittsband» soll die Situation der «Festung Europa» im Zeichen zweifelnder Anstrengungen zur Mobilisierung der Kräfte gegen den strategischen Bombenkrieg der Alliierten, gegen Widerstands- und Befreiungsbewegungen und zur Stärkung der Abwehrbereitschaft gegen den erwarteten Ansturm auf den Kontinent schildern. Kriegswirtschaft, Menschenverschiebungen, die Ausbeutung der besetzten Länder und das Schicksal der jüdischen Menschen in Hitlers Machtbereich sind zu behandeln wie auch die Situation im Heimatgebiet mit den Entwicklungen, die zum 20. Juli 1944 und der daran anschliessenden weiteren Machtverschiebung zugunsten von Partei und SS führten.

Die Schlussbände sind der Schilderung der militärischen Operationen im Zeichen der Rücknahme der Front bis an die Grenzen des Reiches, des Rückzuges aus Frankreich,

der Sowjetunion, Polen und dem Baltikum vorbehalten sowie dem Versuch, den Zusammenbruch des Dritten Reiches darzustellen. Am Ende stehen eine Bilanz des Krieges und die Konsequenzen der totalen Niederlage für die deutsche Bevölkerung.

Im Ganzen wird das Werk trotz der Ausblicke auf den pazifischen Raum «europazentrisch», ja «deutschlandzentrisch» angelegt. Aber die Dimensionen der Auseinandersetzung in Europa, die deutsche Herrschaft über weite Teile des Kontinents und die, wenn auch ungleichgewichtige Partnerschaft mit einer Reihe von Verbündeten bringen es mit sich, dass ein Stück europäischer Geschichte, die weithin eine Geschichte der Gewalt, des Unrechts und der Ausbeutung war, zu schildern sein wird.

Schon die Bestrebungen Deutschlands vor dem Krieg, Ausgangspositionen für eine neue Grossmachtrolle zu finden, gehören in den Zusammenhang der europäischen Geschichte. Deutschlands Innen-, Wirtschafts-, Rüstungs- und Aussenpolitik haben im Zeichen der Vorbereitung kriegerischer Unternehmungen die europäischen Nachbarn nicht nur interessiert, sondern unmittelbar betroffen. Der Versailler Vertrag war eine europäische Angelegenheit, und so wurde die Art der Überwindung dieser unglücklichen Hinterlassenschaft des Ersten Weltkrieges durch das nationalsozialistische Deutschland ein, ja das beherrschende Thema der europäischen Politik nach 1933. Ja, es lässt sich sagen, dass die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges mit der Art der Bewertung der Ergebnisse und Erfahrungen des Ersten Weltkrieges durch die europäischen Nationen zu tun hatte. Die Vorgeschichte des zweiten grossen Krieges war deshalb nicht eine Angelegenheit nur von Staatsmännern und Militärs, sie war auch eine Sache der europäischen Nationen und Gesellschaften. Die Autoren des Gesamtwerkes werden sich deshalb immer vor Augen zu halten haben, dass seine deutschlandzentrische Anlage nicht den europäischen, ja den weltweiten Horizont der Ereignisse vernachlässigen darf.

Das Werk wendet sich nicht in erster Linie an die Fachhistoriker. Es will den zeitgeschichtlich interessierten Leser, Studenten und Schüler erreichen, und es möchte seinen Teil beitragen zur Verbreitung historischer Kenntnisse in der Bundeswehr. Darum sind in den Anmerkungen zahlreiche Hinweise auf Literatur und Quellen gegeben worden. Ein näheres Eingehen auf wissenschaftliche Kontroversen wurde jedoch vermieden. Dem Fachkollegen sind sie bekannt, der historisch interessierte Leser wird sie nicht vermissen.

Der erste Band trägt den Titel «Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik». Die von Wilhelm Deist geleitete Arbeitsgruppe hat ihn gewählt, um ihr Anliegen pointiert zum Ausdruck zu bringen. Die Entscheidungen der deutschen Führung, ihr Programm, das mit einer umfassenden Aufrüstung und dem Versuch einer ebenso umfassenden Disziplinierung, Ideologisierung und Uniformierung der Nation einherging, strebten eine möglichst rasche Überwindung der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise an: nicht allein zur ökonomischen und sozialen Stabilisierung des Landes und schon gar nicht zur Stärkung des internationalen kollektiven Sicherheitssystems,

sondern zur Gewinnung einer neuen Grossmachtposition, die gerade von der Untergrabung des internationalen Sicherheitssystems, das allerdings auch von anderer Seite in Frage gestellt wurde, profitieren sollte. Der erste Band beleuchtet die Kriegsvorbereitungspolitik auf den Gebieten der Propaganda, der Innenpolitik, der Wirtschaftsplanung, der Aufrüstung und der Aussenpolitik. Die vier Beiträge liefern keine Gesamtgeschichte der Vorkriegszeit. Vertiefungen wären in mancher Hinsicht wünschenswert gewesen. So konnte die Sozialpolitik nur selektiv berücksichtigt werden, vor allem insoweit, als sie sich als Hindernis einer rücksichtslosen Ausnutzung der Arbeitskraft und als relative Barriere gegen einen bedenkenlosen Abbau des Lebensstandards zugunsten der Rüstungsfinanzierung erwies: Entscheidungen Hitlers, die wohl mit seiner Verarbeitung der Erfahrungen aus der Endzeit des Ersten Weltkrieges zusammenhingen. Für eine geschlossene Behandlung des Themas fehlen noch wichtige Voraussetzungen im Bereich der wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Forschung. Eine eigenständige Behandlung der Finanzpolitik mussten sich die Verfasser ebenso versagen wie ausführlichere Kapitel über Militärtechnik und über die Organisationsgeschichte von Staat, Wehrmacht und Partei: Zusammenhänge, die relativ leicht in der einschlägigen Literatur aufzufinden sind. Auch der Antisemitismus ist nicht zusammenhängend behandelt worden. Aus Ideologie, Innenpolitik, Binnen- und Aussenpropaganda sowie aus den programmatischen, oftmals proklamierten Kriegszielen nicht wegzudenken, hat er doch die direkte Kriegsvorbereitung nicht entscheidend bestimmt.

Die Synthese der vier Beiträge war, wie auch die Schlussbetrachtung noch einmal zusammenfassend zu verdeutlichen sucht, nur im Rahmen des Themas «Kriegsvorbereitung» angestrebt. Ob sie zufriedenstellend gelungen ist, wird der Leser beurteilen. Die Schwierigkeiten eines solchen Vorhabens sind jedem bekannt, der sich um die Erkenntnis dieses Abschnitts deutscher Geschichte bemüht. Nur wenige Zeugnisse einer geplanten Politik des engsten Führungskreises sind bekannt. In Berlin existierte kein «Kabinett», in welchem nach normalem Gang alle wichtigen Entscheidungsvorbereitungen zusammenliefen, um dann in offener Diskussion behandelt und verabschiedet zu werden. Hitler pflegte einen völlig anderen Stil. Seine Rolle war absolut verschieden von der Position westlicher Ministerpräsidenten. Seine Ausführungen vor diversen Repräsentanten von Staat, Wehrmacht, Partei und Wirtschaft lassen sich selbst da, wo sie zeitlich zusammengehören, häufig nicht zur Deckung bringen.

Die eigentümliche Zurückhaltung, sein «Programm» mit den führenden Männern in Wehrmacht und Aussenpolitik auszudiskutieren und frühzeitig daraus Folgerungen für aussenpolitische und strategische Planungen zu ziehen, hing einmal damit zusammen, dass er es sich leisten konnte, diese Probleme in der Schwebe zu lassen, weil ohnehin eine ausreichende Kooperation in materieller und ideologischer Hinsicht vorhanden war, zum anderen damit, dass sich in Hitlers Spekulationen «ideale» Kombinationen mit den Zwängen kreuzten, die die aktuelle Entwicklung mit sich brachte, die ja in der Aussenpolitik häufig als Reaktion auf deutsche Schritte erfolgte.

Die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges hat also, soweit die Berliner Entscheidungsprozesse in Frage stehen, mit den Schwierigkeiten zu tun, die mit dem Herrschaftsgefüge des NS-Staates, zugleich aber auch mit Hitlers Führungsstil, mit seinem «Programm» und mit der Art und Weise seiner etappenhaften Realisierung zusammenhängen, in die die Reaktionen und Initiativen der Grossmächte ebenso hineinwirkten wie die von der Aufrüstung hervorgerufenen ökonomischen «Notwendigkeiten». Ohne dass eine allgemeine Aussage über die Rolle des Individuums in der Geschichte versucht würde, bleibt am Ende festzustellen, dass Hitler im Rahmen der Kriegsvorbereitungspolitik letztlich den Kurs bestimmt hat – bei allem prozeduralen Schwanken, trotz mancher Unsicherheit, trotz der Abhängigkeit von den Strukturen eines rohstoffarmen modernen Industriestaates mit seinen ebenfalls auf Revision bedachten Eliten. Der Krieg, der am 1. September 1939 begann, wäre ohne ihn nicht über Europa hereingebrochen: ein anderer Krieg mit anderen Konstellationen sehr wahrscheinlich eines Tages. Aber das ist nicht die hier zu untersuchende Sache.

Den Autoren dieses Bandes ist von vielen Kollegen und Institutionen Rat und Hilfe zuteil geworden. Wissenschaftliche Tagungen haben der Vorbereitung der Arbeit gedient.

Ein besonderer Dank gilt den kritischen Hinweisen und Stellungnahmen der Professoren Volker R. Berghahn (Warwick), Charles Bloch (Paris, Tel Aviv), Francis L. Carsten (London), Fritz Fischer (Hamburg), Michael Geyer (Ann Arbor) und Timothy W. Mason (Oxford).

Es konnten Dokumente aus folgenden Archiven herangezogen werden: National Archives, Washington; Public Record Office, London; Bundesarchiv, Koblenz; Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn; Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München. Für die freundlich gewährte Unterstützung möchten die Verfasser hiermit ihren Dank aussprechen.

Manfred Messerschmidt
Leitender Historiker im
Militärgeschichtlichen Forschungsamt
(1970-1988)

Erster Teil

**Ideologien, Propaganda und Innenpolitik
als Voraussetzungen der Kriegspolitik
des Dritten Reiches**

von Wolfram Wette

I. Militaristische und pazifistische Ideologien in der Endphase der Weimarer Republik

1. Das Problem: Militarismus in der Weimarer Republik und Zweiter Weltkrieg

Während die Deutschen im August 1914 in nationalistischer Begeisterung in den Krieg zogen, war im September 1939 von Begeisterung und Hurra-Patriotismus wenig zu spüren. Ein ausländischer Augenzeuge konstatierte als das hervorstechendste Charakteristikum des 1. September die Apathie der Deutschen¹. Der Gauleiter von Schwaben, Karl Wahl, der sich in jenen Tagen an mehreren Orten des Reiches aufhielt, schilderte seine Eindrücke folgendermassen: «Nichts von alledem, was ich 1914 erlebte, habe ich auf dieser Reise feststellen können: keine Begeisterung, keine Freude, kein Jubel. Überall, wohin man kam, herrschte eine bedrückende Ruhe, um nicht zu sagen Niedergeschlagenheit. Das ganze deutsche Volk schien von einem lähmenden Entsetzen gepackt zu sein, das es weder zu Beifalls- noch zu Missfallensäusserungen befähigte².» Ein anderer Beobachter der Szene betonte später ebenfalls den Gegensatz zum Begeisterungsturm von 1914: Statt von Enthusiasmus sei die deutsche Bevölkerung diesmal von einer tiefen Beklemmung befallen gewesen, und «stumpfer Gehorsam einer durch Terror gewaltsam disziplinierten, zu blinder gedankenloser Gefolgschaft erzogenen, aber auch durch die militante Propaganda betäubten und verwirrten Masse» habe die Situation gekennzeichnet³. Das Verhalten der Majorität der deutschen Bevölkerung bei Kriegsbeginn signalisierte eine Stimmung «widerwilliger Loyalität»⁴.

Die Berichte der nationalsozialistischen Meinungsforschungsinstanzen bestätigen das von den genannten Augenzeugen gezeichnete Bild. In ihnen ist von einer ruhigen und gefassten Haltung der Bevölkerung die Rede, aber auch von gedrücktem und gleichgültigem Verhalten⁵. Weiterhin ist bekannt, wie kühl Hitler von der nur spärlich erschienenen Berliner Bevölkerung begrüsst wurde, als er an jenem 1. September 1939 von der neuen Reichskanzlei zur Kroll-Oper fuhr, um den Reichstagsabgeordneten die Motive seiner Handlungsweise darzulegen⁶.

Der Schock, den die Bekanntgabe ausgelöst hatte, dass Kampfhandlungen bereits im Gange waren, wurde durch die Kriegserklärung Englands und Frankreichs vom 3. Sep-

1 So der amerikanische Korrespondent W. L. Shirer. Zit. nach Steinert, Hitlers Krieg, S. 91.

2 Wahl, Deutsches Herz, S. 246.

3 Ritter: Goerdeler, S. 145.

4 Krausnick/Graml: Widerstand, S. 482.

5 Dazu Steinert, Hitlers Krieg, S. 91 f.

6 Dröge, Widerstand, S. 78. Zum Folgenden ebd.

tember noch verstärkt. Hitler selbst soll fassungslos gewesen sein, da er auf die Passivität dieser Staaten gesetzt hatte. Nachdem Polen in wenigen Wochen militärisch besiegt war, bot Hitler am 6. Oktober in einer Reichstagsrede⁷ England und Frankreich einen Frieden an, einen Frieden allerdings, dessen Annahme die Westmächte zur Anerkennung des Gewaltaktes in Polen gezwungen hätte. Die «Friedens»-Rede Hitlers und das Ausbleiben eines militärischen Eingreifens der Westmächte wurden von der deutschen Bevölkerung in einen Sinnzusammenhang gebracht und in den Gesprächen auf der Strasse als Anzeichen für eine Bestätigung der eigenen Hoffnungen auf eine schnelle Beendigung der Feindseligkeiten und auf einen baldigen Friedensschluss gewertet. Obwohl die Massenmedien die ganze Zeit über die Kriegsbereitschaft schürten und obwohl die Friedenserwartungen ständig dementiert wurden, klangen die Friedensgerüchte nicht ab.

Als mit dem Angriff deutscher Truppen gegen Polen der Zweite Weltkrieg begann, war die Stimmung in Deutschland also durch Betroffenheit, Angst, Passivität und Unruhe gekennzeichnet. Eine tiefe Kluft schien die Führung des Dritten Reiches von zumindest grossen Teilen der deutschen Bevölkerung zu trennen, die keinen Krieg wollten, schon gar keinen Weltkrieg. Gleichwohl verhielt sich die deutsche Bevölkerung in ihrer Gesamtheit so, wie die nationalsozialistische Regierung es wünschte: sie gehorchte. Man fügte sich in widerwilliger Loyalität.

Wie ist dieses Verhalten zu erklären? Warum sind «die Deutschen Hitler stumm und willenlos in den Krieg gefolgt und haben sich nicht gewehrt, diesen Kurs in den Abgrund mitzumachen»⁸? Wie konnte es dazu kommen, dass sich viele Millionen Menschen widerspruchlos einer Politik fügten, die ja nicht weniger bedeutete als die Gefahr der Vernichtung der physischen Existenz für jeden Einzelnen, ganz gleich, ob er aktiv oder passiv am militärischen Geschehen beteiligt sein würde? Und dies, obwohl vielen von ihnen die Schrecken des Weltkrieges von 1914 bis 1918 noch in lebendiger Erinnerung sein mussten. Signalisierte das Verhalten der deutschen Bevölkerung stillschweigende Übereinstimmung mit dem nationalsozialistischen Regime? Oder war man eigentlich ganz anderer Meinung als das Regime und sah nur keine Möglichkeit, gegen den allmächtig erscheinenden Apparat in Wort und Tat zu opponieren? War die Idee von Führertum und Gefolgschaft bereits in einer Weise realisiert, die die deutsche Bevölkerung zur «willenlosen Masse» degradiert hatte? Oder wurde Krieg einfach als etwas Schicksalhaftes hingenommen, als eine quasi-natürliche Erscheinung in einer Welt nationaler Egoismen? Gab es darüber hinaus konkrete politische Hoffnungen und Wünsche der Deutschen, etwa die Revision der Grenzen, die Eroberung von Kolonien oder insgesamt die Stärkung der Machtposition des Deutschen Reiches in Europa und in der Welt, Ziele also, für deren Erreichung sie bereit waren, wiederum in einen Krieg zu ziehen?

⁷ Reichstagsrede Hitlers vom 6. Oktober 1939, in: Domarus II, S. 1377-1393, hier: S. 1388ff.

⁸ Steinert, Hitlers Krieg, S. 93.

Niemand wird bestreiten wollen, dass diese auf das politische Bewusstsein der deutschen Bevölkerung bezogenen Fragen nicht unbeantwortet bleiben dürfen, wenn Gültiges über die Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges ausgesagt werden soll. Aber die Probleme sind leichter formuliert als gelöst. Und der Stand der Kriegsursachenforschung⁹ erlaubt es nicht, auch nur eine der genannten Fragen als bedeutungslos abzu tun und auszuklammern.

Mit welchem Datum und mit welchen Ereignissen muss eine Darstellung der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges einsetzen, wenn sie eine hinreichende Erklärungskraft erlangen soll? Die Antworten der Historiker auf diese Frage fallen sehr unterschiedlich aus. Hingegen herrscht eine gewisse Übereinstimmung darüber, dass eine Analyse, die lediglich die Zeit kurz vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges – also zum Beispiel das Jahr 1939 – zum Untersuchungsgegenstand machen würde, von vornherein, vom methodischen Ansatz her, wichtige Faktoren unberücksichtigt lassen müsste. Zumal würden die vielfältigen Kontinuitätsstränge auf ideologischem, militärischem, aussenpolitischen, wirtschaftlichem und anderen Gebieten in unzulässiger Weise ausgeblendet.

Unter den Ideologien, die im Umfeld der Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges von Bedeutung sind, darf die nationalsozialistische Gewalt- und Kriegsideologie gewiss ein besonderes Interesse beanspruchen; lieferte sie doch seit 1933 die Muster für die Politik der geistigen und materiellen «Wiederwehrhaftmachung». Gleich wohl kann die Analyse der NS-Kriegsideologie keine hinreichend aufschlussreiche Antwort auf die hier im Vordergrund stehende Frage erbringen, wie in der deutschen Bevölkerung beziehungsweise bei den sich politisch artikulierenden Eliten – und in Ermangelung zeitgenössischer Meinungsumfragen muss die historische Analyse bei diesen Eliten ansetzen – über Krieg oder im weiteren Sinne über die Gewalt als Mittel der Politik gedacht wurde. Zwar fand in den Jahren 1933-1939 eine intensive ideologische Indoktrination statt. Aber diese musste doch, wollte sie zur vollen Wirksamkeit gelangen, auf bereits vorhandenen Denktraditionen aufbauen.

Hieraus folgt, dass die ideologischen Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges in einem grösseren zeitlichen Zusammenhang gesehen werden müssen. Im Folgenden wird der Blick auf die Zeit der niedergehenden Weimarer Republik zurückgelenkt. Während nach 1933 die veröffentlichte Meinung in Deutschland massiven Einschränkungen unterlag und sich in der Folgezeit immer mehr auf *eine* Meinung, die des NS-Regimes nämlich, reduzierte, hatten in den Jahren vor Hitler noch alle politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen die Möglichkeit, ihre Vorstellungen frei zu publizieren und zu propagieren. Bekanntlich wurde hiervon in den Krisenjahren der Weimarer Republik (1929-1933) ein besonders reger Gebrauch gemacht. Manchem Betrachter stellte sich diese Phase als ein regelrechter Tummelplatz unterschiedlicher, zum Teil absonderlicher Ideen und Ideologien dar. In der Tat bereitet es grosse Mühe, sie zu analysieren, zu charakterisieren und bestimmten Hauptströmungen zuzuordnen. Das facettenreiche

9 Vgl. Deutsch, Kriegsursachenforschung; sowie Gantzel, System.

Meinungsspektrum kann daher auch kaum vollständig nachgezeichnet werden; vielmehr ist eine am Kriterium der politischen Bedeutung orientierte Auswahl erforderlich. In dieser Darstellung werden insbesondere die verantwortlichen Vertreter der politischen Parteien berücksichtigt sowie die Sprecher der grossen Interessenverbände, der Kirchen und anderer Gruppen, etwa der Studentenschaft. Inhaltlich geht es um die Frage, welche ideologischen Positionen die politischen Meinungsführer in den letzten Jahren der Weimarer Republik in dem mit «Krieg und Frieden» nur sehr allgemein umschriebenen Problemfeld vertraten, präziser formuliert, welche der sich politisch artikulierenden gesellschaftlichen Gruppen bereits in der Endphase der Weimarer Republik bereit waren, militärische Gewalt als Mittel einer offensiven Aussenpolitik grundsätzlich zu billigen oder doch zumindest in Betracht zu ziehen, und welche anderen Gruppierungen für eine Politik der friedlichen Verständigung eintraten oder sich jeder Art von Gewaltpolitik grundsätzlich entgegenstemmten.

Sollte sich herausstellen, dass eine bestimmte Wehr- oder Kriegsideologie bereits vor 1933 weit verbreitet war, möglicherweise noch weiter als das antidemokratische Denken der Zeit, so liesse sich daraus einiges für die Zeit unmittelbar vor Kriegsbeginn ableiten. Denn damit wäre eine Teilantwort auf die Frage gefunden, wie es der nationalsozialistischen Propaganda gelingen konnte, im September 1939 relativ plötzlich von ihrer in den Jahren zuvor betriebenen Friedensdemagogie auf Kriegspropaganda umzuschalten. Wenn die deutsche Bevölkerung beziehungsweise ihre politischen Meinungsführer bereits in der Zwischenkriegszeit mehrheitlich eher in Kriegs- als in Friedenskategorien dachten, eher militaristisch als pazifistisch¹⁰ gesonnen waren, so wäre daraus weiterhin zu folgern, dass die Nationalsozialisten, denen es ja darum ging, die deutsche Bevölkerung in ihrer Gesamtheit ideologisch kriegsbereit zu machen, nur noch jene Minderheit einer manipulierten Veränderung des politischen Bewusstseins unterziehen mussten, deren Einstellung durch die Ideen der Friedensbewahrung und des gewaltfreien Konfliktaustrags geprägt war.

Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang der sogenannte Wehrgedanke, um den sich in der Weimarer Zeit die verschiedenen Gruppen der politischen Rechten scharten und dem in der Endphase der Republik auch die Parteien der Mitte und teilweise sogar der Linken ihren Tribut zollen zu müssen glaubten. Was beinhaltete dieser Wehrgedanke in seinen unterschiedlichen Ausprägungen? Zielte er auf die gewaltsame Sprengung der «Ketten von Versailles»?

10 In dieser Untersuchung werden die Kategorien «Militarismus» und «Pazifismus» als tragende Elemente der Analyse benutzt. Bei beiden Begriffen handelt es sich um «geschichtliche Grundbegriffe», die in der politisch-sozialen Sprache in Deutschland einen festen Platz haben und deren Wert darin besteht, dass mit ihrer Hilfe «Strukturen und grosse Ereigniszusammenhänge erschlossen werden können». Vgl. hierzu das einschlägige Sammelwerk: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 1, S. XIIIff. (aus dem Vorwort der Herausgeber). Zum historischen Grundbegriff «Militarismus» vgl. Bd. 4 dieses Werkes, S. 1-47; zu «Pazifismus» ebd., S. 767-787.

War er identisch mit einer aggressiven Kriegsideologie? Oder handelte es sich um eine wenigstens teilweise der Rationalität verpflichtete Verteidigungsdoktrin?

Hierzu ist schon an dieser Stelle festzuhalten, dass der Versailler Vertrag von 1919 für Deutschland machtpolitisch eine Situation geschaffen hatte, in der sich – verkürzt und zugespitzt formuliert – die Alternative stellte: Entweder eine Aussenpolitik der friedlichen Verständigung mit den Siegermächten des Ersten Weltkrieges zu betreiben, was eine Revision von Versailles nicht ausschloss, wohl aber den Verzicht auf eine aktive militärische Machtpolitik bedeutete; oder – in der Kontinuität der deutschen nationalstaatlichen Machtpolitik – erneut die Steigerung der politischen Macht durch die Wiedergewinnung militärischer Macht unter Umgehung der Versailler Vertragsbestimmungen anzustreben¹¹. Wer angesichts der faktischen militärischen Bedeutungslosigkeit des Weimarer Staates die «Wiedererweckung des Wehrwillens» propagierte und zugleich die Versuche einer Verständigung als «Erfüllungspolitik» diffamierte, liess damit erkennen, dass er zu jenen langfristig denkenden Machtpolitikern gehörte, die hofften, der Pflege des Wehrwillens werde zum geeigneten Zeitpunkt die militärische Rüstung und damit die Möglichkeit einer Aussenpolitik ohne Verständigungskompromisse folgen können. Viele Verfechter des in seiner Bedeutung schillernden Wehrgedankens setzten jedenfalls nicht auf eine Politik der friedlichen Verständigung, sondern auf eine wie auch immer geartete Machtpolitik und konditionierten die Empfänger ihrer Propaganda in diesem Sinne. Ihre Wehr- und Staatsideologie war, wie sich nachweisen lässt, vielfach verbunden mit den traditionellen Denkschemata vom Primat der Aussenpolitik und von der Wiedergewinnung einer deutschen Grossmachtstellung¹².

Schon unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges formulierte der deutsche Historiker Friedrich Meinecke¹³ diese Alternative in ähnlicher Weise. Die Weimarer Mehrheit, schrieb er, habe den zähen Willen gehabt, «geduldig und langsam durch stete, selbst magere Kompromisse mit den Siegermächten die Knoten des Versailler Friedens einen nach dem anderen zu lösen oder doch wenigstens zu lockern. Es war ja die einzige damals realpolitisch mögliche Methode, aus ihnen allmählich herauszukommen. Jede andere Methode drohte über kurz oder lang zu einem Kriege, und jeder Krieg wieder, wie es dann auch geschehen ist, zu einer Katastrophe für Deutschland zu führen.»

Um einem möglichen Missverständnis über das der folgenden Darstellung zugrundeliegende Erkenntnisinteresse vorzubeugen, sei hier noch einmal ausdrücklich vermerkt, dass die Frage nach der Einstellung bestimmter Meinungsführer zu Krieg und Gewalt

11 Problematisch die sicherheitspolitische Interpretation von Salewski, Sicherheitspolitik. Zu der Frage, in welchem Zeitraum und in welchem Ausmass die Politik der Verständigung als eine spezifische «Weimarer» Aussenpolitik zur offiziellen Regierungspolitik wurde vgl. jetzt die grundlegende Gesamtdarstellung von Krüger, Aussenpolitik.

12 Vgl. Hillgruber, Grossmachtpolitik.

13 Meinecke, Die deutsche Katastrophe, S. 67.

nicht gleichgesetzt werden darf mit der sehr viel allgemeineren Frage nach der Nähe oder Distanz der untersuchten Parteien, Verbände, Kirchen und anderer Gruppierungen zum Nationalsozialismus. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht jenes Ideologiesegment, das sich auf Gewalt in der Politik, besonders in der Aussenpolitik, bezieht. Die Darstellung hebt sich damit von jenen zeitgeschichtlichen Untersuchungen thematisch ab, die ihren Schwerpunkt im Problemfeld Demokratie – Diktatur setzten und infolgedessen die Rolle von Kriegsideologien als einer Voraussetzung der deutschen Kriegspolitik entweder gar nicht oder nur am Rande behandelten. Die Frage nach der Beziehung bestimmter nicht-nationalsozialistischer Gruppierungen zum Nationalsozialismus stellt sich aufgrund dieses Forschungsinteresses für die Zeit vor 1933 als Frage nach der Nähe oder Distanz zur NS-Gewalt- und Kriegsideologie, und für die Zeit nach 1933 als Frage nach der Kooperationsbereitschaft mit der NS-Regierung bei der innenpolitischen und propagandistischen Kriegsvorbereitung.

Unter dem Sammelbegriff «militaristisch» werden in dieser Darstellung jene Ideologien zusammengefasst, die eine Politik forderten und legitimierten, in der militärische Gewalt eine ausschlaggebende Rolle spielen sollte und in der militärische Ordnungsmuster auf die Gesamtgesellschaft übertragen werden sollten. Gewiss ist «Militarismus» mehr als bloss ein ideologisches Phänomen – er betrifft ebenso Ökonomie, Sozialordnung, Rüstung, Innenpolitik und andere Bereiche-, aber für die Erscheinungsform des Militarismus nach dem Ersten Weltkrieg und für die damalige Militarismus-Diskussion in Deutschland war eben die Verengung auf das Ideologische und auf die Geistesverfassung des Nichtmilitärs unter Ausklammerung anderer, ebenfalls wesentlicher Aspekte des Militarismus charakteristisch¹⁴. In den militaristischen Ideologien der Weimarer Zeit kamen bestimmte Werthaltungen, Gesinnungen und Verhaltensweisen zum Ausdruck, in denen das «Soldatische» als vorbildhaft und erstrebenswert hingestellt wurde. Mit den Worten eines Kenners der in den politischen Kampfbünden zur Zeit der Weimarer Republik verbreiteten Ideologien ausgedrückt: «,Soldat' ist zu einer Qualitätsbezeichnung schlechthin, ist eine Stempelmarke zur Charakterisierung des ‚besseren‘, ‚aktivistischeren‘ Nationsgenossen, zum Leitbild auch für den politischen Menschen geworden. Soldat: das bedeutet Unterordnung, Dienst, Opfersinn, Tugenden, auf die, richtig verstanden, kein Gemeinwesen verzichten kann; es heisst zugleich aber: eine spezifische Art von Ausrichtung im Politischen und ‚Rückgrat‘ im Weltanschaulichen, Den-

14 Berghahn, Militarismus, S. 16. Lt. Berghahn ist es bis heute nicht gelungen, eine über die politischen Trennlinien hinweg anerkannte Theorie des Militarismus zu entwickeln, so dass der Begriff «weiterhin diffus und kontrovers» bleibt (ebd., S. 31). Die hier gewählte Begriffsbestimmung legitimiert sich im Blick auf den Untersuchungsgegenstand durch ihre analytische Tragfähigkeit. Vgl. jetzt auch Berghahn, Militarism. – Zum Militarismus in der Weimarer Republik allgemein sowie seinen Veränderungen gegenüber dem Militarismus der Kaiserzeit vgl. Militär und Militarismus und Geyer, Aufrüstung. In diesen beiden Werken wird das Beziehungsgeflecht von Militär, Industrie, Bürokratie und Gesellschaft vor dem Hintergrund des dynamischen Prozesses der Industrialisierung des Krieges herausgearbeitet. Die hier im Vordergrund stehenden militaristischen Ideologien werden nur am Rande behandelt.

ken in Kategorien von Befehl und Gehorsam, Bekenntnis zum Führergedanken, hierarchische Ordnung, militärische Subordination und militärische Disziplin auch auf politischem Sektor¹⁵.» Zu dem in der Weimarer Zeit verbreiteten Typ militaristischer Gesinnung gehörte neben den geschilderten Einstellungsmustern als ein integraler Bestandteil die Vorstellung von der Naturnotwendigkeit des Krieges. Der Zukunftskrieg als Mittel nationaler Politik war aus dem Weltbild der Militarismus-Ideologien und ihrer Anhänger nicht wegzudenken.

Als Gegenstück zum Begriff «militaristisch» werden unter dem Sammelbegriff «pazifistisch» jene Ideologien zusammengefasst, die – wiederum im Kontext der konkreten historischen Situation gesehen, in der sich Deutschland während der Zeit der Weimarer Republik befand – eine offensive Anwendung militärischer Gewalt und alle Massnahmen, die hierauf vorbereiten konnten, ablehnten und stattdessen eine Politik des Gewaltverzichts, der friedlichen Verständigung, wozu auch die Bestrebungen einer friedlichen Revision der Versailler Vertragsbestimmungen gehörten, sowie eine Politik des Ausgleichs mit den Siegermächten des Ersten Weltkrieges erstrebten. Diese Zielsetzung war den gemässigten und den radikalen Pazifisten bei allen sonstigen Unterschieden gemeinsam. Die Weimarer Zeit kannte eine Vielzahl von Pazifismen, die zwar allesamt den Willen zum Frieden zum Ausdruck brachten, häufig jedoch in der radikalen Formulierung extrem idealistischer Positionen verharnten und dadurch den Bereich realisierbarer Friedenspolitik gar nicht erreichten¹⁶, womit zugleich die wesentliche Schwäche eines Teils des in der Weimarer Zeit vertretenen Pazifismus gekennzeichnet ist. Unter die grosse Rubrik «Pazifismus» wird in der nachfolgenden Darstellung auch die Politik der Parteien der «Weimarer Koalition» eingeordnet, soweit und solange diese die massgeblichen Positionen der Politik der friedlichen Verständigung nicht preisgaben¹⁷. Diese Spielart von Pazifismus konnte mit einer ausdrücklichen Bejahung der Existenz von Streitkräften verbunden sein.

Den militaristischen Ideologien in den letzten Jahren der Weimarer Republik wird in dieser Untersuchung grosse Bedeutung zugemessen, da sie zumindest mittelbar etwas mit der Frage nach der Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg zu tun haben. Zwar hat die nationalsozialistisch geführte Regierung Deutschlands diesen spezifischen Weltkrieg verursacht und ist damit für den Zeitpunkt der Entfesselung und für die Abfolge

15 Rohe, Reichsbanner, S. Ulf.

16 «Der deutsche Pazifismus», schrieb Carl v. Ossietzky im November 1924 im Hinblick auf radikalpazifistische Positionen, «war immer illusionär, verseh wärmt, gesinnungsbesessen, argwöhnisch gegenüber den Mitteln der Politik, argwöhnisch gegen die Führer, die sich dieser Mittel bedienten. Er war Weltanschauung, Religion, Dogmatik, ohne dass sich etwas davon jemals in Energie umgesetzt hätte. Deshalb mochte es ihm zwar gelegentlich gelingen, ein paar Parolen populär zu machen, Versammlungserfolge zu erzielen, organisatorisch hat er niemals die Massen erfasst. Das Volk blieb immer beiseite. Ossietzky, Pazifisten, S. 38 ff. Zum organisierten Pazifismus vgl. Kapitel 1/8.

17 Eingehende Erörterung dieses undogmatischen Pazifismusbegriffs in meinem Beitrag: Probleme des Pazifismus, S. 9-25, insbes. S. 13 ff.

der ersten militärischen Schachzüge zweifelsfrei verantwortlich, so wie eben eine kriegsauslösende Regierung zunächst einmal das Gesetz des Handelns auf ihrer Seite hat. Krieg im Dienste deutscher Machtpolitik galt jedoch nicht nur den Nationalsozialisten als legitim, sondern auch vielen anderen Parteien und Gruppierungen in Deutschland. Die völkischen, antisemitischen, obrigkeitsstaatlichen und militaristischen Traditionen aus der Wilhelminischen Epoche waren in grossen Teilen der deutschen Bevölkerung ebenso lebendig wie der Nationalismus. Die NSDAP ist auf dieser Welle geschwommen und hat sie sich dienstbar gemacht.

Die verschiedenen Ideologien pazifistischer Tendenz, die in der Zeit der Weimarer Republik ebenfalls das politische Bewusstsein vieler Deutscher prägten, stellten sich dem NS-Regime als ein Hindernis dar, das im Zuge der «Wiederwehrhaftmachung» – also der ideellen und materiellen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung – beseitigt werden musste. Dies war nicht zuletzt die Aufgabe der – im zweiten Kapitel dargestellten – Propaganda, die, wie zu zeigen sein wird, auf die Existenz pazifistischer Ideologien und ihre Verbreitung in der Arbeiterschaft sowie im linksliberalen Bürgertum Rücksicht nehmen musste, weshalb die NS-Propagandisten ihre Strategie der psychologischen Mobilmachung für den geplanten Krieg mehrgleisig anlegten. Möglicherweise muss der Befund, dass die Stimmung der deutschen Bevölkerung im September 1939 so verschieden war von der im August 1914, in Verbindung mit der anhaltenden Wirkung der pazifistischen Ideologien erklärt werden. Auch die innen- und sozialpolitischen Massnahmen des NS-Regimes, die im dritten Kapitel geschildert werden, stellen sich rückblickend als sehr eng mit der Kriegsvorbereitungspolitik verbunden dar.

Bleibt zum Abschluss dieser die Problemstellung erläuternden Vorbemerkungen zu erwähnen, dass im vorliegenden Zusammenhang weder die Ideologien, noch die NS-Propaganda, noch die NS-Innenpolitik als jeweils selbständige Themen behandelt werden. Vielmehr lautet die Aufgabe, Ideologien, Propaganda und Innenpolitik im Hinblick darauf zu analysieren, ob und inwiefern sie als Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik begriffen werden müssen.

2. Nationalsozialistische Gewaltideologie und Hitlers Kriegspläne

In der Ideologie wie in der politischen Praxis des deutschen Faschismus spielte die Gewalt eine so herausragende Rolle, dass sich nach seiner Niederlage im Jahre 1945 im allgemeinen Sprachgebrauch geradezu eine Gleichsetzung der Begriffe «faschistisch» und «gewaltsam» durchsetzte. An der Berechtigung dieser Zuordnung wird angesichts der traurigen Bilanz der nationalsozialistischen Kriegs- und Rassenpolitik¹⁸ niemand zweifeln wollen: In dem vom Deutschen Reich entfesselten Zweiten Weltkrieg fielen 27 Millionen Soldaten aller Nationen im Kampf, während die Zivilbevölkerung in der Welt 25 Millionen Tote beklagte, darunter über **5 Millionen**, die der nationalsozialisti-

schen Rassenpolitik zum Opfer fielen. Der Zusammenhang von Faschismus und Gewalt wird jedoch nur unvollständig erfasst, wenn sich die Betrachtung auf den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen beschränkt. Der Terminus Gewalt muss vielmehr als ein Oberbegriff¹⁹ aufgefasst werden, unter dem sich die ganze Fülle der Erscheinungsformen nicht-friedlicher Politik des Nationalsozialismus subsumieren lässt. In seiner historischen Entwicklung lassen sich vier Phasen unterscheiden: erstens die vehemente Propagierung einer spezifischen Gewaltideologie; zweitens die mit terroristischen Methoden durchsetzte Massenmobilisierung als Mittel der Machteroberung; drittens die terroristische Machtausübung im Innern im Dienste des Aufbaues einer diktatorischen Herrschaftsform sowie im Dienste der Militarisierung der gesamten Gesellschaft als Vorbereitung auf den geplanten Krieg; viertens schliesslich die Entfaltung der Gewaltmethoden auch jenseits der nationalen Grenzen in Expansionskriegen nach aussen.

Versteht man unter Gewalt²⁰ weiterhin nicht nur die direkte, physische und psychische Verletzungs- beziehungsweise Tötungsgewalt, sondern auch die Unterdrückung politischer Freiheiten, Rechtslosigkeit und Ungerechtigkeit sowie Ausbeutung, so erfüllt der Faschismus in seiner deutschen Ausprägung auch in dieser Hinsicht den Tatbestand extremer und beispielloser Gewaltsamkeit.

Die ideologische Verherrlichung von Kampf und Krieg, die terroristische Machtausübung und die Kriegspolitik gehören zu den augenfälligsten Gemeinsamkeiten der europäischen Faschismen, voran des deutschen Nationalsozialismus und des italienischen Faschismus. Hinzu kommen der totale politische Herrschaftsanspruch, das diktatorische Führerprinzip samt propagandistischem Führerkult, das Vorhandensein terroristischer Kampfverbände und weitere Ähnlichkeiten. Wenngleich es unbestreitbar auch eine grosse Anzahl von Unterschieden zwischen dem italienischen Faschismus, dem deutschen Nationalsozialismus und anderen faschistischen Bewegungen gab, lassen sich «kongruent angelegte Grundmuster» konstatieren, die es erlauben, diese Bewegungen dem gleichen Typus zuzurechnen und den Terminus «Faschismus» als Gattungsbegriff zu verwenden²¹. Die Diskussion über das in den sechziger Jahren auftauchende, irritierende Wort «Linksfaschismus»²² hat sichtbar werden lassen, dass begriffliche Schärfe verlorenzugehen droht, wenn *ein* Element des Faschismus, hier: die Gewalt, isoliert betrachtet und dann zum Ganzen stilisiert wird.

Die wissenschaftliche und politische Diskussion über den Faschismus²³ ist längst nicht

19 Sauer, Mobilmachung, S. 11 ff.; vgl. auch unten, S. 192ff.

20 Zum Begriff «Gewalt» s. Galtung, Gewalt, S. 55-104. Gronow/Hilppö, Violence, S. 311-320. Rammstedt, Gewaltverhältnisse. Zur Kritik Galtungs vgl. Matz, Politik und Gewalt, S. 70 ff.

21 Erdmann, Zeit der Weltkriege, S. 362; ebenso Thamer, Verführung, S. 22 ff. Auch der Autor dieser neuesten Gesamtdarstellung des Dritten Reiches hält am Faschismus-Begriff fest.

22 Der Begriff stammt von J. Habermas; vgl. Kernig, Kriegslehre, S. 86.

23 Vgl. u.a. Nolte, Theorien über den Faschismus; Texte zur Faschismuskritik; Clemenz, Gesellschaftliche Ursprünge; Mansilla, Faschismus; Wippermann, Faschismustheorien; Schulz, Faschismus; Faschismus als soziale Bewegung; Saage, Faschismustheorien; Winkler, Revolution, Staat, Faschismus.

abgeschlossen. Einwände gegen die Verwendung des Begriffs sind unter anderem auf der Grundlage liberaler Totalitarismustheorie erhoben worden. Sie lauten, für die wissenschaftliche Erkenntnis sei der Begriff wenig brauchbar, da er wegen seiner Tendenz zur Verallgemeinerung mehr verdecke als erhelle. Und politisch wird gegen den Faschismusbegriff mit der Behauptung polemisiert, es handle sich um eine «Sowjetformel»²⁴, also um einen politischen Kampfbegriff, der einer «Bagatellisierung totalitärer Diktatur» zumindest Vorschub leisten könne²⁵.

Nun ist der Faschismusbegriff jedoch bereits vor 1933 von Liberalen²⁶, Sozialdemokraten²⁷, Katholiken²⁸ und anderen Nicht-Kommunisten verwendet worden, und zwar durchaus nicht in Übereinstimmung mit der sowjetmarxistischen Faschismustheorie, sondern in ausdrücklicher Gegnerschaft zu ihr²⁹. Die Behauptung, dass, wer den Faschismusbegriff benutze, unkritisch eine «Sowjetformel» nachrede³⁰, ist demnach unzutreffend. Weiterhin leisten diese gegen den Gebrauch des Faschismusbegriffs vorgebrachten Einwände dem – politisch möglicherweise folgenreichen – Missverständnis Vorschub, der nationalsozialistische Faschismus könne als National-Sozialismus in einer Reihe mit anderen Spielarten des Sozialismus gesehen werden. Dieses Missverständnis könnte zugleich in Vergessenheit geraten lassen, dass die Hitlerbewegung Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter unter dem Feindbild «Marxismus» vehement bekämpfte und brutal verfolgte.

Der faktische Verlauf der nationalsozialistischen Machteroberungs-, Unterdrückungs- und Kriegsvorbereitungspolitik wird an anderen Stellen dieses Bandes geschildert. Im Zusammenhang mit der hier zu behandelnden Darstellung militaristischer Tendenzen in der Weimarer Republik sind die folgenden Problemkreise von Interesse: Erstens ist die Gewaltideologie des Nationalsozialismus³¹ zu analysieren, wie sie vornehmlich in der «Weltanschauung» der massgeblichen Persönlichkeit der NSDAP, Adolf Hitler, zutage trat; zweitens ist zu zeigen, wie sich auf der Grundlage dieser Gewaltideologie das aussenpolitische Konzept des «Führers» der NSDAP konkretisierte; und drittens wird zu prüfen sein, ob die Kriegsideen Hitlers vor 1933 bekannt waren oder ob sie zu jenen von der Öffentlichkeit «unbeachteten Maximen»³² gehörten. Hieran werden sich dann

24 Bracher, Schlüsselwörter, S. 104; vgl. auch S. 26 f.

25 Bracher, Faschismus, S. 551.

26 Z.B. von Stresemann. Siehe Kapitel 1/6 und S. 44.

27 Vgl. u.a. die vom Vierten Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in einer Resolution vom Sommer 1931 über «Die Lage in Deutschland und Zentraleuropa und der Kampf der Arbeiterklassen um die Demokratie» benutzte Terminologie. Das Dokument ist abgedruckt in Braunthai, Geschichte der Internationale, Bd. 2, S. 570ff., hier: S. 571. Vgl. auch Wette, Stimmzettel, S. 358-403. bes. S. 375 ff.

28 Vgl. etwa Riesenberger, Friedensbewegung, S. 261 ff.

29 Zur Kritik der kommunistischen Faschismustheorie vgl. Kapitel 1/9.

30 Bracher, Schlüsselwörter, S. 104.

31 Dazu Jacobsen, Krieg.

32 Vgl. Lange, Hitlers unbeachtete Maximen.

die weitergehenden Fragen anschliessen, ob Hitlers Gewaltideologie etwas spezifisch Nationalsozialistisches war oder ob es in der Weimarer Zeit auch andere politische Gruppierungen gab, die wie selbstverständlich in ähnlichen Gewaltkategorien dachten. Für Hitler ergab sich die Einstellung zur Gewalt in der Politik nicht in erster Linie aus funktionalen Erwägungen, aus einem streng rationalen Kalkül, sondern vielmehr aus einer bestimmten «philosophischen» Anschauung, nämlich jener abstrusen Mischung von Metaphysik und Biologie, derzufolge der Kampf allgemein und der Krieg im Besonderen als Naturgesetze zu begreifen waren, denen man sich sowohl als Individuum wie auch als Volk nur bei Strafe des Untergangs entziehen konnte. «Wer leben will, der kämpfe also», schrieb er in «Mein Kampf», «und wer nicht streiten will in dieser Welt des ewigen Ringens, verdient das Leben nicht³³.» Und an anderer Stelle dieses Buches ist die Rede von «den ewigen Gesetzen des Lebens auf dieser Erde, die Kampf um dieses Leben sind und Kampf bleiben»³⁴.

Der zentrale Begriff *Lebenskampf*³⁵, den Hitler schon im ersten Band von «Mein Kampf» mehrfach verwandte und der zweifellos von der Darwinschen Formel des «struggle of life» beeinflusst war³⁶, musste zwar nicht in jedem Falle Krieg bedeuten; aber er schloss Krieg gleichwohl von vornherein mit ein. Krieg gehörte «für Hitler immer zu den selbstverständlichen Mitteln der Durchsetzung politischer Ziele. Diese mochten sich wandeln, das Mittel blieb wie ein Axiom bestehen³⁷.» In einem «Krieg und Frieden im Lebenskampf» betitelten Abschnitt des 1928 geschriebenen, aber damals nicht veröffentlichten «Zweiten Buches» hat Hitler diese Auffassung vom *permanenten Lebenskampf* in der Geschichte folgendermassen begründet:

«Geschichte selbst ist die Darstellung des Verlaufs des Lebenskampfes eines Volkes. Ich setze hier mit Absicht das Wort ‚Lebenskampf‘ ein, weil in Wahrheit jedes Ringen um das tägliche Brot, ganz gleich ob im Frieden oder im Krieg, ein ewiger Kampf ist gegen tausend und abertausend Widerstände, so wie das Leben selbst ein ewiger Kampf gegen den Tod ist. Denn warum sie leben, wissen die Menschen so wenig als irgendeine andere Kreatur der Welt. Nur ist das Leben erfüllt von der Sehnsucht, es zu bewahren.» Hunger und Liebe sind als die beiden mächtigsten Triebe die Regenten des Lebens. Das «Gesetz», dass «Selbsterhaltung und Forterhaltung» die grossen Antriebe zu jeglichem Handeln sind, gilt für den einzelnen Menschen und die Völker gleichermassen. Die Befriedigungsmöglichkeit dieser Triebe ist jedoch begrenzt,

33 Hitler, *Mein Kampf*, S. 317.

34 Ebd., S. 773.

35 Zur Genesis des Begriffes «Lebenskampf» siehe Lange, *Terminus «Lebensraum»*.

36 Zmarzlik, *Sozialdarwinismus*, S. 246ff.; Jäckel, *Hitlers Weltanschauung*, S. 118.

37 Jäckel, *Hitlers Weltanschauung*, S. 32. Vgl. jetzt auch den Folgeband: Jäckel, *Hitlers Herrschaft*, mit der zentralen These, dass Hitler seine beiden Hauptziele, nämlich Eroberung von «Lebensraum» im Osten und Vernichtung des europäischen Judentums, konsequent gemäss seinem schon in den zwanziger Jahren entwickelten Programm verwirklichte.

weshalb der Kampf in allen seinen Formen «die logische Folge» ist. Begrenzt ist insbesondere der Raum auf der Erde, und in dieser Begrenzung des Lebensraumes liegt der Zwang zum Lebenskampf³⁸.

Hieraus leitete sich zugleich ein bestimmtes Verständnis von *Politik* ab. Politik ist «in Wahrheit die Durchführung des Lebenskampfes eines Volkes»³⁹, lautete die Formel Hitlers. Politik als durchgeführter Lebenskampf brauchte zwar nicht grundsätzlich kriegerisch und auch nicht grundsätzlich friedlich zu sein, sondern musste «die Waffe ihres Kampfes stets so wählen, dass dem Leben im höchsten Sinne gedient wird»⁴⁰; aber sie machte doch eine begriffliche Trennung von Friedens- und Kriegspolitik hinfällig, da in der Politik in jedem Falle das Leben «der ewige Einsatz» war⁴¹. Daher rührte die Überzeugung Hitlers, dass die ständige Aufgabe der Politik nicht die «beschränkte Vorbereitung für einen Krieg als vielmehr die unbeschränkte innere Durch- und Ausbildung eines Volkes»⁴² für den Krieg sei. Der Krieg wurde auf diese Weise zum Regelfall, zum normalen Zustand, und liess sich infolgedessen vom Frieden nur noch durch das Mass an Gewalt unterscheiden. Seine Idee einer tendenziell unbegrenzten gewaltsamen Eroberungspolitik hat Hitler auch in der für Industrielle geschriebenen Broschüre aus dem Jahre 1927 «Der Weg zum Wiederaufstieg» offen ausgesprochen: Es ist die höchste Aufgabe der Politik, heisst es dort, dem «natürlichen Imperialismus die ebenso natürliche Befriedigung zu geben»⁴³.

Die verschiedenen Spielarten des *Pazifismus*, die in den ideologischen Auseinandersetzungen der Weimarer Zeit eine bedeutende Rolle spielten, konnte Hitler nur als naturwidrige «Humanitätsduseleien» begreifen, die die Bezeichnung «Politik» schon deshalb nicht verdienten, weil sie das Naturgesetz des permanenten Lebenskampfes leugneten⁴⁴. Pazifismus war «lasterhaft», weil seine Vertreter «Gegner und Feinde aller heroischen, völkischen Tugenden» waren, die den Völkern einredeten, sie brauchten nicht «mit Bluteinsatz für den Absatz ihrer Waren zu kämpfen»⁴⁵. Indem er die Pazifisten nicht nur als Gegenspieler völkisch-heroischer Ideale, sondern zugleich als Gegner der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft angriff, markierte Hitler eines jener Feindbilder⁴⁶, von denen er annehmen konnte, dass sie auch in den für seinen Aufstieg so wichtigen Industriekreisen ankommen würden. Tatsächlich hat Hitler in seiner Rede vor Wirtschaftlern im Januar 1932 die Konkurrenz erneut als das in die Wirtschaft übertragene

38 Hitler, Zweites Buch, S. 46f.

39 Ebd..S. 47.

40 Ebd..S. 52.

41 Ebd..S.47f. und 69.

42 Ebd..S. 69.

43 Hitler, Weg zum Wiederaufstieg, S. 51.

44 Hitler, Zweites Buch, S. 55. Zum faschistischen Antipazifismus siehe auch Goebbels, Faschismus. S. 316 f.

45 Hitler, Zweites Buch, S. 62 und 124.

46 Vgl. Nitschke, Der Feind.

Kampfprinzip dargestellt⁴⁷ und seine Gleichsetzung von Pazifismus und Antikapitalismus wiederholt, nicht ohne gleichzeitig zu verkünden, er habe «den unerbittlichen Entschluss gefasst, den Marxismus bis zur letzten Wurzel in Deutschland auszurotten»⁴⁸. Wie über den Pazifismus, so schrieb und sprach Hitler über das Ideal der *Humanität* seit jeher im Tone des Hasses und der Verachtung. Unter der Notwendigkeit der Selbsterhaltung, hiess es in «Mein Kampf», «schmilzt die sogenannte Humanität als Ausdruck einer Mischung von Dummheit, Feigheit und eingebildetem Besserwissen wie Schnee in der Märzsonne. Im ewigen Kampf ist die Menschheit gross geworden – im ewigen Frieden geht sie zugrunde»⁴⁹. Für den «Führer» der NSDAP war die Humanität des Menschen «nur die Dienerin seiner Schwäche und damit in Wahrheit die grausamste Vernichterin seiner Existenz»⁵⁰, also ein Unwert und nicht etwa ein Wert. Daher galt ihm auch die Vernichtung kranker, schwächerer und missgestalteter Kinder bei den Spartanern als «menschenwürdiger und in Wirklichkeit tausendmal humaner als der erbärmliche Irrsinn unserer heutigen Zeit, die krankhaftesten Subjekte zu erhalten»⁵¹. In dem hier propagierten *Recht des Stärkeren* kam ein weiteres sozialdarwinistisches Prinzip zum Ausdruck, das in der Vorstellungswelt Hitlers einen festen Platz hatte: Der «aristokratische Grundgedanke der Natur»⁵² vom jeweiligen Sieg des Stärkeren und der Vernichtung des Schwachen, glaubte er, wirke auch im Leben der Völker als «ehernes Gesetz der Notwendigkeit»⁵³, und daher werde eine höchste Rasse als Herrschaft schliesslich die Weltherrschaft ausüben. In der Vorbereitung und Durchführung der kriegerischen Machterweiterung fanden nach Hitlers Überzeugung *Innen- und Aussenpolitik* ihre einheitliche Bestimmung: Das «Schwert zu schmieden, ist die Aufgabe der innenpolitischen Leitung eines Volkes; die Schmiedearbeit zu sichern und Waffengenossen zu suchen, die Aufgabe der aussenpolitischen»⁵⁴. Alles ist eine Frage des «Machteinsatzes»⁵⁵, also der Gewaltpolitik. Bereits am 13. November 1918, in einer seiner ersten überhaupt überlieferten Reden, brachte Hitler seine Überzeugung zum Ausdruck, dass das deutsche Elend «durch deutsches Eisen zerbrochen werden» müsse⁵⁶.

47 Vortrag Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern am 27. Januar 1932, S. 11 (Wiederabdruck in Domarus I, S. 68-90).

48 Ebd.. S. 28.

49 Hitler, *Mein Kampf*, S. 148f.

50 Hitler, *Zweites Buch*, S. 56.

51 Ebd.. S. 57.

52 Hitler, *Mein Kampf*, S. 69.

53 Ebd.. S. 316.

54 Ebd., S. 689. Zur engen Verzahnung von Innen- und Aussenpolitik vgl. auch Hitler, *Zweites Buch*, S. 107.111 ff.

55 Hitler, *Zweites Buch*, S. 62.

56 Zit. nach Jäckel, *Hitlers Weltanschauung*, S. 31.

Hitlers Glaube an die schöpferische Kraft der Gewalt blieb seit seinem Eintritt in die Politik am Ende des Ersten Weltkrieges eine Konstante seines Denkens, das sich zumindest in diesem Punkt von zeitgenössischen Autoritäten wie Oswald Spengler, Carl Schmitt, Georges Sorel, Mussolini und anderen, die ebenfalls in Freund-Feind-Bildern dachten und die Gewalt als heroische Tat anbeteten⁵⁷, nur wenig unterschied. Die Vorstellung, dass der Krieg ein legitimes Gewaltmittel der nationalen Staaten sei, war zu jener Zeit zweifellos auch in den nicht-deutschen Ländern verbreitet. Trotz der Erfahrungen des Ersten Weltkrieges gehörte die Überzeugung, die zwischen den Staaten bestehenden Streitfragen müssten im Zweifelsfalle mittels organisierter Gewalt ausgefochten werden, zum politischen Bewusstseinsstand der Mehrheit der Zeitgenossen.

Hitlers Glaubenssätze über die Rolle der Gewalt in der Geschichte standen längst vor der Formulierung seines aussenpolitischen Programms, die man auf das Jahr 1928 zu datieren hat, fest. Sowohl zeitlich als auch in der gedanklichen Ableitung lag also vor der programmatischen Konzipierung und Konkretisierung der aussenpolitischen Ziele und Schritte jene abstrakte Gewaltideologie, in der es zeitliche und räumliche Begrenzungen nicht gab und die ex definitione gar nicht beanspruchte, eine funktionale politische Theorie zu sein – beispielsweise in dem Sinne, dass Krieg zur Erreichung eines als gerecht empfundenen Friedens gerechtfertigt sei. Vielmehr kam sie einer permanenten Kriegserklärung gleich und war insofern ein Mythos⁵⁸. Hieran zu erinnern erscheint notwendig, da bei der wissenschaftlichen Beschäftigung mit «Hitlers letzten Zielen» – Grossdeutsches Germanisches Reich, Kolonialismus, Weltherrschaft⁵⁹ – und mit bestimmten Stufenplänen, die der nationalsozialistischen Kriegspolitik zugrunde lagen und von denen her die einzelnen politischen Entscheidungen des «Führers» im Nachhinein ableitbar sein sollen, allzu leicht aus den Augen verloren wird, dass die auf der Ebene des rationalen Kalküls und der strengen Zielgerichtetheit vorgetragenen Argumente eben nur eine Seite des Problems fassen.

Sowohl für die Beurteilung der Umstände, die zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler führten, als auch für die zeitgenössische Einschätzung seiner praktischen Aufrüstungs- und Kriegspolitik ist es von Bedeutung, der Frage nachzugehen, ob die Gewaltideologie Hitlers einschliesslich seiner konkreten Kriegsideen immer, also auch vor 1933, in vollem Umfang bekannt war. Dazu ist gesagt worden, «Mein Kampf» habe bei Freund und Feind von Anfang an für unlesbar gegolten und sei mit der Zeit «zum unlesenen Bestseller der Weltliteratur» avanciert⁶⁰. Nun existierten jedoch bis zum

57 Vgl. Lenk, «Volk und Staat», S. 106ff.

58 Vgl. u.a. Broszat, Staat Hitlers, S. 380 f.

59 Vgl. Moltmann, Weltherrschaftsideen; Hildebrand, Reich; Weltherrschaft im Visier; Thies, Architekt.

60 Jäckel, Hitlers Weltanschauung, S. 13. Zur Perzeption des Hitlerschen Buches vor 1933 vgl. jetzt die differenzierende Analyse von Schreiber, Hitler-Interpretationen, sowie Weimars Ende.

Januar 1933 immerhin 287'000 Exemplare der Hitlerschen Kampfschrift⁶¹, die – im Gegensatz zur späteren Praxis der Zwangszuteilung – relativ freiwillig erworben worden sein dürften. Dieser Tatbestand erlaubt zwar nicht den Rückschluss, dass das Buch von allen Käufern auch wirklich gelesen wurde; aber die Annahme, dass sein Inhalt generell nicht zur Kenntnis genommen worden wäre, kann noch weniger Plausibilität für sich beanspruchen. Allerdings scheint die gründliche Lektüre vor 1933 selbst in nationalsozialistischen Kreisen nicht der Regelfall gewesen zu sein⁶².

Der ehemalige sozialdemokratische Oberbürgermeister von Braunschweig, Böhme⁶³, glaubt nicht, dass viele Politiker seiner Partei mit dem Inhalt des Hitler-Buches vertraut waren. Wir wissen jedoch von dem ehemaligen Reichstagspräsidenten Paul Löbe (SPD), dass innerhalb der SPD-Reichstagsfraktion mehrfach über die in «Mein Kampf» enthaltenen Themen referiert wurde⁶⁴, so dass man nicht sagen kann, die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten seien völlig uninformiert gewesen. Im Übrigen hat die SPD-Reichstagsfraktion bereits 1930 eine durchaus zutreffende Prognose der von den Nationalsozialisten zu erwartenden Politik gegeben⁶⁵. Umso erstaunlicher bleibt der Tatbestand, dass Hitlers Kriegsideen weder von den Kommunisten und Sozialdemokraten noch vom Zentrum und den liberalen Demokraten in einer massiven Propagandakampagne aufgegriffen und gegen die NSDAP verwendet worden sind.

Zu ähnlichen Ergebnissen führt eine Analyse der zeitgenössischen Publizistik. Auch sie hat sich mit Hitlers «Mein Kampf» kaum auseinandergesetzt. Lediglich Theodor Heuss wies in einem 1932 veröffentlichten Buch über Hitler⁶⁶ auf dessen aussenpolitische «Generallinie» mit dem Kernstück «Bodennahme im Osten» hin. In einer Reihe anderer Schriften, die sich intensiv mit dem Nationalsozialismus befassten⁶⁷, wurden die Kriegsideen Hitlers entweder gar nicht oder nur am Rande registriert.

Die Politiker und Publizisten Österreichs, der Schweiz, Frankreichs, Italiens, Englands, der Vereinigten Staaten und selbst Polens⁶⁸ haben Hitlers Buch vor 1933 ebenfalls kaum beachtet und jedenfalls nicht ernst genommen. Lediglich für die Sowjetunion trifft diese Feststellung nicht zu. Sowohl Stalin als auch sein Aussenminister Litwinov hatten bereits vor 1933 eine russische Übersetzung von «Mein Kampf» von Anfang bis Ende gelesen⁶⁹ und wussten daher auch, «dass das Deutschland Hitlers für die UdSSR eine Gefahr darstellte»⁷⁰.

61 Hammer, Hitlers «Mein Kampf», S. 163.

62 Lange, Hitlers unbeachtete Maximen, S. 145 ff.

63 Ebd., S. 162.

64 Ebd., S. 61.

65 Jahrbuch der SPD 1930, S. 31. Vgl. im Einzelnen Kapitel 1/7.

66 Heuss, Hitlers Weg.

67 Knickerbocker, Deutschland; Oehme/Caro, Drittes Reich; Andernach, Hitler.

68 Lange, Hitlers unbeachtete Maximen, S. 75-130. Vgl. weiterhin Bacon, Press Opinion; Kimmel, Aufstieg; Illert, Deutsche Rechte; Granzow, Mirror; Sheldon, Hitler-Bild.

69 Lange, Hitlers unbeachtete Maximen, S. 131 ff.

70 Snell, Illusionen, S. 31.

Zeitgenossen haben die weitgehende Nichtbeachtung der in «Mein Kampf» niedergelegten Ideenwelt Hitlers immer wieder mit dem Umfang des Buches, der Verworrenheit und der Wiederholung der Gedanken, dem schwülstigen und langweiligen Stil sowie seiner unerträglichen Langatmigkeit begründet. Der in Entschuldigungen dieser Art zum Ausdruck kommende geistige Hochmut zog immerhin die schwerwiegende Folge nach sich, dass die nationalsozialistische Ideologie nicht nur als Pseudo-Philosophie abgetan wurde, sondern auch, dass man sie weder ernst nahm noch einer Bekämpfung für würdig hielt⁷¹. Hinzu kam, dass Hitler in erster Linie als Redner und nicht als politischer Schriftsteller wirkte. Und in seiner propagandistischen Rhetorik war er häufig sehr viel vorsichtiger als in seiner Kampfschrift aus dem Jahre 1925. Das galt zumal hinsichtlich seines aussenpolitischen Programms, das zudem nach den für die NSDAP erfolgreichen Wahlen vom September 1930 für einige Zeit in der Versenkung verschwand.

In konservativen Kreisen glaubte man überdies, die politische Propaganda der NSDAP sei eine Sache, die tatsächliche Ausübung der Regierungsgewalt aber eine andere. Man beschwichtigte sich und andere mit der Stammtisch Weisheit, es werde schon nicht alles so heiss gegessen, wie es gekocht werde.

In der Vorkriegsphase (1933-1939) lancierten die nationalsozialistischen Propagandisten Hinweise in die Auslandspresse, die den Eindruck erwecken sollten, Hitler wolle «Mein Kampf» zurückziehen und später eine revidierte Neuauflage erscheinen lassen. Tatsächlich erfolgte jedoch nach dem 30. Januar 1933 nicht nur keine Zurückziehung oder Revision der Kampfschrift, sondern Hitler gab die Erlaubnis zu jenen Massenaufgaben, die dann im Jahre 1943 insgesamt 9'840'000 Exemplare erreichten⁷². So bleibt abschliessend die Feststellung, dass jeder, der wissen wollte, was Hitler zu sagen hatte und was er plante, dies auch wissen konnte. Tatsächlich waren Hitlers ausschweifende Pläne kriegerischer Expansion zumindest nicht unbekannt⁷³, und man konnte sie, da sie durchaus «Elemente zielstrebigener Planung und zukunftsgewandter Programmatik»⁷⁴ enthielten, auch nicht ohne weiteres als absurd vom Tisch wischen.

3. Der Militarismus der «Nationalen Opposition»

Bei der sogenannten Nationalen Opposition der Weimarer Zeit handelte es sich nicht um eine parlamentarische Opposition im Sinne der Reichsverfassung, sondern vielmehr um eine sowohl parlamentarisch als auch ausserparlamentarisch präsente Gruppe von politischen Parteien, Wehrverbänden, Kriegervereinen, politischen Sekten, Verbänden und Literatenzirkeln, die bei aller Verschiedenheit durch ein gemeinsames Ziel verbun-

71 Lange, Hitlers unbeachtete Maximen, S. 66 und 154; ebenso Bracher, Diktatur, S. 141.

72 Lange, Hitlers unbeachtete Maximen, S. 148.

73 Sauer, Mobilmachung, S. 58.

74 Jacobsen, Der Zweite Weltkrieg, S. 20.

den war: den Sturz des verhassten Weimarer «Systems» und den Aufbau eines autoritären, nationalistischen Machtstaates. Die Opposition der Nationalisten richtete sich also nicht etwa nur gegen die republikanischen Parteien, sondern gegen die Regierungs- und Staatsform schlechthin.

Es hat diese «Nationale Opposition» während der gesamten Weimarer Zeit gegeben, wenngleich der Begriff erst 1929 durch Hugenberg ins Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit gebracht wurde. Dies geschah im Zusammenhang mit einer ersten gemeinsamen Aktion der antirepublikanischen Rechten, nämlich dem Volksbegehren gegen den Young-Plan, der die Zahlungen der von Deutschland zu leistenden Reparationen regelte. Daran beteiligte sich neben der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), dem Frontsoldatenbund «Stahlhelm» und dem Reichslandbund auch die NSDAP. Zu einem lockeren organisatorischen Zusammenschluss der «Nationalen Opposition» kam es dann im Jahre 1931 mit der Bildung der «Harzburger Front». In diesem Kampfbündnis der politischen Rechten waren DNVP, NSDAP, Stahlhelm, Reichslandbund, Alldeutscher Verband und führende Repräsentanten der Grossagrarier, der Schwerindustrie und der Reichswehr vertreten. Anhänger der «Harzburger Front» waren darüber hinaus in den vielen völkischen, agrarischen und mittelständischen Gruppierungen zu finden, ebenso bei der Mehrheit der Akademiker in und ausserhalb der Hochschulen, bei der organisierten Studentenschaft und bei einer grossen Anzahl von Intellektuellen. Seit Harzburg gelang es der NSDAP, allmählich die Führung der gesamten antirepublikanischen Rechten zu übernehmen.

a) Frontsoldatenbund «Stahlhelm»

Der «Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten»⁷⁵ war der mitgliederstärkste und einflussreichste Wehrverband der politischen Rechten. Am 25. Dezember 1918 gegründet⁷⁶, also mitten in der revolutionären Übergangsphase vom Kaiserreich zur Republik, entwickelte er sich, anders als die unpolitischen Kriegervereine, die sich lediglich der Traditionspflege widmeten, zu einem betont politischen Wehrverband. Seit Mitte der zwanziger Jahre zählte der Stahlhelm etwa 400'000 bis 500'000 Mitglieder, bei denen es sich durchweg um ehemalige Frontsoldaten handelte, die aus bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten sowie aus dem Adel kamen und politisch konservativ und nationalistisch dachten⁷⁷. Im Ausland beurteilte man den uniformiert auftretenden Wehrverband

75 Vgl. Seldte, Stahlhelm; Duesterberg, Stahlhelm; Klotzbücher, Stahlhelm; Berghahn, Stahlhelm.

76 Duesterberg, Stahlhelm, S. 7: «Der Stahlhelm war ein Zierprodukt der marxistischen Revolution von 1918.»

77 Für die Frontsoldaten war der Nationalismus ein Produkt des Weltkrieges: «Als wir in den Krieg gingen, waren wir deutsches Militär. Als wir herauskamen, waren wir deutsche Menschen, bei-des: deutsche Menschen.» So Schauwecker, Erlebnis, S. 179.

als eine jener halb-militärischen Organisationen, die sich auf einen Revanchekrieg vorbereiteten und die im Konfliktfall als Armeereserve eingesetzt werden konnten. Auch die Reichswehr sah im Stahlhelm eine Armeereserve und zudem, weil er als fanatischer Verfechter des nationalen Wehgedankens auftrat, ein höchst willkommenes Gegengewicht zu den pazifistischen Strömungen im Lager der politischen Linken⁷⁸.

Der Erste Bundesführer des Stahlhelm, der Fabrikbesitzer und ehemalige Offizier Franz Seldte, gehörte bis 1927 der Deutschen Volkspartei (DVP) an, allerdings in Gegnerschaft zu Stresemann; sein Stellvertreter, der ehemalige Berufssoldat und Generalstabs-offizier Theodor Duesterberg⁷⁹, neigte zunächst der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei (DVFP), einer rechtsradikalen Splittergruppe, zu und wurde dann ein einflussreiches Mitglied der DNVP. 1928 verfügte der Stahlhelm über 51 Reichstagsabgeordnete in der DNVP-Fraktion und über 9 in der DVP-Fraktion, hatte also eine beachtliche parlamentarische Repräsentation⁸⁰. Nach 1928 orientierte er sich immer stärker ausschliesslich an der DNVP und geriet dann seit Herbst 1930 zunehmend in den Sog der Nationalsozialisten. Wenn der Frontsoldatenbund trotz dieser Bindung seiner führenden Funktionäre an die Parteien der antirepublikanischen beziehungsweise der gemässigten Rechten eine Ideologie der Überparteilichkeit vertrat, so bedeutete dies lediglich, dass das Stahlhelmmitglied nicht an eine bestimmte Partei innerhalb des Lagers der nationalen Rechten gebunden zu sein brauchte. Ihre historischen Wurzeln hatte die Überparteilichkeitsideologie in den obrigkeitsstaatlichen Traditionen des wilhelminischen Kaiserreiches; zudem speiste sie sich aus dem Schützengrabenerlebnis im Weltkrieg, in dem man – über alle Parteien hinweg – die Geschlossenheit der nationalen «Volksgemeinschaft» verwirklicht glaubte.

Bereits Anfang der zwanziger Jahre war der republikfeindliche Charakter des Stahlhelm offenbar. Ein Teil seiner Mitglieder unterstützte den Hitler-Putsch vom November 1923. Nach dessen Scheitern verstand man sich weiterhin als aktiver Gegner des «Systems», also der Weimarer Demokratie, und als Vorreiter einer autoritären Staatsform, einer «nationalen Diktatur»⁸¹, wobei man sich an militärischen Ordnungs- und Handlungsmustern orientierte. Man sprach auch bereits vom «Dritten Reich», und wenn diese Vorstellung auch nicht völlig identisch war mit dem später von Hitler verwirklichten «Drit-

78 Rohe, Reichsbanner, S. 172 f.

79 Wegen seiner jüdischen Abstammung wurde Duesterberg 1933 von den Nationalsozialisten nicht übernommen. Vgl. Messerschmidt, Wehrmacht, S. 42.

80 Berghahn, Stahlhelm, S. 111, Anm. 6; Klotzbücher, Stahlhelm, S. 312f.

81 Am 4. November 1923 forderte der Bundesvorstand des Stahlhelm den Reichskanzler auf, «nunmehr umgehend eine nationale Diktatur zu schaffen». Das Dokument ist abgedruckt in: Seldte, Stahlhelm, S. 46; zu den Diktaturplänen des Frontsoldatenbundes vgl. auch Klotzbücher, Stahlhelm, S. 80 ff.

ten Reich», so entsprach dieses doch weit eher den staatspolitischen Ideen der Stahlhelm als die parlamentarische Republik.

Zu institutionalisierten Beziehungen zwischen Stahlhelm und NSDAP kam es erst relativ spät, da Hitler den Mitgliedern seiner Partei die Doppelmitgliedschaft in Stahlhelm und NSDAP verboten hatte. Das Zusammengehen mit dem gemeinsamen Ziel, die Republik zu zerstören, datiert auf das Jahr 1931, als die Harzburger Front gebildet wurde⁸². Seitdem war der Stahlhelm, teils bewusst, teils wider Willen⁸³, einer der wichtigsten Wegbereiter der Diktatur Hitlers. Im Jahre 1933, als Hitler seine Regierung bildete, wurde Seldte Arbeitsminister⁸⁴. Er blieb in dieser Funktion bis 1945.

Es besteht kein Zweifel, dass die antidemokratische⁸⁵, antiliberalen und antisozialistische Stossrichtung der NSDAP und dem Stahlhelm gemeinsam war. Eine weitere Gemeinsamkeit bestand in der Betonung des nationalen Wehgedankens. Bedeutete dies, dass auch ein neuer Krieg zu den gemeinsamen Zielen gehörte? Hatten auch die Stahlhelmer die politische Perspektive einer gewaltsamen Wiedergewinnung und Ausweitung der Macht Deutschlands? Wollten die Frontsoldaten wieder an die Front? Was verbarg sich hinter den im Stahlhelm ständig beschworenen Begriffen «Frontgeist» und «Frontsoldatenidee»?

Mit ihnen verband sich nicht unbedingt ein konkretes aussenpolitisches Programm, das mit Hilfe eines neuen Krieges verwirklicht werden sollte. Vielmehr verkörperte sich in der Frontsoldatenideologie zunächst einmal der politische Irrationalismus des Stahlhelms⁸⁶. Wie Eduard Stadtler, der seit 1928 Leiter der Schulungsabteilung des Frontsoldatenbundes war, einmal sagte, war die Frontsoldatenideologie «etwas Unausprechliches und Geheimnisvolles, undefinierbar wie das Kriegserlebnis selbst, aus dem sich die Idee ableitet»⁸⁷. Und Duesterberg definierte die Idee des Stahlhelms ähnlich geheimnisvoll als «Erneuerung des deutschen Volkes im Geiste der alten Front»⁸⁸. Der Krieg, das zentrale Diskussionsthema im Stahlhelm, wurde zu einem jenseits menschlicher Vorstellungskraft liegenden Ereignis stilisiert, in dem verherrlichenswerte Formen

82 Zur Rolle des Stahlhelms in der Harzburger Front s. Klotzbücher, Stahlhelm, S. 232-273.

83 Duesterberg, Stahlhelm, S. 151, behauptet, die Mehrzahl der Stahlhelm-Führer sei in Gegnerschaft zu Hitler gestanden. Aber in den von ihm selbst beigebrachten Dokumenten findet sich der an Hitler gerichtete Satz des bayerischen Stahlhelmführers v. Lenz: «Uns geht es nur um den Sieg der gemeinsamen Idee, und die ist nun einmal dieselbe, ob sie sich NSDAP oder Stahlhelm nennt» (ebd., S. 22).

84 Zum Marsch des Stahlhelms ins «Dritte Reich» s. Klotzbücher, Stahlhelm, S. 273-310; zur Auflösung des «Stahlhelms» im Jahre 1935 vgl. Berghahn, Ende des «Stahlhelms».

85 Zum Demokratieverständnis des Stahlhelms die aufschlussreiche Aussage Duesterbergs: «Es gibt nichts Demokratischeres als die gemeinsam überstandene Todesgefahr.» (Duesterberg, Stahlhelm, S. 8).

86 Bezeichnenderweise sagte Seldte in einer Unterredung mit Hitler am 12. August 1935: «Meine Leute sind keine politischen Menschen, sondern alte Soldaten.» (Berghahn, Ende des «Stahlhelms», S. 449). Zu den apolitischen Tendenzen vgl. auch Klotzbücher, Stahlhelm, S. 114ff.

87 Stadtler, Seldte (1930), S. 21.

88 Duesterberg, Stahlhelm, S. 9.

menschlichen Daseins entstehen. An dieser Verklärung des Krieges hatten die Literaten des «Soldatischen Nationalismus», auf die noch einzugehen sein wird, einen massgeblichen Anteil.

Politisch relevant wurde die Kriegs- beziehungsweise Frontsoldatenideologie in dem Moment, in dem sie die Muster lieferte für die im Frieden lebende Gesellschaft. Was der Stahlhelm plante, war sozusagen eine auf Friedenszeiten übertragene Schützengrabengemeinschaft, ein «Frontsoldatenstaat»⁸⁹, der nach militärischen Gesichtspunkten gegliedert sein sollte, also nach dem Führerprinzip, und in dem die Elite der Frontsoldaten die Führung übernehmen sollte⁹⁰. Vorstellungen dieser Art veranlassten Stresemann im September 1928 zu der Äusserung, man müsse damit rechnen, dass sich der Stahlhelm-Bund zu «einer Art von Faschistenpartei» entwickle⁹¹. Mehrfachen Verbotsdrohungen konnte der Frontsoldatenbund nur entgehen, weil Hindenburg, der als Reichspräsident paradoxerweise zugleich Ehrenmitglied dieses antirepublikanischen Verbandes war, zu seinen Gunsten intervenierte.

Die Frontsoldatenideologie blieb allerdings nicht bloss Metaphysik. Sie konkretisierte sich unter anderem in einer vehementen Ablehnung der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages. In einer Stahlhelm-Botschaft⁹², die während des 8. Frontsoldatentages im Mai 1927 in Berlin vor 132'000 anwesenden Mitgliedern verkündet wurde, hiess es:

«Der Stahlhelm sagt den Kampf an jeder Weichlichkeit und Feigheit, die das Ehrbewusstsein des deutschen Volkes durch Verzicht auf Wehrrecht und Wehrwillen schwächen und zerstören wollen. Der Stahlhelm erklärt, dass er den durch das Versailler Friedensdiktat und dessen spätere Ergänzungen geschaffenen Zustand nicht anerkennt. Er fordert deshalb die Anerkennung des Nationalstaates auch für alle Deutschen, die Wiederherstellung des deutschen Wehrrechts, wirksamen Widerruf des erpressten Kriegsschuldbekenntnisses. §

Es ist bezeichnend für die irrationale Kriegsphilosophie des Stahlhelm, dass Seldte den Begriff der Kriegsschuld überhaupt ablehnte, da der Krieg nur erklärt werden könne «als Katastrophe, als Naturkatastrophe»⁹³. Von einer deutschen Kriegsschuld zu sprechen, sei vollends unsinnig, denn: «Deutsche Art und deutsches Wesen bedingen von vornherein, dass Deutschland niemals Angreifer sein kann»⁹⁴.

89 Ziel des Stahlhelm war, wie es in der Stahlhelm-Zeitung vom 1. Februar 1925 hiess, «der Staat der Frontsoldaten» (Seldte, Stahlhelm, S. 55). Siehe auch Berghahn, Stahlhelm, S. 97 und 99, sowie Klotzbücher, Stahlhelm, S. 112-129.

90 Seldte, Stahlhelm, S. 17: «[Wir] melden unseren Anspruch auf die Führerschaft in Deutschland an.»

91 Berghahn, Stahlhelm, S. 116. Klotzbücher, Stahlhelm, S. 81 und 316.

92 Text der Botschaft in: Der Stahlhelm vom 5. Mai 1927, S. 1; Wiederabdruck u.a. in Mommsen, Parteiprogramme, S. 553-555, und Berghahn, Stahlhelm, S. 105 f.

93 Seldte, Stahlhelm, S. 14.

94 Ebd., S. 15.

Das Eintreten für «unser souveränes Recht auf Wehrhoheit» wurde ebenfalls nicht etwa mit einer rationalen Analyse der sicherheitspolitischen Situation Deutschlands in den Jahren der Weimarer Republik begründet, sondern mit allgemeinen Formeln, etwa mit «unserer ewig bedrohten europäischen Mittellage» und mit den «wie seit Jahrhunderten, stossweise einsetzenden asiatischen Einbrüchen»⁹⁵.

In zahlreichen militanten «Ostkundgebungen» des Stahlhelm, die oft nur wenige Kilometer von der polnischen Grenze entfernt stattfanden, waren aggressive «Lebensraum»-Parolen zu hören. Im Oktober 1928 bezeichnete Seldte es als die «Schicksalsaufgabe» einer «Befreiungspolitik im Osten», «nicht nur deutschen Besitz zu halten, sondern auch entrissenes und neues Land wieder zu erringen, neuen Lebensraum zu schaffen»⁹⁶. Auf einer Führertagung des Landesverbandes Mittelrhein des Stahlhelm im Oktober 1927 bedauerte Duesterberg den Verzicht der deutschen Regierung auf einen Angriffskrieg im Osten⁹⁷. Auf dem Schlesischen Frontsoldatentag im Jahre 1930 erklärte er, die Freiheit müsse mit der Waffe erkämpft werden. Nur Illusionisten könnten glauben, dass Deutschland auf dem Wege der Verständigung und Erfüllung all das zurückerhalte, was es verloren habe⁹⁸. Seldte forderte 1932 «unsere Kolonien und entrissenen Gebiete mit ihrem so nötigen Lebensraum und ihrer Weite für unser Volk in Not und unser Volk ohne Raum»⁹⁹.

Der Stahlhelm-Landesverband Brandenburg beschrieb sein innen- und aussenpolitisches Feindbild in einem Aufruf vom 2. September 1928 in der folgenden Weise:

«Wir hassen mit ganzer Seele den augenblicklichen Staatsaufbau..., weil er uns die Aussicht versperrt, unser geknechtetes Vaterland zu befreien und das deutsche Volk von der verlogenen Kriegsschuld zu reinigen, den notwendigen Lebensraum im Osten zu gewinnen, das deutsche Volk wieder wehrhaft zu machen»¹⁰⁰.

In diesem Stahlhelm-Dokument ist die Politik Hitlers in allen drei Phasen gedanklich vorweggenommen: erstens die Abschaffung des parlamentarischen Regierungssystems, zweitens die Aufrüstung und Wehrhaftmachung des deutschen Volkes und drittens «Gewinnung» – sprich: Eroberung – von Lebensraum im Osten.

Auf dem 10. Reichsfrontsoldatentag in Breslau im Jahre 1931 forderten die Stahlhelmführer kaum verhüllt einen Krieg gegen Polen. In seiner Rede, die mehr als hunderttau-

95 Duesterberg, Stahlhelm, S. 152.

96 Der Stahlhelm vom 28. Oktober 1928. zit. nach Klotzbücher, Stahlhelm, S. 130.

97 Der Stahlhelm vom 16. Oktober 1927. zit. nach Klotzbücher, Stahlhelm, S. 131.

98 Der Stahlhelm-Student, Organ des Stahlhelm-Studentenverbands Langemarck, Jg. 1929/30, Nr. 9/10, S. 10, zit. nach Klotzbücher, Stahlhelm, S. 131.

99 Seldte, Stahlhelm, S. 16. Die Parole «Volk ohne Raum» lieferte der Kolonialdeutsche Hans Grimm in seinem gleichnamigen Buch, das 1926 erschien und bis 1933 eine Auflage von 265'000 erreichte. Dazu Lange, Terminus «Lebensraum».

100 Der Aufruf ist abgedruckt in: Kleinau, Soldaten der Nation (1933), Anhang, S. 56ff.

send in Uniform aufmarschierte Stahlhelmmitglieder hörten, erinnerte Seldte daran, dass die Armee für die Befreiungskriege gegen Napoleon sich in Schlesien versammelt hatte, und meinte dann, dass ein neuer Befreiungskrieg bevorstehe. Am letzten Tag hielt Seldte eine sogenannte Zielansprache: «Der MG.-Führer Seldte befiehlt ‚Rechts um!‘ und zeigt seinen Schützen, dem ganzen feldgrauen Heer, das Ziel: die Ostfront! Und das ganze graue Heer antwortet auf seine Frage, ob das Ziel erkannt sei: ‚Ziel erkannt!¹⁰¹!‘» Duesterberg unterstrich diese Demonstration mit dem drohenden Kommentar: «Die Herren Polen sollten aus ihrer eigenen wechselvollen Geschichte erkennen, dass sowohl der russische Riese als auch Deutschland zum Erstarken kommen werden. Der polnische Staat ist kein Nationalstaat¹⁰².» Der Stahlhelmführer resümierte: «... in Breslau meldeten wir erneut und vernehmlich die Rückgabe Westpreussens, Oberschlesiens, des Korridors und unsere Forderung für den Osten an¹⁰³.»

Als Reaktion auf den 10. Reichsfrontsoldatentag hagelte es Proteste aus Polen und Frankreich. Der deutsche Botschafter in Paris berichtete, Briand habe das Treffen als «die wohl kriegerischste Kundgebung, die seit Friedensschluss in Deutschland vorgekommen sei», bezeichnet. Der Hass gegen Polen war im Stahlhelm tief verwurzelt. Man hatte geradezu phantastische Vorurteile entwickelt und die Existenz eines polnischen Staates niemals anerkannt, sondern Polen immer als den gefährlichsten Feind des Reiches betrachtet, dessen man nur durch Ausradieren Herr werden konnte¹⁰⁴.

Ein Jahr später, als sich viele Frontsoldaten bereits den Nationalsozialisten zugewandt hatten, entwickelte der Major a. D. Siegfried Wagner, einer der «Ostexperten» und politisch führenden Köpfe des Stahlhelm, vor mehreren tausend in Magdeburg versammelten Stahlhelmführern, unter ihnen die Bundesführer Seldte und Duesterberg, seine Visionen von einem Grossdeutschen Reich:

«Die Aufgabe wird beginnen mit der Sicherung unserer zerrissenen und bedrohten Ostgrenzen gegen die angriffs- und eroberungslüsterne polnische Macht. Sie wird durchgeführt werden mit einem neuen, raumpolitischen Zusammenschluss des deutschen Ostens, und sie wird ihre Krönung finden in einer neuen, staatspolitischen Aufgliederung des ganzen Raumes zwischen Deutschland und der eigentlichen Grenze Russlands unter deutscher Leitung in einer neuen übernationalen Auffassung des Reichsgedankens, zum Segen all der kleinen, allein auf die Dauer nicht lebensfähigen Staaten und Nationen, zu Nutz und Frommen aber auch dem eigenen Volkstum, das in diesen Räumen neue Aufgaben und neue Arbeit finden wird¹⁰⁵.»

Gegenüber diesen in ihrer Stossrichtung eindeutigen zeitgenössischen Stahlhelmdoku-

101 Seldte, Stahlhelm, S. 120.

102 Zit. nach Berghahn, Stahlhelm, S. 169.

103 Seldte, Stahlhelm, S. 17.

104 So Berghahn, Stahlhelm, S. 170ff.; dort auch weitere Belege.

105 Kreuz-Zeitung vom 7. Mai 1932, S. 7; zit. nach Berghahn, Stahlhelm, S. 224.

menten mochte es wenig bedeuten, wenn Duesterberg nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Legende eines friedenswilligen und in schärfster Opposition zu Hitler stehenden Frontsoldatenbundes zu zeichnen versuchte¹⁰⁶. In den Augen der im Stahlhelm tonangebenden Persönlichkeiten war es eben nicht die vornehmste Aufgabe der Politik, einen neuen Krieg zu verhindern. Vielmehr galt der Krieg, wie es Wilhelm Kleinau formulierte, als «ein unverzichtbares Mittel der Politik»¹⁰⁷. Im Zuge des in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre einsetzenden Politisierungs- und Radikalisierungsprozesses entwickelte sich der Stahlhelm in seiner Gesamtheit zu einer ausgesprochen republikfeindlichen Organisation¹⁰⁸. Diese Feindschaft bestand auch gegenüber der von der «Weimarer Koalition» getragenen Aussenpolitik der Verständigung.

b) Deutschnationale Volkspartei

Die personellen Verflechtungen zwischen dem Frontsoldatenbund «Stahlhelm» und der Deutschnationalen Volkspartei waren, wie erwähnt, sehr eng. Wie der Stahlhelm der bedeutendste unter den rechten Wehrverbänden war, so bildete die DNVP in den zwanziger Jahren, bis zum Herbst 1930, als der Massenzulauf zur NSDAP einsetzte, den parlamentarischen Kern der gegen Versailles und gegen das parlamentarische Regierungssystem kämpfenden «nationalen Opposition». Die Partei, die sich in der Öffentlichkeit mit den Attributen «christlichvölkisch-national»¹⁰⁹ zu schmücken pflegte, blieb trotz einer mehrjährigen Regierungsbeteiligung in der Stabilisierungsphase der Weimarer Republik weithin eine «monarchistische Gesinnungspartei»¹¹⁰.

Innenpolitisch galt der Kampf der DNVP dem «verhassten Novemberstaat» und den republikanischen Parteien. «Fort mit Weimar!» bedeutete für die Deutschnationalen die Rückkehr der Monarchie und die Restauration eines starken, autoritär regierten Staates, in dem soldatische Ideale zur gesellschaftlichen Maxime werden sollten.

Unter den Parolen «Kampf und Macht» sowie «Kampf dem Schmachfrieden von Versailles und den Erfüllungspolitikern»¹¹¹ traten die Deutschnationalen gegen alle Bestrebungen einer Verständigungspolitik mit den Siegermächten des Ersten Weltkrieges an. Die DNVP war auch ein prinzipieller Gegner des Völkerbundes und votierte daher im Jahre 1926 gegen den von Stresemann eingeleiteten Beitritt Deutschlands zum Völkerbund. Obwohl ihre Führer es in der Öffentlichkeit nur andeutungsweise auszusprechen wagten: die DNVP setzte auf den Revanchekrieg.

106 Duesterberg, Stahlhelm, S. 9f., 122, 152.

107 Kleinau, Stahlhelm und Staat, S. 35.

108 Klotzbücher, Stahlhelm, S. 132 f.

109 Dörr, Deutschnationale Volkspartei, S. 311.

110 Ebd., S. 5; vgl. auch im Einzelnen Hiller v. Gaertringen, Monarchismus.

111 Dörr, Deutschnationale Volkspartei, S. 209 u. passim.

Wie man zu taktieren gedachte, geht aus einem Brief hervor, den der DNVP-Politiker Oskar von der Osten-Warnitz am 9. Januar 1920 an seinen Parteifreund Siegfried v. Kardorff richtete¹¹². Er halte es nicht für zweckmässig, schrieb Osten-Warnitz, «den Gedanken der Revanche auffällig in den Vordergrund zu schieben». Auf der anderen Seite müsse aber eine Formel gefunden werden, «die auch programmatisch unzweifelhaft feststellt, dass wir uns mit dem schreienden Unrecht und den inneren Unmöglichkeiten des Versailles'er Friedens niemals abfinden, sondern ‚auf friedlichem Wege‘ unabänderlich eine Revision anstreben werden. Eine derartige Formulierung kann uns die Entente nicht verdenken, und wir selber können innerlich den Vorbehalt machen, dass, wenn friedliche Mittel nicht zum Ziele führen, nötigenfalls auch andere ergriffen werden müssen.» Und wenn sich die DNVP in ihren 1920 veröffentlichten Grundsätzen in ziemlich unverfänglichen Formulierungen über ein «neu erstarktes Reich» und über «eine starke und stetige, nur durch deutsche Gesichtspunkte bestimmte auswärtige Politik» ausliess¹¹³, dann meinte man damit, wie spätere Äusserungen erweisen sollten, nichts anderes als Diktatur, Aufrüstung, Revanchekrieg. So forderte der stellvertretende DNVP-Vorsitzende, der Rittergutsbesitzer und Rittmeister a. D. Hans Schlange-Schöningen, in einer streng vertraulichen, an Alfred Hugenberg gesandten Denkschrift¹¹⁴ vom 19. Mai 1924, die Schaffung einer «Diktatur, von der man möglichst nur wenig sprechen soll, die man aber wollen muss». Wenn sie erst einmal da sei, müsse als «Leit-satz» deutschnationaler Politik gelten: «Schaffung einer aussenpolitischen Ruhezeit, um den inneren Aufbau der Staatsmacht und der Wehrhaftigkeit zu ermöglichen.» Der Parteiführer entwickelte dann folgende Perspektive: «Ich sehe die Möglichkeit der äusseren Ruhe nur darin, dass wir kaltherzig den Franzosen Rhein und Ruhr zeitweise opfern, um Deutschland aufzubauen und die verlorenen Gebiete eines Tages wieder zu erobern... Wir müssen ganz grosse Einsätze wagen, oder alles ist verloren: die Geschichte lehrt, dass ein Volk mit Halbheiten nicht gerettet werden kann.»

In einer Rede vom Sommer 1925 liess sich der DNVP-Reichstagsabgeordnete Karl Gottfried Gok¹¹⁵, von Beruf stellvertretender Direktor der Blohm & Voss AG, über die Ziele seiner Partei folgendermassen aus: «Unser Programm muss lauten: Fort mit Stressemann. Fort mit der Kriegsschuldflüge, Revision des Friedensvertrages von Versailles... Nichts von Versöhnung, solange das Verbrechen von Versailles besteht. Radikalen Nationalismus und die Pflicht zum Hass müssen wir lehren, bis das Unrecht, das man uns angetan hat, beseitigt ist. Doch der Entschlossenen sind zu wenig! Fort mit Weimar! Fort mit Versailles! Mehr Bekennermut! Das sind die Forderungen der Stunde. Das Be-

112 Zit. nach: Weltherrschaft im Visier, S. 17, Fussnote 34 (Quelle ZStA Potsdam, Nachlass Kuno Graf Westarp, Nr. 114, Bl. 15 f.).

113 Das Dokument «Grundsätze der DNVP» ist abgedruckt in Deutsche Parteiprogramme, S. 533-542, hier: S. 536; sowie bei Dörr, Deutschnationale Volkspartei, S. 503-512, hier: S. 505.

114 Die Denkschrift ist abgedruckt bei Dörr, Deutschnationale Volkspartei, S. 490-493, hier: S. 492f.

115 Redetext abgedruckt ebd., S. 517-522, hier: S. 512 f.

kenntnis zum Extremen müssen wir ablegen, wenn man uns auch Fanatiker schilt. Mit Feigheit und Unentschlossenheit gewinnen wir den Kampf um unsere Zukunft ebenso wenig, wie wir den letzten Krieg gewinnen konnten.» «Haben wir uns den Platz an der Sonne aber erst zurückerobert, dann fort mit dem Hass. Dann komme der Tag der Völkerversöhnung. Vorher nicht!»

Natürlich verwarhte sich die DNVP in ihren offiziellen Verlautbarungen, so beispielsweise in ihrem Wahlaufuf zu den Reichstagswahlen von 1928¹¹⁶, gegen den Vorwurf, ihre Aussenpolitik steuere neuen Kriegen zu, und konterte mit dem zweideutigen Ausspruch: «Wir sind nicht so töricht, unser unbewaffnetes Volk mutwillig an das Messer der Feinde zu liefern.»

Der Alldeutsche und Konzernherr Alfred Hugenberg, mit dessen Wahl zum Parteiführer der DNVP am 20. Oktober 1928 der kompromisslose Kampf der Deutschnationalen gegen die Weimarer Republik in eine neue Phase eintrat, versuchte sein expansives aussenpolitisches Programm durch Friedensparolen zu verharmlosen. In einer öffentlichen Rede, die er am 19. September 1931 auf dem 10. Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei in Stettin hielt¹¹⁷, sprach er vom «Volk ohne Raum» und vom «Volk in Ketten» und von dem, «was unsere Kinder ersehnen», nämlich «Freiheit und Raum», die das deutsche Volk nur auf dem Wege der Selbsthilfe gewinnen könne: «Der Ausweg ist nicht Weltwirtschaft und ein hinter einem heuchlerischen Pazifismus versteckter Imperialismus, nicht Paneuropa und Zollbindung, nicht internationaler Kapitalismus, Auslandskredite und Weltbanken, sondern freie nationale Selbsthilfe aller grossen Völker und Beseitigung der Irrtümer, der inneren Lähmungserscheinungen und der äusseren Ketten, die ihrer tatkräftigen Selbsthilfe entgegenstehen.» Was Hugenberg in seiner Rede hinter der Phrase versteckte, es gelte, «grosse Werke des Friedens» aufzubauen, bedeutete konkret: Deutschland braucht wieder ein Kolonialreich in Afrika, es braucht für seine «tatkräftige Rasse» neuen Siedlungsraum im «deutschen Osten», denn «der Wiederaufbau des Ostens ist weit über die alten deutschen Grenzen hinaus [!] nur durch Deutschland möglich». Weiterhin hetzte der DNVP-Führer gegen die «marxistisch-grossstädtische Gehirnparalyse», die den Quell «fatalistischer und ungermanischer Theorien» bilde, und beschwor den «abendländischen Glauben». Von seinem imperialistischen Programm sagte er, es atme «Friedensgeist im höchsten Sinne des Wortes».

Anderntags, auf demselben Reichsparteitag der DNVP (1931), bezeichnete Hugenberg in einer Rede zur Innenpolitik¹¹⁸ die «Ausmerzungen der marxistischen Machteinflüsse» als die Grundlage des Programms der nationalen Rettung und nannte die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und ihre Anhängsel die Urheber des na-

116 Wahlaufuf der DNVP von 1928, abgedruckt ebd., S. 549-552, hier: S. 549; sowie im Reichstags-Handbuch 1928, S. 157-160, hier: S. 158.

117 Hugenbergs weltwirtschaftliches Programm (1931), S. 3f., 14 f.

118 Hugenbergs innenpolitisches Programm (1931), S. 4,17ff.

tionalen Unglücks. Gegen sie müsse die DNVP mit den vaterländischen Verbänden, mit dem Stahlhelm und den Nationalsozialisten fest in der nationalen Opposition zusammenstehen, damit der Bolschewismus niedergedrungen und «ein Regiment der Ordnung» aufgerichtet werden könne. Hugenberg warb auch um die Unterstützung der Frauen, «deren harter Stolz es durch Jahrhunderte gewesen ist, deutsche Soldatenmütter zu sein», sowie um die Bundesgenossenschaft der evangelischen Kirche.

Da die Mehrheit der evangelischen Geistlichen sich ohnehin den Deutschnationalen verbunden fühlte¹¹⁹, konnte Hugenberg sicher sein, dass bei ihnen der Aufruf zu stärkerer Aktivität in den Reihen der nationalen Opposition nicht ohne Wirkung bleiben würde. Die ideologische Gemeinsamkeit von DNVP und evangelischer Kirche war erst vor Kurzem in einer von Pfarrer Wilm verfassten und von der DNVP vertriebenen Flug-schrift vom Jahre 1931 noch einmal ausdrücklich betont worden. In dieser Propagandabroschüre, die den Titel «Die Stellung des evangelischen Christen zum Pazifismus»¹²⁰ trug, wurden der humanitäre und der christliche Pazifismus als ein «gefährlicher Wahn» bezeichnet, der nur dem Bolschewismus Vorschub leiste. Als Christ müsse man «den autoritativen wehrhaften Nationalstaat» wollen, der «erste Obrigkeit» zu sein habe. Da der Pazifismus den wehrhaften Obrigkeitsstaat als eine von Gott gegebene gegenwärtig verpflichtende Aufgabe leugne, begehe er «absoluten Ungehorsam gegen Gottesordnung und Gebot». Damit werde deutlich, dass «das biblisch-reformatorische Christentum und der Pazifismus sich verhalten wie Gottesglauben und Götzendienst». Pfarrer Wilm scheute sich nicht, als Lehre der Heiligen Schrift auszugeben: «Das letzte und tiefste Muss des Staates bleibt der Krieg.» Und wenn auch «die Verbindung von Christentum und Kriegsbereitschaft Millionen von Deutschen mit Hass gegen das Christentum» erfüllten, so bleibe man doch dabei, «auch wenn man uns Mörder und Kriegshetzer nennt». Die Losung «Nie wieder Krieg!» bedeute Untergang und stehe «im Widerspruch gegen die klare Stellung der Heiligen Schrift», weshalb der evangelische Christ den Pazifismus als «widergöttlich» ablehnen müsse. Da der Krieg eines verzweifelten Volkes um Leben und Zukunft «tausendmal sittlicher» sei als ein Schmachfrieden, gebe es in der besonderen deutschen Situation nur die Alternative eines autoritären Staates «auf soldatischer Grundlage», einen Staat der «edlen Krieger».

Was in dieser christlich-deutschnationalen Ideologie des Militarismus noch vergleichsweise abstrakt blieb, nämlich die Richtung der solchermaßen theologisch legitimierten Aggressivität, wurde in den Reden der verantwortlichen DNVP-Führer präzise angesprochen. Der DNVP-Abgeordnete und Staatsrechtler Frhr. v. Freytagh-Loringhoven formulierte auf der Reichsführertagung seiner Partei am 25. Juni 1932 folgende Teilziele: Austilgung der Kriegsschuldfrage, Streichung der Reparationen, Wiedererlangung der Wehrhoheit, Revision der Grenzen, vor allem im Osten, Rückgabe der Kolonien,

119 Vgl. Kapitel 1/4: «Die Stellung des Protestantismus zum Krieg».

120 Stellung des evangelischen Christen (1931), Zitate S. 2-7. Vgl. auch: Warum bekämpfen wir Deutschnationalen den Pazifismus? (1924).

«Errichtung eines Grossdeutschen Reiches»); und dann könne man daran denken, «neuen Boden, neuen Raum für unser Volk zu gewinnen, es loszulösen aus dem Qualm der Grossstädte, es wieder sesshaft, wieder zu einem geistig und leiblich gesunden Bauernvolke zu machen»¹²¹. Mit Ausnahme der spezifisch rassistischen Ideologie-Elemente war in einer Rede wie dieser alles enthalten, was Hitler und die NSDAP nach 1933 in Politik umsetzen.

Von den Wählerstimmen aus betrachtet erlitt die DNVP nach ihrem grossen Wahlsieg im Jahre 1924 (6,2 Millionen Stimmen gleich 20,5 Prozent) eine Niederlage nach der anderen¹²². 1928 erhielt sie 14 Prozent, im September 1930 noch 7 Prozent, und im Juli 1932 waren es 5,9 Prozent. Die Zusammenarbeit Hugenbergs mit Hitler beim Volksbegehren gegen den Young-Plan 1929 brachte den Deutschnationalen ebensowenig ein wie die Bildung der «Harzburger Front» aus NSDAP, DNVP, Stahlhelm, dem Alldeutschen Verband, anderen «vaterländischen» Verbänden und Vertretern der Schwerindustrie und der Grossbanken. Der Rechtsruck der bürgerlichen Wähler ging voll auf das Konto der NSDAP.

Hugenberg trat 1933 als Reichswirtschaftsminister und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft in das Kabinett Hitler ein. Seine Rolle als «Wirtschaftsdiktator» dauerte jedoch nur einige Monate. Während der Londoner Weltwirtschaftskonferenz im Juni 1933 wurde der Entwurf einer Rede Hugenbergs bekannt, in der die Forderungen nach Rückgabe der deutschen Kolonien in Afrika und nach Erschliessung von Siedlungsraum im Osten Europas enthalten waren¹²³. Damit versuchte er die Expansionsforderungen der Nationalsozialisten noch zu übertrumpfen. Hitler konnte jedoch aggressive Töne dieser Art in der Phase der geheimen Aufrüstung und der beschwichtigenden «Friedensreden» nicht gebrauchen und benutzte daher die Gelegenheit, sich Hugenbergs zu entledigen. Dieser reichte am 27. Juni 1933 seine Demission ein, «nachdem ihm wegen seines Verhaltens in London ein Misstrauensvotum ausgesprochen worden sei»¹²⁴. Am selben Tage erfolgte die Selbstauflösung der DNVP. Die Deutschnationalen hatten aus der Sicht Hitlers ihre Schuldigkeit getan und konnten gehen.

c) Literatengruppe «Soldatischer Nationalismus»

Die geistig dynamischste Kraft unter den konservativ-nationalen Gruppierungen bildeten jüngere Publizisten, die in der Literatur gewöhnlich in einer paradox klingenden Wortkombination als Vertreter der «konservativen Revolution»¹²⁵ bezeichnet werden.

121 Nationale Aussenpolitik (1932), S. 3,16.

122 Vgl. Milatz, Wähler, S. 122ff.; Hiller v. Gaertringen, Ende der DNVP, S. 248.

123 Hugenbergs Redeentwurf, datiert vom 14. Juni 1933, ist abgedruckt in: AD AP, C, Bd.1,2, Dokument Nr. 312, S. 557-562.

124 Siehe ebd., Kabinettsitzung vom 27. Juni 1933, S. 602. Vgl. auch Bracher, Diktatur, S. 245 f.

Ihre Ideen übten einen starken Einfluss auf die verschiedensten völkischen und deutsch-nationalen Parteien, Zirkel und Bünde aus, insbesondere auf den «Stahlhelm». Der «Konservativen Revolution» ist auch jene zahlenmässig kleine Gruppe von Intellektuellen zuzurechnen, die seit etwa Mitte der zwanziger Jahre die Rolle übernahm, das Thema Krieg immer von Neuem literarisch zu bearbeiten. Da Krieg und Nation die zentralen Bezugspunkte dieser Literatengruppe bildeten, ist die von ihr propagierte Ideologie zutreffend als «Kriegerischer» oder «Soldatischer Nationalismus»¹²⁶ bezeichnet worden.

Zum «Soldatischen Nationalismus» zählten die Brüder Ernst und Friedrich Georg Jünger, Werner Beumelburg, Edwin Erich Dwinger, Franz Schauwecker, Helmut Franke, Friedrich Hielscher, Wilhelm Kleinau, Albrecht Erich Günther, Ernst v. Salomon, Gerhard Günther, Wilhelm v. Schramm, um nur einige der bekanntesten Namen zu nennen. Sie alle waren im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts geboren und hatten am Weltkrieg als Frontsoldaten teilgenommen. Nach ihrer Selbsteinschätzung wurde der Krieg für sie zu einem Bildungserlebnis, das sie entscheidend prägte¹²⁷. Da sie jede Form von Organisation ablehnten, wie übrigens auch jede verbindliche politische Programmatik, gehörten sie keiner der konservativen Parteien an. Was sie verband und zu einer Gruppe werden liess, war eine bestimmte, durch den Krieg geprägte Geisteshaltung, die es nach ihrer Überzeugung auch nach dem Ende des Krieges in irgendeiner Weise zu bewahren galt.

Mit diesem Anliegen befanden sie sich nicht etwa in einer Aussenseiterposition. Die kollektive Erinnerung an die unverbrüchliche «Frontgemeinschaft» wurde vielmehr auch in anderen Parteien und Verbänden kultiviert. Bei der politischen Rechten war sie häufig mit Angriffen gegen die Republik verbunden, die ihr als unheroisch, unkriegergisch, unsoldatisch, pazifistisch und defätistisch galt. Die nationalistische und antidemokratische Ausdeutung des Kriegserlebnisses wurde zu einer der durchschlagskräftigsten konservativen Einigungsparolen¹²⁸, zumal die demokratische Linke das stimungsmässig so wichtige Gebiet der militärischen Traditionen fast gänzlich der politischen Rechten überliess¹²⁹.

Die Art und Weise, in der die Konservativen verschiedenster Provenienz das Kriegserlebnis zu bewältigen und zu stilisieren versuchten, wird erst vor dem Hintergrund älterer Denkströmungen in vollem Umfang verständlich. Bereits im vorigen Jahrhundert hatten

125 Vgl. die apologetische Darstellung von Mohler, *Konservative Revolution*; sowie Klemperer, *Konservative Bewegungen*; Sontheimer, *Antidemokratisches Denken*, S. 143ff.; Gerstenberger, *Konservatismus*; Greiffenhagen, *Dilemma*; Grebing/Greiffenhagen/Krockow/ Müller, *Konservatismus*.

126 Prümm, *Soldatischer Nationalismus*.

127 Dazu Ernst Jünger: «Der Krieg ist unser Vater, er hat uns gezeugt im glühenden Schoss der Kampfgräben als ein neues Geschlecht und wir erkennen mit Stolz unsere Herkunft an.» (Vorwort zu Friedrich Georg Jünger, *Aufmarsch* [1928], S. XI).

128 Prümm, *Soldatischer Nationalismus*, Bd. 1, S. V.

129 Rosenberg, *Weimarer Republik*, S. 94.

nämlich konservative Theoretiker eine Philosophie des Krieges entwickelt, derzufolge Krieg als ein Naturgesetz, als ein schicksalhafter Vorgang zu begreifen war. Die aufklärerische Idee des ewigen Friedens musste folglich als eine den Naturgesetzen zuwiderlaufende Utopie erscheinen. Überdies eignete der konservativen Theorie eine prinzipiell positive Bewertung des Krieges¹³⁰, indem er etwa als ein «Jungbrunnen der Völker» und als ein geeignetes Mittel zur nationalen Integration gepriesen wurde.

Diese konstanten Elemente der konservativen Kriegsphilosophie brauchten in der literarischen Reproduktion des Weltkriegserlebnisses also nur aufgenommen und aktualisiert zu werden. Freilich wurden auch neue Akzente gesetzt, etwa durch Ernst Jüngers ästhetisierende Beschreibung des Krieges; aber insgesamt ist doch festzuhalten, dass die Kriegsglorifizierung, wie sie von den Frontliteraten der «Konservativen Revolution» in den Jahren der Weimarer Republik permanent betrieben wurde, in der erwähnten Tradition stand.

Viele der ehemaligen Frontsoldaten – unter ihnen reine Landsknechtstypen, aber auch überzeugte Nationalisten und eher unpolitisch denkende Patrioten – betätigten sich in den Anfangsjahren der Republik aktiv in den Freikorps, nach deren Auflösung in deren Nachfolgeorganisationen, den rechtsgerichteten Wehrbünden. Was die Intellektuellen unter den in ihrem eigentlichen Beruf beschäftigungslos gewordenen «Kriegern» in dieser Zeit literarisch von sich gaben, war noch keine politische Artikulation im engeren Sinne, sondern vielmehr eine subjektive, individuelle Verklärung dessen, was sie in den vier Kriegsjahren erlebt hatten¹³¹. Die Politisierung des Kriegserlebnisses setzte ein, als sich mit dem Jahre 1924 die wirtschaftliche Lage zu stabilisieren begann und als die gewaltsamen innenpolitischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre abklangen. Seit dem Beginn dieser sogenannten Stabilisierungsphase der Weimarer Republik standen das Kriegserlebnis und die Kriegsschuldfrage nicht mehr in demselben Masse im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion, wie dies zuvor der Fall gewesen war. Dadurch gerieten die Frontliteraten für einige Jahre in die Isolation. Aber die schwächer werdende Resonanz beeinträchtigte ihre Aktivität nicht, sondern steigerte sie noch zu einem geradezu missionarischen Sendungsbewusstsein¹³². Ihre Ideologie wirkte in den folgenden Jahren in die oppositionellen Rechtsparteien hinein sowie in die zahlreichen nationalen Wehrverbände, die sich den kriegerischen Traditionen verpflichtet fühlten. Im «Werwolf», im «Jungdeutschen Orden», im «Bund Oberland», im «Bund Wiking» und anderen Wehrbünden, vor allem aber im «Stahlhelm» fanden Friedrich Georg Jünger, Schauwecker, Franke und Kleinau, insbesondere aber Ernst Jünger, der in der Gruppe

130 Vgl. Greiffenhagen, Dilemma, S. 258ff.; Sontheimer, Antidemokratisches Denken, S. 134f.

131 Prümm, Soldatischer Nationalismus. Bd. 1. S. 38.

132 Ebd.; ebenso Schwarz, Konservativer Anarchist, S. 65, der betont, gerade in den Jahren der Prosperität 1925-1929 sei die Gruppe um Jünger nicht müde geworden, ihren Militarismus zu propagieren.

des «Soldatischen Nationalismus» eine unbestrittene Führerrolle einnahm, ein weites publizistisches Agitationsfeld¹³³. Von 1924 bis 1926 stand ihnen die Stahlhelmzeitung «Die Standarte» als Sprachrohr zur Verfügung. Als es dann zum Bruch mit dem «Stahlhelm» kam, weil dieser nach Meinung der Gruppe um Jünger in einem reaktionären Nationalismus verharnte, versuchten die Literaten des «Soldatischen Nationalismus» in den kommenden Jahren, die übrigen Wehrbünde zusammenzufassen, ohne diese Absichten jedoch verwirklichen zu können. Der grosse Erfolg, den sie in der Endphase der Republik feiern sollten, war ein literarischer: Jetzt erlebten ihre Kriegsbücher ungeahnte Massenauflagen und übten damit einen unmittelbaren Einfluss auf ein breites Publikum aus.

Die *Ideologie des «Soldatischen Nationalismus»* präsentierte sich als ein Bündel von Irrationalismen, innerhalb dessen sich mit einiger Mühe die folgenden vier Elemente unterscheiden lassen: Erstens wurde das Weltkriegserlebnis idealisierend verklärt. Über den erlebten Einzelfall hinaus gelangte man, zweitens, zu einer generellen Hochschätzung und Verherrlichung von Krieg und Kriegerum. Mit ihr verband sich, drittens, ein ausgeprägter Nationalismus. Und viertens schliesslich erhob der «Kriegerische Nationalismus» die Forderung nach einem Staat der Frontsoldaten, dem die Aufgabe imperialistischer Eroberungen zufallen sollte.

Im schroffen Gegensatz zur pazifistischen Ausdeutung des Kriegserlebnisses ging es den nationalistischen Frontliteraten darum, die durch den Krieg verursachten Leiden und Zerstörungen vergessen zu machen und stattdessen demonstrativ seine positiven Seiten zu betonen: «Wir wollen das negative, bedingte, der Verwesung opfernde Teil [sic!] dieses Krieges aus unserem Gedächtnis auszumerzen versuchen, wie dies die Tendenz des Gedächtnisses immer ist – und nur das Lebendige, Grosse, Fortzeugende aufbehalten¹³⁴.» Wie sich schon an diesem Satz ablesen lässt, ging es den Publizisten des «Soldatischen Nationalismus» von vornherein nicht um eine politische, soziale oder ökonomische Analyse des Weltkrieges. Es ging ihnen überhaupt weder um die Erzeugung überprüfbareren Wissens noch um rationale Argumentation, sondern um intuitives Schauen und Fühlen, um wirklichkeitsentrücktes Verklären. Daher lag auch eine Beschäftigung mit den Ursachen des Weltkrieges ausserhalb des Gesichtskreises des «Soldatischen Nationalismus». Man hielt es diesbezüglich mit dem Wort vom Krieg als Vater aller Dinge, das der vielgelesene Oswald Spengler in die noch eingängigere Formulierung abgewandelt hatte: «Am Anfang war der Krieg¹³⁵.» Ernst Jünger schrieb, für die Erkenntnis des Wesens des Krieges spiele es eine nebensächliche Rolle, «in welchem Jahrhundert, für welche Ideen und mit welchen Waffen gefochten wird»¹³⁶.

133 Prümm, *Soldatischer Nationalismus*, Bd. 1, S. 57.

134 Schramm, *Kritik* (1930), S. 35.

135 Spengler, *Untergang*, Bd. 2 (1922), S. 448.

136 Jünger, *Mobilmachung* (1930), S. 11.

Die Frontliteraten meinten nicht einen bestimmten Krieg in seinem spezifischen historischen Kontext, sondern *den Krieg an sich*. In diesem Sinne artikuliert Friedrich Hielscher das Selbstverständnis des «Soldatischen Nationalismus»: Man müsse «Krieger sein um des Krieges willen», und wenn man es so sehe, sei man auch «des höchsten inneren Friedens gewiss»¹³⁷. Im Rahmen der kampfbetonten, sozialdarwinistisch beeinflussten Lebensphilosophie verschwanden die Gegensätze zwischen Krieg und Frieden und wurden zu «zwei Seiten ein und desselben Zustandes der Verwandlung, die wir das Leben nennen»: «Krieg ist immer da; und der Friede ist immer da. Denn jedes Leben vollzieht sich dadurch, dass es anderes Leben zerstört»¹³⁸. Heroismus war daher alles, und die Humanität bedeutete nichts: «Der geborene Krieger lässt sich auf humanitäre Perspektiven gar nicht ein; er kann es nicht, weil er von der Schicksalhaftigkeit des Krieges ganz und gar durchdrungen ist»¹³⁹. Eine moralische, ethische oder rechtliche Beurteilung des Krieges erschien diesen Literaten als ein ebenso absurdes Unterfangen wie die Unterscheidung von Angriffs- und Verteidigungskriegen. All dies gehörte in den Bereich der verachteten rationalen Analyse, die, wie sich A. E. Günther vernehmen liess, nur den Instinkt lähme: «Natürlich ist jeder Krieg ein Verteidigungskrieg, sogar für beide Partner, – sei es, dass die Lebensrechte des Werdenden gegen den erstickenden Druck des Bestehenden, sei es, dass das Lebensrecht des Bestehenden gegen die zerstörende Gewalt des Werdenden verteidigt werden: uns vermag darum diese Diskussion nur um ihres propagandistischen Wertes – um ihrer instinkt lähmenden Wirkung zu interessieren.» Daher sei es nichts weniger als selbstverständlich, dass die «Wahrung des Lebensrechtes» auch den Angriff umschliesse¹⁴⁰. Diesen Gedanken fortführend, empfahl Ernst Jünger seinen Landsleuten, sie sollten stolz darauf sein, von der Welt «als eine ihrer höchsten Gefahren gewittert zu werden»¹⁴¹. Die «hemmungslose Übertragung der Thesen des L'Art pour l'Art auf den Krieg»¹⁴², die für die Ideologie des «Soldatischen Nationalismus» charakteristisch war, erreichte einen kaum noch steigerungsfähigen Höhepunkt in der Vorstellung, der aller praktischen Zwecke und politischen Ziele entkleidete kriegerische Kampf gehöre in den Bereich der edelsten Künste. Für echte Soldaten, schrieb Wilhelm v. Schramm, sei der Weltkrieg eine schlimme Enttäuschung geworden; dies nicht etwa, weil das Deutsche Reich den Krieg verloren hatte, sondern weil dieser Krieg «kein Krieg um der tieferen Ideen des Krieges willen» war, weil er der Idee vom Krieg «als Kunst, als höchster und edelster

137 Hielscher, *Verwandlung* (1930), S. 131.

138 Ebd., S. 129.

139 Jünger, *Krieg und Krieger* (1930), S. 63. Ähnlich formulierte derselbe Autor in seiner Broschüre «Aufmarsch des Nationalismus» (1928, S. 56): «Nichts gilt das Geschwätz elender Humanität, die feigem Ruhebedürfnis entspricht und alles das durch Geschwätz verneint, was das blutmässige Leben durch Kampf bejaht.»

140 Günther, *Intelligenz*, S. 90 f.

141 Jünger, *Mobilmachung*, S. 26.

142 Benjamin, *Faschismus* (1930), S. 39.

Stil des Streites zwischen Männern, als kunstvolle, eigengesetzliche Fassung des Kampfes zwischen Völkern» nicht entsprach, weil es in ihm stattdessen «um Zwecke und praktische Ziele, [um] materiellen Gewinn» ging und nicht um das «ernste, hohe und blutige Spiel», das «die Männer zu allen Zeiten zu Männern» macht¹⁴³. Der sozialistische Schriftsteller Walter Benjamin hat seinerzeit die Sammelschrift «Krieg und Krieger», aus der hier mehrfach zitiert wurde, genau analysiert und einer vernichtenden Kritik unterzogen:

«Man soll es mit aller Bitternis aussprechen: Im Angesicht der total mobilgemachten Landschaft hat das deutsche Naturgefühl einen ungeahnten Aufschwung genommen. Die Friedensgenien, die sie so besinnlich besiedeln, sind evakuiert worden, und so weit man über den Grabenrand blicken konnte, war alles Umliegende zum Gelände des deutschen Idealismus selbst geworden, jeder Granattrichter ein Problem, jeder Drahtverhau eine Autonomie, jede Explosion eine Satzung, und der Himmel darüber bei Tag die kosmische Innenseite des Stahlhelms, bei Nacht das sittliche Gesetz über ihr.» Die Vertreter des neuen Nationalismus, die sich zum Krieg in Form der metaphysischen Abstraktion bekennen, seien jedoch nicht bloss idealistische Denker. «Was sich hier unter der Maske erst des Freiwilligen im Weltkrieg, dann des Söldners im Nachkrieg, heranzubildete, ist in Wahrheit der zuverlässigste faschistische Klassenkrieger, und was die Verfasser unter Nation verstehen, eine auf diesen Stand gestützte Herrscherklasse.» Sie seien die «Kriegsingenieure der Herrscherklasse» und als solche bildeten sie das «Pendant der leitenden Angestellten im Cut. Weiss Gott», warnte Benjamin, «dass ihre Führergeste ernst zu nehmen, ihre Drohung nicht lächerlich ist¹⁴⁴.»

Das waren in der Tat die beiden Rollen, die der «Soldatische Nationalismus» spielte: Einerseits propagierte er einen metaphysisch-abstrakten Kriegskult, andererseits meldete er unüberhörbar politische Herrschaftsansprüche für die Elite der Frontsoldatengeneration an. Was man in der Literatur etwas unscharf die «Politisierung des Kriegserlebnisses» genannt hat¹⁴⁵, bestand in eben diesem Herrschaftsanspruch: Ausgehend von der Frontgemeinschaft, die als ideales Modell einer verwirklichten nationalen Gemeinschaft und als Ausgangspunkt für die politische Erneuerung Deutschlands gepriesen wurde, entwickelten die Vertreter des «Kriegerischen Nationalismus» die recht konkrete politische Forderung nach einem Staat der Frontsoldaten. Dessen erste Aufgabe sollte es sein, mit der als schwächlich diffamierten Verständigungspolitik der demokratischen Parteien aufzuräumen, d.h. mit dem «unheroischen» Versuch, eine friedliche Revision der Versailler Friedensbedingungen zu erreichen.

Mit diesen Vorstellungen entwickelte der «Soldatische Nationalismus» eine geradezu

143 Schramm, Kritik, S. 38-41.

144 Benjamin, Faschismus, S. 39 f.

145 Sontheimer, Antidemokratisches Denken, S. 115ff.; Prümm, Soldatischer Nationalismus, Bd. 1, S. 38ff., insbes. S. 186ff.

klassische Ideologie des Militarismus¹⁴⁶! Militärische Ordnungsvorstellungen wurden in der Form einer emotionalen Projektion des Kriegserlebnisses auf die im Frieden lebende Gesellschaft übertragen, ohne dass auch nur andeutungsweise der Versuch unternommen worden wäre, die Bewegungsgesetze einer fortgeschrittenen Industriegesellschaft rational zu analysieren.

Die im Zusammenhang mit dem «Stahlhelm» bereits angesprochene Konzeption des Frontsoldatenstaates fungierte in erster Linie als ein autoritärer und nationalistischer Gegenentwurf zum demokratischen System von Weimar. Als solcher unterschied er sich allenfalls graduell von dem nach 1933 verwirklichten NS-Staat. Aber die Liquidierung des verhassten Systems von Weimar war nur die eine Stossrichtung. Der Frontsoldatenstaat sollte auch den Weg frei machen für kriegerische Eroberungen. Der Krieg, dieser permanent gepriesene heroische Lebenszustand, musste wieder aufgenommen werden, nicht unbedingt ein bestimmter Krieg, etwa ein Revanchekrieg gegen Frankreich oder ein Präventivkrieg gegen Polen, sondern ein Krieg an sich.

Die Literaten des «Kriegerischen Nationalismus» verstiegen sich in imperialistische Wunschträume, die jene der Alldeutschen vor 1914 weit hinter sich liessen und die den Hitlerschen Kriegsideen in nichts nachstanden. Friedrich Georg Jünger forderte bereits im Jahre 1926, der Nationalismus müsse die «ins Unendliche» gerichtete imperialistische Idee dem deutschen Bewusstsein unermüdlich einhämmern: «Es gibt nichts Wichtigeres, nichts Dringlicheres, als den imperialistischen Willen überall zu beleben, zu stählen und schlagfertig zu machen. Denn jeder Kampf, der morgen oder übermorgen von uns geführt wird, geht um das Dasein... Er ist Austrag über die Beherrschung der Erde¹⁴⁷.» Da der nationalistische Frontsoldatenstaat «das Deutsche [sic!] in eine neue aggressive Form» bringen wolle, sei für ihn «jede neue Schraube an einem Maschinengewehr, jede Vervollkommnung des Gaskrieges wesentlicher als der Völkerbund». Es gehe nicht um Mitarbeit im Völkerbund, sondern «das Deutsche» sei dazu berufen, das «Imperium germanicum» zu schaffen¹⁴⁸. Für F. G. Jünger stand fest: «Die Gesinnung des Nationalismus ist notwendig zugleich eine imperialistische¹⁴⁹.»

Sein Bruder Ernst gab seiner Überzeugung Ausdruck, «dass es um die Welt nur gut stehen kann, in der wir die ersten sind»¹⁵⁰. In seinem Kriegstagebuch «Feuer und Blut» hielt er ein rassistisch gefärbtes Plädoyer für eine gewalttätige und durch kein konkretes territoriales Ziel begrenzte imperialistische Expansion. Hier zeigt sich, wie gering die Unterschiede zwischen dem kriegerisch-nationalistischen Gedankengut und den

146 Berghahn (Hrsg.), *Militarismus*, S. 18, sieht in Ernst Jüngers Schriften «einen modernen Militarismus reinsten Wassers».

147 Jünger, *Aufmarsch* (1928), S. 60f. Zuerst erschienen 1926 als Bd. 2 der Serie «Der Aufmarsch».

148 Ebd., S. 68f.

149 Ebd., S. 63.

150 Jünger, *Wäldchen* 125 (1925). Zit. nach 4. Aufl. 1929, S. 178f.

Kriegsideen Hitlers waren, die ebenfalls vom Ansatz her die Tendenz zur globalen Eroberungspolitik in sich trugen. Hitler formulierte in «Mein Kampf»: «Ein Staat, der im Zeitalter der Rassenvergiftung sich der Pflege seiner besten rassistischen Elemente widmet, muss eines Tages zum Herrn der Erde werden¹⁵¹.» Und Ernst Jünger schrieb: «Den Drang ins Weite und Grenzenlose, wir tragen ihn als unser germanisches Erbeil im Blut, und wir hoffen, dass es sich dereinst zu einem Imperialismus gestalten wird, der sich nicht wie jener kümmerliche von gestern auf einige Vorrechte, Grenzprovinzen und Südseeinseln richtet, sondern der wirklich aufs Ganze geht¹⁵².» Was Jünger hier unter Verzicht auf jede politische Begründung produzierte, war die Idee unbegrenzter Gewalttätigkeit um der Gewalttätigkeit willen¹⁵³. Die Vision eines germanischen Weltreiches wurde dementsprechend nur sehr vage artikuliert und wirkt eher wie ein entbehrliches Anhängsel, wie eine widerwillig gegebene Konzession an die Adresse derer, die dem politischen Irrationalismus noch nicht völlig verfallen waren.

d) Studentenschaft

Die Studenten der Weimarer Republik waren die Akademiker des Dritten Reiches. Schon aus dieser Perspektive dürfen sie ein besonderes Interesse beanspruchen. Bekanntlich hat die Studentenschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit die Republik nicht nur nicht unterstützt, sondern vielmehr vehement bekämpft. Extrem rechtes Gedankengut fand zumal seit 1927 bei zahlreichen deutschen Studenten – wie übrigens auch bei vielen ihrer akademischen Lehrer – in hohem Masse Zustimmung und tatkräftige Unterstützung. Als einzige Bevölkerungsgruppe organisierten sich die Studenten bereits vor dem Januar 1933 mehrheitlich in einer von Nationalsozialisten beherrschten Ständevertretung¹⁵⁴. Diese Mehrheit unter den Studenten gehörte damit zu den aktivsten Wegbereitern des Dritten Reiches.

Diese Entwicklung erklärt sich unter anderem aus der Tatsache, dass die soziale Gruppe der Studenten¹⁵⁵ einen Teil des akademischen Bildungsbürgertums darstellte, das seinerseits dem Mittelstand angehörte. Der Mittelstand, insbesondere der gewerbliche¹⁵⁶, war bereits durch Krieg und Inflation seiner Vermögenswerte weitgehend verlustig ge-

151 Hitler, Mein Kampf, S. 782.

152 Jünger, Feuer und Blut (1925). Zit. nach 4. Aufl. 1929, S. 66.

153 Primm, Soldatischer Nationalismus, Bd. 1, S. 208 f. spricht in diesem Zusammenhang von der überhitzten militarisierten Phantasie» Jüngers; Schwarz, Konservativer Anarchist, S. 59, nennt Jünger einen «Gesinnungsmilitaristen». In anderen Ländern sei eine Kriegsglorifizierung im Stile Ernst Jüngers schwerlich zu finden. Dies betont der amerikanische Historiker Weinberg, Friedenspropaganda, S. 128.

154 Vgl. Faust, Studentenbund, Bd. 1, S. 13f.; Bd. 2, S. 17-22.

155 Zu den folgenden Angaben zur Soziologie der deutschen Studenten siehe Bleuel/Klinnert, Studenten, S. 190f.; Faust, Studentenbund, Bd. 1, S. 112ff.; Kater, Studentenschaft.

156 Vgl. Winkler, Mittelstand; sowie ders., Protest.

gangen und sah sich nun, seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929, neuerlich und mehr als andere gesellschaftliche Schichten in seiner sozialen, wirtschaftlichen und politischen Situation bedroht und tendierte insgesamt deutlich zum Nationalsozialismus. 95 Prozent der Studentenschaft der Weimarer Zeit entstammten der Mittel- und Oberschicht. Arbeiterkinder waren an der bürgerlichen deutschen Universität nur in einer verschwindenden Minorität vertreten. In Preussen etwa stellten sie im Jahre 1925 1,3 Prozent dar (425 von insgesamt 31'000 Studenten). Aus der breiten Masse der Arbeiterschaft gelangten nicht mehr Kinder auf die Universität als aus der kleinen Gruppe der Offiziere. Der Klassencharakter der Hochschulen war offensichtlich.

Der soziologischen Zusammensetzung der Studentenschaft in der Weimarer Republik entsprach ihre politische Orientierung und ihre organisatorische Bindung. Rund 60 Prozent der Studierenden (78'000 von insgesamt 132'000 Studierenden an reichsdeutschen Hochschulen) waren Mitglieder studentischer Korporationen¹⁵⁷, die seit dem 19. Jahrhundert das akademische Leben nachhaltig bestimmten. Die Verbindungen stellten im Hochschulbereich die stärkste und politisch einflussreichste Gruppe dar. Maximal 5 Prozent der Studierenden gehörten Hochschulgruppen der Parteien der «Weimarer Koalition» an. Insbesondere die grösste demokratische Partei, die SPD, blieb ohne Einfluss an den Universitäten. Das restliche Drittel der nichtorganisierten Studenten tendierte ebenfalls zur Haltung der Korporationen. In ihrer überwiegenden Mehrheit lehnte die bürgerliche akademische Jugend die Parteien insgesamt ab, insbesondere aber die demokratischen Parteien, und unterstützte die Idee einer überparteilichen nationalen Bewegung, die mit dem gesamten «demokratischen Plunder» aufräumen und einem autoritär geführten Deutschen Reich wieder eine Grossmachtstellung erkämpfen sollte. Auch der Antisemitismus grassierte an den deutschen Hochschulen, wobei die rassistisch orientierten Korporationen (wie Kyffhäuser-Verband der Vereine deutscher Studentenschaften, Allgemeiner Deutscher Burschenbund, Deutsche Burschenschaft, Kössener Senioren-Convents-Verband) und insbesondere die Mediziner den Ton angaben¹⁵⁸. Ebenso blühte das Denken in Kategorien des politischen Irrationalismus. Statt Verstand und Vernunft empfahl man Empfindung, Glauben, Willen und Instinkt als bessere Lebensorientierung.

Die grosse Mehrheit der deutschen Studenten stand politisch rechts, bevor der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) seinen Siegeszug antrat. 1926 aus studentischer Eigeninitiative gegründet, hatte der NSDStB zunächst eine mehrjährige Durststrecke zu überwinden. Der Aufschwung des Bundes, der sich in militanter Manier als «Kampfzelle der Bewegung am Frontabschnitt Hochschule»¹⁵⁹ verstand, begann

157 Namen der Verbände sowie Mitgliederzahlen bei Bleuel/Klinnert, Studenten, Anhang S. 261 f.; zum Folgenden ebd., S. 8 und 174-185.

158 Vgl. ebd., S. 130-155, zum Antisemitismus der Mediziner besonders S. 153f.; Kater, Studentenschaft, S. 145-162.

1928, als Baldur v. Schirach, ein Vertrauter Hitlers, seine Führung übernahm. Schirach brachte den bisher zur nationalsozialistischen Linken gehörenden Bund alsbald auf Hitlerkurs. Das wichtigste Ergebnis des neuen Kurses war das Arrangement mit den Korporationen, also mit den traditionell einflussreichsten Organisationen an der Hochschule. Dieses Arrangement erscheint durchaus nicht als ein spektakuläres Ereignis, wenn man sich vergegenwärtigt, dass sowohl der Antirationalismus als auch der Antisemitismus, die Volksgemeinschaftsidee, der Nationalismus, die Feindschaft gegen Demokratie und Parlamentarismus und der Frontsoldatenmythos zur gemeinsamen Vorstellungswelt der Korporationen wie der nationalsozialistischen Studenten gehörte¹⁶⁰. Auch in der Idee eines wehrhaften, ständisch gegliederten Führerstaates traf man sich. Der Frontsoldatenmythos und die Ideologie der Wehrhaftigkeit¹⁶¹ waren seit der Mitte der zwanziger Jahre, als die «Frontstudenten» die Hochschulen verliessen, zunächst etwas in den Hintergrund studentischen Interesses gerückt. Seit 1928/ 29 erlebte diese Ideologie auch im universitären Bereich einen neuen Aufschwung. Bei der jüngeren Studentengeneration, die den Weltkrieg nicht mitgemacht hatte, wurde es nun zu einem vorherrschenden Trend, den Frontsoldatenmythos in Bausch und Bogen zu übernehmen und die abgetretene Frontgeneration und deren Kriegserlebnisse zu idealisieren. Die Glorifizierung des Krieges, wie sie von Jünger, Schauwecker, Beumelburg und anderen literarisch dargeboten wurde, stiess jetzt in der Studentenschaft auf reges Interesse. Ihren politischen Niederschlag fand die neu aufgelebte Begeisterung für Soldatisches und Kriegerisches in den studentischen Forderungen nach «Wiedererweckung des Wehrwillens», nach wehrpolitischer Erziehung der Studenten und Förderung des Wehrsports, nach Einrichtung wehrwissenschaftlicher Professuren und in der Bekämpfung aller pazifistischen Tendenzen. Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund propagierte die Ideologie der Wehrhaftigkeit von seiner Gründung an ganz gezielt. Er stiess damit bei den Korporationen alsbald auf offene Ohren, indem er geschickt an deren Vorstellung, die Ehre mit der Waffe zu verteidigen, anknüpfte und diese Vorstellung dann kurzschlüssig auf die Politik übertrug¹⁶². Der Ehrbegriff der Korporationen bildete also noch immer die Basis für eine erfolgreiche Propagierung der Ideologie der Wehrhaftigkeit.

Seit Ende der zwanziger Jahre verstärkten sich die auf eine geistige Militarisierung hindeutenden Tendenzen der Studentenschaft rapide. Es verging keine Kundgebung mehr, in der nicht auf die militärische Schwäche Deutschlands verwiesen, die Wehrhaftma-

159 Faust, Studentenbund, Bd. 1, S. 12.

160 Hierzu ausführlich ebd., S. 128-152. «Die Korporationen standen rechts... Programmatisch unterschied sie wenig von den Nationalsozialisten» (ebd., S. 139).

161 Zum Folgenden siehe Bleuel/Klinnert, Studenten, S. 101 ff., S. 197ff.; Faust, Studentenbund, Bd. 1, S. 94ff., 129; Bd. 2, S. 98 ff.

162 Bleuel/Klinnert, Studenten, S. 117; Faust, Studentenbund, Bd. 1, S. 94.

chung verlangt und die eigene Wehrwilligkeit proklamiert worden wäre. Bereitwillig wurde in der Studentenschaft der Satz der Nationalsozialisten aufgegriffen, man habe die Aufgabe der «Befreiung unseres Volkes aus der Vernebelung eines internationalen jüdischen Pazifismus»¹⁶³. Die militaristische Welle fand auch in neuen Organisationen ihren Ausdruck: Ein Stahlhelm-Studentenring wurde gegründet, ebenso eine Lange-marck-Stiftung der deutschen Studentenschaft. Beim Kampf gegen den Young-Plan, bei dem sich Deutschnationale, Stahlhelm und Nationalsozialisten verbündeten, beteiligten sich sowohl der Stahlhelm-Studentenring als auch die Deutsche Burschenschaft korporativ¹⁶⁴. Der Deutsche Burschentag beschloss 1929 die Errichtung eines «Freiheitsfonds» zur Förderung der Wehrarbeit, unter der bereits seit Jahren nicht bloss theoretische Diskussion, sondern auch praktische militärische Übung verstanden wurde. Militärisch ausgerichtete und von Offizieren geleitete Ferienlager, häufig direkt Wehrsportlager genannt, wurden immer häufiger von den verschiedensten studentischen Organisationen veranstaltet. 1931 berichtete der Vorstand der Deutschen Studentenschaft, im vergangenen Amtsjahr sei die wehrsportliche Erziehungs- und Aufklärungsarbeit das wichtigste Aufgabengebiet überhaupt gewesen¹⁶⁵. Das Arrangement des NSDStB mit den Korporationen leitete die explosionsartige Ausbreitung der nationalsozialistischen Studentenorganisation ein. Die Deutsche Burschenschaft stellte dabei das grösste Reservoir für den Nationalsozialismus dar¹⁶⁶. Der Siegeszug fand seinen vorläufigen Höhepunkt in der «Eroberung» der Deutschen Studentenschaft (DSt), dem grössten und einflussreichsten freiwilligen Zusammenschluss deutscher Studenten. Im Juli 1931 wurde ein Nationalsozialist zum Vorsitzenden dieses Verbandes gewählt. Ein Jahr später setzte der Vorstand die Abschaffung aller demokratischen Spielregeln und die Einführung des Führerprinzips durch. Der nationalsozialistischen Studentenorganisation gelang es ohne nennenswerte Hilfe seitens der NSDAP, sich in den letzten fünf Jahren der Weimarer Republik an nahezu allen Hochschulen des Deutschen Reiches durchzusetzen. Bereits bei den AStA-Wahlen im Wintersemester 1930/31¹⁶⁷, bei denen die Wahlbeteiligung überall über 50 Prozent lag und an einzelnen Universitäten sogar die 90-Prozent-Marke überschritt, erreichte der NSDStB an elf Hochschulen die absolute Mehrheit, und an weiteren zehn stellte er die stärkste Fraktion. Diese Entwicklung bedeutete unter anderem, dass sich die deutschen Studenten in ihrer übergrossen Mehrheit bereits vor Hitlers Regierungsantritt einem radikalen und militanten Nationalismus verschrieben hatten, der sich mit einem ausgesprochenen Hass auf jedweden Internationalismus und Pazifismus verband.

163 Faust, Studentenbund, Bd. 1, S. 95.

164 Bleuel/Klinnert, Studenten, S. 108 und 195.

165 Faust, Studentenbund, Bd. 1, S. 96.

166 Bleuel/Klinnert, Studenten, S. 206, vgl. auch Bracher, Weimarer Republik, S. 132 ff.

167 Bleuel/Klinnert, Studenten, S. 213 f.; weitere Wahlergebnisse bei Faust, Studentenbund, Bd. 2, Anhang, S. 140-147.

Damit war ausgerechnet jene Studentengeneration, die den Ersten Weltkrieg nicht aktiv mitgemacht hatte, da sie seinerzeit noch zu jung gewesen war, an die Seite jener Angehöriger der Kriegsgeneration gerückt, die den Krieg noch im Nachhinein heroisierten und den Frieden nur als Vorbereitungszeit für den nächsten «Ernstfall» zu interpretieren vermochten. Die Studenten, die in den Jahren 1929-1933 an den deutschen Hochschulen studierten, waren die Endzwanzig- bis Mittdreissigjährigen des Jahres 1939, als der Zweite Weltkrieg mit dem deutschen Angriff auf Polen begann. Diese Generation von Jungakademikern hatte sich innerlich seit ihren Studenten jahren mit einer neuen kriegerischen Auseinandersetzung abgefunden, wenn sie eine solche nicht sogar herbeiwünschte.

4. Die Stellung des Protestantismus zum Krieg

Die evangelischen Pfarrer, die sich in der Zwischenkriegszeit und speziell in der Endphase der Weimarer Republik zu Fragen aus dem Problembereich «Krieg und Frieden» äusserten und damit in den öffentlichen Meinungsbildungsprozess eingriffen, orientierten sich grossenteils an theologischen Lehrtraditionen, die teilweise bis auf Luther zurückgehen¹⁶⁸. Von besonderer Bedeutung war dabei die lutherische Version der Lehre von gerechten und ungerechten Kriegen. Den Ausgangspunkt dieser Lehre bildete der Glaubenssatz, der Krieg sei ein unabwendbares, von Gott über die sündigen Menschen verhängtes Geschick, und er werde daher immer wiederkehren. Indem sie kriegerische Gewaltanwendung mit der Erbsündenlehre in Verbindung brachte, ja geradezu von einer direkten Kausalität ausging, trug die orthodox-lutherische Theologie dazu bei, «dass die Bürger die politische Entscheidung für einen Krieg als über sie verhängtes Schicksal akzeptierten»¹⁶⁹. Die aus der Erbsündentheologie abgeleitete Betrachtungsweise kriegerischer Ereignisse hat im Protestantismus – international gesehen – ein Einstellungs- und Verhaltensmuster hervorbringen helfen, das in der Literatur als «christlicher Militarismus»¹⁷⁰ bezeichnet worden ist.

Die ältere kriegsbejahende Tradition des Protestantismus erreichte während des Ersten Weltkrieges – und zwar sowohl in Deutschland wie auch in anderen Ländern – einen vorläufigen Höhepunkt. Eine der Hauptlinien der kirchlichen und theologischen Stellungnahmen zum Kriegsbeginn 1914 bestand in einem stark herausgestellten Nationalismus, aus dem sich eine theologische Rechtfertigung der deutschen Kriegführung wie selbstverständlich ergab. Das von Martin Schian im Auftrag des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre publizierte Werk «Die deutsche evangelische Kirche im Weltkrieg» schilderte diesen Tatbestand mit folgenden Worten:

168 Vgl. Deschner, Kirche und Krieg; Christentum und Militarismus.

169 Huber, Evangelische Theologie, S. 213 f.

170 Vgl. Russell, Christentum und Militarismus, S. 21-109.

«Die evangelischen Kirchen im Deutschen Reich haben von jeher eine nationale Haltung eingenommen. Sie waren überzeugt, ihrem christlichen Charakter nichts zu vergeben, wenn sie dem Kaiser gaben, was des Kaisers war. Es lag nicht etwa an ihrer engen Verbundenheit mit dem Staat oder an der Tatsache des Summepiskopats der Landesherren¹⁷¹, wenn sie diese Gesinnung pflegten. Vielmehr war ihnen diese Gesinnung ganz selbstverständlich, und ihre Pflege erschien ihnen als sittliche Pflicht¹⁷².»

Mit diesem Nationalismus ging die Vorstellung einher, Gott sei der Herr der Völker und der Lenker der Schlachten. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges war die auf Ernst Moritz Arndt zurückgehende Rede vom «deutschen Gott» für viele Repräsentanten der evangelischen Kirche eine gängige Formel¹⁷³. Daher glaubte die grosse Mehrheit der evangelischen Pfarrer auch – dies war eine weitere Hauptlinie der Argumentation, die in vielen protestantischen Kriegspredigten wiederkehrte –, dass Deutschland um einer gerechten Sache willen in den Krieg gezogen sei¹⁷⁴, eine Position übrigens, die von der Kirche in anderen Ländern unter jeweils anderem nationalen Vorzeichen ebenfalls eingenommen wurde. Viele evangelische Pfarrer in Deutschland gingen in ihren Kriegspredigten so weit, die Kriegsgegner Deutschlands herabzusetzen und zu verteufeln¹⁷⁵. Nur wenige protestantische Aussenseiter wie der Marburger Theologieprofessor Martin Rade haben es gewagt, an der sittlichen Berechtigung des Krieges zu zweifeln¹⁷⁶, und die in der liberalen wie in der religiös-sozialen Theologie vorhandenen Ansätze zur Überwindung der vorherrschenden «Kriegstheologie»¹⁷⁷ haben kaum einen Einfluss ausüben können. Die nationalistisch-konservative Mehrheit des deutschen Protestantismus – der sogenannte Nationalprotestantismus¹⁷⁸ – gehörte während des Ersten Weltkrieges zur annexionistischen Siegfriedens-Richtung, und nur eine liberale Minderheit befürwortete einen Verständigungsfrieden, wie ihn das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Linksliberalen seit 1917 anstrebten.

Die deutsche Revolution von 1918/19 erlebte man im deutschen Protestantismus als einen ungeheuren Schock¹⁷⁹. Viele evangelische Theologen sahen in der Revolution «einen Verrat an der angeblich bis zum Kriegsende siegreichen Sache des Vaterlandes,

171 Seit dem Ende der Reformation übte in den deutschen evangelischen Landeskirchen der Landesherr als oberster Bischof (Summus episcopus) das oberste Kirchenregiment aus.

172 Schian, Arbeit der evangelischen Kirche, S. 17.

173 Huber, Evangelische Theologie, S. 140.

174 Ebd., S. 155.

175 Pressel, Kriegspredigt, S. 75, 127ff., 141, 151 ff.

176 Huber, Evangelische Theologie, S. 181 ff.

177 Ebd., S. 215.

178 Vgl. die Definition von Huber/Schwerdtfeger, Friedenshandeln, S. 558: Eine wesentliche Strömung im Protestantismus des 19. und 20. Jahrhunderts, die sich eng an die nationalistischen Strömungen anlehnte und religiöse Begründungen für die Vorrangstellung der eigenen Nation lieferte.

179 Greschat, Protestantismus, S. 11.

einen Verrat gegenüber der gottgewollten monarchischen Staatsform»¹⁸⁰. Sie hatten zumal im deutschen Kaisertum von 1871 das Ideal gesehen, sozusagen die protestantische Staatsform schlechthin, und hatten sich überdies mit der Gesellschaft des kaiserlichen Deutschland samt ihren Normen aufs Engste identifiziert. Weiterhin bedeutete der Sturz der Monarchien für die evangelischen Landeskirchen das Ende des Summ-Episkopats und damit die Notwendigkeit, das kirchliche Leben auf eine neue Verfassungsgrundlage zu stellen. Da der kirchliche Protestantismus auch weiterhin auf die Idee des monarchischen Obrigkeitsstaates fixiert blieb, verstand er sich der Republik gegenüber als Sachwalter des alten, verlorenen Staates. Den parlamentarischen Parteienstaat glaubte der politische Protestantismus nicht als Obrigkeit bejahen zu können¹⁸¹. Der Antirepublikanismus blieb eines der hervorstechendsten Merkmale des politischen Protestantismus während der gesamten Weimarer Zeit.

Gewiss stellte der deutsche Protestantismus der zwanziger Jahre keinen völlig einheitlichen Block dar. Es gab liberale und religiös-sozialistische Gruppierungen sowie eine Reihe weiterer Strömungen¹⁸². Absolut dominierend war jedoch der Nationalprotestantismus, die konservative und nationalistische Richtung also. Einer Spezialstudie zufolge vertraten zwischen 1919 und 1933 etwa 70 bis 80 Prozent der evangelischen Pfarrer konservativ-nationale Anschauungen¹⁸³. Sie wählten meist DNVP und fühlten sich dem Adel, dem Militär, Kreisen der Wirtschaft und des Grossgrundbesitzes sowie des wohlhabenden Bürgertums verbunden, was sich an der Zusammensetzung der repräsentativen Kirchenorgane ablesen lässt¹⁸⁴. Schon bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung 1919 hatten mehrere evangelische Kirchenzeitungen unverhüllt zur Wahl der DNVP aufgerufen¹⁸⁵, und in der Folgezeit optierte die grosse Mehrheit der Repräsentanten der evangelischen Kirchen in Deutschland für die «nationale Opposition». Offiziell verstand sich die Kirche zwar als über den Parteien stehend¹⁸⁶, legte dieses Überparteilichkeitsprinzip jedoch, ähnlich wie der Frontsoldatenbund «Stahlhelm», als Votum für die politische Rechte aus. Nach dem Wort von Otto Dibelius galt: «Die Kirche ist politisch neutral – aber sie wählt deutsch-national¹⁸⁷!» Mit der politischen Rechten teilte die Mehrheit der evangelischen Pfarrer nicht nur das gegen Demokratie, Liberalismus und Sozialismus gerichtete Denken, sondern auch die antipazifistische Grundeinstellung. Um ermassen zu können, was das Übergewicht der nationalprotestantischen Richtung für die politische Bewusstseinsbildung bedeutete, muss man sich

180 Pressel, Kriegspredigt, S. 28.

181 Erdmann, Zeit der Weltkriege, S. 214f.; Christ, Politischer Protestantismus, S. 78ff., 385, 388; Pressel, Kriegspredigt, S. 28, 295 f.; Huber, Evangelische Theologie, S. 186; Gaede, Protestantismus, S. 417ff.

182 Vgl. Kupisch, Strömungen der Evangelischen Kirche; Christ, Politischer Protestantismus, S. 385ff.; Scholder, Kirchen im Dritten Reich, S. 11 ff.

183 Dahm, Pfarrer, S. 9 u. ö.

184 Gaede, Protestantismus, S. 417 f.

185 Vgl. Greschat, Protestantismus, Teil I, Dokumente Nr. 33,36,37,39, 43,44,45, 50.

186 Vgl. Wright, «Above Parties», jetzt auch deutsche Ausgabe; Dahm, Pfarrer, S. 104-109.

187 Dahm, Pfarrer, S. 104. Vgl. insgesamt Thalmann, Protestantisme et Nationalisme.

vergegenwärtigen, dass die evangelischen Kirchen im Jahre 1924 40 Millionen Mitglieder zählten, also mehr als 60 Prozent der deutschen Bevölkerung, von denen immerhin etwa 11 Millionen oder 19 Prozent der Gesamtbevölkerung Kirchgänger waren. Diese Kirchgänger wiederum kamen hauptsächlich aus der Mittel- und Oberschicht. Die aus der Arbeiterklasse stammenden Protestanten waren meist nur formell Mitglieder der Kirche¹⁸⁸.

In den zwanziger Jahren gab es kaum eine Frage, die in der evangelischen Kirche mit mehr Erbitterung diskutiert worden wäre als die Frage nach der Stellung der Christen zu Krieg und Frieden¹⁸⁹ sowie die damit in engem Zusammenhang stehenden aktuellen politischen Probleme der Wiederaufrüstung, der Einstellung zu den Kriegervereinen und Wehrverbänden und der Beurteilung der Politik der friedlichen Verständigung. Die nationalprotestantische Richtung hielt es diesbezüglich mit den Positionen der politischen Rechten¹⁹⁰. Dazu gehörte, dass sie sich weigerte, die militärische Niederlage Deutschlands einzugestehen, dass sie wesentlich zur Entstehung und Verbreitung der Dolchstoßlegende beitrug¹⁹¹ und dass sie in scharfem Gegensatz zu pazifistischen Gedankengängen stand¹⁹².

Ein exponierter Vertreter dieser Richtung, der Theologe Gottfried Traub, Herausgeber der Zeitschrift «Eiserne Blätter» und DNVP-Mitglied der Nationalversammlung, ging in seinem Antipazifismus so weit, dass er sich 1919 für die Streichung des Wortes «Völkerversöhnung» in Artikel 148 der Verfassung einsetzte und damit scharfe Proteste evangelischer Pazifisten auslöste¹⁹³. Derselbe Traub erinnerte in der Endphase der Republik, als der Nationalismus hohe Wellen schlug, an das «sittliche Recht des Krieges»¹⁹⁴. Pastor Hans Asmussen fühlte sich aufgerufen, die Behauptung von der «Unchristlichkeit des Krieges» zurückzuweisen¹⁹⁵. Der konservativ und nationalistisch eingestellte Theologieprofessor Paul Althaus gehörte Ende der zwanziger Jahre zu jenen, die kaum verschlüsselt einem neuen Krieg zur gewaltsamen Revision des Versailler Vertrages das Wort redeten. In einem «Krieg und Christentum» überschriebenen Aufsatz schrieb er: «Als ob nicht Grund bestehen könnte, von einem heuchlerischen Frieden, der einen der Mehrheit genehmen status quo verewigen will, sich nach der Offenheit des Krieges zu sehnen, als der in solchem Falle wohl sittlicheren Beziehung zweier Völker¹⁹⁶.»

Angesichts solcher Stimmen aus den Reihen des Protestantismus sowie angesichts des Beschlusses der evangelischen Kirchenleitungen, am 6. Juni 1929 den zehnten Jahrestag

188 Wright, «Above Parties», S. VI.

189 Christ, Politischer Protestantismus, S. 141.

190 Ebd...S. 55ff.

191 Gaede, Protestantismus, S. 375; ders., Kirche, S. 24-31.

192 Christ, Politischer Protestantismus, S. 151.

193 Einzelheiten siehe Gaede, Kirche, S. 51 f.

194 Traub, Geisteskampf der Gegenwart.

195 Asmussen, Politik und Christentum, S. 99.

196 P. Althaus, Krieg und Christentum, in: Die Religion in Geschichte und Gegenwart, 2. Aufl., 3. Bd., 1929, S. 1311, zit. nach Christ, Politischer Protestantismus, S. 146.

von Versailles mit besonderen Trauergottesdiensten zu begehen, warnte der linksliberale Marburger Theologe Martin Rade vor den friedensgefährdenden Wirkungen der ständigen Klagen über Versailles und der mit ihnen verknüpften Revisionsforderungen: «Unsere Kirche versündigt sich an unserem Volk, wenn sie seine Lage tröst- und hoffnungslos schildert. Wo sie das tut, lässt sie dem Hörer bloss einen Schluss: „Dann kann uns nur ein neuer Krieg helfen“^{197!}» Der Theologe Althaus sagte dies auch offen: «Nur der tritt in eine Zeit des Völkerfriedens wahrhaft ein, der das Ja zum Kriege im Herzen trägt^{198.}» Für ihn stand fest, dass echte Konflikte nur durch Krieg entschieden werden können.

Zwölf Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, als die Flut nationalistischer Kriegsliteratur einen ersten Höhepunkt erreichte, stellte ein massgeblicher und einflussreicher Repräsentant der Evangelischen Kirche¹⁹⁹, der Generalsuperintendent der Kurmark, Otto Dibelius, die Frage: «Ob Krieg sein darf nach Gottes Willen?» Seine 1930 publizierten «Erwägungen und Antworten» verfolgten das Ziel, dem Kirchenvolk in einer Situation, in der nach Dibelius' Einschätzung das Lager der Pazifisten und das der Wehrhaften einander «in starrer Front» gegenüberstanden²⁰⁰, den richtigen Weg zu weisen. Einleitend führte der Kirchenführer aus, wer «das Grosse am Kriege» zu ehren wisse, verleugne damit nicht unter allen Umständen die Botschaft des christlichen Evangeliums²⁰¹. Die nachfolgenden geschichtsphilosophischen Erwägungen zum Thema gerieten zu einem platten Sozialdarwinismus: «In der Geschichte der Menschen reiht sich Gewalttat an Gewalttat, Krieg reiht sich an Krieg. Das Schicksal wird gestaltet durch einen unausgesetzten Kampf aller gegen alle... Krieg ist immer gewesen. Alles, was wir Kultur nennen, ist bestimmt worden durch die grossen Entscheidungen, die auf den Schlachtfeldern gefallen sind. In blutigen Kriegen ist der Aufstieg und Abstieg der Völker besiegelt worden... Es wird schon dabeibleiben müssen: Die Geschichte der Kriege ist die Grundlage der Weltgeschichte gewesen... Das, und das allein, ist der Inhalt der Geschichte. Krieg, Krieg und immer wieder Krieg-^{202!} «Kurzum: «Der Krieg eine natürliche Lebensordnung der Völker! Auch die Religion erhebt dagegen nicht Protest. Auch das Christentum nicht^{203.}» Das Problem der Kriegsfolgen tat Dibelius als unerheblich ab²⁰⁴. Weiterhin stellte er fest, der Krieg sei eine völkerrechtlich anerkannte

197 Zit. nach Gaede. Protestantismus. S. 391.386.

198 Althaus, Staatsgedanke, S. 64f.

199 Lt. Kupisch, Strömungen der Evangelischen Kirche, S. 384, war Dibelius in der Weimarer Zeit einer der einflussreichsten Männer der Evangelischen Kirche in Preussen, und zwar insbesondere wegen seines vielgelesenen Buches «Das Jahrhundert der Kirche» aus dem Jahr 1926.

200 Dahm, Pfarrer, S. 119 f., meint dagegen, es seien sich «keineswegs zwei geschlossene Blöcke gegenübergestanden», sondern es habe zwischen diesen Fronten eine Vielfalt von Einstellungen gegeben.

201 Dibelius, Friede. S. 22.

202 Ebd..S. 27f.

203 Ebd.. S. 57.

204 Ebd., S. 52.

Form der Auseinandersetzung von Staaten²⁰⁵. Angesichts des zwei Jahre zuvor abgeschlossenen Kriegsächtungspaktes, des Kellogg-Paktes von 1928²⁰⁶, war dies eine bemerkenswerte Position.

Unter der Kapitelüberschrift «Die Freude am Krieg» schrieb Dibelius, der Soldat sehne sich nach den Zeiten, in denen er entfalten könne, worauf sein Leben angelegt sei. Das werde «niemals anders sein». «Und nicht nur der Soldat freut sich. Sie freuen sich alle, die sich nach dem Ungewöhnlichen sehnen²⁰⁷.» In Sätzen wie diesen lässt sich eine kaum verhüllte Glorifizierung des Krieges und des Soldatenstandes erkennen. Über letzteren schrieb der Kirchenführer: «Ein herrlicher Stand! « Ein geachteter Stand, höher geachtet als der Stand des Handwerks und des Kaufmanns und des Bürgers! Kriegerische Schauspiele hatten für ihn eine geradezu beflügelnde Wirkung: «Paraden. Manöver. Durch das Blut der doktrinärsten Pazifisten geht es wie ein elektrischer Strom, wenn die Militärmusik ertönt²⁰⁸.» Dementsprechend scharf äusserte sich Dibelius über den Pazifismus. Die pazifistische Literatur, instruierte er sein protestantisches Lesepublikum, sei nicht nur «nicht ernst zu nehmen», sie sei auch «aus einer Weltanschauung heraus geboren, zu der sich der Christ im bestimmten Gegensatz» wisse²⁰⁹. Die Geschichte der Friedensbewegung seit 1850 denunzierte der Kirchenführer als «die Geschichte von Menschen, die mit Vernunftgründen und blutleeren Humanitätsidealen in das Leben der Völker eingreifen wollten»²¹⁰. Christlicher Pazifismus bedeutete nach seinen Worten «Opferfreudigkeit» für die Nation²¹¹. Daher werde die Kirche niemals, wie dies von Sozialisten, Kommunisten, Demokraten, «jedenfalls Gesinnungslosen [!] in grosser Zahl» zu erwarten sei, zur Dienstverweigerung aufrufen oder gar zur Sabotierung des Krieges, sondern zum Gehorsam gegen die Obrigkeit, «der zu den Fundamenten des Christentums gehört»²¹². Abschliessend: «So geht der Christ in den Krieg...

205 Ebd., S. 55; dass diese Position sehr verbreitet war, belegt Dahm, Pfarrer, S. 118f.

206 Vgl. Krüger, Friedenssicherung; und Wehberg, Ächtung des Krieges. Zur Rezeption der Kriegsächtungsidee in der zeitgenössischen deutschen Öffentlichkeit vgl. meine Untersuchung: Von Kellogg bis Hitler, S. 149-172; in engl. Übersetzung erschienen u. d. T.: From Kellogg to Hitler, p. 71-99.

207 Dibelius, Friede, S. 58; positivere Interpretation bei Dahm, Pfarrer, S. 120 f., der meint, der konservative Dibelius habe die Frage, ob Krieg sein dürfe nach Gottes Willen, verneint; diese Sicht ist m. E. nicht haltbar, wenngleich das Bemühen Dibelius' nicht zu verkennen ist, auf einer abstrakt-theologischen Ebene partiell anders zu argumentieren als auf der praktisch-handlungsorientierenden Ebene. Im Gegensatz zu K. Scholder, der die Ansicht vertritt, Dibelius habe sich in dem zitierten Buch gegen jede Verherrlichung des Krieges ausgesprochen, bin ich der Meinung, dass von diesem – am Gehorsam gegenüber der Obrigkeit und an der Kriegsdienstpflicht der Christen orientierten – Buch keine kriegsverhindernden und friedensfördernden Impulse ausgegangen sein können. Siehe Scholder, Dibelius, S. 90-104, bes. S. 93.

208 Dibelius, Friede, S. 59.

209 Ebd., S. 15f.

210 Ebd., S. 73.

211 Ebd., S. 196.204.

212 Ebd., S. 199f.

Er wird seinen Mann stehen und keinen Dienst verweigern, der ihm befohlen wird. Er steht im Dienste seines Gottes, wenn er für das Vaterland kämpft!... Das ist der Weg der Kirche²¹³.»

Geschrieben wurde dies im Jahre 1930, und zwar im Einklang mit der Tradition der evangelischen Kirche in Deutschland²¹⁴. Im selben Jahr fiel auch eine Entscheidung, die Erwähnung verdient, weil sie als Symbol der innerkirchlichen Kräftekonstellation gelten konnte: Der in Nürnberg stattfindende Deutsche Evangelische Kirchentag wählte den Generalleutnant a. D. Graf Vitzthum v. Eckstädt, der im Schmucke des EK I erschienen war und seine Eignung mit seiner vierzigjährigen Tätigkeit als Offizier begründet hatte, zum Präsidenten²¹⁵.

Bei dem erwähnten Buch von Dibelius handelte es sich unbestreitbar nicht bloss um eine metaphysische Kriegstheologie, sondern um ganz konkrete politische Weisungen für das Kirchenvolk. Da die überwiegende Mehrheit der Funktionsträger des deutschen Protestantismus nicht anders dachte als Dibelius, darf als erwiesen gelten, dass – um es zurückhaltend zu formulieren – von der evangelischen Kirche zumindest keine kriegsverhindernde Wirkung ausging. Überdies ist zu berücksichtigen, dass der deutsche Konservatismus insgesamt aus Quellen schöpfte, die vornehmlich theologischer Natur waren, dass er sich seinerseits ständig auf das Christentum berief und die zentralen konservativen Werte durchgängig religiös begründete²¹⁶. Der konservative General Ludwig Beck sprach für viele, wenn er mit den Worten des Generalfeldmarschalls Moltke d. Ä. den Krieg als «ein Glied in Gottes Weltordnung» bejahte und es für sinnlos hielt, sich über seine Abschaffung den Kopf zu zerbrechen: «Den Krieg können wir nicht abschaffen», sagte er. «Jedes Nachdenken über die von Gott gewollte Unvollkommenheit der Menschen muss immer wieder zu diesem Resultat kommen²¹⁷.»

Im Vergleich mit der nationalprotestantischen Mehrheit fielen diejenigen Gruppierungen innerhalb der evangelischen Kirche, die sich pazifistischen Positionen verpflichtet fühlten, als politischer Faktor kaum ins Gewicht. An Organisationen gab es die deutsche Sektion des «Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen» (WFK), der das Ziel verfolgte, «einen Geist der Freundschaft zwischen den Völkern zu pflegen, um so den zu Hass und Krieg führenden Bestrebungen entgegenzuwirken», und zu dessen prominenten deutschen Mitgliedern Dietrich Bonhoeffer zählte²¹⁸; weiterhin den

213 Ebd., S. 210.

214 Dignath-Düren, Kirche, S. 13.

215 Gaede, Protestantismus, S. 417. Zur sozialen Herkunft der Delegierten dieses Kirchentages vgl. Balzer, Klassengegensätze, S. 37f.

216 Greiffenhagen, Dilemma, S. 15 und 23.

217 Beck, Studien, S. 247, 251, 257. Moltke schrieb am 11. Dezember 1880 an den Heidelberger Staatsrechtler Bluntschli: «Der ewige Friede ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner, und der Krieg ein Glied in Gottes Weltordnung. In ihm entfalten sich die edelsten Tugenden des Menschen, Mut und Entsaugung, Pflichttreue und Opferwilligkeit mit Einsetzung des Lebens. Ohne Krieg würde die Welt im Materialismus versumpfen.» Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten, Bd. 3, S. 154.

1931 in Berlin gegründeten «Evangelischen Friedensbund», der die mit der politischen Linken sympathisierenden evangelischen Pazifisten zu sammeln versuchte²¹⁹, sowie die religiösen Sozialisten und liberal-demokratische Gruppierungen. Ein Vergleich der Auflagenhöhe der ständigen Publikationen der evangelischen Pazifisten mit denen des Nationalprotestantismus mag veranschaulichen, wie sich die Gewichte verteilten. Während die von Martin Rade herausgegebene Zeitschrift «Die Christliche Welt» mit einer Auflage von 3'000 Exemplaren, die von F. Sigmund-Schulze edierte «Eiche» mit 2'000 Exemplaren und das «Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes» unter der Schriftleitung des religiösen Sozialisten E. Eckert mit einer Auflage von 14'300 erschienen, brachten es die national-konservativen Kirchenzeitungen und die konservativ gestimmte Sonntagspresse auf eine Auflage von etwa 2 Millionen, was einem Verhältnis von 1 zu 100 entspricht²²⁰. Eine Analyse der Literatur und Presse aus dem Bereich der evangelischen Kirchen kommt zu dem Schluss: «Ihre [der Pazifisten] publizistische Wirksamkeit war nicht gering. Aber die Gegenfront (nicht nur der Widerstand der Skeptiker, sondern auch der grundsätzliche Kampf gegen den Pazifismus und die Verteidigung des Wertes und der Würde des Krieges) war sehr stark²²¹.» Wenn sich innerhalb des politischen Protestantismus in Bezug auf den Problemkreis «Krieg und Frieden» Nationalprotestantismus und christliche Friedensbewegung gegenüberstanden, so entsprach dies ungefähr auch den politischen Fronten: Die Anhänger des Nationalprotestantismus fühlten sich den konservativen und völkischen Parteien verbunden, die Pazifisten den Demokraten und Sozialisten²²².

Das Verhältnis des politischen Protestantismus zur NSDAP vor 1933 ist in diesem Zusammenhang nur am Rande zu behandeln. Die 1932 veröffentlichten Sammelbände «Die Kirche und das Dritte Reich»²²³ bieten ein reiches Anschauungsmaterial dafür, aufgrund welcher Überlegungen evangelische Theologen mit dem Nationalsozialismus sympathisierten. Es finden sich darin neben dezidiert ablehnenden Stellungnahmen²²⁴ viele mehr oder weniger profaschistische Äusserungen, wobei mehrfach hervorgehoben wurde, dass «weite evangelische Kreise dem Nationalsozialismus mit einer grossen politischen Gläubigkeit» folgten²²⁵. Da wurde wiederum «vor einem Umfälschen der biblischen Friedenshoffnung. .. in politischen Pazifismus» gewarnt²²⁶, da wurde der Na-

218 Boyens, Stellung der Ökumene, S. 426.

219 Christ, Politischer Protestantismus, S. 271 f.

220 Gaede, Protestantismus, S. 416 f.

221 Christ, Politischer Protestantismus, S. 169.

222 Gaede, Politischer Protestantismus, S. 393-398, 417; Christ, Politischer Protestantismus, S. 155 f.

223 Kirche und Drittes Reich. Zur Interpretation vgl. Dahm, Pfarrer, S. 203 ff.

224 Eine antifaschistische und pazifistische Position vertrat z.B. der Kieler Professor E. Fuchs.

Siehe Kirche und Drittes Reich, Bd. 1, S. 34 ff.

225 Ebd., S. 20,36f., 38.

226 So der pro-nationalsozialistische Göttinger Universitätsprofessor H. Dörries, ebd., Bd. 2, S.41.

tionalsozialismus als eine Bewegung gefeiert, in der «der heldische Mensch... eine Wiedergeburt erlebt», weshalb «Christuskreuz und Hakenkreuz... immer mehr zu einer Einheit zusammenwachsen» müssten. Für den Berliner Pfarrer Nobiling schloss dies eine ausdrückliche Bejahung des Krieges als Mittel der Politik ein²²⁷.

Die Verbindung von Nationalismus, Militarismus und Religion, die die Kriegstheologie im Ersten Weltkrieg gekennzeichnet hatte, dauerte also in der Weimarer Republik und – was hier nicht näher ausgeführt werden kann – im Dritten Reich fort und wurde noch angereichert mit dem Gedanken eines Kreuzzuges gegen Bolschewismus und Weltjudentum²²⁸. Pazifistische Positionen wurden innerhalb des deutschen Protestantismus nach wie vor nur von Minderheiten vertreten.

Am 2. September 1939, also am zweiten Tage des Krieges gegen Polen, kam ein offizieller «Aufruf der Deutschen Evangelischen Kirche» heraus, in dem es hiess:

«Seit dem gestrigen Tage steht unser deutsches Volk im Kampf für das Land seiner Väter, damit deutsches Blut zu deutschem Blut heimkehren darf. Die deutsche evangelische Kirche stand immer in treuer Verbundenheit zum Schicksal des deutschen Volkes. Zu den Waffen aus Stahl hat sie unüberwindliche Kräfte aus dem Worte Gottes gereicht: die Zuversicht des Glaubens, dass unser Volk und jeder Einzelne in Gottes Hand steht, und die Kraft des Gebets, die uns in guten und bösen Tagen stark macht. So vereinigen wir uns auch in dieser Stunde mit unserem Volk in der Fürbitte für Führer und Reich, für die gesamte Wehrmacht und alle, die in der Heimat ihren Dienst für das Vaterland tun²²⁹.»

Mit diesem Aufruf, der frei von nationalistischer Schwärmerei war, der aber zugleich jedermann deutlich machte, dass die evangelische Kirche sich Hitler und dessen Kriegspolitik nicht entgegenstellte, wurden die evangelischen Christen erneut zum Gehorsam gegenüber der Obrigkeit verpflichtet. Das NS-Regime konnte zufrieden sein.

227 So der sich ausdrücklich zum Nationalsozialismus bekennende Berliner Pfarrer S. Nobiling, ebd., S. 80, 84f.

228 Huber, Kirche, S. 167.

229 Wortlaut des Aufrufs in: Gesetzblatt der Deutschen Evangelischen Kirche, 1939, Nr. 19. Hier zit. nach Messerschmidt, Militärseelsorgepolitik im Zweiten Weltkrieg, S. 49; die kommentierte Dokumentation von Brakeimann (Hrsg.), Kirche im Krieg, kommt, bei allem notwendigen Bemühen um Differenzierung, zu dem Ergebnis, dass der «Mehrheitsprotestantismus» im Jahre 1939 «Partei ergriffen und in grosser Übereinstimmung mit der nationalsozialistischen Partei- und Staatsführung den Krieg mitgetragen und durchgestanden» habe (S. 19).

5. Zwischen Verständigungspolitik, Obrigkeitsglauben und Kriegstheologie: Katholische Kirche und Zentrumspartei

Die katholische Kirche unterschied in ihrer traditionellen Moraltheologie ebenfalls zwischen gerechten und ungerechten Kriegen²³⁰ und gestattete ihren Mitgliedern, an gerechten Kriegen teilzunehmen, während die Teilnahme an ungerechten Kriegen als Sünde galt. Um einen Krieg gerecht nennen zu können, musste er von der legitimen Obrigkeit erklärt worden sein, und es musste sich um eine gerechte Sache handeln. Weiterhin war der Krieg nur als letztes Mittel erlaubt, und Massnahmen gegen Feinde mussten mit dem Naturrecht zu vereinbaren sein. An diesen vier Kriterien für einen gerechten Krieg hatten sich katholische Theologen und Juristen seit Jahrhunderten orientiert. Im Zeitalter christlicher Nationalstaaten versuchten die Päpste dem Dilemma, in das sie als Oberhäupter der weltweiten Kirche gerieten, dadurch zu entgehen, dass sie davon absahen, einen bestimmten Krieg als gerecht oder ungerecht zu bezeichnen. Stattdessen richtete der Vatikan Friedensappelle an die kriegführenden Staaten und steuerte selbst einen neutralen Kurs. Gleichzeitig erlaubte er der kirchlichen Obrigkeit eines jeden kriegführenden Landes, ihre eigene Regierung zu unterstützen, so dass in der Praxis der Fall eintrat, dass die Bischöfe immer den Krieg für gerecht erklärten, in dem sich das Land, dem sie selbst angehörten, gerade befand.

Die Hinwendung zur nationalen Idee hatte sich bei den deutschen Katholiken bereits vor 1914 abgezeichnet, verbunden mit einer tendenziellen Abkehr vom Internationalismus des Katholizismus. Wie die meisten ihrer Landsleute wurden auch die Katholiken zu Beginn des Ersten Weltkrieges von einer Woge vaterländischer Begeisterung erfasst. Seit den Zeiten des Kulturkampfes vielfach wegen ihrer angeblich mangelnden Reichstreue verdächtig und, ähnlich wie die Sozialdemokraten, keineswegs voll in die Gesellschaft des kaiserlichen Deutschland integriert, empfanden die deutschen Katholiken den Weltkrieg überwiegend als «patriotische Bewährungsprobe», welche die Gelegenheit bot, den «Reichsfeind «-Vorwurf zu entkräften und nationale Zuverlässigkeit zu demonstrieren²³¹. Auch die Katholiken wollten gute Deutsche sein.

Dies galt nicht minder für den Klerus. Eine Analyse der zwischen 1914 und 1918 gehaltenen katholischen Kriegspredigten lässt jene eigenartige Mischung von Nationalismus, Konservatismus, Kriegsbegeisterung und Religion erkennen, die auch für die Kriegspredigten der Protestanten, Juden und Freireligiösen charakteristisch war. Der Theologe Karl Barth nahm die sowohl sprachliche als auch inhaltliche Ähnlichkeit der Kriegspredigten aller Konfessionen zum Anlass, von einer einheitlichen Weltkriegstheologie zu sprechen²³². Wie im Nationalprotestantismus hatte man sich auch im deut-

230 Vgl. Russell, Christentum und Militarismus, S. 26ff., und die dort angegebene Literatur.

Zum Folgenden Lewy, Katholische Kirche, S. 287 f.

231 Hammer, Kriegstheologie, S. 73; ebenso Missalla, «Gott mit uns», S. 32 und 123 f.

232 Pressel, Kriegspredigt, S. 21; Huber, Evangelische Theologie, S. 136f.

schen Katholizismus die Ideologie von einer besonderen «deutschen Sendung» zu eigen gemacht²³³. Es gab theologische Kriegsrechtfertigungen, die in der Behauptung gipfelten, die Sache Deutschlands sei mit der Gottes identisch, und daher handle es sich um einen «heiligen Krieg»²³⁴. Der einflussreiche katholische Philosoph Max Scheler glaubte in der «grossen Sprache der Waffen» «Gottes heilige Stimme zu hören»²³⁵. Er und mit ihm viele katholische Pfarrer betrachteten den Krieg zum einen als Strafe, zum anderen als einen Aufruf zur Busse, aber auch als eine Offenbarung und als ein Gottesgericht²³⁶. Der Krieg – und ebenso der Frieden – war den katholischen Kriegspredigten zufolge nicht das Ergebnis menschlichen Handelns, sondern die Folge sittlich-religiöser Wandlungen. Hierin manifestierte sich eine spezifisch fatalistische Grundeinstellung. Sie war auch jenen Kriegspredigten zu eigen, die sich überwiegend auf die Tröstung der Gläubigen beschränkten und damit einem Rückzug in die Sphäre privater Frömmigkeit Vorschub leisteten²³⁷.

Mehrfach wurden die Gläubigen seitens der Kirche ausdrücklich aufgefordert, Kriegsanleihen zu zeichnen, weil dies eine «Gewissenspflicht» sei. Ohne die Geldmittel zur Fortsetzung des Krieges, schrieb ein Prediger, würden «die feindlichen Horden aus allen Zonen der Erde» Land und Existenz der Deutschen vernichten, «der wilde Strom der Kosaken und der Negersoldaten, der kirchenfeindlichen Franzosen und der papstfeindlichen Russen» würden das Land ausplündern²³⁸. Ähnliches sollte sich dann im Zweiten Weltkrieg wiederholen: Wiederum ermutigte der Klerus die Katholiken, sich an den verschiedenen Sammlungen zu beteiligen, die zur Überwindung der Engpässe in der Kriegswirtschaft organisiert wurden²³⁹. Wie die protestantischen Pfarrer verkärten auch die katholischen den Tod des Soldaten auf dem Schlachtfeld: «Kriegertod ist kein Tod! Er ist umstrahlt vom Taborglanz der Unsterblichkeit und des ewigen Lebens²⁴⁰.» Der damalige Speyerer Bischof und spätere Kardinal Michael v. Faulhaber sah es im Ersten Weltkrieg als die Aufgabe des katholischen Klerus an, mittels der Feldpredigten «die Seelen stark [zu] machen für die militärischen Aufgaben» und mittels der Seelsorge «der heiligen Sache des Vaterlandes» zu dienen²⁴¹.

233 Erdmann, *Zeit der Weltkriege*, S. 87 ff., bes. S. 89 f.

234 Missalia, «Gott mit uns», S. 67, vgl. auch S. 88 und 110ff.

235 Vgl. Scheler, *Genius des Krieges* (1915), Vorwort und S. 117-152. Zu Scheler vgl. auch Erdmann, *Zeit der Weltkriege*, S. 90 f.

236 So etwa Scheler (s. Anm. 235), der den Krieg auch als «Führer zu Gott» interpretierte.

237 Missalia, «Gott mit uns», S. 127f. und 129f., der in diesem Fatalismus das eigentliche Politikum erkennt: «Wer immer und überall sofort nach den Spuren göttlichen Wirkens fragt und göttliche Pläne entdecken will, wer alle innerweltlichen Faktoren überspringt und unvermittelt auf Gott rekurriert, macht Mensch und Welt letztlich zur Marionette in der Hand einer Höheren.» (S. 130).

238 Missalia, «Gott mit uns», S. 110ff., Zitat S. 111.

239 Zahn, *Katholiken*. S. 32.

240 Missalia, «Gott mit uns», S. 115. Weitere drastische Beispiele hierfür in Faulhaber, *Waffen des Lichtes*.

241 Faulhaber, *Schwert*, S. Vif.

Wie die katholischen Pfarrer, so bejahten auch die Vertreter des politischen Katholizismus, vorweg die Reichstagsabgeordneten der Zentrumsparlei, den Krieg. Sie wollten sich an nationaler Gesinnung von niemandem übertreffen lassen²⁴². Kirchlicher Katholizismus wie Zentrumsparlei unterstützten in den ersten Jahren des Krieges eine hegemoniale Kriegszielpolitik²⁴³. Erst Mitte 1917 gelang es dem Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger, der bis dahin selbst ein extremer Annexionist gewesen war, seine Partei auf das Konzept eines Verständigungsfriedens und gleichzeitig auf eine Zusammenarbeit mit den Liberalen und den Sozialisten festzulegen. Es war die Vorwegnahme der späteren «Weimarer Koalition» aus SPD, Zentrum und DDP, die zur eigentlichen Stütze der ersten deutschen Republik werden sollte.

Die praktische Aussenpolitik der Parteien des politischen Katholizismus, nämlich des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei (BVP)²⁴⁴, orientierte sich in der Zeit der Weimarer Republik eindeutig am Ziel der Friedensbewahrung. In einer Vielzahl programmatischer Äusserungen sprachen sich die Vertreter des politischen Katholizismus in Deutschland für Völkerversöhnung und für friedliche Zusammenarbeit aus. Eine ausdrückliche Befürwortung des Völkerbundes enthielten schon die «Leitsätze für die Politik der Deutschen Zentrumsparlei» vom Dezember 1918, und dies blieb auch in der Folgezeit die Leitlinie der aussenpolitischen Programmatik²⁴⁵. Im Jahre 1919 billigte das Zentrum unter der Führung von Matthias Erzberger den Versailler Vertrag und unterstützte fortan die sogenannte Erfüllungspolitik²⁴⁶, mit der vor der Welt der Beweis geführt werden sollte, dass Deutschland ehrlich entschlossen sei, seine Verpflichtungen zu erfüllen und Reparationen zu leisten. Auf lange Sicht hielten die Zentrumspolitiker auch eine Revision des Vertrages für möglich, und zwar auf dem Wege über eine Verbesserung der Beziehungen zu den Westmächten. Die Aussenpolitik Stresemanns²⁴⁷ bejahte das Zentrum rückhaltlos. Es billigte sowohl den Vertrag von Locarno als auch den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund. Zugleich legte es grössten Wert darauf, ein nationales Image zu pflegen.

Am 21. Januar 1927 verabschiedete die Reichstagsfraktion des Zentrums ein «nationalpolitisches Manifest»²⁴⁸. In ihm wurden die Völkerbunds- und Verständigungspolitik sowie das «Bekenntnis zu einer friedlichen Entwicklung» noch einmal bekräftigt. Weiterhin bezeichnete das Manifest die Reichswehr als eine «Staatsnotwendigkeit»: «Es gibt keine politische Hoheit des Staates ohne Macht. Daraus erwächst dem deutschen Volksheer seine innere Begründung und seine Aufgabe.» Weil sie staatliche und militä-

242 Lutz, *Demokratie im Zwielficht*, S. 21. Ebenso Missalia, «Gott mit uns», S. 33.

243 Erdmann, *Zeit der Weltkriege*, S. 90.

244 Vgl. Morsey, *Zentrumsparlei*; und Schwend, *Bayerische Volkspartei*.

245 Vgl. *Bürgerliche Parteien*, Bd. 2, S. 908f.

246 Reichskanzler Wirth (Zentrum) leitete 1921/22 die «Erfüllungspolitik» ein. Vgl. Rosenberg, *Weimarer Republik*, S. 107 f.

247 Vgl. Kapitel 1/6.

248 Text des Nationalpolitischen Manifestes in: *Deutsche Parteiprogramme*, S. 494ff.; vgl. auch Joos, *Ideenwelt des Zentrums*, S. 60.

rische Macht in dieser Weise verknüpft sah, bewilligte die Zentrumsparlei in den zwanziger Jahren auch stets den Militäretat. In der öffentlichen Kontroverse von 1928/29 über den Bau eines Panzerschiffes trat sie wiederum für die Mittelbewilligung ein²⁴⁹. Das Problem einer konkreten sicherheitspolitischen Begründung dieser Position beschäftigte die Zentrumsparlei nicht sonderlich. Sie empfanden ihren gemässigten militärpolitischen Kurs angesichts der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages als etwas ganz Selbstverständliches. Schliesslich war die Befürwortung militärischer Macht «zur Verteidigung gegen ungerechte Angriffe» ein im politischen Katholizismus unbestrittener Grundsatz²⁵⁰, wobei die Lehre von gerechten und ungerechten Kriegen den ideologischen Hintergrund bildete.

Gegen Ende der zwanziger Jahre gewann der rechte Zentrumsflügel, der eine Zusammenarbeit mit der sehr weit rechts stehenden DNVP befürwortete, immer mehr an Gewicht. Auf dem Kölner Parteitag 1928 siegte bei den Neuwahlen zum Parteivorsitz der Trierer Kirchenrechtler und Exponent des rechten Flügels, Prälat Ludwig Kaas, über den christlichen Gewerkschafter Adam Stegerwald und den Repräsentanten der katholischen Arbeiterbewegung, Josef Joos²⁵¹. Kaas wurde zwar in erster Linie gewählt, weil man ihm als Geistlichen eine Überwindung der innerparteilichen Spannungen zutraute²⁵² und weil sich das Zentrum als eine «im Religiösen verankerte Weltanschauungspartei»²⁵³ bestätigt sehen wollte. Aber die Wahl von Kaas war mehr als ein Ausdruck des verstärkten «Rückgriffs auf das religiöse Erbgut»²⁵⁴ und damit einer engeren Anlehnung an die katholische Kirche; sie war zugleich ein Indiz für den Rechtsruck der Partei, in der nun der konservative und ständisch-autoritär denkende Mittelstand den Sieg über den linken Arbeitnehmerflügel davongetragen hatte und in der sich antiparlamentarische Tendenzen fortan durchsetzten²⁵⁵. Der neue Zentrumsvorsitzende, der zugleich aussenpolitischer Sprecher seiner Partei war, unterstützte zwar auch weiterhin die Stresemannsche Verständigungspolitik mit den Westmächten und wandte sich gegen einen «frontalen und aggressiven Kampf» gegen die Willkürbestimmungen des Versailler Vertrages²⁵⁶. Als Ziel der deutschen Aussenpolitik stand für ihn gleichwohl fest, mit friedlichen Mitteln «den Aufstieg des Volkes zur Freiheit und Weltgeltung zu ermöglichen»²⁵⁷. In der Reichstagsdebatte vom 19. November 1928 verlagerte Kaas die Gewichte noch deutlicher, indem er sich für eine «Änderung der aussen-

249 Vgl. Wacker, Panzerschiff «A», S. 65, 143 f.

250 Schulte, Zentrum, S. 48 f.

251 Morsey, Politischer Katholizismus, S. 18f.

252 Morsey, Zentrumsparlei, S. 285 ff.; sowie Bürgerliche Parteien, Bd. 2, S. 925.

253 Becker, Zentrumsparlei, S. 357. Daher rührte auch die vorherrschende Stellung, die der katholische Klerus in der Führung der Zentrumsparlei innehatte. Siehe Böckenförde, Katholizismus, S. 319.

254 Morsey, Zentrumsparlei, S. 289.

255 Plum, Gesellschaftsstruktur, S. 205.

256 Vgl. Rede von Kaas am 17. Oktober 1929 in Dortmund, in: Schulthess 1929, S. 191 f.

257 Kaas, Aussenpolitik (1928), S. 16; sowie ders., Völkerbund (1929), S. 122f.

politischen Dynamik» einsetzte, worunter er vor allem eine offensivere Revisionspolitik gegenüber Polen verstand²⁵⁸.

Mit Heinrich Brüning stellte das Zentrum in den Jahren 1930-1932 den Reichskanzler einer parlamentsunabhängigen Notverordnungsregierung. Schon die Tatsache, dass Brüning seine Regierung als ein «Kabinett der Frontsoldaten» vorstellte, machte klar, dass er nicht der Mann war, der dem wachsenden militärischen Einfluss im Staat Einhalt gebieten und sich der zunehmenden Militarisierung der öffentlichen Meinung entgegenstellen werde. Bekanntlich stellte die ehemalige Oberste Heeresleitung der Jahre 1918/19 seit 1925 mit Hindenburg den Reichspräsidenten und seit 1928 mit General Groener den Reichswehrminister, und die Reichswehr hatte seit 1929 ihr innenpolitisches Gewicht zunehmend steigern können²⁵⁹. Brüning fiel es offensichtlich nicht sonderlich schwer, sich in die Konstellation Hindenburg/Groener einzufügen. Seine Formulierung, er habe dem Reichspräsidenten die Kabinettsbildung «melden» können²⁶⁰, beleuchtet seinen Stil. Bezeichnend war es auch, dass Brüning bei der ersten Kontaktaufnahme mit Hitler am 6. Oktober 1930 an diesen «als alten Frontsoldaten» appellierte, er möge die von ihm, Brüning, angestrebte monarchische Restauration²⁶¹ sowie seine Revisionspolitik tolerieren²⁶². Als Hitler entgegnete, sein Ziel sei es, im Innern die sozialistische Linke und die Reaktion und nach aussen den Erbfeind Frankreich und Russland als den Hort des Bolschewismus zu vernichten, widersprach Brüning und versuchte seinen Gesprächspartner nach eigener Aussage davon zu überzeugen, «dass ein frontaler Angriff ohne vorherige ausreichende Rüstung im Innern zu einem völligen Misserfolg und einem chaotischen Zustand in Deutschland führen würde». Weiterhin setzte sich Brüning für Koalitionen von Zentrum und NSDAP in den Länderparlamenten ein²⁶³. Diese Politik wurde später von Kaas fortgesetzt, der im November 1932 eine Regierung der «nationalen Konzentration» unter Einschluss der NSDAP erstrebte und dies auch Hindenburg vorschlug²⁶⁴. In seiner Reichstagsrede vom 16. Oktober 1930 verlangte Brüning erstmals offen die Gleichberechtigung Deutschlands auf militärischem Gebiet, was seiner aussenpolitischen Leitlinie einer beschleunigten Revision des Versailler Vertrages entsprach. Zur Gleichberechtigung gehörte auch die militärische Gleichheit (Rüstungsgleichheit), was die deutsche Diplomatie allerdings mit dem Wort Abrüstung zu verkleiden verstand²⁶⁵. Für das veränderte politische Klima der Ära Brüning war es bezeichnend, dass der Reichskanzler in der Reichstagsdebatte am 24./25. Februar 1932, in

258 Bürgerliche Parteien, Bd. 2, S. 926.

259 Vgl. Rosenberg, Weimarer Republik, S. 185ff.; Geyer, Landesverteidigung, S. 1f.; zu Groener s. Beitrag Deist, S. 450,452 ff.

260 Brüning, Memoiren, S. 168; zu Brünings Antipazifismus vgl. auch Kapitel 1/10.

261 Sie wurde ebenfalls von der BVP befürwortet. Siehe Schwend, Bayerische Volkspartei, S. 481 ff.

262 Brüning, Memoiren, S. 192-195.

263 Ebd., S. 196.

264 Morsey, Politischer Katholizismus, S. 70ff.; zur Koalitionspolitik der Zentrumspartei vgl. auch Junker, Zentrumspartei, S. 72 ff.

265 Bloch, Hitler, S. 15; Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 12ff., 22.

der Sprecher der Parteien darüber wetteiferten, wer im Krieg 1914 bis 1918 am patriotischsten gewesen sei, beteuerte, er sei am 9. November 1918 bei einer zur Niederwerfung der Revolution bestimmten Truppe gewesen²⁶⁶.

Dabei hatte sich der politische Katholizismus seinerzeit sehr viel schneller als etwa der Protestantismus mit der durch die Revolution erkämpften Republik angefreundet, hatte rasch ein positives Verhältnis zum neuen Staat gefunden und war dann in die Rolle einer staatstragenden Mittelpartei hineingewachsen. Während der gesamten Zeit der Weimarer Republik fiel der Zentrumsparterie eine parlamentarische Schlüssel- und Scharnierstellung zu²⁶⁷. Ihr Verhältnis zur Republik blieb gleichwohl pragmatischer Natur. Das heisst, sie stützte diesen Staat, ohne sich als Partei grundsätzlich auf die republikanische Staatsidee festzulegen²⁶⁸. Der dem linken Zentrumsflügel angehörende Abgeordnete Joos machte den Standpunkt seiner Partei 1928 in einer Schrift über die politische Ideenwelt des Zentrums dadurch deutlich, dass er die Auffassung des früheren Fraktionsvorsitzenden Gröber bekräftigte, dass nach der Überzeugung der Katholiken «alle Obrigkeit von Gott [sei], die republikanische so gut wie die monarchische», und dass die Gehorsamspflicht derer, die der Obrigkeit unterstehen, ganz gleich sei, ob es sich bei der Obrigkeit um eine monarchische oder eine republikanische handle²⁶⁹. Joos' Äusserung war in der Sache ein klares Plädoyer für die Republik und richtete sich gegen die Monarchisten, die es auch im Zentrum noch gab. Aber in einer anders gearteten Situation liess sich diese Argumentation mit demselben Recht ins Spiel bringen. In der Tat erwies sich die Zentrumsparterie, die zwischen 1928 und 1933 ihren Stimmenanteil von 11 bis 12 Prozent halten konnte²⁷⁰, in der Endphase der Weimarer Republik dann keineswegs als ein zuverlässiger Faktor der Demokratie. Gerade in der Regierungszeit Brünnings hat das Zentrum das Ansehen des Parlamentarismus in der katholischen Bevölkerung systematisch desavouiert und mit Diktaturexperimenten geliebäugelt²⁷¹, was zugleich in einer immer deutlicher werdenden Distanzierung von der SPD zum Ausdruck kam. Im Lager des politischen Katholizismus wurde die parlamentarische Demokratie lediglich als ein historisches Phänomen begriffen, dessen Kommen und Gehen um der Substanz des Staates willen hingenommen werden müsse²⁷².

Nach dem, was man in der katholischen Kirche und in den katholischen Weltanschauungsparteien über gottgewollte und rechtmässige Obrigkeit dachte, war die Stellung von Zentrum und Bayerischer Volkspartei zur 1933 legal gebildeten Regierung Hitler weit-

266 Verhandlungen des Reichstages, Bd. 446, S. 2230 f.

267 Morsey, Politischer Katholizismus, S. 16.

268 Erdmann, Zeit der Weltkriege, S. 214.

269 Joos, Ideenwelt des Zentrums, S. 27.

270 Zur Entwicklung der Stimmen- und Mandatsanteile der Deutschen Zentrumsparterie vgl. Morsey, Politischer Katholizismus, S. 15.

271 Belege bei Morsey, Zentrumsparterie, S. 291 ff.

272 Plum, Gesellschaftsstruktur, S. 205.

gehend vorbestimmt. Man war in diesen Parteien mehrheitlich bereit, die neue Regierung als «Obrigkeit» anzuerkennen. Die Fuldaer Bischofskonferenz gab am 28. März 1933 dazu den offiziellen Segen, indem sie die ablehnende Haltung, die sie bisher der NSDAP gegenüber eingenommen hatte, revidierte und zur «Treue gegenüber der rechtmässigen Obrigkeit und zur gewissenhaften Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten unter grundsätzlicher Ablehnung allen rechtswidrigen oder umstürzlerischen Verhaltens» mahnte²⁷³. Das Konkordat zwischen dem Vatikan und der Regierung Hitler sowie die wahrscheinlich mit ihm verknüpfte Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz²⁷⁴ erstickten jeden latent vorhandenen Widerstand gegen das NS-Regime im Keim²⁷⁵. Das Konkordat hat das Prestige des NS-Regimes im Innern und nach aussen gestärkt.

Insgesamt kann als erwiesen gelten, dass die katholische Kirche in Deutschland zunächst, 1933, unter allen Umständen zu einem *modus vivendi* mit dem NS-Regime zu gelangen versuchte, und dass sie dann, sofern ihre wesentlichsten Eigeninteressen respektiert wurden, mit dem Regime zusammengearbeitet und es unterstützt hat²⁷⁶. Sie hat diejenigen Katholiken, die keine Nationalsozialisten waren, anfangs politisch gelähmt und später in den nationalsozialistischen Staat integriert. Die NS-Regierung ihrerseits, besonders Hitler selbst, betrachtete das Verhältnis zur Kirche als eine pragmatisch zu entscheidende Machtfrage, nicht etwa als eine Frage der Vereinbarkeit von Religion und NS-Ideologie. Für Hitler war alleine wichtig: «Wieweit würde sie [die Kirche] sich für seine Rassen- und seine Eroberungspolitik in Dienst nehmen lassen²⁷⁷?»

Wie die traditionelle Ordnungsvorstellung der Kirche die Haltung des politischen Katholizismus zu der im Januar 1933 gebildeten Regierung Hitler bestimmte, so beeinflusste die Lehre von gerechten und ungerechten Kriegen die Einstellung des katholischen Klerus zur Kriegspolitik des Regimes. In diesem Zusammenhang muss zudem erwähnt werden, dass die römisch-katholische Kirche seit jeher dezidiert pazifistischen Positionen skeptisch bis ablehnend gegenüberstand. Auch die katholische Friedensbewegung der Weimarer Zeit – mit Organisationen wie dem «Friedensbund Deutscher Katholiken», der politischen Splittergruppe «Christlich-Soziale Reichspartei» und Publikationsorganen wie der «Rhein-Mainischen Volkszeitung» und der «Katholischen Friedenswarte» – hatte kaum einen Einfluss auf die Amtskirche und schon gar keine praktischen

273 Text bei Lewy, *Katholische Kirche*, S. 54; siehe auch Morsey, *Politischer Katholizismus*, S. 153 ff.

274 So neuerdings Scholder, *Kirchen*.

275 Lewy, *Katholische Kirche*, S. 109.

276 Böckenförde, *Katholizismus*, S. 321 f., 355; Junker, *Zentrumspartei*, S. 156ff.; Plum, *Gesellschaftsstruktur*, S. 203f., 208f.; Morsey, *Zentrumspartei*, S. 353ff., 369 f., 388, 412, auch Dok. 23, S. 448. Noch schärfer A. Grosser in seinem Nachwort zu Friedländer, *Pius XII.*, S. 167. Zur Einschätzung des kirchlichen Widerstandes vgl. Kapitel III/3. Zum Verhältnis von Katholizismus und Nationalsozialismus allgemein: *Katholische Kirche im Dritten Reich*.

277 Erdmann, *Zeit der Weltkriege*, S. 435.

Erfolge, da sie nicht auf die Unterstützung des deutschen Episkopats rechnen konnte. Für das Verhältnis von Amtskirche und katholischem Friedensbund war es bezeichnend, dass die Bischöfe während der gesamten zwanziger Jahre die Reichstagungen des Friedensbundes ignorierten, obwohl dieser Bund durchaus keinen radikalen Pazifismus vertrat und sogar die Lehre vom gerechten Krieg unterstützte²⁷⁸. Im Konkordat wurde der «Friedensbund Deutscher Katholiken» nicht nur nicht geschützt, sondern nicht einmal mehr erwähnt²⁷⁹. Der Fuldaer Bischofskonferenz und dem Vatikan war es wichtiger, in einem geheimen Zusatz zum Konkordat²⁸⁰ die Festlegung zu erreichen, dass Priesterkandidaten für den Fall, dass Deutschland die Allgemeine Wehrpflicht einführen sollte – was bekanntlich einen Bruch des Versailler Vertrages voraussetzte –, von der Wehrpflicht ausgenommen sowie dass den Geistlichen im Kriegsfall bestimmte Privilegien (wie Verwendung als Militärseelsorger oder beim Sanitätsdienst) zugestanden werden sollten.

Das Arrangement der katholischen Kirche mit dem NS-Staat hat insgesamt wesentlich dazu beigetragen, «der Sache Deutschlands im Zweiten Weltkrieg... allgemeine Unterstützung zu sichern»²⁸¹. Wenn die Katholiken Deutschlands «mit ganz wenigen Ausnahmen den Krieg Hitlers bis zum bitteren Ende wie selbstverständlich mitmachten»²⁸², so taten sie dies nicht nur aus eigener Überzeugung oder aus Angst vor den Folgen normwidrigen Verhaltens, sondern auch, weil sie von den Mitgliedern der katholischen Hierarchie, insbesondere den Bischöfen, formell dazu aufgefordert wurden und weil sich die katholische Presse und die katholischen Organisationen erneut, wie schon im Ersten Weltkrieg, durch Beispiel und offene Ermutigung für die vermeintliche Sache der Nation einsetzten und die Gläubigen anspornten, «auf dem Feld der Ehre» in «Verteidigung von Volk und Vaterland» ihren Mann zu stehen²⁸³.

Eine besondere Verantwortung hierfür trug der katholische Feldbischof Rarkowski, der die unmittelbare geistliche Amtsautorität für die katholischen Soldaten in Deutschlands Armeen innehatte²⁸⁴. Er feuerte die deutschen Soldaten am Tage des Angriffs gegen Polen mit folgenden Worten an:

«In ernster Stunde, da unser deutsches Volk die Feuerprobe der Bewährung zu bestehen hat und zum Kampfe um seine natürlichen und gottgewollten Lebensrechte angetreten ist, wende ich mich... an euch Soldaten, die ihr in diesem Kampf in der vordersten Linie steht und die grosse und ehrenvolle Aufgabe habt, die Sicherheit und das Leben der deutschen Nation mit dem Schwert zu schützen und zu verteidigen»

278 Riesenberger, Katholische Friedensbewegung, S. 10, 53ff., 58. Die Träger der katholischen Friedensbewegung werden in Kapitel II geschildert. Über die Erfolglosigkeit vgl. das Vorwort von Walter Dirks zu Riesenberger.

279 Lewy, Katholische Kirche, S. 102.

280 Ebd., S. 103 f.; vgl. auch Beitrag Deist, S. 482 f., Anm. 26.

281 Zahn. Katholiken. S. 107f.. 114.

282 Ebd...S. 4.

283 Ebd..S. 88f. und 91 ff.

284 Vgl. ebd., S. 194-226; vgl. auch Lewy, Katholische Kirche, S. 260-266.

gen... Jeder von euch weiss, worum es in diesen Sturm tagen unseres Volkes geht, und jeder sieht bei diesem Einsatz vor sich das leuchtende Vorbild eines wahrhaften Kämpfers, unseres Führers und Obersten Befehlshabers, des ersten und tapfersten Soldaten des Grossdeutschen Reiches, der sich nunmehr bei euch an der Kampffront befindet²⁸⁵.»

Hitlers Krieg wurde religiös legitimiert, und zwar nicht nur von dem Extremisten Rarkowski, sondern vom überwiegenden Teil des deutschen Klerus auf allen Stufen der Hierarchie²⁸⁶. Ja selbst bis weit in die oppositionellen Gruppen hinein mahnte man nun zum «Gehorsam gegen den Führer» und tat «Fürbitte für Führer und Reich»²⁸⁷. Mitte September 1939 brachten die Bischöfe einen gemeinsamen Hirtenbrief²⁸⁸ heraus, in dem die katholischen Soldaten aufgefordert wurden, ihre Pflicht zu tun:

«In dieser entscheidungsvollen Stunde ermuntern und ermahnen wir unsere katholischen Soldaten, in Gehorsam gegen den Führer, opferwillig unter Hingabe ihrer ganzen Persönlichkeit ihre Pflicht zu tun. Das gläubige Volk rufen wir auf zu heissem Gebet, dass Gottes Vorsehung den ausgebrochenen Krieg zu einem für Vaterland und Volk segensreichen Erfolg und Frieden führen möge.»

Als im Jahre 1941 der Krieg gegen die Sowjetunion begann, wetteiferten die Kirchenführer beider Konfessionen in Aufrufen zum Kampf gegen den Bolschewismus, nachdem sie schon bald nach 1933 die von Hitler vorgespiegelte Alternative zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus kritiklos übernommen hatten²⁸⁹.

Die Geschichte der politischen Stellungnahmen der katholischen Kirche zum Thema «Krieg und Frieden» ist eine Geschichte der Anpassung. Dies lässt sich beispielhaft an den wechselnden Positionen Faulhabers belegen. Als Bischof von Speyer stellte er während des Ersten Weltkrieges die Predigt in den Dienst militärischer und vaterländischer Aufgaben²⁹⁰. In der Weimarer Zeit hielt er einige Reden, die in einem ausgesprochen pazifistischen Ton gehalten waren²⁹¹. Noch zur Eröffnung der Genfer Abrüstungskonferenz im Februar 1932 betonte Faulhaber in einer Predigt über «Neue Kriegsethik und Friedensrüstung» die Notwendigkeit der Abrüstung und der aktiven Arbeit für den Frieden und betonte, die Vorbedingungen für einen erlaubten Krieg seien heute viel seltener gegeben als früher²⁹². Obwohl Faulhaber dann in der Anfangszeit der nationalsozialisti-

285 Das Dokument ist abgedruckt bei Friedländer, Pius XII., S. 38f.

286 Friedländer, Pius XII., S. 37. So auch Lewy, Katholische Kirche, S. 169.

287 Scholder, Kirchen im Dritten Reich, S. 30.

288 Abgedruckt bei Lewy, Katholische Kirche, S. 249.

289 Beispiele dafür ebd., S. 227-234, 253-256 u. ö.; siehe auch Scholder, Kirchen im Dritten Reich, S. 15, sowie Lemhöfer, Bolschewismus, S. 131-139.

290 Siehe Anm. 241.

291 Faulhaber, Rufende Stimmen (1931), S. 444-454.

292 Zahn, Katholiken, S. 143; Riesenberger, Katholische Friedensbewegung, S. 58.

schen Herrschaft als einziger katholischer Kirchenführer in Deutschland einen grundsätzlichen Widerspruch zwischen christlichem Glauben und nationalsozialistischer Weltanschauung – gemeint waren die Rassenlehre und der Antisemitismus – öffentlich konstatiert hatte²⁹³, beteiligte er sich im Jahre 1939 an dem offiziellen Rufe zu den Waffen, der von der vereinigten bayerischen Kirchenhierarchie ausging. Die in Kardinal Faulhabers Einflussbereich erscheinenden katholischen Zeitungen taten sich in der bedingungslosen Unterstützung des Krieges besonders hervor²⁹⁴.

6. Der politische Liberalismus im Sog des Nationalismus: Deutsche Volkspartei und Deutsche Demokratische Partei

Die Liberalen der Weimarer Zeit wurden politisch durch zwei Parteien repräsentiert, die rechtsliberale Deutsche Volkspartei (DVP), Nachfolgerin der Nationalliberalen, und die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP). Die DVP gab in ihrer öffentlichen Selbstdarstellung vor, eine Partei der politischen Mitte zu sein und die Interessen des gewerblichen Mittelstandes zu vertreten. In Wirklichkeit blieben in der DVP lange Zeit antirepublikanische Rechtstendenzen vorherrschend. So rang sich die Partei beispielsweise erst im achten Jahr der Republik, 1927, dazu durch, aktiv an einer Feierstunde des Reichstages zum Jahrestag der Annahme der Weimarer Verfassung teilzunehmen²⁹⁵. Gustav Stresemann, der die DVP 1919 gegründet hatte, spielte in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre mehrfach mit dem Gedanken, anstelle der DVP eine neue, aufrichtig republikanische Partei der bürgerlichen Mitte zu gründen, eventuell zusammen mit den Linksliberalen²⁹⁶. Anlass zu diesen dann doch nicht verwirklichten Überlegungen waren neben anderem der in der DVP vorherrschende antisozialistische Rechtskurs, den Stresemann nicht gebrauchen konnte, da er zur Verwirklichung seiner Aussenpolitik die Unterstützung der SPD benötigte. Die Behauptung der DVP, sie vertrete die Interessen des gewerblichen Mittelstandes, also der Handwerker und der kleinen Fabrikbesitzer, traf in Wirklichkeit ebenfalls nur teilweise zu. In der praktischen Innen- und Wirtschaftspolitik der DVP, die zwischen 1922 und 1932 in allen Reichsregierungen vertreten war, dominierte häufig der schwerindustrielle Flügel, gestützt auf die beiden größten Industrieverbände, den «Reichsverband der deutschen Industrie» und die «Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände». Der langjährige DVP-Vorsitzende Stresemann stellte im Jahre 1929 selbst fest, dass seine Partei «mehr und mehr zu einer reinen Industriepartei» werde²⁹⁷. Da die DVP unter dem allgemeinen Stimmrecht keinen einzi-

293 Scholder. Kirchen, Bd. 1, S. 660 f.

294 Zahn. Katholiken. S. 145ff.. 154.

295 Turner. Stresemann. S. 232 f.

296 Rosenberg, Weimarer Republik, S. 189.

297 Brief Stresemanns vom 13. März 1929, zit. nach Turner, Stresemann, S. 239.

gen Abgeordneten ins Parlament gebracht hätte, wenn sie offen als Interessenvertretung des grossen Kapitals aufgetreten wäre, musste sie sich nach aussen hin anders geben, um ihre vornehmlich aus den städtischen Mittelschichten, dem Besitzbürgertum und der höheren Beamtenschaft kommenden Wähler²⁹⁸ bei der Stange zu halten.

Als Reichskanzler (August bis November 1923) und als Aussenminister in mehreren Kabinetten gestaltete Stresemann von 1923 bis zu seinem Tode am 3. Oktober 1929 massgeblich die Aussenpolitik des Deutschen Reiches. Nach dem Urteil eines ihm durchaus nicht unkritisch gegenüberstehenden Zeitgenossen, dem Urteil Carl v. Ossietzkys, hatte er «eine in Deutschland einzigartige politische Begabung», die ihn zu einem der bedeutendsten Politiker der Weimarer Republik werden liess. «Sein Ziel war, die Rechte für die Politik der Vernunft zu gewinnen, und grade da erfuhr er seine heftigste Ablehnung. Die Nationalisten wollte er überzeugen, und grade die haben ihn verstossen»²⁹⁹. Wie sah diese Politik aus, die der Pazifist Ossietzky eine «Politik der Vernunft» nannte?

Während des Weltkrieges 1914-1918 war Stresemann als lautstarker Annexionist und Verfechter eines «Siegfriedens» aufgetreten und hatte sich in seinen politischen Stellungnahmen kaum von den Alldeutschen unterschieden³⁰⁰. Im Gegensatz zu vielen lernunfähigen Nationalisten begann Stresemann dann Anfang der zwanziger Jahre zu begreifen, dass eine Machtpolitik nach dem Muster der Vergangenheit für das in seinem militärischen Potential beschnittene Deutsche Reich einfach nicht in Frage kommen konnte, ob man dies nun bedauerte oder nicht. Er lehnte daher den Gedanken eines Revanchekrieges als unrealistisch ab und wurde zum Verfechter jener Politik, die sich zum Ziel setzte, die als ungerecht empfundenen Bestimmungen des Versailler Vertrages auf friedlichem, gewaltfreiem Wege zu revidieren. Jeder Versuch, die Lage Deutschlands zu verbessern – so begründete Stresemann 1925 diesen Weg-, musste seine Basis suchen «einmal auf den machtpolitischen Veränderungen, wie sie durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges geworden sind, dann aber in Ideen des Völkerbundes, deren Ziel jede Verhinderung eines Angriffskrieges durch Ächtung des Angreifers und durch obligatorische Schiedsverfahren ist»³⁰¹. Wie Stresemann sich innenpolitisch mit der Republik abfand und «Vernunftrepublikaner» wurde, so akzeptierte er aussenpolitisch die durch den verlorenen Weltkrieg geschaffenen Realitäten als diejenige Grundlage, von der aus die deutsche Aussenpolitik operieren musste.

298 Zur inneren Struktur und zum Wählerpotential der DVP vgl. Booms, Deutsche Volkspartei, S. 525; Döhn, Politik und Interesse. Weiterhin den Artikel: Deutsche Volkspartei (DVP) 1918-1933, in: Bürgerliche Parteien, Bd. 1, S. 645-666.

299 Ossietzky, Abschied von Stresemann, in: Weltbühne vom 8. Oktober 1929, S. 537-539. Wiederabdruck in: Stresemann, Schriften, S. 409,411.

300 Zur Beurteilung Stresemanns vgl. auch Beitrag Messerschmidt, S. 657 f., sowie Thimme, Stresemann.

301 Aus einem in der Magdeburgischen Zeitung vom 12. November 1925 von Stresemann anonym veröffentlichten Artikel. Wiederabgedruckt in: Stresemann, Schriften, S. 341 f.

Die wichtigsten Stationen dieser Politik waren der deutsch-französische Ausgleich mit dem Abschluss des Vertrages von Locarno im Jahre 1925, die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund 1926, die – da Deutschland einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat erhielt – so etwas wie eine formelle Anerkennung der Grossmachtstellung des Deutschen Reiches bedeutete, weiterhin die Teilregelungen der deutschen Reparationsverpflichtungen und schliesslich die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes von 1928, der mit der internationalen Ächtung von Angriffskriegen einen Höhepunkt der Bemühungen der Nachkriegszeit um die friedliche Konfliktregelung brachte³⁰².

Es war eine symbolische Anerkennung der europäischen Dimension der Stresemannschen Verständigungspolitik, dass er 1926 als erster Deutscher, zusammen mit dem französischen Aussenminister Aristide Briand und dem britischen Aussenminister Austen Chamberlain, mit dem Friedens-Nobelpreis³⁰³ geehrt wurde. In erster Linie erhielt er diese internationale Anerkennung für seine im Locarno-Vertrag gipfelnde Friedens- und Verständigungspolitik mit dem ehemaligen Weltkriegsgegner Frankreich. In der zumindest zeitweiligen Bereinigung des Verhältnisses zu Frankreich und in den Ansätzen zur Überwindung der deutsch-französischen «Erbfeindschaft» lag in der Tat das grosse Verdienst dieses Politikers. Es war für Stresemanns Stellung in seiner eigenen Partei wie auch für die deutsche Szene insgesamt charakteristisch, dass der Aussenminister sich wegen dieser Politik des Ausgleichs nach Westen mehrfach rechtfertigen musste, was er mit dem – in seiner politischen Bedeutung bis heute umstrittenen – Hinweis tat, dass die Grenzen im Osten noch offen seien³⁰⁴ und das deutsche Revisionsverlangen dort befriedigt werden könne.

Angesichts solcher Äusserungen stellt sich die Frage, ob Stresemann seine deutschen Zeitgenossen tatsächlich und eindeutig auf den Weg des Friedens und der Verständigung mit den anderen europäischen Staaten und Völkern gewiesen hat oder ob er, direkt oder vielleicht nur indirekt, auch einem machtpolitischen Denken Vorschub geleistet hat. Fest steht, dass Stresemann wie seine Partei eine umfassende Revision des Versailler «Systems» anstrebten und dass sie sich von dem Gedanken an eine Zurückgewinnung der vormaligen Machtstellung für den deutschen Nationalstaat leiten liessen³⁰⁵. Bereits der Gründungsauftritt der DVP³⁰⁶ vom 18. Dezember 1918 mit seinen Forderungen – Unversehrtheit des Reiches, Anschluss Österreichs und Recht auf kolonialisatorische Betätigung – machte klar, dass sich die Partei an der Rolle und am Machtanspruch des Reiches aus der Zeit vor 1914 orientierte. Nachdem der Versailler Vertrag dann unterzeichnet war, wurden seine Revision sowie die Rückkehr Deutschlands in den Kreis der Grossmächte zu den zentralen Zielen, die zu erreichen nach Auffassung der

302 Wehberg, Ächtung des Krieges.

303 Vgl. Harttung, Friedens-Nobelpreis.

304 Vgl. Bracher, Krise Europas, S. 86.

305 Erdmann, Zeit der Weltkriege, S. 259.

306 Siehe Bürgerliche Parteien, Bd. 1, S. 652.

DVP jede nationale deutsche Aussenpolitik bestrebt sein musste. Dem trug auch Stresemann Rechnung, als er in einem 1925 geschriebenen Zeitungsartikel über die Ziele und die Mittel seiner revisionistischen Aussenpolitik schrieb: «Das Ziel der deutschen Aussenpolitik muss... sein das Hinstreben auf die Revision der *Ostgrenze*, deren Unmöglichkeit heute von allen Seiten erkannt wird. Es muss weiter darin bestehen, Deutschlands Anspruch auf koloniale Betätigung durchzusetzen und wieder *Kolonialbesitz* zu erhalten. Es muss endlich Vorkämpfer sein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das in der Frage des *Anschlusses* Deutsch-Österreichs an Deutschland von den Alliierten mit einem Zynismus ohnegleichen behandelt und illusorisch gemacht worden ist... Ein Vorwärtsschreiten auf dem Gebiet dieser aussenpolitischen Ziele bedingt keine kriegerischen Mittel, die Deutschland fehlen. Es bedingt aber ein Zusammenwirken mit den Mächten, deren Entscheidung über diese Fragen heute massgebend für ihre Erreichung ist³⁰⁷.» Neben der Revision der deutschen Ostgrenzen auf Kosten polnischen Gebietes, dem Anschluss Österreichs, der Rückkehr des Saargebietes, des Memel-Landes, Eupen-Malmedys und möglichst auch des Sudetenlandes erstrebte Stresemann also auch die Wiedererlangung alter und die Hinzugewinnung neuer Kolonien³⁰⁸. Diese waren die Eckpfeiler seiner Revisions- und Machtpolitik.

Es ist gesagt worden, dass diese revisionistischen und kolonialpolitischen Ziele die eigentlichen Leitgedanken gewesen seien, vor deren Hintergrund die praktische Aussenpolitik Stresemanns erst ihren langfristigen Sinn bekäme, ja dass selbst seine Frankreichpolitik «vorrangig einen instrumentalen beziehungsweise funktionalen Charakter» gehabt habe³⁰⁹, denn: Frankreichs Zustimmung war unabdingbar, sollte die Politik einer Wiederergewinnung der deutschen Grossmachtstellung Aussicht auf Erfolg haben.

Stresemanns Eintreten für eine Politik der friedlichen Verständigung war wohl kaum eine prinzipielle Absage an eine Machtpolitik, die sich notfalls auch militärischer Mittel bedienen durfte. Stresemann bewunderte das Militär seit jeher und sah in der Reichswehr eine unantastbare Institution, die es vor der sozialdemokratischen Forderung nach parlamentarischer Kontrolle abzuschirmen galt. Es steht auch fest, dass ihm und den Regierungen, denen er angehörte, die wesentlichen Tatsachen über die geheime Aufrüstung in Deutschland bekannt waren³¹⁰, dass er diese Bestrebungen nicht unterband und dass er schliesslich keine Verpflichtung spürte, die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages buchstabengetreu zu erfüllen³¹¹. Vielmehr begünstigte er die gehei-

307 Dieser Artikel Stresemanns erschien am 14. September 1925 im «Hamburger Fremdenblatt». Abgedruckt in Stresemann, Vermächtnis, Bd. 2, S. 172.

308 Maxelon, Stresemann, S. 297 f.

309 Maxelon, Stresemann, S. 290. Stresemanns Englandpolitik folgte denselben Zielen.

Vgl. Weidenfeld, Englandpolitik, S. 290 ff.

310 Einschliesslich des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller.

Siehe hierzu Beitrag Deist, S. 447.

311 Turner, Stresemann, S. 318. Ausführlich Gatzke, Stresemann.

men Rüstungen und attackierte in ausfallender Weise namhafte Pazifisten wie Ludwig Quidde, Hermann Kantorowicz und Friedrich Wilhelm Foerster wegen ihrer Enthüllungen über die deutsche Wiederaufrüstung³¹². Allerdings war Deutschland, als Stresemann im Oktober 1929 starb, militärisch gesehen noch immer eine drittrangige Macht, und wenn jetzt, 1929/1930, die Stimmen lauter wurden, die auf militärische Gleichberechtigung und auf eine beschleunigte und umfassende Revision des Versailler Vertrages drängten, so kündigte sich darin nicht eine Fortsetzung der friedlichen Revisionspolitik Stresemanns an, sondern jene Spielart nationalistischer Machtpolitik, die friedliche Mittel als Schwäche verunglimpfte.

Stresemann war zeit seines Lebens ein national denkender, um eine Revision des in der deutschen Bevölkerung insgesamt als ungerecht empfundenen Versailler Vertrages bemühter Interessenpolitiker. Er trug insofern unbestreitbar dazu bei, dass «nationale Revisionsziele in weiten Teilen des deutschen Volkes gefährliche Illusionen lebendig erhielten»³¹³. Stresemann war auch in seinem Selbstverständnis ein Machtpolitiker, da ihm die Wiederherstellung der Weltmachtstellung des Deutschen Reiches vorrangiges Ziel der Politik blieb. Was ihn jedoch zu historischer Größe führte, war, dass er bei seinen Zeitgenossen, zumal bei denen auf der rechten Seite des politischen Spektrums, dafür warb, die Revisionspolitik als Verständigungspolitik zu begreifen und sie nur mit friedlichen Mitteln zu betreiben. In einem Nachruf auf Stresemann gab Ossietzky die Prognose, dass es voraussichtlich bald nur noch die von den Nationalisten gehassten «Internationalen» sein würden, die die Stresemannsche Politik des friedlichen Ausgleichs aufnehmen und fortsetzen «und vielleicht einmal seinen guten Namen gegen seine eigenen politischen Freunde verteidigen werden»³¹⁴.

Nach dem Tode Stresemanns geriet seine Partei, die DVP, die zu ihrem Vorsitzenden ohnehin nie in einem loyalen Verhältnis gestanden hatte, vollends unter den Einfluss des rechten Parteiflügels und der mit ihm verbundenen Schwerindustrie. Seit Ende 1929 schwenkte die DVP ständig weiter nach rechts ab, und mit ihrer kompromisslosen Ablehnung einer Beitragserhöhung zur Sozialversicherung trug sie unter dem Stresemann-Nachfolger im Parteivorsitz, Ernst Scholz, massgeblich zum Sturz des Kabinetts Hermann Müller (SPD) bei, dem letzten in der Geschichte der Weimarer Republik, das eine parlamentarische Mehrheit hinter sich hatte. Eduard Dingeldey, der Ende 1930 den Vorsitz der DVP übernahm, gehörte zu denjenigen, die – aus welchen taktischen Motiven auch immer – die Nationalsozialisten in die Regierung nehmen wollten³¹⁵. Aber die Partei war zu diesem Zeitpunkt längst kein ernstzunehmender innenpolitischer Machtfaktor mehr. Bei den Reichstagswahlen von 1930 verlor sie ein Drittel ihrer Mandate und entsandte nur noch 30 Abgeordnete ins Parlament. Im Juli 1932 hatte sie nur noch

312 Bloch. Hitler. S. 13.

313 Maxelon. Stresemann. S. 298.

314 Ossietzky, Abschied von Stresemann, in: Stresemann, Schriften, S. 408-412, Zitat S. 412.

315 Booms, Deutsche Volkspartei, S. 528.

7 Sitze im Reichstag. Die Wähler der DVP waren zur DNVP und zur NSDAP abgewandert.

Die Linksliberalen der Weimarer Zeit sammelten sich in der *Deutschen Demokratischen Partei*, die aus dem Zusammenschluss der Fortschrittlichen Volkspartei mit dem linken Flügel der Nationalliberalen Partei hervorgegangen war. Anders als die DVP trat die DDP vom Tage ihrer Gründung an entschieden für die Republik ein und bildete zusammen mit der Zentrums- und der SPD die «Weimarer Koalition». Ihre Wähler holte die DDP vorwiegend aus Kreisen der Intelligenz, der Angestellten und Beamten sowie aus dem gewerblichen Mittelstand³¹⁶. Von der Wählerstruktur her war sie also, ähnlich der DVP, eine typische Mittelstandspartei.

Auf dem Gebiete der Aussenpolitik traten die Linksliberalen bereits in den Jahren 1918/19 durch einen zum Teil überschwenglichen Pazifismus hervor³¹⁷, der dann in einer abgeschwächten Form über die gesamten zwanziger Jahre hinweg die aussenpolitische Maxime der DDP bleiben sollte. Das bedeutete konkret: Eintreten für eine Verständigungspolitik, für den Völkerbund und für den Völkerrechtsgedanken. Krieg als Mittel der Politik lehnte die DDP ab, wobei die Parteimehrheit allerdings die Einschränkung machte, dass ein Verteidigungskrieg erlaubt sei. Dies war auch die Position der über Deutschlands Grenzen hinaus bekannten Pazifisten Ludwig Quidde, des Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft und späteren Friedens-Nobelpreisträgers, und Walther Schücking³¹⁸, des bekannten Völkerrechtlers, die beide der DDP angehörten. In einer offiziellen Werbebroschüre aus dem Jahre 1928 mit dem Titel «Stellung der D.D.P. zum Pazifismus»³¹⁹ distanzierte sich der demokratische Parteivorstand von jener in der eigenen Partei vorhandenen radikalpazifistischen Richtung, die auch den Verteidigungskrieg ablehnte, und bekannte sich zu einem «organisatorischen Pazifismus», worunter der Ausbau des Völkerbundes und der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, die friedliche Zusammenarbeit der Völker sowie eine Politik der Rüstungsbeschränkung mit dem Ziel der Abrüstung verstanden wurde.

Dieser «organisatorische» oder gemässigte Pazifismus wurde jedoch durchaus nicht antimilitärisch interpretiert. Vielmehr bekannten sich seine Verfechter zugleich zum «Wehrgedanken», der in den politischen Auseinandersetzungen der Weimarer Zeit eine so grosse Rolle spielte. Insgesamt war die DDP an militärpolitischen Fragen allerdings weitgehend uninteressiert³²⁰, obwohl die Demokraten mit Otto Gessler für fast acht Jahre (März 1920 bis Januar 1928) den Reichswehrminister stellten. Gessler, monarchi-

316 Vgl. Bürgerliche Parteien, Bd. 1, S. 302 und 311.

317 Albertin, Liberalismus, S. 198 und 414.

318 Vgl. Acker, Schücking.

319 Pazifismus. Zur Pazifismusdebatte in der DDP vgl. auch Stephan, Linksliberalismus, S. 332 ff.

320 Schustereit, Wehfragen.

stisch und obrigkeitstaatlich eingestellt, ein Exponent des rechten DDP-Flügels und ein entschiedener Gegner der Radikalpazifisten in der eigenen Partei, verstand sich jedoch weniger als Parteipolitiker, sondern eher als ein über den Parteien stehender Staatsdiener, dem es hauptsächlich um die Vertretung der Reichswehr-Interessen ging. Die in militärpolitischen Fragen wenig einheitliche Haltung der DDP trat während des Reichstagswahlkampfes von 1928, in dem das Projekt eines Panzerschiffes eine grosse Rolle spielte, besonders deutlich zutage. Zunächst wandten sich die Demokraten gegen dieses Rüstungsprogramm, distanzierten sich nach der Regierungsbildung aber alsbald wieder von dieser Position, was dann zu einer heftigen Kontroverse mit dem radikalpazifistischen Flügel sowie mit der Deutschen Friedensgesellschaft führte, in der DDP-Mitglieder führende Funktionen innehatten³²¹. Die im Jahre darauf (1929) vom Parteivorstand der DDP verabschiedeten «Richtlinien der Deutschen Demokratischen Partei für die Wehrfragen»³²² sprachen sich erneut für eine Politik des friedlichen Zusammenlebens der Völker «unter Wahrung der nationalen Würde» aus, für Ausgleich und Verständigung und für einen Frieden durch Recht. Mit der Ablehnung des Angriffskrieges und der Bejahung der deutschen Wehrmacht als das Verteidigungsinstrument der Republik bestätigten sie die Linie ihres «organisatorischen Pazifismus». Insgesamt orientierten sich die DDP-Richtlinien stark am Wehrprogramm der SPD vom gleichen Jahr. Neben der Bejahung des Wehrgedankens glaubte die DDP mit ihrem gemässigten Pazifismus auch eine entschiedene Revisionspolitik verbinden zu können. 1919 hatte die DDP zu jenen Parteien gehört, die dem Versailler Vertrag ihre Zustimmung versagten. Und in ihrem Programm aus dem gleichen Jahre bezeichnete sie die Revision dieses Vertrages als das wichtigste Ziel deutscher Aussenpolitik. Weiterhin erklärten die Demokraten, Deutschland habe einen «Anspruch auf kolonialisatorische Betätigung» sowie auf Gleichberechtigung in Europa³²³. In der Folgezeit war es insbesondere Erich Koch-Weser, von 1924 bis 1930 Parteivorsitzender der DDP, der sich immer wieder zum Sprecher der Revisionsforderungen machte. Koch-Weser lehnte es strikt ab, den Versailler Vertrag als Grundlage für ein friedliches Zusammenleben der Völker anzuerkennen. Er forderte den Anschluss Deutsch-Österreichs, eine «Regelung der Ostgrenzen Deutschlands», die Befreiung des Rheinlandes und der Saar, die Rückkehr Eupen-Malmedys, Selbstbestimmung für Elsass-Lothringen und für die Sudetendeutschen sowie Korrekturen der deutsch-dänischen Grenze³²⁴. Ausdrücklich betonte Koch-Weser, dass Krieg als Mittel zur Lösung dieser territorialen Fragen ausscheiden und die Revision des Versailler Vertrages durch die Einschaltung des Völkerbundes erreicht werden müs-

321 Vgl. Bürgerliche Parteien, Bd. 1, S. 320; Wacker, Panzerschiff «A», S. 27ff., 91 ff.; Schustereit, Wehrfragen, Dokument Nr. 8, S. 160 ff.

322 Abgedruckt bei Schustereit, Wehrfragen, Dokument Nr. 11, S. 170.

323 Bürgerliche Parteien, Bd. 1, S. 306. Zur friedlichen Revisionspolitik der DDP

vgl. Stephan, Linksliberalismus, S. 116 f., 173,333 f.; Schustereit, Linksliberalismus, S. 68 ff.

324 Koch-Weser, Aussenpolitik (1929), S. 138-142.

se³²⁵. Dass das Ziel deutscher Aussenpolitik die Wiederaufrichtung und Gleichberechtigung Deutschlands sein müsse, war offenbar der kleinste gemeinsame Nenner, mit dem sich die auseinanderstrebenden Flügel der DDP einverstanden erklären konnten.

Die *Deutsche Staatspartei* (DStP), Nachfolgeorganisation der 1930 aufgelösten Deutschen Demokratischen Partei, schwenkte alsbald in ein nationalistisches Fahrwasser ab. Auf ihrem Gründungsparteitag am 9. November 1930 sprach der offizielle Redner zur Aussenpolitik von Kolonien, von Raum ohne Volk im Osten und von der Forderung nach «deutscher Rüstungsfreiheit»³²⁶. Militante Töne dieser Art veranlassten Ludwig Quidde zu der besorgten Äusserung, die Staatspartei werde wohl, anders als die DDP, einen nationalen Pazifismus nicht dulden, so dass hier kein Platz mehr für ihn sei³²⁷. Einen weiteren Schritt nach rechts bedeutete der Zusammenschluss der DStP mit den nationalistischen und antirepublikanischen Organisationen «Jungdeutscher Orden» und «Volksnationale Reichsvereinigung».

Trotz der eifertigen Anpassung an den nationalistischen Trend, die zum Austritt vieler dem linken DDP-Flügel angehöriger Parteimitglieder führte, vermochte es die Deutsche Staatspartei jedoch nicht, die mittelständischen Wähler zurückzugewinnen. Sie kam in den folgenden Jahren über 1 Prozent der Stimmen nicht mehr hinaus und sank auf den Status einer bedeutungslosen Splitterpartei herab. Der Linksliberalismus war tot. Er spielte in der Endphase der Weimarer Republik keine Rolle mehr. Sein früheres Wählerpotential wanderte nach rechts ab. Nur eine Minderheit, etwa der Exponent des Arbeitnehmerflügels der DDP, Anton Erkelenz, und der Historiker Ludwig Bergsträsser, trat in die SPD ein.

In den Reichstagswahlen vom September 1930 gingen die Gewinne der NSDAP zunächst noch stärker auf Kosten der Deutschnationalen als auf Kosten der beiden liberalen Parteien. In den folgenden Jahren waren diese dann jedoch die Hauptverlierer. Bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 mussten sie zusammen etwas über zwei Millionen Stimmen an die Nationalsozialisten abgeben. Da sowohl die sozialistischen Parteien SPD und KPD als auch die beiden katholischen Parteien Zentrum und Bayerische Volkspartei ihre Anhänger in den Krisenjahren kontinuierlich halten konnten, profitierte die NSDAP vor allem von den Verlusten der bürgerlichen Industrie- und Mittelstandsparteien³²⁸. DVP, DDP, Wirtschaftspartei und eine Reihe kleinerer Gruppen, also die traditionellen Mittelstandsparteien, hatten 1928 noch etwa 25 Prozent aller Stimmen erobert. Im November 1932 blieben ihnen alles in allem noch 5 Prozent.

325 Nach dem Urteil von Bloch, Hitler, S. 14, handelte es sich bei den Forderungen von Koch-Weser um ein «ausgesprochen imperialistisches... Programm».

326 Es handelte sich um den hannoverschen Professor Erich Obst; siehe Stephan, Linksliberalismus, S. 484; Bürgerliche Parteien, Bd. 1, S. 324f.

327 Stephan, Linksliberalismus, S. 481.

328 Genaue Interpretation der Wahlergebnisse von 1930 bis 1932 bei Winkler, Mittelstand, S. 175 f.; siehe auch Saage, Antisozialismus.

Schon zu Beginn der Weltwirtschaftskrise hatte es sich gezeigt, dass die deutschen Mittelschichten bereit waren, die Republik fallenzulassen und ihr den Rücken zu kehren, wenn sie ihren Interessen zu schaden schien. Nun musste dies nicht automatisch bedeuten, dass der Mittelstand, sosehr er auch den Aufstieg Hitlers und der NSDAP ermöglichen half, zugleich deren aggressives aussenpolitisches Programm in jeder Hinsicht unterstützte. Was den Mittelstand seit 1929/ 30 mobilisierte, war weniger die Aussenpolitik als vielmehr die wirtschaftliche Not und der drohende oder schon zur Tatsache gewordene soziale Abstieg. Hitler erschien den Mittelschichten als der Retter ihres gesellschaftlichen Status, und seine aggressiv-nationalistischen Formeln kamen ihrer eigenen Grundstimmung entgegen.

Jene enge Verquickung von innen- und aussenpolitischen Hoffnungen hatte während des Ersten Weltkrieges eine aufschlussreiche Parallele³²⁹. Seinerzeit zerfiel das deutsche Volk unter den aussenpolitischen Parolen «Siegfrieden» und «Verständigungsfrieden» in zwei grosse Lager. Aber mit diesen Parolen waren zugleich innenpolitische Ziele verbunden: hier die Aufrechterhaltung der alten monarchisch-militärischen Ordnung, dort die Demokratisierung und die Beseitigung politischer Ungleichheit wie sozialer Ungerechtigkeit. Eine ähnliche Verbindung von innen- und aussenpolitischen Zielen gab es in der Krisenphase der Weimarer Republik. Wenn jetzt die nationalsozialistische Parole «Deutschland erwache!» propagiert wurde, so meinte man damit nicht in erster Linie «Krieg mit Frankreich und Polen» zur Abschüttelung des «Schandfriedens» von Versailles, sondern «Krieg mit der SPD und dem Zentrum» zur Aufrechterhaltung oder Rückgewinnung der eigenen Privilegien.

Eine direkte Identifizierung aller jener mittelständischen Wähler, die nun für die NSDAP votierten, mit dem aussenpolitischen Programm, das Hitler in «Mein Kampf» zu Papier gebracht hatte, ist weder nachweisbar noch als wahrscheinlich anzunehmen³³⁰. Es gab eine scheinbare Identität der Standesinteressen – die NS-Propaganda versprach die Durchsetzung aller mittelständischen Schutzforderungen –, und es gab eine verbreitete emotionale Identifikation vieler Angehöriger der Mittelschichten mit dem militaristischen Erscheinungsbild der NSDAP, den Aufmärschen Uniformierter und der militärischen Symbolwelt, die in das obrigkeitsstaatliche und autoritäre Weltbild des Mittelstandes passten.

Daneben spielte die Gemeinsamkeit jener zukunftsorientierten Rückerinnerung an die «heroische Zeit» des Weltkrieges eine Rolle. Und schliesslich gehörten die älteren Forderungen nach einer Revision von Versailles und neuer kolonialer Betätigung des Reiches zu den verbindenden Faktoren. In diesem ideologischen Klima vermochte der aggressiv-nationalistische Kampftruf «Deutschland erwache!» Wählermassen in Bewegung zu setzen.

329 Dieser Vergleich stammt von Rosenberg, Weimarer Republik, S. 195.

330 Winkler, Mittelstand, S. 181.

7. Die Politik der friedlichen Verständigung: Sozialdemokratie, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und Gewerkschaften

In der Ablehnung des Krieges und im programmatischen Eintreten für eine aktive Friedens- und Abrüstungspolitik besass die Sozialdemokratie der Weimarer Zeit eine gemeinsame Grundüberzeugung über alle Flügel hinweg. Sie entsprach der Tradition ebenso wie den Erwartungen ihrer Mitglieder und Wähler.

«Wir haben in Deutschland nur eine grosse Friedenspartei und nur eine deutsche Friedensgesellschaft: das ist die deutsche Sozialdemokratie³³¹!» Mit dieser Feststellung, ausgesprochen von einem führenden Sozialdemokraten (Wilhelm Sollmann) auf dem Leipziger SPD-Parteitag von 1931, war sowohl das Selbstverständnis der SPD als einer Partei des Friedens zum Ausdruck gebracht als auch ihr Ort im Parteienspektrum der späten Weimarer Zeit zutreffend bestimmt.

Die parteioffizielle Ideologie orientierte sich nach wie vor an einer aus der Marxschen Geschichtstheorie abgeleiteten Friedenskonzeption, deren Kerngedanke häufig in der verkürzten Formel «Kapitalismus gleich Krieg und Sozialismus gleich Frieden» zusammengefasst wurde. Wilhelm Dittmann, der 1918 als Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) im Rat der Volksbeauftragten mitregiert hatte, beschrieb die friedenspolitische Position seiner Partei auf dem Magdeburger Parteitag von 1929, der sich schwerpunktmässig mit der Wehrfrage befasste, folgendermassen:

«Die Macht der Arbeiterklasse zu stärken, das allein ist das Mittel zur endgültigen Überwindung des Kriegsgeistes, zur Überwindung der Kriegsrüstungen, zur Überwindung des Krieges zugleich mit der Überwindung des die Menschen ausbeutenden und unterdrückenden Kapitalismus. So wie Ausbeutung und Unterdrückung den Klassengegensatz im Innern und den Klassenkampf erzeugen, so erzeugen sie auch die nationalen Gegensätze und die Kriege. Erst wenn der Sozialismus Ausbeutung und Unterdrückung im Innern zum Verschwinden gebracht haben wird, erst dann ist mit dem Klassengegensatz und dem Klassenkampf auch der Völkergegensatz zum endgültigen Verschwinden verurteilt. Dieses hehre Ziel, Parteigenossen, müssen wir stets vor Augen haben. Wir können es aber nur Schritt für Schritt erreichen, wir können nur in Etappen zu ihm kommen... Der Sozialismus ist die Macht, die der Welt den dauernden Frieden bringen wird³³².»

Durchaus kontrovers waren die Auffassungen innerhalb der SPD, sobald es um die Festlegung der konkreten Schritte ging, mit denen etwas für das «hehre» Fernziel des Friedens getan werden sollte. Die Parteimehrheit war spätestens seit der gemeinsamen Friedensresolution von SPD, Zentrum und Fortschrittlicher Volkspartei vom Jahre 1917 da-

331 Sozialdemokratischer Parteitag 1931, Protokoll, S. 181.

332 Sozialdemokratischer Parteitag 1929, Protokoll, S. 119.

von abgekommen, sich die Erkämpfung des Sozialismus mittels einer internationalen revolutionären Aktion vorzustellen. Stattdessen hatte sie zunehmend friedenspolitische Einzelforderungen in ihre Programme³³³ aufgenommen und dabei weithin auf die bürgerlich-liberale Tradition zurückgegriffen: Verwerfung des Krieges als Mittel der Politik, Lösung aller internationalen Streitigkeiten durch obligatorische Schiedsgerichte, Ausbau des Völkerrechts, Vereinbarungen über Rüstungsbeschränkungen und Abrüstungsmassnahmen, Stärkung und Demokratisierung des Völkerbundes, Unterstützung jeder auf eine Verständigung der Völker gerichteten Aussenpolitik.

Kontrovers blieb auch die Stellung der Partei zur Wehrpolitik³³⁴. Die unterschiedlichen Auffassungen wurden über Jahre hinweg nicht offen ausgetragen und spitzten sich dann während des Magdeburger Parteitages von 1929 auf die Frage zu, ob es mit der allseits bejahten Friedens- und Abrüstungspolitik vereinbar sei, die Wehrmacht der Weimarer Republik, also Reichsheer und Reichsmarine, als eine unumgängliche Notwendigkeit anzuerkennen. Gegen eine starke Minderheit, die sich aus einer radikalpazifistischen und einer betont klassenkämpferischen Gruppierung zusammensetzte, verabschiedete der Parteitag schliesslich «Richtlinien zur Wehrpolitik»³³⁵, in denen festgestellt wurde, solange die Gefahr bestehe, dass die Machtpolitik imperialistischer und faschistischer Staaten neue Kriege entfesseln könne, brauche die deutsche Republik eine Wehrmacht «zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse». Diese wegen der antimilitaristischen Vergangenheit der Partei nur unter heftigen Geburtswehen zustande gekommene Bejahung der Wehrmacht in einem offiziellen Parteitagsbeschluss sollte allerdings keine der Hoffnungen erfüllen, die mit ihr verbunden waren. Vielmehr blieb das Verhältnis von Militär und Sozialdemokratie weiterhin kühl bis gespannt. Und in den Krisenjahren nach 1930 hat die Reichswehr die Republik nicht geschützt, schon gar nicht die Errungenschaften der Arbeiterklasse, sondern sie hat mit ihrer Unterstützung der antidemokratischen Rechten selbständig in die deutsche Innenpolitik eingegriffen.

Wenn die Sozialdemokratie Gewalt als Mittel der Aussenpolitik ablehnte, so galt dies nicht minder für die innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Man glaubte, die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie böten eine hinreichende Gewähr für friedlichen, also gewaltlosen Konfliktaustrag³³⁶. Gleichwohl wurden in der Sozialdemokratie hin und wieder Gewaltdrohungen an die Adresse der Gegner des Weimarer

333 Vgl. Görlitzer Programm der SPD von 1921 und Heidelberger Programm der SPD von 1925, beide abgedruckt in: Programme der deutschen Sozialdemokratie, S. 83f. und 91 f.; sowie die «Richtlinien zur Wehrpolitik», beschlossen auf dem Parteitag von 1929, in: Sozialdemokratischer Parteitag 1929, Protokoll, S. 288 f.

334 Nachgezeichnet von Wacker, Panzerschiff «A»; und Drechsler, Sozialistische Arbeiterpartei.

335 Sozialdemokratischer Parteitag 1929, Protokoll, S. 288.

336 Vgl. Wette, Stimmzettel, S. 363ff.

Regierungssystems ausgesprochen. So verkündete beispielsweise Wilhelm Dittmann auf dem Magdeburger Parteitag: «In der Notwehr bedienen auch wir Sozialdemokraten uns der Gewalt, im Innern wie nach aussen³³⁷.»

Das Instrument, das Dittmann bei seiner Gewalt-als-Notwehr-These im Auge hatte, war das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold³³⁸. Es wurde 1924 als Antwort auf die politischen Gewalttaten der radikalen Rechten und als Gegenorganisation zu den konservativen und reaktionären Wehrverbänden gegründet und verfolgte das Ziel, diejenigen Kriegsteilnehmer zusammenzufassen, die davon überzeugt waren, dass die demokratische Republik gegen ihre Feinde von rechts und links geschützt werden musste. Das Ereignis, das die Gründung des «Bundes republikanischer Kriegsteilnehmer» auslöste, war der Hitler-Putsch in München vom November 1923. Zumindest anfänglich fiel die prorepublikanische Zielsetzung des schwarz-rot-goldenen Kampfbundes also mit einer anti-nationalsozialistischen zusammen, eine Frontstellung, die dann in der Endphase der Republik – von den Septemberwahlen 1930 bis zum Regierungsantritt Hitlers Anfang 1933 – erneuert und in wesentlich schärferer Zuspitzung die innenpolitische Szene Deutschlands beherrschte. In jenen Jahren entwickelte sich das Reichsbanner zunehmend zu einem antifaschistischen Kampfbund, und zwar in demselben Masse, in dem die Aufgabe des Republiksschutzes identisch wurde mit dem Kampf gegen die immer mächtiger werdende NSDAP und ihre Verbündeten im sogenannten nationalen Lager.

Parteipolitisch gesehen stand das Reichsbanner der Weimarer Koalition nahe, also der SPD, dem Zentrum und der DDP. Jeder Republikaner konnte beitreten. Tatsächlich waren schon in der Gründungsversammlung alle drei Parteien der Weimarer Koalition repräsentiert³³⁹. Dem 1926 gewählten Bundesvorstand gehörten dreizehn Sozialdemokraten, vier Demokraten und drei Angehörige des Zentrums an. Diese Zusammensetzung zeigt, dass der sozialdemokratische Einfluss von Anfang an dominierte. Sozialdemokraten hatten in der Tat bis 1933 die führenden Positionen inne, und dies durchaus mit Recht, da die Anhänger von SPD und Gewerkschaften mehr als vier Fünftel, wahrscheinlich sogar mehr als 90 Prozent der Mitglieder stellten³⁴⁰. Soziologisch gesehen wurde das Reichsbanner in erster Linie von der städtischen und grossstädtischen Arbeiterschaft getragen.

An Mitgliedern war der schwarz-rot-goldene Verband der stärkste Kampfbund der Weimarer Zeit. Noch im Gründungsjahr 1924 traten mehr als zwei Millionen bei. Im Februar 1925 waren es nach Angaben der Reichsbannerführung rund drei Millionen, und in den folgenden Jahren soll die Zahl auf dreieinhalb Millionen angewachsen sein³⁴¹.

337 Sozialdemokratischer Parteitag 1929, Protokoll, S. 116.

338 Vgl. Rohe, Reichsbanner.

339 Ebd., S. 274.

340 Ebd., S. 328. Für Ende 1932 schätzte der SPD-Parteivorsitzende Otto Wels den Anteil der Sozialdemokraten im Reichsbanner sogar auf 95%; siehe Schulze, Anpassung, S. 17.

Damit überflügelte der republiktreue Verband den Stahlhelm, seinen eigentlichen Gegenspieler auf der ausserparlamentarischen Bühne, bei Weitem. Das Reichsbanner stellte somit eine gewichtige Grösse im innenpolitischen Kräftespiel dar. Obwohl es sich äusserlich militant gab, indem es unformiert auftrat, handelte es sich bei diesem Verband jedoch letztlich nicht um eine Bürgerkriegstruppe, sondern um eine Propagandaorganisation, die durch das traditionelle sozialdemokratische Agitationsmittel zu wirken versuchte, nämlich durch den disziplinierten Massenaufmarsch, und nicht etwa durch Waffengewalt. Dies galt auch für den im Spätjahr 1931 zustande gekommenen Zusammenschluss von SPD, Gewerkschaften, Reichsbanner und Arbeitersportorganisationen, der den martialischen Namen «Eiserne Front» erhielt.

Da die Reichsbannerleute gleich den Stahlhelmen im Weltkrieg gekämpft hatten, stellt sich die Frage, wie sie das Kriegserlebnis bewältigt hatten. Waren auch sie «ewige Soldaten» geblieben, die die heroischen Tugenden priesen und das Kriegserlebnis zu politisieren trachteten? Oder war das Reichsbanner, wie Goebbels verächtlich sagte, eine «Hammelherde von Pazifisten, nicht imstande, sich selbst zu verteidigen»³⁴²? Anders als im Lager der politisch rechtsgerichteten Wehrverbände, bei denen der Krieg alles in allem in einem sehr positiven Licht erschien, herrschte im Reichsbanner tatsächlich eine gemässigt pazifistische Position vor. Einhellig lehnte man einen Revanche- oder Angriffskrieg ab und stellte sich voll hinter die Verständigungspolitik der republikanischen Parteien. Allerdings bejahte die Reichsbannerführung die Idee des bewaffneten Widerstandes gegen eine äussere Aggression ohne jeden Vorbehalt und stand damit dem Prinzip der Landesverteidigung durchaus positiv gegenüber, wie dies in den republikanischen Parteien fast durchweg der Fall war.

In der Krisenphase der Weimarer Republik trat dann sogar eine Entwicklung ein, «die durch einen langsamen Abbau pazifistischer Positionen und durch ein immer stärkeres Hervorkehren der wehrhaft-nationalen Momente gekennzeichnet» war³⁴³. Im Jahre 1932 befürwortete Karl Höltermann, der Nachfolger Horsings in der Bundesführung des Reichsbanners, nachdrücklich die Beteiligung seines Verbandes am Grenz- und Landesschutz und bekundete dadurch, dass auch der republikanische Kampfbund im Falle einer äusseren Bedrohung als Armeereserve, als eine Art nationaler Miliz, in Betracht kam.

Trotz dieser Anpassung an den seit den ausgehenden zwanziger Jahren sich verstärkenden nationalen und «wehrhaften» Trend war für eine Kriegsverherrlichung im Reichsbanner niemals Platz. Stattdessen bekannte man sich grundsätzlich zur Politik des Friedens und der Verständigung, wie ein Flugblatt aus dem Jahre 1928 exemplarisch belegt:

341 Rohe, Reichsbanner, S. 73 f.; ebenso Deutsch, Antifaschismus, S. 101. Zumeist handelte es sich um korporative Beitritte verschiedener republikanischer Selbstschutzverbände und Vereine; vgl. dazu Rohe, Reichsbanner, S. 71 f.

342 Goebbels, Revolution, S. 32.

343 Rohe, Reichsbanner, S. 191 f.

«Wir aber hassen den Krieg. Nicht weil wir feige sind, weil wir nicht kämpfen können oder wollen. Wir hassen den Krieg, weil er eine Kulturschande ist... Deutsche Jugend, verachte die Kriegsromantik! Die Jugend muss für eine Friedenswelt kämpfen³⁴⁴.»

Wenn man sich im Reichsbanner gleichwohl zeitweise betont «frontsoldatisch» gab, so stellte dies den Versuch dar, an die mit dem Schützengrabenerlebnis verbundenen Gefühle der Weltkriegsteilnehmer anzuknüpfen, insbesondere an das Kameradschaftserlebnis. Höltermann beispielsweise scheute sich nicht, einen Rundfunkvortrag mit den Worten zu beginnen:

«Der zu Ihnen spricht, war Jahrgang 1894, war Frontsoldat und gehörte somit zu der Schützengrabengemeinschaft und Kameradschaft des Krieges. Und so wende ich mich heute an meine Kameraden aus den Schützengräben zuerst und bitte sie, mich anzuhören. Anzuhören wie im Unterstand ein Kamerad den anderen hört. Hört mich in Gedanken an die Kameradschaft von damals, so verschieden auch die Wege sein mögen, die wir politisch seitdem gegangen sind³⁴⁵.»

Indem Appelle dieser Art zugleich mit dem Argument verknüpft wurden, der Krieg habe die Voraussetzung für die Einführung der Demokratie geschaffen, und dies sei das «wahre Vermächtnis unserer Toten», hoffte man wenigstens einen Teil der Kriegsgeneration für den neuen Staat und die ihn tragenden Parteien gewinnen zu können. Von einer Frontsoldatenideologie nach dem Muster der Rechten, d.h. von politisierten militärisch-kriegerischen Wertvorstellungen und ihrer Verwendung im innenpolitischen Kampf, wollte man im Reichsbanner durchaus nichts wissen. Dort las man nicht, wie im Stahlhelm, die Frontliteraten Beumelburg, Dwinger, Schauwecker, Ernst und Friedrich Georg Jünger, sondern pazifistisch orientierte Autoren wie Bröger, Remarque, Renn, Unruh, Witkop und Barbusse³⁴⁶. Zwar gab es einige Gemeinsamkeiten – Namen wie Flex, Alverdes, Binding, Witkop tauchten im literarischen Angebot beider Verbände auf –, aber der Schwerpunkt des emotionalen Engagements lag beim Reichsbanner doch ganz deutlich dort, wo Schrecken und Greuel, Elend und Verzweiflung des blutigen Geschehens geschildert und wo die zerstörerischen Seiten des Krieges angeprangert wurden.

Das Reichsbanner gehörte demnach ohne Zweifel zu denjenigen Gruppierungen der Weimarer Zeit, die im Krieg kein geeignetes und kein legitimes Mittel der Politik mehr sahen, die Konflikte zwischen den Staaten friedlich geregelt sehen wollten und die daher mit den Apologeten des Krieges nichts gemein hatten. Die Mitglieder des Reichsbanners leiteten aus dem Erlebnis des Weltkrieges die besondere Verpflichtung ab, aktiv an der Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung mitzuarbeiten. Aus diesem Grunde nahmen sie seit 1927 auch Kontakt mit ähnlich orientierten Kriegsteilnehmergebänden

344 Das Flugblatt ist abgedruckt in der Zeitschrift Reichsbanner vom 15. November 1930, Jungbannerbeilage; zit. nach Rohe, Reichsbanner, S. 146, Anm. 3.

345 Der Vortrag ist abgedruckt in: Reichsbanner vom 21. November 1931; zit. nach Rohe, Reichsbanner, S. 136 f.

346 Rohe, Reichsbanner, S. 142.

im ehemals feindlichen Ausland auf. Da im Reichsbanner der deutsch-französischen Verständigung eine herausragende Bedeutung zugemessen wurde, kam es zu einer engen Zusammenarbeit mit französischen Kriegsteilnehmerverbänden, namentlich mit der Union Fédérale des Anciens Combattants und der Fédération Nationale des Combattants Républicains, beides Organisationen, die der französischen Linken nahestanden³⁴⁷. Während sich das Reichsbanner bemühte, seine internationale Kriegsteilnehmerpolitik für die Schaffung einer europäischen Friedensordnung fruchtbar zu machen, verurteilte der «Stahlhelm» derartige Versuche der Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg als schädlich für die nationalen Belange. Zwar liebäugelte auch die nationalistische Rechte in Deutschland gelegentlich mit den Gedanken einer «Internationale der Frontkämpfer»; in der Praxis ging es ihr jedoch primär darum, das Kriegserlebnis im Sinne stärkerer nationaler Integration zu politisieren.

Wenn hier mehrfach in einer nicht immer exakt definierten Weise von pazifistischen Positionen die Rede war, so hängt dies damit zusammen, dass es sich beim Pazifismus des Reichsbanners wie auch dem der Sozialdemokratischen Partei eher um etwas Stimmungsmässiges denn um eine konkret-politische Konzeption handelte³⁴⁸. Hinzu kam, dass die deutsche Aussenpolitik seit dem Jahre 1923 ganz zu einer Domäne Stresemanns geworden war und sich die Politik der Sozialdemokratie über Jahre hinweg darin erschöpfte, dessen Versuche einer Verständigung mit den ehemaligen Kriegsgegnern und einer friedlichen Revision der Versailler Friedensbedingungen zu unterstützen.

Das über den Charakter des sozialdemokratischen Pazifismus Gesagte galt auch für die dritte Säule der deutschen Sozialdemokratie, nämlich die freien Gewerkschaften, also den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) als Zentralverband der nach Branchen gegliederten Einzelgewerkschaften sowie den Allgemeinen Freien Angestelltenbund (AfA-Bund) und den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund (ADB), die seit 1923 beide mit dem ADGB durch Kartellvertrag verbunden waren. Mit ihren 4 bis 5 Millionen Mitgliedern³⁴⁹ stellten die freien Gewerkschaften eine der gesellschaftspolitisch bedeutsamsten und einflussreichsten Organisationen der Weimarer Zeit dar. Angesichts der drei Arbeiterparteien SPD, USPD und KPD hatte sich der Nürnberger Gewerkschaftskongress von 1919 zwar für parteipolitische Neutralität ausgesprochen; nach der Auflösung der USPD und dem Herausdrängen von Kommunisten aus dem ADGB stand diese allerdings nur noch auf dem Papier. Das Verhältnis zur SPD, das es infolgedessen alleine noch zu regeln galt, richtete sich nach dem bereits im Jahre 1905 festgelegten Grundsatz des gleichberechtigten Nebeneinander³⁵⁰. In der Praxis herrschte

347 Zur internationalen Kriegsteilnehmerpolitik des Reichsbanners vgl. ebd., S. 147-157.

348 Rosenberg, Weimarer Republik, S. 109; im Einzelnen jetzt Wette, Sozialdemokratie, S. 281-300.

349 Einzelheiten der Mitgliederbewegung in den Jahrbüchern des ADGB. Überblick in: Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands, Bd. 1, S. 42 f.

350 Zum Verhältnis von SPD und Gewerkschaften siehe Seidel, Gewerkschaftsbewegung, S. 54 ff.

eine gewisse Arbeitsteilung. Während sich die Partei um die «grosse Politik» kümmerte, konzentrierten sich die Gewerkschaften auf Angelegenheiten der Wirtschafts-, Sozial- und Lohnpolitik³⁵¹. Freilich konnte es sich dabei nicht um eine strikte Abgrenzung der Kompetenzen handeln. Und tatsächlich erwies sich in der Spätphase der Weimarer Republik, dass der ADGB trotz seiner im Prinzip solidarischen Beziehungen zur SPD auch in allgemein politischen Angelegenheiten seine Macht voll zu nutzen gewillt war. Dies zeigt sich sowohl bei der Diskussion um das Konzept der Wirtschaftsdemokratie³⁵² als auch beim Sturz des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller im Jahre 1930, den der ADGB wegen des drohenden Abbaus der Arbeitslosenversicherung «purzeln» liess³⁵³, als auch bei der Behandlung des aussen- und wirtschaftspolitisch bedeutsamen Problems der Reparationszahlungen³⁵⁴, als auch in Sachen Arbeitsbeschaffungsprogramm und schliesslich bei den Auseinandersetzungen um die Frage, welche Kampfmittel die organisierte Arbeiterschaft gegen den zunehmenden Abbau der parlamentarischen Demokratie sowie gegen den auf kommenden Nationalsozialismus einsetzen sollte³⁵⁵. In mehreren Fällen kam es zu ernststen Konflikten zwischen den Führungen von SPD und ADGB. Beispielsweise suchten die Gewerkschaftsführer über die Köpfe der SPD-Spitze hinweg den Kontakt mit den Präsidentialregierungen, und in der Frage, ob sich das Reichsbanner an dem von Schleicher angeregten Reichskuratorium für Jugendertüchtigung beteiligen sollte oder nicht³⁵⁶, plädierten die Gewerkschaften im Gegensatz zum sozialdemokratischen Parteivorstand für eine Zusammenarbeit mit dem Stülpnagel-Komitee, das die Wehrverbände den Interessen der Reichswehr dienstbar zu machen versuchte.

Die erwähnte Arbeitsteilung zwischen SPD und ADGB führte gleichwohl dazu, dass sich die Gewerkschaften in den Jahren der Weimarer Republik in aussenpolitischer Hinsicht zwar allgemein zum Kurs einer Politik der friedlichen Verständigung sowie zu antimilitaristischen Positionen bekannten, sich aber im konkreten Detail weder mit aussenpolitischen noch mit militärpolitischen Angelegenheiten befassten. Dies blieb in der Regel den internationalen Gewerkschaftskongressen vorbehalten, die mehrfach Re-

351 Dies belegen anschaulich die Jahrbücher des ADGB.

352 Vgl. Wirtschaftsdemokratie; sowie Tarnow, Stellungnahme.

353 So die Formulierung des Gewerkschaftsführers F. Tarnow in einer Rede vom August 1932, abgedruckt in: Heer, Burgfrieden, S. 118-149, hier: S. 120. Zum Sturz der Regierung Müller vgl. auch Fülberth/Harrer, Sozialdemokratie, S. 226.

354 Zur gewerkschaftlichen Forderung «Schluss mit den Reparationen!» vgl. die Broschüre: Gewerkschaften; sowie das Jahrbuch 1931 des ADGB, S. 251f. Zum Konflikt zwischen ADGB und SPD wegen der Reparationsfrage siehe Heer, Burgfrieden, S. 38-45.

355 Hierzu allgemein Matthias, Sozialdemokratische Partei, S. 101-278; ders., Untergang, S. 281-316. Nach Auffassung des SPD-Vorsitzenden Otto Wels lag die hauptsächliche Verantwortung für den Verzicht der «Eisernen Front» auf aktive Widerstandsmassnahmen bei den Gewerkschaftsführern. Vgl. hierzu Schulze, Anpassung, S.XVIIIf., sowie Wette, Stimmzettel, S. 383 ff.

356 Die Auseinandersetzungen sind dokumentiert in: Schulze, Anpassung, S. 72ff. u. passim.

solutionen zum internationalen Kampf gegen Militarismus und Kriegsgefahren verabschiedeten³⁵⁷.

In der Abrüstungsfrage standen die Sekretariate des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) seit Mitte der zwanziger Jahre in enger Fühlungnahme miteinander, ohne allerdings mit richtungweisenden Vorschlägen an die Öffentlichkeit zu treten³⁵⁸. Als der Völkerbundsrat nach mehrjährigen Vorbereitungen endlich für Februar 1932 eine Abrüstungskonferenz einberief, setzten die SAI und der IGB eine gemeinsame Abrüstungskommission³⁵⁹ ein. Sie erhielt die Aufgabe, erstens ein Programm über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Antikriegspropaganda auszuarbeiten und zweitens die Forderungen der internationalen Arbeiterbewegung hinsichtlich der Abrüstung aufzustellen.

Im Juli 1931 verabschiedeten SAI und IGB dann ihr gemeinsames Abrüstungs-Aktionsprogramm³⁶⁰. Um die öffentliche Meinung mobil zu machen, sollten zahlreiche grosse Demonstrationen veranstaltet sowie Massenpetitionen aus allen Ländern und Grenzlandtreffen der organisierten Arbeiterschaft vorbereitet werden. Die sozialistischen Fraktionen wurden verpflichtet, die Abrüstungsforderung in den nationalen Parlamenten zu vertreten. In einer gemeinsamen Entschliessung brachten die beiden Internationalen erneut zum Ausdruck, dass erst der Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung die endgültige Verwirklichung des Friedens bringen werde, dass es aber darüber hinaus gelte, «die Keime des Friedens zu entwickeln, die schon in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung vorhanden sind». Hierzu gehöre auch die Abrüstung, die nach dem Gleichheitsprinzip erfolgen müsse und nicht etwa die Gelegenheit zu irgendeiner Aufrüstung bieten dürfe. Dies bedeutete, dass die beiden Internationalen die Abrüstungskonferenz nicht etwa, wie die seit 1930 regierenden deutschen Kabinette sowie die Reichswehr und die politische Rechte in Deutschland beabsichtigten, als Vorwand zur Legalisierung deutscher Rüstungsprogramme benutzen sollten, sondern vielmehr zur Durchsetzung «vollständiger, allgemeiner und kontrollierter Abrüstung» auch bei den Siegermächten des Ersten Weltkrieges.

Die solchermassen geplante Abrüstungskampagne fand in den Monaten bis zum Zusammentritt der Abrüstungskonferenz in Genf im Februar 1932 in allen europäischen Ländern statt. Eine von den beiden Internationalen vorbereitete Abrüstungspetition³⁶¹ wurde allein in Deutschland in 2437 von der SPD veranstalteten Versammlungen angenommen, an denen mehr als 600'000 Personen teilnahmen. Der ADGB sammelte sei-

357 Vgl. z.B. den Beschluss des IGB-Kongresses von Rom 1922, abgedruckt in: Schwarz, Handbuch der deutschen Gewerkschaftskongresse, S. 267 f.; sowie die Entschliessung des Leipziger Kongresses des ADGB von 1922, abgedruckt ebd., S. 266.

358 Vgl. die selbstkritischen Bemerkungen von Hilferding, Krieg, S. 385 und 390.

359 Zum Folgenden siehe Jahrbuch 1930 des ADGB, S. 321 ff.

360 Zum Abrüstungs-Aktionsprogramm siehe ebd., S. 322. Text der Entschliessung S. 323f.

361 Text siehe Jahrbuch 1931 des ADGB, S. 247. Zur Abrüstungskampagne insgesamt ebd., Kapitel «Der Kampf um die Abrüstung», S. 247-252.

nerseits Petitionen. Ähnlich lief die Kampagne in anderen Ländern, so dass die Vorsitzenden der Gemeinsamen Abrüstungskommission des IGB und der SAI die Petition schliesslich im Namen von 25 Millionen Wählern und von 14 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern der Genfer Konferenz unterbreiten konnten.

Die internationale Abrüstungskampagne der SAI und des IGB konnte zwar nicht verhindern, dass die Genfer Konferenz zu einem «jämmerlichen Schauspiel» wurde, wie sich W. Schevenel, der Generalsekretär des IGB, rückblickend ausdrückte³⁶². Dennoch war diese Kampagne insofern von Bedeutung, als sie noch einmal in nachdrücklicher Weise den Friedenswillen der organisierten Arbeiterschaft dokumentierte, und zwar sowohl auf der internationalen Ebene als auch auf der Ebene der nationalen Parlamente, als auch an der Basis, in vielen Tausenden von Versammlungen.

Die Frage, ob man innerhalb der Sozialdemokratie schon vor 1933 mit genügender Klarheit gesehen hat, dass der Nationalsozialismus, einmal in den Besitz der Regierungsmacht gelangt, konsequent Kriegskurs steuern würde, ist mit einem einfachen Ja oder Nein nicht zu beantworten. Als sich seit dem Jahre 1930 der zuvor von den Kommunisten okkupierte Begriff Faschismus auch in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung einbürgerte, verband sich mit ihm in der Hauptsache die Vorstellung von gegenrevolutionärer Gewalt, wobei man sich nicht primär auf die nackte physische Gewalt bezog, wie sie im Terror der SA zum Ausdruck kam, sondern auf die Perspektive einer faschistischen Diktatur, die als extremer Gegensatz zur friedlichen Demokratie angesehen wurde³⁶³. Das Hauptaugenmerk galt also den innenpolitischen Machtansprüchen der nationalsozialistischen Bewegung. Demgegenüber traten die vereinzelt Warnungen vor einer möglichen kriegerischen Aussenpolitik des Faschismus in den Hintergrund. Immerhin beweist jedoch eine auf den Spätherbst 1930 zu datierende Analyse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zweifelsfrei, dass dieses Gremium die von der NSDAP drohenden Gefahren im Grossen und Ganzen richtig gesehen hat:

«Eine Hitler-Regierung würde sich die Wiederholung des italienischen Beispiels zum Ziel setzen, also *Zertrümmerung aller Organisationen der Arbeiterschaft*, dauernder militärischer Belagerungszustand, Aufhebung aller Presse-, Versammlungs- und sonstigen politischen Freiheiten, ständige Gefahr des Bürgerkriegs im Innern und des Revanchekriegs nach aussen. Damit wäre auch der *wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands* und das Ende einer selbständigen deutschen Nation verbunden, mit all seinen furchtbaren Folgen für das arbeitende Volk³⁶⁴.»

Trotz dieser erstaunlich exakten Analyse der Folgen, die eine Hitler-Regierung herauf-

362 Ebd., S. 249.

363 Dazu Weite, Stimmzettel, S. 375 f.; Lademacher, Gewalt, S. 415 ff.

364 Erklärung der SPD-Reichstagsfraktion in der sozialdemokratischen Presse, abgedruckt in: Jahrbuch der SPD 1930, S. 21.

beschwören würde, ist seitens der SPD in den folgenden Jahren kaum der Versuch gemacht worden, sich anhand der Schriften und Reden führender Nationalsozialisten über die Stossrichtung und die Mittel einer von ihnen geführten Aussenpolitik völlige Klarheit zu verschaffen. Der Sprecher der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Rudolf Breitscheid³⁶⁵, warnte zwar auf dem Leipziger SPD-Parteitag von 1931 noch einmal in allgemeinen Formulierungen vor der Gewaltpolitik des deutschen Faschismus, war sich aber offensichtlich nicht sicher, ob die «Hitlerianer», zur Macht gekommen, auch die praktischen Konsequenzen aus ihren so laut vertretenen Ideen ziehen würden. Wilhelm Sollmann³⁶⁶ warnte vor jenen Leuten in Deutschland, die das bolschewistische Experiment in Sowjetrußland von aussen her gewaltsam beenden wollten, und erklärte, jeder derartige Versuch werde den entschiedenen Widerstand der deutschen Sozialdemokratie finden, deren Aussenpolitik auf den Weltfrieden gerichtet sei, auch gegenüber dem grossen bolschewistisch regierten russischen Reich. «Die Führer des blutbesudelten Weltkapitalismus und die meisten Priester der christlichen Kirchen, die Weltkrieg und Weltkapitalismus verteidigen», so Sollmann, seien die letzten, die das Recht hätten, der Sowjetunion eine angeblich höhere Kultur aufzuzwingen. Und Alexander Schiffrin, einer der in der Endphase der Weimarer Republik aktivsten sozialdemokratischen Publizisten, erwähnte 1931 zwar die von Rosenberg und Hitler propagierte Idee einer deutschen Expansion nach Polen und Westrußland³⁶⁷, meinte aber zugleich, dass diese faschistischen Vorstellungen von einer gewaltsamen Eroberungspolitik nichts völlig Neues darstellten. Vielmehr handele es sich um eine blosse Variante der aussenpolitischen Perspektiven des aggressiven Nationalismus, dem eine einheitliche Orientierung durchaus fehle:

«Es bestand vollständige Konfusion über die Grundfragen: Wohin soll man marschieren? Mit wem? Gegen wen? Etwa: Frankreich als Hauptfeind, feste Einreihung in den südosteuropäischen faschistischen Staatenblock, zugleich Anlehnung an England und anti-russische Politik in seinem Dienst (der von Hitler und Rosenberg stammende strategische Plan der NSDAP)? Oder vielleicht gleichzeitig anti-französische Einstellung und Ost-Orientierung (v. Seeckt, wahrscheinlich auch v. Schleicher)? Oder dagegen kapitalistisch-nationalistische wirtschaftliche und militärische Verständigung mit Frankreich, Eintritt in den Block der Westmächte und in seinem Aufstieg Vernichtungskampf gegen die Sowjetunion (Papen, Rechberg, Klönne, «Ring», «Jungdo»)? Oder schliesslich Verzicht auf jedes Bündnis mit dem Westen, endgültige Abkehr vom Westen, Expansion in der Richtung Süd-Ost, enge Fühlung mit der Sowjetunion (die von dem «Tat»-Kreis aufgenommene Tradition Brockdorff-Rantzau)? Diese Skala umfasst aussenpolitische Schwingungen von 180 Grad: vom Revanchekrieg bis zum militärischen Bündnis mit der Sowjet-Union. So entstand ein

365 Sozialdemokratischer Parteitag 1931, Protokoll, S. 93 f.; vgl. auch S. 100 f.

366 Ebd., S. 110f.

367 Schiffrin, Hakenkreuz, S. 112.

nicht zu überbietender Wirrwarr in der Beurteilung der Grundrichtung: Soll die Aussenpolitik der Gegenrevolution profranzösisch oder anti-französisch sein? Pro-russisch oder anti-russisch? Bündnis oder Kampfstellung gegenüber der angelsächsischen Welt, Bündnis oder Zurückhaltung gegenüber dem faschistischen Italien? Es war nicht einmal klar, wer der eigentliche Erbfeind ist, und von wem die Nibelungentreue der Verbündeten zu erwarten und zu fordern wäre³⁶⁸.»

In der Sozialdemokratischen Partei war trotz der hier erwähnten Hinweise auf potentielle Kriegsgefahren keine klare Vorstellung von den aussenpolitischen Absichten der NSDAP vorhanden. Die Spitzengremien der Partei haben diese Frage 1932/33 überhaupt nicht erörtert³⁶⁹. Auch spielte sie keine herausragende Rolle in der antifaschistischen Agitation der SPD. Der Wamschrei «Hitler bedeutet den Krieg!» wurde erst von den im Frühjahr 1933 nach Prag emigrierten Sozialdemokraten ausgestossen³⁷⁰. Der Tatbestand, dass es ihn zuvor nicht in dieser Deutlichkeit gegeben hat, mag unter anderem daraus zu erklären sein, dass die Verherrlichung des Krieges durchaus kein Monopol der im engeren Sinne völkischen und nationalsozialistischen Organisationen darstellte, sondern im gesamten Lager der republikfeindlichen Rechten üblich war³⁷¹. Im Übrigen herrschte ja auch bei denjenigen Parteien und Verbänden, die für Wehrhaftigkeit und nationale Stärke eintraten, keine klare Vorstellung von Hitlers Absichten.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die deutsche Sozialdemokratie während der Weimarer Zeit entsprechend ihren pazifistischen Traditionen Frieden und Verständigung mit allen Völkern wünschte und sich damit im Einklang mit ihren Mitgliedern und Wählern befand. Auf die praktische Aussenpolitik und ebenso auf die Militärpolitik der Weimarer Regierungen vermochte die Sozialdemokratische Partei nach dem Rücktritt Noskes 1920 jedoch kaum einen Einfluss zu gewinnen. Stattdessen konzentrierte sie sich, wie zuvor, auf die Durchsetzung innen- und gesellschaftspolitischer Forderungen. Es gelang ihr ebensowenig wie den anderen demokratischen Parteien, im Bewusstsein einer Bevölkerungsmehrheit die Zusammengehörigkeit nationaler und demokratischer Ideen genügend zu verankern. Auch aus diesem Grunde konnten sich die Parolen der Rechten bei den Unentschlossenen in zunehmendem Masse durchsetzen. Gleichwohl wirkten die friedenspolitische Programmatik und das Eintreten der Sozialdemokratie für einen gewaltfreien Konfliktaustrag nachhaltig auf das politische Bewusstsein der deutschen Arbeiterschaft. Diese Tradition war auch noch 1939 lebendig, wenngleich sie nicht öffentlich artikuliert werden konnte.

368 Ders., *Gegenrevolution*, S. 391 f.

369 Vgl. die Protokolle in: Schulze, *Anpassung*.

370 Zum Exil-Vorstand der SPD («SOPADE») vgl. Matthias, *Gesicht nach Deutschland*.

371 Siehe Kapitel I/3-I/6.

8. Der organisierte Pazifismus in der Isolation

Mit dem Etikett «pazifistisch» wurde in der Weimarer Zeit eine Vielzahl recht unterschiedlicher Positionen belegt³⁷². Ihr kleinster gemeinsamer Nenner bestand in der Frontstellung gegen eine militant-aggressive nationale Machtpolitik, gegen die Erscheinungsformen des Militarismus sowie gegen die antidemokratischen Kräfte. Den Einsatz kriegerischer Gewalt als Mittel innergesellschaftlicher und zwischenstaatlicher Auseinandersetzungen lehnten die Pazifisten ganz ab oder wollten ihn doch zumindest auf eng begrenzte Fälle eingeschränkt sehen. Hinsichtlich der konkreten Fragen, wie Frieden erhalten oder erreicht werden sollte und was man sich unter dem angestrebten Friedenszustand vorzustellen hatte, differierten die Meinungen erheblich. Zu einem einheitlichen friedenspolitischen Programm hat sich der organisierte Pazifismus in Deutschland in den Jahren der Weimarer Republik nicht durchringen können.

Innerhalb des vielfältigen Spektrums pazifistischer Überzeugungen schälten sich in dem Jahrzehnt nach dem Ende des Ersten Weltkrieges zwei grosse Strömungen heraus, eine gemässigte und eine radikale³⁷³. Die zwischen diesen bestehende Dauerkontroverse durchkreuzte die Bemühungen um die Bildung einer pazifistischen Einheitsfront von Anbeginn an. Die Strömung des gemässigten oder organisatorisch-völkerrechtlichen Pazifismus verkörperte die kontinuierliche Linie der Vorkriegsbewegung. Ihre Bemühungen zielten darauf ab, durch eine grundlegende Umgestaltung des Völkerbundes ein System kollektiver Sicherheit und damit die Voraussetzungen für eine internationale Friedensordnung zu schaffen. Einen durch den Völkerbund legitimierten Verteidigungskrieg lehnte der «Völkerbundspazifismus» nicht grundsätzlich ab. Die radikale, antimilitaristische Richtung des Pazifismus verwarf jeden Kriegsdienst, jede Gewaltanwendung und jede militärische Vorbereitung auf einen Krieg. Sie wollte den Krieg mit den Mitteln der Kriegsdienstverweigerung, des Generalstreiks und mit gewaltfreien Mitteln der Konfliktaustragung verhindern. Überdies propagierten die radikalen Pazifisten die Notwendigkeit einer Überwindung bestehender Friedlosigkeit durch sozialen Wandel. Damit näherten sie sich deutlich sozialistischen Gedankengängen an.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges verzeichneten die pazifistischen Organisationen³⁷⁴ ein Anwachsen der Mitgliederzahlen. Durch den starken Zustrom sozialdemokratischer Wähler änderte sich der Charakter des organisierten Pazifismus, der in der Vorkriegszeit bürgerlich-liberalen Traditionen verbunden war. Die mit 30'000 Mitglie-

372 Vgl. die Analyse von Scheler, *Idee des Friedens* (1931), der acht Arten des Pazifismus unterschied: den heroischen, christlichen, ökonomisch-liberalen, juristischen, marxistisch-sozialistisch-kommunistischen, grossbürgerlichen, imperialistischen und Kulturpazifismus. Zum Spektrum der pazifistischen Organisationen vgl. Pazifismus in der Weimarer Republik.

373 Scheer, *Friedensgesellschaft*, S. 354-381 und 557 ff.

374 Die folgenden Angaben nach Scheer, *Friedensgesellschaft*, S. 397-415 und 497-521.

den grösste und einflussreichste pazifistische Vereinigung, die «Deutsche Friedensgesellschaft» (DFG), wurde in den Jahren der Weimarer Republik gleichermaßen durch bürgerliche und sozialistische Kräfte getragen. Nach einer Statistik aus dem Jahre 1927, die Aufschluss über die Parteizugehörigkeit der Mitglieder der DFG gab, gehörten fast die Hälfte der SPD an, ein Viertel der DDP, etwa 5 Prozent dem Zentrum, und das restliche Viertel war parteipolitisch nicht gebunden. SPD und DDP wurden demnach als diejenigen Parteien angesehen, in denen Pazifisten ihre Vorstellungen noch am ehesten verwirklichen konnten.

Da die Demokratische Partei den Gedanken der Völkerverständigung betonte und für den Völkerbund sowie für die wirtschaftliche und politische Einigung Europas eintrat und damit ein Bekenntnis zu den Ideengängen des organisatorischen Pazifismus ablegte, bekannte sich eine Reihe führender Pazifisten – unter ihnen Quidde, Gerlach, Graf Kessler, Frhr. v. Schoenaich und Schücking – zu dieser Partei. In der politischen Praxis wurde dieses Bekenntnis jedoch zunehmend überwuchert von nationaler Interessenpolitik, so dass die Pazifisten innerhalb der DDP im Laufe der zwanziger Jahre immer mehr in eine Aussenseiterrolle gedrängt wurden. Während die Gedankengänge des radikalen Pazifismus bei der Mehrheit der DDP von Anfang an auf völlige Ablehnung stiessen, konnten seit 1930 auch gemässigte Pazifisten in dieser Partei, die sich jetzt Deutsche Staatspartei nannte, kaum mehr ein adäquates Wirkungsfeld sehen.

Eine nahezu völlige Identität in den aussen- und friedenspolitischen Zielsetzungen herrschte dagegen zwischen SPD und DFG. Die engen Berührungspunkte der Programme des organisierten Pazifismus und der Sozialdemokratischen Partei erleichterten die Doppelmitgliedschaft vieler in beiden Organisationen. Konflikte barg allerdings der Gedanke der nationalen Wehrhaftigkeit, den die SPD mehrheitlich im Sinne einer militärischen Verteidigung des demokratischen Staates bejahte. Im Rahmen der Diskussion um den Panzerschiffbau seit 1928 stiess diese Mehrheitsposition deutlich auf den Widerspruch der radikalen Pazifisten. Nachdem diese in der Deutschen Friedensgesellschaft die Führung übernommen hatten, sollte es dann im September 1931 zum endgültigen Bruch mit der SPD kommen.

Im Jahre 1921 schlossen sich mehrere pazifistische Gruppen erstmals in einem Dachverband zusammen, dem «Deutschen Friedenskartell». Hinter ihm standen Mitte der zwanziger Jahre 22 Organisationen mit mehr als 50'000 Mitgliedern. Das bedeutete im Vergleich zum organisierten Vorkriegspazifismus eine erhebliche Steigerung der Einflussmöglichkeiten. Verglichen mit den Massenorganisationen «Stahlhelm» und «Reichsbanner» etwa stellte das Friedenskartell jedoch keinen wirklichen Machtfaktor dar. Dies galt zumal für die Endphase der Weimarer Republik. Denn im Jahre 1929 wurde das Deutsche Friedenskartell wegen unüberbrückbarer Gegensätze der gemässigten und der radikalen Richtung aufgelöst. Nachdem Vertreter der radikalen Richtung die Führungspositionen der DFG übernommen hatten, zogen sich die Gemässigten zurück. Die Krise des organisierten Pazifismus in Deutschland erreichte also ausgerechnet

in dem Augenblick ihren Höhepunkt, in dem mit dem «Reichsausschuss für das deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan und die Kriegsschuldfrage» erstmals eine Einheitsfront der nationalen Opposition zustande kam³⁷⁵. Nicht zufällig fiel die Krisenphase der deutschen Friedensbewegung mit der Auflösungsphase des Weimarer Staates zeitlich zusammen. Nach 1929 gelang es nicht mehr, eine pazifistische Einheitsfront herzustellen.

Der Einfluss der organisierten Friedensbewegung in Deutschland auf die Politik des Reiches, auf die republikanischen Parteien und auf die allgemeine Öffentlichkeit war insgesamt gering. «Der deutsche Pazifismus blieb als Aussenseiter am Rande einer Gesellschaft, die ihre konservativen Grundstrukturen in Militär und Verwaltung, in Wirtschaft und Justiz bewahrte. Sie zu verändern oder zu überwinden überstieg... seine Kräfte, so dass er in der marginalen Position verblieb, mit der er sich schon im Wilhelminischen Staat hatte bescheiden müssen³⁷⁶.» Es war nicht gelungen, die Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht breiter Bevölkerungsschichten unmittelbar nach Kriegsende für die reflektierte Zielsetzung der organisierten Friedensbewegung fruchtbar zu machen.

Nachdem es 1929 zum Bruch zwischen der gemäßigten und der radikalen Richtung innerhalb des deutschen Pazifismus gekommen war, geriet die von den Radikalen geführte Deutsche Friedensgesellschaft zunehmend in die Isolation. Der Weg einer politischen Wirkung über die republikanischen Parteien war ihr fortan versperrt. Und die radikalen Pazifisten haben ihrerseits nicht dazu beigetragen, der grössten republikanischen Partei, nämlich der SPD, in den Jahren 1930-1933 den Rücken zu stärken. Die DFG nahm zunehmend den Charakter einer ausserparlamentarischen Linksopposition an, die sich im Kampf gegen den als verhängnisvoll empfundenen Kurs der Sozialdemokratie verzehrte. Die pazifistisch orientierten Splittergruppen «Radikaldemokratische Partei» und «Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands», 1930 beziehungsweise 1931 gegründet, gelangten über einflusslose Minderheitenpositionen nicht hinaus. Die Mitgliederzahl der DFG schmolz in den Jahren 1932/33 auf einige Tausend zusammen. In der Schlussphase der Weimarer Republik ging von pazifistischen Versammlungen keine Werbekraft mehr aus. Die Pazifisten gehörten jetzt zu den bestgehassten Leuten. Da sie früher als andere mit dem Krieg rechneten und schon im Herbst 1929 die Parole «Das Dritte Reich ist der Krieg³⁷⁷!» ausgegeben hatten, waren sie eine Zielscheibe für die permanente Kritik der «nationalen Opposition». Bezeichnenderweise wurde die Deutsche Friedensgesellschaft samt ihren Unterorganisationen bereits in der ersten Märzhälfte des Jahres 1933 zerschlagen. Ihre führenden Vertreter wurden entweder verhaftet oder um ihre bürgerliche Existenz gebracht, indem man sie aus ihren Lehrämtern vertrieb. Viele von ihnen endeten in Konzentrationslagern.

375 Ebd., S. 495f.

376 Ebd., S. 559f.

377 Ebd., S. 542.

9. Abstrakte Warnungen vor imperialistischen Kriegsgefahren: KPD und Komintern

In ihrem Wahlprogramm vom August 1930 proklamierte die KPD die «nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes» und versprach, sie werde, sollte sie in den Besitz der Regierungsmacht gelangen, den Versailler Vertrag zerreissen, Deutschlands internationale Schulden und Reparationszahlungen annullieren und die durch Versailles verlorenen Gebiete einem Sowjetdeutschland eingliedern³⁷⁸. Mit dieser revisionspolitischen und geradezu nationalistischen Wahlaussage führte die KPD in ihre ansonsten international und revolutionär ausgerichtete Politik eine national-kommunistische Propagandalinie ein. Ihr lag die Erkenntnis zugrunde, dass die NSDAP nicht zuletzt wegen ihrer demagogischen Verquickung von Nationalismus und Sozialismus erheblichen Einfluss zu gewinnen drohte. «Praktisch lief dies auf die Bildung einer ideologischen Front *mit* den Nationalsozialisten *gegen* die republikanischen Parteien hinaus, die sich ausserpolitisch der Erfüllungspolitik verschrieben hatten³⁷⁹.»

Die nationalistischen Parolen der deutschen Kommunisten bedeuteten nicht, dass die KPD eine aggressive Macht- und Revisionspolitik nach dem Muster der nationalistischen Rechten der Weimarer Zeit betreiben wollte, sondern sie waren in erster Linie ein taktisches Manöver, mit dessen Hilfe der Massenzulauf zur NSDAP gestoppt werden sollte. Gleich wohl passte der KPD eine deutsche Machtpolitik, die den Konflikt Deutschlands mit den Westmächten heraufbeschwor, weit eher ins Konzept als die sogenannte Erfüllungspolitik der republikanischen Parteien. Der Grund dafür ist in ihrer seit Mitte der zwanziger Jahre vollständigen Abhängigkeit von den ausserpolitischen Interessen und Bedürfnissen der Sowjetunion zu suchen. Ohne diesen Zusammenhang kann die Politik der KPD in der Zwischenkriegszeit nicht verstanden werden.

Für die sowjetischen Politiker und Diplomaten war eine antisowjetische Koalition der kapitalistischen Staaten des Westens geradezu ein Alptraum. Als Schüler Lenins und seiner Lehre von der Unvermeidbarkeit neuer Kriege in der Epoche des Imperialismus glaubten die sowjetischen Führer, dass Verschärfungen kapitalistischer Krisen sowohl kriegerische Konflikte zwischen den Ländern mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung hervorrufen würden als auch zu Aggressionen gegen die Sowjetunion führen mussten. Sie waren davon überzeugt, dass die Existenz der Sowjetunion eine Verlagerung des Klassenkampfes von der nationalen auf die internationale Ebene mit sich gebracht hatte. Die praktische Konsequenz der These von der Unvermeidbarkeit des Krieges war, dass die als Sprachrohr sowjetischer Interessen fungierende Kommunistische Internationale (Komintern) von allen Mitgliedsparteien verlangte, in ihrer Programmatik und prakti-

378 Programmtext in: Der deutsche Kommunismus, S. 58ff.; vgl. auch die Kritik Trotzki's an der nationalkommunistischen Linie. ebd., Dok. 95. S. 302f.

379 Duhnke, Die KPD, S. 21.

chen Politik der Verteidigung der Sowjetunion unbedingte Priorität einzuräumen. Dieses Thema bildete einen der Schwerpunkte der Debatten auf dem VI. Weltkongress der Komintern, der im Herbst 1928 in Moskau stattfand und der aufgrund der prognostizierten Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus einen ultralinken Kurs einleitete (forcierter Kampf für den Sieg der Revolution in der ganzen Welt)³⁸⁰. Nikolai Bucharin, der für das Exekutivkomitee der Komintern (EKKI) über die internationale Lage referierte, sprach die Warnung aus, der bunte Wechsel der Beziehungen der kapitalistischen Staaten untereinander dürfe nicht verschleiern, dass die Kräftegruppierung gegen die Sowjetunion die Haupttendenz der Entwicklung darstelle³⁸¹. Die Kriegsgefahr – womit die Gefahr eines Krieges der kapitalistischen Länder gegen die Sowjetunion gemeint war – sei die zentrale Frage und der Kernpunkt der gesamten internationalen Situation³⁸².

Die von Bucharin verkündete Propagandarichtlinie machte die rein ideologische Ableitung der These eines bevorstehenden imperialistischen Krieges besonders deutlich: «Wir brauchen nicht eine wirre Häufung von Tatsachen, sondern aus allen Tatsachen und aus allen sich entwickelnden Tendenzen muss das zentrale Moment, das zentrale Problem der Kriegsgefahr herausgeschält werden³⁸³.» Noch allgemeiner und dogmatischer äusserte sich der englische Komintern-Delegierte Bell über die Ursachen und Voraussetzungen «des» Krieges: «Alle Kommunisten verstehen, dass Kriege im Rahmen des kapitalistischen Systems unvermeidlich sind und dass ihre Ursachen in der imperialistischen Rivalität um die Rohstoffquellen und um die Absatzmärkte, im Kampf um die Sicherung der Kapitalinvestierungsmöglichkeiten liegen³⁸⁴.» Auf dem Komintern-Kongress war man sich darüber einig, dass die imperialistischen Länder Grossbritannien, USA, Frankreich, Italien und Deutschland trotz ihrer antagonistischen Beziehungen untereinander einen gemeinsamen Feind hätten, der die Perspektive eines neuen Krieges bestimmte, nämlich den proletarischen Staat der Sowjetunion.

Im Gegensatz zu dieser Theorie von der Unvermeidbarkeit eines neuen Krieges verdammten die Kommunisten in ihrer Tagespropaganda moralisierend alle Kriege und stellten sich selbst als Bannerträger des Friedens dar. Das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, der «Vorwärts», nahm diesen offensichtlichen Widerspruch in einer Auseinandersetzung mit den Thesen des VI. Komintern-Kongresses aufs Korn und kritisierte die «neuaufgewärmte alte vulgärmarxistische» Unausweichlichkeits-Theorie: «Wenn aber ein Krieg kommen wird, so ist auch die weitere Entwicklung unvermeidlich: der imperialistische Krieg bringt den Bürgerkrieg, die Weltrevolution und den Sieg

380 Vgl. Flechtheim, Die KPD, S. 249 ff.

381 Protokoll 6. Komintern-Kongress 1928, Bd. 1, S. 39 f.; vgl. auch das Programm der Kommunistischen Internationale von 1928, in: Der deutsche Kommunismus, Dok. 4, S. 46ff., bes. S. 52 ff.

382 Protokoll 6. Komintern-Kongress 1928, Bd. 1, S. 526; vgl. auch S. 531 f.

383 Ebd., S. 536.

384 Ebd., S. 560.

des Rätessystems in der ganzen Welt mit sich! Es lebe die Weltrevolution oder richtiger – da das erst der zweite Akt ist – es lebe der Krieg³⁸⁵!» Obwohl diese Interpretation der Unvermeidlichkeits-These von kommunistischer Seite vehement bestritten wurde, lag sie in der Tat in der Logik dieser Theorie. Fest stand auch, dass die kommunistische Losung des «Kampfes gegen den imperialistischen Krieg» keinen pazifistischen Charakter hatte. Sie wurde vielmehr ausdrücklich vom Pazifismus abgehoben und unmittelbar mit dem Aufruf zum Kampf für die proletarische Revolution verbunden³⁸⁶; denn seit der revolutionären Entwicklung in Russland 1917/18 wusste man um die Wirksamkeit der Friedenspropaganda als Mittel zur Auslösung der proletarischen Revolution. Auch in der Folgezeit wurde daher das Schlagwort «Kampf gegen den Krieg» im Sinne von Kampf für die revolutionären Ziele des internationalen Kommunismus verwendet, was sich unzweideutig in der Losung «Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg»³⁸⁷ ausdrückte.

Zugleich verfolgte die kommunistische Antikriegspropaganda das strategische Ziel, den für unvermeidlich gehaltenen imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion so lange wie möglich hinauszuzögern³⁸⁸. So erklärte beispielsweise Stalin auf dem XV. Parteitag der KPdSU im Oktober 1927, angesichts der Tatsache, dass die Politik der Vorbereitung für einen Krieg gegen die UdSSR im westlichen Lager weitergeführt werde, hänge für die sowjetische Aufbaupolitik sehr viel davon ab, «den Krieg mit der kapitalistischen Welt hinauszuzögern, der unvermeidlich ist, den man aber hinauszögern kann», bis die Sowjetunion günstigeren Bedingungen gegenüberstehe³⁸⁹. Das in dieser Äusserung zum Ausdruck kommende Wissen um die fehlende Kriegsbereitschaft der Sowjetunion war der bestimmende Faktor der aussenpolitischen Anstrengungen des Sowjetstaates während der gesamten Stalin-Ära³⁹⁰. Es bildete auch die Grundlage der in den Jahren 1934–1938 von der Sowjetunion verfolgten Politik der kollektiven Sicherheit in Europa (Beitritt zum Völkerbund 1934, Beistandspakte mit Frankreich und der Tschechoslowakei 1935) und ihrer Ablehnung der Appeasement-Politik, hinter der sie den Versuch Englands und Frankreichs vermutete, den Expansionsdrang des faschistischen Deutschlands gegen die Sowjetunion abzulenken.

Vor dem Hintergrund der Komintern-These von der Unvermeidlichkeit eines neuen imperialistischen Krieges und der Furcht vor einem Angriff gegen die Sowjetunion sind auch die massiven Angriffe zu sehen, die von deutschen Kommunisten gegen die SPD wegen ihrer um friedlichen Ausgleich und eine verstärkte Westorientierung bemühten

385 «Vorwärts» vom 27. Juli 1928, zit. in: Protokoll 6. Komintern-Kongress 1928, Bd. 1, S. 528.

386 Faschismus, S. 7f. und 77ff.; vgl. auch Protokoll 6. Komintern-Kongress 1928, Bd. 1, S. 79, 234 und 568ff.; und Flechtheim, Die KPD, S. 329.

387 Programm der Kommunistischen Internationale von 1928, in: Der deutsche Kommunismus, Dok. 4, S. 56.

388 Vgl. Lenin, Werke, Bd. 31, S. 452; Stalin, Werke, Bd. 10, S. 44.

389 Stalin, Werke, Bd. 10, S. 250.

390 Vgl. Duhnke, Die KPD, S. 300; Allard, Stalin, S. 7ff.

Aussenpolitik gerichtet wurden. Der deutsche KP-Führer Ernst Thälmann äusserte auf dem Moskauer Kongress von 1928, die konterrevolutionäre Sozialdemokratie sei dazu übergegangen, den Kapitalismus in allen Fragen zu unterstützen und sich vollkommen mit den Kriegsoperationen der kapitalistischen Bourgeoisie gegen die Sowjetunion zu solidarisieren; ja er verstieg sich sogar zu der Behauptung, die Sozialdemokratie sei «der treibende Faktor in der Linie der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion». Daher sei der Kampf der Kommunisten gegen den imperialistischen Krieg ein Kampf gegen die eigene Bourgeoisie und gegen die Sozialdemokratie³⁹¹. Auf dem 12. Parteitag der KPD im Juni 1929 beschimpfte Thälmann die deutsche Sozialdemokratie erneut als den aktivsten Vorkämpfer des deutschen Imperialismus und seiner Kriegspolitik gegen die Sowjetunion³⁹².

Die Frage, welche Kriegsabsichten die führenden Nationalsozialisten verfolgten, spielte in der kommunistischen Einschätzung der weltpolitischen Situation nahezu keine Rolle. Da nach der Theorie die Unvermeidbarkeit neuer Kriege feststand, waren die Absichten bestimmter Politiker oder bestimmter Parteien der kapitalistischen Länder eine vergleichsweise nebensächliche Angelegenheit. Eine rechtzeitige und intensive Beschäftigung mit der NSDAP und ihren Expansionszielen wurde überdies durch die kommunistische Faschismustheorie verhindert. Die Kommunisten setzten «faschistisch» mehr oder weniger mit nichtkommunistisch gleich, was unter anderem zu der abstrusen Annahme führte, die Sozialdemokratie bilde den linken und die NSDAP den rechten Flügel des «Faschismus». Die bereits auf das Jahr 1924 zurückgehende Verteufelung der Sozialdemokraten als «Sozialfaschisten»³⁹³ machte nicht nur die ganze Absurdität des kommunistischen Faschismusbegriffs deutlich; sie verhinderte zugleich jedes auch nur partielle Zusammengehen von SPD und KPD gegen die wirklichen Faschisten und musste auch die späteren Einheitsfront-Angebote von Vorherein zum Scheitern verurteilen.

Seit 1928 operierten die Kommunisten mit einer pauschalen Gleichsetzung von demokratisch und faschistisch. Ebenso pauschal identifizierten sie die Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie mit «Krieg ohne Waffenstillstand gegen die breiten Massen im Innern der kapitalistischen Länder» und mit «ständig steigender Gefahr des Krieges unter den Völkern»³⁹⁴. Am 15. Juni 1930 erklärte das Politbüro der KPD³⁹⁵, der Faschismus in Deutschland beschränke sich «keinesfalls auf die faschistischen Kampf- und Mordorganisationen, die Nationalsozialisten, den Stahlhelm usw.», sondern er schliesse

391 Protokoll 6. Komintern-Kongress 1928, Bd. 1, S. 16 f. und 302. Ebenso Programm der Kommunistischen Internationale von 1928, in: Der deutsche Kommunismus, Dok. 4, S. 56.

392 Protokoll XII. Parteitag der KPD (1929), S. 72. Vgl. auch Duhnke, Die KPD, S. 28 f. und 298ff.; und Flechtheim, Die KPD, S. 258ff.

393 Protokoll 5. Komintern-Kongress 1924. Zu Stalins These vom Sozialfaschismus siehe Stalin, Werke, Bd. 6, S. 252 f.; weitere Dokumente in: Der deutsche Kommunismus, S. 182-190. Vgl. auch Bahne, Sozialfaschismus, S. 211 ff.

394 Faschismus. S. 87.

395 Resolution des Politbüros in: Der deutsche Kommunismus, Dok. 44, S. 150f.

«alle wichtigen bürgerlichen Parteien» sowie die «sozialfaschistischen Agenten» des bürgerlichen Staatsapparates ein. Die Regierung Brüning galt bereits als «offener Faschismus», und der sozialdemokratisch geführten preussischen Regierung Braun/Severing wurde ebenfalls ein «faschistischer Kurs» unterstellt³⁹⁶. Wenn die KPD also von antifaschistischem Kampf sprach, so meinte sie damit Kampf gegen alle als konterrevolutionär eingeschätzten Parteien³⁹⁷, das heisst, gegen alle nicht-kommunistischen Parteien, vorweg und in erster Linie gegen die Sozialdemokratie. Sie war der Hauptgegner; die Nationalsozialisten dagegen galten nur als der «zweite Hauptfeind der deutschen Arbeiterklasse»³⁹⁸. Selbst nach dem rasanten Aufstieg der NSDAP in den Jahren 1930-1932 revidierte die KPD ihre Taktik nicht und zog eine Einheitsfront mit den Sozialdemokraten gegen die Hitler-Partei nicht ernstlich in Betracht. Weder die seit Mai 1932 propagierte «Einheitsfront von unten» noch die von den Kommunisten ins Leben gerufene «Antifaschistische Aktion» zielten auf eine gemeinsame Bekämpfung der Nationalsozialisten, sondern richteten sich gegen die sozialdemokratische Führung³⁹⁹.

Insgesamt führte die abstrakte und undifferenzierte Faschismus-Theorie der Kommunisten zu einer verhängnisvollen Fehleinschätzung des wirklichen, primär von der NSDAP repräsentierten deutschen Faschismus. Noch 1932 hielt die KP-Führung den Nationalsozialismus nicht für eine ernstzunehmende Gefahr⁴⁰⁰, sondern lediglich für eine sekundäre Erscheinung des allgemeinen Übergangs der Bourgeoisie zum Faschismus in der Endphase der kapitalistischen Entwicklung⁴⁰¹. Da bereits alle deutschen Regierungen zwischen 1928 und 1933 als «faschistisch» oder zumindest «halbfaschistisch» bezeichnet worden waren, wurde der wahre Charakter des Nationalsozialismus nicht erfasst. Damit hat die KPD zumindest indirekt den Aufstieg des Nationalsozialismus begünstigt. Jedenfalls hat sie vor 1933 so gut wie nichts zur Verhütung des Faschismus beigetragen.

Nach Wählerstimmen gerechnet, wuchs die KPD in der Endphase der Weimarer Republik zur drittstärksten deutschen Partei an. Im September 1930 wählten 4,6 Millionen

396 Thälmann, *Revolutionärer Ausweg*, S. 23. *Der deutsche Kommunismus*, Dok. 47, S. 157 f.

397 Zur Interpretation des Faschismus als Konterrevolution vgl. Komintern und Faschismus, S. 15-32. Pirker dokumentiert Artikel aus dem Organ der Komintern «Internationale Pressekorrespondenz» (*Inprekorr*) von 1921 bis 1933 und der Nachfolgezeitschrift «Rundschau» von 1933 bis 1940. Die NSDAP wurde von der KPD als «Faschismus (Nationalfaschismus)» bezeichnet. *Der deutsche Kommunismus*, Dok. 5, S. 58 ff.

398 Artikel in der *Inprekorr* Nr. 70 vom 19. August 1930. Dok. in: *Komintern und Faschismus*, S. 153f.; ebenso Allard, Stalin, S. 16ff.; vgl. auch die Dokumente in: Steinberg, *Widerstand*, S. 219 ff. Siehe auch die Erklärung des Zentralkomitees der KPD zu den Betriebsrätewahlen 1930: «Kommunist sein heisst Todfeind des Sozialfaschismus sein.» Erklärung in: *Der deutsche Kommunismus*, Dok. 57, S. 186 f.

399 Duhnke, *Die KPD*, S. 51. Vgl. *Der deutsche Kommunismus*, Dok. 61, S. 194f. Diese Politik der KPD wird dokumentiert in: Weber, *Hauptfeind Sozialdemokratie*.

400 Vgl. die Thälmann-Rede vor dem ZK der KPD im Februar 1932, in: *Der deutsche Kommunismus*, Dok. 47, S. 157f.

401 Duhnke, *Die KPD*, S. 51.

KPD, im November 1932 sogar 5,9 Millionen (zum Vergleich: SPD 7,2 Millionen; NSDAP 11,9 Millionen). Da sich die Warnungen der KPD vor imperialistischen Kriegsfahren jedoch, wie erwähnt, nicht speziell gegen die NSDAP richteten, sondern gegen den Kapitalismus und gegen alle bürgerlichen Parteien einschliesslich der SPD, darf mit Sicherheit angenommen werden, dass die Antikriegspropaganda der KPD den Nationalsozialisten nicht geschadet hat, weil niemand veranlasst wurde, diesen Bezug herzustellen. Präzise Warnungen der KPD vor einer nationalsozialistischen Kriegspolitik gab es vor 1933 nur vereinzelt⁴⁰².

Stalin und mit ihm die Sowjetregierung und die Komintern wussten spätestens seit 1933 aufgrund der Lektüre von «Mein Kampf» von den Expansionsplänen Hitlers⁴⁰³. Ein Mitarbeiter der Zeitschrift «Kommunistische Internationale» sagte in einer 1933 publizierten Analyse der Aussenpolitik Hitlers den Angriff Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion voraus, wobei er sich ausdrücklich auf «Mein Kampf» bezog⁴⁰⁴. Auch die KPD erkannte nach 1933, dass das konkrete faschistische Regime Deutschlands (und nicht die abstrakte imperialistische Welt der westlichen Länder) eine Kriegspolitik betrieb, und propagierte daher Massnahmen gegen den Krieg, wobei sie sich allerdings über Jahre hinweg nicht eingestehen wollte, dass sie als in die Illegalität gedrängte und verfolgte Partei kaum noch Einflussmöglichkeiten zur Verhinderung der Katastrophe hatte.

Die Kommunisten waren entschiedene Gegner eines imperialistischen, das heisst von den kapitalistischen Ländern ausgehenden Krieges gegen die Sowjetunion, weil in einem solchen Krieg der «erste sozialistische Staat» vernichtet zu werden drohte. Diese Kriegsgegnerschaft hatte allerdings, wie bereits gezeigt wurde, nichts mit Pazifismus zu tun. Sie war überdies durchaus nicht gleichbedeutend mit einer generellen Ablehnung der Gewalt als Mittel der Politik. Auch für deutsche Kommunisten stand dogmatisch fest, dass künftige Revolutionen nach dem Schema der russischen Oktober-Revolution verlaufen würden, und das bedeutete, dass auch Gewalt eine Rolle spielen werde⁴⁰⁵. Gerade in der Endphase der Weimarer Republik entwarf die KPD von sich selbst das Bild einer revolutionären Partei, der an den Spielregeln der bürgerlichen Republik nichts gelegen war und die jedenfalls in ihrer Ideologie die Gewalt als Mittel zum Zwecke der Errichtung einer klassen- und gewaltlosen Gesellschaft bejahte⁴⁰⁶. So erklärte beispielsweise der 1929 in Berlin von Kommunisten veranstaltete Internationale Antifaschisten-Kongress, der Kampf gegen den Faschismus müsse auf allen Ge-

402 Thälmann warnte 1932, wer Hitler wähle, wähle den Krieg. Vgl. S. 137. Grundsätzlich andere Sicht in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 10.

403 Lange, Hitlers unbeachtete Maximen, S. 131 ff.; Allard, Stalin, S. 30.

404 Zit. nach Duhnke, Die KPD, S. 304.

405 Im Programm der Kommunistischen Internationale von 1928 hiess es: «Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnungen.» Der deutsche Kommunismus, Dok. 4, S. 57.

406 Flechthelm, Die KPD, S. 326ff.; neuerdings Bahne, Gewaltproblem, S. 683.

bieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens rücksichtslos geführt werden, «ohne auf irgendein Kampfmittel, einschliesslich der bewaffneten revolutionären Massenaktion, zu verzichten»⁴⁰⁷. Weiter erklärte der Kongress, der Sturz und die Vernichtung des Faschismus sei nicht anders denkbar als «durch den gewaltsamen Umsturz und die vollständige Zerstörung der Gesellschaftsordnung, deren Resultat und Ausdruck der Faschismus ist: der verfaulenden kapitalistischen Gesellschaft»⁴⁰⁸. Es bleibt jedoch eine Tatsache, dass dieses revolutionäre Gebaren, zumindest was die Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes betraf, eher Mythos als Wirklichkeit war⁴⁰⁹. Die KPD hat weder in den Monaten vor dem 30. Januar 1933 noch danach irgendwelche Vorbereitungen zu einem bewaffneten Aufstand getroffen. Einen wirkungsvollen Widerstand gegen die an die Schalthebel der Regierungsmacht gekommenen Nationalsozialisten vermochte sie ebensowenig zu leisten wie die SPD. Nach dem Reichstagsbrand gelang es selbst den Nationalsozialisten nicht, der KPD einen Plan zum bewaffneten Aufstand nachzuweisen⁴¹⁰.

Der halb-militärische Rote Frontkämpferbund (RFB), der 1924 gegründet worden war und seit seinem Verbot 1929 illegal weiterexistierte, verfügte zwar über Waffen und war offenbar auch wie Teile der sozialdemokratisch orientierten «Eisernen Front» widerstandsbereit⁴¹¹; aber seine Funktion war nicht der bewaffnete Kampf, sondern in erster Linie die Verbreitung des Gedankens der proletarischen Wehrhaftigkeit und der Schutz kommunistischer Versammlungen und Kundgebungen⁴¹².

Mitglieder der KPD und des RFB beteiligten sich an fast allen Saal- und Strassenschlachten, die in der Endphase der Weimarer Republik zu einem festen Bestandteil der Wahlkämpfe gehörten. Allerdings verurteilte die Komintern bereits Ende 1930 den physischen Kampf gegen die Nationalsozialisten als «sektiererisch», was dann zu jener Anti-Terror-Resolution der KPD vom 10. November 1931 führte, in der Einzelterror gegen die Faschisten, sinnlose Einzelaktionen und bewaffnete Einzelüberfälle verurteilt wurden. Gemäss den Anweisungen der Komintern sollte die wichtigste Kampf methode gegen den Nationalsozialismus der ideologische Kampf sein, mit der Folge, dass KPD-Führer in NSDAP-Versammlungen erschienen, um dort kommunistische Positionen zu vertreten⁴¹³.

Die KPD hat mit ihrer These von der Unvermeidbarkeit imperialistischer Kriege zwar nicht unbedingt eine kriegsfördernde, aber doch auch keine kriegsverhindernde, sondern

407 Faschismus, S. 79.

408 Ebd., S. 80.

409 Duhnke, Die KPD, S. 13 ff.

410 Mommsen, Reichstagsbrand, S. 391 ff.

411 Duhnke, Die KPD, S. 43 f.

412 Herbell, Staatsbürger, S. 282f. Schuster, Frontkämpferbund, bes. S. 236ff., der das Schreckgespenst eines bewaffneten kommunistischen Aufstandes als «Popanz» und «Legende» bezeichnet. Vgl. auch den Gründungsaufwurf von 1924 in: Der deutsche Kommunismus, Dok. 20, S. 93 f.

413 Duhnke, Die KPD, S. 21 f. und 34. Zur Anti-Terror-Resolution auch Flechtheim, Die KPD, S. 279.

eher eine fatalistische Ideologie verbreiten helfen. Sie verkündete, nach den ehernen unabänderlichen Gesetzen der Geschichte werde die Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie auf dem ganzen Erdball in einer Serie von blutigen Bürgerkriegen, Revolutionen, Aufständen und Völkerkriegen gestürzt und dann von der Herrschaft der Kommunisten abgelöst werden⁴¹⁴. Auch die ideologische Rechtfertigung der Gewalt als Mittel zur Schaffung einer gewaltfreien Gesellschaft hat der Idee eines gewaltfreien Konfliktaustrags kaum Vorschub geleistet.

10. Die Welle der Kriegsbücher und Kriegsfilme seit 1929

Ein tiefgreifender Umschwung in der politischen Stimmungs- und Bewusstseinslage breiter Bevölkerungsschichten pflegt sich auch in der literarischen und filmischen Produktion sowie in einem veränderten Verhalten der Literatur- und Filmkonsumenten niederzuschlagen. Und umgekehrt lässt sich sagen: Wenn Bücher und Filme mit einer bestimmten politischen Tendenz von einem relativ genau fixierbaren Zeitpunkt an auf das Interesse eines Massenpublikums stossen, so kann dies als Indiz für eine Trendwende in der politischen Stimmungslage gelten.

Schon den Zeitgenossen der späten Weimarer Jahre blieb nicht verborgen, dass Deutschland damals von einer Welle nationalistischer Kriegsbücher und Kriegsfilme überschwemmt wurde und dass damit zugleich ein Niedergang von Kulturprodukten mit pazifistischer Tendenz einherging. Lässt sich aus der Rückschau Genaueres über das Ausmass dieser Trendwende ermitteln?

Nach dem Machtantritt Hitlers erschienen im Ausland Publikationen über Hitlers Geheimrüstungen sowie seine Kriegsvorbereitungen auf ideologischem Gebiet⁴¹⁵. Darin wurde auch auf die Entwicklung der Literatur seit dem Januar 1933 eingegangen.

Die englische Journalistin Dorothy Woodman⁴¹⁶ schrieb im Jahre 1934: «Der Kriegsbücher ist kein Ende. Es ist unmöglich, die Titel dieser Bücherflut auch nur annähernd aufzuführen⁴¹⁷.» Zu registrieren sei die vollständige Ächtung des kriegsgegnerischen Schrifttums und im Gegenzug eine «Militarisierung der literarischen Produktion». In ihrem 1936 veröffentlichten Buch über «Hitlers Krieg gegen die Friedenskämpfer in Deutschland» legte Woodman eine genaue Analyse vor⁴¹⁸. Sie errechnete, dass sich die Zahl der Neuerscheinungen auf dem Gebiet der «kriegswissenschaftlichen» Literatur

414 Flechtheim. Die KPD, S. 329.

415 Hitler treibt zum Krieg (1934); Hitlers Luftflotte startbereit (1935); Das deutsche Volk klagt an (1936).

416 Den Hinweis, dass Dorothy Woodman nicht ein Pseudonym für den emigrierten Publizisten Herbert H. Schreiber, Mitglied der KPD, war, wie Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 464, schreibt, sondern dass Woodman eine bei der Zeitung «New Statesman» angestellte Journalistin war, verdanke ich Prof. F. L. Carsten, London.

417 Hitler treibt zum Krieg, S. 432 ff.

418 Das deutsche Volk klagt an, S. 54 f.

in den Jahren 1932 bis 1935 mehr als verdoppelt hatte. Für 1932 wurden 198 Neuererscheinungen gezählt, für 1933 256, für 1934 385 und für 1935 433. Die Schlussfolgerung lag nahe: «Der ‚Wehrgeist‘, der Kriegsgeist, der Kriegswille sollen im deutschen Volke genährt und angestachelt werden, während die Machthaber offiziell die Welt mit dem Gaukelspiel ihrer ‚Friedensliebe‘ zu betören versuchen.»

In der gegebenen politischen Situation kam es kritischen Zeitgenossen wie dieser Engländerin verständlicherweise darauf an, eine internationale Öffentlichkeit anhand der auf gezeigten Daten vor den längerfristigen Absichten des NS-Regimes zu warnen. Die Entwicklung der literarischen Tendenzen vor 1933 war im Kontext dieser konkret-politischen Zielsetzung vergleichsweise bedeutungslos.

Obgleich unter entgegengesetzten politischen Vorzeichen geschrieben, bestätigt auch eine Dissertation aus dem Jahre 1936, die «Das Gemeinschaftserlebnis in der Kriegsliteratur» behandelt und auf etwa 400 einschlägige Titel verweist⁴¹⁹, die oben erwähnte Trendwende. Der Autor beschäftigte sich mit denjenigen Schriften, bei denen sich der «innere Zusammenhang zwischen dem Erlebnis der Frontgemeinschaft und unserer heutigen Volksgemeinschaft» nachweisen liess und die er scharf gegen die «Erzeugnisse der Kaffeehausliteraten, Fahnenflüchtigen und Volksfremden», also gegen die Kriegsliteratur mit pazifistischer Tendenz, abgrenzte⁴²⁰. Seiner umfangreichen Sammlung militaristischer Frontliteratur entnahm der Verfasser, dass die Flut des Kriegsschrifttums im Jahre 1915 einen Höhepunkt erlebte, jedoch schon 1916 allgemein nachliess. Dieser «Stillstand» habe dann etwa bis 1928 angedauert, und erst danach sei eine neuerliche Flut des Kriegsschrifttums zu beobachten, angeblich hervorgerufen durch den Versuch «volksfremder Literaten», wie z.B. Remarque, «das Andenken der Toten des Weltkrieges zu besudeln»⁴²¹.

Eine Analyse der dieser Dissertation beigefügten Bibliographie ergibt hinsichtlich der Entwicklung des nationalsozialistischen Kriegsschrifttums folgendes Bild: In den Jahren 1916 bis 1928 blieb die Anzahl der von Lutz aufgenommenen Titel mit durchschnittlich zehn pro Jahr ungefähr gleich. Nach 1929 steigt die Kurve steil an, erreicht 1930 einen ersten und 1933 einen zweiten Höhepunkt. In den Jahren 1929 bis 1933 lag die Zahl der Titel durchschnittlich erheblich höher als im Kriegsjahr 1915. Im Friedensjahr 1933 waren es doppelt so viele wie 1915.

Eine Auswertung⁴²² des einschlägigen Schrifttums anhand der Deutschen Bücherverzeichnisse für die Jahre 1925 bis 1935 bestätigt in eindrucksvoller Weise, dass sich der militaristische und antipazifistische Trend in der Literatur bereits mehrere Jahre vor Hitlers Regierungsantritt durchgesetzt hatte. Die Zahl der Kriegsbücher stieg von etwa

419 Lutz, Gemeinschaftserlebnis, S. 20,85,92.

420 Ebd., S. 10f.

421 Ebd., S. 11 und 95.

422 Eigene Berechnungen, die auf einer aufwendigen Auszählung mehrerer tausend Titel beruhen.

200 im Jahre 1926 auf etwa 300 im Jahre 1929 und mehr als 400 im Jahre 1930, fiel dann 1931 und 1932 auf etwa 300 zurück und erreichte mit jeweils mehr als 500 in den Jahren 1933 bis 1935 einen absoluten Höhepunkt. Betrachtet man speziell jene Titel, die sich mit «Wehrfragen» auseinandersetzten, so ergibt sich eine von 1929 bis 1935 kontinuierlich steil ansteigende Kurve (von unter 10 auf mehr als 50)⁴²³. Die Anzahl der mit zukünftigen Kriegen befassten Schriften war in den Jahren 1930 bis 1932 besonders hoch. Dagegen lief die Entwicklung der Bücher zur Friedenspolitik, denen man pazifistische Tendenzen im weitesten Sinne unterstellen kann, genau umgekehrt. Hier fällt die Kurve von 1929 bis 1933 kontinuierlich ab. Seit 1933 wurde pazifistische Literatur in Deutschland nicht mehr verlegt. Bei der Bewertung dieser Zahlen muss zudem berücksichtigt werden, dass die pazifistisch orientierten Publikationen von der Anzahl der Titel her gesehen während der gesamten zwanziger Jahre ohnehin etwa um das Zehnfache hinter den Titeln des nationalistischen Kriegsschrifttums zurückblieben. Im Gesamtergebnis lässt sich also in den Jahren 1929/ 30 eine deutliche antipazifistische Trendwende in der Literatur feststellen.

Genau in diese Zeit fielen die Massenaufgaben der Literatur des sogenannten Soldatischen Nationalismus⁴²⁴. Werner Beumelburgs «Gruppe Bosemüller» erreichte 1930 auf Anhieb das 30. Tausend, 1933 das 65. (1935 das 90., 1940 das 170.). Sein Bestseller «Sperrfeuer um Deutschland» erreichte alleine 1930 eine Auflage von 100'000; 1931 wurde das 140. Tausend, 1932 das 150. und 1933 das 166. Tausend ausgeliefert (1935 das 216., 1938 das 328.). Edwin E. Dwingers Bücher erlebten ebenfalls Auflagen von mehreren Zehntausenden. Dasselbe gilt für die Schriften Ernst Jüngers, Franz Schauweckers, Franz Seldtes und anderer Vertreter des «Soldatischen Nationalismus» beziehungsweise der «Konservativen Revolution»⁴²⁵.

Allerdings erreichte auch Erich Maria Remarques «Im Westen nichts Neues» im Jahre 1930 eine Spitzenaufgabe von 1 Million Exemplaren im Inland und 2 Millionen Exemplaren im Ausland⁴²⁶. Dieser Roman war insofern ein Antikriegsbuch, als er eine ungeschminkte Reportage des Kriegsalltags bot und auf jedes Heldenpathos verzichtete. Gerade aus diesem Grunde rief er heftige Reaktionen im Lager der nationalistischen Rechten hervor. Dort empfand man ihn als einen massiven Angriff auf die «Ehre der Frontsoldaten». Schauwecker sprach vom «Kriegserlebnis des Untermenschen», und F.G. Jünger brachte seine Verachtung dadurch zum Ausdruck, dass er den Roman als ein Buch abkanzelte, «das nicht die heroischen Kämpfe der deutschen Heere darstellte, son-

423 1935 endete die militärpolitische Diskussion in der Öffentlichkeit, da das militaristische Gesellschaftskonzept in die Wirklichkeit umgesetzt war. So Hillgruber, *Grossmachtpolitik*, S. 41.

424 Die folgenden Angaben sind dem Deutschen Bücherverzeichnis, 15. bis 22. Bd., entnommen.

425 Vgl. Prümm, *Soldatischer Nationalismus*, S. 75. Dort findet sich eine Aufstellung der wichtigsten Kriegsbücher des Jahres 1930. Weitere Angaben im Deutschen Bücherverzeichnis.

426 Ebd.

dern sich in schwächlichen Klagen gegen den Krieg erging»⁴²⁷. Der Massenerfolg des pazifistischen Buches von Remarque blieb jedoch ein Einzelfall. Ereignisse im Spätjahr 1930 zeigten, dass die nationalistische Rechte, gestärkt durch den Triumph der NSDAP bei den Septemberwahlen 1930, auch diesen Einzelfall nicht hinzunehmen bereit war. Am 5. Dezember kam es anlässlich der Berliner Erstaufführung des Films «Im Westen nichts Neues» zu erregten Demonstrationen vor allem seitens der Nationalsozialisten⁴²⁸. Die Aufführung wurde gesprengt, und eine zweite musste abgesetzt werden. Wenige Tage später veranstaltete die NSDAP grosse öffentliche Protestkundgebungen gegen den Film. Auch die Frontkämpferverbände erhoben schärfsten Protest. Die Länder Sachsen, Bayern und Württemberg stellten bei der Filmoberprüfstelle in Berlin den Antrag, die Zulassung des Films zu widerrufen. Es kennzeichnet die gewandelte Situation, dass die Zensurbehörde dem Antrag entsprach und weitere Aufführungen des Films unter dem Vorwand verbot, er gefährde das deutsche Ansehen im Ausland.

Die Zentrumspartei, die mit Heinrich Brüning zu diesem Zeitpunkt den Reichskanzler stellte, unterstützte das Verbot. Brüning selbst, der seine Regierung als «Kabinett der Frontsoldaten»⁴²⁹ bezeichnete, hielt das Verbot ebenfalls für richtig, und zwar ausgerechnet im Hinblick auf den internationalen Frieden. Er meinte, solche Aufführungen verschärfen die Nervosität, und forderte, auch gegen andere pazifistische Filme und Theaterstücke müsse schärfer Front gemacht werden. Dass die sozialdemokratisch geführte preussische Regierung gegen das Filmverbot Stellung nahm, verurteilte Brüning als «sehr gefährlich nach aussen». Der Zentrumspartei empfahl er zudem, den neuen Formen («Umzüge, Kleinkaliberschiessen etc.») stärker Rechnung zu tragen⁴³⁰. Auch der dem Zentrum angehörende Reichsinnenminister Joseph Wirth⁴³¹ machte sich für das Verbot des Remarque-Films stark. Er glaubte, wie Brüning, «gewisse Gefühle schonen» und «Rücksicht auf gewisse Stimmungen nehmen» zu müssen.

Wie die Literatur, so war auch das Kino «Kriegsschauplatz», auf dem innenpolitische Konflikte ausgetragen wurden⁴³². Im deutschen Film waren seit 1930 Entwicklungstendenzen zu beobachten, die mit dem Boom der kriegsverherrlichenden Literatur durchaus parallel liefen. Der Film, der sich der Kritik sozialer Verhältnisse zuwandte und auch pazifistische Inhalte zu vermitteln suchte, musste zunehmend dem autoritären Film, dem «nationalen Epos», weichen, in dem Rebellen, Kriegshelden und Führer zu Leitbildern stilisiert wurden⁴³³. Typisch für diese letztgenannte Gruppe von Filmen waren die von Luis Trenker, in denen das Loblied kriegerischer Tugenden gesungen wurde

427 Sontheimer, Antidemokratisches Denken, S. 119 f.; vgl. auch Rohe, Reichsbanner, S. 143.

428 Schulthess 1930, S. 243; vgl. auch Kracauer, Caligari, S. 131; Sontheimer, Antidemokratisches Denken, S. 119f.; Reimann, Goebbels, S. 143f.

429 Bracher, Weimarer Republik, S. 468.

430 Protokolle Zentrumspartei, S. 500ff. (aus der Fraktionsvorstandssitzung am 12. Dezember 1930).

431 Ebd., S. 517 (aus einer Sitzung der Zentrumsfraktion am 20. Februar 1931).

432 Kracauer, Caligari, S. 138.

433 Ebd., S. 152-158, 164, 171 ff.

und für die im Übrigen charakteristisch war, dass Kriege als überpersönliche Ereignisse dargestellt wurden, mit denen man sich abzufinden habe. Der Filmhistoriker Kracauer urteilt⁴³⁴: «Trenkers Bergsteiger war der Typ eines Mannes, mit dem ein auf Kriege bedachtes Regime zuverlässig rechnen konnte.»

Die für den inländischen Massenkonsum hergestellten vaterländischen Kriegsfilm waren auch insofern ein Symptom für den Niedergang der Weimarer Republik, als sie autoritäre Strömungen unterstützten und, wie dies auch in der Literatur geschah, den Heroismus des Krieges propagierten. «Es besteht kein Zweifel, dass die Vorherrschaft autoritärer Anlehnungsbedürfnisse, wie sie im nationalen Epos der Jahre 1930-1933 zum Ausdruck kam, ein entscheidender Faktor zugunsten Hitlers war. Breite Schichten der Bevölkerung, darunter auch ein Teil der Geistigen und Gebildeten, waren seelisch bereits auf ein System abgestimmt, wie Hitler es ihnen dann bot.» In Deutschland wurde verwirklicht, was die deutschen Filme ahnen liessen: «Unaufhörlich ertönte das Schmettern der Trompeten, und der Kleinbürger fühlte sich aus dem Plüsch seiner Wohnstube in eine grössere Zeit entrückt. Schlachtenlärm dröhnte, und ein Sieg löste den anderen ab. Alles war so, wie man es im Film erschaut hatte⁴³⁵.»

Der oben belegte Tatbestand, dass der Aufstieg militaristischer und der Niedergang pazifistischer Tendenzen in Literatur, Film und anderen Sektoren des politisierten Kulturbetriebes bereits Ende der zwanziger, Anfang der dreissiger Jahre einsetzte, wurde mehrfach als Reaktion auf den sensationellen Erfolg des Remarque-Buches gedeutet⁴³⁶. Dieser Erklärungsversuch mag partiell richtig sein. Er greift aber insgesamt zu kurz, weil er die ideologische Entwicklung, soweit sie sich an der Literatur- und Filmproduktion sowie am Verhalten der Konsumenten ablesen lässt, nicht zurückbindet an die veränderten sozialökonomischen Bedingungen seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise. Denn es ist doch auffallend, wie exakt die Flut der rechtsgerichteten Kriegsbücher mit der ökonomischen Krise zusammenfiel und auf ein aufnahmeberechtigtes Publikum stiess. Mit einigem Recht lässt sich hieraus schlussfolgern, dass sich die Konsumenten dieser Literatur vom Pazifismus des «Systems», das heisst von der Verständigungspolitik der Weimarer Parteien, nichts mehr versprochen und für die Alternative autoritärer und machtpolitischer Lösungen empfänglich zu werden begannen.

Nach einer kurzen Phase des Sichabfindens mit der Republik übernahm zumal das Bürgertum in den letzten Weimarer Jahren Positionen, «die seine positiven liberalen Traditionen als schwächliche Ressentiments diffamierten und Gewalt und Brutalität als adäquate politische Mittel verherrlichten. Wie der konservativen Revolution⁴³⁷ erschien nun auch dem Bürgertum der demokratische Mechanismus als antiquiert und unangemessen. Es akzeptierte den verklärenden Rückblick auf den Krieg und seine Erhebung zum gesellschaftlichen Idealzustand⁴³⁷.» Aus diesem Grunde konnte jetzt jene Kultur-

434 Ebd., S. 171.

435 Ebd., S. 180f.

436 Lutz, Gemeinschaftserlebnis, S. 11; Sontheimer, Antidemokratisches Denken, S. 118.

437 Prümm, Soldatischer Nationalismus, S. 70 f.

produktion einen ausgesprochenen Boom erleben, in der Krieg, Gewalt und Führertum verherrlicht wurden. Daher war die geistige Waffe, die der «Soldatische Nationalismus» und andere Kriegsliteraten in der Form irrationaler, nationalistischer, autoritärer und heroischer Ideologien lieferten, jetzt gefragt. Denn sie suggerierten einfache Lösungen für die Bewältigung der wirtschaftlichen und politischen Krise und fungierten insoweit als ein Ersatz für die so sehr viel schwierigere Analyse der wirklichen Ursachen der ökonomischen und politischen Krisenerscheinungen und ihrer für jeden Einzelnen spürbaren Folgen. Der glorifizierenden Retrospektive auf den Krieg fiel eine kompensatorische Funktion zu: «Vor der als Negativität erfahrenen Gegenwart erschien der Krieg als gesellschaftlicher Idealzustand, der das gesamte Volk zu einer Einheit zusammenschmolz, gesellschaftliche Gegensätze nivellierte und in klaren autoritären Strukturen jedem seinen festen Platz zu wies. In einer bis zum Äussersten zugespitzten Krise ging von einem Rückgriff auf heroische kollektive Leistungen eine ungeheure emotionale Wirkung aus. Das Wiederanknüpfen an vergangene nationale Grösse in einem Augenblick persönlicher und sozialer Notlage überspielte die subjektive und kollektive Misere und hob das Standes- und Selbstbewusstsein⁴³⁸.»

Wie die geschilderten Trends deutlich machen, brachte das Jahr 1933 weder für pazifistische noch für militaristische Bücher und Filme eine grundlegende Veränderung der Marktsituation mit sich. Vielmehr handelte es sich um einen schon Jahre zuvor einsetzenden Stimmungsumschwung. Die faschistische Bewegung hat ihn nicht hervorgerufen, höchstens verstärkt, gewiss aber sich seiner bedient. Jene Flut von Büchern und Filmen militaristischer und nationalistischer Tendenz trug dazu bei, ein innenpolitisches Klima zu erzeugen, in dem die aggressivste und am entschiedensten gegen Demokratie, Sozialismus und Pazifismus agitierende politische Kraft, nämlich die NSDAP, in wenigen Jahren von einer Splittergruppe zur stärksten politischen Partei werden konnte. Die mit dem Jahre 1929 einsetzenden neuen Tendenzen in der Literatur- und Filmproduktion vervollständigen das Gesamtbild, das die Analyse der in den Parteien, den grossen Verbänden und den Kirchen am Ende der Weimarer Republik vorherrschenden ideologischen Strömungen – soweit sie die Rolle der Gewalt in der Politik betrafen – ergeben hat. In zeitlicher Parallelität zur Verschärfung der Wirtschaftskrise und zum ihr eng zusammenhängenden Verfall des parlamentarischen Regierungssystems wurden pazifistische Positionen zugunsten aktiv-gesinnungsmilitaristischer bis passiv-kriegsfatalistischer Positionen zurückgedrängt. Dabei drückte sich der Gesinnungsmilitarismus sowohl in der Verklärung des Kriegserlebnisses und soldatischer Tugenden aus als auch in Klageliedern über das Versagen der «pazifistischen» ersten deutschen Republik, als auch in der immer lautstärker vertretenen Forderung nach geistiger und materieller «Wiederwehrhaftmachung» sowie in aggressiv-nationalistischen und völkischen Parolen aller Art. Gewollt oder ungewollt spielte bei dieser Entwicklung jener theologisch oder geschichtstheoretisch begründete Fatalismus gegenüber künftigen Kriegen, der in

den Ideologien christlicher und kommunistischer Provenienz zu Hause war, eine Mitläuferrolle.

Eine konsequente Verständigungspolitik, also der ausdrückliche Verzicht auf Gewalt als Mittel der Aussenpolitik, hatte in Deutschland schon vor 1933 keine sich artikulierende Bevölkerungsmehrheit mehr hinter sich. Der Satz, dass Krieg ein legitimes Mittel der Politik sei, wurde als selbstverständlich hingenommen. Und wahrscheinlich waren jene als «militaristisch» und «kriegsfatalistisch» bezeichneten Ideologien in der deutschen Bevölkerung sogar noch weiter verbreitet als die antidemokratischen Ideen.

Es gibt keine verlässlichen Meinungsumfragen, die diesen Befund zweifelsfrei bestätigen könnten. Auch ist keiner der in den Jahren 1930-1933 geführten Reichstagswahlkämpfe unter primär aussenpolitischen Vorzeichen geführt worden. Der Wahlbürger war bei seiner Stimmabgabe also auch nicht vor die Alternative Krieg oder Frieden gestellt. Infolgedessen lassen sich die hier geschilderten Trends auch nicht in exakten Prozentzahlen ausdrücken, sondern nur als «vorherrschende ideologische Strömungen» charakterisieren.

Das Ergebnis lautet, dass die Verfechter einer Politik der Stärke in der Endphase der Weimarer Republik zunehmenden Widerhall fanden, zumal bei den bürgerlichen Mittelschichten. Damit soll nicht behauptet werden, eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung habe bereits 1933 Hitlers Kriegspläne unterstützt. Diese waren ja weithin unbekannt, da das programmatische Buch des NSDAP-Führers zu den ungelesenen Bestsellern gehörte. Wohl aber wird hier die These vertreten, dass eine Bevölkerungsmehrheit unter dem Einfluss der faschistischen, der reaktionär-monarchistischen wie der konservativ-nationalistischen Parteien und Verbände für eine (wie im Einzelnen auch immer geartete) Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens empfänglich war. Und diese Empfänglichkeit schloss zumindest die Duldung einer späteren Übertragung der Gewaltmethoden in die Aussenpolitik nicht aus.

Die Hitler-Regierung konnte angesichts dieser im Lager und bei den Anhängern der politischen Rechten verbreiteten Disposition davon ausgehen, dass ihre Politik der geistigen und materiellen «Wiederwehrhaftmachung» weit eher auf freudige Zustimmung denn auf Widerstand stossen würde. Wenn es gelang, dem bürgerlichen Pazifismus den Garaus zu machen und die für Frieden und Verständigung eintretenden Arbeiterorganisationen zu zerschlagen, so waren die Hindernisse beseitigt, die einer weiteren ideologischen Kriegsvorbereitung im Wege standen⁴³⁹. Hitler und seine Propagandisten glaubten sich sogar das Täuschungsmanöver einer mehrjährigen Friedenspropaganda⁴⁴⁰ leisten zu können, ohne befürchten zu müssen, dass sich die für gewaltsame Lösungen empfängliche Mentalität verflüchtigte.

439 Vgl. Kapitel III.

440 Vgl. Kapitel II/3 und 5. Vgl. jetzt auch die zusammenfassende Darstellung: Wette, *Difficult Persuasion*.

II. Die propagandistische Mobilmachung für den Krieg

1. Die nationalsozialistische Propaganda vor 1933

Nach dem gescheiterten Putschversuch in München vom November 1923 legte Hitler für die NSDAP eine neue Marschroute fest. Die Putschtaktik sollte abgelöst werden durch die Legalitätstaktik, also durch den an den Spielregeln des parlamentarischen Systems orientierten Kampf um die Regierungsgewalt im Reich. Wollte die NSDAP jedoch auf diese Weise an die Macht kommen, so musste sie zunächst das Image einer radikalen völkischen Splittergruppe abstreifen und sich eine Massenbasis verschaffen, die sich dann später in einer steigenden Anzahl von Parlamentssitzen niederschlagen konnte. Mit der politischen Aufgabe, «die unter den Bedingungen des parlamentarischen Staates nach links abwandernden Massen oder wenigstens einen nennenswerten Teil von ihnen nach rechts zurückzuziehen»¹, musste die NSDAP, sofern sie Erfolg hatte, zum eigentlichen Gegenspieler der sozialistischen und demokratischen Parteien werden. Deren politische und gewerkschaftliche Organisationsarbeit diente der Hitler-Partei denn auch als massgebliches Vorbild. Der politische Gegner sollte mit seinen eigenen Waffen geschlagen werden.

Das Ziel blieb die Vernichtung der Republik. Goebbels erklärte in einer Reichstagsrede vom 9. März 1929 in aller Offenheit, die NSDAP beabsichtige, «*das System an und für sich zu beseitigen* und nicht bloss krankhafte Erscheinungen irgendwie abzuschwächen»². Die durch die Weimarer Verfassung erzwungenen Kampfmethoden waren also taktisch motiviert. Man wollte nicht etwa mittels einer starken Repräsentanz im Reichstag konstruktive Politik machen, sondern das Parlament lediglich als eines von mehreren Mitteln benutzen, um das eigentliche Ziel zu erreichen, nämlich die Übernahme der gesamten Macht. Wie die demokratischen Parteien, so sollte auch das parlamentarische System mit seinen eigenen Waffen geschlagen werden.

Da sich aus der Legalitätstaktik die Notwendigkeit zur Mobilisierung einer Massenanhängerschaft ergab, musste sich das Schwergewicht der politischen Arbeit auf die Propaganda verlagern. Hitler, der die Bedeutung der Propaganda im innenpolitischen Kampf früh erkannte und der seine eigene propagandistische Begabung schon in der ersten Phase der Geschichte der NSDAP (1919-1923) unter Beweis gestellt hatte, beschäftigte sich während seiner Haft in Landsberg, als er sein Buch «Mein Kampf» schrieb, erneut ausführlich mit den Aufgaben und Methoden politischer Propaganda, wobei er

1 Alff, Faschismus, S. 22.

2 Goebbels, Revolution, S. 17.

sich immer wieder auf den Anschauungsunterricht berief, den ihm die Kriegspropaganda der Alliierten während des Weltkrieges 1914-1918 erteilt hatte. Hitler leitete aus diesen Erfahrungen einige Leitsätze³ ab: Propaganda müsse vornehmlich «auf das Gefühl gerichtet sein und nur sehr bedingt auf den sogenannten Verstand»; sie habe «volkstümlich zu sein und ihr geistiges Niveau einzustellen nach der Aufnahmefähigkeit der Beschränktesten unter denen, an die sie sich zu richten gedenkt»; damit werde «ihre rein geistige Höhe umso tiefer zu stellen sein, je grösser die zu erfassende Masse der Menschen sein soll»; mit wissenschaftlicher Belehrung habe Propaganda nichts zu tun; vielmehr müsse sie sich – da die Aufnahmefähigkeit der grossen Masse nur sehr begrenzt, das Verständnis gering, dafür jedoch die Vergesslichkeit gross sei – auf nur sehr wenige Punkte beschränken und diese schlagwortartig so lange verwerten, bis auch der Letzte unter einem solchen Worte das Gewollte sich vorzustellen vermöge. Bezüglich der Wirkungen einer formelhaften Sprache und des ständigen Wiederholens bestimmter Schlagworte hatte sich Hitler neben den Erfahrungen der alliierten Kriegspropaganda auch die Erkenntnisse der in den USA entwickelten Reklametechnik zunutze gemacht⁴. Die NS-Propagandisten waren es, die diese Erkenntnisse in die deutsche Politik einbrachten. Um zusammenzufassen: Auf wenige Schlagworte beschränken, den geistigen Anspruch niedrig halten, auf das gefühlsmässige Empfinden der Massen und ihre Schwerfälligkeit Rücksicht nehmen, Differenzierungen vermeiden und mit unermüdlicher Beharrlichkeit die einfachsten Dinge tausendfach wiederholen – darin lag für Hitler der Erfolg jeder politischen Propaganda begründet. Würde man diese Lehren beachten, so könne Propaganda zu einer «Waffe ersten Ranges» werden.

Damit war zugleich ein propagandistisches Gegenkonzept zu den Methoden der demokratischen und sozialistischen Parteien entwickelt, die sich in ihrer politischen Werbung seit jeher vornehmlich auf die Mittel rationaler Argumentation abgestützt hatten. Dies entsprach der aufklärerischen Traditionen verpflichteten Grundüberzeugung, dass auch in Wahlkampfzeiten die politische Bewusstseinsbildung im Vordergrund zu stehen habe, um den Wähler zu einer seinen eigenen Interessen entsprechenden politischen Willensbildung und Willensäusserung zu befähigen. Hiergegen setzte die nationalsozialistische Propaganda den gewollten Verzicht auf Erklärung und statt ihrer den Appell an das Irrationale, das demagogische Schüren wirtschaftlicher und politischer Ängste und das emotionsgeladene Freund-Feind-Klischee. Die NS-Propagandisten hielten diese Waffen für so stark, dass sie nicht einmal vorgaben, ihre eigene Politik auch rational begründen zu können. Hitler charakterisierte seinen diesbezüglichen Standpunkt auf einer Kundgebung im Jahre 1927 einmal folgendermassen:

3 Hitler, *Mein Kampf* (München 1939), Kapitel «Kriegspropaganda», insbes. S. 193ff. und 197f.

4 Ebd., S. 203; sowie Lukacs, *Zerstörung der Vernunft*, S. 573, und Winckler, *Funktion faschistischer Sprache*, S. 92 f.

«Seien Sie versichert, auch bei uns ist in erster Linie das Glauben wichtig und nicht das Erkennen! Man muss an eine Sache glauben können. Der Glaube allein schafft den Staat. Was lässt den Menschen für religiöse Ideale in den Kampf gehen und sterben? Nicht das Erkennen, sondern der blinde Glaube»⁵. Die verstandesmäßige Überzeugung wurde also bewusst und ausdrücklich abgelehnt. Daher hatte die Kundgebungsrede, die bis 1933 das wichtigste Agitationsinstrument der Nationalsozialisten bildete, nicht etwa die Aufgabe, anhand konkreter Pläne die Richtigkeit der eigenen politischen Vorstellungen zu begründen, sondern sie sollte den im Einzelnen gar nicht definierten politischen Glauben des Nationalsozialismus suggestiv vermitteln. Das Rationale an der nationalsozialistischen Propagandarede reduzierte sich daher auf das Kalkül des propagandistischen Effekts.

Inhaltlich lebte die nationalsozialistische Propagandarede hauptsächlich von der entschiedenen Negation des Bestehenden, vom hassvollen Sichempören gegen das Weimarer «System», von der ständigen Hetze gegen die Juden, die jüdische Weltverschwörung, gegen die Marxisten, die Pazifisten, die die deutsche Nation wehrlos machen wollten, gegen die «Novemberverbrecher», gegen den «schmachvollen» Versailler Vertrag und die Reparationslasten, gegen die unfähigen demokratischen Politiker, gegen das wirtschaftliche Elend, die soziale Zerrissenheit und die nationale Erniedrigung. Hinsichtlich möglicher Zukunftsperspektiven verfuhr die Propagandisten nach dem Rezept, allen alles zu versprechen, Festlegungen wo immer möglich zu vermeiden, um auf diese Weise jeder sozialen Gruppierung suggerieren zu können, dass im Falle einer Machtübernahme durch die NSDAP gerade ihre spezifischen Interessen besondere Berücksichtigung finden würden. Hitler selbst präsentierte sich als die radikale Verkörperung des Widerstandes gegen die verfluchte Gegenwart und gleichzeitig als der starke Mann, als der durch Willens- und Glaubenskraft befähigte Führer in ein glücklicheres, freieres, grösseres und mächtigeres Deutschland. Nach diesem Muster sollten alle Unzufriedenen mit vage gehaltenen Versprechungen an die NSDAP gebunden und mit «blindem Glauben» erfüllt werden.

Im Gegensatz zu den traditionellen liberalen und sozialistischen Ideologien gaben sich die faschistische Ideologie und Propaganda also nicht als Ausdruck bestimmter Klasseninteressen zu erkennen. Goebbels sprach bei einer späteren Gelegenheit die Motive für diese Verschleierungstaktik offen, ja mit einem gewissen Stolz aus, als er sagte, der Nationalsozialismus habe «niemals eine Lehre gehabt, in dem Sinne, dass er Einzelheiten oder Probleme erörterte. Er wollte an die Macht. Danach erst war ein Programm zu erfüllen oder auch aufzubauen. Wenn uns einer fragte, wie wir uns denn die Lösung dieser oder jener Frage dächten, so haben wir geantwortet, das wüssten wir noch nicht. Wir hatten schon unsere Pläne, aber wir unterbreiteten sie nicht der öffentlichen Kri-

5 Adolf Hitler in Franken. S. 56.

6 Geheime Erklärung des Reichsministers Dr. Goebbels am 5. April 1940 vor geladenen Vertretern der deutschen Presse. Dok. bei Jacobsen, Der Zweite Weltkrieg, S. 180f.; vgl. auch Hillgruber, Deutschlands Rolle, S. 76 f.

tik⁶.» Solchermassen degenerierte Ideologie zur Propaganda, ja zum blossen taktischen Kalkül, in dem Worte nichts galten und deren einziger Zweck die Machteroberung war. Ein weiteres Charakteristikum der nationalsozialistischen Propagandarede bestand in einer spezifischen Gewaltsprache, d.h. einem Vokabular, das den Willen zum Gebrauch der Gewalt ständig zum Ausdruck brachte und damit deutlich signalisierte, was von den Legalitätsbeteuerungen übrigbleiben würde, wenn die Benutzer dieser Sprache erst in den Besitz von Regierungsmacht gelangt sein würden. Insbesondere die Reden Hitlers selbst waren regelmässig mit unflätigen Angriffen gegen die politischen Gegner gespickt. Er pflegte sie als übelste Kriminelle zu beschimpfen und ihnen Betrug, Diebstahl, Frevel, Sabotage, Gaunertum, Schwindel, Banditentum, Tötung und Mord zur Last zu legen. Auf diese Weise sollte suggeriert werden, dass man sich im Kampf gegen solche Feinde keinerlei Rücksicht auferlegen dürfe⁷. Zugleich wurden die solchermassen als Sündenböcke fixierten Feinde durch Tiervergleiche entmenschlicht. Schimpfworte⁸ wie Wanze, Parasit, Ungeziefer, Spulwurm, Viper sollten verhindern, dass sich beim Hörer Mitleid mit dem Gegner einstellte; stattdessen sollten die heimtückischen und listigen Eigenschaften der Kleinlebewesen die Vorstellung von der Möglichkeit ihrer Ausrottung nahelegen. Hitlers Strategie der totalen Diffamierung und Denunziation der politischen Gegner war nichts anderes als der sprachliche Ausdruck des Gewaltcharakters seiner Politik, die er selbst mit Begriffen wie brutal, rücksichtslos, unerbittlich, mitleidlos, unbarmherzig, unduldsam und fanatisch beschrieb. In Hitlers Sprache galt es den Gegner zu zertrümmern, zu vernichten, zu beseitigen, auszureissen und zu vertilgen, und zwar mit Unduldsamkeit, Brutalität und Fanatismus. Die nationalsozialistische Propaganda entfremdete auch ursprünglich rein deskriptiv gebrauchte Wörter wie national, international, demokratisch, jüdisch, marxistisch und pazifistisch im Sinne denunziatorischer Schlagworte.

Ein weiteres Instrument im Arsenal der Propagandatechniken stellte der von den Nationalsozialisten bereits in der Phase der Machteroberung virtuos gehandhabte «ideologische Kult»⁹ dar. Der Einsatz von Symbolen und Ritualen zu propagandistischen Zwecken wurde präzise vorgeplant und durchgeführt. Allerdings beruhte der Erfolg in der Anwendung dieser Mittel hauptsächlich darauf, dass die «Bewegung» nicht etwa völlig neue Stilformen schuf, sondern auch hier an bestehende Tendenzen anknüpfte und vieles, was im nationalistischen Lager ohnehin üblich war, für die eigenen Zwecke ausschlachte. So wurde die bereits im Kaiserreich ritualisierte Verehrung heldischer, kriegerischer, nationaler und völkischer Ideale und Symbole nachgeahmt. Vielfache Anleihen machte man auch bei bestimmten Erscheinungen der Jugendbewegung, etwa beim

7 Grieswelle, Propaganda, S. 79.

8 Zum Folgenden Winckler, Funktion faschistischer Sprache, S. 63ff.; vgl. auch Bein, Parasit; Burke, Rhetorik; Bork, Missbrauch.

9 Vgl. Gamm, Kult, und Vondung, Magie, der den Begriff «ideologischer Kult» gebraucht.

romantischen Feuerritual, den Sonnwendfeiern und dem Laienspiel, aber auch beim Wortschatz (z.B. «Führer», «Gau», «Heil»-Gruss)¹⁰. Als Vorbilder dienten weiterhin das Militär, die christlichen Kirchen sowie der italienische Faschismus. Hitler und Goebbels wussten, wie sehr sich zumal unpolitische Menschen von ideologischen Symbolen beeinflussen liessen. Denn sie trugen dazu bei, den Intellekt auszuschalten und Emotionen freizusetzen; und dieser Manipulationseffekt musste für eine Partei, die zwar mit einem politischen Glauben, aber ohne ein politisches Sachprogramm angetreten war, von geradezu existentieller Bedeutung sein. Bereits in den zwanziger Jahren entwickelte die NSDAP einen spezifischen Kundgebungsstil¹¹, in dem kultische Rituale ihren festen Platz hatten. Zu Beginn einer Massenversammlung zelebrierte die SA einen feierlichen Fahneneinmarsch, begleitet von Marschmusik und Trommelwirbel, stellte sich dann mit Hakenkreuzfahnen und Standarten in Reih und Glied auf und bildete eine sogenannte Rednerwache. Zur weiteren Einstimmung wurden Kampflieder gesungen, denn es galt die Taktik, dass der Redner erst auftreten sollte, wenn die Zuhörer durch das feierliche Zeremoniell in den gewünschten erwartungsvollen Zustand versetzt worden waren. Trat der Redner endlich, nach oft stundenlangem Warten, auf, entlud sich die Spannung in stürmischen «Sieg-Heil!»-Rufen.

Die wohl fruchtbarsten Anregungen für den Stil seiner politischen Werbemethoden hatte Hitler durch Gustave Le Bons «Psychologie der Massen»¹² erhalten. Gerade in der Gestaltung der Massenversammlungen, die er für das allen schriftlichen Erzeugnissen überlegene Propagandamittel hielt, machte er sich die Lehren der Massenpsychologie zunutze. In der Massenversammlung, hiess es in «Mein Kampf», erhält der sich einsam und alleine fühlende Mensch «zum erstenmal das Bild einer grösseren Gemeinschaft..., was bei den meisten Menschen kräftigend und ermutigend wirkt»; wenn ein einzelner Mensch «aus seiner kleinen Arbeitsstätte oder aus dem grossen Betrieb, in dem er sich recht klein fühlt, zum ersten Male in die Massenversammlung hineintritt und nun Tausende und Tausende von Menschen gleicher Gesinnung um sich hat, wenn er als Suchender in die gewaltige Wirkung des suggestiven Rausches und der Begeisterung von drei- bis viertausend anderen mitgerissen wird, wenn der sichtbare Erfolg und die Zustimmung von Tausenden ihm die Richtigkeit der neuen Lehre bestätigen und zum erstenmal den Zweifel an der Wahrheit seiner bisherigen Überzeugung erwecken – dann unterliegt er selbst dem zauberhaften Einfluss dessen, was wir mit dem Wort Massensuggestion bezeichnen»¹³. Tatsächlich waren Hitler und einige seiner engeren Gefolgsleute auf dem Gebiete der Massenpsychologie Meister und als solche auch von

10 Im Einzelnen Vondung, Magie, S. 13-32.

11 Vgl. ebd., S. 34ff., und Grieswelle, Propaganda, S. 35-42.

12 Le Bon, Psychologie.

13 Hitler, Mein Kampf, S. 535 f.

14 So Bracher, Diktatur, S. 140.

einer gewissen Originalität¹⁴. Hier, und nicht etwa in der sogenannten nationalsozialistischen Weltanschauung, die nicht viel mehr als ein Sammelsurium von Klischees und Schlagworten war¹⁵, lag der Schlüssel zum Erfolg der faschistischen Propaganda.

In der permanenten Wahlschlacht zwischen 1930 und 1933 zeigte sich zudem, dass die NSDAP über eine den anderen Parteien überlegene Organisation verfügte und mit ihrer Hilfe Propagandakampagnen zu führen in der Lage war, wie Deutschland sie bis dahin nicht erlebt hatte. Jetzt zahlte sich aus, dass die NSDAP die innenpolitisch relativ ruhigen Jahre bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise zu einem planmässigen Ausbau der Parteiorganisation, des Propagandaapparates und der «Sturmabteilungen» (SA) genutzt hatte¹⁶. Letztere waren aus den Aufgaben des blossen Versammlungsschutzes und der Leibgarde für führende Funktionäre längst herausgewachsen und hatten sich zu einer regelrechten Parteiarmee entwickelt, die die politischen Gegner nicht nur durch demonstrative Gewaltakte, sondern durch ihr blosses Auftreten einschüchtern konnte. Wenn die NSDAP und die SA Strassenterror inszenierten oder anlässlich ihrer Massenkundgebungen in grösseren uniformierten Abteilungen aufmarschierten, so wollten sie damit allerdings nicht den Bürgerkrieg proben. Vielmehr machten sie sich bei diesen Einsätzen die Erfahrung zunutze, dass demonstrative Gewalt nicht nur abstossend, sondern auch anziehend wirken kann. Somit gehörte auch die Gewalt der SA in den Zusammenhang der psychologischen Massenmobilisierung¹⁷.

Um die Versamlungs- und Rednertätigkeit zentral lenken zu können, wurde bereits bei der Wiedergründung der Partei im Februar 1925 in der Parteileitung ein Propagandaausschuss gebildet. Dieser Ausschuss – Vorläufer der späteren «Reichspropagandaleitung der NSDAP» – dirigierte fortan unter der Regie von Goebbels die nationalsozialistische Rednertruppe, deren Kern die NSDAP-Abgeordneten im Reichstag und in den Landtagen bildeten, die die Vorteile der Diäten, der Freifahrtvergünstigungen und der parlamentarischen Immunität genossen. Goebbels erklärte 1927: «Wer gewählt wird, ist damit Angestellter der Partei. Der Staat ist so liebenswürdig, diesen Angestellten zu besolden¹⁸.» 1928 wurde zudem unter der Aufsicht der «Reichspropagandaleitung» eine «Rednerschule der NSDAP» gegründet, die einen einheitlichen Agitationsstil sicherstellen sollte. Mit ihrer Hilfe konnte die NSDAP in den Wahlkampf zu den Reichstagswahlen vom Herbst 1930 etwa 1'000 Redner schicken, die ungefähr 34'000 Versammlungen bestritten und damit die Hauptlast der Propagandakampagnen trugen. Nach wie vor stand die Kundgebungsrede im Mittelpunkt der propagandistischen Taktik der NSDAP. Die parteieigenen Zeitungen sowie die Hugenberg-Presse druckten die Reden Hitlers und anderer führender Redner wie Goebbels, Strasser, Frick und Feder

15 Hierzu Lenk. «Volk und Staat».

16 Bracher, Diktatur, S. 143ff.; vgl. hierzu die differenzierte organisationsgeschichtliche Untersuchung von Horn, Marsch zur Machtergreifung.

17 Sauer, Mobilmachung, S. 12 ff.

18 Zit. nach Grieswelle, Propaganda, S. 28.

zwar häufig nach und sorgten damit für zusätzliche Publizität; gleichwohl bildeten sie lediglich das Echo der Grosskundgebungen, mit denen die NSDAP die Strassen und die Versammlungsräume beherrschte. Wo immer es ging, bediente sich Hitler der modernsten technischen Hilfsmittel. Während der Reichspräsidentenwahlen von 1932 und der Landtagswahlen desselben Jahres beispielsweise reiste er mit dem Flugzeug und konnte auf diese Weise täglich in vier bis fünf Grossstädten sprechen. Lediglich der Rundfunk blieb der NSDAP bis 1933 verschlossen.

Die Tatsache, dass die Hitler-Partei, die ja noch im Jahre 1928 mit zwölf Reichstagsmandaten eine vernachlässigenswerte Grösse darstellte, in der Endphase der Weimarer Republik sensationelle Wahlerfolge erzielte, geht zweifellos zu erheblichen Teilen auf das Konto ihrer massenwirksamen Propagandakampagnen. Gleichwohl beantwortet diese Feststellung noch nicht die Frage, weshalb man im damaligen Deutschland mit einer zwar in organisatorischer, psychologischer und taktischer Hinsicht versierten, aber in der politischen Sachaussage doch weitgehend inhaltsleeren Propaganda so durchschlagende Erfolge erzielen konnte. Die Erklärung hierfür ist unter anderem im sozialpsychologischen Bereich zu suchen.

Der Aufstieg der NSDAP verlief in zeitlicher Parallelität mit dem Niedergang der Wirtschaft und hing mit diesem ganz offensichtlich auf das Engste zusammen. Das heisst, erst in der durch die Wirtschaftskrise erzeugten Situation fand die nationalsozialistische Propaganda den Nährboden, auf dem ihre Erfolge wachsen konnten. Massenzulauf kam jetzt insbesondere aus den Mittelschichten. Die Angehörigen dieser Schichten, auch die ihnen zugehörigen Intellektuellen, empfanden die ökonomische Krise als eine Bedrohung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Sicherheit sowie ihrer Privilegien. Mancherorts wurde sie als eine existentielle Bedrohung empfunden, was eine Stimmung der Panik und der Verzweiflung auslöste¹⁹. Diese Stimmungslage bildete den eigentlichen massenpsychologischen Ausgangspunkt für die Erfolge der NS-Propaganda.

Da in weiten Teilen der Bevölkerung, nicht etwa nur in den Mittelschichten, politisches Wissen und politisches Bewusstsein ausgesprochen unterentwickelt waren, führte das Gefühl existentiellen Bedrohtheits nicht etwa zu selbständigem, politisch bewusstem Handeln, sondern zu dem Ruf nach einem Führer, der die abgewirtschafteten Repräsentanten der Republik ersetzen und das Wunder allseitiger Besserung der als negativ empfundenen Gegenwart vollbringen sollte. Im Ruf nach dem Führer kam die eigene Ohnmacht zum Ausdruck. Die Verantwortung wurde auf die radikalste unter den Führerfiguren des nationalistischen und gegenrevolutionären Lagers delegiert.

Hinzu kam, dass gerade in den Mittelschichten, die das wichtigste Wählerreservoir der NSDAP bildeten, das parlamentarische Regierungssystem ohnehin nie in grossem Ansehen gestanden hatte. Dafür waren die Traditionen des Obrigkeitsstaates umso lebendiger geblieben. Die von Krisen geschüttelte Weimarer Republik hatte es keineswegs

19 Vgl. Lukacs, *Zerstörung der Vernunft*, S. 68-73.

vermocht, sie durch demokratische Traditionen zu ersetzen. Auch aus diesem Grunde konnte die Parole «Nieder mit dem Weimarer System!» breiten Anklang finden, obgleich für die ökonomische Krise ja nicht in erster Linie die Politik, also das demokratische Regierungssystem und die mit ihm verbundenen Parteien, verantwortlich zu machen war, sondern vielmehr das kapitalistische Wirtschaftssystem.

Schliesslich trugen auch bestimmte philosophische Traditionen dazu bei, den Boden für die Erfolge der faschistischen Propaganda zu bereiten. Seit mehr als einem Jahrhundert gehörten die Herabsetzung von Verstand und Vernunft, die kritiklose Verherrlichung der Intuition, die Fortschrittsfeindlichkeit und die Mythengläubigkeit zum festen Bestand des philosophischen Irrationalismus²⁰, der zwar durchaus eine internationale Erscheinung war, sich aber nur in Deutschland zu einer allgemein herrschenden Richtung entwickelte. Hier führte diese politisch reaktionäre Denkrichtung nicht etwa bloss das Dasein einer akademischen Disziplin, sondern sie spielte, in einer popularisierten und in die Sprache der Schwarz-Weiss-Propaganda übersetzten Form, sowohl in den verschiedenen Einrichtungen des Bildungssystems als auch in der Tagespublizistik und der Literatur eine tonangebende Rolle. Im unmittelbaren Vorfeld des Nationalsozialismus erhielt die militante Vernunftfeindlichkeit reaktionärer Philosophen und Literaten eine praktisch-politische Relevanz. Denn die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Krisensituation nach 1929 konnte von vielen Betroffenen nicht wirklichkeitsadäquat erklärt werden. Dadurch entstand ein Vakuum, das der politische Irrationalismus, und zwar durchaus nicht nur im Gewände der faschistischen Propaganda, sich auszufüllen anschickte. Seine Phrasen und Parolen fungierten nunmehr als ein Ersatz für die so sehr viel schwierigere Erklärung der hochkomplizierten Wirkungszusammenhänge einer in die Krise geratenen kapitalistischen Gesellschaft.

Das Angebot, sich emotional mit einer Führerfigur zu identifizieren, die als wundertätiger Erlöser auftrat, bildete in dieser Situation eine Ersatzbefriedigung für die tatsächliche oder vermeintliche Bedrohung der eigenen Existenz. Die antisemitischen, rassistischen, antidemokratischen und antisozialistischen Parolen zeigten auf Sündenböcke für das eigene Missgeschick, kanalisieren die angestaute Aggressivität und trugen damit ihren Teil zur Radikalisierung der latent antidemokratischen Wählerschaft der Mittelschichten bei. Endlich suggerierte die vom linken Flügel der NSDAP und von der SA ins Spiel gebrachte antikapitalistische Agitation die Möglichkeit einer Überwindung des Klassenkonflikts in einer künftigen «Volksgemeinschaft».

Die verzweifelte Stimmung der Mittelschichten, die Traditionen des Obrigkeitsstaates und des philosophischen Irrationalismus sowie das wenig ausgeprägte demokratische Bewusstsein vermögen die Erfolge der nationalsozialistischen Propaganda verständlich zu machen, nicht aber die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Zwar war die NSDAP

20 Ebd., S. 10f., 565 f. u. ö.; sowie Fest, Hitler, Kapitel «Deutsche Katastrophe oder deutsche Konsequenz?», S. 513ff.

innerhalb weniger Jahre von einer Splitterpartei zur stärksten Partei angewachsen – bei den Reichstagswahlen vom Juli 1932 erhielt sie 37,8 Prozent der Stimmen –, aber sie hatte keine parlamentarische Mehrheit. Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler war also nicht die unumgängliche Konsequenz aus jenen mit Hilfe beispielloser Propagandakampagnen errungenen Wahlerfolgen der NSDAP. Sie war vielmehr das Ergebnis des Zusammenspiels der traditionellen politischen Rechten sowie von Teilen der Grossindustrie, der Grossagrarier und des Militärs mit Hitler²¹, das mit der Bildung der «Harzburger Front» im Herbst 1931 begonnen hatte.

2. Ideologische Gleichschaltung: Propagandaapparat, Massenmedien und Kontrollsysteme 1933-1939

Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 verhalf den diktatorischen und militaristischen Tendenzen, die in der Endphase der Weimarer Republik in steigendem Masse an Boden gewonnen und unter den Kanzlern Brüning, Papen und Schleicher bereits zunehmend Eingang in die offizielle Regierungspolitik gefunden hatten, endgültig zum Sieg. Wie seine drei Vorgänger im Amt war Hitler kein durch eine tragfähige Parlamentsmehrheit abgesicherter Reichskanzler, sondern der Chef einer Präsidialregierung, die mit dem Notverordnungsrecht des Artikels 48 der Weimarer Reichsverfassung Politik machte. In ihrer personellen Zusammensetzung stellte die nationalsozialistisch geführte Regierung²² eine Neuauflage der «Harzburger Front» von 1931 dar. Papen wurde Vizekanzler. Die Deutschnationalen waren mit Hugenberg vertreten, der Frontsoldatenbund «Stahlhelm» mit Seldte, und hinter ihnen standen die einflussreichen Industrie- und Agrarkreise. Den drei Nationalsozialisten in der Regierung gesellten sich immerhin acht konservative Minister hinzu. Von einer Dominanz der NSDAP im Kabinett Hitler konnte also zunächst kaum gesprochen werden. Sie bestand allenfalls darin, dass die Nationalsozialisten mit klareren machtpolitischen Zielsetzungen antraten als ihre Partner.

Die neue Regierung traf bereits in den ersten Wochen und Monaten ihres Bestehens einschneidende Entscheidungen, welche die innenpolitische Machtkonstellation massgeblich zugunsten der Nationalsozialisten veränderte. Zunächst schränkte sie mittels der Notverordnung «Zum Schutze des deutschen Volkes» vom 4. Februar 1933 die Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit rigoros ein und schuf damit eine wichtige Voraussetzung zur Monopolisierung politischer Nachrichten, zur Unterdrückung gegneri-

21 Seit der Gründung des deutschen Nationalstaats bildeten diese traditionellen Eliten die Träger des deutschen Grossmachtstrebens. Linien solcher Kontinuität werden – unter Heranziehung von Forschungsergebnissen dieses Bandes – aufgezeigt in: Fischer, Bündnis der Eliten, sowie in einigen Beiträgen des Sammelbandes: Auf dem Weg ins Dritte Reich. Vgl. auch Nationalsozialistische Machtergreifung, Abschn. II: Das Bündnis der Eliten als Voraussetzung der nationalsozialistischen Herrschaft.

22 Vgl. jetzt die Kabinettsprotokolle von 1933/34: Regierung Hitler, Teil I.

scher politischer Meinungen sowie zur ideologischen Gleichschaltungspolitik der folgenden Jahre. Wenig später wurde der Reichstagsbrand dazu benützt, vom Reichspräsidenten eine weitere Notverordnung «Zum Schutz von Volk und Staat» zu erwirken. Sie wurde am 28. Februar erlassen und setzte die Grundrechte weitgehend ausser Kraft. Mit ihr war ein permanenter Ausnahmezustand geschaffen. Schliesslich sicherte sich die Regierung mit dem Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933, dem alle bürgerlichen Parteien einschliesslich des Zentrums zustimmten, gegen den Willen der verfolgten Linksparteien die volle Gesetzgebungsmacht. In der Folgezeit beseitigte das Regime Zug um Zug die Restbestände des parlamentarischen Regierungssystems, schaltete die politischen Gegner aus und errichtete ein in der deutschen Geschichte bis dahin nicht gekanntes diktatorisches Herrschaftssystem²³.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass dieser Prozess der Machteroberung von den nichtnationalsozialistischen Kabinettsmitgliedern und den hinter ihnen stehenden Militär-, Industrie- und Agrarkreisen gedeckt und unterstützt wurde. Die zweifellos vorhandenen Konflikte innerhalb des Machtbündnisses dürfen über diesen Tatbestand nicht hinwegtäuschen. Dasselbe gilt für den Sektor, in dem sich die ideologische Gleichschaltung abspielte. Auch sie hätte ohne die offene Kollaboration oder doch zumindest die widerwillig-gehorsame Mitarbeit eines Grossteils der etablierten Meinungsmacher nicht durchgesetzt werden können: «Der wirkungsvolle Ausbau der Propaganda und die rasche Reglementierung des Kulturlebens im Sinne der Gleichschaltung sind nicht denkbar ohne die entschiedene Mithilfe von aussen, zu der sich Schriftsteller und Künstler, Professoren und Kirchenmänner geradezu drängten.» Die geistige Gleichschaltung eignete sich weithin als «Selbstgleichschaltung»²⁴. Manipulation und Zwang taten ein übriges, um den Nationalsozialisten den Erfolg zu sichern.

Hitler selbst hatte nie einen Zweifel daran gelassen, dass es ihm um einen ideologischen Ausschliesslichkeitsanspruch ging und dass er die Regierungsmacht dazu benutzen werde, diesen Anspruch mit allen Mitteln durchzusetzen. In seinem «Kampf»-Buch hatte er dies mit folgenden Worten verkündet: «Die Weltanschauung ist unduldsam und kann sich mit der Rolle einer Partei neben anderem nicht begnügen, sondern fordert gebieterisch ihre eigene, ausschliessliche und restlose Anerkennung sowie die vollkommene Umstellung des gesamten öffentlichen Lebens nach ihren Anschauungen.» Bei dieser «Umstellung» – sprich: Gleichschaltung – war eine «möglichst grosse und selv-

23 Zur 50. Wiederkehr des Jahres der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler erschienen mehrere, den Stand der Forschung über die NS-Diktatur zusammenfassende Sammelbände. Einige von ihnen seien hier genannt: 1933 – Wie die Republik der Diktatur erlag; Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945; Ploetz – Das Dritte Reich; Herrschaftsstruktur und Geschichte.

24 Bracher, Diktatur, S. 270f., mit einer Fülle von Belegen. Zur bereitwilligen Kooperation grosser Teile der Bevölkerung mit dem Regime vgl. unten, S. 171-176, besonders die in Anm. 11 genannte Literatur.

ständige Geistigkeit der einzelnen Mitglieder» der NSDAP, die sie in die Tat umsetzen sollten, nicht zu gebrauchen, sondern nur «disziplinierter Gehorsam», mit dem der geistigen Führung «Gefolgschaft» geleistet werden musste²⁵. Für die Zwecke eines im Inneren geschlossenen, möglichst effizienten Herrschaftssystems als unabdingbare Voraussetzung für weitere, durch Krieg zu erreichende Herrschaftsziele verlangte Hitler also im ideologischen Bereich blinde Unterwerfung. Daher machte sich die von ihm geführte Regierung sofort nach dem 30. Januar 1933 zielstrebig an die Aufgabe, die Massenmedien zu kontrollieren und den eigenen Propagandazielen zu unterwerfen.

Durch Erlass vom 13. März 1933²⁶ schuf die Regierung ein neues Ressort: das «Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda» (RMVP). Mit dieser Institution, die ein absolutes Novum in der deutschen Geschichte darstellte, übertrug Hitler einen Sektor der NS-Parteiorganisation einschliesslich des Personals in den Staatsapparat. Die Reichspropagandaabteilung der NSDAP wurde jedoch nicht aufgelöst, sondern beibehalten, damit auch im Bereich der Propagandapolitik die zweigleisige Herrschaftsausübung durch Partei und Staat gewährleistet blieb. Das Propagandaministerium wurde nach dem Vorbild der NS-Reichspropagandaabteilung organisiert und mit Abteilungen ausgestattet, die die einzelnen Medien zu steuern und zu überwachen hatten. Es verfügte, analog zu den NS-Gau- und Kreispropagandaleitungen, über einen organisatorischen Unterbau in den Ländern. Die Einheitlichkeit in der Durchführung der Propaganda wurde dadurch sichergestellt, dass die Institutionen von Partei und Staat häufig in Personalunion geleitet wurden.

Joseph Goebbels, den Hitler 1926 zum NSDAP-Gauleiter von Berlin und 1928 zum Reichspropagandaleiter der NSDAP ernannt hatte und der in dieser Funktion massgeblich an den Wahlerfolgen seiner Partei in den Jahren 1930-1933 beteiligt war, avancierte nunmehr zum Propagandaminister²⁷. Goebbels war der Intellektuelle unter den nationalsozialistischen Spitzenfunktionären. Seinen Aufstieg vom Provinzagitator zum Minister verdankte er seiner aussergewöhnlichen rhetorischen Begabung, aber auch seiner politischen Flexibilität und seinem Einfallsreichtum in der Anwendung aller zu propagandistischen Zwecken geeigneten Medien. Er hatte es zudem bereits vor 1933 verstanden, sich dadurch unentbehrlich zu machen, dass er Hitler, den «Führer», zu einer politischen Begabung von übermenschlicher Grösse stilisierte und damit systematisch jenen Hitler-Mythos schuf²⁸, der viele Deutsche noch bis in die letzten Kriegsjahre hinein in Verblendung gefangenhalten sollte.

25 Hitler, *Mein Kampf*, S. 506 und 510.

26 Siehe RGBL. 1, 1933, S. 104. Über die Zuständigkeiten siehe *Kriegspropaganda*, Einleitung, S. 123ff.; zum Folgenden vgl. auch Sywotek, *Mobilmachung*, S. 23ff.

27 Vgl. Heiber, Goebbels; Schaumburg-Lippe, Dr. G.; Reimann, Goebbels.

28 Vgl. Bramsted, Goebbels, S. 269ff. (Abschnitt «Goebbels und die Gestaltung des Führermythos»); sowie Schaumburg-Lippe, Dr. G., S. 125 ff.; Reimann, Goebbels, S. 65 ff.; eine Analyse der Aufnahmebereitschaft breiter Teile der deutschen Bevölkerung für diesen Mythos bietet neuerdings Kershaw, *Hitler-Mythos*.

Goebbels war der eigentliche Motor der NS-Propagandapolitik. Er schuf den Apparat, gab die Direktiven und Sprachregelungen aus und überwachte ihre Durchführung. Wo Hitler nicht selbst redete, fungierte er als sein Sprachrohr. In seinen Händen liefen alle Fäden zusammen. Denn Goebbels hatte nicht nur die Ämter des «Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda» und des «Reichspropagandaleiters der NSDAP» inne, er war auch Präsident der Reichskulturkammer, die mit Gesetz vom 22. September 1933 als dritte Propaganda- und Kontrollinstitution des NS-Staates geschaffen wurde und dem Zweck diente, alle «geistig Schaffenden» rigoros zu zensieren, zu überwachen und zu reglementieren.

Welche Funktion dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda zukam, erläuterte Goebbels wenige Tage nach der Einrichtung dieses Ressorts folgendermaßen: «Das Ministerium hat die Aufgabe, in Deutschland eine geistige Mobilmachung zu vollziehen. Es ist also auf dem Gebiet des Geistes dasselbe, was das Wehrministerium auf dem Gebiet der Wache [sic!] ist²⁹.» Diese geistige Mobilmachung, fuhr Goebbels fort, sei heute vielleicht noch nötiger als die materielle Wehrhaftmachung des Volkes. Sie solle erreicht werden durch die Erzeugung einer einheitlichen Grundhaltung der gesamten Bevölkerung.

Dass bei dieser, im NS-Sprachgebrauch «Volksführung» genannten ideologischen Uniformierung dem Rundfunk als dem modernsten Massenkommunikationsmittel eine Schlüsselrolle zufallen würde, stand für Hitler, Goebbels und seinen Rundfunkexperten Hadamowsky³⁰ seit Langem fest. Es war daher nur konsequent, wenn sich die NS-Regierung dieses Mediums umgehend bemächtigte. Wenige Tage nach seiner Ernennung zum Minister rief Goebbels die Intendanten und Direktoren der Rundfunkgesellschaften zusammen und verkündete ihnen in einer mit massiven Drohungen gespickten Ansprache, welche Rolle der Rundfunk fortan zu spielen hatte: «Wir machen gar keinen Hehl daraus: Der Rundfunk gehört uns, niemandem sonst! Und den Rundfunk werden wir in den Dienst unserer Idee stellen, und keine andere Idee soll hier zu Worte kommen... Der Rundfunk hat sich der Zielsetzung, die sich die Regierung der nationalen Revolution gestellt hat, ein- und unterzuordnen! Die Weisungen dazu gibt die Regierung³¹.» Im folgenden Jahre (1934) sicherte sich das Propagandaministerium einen noch unmittelbaren Einfluss auf den Rundfunk, indem es den Sendeanstalten, die bisher in wirtschaftlicher Hinsicht weitgehend von den Ländern abhängig waren, eine «reichsunmittelbare Stellung» verschaffte und alle Aktienanteile an die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft übertrug³². Damit hatte die Rundfunkabteilung des RMVP die einzelnen Sender

29 Goebbels, Die zukünftige Arbeit und Gestaltung des deutschen Rundfunks. Rede vom 25. März 1933, abgedruckt in: Heiber, Goebbels-Reden, Bd. 1, S. 82-107, hier: S. 90.

30 Vgl. Hadamowsky, Propaganda (1933); ders., Rundfunk im Dienste der Volksführung (1934); ders., Dein Rundfunk (1934). Vgl. auch Stark, Propaganda (1930).

31 Heiber, Goebbels-Reden, Bd. 1, S. 87 und 89.

32 Sywotek, Mobilmachung, S. 30ff.; Einzelheiten bei Pohle, Rundfunk.

auch wirtschaftlich voll in der Hand. Für die inhaltliche Programmgestaltung waren die ihr nachgeordneten Reichssendeleitungen verantwortlich.

Die NS-Rundfunkpolitik beschränkte sich jedoch nicht auf die inhaltliche Gestaltung und Kontrolle der Sendungen. Sie setzte zudem alles daran, auch auf der Empfängerseite die Voraussetzungen für einen möglichst wirkungsvollen Einsatz dieses modernsten, aber noch jungen und deshalb wenig verbreiteten Mediums zu schaffen. In enger Zusammenarbeit mit einem Kreis von Wirtschaftsführern, der ab September 1933 «Werberat der deutschen Wirtschaft» hiess, kurbelte das RMVP die Massenproduktion billiger Rundfunkgeräte an und propagierte ihren Verkauf³³. Das Profitstreben der grossen Elektrokonzerne und das Interesse der Wirtschaft an Rundfunkwerbung gingen dabei mit der Propagandazielsetzung der NSDAP Hand in Hand. Bereits im Jahre 1933 wurden 1,5 Millionen Kleinradios, sogenannte Volksempfänger, verkauft. Zu Beginn des Krieges besaßen 70 Prozent der deutschen Haushalte ein eigenes Radio, dreimal mehr als 1932³⁴. Technisch waren diese Geräte so ausgestattet, dass gerade der nächstgelegene «Reichssender» und der «Deutschlandsender» empfangen werden konnten, der Empfang ausländischer Sender jedoch unmöglich war.

Bedeutete die erhebliche Vergrösserung der Zahl der Rundfunkhörer eine wesentliche Verbesserung der Voraussetzungen für die Massenwirksamkeit der NS-Propaganda, so gab sich das RMVP auch damit noch nicht zufrieden, sondern liess mit Hilfe der lokalen Parteistellen zudem Gemeinschaftsempfänger wichtiger Sendungen organisieren und baute mit einem Netz von «Funkwarten»³⁵ ein zusätzliches Kontrollsystem auf, das auch eine Art Höreranalyse zur künftigen Vermeidung propagandistischer Fehlgriffe übernahm.

Da Goebbels mit Recht davon überzeugt war, dass der Rundfunk für das 20. Jahrhundert das bedeuten würde, was die Presse für das 19. Jahrhundert bedeutet hatte³⁶, wurde diesem Medium seitens des RMVP alle nur erdenkliche Aufmerksamkeit gewidmet³⁷. Als bald fungierte die Rundfunkabteilung des Ministeriums als, wie es im Sprachgebrauch der NS-Propagandisten hiess, «Befehlszentrale» beziehungsweise als «Generalstab des deutschen Rundfunks»³⁸.

33 Scheel, *Ätherwellen*, S. 61-69.

34 Bramsted, Goebbels, S. 126. Genaue Zahlen für die Jahre 1932 bis 1935 bei Goebbels, *Rundfunk (1935)*, S. 7f.

35 Bramstedt, Goebbels, S. 126 f.

36 Vgl. die Rede von Goebbels anlässlich der Eröffnung der ersten Rundfunkausstellung nach der Machtübernahme am 18. August 1933 mit dem Titel «Der Rundfunk als achte Grossmacht», in: Goebbels, *Signale*, S. 197.

37 Zur Funktion des Reichspropagandaamtes für Rundfunk der NSDAP, der Reichsrundfunkkammer, der Reichsrundfunkgesellschaft, des Reichssendeleiters u.a. vgl. Pohle, *Rundfunk; Wulf, Presse und Funk; Bramsted, Goebbels*, S. 116f.

38 Müller, Reichsministerium, S. 22; Hadamowsky, *Rundfunk im Dienste der Volkführung*. Ebenso nannte der Reichspresseschef Otto Dietrich die Presseabteilung des Propagandaministeriums den «Generalstab der deutschen Presse». Siehe Säger, *Politik der Täuschungen*, S. 275.

Schwieriger als die Inbesitznahme des Rundfunks erwies sich die Gleichschaltung der Presse; denn die aus der Weimarer Zeit überkommene Presselandschaft bot ein extrem vielfältiges Bild. In keinem anderen hochindustrialisierten Land gab es vor 1933 so viele Tages- und Wochenzeitungen wie in Deutschland³⁹. Am Anteil der Gesamtauflage gemessen spielte die NS-Presse bis dahin keine herausragende Rolle. Zudem befand sie sich wirtschaftlich in einem desolaten Zustand, der allerdings nach 1933 sehr bald dadurch behoben wurde, dass das Regime gewaltsam gegen die KPD- und SPD-Zeitungen vorging, ihre Druckereien und Verlagsbetriebe beschlagnahmte und sie zu Spottpreisen an die NS-Gaupresse weiterverkaufte⁴⁰. Zum Phänomen der Selbstgleichschaltung gehörte, dass der Verlegerverein⁴¹ mit keinem Wort gegen die Zerschlagung von 150 kommunistischen und sozialdemokratischen Zeitungen protestierte und stattdessen, zumal die bürgerliche Presse zunächst verschont blieb, offen mit dem neuen Regime kollaborierte⁴². Die traditionelle Berufsorganisation der Journalisten und Redakteure⁴³ wurde durch die Ernennung von Hitlers Pressechef Otto Dietrich zum neuen Präsidenten zwangsweise gleichgeschaltet. Als einschneidendste Massnahme folgte dann das «Schriftleitergesetz» (4. Oktober 1933), das jedem Journalisten Berufsverbot androhte, der seine Tätigkeit nicht «im Einklang mit der nationalsozialistischen Weltanschauung» auszuüben gedachte⁴⁴.

Mit drastischen Worten machte Rolf Rienhardt, einer der massgeblichen Manager der NS-Pressepolitik, den Totalitätsanspruch des Regimes auf dem Zeitungssektor geltend: «Die nationalsozialistische Weltanschauung erblickt in der Presse ein Mittel zur Erziehung des Volkes zum Nationalsozialismus. Die Presse ist infolgedessen Instrument des nationalsozialistischen Staates. Die nationalsozialistische Weltanschauung beansprucht totale Geltung und duldet die Vertretung anderer politischer Grundanschauungen nicht. Auf dieser Grundlage kennt eine von der nationalsozialistischen Bewegung getragener Staat nur eine nationalsozialistische Presse⁴⁵.»

Parallel mit der inhaltlichen Reglementierung der Presse lief der Aufbau eines gigantischen NS-Pressekonzerns. Max Amann, Verleger des «Völkischen Beobachters» und nun Präsident der Reichspressekammer, sein Stellvertreter Rolf Rienhardt und andere Gehilfen kauften im Laufe der Jahre eine ganze Reihe von Verlagen, Filmgesellschaften⁴⁶, Nachrichten- und Anzeigenagenturen auf und machten den Eher-Verlag und seine

39 Genaue Angaben bei Hale, *Presse*, S. 13f. und 148ff.; sowie bei Koszyk, *Sozialdemokratische Presse. und ders.. Deutsche Presse*.

40 Diese Gewaltakte wurden im Nachhinein legitimiert durch das «Gesetz über die Einziehung kommunistischen Vermögens» vom 26. Mai 1933 und das «Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens» vom 14. Juli 1933.

41 Genaue Bezeichnung: Verein Deutscher Zeitungsverleger (VDZV).

42 Einzelheiten bei Hale, *Presse*, S. 87, 99, 117f., 121 ff.

43 Neue Bezeichnung: Reichsverband der Deutschen Presse (RVÜP).

44 Vgl. Abel, *Presselenkung*, S. 20ff.; Bramsted, *Goebbels*, S. 92f.

45 Das Rienhardt-Memorandum von 1935 ist abgedruckt bei Hale, *Presse*, S. 160.

46 Zur ökonomischen Konzentration in der Filmindustrie vgl. Becker, *Film*, S. 116ff. und 210ff.

Tochtergesellschaften schliesslich zum grössten Wirtschaftskonzern Deutschlands⁴⁷. Im Jahre 1939 kontrollierte die NSDAP über ökonomische Manipulationen etwa zwei Drittel aller Zeitungen⁴⁸. Die in Privatbesitz verbliebene Heimatpresse – immerhin noch etwa 2'000 Zeitungen – wurde jedoch wie alle anderen Kulturproduktionen ebenfalls inhaltlich überwacht.

Je stärker die Reglementierung wurde, desto deutlicher sackte das Niveau der Zeitungen ab. Wenn die Gesamtauflage der Tagespresse von 1933 bis 1939 um etwa 10 Prozent fiel, so lag dies in der Tat vornehmlich daran, dass sehr viele Deutsche auf die langweilige, uniforme und inhaltlich abstossende Lektüre verzichteten⁴⁹. Nach dem Willen des Regimes sollte dann später die intellektuell anspruchsvollere Wochenzeitung «Das Reich»⁵⁰ diesbezüglich Abhilfe schaffen.

Die dritte Säule der nationalsozialistischen Propaganda- und Kontrollinstitutionen war die bereits erwähnte Reichskulturkammer. Unter ihrem Dach arbeiteten Kammern, die bestimmte Sektoren des kulturellen Lebens zu lenken und zu kontrollieren hatten, nämlich die Reichsschrifttumskammer, die Reichspressekammer, die Reichsrundfunkkammer, die Reichstheaterkammer, die Reichsmusikkammer, die Reichskammer der bildenden Künste sowie die Reichsfilmkammer⁵¹. Die Aufgabenverteilung war ähnlich wie im Propagandaministerium⁵². Sie spiegelte die Absicht des Regimes wider, alle Bereiche des politischen und kulturellen Lebens zu reglementieren und die wahrhaft totale Gleichschaltungspolitik mittels eines breit gefächerten und allgegenwärtigen Propaganda- und Kontrollapparates als ein lückenloses System erscheinen zu lassen. Mit diesem dreigliedrigen Propagandaapparat – Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Reichspropagandaabteilung der NSDAP und Reichskulturkammer mit ihren jeweils nachgeordneten Institutionen – wurde in den Jahren der NS-Diktatur die öffentliche Meinung «gemacht»⁵³, d.h. nach den Richtlinien des Regimes künstlich erzeugt.

47 Die einzelnen Etappen schildert Hale, *Presse*, S. 142ff.; Tabellen über Anzahl und Auflage der NS-Zeitungen sowie über den Aufstieg des Eher-Verlages bei Koszyk, *Deutsche Presse*, S. 385 ff.

48 Angabe von Hale, *Presse*, S. 258ff.; Abel, *Presselenkung*, S. 67, spricht sogar von 70 bis 80 Prozent der deutschen Zeitungen, die sich unter der ökonomischen und personellen Gewalt der NSDAP befanden.

49 Vgl. Hale, *Presse*, S. 233 f.; Abel, *Presselenkung*, S. 61 ff.

50 Diese Zeitung wurde von Rienhardt seit 1937 geplant; die erste Nummer erschien im Mai 1940. Vgl. Martens, *Das Reich*, und Abel, *Presselenkung*, S. 74ff.

51 Zu den Aufgaben der Kammern vgl. Bramsted, Goebbels, S. 128-130. Speziell zur Reichsfilmkammer und zur NS-Filmpropaganda vgl. Becker, *Film*.

52 Vgl. Bramsted, Goebbels, S. 113-123. Der Geschäftsverteilungsplan des RMVP ist abgedruckt bei Abel, *Presselenkung*, S. 110-121. Vgl. weiterhin *Kriegspropaganda*, S. 120-190.

53 Goebbels sagte in einer Rede vom 6. April 1934 vor Vertretern der *Auslandspresse*: «Die öffentliche Meinung bildet sich nicht allein aus Stimmung und Ressentiment. Sie ist zum grossen Teil das Ergebnis der willensmässigen Beeinflussung... öffentliche Meinung wird gemacht...»; siehe Goebbels, *Signale*, S. 128.

Naturgemäß traten in einem so weitverzweigten Propagandasystem Kompetenzstreitigkeiten⁵⁴ auf. Beispielsweise stritt sich das Goebbels-Ministerium mit dem Auswärtigen Amt und mit Rusts «Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung» um Einfluss und trug jahrelange Kämpfe mit Alfred Rosenberg aus, der seit Anfang 1934 den Titel eines «Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Erziehung der NSDAP» trug. Auch innerhalb des von Goebbels geführten Propagandaapparates, etwa in der Presselenkung, herrschte so etwas wie ein «kalkuliertes Chaos», d.h. ein niemals ganz aufgelöster, gleichsam geplanter Lenkungswirrwarr. Tatsächlich war ein solcher von Hitler hier, wie auch in anderen Politikbereichen⁵⁵, durchaus gewollt, verdankte der Diktator doch dem Grundsatz «divide et impera» seine eigene omnipotente Schlüsselstellung. Der Verzicht auf eindeutige Kompetenzabgrenzungen gehörte zur Hitlerschen Herrschaftstechnik, und die daraus resultierenden internen Konflikte zwischen führenden NS-Funktionären dürften insofern keinesfalls überbewertet oder gar in partiellen Widerstand umstilisiert werden⁵⁶. Bei der Verfolgung der Frage, weshalb die ideologische Gleichschaltungspolitik so erfolgreich durchgesetzt werden konnte, stösst man neben dem Phänomen der Selbstgleichschaltung vieler bürgerlicher Intellektueller und dem rigorosen und immer um den Schein der Legalität bemühten Herrschaftstaktik des Regimes auch auf den Tatbestand, dass das Goebbelssche Propagandaministerium nicht nur mit dem Elan des Neubeginns, sondern auch mit einem qualifizierten Mitarbeiterstab an die Arbeit ging. Die nunmehr in den Staatsdienst übernommenen Nazi-Propagandisten waren durchschnittlich etwa zehn Jahre jünger als die NS-Elite insgesamt. «Sie kamen aus dem höheren Bürgertum des kaiserlichen Deutschland und der Weimarer Republik, und der Prozentsatz mit Vätern, die als Grundbesitzer, hohe Offiziere und hohe Funktionäre in der Kirche zu den angesehensten Gesellschaftsschichten gehörten, war grösser als bei anderen Nazi-Gruppen ... Auch ihr Bildungsniveau war hoch. Mehr als die Hälfte von ihnen hatte eine Universität besucht... Viele von ihnen waren im Ersten Weltkrieg Offiziere gewesen und hatten im Deutschland der Nachkriegszeit nur schwer Stellung gefunden⁵⁷.» Im NS-Propagandaapparat agierte also offenbar jener Typus von ehemaligen Frontsoldaten und später arbeitslos gewordenen Intellektuellen, der die soziale Deklassierung besonders stark empfunden und sich dann der radikalsten und zugleich militantesten Strömung der Rechten angeschlossen hatte, der NSDAP. Ermächtigungsgesetz, Notverordnungen, Reichskulturkammergesetz und Schriftleitergesetz bildeten die Legalitätskulisse für die Überwachung und Lenkung der öffentlichen

54 Vgl. Bollmus, Amt Rosenberg; Bramsted, Goebbels, S. 103f.; Abel, Presselenkung, S. 13ff., 68ff., 104; Hale, Presse, S. 95ff.

55 Vgl. Broszat, Staat Hitlers; Diehl-Thiele, Partei und Staat; Hüttenberger, Gauleiter; ders., Polykratie; Bollmus, Amt Rosenberg.

56 Bracher, Diktatur, S. 297 f.

57 Bramsted, Goebbels, S. 110.

Meinung. Mehrere konkurrierende Institutionen besorgten die organisatorische Umsetzung. Hinzu kamen die schrittweise Gleichschaltung aller nicht-nationalsozialistischen Verlage und Berufsorganisationen, der Aufbau eines mächtigen NS-Pressetrusts und die totale Inbesitznahme des Rundfunks. Als das massgebliche Lenkungsgremium fungierte die tägliche Pressekonferenz im RMVP⁵⁸, in der detaillierte Anweisungen, Tagesparolen und Sprachregelungen für alle Medien ausgegeben wurden. Damit waren die organisatorischen, materiellen, personellen und technischen Voraussetzungen für eine umfassende Meinungsmanipulation gegeben. Mit ihrer Hilfe sollte das Publikum so zu rechtgebogen werden, «dass es mehr oder weniger automatisch auf die wechselnden Appelle und Weisungen reagierte»⁵⁹. Im Vergleich zu anderen Sektoren der Regierungstätigkeit, in denen Ad-hoc-Entscheidungen die Regel waren, arbeitete der zentralisierte NS-Propagandaapparat unter der Leitung von Goebbels in der Folgezeit recht effektiv. Zwar gab es auch hier, zumal auf untergeordneter Ebene, die erwähnten Kompetenzquerelen. Gleichwohl war die Regierung jederzeit in der Lage, ihre propagandistischen Leitlinien wirkungsvoll umzusetzen.

3. Politik der Täuschungen: Hitlers und Goebbels' «Friedensreden» (1933-1936)

Die nationalsozialistische Propaganda hatte sich in der Zeit vor 1933 als eines der zugkräftigsten Mittel der Massenmobilisierung und damit der Machteroberung erwiesen. Jetzt, nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, kam ihr eine neue Doppelfunktion zu: Einmal sollte sie den Auf- und Ausbau des totalitären Herrschaftssystems absichern helfen. Zu diesem Zwecke musste die Machtsteigerung von Staat, Partei, «Führer», Wehrmacht und Gestapo lautstark demonstriert und in jedermanns Bewusstsein gehämmert werden. Zum anderen galt es, die materiellen und personellen Kriegsvorbereitungen sowohl vor dem Ausland als auch vor der Mehrheit der deutschen Bevölkerung zunächst ganz zu verschleiern und dann, als dies nicht mehr möglich war, als Massnahmen der Selbstverteidigung zu verharmlosen. Bei der Erfüllung ihrer beiden Hauptaufgaben fungierte die NS-Propaganda vor allem als Mittel der Verschleierung und Einschüchterung. Die Vermittlung von Ideologie kam erst an zweiter Stelle. Niemals diente die «Volksaufklärung» reinen Informationszwecken. Was Hitler, sein Minister Goebbels und in ihrem Gefolge die Mitarbeiter in den deutschen Propagandainstitutionen in den Jahren 1933-1939 systematisch betrieben, stellt sich rückblickend als ein einziges grandioses Täuschungsmanöver dar. Die führenden NS-Propagandisten ge-

58 Zu den Pressekonferenzen vgl. Säger, Politik der Täuschungen; Abel, Presselenkung, S. 37ff.; Bramsted, Goebbels, S. 148 ff., Kriegspropaganda, S. 26-48.

59 Bramsted, Goebbels, S. 589.

bärdeten sich in ihren mündlichen und schriftlichen Verlautbarungen, als seien sie Häupter des organisierten Pazifismus in Deutschland.

Während Hitler bereits wenige Tage nach dem Regierungswechsel in einer geheimen Besprechung mit den Befehlshabern der Reichswehr⁶⁰ in unmissverständlichen Worten seinen Kriegskurs verkündete und die dazu erforderlichen rüstungspolitischen Schritte einleitete⁶¹, wurde in den öffentlichen Reden fortan nichts häufiger betont als die absolute Friedenswilligkeit der neuen Machthaber. Permanente Friedensbeteuerungen bildeten das Standardthema der nationalsozialistischen Propaganda bis in das Jahr 1939 hinein. Je zügiger die reale Machtsteigerung im Inneren voranschritt, desto häufiger wurde dann – dies ist etwa seit dem Jahre 1936 zu beobachten – die Betonung des Friedenswillens mit verbalem Säbelrasseln gekoppelt. In den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft, den Jahren der geheimen Aufrüstung, hielt man sich mit Drohgebärden allerdings weitgehend zurück und beschränkte sich auf die Verherrlichung von Tugenden, die der konservativ-nationalistischen Ideenwelt seit jeher vertraut waren und jetzt zur Staatsideologie erhoben wurden: Edelmut, Heroismus, Männlichkeit, Opferbereitschaft, Disziplin, Einordnungsvermögen, glühende Hingabe an den Staat und an die gemeinsame nationale Sache.

Goebbels hat sich später in triumphierender Weise mit den Erfolgen der propagandistischen Täuschungsstrategie, dank deren das NS-Regime, vom Ausland ungestört, den Ausbau seiner Macht bewerkstelligen konnte, gebrüstet. Im Frühjahr 1940 stellte er rückblickend fest:

«Bis jetzt ist es uns gelungen, den Gegner über die eigentlichen Ziele Deutschlands im Unklaren zu lassen, genauso wie unsere innenpolitischen Gegner bis 1932 gar nicht gemerkt hatten, wohin wir steuerten, dass der Schwur auf die Legalität nur ein Kunstgriff war. Wir wollten legal an die Macht kommen, aber wir wollten sie doch nicht legal gebrauchen... Man hätte uns ja erdrücken können... Nein, man hat uns durch die Gefahrenzone hindurchgelassen. Genauso war das in der Aussenpolitik... 1933 hätte ein französischer Ministerpräsident sagen müssen (und wäre ich französischer Ministerpräsident gewesen, ich hätte es gesagt): der Mann ist Reichskanzler geworden, der das Buch „Mein Kampf“ geschrieben hat, in dem das und das steht. Der Mann kann nicht in unserer Nachbarschaft geduldet werden. Entweder er verschwindet, oder wir marschieren. Das wäre durchaus logisch gewesen. Man hat darauf verzichtet. Man hat uns gelassen, man hat uns durch die Risikozone ungehindert durchgehen lassen, und wir konnten alle gefährlichen Klippen umschiffen, und als wir fertig waren, gut gerüstet, besser als sie, fingen sie den Krieg an⁶².»

60 Niederschrift der Rede Hitlers bei Jacobsen, 1939-1945, S. 95 f. Vollständiger Abdruck bei Vögelsang, Reichswehr.

61 Im Einzelnen siehe Beitrag Deist, Kap. II.

62 Die geheime Erklärung von Goebbels am 5. April vor geladenen Vertretern der deutschen Presse ist ausschnittsweise abgedruckt in: Jacobsen, Der Zweite Weltkrieg, S. 180f.; vgl. rückblickend S. 102.

Bis auf den letzten Satz – die anderen hätten den Krieg angefangen – lag Goebbels mit dieser Beurteilung durchaus richtig. Dass das Regime die «Risikozone», worunter die erste Phase der «Wiederwehrhaftmachung», also der erst geheimen, dann offenen Aufrüstung zu verstehen war, ungehindert durchschreiten konnte, verdankte es nicht zuletzt der Propaganda, die sich zunächst weithin auf Schlagworte beschränkte, die bereits in der Weimarer Zeit im gesamten Lager der politischen Rechten populär waren⁶³, etwa auf die Parolen «Revision von Versailles» und «Gleichberechtigung». Das waren Vokabeln, die dem Ausland und der eigenen Bevölkerung suggerieren sollten, das Regime wolle aussenpolitisch nichts anderes als die Fortsetzung der gemässigten und friedlichen Revisionspolitik der Weimarer Regierungen.

Zu den *Standardthemen*, die in der Propaganda der Jahre 1933 bis 1936 ständig wiederkehrten und nur geringfügig variiert wurden, gehörte die Behauptung, das nationalsozialistische Deutschland habe den aufrichtigen *Willen zum Frieden*. Hitler selbst gab am 1. Februar 1933 den Startschuss zu dieser Friedensdemagogie, als er erstmals im Rundfunk sprach und seinen «Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk» verlas. Die «nationale Regierung», hiess es in dieser Proklamation, sei erfüllt von der Grösse der Pflicht, «für die Erhaltung und Festigung des Friedens einzutreten, dessen die Welt heute mehr bedarf als je zuvor»⁶⁴. Gegenüber einigen englischen und amerikanischen Pressevertretern erklärte der Reichskanzler wenige Tage später, er sei häufig zu Unrecht als ein Mann beschrieben worden, der blutrünstige Brandreden gegen fremde Staaten halte; jeder, der wie er selbst den Krieg kenne, wisse, welchen Verbrauch von Kräften er bedeute, und daher wünsche niemand mehr als er und als das deutsche Volk Frieden und Ruhe⁶⁵. Der Rückgriff auf den Ersten Weltkrieg – wer den Krieg selbst erlebt habe, wolle diese Erfahrung nicht noch einmal mitmachen – sollte in kaum einer der späteren «Friedensreden» Hitlers mehr fehlen⁶⁶.

In seiner Regierungserklärung zum «Ermächtigungsgesetz» am 23. März 1933 betonte Hitler erneut, das deutsche Volk wolle mit der Welt in Frieden leben und jedem Volke «die Hand zu aufrichtiger Verständigung» reichen⁶⁷. Und in seiner von der Propaganda als grosse «Friedensrede» angepriesenen und in vielen Sprachen nachgedruckten⁶⁸ Re-

63 Die Kontinuität der Schlagworte und Zielvorstellungen betont insbesondere Bloch, Hitler, Kapitel 1. Weniger ergiebig dagegen die Arbeit von Wollstein, Revisionismus. Eine arbeitsteilige Kooperation von Auswärtigem Amt und Propagandaministerium in der Auslandspropaganda wurde bereits am 24. Mai 1933 vereinbart. Siehe AD AP, C, Bd. I, S. 478 ff.

64 Domarus I, S. 191-194, hier: S. 193. Zu den Friedensbeteuerungen vgl. auch Hagemann, Publizistik, S. 211 ff.

65 Domarus I, S. 200.

66 Vgl. etwa die Rede Hitlers anlässlich der Reichstageröffnung am 21. März 1933 in Potsdam (Domarus I, S. 228), sein Interview mit dem Korrespondenten des Londoner Daily Telegraph am 2. Mai 1933 (ebd., S. 295), seine Gedenkrede in München zur Erinnerung an den Putsch vom November 1923 am 9. November 1933 (ebd., S. 328) und sein Interview mit dem englischen Journalisten G. Ward Price am 5. August 1934 (ebd., S. 432).

67 Ebd., S. 235.

chen nachgedruckten⁶⁸ Regierungserklärung zur Aussenpolitik vom 17. Mai 1933 erklärte er, ein neuer Krieg wäre ein «Wahnsinn ohne Ende», er würde nur das europäische Gleichgewicht stören, und daher sei es «der tieferrnste Wunsch der nationalen Regierung des Deutschen Reiches, eine solche unfriedliche Entwicklung durch ihre aufrichtige und tätige Mitarbeit zu verhindern»⁶⁹. Goebbels sekundierte im Rundfunk «Hitler habe mehrfach feierlich den aufrichtigen Willen zum Frieden in der Welt bekundet, und die Welt möge nun endlich einsehen, dass die deutsche Regierung und mit ihr das deutsche Volk nichts sehnlicher wünschten, als in Frieden und in innerer und äusserer Ruhe ihrer Arbeit nachzugehen und ihr tägliches Brot zu verdienen»⁷⁰.

Im September 1933 erschien Goebbels in Genf, wo in den Sitzungen des Völkerbundes über Abrüstungsprobleme diskutiert wurde. Der Minister hielt dort den Vertretern der internationalen Presse einen in Ton und Wortwahl sehr gemässigten Vortrag über «Das nationalsozialistische Deutschland und seine Aufgabe für den Frieden», in dem er wiederum bedauerte, dass die nationalsozialistische Politik der vergangenen Monate im Ausland auf «Verständnislosigkeit, Misstrauen oder gar Ablehnung» gestossen sei⁷¹. Grotesk, meinte er, mute die Behauptung an, das neue Deutschland bereite eine machtmässige Expansionspolitik vor. In Wirklichkeit habe die deutsche Aussenpolitik mit Revanche und Krieg nichts zu tun. Es wäre gut, meinte Goebbels, «wenn diese beiden Worte aus der Unterhaltung der Völker vollends verschwänden». Deutschland sei zur Lösung der wirtschaftlichen Krise des Friedens bedürftiger als jedes andere Land, und daher sei es einfach unfair, auf einen deutschen Willen zum Kriege schliessen zu wollen, wo doch das ganze Aufbauwerk der deutschen Regierung «von dem Geiste des Friedens getragen sei»⁷².

Einige Wochen später, am 14. Oktober 1933, gab Hitler den Entschluss bekannt, die Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbund auszutreten. Gleichzeitig legte Goebbels im Auftrag der Regierung auf einer Pressekonferenz erneut ein Bekenntnis «für eine Politik aufrichtigsten Friedenswillens und [der] Verständigungsbereitschaft» ab⁷³. Hitler, sichtlich um Beschwichtigung des Auslands bemüht, hielt eine Rundfunkansprache, in der er die Möglichkeit eines Krieges wiederum als unvernünftig weit von sich wies⁷⁴. Bei einer internen «Führertagung» gestand er jedoch die Gefahr ein, dass der Austritt aus dem Völkerbund mit einem Einmarsch Frankreichs zum min-

68 Vgl. die Broschüren: Das junge Deutschland will Arbeit und Frieden (1933, erschienen in deutscher, englischer, französischer, holländischer, norwegischer, portugiesischer und spanischer Sprache); Hitler, Reden für Gleichberechtigung und Frieden (1934); ders., Deutschland will Frieden und Gleichberechtigung (1934); Die Reden Hitlers als Kanzler (1934); Hitler, Frieden und Sicherheit (1933); Des Führers Kampf um den Weltfrieden (1936). Vgl. auch Hadamowsky, Hitler kämpft um den Frieden Europas (1936).

69 Domarus I, S. 273.

70 «Volk an die Arbeit», Rundfunkrede von Goebbels am 17. Juli 1933, in: ders., Signale, S. 185.

71 Goebbels, Signale, S. 234.

72 Ebd., S. 245ff.

73 Domarus I, S. 306 f.

74 Rundfunkansprache Hitlers vom 14. Oktober 1933, ebd., S. 314.

desten in die rheinischen Gebiete beantwortet werden könnte. Daher komme in der Propaganda jetzt alles darauf an, «auch nur den geringsten Anschein von Revanchegeist und Chauvinismus» zu vermeiden⁷⁵.

Im Laufe des Jahres 1933 gab Hitler in mehreren Interviews⁷⁶ mit sympathisierenden ausländischen Journalisten zu verstehen, man beleidige ihn, wenn man weiterhin erkläre, er wolle den Krieg. In seinem Neujahrsaufruf vom 1. Januar 1934 und in seiner Reichstagsrede vom 30. Januar 1934 strich er erneut die Friedensbereitschaft Deutschlands heraus, wobei der Wunsch nach freundschaftlichen Beziehungen zu Russland und Polen besonders hervorgehoben wurde⁷⁷. Tatsächlich hat dann der deutsch-polnische Nichtangriffsvertrag (26. Januar 1934) eine Besserung der bis dahin sehr gespannten Beziehungen zwischen den beiden Ländern zur Folge gehabt. Auch in der Weltmeinung fand der Pakt bis 1938 ein recht gutes Echo⁷⁸. Von Friedensbetuerungen waren wiederum die Aktionen des Jahres 1935 begleitet, nämlich die Verkündigung des Bestehens einer deutschen Luftwaffe am 9. März und die Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht am 16. März. Die Propaganda liess vernehmen, diese Massnahmen dienten nur der deutschen Selbstverteidigung, und nach wie vor sei der Friede «der tief innerster Wunsch des deutschen Volkes»⁷⁹. Da Hitler im neuen deutschen Wehrgesetz den bisherigen Reichswehrminister in «Reichskriegsminister» umbenannt hatte, hielt er es für nötig, eine weitere «Friedensrede» im Reichstag zu halten (21. Mai 1935), in der er den ungünstigen Eindruck des Wehrgesetzes mit der Betueuerung zu verwischen versuchte, das nationalsozialistische Deutschland wolle den Frieden «aus tief innersten weltanschaulichen Überzeugungen»; auch die Wiederherstellung der deutschen Wehrkraft sei ein «Element dieses Friedens»⁸⁰.

Ein zweites Standardthema der nationalsozialistischen Propaganda war der *Antibolschewismus*, mit dem sich Hitler bereits in seiner Rede vor dem Industrieclub am 27. Januar 1932 den Vertretern der Wirtschaft empfohlen hatte. «Wenn wir nicht wären», behauptete er seinerzeit, wäre «die Frage: Bolschewismus oder nicht Bolschewismus» längst entschieden und es gäbe in Deutschland schon heute «kein Bürgertum mehr»⁸¹. Auch später operierten Hitler und seine propagandistischen Helfer mit diesem Schwarz-Weiss-Klischee, indem sie ihren Zuhörern erklärten, es habe eigentlich nur die politische Alternative Bolschewismus oder Nationalismus (beziehungsweise Nationalsozialismus) gegeben, und indem sie den Begriff Bolschewismus mit Chaos, «rotem Terror»,

75 Ansprache Hitlers am 18. Oktober 1933, ebd., S. 317.

76 Vgl. ebd., S. 319 und 332f.

77 Ebd., S. 357ff.

78 Broszat, Polenpolitik, S. 188-191. Zum deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrag von 1934 vgl. auch Beitrag Messerschmidt, S. 683ff., 697ff., bes. S. 699.

79 Domarus I, S. 476.

80 Ebd., S. 506 und 514.

81 Ebd., S. 86f.; zur antibolschewistischen Propaganda insgesamt vgl. Sywottek, Mobilmachung, S. 104 ff.

Niedergang der Wirtschaft, Untergang des Abendlandes und anderen Negativbildern gleichsetzten.

Diese Bollwerk-These⁸² – also den Anspruch, Deutschland und Europa vor dem Bolschewismus gerettet und die «abendländische Kultur» verteidigt zu haben – wiederholte die NS-Propaganda in den Vorkriegsjahren tausendfach. Zunächst bildete sie die propagandistische Begleitmusik zur Verfolgung von Kommunisten, Sozialisten, Gewerkschaftern und anderen Regimegegnern innerhalb der deutschen Grenzen. In den Jahren 1933 bis 1935/36 legten die nationalsozialistischen Machthaber Wert auf die Feststellung, dass sich Antibolschewismus im Innern durchaus mit freundlichen Beziehungen zu dem einzigen Staat, in dem eine bolschewistische Partei regierte, nämlich zur Sowjetunion, vertrage⁸³. In jener Zeit liess das Regime das Geschäft der antisowjetischen Propaganda von dem als private Vereinigung firmierenden «Gesamtverband deutscher antikommunistischer Vereinigungen e. V.» durchführen, der später als «Antikomintern» bezeichnet wurde⁸⁴. Diese zweigleisige antibolschewistische Propagandapolitik wurde etwa seit dem Beginn des spanischen Bürgerkrieges aufgegeben. Auf dem NSDAP-Parteitag vom September 1935 sprach Goebbels von einer deutschen «Weltmission» im Kampf gegen den Bolschewismus⁸⁵, und auf dem Parteitag im folgenden Jahr war vom Bolschewismus als «Weltfeind» die Rede, der Europa und die Welt vernichten wolle und der daher eine ständige Bedrohung darstelle⁸⁶. Die Sowjetunion wurde bei Gelegenheiten dieser Art als Urheber und als Hort aller nur erdenklichen Grausamkeit, Unmenschlichkeit, Brutalität, Ungerechtigkeit, Verlogenheit und Barbarei dargestellt⁸⁷. Während des spanischen Bürgerkrieges (1936-1939) wendete die NS-Propaganda den antibolschewistischen Vokabelschatz gegen alle Anhänger der spanischen Republik an, die nun unterschiedslos als «Marxisten», «Bolschewisten», «marxistische Mordbrenner und Banditen» oder als «bolschewistische Mordbanden» verteufelt wurden; die republikanische Regierung Spaniens nannte man «Sowjetmachthaber», das von ihr kontrollierte Gebiet «Sowjetspanien», und den Bürgerkrieg insgesamt bezeichnete die NS-Propaganda als «Sowjetrusslands Krieg»⁸⁸.

Im zeitlichen Vorgriff sei schon an dieser Stelle vermerkt, dass der Antibolschewismus mit dem Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939, jenem Beutebündnis der ideologischen Todfeinde, für einige Zeit in der Versenkung verschwand, nämlich bis zum Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion. Allein schon diese Tatsache – dass das zeitlich begrenzt-

82 Bracher, Diktatur, S. 346.

83 Vgl. beispielsweise die Rede Hitlers am 23. März 1933 im Reichstag, in: Domarus I, S. 236; sowie die Rede Hitlers am 7. März 1936 im Reichstag, ebd., S. 587.

84 Vgl. Sywottek, Mobilmachung, S. 105 f.; vgl. auch Beitrag Messerschmidt, S. 755 ff.

85 Parteitag der Freiheit 1935, S. 126.

86 Goebbels, Der Bolschewismus in Theorie und Praxis, in: Parteitag der Ehre 1936, S. 97-124, hier: S. 103.

87 Sywottek, Mobilmachung, S. 107.

88 Ebd., S. 115. Zum spanischen Bürgerkrieg s. Beitrag Messerschmidt, S. 733ff.

te Absetzen der antibolschewistischen Schlagworte möglich und durchführbar war – macht deutlich, in welchem Masse auch der Antibolschewismus als ein Propagandainstrument begriffen wurde, mit dem sich je nach Situation ganz unterschiedliche Ziele erreichen liessen.

Ein weiteres Dauerthema war die Fortsetzung der Behauptung, die deutsche Regierung trete entschieden für *Abrüstung* und Rüstungskontrolle ein und sei jederzeit zum Abschluss von Nichtangriffspakten bereit. Die Abrüstungsforderung war jedoch ausschliesslich an die anderen europäischen Staaten gerichtet. Deutschland, hiess es, habe infolge der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages ja längst einseitig abgerüstet und warte nun seit Jahren vergebens auf die Einlösung des Abrüstungsversprechens der anderen⁸⁹. Mit dem Klagelied, der Zustand der einseitigen Abrüstung sei rechtswidrig, Deutschland müsse jedoch auf dem Anspruch auf Abrüstung bestehen, bereiteten Hitler und Goebbels ihr Alibi für den Austritt aus dem Völkerbund und aus der Abrüstungskonferenz vor.

Die Forderung nach *Gleichberechtigung* für Deutschland – dies war neben den Friedensbeteuerungen das zweithäufigste Propagandathema – konnte an die in der deutschen Bevölkerung durchaus vorhandene irrationale Grundstimmung eines gekränkten Nationalgefühls anknüpfen. Der harte Kern der Gleichberechtigungsforderung bestand jedoch eindeutig in der Rüstungsfrage, was auch offen ausgesprochen wurde. Deutschland wolle eine «tatsächliche Gleichberechtigung im Sinne der Abrüstung der anderen Nationen», betonte Hitler beispielsweise in seiner «Friedensrede» vom 17. Mai 1933, um sogleich hinzuzufügen, wenn die anderen Staaten nicht abrüstungswillig seien, dann müsse Deutschland zumindest auf der Forderung seiner Gleichberechtigung bestehen⁹⁰, was im Klartext bedeutete, auf seinem Recht zur Aufrüstung. Goebbels fasste die beiden propagandistischen Leitthemen in der griffigen Formel zusammen, Deutschland führe einen «Kampf um Frieden und Gleichberechtigung»⁹¹.

Natürlich wurde diese kaum getarnte Ankündigung eigener Rüstungsabsichten mit der Behauptung verbunden, Deutschland denke an nichts anderes als an seine nationale *Sicherheit*, Angriffsabsichten lägen ihm vollständig fern. Deutschland habe lediglich den Wunsch, «seine Unabhängigkeit zu bewahren und seine Grenzen schützen zu können»⁹². Als der englische Korrespondent Ward Price Hitler im Oktober 1933 vorhielt, ein grosser Teil der deutschen Jugend werde derzeit in Arbeitslagern oder als Mitglieder der SA und anderer Formationen zu militärischer Disziplin erzogen, und in England und Frankreich herrsche die Befürchtung, dass die Entwicklung des militärischen Geistes

89 Vgl. Hitlers Reichstagsrede vom 23. März 1933, Domarus I, S. 235; und Goebbels' Rede im Sportpalast am 20. Oktober 1933, in: ders., Signale, S. 270f.

90 Domarus I, S. 274 und 276.

91 Goebbels, Signale, S. 250ff.; vgl. auch die in Anm. 68 genannten Buchtitel, in denen diese Formel wiederkehrte.

92 So Hitler in seiner Reichstagsrede vom 17. Mai 1933, in: Domarus I, S. 276ff.; und Goebbels am 28. September 1933 in Genf, in: ders., Signale, S. 246.

unter den jungen Deutschen das Verlangen nach sich ziehen könne, die erworbenen militärischen Kenntnisse eines Tages praktisch auszunutzen, tritt Hitler diese Folgerungen rundweg ab⁹³. Im August 1934, also ein halbes Jahr vor der offiziellen Bekanntgabe, dass eine deutsche Luftwaffe existierte, was einen offenen Bruch des Versailler Vertrages bedeutete, gab Hitler demselben Journalisten gegenüber indirekt zu, dass Deutschland eine grosse Luftflotte aufbaue, um dann wiederum den obligatorischen Hinweis anzubringen, das seien «deutsche Massnahmen der Selbstverteidigung»⁹⁴. Mit diesem Argument wurde auch die Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht gerechtfertigt. Sie beende, hiess es in einer Erklärung der Reichsregierung (16. März 1935)⁹⁵, den ebenso unwürdigen wie letzten Endes bedrohlichen Zustand der ohnmächtigen Wehrlosigkeit des Reiches und stärke die eigene Sicherheit. Die nationale deutsche Rüstung diene lediglich der Verteidigung und damit der Erhaltung des Friedens.

Die *friedliche Revision* des Versailler Friedensvertrages war ein weiteres Standardthema der Propaganda. Sie wurde in der Regel unter Berufung auf das Nationalitätenprinzip vorgetragen. Da die Neugliederung und Neuordnung der europäischen Staaten nach den wirklichen Volksgrenzen in Versailles nicht gelöst worden sei, liege es nunmehr im Interesse aller, diese Probleme vernünftig und endgültig zu lösen⁹⁶. Deutschland wolle die Revision, aber nur auf friedlichem Wege. Wenn Hitler allerdings erklärte, der Nationalsozialismus kenne «keine Politik der Grenzkorrekturen auf Kosten fremder Völker»⁹⁷, so liess er damit wohlweislich offen, dass sie sehr wohl auf Kosten fremder Staaten erfolgen könne. Immer wieder wurde jedoch in der Propaganda betont, man wolle «alle vorliegenden Fragen leidenschaftslos auf dem Wege von Verhandlungen prüfen und lösen»⁹⁸.

Eine der vieldeutigsten und für die Zwecke der Täuschungsstrategie daher besonders nützlichen Parolen lautete, es gelte, die *Ehre* Deutschlands wiederherzustellen. Unter diesem Schlagwort wurde all das zusammengefasst, was im Gefolge des Versailler Vertrages als Diffamierung empfunden wurde, die «Kriegsschuldfrage», die Reparationslasten, die Rüstungsbeschränkungen und anderes⁹⁹. So erklärte die Propaganda, der Zustand der «Wehrlosigkeit» sei unwürdig und unehrenhaft. Mit sicherem Gespür für Stimmungen schlugen Hitler und Goebbels häufig einen beleidigten Ton an, wenn es um die angeblich so brennenden Fragen der «deutschen Ehre» ging. Hinter der Schlagwortkette

93 Domarus I, S. 321.

94 Ebd., S. 433. In demselben Sinne äusserte sich der Reichsluftfahrtminister Göring in einem Interview mit G. Ward Price am 11. März 1935. Siehe Dokumente der Deutschen Politik, Bd. IV, S. 214f.

95 Domarus I. S. 494 f.

96 Vgl. Hitlers «Friedensrede» vom 17. Mai 1933, ebd., S. 271 ff.

97 Rundfunkansprache Hitlers vom 24. Mai 1933 anlässlich der bevorstehenden Volkstagswahlen im Freistaat Danzig, ebd., S. 279.

98 Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk vom 15. Oktober 1933, ebd., S. 307.

99 Vgl. die Goebbels-Rede vom 28. September 1933, in: ders., Signale, S. 264; und die Hitler-Rede vom 14. Oktober 1933, in: Domarus I, S. 306.

Frieden, Ehre, Gleichberechtigung verbarg sich in Wirklichkeit nichts anderes als Friedenspropaganda nach aussen, Rechtfertigung der Machtentfaltung im Inneren und Aufrüstung.

Mit erstaunlicher Offenheit gab die nationalsozialistische Propaganda zu, dass der Aufbau eines autoritären Herrschaftssystems – diesbezüglich galt die Sprachregelung «Wiederherstellung der *Stabilität im Innern*» – kein Selbstzweck sei, sondern lediglich die Voraussetzung für eine kraftvolle Aussenpolitik darstelle¹⁰⁰. Die Regierung sei sich sehr wohl im Klaren darüber, sagte beispielsweise Goebbels in seiner Sportpalastrede am 7. November 1933¹⁰¹, dass die Aufrollung der grossen aussenpolitischen Probleme, die Deutschland mit der Welt auszumachen habe, nur dann möglich sei, wenn Deutschland wieder seine innere Sicherheit und Einheit zurückgewonnen habe. Deshalb sei der Kampf der Regierung um diese innere Sicherheit und Einheit nicht nur innen-, sondern auch aussenpolitisch bedingt gewesen. «Wir haben zwar von der Aussenpolitik nicht gesprochen, wir haben sie aber immer gemeint. Wir waren entschlossen, die aussenpolitischen Fragen in dem Augenblick aufzurollen, in dem wir der Überzeugung sein konnten, dass hinter uns ein Volk in seiner ganzen Geschlossenheit und Durchschlagskraft steht.» Dies habe man in den zurückliegenden sechs Monaten keinen Augenblick aus dem Auge gelassen. «Wenn wir die Parteien beseitigten, wenn wir durch das Reichstatthaltergesetz die Kleinstaaterei aus dem Felde räumten, wenn wir den Kommunismus zu Boden warfen und die Einheit des Volksdenkens wiederherstellten, so nicht nur aus innenpolitischem Vergnügen, sondern aus der Erkenntnis heraus: Wir haben das nötig, denn bald wird der Augenblick kommen, da wir uns auf die ganze Nation berufen müssen, und wenn wir in einer aussenpolitischen Entscheidung das Vertrauen der ganzen Nation brauchen, dann soll es in dieser Entscheidung keine Partei, kein Land und keine Organisation mehr geben, auf die sich einmal, im Gegensatz zu uns, die Welt berufen könnte. Es geschah alles planmässig¹⁰², Schlag auf Schlag und Stück für Stück: im ersten Monat Vernichtung des Kommunismus, im zweiten Monat seine endgültige Ausrottung, im dritten und vierten Monat die Beseitigung der Parteien, im fünften Monat die Beseitigung des Parlamentarismus.» Auf diese Weise habe das deutsche Volk seine innere Sicherheit zurückgewonnen.

Frieden, Antibolschewismus, Abrüstung, Gleichberechtigung, innere und äussere Sicherheit, friedliche Revision und Nationalitätenprinzip, nationale Ehre und innenpolitische Stabilität waren also die Standardthemen der nationalsozialistischen Propaganda in den Jahren 1933-1936. Sie waren allesamt populär und konnten, verliess man sich alleine auf die verbalen Beteuerungen der neuen Machthaber, durchaus als eine kontinuierliche Fortsetzung der Politik der Weimarer Regierungen interpretiert werden.

100 Vgl. die Rede Hitlers vor dem Industrieclub am 27. Januar 1932, in: Domarus I, S. 86ff.; und seine Rede zum Ermächtigungsgesetz, ebd., S. 235.

101 In dieser Rede begründete Goebbels den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und den Abrüstungsverhandlungen. Vgl. ders., Signale, S. 282 und 301.

102 Das planvolle Handeln war eine Propagandabeauptung.

Die antibolschewistische Propaganda, die den Nationalsozialisten bei der innenpolitischen Durchsetzung ihres Herrschaftsanspruches wertvolle Dienste leistete¹⁰³, hatte zumindest zu jener Version des Antibolschewismus einen direkten Bezug, der während der Weimarer Zeit von der nationalen Rechten vertreten wurde. Für diese Version war es charakteristisch, dass sie nicht ohne weiteres erkennen liess, was mit «bolschewistisch» eigentlich gemeint war. Wenn die nationale Rechte beispielsweise unablässig die «bolschewistische Gefahr» anprangerte, so verstand sie darunter gar nicht in erster Linie eine von der Sowjetunion oder von den deutschen Kommunisten ausgehende konkrete militärische oder revolutionäre Bedrohung. Es handelte sich eher um ein nur vage an historische Erfahrungen anknüpfendes, weithin irrationales Feindbild, in dem sich innen- und aussenpolitische Komponenten unentwirrbar vermengten. Mit dem in der Weimarer Zeit verbreiteten Schlagwort «Kulturbolschewismus» etwa wollte man nicht die Kultur der UdSSR angreifen, ebensowenig die Kulturproduktion deutscher Kommunisten; aus der Optik der nationalistischen Rechten verdiente es vielmehr die gesamte Kulturszene der Republik, als bolschewistisch negiert und beschimpft zu werden. Für die Unbestimmtheit, in der die nationalistische Rechte ihr antibolschewistisches Feindbild beliess, war es typisch, wenn der Stahlhelm-Bundesvorstand anlässlich des 10. Reichsfrontsoldatentages in München Anfang Juni 1929 mit der Aussage an die Öffentlichkeit trat, die Bewegung der deutschen Frontsoldaten sei «seit 10 Jahren Träger des Kampfes gegen den inneren und äusseren Bolschewismus»¹⁰⁴, oder wenn der DNVP-Vorsitzende Hugenberg während der Harzburger Tagung am 11. Oktober 1931 im Namen der gesamten «nationalen Opposition» verkündete, es gelte, «unser Land vor dem Chaos des Bolschewismus zu bewahren», und zwar dadurch, dass «nationalgeführte Regierungen» im Reich wie in Preussen die Regierung übernehmen¹⁰⁵, oder wenn der Stahlhelm im Oktober 1930 mit Blick auf die sozialdemokratische Regierung Braun/Severing in Preussen forderte: «Hinweg mit der unfruchtbaren marxistischen Diktatur in Preussen!¹⁰⁶» Diese Formulierungen verdeutlichen, dass die Begriffe «Bolschewismus», «Kommunismus» und «Marxismus» schon in der nationalistischen Propaganda der Weimarer Zeit wechselweise verwendet wurden und dass mit ihnen neben der Kommunistischen Partei auch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften gemeint waren, wenn nicht sogar Zentrum und Demokraten von Fall zu Fall unter den Bolschewismusverdacht gerieten.

Vor diesem Hintergrund wird verstehbar, dass das NS-Regime mit seiner antibolschewistischen Propaganda das Bürgertum im Inland wie auch in anderen europäischen Ländern zu beeindrucken wusste. Vor allem die deutschen Mittelschichten – bis hinein in das Kleinbürgertum –, die seit den Tagen des Kaiserreiches gewöhnt waren, in der «roten» Internationale die eigentliche Bedrohung ihrer materiellen und gesellschaftlichen

103 Siehe Kapitel III/1.

104 Siehe Schulthess 1929, S. 86.

105 Die von Hugenberg vorgetragene Entschliessung der «nationalen Opposition» ist abgedruckt in Schulthess 1931, S. 225.

106 Siehe Schulthess 1930, S. 200.

Existenz zu sehen, nahmen es den nationalsozialistischen Machthabern ab, wenn sie behaupteten, sie seien die einzige Alternative zur Herrschaft des Bolschewismus und seien schon aus diesem Grunde vor der Geschichte legitimiert. Die integrativen innenpolitischen Wirkungen dieser über Jahrzehnte hinweg zu verfolgenden Propagandalinie sind gar nicht abzuschätzen.

Im Hinblick auf die Kontinuität in der Aussenpolitik¹⁰⁷, genauer gesagt: in den aussenpolitischen Propagandaformeln, verdient in diesem Zusammenhang erwähnt zu werden, dass 1933 selbst die sozialdemokratische Reichstagsfraktion an der von Hitler verkündeten Aussenpolitik zunächst nichts auszusetzen hatte. In seiner Rede zum Ermächtigungsgesetz, das die SPD aus innenpolitischen Gründen ablehnte, sagte Wels: «Der aussenpolitischen Forderung deutscher Gleichberechtigung, die der Herr Reichskanzler erhoben hat, stimmen wir Sozialdemokraten umso nachdrücklicher zu, als wir sie bereits von jeher grundsätzlich verfochten haben¹⁰⁸.» Auch das seit der Weimarer Zeit führende deutsche liberale Blatt, die «Frankfurter Zeitung»¹⁰⁹, die von den pressepolitischen Gleichschaltungsmassnahmen des NS-Staates weitgehend unberührt blieb, akzeptierte den aussenpolitischen Kurs des neuen Regimes, da sich Hitler während der ersten vier oder fünf Jahre seiner Herrschaft den Anschein gab, ein Freund des europäischen Friedens zu sein. Wenn die bürgerlich-liberalen Journalisten behaupteten, die Nation sei von der Ehrlichkeit des deutschen Friedens- und Verständigungswillens überzeugt, so erwiesen sie damit dem Regime einen hervorragenden Dienst, zumal bekannt war, dass die «Frankfurter Zeitung» im Ausland im Gegensatz zu den nationalsozialistischen Parteiblättern durchaus ernstgenommen wurde.

4. Die Rolle der Wehrmacht bei der psychologisch-propagandistischen Kriegsvorbereitung

Am 3. Februar 1933, wenige Tage nach seiner Ernennung zum Reichskanzler, traf Hitler zu einer ersten Besprechung mit den Befehlshabern der Reichswehr¹¹⁰ zusammen. Der neue Regierungschef suchte das Bündnis mit der bewaffneten Macht, weil er wusste, dass sich seine eigenen Herrschaftsansprüche ohne die Unterstützung des Militärs nicht würden durchsetzen lassen. Das frühzeitige Zusammentreffen mit der Spitzengarnitur der Reichswehr zielte jedoch über den innenpolitischen Pakt mit dem Träger des Waffenmonopols hinaus: Es leitete die Politik der Kriegsvorbereitung ein.

107 Zur Kontinuität in der Aussenpolitik und zum Vollzug der «Friedenspolitik» Hitlers s. Beitrag Messerschmidt, S. 664 ff.

108 Domarus I, S. 239.

109 Vgl. Bramsted, Goebbels, Kapitel 5: «Der seltsame Fall der frankfurter Zeitung», insbes. S. 194 und 203ff. Zur Beurteilung des Hauptschriftleiters der «Frankfurter Zeitung», Rudolf Kircher, vgl. auch Sänger, Politik der Täuschungen, S. 175 f.

110 Vgl. Jacobsen, 1939-1945, S. 95 f.

Hitler entwickelte in seiner Ansprache nur wenig verkläuselt weitreichende Kriegspläne – «Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung» – und beschrieb den Weg, auf dem diese Pläne innenpolitisch vorzubereiten waren: Ertüchtigung der Jugend und Stärkung des Wehrwillens mit allen Mitteln; Einstellung der Jugend und des ganzen Volkes auf den Gedanken, dass nur der Kampf Deutschland retten könne; keine Duldung pazifistischer Gesinnung; Aufbau der Wehrmacht und Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht.

Diese politischen Leitlinien zur geistigen, materiellen und personellen «Wiederwehraufbau» kamen den Interessen der Reichswehrführung in so hohem Masse entgegen, dass Hitler sich deren tatkräftiger Unterstützung sicher sein konnte. Der neue Reichswehrminister v. Blomberg sprach gewiss für die Befehlshaber insgesamt, wenn er an eben diesem 3. Februar sagte, das Kabinett Hitler sei die «Verwirklichung dessen, was viele der Besten seit Jahren angestrebt» hätten, weil es die Voraussetzung für die «Wehraufbau des breiten Volkes» biete¹¹¹. Im Programm der Aufrüstung und der Militarisierung bestand eine Identität der Interessen von NS-Regierung und Wehrmacht¹¹², die sich in der Folgezeit als ein wichtiges Stabilisierungselement des Herrschaftssystems erweisen sollte.

Indem Hitler die Stärkung des Wehrwillens als das zentrale erziehungspolitische Ziel seiner Regierung proklamierte, erfüllte er eine Forderung, die das Militär selbst mehr als einem Jahrzehnt gestellt hatte, ohne damit allerdings bei den Regierungen der Weimarer Republik durchdringen zu können. Für die Reichswehrführung ergab sich die Notwendigkeit einer verstärkten «geistigen Mobilmachung» aus den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges¹¹³, insbesondere seines Ausgangs, für den sie in erster Linie nicht-militärische Faktoren verantwortlich zu machen versuchte, um sich die militärische Niederlage nicht eingestehen zu müssen.

General Ludendorff und Grossadmiral v. Tirpitz hatten schon in ihren 1919 erschienenen Kriegserinnerungen¹¹⁴ die Behauptung aufgestellt, die zivile Reichsleitung habe es nicht vermocht, den Siegeswillen der deutschen Bevölkerung zu wecken, sie habe es versäumt, der feindlichen Propaganda eine aktive deutsche Gegenpropaganda entgegenzustellen, und hierin sei eine der Hauptursachen für die deutsche Niederlage zu suchen. Daran anschliessend entwickelte in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre eine Reihe einflussreicher nationalistischer Militärschriftsteller – unter ihnen der General a. D. v. Bernhardt und die Reichswehroffiziere Kurt Hesse und George Soldan¹¹⁵ – aus

111 Vogelsang, Dokumente, S. 432f.

112 Vgl. Müller, Heer, S. 34,37ff., 43, 66; Hüttenberger, Polykratie, S. 423ff., sowie den Beitrag von W. Deist in diesem Band. Messerschmidt, Wehrmacht, S. 1 u. ö., spricht von einer «Teilidentität der Ziele» der Reichswehr und der NSDAP.

113 Hierzu insbes. Sywottek, Mobilmachung, S. 13 ff.

114 Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 285, 290f., 303; Tirpitz, Erinnerungen, S. 276. Zur Kritik dieser Behauptungen vgl. Fraser, Kriegsschuld, S. 13-48.

der Analyse der Propaganda im Weltkrieg Lehren für einen neuen Krieg. Ihre wichtigsten Forderungen lauteten, die deutsche Bevölkerung müsse auf einen künftigen Krieg umfassend propagandistisch vorbereitet und im Kriege selbst müsse der «Waffe Propaganda» grössere Bedeutung beigemessen werden als in der Vergangenheit. Im künftigen Krieg, der nach den Erfahrungen des Weltkrieges 1914-1918 nur noch als ein totaler Krieg¹¹⁶ denkbar erschien, werde der «geistigen Kriegführung» eine möglicherweise sogar ausschlaggebende Rolle zukommen. Daher müsse die psychologisch-propagandistische Mobilmachung gleichrangig neben die personelle und materielle Kriegsvorbereitung treten.

Zur selben Zeit beschäftigte man sich auch im Reichswehrministerium mit dem Problem der Kriegs- und Kriegsvorbereitungspropaganda. Angesichts der restriktiven militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages, die der personellen und materiellen Ausrüstung enge Grenzen setzten, erschien die geistige Kriegsvorbereitung als ein fruchtbares und überdies zulässiges Betätigungsfeld, letzteres zumal, wenn man nach aussen hin unverfänglich klingende Etiketten wie «Stärkung des Wehrwillens» oder «Pflege des Wehrgedankens» benutzte. Es steht allerdings ausser Zweifel, dass man im Reichswehrministerium ganz selbstverständlich von der Unvermeidlichkeit eines neuen Krieges ausging und deshalb forderte, dass das Volk auf ihn «geistig und seelisch» durch eine «planmässige Propaganda» vorbereitet werden müsse¹¹⁷. Eine im März 1924 im Reichswehrministerium erarbeitete «Denkschrift über die geistige Kriegsvorbereitung des Volkes»¹¹⁸ klagte, dass die republikanischen Regierungen offensichtlich nicht in der Lage seien, «das Volk geistig auf den Krieg einzustellen». Aus diesem Grunde müsse diese Aufgabe vorläufig von der Wehrmacht als der «Trägerin des Wehrgedankens und der künftigen Mobilmachung» alleine angegangen werden, wobei man sich auf «die rechtsgerichteten Kreise, die Vaterländischen Verbände und Organisationen des alten Heeres, die für den Wehrgedanken durch Wort und Tat Propaganda machen», stützen müsse. Gleichzeitig gelte es, die Kriegsgegner, die hinter jeder Uniform und hinter jedem, der für den Wehrgedanken eintrete, einen Kriegstreiber sähen, scharf zu bekämpfen, und zwar alleine schon aus «Selbsterhaltungstrieb». Weiterhin müsse auch das Vertrauen der derzeit noch wenig wehrwilligen Kreise gewonnen werden, da – gemäss der Theorie des totalen Krieges – ohne ihre willige Mitwirkung ein Krieg nicht geführt werden könne. Die Denkschrift bot schliesslich einen Argumentationskatalog an, mit des-

115 Bernhardt, *Vom Kriege der Zukunft* (1920); Hesse, *Feldherr Psychologos* (1922); ders., *Persönlichkeit und Masse* (1933); Soldan, *Der Mensch und die Schlacht der Zukunft* (1925); hierzu ausführlich Sywottek, *Mobilmachung*, S. 14ff.

116 Zur Theorie des totalen Krieges zusammenfassend Kernig, Artikel «Krieg» in: *Sowjetsystem*, Bd. 3, Sp. 1066ff., bes. 1079f.; sowie Wehler, «Absoluter» und «totaler» Krieg; und Senghaas, *Abschreckung*, S. 40 ff.

117 Vgl. Reichswehrministerium, Zentralabteilung, Nr. 342/23 I (1923), in: BA-MA RW 6/v. 37 (früher OKW/2377).

118 Reichswehrministerium, Nr. 266/24. II z. vom März 1924. Denkschrift über die geistige Kriegsvorbereitung des Volkes, ebd.

sen Hilfe «der Boden für eine geistige Kriegsvorbereitung des ganzen Volkes» bereitet werden könne.

Wie die Kritik an den republikanischen Regierungen, deren Repräsentanten in Reichswehrkreisen als wenig wehrfreundlich oder gar als pazifistisch verschrien waren, zeigte, richtete sich das Konzept der Reichswehr für eine psychologische Mobilmachung der Bevölkerung zugleich gegen das parlamentarische System und die politischen Parteien, die solche Regierungen hervorgebracht hatten. Tatsächlich war die Reichswehr in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre zu einer Zusammenarbeit mit der Regierung nur unter der Bedingung bereit, dass diese etwas für die Wehrhaftmachung tat. Erst etwa um die Mitte der zwanziger Jahre begann die Führung einzusehen, dass eine kriegerische Revision der Grenzen in absehbarer Zeit nicht möglich war, und trennte sich von dem Seeckt'schen Anspruch auf eine baldige Verwirklichung von Grossmachtperspektiven¹¹⁹. Für das Ziel einer psychologisch-propagandistischen Mobilisierung ergab sich dann erst wieder in den Jahren der wirtschaftlichen und politischen Krise nach 1929 eine neue Chance. Massgebliche Offiziere der Reichswehr griffen nunmehr in verstärktem Masse gesamtgesellschaftliche Konzeptionen militaristischer Tendenz auf¹²⁰ und forderten, die gesamte Gesellschaft müsse bereits im Frieden kriegsmässig organisiert und permanent für den Krieg bereitgehalten werden.

Einige Ansätze zur Durchsetzung dieses Konzepts wurden noch in der Endphase der Weimarer Republik unternommen. Beispielsweise diente die durch Erlass des Reichspräsidenten vom 13. September 1932 verfügte Gründung eines «Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung»¹²¹ dem Ziel, die Tätigkeit der diversen Wehrverbände unter staatlicher Oberaufsicht zusammenzufassen. Auf diese Weise gelang es der Reichswehrführung, die vormilitärische Ausbildung in ihrem Sinne zu beeinflussen. General v. Schleicher, inzwischen zum Reichswehrminister avanciert, betonte in einem Brief vom Oktober 1932 an Reichskanzler v. Papen¹²², dass es nunmehr darum gehe, die gesamte heranwachsende Jugend einer systematischen Wehrtüchtigung zu unterziehen. Er forderte die Weiterentwicklung des freiwilligen Arbeitsdienstes, die «Umbildung der preussischen Jugendpflege im Sinne ihrer Einbeziehung in die Gesamtplanung für Jugendertüchtigung», die «Festlegung pflichtmässiger Leibesübungen in den Schulen», die «Ausgestaltung des akademischen Werkjahres» sowie eine Reihe weiterer Massnahmen. Die Regierung Hitler konnte an diese theoretischen und praktischen Vorarbeiten zur psychologischen Mobilisierung ebenso anknüpfen wie an die in der Weimarer Zeit erstellten Rüstungs- und Arbeitsbeschaffungsprogramme.

119 Vgl. hierzu Geyer, Aufrüstung, S. 25-64 und Beitrag Deist, S. 440.

120 Hillgruber, Grossmachtpolitik, S. 38ff., fussend auf Geyer, Landesverteidigung.

121 Zum «Reichskuratorium für Jugendertüchtigung» siehe Geyer, Landesverteidigung, S. 188 ff. Zu den Wehrsport-Richtlinien des Reichskuratoriums vgl. Mägerlein, Wehrsport (1933).

122 Der Reichswehrminister, Nr. 486/32, geheim, vom 17. Oktober 1932. Dok. abgedruckt in: Schützle, Reichswehr, Anhang S. 1-3.

Hitlers Politik der geistigen, materiellen und personellen «Wiederwehrhaftmachung», die er am 3. Februar 1933 den Befehlshabern der Reichswehr vortrug, fügte sich demnach – dies sollten die Ausführungen über die Ziele der Reichswehrführung in der Weimarer Republik belegen – nahtlos in die Vorstellungen des Militärs ein. Zugleich wird deutlich, dass das Wehrprogramm Hitlers bzw. der NSDAP durchaus nicht originell war. Es nahm vielmehr die in Militärkreisen entwickelte Lehre vom totalen Krieg auf und betonte in ihrem Gefolge die Bedeutung psychologischer und propagandistischer Faktoren bei der Vorbereitung und Durchführung eines neuen Krieges. Genau wie Luddendorff, Tirpitz und andere führende Militärs und Militärschriftsteller sah auch Hitler den Kardinalfehler der deutschen politischen Führung im Ersten Weltkrieg in ihrer schlechten Propaganda und in der unzureichenden ideellen Motivierung der Bevölkerung¹²³. Konstantin Hierl¹²⁴, der Wehrexperte der NSDAP, lag ebenfalls völlig auf der Linie der Reichswehrführung, als er auf dem NSDAP-Parteitag von 1929 verkündete, der «zukünftige Krieg» werde dem Trend zum totalen Krieg folgen, weshalb dem Wirtschafts- und dem Propagandakrieg grössere Bedeutung als bisher zukommen werde. Das Programm der «Wiederwehrhaftmachung» wurde also von der nationalistischen Rechten, der Reichswehr und der NSDAP gemeinsam getragen. Lediglich hinsichtlich der Durchsetzungschancen dieses Programms brachte die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler eine neue Situation. Denn während sich die Reichswehr in der Weimarer Zeit als die einzig legitime «Trägerin des Wehrgedankens und der künftigen Mobilmachung» betrachtet hatte, übernahm nunmehr die Regierung selbst die Aufgabe, den Wehrwillen zu stärken, und erfüllte damit eine von der Reichswehr seit einem Jahrzehnt erhobene Forderung. Auf der Basis gleichartiger Interessen von Wehrmacht und nationalsozialistisch geführter Regierung konnte sich daher in der Folgezeit eine Arbeitsteilung zwischen beiden Herrschaftsträgern entwickeln. In der Praxis sah die Arbeitsteilung so aus, dass der von Goebbels kommandierte Apparat die «grosse» Propaganda machte, während sich das Reichswehr- und spätere Reichskriegsministerium auf Sympathiewerbung für die Wehrmacht sowie auf die organisatorische Vorbereitung der künftigen psychologischen Kriegführung beschränkte. Wie in anderen Bereichen kam es auch hier zu Kompetenzkonflikten, die das Goebbelsche Reichspropagandaministerium jedoch im Regelfall für sich entschied¹²⁵.

Die Wehrmachtführung konnte aus diesem Grunde ihren eigenen Propagandaapparat in relativ bescheidenen Grenzen halten¹²⁶. Die massgebliche Institution für die Öffentlichkeitsarbeit der Wehrmachtführung war zunächst die Pressegruppe im Ministeramt des Reichswehrministeriums. Sie ging 1938 im Zuge der Umorganisation der Wehrmachtspitze in der Abteilung für Wehrmachtpropaganda im Oberkommando der Wehrmacht

123 Sywottek, *Mobilmachung*, S. XXVff.

124 Hierl, *Wehrpolitik*, S. 8ff.; Hierl wurde später «Reichsarbeitsführer».

125 Vgl. *Kriegspropaganda*, S. 127ff.; Messerschmidt, *Wehrmacht*, S. 239ff.

126 Sywottek, *Mobilmachung*, Kapitel «Propagandainstitutionen» der Wehrmacht; S. 36ff., hier: S. 41; weitere Einzelheiten in: Messerschmidt, *Öffentlichkeitsarbeit*.

(OKW)¹²⁷ auf. Neben dieser Abteilung, die für Heer und Marine arbeitete, unterhielt das Reichsluftfahrtministerium eine eigene Pressegruppe¹²⁸. Die wichtigste Schaltstelle für die kontinuierliche Beeinflussung der Bevölkerung im Sinne der Wehrmacht bildete die tägliche Pressekonferenz im Reichspropagandaministerium. Wie die Beauftragten der übrigen Ministerien hatten hier auch die Pressesprecher der Wehrmacht Gelegenheit, regelmässig Anweisungen für die Behandlung militärischer und militärpolitischer Fragen zu geben. Allgemein galt in diesen Angelegenheiten der Grundsatz, «dass über die Frage der innenpolitischen Kriegsvorbereitungen, vor allem, soweit sie die NSDAP betreffen, nicht berichtet werden» durfte¹²⁹. Zur propagandistischen Selbstdarstellung im Interesse der Wehrerziehung der ganzen Nation war das Reichskriegsministerium bemüht, mittels einer eigenen Illustrierten «massgeblichen Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung in allen Wehrfragen» zu nehmen. Zu diesem Zwecke wurde im November 1936 die Halbmonatsschrift «Die Wehrmacht»¹³⁰ ins Leben gerufen. Aus der Tatsache, dass es dem Blatt gelang, sich bis Kriegsbeginn eine Auflage von 750'000 zu sichern¹³¹, darf geschlossen werden, dass es seinen Hauptauftrag, die Volkstümlichkeit der Wehrmacht zu erhöhen, nicht ohne Erfolg erledigte.

Für die Propaganda der Wehrmacht stand selbstverständlich auch der Rundfunk zur Verfügung. Diesbezüglich wurde die Nachrichtensteuerung zwischen der Pressegruppe des OKW und dem Reichssendeleiter abgesprochen. Die Wehrmacht-Pressegruppe war weiterhin für die «Überwachung des militärpolitischen und wehrgeistigen Schrifttums» verantwortlich¹³², was zur Folge hatte, dass die gesamte militärpolitische Literatur¹³³ wehrpropagandistische Züge trug. Zur Steigerung der propagandistischen Effektivität dieses Schrifttums wurden in den Vertrieb auch andere Institutionen, etwa die Deutsche Arbeitsfront (DAF), eingespannt. Im Dienste der Wehrpropaganda stand schliesslich eine vielfältige Vortragstätigkeit von Wehrmacht-Offizieren in Arbeitsdienstlagern und Betrieben. Im regionalen Bereich war dies die Aufgabe der Presseoffiziere, die den mittleren und unteren Kommandobehörden zugeordnet waren. Sie wurden 1939 offiziell in

127 Vgl. Kaiser, Amtsgruppe Wehrmachtpropaganda; sowie Kriegspropaganda, S. 133ff.; Wedel, Propagandatruppen, S. 153.

128 Über ihre Aufgaben und Arbeitsweise vgl. Anleitung für den Pressedienst. Geheim. Erlassen vom Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Berlin 1938.

129 Presseweisung vom 19. Januar 1938. Dok. bei Sängler, Politik der Täuschungen, S. 163.

Vgl. auch weitere Presseweisungen militärpolitischen Inhalts ebd., S. 167 und 270ff.

130 Vgl. Sywottek, Mobilmachung, S. 38 f.; Messerschmidt, Wehrmacht, S. 159. Zu den Auseinandersetzungen über die Frage, ob «Die Wehrmacht» von der NSDAP oder dem OKW verlegt werden sollte, vgl. Hale, Presse, S. 260ff.; der Streit zwischen Keitel (OKW) und Amann (Eher-Verlag der NSDAP) endete mit einem Sieg des letzteren. Vgl. weiterhin Murawski, Presse (1937).

131 Juli 1939: 680'000; November 1939; 1 Million. So Hale, Presse, S. 265; Sywottek, Mobilmachung, S. 38 f.

132 Einzelheiten bei Sywottek, Mobilmachung, S. 39 f.; und Messerschmidt, Wehrmacht, S. 148 ff.

133 Vgl. Scherke/Vitzthum, Bibliographie der geistigen Kriegführung (1938).

Wehrmachtpropaganda-Offiziere umbenannt. Über diese auf die geistige Militarisierung der deutschen Bevölkerung abzielende Propagandatätigkeit hinaus ging die Wehrmacht seit 1936 daran, sich auf die psychologische Kriegführung organisatorisch vorzubereiten¹³⁴. Da NS-Führung und Wehrmacht gleichermaßen davon überzeugt waren, dass der «Propagandakrieg» in einer künftigen militärischen Auseinandersetzung gleichberechtigt neben dem «Waffenkrieg» und dem «Wirtschaftskrieg» stehen würde¹³⁵, konnte es hinsichtlich der Notwendigkeit, spezielle Propagandaeinheiten aufzustellen, keinen Streit geben. Die Frage war nur, ob sie unter der Regie des Goebbelschen Ministeriums oder der des Reichskriegsministeriums gebildet werden sollten. Sie wurde dahingehend gelöst, dass die Wehrmacht mit Unterstützung der Reichspropagandaämter militärische Propagandaeinheiten (PK = Propaganda-Kompanien) mit Arbeitsgruppen für Kriegsberichterstattung durch Wort, Bild, Film und Rundfunk sowie für Lautsprecherpropaganda aufstellte – bis Kriegsbeginn insgesamt 15 –, wobei das Reichspropagandaministerium seinen Einfluss hinsichtlich der personellen Besetzung und der Kontrolle der Propagandainhalte geltend zu machen wusste¹³⁶. Ein von Keitel (OKW) und Goebbels (RMVP) im Winter 1938/39 ausgehandeltes «Abkommen über die Durchführung der Propaganda im Kriege»¹³⁷ legte fest, dass ein künftiger Propagandakrieg verantwortlich vom Propagandaministerium geführt werde. Damit war auch die psychologische Kriegführung der Wehrmacht in den von Goebbels gelenkten Propagandaapparat eingeordnet¹³⁸.

In den ersten Jahren der NS-Herrschaft versuchte das «Wehrpolitische Amt der NSDAP» (WPA) unter Epp und Haselmayr¹³⁹, den Führungsanspruch der Einheitspartei in allen wehrpolitischen Erziehungsfragen durchzusetzen. Auf Betreiben des Reichswehrministeriums, das bestrebt war, alle Konkurrenten auszuschalten, die ihm das Gewaltmonopol streitig zu machen versuchten, wurde das WPA im März 1935 aufgelöst. Hitler dürfte diese Entscheidung nicht sonderlich schwergelassen sein, da sich neben dem Propagandaministerium und der Wehrmacht eine grosse Zahl weiterer Institutionen und Organisationen um die «Wiederwehrhaftmachung» der deutschen Bevölkerung bemühte.

Zu nennen wäre hier die «Deutsche Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften» unter der Führung des Generals a. D. v. Cochenhausen, die sich – als Nachfolgerin der bereits 1929 gegründeten «Wehrwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft» – nach und nach zu einem Integrationsforum aller mit Wehrwissenschaft, Wehrpolitik und

134 Vgl. Wedel, Propagandagruppen (Wedel war zuletzt Generalmajor und Chef der Amtsgruppe Wehrmachtpropaganda im OKW); Scheel, PK-Einheiten, S. 447ff.

135 Vgl. die Schriften des im Psychologischen Laboratorium des Reichskriegsministers tätigen Spezialisten Blau, Propaganda (1935), und Geistige Kriegführung (1937). Vgl. weiterhin die Abhandlung des Chefs des OKW vom 19. April 1938 über «Die Kriegführung als Problem der Organisation» in: IMT, Bd. 38, S. 35-50 (Dok. 211-L).

136 Scheel, PK-Einheiten, S. 449-455; Kriegspropaganda, S. 127ff.; Wedel, Propagandatruppen, S. 18 ff.

137 Wedel, Propagandatruppen, S. 22f.; Messerschmidt, Wehrmacht, S. 241.

138 Messerschmidt, Wehrmacht, S. 241-245; Kriegspropaganda, S. 128 ff.

139 Vgl. Baum, Wehrpolitisches Amt; Messerschmidt, Wehrmacht, S. 97ff.

Wehrpropaganda befassten Personen und Institutionen entwickelte¹⁴⁰. Die Universitäten und Schulen leisteten ebenso wie die Hitler-Jugend, die SA, der Arbeitsdienst und der Bund Deutscher Mädel (BDM) ihren Beitrag zur psychologischen Rüstung für den Krieg¹⁴¹. Und die NSDAP selbst entfaltete ebenfalls eine rege Tätigkeit auf dem Gebiete der Wehrpropaganda. Insgesamt ergibt sich das Bild einer institutionell vielseitig abgesicherten und kontinuierlich betriebenen Indoktrination der deutschen Bevölkerung mit soldatischen und heroischen Idealen.

Diese geistige Militarisierung durch die Propagierung militärischer Tugenden war ein Grundzug der psychologischen Mobilmachung in der Kriegsvorbereitungsphase. Zumal in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft hatte die Propaganda nämlich eine komplizierte und widersprüchliche Doppelaufgabe zu erfüllen. Erstens musste die materielle Aufrüstung gegenüber dem Ausland durch fortwährende Friedensbeteuerungen abgeschirmt, zweitens aber sollte zugleich der «Wehrwille» der Bevölkerung geweckt und gesteigert werden¹⁴². Letzteres konnte nicht in der Form einer unverhüllt aggressiven Propaganda geschehen, da sonst die Friedensbeteuerungen unglaubwürdig geworden wären. Daher ging die von Goebbels dirigierte Propaganda den Weg, auf einer eher emotionalen Ebene und in allgemeiner Form heroische und autoritär-konservative Ideale zu predigen. Auf diese Weise konnte die Benennung konkreter Aggressionsziele vermieden werden. Ein typisches Beispiel für diese Wehrpropaganda waren die seit 1934 anlaufenden Wehrmachtsfilme, die ganz auf Sympathiewerbung für das Militär abgestimmt waren. Die Kunst der Propagandaführung bestand gerade darin, durch die unauffällige Mischung von ständig beteuerter Friedensliebe mit der Anpreisung militärischer Tugenden günstige Voraussetzungen zu schaffen für die später beabsichtigte Umschaltung auf eine offensive Ausdeutung des «Wehrwillens».

In dem Jahr vor Kriegsbeginn liess Goebbels die Sympathiewerbung für die Wehrmacht noch einmal erheblich verstärken¹⁴³. Gleichzeitig wurde in der Wehrmacht selbst die psychologische Mobilmachung für den bevorstehenden Angriffskrieg intensiviert. In der Art und Weise, wie dies geschah, zeigte sich erneut, dass die Propaganda der politischen und der militärischen Führung vollständig und bis ins Detail miteinander abgestimmt war¹⁴⁴. Als Beispiel hierfür sei eine vom Oberbefehlshaber des Heeres, Brau-

140 Zum Begriff Wehrwissenschaft und zur Fülle der «Wehr»-wörter vgl. Linnebach, Wehrwissenschaften (1939); ferner Binz, Wehrgrundlagen (1935); Erziehung zum Wehrwillen (1937); sowie Messerschmidt, Wehrmacht, S. 166ff.; Wohlfeil, Wehr-, Kriegs- oder Militärgeschichte; Sywottek, Mobilmachung, S. 43 ff.

141 Hierzu ausführlich Sywottek, Mobilmachung, S. 32 ff., 45 ff., 73-91; sowie für Teilaspekte: Dahle, Einsatz einer Wissenschaft; Geissler, Dekadenz; Stellrecht, Soldatentum (1935); Frank, Kämpfende Wissenschaft (1934); ders., Deutsche Wissenschaft und Judenfrage (1937). Vgl. auch Kapitel III/3.

142 Vgl. Sywottek, Mobilmachung, Kapitel «Wehrpropaganda in der ‚Risikozone‘», S. 49-63.

143 Vgl. ebd., S. 166ff.

144 Vgl. hierzu auch das nachfolgende Kapitel II/5.

chitsch, herausgegebene Sprachregelung genannt, nach der die Befehlshaber und Kommandeure sich bei ihren Appellen zum 25. Jahrestag des Ersten Weltkrieges Anfang August 1939 zu richten hatten¹⁴⁵. In den «Stichworten» Brauchitschs wurde das Dritte Reich als «Sieg der Frontsoldaten» gefeiert. In ihm sei das Vermächtnis der zwei Millionen gefallenen Kameraden des Weltkrieges 1914-1918 erfüllt. Das «Elend der Systemzeit» sei überwunden, und Deutschland habe einen Wiederaufstieg «zu Ehre und Freiheit» erlebt. Heute seien politische und militärische Führung «von einer gemeinsamen Weltanschauung getragen». Unmittelbar auf den bevorstehenden Krieg abgestimmt war die den Propagandaweisungen von Goebbels entnommene Anordnung Brauchitschs, die gegenwärtige Lage im Vergleich zu 1914 so zu schildern: «Wieder richten sich gegen Deutschland Neid, Missgunst und Hass, wieder sind die Einkreisungsmächte am Werk¹⁴⁶.» Mit dieser geschichtsfälschenden Parallele wurden die Soldaten der Wehrmacht und die zivile Bevölkerung gleichermaßen auf die «kommenden Dinge» eingestimmt.

Mehr noch als andere Sparten der Propagandatätigkeit des NS-Regimes in den dreissiger Jahren muss die Wehrmachtpropaganda als ein wichtiges Bindeglied zwischen den – im ersten Abschnitt beschriebenen – militaristischen und nationalistischen Tendenzen der Krisenjahre der Weimarer Republik und den Propagandazielen des NS-Regimes begriffen werden. Die propagandistische Tätigkeit der Wehrmacht hat massgeblich zur psychologischen Mobilmachung der deutschen Bevölkerung für den dann 1939 begonnenen Krieg beigetragen.

5. Von den Friedensbeteuerungen über die Einschüchterungspropaganda zur prophylaktischen Kriegsschuldabwälzung (1936-1939)

Die NS-Propaganda schaltete nicht etwa in einer plötzlichen Schwenkung von den Friedensparolen auf massive Gewaltdrohungen oder gar auf eine als direkte Kriegs Vorbereitung erkennbare Propagandalinie um. Es gab diese Entwicklung, aber sie verlief in einem mehrjährigen, fein abgestuften Prozess. Etwa seit dem Frühjahr 1936 wurden die heuchlerischen Beschwörungen deutscher Friedensliebe mit deutlichen Hinweisen auf die wiedergewonnene eigene Machtstellung verbunden. Während Goebbels seit 1933 die Propaganda nach der Devise «Wir sind kein säbelrasselndes Deutschland»¹⁴⁷ gelenkt hatte, erinnerte man sich nunmehr an die Maxime aus der «Kampfzeit», dass zu jeder guten Propaganda auch die Demonstration von Macht sowie die Anwendung von Ge-

145 Die «Stichworte» sind als Dokument abgedruckt bei Messerschmidt, Wehrmacht, S. 237.

146 Ebd.; zur Einkreisungspropaganda vgl. Kapitel II/5.

147 Goebbels, Signale, S. 270 f.

148 Hadamowsky, Propaganda, S. 22, behauptete, Propaganda und Gewalt seien «niemals absolute Gegenpole», sondern gehörten zusammen. Unter Propaganda seien zu verstehen «alle Grade der wirksamen Beeinflussung von Menschen und Massen, angefangen von der blitzartigen Erregung der Aufmerksamkeit, der gütlichen Überredung des Einzelnen bis zur trommelnden Massenpropaganda, von der losen Organisierung der gewonnenen bis zur Schaffung halbstaat-

walt gehöre¹⁴⁸. In zeitlicher Parallelität zur realen Machtsteigerung des Reiches wurde das verbale Säbelrasseln zu einem festen Bestandteil der Verlautbarungen des Regimes. Diese Propaganda richtete sich, selbst wenn sie in der Sache aussenpolitische Vorgänge betraf, immer zugleich nach innen, an die Adresse der deutschen Bevölkerung. Hier zeigte sich deutlich die enge Verknüpfung von Innen- und Aussenpolitik.

Die Vertragsbrüche und Aggressionshandlungen des NS-Regimes in den Jahren 1936-1939 verliefen nach einem ziemlich einheitlichen taktischen Muster: Zunächst wurde das gesteckte politische Teilziel propagandistisch aufbereitet; sodann schuf der Einsatz militärischer Gewalt in raschem Zugriff vollendete Tatsachen; die Propaganda versicherte daraufhin regelmässig der überraschten Weltöffentlichkeit, dass das Deutsche Reich nunmehr keine weiteren territorialen Ansprüche habe, dass die Erhaltung des Friedens nach wie vor das höchste Ziel sei, um jedoch zugleich drohend hinzuzufügen, dass das Reich inzwischen auch seine militärische Macht zurückgewonnen habe.

Der erwähnte Überraschungseffekt gelang beim Einmarsch deutscher Truppen am 7. März 1936 in das laut Versailler Vertrag entmilitarisierte Rheinland¹⁴⁹ vollständig, zumal sich die Weltöffentlichkeit zu dieser Zeit mit dem italienischabessinischen Krieg beschäftigte und die Vorbereitungen zum Einmarsch unter strikten Geheimhaltungsvorkerungen erfolgt waren. Nach dem *Fait accompli* war Hitler¹⁵⁰ sogleich bemüht, den aus dem Ausland bereits eingegangenen und noch zu erwartenden Protesten seine Beschwichtigungsforneln entgegenzusetzen. Er sprach von der «angeborenen Friedensliebe des deutschen Volkes», bezeichnete die in ihm angeblich «schlummernden Angriffsabsichten» als eine «Fata Morgana» und legte sodann, um die Abwiegelung und Verschleierung zu vervollständigen, ein Sieben-Punkte-Programm zur Errichtung eines Systems der «europäischen Friedenssicherung» vor, das ein Angebot zum Abschluss von Nichtangriffspakten enthielt und sich im Übrigen wie eine einzige Friedensbeschwörung ausnahm. Selbstverständlich sollte mit diesem propagandistischen Schachzug lediglich von der im Handstreich vollzogenen Besetzung des Rheinlandes abgelenkt werden.

Die Presse erhielt an jenem 7. März 1936 die Weisung, die Besetzung, die in Wirklichkeit einen klaren Bruch auch des Locarno-Vertrages vom 16. Oktober 1925 darstellte, als Antwort auf die angebliche Verletzung des Locarno-Vertrages durch Frankreich und die Sowjetunion zu rechtfertigen, die soeben einen Beistandspakt (NS-Sprachregelung: «Russenpakt») geschlossen hatten. Dem Ausland versicherte Hitler, er habe nun keine territorialen Forderungen mehr¹⁵¹. Für den Bereich der innerdeutschen Berichterstattung

licher oder staatlicher Institutionen, vom individuellen bis zum Massenterror, von der legitimierten Gewaltanwendung des Stärkeren... bis zur militärischen Erzwingung von Gehorsam und Disziplin im Standrecht». Vgl. auch die zusammenfassende Charakteristik der NS-Propaganda von Bramsted, Goebbels, S. 584.

149 Zur Rheinland-Besetzung vgl. Beitrag Deist, S. 506, und Beitrag Messerschmidt, S. 726ff. 150 Vgl. die Regierungserklärung Hitlers vom 7. März 1936, in: Domarus I. S. 583, 585, 594f. 151 Ebd., S. 596. Zur Problematik des französisch-sowjetischen Paktes s. Beitrag Messerschmidt, S. 718.

wurde das Verbot erteilt, von einer «militärischen Aktion» zu reden, da «keine Furcht vor Krieg entstehen dürfe». Stattdessen solle Zuversicht verbreitet werden, denn «kommende Taten» hatzen die Zustimmung der Bevölkerung zur Voraussetzung¹⁵². Um den uberraschungscoup nachträglich durch die Bevölkerung legitimieren zu lassen, ordnete Hitler Reichstagsneuwahlen an. Die «Wahlkampf» genannte Propagandakampagne stand unter der Parole «Für Volkerfrieden, -versöhnung und -verständigung». Zugleich wurde die Presse jedoch angewiesen, sich «vor einem kraftlosen, liberalistischen Pazifismus» zu huten und klar zum Ausdruck zu bringen, «dass wir ein ehrliebendes Volk sind, das sich nichts abhandeln» lasst¹⁵³ und das auf seine militärische Gleichberechtigung pocht. Hitler selbst liess es sich nicht nehmen, am 28. März 1936, einen Tag vor den Neuwahlen, die dann erstmals jene später üblichen, manipulierten 99 Prozent für die NSDAP erbrachten, eine Rede¹⁵⁴ zu halten, in der sich auch der Satz fand: «Ich glaube nicht, dass in der Welt ein Mann mehr von Frieden und für den Frieden geredet und gerungen hat als ich.»

Natürlich feierte die deutsche Propaganda die unblutig verlaufene und nur auf verbale Proteste gestossene Remilitarisierung des Rheinlandes als einen grossen Sieg und zugleich als den Abschluss des Kampfes um die Gleichberechtigung Deutschlands¹⁵⁵. Tatsächlich hatte Hitler ja nach der Rückkehr des Saarlandes (13. Januar 1935), der Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht (16. März 1935), dem deutsch-britischen Flottenabkommen mit dem Zugeständnis weiterer deutscher Marinerustungen über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinaus (18. Juni 1935) und nun mit der militärischen Inbesitznahme der deutschen Gebiete links des Rheins (7. März 1936) vieles von dem erreicht, was die Regierungen der Weimarer Republik vergeblich erstrebt hatten. Zugleich war Deutschland anerkanntermassen in den Kreis der Grossmächte zurückgekehrt. So bedeutete es für die Propagandaführung alles in allem keine besondere Schwierigkeit, Hitler als den Vollstrecker des Weimarer Revisionismus erscheinen zu lassen.

Mit der Veranstaltung der Olympischen Spiele¹⁵⁶ auf deutschem Boden brachte das Jahr 1936 ein weiteres grosses Ereignis, das internationale Beachtung fand. Die Olympiade bot der Nazi-propaganda eine willkommene Gelegenheit, den ausländischen Sportlern und Journalisten ein friedliebendes Deutschland zu präsentieren, das zudem eine erfolgreiche «Aufbaupolitik» vorzuweisen habe. Die Regierung, so wurde verkündet, sei mit dem Problem von sechs Millionen Arbeitslosen fertig geworden, sie habe ihrem einzi-

152 Presseanweisung des Sprechers des Auswärtigen Amtes, Aschmann, sowie des Leiters der Abteilung Auslandspresse im Propagandaministerium, Brauweiler, vom 7. und 9. März 1936, in: Sänger, Politik der Täuschungen, S. 78f.

153 Presseweisung vom 11. März 1936, ebd., S. 83.

154 Rede Hitlers vom 28. März 1936, in: Domarus I, S. 614ff.

155 Zu den einzelnen Etappen vgl. Beitrag Deist, S. 494-513, und Beitrag Messerschmidt, Kap. II und III.

156 Vgl. Krüger, Olympische Spiele. Bramsted, Goebbels, S. 221 ff.

gen Feind, dem Kommunismus, zum Wohle von ganz Europa den Garaus gemacht, und das deutsche Volk könne seine sozialen Errungenschaften mit Stolz vorzeigen¹⁵⁷. In Berlin wurde den ausländischen Vertretern eine antibolschewistische Ausstellung mit dem Titel «Weltfeind Nr. 1» gezeigt, die ihre Wirkung angesichts des auch in anderen westlichen Ländern verbreiteten Antikommunismus nicht verfehlt haben dürfte¹⁵⁸. Dagegen wurde die antisemitische Hetzpropaganda gemäss einer ausdrücklichen Presseweisung¹⁵⁹ für die Dauer der Spiele eingestellt. Weiterhin erhielten die Massenmedien die Anweisung¹⁶⁰, insgesamt «mit sehr viel Takt» zu berichten, um keinerlei Missstimmung aufkommen zu lassen. Überdies glänzten die Deutschen mit einer perfekten Organisation.

Innenpolitisch brachten die Spiele ohne Zweifel einen grossen Prestigegewinn für die Hitler-Regierung. In aussenpolitischer Hinsicht waren sie jedoch – entgegen einer weitverbreiteten Meinung – kein Propagandaerfolg, was in einem geheimen Bericht des Propagandaministeriums auch zugegeben wurde. Denn der dreijährige internationale Pressefeldzug, der im Vorfeld der Olympiade gegen NS-Deutschland geführt worden war und der im Dezember 1935 beinahe sein Ziel erreicht hätte, die Spiele nicht in Deutschland abzuhalten, hatte einen erheblichen Teil der «Weltmeinung» gegen die NS-Herrschaft zu mobilisieren vermocht und bewirkt, dass die Auslandspresse ihre ursprüngliche Einstellung auch im Verlaufe der Spiele nicht änderte¹⁶¹.

Über die Tatsache, dass Hitler bereits am 26. Juli 1936 den Befehl zur Aufstellung der Legion Condor gegeben hatte, die in den kommenden Jahren auf der Seite Francos am Spanischen Bürgerkrieg teilnahm, erfuhr die deutsche Öffentlichkeit nichts. Erst Jahre später, als die Truppen zurückkehrten (20. Mai 1939)¹⁶² und als das Lügengewebe nicht mehr aufrechtzuerhalten war, durfte die Legion erstmals in der deutschen Presse genannt werden.

Wenige Wochen nach der Beendigung der Olympischen Spiele hielt die NSDAP in Nürnberg ihren «Parteitag der Ehre» (8. bis 14. September 1936) ab. Hitler nahm ihn zum Anlass, die Verlängerung der Wehrpflichtzeit auf zwei Jahre bekanntzugeben und einen Vierjahresplan¹⁶³ zu verkünden, mit dessen Durchführung er Göring beauftragte. Da mit der ein Jahr zuvor erfolgten Umbenennung des Reichswehrministeriums in Reichskriegsministerium das Wort Krieg wieder in den offiziellen Sprachgebrauch eingeführt worden war, erregte es nicht einmal sonderliches Aufsehen, als Hitler jetzt zum Abschluss des Parteitages den angetretenen Soldaten zurief: «Zum ersten Mal flattern vor Euch die Kriegsfahnen des neuen Reiches!» Zum Zwecke der Machtdemonstration

157 Hagemann, Publizistik, S. 208.

158 Sänger, Politik der Täuschungen, S. 109 f.

159 Presseweisung vom 3. August 1936. Siehe ebd., S. 108.

160 Presseweisung des Sprechers der Reichsregierung, Berndt, am 15. August 1936. Siehe ebd., S. 111.

161 Krüger, Olympische Spiele, S. 11, 228 ff.; Ueberhorst, Olympische Spiele, S. 82.

162 Sänger, Politik der Täuschungen, S. 145; zum Einsatz der Legion Condor, Maier, Guernica.

163 Vgl. hierzu den Beitrag Volkmann, Kap. V.

gebrauchte Hitler weiterhin die Formel, «Volk, Partei und Wehrmacht» seien jetzt eine «unlösbar verschworene Gemeinschaft»¹⁶⁴. Zumindest die Sowjetunion musste es als eine ungeschminkte Gewaltandrohung auffassen, wenn der «Führer» sein propagandistisches Dauerthema, die angebliche kommunistische Weltgefahr, mit der Drohung verband, nunmehr stehe «vor dem deutschen Tore die neue deutsche Armee»¹⁶⁵. Mit Hinweisen dieser Art auf die zunehmende militärische und wirtschaftliche Macht des Deutschen Reiches läutete die Propaganda eine neue Phase ein. Auf die Einschläferung folgte die Einschüchterung¹⁶⁶.

Ein Jahr später, während des Parteitages von 1937, drohte Hitler offener als je zuvor mit dem Einsatz der Wehrmacht, wobei er wiederum auf die angebliche «bolschewistische Weltgefahr» hinwies, die dem westlichen Ausland gegenüber ja generell als Legitimationsgrundlage der eigenen fieberhaften Aufrüstung benutzt wurde¹⁶⁷. Der nationalsozialistische Staat habe sich Waffen geschaffen, behauptete Hitler, um jeden Versuch einer bolschewistischen Einmischung «blitzschnell niederzukämpfen». Zur direkten Einschüchterung fügte er die Drohung hinzu: «Dass wir gute Soldaten gewesen sind, das wird die Welt sicher noch nicht vergessen haben, dass wir heute noch bessere Soldaten sind, das können sie uns glauben.» Jedenfalls sei die Zeit vorbei, in der man einem wehrlosen Volk alles habe zumuten können¹⁶⁸. Den Spitzen der Wehrmacht offenbarte er wenig später erneut¹⁶⁹, dass es ihm durchaus nicht um Vergeltung für eine etwaige Einmischung anderer ging, sondern um die Verwirklichung der eigenen Aggressionspläne.

Im Februar 1938 entliess Hitler den Reichskriegsminister v. Blomberg und sicherte sich selbst den Oberbefehl über die drei Wehrmachtteile. Begründet wurde diese Massnahme mit der besonderen Verbundenheit von Staat und Wehrmacht. Hitler liess sich die Gelegenheit nicht entgehen, um gegenüber dem Ausland und der eigenen Bevölkerung erneut die inzwischen erreichte Machtfülle zu demonstrieren. In seinem «Rechenschaftsbericht» über die ersten fünf Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft, den er am 20. Februar im Reichstag vortrug¹⁷⁰, verkündete er:

«Das deutsche Friedensheer ist aufgestellt! Eine gewaltige Luftwaffe schützt unsere Heimat! Eine neue Macht zur See unsere Küsten! Inmitten der gigantischen Steigerung unserer allgemeinen Produktion wurde es möglich, eine Aufrüstung ohnegleichen durchzuführen!» Weiterhin redete Hitler von «Verteidigen bis zum letzten Atemzug», von «blinder Treue und blindem Gehorsam», von «blitzschnellem Han-

164 Rede Hitlers am 14. September 1936, in: Domarus I, S. 644.

165 Ebd., S. 646.

166 Hagemann, Publizistik, S. 219; Sywottek, Mobilmachung, S. 104ff.

167 Zur antibolschewistischen Propaganda vgl. insbesondere Sywottek, Mobilmachung, S. 110-120.

168 Rede Hitlers am 13. September 1937, in: Domarus I, S. 726ff., hier: S. 731.

169 Vgl. die Geheimrede von Hitler am 5. November 1937. Das sogenannte Hossbach-Protokoll ist abgedruckt in: Domarus I, S. 747-756; vgl. auch Busmann, Hossbach-Niederschrift.

170 Reichstagsrede Hitlers vom 20. Februar 1938, in: Domarus I, S. 796ff.

deln», falls das Ausland zu intervenieren beabsichtige, sowie von «Stahl und Eisen», das die deutsche Heimat schützen werde.

Als Begleitmusik zu den nächsten aussenpolitischen Aktionen – gewaltsamer «Anschluss» Österreichs im März, Münchener Abkommen vom September, Einmarsch deutscher Truppen in das Sudetengebiet Anfang Oktober – brachte das Jahr 1938 eine weitere Steigerung der verbalen Aggressivität in der nationalsozialistischen Propaganda. Auf Friedensphrasen wurde auch jetzt noch nicht verzichtet. Sie traten jedoch deutlich hinter den Drohungen zurück, dass Deutschland nun und auch künftig zum Äussersten entschlossen und zu keinem Kompromiss mehr bereit sei.

Der amtlichen Sprachregelung zufolge war der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich am 12. März 1938¹⁷¹ nichts anderes als ein «Freundschaftsbesuch». Die Propaganda pries diese Aggressionshandlung als ein neuerliches «Friedenswerk» Hitlers und betonte, der «Führer» habe Österreich davor bewahrt, wie Spanien im Bürgerkrieg zu versinken¹⁷². Hitler selbst rief nach dem kampflos vollzogenen «Anschluss» triumphierend aus, Deutschland sei «nun wieder eine Weltmacht geworden», und hinter ihm stünden jetzt «75 Millionen Menschen» und «die deutsche Wehrmacht»¹⁷³. Keine Macht der Welt könne Deutschland jetzt mehr bezwingen¹⁷⁴.

In den kommenden Monaten inszenierte das Goebbelssche Ministerium einen konzentrierten Propagandafeldzug gegen die Tschechoslowakei¹⁷⁵. Mit kontinuierlich gesteigerter Intensität wurden angebliche tschechische Gewalttätigkeiten gegen die Sudetendeutschen angeprangert. Presse und Rundfunk erhielten laufend Instruktionen, in welchem Tempo die Spannung gesteigert werden sollte. Gleichzeitig liefen die von Hitler angeordneten Vorbereitungen für eine militärische «Lösung» der sogenannten Sudetenkrise. Ende September 1938 trafen sich dann jedoch überraschend der britische Premierminister Chamberlain, der französische Ministerpräsident Daladier, der italienische Diktator Mussolini und Hitler zu jener Konferenz, die mit dem Münchener Abkommen endete. Es hatte zum Inhalt, dass die an der Konferenz selbst nicht beteiligte Tschechoslowakei die Auflage erhielt, die Sudetengebiete bis zum 10. Oktober zu räumen. Daraufhin marschierten deutsche Truppen in das Sudetengebiet ein.

Während im In- und Ausland Erleichterung darüber herrschte, dass es noch einmal gelungen war, den Krieg zu vermeiden, zeigte sich Hitler im engsten Kreise über seinen

171 Vgl. Rosar, Gemeinschaft; Botz, Eingliederung Österreichs. Vgl. auch Beitrag Messerschmidt, S. 767 ff.

172 Vgl. Domarus I, S. 819; sowie Säger, Politik der Täuschungen, S. 200ff.

173 Domarus I, S. 828, 830. Ebenso lautete die Weisung an die Presse vom 1. Oktober 1938: «Heute ist es [Deutschland] eine Grossmacht ersten Ranges, es steht militärisch, sozial und so weiter an der Spitze aller Nationen.» Siehe Säger, Politik der Täuschungen, S. 246.

174 Rede Hitlers am 3. April 1938 auf einer Massenversammlung in Graz, in: Domarus I, S. 843.

175 Vgl. Bramsted, Goebbels, S. 241 ff.; sowie Sywottek, Mobilmachung, S. 121 ff.

neuerlichen unblutigen Sieg eher enttäuscht denn befriedigt. Doch die Propaganda stellte sich schnell auf die neue Situation ein. Sie pries den «Führer» in den höchsten Tönen, weil es angeblich ihm zu verdanken war, dass der Weltfrieden ein weiteres Mal erhalten werden konnte. In der deutschen Bevölkerung verschaffte ihm diese Version des Krisen Verlaufs «ein fast legendäres Ansehen». Tatsächlich scheint nach dem Erfolg von München die Identifikation mit Hitler von breiten Bevölkerungskreisen vollzogen worden zu sein¹⁷⁶. Hitler selbst visierte nun umso zielstrebigere seine nächsten Teilziele an, die «Zerschlagung» der sogenannten Rest-Tschechoslowakei und die Einverleibung des Memellandes. Beide Aktionen erfolgten nach planmässiger propagandistischer und militärischer Vorbereitung im März des folgenden Jahres.

Die nationalsozialistischen Meinungsforschungsinstanzen hatten während der Sudetenkrise übereinstimmend von der in der Bevölkerung weitverbreiteten Kriegsfurcht berichtet, ebenso von der allgemeinen Erleichterung, die sich nach dem Münchener Abkommen einstellte¹⁷⁷. Hitler wusste also, dass die psychologische Mobilmachung für den geplanten Krieg trotz der vorausgegangenen monatelangen Propagandakampagne gegen die Tschechoslowakei noch längst nicht das erhoffte Mass erreicht hatte. Daher hielt er es für nötig, die bereits eingeleitete Umstellung der Propaganda von den sanften Friedensphrasen auf Machtdemonstrationen und Gewaltandrohungen forciert voranzutreiben, wobei es nunmehr in erster Linie darum ging, die eigene Bevölkerung psychologisch auf kriegerische Lösungen vorzubereiten, und erst in zweiter Linie um die Einschüchterung des Auslandes.

Um diesen neuen Propagandakurs zu verkünden, versammelte Hitler am 10. November 1938 etwa 400 deutsche Journalisten und Verleger. Auch Rudolf Hess, der «Stellvertreter des Führers», war anwesend sowie die Spitzenfunktionäre des Propaganda-Apparates, nämlich Goebbels, Rosenberg, Max Amann (Präsident der Reichspressekammer), Karl Hanke (Staatssekretär im Propagandaministerium) und Otto Dietrich (Reichspressechef)¹⁷⁸. Da Hitler in seiner vor diesem Gremium gehaltenen Geheimrede nicht nur die Umstellung der Propaganda auf Kriegsvorbereitung anordnete, sondern zugleich in aller Offenheit aussprach, dass die Friedensphrasen der vergangenen Jahre ein reines Täuschungsmanöver waren, um das In- und Ausland irreführen und die Rüstungspolitik propagandistisch abfuschieren, werden die wichtigsten Passagen dieser Rede hier im Wortlaut wiedergegeben. Hitler führte aus:

«Die Umstände haben mich gezwungen, *jahrzehntelang* fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu erringen und ihm die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war. Es ist selbstverständlich, dass eine solche

176 Steinert, Hitlers Krieg, S. 77ff.

177 Ebd. Vgl. auch Beitrag Messerschmidt, S. 794ff.

178 Laut «Völkischem Beobachter» vom 11. November 1938.

jahrzehntlang betriebene Friedenspropaganda auch ihre bedenklichen Seiten hat; denn es kann nur zu leicht dahin führen, dass sich in den Gehirnen vieler Menschen die Auffassung festsetzt, dass das heutige Regime *an sich* identisch sei mit dem Entschluss und dem Willen, den Frieden unter *allen* Umständen zu bewahren. Das würde aber nicht nur zu einer falschen Beurteilung der Zielsetzung dieses Systems führen, sondern es würde vor allem auch dahin führen, dass die deutsche Nation, statt den Ereignissen gegenüber gewappnet zu sein, mit einem Geist erfüllt wird, der auf die Dauer als Defaitismus gerade die Erfolge des heutigen Regimes nehmen würde und nehmen müsste. Der Zwang war die Ursache, warum ich jahrelang nur vom Frieden redete. Es war nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch umzustellen und ihm langsam klarzumachen, dass es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit den Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden *müssen*. Dazu war es aber notwendig, nicht etwa nun die Gewalt als solche zu propagieren, sondern es war notwendig, dem deutschen Volk bestimmte aussenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, dass die *innere Stimme* des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien begann. Das heisst also, bestimmte Vorgänge so zu beleuchten, dass im Gehirn der breiten Masse des Volkes ganz automatisch allmählich die Überzeugung ausgelöst wurde: wenn man das eben nicht im guten abstellen kann, dann muss man es mit Gewalt abstellen; so aber kann es auf keinen Fall weitergehen.» Diese Umstellung der Propaganda, fuhr Hitler fort, sei seit Monaten planmässig begonnen, planmässig fortgeführt und verstärkt worden. Die «pazifistische Platte» habe sich jetzt «bei uns abgespielt», weil man ihr ohnehin nicht mehr glaube¹⁷⁹.

Einer der Anwesenden, Erich Kordt, fasste zusammen, Hitler habe der Presse die Pflicht auferlegt, «innerhalb von zwei Jahren im Volke den Willen zum Kriege... zu wecken»¹⁸⁰. Und der Diktator hatte seinerseits zu erkennen gegeben, wie wenig die friedliche Gesinnung der deutschen Bevölkerung zu seinen Kriegsplänen passte.

Das Jahr zwischen dem Münchener Abkommen und dem Beginn des Krieges im September 1939 stand nicht zuletzt aufgrund der während der Sudetenkrise offenbar geringen Kriegsbereitschaft der deutschen Bevölkerung im Zeichen einer planmässigen psychologischen Mobilmachung für den Krieg. Am 19. Oktober 1938 gab das Propagandaministerium unter dem Stichwort «Populärmachung der Wehrmacht» eine Weisung heraus, in der als Grundlinie der neuen Phase der psychologischen Kriegsvorbereitung herausgestellt wurde, dass nunmehr durch eine intensive Wehrmachtpropaganda das Selbstvertrauen des deutschen Volkes zu seiner eigenen Kraft und zu seinen militärischen Machtmitteln gestärkt werden müsse¹⁸¹. Die Propagandainstitutionen von Staat,

179 Vgl. Treue, Rede Hitlers, S. 182 f.; die Rede findet sich auch in Domarus I, S. 973-977, hier: S. 974.

180 Vgl. Kordt, Wahn und Wirklichkeit, S. 135; zit. nach Treue, Rede Hitlers, S. 180.

181 Sywottek, Mobilmachung, S. 166f.

5. Von den Friedensbeteuerungen zur prophylaktischen Kriegsschuldabwälzung 159

Partei und Wehrmacht setzten in den folgenden Monaten alle ihnen zur Verfügung stehenden Publikationsmittel ein, um die Wehrmacht in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses zu rücken und so eine emotionale Beziehung zwischen Bevölkerung und Wehrmacht aufzubauen und zu fördern. Gleichzeitig sollte diese detailliert geplante und durchgeführte Kampagne auch ein Gefühl militärischer Überlegenheit über alle potentiellen Kriegsgegner vermitteln.

Neben die «Populärmachung der Wehrmacht» trat dann als weiteres Propagandaelement die zunächst noch vage Benennung eines Kriegsziels, nämlich die Aussage, es gehe um die Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes durch die Erweiterung seines «Lebensraums»¹⁸². Über diesen Kernpunkt des nationalsozialistischen Programms war in den zurückliegenden Jahren nur in geheim tagenden Führungsgremien gesprochen worden. Seit dem Spätjahr 1938 wurde er den NS-Funktionären in Erinnerung gerufen, und mit der Reichstagsrede Hitlers vom 30. Januar 1939¹⁸³ begann die öffentliche Propagierung des Lebensraumprogramms. Dabei verfuhr man nach dem taktischen Rezept¹⁸⁴, zunächst auf das Vorhandensein von besitzenden und besitzlosen Völkern hinzuweisen, um sodann die Forderung zu suggerieren, Deutschland wolle sich nicht für alle Zukunft zu den Besitzlosen rechnen lassen und habe daher einen Anspruch zu stellen. Deutschland wünsche nach wie vor den Frieden, aber einen «Frieden zu einem Preis», d.h. um den Preis der Erfüllung seiner «berechtigten und unabdingbaren Lebensansprüche».

Die Propaganda koppelte also auch noch im Jahre 1939 ihren Anspruch auf territoriale Expansion in Europa mit allgemeinen Friedensbeteuerungen. Sie postulierte die Notwendigkeit eines Macht- und Besitzausgleichs zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen unter den Völkern und konnte dann auf dieser durchsichtigen Argumentationsbasis folgern, nicht die Erhaltung des Status quo, sondern die Herstellung des Ausgleichs, also die Expansion, diene dem «wirklichen Frieden». Während sich Goebbels im Hinblick auf die national und konservativ denkenden Teile der deutschen Bevölkerung alte Anti-Versailles-Emotionen zunutze machte, um die Forderung nach einem deutschen Platz an der Sonne und nach einer angemessenen Stellung des Deutschen Reiches in der Welt zu legitimieren, bot er den ehemals in den Arbeiterparteien organisierten Deutschen die These von einem «Klassenkampf der Völker» an¹⁸⁵.

Im Zusammenhang mit der «Erledigung der Rest-Tschechei» im März 1939, die sich auch durch grösste Kunstgriffe nicht mehr mit Volkstumsparenolen begründen liess, spielte die Lebensraumpropaganda erstmals eine grössere Rolle. Die Folgemonate – Frühjahr und Sommer 1939 – standen dann im Zeichen zweier neuer, direkt auf Kriegsvorbereitung zugeschnittener Propagandalinien: erstens die Behauptung, Deutschland werde von feindlichen Mächten eingekreist, und zweitens die vorsorgliche Schuldzu-

182 Zur Umstellung auf «Lebensraumpropaganda» vgl. ebd., S. 180ff.

183 Siehe Domarus II. S. 1047-1067. hier: S. 1052f.

184 Vgl. Bramsted, Goebbels, S. 257 ff.; Sywottek, Mobilmachung, S. 197.

185 Vgl. Goebbels, Zeit ohne Beispiel, S. 157 ff.; Bramsted, Goebbels, S. 534; Sywottek, Mobilmachung, S. 184 und 197.

weisung auf die anderen im Falle der Nichterfüllung der deutschen Lebensraumforderungen.

Das Schlagwort von der Einkreisung wurde im März 1939 in die Propaganda eingeführt. In Anlehnung an die «Feinde-ringsum»-Ideologie¹⁸⁶, die schon vor 1914 nicht wenig zur Mobilisierung für den Krieg beigetragen hatte, sollte erneut eine militärische Bedrohung durch eine Vielzahl feindlicher Mächte suggeriert werden, um Bedrohtheitsgefühle zu stimulieren. England, so wurde behauptet, sei der Initiator der Einkreisung. In England sässen die bösen Kriegshetzer, die einen Eisenring um das friedliebende Deutschland zu legen versuchten¹⁸⁷. England als Prototyp der Besitzenden im Gegensatz zu den Besitzlosen vertrete die Interessen des «Weltjudentüms», der «Weltdemokratie» und damit auch des «Weltbolschewismus». Neben Grossbritannien, auf das sich die Feindbildfixierungen zunächst konzentrierten, wurden auch Frankreich und die entfernten USA zu den Einkreisungsmächten gerechnet. Die innenpolitische Funktion dieser Propaganda war klar: die deutsche Bevölkerung sollte glauben, sie befände sich in der gleichen Situation wie 1914, umgeben von neidischen Nachbarn und Kriegshetzerischen Konkurrenten, die nur auf den richtigen Zeitpunkt für einen Überfall auf das friedliebende Deutsche Reich warteten, weil sie dessen berechnete Lebensansprüche nicht zu erfüllen gewillt waren.

Als weiteres wichtiges Propaganda-Element fungierte die vorsorgliche Erörterung der Kriegsschuldfrage¹⁸⁸. Da der Kriegsschuldparagraph des Versailler Vertrages seit 1919 als ein moralischer Urteilspruch aufgefasst und die Empörung über ihn unter dem Schlagwort «Kriegsschuldfrage» zwei Jahrzehnte lang geschürt worden war, mass die NS-Propaganda diesem Thema nicht von ungefähr grosse Bedeutung bei. Gleichsam als Generalprobe für die Rechtfertigungstaktik in dem geplanten Krieg hatte Goebbels bereits im Herbst 1938, als propagandistische Begleitmusik zum Einmarsch deutscher Truppen in die Sudetengebiete, die Anweisung erteilt, dass nicht Hitler, sondern der tschechoslowakische Staatspräsident Benesch als Herr über Krieg und Frieden bezeichnet werden müsse, um so von vornherein jede Verantwortung auf ihn abzuwälzen¹⁸⁹.

186 Die Einkreisungsdoktrin geht auf den Reichskanzler Fürst Bülow zurück, der bereits 1906 die Politik der Entente als «Einkreisung» bezeichnete. Zur Widerlegung dieser Doktrin vgl. Bernstein, *Einkreisung* (1919); und Kantorowicz, *Englische Politik* (1929); zur Parallele in der Vorgeschichte beider Weltkriege vgl. Fraser, *Kriegsschuld*, S. 200ff.; zum sozialpsychologischen Mechanismus der Einkreisungsideologie vgl. Dahrendorf, *Gesellschaft*, S. 156f.; weiterhin Dehio, *Weltpolitik*, und Berghahn, *Tirpitz-Plan*.

187 Vgl. die von Goebbels im «Völkischen Beobachter» veröffentlichten Aufsätze: *Die Einkreiser* (20. Mai 1939); *Nochmals: Die Einkreiser* (27. Mai 1939); *Das schreckliche Wort von der Einkreisung* (1. Juni 1939), in: ders., *Zeit ohne Beispiel*, S. 144ff. und 188ff. Weiterhin Bramsted, Goebbels, S. 257ff.; Sywottek, *Mobilmachung*, S. 199ff.; Messerschmidt, *Wehrmacht*, S. 237.

188 Hierzu ausführlich Sywottek, *Mobilmachung*, S. 186ff.; und Fraser, *Kriegsschuld*, S. 150 ff.

189 Einzelheiten siehe Bramsted, Goebbels, S. 248ff.; vgl. auch die in diesem Zusammenhang gegebenen Presseweisungen, in: Säger, *Politik der Täuschungen*, S. 243.

Nach demselben Schema verfuhr die deutsche Propaganda im Verlaufe des Jahres 1939, indem sie die Kriegsschuld vorwegnehmend den voraussichtlichen Gegnern, insbesondere Grossbritannien, aber auch Frankreich und den USA, anzulasten versuchte, um dadurch den geplanten Krieg, der ja, wie die nationalsozialistischen Führer wussten, trotz aller eigenen psychologischen Mobilisierungsbemühungen nach wie vor unpopulär war, schon im Voraus als einen Abwehrkampf und Verteidigungskrieg erscheinen zu lassen. Dabei blieb nichts unversucht, um die historische Parallele zu 1914 wirkungsvoll zu suggerieren. Die Perspektive eines «aufgezwungenen Krieges», hofften die Propagandisten, werde ihren Teil zur Verschleierung der eigenen Aggressionsabsichten beitragen und die unzureichende Mobilmachung der Bevölkerung des eigenen Landes vorantreiben.

Spätestens seit Mai 1939 war der Krieg gegen Polen beschlossene Sache¹⁹⁰. Zuvor hatte die polnische Regierung die deutsche Forderung abgelehnt, dem Antikominternpakt beizutreten und die gegen die Sowjetunion gerichtete deutsche Eroberungspolitik aktiv oder wenigstens durch Stillhalten zu unterstützen. Stattdessen war sie auf das Angebot einer britisch-französischen Garantie der nationalen Unabhängigkeit Polens eingegangen, was Hitler am 28. April mit der Kündigung des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes aus dem Jahre 1934 quittiert hatte¹⁹¹.

Für Hitler ging es also seit Mai 1939 nur noch darum, eine «passende Gelegenheit» zum Angriff gegen Polen abzuwarten¹⁹². Da diese Gelegenheit erst geschaffen werden musste, hielten sich die von Goebbels dirigierte Propagandisten in den kommenden Monaten merklich zurück. Eine massive antipolnische Verteufelungskampagne nach dem Vorbild der antitschechischen des Vorjahres fand zunächst nicht statt. Vielmehr wurde im Zuge der Einkreisungspropaganda England als der Hauptgegner und massgebliche Kriegstreiber herausgestellt, auf dessen Anstachelungen Polen hereinzufallen drohe. Diese leicht variiere Verteilung der Propagandaschwerpunkte blieb den ganzen Sommer 1939 über konstant. Erst im August, besonders in der zweiten Hälfte, setzte dann nach erprobtem Muster eine planmässig gesteuerte antipolnische Propagandakampagne ein. Sie war, wie im In- und Ausland auch erkannt wurde, die unmittelbare Vorstufe zum Krieg. Während schon in den Vormonaten die Themen eingespielt worden waren, der Status der Stadt Danzig sei revisionsbedürftig, das deutsche Danzig wolle «heim ins Reich», und bei der Neugründung des polnischen Staates 1919 sei das Nationalitätenprinzip missachtet worden, setzte die antipolnische Kampagne vom August schwerere Kaliber ein. Jetzt brachten die Massenmedien täglich sensationell aufgemachte, meist frei erfundene Schilderungen bestialischer Terrorakte gegen in Polen lebende Deutsche. Hinzu kam die Behauptung, die polnische Regierung bereite einen Ex-

190 Vgl. Hitlers Ansprache vor führenden Militärs am 23. Mai 1939, in der er seinen Entschluss mitteilte, Polen bei passender Gelegenheit anzugreifen, in: ADAP, D, Bd. VI, Nr. 433, S. 477-483, hier: S. 479.

191 Vgl. Beitrag Messerschmidt, S. 832.

192 Zum Folgenden Sywotek, Mobilmachung, S. 209-233.

pansionskrieg gegen Deutschland vor. Der solchermassen mehrgleisig angelegte Propagandakrieg gegen Polen verfolgte innenpolitisch gesehen das Ziel, direkte Bedrohungsgefühle zu wecken, eine Solidarisierungswelle mit den angeblich von brutalem Terror bedrohten Deutschen in Polen auszulösen, um damit zugleich die Notwendigkeit eines militärischen Vorgehens als unausweichlich hinzustellen. Die Behauptungen über die polnischen Kriegsabsichten gegen Deutschland passten sich in die längst erprobte Propaganda zur prophylaktischen Abwälzung der Kriegsschuld auf den Gegner ein. Die polnische Generalmobilmachung am 30. August 1939 gab eine willkommene Gelegenheit, die eigenen Massnahmen als Verteidigungshandlungen umzumünzen. Wie bekannt, dienten dann angebliche polnische Überfälle im Grenzgebiet als Vorwand für den deutschen «Gegenschlag».

So war es eigentlich nur selbstverständlich, dass die NS-Propagandisten nach den Kriegserklärungen Grossbritanniens und Frankreichs im September 1939 und auch später behaupteten, Deutschland befinde sich in einem gerechten, weil aufgezwungenen Krieg¹⁹³. In der deutschen Presse hiess es weisungsgetreu, dies sei nun das Resultat einer von der englischen Regierung zielstrebig verfolgten Politik, und die deutschen Aktionen seien nur Abwehrmassnahmen einer vorausschauenden Führung. Die Täuschungspropaganda hatte ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht.

6. Kriegsfurcht und Friedenshoffnungen in der deutschen Bevölkerung

Das Verhalten der deutschen Bevölkerung im September 1939 kann nur zum Teil mit den Wirkungen der Propaganda des Regimes erklärt werden. Ein zumindest ebenso bedeutsames Glied in der Kette der verhaltensorientierten Faktoren bildeten jene – im ersten Kapitel dieser Untersuchung behandelten – autoritären, nationalistischen und militaristischen Denktraditionen, die seit der Krisenphase der Weimarer Republik zu einer vorherrschenden Tendenz geworden waren.

Die Linksparteien hatten es versäumt, die Kriegsideen des Führers der NSDAP in den Mittelpunkt der Wahlkampfauseinandersetzungen der Jahre 1930-1932 zu stellen. Zwar hatte der Führer der KPD, Ernst Thälmann, anlässlich seiner Kandidatur bei den Reichspräsidentenwahlen im Frühjahr 1932 gewarnt: «Wer Hitler wählt, wählt den Krieg¹⁹⁴!» – Aber diese Warnung war nur eine Fortsetzung früherer kommunistischer Kriegspropaganden gewesen, die sich auf das Wesen der imperialistischen Staaten beriefen, nicht jedoch auf eine intensive Auseinandersetzung mit den programmatischen Äusserungen

193 Vgl. die vom Auswärtigen Amt herausgegebenen Weissbücher «Urkunden zur letzten Phase der deutsch-polnischen Krise» und «Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges», beide Berlin 1939. Weitere Belege bei Steinert, Hitlers Krieg, S. 93 f.; vgl. auch Fraser, Kriegsschuld, S. 197 ff.

194 Deutsche Widerstandskämpfer, Bd. 1, S. 24. Vgl. auch oben, S. 92 ff.

der NSDAP und ihrer Wortführer. Auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte schon im Herbst 1930 ihrer Sorge Ausdruck gegeben, dass man im Falle einer Hitler-Regierung mit der Gefahr eines Bürgerkrieges im Innern und der eines Revanchekrieges nach aussen rechnen müsse¹⁹⁵. Es dauerte in der deutschen Sozialdemokratie jedoch noch sehr lange, bis sich die Erkenntnis allgemein durchsetzte, dass Hitler tatsächlich den Krieg bedeutete. Erst ab der Mitte des Jahres 1933 bildete die Warnung vor der Kriegsgefahr das zentrale Thema des nach Prag emigrierten Parteivorstandes der SPD, der sogenannten SOPADE¹⁹⁶.

Vor 1933 hatten in Deutschland also nur wenige in vollem Umfang erkannt, dass die Hitler-Partei, sollte sie die Macht im Staate erringen, konsequent auf einen neuen Krieg zusteuern würde, zumal auf einen Krieg, der weitergehende Ziele verfolgte als die Revision von Versailles. Unabhängig von dieser weitverbreiteten Unkenntnis über die konkreten Kriegspläne der NSDAP-Führung waren jedoch grosse Teile der deutschen Bevölkerung unter dem Einfluss militaristischer Ideologien in eine gewisse latente ideologische Kriegsbereitschaft versetzt. Das heisst, es gab eine ideelle Disposition zur Bejahung oder zumindest zur Duldung einer künftigen Kriegspolitik¹⁹⁷. Anders ausgedrückt: Das Bewusstsein vieler Teile der deutschen Bevölkerung befand sich in einer Verfassung, aus der heraus keine Barrieren gegen den Krieg – sei es durch aktiven Widerstand gegen eine Kriegspolitik oder zumindest durch Unterstützung einer friedensbewahrenden Politik – erwachsen konnten.

Wenn das NS-Regime das schon vor 1933 in seinem Sinne aufbereitete Meinungsklima zunächst nicht weiter anheizte und darauf verzichtete, den Krieg als Allheilmittel für die Lösung aller anstehenden Schwierigkeiten zu propagieren, und stattdessen das Schauspiel einer mehrjährigen Friedenspropaganda inszenierte, so hatte dies eine Reihe innen- und aussenpolitischer Gründe, auf die bereits mehrfach eingegangen wurde. Innenpolitisch spielte der Faktor eine massgebliche Rolle, dass das NS-Regime nicht abschätzen konnte, wie die von den sozialistischen Parteien und vom bürgerlichen Pazifismus beeinflussten Teile der Bevölkerung reagieren würden, wenn sie die wahren Ziele der Machthaber durchschauten.

Da das Regime um die zumal in der deutschen Arbeiterschaft lebendigen friedensbewahrenden Traditionen wusste, war es ängstlich bemüht, in der innerdeutschen Propaganda alle Hinweise zu vermeiden, die hätten geeignet sein können, in der Bevölkerung zu ungelegener Zeit, also vor vollzogener Aufrüstung, eine aktuelle Kriegsfurcht entstehen zu lassen. Die diesbezüglichen Massnahmen gingen so weit, dass der bedeutungslose «Vaterländische Frauenverein», der 1934 in einem Rundschreiben geäussert hatte, «der Wäschevorrat müsse vergrössert werden, um bei Ausbruch eines in Aussicht stehenden Krieges gerüstet zu sein», eine offizielle Rüge erhielt¹⁹⁸. Als nach der Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht im März 1935 in mehreren deutschen Zei-

195 Jahrbuch der SPD 1930. S. 21.

196 Matthias. Sozialdemokratie und Nation. S. 18 ff.

197 Vgl. Kapitel 1/10.

198 Sängler, Politik der Täuschungen, S. 266.

tungen Artikel erschienen, in denen berichtet wurde, sowohl in Italien als auch Frankreich werde ernsthaft vom Krieg gesprochen, gab der Regierungssprecher «mit größtem Nachdruck» die Weisung, «dass keinerlei Kriegspsychose gemacht werden dürfe»¹⁹⁹. Und als im Zusammenhang mit der Besetzung des Rheinlandes im Frühjahr 1936 wiederum mehrere untergeordnete Behörden berichteten, in der Bevölkerung gebe es ernste Sorgen vor aussenpolitischen Verwicklungen²⁰⁰, wurde die Presse erneut angewiesen, Zuversicht zu verbreiten, weil «keine Furcht vor Krieg entstehen» dürfe²⁰¹. Beim Einmarsch deutscher Truppen in Österreich am 12. März 1938 erteilte der Pressesprecher sogar das strikte Verbot, das Wort Krieg zu benutzen²⁰². Und selbst als der Krieg gegen Polen schon begonnen hatte, wagte das Regime es nicht, diesen Tatbestand auch auszusprechen. In der Pressekonferenz der Reichsregierung am 1. September 1939 erging an die versammelten Journalisten die Sprachregelung: «Keine Überschriften, in denen das Wort Krieg enthalten ist! Nach der Rede des Führers schlagen wir nur zurück»²⁰³. Die Machthaber achteten also in der gesamten Kriegsvorbereitungsphase mit peinlicher Sorgfalt darauf, dass alle auf kriegerische Absichten hindeutenden Worte aus den offiziellen Verlautbarungen verschwanden. Zweifellos stand hinter diesen die Friedenspropaganda ergänzenden Massnahmen die Befürchtung, dass aus einer um sich greifenden Kriegspsychose eine ernste Bedrohung des Herrschaftssystems entstehen konnte. Auch die Ankündigung Hitlers, die NSDAP werde im September 1939 in Nürnberg ihren «Reichsparteitag des Friedens»²⁰⁴ abhalten, muss als ein Bestandteil jener aus Angst vor Widerstand inszenierten, also auf die Stabilisierung der inneren Verhältnisse abzielenden Täuschungsstrategie angesehen werden. Darüber hinaus war der geplante «Friedensparteitag» möglicherweise auch als Auffangposition für den unwahrscheinlichen Fall gedacht, dass Hitler aufgrund bestimmter aussenpolitischer Konstellationen zum Einlenken gezwungen sein würde²⁰⁵. Die für die Lenkung der öffentlichen Meinung verantwortlichen Propagandisten des Dritten Reiches waren durch ihre Meinungsforschungsorgane ziemlich genau darüber unterrichtet, wie in der Bevölkerung über einen künftigen Krieg gedacht wurde. Über

199 Ebd., S. 64f. Am 9. Juni 1935 wiederholte der Leiter der Abteilung Presse im Propagandaministerium, Dr. Kurt Jahncke, wichtigster Orientierungspunkt für die Presse müsse jetzt sein: «Keine Kriegspsychose! Alle Nachrichten, die eine andere Tendenz andeuten, müssen als Propaganda der Gegner Deutschlands bewertet werden.» Von starker Beunruhigung und einer Kriegspsychose in der deutschen Bevölkerung spricht der politische Lagebericht des Regierungspräsidenten von Aachen vom 13. Juni 1935, in: Vollmer, Volksopposition, S. 229.

200 Lagebericht der Gestapostelle Aachen für den Monat März 1936, ebd., S. 370f.

201 Sänger, Politik der Täuschungen, S. 79.

202 Ebd., S. 201.

203 Ebd., S. 392. Zur aussenpolitischen Stossrichtung dieser Formulierung vgl. Beitrag Messerschmidt, S. 846 f.

204 Vgl. Burdon, Programmierte Nation, S. 237ff.

205 Vgl. Beitrag Messerschmidt, S. 832, 836.

die «Stimmung und Haltung» der deutschen Bevölkerung, wie es im Jargon der Zeit hiess, berichteten regelmässig die Geheime Staatspolizei (Gestapo), der Sicherheitsdienst (SD), die Parteiführungsstellen, die Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte, die Reichspropagandaämter und das Oberkommando der Wehrmacht. Sie arbeiteten nicht mit Befragungen, sondern nach der Technik der teilnehmenden Beobachtung, wozu sie sich eines ganzen Heeres von Spitzeln und Informanten bedienten. Allein der Sicherheitsdienst verfügte im Jahr 1937 über etwa 3'000 hauptamtliche Mitarbeiter und 30'000 bis 50'000 nebenamtliche anonyme Spitzel. Das bedeutete, dass auf etwa je 2'500 Bürger ein SD-Mann kam²⁰⁶. Diese Zahlen zeigen, wie dicht das Informations- und Überwachungsnetz war. Zwar liess die Qualität der Lageberichte dieser Instanzen bis zum Beginn des Krieges noch sehr zu wünschen übrig und erreichte erst ab 1939 ein befriedigendes Niveau; sie enthielten jedoch auch in den «Friedensjahren» zumindest insoweit aussagekräftige Informationen, als es um typische weitverbreitete Ansichten und über emotional-spontane Reaktionen der Bevölkerung auf das Tagesgeschehen ging. Alles in allem können die Stimmungsberichte, insbesondere die SD-Berichte, trotz teilweise schönfärberischer Tendenzen eine hinlängliche Zuverlässigkeit beanspruchen²⁰⁷. Insofern besaßen sie für die politische Führung einen hohen Informationswert. Mit ihrer Hilfe war der Propagandaapparat in der Lage, auf Stimmungen in der Bevölkerung zu reagieren.

Die in den Jahren 1933 bis 1939 verfassten Stimmungs- und Lageberichte legen den Schluss nahe, dass «die Deutschen nicht aggressionslüstern oder kriegsbegeistert, sondern eher resigniert, voller Kriegsfurcht und Friedenssehnsucht waren»²⁰⁸. Diese Tendenz spricht durchgängig aus den im Zusammenhang mit der Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht, der Remilitarisierung des Rheinlandes und dem Einmarsch in Österreich verfassten Berichten. Als sich im Herbst 1938 die Sudetenkrise zuspitzte, scheint in der deutschen Bevölkerung stärker als zuvor eine «allgemeine Kriegspsychose», also eine weitverbreitete Angst vor kriegerischen Verwicklungen, geherrscht zu haben. In einem Stimmungsbericht vom 1. Oktober 1938, dem Tage des Einmarsches deutscher Truppen in das Sudetengebiet, erhielt die Reichsregierung folgende Informationen:

«Irgendwelche Begeisterung für kriegerische Verwicklungen wegen der sudeten-

206 Höhne, *Geschichte der SS*, S. 202. Dröge, *Widerstand*, S. 53 f.

207 Zu diesem Urteil kommen aufgrund einer genauen Quellenkritik übereinstimmend Steinert, *Hitlers Krieg*, S. 40-48, hier: S. 45, und Dröge, *Widerstand*, S. 45-68, hier: S. 60. Die SD-Berichte ab 1938, nicht aber die aus den Jahren 1933-38, sind jetzt vollständig dokumentiert in: *Meldungen aus dem Reich. Den früheren Zeitraum teilweise abdeckend die auf eine Region begrenzte Dokumentation: Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau 1933-1936.*

208 Steinert, *Hitlers Krieg*, S. 26. Dies bestätigt auch die neuere, auf Stimmungsberichten aus Bayern basierende Untersuchung von Kershaw, *Hitler-Mythos. Den Tatbestand der fehlenden Auflehnung gegen das Regime bei Kriegsbeginn 1939 führt Kershaw u.a. auf den Hitler-Mythos zurück, der «ganz elementare Loyalitätsgefühle» ausgelöst habe (S. 126).*

deutschen Frage besteht nicht. Unsicherheit der politischen Lage liegt drückend auf der Bevölkerung. Von einem Krieg mit England und Frankreich will niemand etwas wissen. Erziehung des gesamten Volkes zu den Aufgaben, die ein totaler Krieg mit seinen Belastungen jeder Art erfordert, noch keineswegs hinreichend erfolgt.

Stimmung vielfach gedrückt, in der Hauptsache aufgrund der ernstesten Befürchtung, dass über kurz oder lang ein Krieg der wirtschaftlichen Blüte ein Ende bereiten und einen für Deutschland schrecklichen Ausgang nehmen werde.

Stimmung ist angesichts der aussenpolitischen Lage und der meist ungehemmt erörterten Kriegsaussichten allgemein als gedrückt, ernst und sorgenvoll zu bezeichnen»; es herrsche eine «allgemeine Kriegspsychose²⁰⁹.»

Ein zwei Monate später abgefasster Bericht über die «allgemeine Stimmung» machte noch einmal zusammenfassend deutlich, dass «die» deutsche Bevölkerung – eine nähere Differenzierung fehlt leider – während der Sudetenkrise nichts anderes wünschte, als den Frieden zu bewahren. Die in diesem Bericht enthaltenen Informationen sprechen eine deutliche Sprache:

«Überall herrschte grosse Spannung und Beunruhigung, und überall wurde der Wunsch laut: Nur keinen Krieg. Besonders scharf wurde dieser Wunsch von den Frontkämpfern des Weltkrieges ausgesprochen... Das Abhören ausländischer Sender hat bei der grossen Mehrheit der politisch Ungeschulten Verwirrung und Wankelmütigkeit hervorgerufen. Die politische Schulung und Erziehung, insbesondere die zur Wehrbereitschaft, ist noch ganz ungenügend. Diese Erziehung wird auch von den wenigsten der derzeit amtierenden unteren Hoheitsträger erreicht werden. Man muss hier von einem fast vollständigen Versagen sprechen²¹⁰.»

Dieser Stimmungsbericht des Wehrwirtschaftsstabes des Oberkommandos der Wehrmacht wurde von den Meldungen des Reichssicherheitshauptamtes bestätigt. Es bestand Übereinstimmung darin, dass während der Sudetenkrise eine allgemeine Depression und Psychose herrschte²¹¹, die dann allerdings sehr schnell einer allgemeinen Begeisterung wich, als das Münchener Abkommen abgeschlossen wurde. Jetzt berichteten die Meinungsforschungsinstanzen, die friedliche Lösung der sudetendeutschen Frage habe allenthalben freudigen Widerhall gefunden und die Bevölkerung «von der auf ihr schwer lastenden Sorge um die Erhaltung des Friedens» befreit. Überall habe nunmehr politische Hochstimmung geherrscht, und die Bevölkerung sei von der Staatskunst des «Führers» begeistert gewesen. Ähnlich verlief die Stimmungskurve in der deutschen Bevölkerung bei der «Zerschlagung» der Rest-Tschechoslowakei und der Einverlei-

209 Zusammenfassender Überblick über die Wirtschaftsberichte der Wehrwirtschaftsinspektionen. Zusammengestellt von der Amtsgruppe Wehrwirtschaftsstab im OKW, vom 1. Oktober 1938, in: BA-MA RW19/87.

210 Zusammenfassender Wirtschaftsbericht des Wehrwirtschaftsstabes im OKW vom 30. November 1938, ebd.

211 Steinert, Hitlers Krieg, S. 77ff.

bung des Memellandes im Frühjahr 1939²¹². Zuerst herrschte eine gewisse Nervosität, hie und da Kriegsfurcht und die Neigung, vorhandenes Kapital in Sachwerten anzulegen. Als die neuerlichen Aktionen dann wieder ohne Blutvergiessen und ohne Sanktionen seitens der Westmächte verliefen, kannten die Begeisterung und die Bewunderung für Hitler keine Grenzen. Diese Erfolge scheinen ihm die Zustimmung fast aller Bevölkerungskreise eingebracht zu haben. Wie sich aus den Stimmungs- und Lageberichten zweifelsfrei ergibt, war die jahrelange Berieselung der deutschen Öffentlichkeit mit Friedensparolen nicht folgenlos geblieben. Sie wurden offenbar weithin geglaubt und nicht als Täuschungsmanöver durchschaut. Diese Nebenwirkungen der Friedenspropaganda drohten sich – aus der Sicht des Regimes – spätestens seit dem Herbst 1938 zu einer ernsten Gefahr zu entwickeln, weil sie der psychologischen Mobilmachung für den geplanten Krieg entgegenliefen. Bereits Jahre zuvor, am 17. Januar 1935, war Hitler einmal mit diesem Problem konfrontiert worden, als ihm der englische Korrespondent Ward Price berichtete, eine hochstehende politische Persönlichkeit in Frankreich habe geäußert, Deutschland werde nur so lange eine Politik der Versöhnung treiben, bis sich die Reichswehr in der Lage fühle, einen Krieg erfolgreich führen zu können. Hitler hatte damals geantwortet: «Dieser Politiker hat noch nie ein Volk geführt. Oder könnte er sonst glauben, dass man ein Jahrzehnt lang vom Frieden reden kann, um dann plötzlich mit demselben Volk so mir nichts, dir nichts einen Krieg zu beginnen²¹³?» Selbstverständlich gehörte diese Äusserung in den Bereich der üblichen Ablenkungsmanöver, aber sie hatte doch auch einen wahren Kern, wie sich während der Sudetenkrise in eindrucksvoller Weise zeigen sollte. Aus diesem Grunde sah sich Hitler in seiner bereits erwähnten Geheimrede vom 10. November 1938 genötigt, die, wie er sagte, «pazifistische Platte», abzusetzen und die psychologisch-propagandistische Mobilmachung für den geplanten Krieg zu intensivieren.

Den Stimmungsberichten zufolge war im Sommer 1939, vom Mai bis weit in den August hinein, in der deutschen Bevölkerung keinerlei Kriegspsychose mehr zu bemerken. Niemand scheint mit einem Eingreifen Frankreichs und Englands gerechnet zu haben. Trotz des Vertrauens zur deutschen Wehrmacht, hiess es in den Stimmungsberichten, wolle man «keinen Krieg mehr erleben», man vertraue der Staatskunst des Führers, dass er seine Ziele auf friedlichem Wege erreichen werde. Mit Ausnahme einer Minderheit scheint niemand an einen Krieg geglaubt zu haben, höchstens an einen lokalisierten Feldzug gegen Polen, aber keineswegs an einen neuen Weltkrieg²¹⁴. In der zweiten Augsthälfte, als die antipolnische Propaganda auf Hochtouren lief, war zwar ein Absinken der Stimmung zu beobachten, aber bis zuletzt herrschte die Überzeugung, dass es wie bisher gelingen werde, den Krieg zu vermeiden. Der Pakt Hitlers mit Stalin am 23. August 1939 schien diese Hoffnungen vollauf zu bestätigen.

212 Ebd., S. 80.

213 Interview mit Ward Price am 17. Januar 1935. in: Domarus I, S. 476.

214 Steinert, Hitlers Krieg, S. 84.

Die persönliche Beobachtung mancher Zeitgenossen²¹⁵, dass die Stimmung in der deutschen Bevölkerung Anfang September 1939 sehr gedrückt war, wird durch die Lageberichte der Meinungsforschungsinstanzen des NS-Regimes vollauf bestätigt. Den Stimmungsberichten ist auch zu entnehmen, dass nach Kriegsbeginn ständig Friedensgerüchte²¹⁶ im Umlauf waren. Man hoffte offenbar nach jedem neuen Sieg, dass der Krieg nun endgültig zu Ende sei, und suchte nach Anhaltspunkten, um diese Haltung mit realen Beobachtungsdaten zu legitimieren und zu rationalisieren. Alle Ereignisse wurden vor dem Hintergrund dieser Friedenshoffnungen interpretiert.

Das Propagandaziel, auf das die NS-Regierung mit allen Mitteln hingearbeitet hatte, nämlich eine dem August 1914 vergleichbare Kriegsbegeisterung zu entfachen, wurde verfehlt. Misst man die Erfolge der Propaganda an diesem selbstgesteckten Ziel, so muss man geradewegs von einem Scheitern sprechen. Sosehr die weitgehend gewaltlos errungenen aussenpolitischen Erfolge Hitlers bis 1938 in der deutschen Bevölkerung begrüßt worden waren, so wenig war dadurch die Angst vor einem neuen Krieg geschwunden. Die vom NS-Regime erzwungene ideelle und materielle Ausrichtung der Politik auf Kriegsvorbereitung hatte die friedensbewahrenden Traditionen der sozialistischen Arbeiterbewegung und des bürgerlichen Pazifismus zwar zum Schweigen gebracht, aber nicht ausgelöscht. Diese Traditionen wirkten fort, und das Täuschungsmanöver der regierungsamtlichen Friedensbeteuerungen hatte ihnen eine zeitweilige – wenn auch illusionäre – Nahrung gegeben. Es war der NS-Propaganda selbst in der letzten, intensivierten Phase der psychologischen Mobilmachung für den geplanten Krieg zwischen November 1938 und September 1939 zumindest nicht vollständig gelungen, die Nebenwirkungen dieser permanenten Friedensbeteuerungen aus den vergangenen Jahren zu neutralisieren.

Was die Propaganda gleichwohl im Verlaufe des Jahres 1939 mit einigem Erfolg zu bewerkstelligen vermochte, war die bereits erwähnte Desorientierung der Bevölkerung über die Absichten der deutschen Regierung und die der anderen europäischen Mächte. Im Strudel der Schlagworte – Plutokraten, Weltjudentum, Weltbolschewismus, Einkreiser, Lebensraum – blieb nur Verwirrung. Der Hitler-Stalin-Pakt tat ein übriges. War nun das alte antibolschewistische und antijüdische Feindbild überholt? Waren die angelsächsischen Plutokraten und Kriegshetzer jetzt die Hauptfeinde? Oder, mit ihnen im Bunde, die Polen? Oder stimmte es, dass sie alle zusammen das friedliebende Deutschland wiederum einkreisten und mit Krieg bedrohten, wie die Propaganda behauptete? Weil man in der Propagandaführung offenbar ziemlich klar sah, dass es nicht gelingen würde, breite Bevölkerungsschichten zur Billigung und Unterstützung der Kriegspolitik der Regierung zu mobilisieren, wurde jenes Verwirrspiel inszeniert dem es nicht mehr einen Feind, sondern viele Feinde gab, in dem Bedrohungen aus allen Himmelsrichtungen zu gewärtigen waren und in dem schliesslich die Handlungen der eigenen

215 Vgl. dazu Kapitel 1/1.

216 Dröge, Widerstand, S. 87.

Regierung als die Handlungen nicht des Treibenden, sondern des Getriebenen erschienen. Was das Regime mit dieser mehrgleisig angelegten Propagandataktik erreichte, war immerhin ein unbestimmtes Gefühl aktuellen Bedrohtseins. Und im Zusammenhang mit diesen von der Propaganda ganz bewusst im Unbestimmten gelassenen Bedrohtheitsvorstellungen wirkte sich dann jener tradierte Kriegsfatalismus aus, von dem im ersten Kapitel die Rede war. Auf der Grundlage dieser fatalistischen Einstellung, die den Krieg als Schicksal hinnahm, konnte die Propaganda mittels Machtgebärden und Bedrohungsvorstellungen jenes Minimum an aktueller Kriegsbereitschaft erzeugen, das sich in dem widerwillig-loyalen Verhalten der deutschen Bevölkerung bei Kriegsbeginn manifestierte.

Darüber hinaus spiegelte sich in diesem Verhalten die jahrelange Einschüchterung und Disziplinierung all jener, die als potentielle innenpolitische Gegner in Betracht kamen. Hiervon handelt das folgende Kapitel.

III. Innenpolitische Formierung im Dienste der Kriegsvorbereitung

Das innenpolitische Programm der NSDAP zielte auf die Beseitigung des Parlamentarismus und des Mehrparteienstaates zugunsten eines autoritären Führerstaates sowie auf die Gleichschaltung aller Interessenverbände. Diese innenpolitische Formierung war jedoch kein Selbstzweck, d.h. sie zielte nicht auf eine dauerhafte Friedensordnung, sondern sie war blosses Mittel zum Zweck. Sie sollte die Voraussetzungen schaffen für die geplante kriegerische Lebensraumpolitik. Die Hauptaufgabe der NS-Innenpolitik bestand infolgedessen darin, aus der deutschen Gesellschaft eine für die gewaltsame Expansion verwendungsfähige Waffe zu machen.

Hitler hatte sich hierüber schon vor 1933 mehrfach und unzweideutig geäußert. Die innenpolitische Leitung eines Volkes, hiess es in «Mein Kampf», habe die Aufgabe, ein schlagkräftiges Schwert zu schmieden, während es der aussenpolitischen Leitung obliege, die Schmiedearbeit zu sichern und Waffengenossen zu suchen¹. Bei späterer Gelegenheit formulierte er, die Innenpolitik müsse «der Aussenpolitik das völkische Kraftinstrument liefern», und zwar durch die «Beseitigung des Krebschadens der Demokratie», durch die «Stärkung des Wehrwillens» und die Förderung des nationalistischen Geistes verbunden mit dem Kampf gegen die «üble pazifistische Jauche», durch Aufrüstung und schliesslich durch die Schaffung eines neuen Volkskörpers, der «die Klassenspaltung... überwindet». Dass die Innenpolitik des Nationalsozialismus in engstem Zusammenhang mit den aussenpolitischen Kriegszielen gesehen werden muss, verdeutlicht wohl am nachdrücklichsten Hitlers eigene Definition von Innenpolitik: Ihr Ziel müsse «die Wiedergewinnung der Kraft unseres Volkes zur Durchführung seines Lebenskampfes sein und damit die Kraft zur Vertretung seiner Lebensinteressen nach aussen»². Goebbels prägte 1930 die plastische Formel, Innenpolitik habe den Zweck, «das Volk in Form zu bringen» als «Vorbereitungsstation für die Aussenpolitik, die wiederum darin besteht, einem Volk den Lebensraum zu sichern»³.

Das Programm der innenpolitischen Formierung musste nach der Auffassung Hitlers und seiner Koalitionspartner die Erfahrungen des vergangenen Weltkrieges und der Revolution vom November 1918 berücksichtigen. In der nationalistischen Optik hatte das Deutsche Reich ja keine militärische Niederlage erlitten, sondern einen «Zusammen-

1 Hitler, Mein Kampf, S. 689.

2 Hitler, Zweites Buch, S. 106 f. und 111; Hitlers Ansprache vor den Befehlshabern der Reichswehr am 3. Februar 1933, in: Jacobsen, 1939-1945, S. 95f.; bzw. Vogelsang, Dokumente, S. 434f.

3 Goebbels, Um die deutsche Scholle (Kundgebungsrede in München am 11. Mai 1930), in: ders., Revolution, S. 27f.

bruch», der zum einen die Folge politischer und propagandistischer Fehlleistungen der wilhelminischen Administration und zum anderen das Ergebnis des Verrats «jüdisch-marxistischer Drahtzieher» war, die angeblich die Revolution angezettelt und damit den «Dolchstoß» der Heimat gegen die unbesiegte Front geführt hatten. Die Schlussfolgerung lautete: Wenn sich etwas Ähnliches nicht wiederholen sollte, so mussten diese «Drahtzieher» und ihre Organisationen ausgeschaltet werden⁴.

Dem im Zusammenhang mit der Propaganda bereits erwähnten Konzept des totalen Krieges zufolge konnte ein neuer Krieg nur dann erfolgreich geführt werden, wenn das ganze Volk als geschlossene Volksgemeinschaft in die Vorbereitung und Durchführung eines künftigen Krieges einbezogen war. Daher galt es, den ersten Schlag gegen die sozialistischen und kommunistischen Organisationen zu führen, die sich als Verfechter einer Klassenpolitik verstanden. Nach diesem Schlag konnte versucht werden, die Arbeiterschaft, die für die Verwirklichung des Kriegsprogramms unentbehrlich war, allmählich von der revolutionären und traditionell zum Pazifismus tendierenden Ideologie des westeuropäischen Sozialismus zu lösen. Das entstehende ideologische und organisatorische Vakuum glaubte die NSDAP durch ihre Partei und ihre Weltanschauung füllen zu können. Die systematische Unterdrückungspolitik und die ideologische Umerziehung der dreissiger Jahre waren also die Konsequenz jener «historischen Erkenntnisse» über Weltkrieg und Revolution.

1. Gleichschaltung und bereitwillige Kooperation

Die Entmachtung, Verfolgung und teilweise Liquidierung der innenpolitischen sowie der innerparteilichen Opposition bildete in den Jahren 1933/34 das wichtigste Feld der nationalsozialistischen Regierungstätigkeit. In dieser Phase genoss die Innenpolitik in der Form des innenpolitischen Machtergreifungsprozesses tatsächlich Priorität. Jeder Schritt auf dem Wege zu einer autokratisch-totalitären Herrschaftsordnung war jedoch zugleich ein Schritt zur Vorbereitung des geplanten Eroberungskrieges. In diesem Sinne stand die gesamte nationalsozialistische Innenpolitik der Jahre 1933-1939 im Dienste der Kriegsvorbereitung.

Hitler hat bekanntlich schon im ersten Jahr seiner Kanzlerschaft die wichtigsten Etappen seines innenpolitischen Machteroberungskonzepts durchsetzen können. Diese Entwicklung war allerdings nur zu einem geringen Teil das Ergebnis genialer taktischer Schachzüge des neuen Reichskanzlers; denn Hitler und seine konservativen und deutschnationalen Partner im Koalitionskabinett waren sich, was die Ausschaltung des Parlamentarismus und die Etablierung einer dauerhaften autoritären Regierung betraf, vollkommen

4 Vgl. z.B. Goebbels, *Revolution*, S. 98 f. Ähnlich dachten auch die konservativen Nationalisten, die später in den Widerstand gegen Hitler gingen; dazu Graml, in: *Der deutsche Widerstand*, S. 23.

einig. Zudem wusste sich Hitler der willigen Mitarbeit seiner konservativen Minister im Kabinett auch dadurch zu versichern, dass er seine ersten Verlautbarungen in einem gemessen-staatsmännischen Ton hielt und sich für nationale, konservative und christliche Werte aussprach⁵. Einigkeit herrschte auch darüber, dass die Kommunisten wie die Sozialdemokraten möglichst schnell und notfalls mit Gewalt gänzlich aus dem politischen Leben Deutschlands ausgeschaltet werden sollten. Tatsächlich hat die Koalitionsregierung Gewalt praktiziert und sanktioniert, dabei jedoch strikt darauf geachtet, dass die Praxis der Gewalt vor der Öffentlichkeit weitgehend hinter einem Dunstschleier von Legalitätsbeschwörungen verschwand.

Schon vier Tage nach seinem Regierungsantritt bemühte sich der neue Reichskanzler, die führenden Militärs zur Kooperation zu verpflichten. Welche zentrale Bedeutung er dem Militär in der innenpolitischen Konsolidierungsphase zumass, geht schon daraus hervor, dass er in seiner Rede vor den Befehlshabern der Reichswehr am 3. Februar 1933 den Kerngedanken seiner gesamten langfristigen Politik entwickelte. Den führenden Militärgremien waren die Eroberungs- und Expansionsziele Hitlers also von Anfang an bekannt. Auch die Funktion der Innenpolitik legte Hitler in jener Geheimrede vor den Befehlshabern in aller Offenheit dar: Rücksichtslose Ausrottung des «Marxismus» und des Pazifismus sowie Schaffung einer breiten Kampf- und Wehrbereitschaft durch «straffste autoritäre Staatsführung» als Vorbereitung zum Kampf gegen den Vertrag von Versailles und zur anschliessenden «Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung»⁶. Die ausdrückliche Betonung der «Wehrfreudigkeit» bestärkte die führenden Militärs in der Auffassung, dass Regierung und Reichswehr nun wieder, anders als in der republikanischen Ära, ein gemeinsames Interesse verfolgten.

Noch im Laufe des Februar 1933 gab Reichspräsident v. Hindenburg seine Unterschrift zu mehreren Notverordnungen, die den Machteroberungsprozess im Eiltempo vorantrieben. Gleichzeitig drangen Nationalsozialisten tief in den Verwaltungsapparat ein. In Preussen verfügte Göring umfangreiche Entlassungen und Neuernennungen. Die wichtigen Polizeipräsidien wurden mit Nationalsozialisten, meist hohen SA-Führern, besetzt. Die Polizei erhielt den Befehl, mit den nationalen Verbänden (SA, SS und Stahlhelm) eng zusammenzuarbeiten und den Linken gegenüber «rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen»⁷. Zugleich schuf Göring eine 50'000 Mann starke Hilfspolizei, vor allem aus SA und SS, und begann mit dem Aufbau der Geheimen Staatspolizei. Bereits Anfang Februar wurden alle kommunistischen Kundgebungen in Preussen verboten. Die Besetzung der Berliner KPD-Zentrale erfolgte am 24. Februar. Obwohl der Deutschnationale Hugenberg schon in der ersten Kabinettsitzung am 30. Januar ein offizielles Verbot der KPD gefordert hatte, liess sich Hitler mit diesem eher formalen

5 Vgl. u.a. den «Aufruf an das deutsche Volk» vom 1. Februar 1933, in: Domarus I, S. 191 ff.

6 Jacobsen, 1939-1945, S. 95 f.

7 Bracher/Sauer/Schulz, Machtergreifung, S. 73.

Akt noch einige Wochen Zeit. Den Reichstagsbrand vom 27. Februar, mit dem die Kommunisten tatsächlich nichts zu tun hatten, nahm das Regime dann zum Vorwand, die Kommunisten eines revolutionären Umsturzversuches zu bezichtigen, rund 4'000 KPD-Funktionäre zu verhaften und zugleich mehrere Parteihäuser und Zeitungsverlage der SPD zu besetzen. Die durch die eigene Propaganda geschaffene Angstsituation rasch ausnutzend, setzte Hitler am Tag darauf (28. Februar) die «Reichstagsbrandverordnung» durch, die sämtliche Grundrechte ausser Kraft setzte und praktisch jeden staatlichen Übergriff legitimierte. Bereits durch dieses Dekret, und nicht erst durch das Ermächtigungsgesetz, wurde über Deutschland der permanente, verfassungsrechtlich bis 1945 erhalten gebliebene Ausnahmezustand verhängt. Auf Grund dieser Notverordnung «Zum Schutze von Volk und Staat» verhaftete die Polizei allein in Preussen in den folgenden Wochen mehr als 10'000 Personen.

Trotz der Unterdrückungsmassnahmen gegen die Kommunisten und trotz eines gewalttätigen, ganz auf Einschüchterung abgestimmten Wahlkampfes erreichte die NSDAP in den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 nur 43,9 Prozent der Stimmen⁸, so dass Hitler formal weiterhin auf die Deutschnationalen angewiesen war, mit denen zusammen er die knappe Mehrheit von 51,9 Prozent hinter sich vereinen konnte. Die Zahlen zeigen zugleich, dass grosse Teile der Weimarer Rechten zur NSDAP abgewandert waren.

Unter der Propagandalosung «Einheit des Reiches» rissen die Nationalsozialisten in der ersten Märzhälfte in Akten staatsstreichartiger Gleichschaltung die Macht in den Ländern an sich und hoben damit die durch den föderalistischen Aufbau des Reiches gegebenen Machtschranken auf. Durch massiven Druck von oben und von unten, durch Terroraktionen der SA wurden die Länderregierungen zum Rücktritt gezwungen und durch «nationale» Kabinette ersetzt. Neben die Länderministerien traten als Führungshelfen Hitlers die sogenannten Reichsstatthalter. Die NS-Propagandisten übertünchten den staatlich gelenkten Terror mit nationalistischen Phrasen wie «nationaler Aufbruch» und «nationale Erhebung», weil sie wussten, dass dies im national denkenden Bürgertum gut ankam. Auch der Tag von Potsdam (21. März), dieses theatralische Vorspiel zur ersten Reichstagssitzung des Dritten Reiches und zum Ermächtigungsgesetz, stand im Zeichen erneuter national-konservativer Bekenntnisse Hitlers. Der Reichspräsident, die Generale und Bischöfe, Diplomaten und Parlamentarier bis hin zum Zentrum waren beeindruckt.

Am 23. März verabschiedete der Reichstag das Ermächtigungsgesetz. Es schaltete den Reichstag praktisch aus, gewährte der Reichsregierung volle Gesetzgebungsmacht und schaffte damit die Gewaltenteilung ab. Die Kommunisten waren zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr im Reichstag vertreten, sondern entweder verhaftet oder untergetaucht. Auch einige SPD-Abgeordnete befanden sich in «Schutzhaft». Von den verbliebenen Parteien verweigerte nur die Rest-Fraktion der Sozialdemokraten dem Gesetz

⁸ Näheres siehe Bracher, Diktatur, S. 222 f.

ihre Zustimmung. Mit dem Ermächtigungsgesetz hatte der Parteienstaat aufgehört zu bestehen. Die bürgerlichen Parteien hatten ihre eigene Ausschaltung besiegelt. Damit war die erste Phase der Machtergreifung in knapp zwei Monaten mit einem vollen Sieg Hitlers abgeschlossen.

Das paradoxe Schlagwort von der «legalen Revolution» half Hitler und seinen Propagandisten, jeden einzelnen Schritt des Machtergreifungsprozesses so darzustellen, als ob er sich jeweils im Rahmen von Recht und Verfassung bewege. Die Bedeutung dieser Legalitätstaktik kann gar nicht überschätzt werden, kam sie doch der Obrigkeitsgläubigkeit sowohl des Bürgertums als auch der Bürokratie entgegen⁹. In der Bürokratie wie in der Justiz hat die Legalitätskulisse der Machtergreifung mehr als alles andere die Bereitschaft zur Mitwirkung geweckt. Auf diese Weise konnte das neue Regime trotz vielfacher Verfassungs- und Gesetzesbrüche¹⁰ einen weitgehend intakten Staatsapparat übernehmen und damit den Mangel an eigenen Verwaltungsfachkräften vollständig ausgleichen. Neben der willigen Kooperation der alten Eliten waren auch die Masseneintritte in die NSDAP ein sichtbares Zeichen der opportunistischen Anpassung an die neue Machtkonstellation¹¹. Bei den etwa 1,6 Millionen Neumitgliedern¹² der NSDAP – da sie in den Monaten Februar und März 1933 eintraten, sprach man im Parteijargon von «Märzgefallenen» – handelte es sich fast ausschliesslich um Anhänger der bürgerlichen Parteien. Besonders auffallend war der grosse Anteil der Beamten, Lehrer und Juristen. Nach der Ausschaltung der Kommunisten richtete sich der nächste Schlag gegen die Gewerkschaften. Allerdings hatte die ganze Politik der Gewerkschaftsführung seit 1932, besonders jedoch ihre Loyalitätsadresse an Hitler vom 20. März 1933, bereits gezeigt, dass ihre Widerstandskraft längst gebrochen und einer geradezu peinlichen Anpassungstaktik an die neuen Verhältnisse gewichen war. In der Hoffnung, wenigstens die Organisation erhalten zu können, forderte die Gewerkschaftsführung ihre Mitgliedschaft, ohne dazu gezwungen zu sein, auf, den 1. Mai 1933 zusammen mit den Nationalsozialisten und unter deren Fahne zu feiern. Doch auch diese Geste half nichts. Schon am folgenden Tage besetzten SA und SS die Gewerkschaftshäuser sowie die gewerkschaftseigenen Unternehmen und Banken und verhafteten die führenden Funktionäre. Ebenfalls wenig dramatisch vollzog sich das Ende der SPD, die sich von ihrem zur Pas-

9 Vgl. ebd., S. 210,216,249,258; Broszat, Staat Hitlers, S. 27f., 301 ff.; vgl. auch Mommsen, Beamtentum; sowie Runge, Beamtentum; und Fest, Hitler, S. 565.

10 Liste der Rechtsbrüche siehe Bracher, Diktatur, S. 231.

11 Eine Geschichte der deutschen Gesellschaft in der NS-Zeit ist zwar noch nicht geschrieben. In den letzten Jahren wurde jedoch eine Fülle von lokal- und regionalgeschichtlichen Forschungen veröffentlicht, die als Vorarbeiten für eine künftige Darstellung der Sozialgeschichte des politischen Verhaltens im «Dritten Reich» betrachtet werden können. Bei aller Differenziertheit der Aussagen im Einzelnen lässt sich als Tendenz erkennen, dass das NS-Regime bereits in den Anfangsjahren einen starken Rückhalt in der Bevölkerung hatte. Als Beispiele für diese Forschungen seien genannt: Burkhardt, Eine Stadt wird braun; Bayern in der NS-Zeit; Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet, Bd. 1.

12 Broszat, Staat Hitlers, S. 243 f.

sivität verdammenden legalistischen Kurs nicht hatte trennen können und von der NSDAP daher als wenig bedrohlich empfunden wurde. Am 10. Mai 1933 erfolgte die Beschlagnahme der Parteihäuser, der Zeitungen und des Vermögens der SPD sowie des Reichsbanners, ohne dass es zu Widerstandshandlungen gekommen wäre. Mit dem Verbot der SPD als «volks- und staatsfeindliche Organisation» durch einen Erlass Görings am 22. Juni war zugleich die Kassierung der Parlamentssitze verbunden.

Die übrigen politischen Gruppierungen lösten sich im Laufe des Sommers 1933 auf oder wurden in NS-Organisationen überführt. Fast unbemerkt erloschen die Deutsche Staatspartei, die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationale Volkspartei, der Stahlhelm, die Bayerische Volkspartei und zuletzt, am 5. Juli 1933, das Zentrum. Die meisten Organisationen verbanden ihre Selbstaflösung mit der ausdrücklichen Versicherung an Hitler, im neuen Staat mitarbeiten zu wollen. Eine freiwillige Selbstgleichschaltung erfolgte auch bei den Interessenverbänden von Industrie, Handwerk, Handel und Landwirtschaft. Bereits am 14. Juli 1933 konnte sich die NSDAP mittels des «Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien» das Monopol als Einheitspartei sichern. Somit war der Einparteistaat nach knapp einem halben Jahr nationalsozialistischer Herrschaft voll verwirklicht¹³. Fortan konnte eine legale politische Willensbildung nur noch innerhalb der NSDAP stattfinden. Hitlers Vorbild Mussolini hatte dazu ganze sechs Jahre benötigt. Nicht ohne Grund sprach die nationalsozialistische Propaganda daher von einem «kläglichen Zusammenbruch» der alten politischen Kräfte von rechts bis links. Es hatte tatsächlich den Anschein, als ob der endgültige Abschied von der Weimarer Demokratie selbst ihren ehemaligen Anhängern nicht sonderlich schmerzlich gefallen wäre.

Dass sich das Hitler-Regime sozusagen im Eiltempo etablieren konnte, kann weder mit dem Terror der SA noch mit dem Hinweis auf eine überlegene Herrschaftstechnik der NSDAP-Führung zureichend erklärt werden. Von zumindest ebenso grosser Bedeutung wie die Politik der NSDAP war die freiwillige Mitarbeit der Armee, der Bürokratie, der Justiz, der Industrie und der konservativen und deutsch-nationalen Politiker. Erst das Bündnis aller konservativen Gegner der Demokratie mit der nationalsozialistischen Massenbewegung machte diesen Verlauf der Machtergreifung möglich.

Nach der Errichtung der Führerdiktatur, die sich formal-juristisch auf das Einparteigesetz vom 14. Juli 1933 gründete, gab die NSDAP-Führung die Parole aus, die Revolution sei nunmehr abgeschlossen. Diese Ankündigung war nicht zuletzt an die Adresse der NSDAP selbst gerichtet, insbesondere an die der SA. Denn die Mitglieder der SA und die Masse der Parteimitglieder waren bisher weder wirtschaftlich noch sozial belohnt worden, noch waren sie durch das Gefühl der Machtheilabe saturiert¹⁴; sie waren daher von dem Bestreben geleitet, sich der Staatsmacht vollends zu bemächtigen. In

13 Diese Phase der Machtergreifung wird dokumentiert in: Hitlers Machtergreifung 1933.

14 Zur Zusammensetzung der SA vgl. Jamin, Zwischen den Klassen.

Hitlers Interesse lag es jedoch, diese Dynamik nunmehr zu bremsen und zu beschwichtigen. Die in dem Gesetz vom 1. Dezember 1933 beschworene «Einheit von Partei und Staat» hatte keine andere Funktion als diese. Der Parteiführer und Regierungschef strebte eine Art Arbeitsteilung an. Die NSDAP sollte als politische Erzieherin des deutschen Volkes sowie als Auslese-Institution für die Führungshierarchie dienen. Im Staat jedoch sollte die Fachbürokratie Weiterarbeiten. So hat denn auch das erwähnte Gesetz den Dualismus von Staat und Partei nicht aufgehoben, sondern nur die Macht des «Führers» als Schlichtungsinstanz bei personellen und institutionellen Konflikten erhöht¹⁵. Zu einer regelrechten Verschmelzung von Partei und Staatsbürokratie ist es auch später nicht gekommen. Gemäss seiner Herrschaftstechnik «teile und herrsche» liess Hitler den Machtkämpfen rivalisierender staatlicher und parteilicher Instanzen freien Lauf und machte auch keine Versuche, das dadurch entstehende Kompetenzchaos zu lösen. Statt vielgepriesener Ordnung herrschte unter dem NS-Regime ein chaotisches Durcheinander von Zuständigkeiten. Von einer leistungsfähigen und ohne Reibungsverluste arbeitenden Administration konnte keine Rede sein.

Im Sommer 1934 fielen zwei weitere für die Konsolidierung des Regimes bedeutsame Entscheidungen: Erstens wurde die formal noch bestehende Doppelspitze des Staates – Reichspräsident und Reichskanzler – aufgehoben und eine einheitliche Führungsspitze verwirklicht; zweitens band Hitler die Reichswehr endgültig an sich, indem er im Zuge der blutigen Säuberung vom 30. Juni 1934¹⁶, in der Röhm und andere SA-Führer ermordet wurden, die Macht der Parteiarmee entscheidend beschneidete, um die Interessen der Reichswehr, die ihr Gewaltmonopol gesichert sehen wollte, zu befriedigen. Den Schlusspunkt der Machtergreifung bildete die auf Vorschläge der Reichswehrführung zurückgehende persönliche Vereidigung aller Soldaten auf Hitler am 2. August 1934. Innerhalb von eineinhalb Jahren hatten die Nationalsozialisten im Bündnis mit der Grossindustrie, der Reichswehr und der Bürokratie den Staat und die Gesellschaft ihrer Herrschaft unterworfen. Das einzige «Recht», das der Bevölkerung verblieb, bestand fortan darin, den politischen Aktionen des Regimes per Akklamation nachträglich die Zustimmung zu erteilen. Das Regime nutzte diese Plebiszite, um stets von Neuem die Einheit von Regierung und Volk zu beschwören und damit die eigene Herrschaftslegitimation zu demonstrieren.

Wenn man, wie Hitler, der Innenpolitik die Aufgabe stellte, «der Aussenpolitik das völkische Kraftinstrument zu liefern»¹⁷, so konnte man den Ende 1934 erreichten Stand der innenpolitischen Formierung als einen beachtlichen Anfangerfolg verbuchen, zumindest was die Monopolisierung der politischen Macht betraf: Die Einparteiherrschaft, die Ausschaltung der Länder und die Zentralisierung der Regierungsmacht sowie der persönliche Führungsabsolutismus Hitlers waren gleichzeitig verwirklicht wor-

15 Vgl. Der «Führerstaat», sowie die oben, S. 126, Anm. 21, genannte Literatur.

16 Vgl. Höhne, Mordsache Röhm.

17 Hitler, Zweites Buch, S. 107.

den, die nicht-nationalsozialistischen Parteien zerschlagen oder aufgelöst und die innerparteiliche Opposition ihrer Führung beraubt, die gesellschaftlichen Interessenverbände gleichgeschaltet, der Einfluss der konservativen und deutschnationalen Partner in der Regierung zurückgedrängt. Die folgenden Jahre (1935 bis 1938) standen im Zeichen einer Stabilisierung dieses machtpolitischen Zustandes.

2. Die Bestechungsstrategie sozialpolitischer Zugeständnisse

Wie die gesamte Innenpolitik der nationalsozialistischen Regierung diente auch ihre Sozialpolitik dem Ziel, die deutsche Bevölkerung an das Regime zu binden, um sie auf diese Weise indirekt auf die Erfordernisse des Eroberungskrieges vorzubereiten. Dabei ging es – wenn nicht ausschliesslich, so doch in erster Linie – um die Frage, wie die Arbeiterklasse zur Loyalität oder zumindest zum Stillhalten veranlasst werden konnte. Die nationalsozialistischen Machthaber haben die entscheidende Bedeutung dieses Problems klar erkannt, und zwar wiederum vor dem Hintergrund der im Ersten Weltkrieg gemachten Erfahrungen. Seinerzeit, in den Jahren 1916-1918, hatte die Arbeiterklasse immer nachdrücklicher gegen die unerträglich gewordenen wirtschaftlichen Entbehrungen revoltiert und war dann zum Kern einer sozial sehr viel breiteren Massenbewegung gegen die Fortsetzung des Krieges geworden¹⁸. In dieser historischen Perspektive ist die von Hitler geäußerte Befürchtung zu verstehen, auf dem Boden wirtschaftlicher Not könnten «umstürzlerische Versuche» gedeihen. Dasselbe gilt für seine Aussage, es sei eine falsche Politik, zu glauben, die Bevölkerung könne «auf die Dauer durch einen Appell an Erkenntnisse oder auch an Ideale unter einem sonst allgemein gültigen Lebensstandard» gehalten werden¹⁹. Mit anderen Worten: sollte sich eine vergleichbare Entwicklung nicht wiederholen, so durfte die wirtschaftliche Unzufriedenheit der Arbeiter zumindest ein gewisses Mass nicht überschreiten. Demzufolge hatte die nationalsozialistische Sozialpolitik die Funktion, der Arbeiterschaft mittels sozialer Zugeständnisse einen Ersatz für ihre politische Entrechtung zu bieten, um sie so bei der Stange zu halten. Denn Hitler und seine Gehilfen wussten sehr genau, dass ohne die Mitarbeit der Arbeiter, sei es an der Waffe oder an der Maschine, der geplante Krieg nicht durchgeführt werden konnte.

Da die abhängigen Lohnempfänger und ihre Angehörigen zusammen genommen etwa die Hälfte der deutschen Bevölkerung ausmachten, hatte die NSDAP schon vor 1933 um sie geworben. Diese Bemühungen waren jedoch fast nur aus wahltaktischen Gründen erfolgt und insgesamt gesehen eher erfolglos geblieben. Vor Hitlers Regierungsantritt hat der Nationalsozialismus die Bindungen der Arbeiterklasse an ihre eigenen po-

¹⁸ Kocka, Klassengesellschaft; und Feldman/Kolb/Rürup, Massenbewegungen.

¹⁹ Hitler, Zweites Buch, S. 121.

litischen und gewerkschaftlichen Organisationen kaum geschwächt. Der linke Flügel der NSDAP um die Brüder Strasser²⁰, der in seiner Propaganda die antikapitalistischen Elemente des Parteiprogramms betonte, konnte daran ebensowenig ändern wie die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation (NSBO), die nach dem Willen der Parteileitung als propagandistischer «Stosstrupp» in den Betrieben wirken sollte. Wenn gleich sie bis Ende 1932 auf 300'000 Mitglieder verweisen konnte²¹, blieb die NSBO innerhalb der NSDAP von untergeordneter Bedeutung. Setzt man sie mit den rund 6 Millionen Mitgliedern der unabhängigen Gewerkschaften in Beziehung, so wird ihr relativ geringer Stellenwert vollends deutlich. Bei den Betriebsrätewahlen von 1932 erreichten die NSBO-Kandidaten lediglich einen Stimmenanteil von 4 Prozent²². Die NSDAP holte ihre Wählermassen im alten und neuen Mittelstand²³ und nicht in der Arbeiterschaft.

Mit der Vernichtung ihrer politischen und gewerkschaftlichen Interessenvertretungen in den ersten Monaten der Kanzlerschaft Hitlers verlor die Arbeiterklasse sowohl das Recht, sich politisch zu organisieren, als auch das Recht, ihre wirtschaftlichen Interessen selbst zu vertreten. Die nationalsozialistische Regierung versuchte das hierdurch entstandene Vakuum auf mehreren Wegen zu füllen: 1. durch ideologische Appelle, 2. durch sozialpolitische Zugeständnisse, 3. durch die Schaffung scheinengewerkschaftlicher Organisationen und 4. durch brutalen Terror.

Zunächst ging das Bestreben dahin, die Arbeiter mittels einer spezifischen Arbeitsideologie und einer propagandistischen Verhätschelung für das neue Regime zu gewinnen. Appelle an Idealismus, Vaterlandsliebe und Arbeitsethos, eine verbale Aufwertung manueller Arbeit («Arbeit adelt») und die Verkündung suggestiver Gleichheitsparolen («Arbeiter der Stirn und der Faust», «schaffende Arbeiter aller Stände») sollten eine Vertrauensstimmung schaffen und die Absetzbewegung von den als «marxistische Gewerkschaftsbonzen» diffamierten ADGB-Führern erleichtern. Von Anfang an, verstärkt seit Mitte der dreissiger Jahre, kam im propagandistischen Vokabular zugleich die militaristische Zielsetzung der nationalsozialistischen Arbeitsideologie zum Ausdruck²⁴. In der Sprachregelung wurde die Beschaffung von Arbeitsplätzen zur «Arbeitschlacht»; für die Verwendung von Arbeitskräften stand der militärische Begriff «Einsatz»; der Rüstungsarbeiter figurierte als «Soldat an der Maschine», und schliesslich machte die Propaganda getreu dem militaristischen Gesellschaftsideal des Nationalsozialismus aus allen Arbeitern «Soldaten der Arbeit». Das Konzept einer nach militärischen Leitbildern durchorganisierten und disziplinierten Gesellschaft fand also auch in

20 Vgl. Kühnl, Nationalsozialistische Linke.

21 Mason, Arbeiterklasse, S. 3; Grebing, Arbeiterbewegung, S. 213, gibt die Mitgliederzahl der NSBO im Dezember 1932 mit 170'000 an.

22 Broszat, Staat Hitlers, S. 181.

23 Zum Wählerpotential der NSDAP vgl. Winkler, Mittelstand; Schweitzer, Mittelstand.

24 Siehe Ley, Soldaten der Arbeit; Bracher, Diktatur, S. 367; Bork, Missbrauch, insbes. S. 19-23.

der NS-Arbeitsideologie ihren unübersehbaren Niederschlag, wie sich ja auch in dem mit Gesetz vom 26. Juni 1935 eingeführten obligatorischen Arbeitsdienst staatliche Arbeitseinsatzlenkung und vormilitärische Ausbildung hauptsächlich jugendlicher Arbeitsloser auf das Engste verbanden. Die Propagandisten des Regimes konnten allerdings schwerlich davon ausgehen, dass die in antimilitaristischen Traditionen erzogenen deutschen Arbeiter mit heroisch-militanten Parolen über den Verlust ihrer Freiheit hinwegzutäuschen und im gegebenen Zeitpunkt für eine Billigung der Kriegspolitik zu gewinnen waren.

Entscheidend musste daher sein, ob es der Hitler-Regierung gelang, eine in praktischen Erfolgen messbare, arbeiterfreundliche Wirtschaftspolitik durchzusetzen, die die Lage der notleidenden Masse merklich besserte. Man muss sich in diesem Zusammenhang vergegenwärtigen, dass die Weltwirtschaftskrise in den Jahren 1929-1933 wenigstens ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung erwerbslos gemacht hatte. Von der plötzlichen Verarmung waren die Industriearbeiter am stärksten betroffen. Im Durchschnitt des Jahres 1933 hatten 40 Prozent aller Industriearbeiter keine Beschäftigung. Hunger, Angst und Hoffnungslosigkeit breiteten sich aus. Als das System der staatlichen Arbeitslosenversicherung unter der Last der Massenarbeitslosigkeit zusammenbrach, bekam nur noch etwa $\frac{1}{10}$ der fast 6 Millionen Arbeitslosen, die im Dezember 1932 gemeldet waren, das für einen knappen Lebensunterhalt nötige Geld²⁵.

In dieser Situation ergab sich für die nationalsozialistische Regierung die Chance, die Zustimmung der lohnabhängigen Bevölkerung zu gewinnen, wenn es ihr gelang, im Zuge der ohnehin weltweit abflauenden Wirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit möglichst schnell zu überwinden. Tatsächlich stellten dann die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen der Hitler-Regierung, die sich im Wesentlichen auf eine Fortschreibung der bereits vom Kabinett Schleicher beschlossenen Programme beschränkten, einen entscheidenden Erfolg für das Regime dar. Die generelle Behauptung der Propagandisten, Hitler habe die Arbeitslosigkeit beseitigt, traf anfänglich nur teilweise zu, da im Sommer 1935 noch immer knapp 3 Millionen registriert waren und auch im Dezember 1935 noch 2,5 Millionen; aber im Jahre 1936 war dann tatsächlich in der gesamten Industrie ein Beschäftigungsstand erreicht, der dem von 1929 in etwa entsprach. Die Zahl der Arbeitslosen nahm zwischen Anfang 1933 und Herbst 1936 um fast 5 Millionen ab. Die noch verbleibende Arbeitslosigkeit lag in der Nähe der Werte von 1926 bis 1929 und hatte im Wesentlichen strukturelle, auf Rationalisierungsmassnahmen der Industrie zurückzuführende Ursachen. Jedoch auch diese Restarbeitslosigkeit wurde dann in der Rüstungskonjunktur der Jahre 1936-1939 tendenziell behoben²⁶.

Die Auswirkungen der Arbeitsbeschaffungspolitik auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft waren unterschiedlich. Da es eine staatliche Lohnpolitik im eigentlichen Sinne

25 Mason. Arbeiterklasse. S. 25.

26 Ebd., S. 55ff.; sowie Broszat, Staat Hitlers, S. 179. Vgl. hierzu auch Beitrag Volkmann, S. 358ff.

nicht gab, auf dem lohnpolitischen Sektor vielmehr nach wie vor unkontrollierte marktwirtschaftliche Verhältnisse herrschten, gab es in denjenigen Industriezweigen, die am Rüstungsboom teilhatten, erhebliche Lohnsteigerungen, nicht aber in den übrigen Branchen. Noch 1936 war der Alltag wohl der meisten deutschen Arbeiter von Armut und Entbehrungen gekennzeichnet²⁷. Als dann mit der Verkündung des zweiten Vierjahresplanes vom September 1936 die Phase forciertener Aufrüstung begann, was bereits im Mai 1938 dazu führte, dass das Reservoir an Arbeitskräften erschöpft war, kam es zu kräftigen Lohnsteigerungen. In der Industrie handelte es sich um Steigerungsraten von etwa 11 Prozent. Trotz der Verteuerung der Lebenshaltungskosten erhöhte sich die Konsumkraft der arbeitenden Bevölkerung merklich. Der reale Wochenverdienst zahlreicher Arbeiter in der Konsumgüterindustrie lag zwar noch zu Kriegsbeginn wahrscheinlich wesentlich unter dem Stand von 1929, aber alles in allem standen die meisten Deutschen, auch die Industriearbeiter, 1939 nicht schlechter da als Ende der zwanziger Jahre²⁸. Der allgemeine Lebensstandard war 1939 jedenfalls höher als 1933 und in etwa vergleichbar mit dem von 1928²⁹. Viele Zeitgenossen glaubten an eine in der deutschen Geschichte einmalige Prosperität, und wenn die nationalsozialistische Propaganda diese Entwicklung in den üblichen Superlativen schilderte, so widersprachen diese zumindest nicht grundlegend der erfahrbaren Wirklichkeit. «Für die vielen, die vor 1933 ohne Arbeit gewesen waren oder gar ihr Berufsleben als Arbeitslose begonnen hatten, wog der Verlust der Gewerkschaftsorganisation und der sozialen Freiheit letztlich doch weniger als die Tatsache, dass mit Hitler Vollbeschäftigung, Mobilität und Aufstiegschancen gekommen waren – mit welchen Methoden oder Konsequenzen auch immer³⁰.» Nur wenigen dürfte bewusst geworden sein, dass der beträchtliche Zuwachs des Bruttosozialprodukts fast ausschliesslich der Rüstungsproduktion zugute kam und sich nur im geringen Masse als Kaufkraftzuwachs der arbeitenden Bevölkerung auswirkte. Nach den bitteren Jahren der Arbeitslosigkeit war der wiedergefundene Arbeitsplatz für Millionen von Arbeitern von ausschlaggebender Bedeutung.

Der dritte Weg, auf dem die nationalsozialistischen Machthaber die Loyalität der Arbeiterschaft zu gewinnen versuchten, bestand in der Einschaltung der scheinengewerkschaftlichen Massenorganisation «Deutsche Arbeitsfront». Die DAF wurde am 6. Mai 1933, wenige Tage nach der Zerschlagung der freien Gewerkschaften, improvisiert aus dem Boden gestampft und der Führung von Robert Ley unterstellt. Ihre Aufgabe lautete: «Erziehung aller im Arbeitsleben stehenden Deutschen zum nationalsozialistischen Staat und zu nationalsozialistischer Gesinnung»³¹, womit in diesem Zusammenhang

27 Mason, Arbeiterklasse, S. 72.

28 Ebd., S. 113ff.

29 Schoenbaum, Revolution, S. 113 ff.

30 Bracher, Diktatur, S. 369; ebenso Broszat, Staat Hitlers, S. 206.

31 Dokument zit. bei Broszat, Staat Hitlers, S. 192. Zur DAF vgl. auch Bracher, Diktatur, S. 361 und 237, sowie Mason, Arbeiterklasse, S. 40. Beitrag Volkman, S. 270 ff.

eine zumindest gesinnungsmässige Aufhebung der Klassengegensätze gemeint war. Die Propaganda versuchte zugleich den Eindruck zu erwecken, die DAF stelle die Erfüllung des in der Weimarer Zeit nicht verwirklichten Traumes einer grossen Einheitsgewerkschaft dar. Da die Volksgemeinschaftsideologie auch die Unternehmer zu den «im Arbeitsleben stehenden Deutschen» rechnete, wurde ihr Verband im November 1933 ebenfalls in die DAF aufgenommen. Zusammen mit dieser Organisation bemühten sich auch staatliche Stellen, nämlich die als Reichsbeamte dem Reichsarbeitsminister Seldte unterstellten «Treuhänder der Arbeit», in der Rolle staatlicher Zwangsschlichter um den wirtschaftlichen und sozialen «Interessenausgleich». In der Praxis kam dies eindeutig einer Vertretung von Arbeitgeberinteressen sowie der Aufhebung der Tarifhoheit gleich. Das von Seldte und dem Wirtschaftsminister Kurt Schmitt, dem Nachfolger Hugenbergs, ausgearbeitete «Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit» vom 20. Januar 1934 liess dann erkennen, wie sich das Regime die neue wirtschaftspolitische Ordnung vorstellte: Aus der Fiktion einer «Betriebsgemeinschaft» mit dem Unternehmer als «Betriebsführer» und den Arbeitern als «Gefolgschaft» sollte die nationalsozialistische «Volksgemeinschaft» hervorgehen. Auch dieses sozialpolitische Grundgesetz des Dritten Reiches führte im Ergebnis zum Abbau von Arbeitnehmerrechten zugunsten staatlicher Reglementierung und zur Stärkung der Unternehmerinteressen.

Die als klassenneutrales Integrationsinstrument konzipierte DAF traf in der Arbeiterschaft überwiegend auf Skepsis, trotz der Freizeitangebote von «Feierabendwerk», «Kraft durch Freude»³² und anderer Vorteile, die sie gewährte. Keinesfalls wurde sie als ein angemessener Ersatz für die verbotenen Gewerkschaften betrachtet. Bis zur Mitte der dreissiger Jahre hatte die DAF nichts daran ändern können, dass sich die Industriearbeiterschaft von der Politik weitgehend abwandte und eher mit Angst, Resignation und Verbitterung als mit Anpassung an die neuen Verhältnisse reagierte³³. Erst als sich infolge der forcierten Rüstungspolitik seit 1936 die Lage auf dem Arbeitsmarkt besserte und als dann in der Zeit der Vollbeschäftigung die Arbeitskraft wieder zu einer echten Mangelware wurde, erhielt die DAF ein gewisses Eigengewicht, das es ihr ermöglichte, wenigstens ansatzweise die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer gegen die staatlichen Behörden und die Industrie zu vertreten.

Im Zuge der arbeitspolitischen Kriegsvorbereitungen verfügte das Regime im Jahre 1938 Arbeitszeitverlängerungen auf bis zu 60 Wochenstunden sowie weitere Einschränkungen der Freizügigkeit und der Freiheit der Berufswahl sowie zusätzliche Regelungen des «Arbeitseinsatzes»³⁴. Der durch diese Massnahmen hervorgerufene soziale Unmut

32 Vgl. Buchholz, Die nationalsozialistische Gemeinschaft «Kraft durch Freude»; Moyer, The Kraft durch Freude Movement.

33 Vgl. dazu die Dokumente in Vollmer, Volksoption, und Thevoz/Branig/Lowenthal-Hensel, Pommern.

34 Vgl. Schoenbaum, Revolution, S. 139-141; Mason, Arbeiterklasse, S. 139 und 146f.

konnte durch ständige Appelle an Gesinnungsstärke und an den Opfergeist der Volksgemeinschaft³⁵ nicht mehr abgelenkt werden. Das Regime musste um eine sichtbare Anhebung des Lebensstandards besorgt sein, was sich natürlich mit der forcierten Ausrüstung, die einen beträchtlichen Teil des Nationaleinkommens verschlang, nur schwer vereinbaren liess. Aus Furcht vor den unberechenbaren Folgen sozialer Not blieb das Regime auch später bei seiner konzessionsbereiten Sozialpolitik und verzichtete selbst noch 1939/40 darauf, die Konsumgüterproduktion einzuschränken.

Wie aus den Berichten der nationalsozialistischen Meinungsforschungsorganisationen hervorgeht, hat die «innenpolitische Bestechungsstrategie»³⁶ sozialer Konzessionen es jedoch nicht vermocht, die arbeitende Bevölkerung in ein williges Werkzeug der nationalsozialistischen Expansionspolitik zu verwandeln³⁷. Nach wie vor waren Unmutsäusserungen sozialpolitischen Charakters in der Arbeiterschaft an der Tagesordnung. Ebenso gab es Missstimmungen in der Bauernschaft, bei den Handwerkern, kleinen Angestellten und Beamten der unteren Laufbahn sowie Kritik aus den konfessionell gebundenen Bevölkerungsteilen³⁸. Auch an der Haltung der Arbeiterschaft hatte sich anscheinend wenig geändert.

Die zwischen dem Einsatz terroristischer Gewalt und der Rücksichtnahme auf materielle Bedürfnisse schwankende nationalsozialistische Regierung wagte es in einigen Fällen nicht, rigorose Anordnungen zu treffen. In der Durchführung der Dienstpflichtverordnung vom 22. Juni 1938³⁹, die den Ausbau des Westwalles sicherstellen sollte, sah sie sich beispielsweise zu einem behutsamen Vorgehen genötigt. Auch dieser Tatbestand macht deutlich, dass es dem Regime bis 1939 nicht gelungen war, die «innere Front» vollständig zu stabilisieren: «Der Hass gegen den Nationalsozialismus war in Arbeiterkreisen 1938 gewiss weniger ausgeprägt als 1933, doch blieb das Bewusstsein spezifischer kollektiver Interessen, die im Gegensatz zu denen der herrschenden Gruppen standen, weitgehend ungebrochen und drückte sich in zahllosen solidarischen Aktionen am Arbeitsplatz aus⁴⁰.»

Es bleibt gleichwohl eine Tatsache, dass die deutschen Arbeiter im September 1939 ebenso gehorchten wie alle anderen Deutschen auch. Sie haben der Entfesselung des Krieges keinen wirksamen Widerstand entgegenzusetzen vermocht. Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg, in dem Hunderttausende von Arbeitern streikten und schliesslich die Beendigung des Krieges und den Sturz der Monarchie erzwingen halfen, gab es in den

35 Z.B. anlässlich der Winterhilfswerk-Sammlungen. Vgl. dazu den Rechenschaftsbericht Goebbels' vom 10. Oktober 1939, in: Heiber, Goebbels-Reden, Bd. 1, S. 1 ff.; sowie Bramsted, Goebbels, S. 163 ff.

36 Begriff von Mason, Arbeiterklasse, S. 13 u. passim; findet sich schon bei Fraser, Kriegsschuld, S. 147 f.; vgl. jetzt auch Kranig, Lockung und Zwang.

37 Mason, Arbeiterklasse, S. 158.

38 Steinert, Hitlers Krieg, S. 76; zur Lage des Mittelstandes vgl. im Einzelnen Saldern, Mittelstand.

39 RGBl. 1.1938, S. 652, und 1939, S. 206; sowie Mason, Arbeiterklasse, S. 669 ff.

40 Mason, Arbeiterklasse, S. 149.

Jahren des Zweiten Weltkrieges keine Streiks. Auch eine mit dem revolutionären Umsturz von 1918/19 vergleichbare Entwicklung sollte sich nicht wiederholen⁴¹.

Karl Marx hat einst im Zusammenhang mit seiner Analyse des Bonapartismus den Wechselwirkungen von Innen- und Aussenpolitik nachgespürt und die These entwickelt, unter bestimmten historischen Bedingungen sei die Entfesselung eines auswärtigen Krieges eine direkte Folge innergesellschaftlicher Gegensätze⁴². So habe der französische Kaiser Napoleon III. in den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts periodisch Kriege geführt, um den offenen Ausbruch der Klassenkämpfe im Innern zu verhindern, die inneren Schwierigkeiten durch kriegerische Erfolge zu übertünchen und nach aussen abzulenken und sich auf diese Weise selbst an der Macht zu halten. In Anlehnung an die Marxsche Bonapartismus-Analyse ist in der Folgezeit mehrfach versucht worden, bei der Erklärung der Ursachen bestimmter Kriege sozialimperialistische Elemente der Politik zu berücksichtigen. Solche scheinen in der Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges eine gewichtige Rolle gespielt zu haben⁴³. Die Frage lautet nun, ob dies auch 1939 der Fall war. Forschungen über die wirtschaftliche Situation des Deutschen Reiches im Jahre 1939 haben nachgewiesen, dass Hitler den Expansionskrieg nicht nur wollte und zielstrebig plante, sondern dass er ihn auch brauchte, um einem wirtschaftlichen Desaster zuvorzukommen, das sich aus einer mehrjährigen Überforderung der deutschen Wirtschaft durch forcierte Rüstungsproduktion einerseits und kaum gedrosselte Konsumgüterproduktion andererseits zu ergeben drohte⁴⁴. Hitler, so wird argumentiert, habe nicht hoffen können, die für die Verwirklichung seiner Kriegspläne benötigte Rüstungsüberlegenheit aus den natürlichen Hilfsquellen Deutschlands zu gewinnen; daher «begnügte er sich mit einem Zeitvorsprung, der ihm wenigstens Anfangserfolge gestattete. Und dann musste der Krieg, einmal in Gang gekommen, sich selbst ernähren⁴⁵.» Dem Entschluss zur Raubbauwirtschaft des Vierjahresplanes habe zugleich der Zwang zur Eröffnung eines Krieges innegewohnt, wenn die Wirtschaftspolitik nicht in einer Katastrophe enden sollte.

Die Begrenztheit der wirtschaftlichen Kraftquellen des Reiches hat zweifellos zur Favorisierung der Blitzkriegsstrategie geführt und möglicherweise auch bei der Wahl des Zeitpunktes des Angriffes gegen Polen eine Rolle gespielt⁴⁶. Die sozialpolitische Situation wirkte sich hier jedoch höchstens indirekt aus. Das Regime sah sich im Herbst 1939

41 Der Hauptgrund hierfür war der Terror des NS-Staates, vgl. Kapitel III/4.

42 Vgl. Wette, Kriegstheorien, S. 44 ff.

43 Vgl. Berghahn, Rüstung; Hallgarten/Radkau, Industrie; Bracher, Nachwort zu: Sauer, Mobilmachung, S. 372, wo es heisst, Hitler habe eine «sozialimperialistische, expansionistische Grundkonzeption» gehabt.

44 Vgl. Wirtschaft und Rüstung, insbesondere die Referate von Milward und Mason. Vgl. auch den Beitrag von Volkmann in diesem Band.

45 Sauer, Mobilmachung, S. 101.

46 Vgl. dazu Thöne, Entwicklungsstadien; Dülffer, Beginn des Krieges, S. 459ff., 468ff.

nicht vor die aktuelle Notwendigkeit gestellt, einen Krieg zu entfesseln, um von sozialen Konflikten grösseren Ausmasses abzulenken, d.h. von Klassenkämpfen, die den Herrschenden als existenzbedrohend erschienen wären. Dennoch war es *eine* Funktion des 1939 begonnenen Krieges, künftigen innergesellschaftlichen Gefahren für das Regime vorzubeugen⁴⁷, die sich aus den Widersprüchen der Wirtschaftspolitik zwangsläufig ergeben hätten.

3. Emigration und Widerstand

Der ungehemmte Terror in den ersten Monaten nach Hitlers Regierungsantritt machte deutlich, wie die neuen Machthaber mit ihren politischen Gegnern zu verfahren gedachten. Um den Konzentrationslagern zu entgehen, wählten nun Tausende von ihnen den schweren Weg in die Emigration⁴⁸. Sie vermuteten mit Recht, dass ihr Verbleiben in den Grenzen des Deutschen Reiches ein lebensgefährliches Risiko bedeuten würde.

Unter den Emigranten waren Oppositionelle aus den verschiedensten Lagern: Demokraten, Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter, Pazifisten, Menschenrechtler, Mitglieder und Anhänger der Bekenntniskirche und Mitglieder der sozialistischen Splitterparteien, wie der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), der Kommunistischen Partei-Opposition (KPO) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK). Das Gros der Emigranten stellten Kommunisten und Sozialdemokraten. Unter den parteipolitisch nicht gebundenen Flüchtlingen befanden sich mehr als 2'500 deutsche Schriftsteller und Wissenschaftler⁴⁹, darunter Bertolt Brecht, Thomas und Heinrich Mann, Robert Musil, Joseph Roth, Stefan Zweig, Sigmund Freud, Ernst Cassirer, Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Alexander Rüstow, Veit Valentin, Herbert Marcuse, Albert Einstein und Max Born – insgesamt ein gewaltiger Aderlass des deutschen Kultur- und Geisteslebens.

Während die emigrierten Wissenschaftler und Schriftsteller in den häufig wenig aufnahmebereiten europäischen Nachbarländern eine neue Existenzmöglichkeit suchten, landeten ihre Werke in Deutschland auf dem Scheiterhaufen. Insbesondere die politisch linksgerichtete sowie die pazifistische und jüdische Literatur, die das Propagandaministerium auf seinen schwarzen Listen registriert hatte, wurde während des berühmten Autodafés am 10. Mai 1933⁵⁰ öffentlich verbrannt.

47 Hier folge ich Mason, Arbeiterklasse, S. 164, im Gegensatz zu Schoenbaum, der den sozialpolitischen Konfliktstoff geringer einschätzt.

48 Zum folgenden Grossmann, Emigration, S. 31-39. Die im Folgenden verwendete Terminologie von einer politischen und einer jüdischen Fluchtbewegung ist problematisch, da ja auch der Rassismus des NS-Regimes politisch war und zudem viele Juden zu den politischen Gegnern des Nationalsozialismus zählten. Die Terminologie wurde jedoch vom Flüchtlingskommissar des Völkerbundes benutzt. Siehe ebd., S. 43.

49 Zum kulturellen Exodus Maas, Exilpresse; Pross, Emigration; Möller, Exodus der Kultur.

50 Bracher, Diktatur, S. 282 f.; Bramsted, Goebbels, S. 120. Im Einzelnen: Zehnter Mai 1933. Zum geistesgeschichtlichen Hintergrund: Krockow, Scheiterhaufen.

Die unterschiedlich orientierten Exilgruppen, die sich alsbald im Ausland bildeten, blieben zersplittert. Eine politische Emigration im Sinne einer homogenen geistigen Gruppe oder gar einer gemeinsam handelnden Organisation hat es nicht gegeben. Das Band, das sie einigte, bestand lediglich in der Ablehnung der nationalsozialistischen Herrschaft und dem Ziel, etwas zu ihrem Sturz beizutragen.

Nach den Angaben des vom Völkerbund eingesetzten Hochkommissars für deutsche Flüchtlinge⁵¹ hatten bis Ende 1935 bereits 65'000 Menschen Deutschland verlassen, darunter 40'000-45'000 Juden, 5'000-6'000 Sozialdemokraten, 6'000-8'000 Kommunisten, 2'000 Pazifisten und Parteilose, 1'000 Katholiken und eine nicht nach Partei oder Rasse bestimmbare Gruppe von 2'000, zu denen noch 4'000 Saar-Flüchtlinge hinzuzurechnen sind. Zunächst, in den Jahren 1934/35, war die politische Fluchtbewegung noch stärker als die jüdische. In den folgenden Jahren änderte sich dies. Unter den insgesamt etwa 300'000 Flüchtlingen, die vor Kriegsbeginn Deutschland verliessen, waren rund 250'000 Juden. Das Ausmass der Vertreibung und Verfolgung wird vervollständigt durch jene 300'000 Deutsche, die, einer Gestapo-Statistik zufolge, bei Kriegsbeginn aus politischen Gründen in den Konzentrationslagern und Gefängnissen festgehalten wurden. Die meisten von ihnen kamen aus der Arbeiterbewegung⁵².

Indem das NS-Regime seine exponierten politischen Gegner einkerkerte oder ins Exil trieb, schaltete es das Gros derjenigen Opponenten aus, die innerhalb der Grenzen des Reiches zu Kristallisationspunkten eines aktiven Widerstandes hätten werden können. Die Exilierten haben dann jahrelang versucht, der Kriegsvorbereitungspolitik der nationalsozialistischen Regierung von aussen her entgegenzuwirken. Ihre Flucht aus dem Reich war insofern alles andere als eine Flucht aus dem politischen Engagement.

Die Exilierten enthüllten frühzeitig die Aufrüstungsmassnahmen und die geistige Mobilisierung der deutschen Bevölkerung für den Krieg⁵³. Sie warnten das Ausland ununterbrochen vor der von Deutschland ausgehenden Kriegsgefahr. Sie entlarvten die Friedensschwüre des Regimes von Beginn an als das, was sie waren, nämlich ein riesiges Täuschungsmanöver. Sie verfassten politische Aufklärungsschriften und Flugblätter in grosser Zahl⁵⁴ und versuchten auf diese Weise, Einfluss auf die öffentliche Meinung im Reich zu nehmen und die Widerstandsgruppen im Innern zu unterstützen. Betrachtet man allerdings die Wirkungen dieser «Wahrheitsoffensive», so muss festgestellt werden, dass die Emigranten bis zum Kriegsbeginn im Ausland kaum Gehör fanden. Die

51 Siehe Grossmann, *Emigration*, S. 43.

52 *Der lautlose Aufstand*, S. 149.

53 Vgl. die zeitgenössischen Aufklärungsschriften: Hitler treibt zum Krieg; sowie *Das deutsche Volk klagt an*. Weiterhin Mann, *Briefwechsel mit Bonn* (1936), in: ders., *Schriften zur Politik*, S. 99f.; vgl. auch Matthias, *Sozialdemokratie und Nation*; ders., *Gesicht nach Deutschland*; sowie *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 5, S. 129 ff. und 159 ff.

54 Vgl. u.a. Gittig, *Tarnschriften*.

europäischen Empfangsländer⁵⁵ haben die politischen Flüchtlinge zwar geduldet, ihnen aber auch misstraut und sie kaum in ihrer Aktivität gegen den Nationalsozialismus ermutigt. Einzelne Länder, etwa die Schweiz, haben ihre Tätigkeit sogar erheblich behindert.

Obwohl die Emigranten also machtpolitisch gesehen wenig auszurichten vermochten, fürchtete das NS-Regime sie als einen gefährlichen Faktor der Meinungsbildung⁵⁶. Denn allein ihre Existenz bedeutete die offene Widerlegung der behaupteten Identität von Nationalsozialismus und Deutschland. Hinzu kam, dass das NS-Regime die Möglichkeiten der Emigranten überschätzte, das Ausland zu beeinflussen und die Kontakte mit der innerdeutschen Opposition auszubauen. Da die Emigranten dem unmittelbaren Zugriff der deutschen Verfolgungsorgane entzogen waren, das Regime jedoch sehr daran interessiert war, sie mundtot zu machen, liess es seinen «braunen Arm»⁵⁷ über die Grenzen hinausgreifen und übertrug damit die innenpolitischen Kampfmethoden terroristischer Unterdrückung auf die im Ausland lebenden politischen Flüchtlinge. Die amtlichen deutschen Auslandsvertretungen erhielten den Auftrag, alle Exilierten systematisch zu erfassen und zu überwachen. Goebbels' Propaganda-Apparat fiel die Aufgabe zu, sie als politisch, geistig und moralisch minderwertige und kriminelle Elemente zu verteufeln, um so das Ausland wie auch das deutsche Volk glauben zu machen, Emigrant und Lüge seien eins. Hinzu kamen die zahllosen Versuche der NS-Diplomatie, durch Interventionen bei den Regierungen der Asylländer ein Verbot der Exilpresse und der politischen Betätigung der Emigranten zu erreichen, was zumal in denjenigen Ländern nicht ohne Erfolg blieb, die sich durch das militärisch erstarkende Reich unmittelbar bedroht fühlten. Etwa seit Mitte der dreissiger Jahre ergriff das Regime auch gezielte Massnahmen gegen einzelne Exilierte, angefangen von der Praxis der Ausbürgerung und der Geiselnahme von Verwandten bis hin zu Entführung und Mord⁵⁸. Nach den Ermittlungen des Flüchtlingskommissars McDonald fielen der Ausbürgerungspolitik⁵⁹ bereits bis September 1935 mehr als 4'000 Deutsche zum Opfer. Mitte 1939 waren 11'000 Deutsche ausgebürgert, davon 88 Prozent jüdischer Abstammung. Eine wesentliche Triebkraft dieser brutalen nationalsozialistischen Emigrantenpolitik war zweifellos die Furcht vor der Entschleierung der eigenen Absichten. Niemand sollte ungestraft behaupten können, dass Hitler eine akute Kriegsgefahr bedeutete.

Sowenig es eine einheitlich denkende und handelnde politische Emigration gegeben hat, so wenig existierte auch eine einheitliche Widerstandsbewegung gegen den Nationalso-

55 Zur Emigrantenpolitik der Empfangsländer siehe Grossmann, *Emigration*, S. 40.

56 Zum Folgenden Tutas, *Nationalsozialismus und Exil*, S. 281 ff.

57 Ausdruck von Grossmann, *Emigration*, S. 67.

58 Tutas, *Nationalsozialismus und Exil*, S. 13, 20ff., 281 ff., der einzelnen Fällen nachgegangen ist.

59 Dazu Grossmann, *Emigration*, S. 67ff.; Tutas, *Nationalsozialismus und Exil*, S. 151 ff.; vgl. auch Misch, *Ausbürgerungslisten* (Paris 1939), sowie die Dokumentation *Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933-45*.

zialismus innerhalb der Grenzen des Reiches. Eine solche ist weder in der Vorkriegsphase noch während des Krieges zustande gekommen. Politisch unterschiedlich orientierte Oppositionsgruppen traten zu verschiedenen Zeiten mit spezifischen Zielen und Methoden hervor. Generalisierende Aussagen über den innerdeutschen Widerstand verbieten sich daher von selbst. Hinzu kommt, dass das Spektrum der oppositionellen Verhaltensweisen⁶⁰ von der inneren Nichtbeteiligung, vom untätigen In-Opposition-Stehen über Ungehorsam bis zum aktiven Kampf gegen das Regime reichte und es eine unlösbare Schwierigkeit bedeutet, zu entscheiden, was nun eigentlich Widerstand war und was nicht.

Von Anfang an, bereits während der Weimarer Republik, bekämpften die beiden grossen Arbeiterparteien⁶¹, die SPD und die KPD, die anschwellende faschistische Bewegung. Mit Ausnahme einiger sozialistischer Splittergruppen – hier ist insbesondere die KPO zu nennen⁶² – haben die Organisationen der Arbeiterbewegung den deutschen Faschismus lange Zeit falsch eingeschätzt. Noch 1933/34 glaubten viele Sozialdemokraten und Kommunisten, das NS-Regime werde sich nicht lange halten können und an seinen eigenen Widersprüchen zugrunde gehen. Über diese Fehleinschätzung der Situation hinaus hat es nur wenige Gemeinsamkeiten der Arbeiterparteien im Kampf gegen den Faschismus gegeben. Insbesondere die Sozialfaschismus-Theorie der Kommunisten⁶³, durch welche die Sozialdemokratie als die «linke Hauptstütze des Faschismus» diffamiert wurde, machte eine Zusammenarbeit von vornherein unmöglich. Zwar sahen die von den grossen Parteien abgespaltenen kleineren Zwischengruppen die Notwendigkeit eines Zusammengehens aller Sozialisten, aber sie hatten keinen nennenswerten Anhang und vermochten daher keine praktischen Wirkungen zu erzielen.

Die kommunistische Partei war bereits nach dem Reichstagsbrand und der Verhaftung ihrer führenden Funktionäre in die Illegalität gezwungen. Der ADGB und Teile der SPD versuchten es noch eine Zeitlang mit einer illusionären Anpassungspolitik, bis auch sie verboten wurden. Im Mai 1933 gingen einige Mitglieder des SPD-Vorstandes in die Emigration nach Prag und bildeten dort einen Exilvorstand (SOPADE)⁶⁴, der als Auslandsvertretung der illegal gewordenen Partei Fuss zu fassen suchte, was jedoch alsbald

60 Zur Problematik des Begriffes Widerstand vgl. u.a. Büchel, *Deutscher Widerstand*; Bracher, *Diktatur*, S. 402 f.; *Stand und Problematik der Erforschung des Widerstandes*. Den neuesten Forschungsstand spiegelt der Sammelband: *Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, dessen 2., 3. und 4. Teil sich mit dem Widerstand in der Vorkriegsphase bis 1939 befasst.

61 Zum Widerstand der Arbeiterbewegung siehe Abendroth, *Sozialgeschichte*, S. 116ff. und 145ff.; ders., *Widerstand*, S. 76-96; Grebing, *Arbeiterbewegung*, S. 216ff.; sowie die Regionalstudien von Klotzbach, *Nationalsozialismus*; Steinberg, *Widerstand*; *Widerstand und Verfolgung in Wien*.

62 Vgl. *Faschismus in Deutschland. Analysen der KPD-Opposition aus den Jahren 1928-1933*.

63 Siehe Bahne, *Sozialfaschismus*, S. 211-245. Vgl. auch S. 106.

64 Vgl. Matthias, *Sozialdemokratie und Nation*; Edinger, *Sozialdemokratie*; sowie die Dokumentation: *Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SOPA) 1934-1940*.

zu Konflikten mit den im Reich verbliebenen Funktionären führen sollte, die sich grobenteils dem Regime unterwarfen und nur zu einem geringen Teil in den aktiven Widerstand gingen. Auf einen organisierten Kampf in der Illegalität waren weder Sozialdemokraten⁶⁵ noch Gewerkschaften⁶⁶ noch die Mitglieder des Reichsbanners vorbereitet. Und auf Initiativen der Spitzenfunktionäre wartete die Basis vergebens. Daher entstanden zunächst nur lose strukturierte sozialdemokratische Gruppen, die sich weithin darauf beschränkten, die alten persönlichen Kontakte zu halten und das gemeinsame Ideal einer sozialen Demokratie über die Zeit zu retten. Auch untereinander hatten sie nur losen Kontakt. Ihre illegale publizistische Aufklärungsarbeit blieb im Wesentlichen lokal beschränkt und bedeutete machtpolitisch gesehen wenig. Diese Einsicht setzte sich in den Oppositionsgruppen dann auch spätestens seit 1935 durch. Immer weniger glaubte man an einen erfolgsversprechenden aktiven Widerstand. An seine Stelle trat die «passive Gesinnungstreue»⁶⁷. Angesichts des Missverhältnisses zwischen den Erfolgen der antifaschistischen Propaganda und Konspirationstätigkeit einerseits und den damit verbundenen Gefahren und Opfern andererseits konnte Resignation nicht ausbleiben. Seit 1936/37 reduzierte sich die sozialdemokratische Opposition im Reich vollends auf politische Unterhaltungen im kleinsten Kreis. Eine aktuelle Bedrohung für den Bestand des Regimes konnte eine solche Gesinnungsoption verständlicherweise nicht bedeuten. Dasselbe galt für den politischen Flüsterwitz⁶⁸ und das politische Gerücht⁶⁹, Erscheinungen, die mit Widerstand nur sehr wenig zu tun hatten.

Der kommunistische Antifaschismus war zumindest insoweit konsequenter als der sozialdemokratische, als die KP-Führung und mit ihr viele parteitreue Funktionäre auch der unteren Ebene in keiner Phase eine Anpassung an das neue Regime erwogen, sondern sich zum Ziel setzten, das Hitler-Regime von innen her zu stürzen, indem sie eine antifaschistische Volksbewegung zu entfesseln versuchten. Obwohl bereits im Februar/März 1933 Tausende der führenden kommunistischen Funktionäre einschliesslich des KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann verhaftet worden waren⁷⁰, gingen ihre Anhänger in der Folgezeit in einen opferreichen illegalen Kampf, bei dem nach den Proportionen zwischen Aufwand und Resultat nur wenig gefragt wurde. Echte Möglichkeiten zur machtpolitischen Unterminierung des Regimes hatten auch die Kommunisten nicht. Daher setzte sich seit Mitte 1934 sowohl in der illegalen KPD wie auch in der Komin-

65 Dazu neuerdings Schulze, *Anpassung. Zur Problematik des Begriffs der Illegalität* vgl. *Widerstand und Verfolgung* in Wien, Bd. 1, S. 9.

66 Vgl. *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 26. Jg. (1975), H. 7, mit Aufsätzen von H. Mommsen, H. Skrzypczak, B. Engelmann, G. Beier, H. O. Hemmer u.a.; Esters/Pelger, *Gewerkschafter*.

67 Klotzbach, *Nationalsozialismus*, S. 141; zum Folgenden ebd., S. 141-145.

68 Vgl. Gamm, *Flüsterwitz*, S. 11.

69 Dröge, *Widerstand*.

70 Vgl. *Deutsche Widerstandskämpfer; Berthold, Faschistischer Terror*, S. 14f.

tern die Einsicht durch, dass die Bemühungen um eine breite Volksbewegung gegen den Faschismus völlig gescheitert waren. Ein Umorientierungsprozess kam in Gang, der im Sommer und Herbst 1935 zu dem Komintern-Beschluss führte, die bisherige Taktik der Einheitsfront von unten (sie zielte auf ein Herauslösen sozialdemokratisch orientierter Arbeiter aus ihren Organisationen) aufzugeben und ein Volksfrontbündnis aller Antifaschisten «für den Sturz der Hitlerdiktatur und zur Verhinderung des Krieges» anzustreben⁷¹. Zu einem solchen Volksfrontbündnis ist es zwar in Frankreich und in Spanien gekommen, nicht aber in Deutschland. Einer der Hauptgründe dafür war, dass hier das Misstrauen der mehr als ein Jahrzehnt lang als «Sozialfaschisten» verteuflerten Sozialdemokraten unvermindert fort dauerte. Seit Beginn der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre schwanden die Möglichkeiten eines Widerstandes zunehmend. Die aussenpolitischen Erfolge der Reichsregierung und die Verminderung der Massenerwerbslosigkeit halfen das Regime festigen und trieben zugleich die illegalen Reste der Arbeiterbewegung immer mehr in die Isolation. Der Kontakt zwischen Widerstandsgruppen und Bevölkerung riss nach und nach ab. Die Beschwichtigungstaktik des westlichen Auslandes gegenüber den Annexionen der Jahre 1938/39 und nicht zuletzt der Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 ergaben keine Perspektive für eine aussenpolitische Konstellation, die dem Widerstand im Innern hätte Auftrieb geben können. Schliesslich brach die Verhaftungspraxis von Gestapo und SS den noch verbliebenen Widerstandswillen. Festnahmen wegen des vagen Verdachts staatsfeindlicher Umtriebe mit anschließenden hohen Freiheitsstrafen waren auch nach der Zerschlagung des organisierten Widerstandes im Jahre 1934 an der Tagesordnung⁷², ja sie nahmen bis Kriegsbeginn ständig zu. So war die Tätigkeit der aus der Arbeiterbewegung entstammenden Oppositionsgruppen im September 1939 fast völlig gelähmt. Neben den bereits genannten repressiven Massnahmen trugen die Einberufungen zum Arbeitsdienst und zur Wehrmacht das Ihre dazu bei, den Zusammenhalt und die Verbindung der Widerstandskreise zu schwächen.

Um den Krieg vorbereiten und durchführen zu können, hatte der deutsche Faschismus die Arbeiterbewegung zerschlagen müssen. Das war ihm schon 1933/34 so gründlich gelungen, dass das nationalsozialistische Regime bei Kriegsbeginn kaum eine symbolische Demonstration gegen den Krieg und schon gar keinen Aufstand gegen ihn befürchten musste. Die Frage, ob ein Volksfrontbündnis den Krieg hätte verhindern können, muss hypothetisch bleiben. Freilich steht fest, dass es 1935 dazu jedenfalls zu spät war. Ein Zusammengehen aller linken Gegner des Nationalsozialismus hätte vielleicht zu

71 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 101-128; Duhnke, Die KPD, S. 150 ff.

72 Nach Angaben von Abendroth, Sozialgeschichte, S. 145, wurden bis Kriegsbeginn 225'000 Deutsche aus politischen Gründen zu insgesamt fast 600'000 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Laut Berthold, Faschistischer Terror, S. 14, wurden von den rund 300'000 Mitgliedern, die die KPD 1933 zählte, etwa 150'000 verfolgt, eingekerkert oder ins KZ verschleppt; zehntausende Funktionäre und Mitglieder der Partei wurden ermordet.

Beginn der dreissiger Jahre seinen Vormarsch aufhalten können. Unter den Mitte der dreissiger Jahre herrschenden innenpolitischen Bedingungen, die einen illegalen Kampf gegen eine offensichtlich fest im Sattel sitzende Regierung erforderlich machte, war ein Erfolg bereits praktisch aussichtslos⁷³.

Während es einen Widerstand der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus immerhin über das ganze Jahrzehnt vor Kriegsbeginn hinweg gegeben hat, regte sich ein ernsthafter Oppositionsversuch aus den Oberschichten erstmals im Jahre 1938. Im Zusammenhang mit der Sudetenkrise bildete sich kurze Zeit eine Militäropposition⁷⁴. Die Öffentlichkeit hat von ihrer Existenz seinerzeit nichts erfahren, da die an ihr beteiligten Personen ihre Pläne zum Sturz Hitlers unter strengster Geheimhaltung schmiedeten. Wichtige gedankliche Vorarbeit für jene Militäropposition des Herbstes 1938 leistete General Ludwig Beck, der Generalstabschef des Heeres. Aus Anlass der von Hitler vor den obersten militärischen Führungsgremien mehrfach entwickelten Kriegspläne⁷⁵ erarbeitete Beck im Mai 1938 seine Denkschrift «Betrachtungen zur gegenwärtigen militärpolitischen Lage»⁷⁶, in der er – sowohl aussenpolitisch als auch militärfachlich argumentierend – nachzuweisen versuchte, dass die Voraussetzungen für eine expansive Politik des Reiches, die nach Lage der Dinge zunächst in Richtung Tschechoslowakei deutete, im Jahre 1938 alles andere als günstig waren. Beck befürchtete, das weder militärisch noch rüstungswirtschaftlich genügend vorbereitete Deutsche Reich könne in einen langdauernden Krieg gegen eine militärisch, wirtschaftlich, psychologisch und politisch überlegene Gegnerkoalition verstrickt werden. Der Generalstabschef war nicht etwa ein prinzipieller Kriegsgegner⁷⁷. Er lehnte, ebenso wie übrigens auch der Chef des Stabes der Seekriegsleitung, Admiral Günther Guse, Hitlers gegen die Tschechoslowakei gerichtete Gewaltpolitik lediglich «aufgrund der aktuellen politischen und strategischen Gegebenheiten für den Augenblick ab», weil sie seines Erachtens zu einem Weltkrieg führen musste, der von Deutschland derzeit nicht zu gewinnen war⁷⁸. Die in der Tradition eines nationalstaatlichen Machtdenkens stehenden oppositionellen Militärs kamen also im Wesentlichen aufgrund einer militärpolitischen Lageanalyse zu ihrer Oppositionshaltung. Für Beck selbst, der das Hitler-Regime nicht grundsätzlich missbilligte und zudem weder bereit noch fähig war, ausserhalb der traditionellen militärischen Normen zu agieren, blieb nach dem Scheitern seiner Bemühungen, auf dem Wege über

73 Vgl. Reichardt, Widerstand der Arbeiterbewegung, S. 209 ff., der darauf hinweist, dass nach allgemeinen Schätzungen höchstens 10% der früheren Mitgliedschaft der Arbeiterparteien bereit waren, nach 1933 den Kampf fortzusetzen.

74 Zum Folgenden Müller, Heer, S. 300-377; sowie Bracher, Diktatur, S. 424-433; s. auch Beitrag Deist, S. 611 ff., und Beitrag Messerschmidt, S. 781, 784.

75 Z.B. am 5. November 1937 und Ende Januar 1938; vgl. Müller, Heer, S. 234 und 301.

76 Abgedruckt bei Foerster, Beck, S. 100-105. Zur Interpretation Müller, Heer, S. 300 ff.

77 Vgl. seinen Vortrag: Die Lehre vom totalen Krieg, in: Beck, Studien, S. 231-258.

78 Müller, Heer, S. 309ff.; abschwächend Graml, Aussenpolitische Vorstellungen, S. 22ff.; zu Guse vgl. auch Beitrag Deist, S. 556.

die militärischen Führungsgremien in seinem Sinne auf Hitler einzuwirken, nur der Rücktritt mit der Folge des Rückzugs ins Privatleben. Erst sein Nachfolger im Amt, General Franz Halder, tat dann den entscheidenden Schritt in die Verschwörung vom September 1938, die sich den Sturz Hitlers mittels eines Staatsstreiches zum Ziel setzte⁷⁹. Die Hauptmotivation der Verschwörer bestand wiederum darin, mittels der Ausschaltung des Diktators einen Krieg zu verhindern, der nach ihrer Auffassung nur mit einer Niederlage enden konnte. Der im organisatorisch-technischen Bereich von einigen hohen Militärs vorbereitete Staatsstreich sollte in dem Augenblick ausgelöst werden, in dem Hitler die Schwelle zum Krieg zu überschreiten drohte. Der durch die Appeasement-Politik Englands und Frankreichs massgeblich mitbestimmte Gang der Ereignisse, nämlich die gewaltlose Einigung über die Abtretung des Sudetengebietes im Münchener Abkommen, hat dann das Losschlagen der Verschwörer verhindert und sie in die Resignation getrieben. So ist es zu einer echten Widerstandshandlung der konservativen Opposition vor Kriegsbeginn nicht gekommen.

Die Opposition aus kirchlichen Kreisen⁸⁰ sei hier nur kurz gestreift. Sie richtete sich, ebenso wie die konservative Opposition, nicht gegen das nationalsozialistische Regime als solches, sondern im Wesentlichen auf die Wahrung der Autonomie des kirchlichen Raumes gegenüber der Gleichschaltung. Dies gilt auch für die Tätigkeit der Bekennenden Kirche. Insgesamt blieb die kirchliche Opposition partiell und interessenbezogen und führte nur in Ausnahmefällen (Alfred Delp, Dietrich Bonhoeffer) zu einem direkten politischen Widerstand. Eine gegen den Krieg gerichtete Wirkung haben die Kirchen nicht entfaltet.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Erst die vollständige militärische Niederlage des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg vermochte das Hitler-Regime zu stürzen. Weder die politischen Emigranten, die die nationalsozialistischen Beherrscher Deutschlands vom Ausland her bekämpften, noch die verschiedenen Oppositionsgruppen, die innerhalb der Grenzen des Reiches Widerstand leisteten, haben das Regime ernsthaft gefährden und die Entfesselung des Krieges verhindern können. Betrachtet man die politische Emigration und den innerdeutschen Widerstand unter rein machtpolitischen Gesichtspunkten, so steht ausser Zweifel, dass sie im Vergleich zu ihrem Gegner keine ins Gewicht fallende Grösse darstellten. Die Geschichte der Emigranten wie die der aktiven Widerständler gegen den Faschismus in Deutschland ist eine Geschichte des Leidens, der Verfolgung und des Scheiterns, nicht aber eine Geschichte des politischen Erfolgs.

Die konservative Opposition wollte einen Eroberungskrieg nicht generell verhindern, wohl aber, dass er zu einem ihrer Meinung nach ungünstigen Zeitpunkt entfesselt wurde. Die antifaschistische Opposition von links versuchte das Regime zu stürzen und damit jede Art von Krieg zu verhindern. Das Scheitern dieser grundsätzlichen Gegner des Nationalsozialismus hat viele Ursachen. Sie reichen von den fehlenden Möglichkei-

79 Zur September-Verschwörung 1938 siehe Müller, Heer, S. 345 ff.

80 Zusammenfassend Bracher, Diktatur, S. 411 ff.

ten einer freien Meinungsbildung über die Terror- und Unterdrückungsmassnahmen des Regimes gegen alle Andersdenkenden bis hin zur Taubheit der ausländischen Regierungen gegenüber den wohlbegründeten Warnungen der innerdeutschen Oppositionellen und der politischen Emigranten. Wichtiger als all dies ist jedoch der Tatbestand, dass der deutsche Faschismus eine im Deutschland der dreissiger Jahre weithin akzeptierte Wirklichkeit war. Zumal in den Jahren der aussenpolitischen Erfolge hat die grosse Mehrheit der deutschen Bevölkerung dieses Regime getragen.

4. Terror als Disziplinierungsmittel

Das Wesen des Faschismus ist die Gewalt: «An sie, die physische und geistige Verge- wal- tung, glaubt er, sie praktiziert er, sie liebt, ehrt und verherrlicht er.» Der Sinn und Zweck des nationalsozialistischen Staatssystems kann einzig dieser sein: «Das deutsche Volk unter unerbittlicher Ausschaltung, Niederhaltung, Austilgung jeder störenden Ge- genregelung für den ‚kommenden Krieg‘ in Form zu bringen, ein grenzenlos willfä- h- riges, von keinem kritischen Gedanken angekränkelt, in blinde und fanatische Unwis- senheit gebanntes Kriegsinstrument aus ihm zu machen⁸¹.» Diese treffende Beschrei- bung der Rolle der Gewalt im internationalen wie im deutschen Faschismus gab schon 1937/38 ein emigrierter und dann ausgebürgertes deutscher Schriftsteller bürgerlicher Herkunft: Thomas Mann.

In der Tat praktizierte der Nationalsozialismus in jeder Phase seiner Entwicklung Ge- walt. Folterungen und politischer Mord, Verhaftungswellen und Konzentrationslager, Strassenterror und Krieg waren nur verschiedene Formen seiner extrem gewalttätigen Machtpolitik. Dieser Praxis entsprach eine Ideologie, in der sowohl die militärische wie die terroristische Gewalt ihren festen Platz hatte.

Im Rahmen der innenpolitischen Kriegsvorbereitungen kam dem staatlich gelenkten Terror die Funktion zu, die politischen Gegner einzuschüchtern, auszuschalten und po- tentiellen Widerstand im Keime zu ersticken. Wo Propaganda und Informationslen- kung, wo die Bestechungsstrategie sozialpolitischer Zugeständnisse und die Gleich- schaltung der politischen und gesellschaftlichen Organisationen nicht ausreichten, um willfährige Gefolgschaft zu erzwingen, da traten die innenpolitischen Gewaltinstru- mente in Aktion. Wie jedes der genannten Herrschaftsmittel war auch der Terror gegen tatsächliche oder vermeintliche politische Gegner nicht Selbstzweck, sondern Bestand- teil jener Formierungsstrategie, mit deren Hilfe die deutsche Bevölkerung zu einem folg- samen und funktionstüchtigen Kriegs Werkzeug geschmiedet werden sollte. Die terroristischen Disziplinierungsmassnahmen der Jahre 1933 bis 1939 bildeten also ei- nen integralen Bestandteil der Politik der Kriegsvorbereitung.

81 Mann, Schriften zur Politik, S. 104 und 110. Zum Gewaltcharakter des Faschismus vgl. auch oben S. 32 ff.

Schon vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler konnte jedermann wissen, dass Strassenterror und politischer Mord ebenso zur nationalsozialistischen Mobilisierungstechnik gehörten wie die Propaganda; und dies trotz aller Beteuerungen, die NSDAP wolle legal an die Macht kommen. In dieser Phase verkörperte vornehmlich die paramilitärische Organisation der «Sturmabteilungen» den Gewaltcharakter der «Bewegung». Die «Sturmabteilungen» waren 1920 gegründet worden und hatten sich bereits wenige Jahre später zur aktivsten und stärksten Kampfgruppe unter den rechtsradikalen Wehrverbänden Bayerns entwickelt. Die SA war es, die fortan den Kampf der Nationalsozialisten um die Macht mit dem Einsatz physischer Gewalt oder der Drohung mit ihr unterstützte. Die SA war es auch, die der NSDAP den «Frontgeist» in seiner politisierten Form vermittelte. Bezeichnenderweise bestand das Führerkorps der «Sturmabteilungen» weitgehend aus ehemaligen Offizieren und Freikorpsleuten, und der SA-Chef Röhm selbst war der Prototyp des Landsknechtsführers⁸². Jedoch, die SA fungierte nicht nur als ein Terrorinstrument. Mit ihren disziplinierten militärischen Aufmärschen vermittelte sie auch das Bild einer künftigen Ordnungsmacht, und mit ihren Standarten weihen und Musikkapellen warb sie in jenen Teilen der Bevölkerung, die aufgrund ihrer Mentalität für militärische Schaustellungen aller Art empfänglich waren⁸³.

Unter der Vielzahl politischer Terroraktionen – allein nach der Aufhebung des zeitweiligen SA-Verbots Mitte Juni 1932 gab es bis zum 18. Juli in hauptsächlich von den Nationalsozialisten zu verantwortenden Strassenkämpfen 99 Tote und 1125 Verletzte⁸⁴ – erlangte der Fall Potempa⁸⁵ besondere Publizität. In jenem oberschlesischen Ort hatten SA-Männer einen kommunistischen Arbeiter bestialisch ermordet. Als sie daraufhin aufgrund einer am 9. August 1932 erlassenen Notverordnung gegen politischen Terror zum Tode verurteilt wurden, sprach ihnen Hitler in einem veröffentlichten Telegramm seine «unbegrenzte Treue» aus und bekannte sich damit demonstrativ zur politischen Kriminalität.

Dieser Fall gab einen Vorgeschmack auf die brutale Gewalt, mit der die angekündigte «Zerschlagung des Marxismus» in den ersten Monaten des Jahres 1933 erfolgen sollte. Bis zum Juli 1933 wurden schätzungsweise 50'000 Personen – kommunistische Funktionäre, Sozialdemokraten, Linksintellektuelle, Pazifisten – verhaftet und in improvisiert eingerichtete Konzentrationslager (KZ) eingewiesen. Der Terror der SA forderte in derselben Zeit 500 bis 600 Tote⁸⁶. Göring, der die Verhaftungs- und Terrorwelle in Preussen leitete, verkündete auf einer Massenkundgebung am 3. März: «Hier habe ich keine Gerechtigkeit zu üben, hier habe ich nur zu vernichten und auszurotten, weiter

82 Bracher, Diktatur, S. 144 und 149 f.

83 Broszat, Staat Hitlers, S. 35 f.

84 Nach Angaben des preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun, Weimar, S. 252.

85 Broszat, Staat Hitlers, S. 44.

86 Fest, Hitler, S. 552. Vgl. auch die politische Kriminalstatistik für 1933 bei Broszat, Staat Hitlers, S. 408.

nichts⁸⁷.» Hitlers Gewaltbekenntnisse standen dem nicht nach. Niemals werde er sich von der Aufgabe entfernen, gelobte er in seinen Reden zur Reichstagswahl am 5. März 1933, «den Marxismus und seine Begleiterscheinungen in Deutschland auszurotten»⁸⁸. Zugleich liess sich der neue Reichskanzler jedoch durch Goebbels als den zur Mässigung mahnenden Staatsmann darstellen, während die SA das Odium der Radikalität und Gewaltsamkeit auf sich nahm. Dieses undurchsichtige Doppelspiel wurde noch ergänzt durch juristische Massnahmen⁸⁹ wie die «Reichstagsbrandverordnung», die sowohl den planlosen Terror der SA als auch die gelenkten Gewaltaktionen von oben hinter einem Vorhang der Legalität verstecken sollten, was gegenüber der Öffentlichkeit offenbar auch weithin gelang.

Bis zum Jahre 1933 wuchs die SA auf rund 500'000 Mann an. Damit war sie, rein zahlenmässig gesehen, fünfmal so stark wie die Wehrmacht. 1934 zählte sie gar 4 Millionen Mitglieder⁹⁰. In diesem Machtzuwachs und dem daraus erwachsenden Konkurrenzverhältnis zur Wehrmacht lag ein erheblicher Konfliktstoff begründet. Etwas anderes kam hinzu: Schon in den ersten Monaten der Kanzlerschaft Hitlers hatte die SA eine terroristische Eigendynamik entwickelt, die dem Regime, je mehr es sich nach den Massenverhaftungen zu konsolidieren begann, selbst gefährlich werden konnte. War die politische Macht im Reich erst einmal erobert, hatte die SA eigentlich keine echte Aufgabe mehr. Hitler versuchte sie daher auf das Gebiet der Jugendertüchtigung abzudrängen. Aber Röhm sah in ihr die Keimzelle eines neuen Heeres. Zudem wollte er sie als eine politische Kraft erhalten sehen, die «den Staat» zu kontrollieren in der Lage war.

Um seinen totalen Führungsanspruch durchzusetzen, entschloss sich Hitler, auch diesen Konflikt mit Gewalt zu lösen. In dem Blutbad vom 30. Juni 1934 – fälschlicherweise Röhm-Putsch genannt⁹¹ – liess er die Führungsgruppe der SA kaltblütig liquidieren. Bei dieser Mordaktion, die dann propagandistisch als «Staatsnotwehr» entschuldigt wurde, um auch hier wiederum die Legalitätskulisse aufrechtzuerhalten, konnte der Reichskanzler mit der «stillen Komplizenschaft der Wehrmachtführung» rechnen⁹², die in der SA seit jeher einen gefährlichen Konkurrenten gesehen hatte. Nach der gewaltsamen Ausschaltung ihrer Führer spielte die SA als Machtfaktor keine nennenswerte Rolle mehr, sondern sank auf den Status eines Wehrsportverbandes herab. Trotz aller propagandistischen Rechtfertigungsversuche war die Ermordung der SA-Führer nichts anderes als ein staatlich sanktioniertes Verbrechen. Als solches steht es in der Kontinuität sowohl des Falles Potempa und anderer Terroraktionen der «Kampfzeit» wie der späteren Kriegs- und Ausrottungspolitik.

Mit dem Niedergang der SA begann der Aufstieg der SS. Die «Schutzstaffel», ursprüng-

87 Göring, Reden und Aufsätze, S. 27.

88 Domarus I, S. 205; vgl. auch S. 206-211.

89 Bracher, Diktatur, S. 381.

90 Höhne, Geschichte der SS, S. 89.

91 Bloch, Die SA.

92 Bracher, Diktatur, S. 261 ff. Vgl. auch Beitrag Deist, S. 489, 616.

lich zum Schutz von Parteiführern und Parteiversammlungen aufgestellt, hatte seit der Ernennung Heinrich Himmlers zum Reichsführer-SS (am 6. Januar 1929) zunehmend an Bedeutung gewonnen. Während sich die eher in der Tradition der rechtsradikalen Wehrverbände stehende SA seit 1929 zur braunen Massenarmee entwickelte, wuchs die zu diesem Zeitpunkt erst etwa 1'000 Mann starke SS unter dem Einfluss Himmlerscher Ordens- und Elitavorstellungen zu einer Art innerparteilicher Polizei heran, die den Anspruch erhob, als eigentlicher Kern der NSDAP zu gelten. Zehn Jahre später, bei Kriegsbeginn, war es der SS dann tatsächlich gelungen, zur Kerntruppe des NS-Regimes zu werden⁹³. Im August 1931 begann Reinhard Heydrich im Auftrage Himmlers unter dem Dach der SS einen eigenen Nachrichtendienst aufzubauen, den sogenannten Sicherheitsdienst (SD), der zunächst als ein geheimpolizeiliches Kontrollorgan der NSDAP fungierte und dann ab 1933 ein dichtes Netz von Spitzeln über das ganze Reichsgebiet zog. Am 27. September 1939 wurden SD und Gestapo im Reichssicherheitshauptamt (RSHA)⁹⁴ unter Heydrich zusammengefasst.

Zu einem geheimnisumwitterten und gefürchteten Herrschaftsinstrument wurde die SS erst nach ihrer Verschmelzung mit den politischen Polizeien der Länder einschliesslich der Geheimen Staatspolizei (Gestapo), die Göring als preussischer Ministerpräsident seit April 1933 aufgebaut hatte⁹⁵. In mehrjährigen Auseinandersetzungen mit seinen Konkurrenten gelang es Himmler, immer mehr polizeiliche Kompetenzen an sich zu ziehen. Dieser Prozess fand mit dem Führererlass vom 17. Juni 1936, der die gesamte Polizei des Reiches unter SS-Führung stellte, seinen Abschluss. Himmler, nunmehr «Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei», kommandierte fortan einen riesigen, zentralisierten Polizeiapparat, der bereits weitgehend der staatlichen Kontrolle, d.h. der Verwaltung des Reichsinnenministeriums, entzogen war.

Der in die Literatur eingegangene Begriff «SS-Staat»⁹⁶ will die Aufmerksamkeit auf eben diesen Punkt lenken: dass sich der innenpolitische Gewaltapparat der SS als eine führerunmittelbare Sonderorganisation ausserhalb der staatlichen Verwaltung ansiedelte, sich unter Berufung auf einen allgemeinen politischen «Gesamtauftrag» eine Vorrangstellung gegenüber der Reichsadministration sicherte und sich so als eine Art Zweitstaat neben bzw. über den alten Institutionen etablierte. Himmlers Gewaltorganisation beanspruchte zudem nicht nur, die neue politische Ordnung zu schützen, sondern darüber hinaus, sie selbst zu gestalten, ohne sich dabei an die Gesetze gebunden fühlen und eine

93 Anatomie des SS-Staates, Bd. 1, S. 311.

94 Höhne, Geschichte der SS, S. 210 ff.; Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, S. 66 ff.; Broszat, Staat Hitlers, S. 344.

95 Zur Organisationsgeschichte siehe Zipfel, Gestapo; weiterhin Delarue, Geschichte der Gestapo.

96 Zurückgehend auf Kogon, SS-Staat; wieder aufgenommen von Buchheim, Broszat, Jacobsen, Krausnick, in: Anatomie des SS-Staates, 2 Bde.; zusammenfassende Charakteristik bei Bracher, Diktatur, S. 383 ff.

richterliche Nachprüfung ihrer Handlungen befürchten zu müssen. Schon das preussische Gestapogesetz⁹⁷ vom 10. Februar 1936 hatte bestimmt, dass die Handlungen der Geheimen Staatspolizei nicht der Nachprüfung durch die Verwaltungsgerichte unterliegen.

Als «Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei» machte nun Himmler seit Mitte 1936 mit dem Anspruch ernst, alle im Machtbereich des Reiches lebenden Menschen einer totalen Kontrolle und Überwachung zu unterwerfen und die Regimegegner, ganz gleich, ob Links- oder Rechtsoppositionelle, Juden oder Angehörige der christlichen Kirchen, zu verfolgen und in Konzentrationslager einzuweisen. Bis zum Beginn des Krieges lag der Schwerpunkt der SS in diesem Bereich. Himmler war es, der aus dem improvisierten SA-Terror der Anfangsmonate die bürokratisch geplante und durchgeführte Gegnerbekämpfung des KZ-Systems machte. Gleichzeitig baute er, darin die Ambitionen der SA wieder aufnehmend, neben der Wehrmacht und in Konkurrenz zu ihr ein zweites militärisches Gewaltinstrument aus, die später so genannte Waffen-SS⁹⁸. Auch deren Verbände – ihre Stärke betrug bei Kriegsbeginn 28'000 Mann – unterstanden keiner staatlichen Behörde, wenngleich sie aus dem Etat des Reichsfinanzministeriums besoldet wurden, sondern ausschliesslich Himmler als dem Vollzugsorgan Hitlers. Bereits im Krieg gegen Polen nahmen die auf Freiwilligenbasis rekrutierten Einheiten der bewaffneten SS – «Totenkopfverbände» und «Verfügungstruppen» – im Rahmen von Heeresverbänden an den Kampfhandlungen teil.

Indem sie die Entwicklung der einzelnen Terror- und Disziplinierungsinstrumente schilderte, berücksichtigte die bisherige Darstellung hauptsächlich herrschaftsorganisatorische Gesichtspunkte. Dadurch wird unterschwellig die Vorstellung suggeriert, der «Staat Hitlers», diese seltsam doppelgesichtige Konstruktion, bestehend aus den «alten» Institutionen einerseits und dem aussergesetzlich operierenden Zweitstaat unter dem Kommando der SS andererseits, habe tatsächlich dem Bild jenes totalitären, perfekt durchorganisierten und höchst effizient arbeitenden Herrschaftssystems entsprochen, das ältere Totalitarismustheorien⁹⁹ zeichneten. Demgegenüber ist in neueren Forschungen zur Innenpolitik des «Dritten Reiches» herausgestellt worden, dass zwischen dem Totalitätsanspruch und der Wirklichkeit eine Kluft bestand. Wie die NSDAP selbst ein höchst widersprüchliches Gebilde war, ein Konglomerat von Ideologien, Unterorganisationen, rivalisierenden Führungs-Cliquen und Fraktionen, lediglich zusammengehalten durch die Führerfigur Hitler und sein Instrument, die SS, so war auch der «Staat Hitlers» kein totaler Staat im Sinne maximaler Effizienz, sondern ein zum Teil schlecht verwalteter, unübersichtlich strukturierter und mit einem Dschungel von Kompetenzen

97 Wiederabdruck in: Anatomie des SS-Staates, Bd. 1, S. 46f.

98 Vgl. ebd., S. 160-182, 308. Vgl. Beitrag Deist, S. 618ff.

99 Vgl. Arendt, Totale Herrschaft; zur Auseinandersetzung vgl. Jänicke, Totalitäre Herrschaft; Schlangen, Totalitäre Herrschaft; Greiffenhagen/Kühl/Müller, Totalitarismus.

überzogener Herrschaftsapparat, dessen Macht einerseits auf seiner furchteinflössenden Undurchschaubarkeit und der Willkür seiner Sonderorganisationen beruhte, andererseits auf einem perfekt organisierten Verwaltungs- und Unterdrückungssystem und schliesslich drittens auf den Wirkungen der Hitlerschen Herrschaftstechniken, nämlich dem Wettbewerb der Ministerien, Organisationen und anderer Herrschaftsträger untereinander.

Es war auch nicht so, dass das Regime eine gleichbleibend starke und alle Schichten der Bevölkerung gleichermaßen bedrohende Terrorpolitik betrieb. Zweifellos stand hinter jeder Kritik am NS-Staat das Konzentrationslager. Und selbst in den äusserlich gesehen stabilen Jahren verhaftete die Gestapo Tausende von Opponenten. Allein zwischen Oktober 1935 und Mai 1936 nahm die Geheime Staatspolizei 7'266 Personen «wegen Betätigung für die KPD und SPD» fest¹⁰⁰. Insgesamt sank jedoch infolge der Konsolidierung des Regimes die Zahl der KZ-Häftlinge im Winter 1936/37 auf unter 10'000. Vier der sieben Konzentrationslager wurden aufgelöst¹⁰¹. Dieser quantitative Rückgang des Terrors erklärt sich aus der Tatsache, dass nach der Ausschaltung der SA im Sommer 1934 konservative Ordnungsvorstellungen und mit ihnen die konservativen Träger des Staates wieder grösseres Gewicht gewannen und das Herrschaftssystem zumindest ebenso stark prägten wie die Einheitspartei NSDAP¹⁰². Hitler selbst hatte sich ja im Konflikt des Jahres 1934 gegen die SA und für die konservativen Träger des Regimes, insbesondere die Wehrmacht, entschieden.

Erst 1937/38 setzte im Zuge der verschärften Rüstungspolitik und Kriegsvorbereitungen eine neue Terrorwelle ein. Sie sollte verhindern helfen, dass die relative Stabilität der Vorjahre in eine politische Stagnation umschlug, an der dem Kriegskurs steuernden Regime nicht gelegen sein konnte. Jetzt wurde die Verfolgung auch auf sogenannte volkschädigende Elemente ausgedehnt. «Asoziale», z.B. Bettler, Landstreicher, Zigeuner, Psychopathen, Geistesranke und Gewohnheitstrinker, «Arbeitsscheue» – zu ihnen gehörte beispielsweise, wer «ohne stichhaltigen Grund» die Arbeit niederlegte –, Homosexuelle und Zeugen Jehovas wurden ebenso wie Gewaltverbrecher, zurückgekehrte Emigranten, Juden und nach der Strafverbüsung entlassene politische Häftlinge «vorbeugend» im KZ festgehalten, wobei man sich des nach dem Reichstagsbrand eingeführten Mittels der «Schutzhaft» bediente, das eine vorbeugende Bekämpfung aller potentiellen Regimegegner scheinbar legalisierte¹⁰³. «Die Vermischung politischer und krimineller, strafender und vorbeugender Gesichtspunkte wurde charakteristisch für die neue Phase der KZ-Politik, die ab 1937/38 wieder zu einem Anschwellen der Häftlingszahlen führte¹⁰⁴.» Tausende neuer politischer Häftlinge gab es im Zuge der Expansion von 1938 – Einverleibung Österreichs und des Sudetenlandes –, und der Pogrom vom

100 Anatomie des SS-Staates. Bd. 2. S. 46 ff.

101 Bracher, Diktatur, S. 392.

102 Broszat, Staat Hitlers, S. 272.

103 Anatomie des SS-Staates. Bd. 2. S. 13 ff. und 66 ff.

104 Bracher, Diktatur, S. 392.

9. November 1938 («Reichskristallnacht») trieb vorübergehend 35'000 Juden in die Konzentrationslager¹⁰⁵. Dabei spielte, neben anderen Motiven, auch der Bedarf an Arbeitskräften in den Produktionsstätten der SS eine wichtige Rolle.

Die neuerliche Terrorwelle gegen den «Feind im Innern» sollte die kämpferische Dynamik wieder entfachen und beleben, die als direkte Vorstufe zur Mobilisierung der Bevölkerung für den geplanten Eroberungskrieg erforderlich war. Innenpolitische Feindbildfixierungen liessen sich zudem später leicht auf die äusseren Feinde übertragen. Ein Drittes kam hinzu: Die arbeitspolitischen Massnahmen des Regimes, etwa die Dienstpflichtverordnung vom 22. Juni 1938¹⁰⁶, mit deren Hilfe der Rüstungssektor mit zusätzlichen Arbeitskräften versorgt werden sollte, stiessen zumal in der Arbeiterschaft auf erheblichen Widerstand. Die Regierung vermied es dann auch tatsächlich, dieses arbeitspolitische Lenkungsinstrument rigoros zur Geltung zu bringen¹⁰⁷. Die neuerlichen, willkürlichen Unterdrückungsmassnahmen müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden. Sie waren nicht alleine Ausdruck des totalitären Machtanspruchs des «SS-Staates», sondern zugleich Ausdruck der Unsicherheit der Herrschenden gegenüber Teilen der Bevölkerung des eigenen Landes.

Himmler gab dies indirekt selbst zu, als er in einer Rede vor den SS-Gruppenführern am 8. November 1938, unter Bezugnahme auf den während der Sudetenkrise gerade noch einmal vermiedenen Krieg, erklärte, es sei die Aufgabe der SS, durch brutalen Terror jede revolutionäre Entwicklung im Keime zu ersticken, und dann fortfuhr: «Garantieren kann ich für eines, dass solange ich die SS führe, in einem Krieg im Innern es keine Drückeberger oder einen Menschen, der auch nur in Gedanken eine Revolution macht, gibt¹⁰⁸.»

Die vielfältigen Terrormethoden der SS, der Gestapo und des SD im letzten Jahr vor der Entfesselung des Krieges gegen Polen signalisierten insofern auch die Schwäche des NS-Regimes, als der Terror immer dann zum Zuge kam, wenn sich die politische Führung ihre begrenzte Macht, die Mobilisierung für den Krieg im gewünschten Umfang und im gewünschten Tempo voranzutreiben, eingestehen musste.

5. Militarisierte «Volksgemeinschaft»

Die Idee der Volksgemeinschaft war, wie fast alle Bestandteile des Ideologiekonglomerats der Hitler-Bewegung, nichts originär Nationalsozialistisches. Der Begriff wurde von der Jugendbewegung und vom Neokonservatismus der frühen zwanziger Jahre in den politischen Sprachgebrauch eingeführt und, wie so viele andere konservative und nationalistische Schlagworte, von der NS-Propaganda aufgenommen. Als Kampfparole richtete sich das Wort «Volksgemeinschaft» in erster Linie gegen Idee und Wirklichkeit

¹⁰⁵ Anatomie des SS-Staates. Bd. 2. S. 76 ff.

¹⁰⁶ Wiederabdruck bei Mason. Arbeiterklasse, S. 669ff.

¹⁰⁷ Ebd., S. 250ff.

¹⁰⁸ Himmler, Geheimreden, S. 48.

der Klassengesellschaft beziehungsweise gegen diejenigen politischen Parteien und Verbände, die die kapitalistische Gesellschaft als Klassengesellschaft begriffen. Zugleich handelte es sich um eine Kampfparole gegen den Parteienstaat und gegen die in weitgehend autonomen Interessengruppen und Ständen organisierte Gesellschaft. In der Volksgemeinschafts-Ideologie kam die idealistische Vorstellung zum Ausdruck, die gesellschaftlichen Gegensätze und die Spannung zwischen den sozialen Klassen könnten im Bewusstsein der Zugehörigkeit zum gleichen «Volkstum» aufgehoben werden, ohne dass die soziale Schichtung selbst verändert werden müsse. Es handelte sich um den Versuch, den Marxschen Lehrsatz, demzufolge das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein der Menschen bestimmt, mittels einer ideologischen Gleichheitseuphorie umzukehren. Die nationalsozialistische Propaganda benutzte den Begriff «Volksgemeinschaft» vor allem auf dem Gebiet der Sozialpolitik, um die Zerschlagung der Gewerkschaften zu rechtfertigen und um die Loyalität der Arbeiterschaft zu gewinnen; gleichzeitig machte sie jedoch in zunehmendem Masse rassistische Vorstellungen zum Kriterium der Volksgemeinschaft.

Wie das NS-Regime in seiner innen- und gesellschaftspolitischen Ideologie an konservativ-nationalistische Traditionen anknüpfen konnte, nicht zuletzt an die aus dem Schützengrabenerlebnis im Ersten Weltkrieg entwickelte militaristische Frontsoldatenideologie¹⁰⁹, so stand auch die rassistische Auslegung der Volksgemeinschaftsidee und -politik in der Kontinuität eines weitverbreiteten, latenten Antisemitismus. An der Judenpolitik Hitlers¹¹⁰ zeigte sich in brutaler Deutlichkeit, in welchem Masse die nationalsozialistische Vorstellung von «Volksgemeinschaft» dem Freund-Feind-Prinzip verschrieben war. Wer nach willkürlich gesetzten Definitionen nicht als zur «Volksgemeinschaft» gehörig erklärt wurde, sah sich als «volksschädigendes Element» im Namen eines imaginären «gesunden Volksempfindens» politisch, wirtschaftlich, rechtlich, moralisch und menschlich diskriminiert, schutzlos dem staatlich sanktionierten Terror ausgesetzt und wurde schliesslich in der Mordmaschinerie des Regimes vernichtet. Von dieser Gewaltpolitik gegen «Volksschädlinge» waren nicht nur jüdische Bürger, sondern auch Angehörige anderer Minderheiten wie beispielsweise die Zeugen Jehovas, aber auch angebliche Asoziale und Arbeitsscheue betroffen. Nach der Ausschaltung der politischen Gegner fungierten sie als der eigentliche «innere Feind», auf den sich nach dem Sündenbock-Rezept die Aggressionen ableiten liessen. Diese Politik gegen die künstlich geschaffenen inneren Feinde inszenierte das Regime in der Kriegsvorbereitungsphase nicht primär als Konsequenz einer rassistischen Ideologie, sondern vielmehr als eines der Instrumente zur Verwirklichung seines innenpolitischen Formierungskonzepts unter dem wohlklingenden Firmenschild der «Volksgemeinschaft».

109 Vgl. dazu Kapitel 1/3 und 1/10.

110 Zusammenfassend Bracher, Diktatur, S. 394ff. und 456ff.; sowie Krausnick, Judenverfolgung, in: Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, S. 310ff. Siehe auch Kapitel III/4 und III/5.

Am 1. Mai 1933, dem ersten nationalsozialistisch umfunktionierten «Tag der Arbeit», hielt Goebbels vor Jugendlichen eine jener «Volksgemeinschaftsreden», die dann in den kommenden Jahren zum festen Bestandteil aller Propaganda Veranstaltungen werden sollten. Die von Hitlers Chef Propagandisten entwickelte gesellschaftspolitische Vision brachte in charakteristischer Weise den überschwenglichen weltanschaulichen Idealismus zum Ausdruck, mit dem die Volksgemeinschaftsideologie öffentlich dargeboten wurde:

«Am heutigen Tage bekennt sich das ganze Volk in all seinen Schichten, Ständen und Berufen zur Arbeit und ihrem Segen. Wo sonst die Maschinengewehre knatterten und die Hassgesänge des Klassenkampfes und der Internationale ertönten, da findet sich am 1. Mai des ersten Regierungsjahres Hitlers das deutsche Volk zusammen in einem einmütigen und geschlossenen Bekenntnis zum Staat, zum Volk und zur gemeinsamen deutschen Nation. Alle Unterschiede sind verwischt. Die Barrieren des Klassenhasses und des Standesdünkels, die bislang über ein halbes Jahrhundert lang Volk von Volk trennten, sind niedergedrückt worden, und nun reichen sich die Deutschen aller Stämme, aller Stände, Berufe und Konfessionen über die Schranken, die sie trennten, die Hände und legen das Gelöbnis ab, gemeinsam zu leben, zu arbeiten und zu kämpfen für das Vaterland, das uns alle verbindet... Der Klassenkampf ist zu Ende. Über den Trümmern des zusammengebrochenen, liberalkapitalistischen Staates erhebt sich der Gedanke der Volksgemeinschaft... So marschiert das deutsche Volk in die Zukunft hinein¹¹¹.»

Das NS-Regime wollte Gegensätze harmonisieren, den Klassenantagonismus überwinden, dachte dabei aber nicht an eine einschneidende Veränderung der gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse, sondern an eine ideelle Konfliktharmonisierung durch die Propagierung eines gemeinsamen politischen Glaubens. Welches weitergehende Ziel damit verfolgt wurde, deuteten bereits die Goebbelsschen Formulierungen an, dass man nun geschlossen in die neue Zeit hineinmarschiere. Die «geschlossene Volksgemeinschaft»¹¹² sollte befähigt werden, in einem künftigen Krieg erfolgreich zu bestehen, und zwar anders als im Weltkrieg 1914-1918, als erst die «innere Front» und dann auch der politische Burgfrieden zerbrachen.

Wegen dieser auf den Krieg hin orientierten Zielsetzung verwendete die NS-Propaganda die Begriffe «Volksgemeinschaft» und «Wehrgemeinschaft» als weitgehend austauschbare Vokabeln¹¹³ und gab damit die Politik der «Wiederwehrhaftmachung des ganzen deutschen Volkes» durchaus richtig wieder. Aus der – selbstverständlich in dieser Klarheit nicht öffentlich ausgesprochenen – Sicht des Regimes war das Ideal der «Wehrgemeinschaft» die durchorganisierte und militarisierte Gesellschaft, die sich als

111 Goebbels, Zur Feier der deutschen Jugend am 1. Mai 1933, in: Goebbels spricht, S. 99ff.; eine nahezu identische Terminologie benutzte Hitler in seinem «Appell an das schaffende Volk», in: Völkischer Beobachter, 2. Mai 1933, S. 1f.

112 Dieses Schlagwort war u.a. das tragende Propagandamotiv des NSDAP-Parteitag von 1937. Vgl. Parteitag der Arbeit, S. 92, 278 u. ö.

113 Vgl. Volksgemeinschaft-Wehrgemeinschaft (1936).

kriegsverwendungsfähiges Werkzeug in der Hand des «Führers» gebrauchen liess. Ein SA-Führer formulierte dies im Jahre 1939 folgendermassen: «Alle deutschen Menschen, ganz gleich, wo sie stehen oder ob sie gerade den feldgrauen Rock tragen oder nicht, sind Soldaten... Jeder hat der Gemeinschaft zu dienen und sich in sie einzuordnen, da er von ihr abhängig ist und ohne sie nicht existieren kann. Im Kriegsfall aber steht das ganze Volk, angefangen vom Kind... bis zum ältesten Greise einschliesslich der Frauen im Abwehrkampf¹¹⁴.»

Mit der Schaffung einer «Wehrgemeinschaft» betrieb die NS-Regierung eine Politik, die die Erfüllung dessen war, was Wehrmacht und «nationale Opposition» während der gesamten Weimarer Zeit vergeblich gefordert hatten¹¹⁵. Die Regierung konnte daher der freudigen Zustimmung dieser Kreise sicher sein. In der Tat lag hier einer der wesentlichen Ansatzpunkte für jene loyale Zusammenarbeit der alten konservativen Eliten mit der NS-Führungsgruppe, ohne die die relativ hohe innere Stabilität des Dritten Reiches nicht hätte erreicht werden können. Der alte Beamtenapparat brauchte daher aufs Ganze gesehen nicht wirklich verändert zu werden¹¹⁶. Von den Säuberungsmassnahmen waren nur etwa 1 bis 2 Prozent der rund 1,5 Millionen Beamten betroffen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der praktischen «Volksgemeinschafts»-Politik war die Erfassung und Verplanung aller Arbeitskräfte für den geplanten Krieg. «Menschenverteilung» nannte man das im zeitgenössischen Jargon. Der Beauftragte für den Vierjahresplan, Göring, liess sich anlässlich einer Sitzung des Reichsverteidigungsrates am 18. November 1938 über die Arbeitspolitik der «Menschenverteilung» folgendermassen aus:

«Jeder deutsche Mensch, Mann und Frau zwischen 14 und 65 Jahren, muss eigentlich eine Mobilmachungsorder in der Tasche haben, muss wissen, wohin er soll. Wir können in einem zukünftigen Krieg weder auf die Vierzehnjährigen noch auf die Sechzigjährigen verzichten, irgendetwas kann jedem zu tun gegeben werden. Es muss uns gelingen, alle zu erfassen und sie alle genau einzuteilen, zu wissen: der kommt zum Militär, dafür der in die Fabrik, der bleibt in der Fabrik, der rückt ab und übergibt das seiner Frau ... Wichtig ist die richtige Lenkung der Jugend von Anfang an, die Umschichtung von nicht nötigem Können auf notwendiges Können, Ausnutzung jeder menschlichen Kraftquelle in jeder Form, schärfste Durchsiebung und Prüfung, wo Menschen notwendig und wo sie nicht nötig sind, und schliesslich auch die Bestimmung, wo die Menschen bei der letzten Auseinandersetzung hingehören, dabei möglichste Überwindung aller bürokratischen und stumpfsinnigen Einschränkungen¹¹⁷.»

114 SA-Hauptsturmführer Simon, in: Der SA-Führer, 4. Jg. 1939, S. 19 f.; zit. nach Sywottek, Mobilmachung, S. 85.

115 Vgl. Kapitel I/3 und II/4.

116 Mommsen, Beamtentum, S. 13 f., 21, Zahlenangaben S. 54ff.

117 Dokument in: Mason, Arbeiterklasse, S. 909-933, hier: S. 928f.

In der Phase der forcierten Aufrüstung und Kriegsvorbereitung (1936-1939) lag der Schwerpunkt der von Volksgemeinschafts-Phrasen begleiteten Arbeitspolitik des Regimes auf diesem Gebiet der Mobilisierung aller zivilen und militärischen Kraftreserven der deutschen Bevölkerung.

Wollte man den bei Kriegsbeginn Bilanz ziehenden Ideologen und Propagandisten des nationalsozialistischen Regimes glauben, so war es der entscheidende Erfolg der innenpolitischen «Aufbauarbeit» in den Jahren 1933-1939, die anvisierte Gemeinschaft des ganzen deutschen Volkes tatsächlich geschaffen und die Klassenauseinandersetzungen endgültig überwunden zu haben. Göring beispielsweise behauptete wenige Tage nach dem Beginn des Krieges gegen Polen¹¹⁸, und zwar in einer sehr bezeichnenden Anspielung auf den Burgfrieden vom August 1914, dass jetzt die geschlossene deutsche Volksgemeinschaft im Kampf stehe. Das deutsche Volk sei nunmehr eine «verschworene Gemeinschaft», bestehend aus «den Soldaten an der Waffe und den Soldaten an der Maschine». Wenn er rückblickend überschaue, was in den Jahren seit der Machtergreifung Grosses und Wunderbares geschehen sei, so erscheine ihm doch «eines als das *Grösste* und *Gewaltigste*, was erreicht worden ist, und das Unsterblichste aller grossen Verdienste unseres Führers: *das ist die Schaffung der Volksgemeinschaft*».

Entsprach diese Behauptung der Wirklichkeit? War sie reine Propaganda? Was hatte das Regime neben der «Menschenverteilung» im gesellschaftspolitischen Bereich tatsächlich getan? Wie sah die Realität der deutschen «Volksgemeinschaft» aus?

Nach der Ausschaltung der Parteien, der freien Gewerkschaften, der Länderregierungen, der Liquidierung der parteiinternen Opposition und der Gleichschaltung aller gesellschaftlichen Interessenverbände¹¹⁹ ging das Regime daran, die deutsche Bevölkerung mittels eines vielgliedrigen Systems von Zwangsorganisationen zu «erfassen» und zu erziehen. Der Eroberung der Staatsgewalt sollte die Unterwerfung der Gesellschaft folgen mit dem Ziel, jeden einzelnen Menschen dem Regime verfügbar zu machen.

In ihrer horizontalen und vertikalen Gliederung bot die NSDAP¹²⁰ mannigfache Ansatzpunkte zur Durchsetzung dieses gesellschaftspolitischen Machtanspruches¹²¹. Auf Reichsebene verfügte sie über bestimmte Hauptämter für Sachbereiche wie Organisation, Finanzen, Propaganda, Presse, Aussenpolitik, Kolonialpolitik usw., denen auf Gau- und Kreisebene ähnlich organisierte Gau- und Kreisämter entsprachen. Auf der vertikalen Ebene gab es Hoheitsgebiete und Hoheitsträger vom Führer über den Gauleiter¹²², Kreisleiter, Ortsgruppenleiter und Zellenleiter bis hin zum Blockwart¹²³. Um die

118 Rede Görings in den Rheinmetall-Borsig-Werken, Berlin, am 9. September 1939, Dokument abgedruckt in: Mason, Arbeiterklasse, S. 1044-1047, hier: S. 1046f.

119 Beschrieben in Kapitel II/2 und III/1.

120 Schaubild in: Zentner, Illustrierte Geschichte, S. 242; ausführlich Horn, Führerideologie, allerdings nur für die Zeit vor 1933.

121 Zur Transmissionstheorie siehe Bracher, Diktatur, S. 237f.

122 Vgl. Hüttenberger, Gauleiter; Diehl-Thiele, Partei und Staat, S. 37ff.

se Parteistellen herum gruppieren sich die sogenannten Gliederungen der NSDAP, nämlich die Sturmabteilungen (SA), die Schutzstaffel (SS), das NS-Kraftfahr-Korps (NSKK), die Hitler-Jugend (HJ), der NS-Deutscher Studentenbund (NSDStB), der NS-Deutscher Dozentenbund, die NS-Frauenschaft und das NS-Fliegerkorps (NSFK). Einen weiteren Kreis bildeten die sogenannten angeschlossenen Verbände, zu denen die Deutsche Arbeitsfront (DAF), die NS-Volkswohlfahrt (NSV), die NS-Kriegsopferversorgung, der NS-Ärztbund, der NS-Lehrerbund, der NS-Rechtswahrbund, der NS-Bund Deutscher Techniker¹²⁴ und der Reichsbund der Deutschen Beamten zählten. Zudem gab es zahlreiche Sonderorganisationen¹²⁵, die von der NSDAP direkt kontrolliert wurden, etwa die für das Strassenwesen und die Bauwirtschaft zuständige «Organisation Todt», den Reichsarbeitsdienst (RAD), den Reichskolonialbund, den Reichsluftschutzbund, den Volksbund für das Deutschtum im Ausland und andere. Sowohl die der NSDAP angeschlossenen Verbände als auch die berufsspezifischen NSDAP-Gliederungen stellten jeweils Monoporganisations dar, was eine verbissene Konkurrenz um den politischen Stellenwert im Regime nicht ausschloss. Sie waren, wie die NS-Staatspartei selbst, nach dem Führerprinzip aufgebaut. Zwangsmitgliedschaft galt als der Regelfall. Der NS-Lehrerbund beispielsweise hatte 1937 rund 320'000 Mitglieder und kontrollierte damit 97 Prozent der Lehrer aller Schularten¹²⁶. In der Deutschen Arbeitsfront wurde Mitte 1936 die Zwangsmitgliedschaft für alle Arbeitnehmer und Unternehmer eingeführt. Bei Kriegsbeginn im September 1939 hatte die DAF rund 22 Millionen Mitglieder¹²⁷. Sie stellte damit eine Zwangsorganisation für fast die Hälfte der deutschen Bevölkerung dar. Seit dem Sommer 1935 war der Arbeitsdienst¹²⁸ für jeden jüngeren Deutschen Pflicht. Und Ende 1936 kam die obligatorische Mitgliedschaft in der Hitler-Jugend hinzu.

«Volksgemeinschaft» bedeutete in der politischen Praxis des NS-Regimes also in erster Linie «Durchorganisation» der gesamten Gesellschaft, um einerseits die Regimetreue der Anhänger und Mitläufer zu festigen und ihnen ein Betätigungsfeld zu eröffnen, andererseits jedoch, im Hinblick auf die Abseitsstehenden und die Gegner, zum Zwecke der Überwachung, Bespitzelung und Kontrolle bis in den Freizeitbereich hinein. Jedes einzelne Familienmitglied war auf irgendeine Weise organisiert, wodurch es dem Regime möglich wurde, in nahezu jeden Haushalt hineinzuhorchen. Inwieweit die blosse Mitgliedschaft in den NS-Massenorganisationen allerdings eine für den NS-Staat posi-

123 Wie die NSDAP-Ortsgruppen-, Zellen- und Blockleiter die Bevölkerung politisch «betreuten», beschreibt Diehl-Thiele, Partei und Staat, S. 161 ff.

124 Vgl. Ludwig, Technik.

125 Vgl. Broszat, Staat Hitlers, 8. Kapitel, S. 326-362.

126 Zentner, Illustrierte Geschichte, S. 377.

127 Siehe Schumann, Nationalsozialismus.

128 Zum Reichsarbeitsdienst vgl. die Selbstdarstellung des ehemaligen «Reichsarbeitsführers» K. Hierl, Dienst.

tive Gesinnungsänderung bei den betroffenen Menschen herbeizuführen vermochte, ist im Einzelnen nicht auszumachen. Jedenfalls darf der extrem hohe Organisationsgrad nicht mit Regimehörigkeit gleichgesetzt werden.

Ein weiteres Mittel, das der NS-Staat einsetzte, um in der Bevölkerung die Vorstellung zu erwecken, dass man nunmehr in einer «Volksgemeinschaft» lebe, war die Propagierung und symbolhafte Versinnbildlichung von Gleichheit. Dabei war durchaus unwichtig, dass sich an den gesellschaftlichen Unterschieden tatsächlich nichts oder doch fast nichts geändert hatte. Es sollte ja nicht wirtschaftliche Gleichheit herrschen, sondern eine Gleichheit der Geisteshaltung, eine Gleichheit der Überzeugung, dass es wichtig sei, derselben Volksgemeinschaft und Rasse anzugehören. Es kam gar nicht auf die realsoziologische Wirklichkeit an, sondern auf die Gleichheit in der «Deutschheit» und im «Rassestolz».

Die propagandistische Regie scheute keinen Aufwand, wenn es darum ging, diese ideale Gleichheit öffentlich zu demonstrieren. Die alljährlichen nationalsozialistischen Maiumzüge zum «Tag der nationalen Arbeit» beispielsweise boten das Bild, dass Arbeiter und Unternehmer – äusserlich kaum voneinander zu unterscheiden – anscheinend gleichberechtigt nebeneinander gingen. Anlässlich der Winterhilfswerk-Sammlungen ass jedermann öffentlich die gleiche Erbsensuppe. Und eine ähnliche Symbolik lag darin, dass ein Prinz zu Schaumburg-Lippe als Goebbels' Adjutant fungierte und ein Prinz von Hessen Görings Sekretär war.

Demselben Mechanismus folgte die Praxis des Regimes, mittels der Verteilung von Ämtern, Orden, Auszeichnungen, Uniformen und Abzeichen eine rituelle Umverteilung von sozialem Status vorzunehmen. Wer sich nicht nur anpasste, sondern öffentlich den normgerechten Glauben demonstrierte, konnte zum Funktionär in den verschiedenen NSDAP-Gliederungen und angeschlossenen Verbänden aufsteigen und sich damit in die Elite der «Hoheitsträger» einreihen. Auf diese Weise entstand buchstäblich ein Millionen-Heer von Amtsträgern, ohne dass diese Würde in jedem Falle mit realen Einflussmöglichkeiten verbunden sein musste. Dieses ausgeklügelte Belohnungssystem machte sich sowohl eine allgemeine menschliche Schwäche für äusserliche Anerkennung zunutze als auch das in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung nach wie vor präsenste obrigkeitsstaatliche Denken. Die volksgemeinschaftliche Symbolik sollte das Selbstwertgefühl der Menschen erhöhen und sie gleichzeitig an jene politischen Führer binden, die diese scheinbare Statusverbesserung ermöglicht hatten.

Insbesondere die Jugendlichen lernten die Realität der «Volksgemeinschaft» als ein weitverzweigtes Erziehungssystem kennen, in das sie zwangsweise hineingezogen wurden und dessen Druck sie hilflos ausgeliefert waren. Hitler selbst hatte bereits auf dem NSDAP-Parteitag von 1935 geschildert, wie er sich die einzelnen Stationen dieses Systems vorstellte: «Der Knabe, er wird eintreten in das Jungvolk, und der Pimpf, er wird kommen zur Hitlerjugend, und der Junge der Hitlerjugend, er wird dann einrücken in die SA, in die SS und in die anderen Verbände, und die SA-Männer und die SS-Männer werden eines Tages einrücken zum Arbeitsdienst und von dort zur Armee; und der Sol-

dat des Volkes wird zurückkehren wieder in die Organisation der Bewegung, der Partei, in SA und SS, und niemals mehr wird unser Volk dann verkommen, wie es leider einst verkommen war¹²⁹.»

Wirklichkeit wurde diese Vorstellung spätestens mit dem Gesetz vom 1. Dezember 1936¹³⁰, das die HJ zur Staatsjugend erklärte¹³¹. Fortan hatten alle Jugendlichen, die ja bereits in der Schule mit den nationalsozialistischen Erziehungsidealen aufgewachsen waren¹³², vom 10. bis zum 18. Lebensjahr in der HJ Dienst zu tun. Die 10- bis 14jährigen wurden im «Deutschen Jungvolk» (DJ) erfasst, die 14- bis 18jährigen in der HJ, die 10- bis 14jährigen Mädchen im «Jungmädelsbund» (JM) und die 14- bis 18jährigen im «Bund Deutscher Mädel» (BDM). Das BDM-Werk «Glaube und Schönheit» erfasste die 18 bis 21 Jahre alten Mädchen. Zudem gab es – als erstes Glied der «nationalsozialistischen Gemeinschaft» – innerhalb der NS-Frauenschaft und im Deutschen Frauenwerk sogenannte Kindergruppen, in denen alle Jungen und Mädchen im Alter von 6 bis 10 Jahren «betreut» werden sollten.

Jede dieser Organisationen war gehalten, altersgerechte und auf den ersten Blick unpolitische Angebote für die Jugendlichen zu machen. Und tatsächlich ist es dem Regime in beträchtlichem Umfang gelungen, auf dem Wege über Fahnen, Lieder, Zeltlager, Feuerromantik, Uniformen und pathetische Worte einen Grossteil der Jugendlichen an sich zu binden. Mit den eher unpolitischen Angeboten waren die gezielte Indoktrination und die praktische «Wehrertüchtigung» verknüpft. In der HJ erlernten bereits 11-jährige das Schiessen mit dem Kleinkalibergewehr; der Erwerb des Scharfschützenabzeichens wurde allen Jugendlichen als erstrebenswertes Ziel vor Augen gestellt; aus dem Spiel wurde das Kriegsspiel; in der Erziehung¹³³ dominierten das Ideal körperlicher Tüchtigkeit und kämpferischer Gesinnung, gekoppelt mit einer Abwertung von Vernunft und Verstand mit dem Ziel der Zerstörung der kritischen Denkfähigkeit, sowie das Schüren von Hassgefühlen gegen wechselnde innere und äussere Feinde und das Einüben von blindem Gehorsam einerseits und von Führervergötzung andererseits. Nach den amtlichen Richtlinien für Deutschlehrer an Oberschulen lautete das Ziel des Deutschunterrichts, die Jugend so zu festigen, «dass sie ihres Deutschtums bewusst, dass sie selbstsicher, wehrhaft und tatbereit wird»¹³⁴. Wenn Hitler predigte, die deutschen Jugendli-

129 Domarus I, S. 534.

130 Siehe Gesetze des NS-Staates, S. 81 ff.

131 Vgl. die Selbstdarstellung des «Reichsjugendführers» B. v. Schirach, Hitler-Jugend; Klose, Gleichschritt; Brandenburg, Geschichte der HJ; Koch, Hitlerjugend; Klönne, Jugend im Dritten Reich; Boberach, Jugend unter Hitler; Betrogene Generation; Wortmann, Baldur von Schirach.

132 Vgl. Eilers, Schulpolitik; Erziehung und Schulung im Dritten Reich; Scholtz, Erziehung und Unterricht.

133 Vgl. Stellrecht, Soldatentum (1935); ders., Wehrerziehung (1937); Kriek, Nationalpolitische Erziehung (1933); Schirach, Revolution (1938); Bracher, Diktatur, S. 284-298.

134 Zit. nach Zentner, Illustrierte Geschichte, S. 348.

chen der Zukunft sollten «schlank und rank sein, flink wie Windhunde, zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl», so hiess dies nichts anderes als: kriegsverwendungsfähig. Der in den dreissiger Jahren aufgewachsene Jugendliche, der Schule, Jungvolk, Hitlerjugend, SA, Arbeitsdienst und Wehrmacht durchlaufen hatte, war also nicht nur einer kontinuierlichen ideologischen Indoktrination ausgesetzt, sondern zugleich einer permanenten «Wehrerziehung» unterworfen.

Einerseits nahm das Regime die alten Erziehungseinrichtungen in seinen Dienst, andererseits schuf es sich eigene Schulungs- und Kaderstätten, um eine besonders regimetreue künftige Führergeneration für Staat und Partei heranbilden zu können¹³⁵, die dann den mangels NSDAP-eigenen Fachpersonals nur ansatzweise bewerkstelligten Wandel der Elitenstruktur vollenden sollte. Zu diesem Zwecke wurden bereits 1933 die ersten «Ordensburgen» und «Nationalpolitischen Erziehungsanstalten» (Napola) gegründet, 1937 zudem die Adolf-Hitler-Schulen.

Zur Wirklichkeit der nationalsozialistischen «Volksgemeinschaft» gehörte neben der Zwangsorganisation und der Zwangserziehung die Rechtsunsicherheit, und zwar nicht so sehr auf zivilrechtlichem Gebiet, sondern vielmehr hinsichtlich allem, was auch nur entfernt als «politisch» gelten konnte. Jede oppositionelle Regung stand unter dem Verdacht des Landesverrats¹³⁶. Der durch rechtliche Instanzen nicht kontrollierte und an keinerlei Verfahrensgrundsätze gebundene Terror von SS und Gestapo¹³⁷ erzeugte bei den Nichtangepassten ein Klima der Angst. Die Praxis des Regimes, statt mittels Gesetzen immer mehr durch Ad-hoc-Verordnungen zu regieren, durch improvisierte «Massnahmen»¹³⁸, schuf einen Zustand von Furcht und Ungewissheit, in dem niemand recht wusste, was noch erlaubt oder schon verboten war. Hinzu kam der für den kleinen Mann undurchschaubare Dschungel parteilicher, halbstaatlicher und staatlicher Instanzen, der den Amtsträgern eine nicht kontrollierbare Anmassung von Amtsbefugnissen sowie ein nahezu beliebiges Hin- und Herschieben von Verantwortlichkeiten ermöglichte¹³⁹. All dies zusammengenommen hatte zur Folge, dass sich der einfache Bürger, gerade wenn er sich noch eine innere Distanz zum NS-Regime bewahrt hatte, letztlich als ein entrechtetes, vielfach bedrohtes und jeglichen Einflusses beraubtes Individuum fühlen musste.

Eine solchermassen atomisierte und zugleich zwangsorganisierte Masse war zur eigenen Willensbildung nicht fähig, schon gar nicht zu geplanter politischer Opposition. Aus der Sicht des Regimes bedeutete gerade die Verweigerung der Artikulationsmöglichkeit den entscheidenden Schritt zur Schaffung jener «willenlosen Masse», die dann zu gegebener Zeit fast beliebig gelenkt werden konnte, wenn dabei bestimmte taktische

135 Vgl. Ueberhorst, *Elite*; Bracher, *Diktatur*, S. 287-290.

136 Zu «Recht und Justiz» siehe Broszat, *Staat Hitlers*, S. 404ff.; Bracher, *Diktatur*, S. 263ff.; sowie Johe, *Justiz*.

137 Vgl. hierzu Kapitel III/4.

138 Fraenkel, *The Dual State*, spricht von einem «Dualismus von Massnahmen- und Normen-Staat»; siehe auch Diehl-Thiele, *Partei und Staat*, S. 8 ff.

139 Vgl. zusammenfassend Broszat, *Staat Hitlers*, S. 425ff.

Legitimationsregeln beachtet wurden und ein bestimmter materieller Lebensstandard gewahrt blieb. Hinsichtlich der materiellen Seite der «Volksgemeinschafts»-Politik taktierte die Hitler-Regierung nicht ungeschickt, indem sie auf eine relativ gleichmässige Verteilung der Vergünstigungen und Belastungen auf alle Klassen des Volkes achtete.

«Es ging keiner Gesellschaftsgruppe gut im Dritten Reich, aber es ging auch keiner schlecht, oder so schlecht, dass ihre Unzufriedenheit nicht durch die Befriedigung einer anderen Gruppe ausgeglichen worden wäre. Die Niederlage der Arbeiterschaft war der Triumph der Geschäftsleute, die Enttäuschungen der Landwirtschaft entlasteten die Arbeiter, das Missgeschick der kleinen Kaufleute kam den Verbrauchern zugute, die missliche Lage der Verbraucher entschädigte die Landwirtschaft¹⁴⁰.» Zudem gab es verbesserte Aufstiegschancen, eine grössere Mobilität und Durchlässigkeit und damit zumindest eine Lockerung der alten Klassenschranken¹⁴¹. Da alle Sozialschichten, wenn auch in abgestufter Intensität, reglementiert wurden, entstand möglicherweise tatsächlich eine psychologische Egalisierung, die gerade von den unteren Sozialklassen positiv als Verringerung des Abstandes zu den bisher höheren Klassen empfunden wurde¹⁴². Gleichwohl bleibt es eine Tatsache, dass das NS-Regime den privatkapitalistischen Charakter der deutschen Wirtschaft unangetastet liess und einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Strukturwandel weder wollte noch etwa gegen seinen Willen zulassen musste.

Sowenig die nationalsozialistische «Betriebsgemeinschaft» mit dem Unternehmer als dem «Betriebsführer» und den Arbeitern als der «Gefolgschaft» an der soziologischen Wirklichkeit etwas änderte, so wenig entsprach auch die Volksgemeinschaft im Grossen jenem harmonischen Bild, das die NS-Propagandisten von ihr entwarfen. Von einer Aufhebung der sozialen Gegensätze in der «Volksgemeinschaft» könnte keine Rede sein. Sie blieb, was sie von vornherein war, nämlich ein ideologisches und propagandistisches Integrationsinstrument im Dienste der Kriegsvorbereitung. Gerade aus der Kluft von Anspruch und Wirklichkeit erklärt sich das unablässige Bemühen der NS-Propaganda, jedermann mahnend, ja drohend einzuhämmern, in der nationalen Volksgemeinschaft seien die ehemals divergierenden Klassengegensätze aufgehoben.

Die Politik des Hitler-Regimes bestand darin, die autoritäre¹⁴³ Herrschaftsform des Führerstaates auf dem Wege der «Durchorganisation» der Gesellschaft in das Alltagsleben zu übertragen. Die Volksgemeinschaftspropaganda und die ihr zugeordnete Erziehungsstrategie sollten diese politische und gesellschaftliche Herrschaftsausübung der Bevölkerung, die ja weder soziologisch noch politisch eine homogene Gruppe darstellte, schmackhaft machen und sie für ihre faktische Entmündigung entschädigen. Es

140 Schoenbaum, *Revolution*, S. 345.

141 Vgl. ebd., S. 91 ff.

142 Broszat, *Staat Hitlers*, S. 207.

143 Zu den Begriffen «autoritär» und «totalitär» vgl. Greiffenhagen/Kühn/Müller, *Totalitarismus*, insbes. S. 50ff. sowie Bracher, *Kontroversen*.

Es ist exakt wohl nie zu klären, in welchem Masse es der Diktatur tatsächlich gelang, hierdurch die klassen- und schichtenspezifische Solidarität aufzuheben und eine emotionale Identifizierung mit dem Ganzen zu bewirken, und in welchem Masse es blosse soziale Demagogie war, dies zu behaupten. Ohne Zweifel haben jedoch die Rechtsunsicherheit, die Angst vor Denunziation und Repressalien, die mit dem System der Zwangsorganisationen eng verbunden war, massgeblich zu jenem resignierenden Verhalten der deutschen Bevölkerung beigetragen, das zu Beginn des Krieges zu beobachten war. Jener einfache Durchschnittsbürger, der die gewaltlos errungenen Erfolge der Regierung in der Aussenpolitik zwischen 1933 und 1938 zwar begrüsst, dabei aber seine innerliche Distanz zum NS-Regime zumindest nicht völlig abgelegt hatte und der zumal keinen Krieg wollte, sah sich in vielfältige Zwänge eingebunden, dadurch eingeschüchtert und unfähig zu einer normwidrigen Aktion.

Zweiter Teil

Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges

von Hans-Erich Volkmann

1. Von der Weltwirtschaft zur Grossraumwirtschaft

1. Die Weltwirtschaftskrise in Deutschland als Krise des liberalen Wirtschaftssystems

Nach dem Vertrag von Versailles, der das politische Verhalten weiter Kreise der deutschen Gesellschaft der Weimarer Zeit in unverkennbarer Weise geprägt hat, ist die Weltwirtschaftskrise wohl das am tiefsten und nachhaltigsten in das öffentliche Bewusstsein gedrungene Ereignis der Weimarer Zeit. Ihren Ausgang nahm sie in den USA, wo sich nach einer längeren Phase der Prosperität, verbunden mit einem irrational begründeten Optimismus in das Anhalten der Hochkonjunktur, 1929 erste Depressionerscheinungen aufgrund einer sich öffnenden Schere zwischen Produktion und Nachfrage einstellten und zu einer sich steigernden Unsicherheit im ökonomischen Bereich führten. Die bis dahin nahezu ungezügelte Spekulationslust wich im Oktober des Jahres einer erschrockenen Ernüchterung an der New Yorker Börse und führte zu deren Zusammenbruch. Die Folgen waren Produktionsrückgang, Preisstürze und Massenarbeitslosigkeit, die, bedingt durch die internationalen Handels- und Kapitalverflechtungen, nicht auf die Vereinigten Staaten begrenzt blieben.

Wenn sie auch Deutschland mit aller Härte trafen, dann im Vergleich zu anderen Industriestaaten sicher im Ganzen nicht schwerer, aber im Einzelnen und graduell unterschiedlich. Österreich erlebte z.B. einen tieferen Niedergang seiner Wirtschaft, in England währte die Krise länger, und in den USA gab es relativ mehr Arbeitslose, vor allem mehr unversorgte.

Die Andersartigkeit der Wirtschaftskrise in Deutschland lag weniger in ihrer rein ökonomischen als vielmehr in ihrer politischen Auswirkung und Dimension begründet. Hier bedeutete sie nämlich die Nagelprobe auf die Demokratie, weil vor allem die von der Wirtschaftskrise besonders betroffenen Mittelschichten den Glauben an die Lösung der ökonomischen Probleme allein mit wirtschaftlichen Mitteln verloren und der Agitation des Nationalsozialismus verfielen. «Tatsächlich traf für Deutschland die Krise der kapitalistischen Wirtschaft mit einer Vertrauenskrise des demokratischen Staatsgedankens und der parlamentarischen Regierungsform zusammen, und das ergab ihr Gewicht¹.» Es ist ein nicht zu übersehendes Phänomen, dass sich der Aufstieg der NSDAP von einer rechtsradikalen Splittergruppe zu einer regierungsfähigen Partei umgekehrt proportional zum Niedergang der Wirtschaft in der Weimarer Republik vollzog. Wenn man aus

¹ Dederke, Reich, S. 199. Zur Weltwirtschaftskrise vgl. Kindleberger, Weltwirtschaftskrise; Kuczynski, Ende der Weltwirtschaftskrise; Staats- und Wirtschaftskrise.

dieser unbestrittenen Tatsache auch nicht auf eine ausschliesslich ökonomische Ursächlichkeit des Nationalsozialismus schliessen darf, so lagen doch in den wirtschaftlichen Verhältnissen Ende 1929 bis 1932/Anfang 1933 wesentliche Bedingungen der Möglichkeit des NS-Regimes mitbegründet.

Neben dem Mittelstand war es auch das agrarische und industrielle Grossunternehmertum, das sich seit 1930, zunächst noch zögernd, aber in Permanenz, dem demokratischen Staat entfremdete, den es ohnehin nie geliebt hatte, unter dem es aber zumindest in der Zeit der wirtschaftlichen Stabilität seit 1925 seine Interessen politischer wie wirtschaftlicher Natur wahrzunehmen wusste. Hatte man den demokratischen Staat bislang weitgehend mit dem liberalen, weltmarktorientierten Freihandelsprinzip identifiziert, so verlor dieser Staat in dem Masse an Ansehen und Glaubwürdigkeit, wie der Weltmarkt zerfiel. Und die Weltwirtschaftskrise bewirkte eine Schrumpfung des Weltmarktes auf praktisch allen Gebieten. Je länger die Depression anhielt, umso mehr setzte sich in Kreisen der Wirtschaft die Überzeugung durch, dass es sich hier nicht um eine vorübergehende, sondern mehr um eine Dauererscheinung handeln müsse. Aus dieser Überzeugung heraus wuchs die Bereitschaft, die bestehende Weltwirtschaftsordnung in ihrer Gültigkeit auf Dauer in Frage zu stellen, und es artikulierte sich immer häufiger der Wille, sie durch eine andere, nämlich nationale Ordnung zu ersetzen. Es entwickelte sich eine Wirtschaftsauffassung, die nicht mehr den internationalen, vielmehr den nationalen Markt im Auge hatte, die nicht mehr in der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, sondern im Ausbau und in der Erweiterung der nationalen Volkswirtschaften ihr Ideal erblickte. Man lehnte zwar das Wirtschaften ausschliesslich im engen binnenwirtschaftlichen Rahmen ab, gab den aussenwirtschaftlichen Beziehungen aber einen veränderten Charakter. Als Kennzeichen der Wirtschaft der Zukunft formulierte man immer öfter die Bildung eines grossen, multinationalen, aber eng verflochtenen Wirtschaftsraumes. In Deutschland zog die Weltwirtschaftskrise einen mit den Etappen des Zerfalls der Demokratie korrespondierenden Abbau des liberalen Wirtschaftssystems und eine sich stufenweise etablierende Staatskonjunktur, die ihre stärkste Ausprägung im Dritten Reich erfuhr, nach sich.

Die Weltwirtschaftskrise traf Deutschland weniger wegen der mit ihr im Zusammenhang stehenden allgemein bekannten Zerrüttung im monetären Bereich infolge des Abzuges in Deutschland angelegter kurzfristiger Auslandsanleihen und -kredite, als vielmehr in Auswirkung des Niedergangs des Welthandels. Waren doch zum einen die deutsche gewerbliche und industrielle Wirtschaft und die mit ihr verbundenen Arbeitsplätze zum grossen Teil exportabhängig. Zum anderen bestand ein lebenswichtiger Bedarf an Nahrungsmittel- und Rohstoffimporten, die weitgehend durch Ausfuhr finanziert werden mussten. Der Zerfall des Weltmarktes wirkte sich für das Reich umso verhängnisvoller aus, als sich nach dem Ersten Weltkrieg das Mass der Eigenversorgung durch die in Versailles erzwungenen Gebietsabtretungen bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum innerhalb der verengten Grenzen erheblich reduziert hatte. Der Verlust

an Territorium war gleichbedeutend mit der Einbusse von 75% der deutschen Eisenerzgewinnung, 26% der Bleierzeugung und 7% der deutschen Industrieunternehmen. Die von Deutschland abgetrennten Agrarüberschussgebiete Westpreussen und Posen hatten 18% der Kartoffel-, 17% der Roggen- und Gerstenerträge und 13% bzw. 11% der Weizen- und Haferernte bestritten. Solange der Welthandel funktionierte, vermochte die steigende deutsche Exportproduktion einen gewissen Ausgleich durch Importe zu schaffen. Mit der Weltwirtschaftskrise erwies sich diese Voraussetzung als kaum noch gegeben. Dem sinkenden Welthandelsvolumen entsprach in Deutschland ein schrumpfender Export, der eine wachsende Arbeitslosigkeit nach sich zog. Diese bewirkte wiederum einen Kaufkraftschwund, verbunden mit einem Rückgang der Inlandsnachfrage, die ihrerseits wieder eine vermehrte Arbeitslosigkeit zur Folge hatte.

Aus diesem *Circulus vitiosus* fand die deutsche Wirtschaftspolitik der drei letzten Weimarer Regierungen nicht heraus, wenn sie, dem überkommenen liberalen Wirtschaftsdenken verhaftet, versuchten, dem in der Weltwirtschaftskrise sichtbar fragwürdig gewordenen und zum Teil ausser Kraft gesetzten Grundprinzip, nämlich dem der freien Marktwirtschaft, durch einen halbherzigen, allerdings wachsenden staatlichen Interventionismus wieder Gültigkeit zu verschaffen. Das heisst, durch ein Simulieren der Voraussetzungen des marktwirtschaftlichen Systems sollte dessen Mechanismus wieder in Gang gesetzt werden. Obgleich, ja gerade weil diese Bestrebungen scheiterten, bereiteten die Präsidialkabinette weniger vom Inhalt als von der Methode her den wirtschaftstheoretischen wie -politischen Boden für die staatliche Konjunkturpolitik des nationalsozialistischen Regimes vor.

Die Regierung *Brüning* verschrieb sich einer Politik der Gesundung des defizitären Staatshaushaltes und damit der Kürzung der öffentlichen Ausgaben, selbst dann noch, als im Frühjahr 1931 die Arbeitslosenzahl die 4-Millionen-Marke überschritt. Anstatt durch antizyklisches Verhalten, also durch eine Belebung der Binnennachfrage einen Ausgleich für die rückläufige Exportproduktion anzustreben, verfolgte Brüning eine restriktive Finanzpolitik (zum Beispiel durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931), deren erklärtes Ziel es war, mit Hilfe des traditionellen liberalen Mittels einer Senkung von Preisen und Löhnen wirtschaftsbelebende Impulse auszulösen. Aber je zurückhaltender sich das öffentliche Finanzgebaren gab, umso geringer wurde die Nachfrage, umso schneller verschärfte sich die ökonomische Krise. Dabei ist zu unterstellen, dass dem Kanzler die ungeheueren wirtschaftlichen Schwierigkeiten gar «nicht so unwillkommen» waren², weil sie sich, einem zweiten massgeblichen Anliegen seiner Politik entsprechend, vortrefflich als Beweis für Deutschlands Unfähigkeit zur Weiterleistung der Reparationen anführen liessen.

Die Brüningssche, von seinen Vorgängern im Amt übernommene und fortgesetzte Förderung des industriellen Exports musste in Anbetracht des zerrütteten Welthandels scheitern, aber auch aufgrund der ausgeprägten protektionistischen Agrarpolitik. Diese

erschien wegen der besonderen Notlage der Landwirtschaft geboten. Die deutschen Bauern waren bereits in der Phase der ökonomischen Stabilisierung (1925-1928) gegenüber anderen beruflichen Gruppen zu kurz gekommen. Die während der Weltwirtschaftskrise infolge der allgemeinen agrarischen Überproduktion global fallenden Preise wirkten sich bei der deutschen Landwirtschaft, die aufgrund ihrer im Vergleich zu den klassischen Agrarländern schlechteren klimatischen und strukturellen Bedingungen ohnehin ein hohes Kostenniveau aufwies, besonders gravierend aus. Die Erzeugerpreise sanken ständig, damit auch die Verkaufserlöse, während die Verschuldung parallel zu dieser Entwicklung anwuchs. Allein im Jahr 1931 wurden 177'000 ha Agrarland zwangs versteigert³. Mit seinem Agrarprotektionismus, insbesondere zugunsten des ostdeutschen Grossgrundbesitzes, der sich unter anderem in dem Bestreben nach Errichtung von Zoll- und Handelsschranken äusserte, um eine möglichst weltmarktunabhängige und damit preisneutrale landwirtschaftliche Zone zu schaffen, geriet Brüning aber in Gegensatz zu den Interessen der Gross- und Exportindustrie, die zunächst nichts unversucht lassen wollte, um die Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft zu erreichen. Dieser Zielkonflikt zwischen Agrarprotektionismus und Favorisierung der Industrie, der nicht nur zwischen den Agrar- und industriellen Verbänden, sondern auch innerhalb des Kabinetts ausgetragen wurde, sollte sich über Papen zu Schleicher erhalten, so dass sich agrar- und industriewirtschaftliche Massnahmen nicht selten in ihrer Wirkung wechselseitig paralyisierten. Denn kein Präsidialkabinett, von der Gunst des Reichspräsidenten getragen, konnte es sich leisten, gegen dessen grossagrarische Interessen zu verstossen. So verloren die Regierungen Brüning bis Schleicher stufenweise nicht nur das Vertrauen weiter Industriekreise, sondern auch der klein- und mittelständischen sowie bäuerlichen Schichten.

Die Arbeitsbeschaffungsprogramme der Präsidialkabinette dürfen wohl als die am deutlichsten ausgeprägten staatsinterventionistischen Massnahmen in der Weimarer Zeit verstanden werden, obgleich Brüning auch hier noch äusserste Zurückhaltung übte. Als er im Mai 1932 seinem Kanzleramt entsagen musste, lagen nur Pläne vor, und diese bewegten sich in einer vorgesehenen Ausgabenhöhe von 135 Mio. RM – angesichts der Millionen Arbeitslosen der berühmte Tropfen auf den heissen Stein.

Papen und *Schleicher* wichen insofern vom wirtschaftspolitischen Kurs Brünings ab, als sie die Konjunktur rasch aus der Depression in eine Aufschwungphase hinüberzuführen suchten⁴. Wenn man das wirtschaftliche Hauptziel Brünings mit Sanierung der öffentlichen Finanzen umschreiben kann, dann beabsichtigte sein Nachfolger *Papen* die «Stimulierung der Privatinitiative»⁵. Durch Notverordnung vom 14. Juni 1932 setzte er das von seinem Vorgänger konzipierte Arbeitsbeschaffungsprogramm in Kraft, ohne es allerdings wesentlich zu modifizieren, das heisst unter Verzicht auf eine merkliche Auf-

3 Vgl. Petzina, *Wirtschaft*, S. 99.

4 Vgl. dazu Marcon, *Arbeitsbeschaffungspolitik*.

5 Kuczynski, *Wirtschaftspolitische Konzeptionen*, S. 217.

stockung der für seine Durchführung veranschlagten Mittel, also auf eine entscheidende Ankurbelung der Binnenwirtschaft durch eine Erweiterung des öffentlichen Auftragsvolumens. Wenn auch das Papen-Kabinett Mitte August 1932 beschloss, «die wirtschaftlichen Massnahmen seien vorrangig» vor möglichen anderen staatspolitischen in die Wege zu leiten, «und schnelles Handeln [sei] von äusserster Wichtigkeit»⁶, so bewegte man sich doch weiterhin in den Bahnen traditionellen liberalen Wirtschaftsdenkens. In Anbetracht des Umstandes, dass die Rezession Mitte 1932 die Talsohle erreicht zu haben schien, glaubte der Reichskanzler, sich auf ein begrenztes Eingreifen in den als zyklisch verstandenen Konjunkturablauf beschränken zu können: «In dem gegenwärtigen, sehr vorgeschrittenen und wohl nicht allzu weit vom Ende entfernten Stadium der Krise kann man erwarten, dass jeder Einfluss zur Belebung der Wirtschaft mit einiger Wahrscheinlichkeit dazu beitragen wird, die natürliche Fortsetzung in einem tatsächlichen Aufschwung der Wirtschaft zu finden⁷.» Das Arbeitsbeschaffungsprogramm wurde nun von indirekten Subventionen gegenüber den Unternehmen flankiert, indem der Staat für Neueinstellungen von Arbeitskräften und für das pünktliche Entrichten von Steuern Prämien in Form von Steuergutscheinen gewährte⁸. Der Erfolg blieb dennoch aus, stellte sich zumindest als höchst zweifelhaft heraus. Denn es traten Nebenerscheinungen auf, die nicht kalkuliert waren. Die Neueinstellungen, die zunächst tatsächlich, wenn auch in begrenztem Umfang erfolgten (Anstieg der Beschäftigten von August bis Oktober 1932 um 160'000 Personen), erwiesen sich nämlich letztlich nicht nur überwiegend als eine Umverteilung der Arbeitskräfte, sondern als direkt schädlich, und zwar dort, «wo Betriebe auf Grund der Einstellungsprämien ihre Konkurrenz unterboten konnten». Die nicht konkurrenzfähigen Unternehmen mussten Auftragsrückgänge verzeichnen und glichen den Arbeitsmangel durch Entlassungen aus⁹.

Der zweite, bereits angedeutete Effekt ist in dem einsetzenden Preisverfall zu sehen. Im Zusammenspiel mit der gesetzlich möglichen Kürzung des Tariflohns bis zu 50% bei Neueinstellungen war eine Belebung des Binnenmarktes nicht zu erwarten. Was die Steuergutscheine anbetrifft (bereitgestellte Summe = 1,5 Mrd. RM), die jeder, der auf einen gewissen Betrag an Umsatz-, Grund-, Gewerbe- und ähnliche Steuern veranschlagt war, erhalten konnte (mit Ausnahme der Arbeiter und Angestellten), so wurden sie in kleinste Summen zerstückelt und machten selbst im besten Falle, zum Beispiel bei Grossunternehmen, nur 1% des Gesamtumsatzes aus, motivierten also den Investitionswillen kaum, zumal Industrie und Handwerk über ungenutzte Produktionsanlagen verfügten. Das Ergebnis dieser Politik der Investitionsanreize ist ironisch einmal so formuliert worden: «Was Papen mit seinem Programm in einem Vierteljahr erreichte, dafür

6 Kabinettsitzung, 13. 8.1932, zit. n. Dorpalen, Hindenburg, S. 338.

7 Rede Papens, 28. 8.1932, zit. n. Schulthess 1932, S. 146.

8 RGBl. 1932.1. S. 425.

9 Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten und Werkbehörden 1931/32. Teil Preussen, Berlin 1933, S. 30, zit. n. Kuczynski, Wirtschaftspolitische Konzeptionen, S. 218.

hätten andere ohne Wirtschaftsprogramm drei Monate benötigt¹⁰.» Ganz so negativ darf die Papensche Wirtschaftspolitik allerdings nicht beurteilt werden. Ein begrenzter Aufschwung ist nicht zu leugnen. So stiegen die Indizes bei der Produktions- ebenso wie bei der Verbrauchsgütererzeugung leicht, wenngleich sie unter denen des Vergleichszeitraumes von 1931 blieben.

Indexziffern der Produktions- und Verbrauchsgüter saisonbereinigt (1928 = 100)¹¹

	1931		1932	
	Produktionsgüter		Verbrauchsgüter	
Juli	71,3	49,4	88,6	76,0
August	64,2	47,5	85,8	74,9
September	62,4	49,3	84,1	76,7
Oktober	54,3	49,4	85,2	78,5
November	54,5	51,4	84,3	78,9
Dezember	52,6	51,4	80,7	78,2

Auch die Aktienkurse zogen leicht, wenngleich nur vorübergehend, an, was ohne die konjunkturbelebenden Massnahmen sicher nicht eingetreten wäre, zumal deren psychologischer Effekt nicht zu unterschätzen ist.

Indexziffern der Aktienkurse, Monatsdurchschnitte 1932 (1924/26 = 100)¹²

	Bergbau und Schwer- industrie	Metallverarbei- tung, Maschi- nen- u. Fahr- zeugindustrie	Elektrotech- nische Industrie	Che mie	Baugewerbe und ver- wandte Betriebe	Textil und Bekleidung
Juli	51,5	26,4	51,8	51,6	26,0	33,7
August	54,1	28,7	55,7	53,3	29,4	34,9
September	61,6	34,9	63,3	60,5	36,8	41,7
Oktober	58,3	34,0	59,4	58,5	35,2	40,4
November	59,6	34,1	59,6	59,5	35,1	41,0
Dezember	65,7	35,4	62,9	62,1	37,3	42,5

Ein Durchbruch liess sich allerdings nicht verzeichnen, da das eigentliche Problem, die Integration des Millionenheeres der Arbeitslosen in den Produktionsprozess, nicht gelöst wurde. Papen blieb deshalb die Zustimmung einer parlamentarischen Mehrheit für sein Programm versagt. Es wurde auch von Hitler mit dem pauschalen Hinweis abgelehnt, er halte es «teils für unzulänglich, teils undurchdacht, teils für völlig unbrauchbar,

10 Kuczynski, Wirtschaftspolitische Konzeptionen, S. 221.

11 Tab. n. Kroll, Weltwirtschaftskrise. S. 414.

12 Ebd., S. 416.

13 Brief Hitlers an Papen, 16.11.1932, zit. n. Schulthess 1932, S. 206.

ja sogar gefährlich»¹³. Wenn er später dennoch darauf zurückgriff, dann erhielt es einen völlig veränderten funktionalen Charakter.

Dies gilt auch für den agrarpolitischen Sektor. Hier führte Papen die protektionistische Politik Brüning's fort, nicht zuletzt durch eine Kontingentierung der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte, die natürlich, ebenso wie bei seinem Vorgänger, einer aussenwirtschaftlichen Konjunkturbelebung im Wege stand. Erst den Nationalsozialisten gelang es, diesen Widerspruch, allerdings unter einer gänzlich anderen wirtschaftspolitischen Konzeption, auf ihre Weise zu lösen.

Die das Kabinett Papen ablösende Regierung *Schleicher* verschärfte den staatsinterventionistischen Kurs entscheidend. Mit dem Abbau des demokratisch-parlamentarischen Systems wurde auch die Gültigkeit des ökonomischen Liberalismus immer fragwürdiger. Der neue Reichskanzler verfolgte den von Papen eingeschlagenen, über Arbeitsbeschaffung und Steuergutscheine zur Belebung der Konjunktur führenden Weg im Prinzip weiter, allerdings wesentlich konsequenter. Wenn sich die Papen-Regierung die Gesundung der deutschen Wirtschaft von Anreizen zur privatwirtschaftlichen Initiative erhoffte, zweifelte man im Lager Schleichers daran, allein durch staatliche Impulse den offensichtlich defekten Mechanismus des liberal-marktwirtschaftlichen Systems wieder in Gang setzen zu können, damit er dann aufgrund der bislang geltenden ökonomischen Gesetze reibungslos weiterfunktioniere. Stattdessen vertrat der Reichskanzler eine Politik der Überwindung der weltwirtschaftlichen Krisenfolgen in Deutschland durch staatskonjunkturelle Massnahmen. In der Gründung eines unter der Leitung des Preussischen Landrats Gereke stehenden Reichskommissariats für Arbeitsbeschaffung fand dieser Wille seinen sichtbaren Ausdruck. Nach Auffassung dieser Behörde konnte das Ziel, «möglichst viele Arbeitslose wieder in den Produktionsprozess überzuleiten,... nur dadurch erreicht werden, dass noch stärker als seither der Grundsatz verwirklicht» wurde, «gerade in der Krisenzeit ,die arbeitenden Klassen durch die Vornehmung öffentlicher Arbeiten, namentlich solcher, welche ohnehin notwendig'... (Max Wirth)» waren, in Lohn und Brot zu bringen¹⁴.

Die Alternative zur Stimulierung der Privatinitiative hiess somit: Wirtschaftsbelebung durch Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand. Die Realisierung eines solchen Konzeptes machte, in welcher Form und Dimension auch immer, indirekte und direkte staatliche Kontrolle notwendig. Der sogenannte Gereke-Plan war mithin «der erste organische Schritt zu einer neuen Wirtschaftsordnung, der Planwirtschaft»¹⁵, dem später im Nationalsozialismus weitere folgen sollten. Grundsätzlich blieben die Produktionsmittel in der Verfügungsgewalt ihrer bisherigen, zumeist privaten Eigentümer. Der Staat trat lediglich als Auftraggeber und Kunde auf. Die Regierung Schleicher betrieb auf diese Art im Gegensatz zum Kabinett Papen eine direkte Arbeitsbeschaffung. Während man

14 Referentenentwurf des Reichskommissariats, 17.12.1932, zit. n. Kuczynski, Wirtschaftspolitische Konzeptionen, S. 221 f. Zu den Arbeitsbeschaffungsprogrammen der Reichsregierung vor Hitler vgl. Boelcke, Deutsche Wirtschaft, S. 13-29.

15 Vgl. ebd., Anm. 28.

unter mittelbarer Arbeitsbeschaffung eine «durch Massnahmen auf der Einnahmenseite des Staatshaushalts angeregte Investitionstätigkeit» (Steuergutscheine, Steuernachlass usw.) zu verstehen hat, bedeutet die unmittelbare Arbeitsbeschaffung eine «durch staatliche Mittelhergabe vollzogene oder induzierte Investition»¹⁶. Dem Reichskommissar wurden Mittel zur Durchführung eines Programms bereitgestellt, das hauptsächlich die Verbesserung der binnenwirtschaftlichen Infrastruktur vorsah. Seine Finanzierung sollte, um inflationistische Nebeneffekte zu vermeiden, wieder mittels Steuergutscheinen erfolgen, die aber nun in möglichst grosser Höhe auszustellen und nur für öffentliche Arbeiten zu vergeben waren.

Aber auch dem Schleicher-Gereke-Plan blieb der erhoffte Erfolg versagt, und dies aus mehreren Gründen. Zum einen sollten die staatlichen Mittel möglichst effektiv verwendet werden, weshalb es das Bestreben des Reichskommissars war, bei der Vergabe von Aufträgen darauf zu achten, dass «der Gewinn des Unternehmers . . . auf ein möglichst geringes Mass» beschränkt blieb¹⁷; entsprechend liess das Interesse der Unternehmer an der Übernahme öffentlicher Aufträge zu wünschen übrig. Wo diese ausgeführt wurden, sahen die Bestimmungen den möglichst zahlreichen Einsatz menschlicher Arbeitskräfte vor, so dass mit der Vergabe staatlicher Arbeiten keine nennenswerte Belebung der Binnenwirtschaft im industriellen Bereich, insbesondere im von der Weltwirtschaftskrise hart getroffenen und für die Konjunktur besonders wichtigen Maschinenbau, zu verzeichnen war. Des weiteren kam hinzu, dass die Regierung es versäumte, durch Lohnerhöhungen die Nachfrage und damit den Binnenmarkt zu stärken und zu erweitern. Die Arbeitseinkommen sanken sogar ständig. Unter solchen Bedingungen war auch Gereke klar, «dass so grosse Erfolge», die eine echte Wende im wirtschaftlichen Geschehen und gleichzeitig eine Stabilisierung der politischen Verhältnisse gebracht hätten, kurzfristig, z.B. «bis zum Herbst 1933 unmöglich erreicht werden» konnten¹⁸.

Das dieser Einsicht entsprungene Sofortprogramm (28. Januar 1933) zur Arbeitsbeschaffung enthielt 500 Mio. RM zur Ausstellung von Steuergutscheinen, obgleich der von Papen für denselben Zweck ausgewiesene Betrag noch nicht einmal ausgeschöpft worden war. Da die bereitstehende Gesamtsumme zur Durchführung des geplanten Projektes der Regierung dennoch nicht auszureichen schien, wurde vorgesehen, dass die mit öffentlichen Aufträgen betrauten Firmen Wechsel auf den Auftraggeber zogen, die, von staatlichen Geldinstituten akzeptiert, von der Reichsbank diskontiert werden sollten. Dieses Vorhaben Schleichers kam aber nicht mehr zum Tragen.

Als seine Regierung demissionierte, bot sich folgendes Bild in Deutschland: Obgleich die wirtschaftliche Krise im Winter 1931/32 ihren absoluten Höhepunkt erreicht hatte, blieb die folgende Entspannung gering, ja in mehreren Bereichen verschärfte sich so-

16 Schiller, Arbeitsbeschaffung, S. 2/3.

17 Durchführungsverordnung zur Arbeitsbeschaffung, 6.1.1933. RGBl. 1933.1, S. 12.

18 Gereke, 16.1.1933, in einer Ministerbesprechung, zit. n. Vogelsang, Reichswehr, S. 488.

1. Die Weltwirtschaftskrise in Deutschland als Krise des liberalen Wirtschaftssystems 219

gar die ökonomischen Schwierigkeiten. Die Arbeitslosigkeit erreichte ihren Zenit im Februar 1932, überschritt im Januar des folgenden Jahres die 6-Millionen-Grenze aber noch einmal. Unabhängig von diesem Auf und Nieder war das Einkommen pro Kopf der Bevölkerung ständig gesunken:

1928 = 1453¹⁹
 1929 = 1436
 1930 = 1372
 1931 = 1201
 1932 = 1094

Die Industrielöhne zeigten ebenso eine fallende Tendenz wie die Preise. Dies galt für die Produktionsgüter (Abnahme in v. H. der Jahresdurchschnittspreise von 1929 bis 1932 um 14,6%) und insbesondere für die Konsumgüter (Rückgang im selben Zeitraum um 31,5%). Auch die Agrargrosshandelspreise fielen von 1929 bis 1932 insgesamt am Jahresdurchschnitt gemessen um 29,9%²⁰. Während das Erzeugungsvolumen in der Landwirtschaft sogar leicht anstieg, ging der Wert der Produkte von 13,9 Mio. RM 1928/29 auf 8,8 Mio. RM 1932, also um 36,7% zurück²¹.

Der Schrumpfungsprozess im industriellen Sektor lässt am besten den Verlauf der Rezession erkennen. Rein mengenmässig verzeichnete die deutsche Industrieproduktion von 1927/28 bis 1932/33 einen Rückgang um 43,1%, während der Preisverfall mit rund 50% (Bruttowert) noch erheblich darüber lag²². Ein Blick auf die folgende Tabelle macht das ganze Ausmass des Produktionsrückgangs am Beispiel besonders wichtiger industrieller Zweige deutlich:

Indexzfiffern der Produktion wichtiger Güter während der Weltwirtschaftskrise in Deutschland (1928 = 100)²³

Jahr	Eisen	Nichteisenmetalle	Maschinen	Kraftfahrzeuge	Schiffbau ^{a)}	Bauwirtschaft insgesamt	
1928	100,0	100,0	100,0	100,0	100	100,0	
1929	109,0	98,2	100,9	94,0	123	100,3	
1930	80,1	89,5	83,1	62,4	105	88,3	
1931	56,9	69,7	59,5	43,9	30	55,9	
1932	38,9	60,8	38,4	26,0	3	37,7	

Jahr	Kohle ^{b)}	Gas	Elektr. Strom	Erdöl	Textilien	Schuhe	Glas	Papier
1928	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1929	108,6	105,8	117,9	111,8	92,4	103,8	94,1	101,9
1930	93,6	102,2	113,2	190,1	90,0	100,7	81,4	96,8
1931	78,1	98,8	99,6	248,5	87,7	93,6	61,7	86,7
1932	68,9	93,2	90,4	250,7	80,0	85,3	49,0	79,9

^{a)} = Angefangene Neubauten.

^{b)} = Steinkohle, Koks, Braunkohle und Briketts aus Stein- und Braunkohle.

19 Tab. n. Dederke, Reich, S. 278.

22 Kroll, Weltwirtschaftskrise, S. 95.

20 Kroll, Weltwirtschaftskrise, S. 91.

23 Tab. n. Kroll, Weltwirtschaftskrise, S. 97.

21 Fischer, Wirtschaftspolitik, S. 56.

Ungeachtet der leichten Erholung in der Papen-Ära litten die Aktien während der Wirtschaftskrise unter einem permanenten Kursschwund, und sie erklären die mangelnde Investitionsneigung mit.

Gesamtindex der Aktienkurse²⁴

1924/26 = 100
Jahresdurchschnitt
1927 158,0
1928 148,4
1929 133,9
1930 109,2
1931 80,5
1932 54,5

In bestimmten Branchen, zum Beispiel im für Deutschland besonders wichtigen Maschinenbau, fielen die Aktienwerte um 70%, in der Papierindustrie und im Schiffbau sogar um 80%²⁵.

Wenn Schleicher das Vertrauen entzogen und damit die Chance genommen wurde, sein Programm zur Wirtschaftsbelebung durchzuführen, dann sicher auch aufgrund der sich bei Industrie, Agrariern und vor allem Wirtschaftswissenschaftlern und -publizisten zunehmend verbreitenden und festigenden Überzeugung, dass der Aufschwung nicht mehr allein durch ab und an vom Staat ausgehende Impulse erfolgen könne. Immer grösser wurde der Kreis derjenigen, bei denen die Weltwirtschaftskrise einem längst latent vorhandenen Misstrauen gegenüber dem parlamentarisch-demokratischen, parallel mit dem Verlauf der Weltwirtschaftskrise zerfallenden Staatswesen und damit im Zusammenhang gegenüber der weiteren Funktionsfähigkeit des überkommenen liberal-freihändlerischen Weltwirtschaftsprinzips zum Durchbruch verhalf. War doch dieses ganz offenkundig in Aus- und Nachwirkung des Ersten Weltkrieges in arge Unordnung geraten, indem durch die forcierte aussereuropäische industrielle Entwicklung eine Verlagerung des weltwirtschaftlichen Schwergewichtes stattgefunden hatte. Ehemalige Rohstoff- und Absatzmärkte präsentierten sich unversehens als harte Konkurrenten der klassischen Industrie-Nationen, die sich wiederum gezwungen sahen, auf die Suche nach einem neuen Platz innerhalb des Weltwirtschaftsgefüges zu gehen, was durch die Wirtschaftskrise erschwert wurde. Und so wuchs gerade in Deutschland die Neigung, sich aus der internationalen ökonomischen Verflechtung zurückzuziehen, zumal die meisten europäischen wie überseeischen Staaten Protektionismus und Schutzzölle für zweckmässigere Attribute einer wirtschaftsfördernden Handelspolitik erachteten als Freihandel durch Meistbegünstigung. Weltwirtschaftskrise und Zerfall der Republik hatten in ihrem Zusammenwirken allenthalben das Bewusstsein gefestigt, am Rande einer Zeitenwende zu stehen, die eine totale Umwandlung der politischen wie wirtschaftlichen Verhältnisse bringen musste²⁶.

²⁴ Ebd., S. 106.

²⁵ Ebd., S. 107.

²⁶ Vgl. dazu Predöhl, Epochenbedeutung.

Immer lauter und zahlreicher wurden die Stimmen derer, die bereits seit geraumer Zeit als die sogenannten wirtschaftspolitischen und -theoretischen «Reformer» das Versagen des wirtschaftlichen Automatismus prophezeiten und nach einer aktiven, umfassenden staatlichen Konjunkturpolitik riefen, die sich am konsequentesten innerhalb eines abgeschlossenen, möglichst sich selbst versorgenden Raumes verwirklichen liess.

Damit war der Begriff *Autarkie* zur Diskussion gestellt, der zu vielfachen Missverständnissen Anlass bot. Aktualität erlangte er, als aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise der verständliche Wunsch erwuchs, Deutschland aus der internationalen Währungsbindung herauszunehmen und damit zukünftig vor monetären Störungen, wie sie durch den New Yorker Börsenkrach am Vorabend der Weltwirtschaftskrise ausgelöst worden waren, zu bewahren. Je tiefer das Konjunktur-Barometer der Wirtschaft fiel, umso höher stieg die Konjunktur des Schlagwortes Autarkie. Autarkie war – wie es ein zeitgenössischer Autor konstatierte – «mit einem Mal zu einem der meistbegehrten Worte in der Tagespresse und in Zeitschriften» geworden²⁷. Zwei Momente waren es, die die Wunschvorstellung von der Autarkie im politischen Bewusstsein verankerten: ein überzogenes Nationalgefühl in Verbindung mit wirtschaftspolitischen Überlegungen. «Der hypertrophe Nationalismus unserer Tage», so schrieb ein Schweizer Autor, «ist die beste Quelle, aus der das zweifelhafte Gewächs der Autarkiebewegung seine Kräfte zieht²⁸.» Autarkie, so formulierte es ein Frankfurter Ordinarius der Volkswirtschaftslehre 1932, war «das Wirtschaftsideal des Nationalismus» schlechthin²⁹.

Identifiziert diese Feststellung die Grundhaltung vieler Autarkisten, so gab es doch nicht wenige unter ihnen, die erkannten, dass eine Selbstversorgung Deutschlands in den überkommenen Grenzen unmöglich war. Sie verlangten die Aufrechterhaltung der aussenwirtschaftlichen Verbindungen, deren Zustandekommen aber nicht dem freien Spiel der marktwirtschaftlichen Kräfte überlassen werden durfte, sondern deren Ausgestaltung unter den Bedingungen der weltweit praktizierten Hochschutzzollpolitik den nationalen und konjunkturellen Notwendigkeiten Deutschlands Rechnung zu tragen hatte. Einer der prominentesten publizistischen Vertreter dieser Richtung forderte, den Aussenhandel «jetzt nicht mehr schematisch und wild treiben zu lassen, sondern man muss sich mindestens einen Grundplan anlegen, von dem aus man einigermassen sicher operieren» kann³⁰. Und ein renommierter und vielbeachteter Wirtschaftswissenschaftler stimmte ihm – hier stellvertretend für eine Reihe anderer sprechend – zu, indem er auf

27 Nell-Breuning, *Autarkie*, S. 28; vgl. dazu Hoffmann, *Autarkie*.

28 Keller, *Autarkie*. S. 770.

29 Gerloff, *Autarkie*, S. 13.

30 Ferdinand-Friedrich Zimmermann, alias Ferdinand Fried, zit. n. Grotkopp, *Krise*, S. 218.

Hier sind die Ideen der «Reformer» ausgebreitet und in ihrer Wirkung dargelegt.

die Notwendigkeit einer «zielbewusste[n] planmässige[n] Gestaltung... der zwischenstaatlichen Wirtschaftsvorgänge von einem nationalen Mittelpunkt aus» hinwies³¹. Dass einer solchen, die wirtschaftliche Handlungsfreiheit erstrebenden Politik Schranken gesetzt sein mussten, haben die Zeitgenossen erkannt. Denn die internationalen Wirtschaftsbeziehungen waren zu eng und zu vielseitig, als dass ein Staat eine Handelspolitik in voller Souveränität hätte betreiben können. Es sei denn, man ersetzte das – ohnehin bereits durchlöchernte – Prinzip des Freihandels und der Meistbegünstigung durch das der Bilateralität, was den Aussenhandel weitgehend auf den Warenaustausch zwischen Rohstoff- und Agrarländern auf der einen und Industriestaaten auf der anderen Seite beschränkt hätte, soweit diese sich wechselseitig zu ergänzen vermochten. Für einen bedeutsamen und originellen Publizisten und Ökonomen, der die wirtschaftstheoretische Diskussion der Endphase der Weimarer Republik und insbesondere die der «Reformer» entscheidend beeinflusst hat, stand wie für andere Autarkisten fest, dass die benötigten Importe durch Exporte auf bilateraler Basis gedeckt werden konnten. Denn, so argumentierte er, «das Bedürfnis, ihre Produkte abzusetzen, ist in den Rohstoff-Ländern mindestens so dringend als das Export-Bedürfnis Deutschlands»³². Dieser Gedanke des wechselseitig sich ergänzenden Güteraustausches zeigte erste Ansätze zu einem raumorientierten oder -gebundenen Aussenhandel. Aus der Diskussion der «Reformer» über eine staatliche Konjunkturpolitik entwickelte sich die Idee der *Grossraumwirtschaft*. Die Anhänger einer konsequenten staatlichen Konjunkturpolitik diskutierten nicht nur als Einzelpersonen mit wachsendem Interesse Fragen einer raumpolitischen Neuordnung innerhalb Europas, sondern es entstand darüber hinaus eine Reihe wirtschaftspolitischer Gesellschaften und Vereinigungen, die diese Problematik zum zentralen Gegenstand ihrer Arbeit machten. Innerhalb der «Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft» z.B. erschien ihrem publizistisch wirksamsten Repräsentanten die Autarkie nur in einem kontinentalen Rahmen realisierbar. Wenn sich für Deutschland die Notwendigkeit ergab, eine Politik der Importeinschränkungen und der Selbstversorgung mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln zu verfolgen, so konnte es sich dabei nur um eine vorübergehende Lösung handeln. Angestrebt wurde der mehrnationale geschlossene Handelsraum. Für die «Reformer» wies «der Zeiger der wirtschaftlichen Welt-Uhr... nach der Richtung zunehmender Autarkie, nach dem Bestreben, innerhalb geschlossener Wirtschafts-Räume zu möglichster Selbstversorgung zu gelangen»³³. Als Endziel postulierte man einen aus 300 Millionen Menschen sich rekrutierenden europäischen Wirtschaftsraum, der «gleichrangig, wenn nicht überlegen», neben den Hegemonialraum Amerikas, das englische Imperium, neben den sich formierenden

31 Werner Sombart in einem 1932 gehaltenen Vortrag über die Zukunft des Kapitalismus, zit. ebd.

32 Friedlaender-Prechtl, *Dynamik*, S. 22.

33 Friedlaender-Prechtl, *Wirtschaftswende*, S. 132.

chino-japanischen und schliesslich neben den russischen Grossraum treten sollte³⁴. Eine besondere Rolle spielten die «Studiengesellschaft für Mittel- und Südosteuropa» und der «Mitteleuropäische Wirtschaftstag», der unter dem Einfluss des Langnam-Vereins, des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und des Deutschen Industrie- und Handelstages schwerindustrielle Interessen in Mitteleuropa vertrat und das wirtschaftliche Tor nach Südost- und Osteuropa offenhalten und verbreitern wollte. Letztlich ging es um die Schaffung «einer von Deutschland dominierten Grossraumwirtschaft im mittel- und südosteuropäischen Raum»³⁵. Allenthalben wurden Modelle zu einer europäischen Verbundwirtschaft entwickelt, wie sie als Pan-Europa-Idee³⁶, als Mitteleuropa-Plan oder unter der Bezeichnung Zwischeneuropa bekannt sind.

Die Begriffe Mitteleuropa und Zwischeneuropa standen im Mittelpunkt von Überlegungen des «Tat»-Kreises, innerhalb dessen man sich über die wirtschaftspolitische Gestaltung Europas unter deutscher Führung vielfältig und eingehend Gedanken machte. Es mag genügen, stellvertretend für die Haltung einer Vielzahl von Mitgliedern dieses einflussreichen, politisch konservativen Zirkels drei seiner bekanntesten Persönlichkeiten vorzustellen. Zunächst ist der Publizist Gieselher Wirsing zu nennen, der sich für eine Verbindung Deutschlands mit Zwischeneuropa einsetzte (mit Österreich, Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien). Er schlug 1930 eine ausreichende agrarische Arbeitsteilung «in dem deutsch-zwischeneuropäischen Gesamttraume» vor, um die ausgesprochenen Agrarländer von ihrer Monokultur und Überproduktion abzubringen und ihnen damit zu Kaufkraft durch den Absatz gezielt angebauter landwirtschaftlicher Mangelgüter zu verhelfen. Sollte dies erreicht werden, dann bedeutete auch der Absatz für deutsche industrielle Waren keine grundsätzliche Schwierigkeit mehr. Wirsing ging es nicht darum, «etwa die gesamte deutsche, österreichische und tschechoslowakische Industrieproduktion in diesem Raum unterzubringen, sondern nur einen so grossen Teil davon, dass das Schicksal dieser Länder nicht mehr schlechthin abhängig» war «von der Aufnahmefähigkeit der Weltmärkte»³⁷. Im Jahre 1931 sah er Deutschland, bedingt durch die sich herausbildenden geschlossenen Märkte Amerikas und Japans, bereits zwangsweise zur Autarkie verdammt, der es noch rechtzeitig vorzubeugen galt, und zwar durch eigene Initiative. «Aber wenn die Alternative: Kolonie des Westens oder Herauslösung aus kapitalistischer Verkettung, selbst unter schärfstem Opfer unserer Lebenshaltung, nicht mit ganzer Schwere gestellt wird, werden wir der Erlahmungspolitik der Stärkeren erliegen»³⁸.

Über Mitteleuropa hinaus blickte einer der einflussreichsten Repräsentanten des «Tat-

34 Ebd., S. 134.

35 Frommelt, Paneuropa, S. 99.

36 Zur Literatur vgl. Volkmann, Aussenwirtschaftliches Programm, S. 262, Anm. 76 f.

37 Wirsing, Zwischeneuropa, S. 290. Das Manuskript war bereits im Herbst 1930 abgeschlossen.

Kreises, Hans Zehrer. Er machte sich bereits Gedanken über den «Entwurf eines europäischen Wirtschaftsprogramms auf der Grundlage geopolitischen Raumdenkens gegen den wirtschaftlichen Nationalismus der anderem». Als Voraussetzung für die Erfüllung eines solchen Wirtschaftsprogramms nannte er «zunächst die planwirtschaftliche, staatskapitalistische, autoritäre Einrichtung Deutschlands im Innern und die v[or] a [I]llern] wirtschaftlich bedingte kompromisslose aussenpolitische Umorientierung nach Osten und Südosten»³⁹.

Ein dritter «Tat»-Kreis-Angehöriger, Ferdinand Friedrich Zimmermann, alias Ferdinand Fried, entwickelte noch weitergesteckte Raum vorstellungen. Er ging bereits davon aus, dass, «wenn der Gedanke der Wirtschaftsräume als Grundsatz, als Antithese zum Freihandel noch abgelehnt» werde, «man sich doch schon auf der Synthesis des südosteuropäischen Raumes zahlreicher zusammen [finde]»⁴⁰. Angesichts der Tatsache, dass sich allenthalben Wirtschaftsblöcke in der Welt formierten, während sich «der ganze ‚Südosten‘ noch [als] ein Trümmerfeld» darstelle⁴¹, sei der Anreiz für Deutschland, dieses in seinem Sinne aufzubauen, gross. Als Meilenstein auf dem Weg zu einer neuen Ordnung in Ostmitteleuropa wertete er die geplante deutsch-österreichische Zollunion, die «vielleicht schon die entscheidende Wendung nach der neuen Richtung, die uns in die Zukunft weist», bringen konnte. Kam die Zollunion zwischen Deutschland und Österreich zustande, dann sah er «allmählich die neuen Konturen der Welt sich langsam abheben wie auf einer belichteten Platte im Entwickler»⁴². Um Deutschland-Österreich konnte sich dann der mittel- und südosteuropäische Raum, nach Möglichkeit unter Einschluss Griechenlands, gruppieren, mit der Verbindung zur Türkei und nach Persien. Dieser Raum musste wirtschaftlich nach Norden den Anschluss suchen an die Baltischen Staaten, wodurch ein Gebiet entstand, das «schliesslich im Osten an Russland seinen gewaltigen wirtschaftlichen Rückhalt» finden konnte. Die von Zimmermann erhoffte wirtschaftliche Symbiose zwischen Mitteleuropa und Russland konnte noch ausgedehnt werden nach Westen auf Belgien und Holland, nach Norden auf Skandinavien. Denn wie lange diese Gebiete sich noch auf das ihnen verbleibende Kolonialreich in Afrika und Hinterindien würden stützen können, blieb «eine Frage der Zeit»⁴³. Friedrich Zimmermanns Ideen sind auf vielfältige Weise in das nationalsozialistische Gedankengut eingeflossen, zumal er frühzeitig aktiv in der NSDAP mitarbeitete und intensive Kontakte zu deren Führungsspitze unterhielt.

Wie weit verbreitet der Mitteleuropa-Gedanke war, beweist u.a. die Arbeit des gleichnamigen Instituts, das eine vielbeachtete Schriftenreihe herausgab. In einem Sammelband, dem der Reichsminister Treviranus sogar ein Geleitwort vorangestellt hatte, wurde die Grossraumwirtschaft als der «Weg zur europäischen Einheit» bezeichnet⁴⁴. All diesen Konzeptionen lag das gemeinsame, wenn auch im Einzelnen modifizierte

39 Hecker, «Die Tat», S. 136.

40 Fried, Autarkie, S. 127.

41 Ebd., S. 142.

42 Fried, Ende des Kapitalismus, S. 264.

43 Ebd., S. 265.

44 Grossraumwirtschaft.

1. Die Weltwirtschaftskrise in Deutschland als Krise des liberalen Wirtschaftssystems 225

Bestreben zugrunde, die durch die Schaffung der europäischen Nachkriegsstaaten und damit durch die Errichtung einer Vielzahl von Zollschränken zerstörte relative Wirtschaftseinheit des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns wiederherzustellen, und zwar einmal zwecks Intensivierung des europäischen Binnenmarktes und zweitens zur Wettbewerbsstärkung dieses Raumes gegenüber den Kolonialmächten, den USA und Japan auf dem Weltmarkt. War doch allenthalben die Tendenz zur Bildung autarker, unter der Kontrolle dieser Staaten stehender Grossräume sichtbar, die sich durch die Weltwirtschaftskrise verstärkte⁴⁵: Mit den Beschlüssen von Ottawa (1932) konstituierte Grossbritannien seinen nahezu geschlossenen Wirtschaftsraum, innerhalb dessen die Kolonien, ebenso wie im Falle des im agrarischen Bereich bereits als Selbstversorger geltenden Frankreich⁴⁶, Präferenzen genossen. Auch das bolschewistische Russland hatte seinen Aussenhandel weitgehend auf die Einfuhr moderner Investitionsgüter beschränkt und ausgerichtet.

Bezeichnend mag sein, dass das *Institut für Sozial- und Staatswissenschaften an der Universität Heidelberg* (unter der Federführung von Arnold Bergsträsser, Jakob Marschak und Alfred Weber) eine Untersuchungsreihe begründete, in der die produktionswirtschaftliche Integration Europas aufgezeigt wurde und die Aufschluss über die Aussenhandelsverflechtung zwischen den europäischen Staaten geben sollte. Die erste dieser Studien kam immerhin zu dem bemerkenswerten Ergebnis, dass der europäische Aussenhandel «überwiegend der inneren wirtschaftlichen Ergänzung Europas» diene, mithin «der europäische Binnenmarkt ... für die zugehörigen Länder wichtiger als die übrige Welt» war⁴⁷. Hier konnte man auch den Beweis für den Rückgang des europäischen Handelsverkehrs mit der aussereuropäischen Welt von 37% des Welthandelsvolumens des Jahres 1914 auf 31% im Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1930 nachlesen. Demgegenüber liess sich beispielsweise ein steigender Absatz der Vereinigten Staaten von Amerika und Japans auf den Überseemärkten registrieren. Die Schlussfolgerung aus diesen Tatbeständen vermochte die Autarkisten ebenso in ihrer Auffassung zu bestärken, wie liberale Volkswirtschaftstheoretiker und Unternehmer in ihrem Verhältnis zu Freihandel und Marktwirtschaft zu verunsichern, wenn es hiess: «Mag man auch der Meinung sein, dass die Industrialisierung neuer Länder den alten europäischen Industriestaaten auf die *Dauer* nicht zum Schaden gereicht, so sollte der Rückgang des europäischen Anteils am Welthandel doch ein Mahnruf zur Besinnung sein – zur Besinnung auf das gemeinsame europäische Interesse und auf die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit aller Staaten Europas⁴⁸.»

Nicht ohne Grund hatte die *Internationale Handelskonferenz* vom März 1930 die Problematik der engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb Europas bereits in den Vordergrund ihrer Diskussion gerückt, und auch der *Deutsche Industrie- und Handels-tag* sah sich 1931 zu prüfen genötigt, «inwieweit die deutsche Volkswirtschaft durch

45 Raupach, *Auswirkungen*, S. 51.

46 Bousquet, *Autarkie*.

47 Gaedicke/Eynern, *Integration*, S. 21.

48 Ebd., S. 126.

ein engeres Verhältnis der europäischen Länder untereinander. ... gestärkt werden» könne⁴⁹.

2. Die nationalsozialistische «Alternative»

Als eine Alternative zum weltwirtschaftlichen Freihandelsprinzip wurde also die Autarkietheorie entwickelt, deren Protagonisten innerhalb der Wirtschaftswissenschaft von der dort vorherrschenden liberalen Volkswirtschaftslehre zunächst einmal schwersten Angriffen ausgesetzt waren und deren Anhänger innerhalb des Unternehmertums vorab als krasse Aussenseiter galten. Sie hielten daher Ausschau nach einer politischen Rückendeckung und fanden sie in der NSDAP. Denn diese stellte seit den Septemberwahlen 1930 nicht nur einen gewichtigen Faktor des politischen Geschehens in Deutschland dar, sondern ihre Lebensraumtheorie schien durchaus das gedankliche Dach zu bieten, unter dem die Idee der Autarkie gedeihen konnte, zumal die Partei noch nicht über ein konkret artikuliertes Wirtschaftsprogramm verfügte. Die Nationalsozialisten hatten bis zur Weltwirtschaftskrise «keine ernsthaften Beiträge zur ökonomischen Theorie geleistet, sondern lediglich in pseudowissenschaftlicher Form über ökonomische Probleme argumentiert»⁵⁰, so dass ihre damalige Wirtschaftsauffassung durchaus als «ein Konglomerat konfuser Ideen» bezeichnet werden kann⁵¹. Aber das ideologische Kernpostulat, nämlich nach Erweiterung des deutschen Lebensraumes, gewährt den gewünschten Aufschluss über die wirtschaftspolitische Maxime ihres Denkens und späteren Handelns. Formulierte doch die nationalsozialistische Bewegung den Anspruch, «stets ihre Aussenpolitik von der Notwendigkeit bestimmen [zu] lassen, dem Leben unseres Volkes den notwendigen Raum zu sichern»⁵². Diese zu den weltanschaulichen Grundlagen der NS-Programmatik zählende Forderung war sicherlich primär macht- und rassenpolitisch motiviert. Aber wenn «Ernährungs- und Siedlungsraum im Grossen für das wachsende deutsche Volk zu schaffen», zur «Aufgabe der deutschen Aussenpolitik» erhoben wurde⁵³, offenbarte sich deren starke wirtschaftliche, das heisst zunächst noch vorwiegend agrarökonomische Komponente. Wollte Deutschland wieder in dem Konzert der europäischen Mächte mitwirken – und die Nationalsozialisten waren hierzu fest entschlossen –, dann bedurfte es nach ihrer Auffassung zunächst der Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse, worunter man vordergründig die Sicherstellung der Ernährung einer jährlich um schätzungsweise 900'000 Seelen wachsenden Bevölkerung verstand, was Hitler für die Voraussetzung einer aktiven aussenpolitischen Betätigung hielt.

Drei Wege schienen zur Lösung dieses Problems vorgezeichnet:

1. Die innere Kolonisation, der allerdings – ungeachtet möglicher Mechanisierung und

49 BA R11/1291.

50 Krause, Wirtschaftstheorie, S. 17.

51 Vgl. Fischer, Wirtschaftspolitik, S. 51.

52 Hitler, Zweites Buch, S. 78.

53 Feder, Programm, S. 10.

Automation innerhalb der Landwirtschaft und der geplanten Intensivierung der Ertragsfähigkeit des Bodens durch vermehrte Düngung – deutliche Grenzen gesetzt sein mussten.

2. Ferner konnte man «neuen Boden erwerben, um die überschüssigen Millionen ... abzuschieben und so die Nation auch weiter auf der Grundlage einer Selbsternährung erhalten». Der Realisierung dieser Möglichkeit gab der Nationalsozialismus den Vorrang vor der Alternative,
3. «durch Industrie und Handel für fremden Bedarf zu schaffen, um vom Erlös das Leben zu bestreiten», also durch Welthandel.

Der Forderung nach Extension des Bauernstandes und der agrarischen Produktion lag der Wunsch nach einem gesunden Gleichgewicht zwischen Landwirtschaft und Industrie zugrunde – nicht zuletzt zwecks Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse. Denn «ein fester Stock kleiner und mittlerer Bauern» erschien als «der beste Schutz gegen soziale Erkrankungen»⁵⁴. Zum anderen wurde ein Zustand relativer Nahrungsausartikie angestrebt, der «die Freiheit des Staates und die Unabhängigkeit der Nation besonders in schweren Tagen» zumindest teilweise garantieren sollte⁵⁵.

Aus der Einsicht in die vorab unveränderbaren kolonialpolitischen Konstellationen resultierte der Willen zu einem Arrangement mit Grossbritannien, und so lag für Hitler und seine Partei «die einzige Möglichkeit zur Durchführung einer gesunden Bodenpolitik nur in der Erwerbung von neuem Lande in Europa selber»⁵⁶. Folglich betrachteten es die Nationalsozialisten als ihre wirtschaftspolitische Aufgabe, «die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit» abzuschliessen und «zur Bodenpolitik der Zukunft» überzugehen, wobei man «den Blick nach dem Land im Osten» richtete⁵⁷. «Wollte man in Europa Grund und Boden, dann konnte dies» nach Ansicht der NSDAP «im Grossen und Ganzen nur auf Kosten Russlands geschehen, dann musste sich das neue Reich wieder auf der Strasse der einstigen Ordensritter in Marsch setzen, um mit dem deutschen Schwert dem deutschen Pflug die Scholle, der Nation aber das tägliche Brot zu geben»⁵⁸. Hitler bevorzugte also schon vor der Weltwirtschaftskrise eine territoriale Expansion des deutschen Wirtschaftsraumes gegenüber dem Ausbau der welthandelspolitischen Stellung. «Das Gerede [von] der wirtschaftsfriedlichen Eroberung der Welt» hielt der Führer der NSDAP für den «grösste[n] Unsinn, der jemals zum leitenden Prinzip der Staatspolitik erhoben wurde»⁵⁹.

Aus der rassenideologisch und machtpolitisch begründeten Lebensraumideologie ergab sich schlüssig die Forderung nach einem geschlossenen Handelsstaat in Form eines von Deutschland beherrschten Grosswirtschaftsraumes. Der nach Osten zu erweiternde Siedlungs- und zu vergrössernde agrarwirtschaftlich nutzbare Raum musste der Landflucht und somit der fortschreitenden Industrialisierung Einhalt gebieten und vor allem die von Hitler aus aussenpolitischen Erwägungen heraus kritisierte Exportabhängigkeit vermindern helfen. «Ein Volk, das seinen Landnachwuchs nicht mehr als Fabrikarbeiter

54 Hitler, *Mein Kampf*, S. 150.

55 Ebd., S. 152.

56 Ebd., S. 153.

57 Ebd., S. 742.

58 Ebd., S. 154.

59 Ebd., S. 158.

in die Grossstädte zu schieben» brauche, «sondern als freie Bauern auf eigener Scholle anzusiedeln» vermochte, sollte «der deutschen Industrie ein inneres Absatzgebiet erschliessen, das sie langsam vom tobenden Kampf und dem Geraufe um den sogenannten Platz an der Sonne in der übrigen Welt entziehen» konnte⁶⁰. Aber auch «angesichts der Beschränktheit unseres Rohstoffmaterials und der dadurch bedrohlichen Abhängigkeit von anderen Ländern» erschien dem Nationalsozialismus die Errichtung eines Osteuropa einbeziehenden Grosswirtschaftsraumes dringend geboten⁶¹.

Die frühe nationalsozialistische agrarpolitische Konzeption war bereits auf lange Sicht projiziert und schloss das kriegerisch-aggressive Moment bewusst in ihr Kalkül mit ein. Wollte man sie realisieren, hiess es für das deutsche Volk, «seine Kraft zu sammeln zum Vormarsch auf jener Strasse, die aus der... Beengtheit des Lebensraumes dieses Volk herausführt zu neuem Grund und Boden», der «als Nährquelle sowohl wie auch als machtpolitischer Stützpunkt angesehen»⁶² wurde. Da eine solche Expansion letztlich nicht mit friedlichen Mitteln erreichbar war, würde Deutschland «im Innern zur stärksten Konzentration seiner Kraftmittel schreiten», d.h. in erheblichem Umfange rüsten müssen. Unter dem Aspekt einer Ostsiedlung und der Errichtung eines wirtschaftlichen Grossraumes stellten sich die Nationalsozialisten als politische «Hauptaufgabe... die Bildung einer überragend starken Landarmee»⁶³. Denn «vor dem Pflug hat das Schwert zu stehen und vor der Wirtschaft eine Armee»⁶⁴.

Konkrete wirtschaftsprogrammatische Folgerungen aus den dargelegten Gedankengängen hatte die Partei zunächst nicht gezogen. Das von Gottfried Feder und Adolf Hitler konzipierte Parteiprogramm enthielt eine Reihe vieldeutiger Schlagworte, wie «Schaffung eines Ständestaates», «Brechung der Zinsknechtschaft», «Gemeinnutz geht vor Eigennutz»⁶⁵. Die letztgenannte Formel, das Adjektiv «sozialistisch» im Namenszug und schliesslich die Schriften «linker» Nationalsozialisten (z.B. der Gebrüder Strasser) liessen den Verdacht aufkommen, die Partei huldige einer neuen Variante marxistischer Ideologie. «Die Gefahr, dass Freund und Feind die Bedeutung einzelner Schlagworte nicht erkennen, dass sie andere überschätzen und unter bewusster oder unbewusster Anlehnung an marxistische Gedankengänge und Terminologien aus Bruchstücken ein völlig falsches Bild konstruieren» würden, erschien «ausserordentlich gross»⁶⁶.

Zum ersten grossen Wahlerfolg im September 1930 genügte offenbar die allgemeine Kritik an den ökonomischen Zuständen der Weimarer Republik. Dann aber, in einer Zeit, in der das politische Klima in Deutschland unter den Auswirkungen der Weltwirt-

60 Hitler, Zweites Buch, S. 218/219.

61 Ebd., S. 123.

62 Hitler, Mein Kampf, S. 732.

63 Hitler, Zweites Buch, S. 218.

64 Ebd., S. 124.

65 Vgl. dazu Barkai, Wirtschaftssystem, S. 25-30.

66 Reupke, Nationalsozialismus, Vorrede.

schaftskrise weitgehend von ökonomischen Komponenten bestimmt war, erschien ein über Gemeinplätze hinausgehendes, detailliertes Wirtschaftsprogramm notwendig. Es galt, «die alte gegnerische Behauptung, dass der Nationalsozialismus nichts von der Wirtschaft verstehe und sie, falls er an die Macht käme, ruinieren würde, in überzeugender Weise» zu widerlegen⁶⁷. In der Erwartung, dass von den bevorstehenden innenpolitischen Auseinandersetzungen die Entscheidung über den Besitz der Macht zu erwarten sei, liess Hitler ab 1930 «eine besonders sorgfältige Behandlung den wirtschaftlichen Fragen angedeihen»⁶⁸.

Es kam der NSDAP seit 1930 in ihrer propagandistischen Tätigkeit nicht darauf an, die Wirtschaftspolitik der Präsidialkabinette im Einzelnen zu kritisieren, sondern sie grundsätzlich zu verwerfen und die derzeitigen ökonomischen Probleme in den Rahmen eines «eigenen Programms für den revolutionären Wandel der deutschen Zustände... hineinzustellen»⁶⁹, was besagt, dass die Nationalsozialisten eine ernsthafte Alternative zur Marktwirtschaft anbieten wollten, die sich letztlich Autarkie im Grosswirtschaftsraum nannte.

Dem Bemühen der Partei um die Formulierung eines glaubwürdigen Wirtschaftsprogramms kam die aus den allgemeinen politisch-ökonomischen Verhältnissen der dreissiger Jahre resultierende Annäherung solcher Vertreter aus Wirtschaftswissenschaft und -praxis an die NSDAP entgegen, die das marktwirtschaftlich und welthandelsorientierte Wirtschaftssystem durch ein staatskonjunkturelles und raumgebundenes ersetzen wollten. Die NSDAP nahm diese Opponenten, nicht selten «Reformer» und Autarkisten, entweder unbedenklich in ihre Reihen auf und/oder reklamierte deren Programm für sich und adaptierte es in Verbindung mit der Lebensraumtheorie in ihrem Sinne. Von wesentlicher Bedeutung für die Formulierung eines konkreten und praktikablen Wirtschaftskonzepts der NSDAP und beispielhaft für den Einfluss der sogenannten «Reformer» auf das Wirtschaftsdenken innerhalb der Partei war das Manuskript des Gründers der «Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft», Dräger, das unter dem Titel «Arbeitsbeschaffung und produktive Kreditschöpfung» 1932 in der Schriftenreihe «Nationalsozialistische Bibliothek» erscheinen konnte. Es diente als geistige Vorlage der am 10. Mai 1932 vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP Gregor Strasser im Reichstag gehaltenen Rede und des später als verbindlicher Leitfaden für die Propaganda- und Wahlhelfer der Partei publizierten «Wirtschaftlichen Sofortprogramms der NSDAP». In Anlehnung an die besagte Schrift wurden für die spätere NS-Wirtschaftspolitik richtungweisende Grundsätze proklamiert, so der Entwurf für ein über das «deficit-spending» zu finanzierendes grosszügiges staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm. Das Sofortprogramm beinhaltete darüber hinaus eine handelspolitische Komponente, die nach 1934 den aussenwirtschaftlichen Kurs Schachts bestimmte, nämlich das im «Neu-

67 Oestreich, Walther Funk, S. 80.

68 Ebd

69 Ebd., S. 81.

en Plan» praktizierte Prinzip der Bilateralität. Strasser verlangte nicht nur eine Ankurbelung der Binnenwirtschaft durch staatskonjunkturelle Massnahmen, sondern durch eine Belegung des inneren Marktes, insbesondere durch eine Förderung der Landwirtschaft. Nach seiner Auffassung sollte sich die Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge unter dem Vorzeichen des Aufbaues eines geschlossenen Wirtschaftsraumes vollziehen, der zunächst zur stärkeren Sicherung der Volksernährung gedacht war. Nach der im «Wirtschaftlichen Sofortprogramm der NSDAP» geäusserten Überzeugung war es möglich, im Laufe weniger Jahre die Ertragsfähigkeit des deutschen Bodens so zu steigern, dass das Reich von ausländischen Lebensmittelimporten weitgehend unabhängig werden würde. Massnahmen zur agrarischen Produktionsbelegung bedeuteten wiederum eine erhöhte Inlandnachfrage bei den entsprechenden Industriezweigen (Maschinenbauindustrie, chemische Industrie). Eine bessere Ausnutzung des deutschen Bodens sollte, wie das Streben nach Selbstversorgung überhaupt, analog der im Sofortprogramm formulierten Grundgedanken in der Landwirtschaft mehr als eine Million Arbeitsplätze schaffen und insgesamt zu einer erhöhten Beschäftigung in anderen Wirtschaftszweigen führen. Also zielten die Autarkiebestrebungen in einem ersten Schritt auf einen forcierten «Aufbau des Binnenmarktes unter Eingliederung der Industrie» ab⁷⁰. Demzufolge zeigte sich der Nationalsozialismus entschlossen, «jede Einfuhrbeschränkung durchzuführen, wenn dadurch deutsche Arbeiter oder deutsche Bauern in Brot und Arbeit gesetzt werden» konnten⁷¹.

Zeigte man sich – übertrieben – optimistisch im Blick auf die deutschen agrarischen Selbstversorgungsmöglichkeiten, so urteilte man im industriellen Bereich nüchterner. Dennoch strebte der Nationalsozialismus nach einer Lockerung der weltweiten ökonomischen Verbindungen, nicht zuletzt unter dem Aspekt der Sicherung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes durch Ankurbelung der heimischen Produktion. Dabei ging man davon aus, dass 1931 etwa 1,5 bis 1,7 Mio. Arbeiter für den deutschen Export tätig waren. Drosselte man die Ausfuhr, zog dies – wegen der so vermindert eingehenden Devisen – eine entsprechend rückläufige Einfuhr nach sich. Beschränkte diese Reduktion sich durch Aussenhandelskontrolle weitgehend auf Fertigwaren, konnten zu deren Herstellung in Deutschland Arbeitsplätze geschaffen werden. Da zudem absehbar war, dass die Ausfuhrindustrie in Auswirkung der Weltwirtschaftskrise und der protektionistischen Politik anderer Staaten «ihren Beschäftigungsgrad trotz des Willens nicht halten oder gar noch auf frühere Höhe [würde] bringen können», Arbeitslosigkeit demzufolge auch aussenwirtschaftlich bedingt war, konnte diese nach weitverbreiteter Auffassung allein «durch Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten für einen mehr aufgeschlossenen Binnenmarkt» gemildert werden⁷². In solchem Sinne bedeutete «eine Gestaltung autarker Wirtschaft... die planmässige vom Binnenmarkt bestimmte Einrich-

70 Rede Strassers, 10. 5.1932, zit. n. Nationale Handelspolitik, S. 6.

71 Wirtschaftliches Sofortprogramm, S. 17.

72 Lüttgens, Autarkie, S. 19.

tung auf einen notwendigen und möglichen Mindestumfang des Aussenhandels und seine nach Menge und Art zulässige Ausweitung»⁷³. In diesem Zusammenhang forderte Gottfried Feder eine «Prüfung der Notwendigkeit der Einfuhr von Rohstoffen, Exportförderung für Fertigwaren, Einschränkung des Exports lebensnotwendiger Eigenerzeugnisse». Das Schwergewicht der Arbeitsbeschaffungsmassnahmen verlangte die «Umschaltung von der liberalistisch-kapitalistischen Wirtschaft [auf eine] auf vernünftige Autarkie zustrebende Binnenwirtschaft»⁷⁴.

Doch haben die mit den Nationalsozialisten liierten und in der Partei wirksamen Autarkisten niemals das Ideal einer Selbstversorgung durch Selbstgenügsamkeit, die Formel «zurück zu Linnen, Roggenbrot und Uckermärker Tabak»⁷⁵, als ökonomisches Endziel postuliert. Denn, dass im strengen Wortsinn die Selbstversorgung für Deutschland eine «glatte Unmöglichkeit»⁷⁶ war, stand für die Autarkisten in der NSDAP ausser Frage. Autarkie verwirklichen hiess für sie nicht, wie deren Kritiker immer wieder betonten, die «Ummodelung der deutschen Wirtschaft zu einem von der Umwelt völlig abgeschlossenen Organismus» und war nicht synonym mit «hermetische[r] Verriegelung der .. Grenzen und restlose[r] Abschlüssung von fremden Märkten»⁷⁷. Auch wenn der Nationalsozialismus das liberal-individualistische Wirtschaftsprinzip durch ein anderes ersetzen wollte, nahm die Handelspolitik einen breiten Raum in der Programmdiskussion seit 1930 ein. Während sich die liberale Wirtschaftsform aussenwirtschaftlich – zumindest theoretisch – als Frei- und Welthandel darstellte, proklamierte die NSDAP eine nationale Handelspolitik statt Weltwirtschaftspolitik. Vernünftige Autarkie verlangte einen grundlegenden Kurswechsel in der Aussenhandelspolitik und bedeutete letztlich, nur so viel zu exportieren, wie zum Import notwendiger Rohstoffe und Nahrungsmittel und solcher Güter erforderlich schien, die «nicht oder nur in nichtausreichendem Masse» in Deutschland vorhanden waren oder dort erzeugt werden konnten⁷⁸. Um dies zu gewährleisten, bedurfte es einer Steuerung des Aussenhandels und einer Kontingentierung, was Strasser im Sofortprogramm postulierte. «Autarkie bedeutet also die Aufstellung eines Ein- und Ausführplanes, der von dem notwendigen Einfuhrbedarf» ausgeht «und ihn durch planmässigen Warentausch zu decken sucht»⁷⁹. Ein solches Wirtschaftssystem bezeichneten die Nationalsozialisten als Nationalwirtschaft, die dem deutschen Volk zu garantieren hatte, dass seine Volkswirtschaft weitgehend von den Krisen fremder Wirtschaften verschont blieb. Die wirtschaftliche Autarkie Deutsch-

73 Ebd., S. 29.

74 Expertise Feders über Arbeitsbeschaffung, etwa Sommer 1932, BA Kleine Erwerbungen NSDAP NS 20/122.

75 Epstein, Akkumulation, S. 20.

76 Gerloff, Autarkie, S. 14.

77 Maurer, Grundlagen, S. 48.

78 Rede Gregor Strassers, 10. 5.1932, zit. n. Nationale Handelspolitik, S. 7.

79 Fried, Autarkie, S. 48.

lands sah man «erst in der ökonomischen Unantastbarkeit erfüllt, in einer Wirtschaftslage, die jedenfalls nicht entscheidend durch auswärtige Manöver oder Ereignisse beeinflusst werden konnte»⁸⁰. Ein solcher Zustand war nach Ansicht des späteren Reichsbankpräsidenten und Reichswirtschaftsministers Hitlers, Schacht, so lange nicht zu erreichen, wie fremde Staaten die eigene wirtschaftliche Entwicklung zu hemmen vermochten. Folglich war eine optimale Aufrüstung notwendig. Nach Schachts Auffassung boten sich nur zwei Möglichkeiten an, sich wirtschaftlichen Pressionen des Auslandes zu entziehen: «Einmal auf dem Wege einer starken Wehrhaftigkeit und eines entschlossenen Wehrwillens, der in entscheidenden Augenblicken den Bestand und die Lebensrechte der Nation» verteidigte. Der andere Schritt musste zu einer wirtschaftlichen Kooperation mit den deutschen Anliegerstaaten führen. Es galt, «immer wieder deutlich zu machen, dass der eigentliche wirtschaftliche Vorteil mit demjenigen des Nachbarn Hand in Hand» wahrzunehmen und zu wahren war⁸¹.

Für den Fall einer nationalsozialistischen Regierung hatte man demzufolge mit aussenhandelspolitischen Folgen in Form der Umwandlung des bestehenden Handelsvertragsystems, mit der Kündigung laufender Handelsverträge zu den nächstmöglichen Terminen zu rechnen. Der Aussenhandel musste sich zudem aufgrund bilateraler Verträge, nach Möglichkeit unter Ausschluss des Devisenverkehrs, abwickeln, nach dem sogenannten Clearing-System. Dies besagt, dass bei neuen Vertragsabschlüssen das liberale Freihandelsprinzip dem der Reziprozität, also dem des Austausches von Waren gleichen Wertes und/oder gleicher Menge weichen musste. Beim Clearing-Verfahren wurden anfallende Aussenhandelswerte wechselseitig gutgeschrieben und ausgeglichen. Man wollte «also stets versuchen, mit einem Land in Bezug auf Export nach Deutschland und Import aus Deutschland zu einem Gleichgewichtszustand zu kommen»⁸². Dieses Prinzip der Gegenseitigkeit sollte zudem durch das der Präferenz anstelle der Meistbegünstigung ergänzt werden. Bei einem solchen Vertragssystem mussten politische, geographische oder ökonomische Gegebenheiten, zum Beispiel bestehende oder mögliche Bündnisse oder die Nachbarschaftslage, die bestimmenden Kriterien für eine differenzierte Behandlung der Wirtschaftspartner sein. Diese Forderungen wurden ebenfalls im Sofortprogramm erhoben. Präferenzverträge konnten auf die Entwicklung engerer wirtschaftlicher Beziehungen oder Verbindungen zwischen einzelnen Staaten hinwirken, denn «die Vertragspartner räum[t]en sich gegenseitig oder einem bestimmten Dritten Privilegien ein, die auf die übrigen Staaten nicht ausgedehnt» wurden⁸³. Eine derart konzipierte Aussenhandelspolitik sollte nach nationalsozialistischer Wunschvorstellung «ganz natürlich zu einem Zusammenschluss» führen⁸⁴.

An diesem Punkt vollzog der Nationalsozialismus also die gedankliche Verknüpfung der bereits ausserhalb der NSDAP entwickelten Autarkie- und Grossraumtheorie mit

80 Albert, Nationalwirtschaft, S. 8.

81 Schacht, Grundsätze, S. 61.

82 Nationale Handelspolitik, S. 7.

83 Massakas, Präferenzzölle, S. 11.

84 Fried, Autarkie, S. 126.

der rassistisch-völkisch und machtpolitisch motivierten Lebensraumtheorie. Autarkie im nationalsozialistischen Sinne bedeutete demzufolge nichts anderes als wirtschaftlicher Imperialismus mit dem Ziel der «Schaffung eines sich in Produktion und Konsumtion selbstgenügenden Wirtschaftsgebietes, das jedoch auf so grosse Räume und so reiche Hilfsquellen gestellt» sein musste, «dass es allen wirtschaftlichen... Daseinsbedingungen seiner Mitglieder genügen» konnte, und Autarkie hiess darüber hinaus «Markterschliessung und Markteroberung, die nicht der eigenen Kraft, der Leistungsfähigkeit der heimischen Produktion, dem freien Wettbewerb vertraut, sondern in Erlangung bequemer Vorzugsstellungen und monopolistischer Ausschliessung der Konkurrenz ihre Waffen erblickt»⁸⁵. Einen derart ökonomisch motivierten Expansionsdrang als «imperialistische Machtentfaltung» oder gar als «Streben nach Weltherrschaft» zu apostrophieren, wies die NSDAP entschieden zurück. Sie erblickte darin lediglich das Ergebnis der, wie sie meinte, «richtigen Erkenntnis..., dass die Schöpfung dem Menschen den Selbsterhaltungstrieb in die Seele gelegt» habe. Autarkie provoziere nicht unbedingt – wie es ein Mitglied des Reichswirtschaftsrates der Partei artikuliert – «Krieg um jeden Preis». Sie könne «auch auf durchaus friedlichem, diplomatischem Wege» erfolgen⁸⁶.

Diese Markterschliessung und -eroberung war zunächst mit aussenwirtschaftlichen, mit friedlichen Mitteln anzustreben. Sie musste aber unabdingbare Prämissen haben und Konsequenzen fordern, die im krassen Gegensatz zu Marktwirtschaft und Freihandel standen, nämlich planwirtschaftliche Eingriffe des Staates. Zentrale Wirtschaftsplanstellen sollten die Leistungen der deutschen Nationalwirtschaft gegenüber den Bedürfnissen der Bevölkerung ausbalancieren sowie Ein- und Ausfuhr nach nationalwirtschaftlichen Notwendigkeiten, die Partei und Staat als solche definierten, regeln.

Der Aussenhandel musste nach Ost- und Südosteuropa verlagert werden, weil es erstens in nationalsozialistischen Augen ein völlig unbefriedigender Zustand war, wenn Deutschland seine Rohstoffbasis überwiegend in Gebieten hatte, von denen es bei irgendwelchen Verwicklungen verkehrsmässig abgeschnitten werden konnte. Es gehörte daher zu den nationalsozialistischen handelspolitischen Richtlinien, wie sie im Sofortprogramm des Jahres 1932 ihren Niederschlag fanden, bei dem zusätzlich zur eigenen Erzeugung erforderlichen Rohstoffbezug befreundete europäische Staaten vorzuziehen, insbesondere dann, wenn sie sich bereit zeigten, als Äquivalent für den Bezug ihrer Rohstoffe industrielle Fertigprodukte aus Deutschland zu importieren⁸⁷.

Über Südosteuropa hinaus wollte ein nationalsozialistisches Deutschland den ganzen mittel- und ostmitteleuropäischen Raum durchdringen und die betroffenen Volkswirtschaften «wirtschaftlich in notwendiger Ergänzung der deutschen und ihrer eigenen Autarkie in feste wirtschaftspolitische Beziehungen zum deutschen Staats- und Wirtschaftsraum setzen»⁸⁸. Nach Auffassung der Autarkisten stand Deutschland damit vor

85 Gerloff, Autarkie, S. 13.

86 Pfaff, Wirtschafts-Aufbau, S. 10.

87 Wirtschaftliches Sofortprogramm, S. 17.

88 Daitz, Ostraumpolitik, S. 10.

der gewaltigen und zukunftsweisenden Aufgabe, «einen Wirtschaftsraum zum ersten Male richtig zu gestalten»⁸⁹.

Die Zeit nach 1933 hat bewiesen, mit welcher Meisterschaft, aber auch mit welcher Rücksichtslosigkeit das NS-Regime diese Aufgabe wahrgenommen und durchgeführt hat. Wo die handelspolitische Karte nicht stach, auch das brachte die Wirtschaftsliteratur aus Kreisen der NSDAP vor der «Machtergreifung» unmissverständlich zum Ausdruck, erschien «der Appell an das Schwert nicht nur [als] Notwendigkeit, sondern auch [als] Recht»⁹⁰. Damit kalkulierte man bewusst das kriegerische Moment mit in die Wirtschaftspolitik ein. Die NSDAP übernahm in der Weltwirtschaftskrise nicht nur die Idee der Autarkie im wirtschaftlichen Grossraum, sondern sie ergänzte dieses zunächst auf handels- und vertrapolitischen Grundsätzen beruhende Konzept um eine aggressiv-machtpolitische Komponente. Die Vorstellung vom Leben als Kampf führte dazu, den Krieg nicht nur als integralen Bestandteil der Politik zu betrachten, sondern auch auf die Wirtschaft zu übertragen. In Kreisen des Nationalsozialismus war man überzeugt, «dass die Völker den Weg zu grösserer und gesicherter Lebensform erst unter dem Zwang kriegerischer Auseinandersetzungen zu beschreiten bereit» waren, auch im Blick auf die wie immer artikulierten ökonomischen Bedürfnisse. «Auf die Wünsche jedes Einzelstaates unbedingt Rücksicht nehmen», hiess «eine Atomisierung der politischen Lebensräume befürworten und jede gesunde Weiterentwicklung zu grösserer Lebensform unterbinden»⁹¹. Autarkie wurde, um im NS-Sprachgebrauch zu bleiben, als «das Lebensrecht jedes Volkes und jeder Nation» definiert, «seine Wirtschaft so zu gestalten, dass sie ihm eine Burg ist, in der es im Falle handelspolitischer, währungspolitischer oder gar kriegerischer Verwicklungen nicht ausgehungert oder ausgedurstet werden» konnte. Autarkie war gleichzusetzen mit «Sonderung des Bedürfnisses des Volkes nach wirtschafts- und wehrpolitischen Gesichtspunkten»⁹².

Der nationalsozialistischen Autarkiepolitik, wie sie nach 1933 konsequent praktiziert wurde, lag ein bereits vor Hitlers Regierungsantritt formulierter Mehrstufenplan zugrunde. Ihm zufolge war es die nächstliegende Aufgabe der Wirtschaftspolitik eines nationalsozialistischen Deutschland, «den vorhandenen Raum auszunützen, alle Möglichkeiten zu erschöpfen», die sich boten, um ein Höchstmass an Selbstversorgung mit dem Ziel zu erreichen, unabhängig von möglichen ausländischen Repressalien rüsten zu können. Auf diese Weise schuf man die Voraussetzungen, die notwendig waren, um im wechselvollen Einsatz von Diplomatie und militärischer Aktion die «Erweiterung des... deutschen Reichsgebietes durch Wiedergewinnung geraubten Bodens (Ostdeutschland, Nordmark, Eupen-Malmedy, Elsass usw.)» zu betreiben. Der nächste Schritt zielte dann in Richtung auf die «Schaffung Grossdeutschlands durch Angliede-

89 Fried. Autarkie. S. 127.

90 Pfaff. Wirtschafts-Aufbau. S. 10.

91 Obst. Grossraumidee. S. 20/21.

92 So der Grossraumexperte der NSDAP, Werner Daitz, zit. n. Ringer, Handel, S. 20.

rung deutschbevölkerter und deutschführender Gebiete, die auch vor dem Weltkriege nicht zum Deutschen Reiche gehörten», auf die aber nach nationalsozialistischer Auffassung ein «Anspruch nicht bestritten werden» konnte⁹³ – gemeint waren Österreich, die Sudetengebiete und Teile Polens. Erst wenn es das Wirtschafts- und Rüstungspotential eines durch territorialen Zuwachs sukzessive gestärkten Deutschen Reiches erlaubte, war in einer letzten militärischen Anstrengung der Lebensraum nach Osten hin in seiner endgültigen Dimension abzustecken. Denn sich auf die überkommenen Grenzen zu beschränken, erschien den Nationalsozialisten «aus wirtschaftlichen Gründen ebenso unmöglich wie aus politischen»⁹⁴.

Der östlich orientierten Lebensraumidee fügten die NS-Programmatiker sehr bald eine westliche Komponente hinzu. Ein Agrarexperte der NSDAP schrieb bereits 1931, man solle in Verfolg des Lebensraumprojektes «nicht einseitig den Blick nach Osten richten. Im Westen» wirke «jedenfalls der geringere... Gegendruck ... Schönes Ackerland» liege «auch dort im Westen; nach unseren Begriffen von Kultur und Arbeit nicht halb genutzt»⁹⁵. Kurz vor der Auslösung des Zweiten Weltkrieges gab es Stimmen in Deutschland, die sich überhaupt nicht mehr auf einen fixierten Lebensraum festlegen wollten. Man sah im Lebensraum kein statisches Gebilde mehr, sondern eine dem Ausdehnungsdrang eines Volkes gemäss variable Grösse: «Die völkische Lebensäusserung wird am sichtbarsten in der Bewegtheit der *Lebensraumgrenze*, die... ihrer Natur nach eine echte Bewegungsgrenze ist»⁹⁶.

Hitler und andere NSDAP-Führer zeigten sich bemüht, ihr staatskonjunkturelles, letztlich den Rückzug aus den internationalen Verflechtungen zugunsten der Errichtung eines ökonomischen Hegemonialraumes in Europa intendierendes Wirtschaftsprogramm nicht nur in Zusammenarbeit mit den volkswirtschaftlichen Theoretikern, sondern auch in enger Fühlungnahme mit dem industriellen Unternehmertum auszuarbeiten. Zwar beabsichtigte die NSDAP, die Legitimation zur Übernahme der politischen Verantwortung aufgrund ihres hohen Wählerpotentials zu erlangen, doch war sie sich bewusst, auch die Zustimmung und das Vertrauen der industriellen Führungseliten zu benötigen, weshalb Hitler schon zwischen 1927 und 1928 durch Vorträge vor Ruhr-Industriellen diese für seine Ziele zu gewinnen suchte, ohne dass er bereits ein konkretes Wirtschaftsprogramm hätte anbieten können. Auch wurden Fäden zu zahlreichen anderen Unternehmern geknüpft. Die vielgeäusserte Annahme, diese Bemühungen hätten die Schwerindustrie, von einzelnen führenden Köpfen einmal abgesehen, insgesamt früh für die Partei eingenommen, ist auch von Historikern, die alles andere als industriefreundlich zu nennen sind, bezweifelt worden⁹⁷.

Waren innerhalb der Partei bestimmte Zuständigkeiten bereits früh institutionalisiert worden, so gab es lange Zeit kein Gremium, das die wirtschaftlichen Fragen autorisiert

93 Albert, Wiederaufrüstung, S. 18.

94 Ebd., S. 19.

95 Willikens, Agrarpolitik, S. 46.

96 Durach, Begriff Lebensraum, S. 288.

97 Hallgarten, Hitler, S. 96.

angegangen wäre. Erst 1929 rief Hitler den ehemaligen Offizier und Freikorpsführer, Vorstands vorsitzenden einer Nähmaschinenfabrik, Otto Wagener, der auch als Dozent für Wirtschaftspolitik und Fabrikation im Hochschulbereich wirkte, in die Münchener Reichsleitung der Partei, wo er die Gründung einer Wirtschaftspolitischen Abteilung vorbereitete, die endlich am 1. Januar 1931 installiert wurde. Hier in der Wirtschaftspolitischen Abteilung sollten die praktischen Vorbereitungen getroffen werden, «die den Nationalsozialismus in die Lage versetz[t]en. ..., jederzeit mit der politischen Machtübernahme auch die Leitung des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft zu übernehmen»⁹⁸. Mit der Ernennung Wageners wurde Gottfried Feder an den Rand der Führungsgruppe innerhalb der NSDAP gedrängt. Er, der sich bis dahin als legitimer wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Partei betrachtete, verfügte als Ingenieur nur über laienhafte Einsichten in ökonomische Zusammenhänge, so dass Hitler ihn nicht für befähigt hielt, praktikable und zudem sachkundige Wirtschaftspläne zu erstellen oder später sogar in Politik umzusetzen. Zudem entzündete sich an seiner Person aufgrund der von ihm geprägten verschwommenen Formeln «Brechung der Zinsknechtschaft» und «Gemeinnutz geht vor Eigennutz» immer wieder das Misstrauen gewisser Unternehmergruppen gegenüber möglichen Sozialisierungs- und Enteignungsvorhaben der Nationalsozialisten, wenn ihnen der Griff zur Macht in absehbarer Zeit gelingen sollte. Feder verblieb zwar der Vorsitz im «Wirtschaftsrat der Reichsleitung» der Partei, doch übte er keinen entscheidenden Einfluss mehr auf die wirtschaftspolitische Meinungsbildung innerhalb der NSDAP aus. Er übernahm vielmehr das Gedankengut, das von Wageners Stab und neuen Funktionären entwickelt wurde, und trug es an die Öffentlichkeit. Innerhalb der Wirtschaftspolitischen Abteilung fand schnell eine Arbeitsteilung statt, wobei zunehmend Männer aus der Wirtschaft Funktionen übernahmen. So ging das Referat für Industrie an einen ehemaligen Mitarbeiter des Flick-Konzerns (Dr. v. Lucke), das für Handel an einen Mitarbeiter der Siemens-Schuckert AG (Cordemann, Ehemann der Enkelin von Werner Siemens). Ferner berieten Arbeitskreise die Wirtschaftspolitische Abteilung, die unter Leitung namhafter Wissenschaftler (zum Beispiel Prof. Jens Jessen, Universität Kiel) oder Repräsentanten von Industrie und Banken standen. So wirkten im «Kreis für Weltwirtschaft» massgebend ein Direktor der Deutschen Bank (v. Stauss) und ein Mitarbeiter der LG.-Farben (Dr. Fischer) mit.

Um den Dialog mit der Industrie zu intensivieren, beauftragte Hitler den frühzeitig zur NSDAP gestossenen Fabrikanten Wilhelm Keppler damit, «das Wirtschaftsprogramm der Partei in Zusammenarbeit mit den grossen Unternehmern umzugestalten»⁹⁹. Der «persönliche Wirtschaftsberater» Hitlers, dem man parteiintern eine grosse Karriere voraussagte, hatte durch die Gründung des sogenannten Keppler-Kreises entscheidende und feste Kontakte zwischen NSDAP und unternehmerischen Führungseliten hergestellt. Keppler gelang es, Fäden zu mehreren Grossindustriellen und Grossbanken, aber

98 Schmidt-Pauli, Männer um Hitler, S. 148.

99 Aussage Kepplers im Nürnberger Flick-Prozess, zit. n. Hallgarten, Hitler, S. 97.

auch zu Grosshandel und Grossagrariern zu knüpfen und schliesslich zwölf interessierte Persönlichkeiten quasi institutionalisiert zu einer Diskussions- und Arbeitsrunde zusammenschliessen, der die Aufgabe gestellt war, ein wirtschaftliches Kontrastprogramm zur Regierungspolitik zu erarbeiten und das deutsche Unternehmertum gegen die Republik und für die Übernahme der Regierungsgewalt durch den Nationalsozialismus zu gewinnen.

Vom Wirtschaftsjournalismus hing es schliesslich in hohem Masse ab, welche Resonanz die Autarkie-Ideologie bei den Vertretern der praktischen Wirtschaftsgestaltung fand. Hier kam der NSDAP zweifellos zustatten, dass die konservativ-nationale Rechte über einflussreiche wirtschaftspolitische Presseorgane verfügte und dass gerade zwei ihrer begabtesten Redakteure die Autarkie als programmatisches Gedankengut in die Partei mit einbrachten und gleichzeitig als Multiplikatoren in Unternehmerkreisen wirkten. Gemeint ist zunächst der Handelsredakteur und spätere Pressechef Hitlers, Otto Dietrich, damals für die deutschnationalistische München-Augsburger Zeitung arbeitend. Als Schwiegersohn des früheren Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes und Herausgebers des politischen Sprachrohrs des Ruhrbergbaus, der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, vermochte Dietrich den Annäherungsprozess zwischen Nationalsozialisten und der politischen Rechten positiv zu beeinflussen.

Ferner ist Walther Funk, der spätere Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident, zu erwähnen. Er trat 1930 als weiterer persönlicher Wirtschaftsberater in Hitlers Dienste. Neben seinen engen Kontakten zur Industrie besass er vor allem solche zu massgeblichen konservativen politischen Kreisen. Nicht zuletzt verband ihn ein freundschaftliches Verhältnis mit dem Reichspräsidenten v. Hindenburg.

Funk galt als Redakteur eines führenden Berliner Börsenblattes, bereits ehe er zur NSDAP stiess, als qualifizierter und gewandter Schriftsteller und Wirtschaftsfachmann, «der immer wieder von massgebenden Wirtschaftskreisen und besonders von den politischen Rechtsparteien zu Beratungen ihrer Wirtschaftsprobleme herangezogen wurde»¹⁰⁰. Er war Mitglied des bei der Wirtschaftspolitischen Abteilung angesiedelten Wirtschaftsrates der NSDAP, dem Feder vorstand, dessen Wirken Funk aber paralysieren sollte. Wie ein aufmerksamer Beobachter der politischen Szenerie im Braunen Haus in München, der Zentrale der NSDAP, meinte, hatte «Hitler einen so erfahrenen Berater und anerkannt tüchtigen Wirtschaftspolitiker» deshalb zu Rate gezogen, weil er «eine gewisse Bürgschaft dafür zu bieten» schien, sich keineswegs «in Theorien zu verirren, sondern. . . praktische Wege einzuschlagen..., die sich allerdings von den ausgefahrenen und holprigen Gleisen des heutigen Systems» – gemeint war das liberale marktwirtschaftliche Wirtschaftsprinzip – abheben sollten¹⁰¹. Funk fungierte 1931 und 1932 als einer der wichtigsten Mittelsmänner Hitlers zur deutschen Wirtschaft, und es gelang

100 Schmidt-Pauli, Männer um Hitler, S. 92.

101 Ebd., S. 95.

ihm, seine persönlichen Kontakte nutzend, so manchem Industriellen «nicht nur authentisch Rede und Antwort [zu] stehen, sondern ihn auch [zu] überzeugen und zum Förderer [zu] werben». Jeder dieser Art «erzielte Erfolg bedeutete eine moralische, politische und wirtschaftliche Stärkung der Kampfkraft der Partei und trug dazu bei, das Vorurteil zu zerstören, auch der Nationalsozialismus sei nur eine Partei des Klassenhasses und des Klassenkampfes»¹⁰².

Funk gehörte seit längerem dem Vorstand der «Gesellschaft für deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik» an, die zwar nicht das wissenschaftliche Renommee des mit ihr nicht zu verwechselnden «Vereins für Sozialpolitik»¹⁰³ besass, dafür aber als eine zentrale wirtschaftliche Interessen-, ja Lobbyistengruppe zu bezeichnen ist, in der die herausragenden deutschen Unternehmen und Wirtschaftsverbände ebenso repräsentiert waren wie Wissenschaft, Verwaltung und Politik¹⁰⁴.

Die Gesellschaft verfügte über das nominell zwar unparteiische, praktisch jedoch seit 1930 für die NS-Wirtschaftspolitik zunehmend werbende Publikationsorgan «Neue Wirtschaft», dessen Inhalt von Walther Funk als Chefredakteur verantwortet wurde. Das Blatt widmete dem Autarkiegedanken breiten Raum und äusserte seine Überzeugung, «dass das System der Nationalwirtschaft unter dem Streben starker autarkischer Tendenzen» – auch im Ausland – «die nächsten Jahrzehnte beherrschen» werde¹⁰⁵.

Von nicht zu unterschätzender Werbewirksamkeit im Sinne des Autarkiegedankens erwies sich der von Wagener «nach Verständigung mit verschiedenen Industriellen» (sic) herausgegebene Wirtschaftspolitische Presse-Dienst der NSDAP, der Publikationsorgane, wirtschaftliche Interessenverbände und Kammern mit Informationen versorgte und nach Berechnung seines Herausgebers regelmässig einen Leserkreis von über einer halben Million erreichte. Hier artikulierte sich das aussenwirtschaftliche Programm der NSDAP als «Expansion der Schlüsselindustrien» in «ein autarkes «geschlossenes Wirtschaftsgebiet' ..., das Ost- und Südosteuropa ganz umfasste»¹⁰⁶.

Aus dem hier Gesagten die Schlussfolgerung zu ziehen, das deutsche industrielle Unternehmertum sei recht frühzeitig der Faszination der NS-Formel «Autarkie im Grosswirtschaftsraum» erlegen und habe daher dem Nationalsozialismus zur Macht verholfen, wäre voreilig, ja in dieser Diktion unrichtig. Sicher ist viel mehr eine in weiten

102 Oestreich, Walther Funk, S. 84.

103 Vgl. die Schriften des Vereins für Sozialpolitik.

104 Vgl. Volkmann, Aussenwirtschaftliches Programm, S. 268 f.

105 Schürmann, Weg zur Autarkie, S. 3.

106 Schulz, Aufstieg, S. 625. Bemerkenswert ist die Darstellung von Zumpe, Wirtschaft und Staat. Obwohl aus DDR-marxistischer Sicht geschrieben, erscheinen die Nationalsozialisten nicht mehr als die Büttel des Grosskapitals und der Grossagrarier. Es wird nun eine Komplizenschaft angenommen, die bereits nahe an die These von der Interessenidentität im Sinne der hier vertretenen Ansicht heranreicht. Die Studie zeichnet sich durch Sachkunde, Materialfülle und das Bemühen zu differenzierten Urteilen aus. Auch die nichtmarxistische Historiographie wird an ihr nicht mehr vorbeikommen.

Kreisen der Grossindustrie bis Ende 1932 verbreitete Skepsis gegenüber dem Nationalsozialismus. Zu fest sass die traditionell begründete Exportorientierung, als dass man sie ohne inneren Konflikt und kurz entschlossen hätte fallenlassen können. Und zu tief wurzelte das Misstrauen gegenüber einer vermuteten Sozialisierungs- und Verstaatlichungsabsicht. Dennoch und gerade deshalb hatte sich die deutsche Wirtschaft nach dem grossen Wahlerfolg im September 1930 dazu entschlossen, die Wirtschaftsprogrammatische der NSDAP etwas genauer zu analysieren, obwohl «deren Ziele nicht einfach zu erkennen» waren¹⁰⁷. Besonders im «Revier» betrachtete man die NSDAP seit 1930 als eine nicht zu unterschätzende Kraft, weshalb nach der Herbstwahl des Jahres auch engere Kontakte zu ihr geknüpft wurden. Nach dem enormen Stimmenzuwachs der Partei fühlten sich viele Ruhrindustrielle vor die Wahl gestellt, «entweder den Nationalsozialismus von vorneherein abzulehnen... mit allen [für sie möglicherweise] schädlichen Folgen im Falle einer mit Sicherheit zu erwartenden Regierungsbeteiligung oder aber sich für ihn zu interessieren. .. Die Schwerindustrie wählte den letzteren Weg», wie einer ihrer Repräsentanten nach 1945 bekannte¹⁰⁸.

Mit andauernder Erfolglosigkeit der Präsidialkabinette bei der Krisenüberwindung und mit zunehmender Polarisierung der agrarischen und industriellen Gruppen lässt sich ein wachsender Zulauf des industriellen Unternehmertums zur NSDAP, verbunden mit dem Versuch registrieren, bewusst auf die Gestaltung des Wirtschaftsprogramms in seinem Sinne einzu wirken. Die auf der Harzburger Tagung (11. Oktober 1931) aufgebaute Front der sogenannten nationalen Opposition, der reaktionären Rechten aus Politik und Wirtschaft, war zwar nicht *für* die Nationalsozialisten, aber *gegen* die Weimarer Republik, insbesondere gegen die Regierung Brüning aufgerichtet worden. Dennoch war durch die übereinstimmende Forderung nach einem starken Staat und nach «Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit und Rüstungsausgleich» die Koalitionsfähigkeit aller teilnehmenden politischen Gruppierungen, damit auch der NSDAP, zur Regierungsmitverantwortung anerkannt worden¹⁰⁹.

Ab 1932 begann sich die Waagschale der politischen Entscheidungen im industriellen Unternehmertum und in Kreisen des Bankgewerbes ganz allmählich zugunsten der NSDAP zu senken, die mit ihrem Konzept der Staatskonjunktur und des autarken Grosswirtschaftsraumes ein Alternativprogramm zu dem der Präsidialkabinette anzubieten schien. Die jedoch immer noch deutlich sichtbare Distanz gegenüber der Partei resultierte in erster Linie aus der Furcht vor der mit ihrer proklamierten Wirtschaftspolitik zwangsläufig – in welcher Form und Intensität auch immer – verbundenen Planwirtschaft und vor der vermeintlichen Eigentumsfeindlichkeit. Um diese Bedenken auszuräumen, trat Hitler vor dem Düsseldorfer Industrie-Club auf (27. Januar 1932) und legte

107 Reupke, Nationalsozialismus, S. 7.

108 Heinrichsbauer, Schwerindustrie, S. 38.

109 Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, S. 43.

ein eindeutiges Bekenntnis zur Privatwirtschaft und zur Unternehmer-Initiative und -Verantwortlichkeit ab, die er nur in einem autoritären Staat, der dem Führerprinzip huldigte, garantiert sah. Er hielt es für widersinnig, «wirtschaftlich das Leben auf dem Gedanken der Leistung, des Persönlichkeitswertes, damit praktisch auf der Autorität der Persönlichkeit aufzubauen, politisch aber diese Autorität der Persönlichkeit zu leugnen und das Gesetz der grösseren Zahl, die Demokratie, an dessen Stelle zu schieben»¹¹⁰. Hitler versprach, den Einfluss der organisierten Arbeiterschaft auf das wirtschaftliche Geschehen zu beschneiden und die Weltwirtschaftskrise durch die territoriale Erweiterung der ökonomischen Basis des Reiches zu verbessern.

Der Erfolg dieses Vortrages ist, da er nähere Präzisionen vermied, schlecht zu beurteilen. Als sich jedenfalls im Frühjahr 1932 die politischen Verhältnisse in Deutschland immer mehr nach rechts und in Richtung auf ein autoritäres Regime hin entwickelten und eine Beteiligung an der Macht oder deren alleinige Ausübung seitens der Nationalsozialisten in den Bereich des Möglichen geriet, fehlte es dem Unternehmertum aus Unklarheit über das NS-Wirtschaftsprogramm immer noch weitgehend an der Entschlusskraft, mit der bestehenden Regierung zu brechen, zumal keine ihren Interessen besser dienende in Sicht war. Der seit Harzburg mit der NSDAP sympathisierende ehemalige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht hielt es daher für an der Zeit, die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Partei zu konkretisieren und mit denen der Industrie in Einklang zu bringen. Im Einvernehmen mit Hitler und befreundeten Unternehmern gründete er eine Studienstelle, die «bei gemeinsamer Arbeit eine völlige Übereinstimmung zwischen den Grundanschauungen des Nationalsozialismus und der Möglichkeit privater Wirtschaft erzielen» sollte¹¹¹.

Die von Banken und namhaften Konzernen auch finanziell getragene Institution kooperierte eng mit dem Keppler-Kreis. Um die Wirtschaft für eine Kanzlerschaft Hitlers zu gewinnen, bedurfte es der Eliminierung all der Programmpunkte, die Sozialisierungs- und Verstaatlichungstendenzen innerhalb der Partei sichtbar werden liessen. Folglich wurde das Sofortprogramm im Herbst 1932 eingestampft, weil es die Vergesellschaftung der Monopole und die staatliche Kontrolle der Aktiengesellschaften beinhaltete¹¹². In der Folgezeit haben die Nationalsozialisten und die mit ihnen sympathisierenden Unternehmer nichts unversucht gelassen, die Arbeitgeberfreundlichkeit der NSDAP herauszustellen. Allmählich setzte sich auch in industriellen Kreisen, die der Partei noch abwartend oder skeptisch gegenüberstanden, die Überzeugung durch, «dass der Nationalsozialismus an den echten Grundlagen der Eigenwirtschaft festzuhalten» beabsichtigte¹¹³.

110 Vortrag Hitlers, S. 10.

111 Brief Schachts, 12.4.1932 an Hitler, zit. n. Stegmann, Grossindustrie, S. 450.

112 Wirtschaftliches Sofortprogramm, S. 28 f.

113 Berliner-Börsen-Zeitung, 6.4.1932, zit. u. interpretiert in den Mitteilungen der Deutschen Arbeitgeberverbände, 15.4.1932, S. 110. Ähnlich äusserte sich ein Vertreter der Rheinischen AG für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation. Vgl. dazu Schneider, Unternehmer, S. 113.

Obwohl die November-Wahlen von 1932 der NSDAP erhebliche Stimmenverluste eintrugen, Papen aber keine zuverlässige Reichstagsmehrheit hinter sich brachte, häuften sich die Anzeichen dafür, dass ihm Industrie, Grossagrarien und Banken ihre Gunst entziehen würden. Als symptomatisch hierfür kann die in ihrer historischen Aussagekraft viel umstrittene Eingabe von Repräsentanten dieser Wirtschaftsgruppen an Hindenburg gelten, die bekanntlich Hitlers Ernennung zum Reichskanzler forderte. Zwar ist darauf verwiesen worden, dass «die politischen Überzeugungen der Unterzeichner dieser Petition. . . nicht für diese Grossunternehmer im November 1932 typisch» gewesen seien¹¹⁴, zumal die Liste der Intervenenten um bekannte Namen aus der Unternehmerprominenz hätte ergänzt werden können. Die Korrespondenz des in dieser Sache federführenden Bankiers v. Schröder enthält aber eine Reihe von Briefen repräsentativer Wirtschaftsführer, aus denen deren Unterstützung der Petition zweifelsfrei belegt ist. Sie hielten es lediglich für inopportun, in so ostentativer Form für die NSDAP und ihren Führer zu votieren¹¹⁵. Wenige Tage nach dieser Eingabe versammelte sich in Düsseldorf der Langnam-Verein, eine Organisation, die verschiedene Zweige der rheinisch-westfälischen Industrie und des Handels repräsentierte, aber auch grosse Teile der inzwischen binnenmarktorientierten Schwer- und Montanindustrie vertrat. Er stand Autarkiebestrebungen im Rahmen eines von Deutschland beherrschten Europa positiv und aufgeschlossen gegenüber. Während man in diesem Gremium «noch vor wenigen Wochen Papen zugejubelt» hatte, ergab sich nun «die überraschende Tatsache, dass fast die ganze Industrie die Berufung Hitlers, gleichgültig unter welchen Umständen», wünschte¹¹⁶. Zu Beginn des Jahres 1933 kam es zu einer Vereinbarung zwischen NSDAP und DNVP, die auf kaltem Wege, d.h. ohne Neuwahlen, die Bildung eines von Hitler geführten Koalitionskabinetts vorsah. Vorausgegangen waren Verhandlungen zwischen dem Keppeler-Kreis und Industrieführern, die eine breite Zustimmung zu dem nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramm ergaben. Man erwartete nun in weiten Kreisen des Unternehmertums «eine wirtschaftliche Konjunktur durch die Vergabe von grösseren Staatsaufträgen»¹¹⁷. Im Einzelnen rechnete man mit einer Belebung des Binnenmarktes durch die von Hitler in Aussicht gestellte Aufrüstung, mit der Ausweitung des Verkehrsnetzes und mit der damit im Zusammenhang stehenden Förderung des Automobil-, Schiff- und Flugzeugbaues durch die öffentliche Hand. Auch die IG-Farben AG schwenkte jetzt auf den Wirtschaftskurs der Partei ein. Als massgebend hierfür muss das nationalsozialistische Versprechen gelten, die mit hohem Kostenaufwand betriebene Entwicklung eines Verfahrens zur Herstellung synthetischen Benzins und Gummis im Zuge der Aufrü-

114 Turner, Faschismus, S. 25. Text der Eingabe bei Kühnl, Faschismus, S. 160ff.

115 Vgl. Volkmann, Aussenwirtschaftliches Programm, S. 272.

116 Information von Scholz, Leiter eines von den beiden Industriellen Wolff und Flick finanzierten Pressebüros, an Franz Bracht, den späteren Innenminister Schleichers, 16.11.1932, zit. n. Kühnl, Faschismus, S. 163.

117 So die Aussage des Bankiers v. Schröder vor dem Nürnberger Tribunal, zit. ebd., S. 175.

stung im grossen Umfang zu nutzen. Diese Zusage wurde untermauert durch die im «Wirtschaftlichen Aufbauprogramm der NSDAP», das anstelle des Sofortprogramms die veränderte Wahlplattform darstellte, enthaltene Absichtserklärung, im Falle einer nationalsozialistischen Regierungsübernahme die Erweiterung der heimischen Rohstoffbasis zu betreiben.

Wenn sich grosse Teile des deutschen industriellen Unternehmertums Ende 1932/Anfang 1933 – unter ökonomischen Aspekten betrachtet – mit einer von den Nationalsozialisten getragenen Regierung und mit der von dieser propagierten Wirtschaftspolitik abfinden, dann nicht nur aufgrund der inzwischen glaubhaften Versicherung der Partei, dass sie, ungeachtet der mit der Autarkiepolitik unabdingbar verknüpften Wirtschaftslenkung, «die gesamte kapitalistische Wirtschaftsordnung und das Privateigentum nicht beseitigen» werde¹¹⁸. Aus der Sicht der Unternehmer galten zwei Tatsachen als Kriterien für eine positive Bewertung der Autarkiepolitik, nämlich einmal der Verbleib der Produktionsmittel in ihrem Eigentum, verbunden mit der Möglichkeit der Gewinnmaximierung, und zum andern das Versprechen der NSDAP, die aus der Weimarer Republik überkommenen ökonomischen Probleme zu lösen, und zwar durch territoriale Expansion und Markterweiterung. «Ein einziger grosser Markt, ein vergrösserter Produktions-, Organisations- und Verkehrsraum mit seinen Möglichkeiten einer rationelleren und darum billigeren Gütererzeugung, das war es, was man herbeisehnte¹¹⁹.» Ein Grosse teil der deutschen Finanz- und Wirtschaftsrepräsentanz war daher mehr oder weniger unbedenklich bereit, mit den Nationalsozialisten seit der Jahreswende 1932/33 gemeinsame Sache zu machen¹²⁰.

Als sich die exportorientierte deutsche Industrie auf dem Weltmarkt nicht mehr in erwartetem Umfang durchzusetzen und zu behaupten wusste, fand sie zunehmend Gefallen an einer Krisenlösung, die «die Bedingungen der Mehrwertproduktion und -realisierung auf dem Binnenmarkt schlagartig zu verbessern und langfristig die territoriale Ausweitung dieses Binnenmarktes vorzubereiten» versprach, um auf diese Weise eine Alternative zur weltmarktorientierten Exportpolitik in Richtung auf eine politisch und wenn nötig militärisch zu erzwingende Markterweiterung zu realisieren¹²¹. Mit solchen Plänen und Gedankengängen war man in industriellen Kreisen ja bereits aus eigenen Überlegungen heraus vertraut. Die nationalsozialistischen Bestrebungen, «Deutschland autark zu machen, wurden von gewissen wirtschaftlichen Unternehmungen möglicherweise nicht aus Idealismus, sondern aus nackter Profitgier begrüsst, als eine Möglichkeit, den eigenen Machtbereich zu vergrössern. Das wirtschaftliche Programm Hitlers war», jedenfalls der Zeugenaussage des früh mit den Nationalsozialisten sympathisierenden Bankiers Schröder zufolge, «der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von

118 Der Grosse Brockhaus, Bd. 13, Leipzig 1932, S. 209.

119 Thiele, Grossraumwirtschaft, S. 158.

120 Differenziert bei Sohn-Rethel, Ökonomie, S. 90-99; Volkman, Politik, Wirtschaft und Aufrüstung.

121 Kadritzke, Faschismus, S. 163/164.

ihr begrüßt»¹²². Das Bestreben und der Wunsch vieler Männer der Wirtschaft zielten darauf ab, nach den wirtschaftlichen Wirren eine starke, autoritäre Regierung zu besitzen, die für längere Dauer an der Macht bleiben würde und somit die Gewähr zu bieten vermochte, die ökonomischen Probleme längerfristig zu lösen. Der Ruf nach mehr Staat wurde letztlich unüberhörbar, nachdem ein Arrangement mit der NSDAP dahingehend möglich geworden war, «dass die Wirtschaft sich selbst lenken sollte zur Lösung der von der politischen Führung gestellten Probleme». Konsolidierung der Wirtschaft bedeutete Stabilisierung der politischen Verhältnisse, und darunter verstand die Industrie nicht nur die Bekämpfung des Kommunismus, sondern die weitgehende Ausschaltung des Einflusses der organisierten Arbeiterschaft. Von einer nationalsozialistischen Regierung erwartete man ferner die Zwangsorganisation der wirtschaftlichen Verbände, die sich aber selbst lenken und repräsentieren sollten, «selbst für einen Ausgleich der Produktion zu sorgen hätten», wobei man sich über die neuen Organisationen einen gegenüber früher sogar erhöhten wirtschaftspolitischen Einfluss versprach¹²³.

Als Papens Nachfolger Schleicher begann, eine unorthodoxe Wirtschaftspolitik zu praktizieren, und ein Bündnis von «Militär und Arbeiterklasse» im Bereich des Möglichen schien, fühlte man sich industriellerseits vor eine politische Alternativentscheidung gestellt, nämlich zwischen Nationalsozialismus und Marxismus zu wählen¹²⁴. Ende 1932/Anfang 1933 war es so weit: «Die ständige Bürgerkriegsdrohung der KPD» – so wie sie jedenfalls von der Industrieführung empfunden worden sein will –, «ihre jedes europäische Denken negierende Kulturpropaganda, ihre Religionsfeindschaft..., ihr brutal angekündigtes Totalitätsprinzip» erzeugten «in immer weiteren Kreisen (auch bei sehr sachlich und verständig denkenden Personen) die Vorstellung, dass gegenüber dem Kommunismus der Nationalsozialismus das kleinere Übel sei»¹²⁵.

Während sich die Annäherung zwischen NSDAP und Industrie nur zögernd, wenn auch in Permanenz vollzog und erst an der Jahreswende 1932/33 von einer weitgehenden Interessenidentität, insbesondere zwischen Hitler und der Schwerindustrie aufgrund gemeinsamer expansiver Ziele, gesprochen werden kann, bestand aufgrund der spezifischen Verhältnisse im Agrarsektor zwischen nationalsozialistischer Partei und Landwirtschaft eine frühere und höhere Affinität. Sie resultierte nicht zuletzt aus der rassenideologisch begründeten Bedeutung, die die deutsche faschistische Bewegung dem Bauernstand als biologischer Grundsubstanz des deutschen Volkes und als potentiellem Siedlerreservoir für die Germanisierung eines einmal erweiterten deutschen Lebensraumes zumass.

122 Aussage des Bankiers v. Schröder vor dem Nürnberger Tribunal, zit. n. Kühnl, *Faschismus*, S. 175.

123 Ebd., S. 174f.

124 Turner, *Faschismus*, S. 27; vgl. Winkler, *Unternehmerverbände*, S. 368 ff.

125 Heinrichsbauer, *Schwerindustrie*, S. 36.

Daher kristallisierte sich innerhalb der NS-Programmatik relativ früh eine agrarpolitische Konzeption heraus. Lag der NS-Bauern- und Landwirtschaftspolitik bereits in den zwanziger Jahren ein rüstungs- und kriegswirtschaftlicher Impetus zugrunde, so wurde dieser noch verstärkt, als sich 1930 der Diplomlandwirt R. Walther Darré als Berater in landwirtschaftlichen Fragen der Reichsleitung der NSDAP zur Verfügung stellte. Er brachte das nötige Fachwissen, theoretisch-abstraktes Denkvermögen, gepaart mit schriftstellerischem Talent, und ein hohes Mass an Organisationsfähigkeit mit, um der Partei das bäuerliche Wählerpotential zu erschliessen. Von dem gleichen fanatischen Rassenwahn besessen wie Adolf Hitler, begriff er mit diesem «das Bauerntum als Lebensquell der nordischen Rasse»¹²⁶. In seiner «Blut- und Boden»-Theorie traf er sich mit Hitlers Vorstellungen von der Notwendigkeit der Erweiterung des deutschen Lebensraumes, und er wusste schon zur Weimarer Zeit das Fundament zu giessen, auf dem das nationalsozialistische Regime ab 1933 seine rüstungswirtschaftlich bedingte Autarkiepolitik im Agrarsektor aufbauen konnte. Darré wollte die Landwirtschaft in den Mittelpunkt des volkswirtschaftlichen Produktionsprozesses rücken. «In einer völkisch aufgebauten und geleiteten Volkswirtschaft» sollte «die Landwirtschaft, als die Wahrerin und Gewährleisterin der Ernährungsgrundlage . . . nicht ein Teil dieser Volkswirtschaft..., sondern ihre Voraussetzung» sein. Denn zur vordringlichen Aufgabe des sogenannten völkischen Staates musste es zählen, die Ernährung seiner Bevölkerung aus eigener Scholle sicherzustellen, «um sich auf diesem lebenswichtigen Gebiet nicht dem Auslande auszuliefern»¹²⁷. Wies man der Landwirtschaft die Aufgabe der Selbstversorgung eines Volkes und Staates zu, dann konnte sich die Industrie auf einen aufnahmefähigeren Binnenmarkt konzentrieren, ihre Auslandsabhängigkeit reduzieren, weil «sich sozusagen von selbst gewisse Gesetze für den Aufbau» des «inneren Marktes» ergaben. Ein dieser Art gefestigtes Staatswesen erlag in der Folge aber einem gleichsam, wie es hiess, natürlichen Expansionsdrang, denn «auch sein Verhältnis zum Raume... folgt dann gewissen Gesetzen, woraus sich wiederum seine Aussenpolitik folgerichtig ableiten» liess¹²⁸. Für Darré war es unbestritten, dass Deutschland zu wenig Raum für eine wachsende starke Rasse besass¹²⁹. Wiederum in Übereinstimmung mit Hitler hiess es auch für ihn, den «fehlenden Raum dort zu gewinnen, wo er sich... in der natürlichen Weise» anbot, nämlich im Osten¹³⁰. Durch die Blut-und-Boden-Ideologie wurde «das sittliche Recht» fixiert, «so viel Land im Osten wiederzuholen als notwendig. ... um zwischen Volkskörper und dem geopolitischen Raume einen Einklang herzu – stellen», was Kampf «auf Leben und Tod» bedeutete. Auf diese Auseinandersetzung musste – nach nationalsozialistischem Willen – das deutsche «Volk vorbereitet werden und auch

126 Titel seines 1929 in München erschienenen Buches.

127 Zur Wiedergeburt des Bauerntums, 1. 7.1931, in: Darré, Blut und Boden, S. 65.

128 Ebd., S. 66.

129 Stellung und Aufgaben des Landstandes in einem nach lebensgesetzlichen Gesichtspunkten aufgebauten deutschen Staate, 1. 9.1930, in: Darré, Erkenntnisse, S. 163.

130 Ebd., S. 164.

darauf, dass es in diesem Kampf... nur eine Losung geben» durfte: «siegen schlechthin»¹³¹.

Um die Stimmen der Bauern zu fangen, formulierte Hitler im März 1930 eine «Partei-amtliche Kundgebung über die Stellung der NSDAP zum Landvolk und zur Landwirtschaft», die folgende Leitgedanken beinhaltete:

1. Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion mit dem Ziel, «sich im Wesentlichen vom eigenen Grund und Boden zu ernähren».
2. Schaffung einer leistungsstarken Agrarwirtschaft, die über genügend Kaufkraft verfügt, um die Exportabhängigkeit der deutschen Industrie zu mindern.
3. Das deutsche Bauerntum bildet als Nährstand den «Hauptträger völkischer Gesundheit» und «den Jungbrunnen des Volkes und das Rückgrat der Wehrkraft» zur Eroberung des für notwendig erachteten Lebens- und Siedlungsraumes¹³².

Die Sympathie weiter Kreise des Agrariertums hatte sich die NS-Bewegung in zäher Arbeit bereits in der Endphase der Weimarer Republik erworben. Zwar stiess die Partei in den ersten Jahren ihres Bestehens mit ihrer im offiziellen Programm erhobenen Forderung nach einer den «nationalen Bedürfnissen angepasste[n] Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke»¹³³ zunächst bei den Grossagrariern ebenso auf Ablehnung, wie sie die Klein- und Mittelbauern um ihr Eigentum fürchten liess. Daher sah sich Hitler im April 1928 genötigt, die für unabänderbar erklärten 25 Thesen des Parteiprogramms durch die Versicherung zu ergänzen, «dass der Passus ‚Unentgeltliche Enteignung‘ nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug» habe, «Boden, der auf unrechtmässige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet» werde, «wenn nötig, zu enteignen». Da die NSDAP «auf dem Boden des Privateigentums» stehe, könne die besagte Formel lediglich «gegen die jüdischen Grundspekulationsgesellschaften», nicht aber gegen das deutsche Bauerntum gerichtet sein¹³⁴.

Einfluss auf die Agrarier gewann die Partei erst durch die mit hohem propagandistischem Aufwand verbreiteten agrarpolitischen Thesen des Jahres 1930 und durch die gleichzeitig einsetzende fachberatende Tätigkeit auf dem Land. Unter anderem wurde der sogenannte «Agrarpolitische Apparat» eingerichtet, der aus landwirtschaftlichen Experten bestand, die «sozusagen wie ein feinverzweigtes Wurzelsystem in alle ländlichen Verhältnisse eindringen, sich in ihnen so festsaugen, sie so zu umfassen trachten» sollten, «dass im Reichsgebiet schliesslich nichts mehr auf landwirtschaftlichem Gebiet geschehen» durfte, was die NSDAP «nicht [zu] übersehen und in seiner Grundlage [zu]

131 Ebd., S. 165.

132 Zit. n. Feder, Programm, S. 7; vgl. auch Merkel, Agrarpolitik, S. 87-91.

133 Feder, Programm, S. 20/21.

134 Ebd., S. 21.

beherrschen» vermochte¹³⁵. Die seit dem Spätsommer 1931 erscheinende überregionale Wochenzeitung «Nationalsozialistische Landpost» verstärkte die Einflussnahme auf die Bauernschaft, und der Erfolg solchen Bemühens um die Gunst der ländlichen Wähler blieb nicht aus.

Ein Vergleich der Reichstagswahlergebnisse der NSDAP von 1928 bis 1933 in 5 überwiegend ländlichen Wahlkreisen (Ostpreussen, Pommern, Schleswig-Holstein, Osthanover, Hessen-Darmstadt und Pfalz) mit 5 überwiegend städtischen (Berlin, Westfalen-Süd, Düsseldorf-Ost, Chemnitz-Zwickau, Merseburg, Hamburg), ergibt folgende Zahlen:

Durchschnittlicher Anteil der NSDAP in jeweils 5 Wahlkreisen:

	1928	1930	1932 (I)	1932 (II)	1933
vorwiegend ländlich	2,8	22,6	47,1	42,4	52,4

Im Jahre 1928 fiel die Differenz zwischen Stadt und Land kaum ins Gewicht. Zwei Jahre später hingegen gewann die NSDAP auf dem Land gegenüber der Stadt von 100 Wählern bereits 4,7 mehr. Diese Disproportionalität wuchs über 12,6 im Juli 1932 auf 12,8 im Jahre 1933¹³⁶.

Mit den Wahlerfolgen gewann die Agrarpolitik zunehmende Bedeutung im Agitationsplan der NSDAP, wofür die Einrichtung des Amtes für Agrarpolitik bei der Reichsleitung der Partei im Jahre 1932 spricht. Über die Gewinnung von Wählerstimmen auf dem Lande hinaus gingen die nationalsozialistischen Intentionen in Richtung auf eine Durchdringung der landwirtschaftlichen berufsständischen Organisationen. Die Voraussetzungen hierzu schienen gerade zu Beginn der dreissiger Jahre besonders günstig, weil zu der allgemeinen materiellen Not der Landwirtschaft und der wirtschaftlichen Depression im Zuge der Weltwirtschaftskrise die Unzufriedenheit der Bauern mit ihren im Konkurrenzkampf und im politischen Meinungsstreit liegenden Interessenvertretungen hinzukam. So gelang es der hemmungslosen nationalsozialistischen Propaganda- und Infiltrationstätigkeit, innerhalb eines Jahres (Herbst 1931 bis November 1932) die 1930 noch mit 19 Abgeordneten im Reichstag repräsentierte, einzige rein bäuerliche Belange vertretende «Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei» aufzureiben, deren Wähler fortan grossenteils für die NSDAP stimmten. Gleichzeitig begann die ideologische und personelle Unterwanderung der bedeutsamsten Bauernorganisation, des weitgehend grossagrarisch orientierten Reichslandbundes. Einer seiner beiden Direktoren (H. v. Sybel) knüpfte 1931 erste Verbindungen zu den Nationalsozialisten und vertrat sie

135 Rundschreiben Darrés, 27.11.1930, an den «Agrarpolitischen Apparat», zit. n. Gies, NSDAP, S. 347.

136 Vgl. ebd., S. 343, Anm. 10a.

schliesslich ab Juli 1932 im Reichstag. Ende 1931 wählte der Reichslandbund den Vertreter Darrés in der Reichsleitung der Partei zu seinem vierten Präsidenten, und im Frühjahr 1932 unterstützte er im zweiten Wahlgang offen die Kandidatur Hitlers für das Amt des Staatsoberhauptes. Diese spektakulären Erfolge wären zweifellos nicht möglich gewesen, wenn «Autarkiebestrebungen und Verherrlichung des Bauerntums, wie es in Darrés Blut- und Boden-Ideologie geschah», nicht «seit Langem Ziel politischer Bestrebungen dieses Bauernverbandes und seiner Anhänger» gewesen wären¹³⁷.

137 Ebd., S. 376; vgl. Denecke, Agrarpolitische Konzeptionen; Gessner, Agrarverbände, S. 258-263. Das Verhältnis von Nationalsozialismus und Wirtschaftsführung wird immer noch neu thematisiert. Es war auch Gegenstand einer Ringvorlesung an der Universität Augsburg. Leider hat der Referent die Problematik auf die Unterstützung Hitlers durch die Wirtschaft verengt, ohne dass es deutlich wurde, aus welchem wirtschaftspolitischen Antrieb sich die deutsche Wirtschaft letztlich von der Weimarer Republik ab- und dem Nationalsozialismus zuwandte. Die mit Hilfe renommierter Repräsentanten der Wirtschaft formulierte nationalsozialistische Alternative zur freien Markt- und Weltwirtschaft, die Autarkie im Grosswirtschaftsraum, ist dem Verfasser nicht deutlich geworden. Vgl. dazu Bernecker, Kapitalismus und Nationalsozialismus. Neebe, Grossindustrie, stellt die These in Frage, dass die Grossindustrie letztlich aufgrund der Autarkie- und Grossraumprogrammatik die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik mitgetragen habe. Ebd., S. 176ff., 274, Anm. 17. Zu einer so kurzschlüssigen Urteilsfindung kann man nur dann gelangen, wenn man ausschliesslich aus Akten arbeitet und nicht über den Zeitraum 1930 bis 1933 hinaus das Zusammengehen von Grossindustrie und Nationalsozialismus in der Wirtschaftspolitik verfolgt. Neebe fehlt der ideengeschichtliche Zugang zum Thema. Das gleiche Defizit zeigt leider auch die umfängliche und verdienstvolle Arbeit Turners über «Die Grossunternehmer und der Aufstieg Hitlers» auf. Beide Untersuchungen stützen sich ausschliesslich auf Archivunterlagen und politisch-historische Primär- und Sekundärliteratur, berücksichtigen überhaupt nicht das wirtschaftspolitische und wirtschaftstheoretische Schrifttum der von ihnen analysierten Epoche. Vgl. dazu Volkmann, Wirtschaft im Dritten Reich, T. I, insbesondere S. 23-47. Sie vermögen daher nicht, das geistige Umfeld abzustecken, in dem sich politische und wirtschaftspolitische Entscheidungen vollzogen. Beide Autoren neigen zur personalisierenden Geschichtsbetrachtung, die letztlich keine Antwort darauf weiss, warum sich die deutsche industrielle Privatwirtschaft so rasch mit dem an die Macht gekommenen Nationalsozialismus arrangierte, warum während des Dritten Reiches eine fast vollständige wirtschaftspolitische Zielidentifikation erreicht werden konnte, und darum Reibungsverluste fast ausschliesslich im organisatorisch-administrativen Bereich blieben. Turner ist immer noch stark der Totalitarismus-Theorie verhaftet. Ganz anders angelegt ist die Arbeit von Teichert, Autarkie. Sie zeigt den ideologiegeschichtlichen Hintergrund auf, vor dem Wirtschaftspolitik, insbesondere Aussenwirtschaftspolitik, im Dritten Reich möglich und praktisch realisiert wurde. Der Verfasser weist insbesondere auf die publizistische Konjunktur geopolitisch-strategischen Denkens hin, die von nicht zu unterschätzendem Einfluss auch auf die ökonomische und hier speziell aussenwirtschaftspolitische Theorie- und Programmbildung blieb. In der Studie wird der Zusammenhang von rassistisch motiviertem Expansionismus im Sinne der Lebensraumtheorie einerseits und einem machtpolitisch und schliesslich wirtschaftspolitisch motivierten Expansionismus andererseits hergestellt.

11. Die NS-Wehrwirtschaft

1. Das System der sogenannten Wehrwirtschaft

Die NSDAP propagierte mit der sogenannten Wehrwirtschaft ein in der modernen deutschen Wirtschaftsgeschichte neues Wirtschaftsprinzip. Es unterschied sich weniger durch den relativ hohen Anteil der Rüstung und ökonomischer Kriegsvorbereitungen genereller Art von anderen, vorausgegangenen Formen des Wirtschaftens, als vielmehr prinzipiell-ideologisch, weil es «von einer ganz anderen Geisteshaltung getragen» war und «anderen inneren Gesetzen gehorchte»¹, wie sie in der Gross- und Lebensraumtheorie vorformuliert waren. Unter Wehrwirtschaft verstand das NS-Regime «die Gestaltung der Volkswirtschaft im Frieden für den Krieg unter militärischen Gesichtspunkten». Das war nicht nur gleichbedeutend mit dem Primat der Rüstung im gesamtwirtschaftlichen Geschehen, sondern im Nationalsozialismus sollte «die Wirtschaftspolitik Werkzeug der Rüstungspolitik» sein, wie das Regime und seine Paladine offen zugaben². Hatten vor allem doch Militärs – unter ihnen im Besonderen die Wehrwirtschaftsexperten – aus der Tatsache, dass der Erste Weltkrieg aufgrund der unvorhergesehenen grossen Materialschlachten als Ausdruck eines modernen Krieges im technisierten Zeitalter und aufgrund der durch die Blockade bewirkten Versorgungsschwierigkeiten auch im zivilen Bereich auf zu schmaler ökonomischer Basis geführt worden war, die ihrer Überzeugung nach einzig richtige und entscheidende Lehre gezogen: Zukünftige wirtschaftliche Kriegsvorbereitungen durften sich nicht ausschliesslich auf die den operativen Aufgaben gemässe Ausstattung der Truppe beschränken. Sie mussten die Bedarfsdeckung von Wehrmacht und Zivilbevölkerung gleichermaßen sicherstellen, um Kriegsbereitschaft und Durchhaltevermögen im materiellen wie psychischen Bereich zu erzielen. Unter künftigen militärischen Konflikten, wie die Wehrmacht sie unter dem Nationalsozialismus nicht ausschloss und Hitler sie bewusst zu provozieren gedachte, verstand die militärpolitische Publizistik in Deutschland den sogenannten totalen Krieg, der «ganz andere Anforderungen an das Volk in der Bereitstellung seiner seelischen, physischen und materiellen Kräfte» stellen musste, «als es schon im Weltkrieg 1914/18 der Fall war»³. Diese Form des Krieges erforderte besondere ökonomische Vorkehrungen, das hiess Volk und Wehrmacht mussten «auch auf wirtschaftlichem Gebiet... eine gewaltige Einheit» bilden⁴. Voraussetzung hierfür war generell die Ausrichtung des ge-

1 So Reichspressechef Dietrich, zit. n. Weil, Literatur, S. 201.

2 Brockdorff, Weltwirtschaft und Weltrüstung, S. 492.

3 Ludendorff, Totaler Krieg, S. 9.

4 Ebd., S. 29.

samen wirtschaftlichen Lebens in Deutschland auf den Krieg, und zwar in Form der Umwandlung der liberal-marktwirtschaftlichen Ordnung in eine staatsdirigistische, die sogenannte Wehrwirtschaft. Ihr fiel «die Aufgabe der Vorbereitung der Gesamtwirtschaft im Frieden für den totalen Krieg» zu⁵. In der Wehrwirtschaft galt es dafür Sorge zu tragen, «dass das gesamte Wirtschafts- und Berufsleben des Volkes den Anforderungen eines totalen Krieges gerecht werden» konnte⁶. Wenn die Wehrmacht unter Wehrwirtschaft also nicht nur rüstungsökonomische Anstrengungen neben vielfältigen anderen innerhalb der Volkswirtschaft verstand, dann stimmte sie in dieser Auffassung mit führenden Politikern der NS-Zeit überein. So sah der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Brinkmann, in der Wehrwirtschaft «die neue Gestalt der Friedenswirtschaft» schlechthin, in der es im Einzelnen und konkret zwei Aufgaben zu erfüllen galt, nämlich erstens, die «Deckung des wirtschaftlichen Wehrmachtbedarfes» sicherzustellen und zweitens, die «Vorbereitung und Durchführung der wirtschaftlichen Mobilmachung» zu gewährleisten⁷.

Nach übereinstimmender Äusserung der grossen Zahl der sogenannten Wehrwirtschaftler – darunter sind Militärs, Publizisten und Wirtschaftswissenschaftler zu verstehen – hatte sich die kriegswirtschaftliche Vorbereitung in Friedenszeiten auf folgenden Gebieten zu vollziehen:

1. Feststellung des benötigten Rohstoffbedarfs für die Gesamtwirtschaft, insbesondere aber für die Versorgung der Rüstungsindustrie mit Schwerpunkt auf den Basisrohstoffen Kohle, Eisen, Kupfer, Blei, Zink u.a.;
2. die Bereitstellung von Betriebsstoffen;
3. Lagerung der im zukünftigen heimatlichen Kriegsgebiet nicht vorhandenen Güter und Rohstoffe;
4. die Erfassung aller Industrien mit ihren Produktionskapazitäten und deren notwendige Ausweitung;
5. Regelung des Arbeitseinsatzes im Blick auf die im Kriegsfall nötige Einziehung von Arbeitern zur Wehrmacht;
6. Neuordnung des Verkehrswesens unter Berücksichtigung der militärischwirtschaftlichen Verhältnisse;
7. Organisation der Ernährungswirtschaft;
8. planvolle Ausrichtung der ausserwirtschaftlichen Beziehungen unter dem Gesichtspunkt blockadesicherer Versorgung;
9. Regelung der finanziellen Deckung der Friedens- und späteren Kriegsrüstung.

Alles in allem hoben die Forderungen der Wehrwirtschaftler auf «eine planvolle, staatlicherseits durchzuführende wirtschaftliche Organisation» ab, «als deren Voraussetzung eine auf genauen statistischen Unterlagen sich gründende Beobachtung des Wirtschaftslebens» erschien⁸.

5 Zinnemann, Wechselwirkungen, S. 491.

6 Fischer, Wehrwirtschaft, S. 21.

7 Brinkmann, Wirtschaftspolitik, S. 68.

8. So der Major a. D. und Hochschullehrer Hesse, Entwicklung, S. 292.

Bereits vier Tage nach der Übernahme der Kanzlerschaft wurde die Richtung des von Hitler gesteuerten wirtschaftspolitischen Kurses deutlich, als der Regierungschef vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine die Auffassung vertrat, die derzeitige wirtschaftliche Krise lasse sich nicht mit klassischen ökonomischen Mitteln überwinden – etwa durch verstärkte deutsche Präsenz auf dem Weltmarkt –, sondern einzig durch die Ausdehnung der territorialen Basis des Reiches. Die «Steigerung d[er] Ausfuhr [sei] zwecklos» angesichts der begrenzten Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes und allenthalben übersteigter Produktion. Es bedürfe daher der Siedlung, insbesondere zur Sicherung der Ernährung, wofür allerdings der Lebensraum des deutschen Volkes nicht ausreiche, mithin zu erweitern sei. Der Aufbau der Wehrmacht bildete demzufolge die «wichtigste Voraussetzung für [die] Erreichung des Zieles:... nämlich Eroberung neuen Lebensraumes im Osten»⁹. An diesem macht- und wirtschaftspolitischen Leitthema hatte sich alles ökonomische Geschehen im Dritten Reich auszurichten. Bereits am 8. Februar 1933 machte Hitler dies seinem Kabinett unmissverständlich klar, als er die sogenannte Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes zu seinem zentralen Anliegen erhob. Die ökonomischen Weichen für die nächsten vier bis fünf Jahre stellend, forderte er während einer Haushaltsberatung «alles für die Wehrmacht», und so wurde generell beschlossen, zunächst die Mittel für den Wehrmachtbedarf sicherzustellen und erst dann zu prüfen, was man im zivilen Bereich verausgaben könne¹⁰. Damit waren die Prioritäten für den Ablauf des gesamtwirtschaftlichen Prozesses gesetzt, was konkret bedeutete, «dass die Wirtschaft des Deutschen Reiches... in erster Linie an den Bedürfnissen der deutschen Aufrüstung ausgerichtet sein» musste und «alle Sonderinteressen gegenüber diesem Ziel zurückzutreten» hatten¹¹.

Das nationalsozialistische Lebensraum- und Autarkieprogramm besass, den vorausgegangenen Bemerkungen zufolge, also nicht nur eine agitative Motivation vor 1933, sondern blieb richtungweisend für die Regierungszeit. Die Vorbereitungen zu seiner Realisierung mussten mittels der Wehrwirtschaft geschaffen werden, die sich allerdings nicht idealtypisch, so wie sie von den Theoretikern konzipiert war, durchsetzen liess. Denn die nationalsozialistischen Machthaber hatten Rücksicht zu nehmen auf die tradierten Herrschaftseliten im ökonomischen Bereich, insbesondere auf die Grosswirtschaft¹². Als Hitler die Leitung der Regierungsgeschäfte übernahm, beruhte zwar das Verhältnis von Nationalsozialismus und Grosswirtschaft auf einem hohen Mass an Interessenidentität, wobei allerdings beide Seiten gewisse Verpflichtungen übernommen hatten und zu Zugeständnissen gezwungen waren. Daher können «die Beziehungen

9 Zit. n. Vogelsang, Dokumente, S. 435.

10 Protokoll der Sitzung, 8. 2.1933, ADAP, C, Bd. I, S. 36.

11 Weil, Literatur, S. 201.

12 Mit dem Terminus Grosswirtschaft soll angedeutet werden, dass es sich hier «nicht allein um die industriellen Interessenverbände» handelt, «sondern um den Komplex der Leitung von Grossbetrieben, verflochten mit den Spitzenpositionen der Firmen der gewerblichen Wirtschaft». Hüttenberger, Polykratie, S. 423, Anm. 17.

zwischen den Herrschaftsträgern... als ein ‚Pakt‘ von Grosswirtschaft, Reichswehr und Nationalsozialismus umschrieben werden»¹³, der die Installation einer das gesamte wirtschaftliche Geschehen umfassenden Wehrwirtschaftsordnung, wie sie von militärischer Seite immer wieder nachdrücklich gefordert wurde, nicht zulies. So verblieben die Produktionsmittel weitgehend in Privathand. Ferner behielt die Grosswirtschaft die Kontrolle über die Unternehmen sowie begrenzt auch über die Märkte. Sie bestimmte zudem weiterhin das aufeinander eingespielte und zugeordnete Führungspersonal, und schliesslich verfügte sie über intakte Organisationen, mit deren Hilfe es gelingen konnte, ihre Interessen gegenüber Staat und Wehrmacht nachhaltig zu artikulieren. Andererseits hatten die Nationalsozialisten frühzeitig erkannt, dass dem Unternehmer auch innerhalb der Wehrwirtschaft ein genügender Freiraum privatwirtschaftlichen Handelns verbleiben musste: Einmal als Korrektiv gegenüber möglichen staatlichen Fehlplanungen, zum anderen, weil sie der überkommenen Meinung waren, «dass nur die freien und unabhängigen Menschen, die über ihre Arbeit und ihren Arbeitsertrag frei verfügen können, von erstem Verantwortlichkeitsgefühl erfüllt sind gegenüber ihrer Arbeit, so dass nur auf diesem Boden kraftvolle Persönlichkeiten wachsen und dass nur auf dem Boden von Freiheit und Verantwortlichkeit der Gemeinsinn gedeiht». Sie wandten sich daher gegen das Ausschalten der Unternehmerinitiative, des Gewinnstrebens und die Beseitigung der Konkurrenz¹⁴. Aus politisch-psychologischen Gründen musste auch fernerhin die volkswirtschaftliche Aufgabe in der Deckung des erkennbaren wirtschaftlichen Bedarfs bestehen, womit «der private Nutzen, das Verdienen» verbunden blieb.

Nach militärischer Auffassung konnte allerdings Freizügigkeit in der Wahl des Arbeitsplatzes, in der Preis- und Lohngestaltung sowie in der Gewinnbildung und letztlich bei Angebot und Nachfrage nur so lange gewährt bleiben, «als nicht von höherer Seite dem Staat oder einer Wirtschaftsgemeinschaft im Sinne der Wirtschaftsführung Preise und Absatz geregelt werden» mussten¹⁵. Die Wehrmacht traf sich in dieser Auffassung mit Hitlers Vorstellungen. Denn schliesslich sollte seine Politik «die Wirtschaft zwingen, zu ihrem eigenen Vorteil dem Wohle des Ganzen zu dienen», wie er das Verhältnis von Staat und Unternehmertum charakterisierte¹⁶. Wollte man in diesem arbeitsteiligen Prozess den Primat der Rüstung durch den ehrgeizigen Plan einer in wenigen Jahren weit vorangetriebenen Rüstung in die Tat umsetzen, bedurfte es einer veränderten Wirtschaftsordnung gegenüber der der Weimarer Republik, mithin eines institutionellrechtlichen Rahmens der Wirtschaft, innerhalb dessen sich das interventionistische Instrumentarium gebrauchen liess. Man benötigte ein Instrumentarium, um die rüstungsökonomischen Prioritäten zu setzen, d.h. um «die gesamte Wirtschaftspolitik unter Berücksichtigung der wehrwirtschaftlichen Notwendigkeiten zu einheitlichem Wirken» zu-

13 Ebd., S. 423.

14 Feder, *Deutscher Staat*, S. 23 f.

15 Die Begriffe der Wehr-, Friedens- und Kriegswirtschaft, S. 256/257.

16 Zit. n. Köhler, *Des Führers Wirtschaftspolitik*, S. 7.

sammenfassen zu können¹⁷. Die Wehrwirtschaft war im NS-Staat nicht deckungsgleich mit Planwirtschaft im strengen Sinne. Vielmehr beanspruchte das Regime für sich «nur die Lenkung der Wirtschaft in der staatspolitisch notwendigen Richtung», während es «die Wirtschaftsinitiative und Ausführung der einzelnen Wirtschaftsbeschlüsse der freien Entschlusskraft des Einzelnen und der freien Privatwirtschaft» zu überlassen gewillt war¹⁸. Da das NS-Regime seinen rüstungswirtschaftlichen Intentionen möglichst «nicht über den Umweg einer staatlich zu organisierenden Wirtschaftsbürokratie» nachzugehen gedachte¹⁹, suchte man nach anderen Möglichkeiten, um die Wirtschaft den rüstungspolitischen Zielsetzungen dienstbar zu machen. Eine Umgestaltung der überkommenen marktwirtschaftlichen Ordnung im Sinne einer zentralistischen Lösung erfolgte 1933 somit nicht. Man war vielmehr bestrebt, den marktwirtschaftlichen Steuerungsmechanismus der Wirtschaft durch staatliche Lenkungsmassnahmen zu beeinflussen. Das ab 1933 schrittweise installierte Wirtschaftssystem kann man als «gelenkte Marktwirtschaft» oder «organisierten Kapitalismus» typisieren²⁰: Der Staat postulierte die ökonomischen Ziele, setzte die wirtschaftlichen Prioritäten, trat selbst auch in beachtlichem Umfang als Auftraggeber auf, generell also als Steuerungsinstanz, während die Unternehmer in eigener Verantwortlichkeit gemäss den staatlichen Direktiven wirtschafteten. Fühlten die Nationalsozialisten sich doch gehalten, «die Eigengesetzlichkeiten alles Wirtschaftlichen zu beachten», weil sie befürchteten, jede Verletzung ökonomischer Eigengesetzlichkeit könne sich am Wirtschaftserfolg rächen²¹.

Dieser Furcht entsprach auch die Bereitschaft, sich auf die Form der sogenannten «Führerwirtschaft» zu beschränken, die ein gewisses Mass an Dezentralisation, Delegation und letztlich auch Selbstverwaltung im Rahmen eines unternehmerischen Verbandswesens erlaubte. Dieser vom Staat der Wirtschaft zugebilligte Handlungsspielraum musste aber dort enden, «wo die grossen Vorzüge der Mitverantwortung und der privaten Initiative von den Nachteilen einer Gefährdung der Planeinheit und des reibungslosen Planvollzuges aufgewogen» zu werden drohten. Wenn also das NS-Regime auf die Installierung eines perfekten planwirtschaftlichen Systems verzichtete, ihm vielmehr der Kompromiss zwischen staatlichem Dirigismus und unternehmerischer Eigenverantwortung als ideales Kennzeichen der Wehrwirtschaft vorschwebte, so musste die politische Führung doch zur Durchsetzung ihres rüstungsökonomischen Willens über «vollständige Register aller nur denkbaren Intensitätsstufen, angefangen beim Befehl in Form von Geboten und Verboten über Rahmenanweisungen, Richtlinien und Empfehlungen, Ratschläge und finanzielle Vergünstigungen bis zum freien Gewährenlassen» verfügen²².

17 Korfes, Wehrwirtschaftslehre, S. 53.

18 Fischer, Wehrwirtschaft, S. 26.

19 Rede Hitlers vor dem Reichstag, 23. 3.1933, zit. n. Schulthess 1933, S. 70.

20 Vgl. Rubbert, Marktwirtschaft; Schweitzer, Organisierter Kapitalismus.

21 Goebel, Durchführung, S. 157.

22 Weigmann, Problemlage, S. 33.

Um die staatlichen Aufgaben in wirtschaftliche Produktion umsetzen zu können, proklamierte die nationalsozialistische Regierung zunächst das Prinzip der «ständischen Selbstverwaltung», das heisst in ständischen Korporationen zusammengefasste Zweige der Wirtschaft sollten den staatlichen Willen empfangen und an die Betriebe weiterleiten. Umgekehrt fiel ihnen die Haftung für das unternehmerische Verhalten gegenüber dem politischen Auftraggeber zu²³.

Beabsichtigte man, «die Bedingungen des Wirtschaftsprozesses so zu gestalten, dass sich die Wirtschaftssubjekte in Verfolgung eigenbestimmter Interessen den gesamtwirtschaftlichen Zielen optimal anpass[t]en»²⁴, musste es zu den vordringlichsten Aufgaben der nationalsozialistischen Regierung zählen, die aus der Weimarer Zeit überkommenen wirtschaftlichen Verbände und Vereinigungen organisatorisch umzugestalten und/oder ihnen veränderte Aufgaben zuzuweisen bzw. sie personell umzustrukturieren. Und dies aus zwei Gründen:

1. Um sie ihres politischen Einflusses zu berauben. Denn «in einem starken Staate», so argumentierte das NS-Regime, «braucht die Wirtschaft keine politische Organisation» mehr. Was ihr zugestanden werden sollte, das war «eine Koalition zur Vertretung der Berufsangelegenheiten ihrer Zweige» auf der Grundlage des Ständegedankens²⁵. Den führenden Persönlichkeiten an der Spitze solcher Berufsvertretungen mussten ganz andere Aufgaben zufallen, «als etwa nach der Art eines politischen Führers Wirtschaftspolitik zu machen». Es war zukünftig auszuschliessen, dass die sogenannten Wirtschaftsführer der nationalsozialistischen Politik Widerstand entgegensezten. Vielmehr mussten sie dieser «Vorschub» leisten²⁶.
2. Um sie als Transmissionsstellen zur Übertragung des rüstungsökonomisch bestimmten staatlichen Willens auf den gesamtwirtschaftlichen Prozess zu verwenden. Denn «die staatliche Führung der Wirtschaft, die keine Planwirtschaft, wohl aber eine planvolle Wirtschaftslenkung in Richtung der staatspolitischen Ziele anstelle einer freien Wirtschaft bedeutet, fordert eine Beseitigung des vielgestaltigen, ja teilweise chaotischen Verbandswesens und die Ersetzung durch einen sinnvoll gegliederten Aufbau»²⁷. Bildete doch die Wehrwirtschaft ein ökonomisches System, dessen «Inhalt... nicht von den Wirtschaftenden bestimmt» wurde, «sondern aus der Richtung ausserwirtschaftlicher Begebenheiten, in der Hauptsache von der politischen und militärischen Führung»²⁸.

Im Mittelpunkt der NS-Verbandspolitik stand zunächst das Bestreben nach Konzentration, also nach Zusammenfassung parallel oder konkurrierend wirkender Organisationen, denn es war «den Behörden... angenehmer, mit wenigen Grossen als mit vielen Kleinen zu verkehren»²⁹. Dieser von Partei und Staatsführung geäusserte Steuerungsanspruch stiess bei Interessengruppen und Verbänden lediglich auf schwachen Wider-

23 Vgl. Krüger, Berufsständischer Gedanke.

24 Hegelheimer, Wirtschaftslenkung, S. 45.

25 Köhler, Des Führers Wirtschaftspolitik, S. 13.

26 Ebd., S. 14.

27 Völtzer, Sozialismus, S. 15.

28 Goebel, Durchführung, S. 156.

29 Lenel, Ursachen, S. 348.

stand³⁰, zumal bereits im Laufe des Sommers 1933 kaum noch Zweifel darüber bestehen konnten, dass staatliche Führung der Wirtschaft im nationalsozialistischen Sinne nicht eigentlich Planwirtschaft in ihrer ganzen Totalität bedeutete, sondern nur eine planvolle, an den staatspolitischen Zielen orientierte Wirtschaftslenkung an Stelle einer marktwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaftsordnung.

2. Organisation und Lenkung der Landwirtschaft

Wie der Reichsbauernführer R. Walther Darré in einer Denkschrift an Hitler schrieb, stand «die ganze Arbeit der Agrarpolitik seit der Machtergreifung. .. bereits unter dem Zeichen der Vorbereitung für einen eventuellen Krieg»³¹. Wenn der «Führer» in seiner Regierungserklärung vom 2. Februar 1933 die «Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährungs- und damit Lebensgrundlage der Nation» zum Gebot der Stunde erhob³² und die Landwirtschaft binnen vier Jahren der Verelendung entreissen wollte, sollte dies der agrarwirtschaftlichen Selbstversorgung unter dem Aspekt blockadesicherer Rüstung dienen. Konnte doch – der NS-Terminologie folgend – «die Wehrfreiheit des deutschen Volkes... auf die Dauer nur dann gesichert werden, wenn... auch die Nahrungsfreiheit gegeben» war. Aus dieser Überzeugung heraus musste es «zuerst einmal zu einer planvollen Ordnung der Erzeugung» kommen, mussten die Voraussetzungen geschaffen werden, um «die Erzeugung bis zum letzten Bauernhof hinaus zu übersehen und zu lenken»³³. Um dieses Ziel zu erreichen, unterzog man die Bauernschaft als erste Berufsgruppe nach 1933 der sogenannten «Gleichschaltung».

Die Ausrichtung der Landwirtschaft auf die rüstungsökonomischen Bedürfnisse des NS-Regimes vollzog sich in einer ersten Phase als Unifizierung des Verbandswesens, die von den Nationalsozialisten als sogenannte «ständische Neugliederung» bezeichnet wurde. Sie führte in Anbetracht der vor 1933 von der Partei geleisteten agitativ-subversiven Tätigkeit innerhalb des agrarpolitischen Verbandswesens zu raschem Erfolg. Im Frühjahr 1933 wurde mit der Neuorganisation begonnen³⁴. Der Reichslandbund betrieb – bereits von der NSDAP unterwandert – nach den Märzahlen selbst die sogenannte Gleichschaltung der agrarischen Interessenorganisationen mit dem von Hitler repräsentierten Staat und rief zur «Sammlung der Landwirtschaft» auf. Die grossagrarische Stan-

30 Vgl. Esenwein-Rothe, Wirtschaftsverbände, S. 5.

31 Herferth, Faschistischer Reichsnährstand, S. 1054.

32 Schulthess 1933, S. 36.

33 Hauptabteilungsleiter des Reichsnährstandes, Brummenbaum, 1935, auf einer Versammlung der «Bauernführer» in Goslar, zit. n. Hoefl, Agrarpolitik des deutschen Faschismus, S. 1226.

34 Zu den vom NS-Regime erlassenen Verordnungen und Gesetzen vgl. Chronik der Agrarpolitik.

desvertretung hielt die Neugestaltung der landwirtschaftlichen Verhältnisse in ihrem Sinne nur dann für gewährleistet, «wenn zunächst im ganzen Reichsgebiet eine Gleichschaltung des agrarpolitischen Apparates und der Bauernschaften der NSDAP mit dem Landbund durchgeführt» wurde³⁵. Und so übernahm am 4. April die sogenannte «Reichsführergemeinschaft» als Standesrepräsentanz des gesamten deutschen Bauerntums dessen Vertretung nach aussen. An ihre Spitze trat R. Walther Darré. Bereits einen Tag später sagte der Deutsche Landwirtschaftsrat als Dachorganisation der Landwirtschaftskammern «der Regierung der nationalen Erhebung rückhaltlose und geschlossene Gefolgschaft und Unterstützung» zu³⁶ und wählte im Mai 1933 konsequenterweise Darré zu seinem Präsidenten, nachdem sich ihm im Vormonat schon der Raiffeisen-Verband unterstellt hatte, gefolgt vom Präsidium des Landhandelsbundes³⁷. Am 13. September 1933 erliess die Reichsregierung durch Darré, nunmehr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, ein Gesetz, demzufolge die verschiedenen Zweige der Agrarwirtschaft (dazu zählten auch Forstwirtschaft, Gartenbau, Fischerei und Jagd sowie die landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Landhandel und die Be- und Verarbeiter landwirtschaftlicher Erzeugnisse) im Reichsnährstand als Zentralverband durch Zwangsmitgliedschaft organisatorisch zu erfassen war³⁸. Anfang 1934 gliederte man die landwirtschaftlichen Genossenschaften dem Reichsnährstand ein. Das neue Repräsentativorgan fungierte aber nicht nur als Standesvertretung, sondern mit dem Reichsnährstand hatte sich das NS-Regime ein Instrument geschaffen, das «die Menschen mit ihren Höfen, also die ganze Erzeugunggrundlage gleichsam wie eine gut organisierte und disziplinierte Armee fest in die Hand einer Führung» gab³⁹. Der Dienst- und Fachaufsicht des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft unterstellt und der Prüfung des Rechnungshofes unterworfen, fungierte der Reichsnährstand als staatlich institutionalisierte Zwangsorganisation zur Neuregelung der gesamten Ernährungswirtschaft unter dem Aspekt für notwendig erachteter regelnder und planender Eingriffe. Ihm oblag vor allem die Durchführung der zwischen 1934 und 1935 geschaffenen Marktordnung als Vorstufe der späteren Kriegsernährungsordnung. Denn «zwischen der auf Marktordnung beruhenden Friedenswirtschaft und der Kriegswirtschaft [bestand] kein Unterschied der Art, sondern nur dem Grade nach»⁴⁰. Marktverbände legten fortan nicht nur die Preise für landwirtschaftliche Produkte fest, sondern regelten auch Transport und Absatz und bestimmten letztlich die vom Staat eingeführten Ablieferungskontingente.

35 Hannoverscher Landbund, 24. 4.1933, zit. n. Hoefl, Agrarpolitik des deutschen Imperialismus, S. 33.

36 Zit. n. Fischer, Wirtschaftspolitik, S. 78.

37 Vgl. Herferth, Reichsnährstand, S. 80 ff.

38 Vgl. Farquharson, Plough, S. 43ff.; vgl. zur Gesamthematik der Agrarpolitik des Nationalsozialismus das entsprechende Kapitel bei Henning, Landwirtschaft, S. 211-228. Der Verf. erkennt die kriegsvorbereitende Funktion der Landwirtschaftspolitik.

39 Reischle, Kann man Deutschland aushungern, S. 85.

40 Merkel/Wöhrmann, Bauernrecht, S. 37. Vgl. Herferth, Reichsnährstand.

Auf diese Weise bot die Marktordnung «durch die in ihr bereits im Frieden und für Friedenszeiten geleistete Vorarbeit die Grundlage, auf der sich die gesamte kriegsernährungswirtschaftliche Lebensmittelverteilung aufbauen konnte»⁴¹. Eine konsequent eingehaltene und durchgeführte Marktordnung erschien der *NS-Regierung* zur Lösung der kriegsvorbereitenden agrarwirtschaftlichen Aufgaben, insbesondere zur Sicherung der Ernährungsgrundlage, unentbehrlich. Sie galt als Garantie dafür, dass Mangelerscheinungen und mögliche Schwierigkeiten durch eine geordnete Bevorratung überwunden bzw. ausgeschaltet und unzuverlässige Betriebe kontrolliert sowie Preisauftrieb-Tendenzen, wenn nötig, entgegengewirkt werden konnte⁴². Denn mit dem System von Abnahmegarantie und Festpreisen verband sich die Absicht, langfristig die Verbraucherpreise niedrig zu halten und indirekt «die Industrielöhne als wichtigsten Kostenfaktor der Aufrüstung zu stabilisieren»⁴³.

Diesem Bestreben wirkte allerdings die programmatische Absicht der *Partei* entgegen, das Einkommen der Landwirte zu verbessern, nicht zuletzt mit der Intention, der Landflucht zu begegnen. Tatsächlich lässt sich bis Ende 1934 ein Preisanstieg für landwirtschaftliche Erzeugnisse verzeichnen, der die im Verlauf der Weltwirtschaftskrise eingetretenen Einkommensverluste zu kompensieren suchte. Immerhin kletterten die Erzeugerpreise in der Landwirtschaft zwischen Februar 1933 und November 1934 gegenüber 1932 um rund 30%. Um aber die Rüstungsausgaben kalkulierbar zu halten, mussten die Bauern schliesslich zugunsten relativ stabiler Industrielöhne preispolitisch und damit einkommensmässig zurückstecken. Im Interesse einer erfolgreichen Durchführung der proklamierten landwirtschaftlichen «Erzeugungsschlacht», die ja weitgehend identisch war mit den rüstungswirtschaftlichen Anstrengungen, durfte eine wesentliche Erhöhung der Verbraucherpreise für agrarische Produkte keinesfalls stattfinden.

Die Entwicklung der Agrarpreise⁴⁴

Erzeugnisse	1928/29 (je dz)	1938/39 (je dz)	Veränderungen (in v. H.)
Schweine	142,00 RM	100,00 RM	-30
Rinder	75,00 RM	68,00 RM	- 9
Roggen	21,10 RM	18,40 RM	-13
Weizen	21,60 RM	20,00 RM	- 7
Kartoffeln	5,80 RM	5,00 RM	-14
Gemüse	16,60 RM	11,60 RM	-30
Butter	352,00 RM	254,00 RM	-28
Eier (je 100 St)	10,20 RM	8,20 RM	-20

41 Reischle, Agrarpolitik, S. 74.

42 Merkel, Agrarpolitik, S. 83.

43 Kruedener, Zielkonflikt, S. 348.

44 Reischle, Agrarpolitik, S. 57. Vgl. zur Preisentwicklung in der Landwirtschaft bis 1936 Barkai, Wirtschaftssystem, S. 147f.

den. Und so wurde die landwirtschaftliche Marktordnung letztlich bestimmt von der «Rücksichtnahme auf die Kaufkraft der städtischen Verbraucherschaft, insbesondere der industriellen Arbeiterschaft»⁴⁵. Schliesslich hinkten die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse hinter denen der Jahre 1928/29 her⁴⁶.

Mit Befriedigung konnten Agrarpolitiker konstatieren, dass die landwirtschaftlichen Erzeuger-Festpreise während der Aufrüstungsphase zur «Stabilisierung der Relation zwischen den Arbeitslöhnen und den Preisen der wichtigsten Nahrungsmittel auf einem für das grosse Rüstungskapital günstigen Niveau» blieben⁴⁷.

Endlich ist das Reichserbhofgesetz (29. September 1933)⁴⁸ nicht ausschliesslich, aber auch unter kriegswirtschaftlichen Aspekten zu beurteilen. Es beschnitt das Verfügungsrecht des Eigentümers von Höfen in der Grösse zwischen 7,5 und 125 Hektar (in der Praxis gab es nach oben keine Limitierung), die fortan unveräusserlich waren. Man band so die Bauern und ihre Erben an die Scholle und verfügte dieser Art über ein nahezu konstantes Arbeitskräftepotential; ihm rechnete man bewusst Kinder, Frauen und Familienangehörige im Rentenalter zu, nachdem der Sog der Rüstungsindustrie sehr schnell eine Landflucht auslöste. Zudem führte das Gesetz zu einem Konzentrationsprozess auf Kosten der kleinen Bauern. Bis 1939 stieg die Grösse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe von 13,6 auf 18,5 ha, d.h. um über 35%, was dem Streben der Regierung nach Mechanisierung und Flurbereinigung entgegenkam. Ohne das Reichserbhofgesetz hätten, so gab man sich im Reichsnährstand überzeugt, «die wirtschaftlichen Aufgaben, die dem deutschen Landvolk... gestellt» waren, «gar nicht bewältigt werden» können⁴⁹.

Bemerkenswert ist, dass die Zwangsorganisation im agrarwirtschaftlichen Bereich zunächst fast ausschliesslich durch Repräsentanten der Partei, d.h. praktisch ohne Einflussnahme, ja unter Aushöhlung der Kompetenzen und Verantwortlichkeit des zuständigen Ministeriums erfolgte, zumindest so lange, wie Hugenberg das Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerium in Personalunion führte. Als Darré am 27. Juni 1933 das Landwirtschafts- und Ernährungsressort übernahm, geriet die Agrarpolitik in die Hand eines Mannes, bei dem alle wichtigen Fäden des agrarischen Produktions- und Verteilungssystems zusammenliefen. Der Agrar- und Ernährungssektor blieb bis 1945 fest in der Verantwortung und unter der Kontrolle der Partei, auch personell. Nur hier gelang eine echte Symbiose von Partei und Staat, zumal alle wichtigen Partei- und Organisationsposten mit staatlich-administrativen gekoppelt waren. Versuche, dieses Modell auf die gewerbliche Wirtschaft zu übertragen, schlugen fehl.

45 Meinhold, Grundlagen, S. 60.

46 Gefüge und Ordnung, S. 124.

47 Nachlass Hoernle, zit. n. Melzer, Studien, S. 28.

48 RGBI. 1933.1. S. 685.

49 Reischle, Agrarpolitik, S. 24.

3. Die Ausrichtung der gewerblichen Wirtschaft auf die Rüstungsbedürfnisse

Bereits vor der Bildung der nationalsozialistisch geführten Regierungskoalition Ende Januar 1933 hatte es die NSDAP verstanden, die verschiedenen Gruppen des gewerblichen Mittelstandes weitgehend für sich einzunehmen⁵⁰. Die seit Ende 1929 wirkende Weltwirtschaftskrise traf Handel, Handwerk und kleine Unternehmer besonders hart und machte sie empfänglich für die Parolen der NSDAP, von der man sich eine Verbesserung der ökonomischen Situation versprach. «Ideologische Durchdringung, politische Lenkung, wirtschaftliche ‚Aktionen‘ und organisierte Infiltrationen» seitens der Partei «hatten eine tiefgreifende Wirkung» gezeigt⁵¹. Der gewerbliche Mittelstand führte seine ökonomische Misere nicht nur auf die Weltwirtschaftskrise, sondern auch auf seine politische Isolation zurück. Zwischen den einflussreichen industriellen und agrarischen Interessenverbänden und der gut organisierten Arbeiterschaft stehend, geriet er politisch wie wirtschaftlich zwischen die Fronten. Aus dieser Situation heraus hatten Handel und Handwerk in der Weimarer Republik schon vor der Weltwirtschaftskrise nicht nur nach einer materiellen Besserung gerufen, sondern, wie der Reichsverband des Deutschen Handwerks Ende 1931 der Reichsregierung gegenüber erklärte, «eine grundsätzliche Wandlung der deutschen Wirtschaftspolitik verlangt, weil die einseitige Bevorzugung der kapitalistischen und gewerkschaftlichen Kräfte in Verbindung mit eigener Wirtschaftsführung der öffentlichen Hand den Lebensraum der gewerblichen Mittelschicht immer mehr eingeengt» hatte⁵². Handel und Handwerk sahen sich hilflos den Interessen kollektivistischer Kräfte ausgesetzt und sehnten sich nach einem gesicherten Platz innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung, und zwar gleichrangig neben anderen wirtschaftlichen Gruppen. Dieser gleichsam nostalgischen Sehnsucht nach einem am Mittelalter orientierten Zunftsystem entsprach die NSDAP durch ihr programmatisches Bekenntnis zu einem wie auch immer gearteten Ständestaat, zu einer ständischen Neugliederung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, die Handwerk und Handel Aussicht auf Gleichberechtigung innerhalb der Hierarchie der wirtschaftspolitischen Führungseliten eröffnete. Da das Parteiprogramm «die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung» postulierte⁵³, gelang der NSDAP eine den landwirtschaftlichen Organisationen vergleichbare personelle Durchdringung der Korporationen des gewerblichen Mittelstandes, was eine gute Ausgangsbasis für deren spätere Ausrichtung auf die Ziele des Nationalsozialismus bedeutete. Neben der Zusammenfassung der in Produktion, Verarbeitung und Handel tätigen landwirtschaftlichen Kräfte im

50 Vgl. Winkler, Mittelstand.

51 Schweitzer, Mittelstand, S. 25.

52 Memorandum des Reichsverbands des Deutschen Handwerks, 25.11.1933, zit. n. Chesi, Struktur der Handwerksorganisation, S. 25.

53 Feder, Programm, S. 20.

Reichsnährstand schien 1933 auch Organisation von Handel und Handwerk nach ständischen Prinzipien erfolgreich zu verlaufen. Die Nationalsozialisten brachten zunächst Handwerks- und Handelsverbände unter ihre Kontrolle, indem Mitglieder des NS-Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand in die entsprechenden Führungsgremien und -positionen eindringen. Doch weckten die Aktivitäten der Protagonisten des Ständegedankens vor allen Dingen bei Hitler im Laufe des Jahres 1933 die Befürchtung, hier könne eine Berufs- und Standesorganisation «in nationalsozialistischem Gewände» zu einer unkontrollierbaren politischen und wirtschaftlichen Potenz anwachsen. Zwar wurde am 3. Mai 1933 die Bildung von Ständen und Berufskammern proklamiert, und es gelang auch, für das Handwerk einen Reichsstand zu gründen (1. Oktober 1933), zu dessen Präsidenten der Leiter des Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand ernannt wurde.

Doch Preussischer Ministerpräsident (Göring) und Reichswirtschaftsminister (Hugenberg) sahen sich noch im Frühsommer 1933 veranlasst, dem Bemühen um eine ständische Formierung innerhalb des gewerblichen Mittelstandes entgegenzuarbeiten. Handel und Handwerk wurden in sogenannten Reichsgruppen korporativ zusammengefasst, nachdem der Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand aufgelöst beziehungsweise in anderen Organisationen aufgegangen war. Diese Umstrukturierung vollzog sich parallel zur Neugestaltung des industriellen Verbandswesens⁵⁴.

Der gewerbliche Mittelstand wurde staatlicherseits straff organisiert, wie sich am Beispiel des innerhalb der Wehrwirtschaft wichtigsten mittelständischen Gewerbes, des Handwerks, demonstrieren lässt. Um die Rüstungsaufträge gezielt vergeben und ihre Ausführung überwachen zu können, schaltete man zwischen den Reichshandwerksmeister als Repräsentanten des Reichsstandes des deutschen Handwerks und die Betriebe eine Reichszentrale für handwerkliche Lieferungen, die über fachliche Landesliefergenossenschaften die Auftragsvergabe vornahm. Durch diese Gliederung wurde die wirtschaftliche Mobilmachung zwecks Aufrüstung ausserordentlich erleichtert. Wenn «das Handwerk besondere Stellen geschaffen hat, die grössere Aufträge entgegennehmen und für ihre Aufteilung und Ausführung sorgen» konnten, so war das «vom Standpunkt der Landesverteidigung aus zu begrüßen»⁵⁵. Um dieses dirigistische System effektiver zu gestalten, gleichzeitig aber auch Facharbeiter für die Industrie freizubekommen, zielte die Handwerkspolitik auf eine radikale Verminderung insbesondere der kleineren Betriebe ab, zum Beispiel durch die dritte Handwerksverordnung (18. Januar 1935), derzufolge sich die Zahl der Handwerksbetriebe zwischen 1936 und 1938 um 153390 verringerte⁵⁶. Eine Durchführungsverordnung zum Vierjahresplan (1. Vierteljahr 1939) bot die Handhabe zur Durchkämmung des Handwerks auf «lebensunfähige» und personell überbesetzte Handwerksbetriebe zu dem Zweck, deren Inhaber bzw. deren dort tätige

54 Vgl. Kapitel II/2.

55 Vorwerk, Berufsständische Ordnung, S. 326.

56 Festigung der Handwerkswirtschaft, S. 129.

Handwerker als eventuell umzuschulende Facharbeiter «an volkswirtschaftlich notwendige und nützlichere Aufgaben» im Bereich der Aufrüstung heranzuführen⁵⁷. Der Reichsstand des Deutschen Handwerks zog ein dichtes Netz von Liefergenossenschaften über das ganze Reich, so dass das Handwerk nach eigener Einschätzung seines Stellenwertes «einen dezentralisierten, schwer verwundbaren Teil der Wehrwirtschaft» bildete⁵⁸. Tatsächlich waren Wehrmächtaufträge ein bevorzugtes Arbeitsgebiet der Handwerksorganisation, die beispielsweise die Verantwortung für die Ausführung der Hälfte der Befestigungen an der Westgrenze übernahm. Bekleidung, Ausrüstung und Feldwagen der bewaffneten Macht stammten zum grossen Teil aus Handwerksbetrieben. Nicht zu vergessen sind die grossen Bauaufträge, die dem Handwerk auf dem Sektor des Kasernen- und Wohnungsbauwesens für Wehrmachtbedienstete zufließen.

Dessenungeachtet kann nicht übersehen werden, dass das Handwerk, entgegen der proklamierten Mittelstandspolitik der NSDAP, weitgehend den Interessen der Rüstung, das heisst den Interessen der für die moderne Serien- und Massenproduktion vom Staat favorisierten Grossindustrie geopfert wurde und nur da seine Existenzberechtigung behielt, wo es der Kriegsvorbereitung und der Kriegführung selbst diente beziehungsweise für die Bevölkerung unverzichtbare Dienstleistungen erbrachte.

Die Neuordnung und Konzentration des industriellen Verbandswesens vollzog sich in mehreren Phasen, wobei die erste Umorientierung auch unter dem Motto «ständische Neuorganisation» verlief und sowohl von den Stände-Ideologen der NSDAP wie auch von den Interessenvertretungen der Industrie, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, betrieben wurde. Sie mündete in die korporative Neugestaltung der gesamten gewerblichen Wirtschaft. Während die Partei-Ideologen dem Einfluss der NSDAP auf das Wirtschaftsgeschehen – nicht zuletzt durch eine personelle Durchdringung des industriellen Verbandswesens – Geltung zu verschaffen suchten, beschritt die Industrie den Weg der sogenannten Selbstgleichschaltung mit dem Hintergedanken des Erhalts der institutioneilen Selbstverwaltung. Bereits kurz nach den von den Nationalsozialisten mit eindeutiger Mehrheit gewonnenen, aber manipulierten Reichstagswahlen vom März 1933 fühlte sich Krupp als Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie genötigt, Hitler gegenüber zu versichern, dass sich «die deutsche Industrie ... als einen wichtigen und unentbehrlichen Faktor für den nationalen Aufbau» betrachte und daher bereit sei, «an dieser Aufgabe mitzuwirken»⁵⁹. Vorschläge für eine Vereinfachung des Verbandswesens bei gleichzeitiger Durchsetzung des Führerprinzips folgten, konnten aber nicht verhindern, dass der NSDAP-Wirtschaftsexperte Wagener und ein weiterer Parteifunktionär zu Reichskommissaren für den Reichsverband der Deutschen Industrie

57 Goetze, Festigung, S. 123.

58 Handwerk. Helfer der Wehrmacht. S. 1.

59 Schreiben Krupps an Hitler, 24. 3.1933, zit. n. Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht, S. 83/ 84.

3. Die Ausrichtung der gewerblichen Wirtschaft auf die Rüstungsbedürfnisse 261

bzw. für die übrigen gewerblichen Wirtschafts Vertretungen ernannt wurden. Doch ehe sie tätig zu werden vermochten, schloss sich im Juni 1933 die «Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände» mit dem «Reichsverband der Deutschen Industrie» zum «Reichsstand der Deutschen Industrie» auf freiwilliger Basis zusammen. Ziel dieser Fusion, die in Vollzug des von der NSDAP seit ihrer Gründung proklamierten Ständege-dankens geschah, war es, sich in gewissem Masse der Kontrolle und Einflussnahme von Staat und Partei zu entziehen, wobei man gleichzeitig die Bereitschaft bekundete, eine «Synthese zwischen der politischen Führung und den wirtschaftlichen Notwendigkeiten» finden zu wollen⁶⁰. Mit diesem Schritt zog die Industrie gegenüber Handel und Handwerk nach. Unter dem Stichwort «Rationalisierung des Verbands wesens» führte Krupp von Bohlen und Halbach als Präsident des neuen industriellen Dachverbandes nun das Führerprinzip ein, das heisst, es wurde die Zahl der Entscheidungsträger in den Mitgliedsorganisationen auf einen reduziert. Zum anderen versagte der Reichsstand kleineren Interessenvertretungen als solchen die Anerkennung und sorgte so für eine Straffung des industriellen Verbands wesens.

Zur Absicherung gegenüber Eingriffen der Partei wurde demonstrativ ein aus den Rei-hen der Industrie stammender NS-Ideologe zum Geschäftsführer berufen, der ein stän-disches Korporationswesen befürwortete, allerdings «nicht auf Kosten der grosswirt-schaftlichen und unternehmerischen Selbständigkeit». Seiner Konzeption zufolge musste es genügen, «die auf privatrechtlichen Verträgen beruhenden Spitzenverbände in staatliche oder halbstaatliche Organisationen zu überführen, um den Willen der Partei zur ständischen Neugliederung zu verwirklichen»⁶¹. Der frühzeitig zur NSDAP ge-stossene Grossindustrielle Fritz Thyssen errichtete im Frühjahr 1933 sogar mit Zustimmung Hitlers in Düsseldorf ein Institut für Ständewesen, das gegen den nationalsoziali-stischen Kampfband für den gewerblichen Mittelstand Front machte und versuchte, im Rahmen eines Ständewesens industrielle Interessen gegenüber staatlichen und parteili-chen Ansprüchen und Anliegen zu schützen und durchzusetzen. Der Institution blieb aber nur eine kurze Lebensdauer beschieden, nämlich bis 1935.

Führende NSDAP-Funktionäre, an ihrer Spitze Hitler, sahen diese ständisch-korporati-ven Selbstverwaltungsorganisationen als untauglich zur Durchsetzung rüstungswirt-schaftlicher Lenkungsmaßnahmen an⁶², weshalb sie seit Sommer 1933 im industrie-wirtschaftlichen Bereich nicht mehr angestrebt wurden. Der den Deutschnationalen Hu-genberg ablösende parteilose Reichswirtschaftsminister Schmitt betrieb den sogenann-ten «organischen Aufbau» der gewerblichen Wirtschaft, also keinen ständischen mehr, um «in bisher einzig dastehender Weise die Möglichkeiten des Vollzugs des Willens

60 Schreiben Krupps an Hitler, 4. und 25.4.1933, zit. n. Bracher/Sauer/Schulz, Machtergreifung, S. 632.

61 Memorandum Reupkes, Mitglied der NSDAP und des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, 1. Quartal 1933, zit. n. Esenwein-Rothe, Wirtschaftsverbände, S. 192.

62 Vgl. Rede Darrés vor dem Ausschuss für Wirtschafts- und Sozialpolitik der RDI, 11.1.1934, in der auf zukünftige Preis- und Marktregulierungen hingewiesen wird. Text bei Darré, Blut und Boden, S. 365-373.

der *Reichsregierung* in der Wirtschaft», also nicht den der *NSDAP*, zu sichern⁶³. Seinem sogenannten organischen Gliederungsmodell lag ein fachlich und regional-funktionales Organisationsschema zugrunde, das eine optimale Einwirkungsmöglichkeit der Staatsführung auf die gewerbliche Wirtschaft – nun auch unter Einschluss des Handwerks – zur Durchsetzung des wehrwirtschaftlichen Willens garantieren sollte. Die neue Korporation, die sechs Wirtschaftszweige in Zwangsmitgliedschaft vereinigte, orientierte sich an der Forderung, dass zukünftig «der verantwortliche Ressortminister die sechs Leiter der einzelnen Reichsgruppen der gewerblichen Wirtschaft von seinem Willen unterrichtet, um sicher zu sein, dass auf dem schnellsten, einfachsten Verwaltungswege dieser Wille bis in das letzte Glied der Wirtschaft durchdringen» konnte⁶⁴.

Schmitt durfte mit seinen Plänen auf die Unterstützung Hitlers, aber auch der Wehrmacht rechnen. Diese erwartete eine im Einvernehmen mit ihr bald zu gewährleistende «Sicherstellung und Organisation der für die Durchführung der Reichsverteidigung erforderlichen finanziellen, personellen und materiellen Kräfte *im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft*» und forderte umgehende Massnahmen zur Erhaltung und zur Ausweitung der vorhandenen Rüstungsindustrie als einem ersten Schritt⁶⁵. Drohte doch die konkrete Formen annehmende Koalition zwischen den Stände-Ideologen der Partei und der gewerblichen Wirtschaft zum einen die Autorität des Regierungschefs zu unterlaufen, während man andererseits gewärtig sein musste, dass man bei der Realisierung eines ständischen Modells mit den damit unweigerlich verbundenen Experimenten das angestrebte Ziel der Ausrichtung des Wirtschaftsprozesses auf die Rüstung aus dem Auge verlor bzw. zu langsam anging. Unmissverständlich liess Hitler daher am 6. Juli 1933 verlauten, bei der Organisation der Wirtschaft dürften praktische Erfahrungen nicht zugunsten «einer bestimmten Idee» – gemeint war die Stände-Ideologie – vernachlässigt werden⁶⁶. Einen Tag später erklärte er vor den Reichsstatthaltern, die nationalsozialistische Revolution müsse in evolutionäre Bahnen gelenkt werden. Mit Wirtschaftskommissaren, neuen Organisationen und Theorien sei die Arbeitslosigkeit nicht zu beseitigen. Man benötigte vielmehr eine straffe wirtschaftspolitische Führung, die allein in der Hand des Reichswirtschaftsministers liegen müsse. Die Partei sei fortan mit dem Staat identisch und habe sich in puncto Wirtschaft keinerlei Befugnisse der Reichsregierung anzumassen⁶⁷. Im Frühsommer des Jahres trafen Hitler und Schmitt eine Übereinkunft, derzufolge die Ständeordnung zugunsten des «organischen Aufbaus» der gewerblichen Wirtschaft verworfen wurde⁶⁸. Der Reichswirtschaftsminister – als Generaldirektor der Allianz-Versicherung selbst Repräsentant der Grosswirtschaft – erhoffte sich deren Zu-

63 Vom Verf. hervorgehoben. Guth, *Wirtschaft*, S. 879.

64 Fb1

65 Allgemeine Weisung des Reichswehrministers, 1.7.1933, BA-MA Wi IF 5/406.

66 Zit. n. Bracher/Sauer/Schulz, *Machtergreifung*, S. 681.

67 Bericht der Frankfurter Zeitung, 1.9.1933. Vgl. dazu Barkai, *Wirtschaftssystem*, S. 90f.

68 Vgl. Schweitzer, *Organisierter Kapitalismus*, S. 36.

stimmung zu dieser die Neuformierung und den Funktionswandel des industriellen Verbandswesens bedingenden Vereinbarung. Hatte er doch für den geforderten Verzicht auf das Recht der korporativen Selbstverwaltung ein Äquivalent ausgehandelt und anzubieten. Es war nämlich eine Trennung der verschiedenen Wirtschaftszweige in zwei politische Interessensphären vereinbart worden, derzufolge die NSDAP die Landwirtschaft als ihre Domäne zugewiesen erhielt, während die Zuständigkeitsbereiche der Ministerien der Finanzen und der Wirtschaft dem Einfluss der Grossindustrie zugänglich sein sollten. Das mit dieser arbeitsteiligen Regelung verbundene Risiko möglicher staatlicher Kompetenzeinbusse veranschlagte Hitler gegenüber dem der seine wirtschaftspolitische Manövrierfähigkeit bedrohenden Ständeordnung als gering. Bestand doch zwischen ihm und der industriellen Führungselite ein wesentlicher Konsens, nämlich über die Priorität der Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen im ökonomischen Geschehen, und zwar zwecks Errichtung eines unter deutscher Hegemonie stehenden geschlossenen europäischen Handels- und Wirtschaftsraumes und damit zwecks Neuorientierung und Sanierung der in der Weltwirtschaftskrise ihrer Aussenmärkte in grossem Umfang verlustig gegangenen Industrie. Erst das Gesetz vom 27. Februar 1934 zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft ebnete dem Reichswirtschaftsministerium den Weg zur unmittelbaren Willensübertragung des Staates und der Partei auf die industriellen Verbände. Das Ministerium wurde ermächtigt,

- «1. Wirtschaftsverbände als alleinige Vertretung ihres Wirtschaftszweiges anzuerkennen;
2. Wirtschaftsverbände zu errichten, aufzulösen oder miteinander zu vereinigen;
3. Satzungen und Gesellschaftsverträge von Wirtschaftsverbänden zu ändern und zu ergänzen, insbesondere den Führergrundsatz einzuführen;
4. die Führer von Wirtschaftsverbänden zu bestellen und abzuberufen;
5. Unternehmer und Unternehmungen an Wirtschaftsverbände anzuschliessen.»⁶⁹

Diese sich über ein Jahr hinschleppenden Massnahmen erschienen der Wehrmacht nicht konsequent genug. Wegen der immer noch ausstehenden Zwangsorganisation der Wirtschaft intervenierte sie energisch bei Hitler (20. Mai 1934). Zurückgreifend auf die Stellungnahmen der Befehlshaber der drei Wehrmachtteile forderte Blomberg den Reichskanzler auf, für alle im Blick auf die Rüstung zu planenden und durchzuführenden wirtschaftlichen Massnahmen einen Offizier zu bestellen, der im Rang eines Staatssekretärs dem Reichswirtschaftsminister direkt unterstand. Von einer solchen Regelung versprach sich die Wehrmacht eine Koordination der Rüstungsprogramme von Heer, Marine und Luftwaffe und deren bevorzugte Erfüllung innerhalb des gesamtwirtschaftlichen Prozesses. Darüber hinaus sollte der Offizier-Staatssekretär alle im Zusammen-

hang mit Rüstung und Kriegsvorbereitungen stehenden Aufgaben aller Ministerien zentral steuern⁷⁰. Dieses Ansinnen konkretisierte sich schliesslich zu dem Vorschlag des Heereswaffenamtes (20. Juni 1934) an den Reichskanzler, selbst die Wirtschaftsführung zu übernehmen und einen Wirtschaftsbeauftragten mit diktatorischen Vollmachten zu ernennen, dem, unterstützt von einer aus Vertretern von Industrie, Handel, Banken, Landwirtschaft, Wehrmacht und Partei sich zusammensetzenden Arbeitsgruppe, die Aufgabe zufallen sollte, eine Politik der systematischen wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen zu betreiben. Die Expertise enthielt die Anregung, alle mit Wirtschaftsfragen befassten Ressorts einschliesslich der Deutschen Arbeitsfront⁷¹ dem neuen Wirtschaftsdiktator zu unterstellen. Als erste Amtshandlung erwartete der Reichswehrminister, der sich die Denkschrift des Heereswaffenamtes vollinhaltlich zu eigen machte, eine Anweisung an alle Partei- und sonstigen Dienststellen, sich ohne Befragen des Wirtschaftsbeauftragten und ohne dessen Einverständnis aller wirtschaftlichen Massnahmen zu enthalten⁷². Diese auf die Einengung der Kompetenzen der überkommenen Administration abhebenden Vorstellungen wurden zwar zurückgewiesen, wohl aber mussten die NSDAP-Stände-Ideologen eine erste deutliche Schlappe einstecken. Die Intervention Blombergs fand nämlich ihren Niederschlag in der Aufhebung der genannten Reichskommissariate und in der politischen Kaltstellung ihrer Funktionsträger. Wagener wurde sogar aus seiner Stellung als Leiter der Wirtschaftsabteilung der NSDAP verdrängt, die fortan der dem mittleren Unternehmertum entstammende Wilhelm Keppler einnahm, der gleichzeitig zu Hitlers Wirtschaftsbeauftragtem in der Reichskanzlei avancierte, ohne allerdings mit den von der Wehrmachtspitze gewünschten Vollmachten ausgestattet zu werden.

Ausserdem musste Reichswirtschaftsminister Schmitt aufgrund der Attacken Blombergs seinen Ministersessel räumen. Als sein Nachfolger hielt sich Hjalmar Schacht bereit, schon in der Weimarer Republik zeitweilig Präsident der Reichsbank und in dieses Amt durch die Regierung Hitler erneut eingesetzt. Er legte grössten Wert «auf die Konzentration aller, aber auch aller wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte» zum Zweck der vielbeschworenen «Wehrhaftmachung unseres Volkes»⁷³, und er entsprach damit den von Hitler und der Wehrmacht an die Wirtschaft gestellten Forderungen. Seiner Ernennung vermochten sich die Stände-Ideologen in der Partei, vor allem der als Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium amtierende Gottfried Feder und der anfänglich die Ständeinteressen der Industrie wahrnehmende Wirtschaftsexperte der NSDAP, Keppler, noch eine Weile zu widersetzen. Es bedurfte erst der von Hitler der Partei auferlegten Enthaltensamkeit in wirtschaftspolitischen Angelegenheiten und der energischen

70 Schweitzer, *Organisierter Kapitalismus*, S. 42.

71 Vgl. Kapitel II/4.

72 Brief Blombergs an Hitler, 20. 6.1934, BA-MA Wi IF 5/406. Denkschrift des Heereswaffenamtes an Blomberg, 20. 4.1934, Text bei Barthel, *Rüstungswirtschaftliche Forderungen*, S. 90-92.

73 Schacht auf einer Rede in Königsberg 1935, zit. n. Müller, *Zentralbank*, S. 24.

Intervention des Wehrmachtamtes bei Keppler, um Schacht kommissarisch als Reichswirtschaftsminister einzusetzen (Amtsdauer 3. August 1934 bis 26. November 1937). Dieser merzte alle Ansätze einer im Entstehen begriffenen neuen Ständeordnung aus und entthob deren Protagonisten ihrer Stellungen. Feder verlor seinen Posten im Reichs Wirtschaftsministerium und verschwand aus der öffentlichen Politik, während Keppler in Schachts Ministerium Hausverbot erhielt. Der gemäss dem Führerprinzip von Schmitt noch als «Leiter der Wirtschaft» eingesetzte Repräsentant der Elektroindustrie, Kessler, wurde seiner Funktionen beraubt, die Institution aufgehoben. Der Präsident des Chemieverbandes, Pietzsch, als überzeugter Nationalsozialist persönlicher Wirtschaftsberater des Führerstellvertreters Hess, musste sein Amt niederlegen. Damit war der unmittelbare Einfluss der NSDAP auf die gewerbliche Wirtschaft weitgehend beseitigt, der Ständegedanke politisch gestorben. Ende November 1934 konnte Schacht dann die schon unter seinem Vorgänger gesetzlich verankerten Vollmachten nutzen und die Zwangsorganisation der gewerblichen Wirtschaft in Reichs- und Fachgruppen mit ihren Untergliederungen durchsetzen⁷⁴. Jeder Reichsgruppe und den Hauptgruppen der Industrie stand zukünftig ein vom Reichswirtschaftsminister einzusetzender und abzuberufender Leiter vor, der die Belange seiner Gruppe innerhalb der Wirtschaft und darüber hinaus im Sinne und unter Wahrung des Staatsinteresses zu vertreten hatte.

Gleichzeitig wurde die Reichswirtschaftskammer, deren Präsident der Reichswirtschaftsminister bestellte, als Klammer zwischen Staat und Unternehmertum installiert⁷⁵. Die neu verfasste gewerbliche Wirtschaft war also kein Selbstzweck, sondern sie diente der Lenkung und dem Einsatz der Wirtschaft im Sinne der Aufrüstung, sie sollte «ein scharfes Schwert in der Hand des nationalsozialistischen Staatsapparates» sein, mit dem man die ökonomische «Schlacht» der Kriegsvorbereitungen schlagen wollte⁷⁶. Das einmal eingeführte Organisationsprinzip blieb bis 1945 nahezu unverändert, wengleich sich das NS-Regime im Laufe der Zeit zusätzliche Instanzen zur Durchsetzung seiner rüstungswirtschaftlichen Vorstellungen schuf.

Im Jahre 1938 konnten die Militärs befriedigt feststellen, «die derzeitige Organisation der gewerblichen Wirtschaft» sei «weitgehend in die Vorarbeiten der wirtschaftlichen Mobilmachung eingeschaltet», arbeite «hierbei jetzt im Ganzen reibungslos»⁷⁷ und werde im «grossen Umfang für die Aufrüstung ausgenutzt»⁷⁸. Es kann also festgestellt werden, dass «der nationalsozialistische Staat... bald nach Übernahme der Macht eine

74 Vgl. Anlage 1 auf der folgenden Seite.

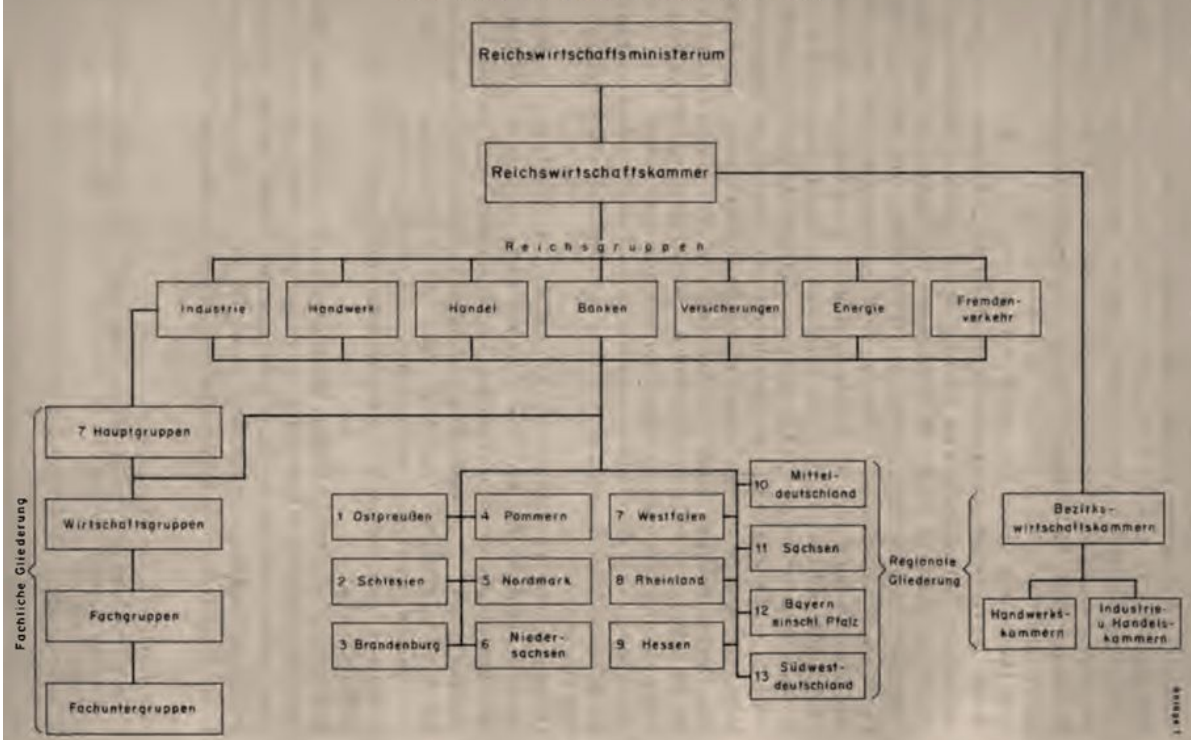
75 Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft, 27.11.1934, RGBI. 1934, 1, S. 1194-1199.

76 Starcke. NSBO. S. 159.

77 Stellungnahme des OKW W Stb, 1.3.1938, zu Gesetzentwürfen von Reichsleiter Ley, BA-MA Wil F 5/320.

78 Chef des Wehrwirtschaftstabes an Reichsministerien/Reichswirtschaftskammer, 14.1.1938, BA-MA Wil F 5/203.

Gliederung der gewerblichen Wirtschaft



3. Die Ausrichtung der gewerblichen Wirtschaft auf die Rüstungsbedürfnisse 267

völlige Neuorganisation auf allen Gebieten der deutschen Wirtschaft vorgenommen und... diese Organisation von Anfang an auf die wehrhafte Linie eingestellt [hat], die die Wehrmacht schon seit Jahren gefordert hatte»⁷⁹. Hitlers Auffassung vom Verhältnis Staat-Wirtschaft hatte sich durchgesetzt, dass es nämlich nicht Aufgabe der politischen Macht sei, wirtschaftliche Probleme zu lösen, sondern sie zu stellen. Die Wirtschaft war in seinen Augen nur eines der Hilfsmittel, deren der Staat sich im Verfolg seiner rassen- und machtpolitischen Ziele bediente⁸⁰.

Wer nun aber geglaubt hatte, Schacht würde die geschaffenen Wirtschaftsorganisationen zu einem straff organisierten Apparat zwecks Durchsetzung seiner Politik der ökonomischen Kriegsvorbereitungen machen, musste sich bald getäuscht sehen. Obwohl Befürworter einer gewissen Wirtschaftslenkung durch den Staat, zeigte er sich doch noch soweit in den Fesseln der überkommenen liberalen Wirtschaftsauffassung gefangen, dass er seine auf dem ökonomischen Felde zunächst nahezu diktatorischen Vollmachten nur in Teilbereichen anwandte. Von seiner beruflich-sozialen Erziehung und Stellung her fühlte er sich dem System der sogenannten freien Wirtschaft, deren Repräsentant er letztlich war, in nicht geringem Masse verbunden. Er wagte sogar den Versuch, die Zwangsmitgliedschaft in den gewerblichen Korporationen wieder rückgängig zu machen, scheiterte aber am Widerstand des Militärs. Blomberg hatte seit Herbst 1933 die Einführung der Pflichtorganisationen verlangt, um eine Gewähr für die einheitliche Durchsetzung der rüstungswirtschaftlichen Mobilisierung zu haben⁸¹. Für diese schliesslich zugestandene Konzession erwirkte Schacht eine relativ grosse Aktionsfreiheit der gewerblichen Korporationen. Zwar bestimmte der Reichswirtschaftsminister Richtung und Ziel der Produktion, griff auch zunehmend in den Verteilungsprozess (Rohstoffe, Devisen, Aufträge) ein, und die in seinem Ministerium installierte Spezialabteilung für das Verbandswesen legte die von den Pflichtorganisationen zu vertretende Politik im Grundsatz fest. Diese erhielten aber und nutzten auch das Zugeständnis, ihre Führer im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister aus den eigenen Reihen zu wählen, und sie vertraten ihre Verbandsbelange untereinander und gegenüber dem Staat praktisch wie eh und je. Schacht führte also das später nach seiner Amtszeit als Pflicht artikulierte Recht der sogenannten Selbstverantwortlichkeit der Wirtschaft ein. Funktionieren konnte es nur unter drei als gegeben zu betrachtenden Voraussetzungen: *Erstens*, weil es auf der Interessenidentität von Wirtschaft, Staat und Wehrmacht im Blick auf das gemeinsame politische und ökonomische Ziel beruhte: die Schaffung eines Grosswirtschafts- und Lebensraumes. *Zum anderen*, weil seitens der politischen Führung kein auch nur in Umrissen nach Richtung oder Zeit formuliertes strategisches Ziel bestand, an dem sich die sogenannte Wiederwehrhaftmachung hätte orientieren können. Wehr-

⁷⁹ Vortrag Thomas vor einem Dozentenlehrgang, 28.2.1939, IMT, Bd. 36, S. 111/112.

⁸⁰ Hitler, *Mein Kampf*, S. 165.

⁸¹ Brief Blombergs an den Reichswirtschaftsminister, 20.10.1933; vgl. Schweitzer, *Organisierter Kapitalismus*, S. 45.

macht und Wirtschaft betrieben daher zunächst eine an den Kriterien des totalen Krieges gemessene Aufrüstung und allgemein ökonomische Kriegsvorbereitung. Im Mittelpunkt stand hierbei vorerst die Ausweitung der industriellen Produktionskapazitäten zur Ausrüstung einer Massenarmee, die Erschliessung deutscher Rohstoffe und die Entwicklung bzw. die Herstellung von Ersatz- oder sogenannten deutschen Werkstoffen zur blockadesicheren Versorgung von Armee und Bevölkerung.

Dieser sogenannten Breitenrüstung musste aber, den Intentionen der Wehrmacht folgend, die sich aus der Konzeption des totalen Krieges ableiteten, in einer zweiten Aufrüstungsphase eine Tiefenrüstung folgen. Das heisst, man ging von einer relativ langen Rüstungsperiode aus, in der der Wirtschaftsprozess möglichst umfänglich auf eine alle Kräfte des Volkes beanspruchende Kriegführung ausgerichtet werden musste, um eines Tages ein Optimum an wirtschaftlicher, nicht nur rüstungsmaterieller Kriegsbereitschaft zu erlangen.

Und letztlich konnte das Schachtsche Führungsprinzip geduldet werden, weil das NS-Regime, ungeachtet des Primats der Aufrüstung, aus Gründen der innenpolitischen Stabilisierung seiner Herrschaft der mit dem Regierungswechsel 1933 verbundenen Erweiterung des wirtschaftlichen Erwartungshorizontes und der im Zuge der Rüstungskonjunktur gestiegenen Kaufkraft der Bevölkerung Rechnung tragen musste, was in einer straff zentralistischen Rüstungswirtschaft nicht zu gewährleisten war.

Es bedarf keiner besonderen Unterstreichung, dass dieses Prinzip der Selbstverwaltung eine Verstaatlichung der Rüstungsindustrie nicht zulies. Eine solche einschneidende Massnahme verbot sich schon aus finanziellen Überlegungen. Denn woher hätte der Staat das Geld nehmen sollen, um die hohen Investitionen für den Ausbau der notwendigen Produktionskapazitäten aufzubringen? Gerade eine verstaatlichte Rüstungsindustrie hätte nur wesentlich langsamer als eine private expandieren können. So begnügte man sich mit der Festlegung rüstungswirtschaftlicher Planziele sowie der Verteilung von Waren und Rohstoffen in einer weiterhin vom Wettbewerb beherrschten Wirtschaft, wobei man noch davon ausgehen konnte, dass diese staatliche Planfehler im eigenen Profitinteresse würde korrigieren helfen. Aus diesen Gründen wollten die Nationalsozialisten «nicht eine Verstaatlichung der Rüstungsbetriebe, sondern eine möglichst bedeutende, schnell auf die Versorgung einer modernen Wehrmacht mit Kriegsbedarf umzustellende Industrie»⁸². Schacht sah in der überkommenen Wirtschaftsform und -Ordnung geradezu die Vorbedingung für eine umfängliche Rüstung und ökonomische Kriegsvorbereitung. «Gewehre, Flugzeuge, Unterseeboote und alles andere, was für die Landesverteidigung notwendig» sei, so äusserte er in einer Rede vom Dezember 1935, könne «man sich nicht vorstellen, ohne das höchste Entwicklungsstadium der kapitalistischen Wirtschaft in Betracht zu ziehen»⁸³. Blieb die generelle wirtschaftspolitische

82 Ruprecht, Rüstungsindustrie, S. 243.

83 Schacht in seinen Äusserungen, zit. n. Schweitzer, Organisierter Kapitalismus, S. 49.

Richtlinienkompetenz des Staates unangefochten und unangetastet, das heisst, wurde der Primat der Aufrüstung akzeptiert und durchgesetzt, konnte das privatkapitalistische System funktional intakt bleiben. Da diese Voraussetzung gegeben schien, widersetzte sich Schacht auch erfolgreich der Agitation fanatischer Nationalsozialisten aus dem «linken» Lager und früher Federscher Richtung, die die Wirtschaft aus der Anonymität des Kapitals herausführen wollten und auf die Auflösung der Aktiengesellschaften drangen. Dem Reichswirtschaftsminister erschien gerade dieser Unternehmenstyp als der Wehrwirtschaft besonders gemäss, weil er, zumeist grossindustrieller Dimension, in der Regel ohne allzu starke Inanspruchnahme der Finanzkraft des Staates durch Kapitalaufstockung Investitionen zur Ausweitung und Rationalisierung der Rüstungsproduktion vorzunehmen vermochte.

Während des Dritten Reiches erfreuten sich die Grossunternehmen überhaupt besonderen Wohlwollens und intensiver Förderungen, weil sie rüstungswirtschaftlich in hohem Masse leistungsfähig waren. Aus diesem Grunde wurde die Unternehmenskonzentration, ungeachtet der vor 1933 proklamierten Mittelstandspolitik, forciert. Insbesondere widmete der NS-Staat den Kartellen eine gegenüber der Weimarer Zeit gesteigerte, und zwar positive Aufmerksamkeit. Das bereits in der kurzen Ära des Reichswirtschaftsministers Schmitt erlassene Kartellgesetz (15. Juli 1933) diente zum einen der besseren Kontrolle wirtschaftlicher Machtkonzentration und des weiteren der Beeinflussung ganzer oder zumindest grosser Teile bestimmter Wirtschaftszweige im Sinne der vom Staat gewünschten Produktionsrichtung. Das Gesetz stattete den Reichswirtschaftsminister nicht nur mit der Vollmacht aus, Unternehmen zwangsweise zu Kartellen zusammenzuschliessen, sondern diese Kartelle auch durch Investitionsverbote und Investitionslenkung auf die Rüstung hin zu programmieren. Auch Rohstoff- und Auftragsverteilung liessen sich leichter und ohne Zuhilfenahme staatlicher Suborganisationen, also unter weitgehender Vermeidung einer sich überdimensional aufblähenden Wirtschaftsadministration bewerkstelligen, weil die Kartelle Einzelregelungen selbst vornahmen.

Auch das Preisgefüge blieb für den Staat übersichtlicher⁸⁴. Im Übrigen hat sich das NS-Regime bis 1936 mit Eingriffen in die Preisgestaltung sehr zurückgehalten, obwohl es das hierzu notwendige gesetzliche und zum Teil auch organisatorische Instrumentarium als positiven Posten aus der Konkursmasse der Weimarer Republik übernommen hatte. Eine staatlich gelenkte Preisbildung unterblieb bis 1936. Der bereits 1931 ernannte Reichskommissar für die Preisüberwachung beschränkte sich, wie sein Name sagt, auf die *Preiskontrolle*, die mit seiner Abberufung Mitte 1933 entbehrlich schien. Mit der beachtlichen Konjunkturbelebungen liess sich die deflationistische Politik Brünnings nicht mehr vereinbaren. Solange die Industrie über freie Kapazitäten verfügte, zudem in der Phase der Arbeitsbeschaffung ein Lohnstopp verordnet wurde, bestand keine Gefahr für die Entwicklung inflationärer Tendenzen. Wenn der Preiskommissar Ende 1934 wieder

84 Zur Kartellpolitik vgl. Swatek, Unternehmenskonzentration.

amtierte, dann zur Kontrolle eines von der Partei, insbesondere vom Reichsnährstand gewünschten und geduldeten Preisanstiegs im Bereich der Mittel- und Kleinbetriebe und insbesondere bei landwirtschaftlichen Produkten. Denn die im Agrarbereich durch Bemühen der NSDAP zugunsten der Landwirte zeitweilig erzielten (bereits erwähnten) Preiserhöhungen stiessen, weil sie einen Preisauftrieb bei den Lebensmitteln verursachten, nun bei der Bevölkerung auf Kritik und riefen politische Missstimmungen hervor, denen durch die ostentative Berufung eines Preiskommissars entgegengewirkt werden sollte. Vor allem die Arbeiter «wünschten, an den Erfolgen der Landwirtschaft und der durch die Arbeitsbeschaffung begünstigten gewerblichen Wirtschaft teilzuhaben»⁸⁵. An einer Preis-Lohn-Spirale konnte dem NS-Regime aber nicht gelegen sein, weil es die der Rüstungskonjunktur ohnehin impliziten Inflationstendenzen unter Kontrolle behalten wollte. Daher waren «der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die Wehrhaftmachung des deutschen Volkes... vordringlich und erforder[te]n ein Festhalten am augenblicklichen Lohnstand»⁸⁶. Ungeachtet dieser von Regierungsseite geäusserten Auffassung war die Arbeit des Preiskommissars zum Scheitern verurteilt, weil der Reichsnährstand in der Person Darrés und die hinter ihm stehende Partei die Einflussnahme eines von der Regierung bestellten Kommissars auf die Agrarpolitik zu verhindern suchten, und weil der Preiskommissar letztlich als bestes Preisregulativ die Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen verlangte, was im schroffen Gegensatz zur Wirtschaftsauffassung des Nationalsozialismus stand. Er trat daher Mitte 1935 von seinem Amt zurück, das bis zum Wirksamwerden des Vierjahresplans vakant blieb⁸⁷.

4. Disziplinierung der Arbeitnehmer: Treuhand der Arbeit und Deutsche Arbeitsfront

Hitlers vielverkündeter Vorsatz, die Gewerkschaften zu beseitigen und somit vor allem innerbetrieblich das Führungsprinzip zugunsten der Unternehmer durchzusetzen, dürfte deren Zustimmung zu stärkeren wirtschaftlichen Steuerungsmassnahmen von aussen, also von Staats wegen, erleichtert haben. Bereits drei Wochen nach Übernahme des Kanzleramtes erklärte der neue Regierungschef vor prominenten Industriellen, er wünsche nichts sehnlicher als einen parallel zur Stabilisierung der machtpolitischen Verhältnisse verlaufenden wirtschaftlichen Aufschwung. Diesen sah er eng verbunden mit der «Frage der Herstellung der Wehrmacht», die aber seiner Auffassung nach unabdingbar an eine Voraussetzung gebunden war, an die Auslöschung des Marxismus, als dessen Ausfluss er auch die Arbeitnehmerorganisationen verstand⁸⁸.

85 Äusserung des Staatssekretärs im Reichsarbeitsministerium, Krohn, August 1935, zit. n. Barkai, Wirtschaftssystem, S. 146.

86 Vgl. Dickert, Preisüberwachung; Bakai, Wirtschaftssystem, S. 147-150.

87 Vgl. Kapitel V.

88 Vgl. Hitlers Ausführungen bei einer Zusammenkunft mit Industriellen, 20.2.1933, IMT, Bd. 25, S. 47.

Die bereits unmittelbar nach den Märzwahlen 1933 eingeleiteten Massnahmen dienten nicht nur dazu, die Wahrnehmung der Rechte und Freiheiten der Arbeitnehmer als mögliche Störfaktoren des wehrwirtschaftlichen arbeitsteiligen Prozesses zu eliminieren. Sie bedeuteten für die Arbeitgeber auch einen beträchtlichen innerbetrieblichen Souveränitätszuwachs, den sie angesichts der aus Aufrüstung und territorialer Expansion winkenden Gewinne mit der Beschneidung eigener unternehmerischer Entscheidungsbefugnisse in anderen Bereichen und mit der Einbusse gewisser politischer Einflussmöglichkeiten zu bezahlen bereit waren. In einem ersten Schritt verschob das «Gesetz über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen» (4. April 1933) fällige Betriebsratswahlen um ein halbes Jahr und ermächtigte zugleich die Landesbehörden, solche Arbeitervertreter ihrer Mandate zu entheben, die gegenüber dem NS-System «in staats- oder wirtschaftsfeindlichem Sinne eingestellt» waren und «an Stelle der ausgeschlossenen... Mitglieder... aus den wählbaren Arbeitnehmern der Belegschaft neue Betriebsvertretungsmitglieder [zu] ernennen»⁸⁹. Damit hatte man den innerbetrieblichen Einfluss der Gewerkschaften praktisch ausgeschaltet. Völlig liquidiert wurden die Arbeitnehmerorganisationen noch im Mai 1933. Als geschickter psychologischer Schachzug zur Einleitung ihrer Zerschlagung erwies sich die Proklamation des 1. Mai zum Tag der Nationalen Arbeit. Noch unter dem Eindruck der hiermit verbundenen Massenfeiern folgte am 2. Mai 1933 die Besetzung der Gewerkschaftsgebäude, die Beschlagnahme des gewerkschaftlichen Vermögens und die Verhaftung führender Funktionäre, die zunächst durch Vertreter der bereits 1929 konkurrierend zu den Gewerkschaften gegründeten Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) ersetzt wurden. Die Gründung einer nationalsozialistischen Einheitsgewerkschaft erfolgte jedoch aus zweierlei Gründen nicht: Erstens war der NSBO ein nennenswerter Einbruch in die Arbeitnehmererschaft bislang nicht gelungen, und zum anderen fürchtete die Regierung den Einfluss «linker» Nationalsozialisten auf die Einheitsgewerkschaft und damit innerparteiliche Auseinandersetzungen, die zu Reibungsverlusten in der Rüstungswirtschaft führen mussten⁹⁰.

Teile der bislang von den Gewerkschaften wahrgenommenen Aufgaben wurden schwerpunktmässig zwei Institutionen übertragen, der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und den Treuhändern der Arbeit; andere entfielen fortan. Bis zur Neuregelung einer in Aussicht gestellten Sozialverfassung oblag den Treuhändern der Arbeit die Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens⁹¹ als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die möglichst reibungslose Durchführung der Rüstungsproduktion. Als staatliche Beauftragte fungierten sie als Mittler zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberschaft, insbesondere in Fragen der Lohngestaltung, indem sie die Voraussetzungen für den Abschluss von Tarifverträgen schufen. Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit (20. Januar

89 Ursachen und Folgen, Bd. 9, S. 626.

90 Zur Stellung der Linken in der NSDAP vgl. Kühnl, Nationalsozialistische Linke.

Zur NS-Gewerkschaftspolitik: Schumann, Nationalsozialismus.

91 Gesetz vom 19. 5.1933, in: Ursachen und Folgen, Bd. 9, S. 642.

1934) verschob dann aber das nur scheinbare Gleichgewicht zwischen Arbeitern und Unternehmen zugunsten der letzteren, die zu Führern des Betriebes ernannt wurden, während man die ersteren zur «Gefolgschaft» degradierte.

Die Deutsche Arbeitsfront vereinigte beide Gruppen als Organisation der «schaffenden Deutschen der Stirn und Faust». Die Bestimmungen des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit kaschierend, zielten ihre Aktivitäten darauf ab, «den Arbeitsfrieden dadurch zu sichern, dass bei Betriebsführern das Verständnis für die berechtigten Ansprüche ihrer Gefolgschaft, bei den Gefolgschaften das Verständnis für die Lage und die Möglichkeiten ihres Betriebes» geschärft wurde⁹². In Wirklichkeit diente die DAF der Kontrolle der Arbeitsfähigkeit und der Steigerung des Arbeitswillens der deutschen Bevölkerung, und sie verfolgte letztlich die Aufgabe, «neben der materiellen Aufrüstung auch die Menschen selbst zur bestmöglichen Kampf- und Leistungsbereitschaft zu erziehen, die die oberste Führung bei der Verwirklichung ihrer politischen Pläne und im Hinblick auf die Vorbereitung eines Krieges als unerlässlich betrachtete»⁹³. Im Einzelnen kam ihr die Mitwirkung bei der Facharbeiter- und Lehrlingsausbildung zu, bei der Anlernung geeigneter Nichtfacharbeiter zur Ergänzung der Zahl der Facharbeiter, insbesondere für den Fall, dass die letzteren zur Wehrmacht einberufen und dadurch den Betrieben entzogen wurden. Schliesslich hatte sie mit dafür Sorge zu tragen, dass bei Bedarf in der Wehr- und Kriegswirtschaft fehlende männliche Arbeitskräfte durch weibliche ersetzt werden konnten. Insgesamt wirkte die DAF darauf hin, «die wehrfreudige Einstellung im Betriebe zu verstärken»⁹⁴. Dies geschah nicht zuletzt mit Hilfe der ihr unterstehenden Freizeitorganisation «Kraft durch Freude» (KdF), deren Ziel es war, die in der Wehrwirtschaft immer stärker und arbeitszeitlich immer länger eingespannten Menschen durch Erholung und Ablenkung arbeitsfähig und -willig zu erhalten. Da «die Arbeitszeit von den schaffenden Menschen Höchst- und Spitzenleistung verlangt, muss man in der Freizeit als Nahrung der Seele, des Geistes und des Körpers das Beste vom Besten bieten»⁹⁵. Des weiteren kam es darauf an, propagandistisch den Arbeiter auf seine Opferpflicht im Dienste der Rüstungs- und späteren Kriegswirtschaft aufmerksam zu machen, «ihn also zu materiellem, körperlichem und seelischem Einsatz für das Volksganze» zu bewegen und ihn von der Notwendigkeit des «Verzicht[s] auf persönliche Vorteile, höhere Tarife, politische Errungenschaften und ähnliche Sonderwünsche» zu überzeugen⁹⁶.

Im Blick auf programmatisch fixierte, im politischen Kalkül enthaltene aggressive Akte hielt das NS-Regime es für geboten, die Bevölkerung rechtzeitig, das heisst in den bemessenen Tagen des Friedens in einer bestimmten materiellen Verzichtshaltung zu üben,

92 Verordnung Hitlers über Wesen und Ziel der DAF, 24.10.1934, ebd., S. 655.

93 Reichhardt, Arbeitsfront, S. 188.

94 Vortragsnotiz Thomas', November 1936, BA-MA Wi I F 5/113.

95 Rede Leys, 27.11.1933, in: Ursachen und Folgen, Bd. 9, S. 645.

96 Stichwortsammlung für einen Vortrag des Chefs des Wehrwirtschaftsstabes, Thomas, 20.11.1936, BA-MA Wi I F 5/113.

um im Falle notwendig erscheinender Einschränkungen bei Ausbruch oder während eines Krieges vor möglichen Unruhen geschützt zu sein. «Die innere Geschlossenheit der Volksordnung im Frieden sollte den Anforderungen des Krieges unmittelbar gewachsen sein⁹⁷.»

4. Die Wehrwirtschaftsadministration

Zu den unabdingbaren Prämissen einer funktionierenden Wehrwirtschaft gehörte nach Ansicht der Militärs eine Organisation, die für eine an den strategischen Zielen ausgerichtete koordinierte Bedarfsfeststellung der Wehrmachtteile verantwortlich zeichnete und die darüber hinaus die steigenden Anforderungen der Wehrmacht mit den Produktionsmöglichkeiten in Einklang brachte. Die Wehrmacht hielt sich für berechtigt und befähigt, diese Aufgabe zu übernehmen. Noch aus der Weimarer Zeit existierte ein Wirtschaftsstab beim Heer, und auch die Marine verfügte über eine ähnliche Instanz, doch beide Dienststellen waren nicht in der Lage, die notwendige «planmäßige wirtschaftliche Mobilmachung»⁹⁸ vorzubereiten und durchzuführen, zumal mit der Luftwaffe ein dritter Bedarfsträger hinzukam. Nachdem alle drei Wehrmachtteile zunächst eigene Wege zur materiellen Ausstattung beschritten hatten, sollte im Herbst 1934 mit der Errichtung der Dienststelle «Wehrwirtschafts- und Waffenwesen», später «Amtsgruppe Wehrwirtschaftsstab» (Oktober 1935), im Reichskriegsministerium bzw. im OKW (Februar 1938) eine zentrale wehrwirtschaftliche Führungsstelle installiert werden. Doch die im Teilstreitkraftdenken befangenen Oberbefehlshaber wussten es zu verhindern, dass die neue Institution irgendwelche Befehlsgewalt erhielt, so dass sie ausserstande blieb, «die Wehrmachtrüstung so zusammenzufassen, wie es den Erfordernissen entsprochen hätte»⁹⁹. Über diese Erfordernisse liess sich in Anbetracht des fehlenden strategischen Konzeptes ohnehin streiten, eine Möglichkeit, von der die Wehrmachtteile mit wechselndem Erfolg reichlich Gebrauch machten. Gelang dem Wirtschafts- und Rüstungsstab nur selten die Koordination der Rüstungsplanungen und -massnahmen der Wehrmachtteile, so war auch seine Einflussnahme auf das rüstungswirtschaftliche Geschehen insgesamt begrenzt. Nimmt man aber die drei Wehrmachtteile zusammen, so bestimmten sie in Anbetracht des Umstandes, dass von der politischen Führung zunächst kein konkretes militärisches Ziel anvisiert wurde, durch ihre jeweiligen materiellen Anforderungen, die ihre umfänglichen Rüstungsprogramme an die Wirtschaft stellten, weitgehend Produktion wie Investition.

Anknüpfend an einen bereits 1929/30 gebildeten interministeriellen Referentenausschuss beschloss das Kabinett Hitler (4. April 1933) die Einsetzung eines Reichsvertei-

97 Stellung der Sozialpolitik, S. 40.

98 Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 62.

99 Ebd., S. 64.

digungsrats, dem im Blick auf die Beeinflussung eines Grossteils des politisch sozialen Lebens durch die Rüstung nicht nur Vertreter der drei Wehrmachtteile, sondern auch fünf Minister als ständige Mitglieder angehörten¹⁰⁰. Während dieses Gremium jedoch ausschliesslich auf dem Papier existierte, sollte der Reichsverteidigungsausschuss als Unterorganisation «die Mobilmachung von Staat und Volk in Übereinstimmung mit der militärischen Mobilmachung» lenken¹⁰¹, und zwar durch die Aufstellung von Arbeitsplänen als Grundlage der kriegsvorbereitenden Tätigkeit der Reichsressorts, für die der Reichswehr- (-kriegs)minister verantwortlich zeichnete.

Das Reichswirtschaftsministerium musste die gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen für die Realisierung dieser rüstungsbezogenen Planungen schaffen. Ihm war ganz allgemein zur «Aufgabe gestellt, die Kriegführung wirtschaftlich vorzubereiten», und zwar durch gesetzgeberische Initiativen sowie durch Steuerungsmassnahmen und gezielte Eingriffe in den Wirtschaftsablauf. Es hatte somit alle Vorkehrungen zu treffen, «welche schon im Frieden zur Stärkung unserer wirtschaftlichen Rüstung in Kraft gesetzt werden» mussten¹⁰². Das Reichsverteidigungsgesetz (21. Mai 1935) stärkte die Position des Wirtschaftsministeriums. Der die Geschäfte des Ressorts führende Reichsbankpräsident erhielt nun den Titel eines «Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft» (GBW). In dieser Eigenschaft übernahm er die «wirtschaftlichen Vorbereitungen für den Kriegsfall», und alle mit wehrwirtschaftlichen Fragen befassten Ministerien waren nun bezüglich der «Vorbereitung der Kriegswirtschaft und der Finanzierung der Kriegführung schon im Frieden» an die Weisungen des GBW gebunden. Alle mit der unmittelbaren Mobilmachung im Zusammenhang stehenden Fragen mussten zwischen dem Reichskriegsminister v. Blomberg und Schacht «im engsten gegenseitigen Einvernehmen» getroffen werden¹⁰³. Aber bereits im Sommer des Jahres wurde der Reichswirtschaftsminister wichtiger Kompetenzen beraubt, indem die mit Wehrmachtaufträgen betrauten Unternehmen, die sogenannten Rüstungsindustrien (R-Betriebe), unter die Aufsicht der Wehrmacht gerieten, während die sogenannten kriegswichtigen (für die gesamte sonstige Aufrüstungs- und Kriegsproduktion) und die lebenswichtigen (der Versorgung der Bevölkerung dienenden) Betriebe (k- und l-Betriebe) der Kontrolle und Weisungsbefugnis des GBW unterstanden. Da die Rüstungsproduktion eng mit den beiden anderen Wirtschaftsbereichen verbunden war (z.B. durch Vorproduktion und Zulieferung, Energiebedarf), blieb diese Regelung unbefriedigend und führte zu erheblichen Kompetenzstreitigkeiten und damit Reibungsverlusten in der Aufrüstung. Es traten aber nicht nur solche Schwierigkeiten auf, «die die Teilung der Wirtschaft mit sich

100 Meinck, Reichsverteidigungsrat.

101 Jodl vor dem Nürnberger Militärgerichtshof, IMT, Bd. 15, S. 381.

102 Bericht Schachts über den Stand der Arbeiten für eine wirtschaftliche Mobilmachung, 30. 9.1934, zit. n. Mendelssohn, Nürnberger Dokumente, S. 16.

103 Entschliessung der Reichsregierung betr. Reichsverteidigungsrat, 21. 5.1935, IMT, Bd. 30, S. 63.

brachte»¹⁰⁴, sondern auch derartige, die auf unterschiedlichen Auffassungen in grundlegenden ökonomischen Fragen beruhten, zumal die Wehrmacht weit weniger Rücksicht auf gesamtwirtschaftliche Probleme zu nehmen bereit war, als der GBW dies in seiner Eigenschaft als Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister tun musste. Innerhalb der ihr zugewiesenen Wirtschaftsbereiche vermochte die Wehrmacht Aufträge besser zu steuern und eine sorgsamere Produktionskontrolle durchzuführen als der GBW. Denn entsprechend den Wehrkreisen richtete sie Wehrwirtschaftsinspektionen mit Untergliederungen ein, während der GBW zunächst relativ einflusslose Aussenstellen (zuletzt Landeswirtschaftsämtler) des Reichswirtschaftsministeriums installierte. Deren Durchsetzungsvermögen reichte aber nicht aus, um eine der Rüstungsindustrie vergleichbare Mobilmachung der k- und l-Betriebe voranzutreiben. Seitens der Wehrmacht warf man dem GBW vor allen Dingen vor, dass er die Sicherstellung des Arbeiter-, Rohstoff- und Maschinenbedarfs für die Rüstungsbetriebe zu wenig forcierte, die Vorbereitungen für die im Mobilmachungsfall stillzulegenden, weil für die Kriegswirtschaft entbehrlichen Unternehmungen zu langsam betreibe und das Transportwesen vernachlässige, so dass sich der Wehrwirtschaftsstab permanent zum Intervenieren verpflichtet fühlte.

Neben dem Zwang zu innenpolitischen Rücksichtnahmen verhinderte auch die fehlende Kompetenzabgrenzung zwischen den Lenkungsinstanzen ganz allgemein und innerhalb der Wehrwirtschaftsadministration im Besonderen eine kompromisslos gesteuerte Rüstungswirtschaft.

Die totale Mobilisierung der wirtschaftlichen Kräfte für die Aufrüstung und für die sonstigen Kriegsvorbereitungen liess sich nicht realisieren, weil sie auch aufgrund der Erwartungshaltung der Bevölkerung, z.B. im Konsumbereich, nur unter der Gefahr, einen innenpolitischen Konflikt heraufzubeschwören, hätte durchgesetzt werden können. Diese Erwartungshaltung bildete unbestritten bis 1936 ein rüstungswirtschaftliches Hemmnis. Dennoch erbrachte aber gerade die geschickte an die Aufrüstung gekoppelte und letztlich auch erfolgreiche Arbeitsbeschaffung und -lenkung eine Konjunkturbelebung und damit den neuen Machthabern bei Arbeitnehmern und Unternehmern beachtliche politische Pluspunkte, die ihnen den notwendigen Freiraum zu einem härteren rüstungswirtschaftlichen Kurs verschafften, als ein solcher ab 1936 notwendig erschien.

III. Arbeitsbeschaffung und Rüstungskonjunktur

1. Arbeitsbeschaffung und indirekte Aufrüstung

Wenn zwischen der NSDAP und weiten Teilen der Industrie eine Übereinstimmung über die Notwendigkeit des Wechsels von der Welt- zur Grossraumwirtschaft durch staatskonjunkturelle Initiativen erzielt worden war, so fehlte zu Beginn der Kanzlerschaft Hitlers doch der Konsens über die Modalitäten zur raschen Krisenüberwindung. Schacht hatte den Führer der nationalsozialistischen Partei nachdrücklich davor gewarnt, im Wahlkampf ein detailliertes wirtschaftliches Sanierungsprogramm zu verkünden, um unerwünschte Diskussionen und Differenzen mit einzelnen Wirtschaftszweigen zu vermeiden. Denn es allen Wirtschaftsgruppen recht zu machen, schien ausgeschlossen. Vielmehr sollten diese in dem Glauben bestätigt und belassen bleiben, ein nationalsozialistisch geführtes Kabinett werde ihren Interessen entgegenkommen, ihre Vorstellungen realisieren. Gleich zum Regierungswechsel wurden daher seitens der Landwirtschaft wie der Industrie und des Handels dem Reichskanzler deren Forderungen und Pläne zur wirtschaftlichen Gesundung auf den Tisch gelegt. Die Agrarier wiesen dem neuen Regierungschef den Weg der Nahrungsautarkie in einer geschlossenen Wirtschaft und entsprachen damit den nationalsozialistischen Vorstellungen von einer erfolgreichen Krisenüberwindung und zukunftsweisenden aussenwirtschaftlichen Umorientierung¹. Übereinstimmung herrschte auch zwischen den Auffassungen der nationalsozialistischen Führung und dem Deutschen Industrie- und Handelstag, der nach staatlicher Arbeitsbeschaffung durch Exportförderung rief, die 3 Millionen Menschen Beschäftigung bringen sollte². Hinter dieser Forderung stand allerdings weniger das noch 1932 gezeigte Bestreben nach Rückeroberung des Weltmarktes und nach staatlichen Subventionen, die die deutsche Konkurrenzfähigkeit zu garantieren vermochten. Vielmehr sollte die Regierung im Sinne der von ihr proklamierten Nahrungsmittelsicherung dafür Sorge tragen, dass der bilaterale Warenaustausch mit den europäischen Agrarländern intensiviert wurde.

Hitler war seinerseits fest entschlossen, die Ankurbelung der Wirtschaft konsequent in den Dienst seiner machtpolitischen und territorial-expansiven Intentionen zu stellen. Analysiert man die seit dem Februar 1933 projektierten und eingeleiteten staatskonjunkturellen Massnahmen vor diesem Hintergrund, dann hat man in der Arbeitsbeschaf-

1 Memorandum des Deutschen Landwirtschaftsrates, 23.2.1933, BA R 43 11/308 a.

2 Memorandum des Deutschen Industrie- und Handelstages, 1.2.1933, PA Wirtschaft 1, Allgemeine wirtschaftliche Lage, Bd. 15.

fung der beiden ersten Jahre der NS-Herrschaft bereits Schritte in Richtung auf eine extensive Aufrüstung zur Vorbereitung eines zumindest längerfristig geplanten Eroberungskrieges zwecks Errichtung eines deutschen machtpolitischen und ökonomischen Hegemonialraumes in Europa zu sehen³.

In dem Wissen, dass «Aufrüstungszeiten... stets Perioden allgemeinen Wirtschaftsaufschwunges» sind⁴, verbanden die Nationalsozialisten die Arbeitsbeschaffung geschickt mit der der Systemstabilisierung dienenden Konsolidierung der Wirtschaft. Am 1. Februar 1933 nannte Hitler der Öffentlichkeit die Schwerpunkte seiner wirtschaftspolitischen Anstrengungen, wobei er sich in generellen Ausführungen erschöpfte, wenn er die «Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährungs- und damit der Lebensgrundlage der Nation» und die «Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit» versprach⁵. Wenige Tage später präzierte er seine Erklärung im Kreise seiner Minister dahingehend, dass die Arbeitsbeschaffung als ein unverzichtbarer Bestandteil der Rüstung zu betrachten sei und die in ihrem Rahmen zu vergebenden staatlichen Aufträge – den momentanen politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten und Möglichkeiten Rechnung tragend – zumindest indirekt der militärischen Erstarkung zu dienen hätten. «Jede öffentlich geförderte Arbeitsbeschaffungsmassnahme müsse unter dem Gesichtspunkt beurteilt werden, ob sie notwendig sei» für die «Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes. Dieser Gedanke müsse immer und überall im Vordergrund stehen.» Wenn man den Krieg in das politische Kalkül mit einbezog, musste nach Auffassung des Reichsverkehrsministers «im Ernstfälle... das gesamte deutsche Verkehrsnetz in Ordnung sein». Insbesondere lag dann «der Ausbau der deutschen Wasserstrassen im wehrpolitischen Interesse»⁶. Schliesslich durfte aus der Sicht der Militärs die Bewaffnung und Ausstattung der Truppe nicht zu kurz kommen, weshalb man früh genug «vor allen Dingen an die materielle Untermauerung der Rüstungen» zu denken hatte⁷. Tatsächlich spielte also «bei der Arbeitsbeschaffung... die Aufrüstung eine nicht unbeträchtliche Rolle»⁸.

Hitler hatte auch dem zunächst im Amt verbleibenden Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Gereke, unmissverständlich Sinn und Aufgaben der von seiner Regierung geplanten Arbeitsbeschaffungsmassnahmen erläutert, wenn er erklärte: «Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit wird das Werk von uns Nationalsozialisten sein! Wir werden

3 Vgl. übereinstimmend mit dieser These Fischer, Wirtschaftspolitik, S. 61. Andere Arbeiten mit einem rein wirtschaftswissenschaftlichen Ansatz fassen in ihrer Interpretation zum Teil zu kurz. Vgl. Wolffsohn, Grossunternehmer; ders., Industrie, S. 107ff.

4 Lampe, Wehrwirtschaftslehre, S. 3.

5 Schulthess 1933, S. 36.

6 Auszug aus der Niederschrift der Ministerbesprechung, 8. 2.1933, ADAP, C, Bd. I, S. 34-36, hier S. 35. Der Auszug enthält nicht das in Anm. 10 belegte Zitat.

7 Ebd., S. 36.

8 Schacht, 76 Jahre, S. 455.

das deutsche Volk wieder wehrhaft machen. Wir werden Kasernen und Flugplätze errichten. Wir werden Strassen und Autobahnen unter strategischen Gesichtspunkten bauen. Wir werden die neuesten und modernsten Flugzeuge entwickeln. Alles das hilft, die Arbeitslosigkeit zu lindern⁹.»

Aus aussen- wie innenpolitischen Erwägungen heraus kam es Hitler darauf an, zunächst seine Aufrüstungsanstrengungen vor der Öffentlichkeit, aber auch vor einzelnen ihm und seiner Regierung noch skeptisch gegenüberstehenden wirtschaftlichen Gruppen geheimzuhalten, weshalb er die Kabinettsmitglieder ermahnte, «alle genaueren Angaben über ein Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung zu vermeiden»¹⁰. Arbeitsbeschaffung durch gezielte staatliche Nachfrage aufgrund indirekter Rüstungsvorhaben – wie sie gegenüber Gereke bereits angedeutet worden waren – erbrachte naturgemäss eine Steigerung des Sozialproduktes, liess sich somit nach innen propagandistisch vortrefflich ausschlichten. Daher wurde umgehend das von Schleicher vorgelegte Sofortprogramm aus der Schublade gezogen und in Kraft gesetzt, zumal die Mittel zu seiner Realisierung schon von dem letzten Präsidentskabinett bereitgestellt worden waren¹¹. Es eignete sich nach aussen gut zur «Tarnung der Arbeiten für die Verbesserung der Landesverteidigung», wie die kriegsvorbereitende Aufrüstung kaschierend bezeichnet wurde. Denn Hitler war sich bewusst, dass die Anfangsphase der Aufrüstung aussenpolitisch die schwierigste und gefährlichste sein würde. Galt es doch, die militärische Ohnmacht zwischen dem Anspruch auf Remilitarisierung und dessen Anerkennung oder Hinnahme seitens der Westmächte, aber auch Polens – dem man einen Präventivschlag zu traute – zu überwinden, also aus der eigentlichen Risikozone des ersten Aufrüstungsstadiums herauszukommen. Mit dem Sofortprogramm stellte man die Weichen für eine deutsche Wiederaufrüstung. Aus seinen Mitteln (insgesamt 500 Mio. RM, davon 400 Mio. RM für Länder und Gemeinden, 100 Mio. RM für den Reichshaushalt) beantragte

9 Gereke, Landrat, S. 157/158. Vgl. dazu auch Boelcke, Deutsche Wirtschaft, S. 8f. Hier wird darauf verwiesen, dass u.a. W. Lautenbach, Beamter des Reichswirtschaftsministeriums, bereits 1931 Staatsinvestitionen zur Arbeitsbeschaffung und damit zur allgemeinen Ankurbelung der Wirtschaft gefordert hatte. «Denn die von solchen Investitionen ausgehenden Aufträge an die Industrie sowie die Kaufkraft der neuangestellten Arbeiter (die absolut zusätzlich wäre, weil die Löhne durch zusätzlichen Kredit finanziert sind) würden das Verhältnis von Angebot und Nachfrage mit einem Schlage ändern... Aus dem gewaltigen Arbeitslosenheere würde, in mehr oder minder schnellem Tempo über die ganze Wirtschaft verteilt, die Arbeit von den Betrieben gewissermassen wieder angesaugt werden. Die Bewegung, einmal eingeleitet, pflanzt sich selbständig fort.»

10 Protokoll der Ministerbesprechung, 8.2.1933, IfZ Fa 203/1, zit. n. Petzina, Hauptprobleme, S.40.

11 In der neueren Literatur wird Gregor Strasser im Zusammenhang mit dem nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramm eine zentrale Rolle zugewiesen. Vgl. dazu Boelcke, Deutsche Wirtschaft, S. 29-38. Hier findet sich auch ein Hinweis darauf, dass der Wirtschaftsminister in Hitlers Koalitionskabinett, Hugenberg, dem Arbeitsbeschaffungsprogramm, dem sog. Reinhardt-Programm, skeptisch bis ablehnend gegenüberstand. Ebd., S. 59.

die Wehrmacht Anfang Februar 1933 mit Blick auf die erste Phase (1. April 1933-31. März 1936) eines Umbauprogramms vom 7. November 1932 zur quantitativen wie qualitativen Erweiterung des Friedensheeres 50 Mio. RM von veranschlagten 70 Mio. RM Gesamtkosten aus dem vom Kabinett Schleicher bereitgestellten Arbeitsbeschaffungsfonds. Die Gesamthöhe der veranschlagten Summe glaubte die Wehrmacht 1933 voll verausgaben zu können. Der Reichskommissar für die Luftfahrt, der mit dem Reichswehrminister ein auf drei Jahre ausgerichtetes Mindestprogramm in Höhe von 127 Mio. RM zum Aufbau der Luftwaffe vereinbart hatte, beanspruchte für 1933 eine Rate von 42,3 Mio. RM, während der Restbetrag des Sofortprogramms der Förderung vorstädtischer Kleinsiedlungen und Kanalbauten dienen sollte.

Der Reichskanzler zeigte sich über die Geringfügigkeit der für den genannten Zweck geforderten Mittel in höchstem Masse unbefriedigt und ungehalten. Nur widerwillig nahm er die Auffassung Blombergs zur Kenntnis, «dass das Tempo der Aufrüstung im kommenden Jahr nicht stärker beschleunigt werden könne». Vor allem die bis 1936 angesetzte Summe für die Luftrüstung hielt er für absolut unzulänglich, und er liess keinen Zweifel darüber aufkommen, dass er bereits für die nähere Zukunft in ganz anderen rüstungswirtschaftlichen Dimensionen dachte. Seiner Ansicht nach machte die Wiederaufrüstung «Milliardenbeträge erforderlich». Es blieb aber schliesslich bei dem Beschluss, die besagten Beträge ihrer vorgeschlagenen Verwendung zuzuführen, doch liess Hitler es nicht an dem nachdrücklichen Hinweis fehlen, «dass in Zukunft bei einer Kollision zwischen Anforderungen für die Wehrmacht und Anforderungen für andere Zwecke die Interessen der Wehrmacht unter allen Umständen vorzugehen hätten. In diesem Sinne sei auch bei der Vergebung der Mittel des Sofortprogramms zu entscheiden.» Der Funktionswandel, den das Sofortprogramm Schleichers unter der Regierung Hitler erfuhr, wird erhellt durch die Anweisung des neuen Regierungschefs, unter Berücksichtigung der Vorrangstellung der sogenannten Landesverteidigung alle vorgesehenen militärisch nicht bedeutsamen Arbeiten von Ländern, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften möglichst einzuschränken¹². Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Die aus dem Sofortprogramm bereitgestellten Mittel aus dem Schleicher-Gereke-Plan sollten nicht die Gesamtkosten der Rüstung im Jahre 1933 decken, sondern lediglich zur Finanzierung eines Rüstungsrahmenprogramms beitragen. Der Schwerpunkt der Aufrüstung vollzog sich vielmehr im Zuge des bereits vor der «Machtübernahme» konzipierten sogenannten Zweiten Rüstungsprogramms des Heeres, das nach dem Willen seiner Schöpfer ungeachtet der Staats- und Regierungsform ab 1. April 1933 anlaufen und im Jahre 1938 erfüllt sein sollte. Aus Mitteln ausserhalb des Sofortprogramms finanziert, wurde es energisch in Angriff genommen, so dass sich die ursprüngliche Terminplanung nun auf 2 Jahre verkürzte und das Programm nach den Vorstellungen des Heeres «mit den Geldmitteln des Jahres 1933 im Allgemeinen

12 Hitler vor dem Kabinettsausschuss für Arbeitsbeschaffung, 9. 2.1933, BA R 43 11/536.
Vgl. Beitrag Deist, S. 475 ff.

im Jahre 1934 erfüllt werden» sollte. Verbleibende Lücken mussten im Haushaltsjahr 1934, spätestens 1935 geschlossen werden¹³.

Wenn die Aufrüstung um des politisch und wirtschaftspsychologisch erhofften Effektes willen rasch, aber auch dauerhaft konjunkturbelebend wirken sollte, musste sie in einer Grössenordnung erfolgen, die sich herkömmlichen Finanzierungsmöglichkeiten und -praktiken entzog. Eine Staats- und Rüstungskonjunktur liess sich nicht mit Männern ein- und durchführen, die sich einem überkommenen etatistischen Denken, wie es unter den Präsidialkabinetten verbreitet war, verhaftet zeigten und die Rüstung über das begrenzte Staatsbudget finanzieren wollten. Hitler benötigte eine Persönlichkeit, die Geld auf andere Weise zu beschaffen wusste, und zwar über die Reichsbank. Er hielt daher einen Wechsel an deren Spitze für unumgänglich und für eine Voraussetzung seiner Rüstungspolitik. Als Mitte März der amtierende Reichsbankpräsident Luther durch Schacht ersetzt wurde, hatte der nationalsozialistische Reichskanzler die Persönlichkeit gefunden, die umfangreiche Rüstungsprogramme auf unkonventionelle Weise zu finanzieren gewillt schien und für eine Reihe von Jahren auch gewillt war, und zwar durch eine mengenmässig zunächst nicht zu begrenzende Geldschöpfung. Die Aufrüstung sollte durch produktive Kreditschöpfung finanziell tragbar werden.

Nun erst stand der Arbeitsbeschaffung durch Aufrüstung nichts mehr im Wege. Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik der Krisenüberwindung durch staatskonjunkturelle Massnahmen unterschied sich von der der Präsidialkabinette weniger vom gedanklichen Ansatz her als vielmehr durch ihre konsequente Durchsetzung unter veränderter Zielsetzung, nämlich unter der der Aufrüstung zwecks Schaffung eines letztlich sich selbst genügenden Grosswirtschaftsraumes. Hitler gelang es bereits in einem ersten Schritt, den Autarkie- und Mechanisierungsforderungen der Landwirtschaft zu entsprechen und dadurch die Industrieproduktion entscheidend anzukurbeln und zu steigern, indem er als Ersatz für den zerrütteten Weltmarkt einen durch Rüstungsaufträge expandierenden und damit sicheren Binnenmarkt erschloss.

Endgültig gewinnen konnte der nationalsozialistische Reichskanzler die führenden Männer von Industrie und Banken auf einer Ende Mai 1933 eigens angesetzten Besprechung über Arbeitsbeschaffungsmassnahmen/ die das Sofortprogramm Schleichers in rüstungswirtschaftlichem Sinne umgestalteten und ablösten. Wie bereits früher, so unterstrich Hitler auch jetzt die Bedeutung der Privatwirtschaft, insbesondere des Grossunternehmertums, und legte gleichzeitig seine Pläne für die Wiederankurbelung der Produktion vor. Dabei verschwieg er nicht, dass der Staat solchen Arbeitsbeschaffungsmassnahmen, die Deutschland in seinem sogenannten Kampf um einen gleichberechtigten Platz an der Seite der übrigen Grossmächte der Welt stärkten, sprich der Wiederaufrüstung, Priorität beimass. In diesem Zusammenhang nannte er u.a. den Autobahn-

13 Vgl. Geyer, Rüstungsprogramm, S. 134,158.

bau, der Arbeitsbeschaffung mit der Verbesserung der strategischen Lage in idealer Weise verbinde.

Der Industrie wusste Hitler glaubhaft seine Entschlossenheit zu versichern, die Arbeitsbeschaffung und damit die Konjunkturbelebung nicht nur zu ihren Lasten, sondern eher durch steuerliche Entlastung auf Kosten des Staates und-was nicht übersehen werden darf – gegen die materiellen Interessen der Arbeitnehmer – durchzuführen¹⁴.

Im Kabinett ordnete er zwei Tage später, wie bereits im Februar angekündigt, an, den Unternehmern keine höheren Steuern als in dem Zenit der Wirtschaftskrise des Jahres 1932 aufzubürden und den Ausfall für den Staatssäckel durch Kürzung des Sozialhaushalts zu kompensieren¹⁵. Als die deutsche Wirtschaftsrepräsentanz diesen wirtschaftspolitischen Kurs erkannte und ihn auch durch die Person des renommierten Finanzexperten Schacht für abgesichert hielt, zeigte sie sich nahezu in corpore bereit, ihn mit zu verantworten. Dies umso mehr, als der neuernannte Staatssekretär im Finanzministerium, Fritz Reinhardt, bereits fertig ausgearbeitete Vorschläge für praktische Arbeitsbeschaffungsmassnahmen zur Wiederankurbelung der Wirtschaft und zu deren Finanzierung – im Einzelnen auf steuerlichem Wege und durch Abschreibung – auf den Tisch zu legen vermochte, die nach Aussagen von Zeitgenossen «auch für manchen Fachmann eine angenehme Überraschung» bedeuteten¹⁶.

Die nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsmassnahmen fanden ihren Niederschlag in den beiden sogenannten Reinhardt-Programmen (1. Juni 1933 und 21. September 1933)¹⁷. Diese kamen, da sie sich zunächst schwerpunktmässig auf den Bausektor bezogen, zum Beispiel auch dem privaten Wohnungsbau und der Landwirtschaft zustatten, und sie dienten gleichfalls der Verbesserung und Ausbesserung kommunaler und industrieller Einrichtungen und verkehrstechnischer Anlagen. Sie besaßen aber dennoch nicht selten eine indirekte rüstungswirtschaftliche Funktion. Immerhin gelang es, mit Hilfe der genannten Programme über 50% der rund sechs Millionen Arbeitslosen des Januar 1933 (Januar 1933 = 6'013'618,31. März 1934 = 2'798'342 Arbeitslose)¹⁸ zu einer Beschäftigung zu verhelfen. Nach entsprechenden Verordnungen über steuerliche und Abschreibungsvergünstigungen trat im Juli 1933 das Gesetz über eine freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit in Kraft, die als einzige Spende steuerbegünstigt war und von Mitte Juli bis Ende Oktober des Jahres bereits 35 Mio. RM zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung einbrachte. Die Spendenfrist lief bis zum 31. März

14 Aufzeichnung über eine Besprechung Hitlers mit Industriellen, 29. 5.1933, BA R 4311/536.

Vgl. Wolffsohn, Industrie, S. 124-127, der diesen Zusammenhang nicht erkennt, weil er die wirtschaftspolitischen Massnahmen nicht in den Kontext des gesamtpolitischen Konzeptes der Arbeitsbeschaffung stellt.

15 Aufzeichnung über eine Ministerbesprechung, 31. 5.1933, BA R 43 11/536. Vgl. auch Petzina, Hauptprobleme, S. 46 f.

16 Grotkopp, Krise, S. 283.

17 RGBl. 1933, I, S. 323-329; S. 651 ff.

18 Vgl. Berndt, Vierjahresplan, S. 86.

1934¹⁹. Im Blick auf diese offenbar seriösen und rasch ergriffenen Initiativen des Staates überliess man seitens der Wirtschaft getrost einer nationalsozialistischen Regierung das Ruder und glaubte nun auch auf die DNVP und den von ihr gestellten Wirtschafts- und Agrarminister Hugenberg als zweite politische Kraft verzichten zu können. Die Arbeitsbeschaffung vollzog sich zunehmend über mittelbare Rüstungsaufträge in Form von Massnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur der Wehrmacht. Sehr rasch wurde von militärischer Seite «ohne Rücksicht auf die Höhe der Kosten und die Art der Finanzierung alles zusammengestellt..., was geeignet» erschien, «Arbeit zu schaffen»²⁰. Auf vier Jahre verteilt, meldete die Wehrmacht zunächst einen finanziellen Bedarf von rund 425,5 Mio. RM an. Die Summe wurde in erster Linie für den Strassenbau auf heeres-eigenem Gelände, für Befestigungsanlagen, zur Bekleidung und Verpflegungsbevorzugung, insbesondere aber für den Bahn- und Brückenbau, nicht zuletzt zur Errichtung von Bedienstetenwohnungen, Kasernen und Raffinerieanlagen verwandt. Die Marine konzentrierte sich bei der Arbeitsbeschaffung auf die Erweiterung und den Neubau von Werften und Häfen (z.B. Helgoland), Dockanlagen, Schleusen usw. sowie von Rüstungsbetrieben (z.B. Krupp) und in geringem Umfang auf den Aufbau von «Schattenbetrieben» (Firmen, die erst im Bedarfsfälle Rüstungsgüter produzieren sollten), auf Vorarbeiten zur Unterbringung von Werftarbeitern, die Ausstattung der Werften und Marinestützpunkte mit Schleppern und Fahrzeugen. Sie betrieb darüber hinaus die Errichtung von Ausbildungsstätten, Lazaretten und Materiallärtern²¹. Das Reichsluftfahrtministerium beschränkte seine Forderungen zunächst überwiegend auf die Erstellung von Luftschutzeinrichtungen, und in Tag- und Nachtschichten wurden Görings Reichsluftfahrtministerium mit hohem Kostenaufwand erstellt und gleichzeitig schon gewisse Voraussetzungen für die Luftrüstung geschaffen. Man begann sogleich mit der «Verbreiterung der fabrikatorischen Basis, erweiterte den Luftverkehr über das verkehrsnotwendige Mass hinaus, um eine grössere Anzahl von Fliegern ausbilden zu können»²². Die rüstungswirtschaftliche Funktion wird besonders signifikant bei der am tiefsten in das allgemeine Bewusstsein eingedrungenen Arbeitsbeschaffungsmassnahme, nämlich beim Reichsautobahnbau, der aber – entgegen weitverbreiteter Meinung – den Arbeitsmarkt und damit die Konjunktur nur minimal belebte.

19 Reinhardt, Arbeitsschlacht, S. 80.

20 Besprechung beim Wehramt, 19. 5.1933, zit.n. Stelzner, Arbeitsbeschaffung, S. 240. Auch in der neuen Publikation von Pentzlin, Hjalmar Schacht, wird der Zusammenhang von indirekter Aufrüstung und Arbeitsbeschaffung nicht gesehen. Der wirtschaftliche Aufschwung der ersten Hälfte der 30er Jahre wird vielmehr und fälschlicherweise allein den privaten und zivilwirtschaftlichen Investitionen zugeschrieben, ohne dass deren grossenteils rüstungswirtschaftliche Bedeutung erkannt worden wäre. Ebd., S. 199ff.

21 Vortrag Flottenintendant Thiele, 13. 7.1944, IMT, Bd. 35, S. 569-599. Vgl. Stelzner, Arbeitsbeschaffung, S. 241.

22 Göring vor dem Nürnberger Tribunal, IMT, Bd. 9, S. 315. Vgl. Beitrag Deist, S. 475 ff.

Wenn der Staat mit Gesetz vom 27. Juni 1933²³ Verantwortung und Finanzierung des bereits in der Weimarer Zeit geplanten Objektes übernahm, dann nicht allein unter verkehrsökonomischen und konjunkturellen, sondern auch unter politischen und strategischen Aspekten. War doch beispielsweise Hitler überzeugt, dass «eine Mobilmachung... auf unseren bisherigen Strassen nicht durch- [zu]führen» sei²⁴, weshalb er kein Hehl daraus machte, dass er mit dem Reichsautobahnbau «in erster Linie... militärische Zwecke» verfolgte²⁵. Die geringe wirtschaftsbelebende Wirkung des Autobahnbaus erhellt allein schon aus der niedrigen Zahl der bei ihm eingesetzten Arbeiter während der Phase der aktiven Arbeitsbeschaffung.

Beschäftigung bei den Reichsautobahnen ²⁶	
Bis Ende	Direkt an der RAB Beschäftigte und Mitarbeiter der ,Reichsautobahnen‘
Dezember 1933	4000
März 1934	46000
Juni	38600
September	71500
Dezember	84600
Januar 1935	39700
Februar	51800
März	77000
April	96700
Mai	112200
Juni	117100
September	118000
Dezember	72300
März 1936	86000
April	106300
Juni	130000
September	112000
Dezember	80000

Selbst wenn man berücksichtigt, dass auf einen Autobahnarbeiter ein zweiter in der Zulieferindustrie entfiel, blieb der Arbeitsbeschaffungs- und konjunkturelle Effekt dürftig. Zunächst mit grossem propagandistischem Aufwand als soziale und konjunkturelle Massnahme vorgestellt, weil «eine öffentliche Bezeichnung der Reichsautobahn als ein Teil des Rüstungsprogramms nicht erwünscht» war, konnte aber bereits 1936 in der Öff-

23 RGBl. 1933. II, S. 509f.

24 Hitler in einer Besprechung mit Industriellen, 29. 5.1933, BA R 4311/536.

25 Bericht des Generaldirektors der Reichsbahn, Dorpmüller, vor dem Verwaltungsrat der DRB, 27./28.11.1934, zit. n. Watzdorf, Autobahnbau, S. 68.

26 Zusammengestellt von Stelzner, Arbeitsbeschaffung, S. 95; vgl. auch Lärmer, Autobahnbau, S. 54.

fentlichkeit zumindest zugegeben werden, «dass es sich bei den Reichsautobahnen um das Strassenbauprogramm des Führers handelt [e], das nach seinen wiederholten Erklärungen nach einem bestimmten Programm *gleichzeitig mit den Rüstungsaufgaben durchgeführt*» werde²⁷.

In allen Stadien der Planung war die militärische Seite beteiligt, wenngleich ihren Forderungen nicht immer entsprochen wurde. Auch kritisierte man seitens der Wehrmacht nicht selten den aufwendigen Bau der Reichsautobahnen und befürwortete stattdessen die Forcierung der unmittelbaren Aufrüstung²⁸.

Der Reichsautobahnbau bildete im Zusammenwirken mit anderen Strassenbauprojekten die Plattform für eine wachsende Motorisierung in Deutschland, die noch durch die Aufhebung der Kfz-Steuer (10. April 1933) begünstigt wurde. Der beschleunigte Bau von Kraftfahrzeugen aller Art seit 1933 sollte nicht nur die Wirtschaft generell beleben und bezweckte nicht allein die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse. Die Wirtschaftsmotorisierung diente dazu, «einst einmal eine notwendige Heeresmotorisierung zu ermöglichen»²⁹. Man entsprach auch nicht ausschliesslich dem sicher gehegten Wunsch weiter Bevölkerungskreise nach Individualisierung der Verkehrsmittel, sondern mehr der Forderung der Militärs nach einem zahlenmässig hohen Stand an Automobilen in Wirtschaft und Privathand. Denn «je grösser die Zahl der im zivilen Kraftverkehr eingesetzten Fahrzeuge ist», so argumentierte die Wehrmacht, «umso rascher und umfassender können motorisierte Truppenteile bei Kriegsausbruch bereitgestellt werden. Eine zielklare einheitliche Organisation und eine Steigerung des Tempos in der Motorisierung der Wirtschaft und des zivilen Kraftverkehrs lagen deshalb schon lange vor dem Kriege in der Linie unserer Rüstungsplanungen³⁰.»

Index der Automobilproduktion der wichtigsten Industriestaaten (1932 = 100)³¹

	1933	1934	1935	1936
Deutschland	204	338	478	585
USA	140	201	287	323
England	126	147	171	198
Frankreich	112	118	105	114
Italien	144	149	155	144

Eine erhöhte Automobilproduktion erschien Regierung, Wirtschaft und Militär umso dringlicher, als Deutschland im internationalen Vergleich bezüglich seines Kraftfahrzeugbestandes weit hinter anderen Staaten zurückstand und ungeachtet aller entspre-

27 Schriftstück des Amtes Todt, 6.10.1936, zit. n. Lärmer, Autobahnbau, S. 57.

28 Vgl. zu diesem Komplex Ludwig, Strukturmerkmale, S. 50-53.

29 Die Industrie, S. 27.

30 Schell, Krieg, S. 506; Henning, Kraftfahrzeugindustrie, bemüht sich um eine differenzierte Bewertung des Komplexes Motorisierung, verkennt aber wegen ungenügender Berücksichtigung zentraler Fragen nationalsozialistischer Politik die rüstungswirtschaftliche Tragweite.

31 Tabelle n. Wehner, Verkehrswesen, S. 42.

Kraftfahrzeugproduktion Deutschlands³²

Jahr	PKW	Kraftomnibusse, und LKW	Lieferwagen	Schlepper
1928	108029		41104	
1932	43430	8234		1593
1933	92160	13261		3168
1934	147330	27325		4968
1935	205092	41528		8494
1936	244289	57312		12864
1937	269055	62404		18025
1938	274849	63470		27915

chenden Anstrengungen seit 1933 noch mehrere Jahre zurückblieb. Mit *einem* Kraftfahrzeug auf 75 Einwohner nahm das Dritte Reich 1933 in Europa die 11. Stelle ein. Noch am 1. Januar 1938 führten Frankreich und England mit je einem Kraftfahrzeug auf 19 Einwohner, während Deutschland mit einem Auto auf 44 Einwohner den 7. Platz in Europa belegte, obgleich kein anderes Land der Welt eine so hohe Zuwachsrate in der Kfz-Produktion aufzuweisen hatte.

2. Arbeitsbeschaffung und direkte Aufrüstung

Die Einsicht in die enge Begrenztheit des Arbeitskräftepotentials, das die zivil- und auch indirekten rüstungswirtschaftlichen Aufträge im Rahmen des Sofort- und des Reinhardt-Programms zu absorbieren vermochten, liess die NS-Regierung die bewusste Verbindung von Arbeitsbeschaffung und direkter Rüstung eingehen. Denn schliesslich sollte der eigentliche konjunkturbelebende Effekt, der bei den Arbeitsbeschaffungsprogrammen der vorausgegangenen Regierungen ja ausgeblieben war, gerade durch direkte Rüstungsaufträge erzielt werden. Die Verknüpfung von Arbeitsbeschaffung und Aufrüstung diente dem möglichst reibungslosen Übergang von der Marktwirtschaft zur Rüstungskonjunktur, der rasch erfolgen sollte. Vor diesem Hintergrund versteht man auch das ungeduldige Drängen der Wehrmacht nach Vergabe von Rüstungsaufträgen an die heimische Industrie und nach Zuweisung ausreichender Mittel aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm zu deren Bezahlung. Bereits Ende März 1933 wurde Blomberg beim Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung wegen beschleunigter Zuweisung von entsprechenden Geldern vorstellig, da «die Vorarbeiten für die Aufträge abgeschlossen» seien³³. Kaum war das Gesetz über die Spende zur Förderung der nationalen Arbeit verabschiedet (1. Juni 1933), aber noch nicht einmal die zu seiner Durchführung not-

32 Ebd., S. 41.

33 Schreiben Blombergs an den Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, 31.3.1933, BA R2/18665.

wendigen Bestimmungen erlassen (dies geschah am 24. Juli 1933), forderte die Wehrmachtführung schon einen ersten Teilbetrag in Höhe von 13,5 Mio. RM aus diesem Fonds für Rüstungskäufe an³⁴.

Für die Koppelung von Arbeitsbeschaffung und direkter Rüstung bestanden bereits 1933 notwendige Voraussetzungen. Diese Interdependenz besass den Vorteil, dass die Arbeitslosen, im Unterschied etwa zum Autobahnbau, zumeist an ihren Wohnorten selbst beschäftigt werden konnten. Die Voraussetzungen für eine Vergabe umfänglicher mittelbarer Rüstungsaufträge schon für die Jahre 1933/34 erwiesen sich insofern als günstig, als die Industrie über ungenutzte Produktionskapazitäten verfügte, ein Umstand, der den Rüstungs- vor den rein zivilwirtschaftlichen Arbeitsbeschaffungsaufträgen sehr «bald den Vorrang verschaffte»³⁵. Darüber hinaus verkürzte sich die rüstungskonjunkturelle Anlaufzeit dadurch erheblich, dass es aus der Weimarer Zeit neben den von den Versailler Siegermächten genehmigten Rüstungsbetrieben auch noch illegale gab, die über freie Kapazitäten und über das notwendige Know-how für die Rüstungsproduktion verfügten³⁶. «Nur durch diese verschwiegene Tätigkeit deutschen Unternehmertums, aber auch aufgrund der Erfahrungen, die mittlerweile durch Erzeugung von Friedensprodukten gewonnen wurden, konnte nach 1933 unmittelbar der Anschluss an die neuen Aufgaben der Wiederwehrhaftmachung erreicht, konnten dann auch die ganz neuen vielfältigen Probleme gemeistert werden»³⁷.

Die Wehrmacht erfasste zunächst einmal alle für Rüstungsaufträge in Betracht kommende Unternehmen und belegte Mitte 1934 = 2800 Firmen mit rund 750'000 Arbeitern als Rüstungsbetriebe. Diese leisteten mindestens 15 Prozent der deutschen Industrieproduktion, wobei die Produktionsquoten im Einzelnen wesentlich höher lagen³⁸:

Beim Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau	= 59%
in der Eisen- und Stahlindustrie	= 56%
in der Optik und Feinmechanik	= 46%
in der Kautschuk- und Asbestindustrie	= 45%
in der Metallhüttenindustrie	= 36%
in der Lederindustrie	= 27%
in der Chemischen Industrie	= 25%

Die Unter- und Zulieferer fanden bei dem Belegungsverfahren keine Berücksichtigung. Noch konnte allerdings keine Rede davon sein, die genannten Firmen sogleich mit Rüstungsaufträgen produktionsmässig voll auszulasten, doch begann die Wirtschaft sich

34 Reichswehrminister an Reichsfinanzminister, 8.7.1933, BA R 2/18718.

35 Schacht, 76 Jahre, S. 455.

36 Vgl. dazu Hansen, Reichswehr und Industrie.

37 Gustav Krupp in einer Rede in der Berliner Universität, Januar 1944, zit. n. Der Nürnberger Prozess, Bd. 2, S. 32/33.

38 Bericht des Reichswirtschaftsministeriums über die ihm vom Reichsverteidigungsrat gestellten Aufgaben, 30.9.1934, IMT, Bd. 36, S. 184/185.

auf den erwarteten Rüstungsboom vorzubereiten. Man hat vielfach die Umstellung der Industrie auf die rüstungsökonomischen Bedürfnisse des Dritten Reiches erst auf 1935 datiert, und zwar aufgrund der geringen Investitionen in der Produktionsgüterindustrie. Dabei wurde übersehen, dass es erstens freie Produktionskapazitäten gab und dass zweitens die Steigerungsrate zwischen 1932 und dem folgenden Jahr schon erheblich war, nämlich über 20 Prozent, und sich 1934 im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelte.

Investitionen der deutschen Industrie³⁹

Zeit	1928	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938
Produktionsgüterindustrie								
in Mio.	1717	245	309	700	1221	1637	2208	2952
in %	100	14,3	18,0	40,8	71,1	95,3	128,6	171,9
Verbrauchsgüterindustrie								
in Mio.	898	194	248	360	415	522	635	739
in %	100	21,6	27,6	40,0	46,2	58,1	70,7	82,3
Industrie insgesamt								
in Mio.	2615	439	557	1060	1636	2159	2843	3691
in %	100	16,8	21,3	40,5	62,6	82,6	108,7	141,1

Die Steigerung der Investitionstätigkeit Sommer 1933 bis Sommer 1934 zeigt sich vor allem in folgenden vier Bereichen⁴⁰:

Inlandsbestellungen von Maschinen (Werte)	+ 77%
reiner Inlandsverbrauch von Eisen	+ 71%
bauwirtschaftliche Produktion	+ 67%
Zulassung von Lastkraftwagen	+ 81%

Wenngleich die Wehrmacht erst im Herbst 1933 begann, den unmittelbar benötigten Rüstungsbedarf festzulegen⁴¹, so verfügte sie doch bereits über einen gewissen Pla-

39 Tabelle n. Albert, Wiederaufrüstung, S. 68. Vgl. dazu Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III, S. 65/66. Die hier angegebenen Zahlen der reinen Anlageinvestitionen differieren zur obigen Tabelle bei einzelnen Zahlenwerten, vermitteln aber tendenziell dasselbe Bild. In diesem Zusammenhang ist von Interesse, dass der von der NS-Propaganda propagandistisch spektakulär angekündigte Boom im Wohnungsbau den rüstungswirtschaftlichen Anstrengungen auffällig nachstand. Der Wohnungsbau blieb schon zwischen 1933 und 1939 im jährlichen Vergleich hinter dem von 1929 erheblich zurück, ja, er überflügelte nur im Jahre 1937 knapp denjenigen des Weltwirtschaftskrisenjahres 1930. Ebd., S. 125.

40 Tabelle n. Stelzner, Arbeitsbeschaffung, S. 121.

41 Schreiben Blombergs an die Chefs der Heeres- und Marineleitung und an den Reichsminister für Luftfahrt, 25.10.1933, IMT, Bd. 34, S. 487-491.

nungsvorlauf. Zumindest das Heer hatte seine mittelfristigen Forderungen schon vor 1933 im sogenannten Ersten und Zweiten Rüstungsprogramm auf gestellt⁴². Im Zuge des Ausbaues des Verkehrswesens konnte beispielsweise die Luftfahrtindustrie ihre Produktion 1933 gegenüber dem Vorjahr um mehr als das Zehnfache steigern. Zwar handelte es sich hier zumeist noch um die Herstellung von Zivilflugzeugen, die sich jedoch weitgehend für eine Umrüstung zu militärischen Zwecken eigneten. Zudem liess Göring «aus den Verkehrsflugzeugen heraus Bombertypen entwickeln»⁴³. Bereits seit Sommer 1933 lagen aber konkrete Pläne für die Aufstellung einer militärischen Luftflotte vor, für deren Bau auch noch im selben Jahr die notwendigen wirtschaftlichen und fabrikatorischen Massnahmen ergriffen wurden.

Deutschlands Flugzeugproduktion⁴⁴

Jahr	Insgesamt	davon Kriegsflugzeuge
1932	36	—
1933	368	—
1934	1968	840
1935	3183	1823
1936	5112	2530
1937	5606	2651
1938	5235	3350
1939	8295	4733

Bereits in der ersten Jahreshälfte 1933 vergab das Reichsluftfahrtministerium grössere Beschaffungsaufträge an die Luftfahrtindustrie. So bekam Junkers im August 1933 einen Grossauftrag über rund 1'000 Ju 52 und etliche hundert Schulflugzeuge, die Dornier-Werke über 1'000 Do 11 und Do 13⁴⁵, die als verkappte Bombenflugzeuge angesehen werden mussten, für deren entsprechende Beladung deutsche Waffenschmieden schon 1934 Sorge trugen⁴⁶, deren Fertigstellung allerdings im Auftragsjahr nicht mehr erfolgte. Immerhin ist bemerkenswert, dass sich die Belegschaft der Luftfahrtindustrie von 3'500 bis 4'000 im Jahre 1933 auf 72'000 im Jahre 1935 erhöhte. Auch die Panzerproduktion lief im Juli 1933 an, als Krupp ein umfängliches «landwirtschaftliches Schlepperprogramm» in Serie nahm, wobei es sich in Wahrheit um die erste Fertigung einer Panzerreihe handelte⁴⁷. Ein Jahr später wurde die Auto-Union zum Bau von Wehrmachtfahrzeugen veranlasst und die damit befasste Abteilung «unter dem Zwang der

42 Gever, Rüstungsprogramm.

43 Göring vor dem Nürnberger Tribunal, IMT, Bd. 9, S. 316. Vgl. Beitrag Deist, S. 565 ff.

Vgl. zur Luftrüstung Gehrisch, Entwicklung.

44 Tabelle aus Wehner, Verkehrswesen, S. 46/47. Vgl. Beitrag Deist, S. 565 ff.

45 Irving, Tragödie, S. 70.

46 Aufzeichnung des AA, 10.8.1934, PA IIFA betr. Umbau der deutschen Wehrmacht, Abr 44, Bd.1.

47 Stelzner, Arbeitsbeschaffung, S. 184, Anm. 2. Vgl. Beitrag Deist, S. 479ff.

damaligen Verhältnisse unter der Bezeichnung BZ (Behördenzentrale) getarnt»⁴⁸. Die Stahl- und Eisenwerke stockten bereits 1933 ihre Belegschaft, wenn auch in den einzelnen Firmen in unterschiedlichem Masse, auf. Punktuell sei auf Folgendes hingewiesen: Ca. 500 Arbeiter wurden in den ersten 4 Monaten 1933 bei Rheinmetall eingestellt, ein Unternehmen, das Geschütze, Maschinengewehre und Feldhaubitzen herstellte; die Belegschaft der Gewehrfabrik Mauser wuchs im Januar von 800 auf 1'300 Mann. Die Berlin-Karlsruher Industrierwerke vermehrten ihr Personal im ersten Halbjahr 1933 um 35 Prozent, und der Bochumer Verein stellte im gleichen Zeitabschnitt rund 400 Arbeiter neu ein, während bei der Pulverfabrik Rheinsdorf die Belegschaft von 2'000 auf 5'200 Mann anstieg⁴⁹. Bis Mitte November 1933 hatte die Marine u.a. bei 8 Firmen Kriegsgewehr in Höhe von 41,48 Mio. RM bestellt, Schiffsbauaufträge von über 70 Mio. RM nicht eingerechnet⁵⁰. Die Beispiele lassen sich ergänzen.

Frühzeitig begann man auch mit der Anlage einer sogenannten Schattenindustrie, also von Produktionseinrichtungen, die erst im Mobilmachungs- oder Kriegsfall in Betrieb genommen werden sollten, doch fand dies nicht die ungeteilte Zustimmung der Wehrmacht, die stattdessen eine vermehrte Herstellung von Waffen und Gerät forderte⁵¹. Die Wehrmacht bezog auch durch die Verletzung der Versailler Restriktionen provozierbare militärische Konflikte in ihre Rüstungsplanungen mit ein. In einem schon zur Weimarer Zeit festgelegten wirtschaftlichen Kern «Innerdeutschland», der als relativ unverletzlich galt, betrieb sie zwischen Sommer 1934 und Frühjahr 1935 die Erweiterung von rund 95 Firmen. Darüber hinaus veranlasste sie die Neugründung von rund 60 zumindest mittleren Betrieben in diesem Bereich, womit natürlich die Schaffung entsprechender Arbeitspläne verbunden war⁵². Bis Dezember 1934 hatten schon 18 Fabriken – wie Borsig in Tegel, Krupp-Gruson in Magdeburg und der Bochumer Verein in Hannover – in der besagten «Schutzzone» mit der Produktion von Infanteriewaffen und einzelner Geschütztypen begonnen, doch erreichte die Fertigung noch nicht die von der Wehrmacht erwarteten Stückzahlen⁵³.

Ohne diese vorab zumeist mittelbaren, teilweise auch unmittelbaren Rüstungsaufträge lässt sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit im ersten Jahr der NS-Herrschaft um rund 50 Prozent nicht erklären. Die Regierung stellte Ende 1934 angesichts der stärker anlaufenden Rüstungskonjunktur die eigentliche Förderung der Arbeitsbeschaffung ein, noch ehe ihre konjunkturelle «Initialzündung» sich ganz auswirken konnte»⁵⁴. Brachte doch die forcierte Aufrüstung «eine Fülle von Arbeitsaufgaben», und sie bot die ausreichende «Gewähr für eine ständige Zunahme der Zahl der bei der Durchführung dieser

48 Kirchberg, Kraftfahrzeugindustrie, S. 119.

49 Vgl. Benoist-Méchin, Militärmacht, S. 162.

50 Chef der Marineleitung an Chef der Heeresleitung, 15.11.1933, BA-MA RH 8 v. 941.

51 Stelzner, Arbeitsbeschaffung, S. 223.

52 Wehrmachtamt an Heeresleitung, Marineleitung, Reichsluftfahrtministerium, 10.4.1935, BA-MA RH 8/v. 941.

53 Vortrag des Chefs des Heereswaffenamtes, Mai 1934, BA-MA RH 8/v. 957.

54 Honigberger, Zielsetzung, S. 19.

grossen Aufgabe beschäftigten deutschen Volksgenossen»⁵⁵. Sicher ist die Investitionstätigkeit 1933 weder ausschliesslich noch überwiegend auf direkte Rüstungsaufträge zurückzuführen, wohl aber auf den Willen der Industrie, rechtzeitig auf solche präpariert zu sein. Der Staat konnte daher nach einer gewissen rüstungswirtschaftlichen Anlaufzeit die Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess weitgehend der durch die mittelbaren und unmittelbaren Rüstungsaufträge ausgelösten rüstungskonjunkturellen Eigendynamik überlassen.

Mit dem im Frühjahr 1933 anlaufenden sogenannten zweiten Rüstungsprogramm⁵⁶ trat zwar eine merkliche Belebung der Wirtschaft ein, die immer schärfere rüstungsökonomische Züge annahm, doch erfolgte kein zweiter gravierender Einbruch mehr in den verbliebenen Arbeitslosenbestand. Dieser nahm vielmehr mit steigender Konjunktur nur langsam, wenngleich stetig ab. Dies war darauf zurückzuführen, dass man nun nicht mehr jedem Arbeitslosen irgendeine Arbeit zuteilen konnte, sondern die richtige Kraft am rechten Arbeitsplatz benötigte.

Jahresdurchschnitt	1933	1934	1935	1936	1937	1938 ⁵⁷
Arbeitslose in Mio.	4,804	2,718	2,151	1,592	0,912	0,429

Die von der Regierung initiierte Belebung der Konjunktur hielt 1934 insgesamt gesehen an, «wobei die Wehrmachtaufträge eine bedeutende Rolle» spielten⁵⁸.

Ein Vergleich mit dem Schwund der Arbeitslosigkeit in Grossbritannien und in den USA macht deutlich, dass sich die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht auf die Gesundung der weltwirtschaftlichen Konjunktur, sondern in hohem Masse auf die konjunkturbelebenden Massnahmen des Staates, sprich auf die indirekte und direkte Rüstung zurückführen lässt. Wer die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik in eine Phase der Arbeitsbeschaffung und eine nachfolgende der Aufrüstung einteilt, verkennt den Zusammenhang von Politik und Ökonomie im Dritten Reich.

Die von der öffentlichen Hand getragenen Kosten der Arbeitsbeschaffung durch Rüstung lassen sich nicht mehr zuverlässig ermitteln. Die Schwierigkeit, zu halbwegs genauen Grössenordnungen zu gelangen, liegt einmal in der Tatsache begründet, dass die offizielle Statistik manipuliert wurde und somit eine genaue Trennung in militärische und zivile Arbeitsbeschaffung nicht mehr erlaubt⁵⁹. So rangierten zum Beispiel alle ir-

55 Vortrag von Prof. Nöll v. d. Nahmer auf der Reichsarbeitsstagung 1938 des Fachamtes Banken und Versicherungen der DAF, zit. n. Kuczynski, Studien, S. 153.

56 Vgl. dazu Beitrag Deist.

57 Tabelle n. Albert, Wiederaufrüstung, S. 54.

58 Vortragsnotiz der Dienststelle Wehrwirtschafts- und Waffenwesen, 17.11.1934, BA-MA RW19/82.

59 Nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes sind die unverschlüsselten Unterlagen während des Krieges vernichtet worden.

Zahl der Arbeitslosen in Millionen ⁶⁰				
	Höhepunkt	neuester Stand		
Gesamtwirtschaft				
Deutsches Reich	(Jan. 1933)	6,01	(Jan. 1935)	2,97
in v. H. der Bevölkerung		9,2	–	4,5
Großbritannien	–	–	–	–
in v. H. der Bevölkerung	–	–	–	–
Ver. Staaten von Amerika	(März 1933)	13,69	(Dez. 1934)	11,33
in v. H. der Bevölkerung		10,9	–	9,0
Industrie, Handel und Verkehr				
Deutsches Reich	(Jan. 1933)	5,47	(Jan. 1935)	2,80
in v. H. der Bevölkerung		8,4	–	4,3
Großbritannien	(Jan. 1933)	2,96	(Jan. 1935)	2,33
in v. H. der Bevölkerung		6,4	–	5,0
Ver. Staaten von Amerika	–	–	–	–
in v. H. der Bevölkerung	–	–	–	–

gendwie fahrbaren Rüstungsgüter in der Statistik unter Fahrzeugbau verschiedenster Art. Hinzu kommt, dass die Konturen zwischen den zivilen und den indirekt der Aufrüstung dienenden Massnahmen ineinander übergehen. Da die Arbeitsbeschaffung nachweislich in hohem Grade der Rüstung zugute kam, darf auch nicht zwischen Arbeitsbeschaffungs- und Rüstungskosten scharf getrennt werden. Ein Grossteil der nachfolgend aufgeführten Etatposten muss daher den Rüstungsausgaben zugerechnet werden.

Zivile Arbeitsbeschaffungsausgaben der öffentlichen Hand 1933-1934 (in Mio. RM)⁶¹

Verwendungszweck	Bis Ende 1933	Insges. bis Ende 1934
1. Öffentlicher Bau (Wasserstrassen, Strassen- und Tiefbauten, öffentliche Gebäude, Brücken etc.)	855,6	1002,4
2. Wohnungsbau	723,3	1280,0
3. Verkehrsunternehmungen (davon: Reichsautobahnen)	950,8 (50,0)	1683,9 (350,0)
4. Landwirtschaft und Fischerei (Meliorationen, landwirtschaftliche Siedlungen etc.)	337,4	389,2
5. Konsumförderung	70,0	70,0
6. Andere Zwecke	164,0	568,0
	Insgesamt 3101,1	4993,5
7. Zum Vergleich: Rüstungsausgaben	1900,0	5900,0

⁶⁰ Wagemann, Zwischenbilanz, S. 100.

⁶¹ Tabelle n. Barkai, Wirtschaftssystem, S. 181. Zum Problem von Arbeitsbeschaffung und Rüstungsfinanzierung vgl. auch Hübener, Arbeitsbeschaffung.

Die nationalsozialistische Arbeitsbeschaffung kann nicht nur als initialzündend für die Ankurbelung der Wirtschaft verstanden, sondern sie muss auch in ihrer rüstungsökonomischen und vor allem systemstabilisierenden Bedeutung erkannt werden. Das heisst, der wachsende politische Kredit des NS-Regimes seit dem Sommer 1933 und insbesondere seine Erhaltung waren nicht zuletzt von der Vollbeschäftigung abhängig. Nur diese bot die Garantie dafür, dass die Interessenidentität zwischen Unternehmertum und Staat aufrechterhalten blieb und die bis 1933 weitgehend gut organisierte Arbeiterschaft politisch bei der Stange zu halten war. Einer rüstungsabhängigen Vollbeschäftigung aber mussten zeitliche, weil vom Volumen her bestimmte Grenzen gesetzt sein. Es sei denn, man brachte das militärische Instrumentarium zum kriegsmässigen Einsatz. Nur dieser konnte die rüstungswirtschaftliche Staatskonjunktur erhalten, Vollbeschäftigung sogar unabdingbar notwendig werden lassen. Daher war Arbeitsbeschaffung «nicht bloss ‚Ankurbelung‘ seitens der öffentlichen Finanzen», sondern «wie schon ihre Zusammenhänge mit der Verkehrs-, Siedlungs- und Wehrpolitik zeigen, der wichtigste Durchgangs- und Knotenpunkt, den die Schaffung einer neuen deutschen Wirtschafts- und Raumordnung» voraussetzte⁶².

3. Wehrwirtschaft als Krisenwirtschaft

Die rüstungswirtschaftliche Mobilisierung begann nicht erst mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Schon 1933 übertrafen die reinen Rüstungsmassnahmen die jeweils jährlichen der Weimarer Zeit an Umfang und Tempo erheblich, wobei es sich grossenteils um strukturelle Umgestaltungen handelte, die für den Beobachter zunächst wenig sichtbar waren, die aber für den späteren rüstungsökonomischen Kurs bestimmend wirkten. Wie zielstrebig die von den Nationalsozialisten getragene Regierung ihren rüstungsökonomischen Weg ging, beweist das bereits zweieinhalb Monate nach der Machtergreifung erlassene Gesetz zur Volks-, Berufs- und Betriebszählung⁶³, das der Ermittlung von Werten «zur wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung» galt⁶⁴.

Auch die Finanzierung der Aufrüstung ausserhalb des Arbeitsbeschaffungsprogramms wurde rasch in Angriff genommen. Über die Höhe der vom Dritten Reich getätigten Rüstungsausgaben schwanken die statistischen Angaben erheblich. Die Schwierigkeit, zu einer exakten Grösse zu gelangen, beruht auf dem Umstand, dass nicht nur die Kosten der Wehrmacht, sondern auch ein Grossteil der öffentlichen und privaten Investitionen zu den Rüstungsausgaben gezählt werden müssen. Dabei ist nicht immer genau zu trennen, ob und wenn ja, in welchem Umfang diese Investitionen der Deckung des privat-

62 Aus dem Vorwort des Heidelberger Ökonomen Carl Brinkmann zur Dissertation von Schiller, Arbeitsbeschaffung.

63 12.4.1933. RGBI. 1933,1, S. 199f.

64 Bracher/Sauer/Schulz, Machtergreifung, S. 798.

wirtschaftlichen oder rüstungsökonomischen Bedarfs dienten. Hitler hat bei Kriegsausbruch in einer seiner drohenden Reden eine Summe genannt, die seit 1933 als reine Militärausgaben aufgebracht worden sein sollen: «Über sechs Jahre habe ich nun am Aufbau der deutschen Wehrmacht gearbeitet. In dieser Zeit sind über 90 Milliarden für den Aufbau unserer Wehrmacht aufgewendet worden. Sie ist heute die am besten ausgerüstete der Welt und steht weit über jedem Vergleich mit der des Jahres 1914⁶⁵.»

Wenn die von Hitler genannte Zahl wegen der beabsichtigten propagandistischen Wirkung hoch gegriffen war, so dürften die nach 1945 von dem für den fraglichen Zeitraum verantwortlichen Reichsbankpräsidenten und zeitweiligen Wirtschaftsminister Schacht und die von Finanzminister Schwerin von Krosigk gemachten Angaben aus Gründen der Selbstrechtfertigung und der Minderung ihrer Verantwortlichkeit für die Kriegsvorbereitungen zu niedrig liegen (vgl. die nachfolgenden Tabellen).

Angaben über die Rüstungsausgaben auf der Basis von Kalenderjahren (1933-1939) in Mrd. RM⁶⁶

	1	2	3	4	5	6	7
1933	0,746	0,7		1,9	0,746	0,72	1,5 ⁸
1934	4,197	4,2	4,433	4,1	4,197	3,3	2,8
1935	5,487	5,5	5,934	6,0	5,487	5,15	5,5
1936	10,273	10,3	10,743	10,8	10,273	9,0	11,0
1937	10,961	11,0	14,515	11,7	10,961	10,85	14,1
1938	17,247	17,2	20,325	17,2	17,247	15,5	16,6
1939	11,906 ⁹	32,3	13,907 ⁹	30,0	-	-	16,3 ⁹
Summe ¹⁰	60,82 ¹¹	81,2 ¹²	69,86 ^{11,13}	80,7	(48,9 ¹⁴)	(44,52 ¹⁴)	67,8 ¹⁵

In etwa genau zu ermitteln sind lediglich die von der Wehrmacht unmittelbar verausgabten Beträge von insgesamt 60,9 Mrd. RM, wobei diese Summe natürlich nicht alle Rüstungsausgaben enthält, zumal nicht die der zivilen Ressorts, zum Beispiel des Innen

65 Domarus II, S. 1315.

66 1. Stuebel, Finanzierung, S. 4129; 2. Fischer, Wirtschaftspolitik, S. 102; 3. Schweitzer, Big Business, S. 331; 4. Carroll, Design, S. 184; 5. Finanzminister Schwerin von Krosigk im Wilhelmstrassenprozess, zit. n. Erbe, Wirtschaftspolitik, S. 39; 6. Ebd., S. 25,100; 7. Eichholtz, Kriegswirtschaft, S. 31; 8. Febr.-Dez. 1933; 9. Vom 1.4. bis 31.8.1939; 10. Summe: 1933-31.8.1939 bzw. 1939 insgesamt; 11. Vom 1.4.1934 bis 31.8.1939; 12. 1933-1939. Unter Berücksichtigung der indirekten Rüstungsausgaben erhöht sich die Summe um 3 bis 4 Mrd. RM; 13. 1934-1939. Unter Berücksichtigung geschätzter Ausgaben der Zivilbehörden kommt Schweitzer, Wiederaufrüstung, S. 618, zu 70-74 Mrd. RM; 14. 1933-1938; 15. Rechnet man dieser Summe noch Ausgaben für den Unterhalt und die Ausbildung der paramilitärischen Gliederungen der NSDAP hinzu und Ausgaben der Länder und Gemeinden für die Rüstung, so kommt man auf 78 Mrd. RM. Vgl. Eichholtz, Kriegswirtschaft, S. 32. Vgl. zu dieser Tabelle auch Henig, Industrie, S. 122.

Angaben über die Rüstungsausgaben auf der Basis von Rechnungsjahren (1.4.-31.3.) 1933-1939 (in Mrd. RM)⁶⁷

	1	1	1	2	2	3	4
1932/33	—	—	1			0,6	—
1933/34	1,9	—	3	1,9	1,9	0,7	1,9
1934/35	1,9	2,25	5,5	1,9	2,8	4,1	1,9
1935/36	4,0	5,0	10	4,0	6,2	5,5	4
1936/37	5,8	7,0	12,5	5,8	10,0	10,3	5,8
1937/38	8,2	9,0	16	8,2	14,6	11,0	8,2
1938/39	18,4	11,0	27	18,4	16,0	17,2	18,4
Summe	40,2	34,25	75,0	40,2	51,5	49,4	40,2

-, Verkehrs- und Arbeitsministeriums sowie der Vierjahresplanbehörde. Auch die privaten Investitionen bleiben damit noch unberücksichtigt.

Immerhin wuchsen die Staats- und hier insonderheit die Militärausgaben zwischen 1934 und 1938 so enorm an, dass sie weder durch das Steueraufkommen gedeckt werden konnten, noch mit der Steigerung des Volkseinkommens Schritt hielten. Im Jahre 1938 betragen die Staatsausgaben rund 30 Mrd. RM, von denen lediglich 17,7 Mrd. RM mittels Steuern aufgebracht werden konnten. Die Staatsausgaben machten im selben Jahr 35% des Volkseinkommens aus. Rüstungsaufwendungen liessen sich also nur durch eine kreditexpansive Staatsverschuldung, durch deficit spending finanzieren. Daher hat bereits frühzeitig (31. Mai 1933) die Reichsbank «die Finanzierung der Rüstung weitgehend auf sich genommen», und zwar überwiegend zunächst mittels der sogenannten «Mefo»-Wechsel, um «aus dem Nichts und anfangs noch dazu getarnt, eine Rüstung aufzustellen, die eine achtungheischende Aussenpolitik ermöglichte»⁶⁸. Vier bedeutende deutsche Firmen hatten mit einem Kapital von 1 Mio. RM die Metallurgische Forschungsgesellschaft (Mefo) gegründet, auf die die mit Rüstungsaufträgen der Wehrmacht bedachten Unternehmen Wechsel zu ziehen vermochten, die der Staat garantierte und die die Reichsbank diskontierte. Noch 1933 konnte die Wehrmacht die ersten Zahlungen mit Hilfe der «Mefo»-Wechsel leisten. Die Reichsbank deckte mit den ihr präsentierten «Mefo»-Wechseln den Druck von Banknoten, so dass sich die Geldmenge ohne Steigerung des Güterangebots auf den Märkten vergrößerte.

Der Umstand, dass die forcierte deutsche Aufrüstung bis zum März 1935 vollständig, darüber hinaus aber aus Gründen der militärischen Geheimhaltung teilweise getarnt blieb, führte dazu, «dass die Notenpresse schon am Anfang des ganzen Rüstungspro-

67 1. Gemeint sind Angaben des Länderrats des amerikanischen Besatzungsgebietes. Die Angaben von Schacht entstammen seiner Aussage vor dem Nürnberger Tribunal. Zu den hier gemachten Angaben vgl. Kuczynski, Studien, S. 128; 2. Klein, Preparations, S. 264; Hillmann, Comparative Strength, S. 454; 3. Köllner, Rüstungsfinanzierung, S. 82; 4. Wagenführ, Industrie, S. 17. Vgl. zu der Tabelle Hennig, Industrie, S. 123.

68 Der Präsident des Reichsbankdirektoriums an Hitler, 7.1.1939, IMT, Bd. 36, S. 366.

gramms in Anspruch genommen worden ist», während diese Art der Finanzierung nach Auffassung von Wirtschaftsexperten am Ende der Aufrüstung hätte stehen sollen⁶⁹. Die von den «Mefo»-Wechseln ausgehende Inflationsgefahr wurde erkannt. Bis zum 31. März 1938 waren 12 Mrd. dieser Wechsel ausgegeben worden, von denen etwa die Hälfte bei der Reichsbank hinterlegt wurde, während die andere in den Geldumlauf trat und somit eine Vermehrung der im Umlauf befindlichen Noten um 6 Mrd. RM bewirkte. Geht man von den reinen Rüstungsausgaben der Wehrmacht aus, so haben die «Mefo»-Wechsel etwa 50% der Kosten für Rüstungskäufe zwischen 1934 und 1936 gedeckt. Zwischen 1934 und 1939 betrug ihr Anteil insgesamt ungefähr 20%.

Etatjahr	Rüstungsausgaben der Wehrmacht (in Mrd. RM)	Deckung durch Mefo-Wechsel ⁷⁰	
		(in Mrd. RM)	(in v. H.)
1934/35	4,1	2,1	51,2
1935/36	5,5	2,7	49,0
1936/37	10,3	4,4	42,7
1937/38	11,0	2,7	24,6
1938/39	17,2	—	—
1939 (1.4.-30.8.)	11/9	-	-
	60,0	11/9	20,0*

Wegen ihrer inflationären Wirkung weigerte sich der Reichsbankpräsident 1937, weitere «Mefo»-Wechsel auszustellen. Wenn er dennoch nochmals einer einmaligen Kreditgewährung in Höhe von 3 Mrd. RM zustimmte, dann unter der Bedingung, dass ab Frühjahr 1938 das «Mefo»-System nicht mehr gehandhabt wurde. Tatsächlich gelangten ab 31. März 1938 keine «Mefo»-Wechsel mehr in den Umlauf. Als sie 1939 nach fünfjähriger Laufzeit vom Staat hätten eingelöst werden sollen, sah dieser sich hierzu nicht in der Lage.

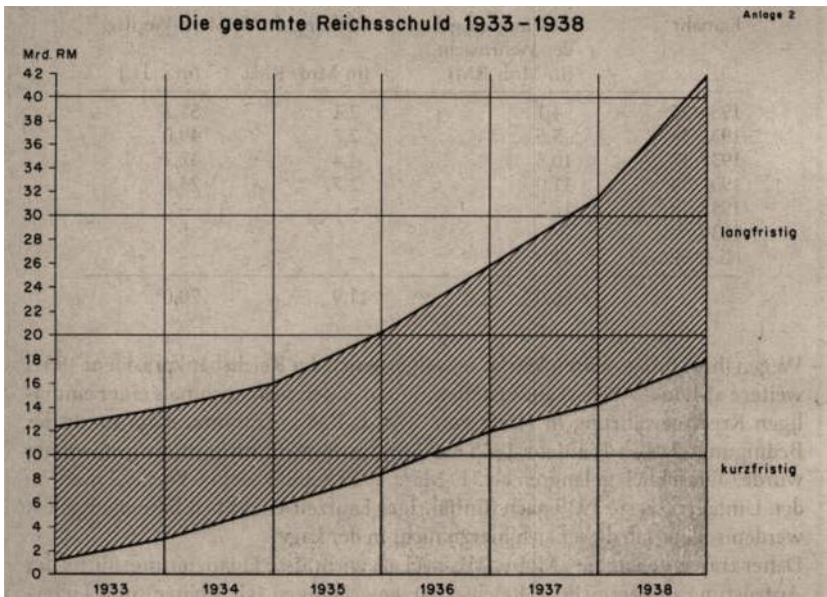
Daher traten neben die «Mefo»-Wechsel als wichtigste Finanzierungsmittel der Aufrüstung unverzinsliche Reichsschatzanweisungen (U-Schätze) und Lieferschatzanweisungen, die ab 1938/39 in Umlauf kamen. Zwischen Mai und Oktober 1939 stellte man sogenannte NF-Steuer Gutscheine aufgrund des «Neuen Finanzplans» aus. Mit ihnen wurden Lieferungen und andere Leistungen an das Reich in Höhe von 40% der jeweili-

69 Denkschrift Schachts. 3. 5.1935. IMT. Bd. 27. S. 50.

70 Tabelle n. Stuebel, Finanzierung, S. 4131. *: Anteil der Mefo-Wechsel an den Rüstungskäufen. Vgl. neuerdings zur Rüstungs- und Kriegsfinanzierung Boelcke, Kosten. Hier findet sich sowohl die Definition der beiden Begriffe wie auch die im Kontext zur gesamtpolitischen Entwicklung gesehene Darstellung der finanzpolitischen Massnahmen zur Vorbereitung und Durchführung des Krieges.

gen Rechnungssumme beglichen. Ebenfalls schon 1933 wurden verzinsbare langfristige Reichsanleihen und Schatzanweisungen aufgelegt⁷¹.

Insgesamt betrachteten die politischen Entscheidungsinstanzen des Dritten Reiches die Rüstungsfinanzierung jedoch als ein Problem, das lediglich kurz- und mittelfristig, nämlich bis zur Erlangung eines gewissen Rüstungsstandes, einer überbrückenden Lösung bis zur endgültigen Bereinigung im Zuge territorialer Expansion bedurfte. Sie zögerten daher auch nicht, zur Durchführung der Aufrüstung dem Staat eine hohe Schuldenlast aufzubürden⁷². Ziel der NS-Machthaber war es, in möglichst kurzer Zeit ein möglichst hohes Rüstungsniveau zu erreichen, um mit begrenzten militärischen Aktionen das politische und wirtschaftliche Einflussgebiet zu erweitern.



Ou II.: Erbe, Wirtschaftspolitik, S.53

Daher wurden, parallel zu den punktuellen Massnahmen der subventionierten Arbeitsbeschaffung und zu den zunächst recht konzeptionslos vergebenen Rüstungsaufträgen, Vorbereitungen zur systematischen militärischen Mobilmachung auf breiter ökonomischer Grundlage getroffen. Beispielhaft hierfür ist die im Mai/Juni 1933 seitens der Industrie ergriffene Initiative zum Auf- und Ausbau einer deutschen Mineralölwirtschaft durch die Ge-

⁷¹ Zur Rüstungsfinanzierung vgl. Boelcke, Probleme.

⁷² Vgl. Anlage 2.

winnung synthetischen Treibstoffes mittels Kohlehydrierung. Dieses Vorhaben entsprach der nationalsozialistischen Forderung nach Teilautarkie zwecks blockadesicherer und von politischer Pression freier Aufrüstung. War die Herstellung des synthetischen Treibstoffes in grösserer Menge bis dahin an der Unwirtschaftlichkeit des Verfahrens gescheitert, so bedeutete dies für das NS-Regime kein Hindernis zur Aufnahme der Produktion. Mithin kam es am 14. Dezember 1933 zum Abschluss des sogenannten Benzinvertrages zwischen der IG-Farben-Industrie und dem Staat, wobei sich das Unternehmen zu einer Jahresproduktion von 300'000 bis 350'000 t Benzin verpflichtete, während das Reich auf zehn Jahre eine Abnahme- und Preisgarantie gewährte. Die IG-Farben erhöhte daraufhin ihren Personalbestand von 112'600 Ende 1933 auf 134'700 im kommenden Jahr⁷³. Kurze Zeit später zwang das Reichswirtschaftsministerium per Gesetz die Braunkohle-Benzin-Industrie und auch die Zellwollproduzenten in Pflichtkartelle zur Ausrichtung und Steigerung der Produktion in der vom Staat gewünschten Richtung. Die NS-Regierung hatte über solche spezielle Lenkungsmassnahmen innerhalb der einzelnen Produktionszweige hinaus bereits zu Beginn ihrer Herrschaft deutlich generelle Produktionsschwerpunkte markiert – ihren rüstungswirtschaftlichen Intentionen zufolge auf dem Sektor der Produktionsgüter, indem sie (seit März 1933) eine Reihe von Investitions- und Erweiterungsverboten gegenüber der Konsumgüterwirtschaft erliess. Wie die nachfolgende Tabelle beweist, ist dann auch der Produktionsgüter- gegenüber dem Konsumgüterindex prozentual stärker gestiegen:

Entwicklung der industriellen Produktion in Deutschland (1928 = 100)⁷⁴

industrielle Produktion	1932	Dez. 1933	Juli 1934
Gesamtindex	61,2	75,1 (+ 23%)	89,5 (+ 19%)
Produktionsgüter	50,2	66,1 (+ 32%)	84,3 (+ 28%)
Konsumgüter	77,6	88,6 (+ 14%)	97,4 (+ 10%)

Um der Einfuhr der für die Aufrüstung wichtigen Rohstoffe Vorrang vor der anderer Güter einräumen zu können, unternahm die nationalsozialistische Regierung zunächst noch recht zaghafte Schritte in Richtung auf eine dirigistische Aussenhandelswirtschaft. Der Verschärfung der aus der Brüning-Ära überkommenen recht lockeren Devisenvorschriften zog sie die Bewirtschaftung der Rohstoffe vor. Der Reichswirtschaftsminister wurde ermächtigt (22. März 1934), «den Verkehr mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten, insbesondere deren Beschaffung, Verteilung, Lagerung, Absatz und Verbrauch zu überwachen und zu regeln» und «zu diesem Zweck besondere Überwachungsstellen für bestimmte Waren-

73 Benoist-Méchin, Militärmacht, S. 163, Anm. 15.

74 Bericht der Reichskreditgesellschaft über Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1934/35, zit. nach Gossweiler, Übergang, S. 70.

arten [zu] errichten»⁷⁵. Diese Vollmacht fand aber zunächst nur Anwendung bezüglich des Aussenhandels.

Ungeachtet der hier aufgezeigten Reglementierungen zeigte sich die Wehrmacht nach eineinhalb Jahren NS-Regierung mit dem Ergebnis der Ausrichtung der industriellen Produktion auf die rüstungsökonomischen Bedürfnisse immer noch höchst unzufrieden. Blomberg warf anlässlich eines Vortrages bei Hitler Reichswirtschaftsminister Schmitt vor (20. Mai 1934), «die absolut notwendigen Massnahmen für [die] wirtschaftliche Mobilmachung noch nicht getroffen» zu haben⁷⁶. Er verband seine allgemeine Kritik an den rüstungswirtschaftlichen Vorbereitungen mit der speziellen Forderung, nun endlich ein Produktionsprogramm für synthetische Treibstoffe zu entwickeln und voranzutreiben. In der zweiten Junihälfte 1934 verlangte der Reichswehrminister vom Reichskanzler eine eingehende Untersuchung darüber, ob angesichts des engen Zusammenhanges von Wiederaufrüstung und Schwerpunktverlagerung der industriellen Produktion «der gute und erfreuliche Entschluss auf *militärischem* Gebiet im Einklang» mit den bisherigen «Massnahmen der Regierungsstellen auf *wirtschaftlichem* Gebiet» stehe⁷⁷. Immerhin betrachtete die Wehrmachtspitze die Ausrüstung des 21-Divisionen-Heeres aufgrund der für drei bis vier Monate bevorrateten Industrie als gewährleistet. Demgegenüber blieb die Frage offen, in welchem Masse der weitere Ausbau der Streitkräfte im geplanten Umfang vorangetrieben werden konnte.

Im Einzelnen wurden die mangelnde Überwachung der Rohstoffwirtschaft und die fehlenden Massnahmen zur Erz- und Metallgewinnung kritisiert. Die Erschliessung deutscher Erzlager komme nur schleppend in Gang, der Bau von Hydrieranlagen verzögere sich, und der Staat betreibe nicht energisch genug die Herstellung von synthetischem Kautschuk und anderer Kunst- sowie Ersatzstoffe und vernachlässige vor allem den Textilsektor, wo Engpässe im Bereich der Wolle- und Baumwollebeschaffung herrschten.

In der Tat traten Mitte 1934 in der NS-Wirtschaft erste, in ihrem Ausmass nicht zu unterschätzende Krisenerscheinungen auf, die die Aufrüstung ernsthaft gefährdeten. Sie beruhten zumeist auf rohstoffbedingten Mangelercheinungen, die folgende symptomatische Störungen auslösten:

Mitte Juli 1934 schloss die zweitgrösste Kupferelektrolyse infolge fehlender Rohstoffe; die Firma Opel kündigte die Stilllegung ihres Werkes wegen ungenügender Zuteilung von unedlen Metallen an; wegen versäumter Zahlungstermine drohten die zumeist ausländischen Nickel-Lieferanten mit der Auflösung ihrer in Deutschland lagernden Bestände; aus demselben Grund war «in grösserem Umfange» Kautschuk aus dem Hamburger Hafen bereits abtransportiert worden; die Deutschen Edelmetallwerke wiesen unter dem Zwang der Rohstoffknappheit darauf hin, dass sie Ende Juli «die Lieferungen

75 RGBl. 1934,1, S. 212.

76 Zit. n. Schweitzer, *Organisierter Kapitalismus*, S. 42.

77 Siehe Stellungnahme Blombergs, 20.6.1934, BA-MA Wi I F 5/406.

an legierten Stählen für besonders wichtige Wehrmachtzwecke» einstellen müssten, und auch die Dynamit-Nobel AG sah keine Möglichkeit mehr, über den Juli hinaus die Produktion (vor allem von Sprengstoffen) aufrechtzuerhalten⁷⁸.

Die ökonomische Krise des Sommers 1934 stellte sich als eine aussenwirtschaftliche dar, wenngleich sie überwiegend im binnenwirtschaftlichen Verhalten des Dritten Reiches wurzelte. Oberflächlich betrachtet spiegelte sie lediglich die weltweite Depression auf den Aussenmärkten wider, denn der Welthandel verzeichnete über 1932 (= 52,1 Mrd. RM) hinaus wertmässig immer noch eine fallende Tendenz (1933 = 47,8 Mrd. RM), was aber auch auf Abwertungen in verschiedenen Ländern beruhte. Mengenmässig stieg er leicht. In dieser angespannten aussenwirtschaftlichen Konstellation hätte es besonderer Kraftanstrengungen bedurft, um deutscherseits eine Aussenhandelssteigerung zu erreichen. Dieser standen aber verschiedene Hindernisse im Wege. Einmal wäre eine Abwertung der Mark zur Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit notwendig gewesen, was aber gleichzeitig eine Aufwertung der Auslandsschulden nach sich gezogen hätte. Zum anderen verhängten wichtige Handelspartner (z.B. die USA, Grossbritannien) wegen der Judenverfolgungen handelspolitische Sanktionen gegenüber dem NS-Staat. Drittens darf die Vergabe von Rüstungsaufträgen seitens der Regierung an die deutsche Industrie in ihrer exporthemmenden Wirkung nicht unterschätzt werden: Sie bot eine langfristige Produktionsgrundlage mit sicheren Umsätzen. Hinzu traten die aufgrund des Agrarprotektionismus des Dritten Reiches gesteigerten Anforderungen der Landwirtschaft an den Maschinenbau als einen der wichtigsten Exportzweige der deutschen Wirtschaft. So paarte sich aussenwirtschaftliche Depression mit Ausfuhrschwund und durch Inlandsproduktion weitgehend ausgelastete Kapazitäten. Schliesslich wirkte sich auch ein falsch verstandenes ideologisch, aber eben auch rüstungswirtschaftlich motiviertes Autarkiebestreben negativ auf die Aussenhandelsbilanz aus.

Dieser durch mehrere Faktoren bedingten Exportlähmung standen andererseits eine durch die Rüstungskonjunktur entscheidend belebte Importnachfrage gegenüber, die sich aus dem erhöhten Bedarf an rüstungswichtigen Rohstoffen, Nahrungs- und Futtermitteln zwecks Bevorratung für den Ernstfall, aber auch aus dem vermehrten Wunsch nach Konsumgütern aufgrund des höheren Beschäftigungsgrades und der damit verbundenen Lohn- und allgemeinen Kaufkraftsteigerung ergab.

Praktisch bewirkte die Rüstungskonjunktur seit 1933 einen verminderten Export:

4. Quartal 1933 = 1,26 Mrd. RM⁷⁹

1. Quartal 1934 = 1,09 Mrd. RM

2. Quartal 1934 = 0,99 Mrd. RM

78 Reichswehrminister an den Wirtschaftsbeauftragten des Führers, Keppler, 19.7.1934, BA-MA Wil F 5/406.

79 Konjunkturstatistisches Handbuch 1936, Angaben n. Gossweiler, Übergang, S. 76.

Im Frühjahr 1934 war erstmals seit 1929 wieder ein Passivsaldo in der Aussenhandelsbilanz zu verbuchen. Gleichzeitig stieg der Import, wobei der Anstieg der Einfuhr von Rohstoffen und Halbwaren prozentual gegenüber dem von Lebens- und Genussmitteln überwog.

Prozentuale Veränderung der Einfuhr gegenüber dem vorausgegangenen Halbjahr⁸⁰

Einfuhr		2. Halbjahr 1933	1. Halbjahr 1934
Gesamteinfuhr:	Wert	+ 0,4	+ 8,8
	Menge	+ 1,3	+ 10,0
Lebensmittel, Getränke:	Wert	- 0,5	- 6,2
	Menge	+ 1,3	- 4,1
Rohstoffe und Halbwaren:	Wert	+ 2,7	+ 16,0
	Menge	- 1,3	+ 16,0

Bemerkenswert ist jedoch, dass von diesen Importen real 44,8 Prozent auf die Verbrauchs- und nur 15,5 Prozent auf die Produktionsgüterindustrie entfielen, was den rüstungswirtschaftlichen Intentionen strikt zuwiderlief⁸¹. Mit allem Nachdruck versuchte Schacht daher, der Wirtschaft klarzumachen, «je weniger konsumiert» werde, «umso mehr Arbeit» könne «auf die Rüstung verwendet werden», denn ihm war wohl bewusst, dass «Lebenshaltung und Rüstungsausmass ... in einem gegenläufigen Verhältnis zueinander» standen⁸². Durch die Öffnung der Schere zwischen Einfuhr und Ausfuhr schmolzen die ohnehin geringen Devisenreserven der Reichsbank (Anfang 1934 = 400 Mio. RM) auf ein Minimum (Juli 1934 = 76,8 Mio. RM) zusammen⁸³, so dass dem Wehrmachtamt die Rüstungslage «in höchstem Masse bedenklich erschien»⁸⁴.

Im Herbst 1934 spitzte sich die gesamtökonomische Situation nochmals zu, was folgende Tatbestände beispielhaft verdeutlichen: Die Textilwirtschaft litt unter schweren Engpässen (die baumwollverarbeitenden Betriebe verfügten lediglich noch über eine vierzehntägige Rohstoffreserve), die die Regierung durch die vorübergehend gesetzlich eingeführte 36-Stunden-Woche und Kurzarbeit zu überbrücken suchte. Die Vorräte für die Kautschuk-Produktion reichten noch für zwei, die Treibstoffe deckten den Bedarf noch für etwa drei bis dreieinhalb Monate. Die Militärs drängten nun, «alle nicht unbedingt militärpolitisch wichtigen Vorhaben der öffentlichen Hand im Interesse der Rüstung zurückzustellen und dadurch die finanzielle Belastung und rohstoffmässige Beanspruchung des Reiches zu vermin-

80 Ebd., S. 77.

81 Vgl. Volkmann, Aussenhandel und Aufrüstung, S. 86.

82 Schacht, Finanzwunder, S. 11.

83 Gossweiler, Übergang, S. 76.

84 Unterlagen von Thomas für einen Vortrag beim Reichswehrminister und Chef der Heeresleitung, 16. 4.1934, BA-MA Wi I F 5/3260.

dern»⁸⁵. Die Importe an Lebensmitteln, Rohstoffen und Waren für den privaten und zivilwirtschaftlichen Bedarf wurden energisch gedrosselt, ohne dass dies die gesamtökonomische Lage zu bessern vermochte. Theoretisch sah sich die Regierung in Berlin plötzlich vor die Alternative gestellt, die Wehrwirtschaft in der anfänglich skizzierten Form konsequent weiterzuführen, mit allen sich daraus ergebenden ökonomischen Risiken, oder einen volkswirtschaftlich vertretbaren Ausgleich zwischen den Rüstungs- und den allgemeinwirtschaftlichen Bedürfnissen zu finden, was die militärische Erstarke auf Jahre hinaus verzögert hätte. Eine Verlangsamung des Rüstungstempos stand allerdings für die nationalsozialistischen Machthaber niemals zur Diskussion, und so fassten sie auf Empfehlung Schachts den Entschluss zur totalen Aussenhandelssteuerung mittels zentraler Devisen- und Rohstoffbewirtschaftung aufgrund des sogenannten «Neuen Plans» vom September 1934, der die zweite Phase der nationalsozialistischen Wehrwirtschaft prägte.

85 Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 87.

IV. Die NS-Wirtschaft unter dem «Neuen Plan»

1. Inhalt und Struktur des «Neuen Plans»

Der im Spätsommer 1934 auch mit der Führung der Geschäfte des Reichs- und Preussischen Wirtschaftsministers beauftragte Reichsbankpräsident Schacht zeigte sich fest entschlossen, unabhängig von der weltwirtschaftlichen Baisse den deutschen Konjunkturaufschwung durch eine dirigistische Aussenhandelspolitik zu stabilisieren, wobei sein «Neuer Plan» vom September 1934 die aussenwirtschaftliche Entwicklung in rüstungsökonomische Bahnen lenken sollte. Schacht ging – ungeachtet seiner anderslautenden Äusserungen nach 1945 – bei all seinen wirtschaftspolitischen Überlegungen und Massnahmen davon aus, «dass die Durchführung des Rüstungsprogramms... *die Aufgabe der deutschen Politik*» sei, «dass demnach alles andere diesem Zweck untergeordnet werden» müsse¹. Der erste aussenwirtschaftliche Grundsatz lautete hinfort: «Nicht mehr kaufen als bezahlt werden kann und in erster Linie das kaufen, was notwendig gebraucht wird²», und zwar immer im Blick auf die Rüstung.

In der Praxis hob der «Neue Plan» darauf ab, die Einfuhr von Fertigwaren und Konsumgütern weitgehend zu drosseln und womöglich auf in Deutschland nicht oder nur in ungenügender Menge erzeugbare Lebens- und Futtermittel sowie auf rüstungsrelevante Rohstoffe und Spezialgüter zu beschränken, das heisst, der Aussenhandel erfüllte seine Funktion in der «Beschaffung von Gütern aus dem Ausland, die im Inland nicht oder nicht in ausreichendem Umfang vorhanden» waren³ und über deren Bedarf der Staat letztlich befand. Nun erfolgte der Übergang von der bereits in der Ära Brüning eingeleiteten und nach der nationalsozialistischen «Machtübernahme» verschärferten Devisenbewirtschaftung zur echten Einfuhrkontrolle. Fortan reglementierte der Staat den Import durch eine Dringlichkeitsliste für Rohstoffe, Nahrungs- und Futtermittel und verfügte auf diese Weise gleichzeitig über deren produktive Verwendung. Eine strikt durchgeführte Rohstofflenkung unterblieb jedoch bis 1936. Der Staat begnügte sich vielmehr damit, durch installierte Überwachungsstellen dafür Sorge zu tragen, dass die Rohstoffverwendung in der gewünschten Richtung, also unter Wahrung der Priorität der Aufrüstung erfolgte. Mit dem «Neuen Plan» schuf sich die NS-Regierung ein Instrumentarium, mittels dessen es nach zeitgenössischem Eingeständnis nicht nur gelingen sollte, «den

1 Denkschrift Schachts über die Finanzierung der Aufrüstung Deutschlands, 3. 5.1935, IMT, Bd. 27, S. 50.

2 Schacht, Deutschland, S. 15.

3 Grävell, Störungen, S. 44.

wirtschaftlichen Wiederaufstieg», sondern auch «die Wehrhaftmachung des Deutschen Reiches durch[zu] setzen»⁴. Dieser rüstungsorientierte Aussenhandel musste natürlich der Hebung des Versorgungsniveaus der Bevölkerung entgegenstehen. Der nationalsozialistischen Regierung erschien es aber in Übereinkunft mit der Wehrmacht selbstverständlich, «dass ein grosser Teil der... Einfuhr noch nicht unmittelbar der Hebung des Lebensstandards zugute» kommen könne, solange man sich «noch auf dem Wege zur Vervollständigung unserer Landesverteidigung» – sprich Aufrüstung – befand⁵. In der Tat sah sich Deutschland nicht in der Lage, ohne erhebliche Zufuhr aus dem Ausland seine eklatante Mangellage auf dem Rohstoffsektor zu beheben. So fehlte es beispielsweise an den meisten für eine moderne Rüstung notwendigen Metallen. Während die deutschen Bauxit-, Zink-, Nickel- und Kupfervorkommen den Bedarf nur zu einem verschwindend geringen Teil zu decken vermochten, wurde Chrom überhaupt nicht gefördert, und Blei wie Eisen mussten zu zwei Dritteln importiert werden. Die Vorräte an Metallen waren derart geschrumpft, dass einzelne Firmen die für den Kriegsfall bereits angelegten Reserven in Anspruch nehmen mussten. In der Textilwirtschaft betrug die Rohstoffabhängigkeit rund neun Zehntel, ganz zu schweigen von der Versorgungslücke bei Kautschuk und Treibstoff. Engpässe herrschten auch im Bereich der Land- und Forstwirtschaft.

Mit Hilfe des «Neuen Plans» wurde die beabsichtigte Prioritätenfolge in der Einfuhr durchgesetzt, gleichzeitig aber der Import ungeachtet rapide steigender Anforderungen der Rüstungswirtschaft aus Gründen der Devisenersparnis insgesamt relativ niedrig gehalten.

	Die deutsche Einfuhr
Die deutsche Gesamt-Einfuhr (in Mio. RM) ⁶ von Fertigwaren (in Mio. RM)	1933 = 4203,6
	1933 = 715,8
1934 = 4451	1934 = 575,6
1935 = 4159	1935 = 408,1
1936 = 4218	1936 = 397,4

Die warenmässige Umschichtung der Aussenhandelsgüter war verknüpft erstens mit einer Verlagerung des deutschen Aussenhandels auf rohstoffliefernde Länder und zweitens mit dem Aufbau eines Verrechnungssystems unter weitgehender Ausklammerung von Devisenbarzahlungen. Bereits seit Ende 1933/34 hatte sich die Reichsregierung bemüht, den Aussenhandel auf solche Länder zu konzentrieren, die mit ihrer agrarischen, forst- und rohstoffwirtschaftlichen Überproduktion empfindliche Lücken in der Versorgung der deutschen Wehrwirtschaft zu schliessen in der Lage waren.

Der zweite Grundsatz, nach dem der «Neue Plan» praktiziert wurde, lautete:

4 Flaig, Untersuchung, S. 81.

5 So der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Brinkmann, Aussenhandel, S. 387.

6 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1941/42; Tabelle nach Kroll, Weltwirtschaftskrise, S. 481.

«Kaufe bei deinen Kunden», das heisst Deutschland versuchte, seine Importe mit Exporten bilateral zu kompensieren oder auf dem Wege des Clearing Ein- und Ausfuhr mit dem jeweiligen Staat wertmässig zu verrechnen, also zu einer ausgeglichenen Handelsbilanz zu gelangen. Mit anderen Worten, das Dritte Reich kehrte wieder zu «dem uralten System des Tauschhandels, wenn auch entsprechend den grösseren und vielseitigeren Umsätzen in veränderten Formen», zurück⁷.

Für eine derartige Abwicklung des Aussenhandels boten sich industriell unterentwickelte Rohstoff- und Agrarüberschussstaaten an, die selbst einen hohen Bedarf an Fertigwaren und Produktionsgütern aufwiesen, die demzufolge auch für deutsche Waren aufnahmebereit erschienen, wie die mittel- und südamerikanischen Länder. Generell sollte aber das Schwergewicht des deutschen Aussenhandels, insbesondere der Einfuhr, von Übersee nach Europa verlagert werden, um Deutschland mit einer zufuhrsicheren Bezugsreserve an industriellen und agrarischen Rohstoffen in seiner Nachbarschaft zu versehen. Eine solche Umorientierung musste sich rasch vollziehen, um der durch die Militarisierung potentiell vorhandenen aussenpolitischen Bedrohung zu entgehen. Denn die forcierte deutsche Wiederaufrüstung barg nicht nur die niemals unterschätzte Gefahr einer ausländischen militärischen präventiven Intervention in sich, sondern auch die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Blockade mit verheerenden Folgen für die geplante und im Gang befindliche Aufrüstung. In hohem Masse besorgt, schrieb im Spätsommer 1934 der Staatssekretär im Auswärtigen Amt v. Bülow an seinen Minister: «Bei unserer Isolierung und gegenwärtigen wirtschaftlichen und Devisen-Schwäche haben unsere Gegner zunächst gar nicht nötig, sich dem Risiko, dem Odium und den Gefahren militärischer Zwangsmassnahmen auszusetzen. Ohne einen Mann zu mobilisieren oder einen Schuss abzufeuern, können sie uns in die ärgste Notlage versetzen, indem sie eine offene oder versteckte Finanz- und Wirtschafts-Blockade gegen uns verhängen⁸.» Wegen der angestrebten blockadesicheren Rüstung sah sich das nationalsozialistische Deutschland veranlasst, «denjenigen Anteil seiner Einfuhr zu erhöhen, der aus Europa stammte, und im gleichen Verhältnis die überseeischen Zufuhren einzuschränken⁹. Sorgfältige wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen hatten ergeben, dass sich der Aussenhandel der europäischen Länder bereits vor 1933 überwiegend auf europäisches Gebiet erstreckte, mehr noch, eine Analyse der Handelsgüter liess die ökonomische Abhängigkeit der europäischen Mächte von einander grösser als die von aussereuropäischen Staaten erscheinen, denn «die einzelnen Teile Europas ... ergänzten sich gegenseitig vorteilhaft¹⁰. Der Anteil der aussereuropäischen Länder am Import der kontinentaleuropäischen Mächte (mit Ausnahme also Grossbritanniens) betrug zwischen 1925 und 1930 nur 26%, und die Ausfuhr Kontinentaleuropas in die übrige Welt machte nur

7 Dix, Handelspolitik, S. 1131.

8 Bülow an Neurath, (16.) 8.1934, ADAP, C, Bd. III, 1, Nr. 162, hier S. 320.

9 Oesterheld, Wirtschaftsraum, S. 115.

10 Gaedicke/Eynem, Integration, S. 1.

19,7% des von den kontinentaleuropäischen Staaten abgewickelten Exportes aus¹¹. Infolgedessen zeigte sich das nationalsozialistische Deutschland bestrebt, einen möglichst hohen Prozentsatz des bisherigen Warenverkehrs kontinentaleuropäischer Staaten mit der übrigen Welt auf sich selbst zu ziehen, insbesondere von Grossbritannien abzulenken. Zur Zeit der Weimarer Republik und in der Anfangsphase der NS-Herrschaft nahmen europäische Handelspartner vier Fünftel der deutschen Ausfuhr auf, während ein Fünftel in die Überseeeländer ging. Die deutsche Einfuhr setzte sich hingegen in etwa je zur Hälfte aus überseeischen und kontinentalen Bezügen zusammen. Seit 1934/35 verschob sich dieses Verhältnis zugunsten Europas.

	Einfuhr aus				Ausfuhr nach ¹²			
	Europa	%	Übersee	%	Europa	%	Übersee	%
1. Vj. 34	592,6	51,7	554,9	48,3	840,2	76,8	254,1	23,2
2. Vj. 34	590,3	51,2	562,5	48,8	768,1	77,4	223,9	22,6
3. Vj. 34	651,8	61,7	404,9	38,3	774,2	77,8	231,2	23,0
4. Vj. 34	725,8	66,4	368,2	33,6	805,9	74,9	269,3	25,1
1. Vj. 35	716,8	64,2	399,5	35,8	688,7	71,2	278,2	28,8

Wenn man «aus wehrwirtschaftlichen Gründen» in führenden NS-Kreisen frühzeitig «den Gedanken einer möglichst weitgehenden Umlagerung des Rohstoffbezuges aus Übersee nach den verkehrstechnisch zu Lande erreichbaren Gebieten» erwog, wollte man handelspolitisch überwiegend in den Balkan hinein wirken¹³. Die südosteuropäischen Staaten verfügten über reiche Bodenschätze – deren Förderung erheblich intensiviert werden konnte – und über hohe Agrarüberschüsse, die auf dem Weltmarkt schlecht plazierbar, aber in Deutschland gut unterzubringen waren.

Die deutschen Bestrebungen zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen fanden bei den Regierungen der südosteuropäischen Staaten zunächst Verständnis und Entgegenkommen, solange die macht- und wirtschaftspolitischen Triebfedern der deutschen Wirtschaftspolitik, die nach 1938 eindeutig auf die Eingliederung des Balkans in einen deutschen Grosswirtschaftsraum abzielten, nicht offenkundig wurden. Deutschlands Wunsch nach Ausdehnung seiner Agrar- und Rohstoffeinfuhren und nach einem sicheren Fertigwarenexport traf sich mit dem der südosteuropäischen Länder, die strukturellen und konjunkturellen Absatzschwierigkeiten durch ihre Ausfuhr in ein Land zu beheben, das mangels Kolonien als einziges in Europa in der Lage war, grosse Partien an südosteuropäischen Exportprodukten-Agrargütern und industrielle Rohstoffe zu hohen Preisen laufend abzunehmen und Südosteuropa mit den «von seinen Bewohnern und für seine

11 Ebd., S. 9.

12 Tab. aus Kühn, Verlagerungen, S. 13.

13 Tätigkeitsbericht Rosenbergs über das Aussenpolitische Amt der NSDAP in der Zeit von 1933 bis 1934, IMT, Bd. 25, S. 36.

Industrialisierung benötigten Produkte[n] zu beliefern»¹⁴. – Der Anteil Südosteuropas am deutschen Aussenhandel stieg seit 1934 permanent an, und zwar prozentual wie wertmässig.

Der deutsche Anteil am Aussenhandel Südosteuropas bzw. der Donauländer 1933/40 (in v.H.)¹⁵

	Südosteuropa	Einfuhr nur Donauländer	Ausfuhr Südosteuropa nur Donauländer	
1933	18,44	19,55	15,35	14,15
1934	19,66	17,88	22,72	19,56
1935	25,92	25,01	25,69	21,94
1936	33,77	34,02	29,62	26,46
1937	32,86	32,80	26,32	23,52
1938 (a)	40,07	41,28	40,73	29,99
1939 (b)	50,61	56,58	46,08	49,72
1940 (c)	54,01	62,32	46,36	50,82

a) einschliessl. Österreich; b) einschl. d. «Protektorats»; c) Griechenland bis zum Kriegsausbruch im Sept.* d. J.

* Der italienische Angriff auf Griechenland begann am 28. Oktober (d. Verf.)

Der Aussenhandel Deutschlands mit dem Südosten umfasste¹⁶:

	(in Mio. RM)				(Altreich) 1938
	1934	1935	1936	1937	
Bulgarien	53,0	81,3	105,2	140,0	140,7
Jugoslawien	67,8	98,3	152,4	266,6	225,9
Rumänien	109,9	143,7	195,5	309,9	289,2
Ungarn	103,5	140,8	176,5	224,6	219,8
Türkei	118,4	160,7	197,9	208,9	267,4
Griechenland	84,6	107,6	131,9	189,5	204,7

Dabei fielen die Bauxit-Lieferungen aus Ungarn und Jugoslawien besonders ins Gewicht.

14 Weber, Aussenhandelsverflechtungen, S. 29.

15 Tab. aus Schulmeister, Werdende Grossraumwirtschaft, S. 52, und Sundhausen, Südosteuropa, S. 236.

16 Tab. aus Kühn, Verlagerungen, S. 27.

Bauxitförderung und -ausfuhr Ungarns und Jugoslawiens 1934 bis 1939 (in 1000 t)¹⁷

Jahr	Ungarn			Jugoslawien		
	Förderung	Gesamt-ausfuhr	Ausfuhr nach Deutschland	Förderung	Gesamt-ausfuhr	Ausfuhr nach Deutschland
1934	185,0	106,2	103,8	84,8	91,8	65,6
1935	211,1	227,6	219,5	216,2	171,2	160,0
1936	329,1	341,6	336,0	292,2	253,1	232,9
1937	532,7	479,7	465,7	354,2	388,4	384,9
1938	540,7	362,4	358,2	406,4	379,7	379,7
1939	495,0	570,2	565,7	314,3	266,5	257,5

Die rumänischen Ölzufuhren für das Reich mussten als unentbehrlich gelten.

Die Mineralöllieferungen Rumäniens an Deutschland¹⁸

1933	187000 t
1934	255000 t
1935	688000 t
1936	900000
1937	532000
1938	450000
1939	1272000

Sie waren für Deutschland «nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus wehrpolitischen Gründen von nicht zu unterschätzender Bedeutung», weshalb «für die deutsche Volkswirtschaft... die erfolgreiche Bearbeitung des südosteuropäischen Raumes unerlässlich» schien¹⁹.

Dem «Neuen Plan» mit seiner auf Clearing- und Kompensationsverträgen bilateral aufgebauten, geopolitisch ausgerichteten Aussenwirtschaftspolitik lag einmal das Bestreben nach kurz- und mittelfristiger Sicherstellung der für die Wehrwirtschaft unabdingbar notwendigen Versorgung zugrunde. Unter militärstrategischen Aspekten wurde angestrebt, das eigene Territorium mit einem Kranz befreundeter oder neutraler Handelspartner zu umgeben, einen cordon économique zu bilden, das heisst, Handelspartner dort zu suchen, «wo sie im Falle von Verwicklungen im Bereich der eigenen Waffen» lagen²⁰. Darüber hinaus zielte der «Neue Plan» langfristig auf die Errichtung eines deutschen Grosswirtschaftsraumes ab, soweit dies mit ökonomischen Mitteln möglich war. Nach der organisatorischen und aufgabenmässigen innerwirtschaftlichen Umgestaltung Deutschlands musste «nunmehr die langsame Eingliede-

17 Tab. aus Griff nach Südosteuropa, S. 14.

18 Tab. aufgestellt von der deutschen Gesandtschaft in Bukarest. Entnommen aus Hillgruber, Deutsch-rumänische Beziehungen, S. 249.

19 Halsmayr, Grundlagen, S. 4.

20 So das NSDAP-Reichstagsmitglied Dr. Hunke, Die Lage, S. 482.

rung in einen organisch wachsenden Grosswirtschaftsraum... als eine der nächsten grossen wirtschaftspolitischen Aufgaben angesehen werden». Eine solche Politik brauchte sich nicht unbedingt auf «den Verkehr zwischen den unmittelbar benachbarten Nationalwirtschaften» zu beschränken²¹, sondern solche grossraumwirtschaftlichen Verflechtungen konnten sich durchaus auch zwischen räumlich nicht aneinander angrenzenden Staaten entwickeln, wie dies bezüglich der südosteuropäischen Länder gegeben war. Allerdings sollten die mit der Angliederung Österreichs und der Zerschlagung der Tschechoslowakei verbundenen territorialen Verschiebungen andere Verhältnisse schaffen. Mit dem bilateralen Warenverkehr verband sich die Absicht, die Handelspartner Deutschlands in möglichst hohe Abhängigkeit zu bringen, um auf diese Weise «zu mehr oder minder grossen ‚Wirtschaftsräumen‘ zu gelangen²². Tatsächlich erschienen den Nationalsozialisten die ökonomischen Verhältnisse in Südosteuropa so gelagert, «dass das industrielle Deutschland sichere Absatzmöglichkeiten in den Agrarländern haben würde, und diese wiederum» den deutschen «Zuschussbedarf an Agrarprodukten zum grossen Teil decken» konnten²³, was auch für industrielle Rohstoffe zutrif. Unter grossraumwirtschaftlichen Aspekten galt der Handel mit Südosteuropa aber nicht ausschliesslich der Sicherung notwendiger Einfuhren im Frieden wie im Kriegsfall durch Intensivierung eines nachbarlichen Güterausstausches, sondern auch der Anknüpfung politischer Beziehungen über wirtschaftliche. Nach dem Willen ihrer Protagonisten musste die Autarkie «aus der Weltwirtschaft in die der eigenen Volkswirtschaft nächstgegliederte Stufe der Raumwirtschaft, der Bündniswirtschaft eines Völkerblocks» führen²⁴. Für die Nationalsozialisten bedeutete dies konkret, «dass auch nach einer Beseitigung der deutschen Zwangslage etwa die erhebliche Verlagerung des Nahrungs- und Futtermittelbezugs von Übersee und Westeuropa nach Südosteuropa nicht rückgängig gemacht werden» würde, «solange politische Gründe die wirtschaftliche Verflechtung mit den Südoststaaten notwendig erscheinen» liessen²⁵. Südosteuropa war eines der naheliegenden und unverrückbaren Ziele deutschen Hegemonialstrebens geworden.

2. Versorgungssicherung durch aussenwirtschaftliche Expansion

Die Aufgabe, den Nahrungs-, Futtermittel- und Rohstoffbedarf Deutschlands «in Aussenhandelsverträgen derart zu verankern, dass daraus ein Höchstmass gegenseitiger Verpflichtung»²⁶ erwuchs, ist in der ersten Hälfte der dreissiger Jahre energisch in Angriff genommen worden, und zwar mit grossem Erfolg. Das Dritte Reich unternahm seit 1934 alle Anstrengungen, um z.B. «den deutschen Markt für die jugoslawische

21 Posse (Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium), *Grossraumwirtschaft*, S. 282.

22 Fried, *Autarkie*, S. 126.

23 Link, *Aussenhandelspolitik*, S. 87.

24 Ebd., S. 86.

25 Weidemann, *Gestaltung*, S. 66.

26 Grävell, *Störungen*, S. 109.

Ausfuhr unentbehrlich zu machen»²⁷, was auch mit dem Abschluss eines Handelsvertrages gelang, der in Berlin «als ein Musterbeispiel für die Linie der Handelspolitik der nationalsozialistischen Reichsregierung» angesehen wurde. Das Wesen dieses Abkommens bestand nämlich in dem Versuch, «die beiden nationalen Wirtschaften von der Erzeugung an aufeinander abzustimmen», das heisst die jugoslawische Wirtschaft an den deutschen Bedürfnissen auszurichten. Diese Konvention galt daher «als Vorstufe für die vom Dritten Reich angebahnte grossraumwirtschaftliche Entwicklung»²⁸. Da Deutschland sowohl einen aufnahmefähigen Markt für die agrarischen Güter des Balkans als auch die Produktions- und Investitionsmittel besass, um die Industrialisierung Südosteuropas zwecks forcierter Ausbeutung seiner Rohstoffe zu betreiben, waren die vom Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse und des Bergbaus abhängigen kapitalarmen Länder auf das industriell hoch entwickelte, aber agrarökonomisch zuschussbedürftige Deutschland als Tauschpartner angewiesen²⁹.

Man sprach bereits im Falle Ungarns von einer «deutsch-ungarischen Wirtschaftsgemeinschaft», die selbst Budapest als ein fast «klassisches Beispiel für die Gesundung der handelspolitischen Grundlagen» typisierte³⁰.

Der Grossraumkonzeption zufolge wie aus naheliegenden rüstungsökonomischen Erwägungen wollte das nationalsozialistische Deutschland über Südosteuropa hinaus den gesamten «osteuropäischen Staatengürtel zu durchdringen» suchen und die betroffenen Gebiete «in feste wirtschaftspolitische Beziehungen zum deutschen Staats- und Wirtschaftsraum setzen»³¹. Paradigmatisch lässt sich dies an den baltischen Staaten Estland und Lettland demonstrieren. Der prozentuale Anteil beider Länder an der Versorgung Deutschlands war vergleichsweise gering. Dafür besaßen deren Exporte eine wichtige Ergänzungsfunktion innerhalb eines vom Dritten Reich beherrschten Grosswirtschaftsraumes. Zum anderen ermittelte sich ihr hoher Stellenwert im Gesamtaussenhandelsgefüge Deutschlands aus der spezifischen Zusammensetzung ihrer Überschussprodukte. Immerhin nahmen die beiden Ostsee-Anrainer den ersten Platz in der Liste der Lieferanten von Kalbfellen, einer besonderen Mangelware in Deutschland, ein, den zweiten Rang als Flachs-Exporteure, was angesichts der Rohstoffmisse innerhalb der deutschen Textilwirtschaft von besonderer Bedeutung war. Das estnische Phosphorit-Vorkommen schliesslich erwies sich als «das einzige für Deutschland unmittelbar zugängliche»³². Hinter Dänemark lieferten die beiden baltischen Staaten zusammen die zweitgrösste Buttermenge ins Reich, wo bekanntlich eine riesige Lücke in der Fettversorgung klaffte, zudem führte Berlin beachtliche andere Nahrungs- und Futtermittelkontingente

27 Rundschreiben des Auswärtigen Amts an die deutschen Botschaften, 21.6.1934, zit. n. Schönfeld, Rohstoffsicherungs politik, S. 216.

28 Posse, Grossraumwirtschaft, S. 283.

29 Vgl. dazu Raupach, Auswirkungen, S. 52.

30 So der ungarische Gesandte in der Zeitschrift «Der Vierjahresplan», zit. n. Kühn, Verlagerungen, S. 23/24.

31 So der Grossraumexperte der NSDAP, Daitz, Ostraumpolitik, S. 9/10.

32 Wirtschaftsnachrichten der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG-Farben-Industrie, 6.10.1939: Die Versorgung mit Faserstoffen, Häuten und Fellen, BA-MA Wi I F 6/3184.

ein, die im Kriegsfall mittels einer deutscherseits verhängten Blockade über die Ostsee um die in Friedenszeiten aus den baltischen Staaten nach Grossbritannien verschifften Mengen erhöht werden konnten³³.

«Deutschlands grossraumwirtschaftliche Sendung im Donau- und Ostseeraum», wie man die deutschen Hegemonialbestrebungen kaschierend bezeichnete³⁴, fand ihre Ergänzung nach Norden, wo man insbesondere an den Rohstoffen und speziell an den Industrieprodukten Schwedens interessiert war. Dem Reich kam es in seiner Handelspolitik gegenüber diesem skandinavischen Staat darauf an, «den Anteil der rüstungsrelevanten Rohstoffe» an den Importen zu vermehren³⁵. Seit Abschluss des Clearingvertrages vom August 1934 stieg die Kurve der deutschen Eisenerzeinfuhren aus Schweden quantitativ wie im prozentualen Anteil an der schwedischen Gesamtausfuhr stetig an. Nach Ansicht deutscher militärischer Kreise lag «die Bedeutung der Wirtschaft Schwedens in erster Linie in der Möglichkeit des Bezuges ausreichender Mengen hochwertiger, zur Herstellung von Rüstungsstahl wichtiger Eisenerze», auch im Falle einer möglichen, von Grossbritannien verhängten Seeblockade³⁶.

Förderung und Ausfuhr von Eisenerzen durch Schweden bis 1936³⁷

Jahr	Förderung	Ausfuhr		
		insgesamt		davon nach Deutschland
	1000 t	1000 t	1000 t	%
1926	8466	7656	5817	76,0
1927	9661	10716	8682	81,0
1928	4669	5093	3646	71,6
1929	11468	10899	7382	67,7
1930	11236	9387	6725	71,6
1931	7071	4496	2803	62,3
1932	3299	2219	1578	71,1
1933	2699	3151	2257	71,6
1934	5253	6870	4695	68,3
1935	7932	7710	5509	71,4
1936	11250	11198	8248	73,6

Ausser mit den skandinavischen Staaten schloss das Dritte Reich auch mit seinen Nachbarn im Westen und Süden Clearingverträge ab. So gaben Abkommen mit den Niederlanden und der Schweiz «die neue Richtung an, in der Deutschland mit den anderen Nationalwirtschaften zu einem Ausgleich und zu einer Übereinstimmung kommen wollte³⁸,

33 Vgl. Volkmann, *Ökonomie und Machtpolitik*, S. 492.

34 Erbsland, *Umgestaltung*, S. 63.

35 Wittmann, *Schweden*, S. 112.

36 Schreiben der Reichsstelle für Aussenhandel, 16.1.1934, ebd., S. 118.

37 Tab. nach Wittmann, *Schweden*, S. 486.

die man letztlich aber in ein ökonomisches und damit auch in ein politisches Abhängigkeitsverhältnis zu bringen suchte.

Insgesamt zeigte sich die NS-Regierung von den Ergebnissen des «Neuen Plans» befriedigt. Es war nicht nur gelungen, die negative Handelsbilanz des Jahres 1934 für die folgenden drei Jahre in eine positive umzuwandeln, sondern auch wichtige Meilensteine auf dem geplanten Weg in die Grossraumwirtschaft zu setzen.

Aussenhandelsergebnisse und Goldbestände der Reichsbank 1928-1937³⁹

	Aussenhandel	Ausfuhr insges.	Einfuhr 4) (in Mio. RM)	Ausfuhr -Einfuhr = Über- schuss in (Mio. RM)	Durchschnittliche Gold- und Devisen- bestände (in Mio. RM)
	(in Mio. RM)	(in Mio. RF)			
1928	26277	12276	14001	- 1725	2405,4
1929	26930	13483	13447	+ 36	2506,3
1930	22429	12036	10393	+ 1643	2806,0
1931	16326	9599	6727	+ 2872	1914,4
1932	10406	5739	46671	+ 1072	974,6
1933	9075	4871	4204	+ 667	529,7
1934	8618	4167	4451	- 284	164,7
1935	8429	4270	4159	+ 111	91,0
1936	8986	4768	4218	+ 550	75,0
1937	11379	5911	5468	+ 443	rd.70,0
1938	10706	5257	5449	- 192	
1939	10860	5653	5207	+ 446	

Die Importe von Erzen konnten bis 1937 mengenmässig um 132%, die von Erdöl um 116%, die Einfuhr von Kautschuk um 71% erhöht werden, während die Fertigwareneinfuhr um 63% gedrosselt wurde. Nach Auffassung von Schacht liess sich durch Zahlen eindringlich das hohe

Die deutsche Einfuhr an wichtigen Rohstoffen (in Mio. RM)⁴⁰

	Wolle	Baumwolle	Kautschuk	Eisenerze	Kraftstoffe u. Schmieröle
1933	266,2	307,0	25,1	58,8	127,5
1934	322,6	260,2	42,3	88,3	124,4
1935	248,1	329,7	45,5	123,4	144,6
1936	229,4	257,7	66,2	168,3	169,2

38 Posse, Grossraumwirtschaft, S. 283.

39 Tab. aus Volkman, Aussenhandel und Aufrüstung, S. 85.

40 Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jg. 1941/42; vgl. Kroll, Weltwirtschaftskrise, S. 481.

Mass dessen verdeutlichen, was «der Neue Plan zur Durchführung der Aufrüstung wie zur Sicherung unserer Ernährung beigetragen» hatte⁴¹.

Darüber hinaus liess sich eine steigende Rohstoffeinfuhr registrieren.

Ungeachtet der gemäss dem «Neuen Plan» erfolgten aussenwirtschaftlichen Verlagerung und weitgehender Anpassung der Handelspartner des Dritten Reiches an den deutschen Rohstoffbedarf industrieller wie agrarischer Art konnte es nicht gelingen, die rüstungsökonomisch bedingte hohe Nachfrage ohne Bezüge aus den ausserhalb des bereits in Konturen erkennbaren europäischen Wirtschaftsblocks stehenden Staaten zu befriedigen. Neben der als vordringlich erachteten Aufgabe der Schaffung eines geschlossenen Grosswirtschaftsraumes mit seinen Vorzügen der Stabilität von Einfuhr und Ausfuhr musste die Handelspolitik darum bemüht sein, alle sich bietenden Exportchancen als Mittel der Finanzierung rüstungswichtiger Importe zu nutzen. Die Voraussetzungen hierfür erwiesen sich schon 1935 als denkbar ungünstig. Zwar liess sich eine Zunahme wichtiger Rohstoffimporte zugunsten der Rüstungswirtschaft konstatieren, doch war «die Aktivierung der Handelsbilanz fast ausschliesslich von den Verrechnungsländern getragen worden»⁴². Mit anderen Worten, dem erhöhten Exportvolumen stand kein vermehrter Deviseneingang gegenüber, der eine den steigenden Rüstungsanforderungen proportionale Einfuhr von Rohstoffen erlaubt hätte. So bot sich das Bild einer in drei Schichten arbeitenden, nahezu voll ausgelasteten Rüstungswirtschaft, deren Rohstoffe rapide zur Neige gingen.

Vorräte rüstungswichtiger Mangelrohstoffe (in t)⁴³

Rohstoff	1. 4. 1934	1.9. 1935
Baumwolle	95000	68000
Wolle	67000	48000
Seide	—	—
Flachs	11000	8000
Hanf	8000	6000
Jute	30000	22000
Leder	—	76000
Magnesit	12000	10000
Leinsaat	120000	80000
(Leinöl)	(45000)	(26000)

41 Schacht, Finanzwunder, S. 27/28. Der Biograph Schachts, Pentzlin, hat den «Neuen Plan» lediglich unter devisenpolitischen Aspekten gesehen und gewürdigt. Der rüstungs- und grossraumwirtschaftliche Hintergrund ist ihm verborgen geblieben.

Vgl. dazu Pentzlin, Hjalmar Schacht, S. 22-223.

42 Gutachten des Reichskriegsministeriums, 6. 5.1938, BA-MA Wi VI/386.

43 Tab. aus Volkmann, Aussenhandel und Aufrüstung, S. 91 (Umrechnung von Leinsaat in Leinöl).

Innerhalb der Wehrmacht verbreitete sich die Furcht, «dass wir durch reine Inlandsbeschäftigung von Tag zu Tag ärmer werden, dass wir ohne Export keine Devisen schaffen und dass ohne Devisen keine Rüstung möglich ist»⁴⁴. Es wurde den Verantwortlichen deutlich, dass «die starke Wirtschaftsbelebung oder – genauer ausgedrückt – die Aufrüstung und Arbeitsbeschaffung» nur durch den Verzehr der in früheren Jahren angesammelten Rohstoffe und durch eine erhebliche Verschuldung bei den Verrechnungsländern – die nur in begrenztem Umfang deutsche Fertigwaren und Produktionsgüter aufzunehmen vermochten – hatte bewerkstelligt werden können. Ende 1935 musste das Rüstungsprogramm als in starkem Masse gefährdet gelten, denn von März bis September gingen die Vorräte wie folgt zurück:

Eisenerz	um mehr als ein Drittel ⁴⁵
Kupfer, Blei	um fast zwei Drittel
Zink	um mehr als zwei Drittel
Wolle, Kammzüge	um mehr als die Hälfte
Baumwolle	um mehr als die Hälfte
Jute	um fast zwei Drittel
Häute, Felle	um fast die Hälfte
Kautschuk	um mehr als zwei Drittel

Die Rüstungsindustrie verfügte lediglich noch über eine Bevorratung von ein bis zwei Monaten. Vom wehrwirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet konnte die ökonomische Entwicklung «in keiner Weise befriedigen». Denn bereits im Frühjahr 1935 war sich die Wehrmacht darüber im Klaren, dass die «Kräftigung unserer wirtschaftlichen Machtmittel... und der Verbrauch der Rohstoffreserven durch finanzielle Vorgriffe auf die Zukunft», das heisst in der Erwartung territorialen Zuwachses erfolgte⁴⁶. Die Militärs erblickten daher in der Rückgliederung des Saarlandes im Jahre 1935 «einen willkommenen Kräftezuwachs der Wehrwirtschaft»⁴⁷. Wenn von der Staats- und Wehrmachtführung angesichts dieser Situation dennoch eine extensive Rüstung verlangt wurde, musste Reichswirtschaftsminister Schacht, ohne seine oft «ausgesprochene Befürwortung einer möglichst starken Aufrüstung verleugnen oder ändern zu wollen», doch «pflichtmässig auf die wirtschaftlichen Grenzen hinweisen, die dieser Politik gesteckt» waren⁴⁸.

Die Wehrmacht drängte nun auf eine staatliche Ausfuhrförderung, nachdem Schacht immer eindringlicher seine Auffassung dargelegt hatte, dass der Export «die unerlässliche Grundlage

44 Expertise der Dienststelle Wehrwirtschafts- und Waffenwesen, 18.2.1935, BA-MA Wi F 5/383.

45 Bericht über die 12. Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses, 14.5.1936, BA-MA Wi IF 5/701; vgl. Volkmann, Aussenhandel und Aufrüstung, S. 91.

46 Bericht der Dienststelle Wehrwirtschafts- und Waffenwesen (W Wi) über den Stand der wirtschaftlichen Lage, 1.5.1935, BA-MA RW19/82.

47 Vortragsnotiz über den Stand der wirtschaftlichen Lage, 16.3.1935, ebd.

48 Schreiben Schachts an Blomberg, 24.12.1935, IMT, Bd. 36, S. 292.

jeder Devisen- und Rohstoffbeschaffung, also auch der Rüstung» sei⁴⁹. Eine entsprechende, von Hitler im Frühjahr 1935 persönlich ergriffene Initiative scheiterte sowohl an der Exportmüdigkeit der mit staatlichen direkten und indirekten Rüstungsaufträgen ausgestatteten Unternehmen als auch an der Frage, was denn eine rüstungsorientierte Industrie, ohne die Rüstungswirtschaft in ihrer Produktion beeinträchtigen zu wollen, überhaupt exportieren konnte und durfte. Die Antwort fiel ebenso einfach wie widersinnig aus: Kriegsgerät, das in einer allenthalben auf rüstenden Welt ebenso begehrt wie devisenträchtig schien⁵⁰. Der nun vermehrt betriebene Kriegsgeräte-Export blieb aber wegen seiner rüstungshemmenden Wirkung ebenso umstritten wie in seinem volkswirtschaftlichen Nutzen zweifelhaft, machte er doch nur einen Bruchteil des deutschen Gesamtexportes aus, und auch der Devisenanfall war angesichts der Tatsache unbefriedigend, dass bei industriell unterentwickelten Mächten eine besonders hohe Nachfrage herrschte, die im schroffen Gegensatz zu deren vorhandenen internationalen Zahlungsmitteln stand.

2. Binnenwirtschaftliche Autarkisierungsmaßnahmen

Da man durch Export nur in unzureichendem Masse die Mittel zum Einkauf der benötigten Rohstoffe und Lebens- bzw. Futtermittel erwirtschaften konnte, liefen parallel zum «Neuen Plan» Bestrebungen zur binnenwirtschaftlichen Autarkisierung, auf dem *landwirtschaftlichen Sektor* durch Steigerung und Umlagerung der Erzeugnisse zwecks Erringung der «Nahrungsfreiheit». Denn im Jahre 1935 traten neben den Rohstoffengpässen im industriellen Bereich auch Versorgungsschwierigkeiten auf dem Agrarsektor zutage. Zwar gelang es noch, die Belieferung der Bevölkerung mit den «lebenswichtigen Nahrungsmitteln sicherzustellen», doch führte die schlechte Ernte des Jahres 1934 – wie selbst Hitler eingestand – «manches Mal... zu einer vorübergehenden Verknappung dieser oder jener Lebensmittel»⁵¹. Diese beruhte aber nicht allein auf den relativ unterdurchschnittlichen Ernteerträgen, sondern auch auf der gesteigerten Nachfrage der im Verlauf der rüstungswirtschaftlich bedingten Konjunkturbelebung zu Kaufkraft gelangten Bevölkerung, wie die Mangellage überhaupt rüstungsökonomisch motiviert war. Denn bei der Verteilung der Devisen genossen rüstungsnotwendige Rohstoff- vor Nahrungsmiteleinfuhren stets Priorität. Deshalb bedeutete die von dem «Führer-Stellvertreter» Rudolf Hess ausgegebene Parole «Kanonen statt Butter», dass der Import von Nahrungsmitteln «schon einmal hinter der Einfuhr industrieller Rohstoffe zurücktreten muss»⁵². Zum anderen betrieb die NS-Regierung seit Beginn ihrer Herrschaft eine kriegsvorbereitende Vorratswirtschaft, weil «ein Volk... einen Krieg nur

49 Ebd., S. 295.

50 Vgl. dazu Volkmann, Aussenhandel und Aufrüstung, S. 94ff. und Anhang.

51 Hitler auf dem Reichsparteitag 1935, zit. n. Reichsparteitag und Wirtschaft, S. 292.

52 Schwichtenberg, Erzeugungsschlacht, S. 23.

dann siegreich beenden [konnte], wenn seine Führung dafür» sorgte, dass es «wenigstens eine bescheidene Ernährung» fand⁵³.

Vor allem galt die Bevorratung der Versorgung der Truppe im Ernstfall, denn es erschien den Nationalsozialisten als eine «tausendfach erhärtete Erfahrungstatsache, dass die Ausstattung einer Wehrmacht mit Nahrungsmitteln an Wichtigkeit in nichts der Ausstattung mit Munition nachsteht und dass fortdauernder Hunger der Truppe eines der wirksamsten Hemmnisse ist, die sich der Erringung des Sieges in den Weg zu stellen vermögen»⁵⁴. Man wollte nur so viel wie eben nötig von den zu erobernden Territorien abhängig sein. Als Träger der Bevorratung fungierten sogenannte Reichsstellen. Beispielsweise wandte die Reichsstelle für Getreide allein 1933 = 26,5 Mio. RM für Ankäufe aus dem Ausland und für Vorratshaltung auf.

Die Anlage von Nahrungsmittel- und Getreidespeichern erfuhr eine Förderung durch die Vergabe von Krediten an Mühlen und Handel zur Errichtung von Silos und anderen Lagerräumen (1935 = 6,3 Mio. RM), die in der Regel 33,5% der Bausumme betrug. Die Mittel vergab eine Kommission, in der der Kriegs- und der Luftfahrtminister dafür Sorge trugen, dass «die Standortfrage [der Speicher] durch die wehrpolitischen Belange beeinflusst» wurde⁵⁵. Die benötigten Vorräte mussten natürlich dem privaten Versorgungsmarkt entzogen werden, indem man sie entweder der eigenen Produktion entnahm oder aber importierte.

Da in Anbetracht der die agrarische Produktion bestimmenden Faktoren eine rasche Umstellung der Friedens- auf die Kriegserzeugung unmöglich erschien, galt für «die Ernährungswirtschaft... das Gesetz der konstanten Bereitschaft». Mit anderen Worten, die landwirtschaftliche Erzeugung musste frühzeitig so programmiert sein, dass sich der Übergang von friedens- zu kriegswirtschaftlichen Bedingungen ohne grosse Reibungsverluste vollziehen konnte. Die angestrebte sogenannte «wehrsichere Ernährungsform» liess sich nur dann verwirklichen, wenn es gelang, die Produktionskraft des deutschen Bodens restlos aufzuschliessen, um dem anvisierten Ziel partieller Autarkie nahezukommen⁵⁶. Darüber hinaus galt es, den Anbau landwirtschaftlicher Produkte so zu reglementieren, dass Deutschland sich im Falle einer Blockade geraume Zeit selbst zu versorgen in der Lage war.

Diesem Ziel diente die von Reichsbauernführer Darré 1934 proklamierte landwirtschaftliche «Erzeugungsschlacht», in der sich die Forderungen des «Neuen Plans» im landwirtschaftlichen Bereich niederschlugen. Die «Erzeugungsschlacht» hatte die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich das deutsche Volk in einer kriegerischen Auseinandersetzung im Wesentlichen von deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu ernähren vermochte. Daher waren alle mit ihr im Zusammenhang stehenden Regelungen «seit 1934 praktisch als Massnahmen für den to-

53 Ebd., S. 20.

54 Meinhold, Erzeugungsbedingungen, S. 2.

55 Richtlinien für den Bau von Vorratsräumen, zit. n. Hoeft, Agrarpolitik des deutschen Imperialismus, S. 44. Hier finden sich auch die oben genannten Zahlen.

56 Schwichow, Ernährungswirtschaft, S. 258.

talen Krieg anzusehen»⁵⁷. Konkret diente somit die «Erzeugungsschlacht» der Steigerung der Agrarproduktion als einer Voraussetzung für die blockadesichere Rüstung und des weiteren der «Devisenersparnis zugunsten der Wehrerstärkung und der Industrie», damit Deutschland «seine Aufrüstung vollenden»⁵⁸ konnte. Die Notwendigkeit einer landwirtschaftlichen Erzeugungssteigerung zur Sicherung der Ernährung im Kriege erhellt aus dem Eingeständnis verantwortlicher Agrarpolitiker, dass «die Erschwerungen, die in einem Kriege (Blockade) eintreten [konnten], wenn auch nicht in der Schärfe, so doch durch den steten Mangel an Devisen bereits seit 1934... gegeben» waren⁵⁹. Aus den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges hatten die Nationalsozialisten den wehrwirtschaftlichen Lehrsatz abgeleitet, der lautete: «Derjenige Staat, der die für die Kriegführung benötigten wirtschaftlichen Mittel und Kräfte nicht zum überwiegenden Teil im eigenen Lande besitzt, befindet sich in so starken Abhängigkeiten, dass der Erfolg seines Kampfes von vornherein in Frage gestellt ist»⁶⁰. Folglich beruhte «das Schwergewicht der wehrwirtschaftlich betrachteten Ernährungspolitik» auf «der Sicherung aus eigener Kraft»⁶¹. In konsequenter Schlussfolgerung aus der «Erzeugungsschlacht» vorangestellten Parole: «nutze den Boden arbeitsintensiv und erzeuge, was dem deutschen Volke fehlt»⁶², unterlag die Nahrungs- und Futtermiteleinfuhr ab 1934 erheblichen Einschränkungen:

Einfuhr (in 1000 dz) ⁶³	1931-1933		
	1931-1933	1934	1936
Getreide	26400,7	18805,3	5381,0
Gemüse	3409,2	3178,1	2377,0
Butter u. Käse	1246,7	955,4	1032,9
Eier	1234,4	759,6	798,1
Fette u. Tran	4397,0	3309,3	3280,7
Ölsaaten	23658,7	22141,9	14292,3
Futtermittel	7344,6	1442,2	1902,1

Ungeachtet aller regulierenden Eingriffe des Reichsnährstandes in den agrarökonomischen Prozess gelang es nicht, den angestrebten hohen Selbstversorgungsgrad zu erreichen, was sich am Beispiel des Getreideanbaues demonstrieren lässt. Obwohl das Dritte Reich eine reale Chance besaß, den Eigenbedarf an Brotgetreide selbst zu decken, wur-

57 Rede des Staatssekretärs im Reichsernährungsministerium, Herbert Backe, vor den Reichs- und Gauleitern, 6. 2. 1934, zit. n. Herferth, Reichsnährstand, S. 228.

58 Schwichtenberg, Erzeugungsschlacht, S. 22/23.

59 Landwirtschaftlicher Produktionsplan Darrés vom 27. 11. 1939, zit. n. Melzer, Studien, S. 17.

60 Hess, Wehrwirtschaft, S. 2187.

61 Hauser, Wehrwirtschaft, S. 2090.

62 Zeitschriftendienst des Reichsnährstandes, 14. 12. 1934, zit. n. Melzer, Studien, S. 16.

63 Ebd. Es muss sich bei den Angaben 1931-1933 um Jahresdurchschnittswerte handeln, was jedoch aus der Darstellung von Melzer nicht hervorgeht.

de diese nicht konsequent genutzt. Durch eine auf Anreize verzichtende Preispolitik, fehlende Düngemittel und durch Verminderung der landwirtschaftlichen Anbauflächen (z.B. durch Autobahnen, die Anlage militärischen Übungsgeländes und von Flugplätzen etc.) bahnte sich eine Stagnation in der Getreideerzeugung als Vorstufe einer rückläufigen Entwicklung nach Kriegsausbruch an. Die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichem Gelände durch die Wehrmacht⁶⁴ und der Bau von Befestigungen führten zwischen 1933 und 1938 zur Auflösung von 140 Dörfern sowie zur teilweisen Räumung von 225 ländlichen Gemeinden. Darüber hinaus mussten in den beiden letzten Jahren vor Ausbruch des Krieges über 30'000 Bauern und Landarbeiter samt ihren Familien rund 5'600 bäuerliche Betriebe mit einer Gesamtfläche von ca. 120'000 ha zum Zwecke des Westwallbaues verlassen⁶⁵. Insgesamt verminderte sich die landwirtschaftliche Nutzfläche in der Vorkriegszeit wie folgt allein zwischen 1934 und 1935 um rd. 596'000 ha:

Jahr	Landw. Nutzfläche (in 1000 ha)	Ackerland u. Gärten	Wiesen	Weiden ⁶⁶
			(in % der Nutzfläche)	
1932	29370	72,2	18,7	9,1
1933	29365	72,2	18,7	9,1
1934	29348	72,2	18,7	9,1
1935	28752	70,2	19,7	10,1
1936	28747	70,3	19,6	10,1
1937	28724	70,4	19,5	10,1
1938	28537	70,2	19,6	10,2
1939	28535	70,1	19,8	10,1

Unter diesen Voraussetzungen erreichten die absoluten Mengen selten die Werte von 1913. Vielfach blieben auch die Hektarerträge hinter denen des letzten Friedensjahres vor dem Ersten Weltkrieg zurück.

Durchschnittliche Hektarerträge an Getreide in Deutschland in den Jahren 1908 bis 1944 (in dz)⁶⁷

	1908-1913	1928-1932	1934-1938	1944
Roggen	18,6	17,2	17,3	16,8
Weizen	22,7	20,7	22,5	21,4
Hafer	19,8	19,1	20,2	18,2
Gerste	21,2	20,0	21,6	19,4

64 Gesetz über die Landesbeschaffung für Zwecke der Wehrmacht, 29. 3.1935, RGBI. 1935, I, S. 467f.

65 Vgl. Melzer, Studien, S. 18.

66 Tab. aus Woermann, Erzeugungsschlacht, S. 117.

67 Tab. aus Checiński, Umstellung, S. 330.

Entwicklung der Bodenerzeugnisse des Altreiches (in 10'000 t)⁶⁸

Jahr	Getreide u. Hülsenfrüchte	Kartoffeln	Zuckerrüben	Nährfrüchte	Futterrüben	Heu
1928/32	226	104	28	358	37	138
1933	257	104	21	382	40	133
1934	215	111	26	352	42	107
1935	224	103	26	353	44	133
1936	224	116	30	370	47	160
1937	228	138	38	404	51	150
1938	268	127	39	434	46	149
1939	251	129	42	422	47	145
1940	220	133	41	394	48	128
1941	217	109	40	366	46	136
1942	213	126	41	380	52	124

Die Rekorderten der Jahre 1938 und 1939 beruhen auf ausserordentlich günstigen Witterungsverhältnissen, denenzufolge die Erträge bei den landwirtschaftlichen Grundnahrungsmitteln, bezogen auf die Vergleichsjahre 1928/32, um rund 20%, die Erträge der gesamten Feldwirtschaft um rund 15% gestiegen waren.

Insgesamt betrachtet lässt sich für die Mitte der dreissiger Jahre trotz aller Autarkiebestrebungen nur eine defizitäre Ernährungsbilanz ziehen, die aus der doppelten Anforderung an die Landwirtschaft resultierte, nämlich bei gesteigerter Lebenshaltung in vermehrtem Umfang den deutschen privaten Eigenbedarf zu decken und darüber hinaus den Ansprüchen einer den Krieg kalkulierenden Vorratswirtschaft zu genügen.

Das Defizit in der deutschen Ernährungsbilanz im Jahre 1934/35⁶⁹

Ernährungsgüter	Fehlende Eigenversorgung in %
1. Getreide, Kartoffeln, Zucker, Rindfleisch, Milch	0-2
2. Schinken, Süsswasserfisch, Gemüse	3-10
3. Schweinefleisch	10-20
4. Früchte	10-20
5. Geflügel, Eier	20-30
6. Seefisch	30-40
7. Fette (einschl. Butter, Schweineschmalz und Margarine)	40-50
8. Leguminosen	50-60
9. Pflanzliche Öle	95-99

68 Tabelle aus Woermann, Erzeugungsschlacht, S. 119.

69 Tab. aus Kroll, Weltwirtschaftskrise, S. 530.

Ende 1935/Anfang 1936 konnte der harte rüstungswirtschaftliche Kurs, gekennzeichnet durch eine restriktive Importpolitik auf dem Agrarsektor, um «durch Entlastung der Handelsbilanz Devisen für Rüstungsimporte freizumachen»⁷⁰, nicht mehr beibehalten werden. Bereits 1935 hatte in Kauf genommen werden müssen, dass wegen der angespannten Futtermittellage die Heeresversorgung litt⁷¹, und auch die Ernährungssituation verlangte zumindest eine vorübergehende Änderung der wirtschaftlichen Prioritäten: Um die innenpolitische Stabilität nicht zu gefährden, entschied sich das NS-Regime, nicht ohne vorherige intergouvernementale Meinungsverschiedenheiten und Positionskämpfe, für erhöhte Devisenzuweisungen zwecks Ernährungssicherung auf Kosten der Einfuhr rüstungsrelevanter Rohstoffe, was in der industriellen Produktion, insbesondere für die Wehrmacht, zu gravierenden Mangelercheinungen führte.

Hätte man auf der rüstungswirtschaftlich motivierten Autarkisierung bestanden, wäre die deutsche Ernährungswirtschaft 1936 auf eine Rekordernte angewiesen gewesen, «wenn eine erhebliche Verknappung der wichtigsten Nahrungsmittel vermieden werden» sollte⁷².

Besondere Sorge bereitete der NS-Führung die Abhängigkeit vom Weltmarkt auf dem *Textilrohstoffsektor*, auf dem wiederum konsum- und rüstungsbedingte Interessen kollidierten, zumal die Wehrmacht einen hohen Bedarf an Uniformstoffen anmeldete. Wie gespannt die Lage war, erhellt die Anregung des Reichsbauernführers Darré von 1935, jeder Bauer möge «ein paar Quadratmeter Flachs anbaue[n]» und den Ertrag dem Führer zum Geschenk machen, damit «daraus jedem Soldaten»... ein Drillichanzug gewebt werden könne»⁷³. Zudem förderte die Reichsregierung die einheimische Schafzucht und stellte zu diesem Zweck 1935 = 8 Mio. RM zur Verfügung. Die eingeleiteten Massnahmen sollten nicht nur den momentanen Bedarf decken, sondern «darüber hinaus den ersten bescheidenen Grund eines eisernen Bestandes an Wolle für unsere Uniformtuchindustrie legen»⁷⁴.

Die «von einem starken Wehrwillen» durchdrungene, das heisst in ihren Handlungen vom Entschluss zum Lebensraumkrieg geleitete Reichsregierung hatte frühzeitig erkannt, dass sie den nötigen rüstungsökonomischen Spielraum nur dann besass, wenn sie «jedem wirtschaftlichen Druck von aussen her mit eigenen Kräften entgegentreten» konnte⁷⁵. Folglich musste sie alles daransetzen, die im eigenen Lande vorhandenen *Bodenschätze* ohne Rücksicht auf volkswirtschaftliche Rentabilität zu erschliessen und zu verarbeiten. Im Jahre 1934 übertrug Hitler sei-

70 Kruedener, Zielkonflikt, S. 338.

71 Brief Darrés an Schacht, 14.1.1936, BA-MA Wi IF 5/614.

72 Ausarbeitung der Abteilung für Zentrale Wirtschaftsbeobachtung, Die deutsche Rohstoffund Ernährungslage in ihrer volkswirtschaftlichen Verflechtung, BA-MA RW19 Anh. 1/231.

73 Zit. n. Kroll, Weltwirtschaftskrise, S. 499.

74 Bericht Reichskriegsministerium über den Stand der wirtschaftlichen Lage auf den Arbeitsgebieten der Heeres-, Verpflegungs- und Beschaffungsabteilung, 1.6.1935, BA-MA RW 19/81.

75 Schwichtenberg, Erzeugungsschlacht, S. 21.

nem damaligen persönlichen Berater in Wirtschaftsfragen, Keppler, die «Sonderaufgabe Roh- und Werkstoffe», die darin bestand, «alle diejenigen wirtschaftlichen Massnahmen durchzuführen, welche in Anbetracht der Devisenlage erforderlich» erschienen, «um ausländische Rohstoffe durch solche aus inländischer Erzeugung zu ersetzen»⁷⁶. Erfolgen sollte diese Umstellung an Hand genauer wissenschaftlich-technischer Daten über die deutschen Rohstoffvorkommen, nachdem der Reichswirtschaftsminister (durch Gesetz vom 4. Dezember 1934) mit der systematischen Erkundung nutzbarer Lagerstätten beauftragt worden war⁷⁷. Private Eigentümer mussten fortan auf ihrem Grund staatlicherseits geplante Bodenerschliessungen gestatten oder selbst durchführen. Das Gesetz beinhaltete ferner eine ins Einzelne gehende Anzeige- und Auskunftspflicht für jeden, der Erforschungen des Untergrunds der Erdoberfläche vornahm.

Eine solche Bestandsaufnahme beanspruchte aber einen Zeitraum von mehreren Jahren, und daher erfolgte die Erfassung nach den Kriterien wirtschaftlicher Dringlichkeit, in deren Stufenfolge die *Treibstoffversorgung* den höchsten Stellenwert besass, denn von ihr hing die Einsatzfähigkeit einer modernen motorisierten Armee entscheidend ab. Als die Nationalsozialisten an die Macht kamen, betrug die deutsche Mineralölabhängigkeit vom Ausland rund 70 bis 75 Prozent, eine Tatsache, die Militärs und politische Führung stark beunruhigte und nach Wegen für eine Erhöhung der Selbstversorgung suchen liess. Das von dem langjährigen Partei-Ideologen und dem später kurze Zeit als Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium amtierenden Gottfried Feder im Zusammenwirken mit der Mineralölwissenschaft vorangetriebene und von Hitler unterstützte Projekt einer verstärkten Erdölförderung fand offenbar bei der Mineralölwirtschaft nicht das entsprechende Echo. Zwar stiegen von 1933 auf 1934 die Erweiterungs- und Aufschlussbohrungen sprunghaft an, blieben jedoch von 1935 bis 1938 nahezu konstant. Im Einzelnen nahmen die Erweiterungsbohrungen geringfügig zu, wohingegen die Aufschlussarbeiten seit 1937 eine fallende Tendenz aufwiesen⁷⁸. Daneben lief ein extensiver Aufbau der Importöle verarbeitenden Industrie in Deutschland.

Produktions- und Verbrauchsentwicklung der Mineralölwirtschaft 1933-1936 (in 1'000 t)⁷⁹

Jahr	Erdölgewinnung	Erzeugung von synthet. Treibstoffen xx)	Mineralölverbrauch xxx)	xxxx)
1933	233	108,4	2.238	[2.810
1934	313	153,2	2.564	3.295
1935	425	240,8	2.973	3.835
1936	444	475,9	3.497	4.590]

76 Brief Kepplers an Kehrl, zit. n. Kehrl, Krisenmanager, S. 60.

77 Kolshorn, Erfassung, S. 263.

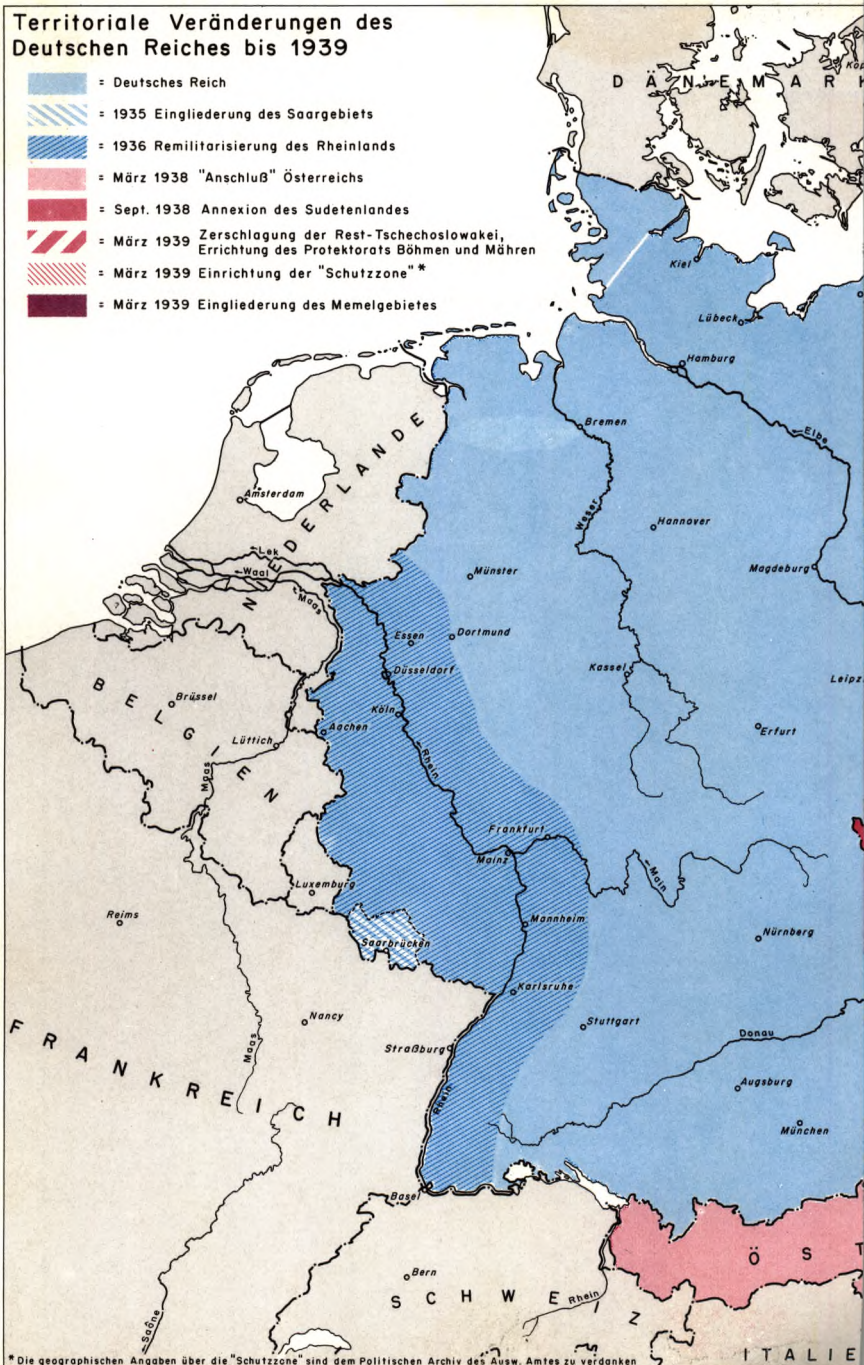
78 Vgl. Anlage 3.

79 x) Taschenkalender für den Bergbau, S. 243; xx) Die deutsche Mineralölwirtschaft, S. 624, 627; xxx) Statistisches Handbuch, S. 501; xxxx) nach Birkenfeld, Treibstoff, S. 218, dessen Angaben jedoch aus unterschiedlichen Dokumenten stammen und insgesamt zu hoch gegrif-

**Territoriale Veränderungen
des Deutschen Reiches bis 1939**

Territoriale Veränderungen des Deutschen Reiches bis 1939

- = Deutsches Reich
- = 1935 Eingliederung des Saargebiets
- = 1936 Remilitarisierung des Rheinlands
- = März 1938 "Anschluss" Österreichs
- = Sept. 1938 Annexion des Sudetenlandes
- = März 1939 Zerschlagung der Rest-Tschechoslowakei, Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren
- = März 1939 Einrichtung der "Schutzzone"*
- = März 1939 Eingliederung des Memelgebietes



* Die geographischen Angaben über die "Schutzzone" sind dem Politischen Archiv des Ausw. Amtes zu verdanken

SCHWEDEN

Skizze 1

LITAUEN

Memel

Njemen

Königsberg

Danzig

Weichsel

Stettin

Bug

Posen

Warschau

P O L E N

Weichsel

Frankfurt

Breslau

Oder

Dresden

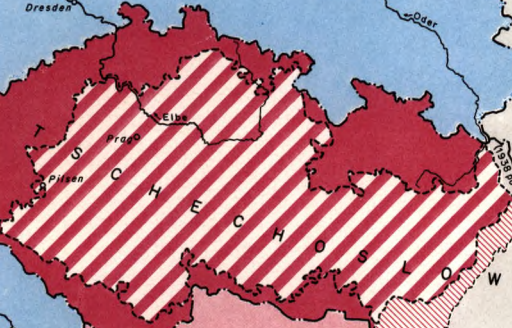
Weichsel

Krakau

Prag

1938 ung.

Pilsen



T S C H E C H O S L O W A K E I

R R E I C H

Wien

1938 ung.

Pfeßburg

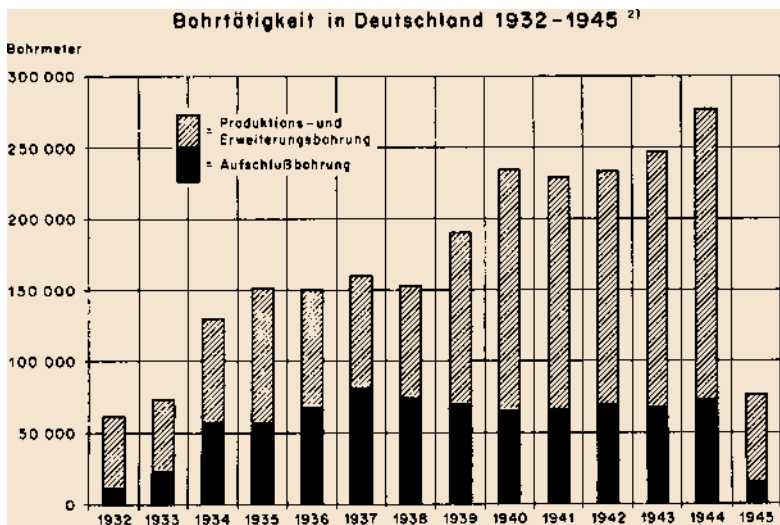
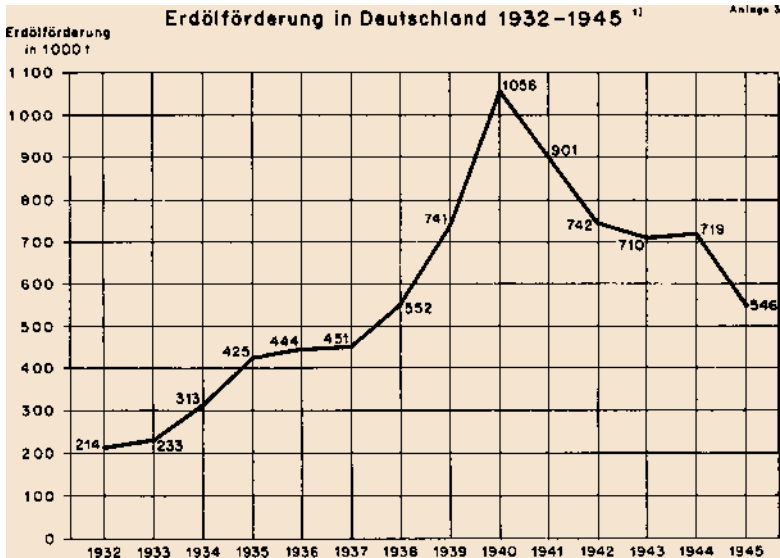
(1938 ung.)

Budapest

JUGOSLAWIEN

U N G A R N

0 50 100 150 km



Quellen: 1) Taschenkalender für den Bergbau, S. 243
 2) Nach Kasper, Erdölgewinnung, S. 236

Immerhin betrug die Steigerung der Erdölgewinnung von 1933 bis 1936 rund 90%, doch blieb das Gesamtfördervolumen weit unter den geplanten Grössenordnungen zurück, und vom militärischen Standpunkt aus waren die deutschen Erdölvorkommen zu unergiebig und damit zu unbedeutend, um den wachsenden Bedarf decken zu können. Stieg doch der Mineralölverbrauch von 1933 bis 1936 um rund 56%.

Stattdessen richtete sich die Aufmerksamkeit des NS-Regimes auf die chemische Industrie, die nicht nur als Retterin aus der Mineralölabhängigkeit fungieren, sondern den Gesamtrohstoffbedarf der deutschen Wirtschaft so weit decken sollte, wie nötig war, «um die nationale Rohstoffversorgung aus eigener Kraft sicherzustellen»⁸⁰. Auf dem Reichsparteitag 1935 wies der «Führer» ihr die Aufgabe zu, nicht oder nur ungenügend verfügbare oder im Konfliktfalle in ihrer Einfuhr gefährdete Rohstoffe durch Ersatzstoffe zu substituieren, das heisst «durch die Produktion eigener Werkstoffe Deutschland vom Import unabhängig zu machen». Er dachte dabei insbesondere an die Gewinnung von Benzin aus Kohle, die «im grössten Ausmasse eingeleitet», in der folgenden Zeit durch die Inbetriebstellung neuer Hydrierwerke dazu führen musste, «den deutschen Brennstoffbedarf zu einem hohen Prozentsatz im Inlande» zu erzeugen⁸¹. Stand die Herstellung synthetischen Benzins in der Frühphase der NS-Herrschaft zunächst im Dienste der allgemeinen Motorisierung und kam nur indirekt der rüstungswirtschaftlichen Erstarkung zugute, so erfolgte ihre Ausweitung in der Zeit, als Schacht Reichswirtschaftsminister war, immer stärker unter wehrwirtschaftlichen Erwägungen. Obwohl die Produktionskosten für synthetisches Benzin erheblich über denen für Erdölbenzin lagen, liessen sich die Nationalsozialisten von der Treibstoffgewinnung mittels Kohlehydrierung aus einheimischen Rohstoffen nicht abhalten, denn schliesslich gaben «strategische Erwägungen den Ausschlag und nicht rein wirtschaftliche Gesichtspunkte»⁸². Dennoch widersetzte sich der Reichswirtschaftsminister der Bestallung eines von der Wehrmacht geforderten «Sonderbeauftragten für die Mineralölwirtschaft», der diese nach rüstungsökonomischen Kriterien steuern und dergestalt die Mobilmachung hätte vorbereiten sollen. Doch basierte die diesbezüglich zwischen ihm, dem Rohstoffbeauftragten Keppler und der Wehrmacht – insbesondere mit dem Oberbefehlshaber der Luftwaffe als einem besonders interessierten Benzinkunden – ausgetragene Kontroverse nicht allein auf sachlichen Differenzen. Schacht fürchtete weniger eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Geschehens. Er wollte vielmehr seinen Anspruch geltend machen, gegen den Willen anderer beteiligter Stellen den neuen Posten mit einer Persönlichkeit seines Vertrauens aus dem Reichswirtschaftsministerium zu besetzen. Wie rapide die Produktion der Hydrierwerke auch stieg (1933-1936 = ca. 330%), eine Umstellung auf Eigenversorgung für den Kriegsfall rückte nicht in diskutabler Nähe.

80 Chemische Industrie, S. 482.

81 Parteitag der Freiheit, S. 37.

82 Hellmer, Kohlehydrierung, S. 1481.

Aus deutschen Erdölen und mit Hilfe der Hydrierwerke gelang bis 1936 keine ins Gewicht fallende Eigenerzeugung, mit Ausnahme im Bereich der Benzin- und Heizöl-gewinnung.

Der Anteil der Inlandserzeugung am Gesamtbedarf 1934-1936 (v. H.)⁸³

Produkt	1934	1935	1936
Vergaserkraftstoffe	40	45	50
Dieselmotorkraftstoffe	9,5	8	9,5
Heizöl	38	42,3	42
Motoröl	18,6	17,1	17,5

Die Deckung des momentanen Bedarfs und die Vorratshaltung mussten aus Eigenerzeugung plus Einfuhren erfolgen. Da Verhandlungen mit den Importeuren über eine freiwillige Einlagerung fehlschlagen, wurde die «Wirtschaftliche Forschungsgesellschaft m.b.H.» (Wifo) gegründet (24. August 1934), die den staatlichen Auftrag zur «Errichtung und Unterhaltung von Unternehmen und Betrieben der Industrie, des Handels und des Handwerks», insbesondere zur «Errichtung und Unterhaltung von Versuchs- und Forschungsanlagen zwecks Förderung der genannten Wirtschaftszweige», erhielt⁸⁴. In Konkretisierung dieser gegenüber der Öffentlichkeit recht unverfänglich formulierten Zweckbestimmung oblag ihr nach systeminterner Definition der «Bau reichseigener Grosstanklager und Zwischentanklager sowie... die Unterhaltung nationaler Reserven für Wehrmachtzwecke»⁸⁵. In der Folgezeit hat die Wifo erhebliche Mengen, insbesondere an Flugbenzin, aus Importen und deutscher Erzeugung eingelagert. Die Bestände betragen am

31. Dezember 1935 76'758 t Mineralöle
 31. Dezember 1936 273'465 t Mineralöle
 31. Dezember 1937 420'976 t Mineralöle

Darin waren am 31. Dezember 1937 an Flugbenzin enthalten:

117'634 t Leuna-Flugbenzin
 163'943 t Import- und sonstiges Benzin

Die Mineralöl-Einlagen beliefen sich Ende 1938 auf 5896651; dies bedeutete den Höchststand der Vorkriegszeit, der allerdings noch weit unter dem vom Wehrwirtschaftsstab im Frühjahr 1935 (22. Mai 1935) für den Mobilmachungsfall angemeldeten Bedarf lag, nämlich 8'000'000 t leichte Treibstoffe, 1'060'000 t leichte Flugmotorentreibstoffe⁸⁶.

83 Tab. aus Kasper, Erdölgewinnung, S. 49.

84 Gesellschaftsvertrag, 24. 8.1934, zit. n. Birkenfeld, Treibstoff, S. 58.

85 Bericht des Reichswirtschaftsministeriums von Ende Dezember 1937 über die Vorbereitung der wirtschaftlichen Mobilmachung durch den Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft, IMT, Bd. 36, S. 256.

86 Angaben n. Birkenfeld, Treibstoff, S. 59.

Um dem chronischen Rohstoffmangel auf dem *Textilsektor* zu begegnen, konzentrierte sich die Ersatzgüterindustrie auf einen zweiten Schwerpunkt, auf «die Entwicklung und Fabrikation *deutscher Faserstoffe*», die «entschlossen in Angriff genommen» wurde⁸⁷. Es entstand eine ganze Kette neuer Fabrikationsanlagen zur Kunstseide- und Zellwolleherstellung, die sich über ganz Deutschland spannte, um bei eventuellen Luftangriffen allzugrosse Leistungsausfälle zu vermeiden. Die Produktion stieg in beiden Branchen beachtlich, so dass sie nicht nur für den eigenen Verbrauch ausreichte, sondern auch Lagervorräte angelegt werden konnten⁸⁸.

Da Wolle und Baumwolle wegen unterschiedlicher qualitativer Eigenschaften nicht beliebig gegen Kunstfaserstoffe austauschbar waren, blieb aber die Rohstoffläge der Textilwirtschaft insgesamt angespannt.

Besondere Aufmerksamkeit widmete die Reichsregierung der Sicherung der *Rohgummiversorgung*, die zunächst gänzlich auf überseeischen Importen beruhte. Die knappen Devisen reichten kaum aus, den mit wachsender privater und militärischer Motorisierung steigenden Bedarf zu decken, geschweige denn eine Vorratsbildung für den Kriegsfall zu erlauben. Um den Verbrauch eines «der wichtigsten Rohstoffe der ganzen Wehr- und Kriegswirtschaft» zu steuern, errichtete das Reichswirtschaftsministerium bereits am 9. Mai 1934 eine «Überwachungsstelle für Kautschuk und Asbest»⁸⁹. Die von ihr eingeführte Kontingentierung musste dennoch durch folgende Einschränkungsmassnahmen innerhalb der Wehrmacht flankiert werden, um die Mangelsituation zu beherrschen: 1. Starke Drosselung des Kraftfahrzeugverkehrs in der Wehrmacht; 2. Einsatz nur kleiner und mittlerer Wagen überall da, wo das Gelände dies erlaubte; 3. Beschränkung in der Verwendung kautschukhaltiger Materialien wo eben möglich (Verbot des Belegens von Fussböden und Treppen mit gummihaltigen Läufern); 4. Entwicklung kautschukfreier Gasanzüge⁹⁰.

Durch die nach dem Motto «Kampf dem Verderb» im Dritten Reich betriebene Neuverwertung von Altgummi und insbesondere durch die Herstellung synthetischen Kautschuks (Buna), die sich die IG-Farbenindustrie hatte patentieren lassen, hoffte man aus der Auslandsabhängigkeit und dem Rohgummengpass herauszukommen. Frühzeitiger als andere mögliche Bedarfsträger interessierte sich die Wehrmacht für die Buna-Fabrikation, die als technisches Problem Anfang der dreissiger Jahre bereits gelöst war. Es bedurfte jedoch des Abbaues psychologischer Hemmnisse bei anderen potentiellen Verbrauchern gegenüber der fabrikatorischen Verwendung von Ersatzstoffen (die im offiziellen Sprachgebrauch «deutsche Werkstoffe» hiessen) ganz allgemein und gegenüber dem synthetischen Kautschuk im speziellen, um diesen in Masse und damit halbwegs rentabel produzieren und absetzen zu können. Der Wehrwirtschaftstab musste aber auch

87 Hitler auf dem Reichsparteitag 1935, Parteitag der Freiheit, S. 37.

88 Vgl. Tab. auf S. 362.

89 Ausarbeitung Hedler, OKW/Wi Rü Amt, Kautschuk und die Versorgungslage im Kriege, BA-MA Wil F 5/614.

90 Richtlinien für Sparmassnahmen des Reichskriegsministers, 7. 9.1936, ebd.

in der Wehrmacht selbst gegen Widerstände zur Einführung von Buna angehen. Nach langwierigen Konsultationen übernahmen es die drei Wehrmachtteile, die Buna-Entwicklung auf den folgenden, genau abgegrenzten Gebieten zu fördern und den neuen Werkstoff in den nachstehenden Bereichen verwenden zu lassen:

1. Heer: Bereifung, gummierte Stoffe für Gasschutz, Dichtungen, Motoraufhängung, Schwachstromkabel
2. Marine: Akkumulatorenkästen, Starkstromkabel
3. Luftwaffe: Tankhüllen⁹¹.

Doch trotz starken Drängens des Wehrwirtschaftstabes gelang es vor 1936 nicht, die Buna-Erzeugung in einem den Wehrmachtansprüchen genügenden Tempo voranzutreiben. Bedurfte es doch nicht nur des Aufbaues umfangreicher Produktions-, sondern auch von Verarbeitungsanlagen, ehe mit einer Umstellung von Rohkautschuk auf den deutschen Ersatzstoff in grösserem Rahmen begonnen werden konnte.

Die Lösung des *Eisenerzproblems* stellte sich als besonders schwierig dar, obgleich die Eisenerzförderung gewaltig anstieg, nämlich zwischen 1933 und 1936 um rund 167 Prozent.

Deutschlands Eisenerz-Förderung und -Einfuhr 1934-1936 (in 1'000 t)⁹²

Jahr	Förderung an verwertbarem Eisenerz	Einfuhr
1933	2550	
1934	3671	8265
1935	5290	14061
1936	6812	18469

Auch die Eisen- und Stahlproduktion wuchs proportional mit, so dass Versorgungspässe zunächst nicht auftraten.

Wohl aber bedeutete die hohe Importabhängigkeit bei Eisenerz als dem rüstungswichtigsten Rohstoff eine stete Gefährdung der militärischen Mobilmachung, die es unter allen Umständen zu reduzieren galt. Da Deutschland «auf dem Gebiet der Eisenversorgung seine endlich wiedergewonnene Wehrfreiheit nicht gefährden lassen» wollte⁹³, musste man unter Nichtbeachtung des Kostenfaktors in vermehrtem Umfang eisenarme Gesteine abbauen und verhütten, bei gleichzeitiger Verbesserung der Aufbereitungsverfahren. Dennoch betrug 1936 der deutsche Selbstversorgungsgrad bei Eisenerz nur rund 18 Prozent – von Wehrfreiheit konnte also keine Rede sein.

Auf dem Nichteisensektor liessen sich beachtliche Erfolge bei der Erzgewinnung und Metallerzeugung verbuchen, doch blieb auch hier die Auslandsabhängigkeit gross, insbesondere bei Kupfer, Zinn und Nickel.

91 Vgl. Treue, Gummi, S. 258.

92 Vortragsnotiz, Thomas, Anfang April 1937, BA-MA Wi VI/202.

93 Schacht vor Eisenhütten-Fachleuten, 1.12.1935, zit. n. Kroll, Weltwirtschaftskrise, S. 512.

Eisen- und Stahlerzeugung in Deutschland (in Mio. t)⁹⁴

Jahr	Roheisen	Rohstahl	Walzwerkserzeugnisse
1928	11,7	14,3	13,2
1929	13,2	16,2	14,2
1932	3,9	5,7	5,6
1933	5,2	7,6	7,3
1934	8,7	11,9	10,6
1935	12,8	16,4	12,2
1936	15,3	19,2	14,3
1937	15,9	19,8	15,1
1938	18,0	22,6	16,4
1939	17,4	22,5	16,2

Deutschlands Kupfererz-Förderung und -Einfuhr 1935 und 1936 (in 1000 t)⁹⁵

Jahr	Förderung der Mansfeld'schen Kupferschieferbergbau A. G.	Kupfererzförderung (der Bleizinkerzgruben)	Kupfererz Einfuhr
1935	1106,4	7,39	400,54
1936	1105,6	3,48	482,47

Deutschlands Zinkerz-Förderung und -Einfuhr 1935 und 1936 (in 1000 t)

Jahr	Förderung an Zinkerz	Zinkerz-Einfuhr
1935	180,63	117,24
1936	197,93	120,64

Deutschlands Zinnerz-Förderung und -Einfuhr 1934-1936 (in 1000 t)

Jahr	Förderung an Zinnerzen	Einfuhr an Zinnerzen	Einfuhr an Zinn	
1934		0,60	13,47	
1935		1,23	11,82	
1936		1,56	9,18	
Deutschland'	ds Bleierz-Förderur	ig und -Einfuhr 1	935 und 1936 (in 10	00 t)
Jahr	Förderung an reichen Bleierzen	Förderung an armen Bleierzen	Förderung an Bleizinkerz (Mischerz)	Bleierz-einfuhr
1935	54,89	45,15	118,54	83,98
1936	57,98	41,77	144,83	99,30

94 Statistisches Handbuch, S. 288.

95 Vortragsnotiz Thomas, Anfang April 1937, BA-MA Wi VI/202.

Deutschlands Nickelerz-Förderung und -Einfuhr 1934-1936 (in 1000 t)

Jahr	Förderung von Nickelerz	Einfuhr von Nickelerz	Einfuhr von Nickel
1934	(Bisher so gut wie keine Förderung.	37,61	5,4
1935		29,01	6,1
1936	Ab 1936 schätzungsweise 75 t pro Monat)	17,65	3,4

Immerhin betrug die Steigerungsrate in der Erzeugung von Blei aus deutschen Erzen zwischen 1933 und 1936 rund 15 Prozent, bei Zink 23 Prozent und bei Aluminium 416 Prozent⁹⁶.

Die *Steinkohleförderung* war zufriedenstellend und erlaubte Exporte grösseren Umfangs, während der Bauxitabbau zwar intensiviert werden konnte, aber in keinem Verhältnis zur Einfuhrsteigerung stand.

Deutschlands Bauxit-Förderung und -Einfuhr 1934-1936 (in 1'000t)

Jahr	Bauxitförderung	Einfuhr an ungereinigtem Bauxit
1934	6,6	326,5
1935	8,3	505,5
1936	—	981,2

Als die Wehrmacht ein Jahr nach Inkrafttreten des «Neuen Plans» eine rüstungsökonomische Bilanz zog, konnte sie sicherlich auf beachtliche wirtschaftliche Erfolge verweisen. Waren doch aussenwirtschaftlich mit Hilfe des «Neuen Plans» gelungen, die für «die Durchführung des Wehrprogramms notwendigen Rohstoffe sowie die unerlässliche, zusätzliche Einfuhr an Nahrungs- und Futtermitteln» sicherzustellen. Freilich waren Deutschlands Schulden bei den Clearing-Partnern erheblich angewachsen. Insgesamt hatte sich aber nach Ansicht massgebender Stellen der Wehrmacht «das Rüstungsprogramm..., wenn auch mit Schwierigkeiten, bisher durchführen lassen». Somit war «wehrwirtschaftlich die wichtigste Forderung, die der Soldat an die Wirtschaft zu stellen hat, erfüllt worden. Die wirtschaftliche Kriegsbereitschaft des Reiches hat jedoch leider eine Verstärkung nicht erfahren⁹⁸.» Hing sie doch nach wie vor von der sicheren Zufuhr ausländischer Rohstoffe ab. Der wirtschaftliche Aufschwung unter dem «Neuen Plan» hatte sich auf Kosten der volkswirtschaftlichen Substanz des Deutschen Reiches vollzogen. Zur Befriedigung der nötigsten ernährungswirtschaftlichen und gewerblichen

96 Angaben Schachts in einem Brief an Göring, 5. 8.1937, IMT, Bd. 36, S. 568.

97 Vortragsnotiz Thomas, Anfang April 1937, BA-MA Wi VI/202.

98 Bericht der Dienststelle Wehrwirtschafts- und Waffenwesen über den Stand der wirtschaftlichen Lage, 1.10.1935, BA-MA RW 19/82.

Bedürfnisse waren in den Jahren 1934 und 1935 die Rohstoff- und Nahrungsmittelvorräte laufend abgebaut worden. Neben dem Abbau der Textilrohstoffe hatten 1935 die Lagerbestände an Erz und anderen Metallen in immer stärkerem Masse angegriffen werden müssen. Dieser Vorgang liess sich nicht mehr wiederholen. Im Frühjahr 1936 waren die Vorratsbestände auf landwirtschaftlichem wie auf gewerblichem Sektor «bereits auf das für einen geordneten Betrieb unerlässliche Mindestmass herabgesunken». Für den Rest des Jahres 1936 eröffnete sich die Perspektive, nicht mehr «– wie 1934 und 1935 – von Lagervorräten leben» zu können, so «dass die deutsche Rohstoffversorgung erstmals ernstlich bedroht» erschien, wenn man weiterhin einen harten rüstungswirtschaftlichen Kurs steuerte».

Wollte man die gesamtwirtschaftliche Produktion im bisherigen Umfang aufrechterhalten, gewerbliche Wirtschaft, Aufrüstung und Ernährung auf dem derzeitigen Stand belassen, bedurfte es einer Steigerung der deutschen Einfuhr um fast ein Viertel des Volumens von 1935, «wobei die dringend notwendige Wiederauffüllung der zusammengeschrumpften Vorräte noch nicht mitberücksichtigt» war. Nach Überzeugung massgebender Stellen konnte kaum erwartet werden, «dass das an sich benötigte Mehraufkommen an Bardevisen tatsächlich erzielt» wurde. Auch für eine Erhöhung der Auslandsverschuldung sah die Reichsregierung «gegenwärtig keine Möglichkeiten», weil die Handelspartner, mit denen deutscherseits das Verrechnungskonto nicht ausgeglichen werden konnte, schon 1935 «die Lieferungen nach Deutschland einstellten, sobald die Aussenstände einen entsprechenden hohen Stand erreichten»¹⁰⁰.

99 Geheimer Bericht der Abteilung für Zentrale Wirtschaftsbeobachtung, «Die deutsche Rohstoff- und Ernährungslage in ihrer volkswirtschaftlichen Verflechtung», 19.5.1936, BA-MA RW 19 Anh. 1/231.

100 Bericht des Ministerialdirektors Wbhlthat, Reichswirtschaftsministerium, vor dem Reichsverteidigungsausschuss, 14.5.1936, Geheime Reichssache, BA-MA Wi F 5/701. In einer Kölner Dissertation ist interessanterweise der Zusammenhang zwischen dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund im Herbst 1933 und der auf nationalsozialistische Autarkie hin orientierten Aussenhandels- und Aussenwirtschaftspolitik hergestellt worden. Der Verf. geht davon aus, dass die mit dem Verlassen der Weltorganisation verbundene Bilateralisierung der Aussenbeziehungen generell zur aussenwirtschaftlichen parallel verlief. «Mit dem Austritt aus dem Völkerbund... und den sich daran anschliessenden Versuchen... ein neues bilaterales Sicherheitssystem zwischen den Staaten Mitteleuropas aufzubauen, hatte das Reich auf aussenpolitisch-diplomatischer Ebene ebenso einen Bruch mit der internationalen Staatenordnung nach dem Ersten Weltkrieg vollzogen, wie es sich durch die Umstellung der deutschen Aussenhandelsbeziehungen mittels der Handels- und Clearingverträge nach Südosten und der Verwirklichung des ‚Neuen Plans‘ 1934 endgültig vom Liberalen Weltwirtschaftssystem abgewendet hatte.» Dengg, Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund, S. 427.

V. Die Wehrwirtschaft im Zeichen des Vierjahresplans

1. Motivation und Zielsetzung des Vierjahresplans

Im Jahre 1936 hatten die rüstungswirtschaftlichen Anstrengungen des Dritten Reiches das Mass dessen erreicht, was unter Berücksichtigung der gesamtökonomischen Bedürfnisse volkswirtschaftlich gerade noch vertretbar erschien, jedenfalls aus der Sicht des Reichswirtschaftsministers. Schacht war bei all seinen Überlegungen und Massnahmen immer davon ausgegangen, «dass die Produktionskapazität der Wirtschaft die natürliche Grenze der Wiederaufrüstung sei»¹, die er 1936 für erreicht, wenn nicht gar für überschritten hielt. Die Wehrwirtschaft war an einem Punkt angelangt, wo es sich zu entscheiden galt, entweder das Rüstungstempo zugunsten verstärkter Exportbemühungen zu drosseln – was ja in Anbetracht der generellen, nicht auf einen bereits festgelegten Zeitpunkt hin fixierten Kriegsvorbereitung vertretbar gewesen wäre – oder aber auf Kosten der Bevölkerung, der Ausstattung und Unterhaltung des Parteiapparates und der Repräsentationsbauten das Rüstungstempo unvermindert beizubehalten.

Schliesslich bot sich als dritte Variante die Straffung der Rüstungsproduktion durch Ausrichtung auf ein zeitlich möglichst naheliegendes, begrenztes strategisches Ziel hin an. Eine Entscheidung in dieser Richtung, die einen verstärkten Wirtschaftsdirigismus notwendig gemacht hätte, bahnte sich im Frühjahr 1936 an. Denn für Hitler kam ein Nachlassen in den Rüstungsanstrengungen nicht in Frage. «Um die weitere Wehrhaftmachung sicherzustellen», erteilte er daher Göring Anfang April den Auftrag zur «Prüfung und Anordnung aller erforderlichen Massnahmen» bei staatlichen und parteiamtlichen Institutionen².

Die Wahl des als energisch geltenden, aber in wirtschaftlichen Fragen völlig inkompetenten Göring war auf Vorschlag Schachts erfolgt, ohne dass dieser freilich ahnte, dass ihm in dem Hitler bedingungslos ergebenden Reichsluftfahrtminister ein ihn ausstechender Konkurrent erwachsen sollte. Göring liess an der Aufrechterhaltung der Rüstung im gesamtwirtschaftlichen Prozess keinen Zweifel aufkommen, indem er «das politische Muss des gleichen Tempos der Aufrüstung» postulierte³.

1 Aussage des ehemaligen Finanzministers der NS-Regierung Schwerin von Krosigk, 1945, zit. n. Schweitzer, Wiederaufrüstung, S. 595.

2 Weisung Hitlers, 4. 4.1936, PA Büro Reichsminister, Akten betreffend Erlass des Führers zur Verbesserung der Rohstoff- und Devisenlage.

3 Niederschrift der Sitzung des Gutachter-Ausschusses über Exportfragen, 15. 5.1936, Geheime Reichssache, BA R 26 1/36. Zwischenzeitlich sind zwei Biographien über Hermann Göring er-

Ungeachtet dieser Parole und entsprechender Bemühungen kam es im Sommer 1936 zu ernsthaften Einbrüchen in die Produktion und damit zu einer akuten Gefährdung des Rüstungsprogramms. Die unzureichende Devisen- und Rohstoffversorgung führte zu allgemeinen wirtschaftlichen Störungen und zur Verschleppung von Wehrmichtaufträgen. Hatten die industriellen Vorräte 1934 auf den meisten Gebieten noch für 4 bis 6 Monate ausgereicht, so deckten sie im Mai 1936 nur noch den Bedarf von 1 bis 2 Monaten. Im Einzelnen wirkte sich dieser Umstand z.B. so aus, dass die Munitionsbetriebe im Sommer 1936 nur noch zu 70% ausgelastet waren. Symptomatisch sei auf die Engpässe bei Rohgummi hingewiesen, wo die Lagerbestände der verarbeitenden Firmen auf eine Tagesmenge absanken. Am ernstesten erwies sich die Lage bei den Nichteisenmetallen. Hier wurde den Rohstoffanforderungen der Wehrmacht nicht mehr entsprochen; es mussten sogar zeitweise Betriebsstillegungen hingenommen werden. Schliesslich sah sich die Kraftfahrzeugindustrie gezwungen, auf Kurzarbeit (zwei bis drei Arbeitstage pro Woche) umzuschalten⁴. Ferner klagte die Wehrmacht über eine unzureichende Zuteilung von schwerem Leder. Einen Überblick über die rohstoffwirtschaftliche Gesamtsituation und insbesondere über das Mass der aussenwirtschaftlichen Abhängigkeit vermittelt die nachfolgende Aufstellung über Bedarf und Eigenproduktion.

Hatte sich in letzter Zeit die Produktionssteigerung und die Nahrungsmittelversorgung, ungeachtet aller Anstrengungen zur vermehrten Entfaltung der einheimischen Produktivkräfte, «in starkem Masse durch den Verbrauch von Vorräten ausländischer Rohstoffe und in- und ausländischer Nahrungsmittel» bewerkstelligen lassen, so verbot sich dies fortan «infolge der zunehmenden Erschöpfung der Vorräte» und des Devisenmangels von selbst. Nach Überzeugung verantwortlicher wirtschaftspolitischer Kreise war man «an einem Wendepunkt angelangt»⁵, der «durchgreifende Massnahmen der Reichsregierung lange nicht mehr aufzuschieben» erlaubte⁶. Zur gleichen Zeit machte sich

schienen. Die eine, Overy, Göring, geht dezidiert auf des Luftwaffenchefs wirtschaftspolitische Rolle ein, überbewertet aber seine Funktion und seine Möglichkeiten, die deutsche Wirtschaft durch administrative Reglementierung stringent auf Kriegsproduktion auszurichten. Die Person Görings als Verantwortlicher für den Vierjahresplan ist zu sehr in den Vordergrund gerückt, ohne zu beachten, dass hinter dem sog. starken Mann in der Vierjahresplan-Administration sowie im Reichswirtschaftsministerium und in anderen wirtschaftspolitischen Organisationen führende Repräsentanten der Wirtschaft selbst sassen. Auf diese Weise kam es fast immer zu einem Interessenausgleich zwischen Privatwirtschaft und Staat, und dies auch während des Zweiten Weltkrieges. Die zweite Biographie von Martens, Göring, ist in Form einer Dissertation erschienen. Der Autor, ein Schüler von Klaus Hildebrand, zeigt wie sein akademischer Lehrer wenig Verständnis für die Interdependenz von Politik und Ökonomie. Folglich sieht er nicht die wirtschaftspolitischen Implikationen nationalsozialistischer Expansionspolitik, und folglich gewinnt Göring auch kein wirtschaftspolitisches Profil.

4 Niederschrift des Ministerrates, 4.9.1936, IMT, Bd. 32, S. 489 ff.

5 Ministerial-Direktor Wohlthat, Reichswirtschaftsministerium, in der 12. Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses, 14.5.1936, BA-MA Wi I F 5/701.

6 Bericht des Wehrwirtschaftsstabes über den Stand der wirtschaftlichen Lage, 1.8.1936, BA-MA RW19/8.

Übersicht über die Rohstofflage 2. Mai 1937⁷

	Eisenerze		Aluminium		Kautschuk		Zellwolle	
Gesamtbedarf für Wehrmacht und Wirtschaft (geschätzt)	Frieden 1936 9,5 Millionen	Mob. Fall 1938 11 Millionen	Frieden 1936 105000	Mob. Fall 1938 160000	Frieden 1936 75000	Mob. Fall 1938 85000	Frieden 1936 12000– 70000	Mob. Fall 1938 abhängig v. Naturfaser- einfuhr
Erzeugung gesamtes Reichsgebiet	1,8 Millionen		96000		1000		12000–70000	
Fehlbedarf	7,7 Millionen	9,2 Millionen	9000	64000	74000	84000	Jede Erzeugungs- steigerung dürfte vom Markt aufge- nommen werden.	
Überschuß	–	–	–	–	–	–		
Vorläufig bestehende Planungen für Erweiterung der Eigenerzeugung	1,2 Millionen (Vorschlag Keppler)		–		2400		Steigerung bis Ende 1936 auf zunächst 70000 t	

1. Motivation und Zielsetzung

⁷ Expertise des Chefs des Wehrwirtschaftsstabes, Gen. Thomas, über die bisherigen wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen, l. 3.1939, IMT, Bd. 27, S. 122-134, hier S. 134.

erstmalig der Mangel an Facharbeitern störend bemerkbar, insbesondere in der Werkzeug- und Maschinenbauindustrie. Um ihn zu beheben, warben sich die Firmen in vielen Fällen die begehrten Arbeitskräfte wechselseitig durch Locklöhne ab, weshalb das Reichskriegsministerium darauf drängte, «durch geeignete Massnahmen die Bekämpfung dieser die Aufrüstung und das Lohnniveau gefährdenden Erscheinung einzuleiten»⁸.

Göring machte in seiner neuen Funktion letztmals verzweifelt Anstalten, durch eine Belebung des Aussenhandels die kritische Versorgungsphase zu überwinden. In drei Sitzungen prüfte ein aus Partei, Staat, Wehrmacht und Wirtschaft bestellter Rohstoff- und Devisenstab alle Möglichkeiten der Exportsteigerung. Doch die internationalen Konstellationen erwiesen sich als ebenso ungünstig wie die binnen wirtschaftlichen. Hatten doch nicht nur die lukrativen Rüstungsaufträge in Deutschland eine tiefe Exportmüdigkeit hervorgerufen, sondern auch der mit den staatlich gelenkten Auslandsgeschäften verbundene Papierkrieg. Schliesslich liessen die öffentlichen Aufträge den Unternehmen einen zu geringen exportwirtschaftlichen Spielraum, als dass er genügt hätte, die Voraussetzungen (Devisenbeschaffung) für die rüstungsnotwendigen Rohstoff- und die kriegsversorgungswichtigen Nahrungs- und Futtermiteleinführen sicherzustellen. So musste Görings Versuch, die Wirtschaftsführer zur Einsicht in das Notwendige zu bringen und in die Pflicht zu nehmen, das heisst zur Eigeninitiative zu bewegen, zum Scheitern verurteilt sein, obwohl er sich davon mehr versprochen hatte als von Zwängen, die «lediglich vom Staat aus auf Grund seiner Autorität» verfügt wurden⁹.

In gleichem Masse aber, wie die Erkenntnis in die Unmöglichkeit wuchs, ein Rezept zu finden, das eine entscheidende und schnelle Belebung des Aussenhandels hätte bringen können, setzte sich die Überzeugung durch, unter dem Druck der Verhältnisse die Rohstoffbezüge aus dem Ausland durch eine intensive Nutzung der Schätze deutschen Bodens merklich ergänzen zu müssen. Da nicht zu erwarten stand, dass in absehbarer Zukunft der von der Wehrmacht unmittelbar oder mittelbar benötigte Rohstoffbedarf geringer wurde, sah die militärische Wehrwirtschaftsorganisation keinen anderen Ausweg, als die stärkere Ausbeute heimischer Rohstoffvorkommen und eine wesentlich vermehrte Verwendung synthetisch hergestellter Stoffe, um die rüstungswirtschaftliche Situation zu bessern¹⁰. In dieser Lagebeurteilung stimmte sie mit dem Reichswirtschaftsministerium überein. Dessen Staatssekretär Brinkmann forderte nichts anderes, als unter ganzem Einsatz des «deutschen Erfindergeistes... das grosse Gebiet der Ersatz- und Neustoffe [zu] erschliessen»¹¹. Dies setzte naturgemäss hohe Investitionen voraus. Angesichts der starken, rüstungswirtschaftlich bedingten Belastung der Staatskasse war die

8 Bericht des Wehrwirtschaftsstabes über den Stand der wirtschaftlichen Lage, 1.8.1936, BA-MA RW 19/8.

9 Niederschrift über die Sitzung des Gutachter-Ausschusses für Exportfragen des Rohstoffund Devisenstabes, 30. 6.1936, zit. n. Riedel, Rohstofflage, S. 311.

10 Vortrag Thomas, 9.6.1936, zit. bei Wagner, Wehrmachtführung, S. 185.

11 Brinkmann, Wirtschaftspolitik, S. 75.

öffentliche Hand zunächst aber nicht bereit, sich wie in Zeiten des Arbeitsbeschaffungsprogramms an der Finanzierung solcher Investitionen in nennenswertem Umfang zu beteiligen. Das Wirtschaftsministerium zeigte sich vielmehr fest entschlossen, «die Hauptlast... von der Wirtschaft selbst und hier insbesondere von der Industrie und den Banken» tragen zu lassen¹². Hitler hielt diese Forderung für tendenziell richtig, bezweifelte aber, dass die von Schacht und nach dessen ökonomischen Prinzipien gestaltete Wirtschaftspolitik zum gewünschten Erfolg führte, das heisst in einer schwieriger gewordenen wirtschaftlichen Lage die Beibehaltung von Rüstungstempo und -umfang zu garantieren vermochte. Selbst wenn sich solche Zweifel als unberechtigt erweisen sollten, blieb das Faktum, dass die zwischen dem Reichskriegsminister und dem Reichswirtschaftsminister offiziell zwar nicht als solche herausgestellte, aber dennoch stillschweigend einvernehmlich befürwortete, an der Konzeption des totalen Krieges ausgerichtete Tiefenrüstung frühestens Mitte der vierziger Jahre zu einem halbwegs befriedigenden Abschluss gekommen wäre. Dies hätte für Hitler bedeutet, die Verfolgung seiner machtpolitischen Pläne über Geduld hinausschieben zu müssen. Dazu fand sich der «Führer» 1936 nicht bereit. Er zeigte sich vielmehr entschlossen, zukünftig zielsicher seinen aussenpolitischen Ambitionen zu folgen und Veränderungen der machtpolitischen Konstellation in Europa (wie sie sich z.B. im Verlauf des spanischen Bürgerkrieges ergeben konnten) im Sinne seiner hegemonialen Bestrebungen auf dem Kontinent wenn irgend möglich zu nutzen, ohne dass er die Stossrichtung seiner Politik – Frankreich oder Lebensraum im Osten – in der Schrittfolge bereits festgelegt hätte. Fortan galt es, eine Wirtschaftspolitik zu verfolgen, die es erlaubte, in absehbarer Frist eine einsatzfähige, zahlenmässig grosse, modern ausgerüstete und damit schlagkräftige Truppe zu schaffen, die fähig war, in zeitlich wie räumlich begrenzten Aktionen erfolgreich zu operieren. Eine solche Politik erlaubte es, die Aufrüstung mit relativ begrenzten Ressourcen zu betreiben und im Wechselspiel von militärischer Aggression und diplomatischem Druck die ökonomische Basis des Reiches durch territorialen Zuwachs sukzessiv zu verbreitern. Fortan sollte sich die Wehrwirtschaft aufgrund der gegebenen Verhältnisse an den Bedürfnissen des später so benannten Blitzkrieges ausrichten. Konkret hatte dies die Konzentration der Kräfte auf die materielle Ausrüstung der Truppe zur Folge, also die Vernachlässigung der Tiefen- zugunsten der Breitenrüstung. Das hiess ferner, verstärkte wirtschaftliche Bemühungen, um den baldigen Einsatz der Wehrmacht zu ermöglichen, was mit Hilfe einer vergrösserten und mit erweiterten Vollmachten ausgestatteten staatlichen Wirtschaftsadministration zu gewährleisten war. Wenn der Primat der Rüstung derart betont wurde, konnte dies auch nicht ohne Rückwirkungen auf die konsumwirtschaftlichen Bedürfnisse der Bevölkerung bleiben.

Solche an die Wirtschaft heranzutragenden Erwartungen und der Gesamtbevölkerung zu verordnende Verzichthaltung konnten nur nach gründlicher propagandistische Vor-

bereitung bei sorgfältiger Wahl eines günstigen Zeitpunktes oder Anlasses den Betroffenen ohne Gefährdung der sozialen und politischen Stabilität verständlich gemacht und als notwendig erklärt werden. Der für Anfang September 1936 anberaumte Reichsparteitag in Nürnberg bot mit seinen auf Jubel gestimmten Massen den besten Resonanzboden für die Proklamation eines nahezu ausschliesslich an rüstungsökonomischen Kategorien zu messenden Wirtschaftsplanes. Auf dem «Parteitag der Ehre» verkündete Hitler den sogenannten Vierjahresplan, dessen Aufstellung er mit dem «Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik» begründete, den «Lebensstandard des breiten Volkes zu verbessern»¹³ und gleichzeitig die zur Abwehr der äusseren – vom NS-Regime immer wieder beschworenen – bolschewistischen Gefahr notwendigen Rüstungsanstrengungen zu unternehmen. In Wahrheit erwies sich der Vierjahresplan jedoch, wie man in Wehrmachtkreisen richtigstellte, als «Wehrwirtschaft in reiner Form»¹⁴, das heisst als wirtschaftliche Vorbereitung im Frieden auf geplante Aggressionsakte. Die Akklamation der Massen – «fast jeder Satz der Proklamation wurde vom Kongress mit stürmischem Jubel aufgenommen, der sich am Schluss zu einer minutenlangen Kundgebung für den Führer steigerte»¹⁵ – verschaffte Hitler die Legitimation, der Bevölkerung Lohn- und Konsumverzicht aufzuerlegen und den volkswirtschaftlichen Bedarf «in jene Richtungen zu lenken», die sich «aus den Möglichkeiten unserer eigenen nationalen Produktion» ergaben¹⁶. Die nationalsozialistische Regierung, so gestand Hitler ein, berühre «nicht so sehr die Frage, ob manches Mal die Butter» rar sein, «oder ob die Eier etwas knapper» würden¹⁷. Nicht die Löhne seien das Entscheidende, sondern allein die Produktion, deren Destination darin bestehe, Deutschland innerhalb von vier Jahren auf dem Rohstoffsektor autark zu machen. In einer den Vierjahresplan formulierenden geheimen Denkschrift vom August 1936, die die wirtschaftliche Begründung seiner Kriegspolitik beinhaltete, entwickelte Hitler noch einmal die bereits bekannten wirtschaftspolitischen Intentionen des Nationalsozialismus. Wie die nationalsozialistische Politik überhaupt ausschliesslich dem Ziel diene, «die Lebensbehauptung unseres Volkes und Reiches zu ermöglichen», so falle auch der Wirtschaft einzig und allein diese Aufgabe zu. Sie müsse bedingungslos für den «Selbstbehauptungskampf unseres Volkes» eingesetzt werden, der in Kürze anstehe. Denn durch die erreichte Vollbeschäftigung und das wachsende Sozialprodukt sei ein erhöhter Bedarf bei der Bevölkerung entstanden, dessen «Befriedigung aus der inneren deutschen Wirtschaft» nicht möglich sei. Weder könne eine wesentliche Leistungssteigerung der Landwirtschaft noch die Ersetzung fehlender Rohstoffe «auf einem künstlichen Wege» zur Zeit erwartet werden. Aufgrund der so eingeschätzten Sachlage ergaben sich für Hitler zwei Forderungen:

13 Parteitag der Ehre, S. 39.

14 Manuskript eines Artikels des Chefs des Wehrwirtschaftsstabes, Thomas, Dezember 1936, BA-MA Wil F 5/113.

15 Parteitag der Ehre, S. 47.

16 Ebd., S. 41.

17 Ebd., S. 40.

1. Beschleunigt alle Massnahmen einzuleiten, die im Sinne der Autarkie «für die Zukunft eine endgültige Lösung» schufen, die «in einer Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis» zu sehen war.
2. Für die Übergangszeit, bis zu einer im Grunde genommen nur auf militärischem Wege denkbaren Lebensraumerweiterung «eine vorübergehende Entlastung» zu suchen¹⁸. Dies war gleichbedeutend mit einer bedingungslosen Ausbeutung der deutschen Ressourcen und Produktionskraft zum Zwecke der Aufrüstung, und zwar ohne Rücksicht auf die entstehenden Kosten.

Unter Hinweis darauf, dass inzwischen «4 kostbare Jahre» nationalsozialistischer Herrschaft vergangen seien, ohne dass die entsprechenden rüstungsökonomischen Vorkehrungen hätten getroffen werden können, stellte er nunmehr folgende Aufgabe:

«I. Die deutsche Armee muss in 4 Jahren einsatzfähig sein.

11. Die deutsche Wirtschaft muss in 4 Jahren kriegsfähig sein¹⁹.»

Den möglichen Einwand, dass zur Realisierung dieses Vorhabens die notwendigen «Lebensmittel und Rohstoffe fehlt[en]», bezeichnete der «Führer» unter der Prämisse als «gänzlich belanglos»²⁰, dass man den bisherigen – und bewiesenermassen untauglichen – Versuch aufgabe, direkte Rüstung und kriegswirtschaftliche Bevorratung miteinander zu verbinden. Denn nach seiner Auffassung konnte es keinem Staat gelingen, «die Rohstoffmengen für einen Krieg vorher bereitzustellen»²¹, weshalb er mit Nachdruck forderte, die wirtschaftliche Mobilmachung – unter Vernachlässigung der Bevorratung für einen längeren Zeitraum – auf eine ausreichende Bewaffnung, Ausrüstung und Versorgung zu beschränken. Die Anordnung lässt die spätere Blitzkriegskonzeption ebenso vermuten wie den Vorsatz zur Ausbeutung okkupierter bzw. anektierter Gebiete.

Und so bedeutete die Durchführung des neuen ökonomischen Konzeptes nichts anderes als den Versuch, in einer kurzwährenden übermässigen wirtschaftlichen Anstrengung auf militärische Interventionen zwecks partieller Ausdehnung der ökonomischen Basis hin zu rüsten²², die ausreichende Substanz für erneute Rüstungsinitiativen im Blick auf den autarken Lebensraum als Endziel bieten sollte. Es galt die Devise: «Erreichen des höchstmöglichen Rüstungsstandes wehrpolitisch und wirtschaftspolitisch», als Vorbedingung der «Übernahme der aussenpolitischen Führung in Europa durch Deutschland»²³.

Konkret verlangte Hitler eine rücksichtslose, aber schwerpunktmässige Mobilmachung

18 Treue, Hitlers Denkschrift, S. 206.

19 Ebd., S. 210.

20 Ebd., S. 206.

21 Ebd., S. 207.

22 Im Vorgriff auf die folgende Darstellung sei hier schon auf die Angliederung Österreichs, die Einverleibung der Sudetengebiete und die Schaffung des Protektorats Böhmen und Mähren hingewiesen.

23 Vorschläge des Wehrwirtschaftsstabes zur Durchführung des Vierjahresplanes 37/40, 5. 9.1936, BA-MA Wi I F 5/1083.

der Wirtschaft, insbesondere auf dem Sektor der Rohstoffgewinnung, damit Devisen eingespart werden konnten, um sie «jenen Erfordernissen zuzulenken, die unter allen Umständen ihre Deckung *nur* durch Import erfahren» konnten²⁴, wie etwa der Einfuhr von Nahrungsmitteln (Auslandsabhängigkeit = 15 bis 20 Prozent). War insgesamt die Roh- und Ersatzstoffherzeugung rapide zu steigern, so setzte die Denkschrift im Einzelnen folgende Schwerpunkte:

1. Erhöhung der deutschen Mineralölförderung in einem Tempo, das innerhalb von 18 Monaten die Bedarfsdeckung der Wehrmacht ermöglichte.
2. Massenherstellung synthetischen Gummis und Gewinnung von Zellwolle aus dem Grundstoff Holz.
3. Deckung des deutschen Bedarfs an industriellen Fetten durch entsprechende Kohleverarbeitung.
4. Steigerung der Eisenerzförderung ohne Rücksicht auf den Ferro-Gehalt des Gesteins, wobei hier wie in der gesamten Roh- und Ersatzstoffgewinnung die Kosten- und Rentabilitätsfrage als Produktionsfaktor auszuklammern war.

Mit dem Vierjahresplan begann eine einschneidende Folge zeitigende zweite Etappe der NS-Wirtschaftspolitik, deren Ziele so hoch gesteckt waren, dass sie zwangsläufig die deutschen ökonomischen Möglichkeiten übersteigen und in die territoriale Expansion münden musste.

2. Die institutionelle Verankerung des Vierjahresplans

Hitlers im Vierjahresplan niedergelegten wirtschaftspolitischen Zielprojektionen waren mit Vorwürfen gegen die bestehende Wirtschaftsadministration, insbesondere gegen das Reichswirtschaftsministerium und gegen die Person Schachts verknüpft, die nicht nur Veränderungen in der Struktur des wirtschaftspolitischen Lenkungsapparates, sondern auch personelle Konsequenzen an dessen Spitze erwarten liessen. Wenn der «Führer» seinen Wirtschaftsminister und Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft belehrte, es sei nicht Sache der staatlichen Wirtschaftsinstitution, «sich den Kopf über Produktionsmethoden zu zerbrechen»²⁵, dann reagierte er auf die heftige Kritik Schachts an dem neuen Wirtschaftsprogramm, der zu entnehmen war, dass der Wirtschaftsminister den verstärkten, auf Aggression abzielenden Autarkiekurs – noch – nicht verantwortlich zu steuern gewillt schien. Nicht, dass der Reichswirtschaftsminister Aufrüstung und ökonomische Kriegsvorbereitungen plötzlich abgelehnt hätte. Er wollte sie vielmehr auf anderen ökonomischen Wegen, mit anderen Mitteln und in längerfristigen Zeiträumen betreiben und abschliessen. Er hatte schon im Frühjahr 1936 Göring davor gewarnt, «die Rohstofflage nur von der Seite der innerdeutschen Erzeugung her» zu beurteilen, also Bedenken gegen eine überzogene Autarkiepolitik geäußert²⁶. Wie die militärische Wehrwirtschaftsadministration Verfechter der Tiefenrü-

24 Treue. Hitlers Denkschrift. S. 208.

25 Ebd.

26 Niederschrift über eine Sitzung des Ministerrats, 12.5.1936, IMT, Bd. 27, S. 137.

stung, wandte sich Schacht unmittelbar, nachdem Hitler ihn vom Inhalt des Vierjahresplans unterrichtet hatte, in der Hoffnung auf einen Verbündeten an Blomberg. Er bat ihn, den er für den einzigen Minister hielt, «auf den Hitler vielleicht gehört hätte»²⁷, den «Führer» von dem geplanten Wirtschaftsprogramm abzubringen. «Uns jetzt mit aller Energie durch Inlandserzeugung vom Auslande frei machen» zu wollen²⁸, bezeichnete Schacht als wirtschaftspolitisch unverantwortlich, weil erstens die Werkstoffherstellung noch in den Anfängen steckte, zweitens in der Treibstoffproduktion Rückschläge hatten hingenommen werden müssen, drittens Buna nicht vor Mitte 1937 in grösseren Mengen zu erzeugen war und viertens die Verhüttung minderwertiger Erze noch erhebliche Schwierigkeiten bereitete. Eine forcierte Autarkiepolitik in den derzeitigen Grenzen des Reiches bei steigenden rüstungswirtschaftlichen Anforderungen barg nach Schachts fester Überzeugung die Gefahr in sich, «die notwendige Übergangszeit» bis zur befriedigenden Rohstoffeigenversorgung «nicht mehr durchhalten» zu können²⁹. Der Reichswirtschaftsminister befürwortete daher eine stärkere Exportförderung als Voraussetzung gesicherter Zufuhren und – wenn auch verlangsamer – Rüstung. Ein extensiver Ausbau der deutschen Roh- und Ersatzstoffindustrie musste hingegen bei wachsendem Rüstungstempo eine Verknappung der Arbeitskräfte und eine Verringerung der Produktionskapazitäten in der Exportindustrie und dieser Art eine Gefährdung der Nahrungsmiteleinfuhr nach sich ziehen. Schacht fand in Blomberg allerdings keinen Anwalt seiner Sache. Vielmehr stiess der Vierjahresplan bei der Wehrmacht auf offene Ohren. Endlich schien die politische Führung gewillt, der Rüstung die notwendige Priorität im Wirtschaftsprozess einzuräumen. Der Vierjahresplan wurde als «ein Unternehmen von grosser Kühnheit und Entschlossenheit auf wirtschaftlichem Gebiet» gefeiert, wobei kein Zweifel daran aufkam, «dass in unserem autoritären Staat die Durchführung des Programms fristgemäss und mit dem erstrebten Produktionsergebnisgelingen» werde³⁰. Ungeachtet dieser Äusserung ist es gerade dem Wehrwirtschaftsstab und insbesondere seinem Repräsentanten Thomas schwergefallen, das dem Vierjahresplan innewohnende Prinzip der Breitenrüstung zu akzeptieren.

Hitler selbst liess keine Einwände gegen sein Programm, insbesondere hinsichtlich noch unzureichend entwickelter Produktionsmethoden und fehlender technischer Einrichtungen, gelten. Er bezeichnete es vielmehr als Aufgabe der Industrie, mögliche Produktionshemmnisse aus dem Weg zu räumen und bei dieser Gelegenheit ihre viel gerühmte privatwirtschaftliche Flexibilität unter Beweis zu stellen. Sollte sie die in sie gesetzten Erwartungen enttäuschen, wisse «der nationalsozialistische Staat aus sich heraus diese Aufgabe zu lösen»³¹, und er benötige «keine Privatwirtschaft mehr»³². Diese offenkun-

27 Schacht, 76 Jahre. S. 464.

28 Notiz Thomas' über ein Gespräch mit Schacht, 2.9.1936, IMT, Bd. 27, S. 153.

29 Ebd., S. 154.

30 Bericht des Wehrwirtschaftsstabes über den Stand der wirtschaftlichen Lage, 1.10.1936, BA-MA RW 19/83.

31 Treue, Hitlers Denkschrift, S. 209.

dige Drohung legt den Schluss nahe, der «Führer und Reichskanzler» habe mit dem Abrücken von der Schachtschen Wirtschaftspolitik auch eine qualitative Veränderung im Verhältnis Staat-Grossindustrie angestrebt, vornehmlich durch einen verschärften und differenzierten Dirigismus, um den rüstungsökonomischen Anstrengungen den Primat gegenüber den privatwirtschaftlichen und ressorteigenen Sonderinteressen zu sichern. Die Schaffung der zumindest konzeptionell über den bereits installierten wirtschaftlichen Lenkungsorganen stehenden Vierjahresplan-Organisation könnte diese Vermutung zunächst ganz allgemein bestätigen. Die Ernennung des Oberbefehlshabers der Luftwaffe, Hermann Göring, zum Beauftragten für den Vierjahresplan lässt schliesslich die Behauptung als zumindest nicht abwegig erscheinen, dass fortan das gesamtwirtschaftliche Geschehen im Dritten Reich von den Interessen der Militärs diktiert werden sollte.

Die tatsächlichen Verhältnisse belehren uns jedoch eines Besseren, dass nämlich bis zum Kriegsbeginn der *unternehmerische* Handlungsspielraum zwar immer mehr – wenn auch nur partiell – eingeeengt wurde, gleichzeitig aber der *wirtschaftspolitische* Einfluss des Grossunternehmertums wuchs³³. Dies gilt insonderheit für die Grosschemie, an ihrer Spitze die IG-Farbenindustrie, die zu den treibenden Kräften einer verschärften Autarkisierung und Mobilmachung zählte. Die IG-Farben befand sich im Besitz der Patente für besonders rüstungswichtige Synthetikverfahren (z.B. Buna-Herstellung, synthetische Treibstoffgewinnung), weshalb die Konzernleitung nachdrücklich den Gedanken einer weitgehenden deutschen Selbstversorgung unterstützte, weil nur die rüstungs- und dann kriegsbedingte Massenproduktion von synthetischen Treibstoffen und Buna sowie anderer chemischer Ersatz- und Werkstoffe die hohen Entwicklungskosten wieder einzuspielen vermochte und darüber hinaus natürlich beträchtliche Gewinne abzuwerfen versprach. Sie hatte daher bereits 1935 ihre Gedanken zum Ausbau der deutschen Wehrwirtschaft in einem Gutachten niedergelegt, das nicht ohne Wirkung auf den Entschluss der NS-Führung zur Proklamation des Vierjahresplans blieb³⁴. Nach Auffassung des Unternehmens erschienen die Voraussetzungen für die Führung eines modernen Krieges nur dann gegeben, wenn es gelang, «die gesamten produktiven Kräfte auf weite Sicht vorbereitend einem einheitlichen Zweck unterzuordnen». Wollte man dies erreichen, dann kam man nicht an der Notwendigkeit vorbei, eine «wehrwirtschaftliche Neuorganisation zu schaffen, die den letzten Mann und die letzte Frau, die letzte Produktionseinrichtung und Maschine sowie den letzten Rohstoff der Erzeugung von kriegswichtigen Produkten zuführt und alle Arbeitskräfte, Produktionseinrichtungen und Roh-

32 Ebd., S. 208.

33 Vgl. dazu Volkmann, Verhältnis.

34 Vgl. Treue, Wirtschaftsgeschichte, S. 53. Den Weg zur Zusammenarbeit von IG-Farben und den NS-Machthabern hat Borkin, Unheilige Allianz, anschaulich nachgezeichnet. Hier finden sich auch Einzelheiten über die personelle Verflechtung des Chemie-Konzerns mit Görings Vierjahresplan-Behörde. Ebd., S. 67ff.

stoffe in einen straff militärisch geführten wirtschaftlichen Organismus eingliedert». Während die IG-Farben der Herstellung von Bewaffnung und Ausrüstung der Truppe innerhalb der Produktion eine grundsätzliche Vorrangstellung eingeräumt wissen wollte, musste nach ihren Vorstellungen darüber hinaus aber auch «die gesamte Erzeugung der Industrie, des Handwerks und Gewerbes sowie der Landwirtschaft... als kriegswichtig... in den Rahmen einer umfassenden Wehrwirtschaft einbezogen werden»³⁵.

In dieser Auffassung stimmte sie mit der Wehrmacht und mit Hitler überein. Auf der Suche nach einer Persönlichkeit, die gemäss dem Führerprinzip die Verantwortung für die Erfüllung dieser Aufgabe übernehmen konnte, fiel die Wahl des Regierungschefs auf Göring. Dieser hatte sich in der Funktion des Rohstoff- und Devisenkommissars als willfähriger und gleichzeitig energischer Vollstrecker des Führerwillens erwiesen, und so erhielt er den Auftrag, «die deutsche Wirtschaft kriegsbereit zu stellen»³⁶.

In der neuen Eigenschaft besass er das Recht, Verordnungen und Vorschriften zu erlassen und allen Behörden – auch den betroffenen Ministern – sowie Dienststellen der Partei samt ihren Gliederungen und den angeschlossenen Verbänden Weisungen zu erteilen, soweit diese wirtschaftspolitischen Charakter trugen³⁷. Entschlossen, diese Befugnisse extensiv auszulegen, begnügte sich Göring nicht mit der Aufstellung eines persönlichen Arbeitsstabes, der auf die Durchführung des durch den Vierjahresplan erteilten Auftrags im Rahmen der bisherigen institutionalisierten rüstungswirtschaftlichen Zuständigkeiten gedrängt und diese überwacht hätte. Er rief vielmehr eine mit der Hitlerschen Expertise gleichnamige Behörde ins Leben, in der sogenannten Geschäftsgruppen spezielle Aufgabenbereiche zugewiesen wurden, die sich nicht selten mit solchen bereits bestehender Instanzen deckten. Insgesamt übernahm der Vierjahresplan die Verantwortlichkeit für die Erzeugung und Verteilung von Roh- und Werkstoffen, die landwirtschaftliche Produktion sowie für Arbeitseinsatz, Preisüberwachung und Devisenanangelegenheiten. Die Leiter der einzelnen Geschäftsgruppen führten ihr Amt in der Vierjahresplan-Organisation nicht selten in Personalunion mit einem ähnlichen in anderen Reichsbehörden oder Parteidienststellen. Ein Beispiel für die Übernahme einer solchen Doppelfunktion bot die Geschäftsgruppe «Ernährung», deren Leitung man dem Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Backe, übertrug, während sich ein hoher Beamter des Reichsarbeitsministeriums und der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Kompetenzen an der Spitze der Geschäftsgruppe «Arbeitseinsatz» teilten.

Als einer der Vertreter der NSDAP im Vierjahresplan übernahm der schlesische Gauleiter Wagner als Reichskommissar die Geschäftsgruppe «Preisbildung», die als oberste Reichsbehörde ministeriellen Charakter trug und als einzige Institution des Vierjahres-

35 Denkschrift der IG-Farben AG, Jahresbeginn 1935, zit. n. Anatomie des Krieges, S. 130.

36 Protokoll der Sitzung des Reichsverteidigungsrates, 18.11.1938, BA-MA Wi I F 5/560.

37 Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans, 18.9.1936, RGBl. 1936, I, S. 887.

plans in Form der Preisbildungs- und -überwachungsstellen über einen nachgeordneten Verwaltungsapparat bis hinunter auf Kreisebene verfügte. Durch die Ausübung solcher Doppelfunktionen sollten konkurrierende oder unkoordinierte Tätigkeiten ausgeschlossen, gleichzeitig aber auch Görings Einflussnahme auf den gesamtwirtschaftlichen Ablauf gewährleistet werden, wie umgekehrt die mit rüstungswirtschaftlichen Fragen beschäftigten Behörden und Parteiinstanzen ihre Vorstellungen bzw. Ansprüche und Interessen innerhalb der Vierjahresplan-Organisation zur Geltung zu bringen suchten. Dies gelang in begrenztem Umfang aber nur der Wehrmacht, vor allem der Luftwaffe, durch die Person Görings. Anfänglich stand auch der bedeutsamsten Geschäftsgruppe, dem Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe, ein hoher Offizier (Oberst Löb) des Luftfahrtministeriums vor. Die personelle Besetzung der Vierjahresplan-Behörde unterstrich die verstärkte rüstungswirtschaftliche Bestimmung des neuen Wirtschaftskurses. Letztlich aber nahmen zahlreiche Repräsentanten des industriellen Unternehmertums wichtige – wenn nicht *die* wichtigsten – Ämter in einer wirtschaftspolitischen Institution mit Behördencharakter ein, so der Maschinenbau-Fabrikant und Gauwirtschaftsberater Pleiger und der Textilunternehmer und ebenfalls Gauwirtschaftsberater Kehrl, neben dem IG-Farben-Direktor Krauch und dem Chemie-Fachmann des gleichen Unternehmens Eckell. Durch diese personelle Koppelung band man natürlich die Privatwirtschaft an den Staat, wie umgekehrt auch die Industrie ihren Interessen innerhalb der Wirtschaftsbürokratie und somit innerhalb der Wirtschaftspolitik ganz allgemein Raum und Geltung zu verschaffen wusste, zumal Göring als Laie auf ökonomischem Feld tiefere Einsichten in volks- und betriebswirtschaftliche Zusammenhänge versagt blieben³⁸.

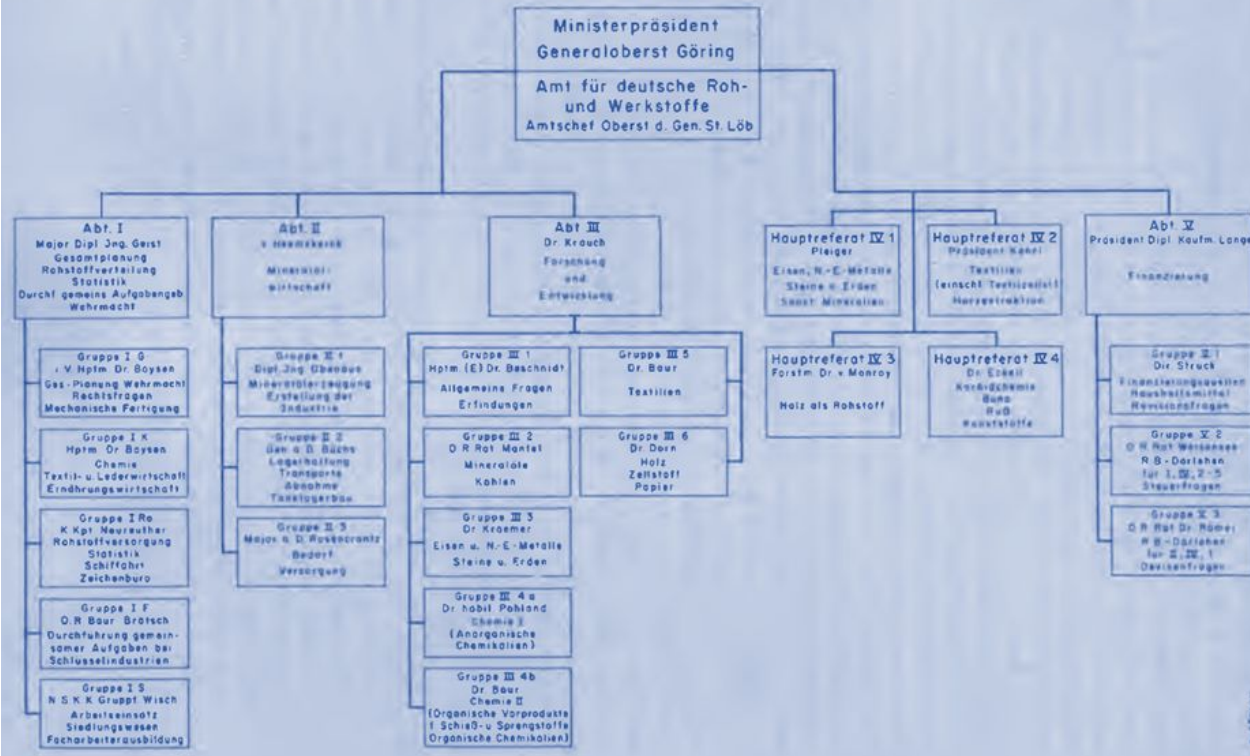
Die skizzierte Organisation des Vierjahresplans sollte nicht von langem Bestand sein. Bereits 1937 wurden die ersten Veränderungen personeller wie struktureller Art vorgenommen. Sie betrafen in erster Linie die dem Badischen Ministerpräsidenten Köhler unterstehende Geschäftsgruppe «Rohstoffverteilung», die wegen mangelnder Effektivität aufgelöst wurde, wobei ihre Kompetenzen an neugeschaffene Instanzen übergangen, wie z.B. die für Altmaterialverwertung und Aussenhandel. Auf Druck der Wehrmacht ernannte Göring den Obersten im Heereswaffenamt v. Hanneken zum Generalbevollmächtigten für die Eisen- und Stahlwirtschaft, der fortan für die Regulierung auf diesem Markt verantwortlich zeichnete und das Vorbild für nachfolgende «Bevollmächtigte» abgab, als die Vierjahresplan-Behörde infolge einer Überbürokratisierung allmählich zu unbeweglich agierte. Göring selbst sah sich zu dem Eingeständnis genötigt, dass die bürokratische Schwerfälligkeit des Apparates die «fristgemässe Durchführung des Vierjahresplans» gefährde³⁹.

Darüber hinaus litt die Arbeit des Vierjahresplans unter den mit der Wehrmacht und in-

38 Vgl. Anlage 4.

39 Göring, Jahreswende, S. 707.

Organisation des Vierjahresplans Stand: 1. 8.1937



sonderheit mit dem Reichswirtschaftsminister – auch in dessen Eigenschaft als Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft – ausgetragenen Kompetenzstreitigkeiten, aus denen Göring im Herbst 1937 zumindest als Teilsieger hervorging, nachdem grundsätzliche Differenzen über Tempo, Finanzierung und Intensität der Aufrüstung Schacht zum Rücktritt vom Amt des Reichswirtschaftsministers und Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft bewogen hatten. Der interimistisch mit der Wahrnehmung von dessen Geschäften beauftragte Göring nahm eine innerressortliche Umorganisation vor, die ihm Gelegenheit bot, Persönlichkeiten seines Vertrauens in Führungspositionen zu bringen und gleichzeitig Teilbereiche des Ministeriums mit der Vierjahresplan-Behörde aufgabenmässig zu verschmelzen, ehe der ihm ergebene Staatssekretär im Reichspropagandaministerium, Walther Funk, Anfang 1938 aus der Hand des Vierjahresplan-Beauftragten seine Urkunde zur Ernennung zum Reichs- und Preussischen Wirtschaftsminister und zum Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft entgegennehmen durfte. Theoretisch wurde Funk als Reichswirtschaftsminister und Generalbevollmächtigter in allen ehemals Schachtschen Funktionen und Vollmachten bestätigt⁴⁰, obwohl die Wehrmacht unter Berufung auf Hitlers Erlass vom 4. Februar 1938, demzufolge dem OKW «die einheitliche Vorbereitung der Reichsverteidigung auf allen Gebieten» zufiel⁴¹, auch die wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen übernehmen wollte⁴². Da Funk aber stark unter dem Einfluss Görings stand, «hörte praktisch die Tätigkeit des Generalbevollmächtigten für die [Kriegs-]Wirtschaft auf»⁴³. Es blieb ein gewisser Dualismus zwischen Wehrwirtschaftsstab und Vierjahresplan-Organisation, der sich noch dadurch verhärtete, dass Göring als Oberbefehlshaber der Luftwaffe diese rüstungswirtschaftlich besonders protegierte. Göring war mit Unterstützung Hitlers zum obersten Wirtschaftsführer avanciert, wobei die Wehrmacht weiterhin für die Rüstungsproduktion verantwortlich zeichnete und auch ihren Einfluss auf die Rüstungsfertigung behielt. Das Preussische Staatsministerium, dem Göring als Ministerpräsident vorstand, fungierte als Sitz der Vierjahresplan-Organisation. Es wuchs somit nach der Gleichschaltung der Länder in eine veränderte Funktion hinein. Ursprünglich sollten alle Grundsatzzfragen im «Kleinen Ministerrat» behandelt werden (bestehend aus dem Reichskriegsminister, dem Reichsfinanzminister, dem Reichswirtschaftsminister, dem Reichsernährungsminister, dem Preussischen Finanzminister und dem Sonderminister Kerri). Doch gelang es Göring verhältnismässig rasch, dieses Gremium zu einem reinen Konsultativ-Organ zu degradieren, da kollektive Entscheidungsfindungen ohnehin dem Führerprinzip widersprachen. Die Einrichtung des «Kleinen Ministerrats» erfolgte weniger aus wirtschaftspolitischen Erwägungen heraus denn als Konzession an die Resorts.

40 Brief Lammers' an Funk, 6.4.1938, IMT, Bd. 36, S. 281.

41 Schulthess 1938, S. 17.

42 Schreiben des Wehrwirtschaftsstabes an Abteilung L des OKW, 27.4.1938, IMT, Bd. 36, S. 275-278.

43 Göring vor dem Nürnberger Militärtribunal, IMT, Bd. 9, S. 324.

Mehr Bedeutung kam dem sogenannten «Generalrat» zu, dessen Mitglieder die wirtschaftspolitischen Planungen der einzelnen Ministerien mit denen des Vierjahresplans zur Deckung bringen und alsdann für die Durchführung der aufeinander abgestimmten Massnahmen Sorge tragen sollten. Dem «Generalrat» oblag es somit, als eine Art exekutives Koordinationsorgan «in den laufenden Geschäften die notwendige Zusammenarbeit der verschiedenen am Vierjahresplan beteiligten Ressorts» zu sichern⁴⁴. Jedoch wurde auch dieses Kollegium der ihm zunächst zgedachten Aufgabenstellung nicht gerecht. Es entwickelte sich vielmehr zu einem wöchentlich tagenden Arbeitskreis, in dem die speziellen Fragen des Vierjahresplans und allgemeine wirtschaftliche Angelegenheiten besprochen wurden, in dem also ein lebhafter interministerieller Gedankenaustausch stattfand.

Verstärkten Einfluss auf die Vierjahresplan-Politik vermochte die private Wirtschaft im «Wehrwirtschaftsrat» geltend zu machen, den Göring als beauftragter Reichswirtschaftsminister Ende Januar 1938 bei der Reichswirtschaftskammer einrichtete. In ihm sasssen «hervorragende Persönlichkeiten» aus dem deutschen Unternehmertum, die verpflichtet wurden, die Beschlüsse des Vierjahresplans in praktische Wirtschaftspolitik umzusetzen, sich mithin «mit allen Kräften für eine Stärkung der deutschen Wirtschaft ein [zu] setzen, um so zu gewährleisten, dass diese allen Anforderungen gerecht» wurde, «die zur Sicherung des deutschen Volkes an sie gestellt werden» sollten⁴⁵. Darüber hinaus hatte Hitler schon 1936 auf die Bildung eines «Wehrwirtschaftsführer-Korps» gedrängt, in das der Reichskriegsminister sowie die Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtteile, Unternehmer und Manager berufen werden konnten, die sich um die Aufrüstung Verdienste erworben hatten. Von einer solchen als Auszeichnung deklarierten Wahl versprach sich das NS-Regime eine engere Bindung der Verantwortlichen der Wirtschaft an das System. «Mit der Ernennung zum Wehrwirtschaftsführer verpflichten sich diese Persönlichkeiten im besonderen Mass zu einem Treueverhältnis zum Staat und zur Wehrmacht», hiess es im Völkischen Beobachter⁴⁶. Um den Vierjahresplan gegenüber der gewerblichen Wirtschaft durchsetzen zu können, wurden die bereits früher installierten Überwachungsstellen ausgebaut, die die planmässige Lenkung des Warenverkehrs vornehmen, also den Erwerb und die Verwendung von Rohstoffen und Halbwaren seitens der Industrie und des Handwerks reglementieren sollten.

Dieses dirigistische Instrumentarium, mittels dessen auch eine Marktregulierung durch Preis- und Lohnkontrolle, Bewirtschaftung der Arbeitskräfte und Verteilung bzw. Kontingentierung von Rohstoffen und anderen Produktionsmitteln und Konsumgütern gehandhabt werden konnte, wuchs aber nicht zu einem alle ökonomischen Bereiche erfass-

44 Erlass über die Umbildung des Reichswirtschaftsministeriums und die Weiterführung des Vierjahresplans, zit. n. Petzina, Autarkiepolitik, S. 58.

45 Deutsches Nachrichtenbüro, Nachmittags- u. Abendausgabe, 5. Jg., Nr. 147, 31.1.1938, BAR 43 11/308.

46 Völkischer Beobachter, 15.12.1937, zit. n. Dokumente zur deutschen Geschichte 1936-1939, S. 66.

senden und umfassenden rüstungswirtschaftlichen Lenkungsapparat zusammen. Vielmehr verblieb für unternehmerische wie für administrative Initiativen ausserhalb des Vierjahresplans ein relativ weiter Spielraum, innerhalb dessen sich sowohl Interessen der verschiedenen Ressorts als auch das nicht rüstungsökonomisch motivierte Profitstreben der Wirtschaft – wenn auch in begrenztem Umfang – wahrnehmen liessen. Diese Möglichkeit eines Interessenausgleiches stellte sich als ein Korrektiv zu administrativen Fehlplanungen innerhalb der Wehrwirtschaft dar; sie garantierte bis zu einem gewissen Grade die Deckung des ausserhalb der rüstungsökonomischen Nachfrage liegenden Bedarfs und bot damit dem NS-System weitgehend den benötigten sozialen und politischen Frieden. Aus dieser Erkenntnis heraus führte Göring die deutsche Wirtschaft auch unter dem Vierjahresplan, wo eben es zu verantworten war, am langen Zügel, so dass das Prinzip des «organisierten Kapitalismus» im Grossen und Ganzen intakt blieb, sofern man es nicht unter plan wirtschaftlichen Kategorien als «gelenktes Chaos» bezeichnen will.

3. Die Lenkung von Arbeit, Lohn und Konsum im Vierjahresplan

Wenn die Anfangsphase der nationalsozialistischen Wehrwirtschaft von dem Bemühen um Eingliederung der zahlreichen Arbeitslosen in den Produktionsprozess geleitet war, dann wies bereits die beginnende rüstungswirtschaftliche Hochkonjunktur vor Inkrafttreten des Vierjahresplans tiefgreifende Spuren eines Arbeitskräftemangels insbesondere im Bereich der Facharbeiter auf, der sich «unmittelbar als ein entscheidend hemmender Faktor bei der forcierten Aufrüstung des Vierjahresplans» auswirkte⁴⁷. Im Frühjahr 1934 hatte sich bereits der Wandel von der Arbeitsbeschaffungs- zur Arbeitseinsatzpolitik «als Element deutscher Wehr- und Kriegswirtschaft» vollzogen⁴⁸. War die Arbeitsvermittlung bislang darauf abgestellt gewesen, Arbeitslose – nicht zuletzt unter dem Aspekt der Systemstabilisierung – notfalls auch ohne Berücksichtigung ihrer Ausbildung auskömmlich in Lohn und Brot zu bringen, so ging es jetzt darum, Arbeiter und Angestellte in einer ihrer beruflichen Entwicklung und ihren Kenntnissen und Erfahrungen gemässe Stelle einzuweisen. Gesetze vom Mai und August des Jahres 1934 schufen die rechtlichen Voraussetzungen für eine räumliche Arbeitskräfteplanung, das heisst sie befugten zum Beispiel die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, zwecks Sicherung der agrarischen «Erzeugungsschlacht» den Abzug von Arbeitern aus ländlichen Gebieten in städtisch-industrielle zu unterbinden. Eine am 29. Dezember 1934 erlassene Verordnung diente im Blick auf die Aufrüstung der «Sicherstellung des Kräftebedarfs der Metallindustrie»⁴⁹. Ebenfalls noch vor der Aufstellung

47 Mason, Arbeiterklasse, S. 113.

48 Vgl. die Dissertation von Trompke, Arbeitseinsatz.

49 Vgl. Petzina, Autarkiepolitik, S. 158.

des Vierjahresplans führte die Reichsregierung das sogenannte Arbeitsbuch ein, «um die zweckentsprechende Verteilung der Arbeitskräfte in der deutschen Wirtschaft zu gewährleisten» und die Freizügigkeit, den Arbeitsplatz zu wechseln, einzuschränken⁵⁰. Fortan durften Arbeiter und Angestellte nur beschäftigt werden, wenn sie im Besitz dieses Arbeitsbuches waren, das von den Arbeitsämtern ausgestellt wurde. In dieses Arbeitsbuch mussten die Daten der Einstellung bzw. der Entlassung mit Angabe des Arbeitgebers eingetragen werden, was dem Staat eine gewisse Kontrolle der Arbeitskräftesituation erlaubte. Frühzeitig versuchte die NS-Regierung, das Arbeitskräftedefizit durch eine bessere Ausschöpfung der Arbeitskraft der sogenannten Gefolgschaftsmitglieder in den Betrieben auszugleichen. Bereits Mitte 1934 trat eine Arbeitszeitverordnung in Kraft, die es den Treuhändern der Arbeit erlaubte, die tägliche Arbeitszeit in rüstungswichtigen Betrieben über den tariflichen Achtstundentag hinaus zu verlängern. Jedem Unternehmer stand fortan das Recht zu, jährlich an 30 Tagen nach eigenem Ermessen Ergänzungsarbeiten leisten zu lassen⁵¹.

Die Arbeitsleistung eines beschäftigten Industriearbeiters 1932 bis 1936 (1932 = 100)⁵²

Jahr	gesamte Industrie	Rüstungsindustrie		Konsumgüterindustrie	
		Eisen-, Stahler- zeugung	Fahrzeugbau	Textilindustrie	
				Nahrungsmittel- herstellung	
1932	100	100	100	100	100
1933	101	115	135	109	99
1934	102	130	145	104	96
1935	107	143	163	96	98
1936	110	149	173	103	96

Zur zeitlichen Extension der Arbeit trat ab 1935 eine zunehmend intensivere Ausnutzung und Einsparung von Arbeitskräften durch Mechanisierung und Rationalisierung des Produktionsablaufes, z.B. mittels Fließband. In der Konsumgüterindustrie strebte man indessen eine Verkürzung der Arbeitszeit und damit eine Verringerung der Löhne an. Auf diese Weise sollten die Bediensteten dieses Gewerbezweiges dazu bewogen werden, in grösserer Zahl zur Produktionsgüterindustrie überzu wechseln. Zwischen 1933 und 1936 war denn auch eine Steigerung der Arbeitsleistung des Industriearbeiters zu verzeichnen, und zwar je nach Bedeutung des betreffenden Wirtschaftszweiges für die Aufrüstung.

Im Laufe des Jahres 1936 erwiesen sich die genannten Massnahmen als nicht mehr ausreichend, insbesondere auf dem metallindustriellen und baugewerblichen Sektor, wo es

50 Gesetz vom 26.2.1935, RGBl. 1935, I, S. 311. Vgl. zur Arbeitsgesetzgebung und Arbeitsverfassung Kranig, Lockung und Zwang.

51 Verordnung über die neue Fassung der Arbeitszeitverordnung, 26. 7.1934, RGBl. 1934, I, S. 803.

52 Tab. n. Böhm, Entwicklung, S. 113.

zu erheblichen Engpässen kam. Da die Verwirklichung des Vierjahresplans eine optimale Ausschöpfung der Arbeitskraft der deutschen Bevölkerung erforderte, übernahm die Vierjahresplan-Organisation fortan die Lenkung des Arbeitseinsatzes, um den Bedarf an Arbeitskräften für die staats- und wirtschaftspolitisch bedeutsamen Aufgaben zu decken. Diese Steuerung begann mit der Verpflichtung (7. November 1936) der Eisen-, Metall- und Bauwirtschaft zur Ausbildung von Lehrlingen, «die in einem angemessenen Verhältnis zu der Zahl der... beschäftigten Facharbeiter» zu stehen hatte⁵³. Das Facharbeiterproblem selbst suchte man durch Einstellungskontrollen, durch Abwerbverbote usw. zu lösen, was nicht verhinderte, dass es wegen der angestrebten erhöhten Produktionsnormen des Vierjahresplans Ende 1937 zu einer empfindlichen Verknappung der Arbeitskräfte kam, die sich aufgrund der gewaltigen Nachfrage seitens der am Bau des Westwalles beteiligten Firmen noch verschärfte.

Nun waren plötzlich nicht nur Industriearbeiter, sondern auch Bauarbeiter, insbesondere gelernte Maurer, in erhöhtem Masse gefragt. Im Herbst 1937 standen 450'000 beschäftigten Maurern nur 110 zeitweilig arbeitslose gegenüber, was beweist, dass das Arbeitskräftepotential in diesem Beruf voll ausgeschöpft war. Um dem Mangel an Tiefbauarbeitern abzuhelpfen, wurden fortan arbeitslose Bäcker, Metzger, Friseure, Drucker, Textil- und Lederarbeiter branchenfremd verpflichtet, deren Leistungen naturgemäss unbefriedigend blieben. Bei den Metallfacharbeitern lagen die Arbeitslosenziffern z.T. unter 100: Sie betrug im Herbst 1937 = 42 Dreher, 42 Werkzeugmacher, 25 Feinmechaniker⁵⁴. Eine Entspannung des Arbeitsmarktes, ein Abbau der Überbeschäftigung kam für die Berliner Machthaber nicht in Frage, wenn sie ihr politisches Programm nicht verleugnen wollten. Die Deutsche Arbeitsfront machte den sogenannten Gefolgschaftsmitgliedern unverhohlen klar, um was es politisch ging und was man von ihnen erwartete: Das Dritte Reich wollte «den Raum und die Waren, die ihm vorenthalten werden, durch erhöhten Arbeitsaufwand zu ersetzen suchen. Wenn es beispielsweise notwendig ist», so liess die DAF verlauten, «anstelle der hochwertigen ausländischen Erze geringere inländische zu verhütten, so muss eben eine grössere Anzahl von Arbeitsstunden aufgewendet werden, um die gleiche Eisenmenge zu gewinnen. Wenn es weiter erforderlich ist, Erdöl und die aus ihm gewonnenen Produkte, die anderwärts mit geringer Mühe aus der Natur gewonnen werden, durch komplizierte chemische und industrielle Verfahren künstlich herzustellen, so bedeutet das auch einen erhöhten Arbeitsaufwand, ebenso wie alle Bemühungen, aus dem beschränkten Ackerboden höhere Erträge herauszu wirtschaften. ... Wenn somit Deutschland einen erhöhten Arbeitsaufwand betreiben muss, so ist es klar, dass die Ansprüche an die Arbeitskräfte umso grösser werden, je entschlossener das Volk ist, in seiner Lebenshaltung und in seiner militä-

53 Reichsanzeiger Nr. 626,9.11.1936.

54 Syrup, Massnahmen zur Regelung, S. 144.

rischen Ausrüstung hinter den anderen Völkern der Erde nicht zurückzustehen»⁵⁵. Göring sah sich daher im Sommer (22. Juni) 1938 genötigt, die Bereitstellung von Arbeitern zur Erfüllung staatspolitisch wichtiger Aufgaben auf dem Versorgungswege zu regeln, indem er eine zeitlich begrenzte Dienstverpflichtung von Arbeitern verfügte⁵⁶. Wie man in Deutschland auch öffentlich nicht verschwieg, bedeutete dies praktisch «eine weitgehende Beschränkung der Freizügigkeit»⁵⁷ zum Zwecke einer möglichst effektiven Nutzung der menschlichen Arbeitskraft im Sinne der Aufrüstung. «Seit der In-kraftsetzung sowohl des Vierjahresplans als auch der Dienstverpflichtung... wurde die Frage des Einsatzes der Arbeitskräfte auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet unter dem Gesichtspunkt der völligen Wehrhaftmachung und endgültigen wirtschaftlichen Sicherung des Reiches»⁵⁸ zu lösen gesucht.

Ebenso wie beim Arbeitseinsatz bestand eine enge Verknüpfung von Vierjahresplan einerseits und Preis- sowie Lohnpolitik andererseits. Barg doch die Überlastung der Produktionskapazitäten durch die Rüstungsaufträge und die hiermit verbundene Verknappung der Rohstoffe und Arbeitskräfte die Gefahr von Preis- und Lohnerhöhungen in sich. Um seitens des Staates möglichst langfristig die Kosten der Aufrüstung kalkulieren zu können, war der nationalsozialistischen «Preispolitik eine beachtliche wehrpolitische Bedeutung nicht abzuspüren». Die Regierung musste vor allem auf die relative Stabilität der Preise und die Ausgewogenheit im Verhältnis von Löhnen und Preisen achten, um inflationistischen Tendenzen entgegenzu wirken. Insgesamt war ein Preis anzustreben, «der den allgemeinen wirtschaftspolitischen Aufgaben des Vierjahresplans, das heisst also eine Erzielung der wirtschaftlichen Freiheit und Unabhängigkeit im Frieden wie im Kriege unter gleichzeitiger Verbesserung aller Produktivitätsvoraussetzungen, Genüge» leistete⁵⁹. Zwar hatte bereits seit 1931 eine staatliche Überwachung der Preise stattgefunden, die sich jedoch auf korrigierende Eingriffe beschränkte. In der Phase der direkten kriegswirtschaftlichen Vorbereitungen ging das NS-Regime nun zur Politik der aktiven Preisgestaltung über. Folglich oblag dem mit Gesetz vom 29. Oktober 1936 eingesetzten und dem Vierjahresplan unterstellten Reichskommissar für die Preisbildung die Überwachung der Preisgestaltung «für Güter und Leistungen jeder Art, insbesondere für alle Bedürfnisse des täglichen Lebens, für die gesamte landwirtschaftliche, gewerbliche und industrielle Erzeugung und für den Verkehr mit Gütern und Waren jeder Art sowie für sonstige Entgelte»⁶⁰. Ende November 1936 erging als einschneidendste preispolitische Massnahme eine Preisstopperverordnung, die die Ausgangsposition für die zukünftige Preispolitik bildete und den sogenannten «volkswirtschaftlich gerechten Preis» zum Ziel hatte⁶¹. Ein solcher Preis lag «dann vor, wenn die Preisantei-

55 Jahrbuch 1939, I, S. 82-83.

56 RGBl. 1938, I, S. 652.

57 Trompke, Arbeitseinsatz, S. 109.

58 Ebd., S. 110.

59 Meinhold, Volkswirtschaftliche Grundsätze, S. 572.

60 RGBl. 1936, I, S. 927.

61 Ebd., S. 955.

le der einzelnen Wirtschaftsgruppen am Endpreis dem Wert ihrer Leistung für die Volkswirtschaft» entsprachen⁶². In der Praxis hiess dies, an Hand einer Reihe von Richtlinien und Verordnungen die Kalkulation und Preisermittlung aus den Kosten zu versuchen. Dies geschah überwiegend zur Festsetzung von Preisen für staatliche Aufträge, indem Leitsätze die Art der Kostenermittlung regelten und Kalkulations- und Gewinnmargen vorschrieben, die sich auch auf die Preisbildung im privaten Auftragsbereich niederschlugen. Dieser Art gelang die beabsichtigte Stabilisierung des Preisniveaus weitgehend, denn zwischen 1934 und 1939 stieg der Preisindex für die Lebenshaltung lediglich um rund 5%, während die Grosshandelspreise für industrielle Fertigwaren und für rüstungsrelevante Produktionsmittel sogar leicht rückläufig waren. Der Index aller Grosshandelspreise stieg im genannten Zeitraum um insgesamt nur 8%, das heisst jährlich um etwas über 1%.

Die hier skizzierte rüstungsorientierte Preisregulierung wäre ohne eine sie flankierende Lohnpolitik erfolglos geblieben. Bildeten die Löhne doch einen besonders gewichtigen Kostenfaktor innerhalb der Wehrwirtschaft. Wie alle wirtschaftspolitischen Massnahmen, so hatten sich auch die lohnpolitischen «auf die Wiedergewinnung der politischen Freiheit und auf die Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes» zu beziehen⁶³. Folglich gestaltete sich das Tarifgefüge im NS-Staat als Ausdruck einer Lohnpolitik, die «den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft ermöglichen und... der Aufrüstung der deutschen Wehrmacht... dienstbar sein» sollte⁶⁴.

Mit anderen Worten: Stabile Löhne bedeuten stabile Preise, die vor allem dem Staat als Käufer von Rüstungsmaterial zugute kamen. Für die Nationalsozialisten hiess diese Erkenntnis, dass «der Lohn an sich stabil zu halten war, dass also im Grossen und Ganzen keine allgemeine Veränderung des Lohnstandes geduldet werden durfte»⁶⁵.

Ein übersteigertes Lohnwachstum musste aber auch aus konjunkturellen Gründen tunlichst vermieden werden, weil es unweigerlich eine erhöhte Nachfrage nach Konsumgütern ausgelöst hätte, die es wiederum zu verhindern galt. Denn «je weniger konsumiert wird», so liess Reichsbankpräsident Schacht 1938 verlauten, «umso mehr Arbeit kann für die Rüstung verwendet werden. Je höher dagegen der Konsum steigt, umso mehr Arbeitskräfte müssen der Konsumgütererzeugung gelassen werden. Lebenshaltung und Rüstungsausmass stehen also in einem gegenläufigen Verhältnis zueinander. Je weniger ich verbrauche, umso mehr spare ich, und je mehr ich spare, umso mehr kann ich in die Rüstung hineinbauen»⁶⁶.» Die rüstungsökonomischen Prioritäten geboten somit eine Verlagerung von der Konsum- auf die Produktions- und Rüstungsgütererzeugung. Da die Rüstung seit 1933 einen stetig wachsenden Anteil des Volkseinkom-

62 Meinhold, Volkswirtschaftliche Grundsätze, S. 587.

63 Seldte, Sozialpolitik, S. 23.

64 Mansfeld, Grundsätze, S. 30.

65 Seldte, Sozialpolitik, S. 24.

66 Schacht, Finanzwunder, S. 11.

mens verschlang, musste die Kaufkraft der Bevölkerung gedrosselt werden, um die Nachfrage nach Konsumgütern und die Wünsche zur Hebung des Lebensstandards zu begrenzen und so Rohstoffe, Kapital und Devisen überwiegend der Schwerindustrie zu kommen zu lassen. «Die Aufrüstung... verlangte die Zurückstellung einer Ausweitung in der Verbrauchsgüterproduktion zu Gunsten der Herstellung von Rüstungsgütern und führte somit zu einem von Vornherein begrenzten und bei steigendem Verbrauch sich verknappenden Konsumgütermarkt⁶⁷.»

Dieser Effekt liess sich am ehesten durch das Einfrieren der Löhne bewerkstelligen, was auch zu Beginn der NS-Herrschaft in Anbetracht der grossen Zahl der auf die Eingliederung in den arbeitsteiligen Prozess wartenden Erwerbslosen gelang. Aber mit dem Auftreten erster Engpässe auf dem Arbeitsmarkt wurde der Lohnstopp nicht nur von den Unternehmern umgangen, um Arbeitskräfte zu halten oder anzuwerben, sondern auch von der DAF, die ihre Position innerhalb der NS-Oligarchie zu festigen und auszubauen trachtete. Die seit August 1936. durch den Vierjahresplan gestellten erhöhten Anforderungen an die Produktion brachten eine regelrechte Lohnwelle in Gang. Die Arbeitnehmer versuchten angesichts ihres neuen Marktwertes die für sie günstige Situation zu nutzen, während die Unternehmer die ihnen gesetzten Produktionsnormen nur durch Lohnreiz gegenüber ihrer Gefolgschaft und mit zusätzlichen Arbeitskräften erfüllen konnten, die fast ausschliesslich durch erhöhte Locklöhne zu erhalten waren. Diese Entwicklung erwies sich für die Rüstungswirtschaft als äusserst gefährlich. Die Abwerbung traf gerade die Sektoren, auf denen sich der Arbeitskräftemangel ohnehin schon besonders auswirkte, nämlich die Landwirtschaft und die Exportindustrie. Deren Produktion erschien plötzlich gefährdet, was gleichbedeutend war mit Devisenverlust beziehungsweise erhöhtem Devisenverbrauch und daher mit reduzierter Einfuhr rüstungswichtiger Güter und Rohstoffe. Es stieg die Kaufkraft der Bevölkerung⁶⁸, wodurch die Konsum- zum Nachteil der Rüstungsproduktion über kurze Zeit erheblich wuchs und es auch in diesem Bereich zu Lohnsteigerungen kam. Im Jahre 1936 verzeichneten die Arbeitseinkommen in der Verbrauchsgüterindustrie mit einem durchschnittlichen Lohnzuwachs von 6,5% gegenüber 4,5% in der übrigen Industrie die höchste Steigerungsrate⁶⁹. Dies änderte sich mit dem Wirksamwerden des Vierjahresplans. Seit dem Beginn des Jahres 1937 verdichtete sich die Auftragslage in der Produktionsgüterindustrie zunehmend, so dass nun «vor allem die an der Rüstung mittelbar und unmittelbar beteiligten Gewerbe» das Lohnwachstum verursachten. Im Frühjahr 1937 lag der Durchschnitt aller Löhne in Deutschland um rund 8% (Dezember 1936: 7,3%), der Wochenverdienst um rund 19% über dem Stand des Herbstes 1933⁷⁰. Von nun an

67 Mansfeld. Grundsätze. S. 30.

68 Mason, Arbeiterklasse, S. 113.

69 Bericht des Statistischen Reichsamts über die Entwicklung der tatsächlichen Arbeitsverdienste im Jahre 1936, ebd., S. 239.

öffnete sich die Lohnschere zwischen der Produktions- und Rüstungsgüterindustrie einerseits und der Konsumgüterindustrie andererseits. Der Arbeitsfrieden und damit die Stabilität des herrschenden Systems schienen bedroht. Hinzu kam eine Machtprobe zwischen den auf Lohnstopp drängenden Treuhändern der Arbeit, dem Reichsarbeitsministerium und Göring auf der einen und der zugunsten der Arbeiter agierenden DAF auf der anderen Seite, die der Preussische Ministerpräsident zu seinen Gunsten zu entscheiden wusste. Im Laufe des Jahres 1937 fiel die Gestaltung der Lohnpolitik in die Kompetenz des Vierjahresplans.

Zwei Möglichkeiten zeichneten sich ab, um den Lohnanstieg zu bremsen: erstens ein Verbot des Arbeitsplatzwechsels, wodurch man Abwerbungen einen Riegel vorschob; zweitens eine restriktive Lohnpolitik durch Festsetzung von Mindest- und Höchstlöhnen. Beide Wege sind – allerdings nicht mit letzter Konsequenz – beschritten worden. Zwar erging durch den Beauftragten für den Vierjahresplan eine Reihe von Anordnungen, die die Neueinstellung von Arbeitern sowie den Arbeitsplatzwechsel, insbesondere in der Eisen- und Metall-, der chemischen Industrie und im Baugewerbe, von der Zustimmung der zuständigen Arbeitsämter abhängig machten, doch zeitigten sie ungeachtet der bei Zuwiderhandeln angedrohten Geld- und Gefängnisstrafen keinen durchschlagenden Erfolg und trugen kaum zur Lösung des Lohnproblems bei. «Das Bieten von Locklöhnen und Phantasiegehältern auf der einen Seite, auf der anderen Seite die erzwungene Erhöhung bestehender Akkorde ohne Mehrleistung, die Verweigerung ... disziplinierter Arbeit bis zur bewussten Ablieferung von Ausschuss, um aus einem bestehenden Arbeitsverhältnis herauszukommen», waren «in den Betrieben keine Seltenheit»⁷¹.

Die planmässige Durchführung der Aufrüstung war in Frage gestellt, wenn «die Unternehmen sich aus ihren eigenen, dem Gesamtinteresse oft zuwiderlaufenden Interessen heraus die Arbeitskräfte gegenseitig wegengagier[t]en, wichtige Betriebe entblöss [t]en und entgegen dem Befehl des Führers eine Lohnwelle in Gang» brachten, «die nur schwere soziale Spannungen herbeiführt[e] und das bestehende Preisgefüge in grösste Gefahr» geraten liessen⁷². Während des Jahres 1937 stiegen die Stundenverdienste weiter permanent an. Im Dezember lagen sie um 0,8% über dem Stand des September und um 2,6% über dem des gleichen Monats des Vorjahres⁷³. Zwar führten die verantwortlichen Dienststellen wie Reichsarbeitsministerium, Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Reichstreuhand der Arbeit bewegt Klage über die unerfreuliche Entwicklung

70 Bericht des Statistischen Reichsamts über die Entwicklung der tatsächlichen Arbeitsverdienste im 1. Vierteljahr 1937, ebd., S. 312.

71 Bericht der Wehrwirtschafts-Inspektion VI an den Wehrwirtschaftsstab, 2. 9.1938, ebd., S. 275.

72 Schreiben des Reichskommissars für die Preisbildung an den Beauftragten für den Vierjahresplan, 12.12.1937, ebd., S. 750.

73 Bericht des Statistischen Reichsamts über die Entwicklung der tatsächlichen Arbeitsverdienste im 4. Vierteljahr 1937, ebd., S. 412.

der Lohnfrage und des Arbeitseinsatzes, doch fühlten sie sich «offenbar ausserstande, sie aufzuhalten». Mitte Januar 1938 kamen sie dann überein, «mit allen geeigneten Mitteln eine weitere Steigerung von Löhnen zu verhindern, die nicht durch eine entsprechende Leistung bedingt, sondern durch die Konjunktur und den Facharbeitermangel bestimmt» waren. Sahen die bislang geltenden Bestimmungen lediglich die Festsetzung von Mindestlöhnen vor, so zeigte man sich nun entschlossen, die Arbeitseinkommen auch nach oben hin zu begrenzen und «überall dort mit bindenden Anordnungen einzugreifen, wo sich eine für die Durchführung... der Rüstung schädliche Entwicklung anzubahnen» drohte⁷⁴. Aber erst die Verordnung vom 22. Juni 1938 schuf die Voraussetzungen für direkte staatliche Interventionen in der Lohngestaltung. Fortan hatten die Reichstreuhänder und die inzwischen ernannten Sondertreuhänder der Arbeit die Lohn- und Arbeitsbedingungen generell zu überwachen und alle Vorkehrungen zu treffen, die nötig waren, «um eine Beeinträchtigung der Wehrhaftmachung und der Durchführung des Vierjahresplans durch die Entwicklung der Löhne und der sonstigen Arbeitsbedingungen zu verhindern». Letztlich konnten sie «Löhne mit bindender Wirkung nach oben und unten» festsetzen⁷⁵.

Doch standen diese Massnahmen zumeist auf dem Papier. Wegen des fehlenden bürokratischen Apparates sahen sich die Treuhänder der Arbeit nicht in der Lage, sie durchzuführen. Stattdessen begnügten sie sich mit exemplarischen Stichproben und Strafen, die relativ wirkungslos blieben. So verwundert es auch nicht, wenn in den ersten zwölf Monaten nach Erlass der Verordnung die Lohnsteigerungsrate noch höher war als in der vorausgegangenen Zeit. Im Durchschnitt stiegen die Stundenlöhne in der Industrie um rund 5%, und in der Zeit vom Juni 1938 bis Juni 1939 nahm der Wochenlohn um rund 9% zu⁷⁶. Vor Kriegsausbruch bekamen die Herrschaftsträger die Lohnentwicklung nicht mehr unter Kontrolle, wenngleich diese nicht mit der Leistungssteigerung der Arbeit mithielt. Daher wurde, wie das NS-Regime freimütig gestand, «der Aufbau der deutschen Wehrmacht und Wirtschaft... unter Verzicht auf die Erfüllung vieler lohnpolitischer Wünsche ermöglicht»⁷⁷.

Konsumdrosselung und -Steuerung zugunsten der Rüstungsproduktion müssen als fundamentale Grundlagen der NS-Wehrwirtschaft gelten. Beides liess sich in begrenztem Umfange mit Hilfe der Preis- und Lohnpolitik bewerkstelligen. Letztlich versprach nur eine direkte Lenkung des Verbrauchs der Bevölkerung, aber auch der Industrie eine befriedigende Wirkung. Doch verzichteten die NS-Machthaber aus Gründen der Erhaltung der Systemstabilisierung bis 1939 auf die Anwendung dieses radikalen Mittels. Es blieb bei Versuchen zur Umlenkung der Nachfrage von Mangelware auf solche Güter, die reichlich vorhanden waren, und bei Massnahmen zur bevorzugten Verwendung inlän-

74 Schreiben des Reichs- und Preussischen Arbeitsministers an den Beauftragten für den Vierjahresplan, 21.1.1938, ebd., S. 757.

75 Verordnung über die Lohngestaltung, 25. 6.1938, RGBI. 1938, I, S. 691.

76 Vgl. Mason, Arbeiterklasse, S. 155.

77 Mansfeld, Grundsätze, S. 31.

	1929	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Nominale Stundenlöhne (tarifl.) ¹	122	100	97	97	97	97	97	97	98
Nominale Stundenlöhne (effektiv) ¹	133	100	97	99	101	102	105	108	111
Effektive Stundenlöhne (real) ¹		100	99	99	99	100	101	104	107
Effektive Wochenlöhne (nominal) ¹	149	100	102	110	112	117	121	126	131
Effektive Wochenlöhne (real) ¹	118	100	104	109	110	112	115	119	123
Löhne in % des Volkseinkommens	56,6	57,0	56,0	55,5	54,6	53,5	52,7	52,4	51,8
Amtlicher Lebenshaltungsindex ²	128	100	98	100	102	103	104	104	105
Unverteilte Gewinne der Erwerbsgesellschaften									
in % des Volkseinkommens ³			0,5	1,4	2,6	3,6	3,9	4,9	
Bruttolöhne Maschinenbau ⁴			100	113	118	120	122		
Bruttolöhne Nahrungsmittelindustrie ⁵			100	101	101	101	102		
Bruttolöhne Bekleidungsindustrie ⁵			100	96	91	96	95		

discher Produkte, um die Devisenbilanz zugunsten der Einfuhr rüstungswichtiger Güter zu entlasten, und beim Bestreben nach Substitution hochwertiger Waren durch solche geringerer Qualität.

Diese Bestrebungen trafen in erster Linie den Lebensmittelbereich und wurden mit der Verkündung des Vierjahresplans intensiviert: «Die Ernährung soll sich grundsätzlich auf die Erzeugnisse des deutschen Bodens einstellen und sich dem jahreszeitlichen Ablauf der Erzeugung und der Ernte anpassen⁷⁹.» Die Reichsregierung beließ es bei einer indirekten Verbrauchslenkung durch Steuerung des Imports, hauptsächlich aber durch eine rege Propagandatätigkeit. Diese basierte wiederum auf monatlichen Empfehlun-

78 *Quellen*: 1: Petzina, Autarkiepolitik, S. 167; 2: Bry, Wages, S. 255; 3: Andexel, Imperialismus, S. 94; 4: Kucynski, Darstellung, S. 103; 5: ebd., S. 171 f. Vgl. zum Problem der Arbeiter im Dritten Reich die Fallstudie von Yano, Hüttenarbeiter, die ungeachtet ihrer spezifischen Thematik von grundsätzlicher Bedeutung ist.

79 Moritz, Ergänzungen, S. 117.

gen, die seit 1937 eine im Vierjahresplan institutionalisierte Arbeitsgemeinschaft für Verbrauchslenkung ausarbeitete, in der die Wehrmacht Sitz und Stimme besass und ihre Belange zu vertreten wusste. Lediglich wegen der hohen Auslandsabhängigkeit wurde in der Fettversorgung eine direkte behördliche Verbrauchssteuerung praktiziert. Über den ernährungswirtschaftlichen Sektor hinaus versuchte man insbesondere durch Aufklärung den Verbrauch in Haushalt und Gewerbe zu beeinflussen, wobei man besonderen Wert darauf legte, den deutschen Kunststoffen den anrühigen Charakter von Ersatzstoffen zu nehmen und sie durch die Bezeichnung «deutsche Werkstoffe» aufzuwerten.

4. Agrar- und Ernährungspolitik unter dem Vierjahresplan

Wenn nach Hitlers Worten der Vierjahresplan «nichts anderes anstrebt[e] als eine Vermehrung der wehrwirtschaftlichen Kraft des Reiches»⁸⁰, dann bedurfte es besonderer agrarpolitischer Anstrengungen, weil die Sicherung der Ernährung zu den Präliminarien der Kriegsvorbereitungen zählte. Zwar hatte der Vierjahresplan «in der Landwirtschaft eigentlich schon im Jahre 1934 mit der Erzeugungsschlacht» begonnen⁸¹, doch liess sich bis 1936 das gesteckte Ziel, künftig die Möglichkeit einer Aushungerung Deutschlands in einem Krieg auszuschliessen, nicht erreichen⁸². Im Gegenteil, die prekäre Ernährungslage war an der gesamtwirtschaftlichen Krise des Jahres 1936 beteiligt. Die hohe Auslandsabhängigkeit bei bestimmten Nahrungs- und Futtermitteln liess das Risiko eines Krieges besonders hoch erscheinen. Die Umlagerung der Bezugsgebiete von Übersee nach Südosteuropa und die innerdeutschen Autarkiebestrebungen hatten den gewünschten Erfolg in der Ernährungssicherung noch nicht gezeitigt, so dass 1936 nicht nur keine Kriegsvorräte angelegt wurden, sondern bereits gelagerte angebrochen werden mussten.

So lag es nahe, der Agrarpolitik innerhalb des Vierjahresplans einen besonderen Stellenwert beizumessen, was zur Eingliederung des Reichsnährstandes in die Göringsche Institution führte.

Seit Anfang 1937 bediente sich der Staat eines Lenkungssystems bezüglich der Agrarwirtschaft, das aus einem Bündel von Aufklärungsarbeit, Krediten und in begrenztem Rahmen auch Preisanreizen bestand. Es setzte eine regelrechte Beratungs- und Schulkampagne ein, die, 1934/35 sporadisch durchgeführt, die Bauernschaft nun systematisch über Aufgaben und Mittel der Erzeugungsschlacht, das heisst über die rechte Nutzung des Bodens sowie über die Viehhaltung im Sinne einer Beschränkung auf den Anbau und die Erzeugung unbedingst lebensnotwendiger Produkte zwecks Erringung

80 Rede Hitlers, inhaltlich wiedergegeben im Bericht des Wehrwirtschaftsstabes über den Stand der wirtschaftlichen Lage, 1. 2.1937, BA-MA RW19/84.

81 Herbert Backe, Bauerntum und Vierjahresplan, S. 14, zit. n. Schwichtenberg, Erzeugungsschlacht, S. 24.

82 Ebd.

Vorräte in 1'000 t⁸³

	1935	1936	1937	1938	1939
Brotgetreide	5697	5021	3082	4400	9136
Futtergetreide	2871	2890	3711	4216	5593
Kartoffeln	14748	12083	13743	16665	15461
Zucker	1009	1027	1085	1455	1410
Pflanzl. Öle u. Fette	310	147	132	216	472
Ölkuchen	223	204	259	331	487
Schmalz und Speck	6	7	16	13	14

eines hohen Autarkiegrades aufklärte und unterrichtete. Gleichzeitig rief Reichsbauernführer Darré (23. März 1937) zum «Leistungswettbewerb des deutschen Landvolkes» auf, um jedem Bauern Anreiz zur Ertragssteigerung, «zur Pflichterfüllung gegenüber Volk und Staat» zu bieten⁸⁴. Flankiert waren solche Massnahmen von Preisvergünstigungen für Düngemittel und Preiserhöhungen für abzuführende landwirtschaftliche Erträge. Verbilligte Kredite wurden zur Erweiterung des Maschinenparks bewilligt, und schliesslich schreckte das NS-Regime auch nicht vor administrativem Zwang zurück, als die «Verordnung zur Sicherung der Landbewirtschaftung» (23. März 1937)⁸⁵ den Beauftragten für den Vierjahresplan ermächtigte, die Art der Bebauung landwirtschaftlicher Nutzflächen dort zu reglementieren, wo der Eigentümer sich bei der Bestellung seines Ackers nicht vom Prinzip der «Sicherung der Volksernährung» leiten liess. Angestrebt wurde eine Ausdehnung des Ackerlandes auf Kosten der Wiesen- und Weideflächen zwecks Intensivierung des Anbaus von Textilfasern und Fette liefernden Pflanzen und Futtermitteln, um so die Devisenbilanz zu entlasten, was jedoch misslang. Man beschränkte sich vielmehr auf eine Verlagerung der Schwerpunkte innerhalb der Feldbebauung.

Anbaufläche in 1000 ha je Wirtschaftsjahr⁸⁶

Fruchtart	1928	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Raps, Rübsen	16,8	5,2	26,7	47,0	54,6	49,9	61,9	46,7
Flachs	14,5	4,9	8,8	22,3	44,1	56,9	44,9	83,2
Hanf	0,8	0,2	0,4	3,6	5,6	7,5	12,7	20,3
Körnermais	2,1	3,7	16,3	15,8	19,3	38,3	65,8	27,6
Zuckerrüben	454	304	357	373	389	455	502	537
Wintergerste	183	271	307	388	436	439	517	329
Luzerne	285	315	319	369	404	418	412	409
Lupinen	46,0	53,2	57,3	61,6	81,7	98,6	101,6	77,1

83 Kriegsernährungsplan der Ernährungswirtschaftlichen Forschungsstelle (Deutsche Akademie der Landwirtschaftswissenschaften). Tab. aus Herferth, Reichsnährstand, S. 239.

84 Zit. n. Schwichtenberg, Erzeugungsschlacht, S. 27.

85 RGBI. 1937, I, S. 422 f.

86 Petzina, Autarkiepolitik, S. 93.

Gleichzeitig ging man staatlicherseits das schier unlösbar scheinende Problem des Landarbeitermangels an. Einerseits gestand man sich an verantwortlicher Stelle ein, dass die Aufrüstung ohne den Strom der Arbeitskräfte vom Dorf in die Stadt «nicht mit der Schnelligkeit und Vollkommenheit [hätte] durchgeführt werden können»⁸⁷, in der sie sich vollzog. Andererseits gefährdete der Entzug von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft schon 1938 die Zielprojektionen der sogenannten Erzeugungsschlacht⁸⁸. Seit 1933 war ein starker und permanenter Rückgang der ländlichen Arbeitskräfte zu verzeichnen. Er betrug bis zum Jahre 1939 rund 1,4 Millionen, wobei zu berücksichtigen ist, dass diese negative Tendenz vor allem in den grösseren Gutsbetrieben die Folge des Rückganges der Zahl fremdländischer Wanderarbeiter war. Neben der Abwanderung ständiger Landarbeiter in die Industrie muss auch die zunehmende Weigerung von Familienmitgliedern, die Arbeitskraft ihres auf dem Bauernhof beschäftigten Familienvaters zu ergänzen, für den Rückgang des Arbeitskräftepotentials mitverantwortlich gemacht werden.

Das Personal der Landwirtschaft 1907-1939 (in 1000, durchweg in den Reichsgrenzen von 1919)⁸⁹

Betriebsleiter und Familienangehörige	1907	1925	1933	1939
ständige	6539	8919 1		8085
nichtständige	2485	2126 J	10208	707
Fremde Arbeitskräfte				
ständige	2148	2306	2055	1956
nichtständige	1720	987	812	849
Insgesamt	12892	14338	13075	11597
darunter Betriebsleiter und Familienangehörige	9024	11045	10208	8793
Fremde insgesamt	3868	3293	2867	2805

Zur Behebung des Arbeitskräftemangels (Ende März 1937 standen 97'000 offenen Stellen 8'600 in der Landwirtschaft voll einsatzfähige Arbeitslose gegenüber)⁹⁰ förderte man ein grosszügiges Wohnungsbauprogramm (allein für 1934 wurden 44 Mio. RM zur Verfügung gestellt), das aber wegen unzureichender Baustoffzuteilung nur teilweise realisiert werden konnte. Darüber hinaus wurde der Landdienst der Hitlerjugend zu ei-

87 Leipziger Neueste Nachrichten, 20.11.1940.

88 Staatssekretär Backe auf dem 6. Reichsbauerntag 1938, in: NS-Landpost, 2.12.1938.

89 Rolfes, Landwirtschaft, S. 753. Bemerkenswert ist, dass die Leistungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe in nicht unerheblichem Masse dadurch aufrechterhalten wurde, dass die Familienangehörigen selbständiger Bauern zunehmend die Plätze fremder Arbeitskräfte einnahmen. Während 1933 rund 48% der Erwerbspersonen selbständiger landwirtschaftlicher Betriebe sich aus mithelfenden Familienangehörigen zusammensetzten, waren es 1939 bereits 53,5%. Vgl. dazu Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III, S. 57.

90 Mangels, Facharbeitermangel, S. 350.

nem festen und wesentlichen Bestandteil des landwirtschaftlichen Arbeitseinsatzes⁹¹, und auch der Reichsarbeitsdienst, der bis zum April 1939 rund 300'000 Mann umfassen sollte, kam überwiegend in der Landwirtschaft zum Einsatz, insbesondere im Rahmen des sogenannten Landeskulturwerkes, nach dessen Aufgabenkatalog etwa 21 Millionen ha Land urbar bzw. ertragreicher gemacht werden sollten⁹².

Insgesamt wirkte sich die Summe dieser Massnahmen positiv auf die landwirtschaftliche Erzeugungsbilanz aus. In wichtigen Bereichen, z.B. bei Brotgetreide, Hülsenfrüchten, Eiern und Fett, war durchaus eine Produktionssteigerung zu verzeichnen. Sie stand aber in keiner Relation zum materiellen und finanziellen Aufwand. Experten erschien 1938 bereits eine weitere Leistungssteigerung der Landwirtschaft zweifelhaft. Befürchtete man doch, «dass sich im Zuge der Erzeugungsschlacht Grenzen bemerkbar machen» könnten, «die auf den Einfluss des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag und die Verschlechterung im Verhältnis der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu den Produktionskosten zurückzuführen» waren. Denn es blieb nicht verborgen, dass sich die bäuerlichen Betriebe in Anbetracht der Arbeiterknappheit gezwungen sahen, übertarifliche Löhne zu zahlen, ohne diese vermehrten Kosten auf die – staatlich festgelegten – Preise umlegen zu können. In Anbetracht dieses Sach Verhaltes näherte man sich bereits dem Augenblick, oder man hatte ihn womöglich schon erreicht, «in dem eine weitere Steigerung der Erzeugung... die Wirtschaftskraft der landwirtschaftlichen Betriebe nicht mehr stärkt [e], sondern schwächt[e]»⁹³.

Selbstversorgung bei wichtigen Nahrungsmitteln (in %) ⁹⁴

Nahrungsmittel	0 1927/28	0 1933/34	0 1938/39
Brotgetreide	79	99	115
Hülsenfrüchte (ohne Linsen)	62	50	71
Kartoffeln	96	100	100
Gemüse	84	90	91
Zucker	100	99	101
Fleisch	91	98	97
Eier	64	80	82
Fett	44	53	57
Nahrungsmittel insges.:	68	80	83

91 Vgl. Syrup, Massnahmen zur Versorgung, S. 209.

92 Der Vierjahresplan, I., 1937, S. 222.

93 Staatssekretär Backe über die Lage der Landwirtschaft. Anlage zum Bericht des Wehrwirtschaftsstabes über den Stand der wirtschaftlichen Lage, I. 2.1938, BA-MA RW 19/93. Bei den wichtigsten Getreidesorten, bei Kartoffeln und Zuckerrüben hatte sich zwischen 1934 und 1938, insbesondere durch vermehrte Düngemittelverwendung, eine Ertragssteigerung pro ha erreichen lassen, zumindest im Vergleich zu den mitt- und endzwanziger Jahren. Aber im Durchschnitt der Erntejahre 1939 bis 1944 waren die ha-Erträge wieder rückläufig. Während der ganzen Zeit der NS-Herrschaft konnte allerdings das durchschnittliche Ertragsniveau pro ha der Friedensjahre vor dem Ersten Weltkrieg 1909 bis 1913 nicht erreicht werden. Vgl. dazu Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III, S. 60, Tab. b.

94 Tab. aus Petzina, Autarkiepolitik, S. 95. (Nahrungsmittel insgesamt gibt die durchschnittliche Prozentzahl an.)

Zudem wuchs mit der Erzeugung auch der Konsum aufgrund der allgemeinen verbesserten Lohnverhältnisse. Wenn die Politik der Ernährungssicherung insoweit Erfolge zu verzeichnen hatte, als der Selbstversorgungsgrad bei den Grundnahrungsmitteln bis 1939 permanent angestiegen war, dann um den Preis des Verzichts auf ein breites Nahrungsmittelangebot, insbesondere aus dem Ausland. Insgesamt kam man aber zur Deckung des zivilen wie auch des Wehrmachtbedarfs ohne Agrarimporte nicht aus, die zwischen Beginn des Vierjahresplans und Kriegsausbruch mengenmässig um rund 50% anstiegen und damit ca. 40% aller Einfuhren ausmachten. Im Einzelfall und auf bestimmte Jahre bezogen, musste die ernährungswirtschaftliche Lage vom wehrwirtschaftlichen Standpunkt aus als völlig unbefriedigend angesehen werden. Im Frühjahr 1937 gestaltete sich z.B. die Versorgung so schwierig, dass man «zur Überbrückung bis zur nächsten Ernte den grössten Teil der auf besondere Weise beschafften Devisen» (es handelte sich hier um die Erlöse aus den Kriegsgeräteexporten) verausgabte musste⁹⁵. Im Haushaltsjahr 1937/38 waren «nationale Reserven für den Mob-Fall» immer noch «nicht vorhanden», und die Wehrmacht schätzte «die Aussichten für den Beginn einer Bevorratung» selbst mit ausländischen Produkten dort als «gering» ein, wo sich die Mangellage besonders spürbar machte, nämlich bei Fetten⁹⁶. Hier klaffte eine Lücke von 40 bis 50%. Sie bildete zweifellos die grösste Belastung der deutschen Ernährungswirtschaft, was das NS-Regime veranlasste, einen sogenannten Fettplan aufzustellen, der Erzeugung, Verarbeitung, Import und Konsumtion regulierte. Er zielte vor allem darauf ab, die Bevölkerung anzuhalten, mehr inländische Fette, z.B. Rüböl und Butter, zu verwenden, um Devisen einzusparen.

Butterproduktion und -konsumtion von 1928 bis 1940 (in 1000t)⁹⁷

Jahr	Konsumtion	Import netto	Landesproduktion		
			Landbutter	Molkereibutter	insgesamt
1928-1932	500,0	113,0	187,0	200,0	387,0
1933	507,6	59,1	195,0	253,4	448,5
1934	513,0	61,8	170,0	281,2	451,2
1935	523,0	71,0	140,0	312,0	452,0
1936	571,5	75,4	112,5	383,6	496,1
1937	603,7	86,8	100,0	416,9	516,9
1938	600,0	92,4	97,5	410,1	507,6
1939	638,3	90,6	34,5	463,2	597,7
1940	756,7	129,7	54,0	573,0	627,0

95 Notiz über die Ergebnisse bei der Besprechung der Oberbefehlshaber beim Reichskriegsminister, 13. 4.1937, BA-MA Wi F 5/1196.

96 Überblick des Wehrwirtschaftsstabes über die deutsche Ernährungslage 1937/38, 1.1.1938, BA-MA RW 19/86.

97 Checiński, Umstellung, S. 331.

Darüber hinaus war die agrarische Versorgung mit einer zweiten Hypothek belastet, an der das Regime schwer zu tragen hatte, nämlich mit der Futtermittelknappheit, von der die Wehrmacht unmittelbar betroffen wurde. Sie sah sich in Anbetracht des chronischen Hafermangels zur verstärkten Gerstefütterung der Pferde gezwungen. Dennoch mussten 1938 noch 30% des Futtergetreides importiert werden. Der Ertrag von Getreide lag 1939 insgesamt nur geringfügig über der Menge von 1913. Und so «wurde weder das wehrwirtschaftliche Ziel des Vierjahresplans – Unabhängigkeit im Kriegsfall – noch das handelspolitische – Entlastung der Devisenbilanz – erreicht»⁹⁸. Ende 1937 entwickelte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft eine düstere Zukunftsperspektive, die den späteren Verhältnissen voll entsprach, wenn er auf die der landwirtschaftlichen Produktion aus der Rohstoff- und Arbeitskräftelage drohenden Gefahren hinwies. Nach seiner Überzeugung durfte «für das Jahr 1938 nach beiden Richtungen nicht nur keine Entlastung erwartet werden, vielmehr muss[te] eine Verschärfung der Lage befürchtet werden. Die Erzeugungsschlacht» konnte in diesem Fall «nicht in dem an sich möglichen und wünschenswerten Masse fortgeführt, ja nicht einmal durchgehalten werden»⁹⁹. Der Sicherung der kriegsernährungswirtschaftlichen Versorgung wollte das NS-Regime im Zuge der militärischen Expansion der Jahre 1938/39 näherkommen. Voraussetzung hierfür war die «Anspannung der letzten Kräfte» auf dem Agrarsektor, um «für den Führer in möglichst schneller Zeit die deutsche Industrie und die deutsche Armee aufzurüsten»¹⁰⁰.

5. Vierjahresplan und industrielle Mobilisierung

Da Wehrmacht und Wirtschaft aufgrund der Hitlerschen Weisung innerhalb einer auf vier Jahre terminierten Frist Kriegsbereitschaft erlangen sollten, wäre es zwingend gewesen, dem Vierjahresplan genaue Bedarfszahlen zu unterlegen, an denen sich die gesamtwirtschaftliche Produktion unter Berücksichtigung der rüstungswirtschaftlichen Prioritäten hätte ausrichten können. Tatsächlich führte das Statistische Reichsamt 1936 eine 300 Industriezweige mit 180'000 Betrieben umfassende Erhebung durch, die «sich auf die Zusammensetzung der Belegschaft nach Geschlecht, Alter und Ausbildung, auf

98 Petzina, Autarkiepolitik, S. 95.

99 Bericht Darrés über die Ernte- und Versorgungslage, Nov. 1937, BA-MA Wi I F 5/695.

100 Äusserung Darrés, zit.n. Melzer, Studien, S. 22. Grundmann, Agrarpolitik, hat das Spannungsverhältnis zwischen ideologischem Anspruch und militärpolitischer und militärökonomischer Notwendigkeit aufgezeigt, unter der die nationalsozialistische Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, aber auch das Bauerntum stand. Anhand der mit dem Reichserbhofgesetz verbundenen Intentionen und Probleme wird deutlich, wie eine antimodernistische Bauernideologie unter dem Druck rüstungsökonomischer Erfordernisse eines auf Expansion ausgerichteten modernen Industriestaates den ernährungswirtschaftlichen Erfordernissen einer in Kriegsvorbereitungen befindlichen Gesellschaft nicht gerecht werden konnte.

den Verbrauch an Roh- und Hilfsmaterial, Brennstoffen, Energie, auf die Erzeugung, die Leistungsfähigkeit, den In- und Auslandabsatz sowie die Vorräte an Material und Erzeugnissen zu Beginn und zu Ende des Jahres» erstreckte¹⁰¹. Die gewonnenen Erkenntnisse dienten als Grundlage einer auf das Jahr 1938 hin orientierten Planung, die allerdings mehrfach modifiziert werden musste und letztlich lediglich Richtwertfunktion besass. Denn einmal zeichneten sich die Mob-Bedarfszahlen der Wehrmachtteile ebenso wie die Bedarfsermittlung des Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft durch Ungenauigkeit aus. Zum zweiten bezogen sich die wichtigen Eckdaten für den rüstungs- und den zivil wirtschaftlichen Verbrauch auf das Jahr 1936 und kalkultierten somit den wachsenden Konsum aufgrund steigender Masseneinkommen ebensowenig ein wie den erhöhten Aufwand an Rohstoffen und Arbeitskräften, den der Aus- und Aufbau von Produktionskapazitäten verursachte, die erst eine Durchführung des Vierjahresplans ermöglichen sollten. Mit solchen Imponderabilien behaftet, barg der Vierjahresplan den Zwang zur Improvisation und zu permanenten staatlichen Regulativen in sich, die das zunächst veranschlagte Mass weit überstiegen.

Ungeachtet der vielfach variierten Bedarfsgrössen wies der Vierjahresplan zwei industriewirtschaftliche Schwerpunkte auf, und zwar die intensivierete Förderung und Verarbeitung inländischer Rohstoffe auf dem Sektor Kohle, Eisen/ Stahl, Nichteisenmetalle sowie Elektrizität und Erdöl. Und zweitens musste die chemische Industrie auf dem Gebiet der Herstellung von Buna, synthetischem Benzin und Faserstoffen expandieren. Hitlers persönliche Erwartungen waren auf den beiden letztgenannten Gebieten besonders hoch gesteckt. Im Frühjahr 1937 (29. April) erklärte er unter tosendem Beifall der auf der Ordensburg Vogelsang in der Eifel versammelten Hoheitsträger der Partei: «Wir werden schon in diesem Winter die beiden ersten riesigen Bunafabriken fertig haben, und wir werden damit unseren gesamten Gummibedarf bereits decken. Wir werden schon im nächsten Jahr unseren gesamten Benzinbedarf aus unseren eigenen Werken decken¹⁰².»

Die Steigerung der Industrieproduktion hing im Wesentlichen von der Erweiterung der Grundstoffindustrien ab, in erster Linie von der Förderhöhe bei Kohle, die nicht nur als Energiequelle, sondern auch als Basiselement für Synthesestoffe diente.

Zunehmende Bedeutung erlangte die Mineralölwirtschaft. Danach galt das besondere Interesse der Sicherstellung der Ernährung und dem Ausbau des Wasserstrassennetzes sowie dem Schiffsbau als Voraussetzung eines funktionstüchtigen deutschen, mit dem übrigen mittel- und auch südosteuropäischen Verkehrssystem verbundenen Transportwesens. Weitere Investitionsschwerpunkte bildeten die chemische Industrie und der Energiebereich.

101 Bericht Ende 1937 über die Vorbereitung der wirtschaftlichen Mobilmachung durch den Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft, IMT, Bd. 36, S. 253.

102 BA Tonaufnahme F 2a-EW 67207-672245.

Verteilung der Investitionen (in %) ¹⁰³

Sektor	Plan II	Plan III	Plan IV
Mineralöl	16,7	22,6	28,3
Buna	6,0	7,8	6,9
Übrige Chemie	27,3	12,5	8,2
Wasserstrassen, Hafen- und Schiffsbau	21,2	17,8	16,0
Unedle Metalle	4,1	3,6	3,7
Eisen und Stahl	2,7	5,1	3,8
Textilien	4,0	5,1	5,1
Ernährung	3,1	7,3	16,0
Kohle	0,5	2,2	2,1
Energie	11,0	13,3	7,6
Holz	1,0	0,3	0,7
Maschinen und technische Erzeugnisse	2,3	2,2	0,8
Leder und Därme	0,1	0,2	0,1
Wohnungsbau	-	-	0,7

Unter dem Vierjahresplan wurden die seit 1933 währenden Bemühungen um Selbstversorgung auf dem *Mineralölsektor* sowohl durch die Intensivierung der deutschen Erdölförderung als auch durch Ausweitung des Filtrierverfahrens fortgesetzt. Da der Anteil synthetischen Treibstoffs an der deutschen Erzeugung 1936 bereits rund 30% betrug, glaubten die Verantwortlichen in Staat und Wirtschaft zunächst, Hitlers Auftrag, Deutschland innerhalb der nächsten 18 Monate von ausländischen Mineralölen unabhängig zu machen, erfüllen zu können. Aufgrund der angespannten Rohstoff- und Arbeitskräftesituation traten jedoch erhebliche Verzögerungen im Ausbau der notwendigen Industrieanlagen ein, so dass das für 1938 vorausberechnete Produktionsoll nicht annähernd erreicht wurde.

Der Mineralölplan des Vierjahresplans. Gesamtplanung vom 27. Mai 1937 (abgestimmt auf Bedarf 1938) (in 1'000 jato) ¹⁰⁴

	Gesamte Erzeugung	Autobenzin	Flugbenzin				
				Dieselloil	Heizöl	Schmieröl	Paraffin
Geschätzter Bedarf 1938	4.990	2.675	80	1.200	550	485	-
Vorgesehene Erzeugung	5.482,8	3.003,5	80	1.115,1	599,2	485	200

Bis 1939 liess sich zwar eine wesentliche Steigerung der deutschen Mineralölerzeugung aus eigenen Rohstoffen mit Hilfe des Vierjahresplans verzeichnen. Die Erdölgewinnung hatte um rund 63% zugenommen, während die Hydrierwerke einen Produktionszuwachs von ca. 69% verbuchen konnten, was aber als Ergebnis der vor der Proklamation

103 Petzina, Autarkiepolitik, S. 83. Die Fassungen der jeweiligen Pläne stammen vom 10.1.1937, 27.5.1937 und 31.12.1937.

104 Birkenfeld, Treibstoff, S. 230.

des Vierjahresplans vorgenommenen Kapazitätserweiterungen gewertet werden muss. Zu berücksichtigen ist auch die Tatsache, dass von 1936 bis 1939 der Mineralölverbrauch um rund 24% angestiegen war. Insgesamt gesehen betrug 1939 die Auslandsabhängigkeit auf dem Mineralölsektor knapp 50%, so dass die von Hitler gesetzte 18-Monats-Frist bis zur Selbstversorgung schliesslich auf das Jahr 1940 prolongiert wurde.

Produktion und Verbrauch von Mineralölzeugnissen 1937-1939 (in 1000t)¹⁰⁵

Jahr	Erddölgewinnung		Mineralölverbrauch	
	x)	Erzeugung von synth. Treibstoff xx)	xxx)	xxxx)
1937	451	852,9	3507	5080
1938	552	1056,0	4287	6150
1939	741	1434,1	4365	

Auch die Herstellung synthetischen *Kautschuks (Buna)* blieb hinter den Planziffern zurück. Dies hatte technologische wie wirtschaftliche Ursachen. Im Jahre 1927 von der IG-Farben AG entwickelt, verhinderten die hohen Gesteungskosten eine intensive Erprobung des neuen Kunststoffes.

Eine 1935 zwischen dem Chemiekonzern und Hitlers Rohstoffbeauftragtem Keppler getroffene Vereinbarung zur Errichtung einer monatlich 2001 Buna produzierenden Anlage wurde vom Reichswirtschaftsministerium wegen der negativen Preisdifferenz des synthetischen Kautschuks zum natürlichen ebenso torpediert wie von der Wehrmacht, die die Abnahme grosser Reifenmengen aus Buna von länger laufenden Versuchsreihen abhängig machte. Erst dem gemeinsamen Bemühen des IG-Farben-Direktors Krauch und Görings gelang es 1936, die Massenproduktion von Buna durch eine staatliche Abnahme- und Kreditgarantie und durch eine zwangsweise Kapitalbeteiligung der Reifenindustrie am Auf- und Ausbau der entsprechenden Fabriken in Gang zu setzen. Wieder verzögerten die Schwierigkeiten der Materialbe-

Geplante Bunaproduktion (in t)¹⁰⁶

	1937	1938	1939	1940
Werk Schkopau	4000	24000	24000	24000
Werk Dorsten-Minden		5000	24000	24000
Werk Fürstenberg			12000	24000
Bunawerk IV			20000	24000
(Standort noch unbestimmt)				
Insgesamt	4000	29000	80000	96000

105 x) Taschenkalender für den Bergbau S. 243; xx) Die deutsche Mineralölwirtschaft, S. 624, 627; xxx) Statistisches Handbuch, S. 501; xxxx) nach Birkenfeld, Treibstoff, S. 218, dessen Angaben jedoch aus unterschiedlichen Dokumenten stammen und insgesamt zu hoch gegriffen sind.

106 Schweitzer, Vierjahresplan, S. 379.

schaffung die Errichtung der geplanten Werke, so dass bis 1938 an eine Planerfüllung nicht zu denken war.

Den veranschlagten 29'000 t standen 1938 lediglich 5'000 t, das waren rund 5% des deutschen Eigenverbrauchs, gegenüber. Ein Jahr später betrug die Bunaproduktion rund ein Viertel der vom Vierjahresplan vorgegebenen Grössenordnung, und erst 1942 gelang der entscheidende Fabrikationsdurchbruch. Zwischenzeitlich sah sich die Wehrmacht genötigt, «zur Gummi- und Betriebsstoffersparnis einschneidende Beschränkungen in der Benutzung der Kraftfahrzeuge» zu verfügen, denn die zunehmende Devisenverknappung gestattete keinen Mangelausgleich durch Naturkautschuk-Importe. «Deutschland begann somit den Krieg praktisch ohne jeden Vorrat an natürlichem oder synthetischem Gummi¹⁰⁷.»

Unbestreitbare Erfolge zeitigte der Vierjahresplan hingegen bei der *Kunstfasergewinnung*, mit der die deutsche Importabhängigkeit von Textilrohstoffen reduziert werden sollte. Die Errichtung der notwendigen Produktionsstätten mussten die bestehenden Textilunternehmen finanzieren, die sowohl die Zellwolle als auch die Kunstseidenfasern in einem gewissen Verhältnis zu den natürlichen Fasern zu verarbeiten hatten.

Geplante Produktion von sythetischen Fasern (in 1'000 jato)¹⁰⁸

	1936	1937	1938	1939	1940
Kunstseide	95	196	211,5	244	424
Zellwolle	48,8	94,2	140,3	219,4	298,4

Die Produktion von Kunstfasern überstieg 1937 bereits die Erwartungen der Vierjahresplanbehörde, und das für 1940 gesteckte Planziel wurde bereits 2 Jahre früher erreicht. Vermochte Deutschland seinen Textilrohstoffbedarf 1932 zu 5,2%, 1936 zu 31% zu decken, so belief sich der Selbstversorgungsgrad 1938/39 auf 43%. Die vollständige Autarkie gelang erst im Laufe des Krieges.

	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1942	1943 ¹⁰⁹
Zellwoll-Produktion	t	t	t	t	t	t	t	t
	19600	45000	105000	160000	204000	250000	328000	
Kunstseideproduktion		44000	45400*	57200*	66000	74000		96000

Von wesentlicher Bedeutung für die kriegswirtschaftliche Vorbereitung musste die Herstellung *chemischer Basisstoffe* sein, die aufgrund der Massnahmen des Vierjahresplans annähernd in der vorausgerechneten Menge anfielen¹¹⁰.

107 USSBS, Over-all Report – European War, Washington 1945, S. 46, zit. ebd., Anm. 59.

108 Ebd., S. 376.

109 Kehrl, Krisenmanager, S. 90/91. * Kroll, Weltwirtschaftskrise, S. 502.

110 Petzina, Autarkiepolitik, S. 101.

Produkt	Produktion (1'000 jato)			Planung 1938 1'000 jato	Planerfüllung in %
	1936	1937	1938		
Schwefelsäure	1440	1650	1850	1977	93
Chlor	190	230	280	295	95
Ätznatron	270	350	450	488	92
Soda	800	940	1100	1210	91

Die *Kohle* zählte zu den wichtigsten industriellen Grundstoffen Deutschlands. Sie bildete ungeachtet der wachsenden Bedeutung des Erdöls die Basis der Energieversorgung und eines Grossteils der Ersatz- und der Werkstoff Produktion. Nicht zuletzt standen Koksanfall und Stahlgewinnung als Primärfaktoren der Rüstungswirtschaft in einem unlöslichen Abhängigkeitsverhältnis. Wenn die Nationalsozialisten allenthalben das Klageglied von den mangelnden Naturschätzen Deutschlands anstimmten, so nicht in Bezug auf die Kohlevorkommen, die eine Selbstversorgung ermöglichten, was ihre besondere Bedeutung innerhalb des Vierjahresplans unterstreicht. Aufbauend auf die 1936 geförderte Kohlemenge von rund 158,3 Mio. t Stein- und 161,4 Mio. t Braunkohle setzte die Göringsche Organisation für den Zeitraum bis 1940 folgende Steigerungsraten fest¹¹¹:

Tabelle des Anstiegs der geplanten Kohlenförderung (in 1'000 jato)

	1937	1938	1939	1940
Steinkohle	3450	12900	17400	20400
Braunkohle	6350	24150	30150	34000

Wegen fehlender Arbeitskräfte stiess die Soll-Erfüllung aber auf erhebliche Schwierigkeiten. Doch auch umfangreichen Massnahmen zur Mechanisierung des Bergbaus, die parallel zu solchen der materiellen und sozialen Besserstellung des Bergmannes verliefen, und dank zahlreicher Zwangsverpflichtungen von Arbeitern gelang es, bereits 1938 die für 1940 festgesetzte Norm zu erfüllen. Zwischen 1936 und 1938 stiegen die Steinkohleförderung um 18%, der Braunkohleabbau um 23% und die Koksproduktion um 22%. Doch wurde dieses hohe Leistungsniveau weniger durch eine Ausweitung als durch die Ausnutzung brachliegender Kapazitäten erzielt, denn die Gesamtförderung von Steinkohle lag beispielsweise 1938 nur 5% über der des Jahres 1929 (Reichsgebiet inklusive Saarland).

111 Schweitzer, Vierjahresplan, S. 363. Auch die Kohlenförderung an der Ruhr pro Mann und Schicht konnte zwischen 1933 und 1936 erheblich gesteigert werden. 1937 fiel die Produktivität allerdings auf den Stand des Jahres 1932 zurück, um dann bis Kriegsende weiter abzusinken. Vgl. dazu Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III, S. 62.

Tatsächliche Kohlenproduktion in Deutschland (in 1'000 t)¹¹²

	1937/38	1938/39	1939/40
Steinkohle	188007	187481	204797
Braunkohle	187228	199464	211606

Neben der Lösung des Mineralölproblems hob der Vierjahresplan in zweiter Linie auf eine erhöhte Förderung heimischer *Erze* ab, um «die deutsche Eisenproduktion auf das Ausserordentlichste zu steigern»¹¹³ und so die bestehende Auslandsabhängigkeit zu reduzieren. Bislang stand und fiel die Wehrwirtschaft mit den entsprechenden schwedischen Lieferungen, die in Anbetracht des zerrütteten deutschen Exports und der damit verbundenen Zahlungsschwierigkeiten als gefährdet gelten mussten. Zudem war zu befürchten, dass Stockholm in Wahrung seiner Neutralität seine Erzausfuhr im Kriegsfall gänzlich einstellen würde. Sollte auch unter der Bedingung «der Abschliessung Deutschlands von der ausländischen Erzzufuhr das Programm der Verteidigung... voll und ganz durchgeführt werden»¹¹⁴, bedurfte es des rechtzeitigen Rückgriffs auf deutsche Erze minderer Qualität. Bot sich Deutschland darüber hinaus auch weiterhin die Möglichkeit, «noch billige Erze einzuführen», war «dies ja gut. Die Existenz der nationalen Wirtschaft und vor allem der Kriegführung» durfte nach Hitlers Überzeugung «davon jedoch nicht abhängig sein»¹¹⁵.

Auf Veranlassung seines Wirtschaftsberaters Keppler hatten einige Hüttenwerke bereits vor Verkündung des Vierjahresplans probeweise den Abbau sogenannter saurer oder Doggererze betrieben, eine Ausweitung aber aus Kostengründen verworfen. Grund genug für die eisenschaffende Industrie, sich der Einsicht, «dass die Steigerung der inländischen Erzförderung das dringendste Gebot der Stunde» sei¹¹⁶, zunächst einmal zu verschliessen. Den Einwand, dass die Industrie aus technischen Gründen nicht in der Lage sei, aus dem deutschen Eisenerz mit 26% Gehalt ein ähnlich billiges Roheisen zu erzeugen wie aus den 45prozentigen Schwedenerzen, hielt Hitler allerdings in Anbetracht der von ihm für notwendig erachteten wehrwirtschaftlichen Unabhängigkeit für ebenso «be-langlos» wie den Hinweis, «dass in dem Fall die ganzen deutschen Hochöfen umgebaut» werden müssten. Ihm stellte sich nicht die Frage, «was wir lieber tun wollen, sondern nur, was wir tun können»¹¹⁷.

Aber gerade hierüber gingen die Meinungen zwischen der Hüttenindustrie und dem Vierjahresplan weit auseinander. Mehr noch, es kam erstmals im Dritten Reich zu einer

¹¹² Ebd., S. 364.

¹¹³ Treue, Hitlers Denkschrift, S. 209.

¹¹⁴ Göring auf einer Sitzung des Arbeitskreises der eisenschaffenden Industrie, 17. 3.1937, zit. n. Petzina, Autarkiepolitik, S. 102.

¹¹⁵ Treue. Hitlers Denkschrift, S. 209.

¹¹⁶ Direktor Kellermann, Gutehoffnungshütte, an Keppler, 16. 9.1936, zit. n. Riedel, Eisen, S. 96.

¹¹⁷ Treue, Hitlers Denkschrift, S. 209.

offenen Opposition einer industriellen Gruppe, nicht etwa gegen die Aufrüstung an sich, sondern wegen der damit möglicherweise verbundenen unternehmerischen Risiken. Im Herbst 1936 liess das Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe die Hüttenindustrie wissen, «dass von oberster Stelle der Befehl, die deutschen Hütten unter allen Umständen mit deutschen Erzen ausreichend zu versorgen, erteilt sei und befolgt werden müsse»¹¹⁸. Gleichzeitig wurde ihr der gemeinsame Abbau der Doggererze im Rahmen einer durch Umlage zu finanzierenden Erzversorgungsgesellschaft nahegelegt, denn Deutschland befinde sich «bereits in der Mobilmachung und im Krieg», es werde «nur noch nicht geschossen». Um der Gefahr zu entgehen, dass die Hochöfen infolge ausbleibender ausländischer Erze demnächst erkalteten, müsse man «rechtzeitig in die deutsche Erde hineinsteigen»¹¹⁹.

Doch die Hüttenindustrie weigerte sich, in ein Unternehmen zu investieren, dessen Rentabilität ihr höchst fragwürdig erschien, zumal sie in Reichswirtschaftsminister Schacht einen prominenten Anwalt ihrer Sache fand. Die Auseinandersetzung um die Erweiterung der deutschen Erzbasis erhielt damit eine zweite Dimension, indem sie sich von einer Kraftprobe zwischen einer industriellen Interessengruppe und der staatlichen Gewalt zu einem intergouvernementalen Machtkampf um die Führung der Wirtschaftspolitik auswuchs. Während Göring immer wieder forderte, «die Rentabilität einer einzelnen Unternehmung» hinter «die Rentabilität des ganzen deutschen Lebens zurückzustellen»¹²⁰, verwies Schacht gerade auf die Wechselwirkung beider wirtschaftlicher Komponenten. Die Verteuerung eines Produktes führe zwangsläufig zu allgemeiner Preissteigerung. Benötige man für die Verhüttung 30prozentigen Eisenerzes gegenüber der von 60prozentigem die doppelte Hochofenkapazität, die doppelte Zahl an Arbeitskräften und ein erhöhtes Transportvolumen, könne dies nicht ohne Rückwirkungen auf die gesamte Rüstungswirtschaft bleiben. Denn auf diese Weise würden in so grossem Umfang – ohnehin knappe – Produktionskräfte gebunden, dass der Kosten-Nutzen-Effekt verlorengehe. «Ich kann und darf nicht einfach beliebig unwirtschaftlich arbeiten, weil ich damit die Substanz des deutschen Volkes aufbrauche; und so gross ist die Substanz des deutschen Volkes noch nicht wieder geworden, dass wir sie beliebig aufbrauchen können», erklärte Schacht vor der Reichs Wirtschaftskammer¹²¹.

Seine Alternative zum Vierjahresplan, die von der Hüttenindustrie gestützt wurde, nämlich Verlangsamung des Rüstungstempos, stand jedoch nicht mehr zur Diskussion. Unmissverständlich erklärte Hitler auf der Internationalen Automobil- und Motorradausstellung im Februar 1937, die Privatwirtschaft erweise sich entweder als fähig, das Eisenerzproblem zu lösen, oder sie verwerke das Recht, «als freie Wirtschaft weiterzube-

118 Aufz. Rohne, Ilseder Hütte, Die Gründung der Reichswerke «Hermann Göring» in Salzgitter-Watenstedt im Jahre 1937 und die dadurch für die Erzbewirtschaftung der Ilseder Hütte eingetretenen Auswirkungen, zit. n. Riedel, Eisen, S. 109.

119 Göring in einer Rede zur Durchführung des Vierjahresplans, 17.12.1936, ebd. 120 Ebd.. S. 111.

121 Rede Schachts, 22.1.1937, in: Deutsche Wirtschaftszeitung, 34,1937, S. 153.

stehen»¹²². Da inzwischen die vorhandenen Eisen- und Stahlmengen weit hinter dem Bedarf zurückblieben und kontingentiert werden mussten, verfügte das NS-Regime die totale Ausschöpfung der in Betrieb befindlichen Gruben, da es im Blick auf projektierte Eroberungen den Raubbau für «absolut berechtigt» hielt¹²³. Die Hüttenindustrie sah nun ihre zukünftige Existenz bedroht und willigte – zumindest verbal – in die Schürfung minderer Erze ein, zumal der Staat unter Verzicht auf unzumutbare finanzielle Opfer versicherte, «niemand» solle «wirtschaftlich zusammenbrechen»¹²⁴.

Indessen geschah seitens der Industrie, von Probebohrungen u. ä. abgesehen, nichts, was zur Erweiterung der deutschen Eisenerzbasis beigetragen hätte. Im Sommer 1937 führte die Verknappung im Eisen/Stahl-Sektor zu gefährlichen Engpässen in der Rüstungswirtschaft. Die Wehrmacht musste sich mit weniger als der Hälfte ihres veranschlagten Stahlkontingents zufriedengeben. Demzufolge wurden Kasernen des Heeres nicht rechtzeitig fertiggestellt, was zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Unterbringung und Ausbildung der Truppe führte. Die Ausstattung mit Kraftwagen und Munition blieb unter dem für notwendig erachteten Stand. Das auf 1942 ausgelegte Befestigungsprogramm wurde bis 1948 gestreckt. Die operativen Eisenbahnbauten konnten nur partiell in Angriff genommen werden. Die Kriegsmarine sah sich nicht in der Lage, aufgrund der an sie ergangenen Stahlzuteilungen den Ausbau der Flotte im Rahmen des Londoner Flottenabkommens zu bewerkstelligen. «Der Kampf um den Stahl» wurde «mit allen auch nichterlaubten Mitteln geführt». Denn «jede Dienststelle und jede Parteistelle» glaubte, «ihr Auftrag sei der wichtigste», und drückte «mit allen Mitteln auf seine Durchführung»¹²⁵.

In dieser Situation diktierte Göring das Gesetz des Handelns und gründete am 23. Juli 1937 die «A.G. für Erzbergbau und Eisenhütten Hermann Göring» als Grundstock der späteren Hermann-Göring-Werke. Sie diente zunächst der Ausbeutung der Salzgitter-Erze. Die notwendigen privaten Erzfelder wurden enteignet. Im Herbst 1937 übernahm der Staat die Kontrolle über die Erzeugung sämtlicher Stahlkapazitäten in privater Hand und behielt sich die Erteilung von Genehmigungen zur Errichtung sämtlicher Hütten- und Verarbeitungsanlagen vor.

Natürlich schlugen sich diese Massnahmen nur mittel- und langfristig auf die Erhöhung der Eisen- und Stahlproduktion nieder. Die vom Vierjahresplan aufgestellten Planziele konnten 1937 nicht erreicht werden, 1938 nur durch die Zusatzproduktion des angeschlossenen Österreichs.

122 Schulthess 1937, S. 40.

123 Göring auf einer Sitzung des Arbeitskreises der eisenschaffenden Industrie, 17. 3.1937, zit. n. Riedel, Eisen, S. 125.

124 Ebd., S. 127.

125 Vortrag Thomas' beim «Führer» über die wirtschaftliche Rüstungslage, Juli 1937, BA-MA Wil F 5/114.

Inländische Produktion von	Eisenerz in 1000 t Erzgehalt ¹²⁶				
	1936	1937	1938	1939	1940
Erster Plan	2141	3158	3568	4230	5157
Ergänzungsplan	2141	3158	3981	5223	7045
Produktion	2258	2758	4265	5600	5698

In der Rüstungswirtschaft bestand eine erhebliche Nachfrage nach Nichteisenmetallen, wobei es bei wachsendem Verbrauch zunehmend schwieriger wurde, der angestrebten Auslandsunabhängigkeit näherzukommen. Obgleich die Produktion ständig stieg, blieb vor allem bei den Schwermetallen der Selbstversorgungskoeffizient nahezu konstant.

Selbstversorgung in Prozent des Verbrauchs¹²⁷

Metall	1934	1935	1936	1937	1938
Kupfer	45	43	43	39	41
Zink	67	68	70	74	78
Blei	64	61	59	60	68

Wo immer dies möglich war, suchte man daher die Schwer- durch Leichtmetalle zu substituieren, vielfach durch Aluminium. Mit einer 70prozentigen Steigerungsrate innerhalb von zwei Jahren schob sich Deutschland 1938 mit einem Anteil von 29% an der Weltproduktion als grösster Aluminiumerzeuger vor die USA. Doch hielt auch hier die Fertigung mit der Nachfrage nicht Schritt, und man ersetzte vielerorts das Aluminium durch Magnesium, über das man in ausreichender Menge verfügte. Insgesamt gesehen gelang es durch den Vierjahresplan aber nicht, die Versorgung mit Nichteisenmetallen durch Inlandsproduktion sicherzustellen, schon deshalb nicht, weil man beispielsweise das Ausgangsmaterial für die Aluminiumgewinnung ebenso wie die rüstungswirtschaftlich unverzichtbaren Stahleredler fast zu 100% importieren musste, ein Umstand, der die Anfälligkeit der Wehrwirtschaft von aussenwirtschaftlichen Einflüssen demonstriert.

6. Vom Aussenhandel zur Grossraumwirtschaft

Obwohl der Vierjahresplan dem Aussenhandel lediglich eine rüstungsökonomisch motivierte ergänzungs wirtschaftliche Funktion zu wies, hing zunächst von seiner Pflege doch die Erfüllung der von Hitler gestellten Rüstungsforderungen in entscheidendem Masse ab.

¹²⁶ Schweitzer, Vierjahresplan, S. 367.

¹²⁷ Petzina, Autarkiepolitik, S. 109.

Schliesslich konnten sich die seit dem Herbst 1936 unternommenen ökonomischen Schritte rüstungsmässig erst nach einer Reihe von Monaten auswirken, zumal es hoher Investitionen als Voraussetzung einer merklichen Produktionssteigerung bedurfte. Um zwischenzeitlich in den vom «Führer» erwarteten rüstungswirtschaftlichen Anstrengungen nicht nachzulassen, mussten ohnehin die vorhandenen Rohstoff-Reserven bis zu dem Zeitpunkt, in dem der Vierjahresplan produktiv zu Buche schlug, angegriffen werden, zumal nach Überzeugung der Regierung ihr geringer Umfang «für den Kriegsfall ... kein in jedem Falle brauchbarer Rückhalt» gewesen wäre¹²⁸. War die Rohstoffdecke schon fast zu kurz, um noch eine Weile die Aufrüstung im bisherigen Umfang und Tempo aufrechtzuerhalten, so reichte sie sicher nicht zur Ausweitung der für die Realisierung des Vierjahresplans notwendigen industriellen Kapazitäten, geschweige denn «für die gleichzeitige erfolgreiche Durchführung der Aufrüstung»¹²⁹. Einsichtige versperrten sich nicht der Erkenntnis, dass selbst nach Überwindung der Anlaufzeiten des Vierjahresplans die in diesen gesetzten rüstungsökonomischen Erwartungen zu hoch gesteckt waren und sich die Selbstversorgung auf den von Hitler benannten Sektoren und in der von ihm gesetzten Frist nur in bescheidenem Rahmen erreichen liess und bei vielen rüstungswirtschaftlich relevanten Gütern und Grundstoffen nachweislich ausgeschlossen blieb.

Die Bedingungen auf dem Weltmarkt begünstigten zunächst eine deutsche Exportsteigerung. U.a. löste die Militarisierung des Dritten Reiches auf Seiten der sich bedroht fühlenden kleineren Nachbarn, aber auch bei den Grossmächten eine gewisse Rüstungsdynamik aus, die, durch den spanischen Bürgerkrieg begünstigt, zu einem weltweiten, wenn auch nur vorübergehenden Konjunkturaufschwung führte. Um die Gunst der Stunde zu nutzen, kamen in Deutschland alle rüstungswirtschaftlich verantwortlichen Stellen überein, den «Export... vorläufig allem anderen, auch der Rüstung voran [zustellen]»¹³⁰. Ein aus Vertretern des Vierjahresplans, des Reichswirtschafts- und des Reichskriegsministeriums bestellter Ausschuss bemühte sich um einen Ausgleich in den zwangsläufig vorprogrammierten, «sich widerstreitende[n] Interessen zwischen den Belangen der Ausfuhr, den Wehrmachtansprüchen und den Vierjahresplananforderungen». Ob ein Exportauftrag aus zwingenden Gründen den Ansprüchen von Wehrmacht und Vierjahresplan nachzuordnen war, musste von Fall zu Fall entschieden werden¹³¹.

Auf den ersten Blick trugen die Bemühungen auch Früchte, denn das Jahr 1937 erbrachte eine merkliche Aussenhandelssteigerung, auf Seiten der Ausfuhr ebenso wie auf der der Einfuhr. Dennoch blieb der Aussenhandelsüberschuss um über 100 Mio. RM hinter

128 Niederschrift der Sitzung des Ministerrats, 4.9.1936, IMT, Bd. 26, S. 490.

129 Expertise des Stellvertretenden Vorstandsmitgliedes der IG-Farben, Max Ilgner, über die Exportförderung im Rahmen des Vierjahresplans, 5.3.1937, PA Büro Unterstaatssekretär, Rohstoffausschuss, Januar 1937-Februar 1938.

130 Bericht des Wehrwirtschaftsstabes über den Stand der wirtschaftlichen Lage, 1.5.1937, BA-MA Wi VI/202.

131 Erlass des Reichs- und Preussischen Wirtschaftsministers, 25.5.1937, BA R13 1/501.

dem des Vorjahres zurück. Die Devisen- und Goldbestände erreichten einen weiteren Tiefstand, und die notwendigen Importe zur Erfüllung der im Vierjahresplan stark erhöhten Produktionsnormen konnten nicht annähernd bereitgestellt werden. Die Erhöhung der Aussenhandelsumsätze resultierte überwiegend aus der ersten Hälfte des Jahres 1937, und zwar aufgrund einer bis dahin anhaltenden kurzwährenden Hochkonjunktur auf dem Weltmarkt. So war im Jahre 1937 das Aussenhandelsvolumen wertmässig um 24 bis 30% gestiegen, mengenmässig aber nur um 18 bis 19%. Dies lag an den durch die Hochkonjunktur bedingten Preiserhöhungen bei den Einfuhren und bei den Ausfuhren. Gerade die gestiegenen Importpreise belasteten die deutsche Devisenbilanz erheblich, weil es notwendig war, im Agrarsektor Nahrungs- und Futtermiteleinfuhren fast ausschliesslich mit Bardevisen zu bezahlen, und zwar in einer wesentlich stärkeren Masse als ursprünglich berechnet. Gerade durch diese Agrarimporte war das Ziel verfehlt worden, «mit dem Einsatz der Devisenreserven die Anlaufzeit für den weitestmöglichen Ausbau der deutschen Eigenversorgung zu überbrücken»¹³². Der erneute Rückschlag in der Weltkonjunktur ab der zweiten Hälfte des Jahres 1937 hatte dann noch entscheidenden Anteil an dem schlechten Anlauf des Vierjahresplans im ersten Jahr seiner Gültigkeit. 1938 waren Import und Export bei negativer Aussenhandelsbilanz deutlich rückläufig. Dieser Misserfolg liess sich aber keineswegs in erster Linie auf die neuerliche kurzwährende weltwirtschaftliche Depression zurückführen. Ihm lagen primär binnenwirtschaftliche Ursachen zugrunde. Wie Schacht bereits im Frühjahr 1937 konstatierte, nutzte die Exportförderung so lange wenig, wie die «deutschen Fabrikanten sehr häufig das Exportgeschäft zugunsten des lukrativen und risikolosen Inlandsgeschäftes vernachlässigt[en]»¹³³. In der Tat war der Anteil der Rüstungsaufträge an der industriellen Gesamtproduktion so erheblich gewachsen, dass es kaum freie Kapazitäten für den Export gab, insbesondere in den exportfähigen Bereichen der Eisen/Stahl- und Elektroindustrie¹³⁴.

Des weiteren funktionierte eingestandenermassen das Rohstoffverteilungssystem nicht. Zum einen fehlte es an den benötigten Rohstoffen. Hinzu kam, dass sich in den Vorindustrien, die Einzelteile herstellten, nicht übersehen liess, «ob der in den Einzelteilen enthaltene Rohstoff dem Export oder dem Inlandsmarkt» zugeordnet war¹³⁵. Endlich hatten Rüstung und Vierjahresplan so viele Facharbeiter absorbiert, dass es für die Ausführung von Exportaufträgen an den notwendigen Arbeitskräften mangelte. Und letztlich verboten Umfang und Dringlichkeit der Aufträge der Wehrmacht und der Vierjahresplanbehörde der deutschen Industrie die kurzfristige Übernahme und Ausführung von Exportaufträgen.

Die hohe deutsche Verschuldung (Sommer 1937 = 0,5 Mrd. RM) gegenüber einer Reihe von Clearing-Ländern, insbesondere gegenüber Südosteuropa und der Türkei,

132 Bericht des Ministerialdirektors Neumann, Reichswirtschaftsministerium, 10. 2.1938, BA R26IV/4.

133 Schreiben Schachts an Göring, 2. 4.1937, IMT, Bd. 36, S. 284.

134 Vgl. die nachfolgende Tabelle, BA R13 1/641.

135 Schreiben Schachts an Göring, 2. 4.1937, IMT, Bd. 36, S. 284.

Anteil wichtiger Industriezweige an den Wehrmachtaufträgen nach den Erhebungen für 1936 aufgrund der Liste der R-Betriebe vom Juli 1937

Industriezweig	Gesamtabsatz des Industriezweiges		Industriezweig	Gesamtabsatz des Industriezweiges		Gesamtabsatz der R-Betriebe	
	Mio. RM	Mio. RM v. H.		Mio. RM	Mio. RM v. H.	Mio. RM	v. H.
Flugmotorenbau	275	275	100	Hochofenwerke	841	420	50
Flugzeugzellenbau	610	598	98	Fahrradindustrie	125	61	49
Schusswaffenindustrie	77	66	86	Metallwarenindustrie	930	456	49
Schiffbau	500	435	87	Großuhrenindustrie	57	28	49
Nitrozellulose- u. Rohzelluloid-Industrie	99	81	82	Textilmaschinenbau	176	84	48
Schweißstahlwerke	2,4	1,8	76	Kautschukwaren-Industrie	221	99	45
Akkumulatorenindustrie	52	39	76	Bau von elektr. Maschinen und Apparaten	1712	743	44
Herstellung von Kabeln und isolierten Leitungen	348	254	74	Herstellung von Batterien und Elementen	20	9	43
Bereifungsindustrie	196	137	70	Metallwalz- und Preßwerke	757	315	42
Kraftfahrzeugindustrie	1426	970	68	Eisen- und Stahlgießereien	880	363	41
Waggonbau	107	67	63	Metallgießereien	222	92	41
Fahrzeugteile-Industrie	376	231	62	Armaturenbau	174	71	41
Papiermaschinenbau	138	79	57	Industrie der Herde und Öfen	177	70	39
Allgemeiner Maschinenbau	1924	1092	57	Gummischuhindustrie	25	10	39
Pyrotechnische Industrie	14	8	56	Büromaschinenbau	143	55	38
Flußstahlwerke	1534	827	54	Photochemische Industrie	112	43	38
Sprengstoffindustrie	214	117	54	Nahrungsmittelmaschinenbau	165	62	37
Stahlwalzwerke	2266	1193	53	Drahtwarenindustrie	501	181	36
Optik und Feinmechanik	407	210	52	Sprechmaschinen- und Schallplattenindustrie	10	3,5	36
Kautschuk-Regenerieranstalten	9,5	5	52	Herstellung von Warmpreßteilen (Metallindustrie)	50	425	36
Bekleidungsmaschinenbau	132	69	52	»Sonstige« Eisen- und Stahlwarenindustrie	1192		36
Kraftfahrzeuganhängerbau	266	139	52				
Nickel-, Wolfram- u. a. Hütten	79	40	51				

17. Die Wehrwirtschaft im Zeichen des Vierjahresplans

Industriezweig	Gesamtumsatz des Industriezweiges		Industriezweig	Gesamtumsatz des Industriezweiges	
	Mio. RM	v. H.		Mio. RM	v. H.
Glühlampenindustrie	87	34	Korbwaren- und Korbmöbelindustrie	22	18
Landmaschinenbau	267	33	Schneidwarenindustrie	103	18
Werkzeugmaschinenbau	642	32	Herstellung von Azetylzellulose, Viskose-Folien u. a.		
Herstellung von Schwefel, Schwefelkohlenstoff und Rhodanverbindungen	9	31	Zelluloseprodukten	59	18
Thomasschlackenmühlen	67	31	Blechwarenindustrie	422	17
Gerbereien	570	30	Kunstseide- und Zellwolleindustrie	303	17
Industrie der Zündstoffe und elektr. Zünder	28	29	Sperrholzwerke	96	17
Nährmittelindustrie	167	29	Werkzeugindustrie	175	16
Verbandmittelindustrie	26	28	Schloß- u. Beschlägeindustrie	118	15
Klavier- und Orgelbau	20	28	Kessel- und Apparatebau	212	15
Schlackenindustrie	28	25	Metallschmelzereien	43	15
Asbestwarenindustrie	39	24	Bekleidungsstoffweberei	821	15
Verbandwatteindustrie	7,7	24	Taschenuhrenindustrie	43	15
Netzindustrie	7,3	21	Holzwarenindustrie	175	14
Leder- und Sattlerwarenindustrie	236	21	Ledertreibriemen-Industrie	42	13
Weberei von Schwergeweben	86	20	Flachsspinnereien	59	12
Stahlbau	398	20	Spielwarenindustrie	77	12
Streichgarnspinnerei	274	19	Ferrolegierungswerke	84	11
Industrie der organischen Säuren und anderen organischen Chemikalien	36	19	Fleischwarenindustrie	565	11
			Faßindustrie	34	11

Industriezweige mit einem Anteil der R-Betriebe am Gesamtumsatz von weniger als 10% sind in der Übersicht nicht enthalten.

bildete ein weiteres Hemmnis für die Aufrechterhaltung oder gar Ausweitung des deutschen Aussenhandels. Sie lag in dem Umstand begründet, dass das Deutsche Reich in Anbetracht seiner Exportschwäche, aber auch wegen der begrenzten Aufnahmefähigkeit dieser industriell zumeist unterentwickelten Handelspartner für deutsche Waren, mehr eingekauft als geliefert hatte. Solange aber dieser Saldo nicht abgedeckt werden konnte, verzögerten die Gläubigerstaaten ihre für das Reich bestimmten Güterausfuhr. In ihrer Not entschloss sich die Vierjahresplan-Behörde, den Rest der ohnehin bereits angegriffenen ausländischen Wertpapiere Deutschlands zu erfassen und diese ebenso wie die letzten Devisenbestände rüstungsökonomischen Zwecken zuzuführen. Gegen dieses Vorhaben legte Schacht vergeblich scharfen Protest ein. Wollte man die «Rüstung möglichst schnell auf eine gewisse Höhe... bringen», musste man seiner unveränderten Auffassung nach «den Gedanken eines möglichst grossen Devisenanfalls und damit einer möglichst grossen Rohstoffsicherung durch Export in den Vordergrund» aller wirtschaftspolitischen Überlegungen rücken¹³⁶. Wenn hingegen die «letzten Reserven aufgebraucht werden [sollten], ohne dass für Notfälle der nächsten Jahre irgendwelche anderweitige Vorsorge getroffen» war «und ehe die Erfolge des Vierjahresplanes wirklich praktisch in die Erscheinung» traten, wollte der Reichswirtschaftsminister dies nicht mitverantworten¹³⁷. Den Beauftragten für den Vierjahresplan und Hitler selbst nicht darüber im Unklaren lassend, dass er ihre Devisen-, Produktions- und Finanzpolitik «für unrichtig» hielt, nahm Schacht im Frühherbst 1937 als Reichswirtschaftsminister und Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft, aber unter Beibehaltung des Amtes des Reichsbankpräsidenten, seinen Abschied.

Inzwischen hatte sich in der NS-Spitze die Einsicht durchgesetzt, dass Ausfuhr zwar not tat, «dass von der Exportseite her allein die... gestellten Aufgaben [jedoch] nicht zu lösen» waren¹³⁸, jedenfalls nicht in dem enggesteckten binnenwirtschaftlichen Rahmen. Eine entscheidende Verbesserung der Selbstversorgung konnte in der ersten Phase des Vierjahresplans weder bei den Roh- und Grundstoffen noch bei Agrargütern erzielt werden, zumal die Fleisch- und Fettversorgung weitgehend von den Futtermittelimporten abhing. Ein hohes Mass an Abhängigkeit bestand weiterhin gerade bei den Erzeugnissen, die im Kriegsfall schwer substituierbar waren.

Nach viereinhalb jähriger Regierungszeit machte Hitler Anfang November 1937 vor dem engsten Führungskreis der Wehrmacht und in Anwesenheit des Reichsministers des Auswärtigen eine allgemeine und vor allem auch wirtschaftspolitische Bestandsaufnahme. Dabei erhob er den Gedanken der Sicherung und der Erhaltung der Volksmasse zum Prüfstein des Erreichten, wobei er wie so oft schon vorher die Autarkie als das Endziel nationalsozialistischen wirtschaftspolitischen Handelns hinstellte. Diese sei auf dem Gebiet der Rohstoffe nur bedingt möglich, «auf dem Gebiet der Lebensmittel sei

136 Brief Schachts an Göring, 5.8.1937, ebd., S. 573.

137 Ebd., S. 575.

138 Brief Görings an Schacht, 22.8.1937, ebd., S. 554.

die Frage der Autarkie mit einem glatten ‚Nein‘ zu beantworten». Die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung sei durch den erhöhten Konsumbedarf paralyisiert worden. Ein nennenswerter Produktionszuwachs stehe innerhalb der Agrarwirtschaft nicht mehr zu erwarten, da der Boden auch durch vermehrte Kunstdüngerverwendung nicht mehr ertragreicher werde, im Gegenteil, «bereits Ermüdungserscheinungen aufweise»¹³⁹. Den Ausweg aus dieser sich allenthalben anbahnenden wirtschaftlichen Stagnation, «die einzige. ... vielleicht traumhaft erscheinende Abhilfe» erblickte Hitler «in der Gewinnung eines grösseren Lebensraumes». Dabei dachte er nicht an den Zuwachs von Menschen, «sondern von landwirtschaftlich nutzbarem Raum» und an «Rohstoffgebiete», die getreu seiner bereits in «Mein Kampf» geäusserten Auffassung nur «in Europa und nicht in Übersee zu suchen» waren¹⁴⁰.

Ende 1937 zeigte sich der «Führer» entschlossen, gestützt auf die bereits erlangte militärische Macht, den lange erwogenen Schritt zur Schaffung einer europäischen Verbundwirtschaft auf dem Wege der territorialen Expansion zu wagen. Seitens der Wehrmacht fand dieser Vorsatz auch dort Unterstützung, wo man ungeachtet der Blitzkriegskonzeption des «Führers» dem Prinzip der Tiefenrüstung und damit der Lehre vom totalen Krieg noch nicht abgeschworen hatte. Diese postulierte ja nicht nur militärische Aktionen zum Zwecke der physischen und materiellen Vernichtung der gegnerischen Armee. Sie schloss auch den Wirtschaftskrieg ein, um entweder die ökonomische Basis des potentiellen oder tatsächlichen Gegners zu schwächen bzw. zu zerstören oder aber der Erweiterung und Stabilisierung der eigenen wirtschaftlichen Position zu dienen. Für den Chef des Wehrwirtschaftsstabes war es geradezu ein Charakteristikum des zukünftigen Krieges, dass dieser «aus dem Rahmen der militärischen Operation hinauswächst» zu einem «Mittel der wirtschaftlichen Kriegführung»¹⁴¹. Wenn Thomas den Blitzkrieg akzeptierte, dann nur zur «Sicherung und Erweiterung unserer beschränkten wehrwirtschaftlichen Kraft», als Voraussetzung und Vorbereitung eines die deutsche Vormachtstellung in Europa erzwingenden grossen Krieges. Kurze, zeitlich wie räumlich begrenzte aggressive Aktionen mussten vor einer militärischen Auseinandersetzung mit den entscheidenden Gegnern zu einem Ausgleich der sich aus der engen Begrenztheit

139 Niederschrift des Obersten Hossbach vom 10.11.1937 über eine Besprechung in der Reichskanzlei am 5.11.1937. IMT. Bd. 25. S. 404/405.

140 Ebd., S. 406. Die These, dass das nationalsozialistische Deutschland schon mit Schachts «Neuem Plan», der eine europazentrische Aussenhandelspolitik unter Berliner Ägide einleitete, konsequent auf die Schaffung eines autarken Grosswirtschaftsraumes, letztlich auch mit militärischen Mitteln hinarbeitete, findet in der wissenschaftlichen Literatur wachsende Zustimmung. So schreibt der niederländische Historiker Capelle, *Economie en buitenlandse handel*, S. 67: «Zo legde Duitsland ziele in handelspolitiek opzichte toe tot het scheppen van een ‚Grossraumwirtschaft‘ door middel van gewelddadige territoriale expansie. Daarbij vond in toeneemende mate een isolatie van het land plaats van de wereldmarkt.»

141 Vortrag Thomas' vor der Kriegsakademie, 2. 4.1934, BA-MA Wi I F 3/308.

des deutschen Raumes und der deutschen Ressourcen ergebenden wirtschaftlichen Defizite führen, wo dies auf vertraglichem Wege allein unmöglich erschien.

Nach Auffassung führender politischer, militärischer, industrieller, aber auch wirtschaftswissenschaftlicher Kreise drängten Ende 1937 die angespannten wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb des deutschen Binnenwirtschaftsraumes nach dessen «Erweiterung, weil die Wirtschaftlichkeit so stark belastet war, dass die Wehrhaftigkeit und Sicherheit nicht [mehr] gefördert werden» konnten¹⁴².

142 So der Kieler Wirtschaftswissenschaftler Predöhl, zit. n. Meier, Aussenhandelsregulierung, S. 55.

VI. Rüstungswirtschaft und Aggression

1. Die wirtschaftliche Ausbeutung Spaniens während des Bürgerkrieges

Indem Hitler der Bitte Francos um militärische Unterstützung gegen die republikanischen Truppen entsprach, verband er den Willen zur Eindämmung des kommunistischen Einflusses in Europa mit der Absicht, Spanien in den ökonomischen Bannkreis des Dritten Reiches zu ziehen, um vor allem die vielfältigen agrarischen Produkte und bedeutsamen industriellen Rohstoffe des iberischen Staates der deutschen Rüstungswirtschaft zu erschliessen und zuzuführen. Von Vierjahresplan und Wehrmacht wurde eine solche Politik der unter dem Druck von Interventionstruppen zwangsweise herbeizuführenden ökonomischen Partnerschaft mitgetragen. Denn schliesslich musste der Staat «rüstungsmässig am besten dastehen, der entweder Gold hat, um draussen zu kaufen», oder der einen Verbündeten besass, «der ihm aus seinen Reserven Rohstoffe» lieferte. Da der NS-Staat praktisch über keine Goldbestände mehr verfügte, konnte «ein solcher Verbündeter Deutschland viele Schwierigkeiten ersparen»¹.

Ökonomische Fragen besaßen demzufolge in der deutschen Spanienpolitik während des Bürgerkrieges 1936-1939 einen hohen Stellenwert. Spaniens landwirtschaftliche Hauptausfuhrprodukte, Öl und Südfrüchte, aber auch seine Fischkonserven waren in Deutschland ebenso begehrte Mangelware wie seine Mineralien. Der iberische Staat figurierte vor dem Bürgerkrieg an der Spitze der europäischen bleifördernden Länder und zählte zu den wichtigsten europäischen Kupferproduzenten. Er führte ferner die Liste der Zinkerz- und Quecksilbererzeuger der Welt an, und in kleinen Mengen wurden Zinn, Wolfram, Silber, Gold, Wismut, Antimon und Schwefel gewonnen. Bedeutsam waren seine wegen ihres geringen Schwefel- und sehr hohen Eisengehalts (bis zu 60% und mehr) bekannten Eisenerzvorkommen, die zum Teil im Tagebau geschürft werden konnten. Hinter Schweden und Frankreich rangierte Spanien an dritter Stelle in der Reihe der deutschen Eisenerzlieferanten, und es bestritt rund 50% der Importe des Dritten Reiches an Schwefelkies. Dieser Rohstoff gewann zur Herstellung synthetischer Stoffe zunehmende Bedeutung für die chemische Industrie. Nach Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges stand die IG-Farben AG «vor der sehr gefährlichen Situation, nicht mehr genügend Schwefelkies für die Schwefelsäurefabrikation einführen zu können»².

1 Rede Thomas' vor dem «wehrwirtschaftlichen Beirat», 15. 3.1937, BA-MA Wi I F 5/1196.

2 Reisebericht Gattineau, IG Farben, zit. n. Schieder, Spanischer Bürgerkrieg, S. 177.

Das rohstoffreiche, aber industriell unterentwickelte Agrarland konnte sich auf lange Sicht als ein idealer Partner innerhalb eines auf die deutschen Bedürfnisse zugeschnittenen europäischen Clearingsystems und des projektierten Grosswirtschaftsraumes erweisen. Mithin verfolgte das NS-Regime während des spanischen Bürgerkrieges eine Wirtschaftspolitik, die stets «die Wahrung der deutschen Interessen auf... wehrwirtschaftlichem Gebiet»³ im Auge behielt, die darüber hinaus aber darauf bedacht war, «Spanien als ein reines Komplementärland für Deutschland nicht zu industrialisieren, sondern es einerseits als Rohstoffbasis auszuwerten, andererseits als Abnehmer für den deutschen industriellen Export zu halten und zu stärken»⁴.

Zu Beginn des Bürgerkrieges galt das deutsche wirtschaftspolitische Engagement in Spanien der Sicherstellung möglichst grosser Rohstoffmengen als Kompensation für die deutschen Kriegsgüterlieferungen. Unmittelbar nach seiner Ernennung zum Beauftragten für den Vierjahresplan traf Göring die ersten energischen Vorkehrungen, um die seit Ausbruch der spanischen Wirren praktisch zum Erliegen gekommenen Exporte ins Reich wieder in Gang zu setzen. Durch die deutsche Intervention wurden schon im Spätsommer 1936 beachtliche Rohstoffkontingente gesichert, und die erste Kupfererzladung (2'000 t) konnte Ende September im Hamburger Hafen gelöscht werden⁵. Wenig später erhielten die in Sevilla die deutschen Waffen- und Munitionslieferungen an die Franco-Truppen abwickelnde Gesellschaft Hisma und die zur Aufnahme spanischer Waren in Berlin neubegründete Firma Rowak das Ein- und Ausfuhrmonopol im gesamten deutsch-spanischen Warenverkehr, «weil mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Vierjahresplanes eine restlose Erfassung der in Spanien zur Verfügung stehenden und für die deutsche Wirtschaft lebensnotwendigen Rohstoffe und Nahrungsmittel anders nicht gesichert erschien»⁶.

In den ersten sechseinhalb Monaten ihres Bestehens gelang es den Gesellschaften Hisma/Rowak, grosse Rohstoffmengen, u.a. Wolle im Wert von 5,25 Mio. RM, sowie Eisenerz und Schwefelkies zum Import nach Deutschland bereitzustellen. Darüber hinaus hatte sich Berlin 60% der Ausbeute der grössten Schwefelkies- und Kupfererzgrube überschreiben lassen. Auf raschen Erfolg bedacht, schreckte die Hisma bei der Beschaffung von Rohstoffen nicht vor der Anwendung rabiater, beinahe konfiskatorischer Methoden zurück. Obwohl die nationalspanische Regierung offenkundig bereit war, für deutsche «Hilfe freiwillig viel zu geben», konnte dies für die Zukunft leicht anders werden, wenn sie merkte, dass sie «unter Ausnützung der derzeitigen politischen und militärischen Abhängigkeit zu wirtschaftlichen Zugeständnissen genötigt» wurde, die ei-

3 Dienstanweisung für den deutschen Verbindungsoffizier zu Franco, Warlimont, zit. n. Abendroth, Hitler, S. 124.

4 Studie des Reichsluftfahrtministeriums zur Geschichte der Legion Condor, März 1940, BA-MA RL2/v. 3187, Bl. 86.

5 Aufzeichnung des Wehrwirtschaftsstabes, 11.9.1936, BA-MA Wi IB 2/20.

6 Hisma-Chef Bernhardt an Canaris, 24.4.1937, zit. n. Abendroth, Hitler, S. 125. Vgl. Harper, Economic Policy, S. 32 ff.

nem Ausverkauf ihrer Bodenschätze gleichkam⁷. Es fehlte daher im Reich nicht an Stimmen, die rieten, den deutsch-spanischen Warenverkehr vertraglich in einer den derzeitigen deutschen ökonomischen Interessen genügenden und zugleich in einer den zukünftigen wirtschaftlichen Einfluss sichernden Weise zu regeln, das hiess «die augenblicklich für uns günstige Zeit auszunutzen, damit nicht in einem späteren Stadium das kapitalkräftige England uns den Markt wegnähme». In diesem Kontext versteht sich der «Führer-Auftrag» an den bei Franco akkreditierten Botschafter, General Faupel, «sich besonders um die Ausgestaltung der handelspolitischen Beziehungen Deutschlands zu Spanien zu kümmern»⁸.

Entsprechende Bemühungen scheiterten aber am Widerstand sowohl Francos als auch Görings, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven. Der spanische General lehnte es ab, sich in einer militärischen Zwangslage unter Pression Konditionen diktieren zu lassen, die er als Sieger wesentlich günstiger aushandeln konnte. Göring hingegen wollte den deutsch-spanischen Warenaustausch nicht in das enge Korsett eines auf dem wertmässigen Ausgleich von Lieferungen und Gegenlieferungen beruhenden Verrechnungsabkommens einschnüren lassen. In seiner Doppelfunktion als De-facto-Oberbefehlshaber der deutschen Truppen in Spanien und Beauftragter des Vierjahresplans war er vielmehr darauf bedacht, die jeweilige militärische Lage sowie die Versorgungslage Francos nutzend, ein an den Bedürfnissen des Vierjahresplans gemessenes Optimum an Rohstoffen und Nahrungsmitteln aus Spanien herauszuholen. Um eine solche Wirtschaftspolitik durchsetzen zu können, durfte die Machtstellung der rücksichtslos arbeitenden Gesellschaften Hisma/Rowak «unter keinen Umständen irgendwie geschwächt werden». Mit einem Verrechnungs- und Warenabkommen musste «zwangsweise... eine Schmälerung der Position Rowak/Hisma und damit eine Schmälerung der Rohstoffzufuhren aus Spanien verbunden sein»⁹. Göring setzte sich mit seiner Forderung voll durch. Die auf Regierungsebene getroffenen Übereinkommen beschränkten sich auf eine Zusatzvereinbarung zum deutsch-spanischen Handelsabkommen vom Jahre 1926¹⁰, die Deutschland die unbedingte und unbeschränkte Meistbegünstigung einräumte, und auf drei inhaltlich gleiche Geheimprotokolle. Deren letztes vom Sommer 1937 brachte das beiderseitige Bemühen um grösstmögliche Ausdehnung des zwischenstaatlichen Handels zum Ausdruck, und zwar unter weitestgehender Berücksichtigung der durch die jeweilige Wirtschaftslage bestimmten Interessen des Bezugslandes. Die Statistik lässt auf den ersten Blick Zweifel an dem Erfolg der deutschen Handelspolitik gegenüber Spanien zwischen 1936 und 1939 aufkommen.

7 Äusserung des Ministerialrats Wucher, Reichsfinanzministerium, zit. n. Abendroth, Hitler, S. 131.

8 Aktenvermerk Sabbath, Auswärtiges Amt, über eine Äusserung Hitlers gegenüber dem bei Franco ernannten Botschafter General Faupel, 27.11.1936, ADAP, D, Bd. III, S. 123.

9 Äusserung von Major v. Jagwitz, Leiter der Rowak, zit. n. Abendroth, Hitler, S. 129.

10 Vgl. Volkmann, Politik und ökonomisches Interesse, S. 61 ff.

Deutsche Einfuhr und Ausfuhr aus/nach Spanien in Mio.				RM ¹¹				
	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Einfuhr:	98,9	86,5	99,7	118,3	97,7	123,4	110,1	118,9
Ausfuhr:	90,6	85,5	87,5	105,7	69,3	58,7	94,1	67,7

Verständlich ist der Einbruch des Jahres 1936 zu Beginn der innerspanischen Auseinandersetzungen, dem dann aber ein nur mässiger Anstieg der Importe nach Deutschland folgte, die 1939 mit Mühe wieder den Wert des letzten Friedensjahres 1935 erreichten. Betrachtet man die deutschen Einfuhren jedoch im Vergleich zu denen der anderen spanischen Handelspartner, dann stellt man fest, dass das Dritte Reich seinen Marktanteil am spanischen Export gewaltig zu steigern wusste. Bereits im ersten Halbjahr 1937 hatte es die USA mit deutlichem Abstand vom ersten auf den zweiten Platz in der spanischen Kundenliste verwiesen.

Marktanteile ausgewählter Länder am spanischen Export (jeweils 1. Halbjahr)¹²

	1935		1936	
	Mio. GoldPtas.	%	Mio. GoldPtas.	%
Deutsches Reich	9198	13,1	9410	10,7
Frankreich	6167	8,7	12426	14,1
Großbritannien	11711	16,6	13672	15,5
Italien	1727	2,4	2933	3,3
USA	13986	19,9	15786	17,9
Argentinien	4545	6,4	4590	5,2
	1937		1938	
	Mio. GoldPtas.	%	Mio. GoldPtas.	%
Deutsches Reich	34394	38,5	38792	40,7
Frankreich	1156	1,2	320	0,3
Großbritannien	7387	8,2	11141	11,7
Italien	3840	4,3	14595	15,3
USA	19796	22,1	12858	13,5
Argentinien	2709	3,0	1953	2,0

Analysiert man die deutschen Importe aus Spanien nach Warengruppen und nach deren jeweiligem Wertanteil, dann zeigt sich mit aller Deutlichkeit die Ausrichtung der Bezüge nach den vom Vierjahresplan gesetzten Prioritäten¹³. Die Einfuhr von Agrarprodukten hatte sich zugunsten des Imports industrieller Rohstoffe stark verringert, wobei innerhalb der

¹¹ Schieder, Spanischer Bürgerkrieg, S. 178.

¹² Ebd., S. 181.

¹³ Siehe Tabelle S. 379; Schieder, Spanischer Bürgerkrieg, S. 180f.

Wertmäßiger Anteil der spanischen Lieferungen nach Deutschland (ohne Kanarische Inseln)

	Obst	Südfrüchte	Fische	Wein, Most	Felle, Häute	Eisenerze	Schwefelkies	Kupfer	Harz	Wolle	Pflanzl. Öle	Weizen	Rest
1932	Mio. RM	4,6	52,3	1,4	7,7	5,3	6,3	1,7					12,5
1932	%	4,68	52,85	1,43	7,80	5,35	6,38	1,70					12,66
1933	Mio. RM	3,5	43,6	1,7	7,1	6,1	7,5	0,5					11,2
1933	%	4,03	50,35	1,57	8,16	7,06	8,65	0,55					13,55
1934	Mio. RM	7,2	40,9	1,7	7,8	5,6	8,8		1,5	0,5			18,3
1934	%	7,20	41,06	1,66	7,84	5,65	8,82		1,51	0,47	0,48		18,33
1935	Mio. RM	4,8	2,1	5,7	13,5	13,2	8,2	1,3	1,7	1,3			24,2
1935	%	4,9	1,74	4,78	11,35	11,15	6,89	1,10	1,47	1,12			20,50
1936	Mio. RM	1,63	43,70	1,53	11,1	11,1	6,9	1,2	2,2	1,7			17,7
1936	%	1,63	43,70	1,53	11,12	11,13	6,92	1,20	2,20	1,74			18,83
1937	Mio. RM	1,0	13,6	4,5	14,6	20,7	13,9	4,1	9,2	14,0			27,8
1937	%	0,81	11,02	3,64	11,82	16,7	11,26	3,32	7,45	11,34			22,57
1938	Mio. RM	1,0	13,4	5,3	5,1	6,1	14,2		2,3	2,1	3,4	4,5	22,6
1938	%	0,90	12,17	4,81	4,63	5,54	12,89		2,08	1,90	3,08	4,08	20,59
1939	Mio. RM	6,3	35,5	2,0	6,9	4,4	9,4		1,0	4,8	9,2	0,8	20,9
1939	%	5,26	29,68	1,67	5,76	3,67	7,85		0,84	4,01	7,69	0,66	17,53
1940	Mio. RM	0,5	6,6	0,3	0,9	2,9	0,7		0,2	1,6	0,4	1,0	5,2
1940	%	2,45	32,40	1,47	4,41	14,23	3,43		0,98	7,85	1,96	4,90	25,43

landwirtschaftlichen Erzeugnisse wiederum die Genussmittel (Wein, Südfrüchte) zum Teil durch Wolle, pflanzliche Öle und Weizen substituiert wurden. Der Hisma gelang es sogar, das in Spanien selbst überaus knappe Pflanzenöl zum Export freizubekommen, und das in beachtlicher Menge. Als Deutschlands Erzlieferant behielt Spanien – wie auch in der Zeit vor dem Bürgerkrieg – den dritten Platz inne, wenngleich der wertmäßige Anteil der Erzimporte sank.

Die deutschen Lieferanten von Eisenerz nach Anteilen in Prozenten¹⁴

	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Schweden	45,1	49,3	56,8	39,1	44,6	44,0	41,0	48,7
Frankreich	20,7	22,5	19,5	39,9	37,1	27,8	23,0	13,4
Spanien	13,3	8,5	7,6	9,3	5,7	6,7	8,2	5,9
Norwegen	6,3	5,5	6,4	3,6	2,8	2,4	5,0	5,0
Neufundland	5,5	4,8	4,1	1,3	0,9	3,9	5,1	3,8
Algerien	4,2	3,7	2,2	1,5	2,8	3,5	3,4	2,6
Griechenland Lu-	2,2	1,7	1,0	1,4	0,9			
xemburg Sierra			1,0	2,6	3,0	1,0	1,1	1,1
Leone						7,4	8,0	7,6
Rest	2,7	4,0	1,4	1,3	2,2	2,3	3,1	8,8
	100	100	100	100	100	100	100	100

Von wesentlicher Bedeutung waren die deutschen Schwefelkiesimporte, die im besagten Zeitraum über 50% der deutschen Einfuhren dieses Rohstoffes ausmachten.

Spanischer Marktanteil bei den deutschen Importen von Schwefelkies¹⁵

ges. Importe davon Spanien Marktanteil in 1000 t in %

1932	650	305	46,9
1933	849	393	46,2
1934	987	532	53,9
1935	1018	562	55,2
1936	1042	464	44,5
1937	1464	835	57,0
1938	1430	895	62,5
1939	1120	582	51,9
1940	482	27	5,6

Der positive rüstungswirtschaftliche Effekt der deutschen Intervention in Spanien kann nicht bestritten werden. Wie gegenüber einer Reihe von südosteuropäischen und den baltischen Staaten gelang es auch bezüglich Spaniens, die deutschen Ausfuhren weit hinter die deutschen Einfuhren absinken zu lassen, d.h. Berlin zielte bewusst auf eine

¹⁴ Vgl. ebd., S. 177.

¹⁵ Vgl. ebd., S. 178.

negative Handelsbilanz ab, um die Exportquote zugunsten der Rüstungsproduktion entsprechend niedrig zu halten.

In Verfolg ihrer grossraumwirtschaftlichen Pläne zur allmählichen Einbettung einer Reihe europäischer Staaten in eine unter deutscher Dominanz stehende Wirtschaftsgemeinschaft wollten sich die Nationalsozialisten nicht auf den Ausbau der deutsch-spanischen Handelsbeziehungen beschränken. Denn «Rohstoffbeschaffung durch Einkauf... bedeutet nichts Bleibendes, sondern eine Rohstoffbeschaffung von der Hand in den Mund». Um die deutschen wirtschaftlichen Interessen in Spanien langfristig zu sichern, war «das tiefe Hineingehen in die Hauptquellen des spanischen Reichtums..., nämlich in Landwirtschaft und Bergbau», notwendig¹⁶. Während Initiativen zwecks Landerwerbs zwar erwogen wurden, aus Furcht vor einer von der nationalen Regierung angekündigten Agrarreform aber unterblieben, glückte es Ende 1938, unter skrupelloser Ausnutzung der sich im spanischen Bürgerkrieg abzeichnenden militärischen Patt-Situation, die kriegsentscheidenden deutschen Waffenlieferungen von der – schliesslich eingeholten – Zustimmung Francos zu einer deutschen Mehrheitsbeteiligung an vier grossen Bergwerksgesellschaften abhängig zu machen¹⁷.

Zwar gelang es der Hisma, lebenswichtige Betriebe in den von Franco kontrollierten Gebieten in ständig steigendem Masse mit der deutschen Wirtschaft zu verbinden, doch auf längere Sicht, also über den Bürgerkrieg hinaus, sollten sich die Berliner wirtschaftspolitischen Ambitionen in dem iberischen Staat nicht erfüllen. Nach seinem Sieg 1939 strengte Franco eine Normalisierung der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen durch Abbau des deutschen wirtschaftspolitischen Einflusses an, und er verstand es im Verlauf des Zweiten Weltkrieges, alle Versuche abzuwehren, sein Land in ein vom Dritten Reich angestrebtes europäisches ergänzungswirtschaftliches Verbundsystem einzugliedern.

2. Die wehrwirtschaftliche Bedeutung des Anschlusses Österreichs

Der von Hitler stets projektierte Anschluss Österreichs war nicht nur volkstumpolitisch motiviert. Er versprach – zumindest in dem Zeitpunkt, zu dem er erfolgte – eine nicht unwesentliche Verbesserung der wirtschaftlichen Situation. Bereits seit Ende 1937 fest ins Auge gefasst und Mitte März 1938 vollzogen, muss er als «eine der Stufen im Expansionsprogramm der deutschen Führung, das auf die Errichtung eines verteidigungsfähigen, grosseuropäischen Wirtschaftsraumes unter deutscher Hegemonie zielte», betrachtet werden¹⁸.

Seit Anfang 1937 hatte sich Hitlers Wirtschaftsberater und Mitarbeiter im Vierjahresplan Keppler «intensiv mit den österreichischen Verhältnissen beschäftigt»¹⁹. Das Land

16 Bericht des Leiters der Hisma, 4.11.1937, ADAP, D, Bd. III, S. 427.

17 Verbalnote der nationalspanischen Regierung, 19.12.1938, ebd., S. 683f.

18 Schausberger, Wirtschaftliche Aspekte, S. 133. Vgl. Beitrag Messerschmidt, S. 676-770.

erzeugte auf dem Agrarsektor Milch, Butter und Käse über seinen eigenen Bedarf hinaus und konnte auf den ersten Blick dazu beitragen, die entsprechenden Lücken im Altreich zu füllen. An Rohstoffen verfügte es insbesondere über Holz, Eisenerze, Blei, Zinkerze und zur Energiegewinnung ungenutzte Wasserkräfte. Nicht unbeachtet blieben die österreichischen Erdölvorkommen. Die Alpenrepublik besass eine qualitativ sehr leistungsfähige Grundstoff- und vor allem verarbeitende Industrie, deren Kapazitäten angesichts einer langwährenden, nur langsam abflauenden Rezession ungenügend genutzt waren und bei rund 400'000 Arbeitslosen (zum grossen Teil Facharbeiter) verhältnismässig rasch ausgeschöpft werden konnten. Die Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich verdiente somit «vom wehrwirtschaftlichen Standpunkt [aus] eine besondere Beachtung»²⁰.

Zielten die nach dem 13. März 1938 ergriffenen wirtschaftspolitischen Massnahmen generell darauf ab, Österreich zu einem unlösbaren Bestandteil der deutschen Wirtschaft zu machen, so war die deutsche Wirtschaftspolitik «in erster Linie dadurch gekennzeichnet, dass selbstverständlich Österreich in den Geltungsbereich des Vierjahresplanes einbezogen» wurde²¹. Alle Schritte in Richtung auf eine wirtschaftliche Integration galten daher der Eingliederung der österreichischen Wirtschaft in den deutschen rüstungsökonomischen Prozess. Bereits zwei Tage nach dem deutschen Einmarsch erlangte der Vierjahresplan in Österreich Gültigkeit, und Göring kündigte sogleich an, «für den Ausbau der Energiewirtschaft, für die Hebung der Bodenschätze wie für die Ausgestaltung der vordringlich in Frage kommenden Industrie- und Verkehrszweige» Sorge zu tragen²².

19 Kehrl, *Krisenmanager*, S. 118.

20 Bericht des Wehrwirtschaftsstabes über den Stand der wirtschaftlichen Lage, 1. 4. 1938, BA-MA RW 19/86. In der Fachliteratur setzt sich immer mehr die Überzeugung durch, dass für den Anschluss Österreichs wirtschaftspolitische Momente von besonderer Bedeutung waren, insbesondere für den Zeitpunkt der Annexion. «Seit mit dem Inkrafttreten des Vierjahresplanes die deutsche Wirtschaftspolitik deutlich auf Rüstung und damit Autarkie ausgerichtet worden war, gewannen in den politischen Überlegungen zu Österreich die wirtschaftlichen Aspekte immer mehr an Gewicht», heisst es in der Studie von Butschek, *Österreichische Wirtschaft*, S. 45. Die im österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung erarbeitete Untersuchung stellt auch deutlich heraus, welchen ökonomischen Wert Österreich gerade im Jahre 1938 für das Deutsche Reich besass: «Nach dem ‚Anschluss‘ Österreichs an Deutschland fanden die Nationalsozialisten eine ökonomische Situation vor, die jener ähnelte, welche zu ihrer Machtergreifung im eigenen Lande gegeben war: Eine Wirtschaft im Stande einer katastrophalen Unterauslastung materieller und personeller Kapazitäten, mit fallender Preistendenz, aber mit ausgeglichener Zahlungsbilanz und einigen Währungsreserven.» Ebd., S. 46. «Die Eingliederung Österreichs in den deutschen Wirtschaftsraum bedeutete zunächst, dass 15,5% des bisherigen österreichischen Aussenhandels, nämlich jener mit Deutschland, nunmehr zum Binnenhandel wurde und durch den Abbau der – gravierenden – Handelshemmnisse ein beträchtlicher ‚handelsschaffender‘ Effekt entstehen musste.» Ebd., S. 47. Die Studie basiert auf einem die Darstellung anschaulich machenden statistisch-tabellarischen Material.

21 Grossdeutschland in der Energiewirtschaft, S. 1224.

22 Göring, *Ostmark*, S. 194.

Besonderen Wert legte man auf die Erdöl- und Eisenerzförderung, die beachtlich anstieg.

Produktion in Österreich (in 1000 t) ²³			
	1937	1938	1939
Eisenerz	1880	2660	2971
Erdöl	32,9	56,7	144,3

Die von Deutschland entfaltenen wirtschaftlichen Initiativen führten in Österreich zu einer verspäteten «Gründerperiode». Dabei flossen die Interessen von Staat und Wehrmacht auf der einen und deutscher Wirtschaft auf der anderen Seite zusammen. Um die im Alpenraum vermeintlich recht langsam laufenden wirtschaftlichen Uhren der schnelleren deutschen Umlaufzeit anzupassen, durfte die deutsche Wirtschaft einen Grossteil der österreichischen Banken und Industrieunternehmen durch Erwerb von Mehrheitsbeteiligungen oder ganzer Firmen zu Schleuderpreisen unter ihre Kontrolle bringen. Als Gegenleistung erwartete das NS-Regime die Ausrichtung der Wirtschaft an den in Berlin formulierten rüstungsökonomischen Erfordernissen. Garantiert wurde der veränderte wirtschaftliche Kurs der ehemaligen Alpenrepublik weiterhin durch einen im Zuge der Eigentumsverschiebungen sich vollziehenden Führungswechsel, in dessen Verlauf «alte Kämpfer» Österreichs und zahlreiche Reichsdeutsche wirtschaftliche Schlüsselpositionen besetzten. Gleichzeitig dehnten die Hermann Göring-Werke ihren Einfluss auf Österreich aus, indem sie in Linz ein gigantisches Hüttenwerk bauten und zahlreiche bestehende Industrieunternehmen in ihre Regie nahmen. Mit der Gustloff-Stiftung fasste ein weiterer Staatskonzern im Alpenraum Fuss, der neben der IG-Farben AG weite Bereiche der chemischen (Pulver-)Erzeugung kontrollierte. Unter diesen Voraussetzungen vollzog sich die Einbeziehung der österreichischen Industrie in den unmittelbaren Aufrüstungsprozess rasch und nahezu reibungslos. Sicher bedurfte es zur Mobilisierung der österreichischen Wirtschaftskräfte anfangs deutscher Investitionen, doch durch das intensive Ausschöpfen der wirtschaftlichen, verkehrsgeographischen und strategischen Möglichkeiten erhielt man «in verhältnismässig kurzer Zeit den Einsatz dieser Zuschussmittel» wieder zurück²⁴. Bei Kriegsausbruch galten rund 245 Unternehmen als Rüstungsbetriebe, die in der Hauptsache Uniformen, Hindernis- und Stellungsbaugerät sowie Ausrüstungsgegenstände für das Heer herstellten. Die Produktion von Aufbauten für Panzerspähwagen und von Karabinern lief gerade an, während die Errichtung einer Reihe von Werken zum Bau von Panzer- und Flugzeugteilen sowie zur Produktion von Geschützen und Munition verschiedenster Art unmittelbar bevorstand.

Da der rüstungswirtschaftliche Aufschwung Österreichs, beschleunigt durch ein in An-

²³ Schausberger, Die Bedeutung Österreichs, S. 62, Anm. 24.

²⁴ Studie des Statistischen Reichsamts, BA R 24/17.

lenkung an ähnliche Massnahmen in Deutschland 1933/34 durchgeführtes Arbeitsbeschaffungsprogramm nur einen gewissen Prozentsatz der österreichischen Arbeitslosen – und das auch kurzfristig – zu absorbieren vermochte, kündigte Göring bereits Ende März 1938 angesichts des im Altreich immer schärfere Formen annehmenden Kampfes um (zumeist Fach-)Arbeitskräfte an, den Mangel durch Dienstverpflichtung von Österreichern zu beheben. «Es gehe... nicht an, dass in Österreich einsatzfähige Arbeitskräfte längere Zeit arbeitslos» blieben «und Unterstützung» erhielten, «während sie im übrigen Reichsgebiet dringend benötigt» würden. «Wenn also die österreichische Wirtschaft in absehbarer Zeit nicht restlos zur Einstellung der arbeitslosen Kräfte» in der Lage sei, «könne ein Einsatz im alten Reichsgebiet erfolgen»²⁵. Als es trotz erhöhter Lohnanreize nicht gelang, genügend österreichische Arbeiter in das Altreich zu vermitteln, schuf die «Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung» (22. Juni 1938) die Voraussetzungen für eine Dienstverpflichtung, die in kurzer Zeit die Überführung von 100'000 österreichischen Arbeitern, unter ihnen rund 10'000 Ingenieure, nach Deutschland ermöglichte. Die in Österreich vorgefundenen Rohstoffvorräte sowie Geld- und Devisenbestände erwiesen sich als so gross, dass «die deutsche Rohstoff- und Devisenwirtschaft nach der bestehenden Planung das Jahr 1938 hindurch fortgeführt und aufrechterhalten werden» konnte. Nach optimistischen Schätzungen erschien sogar «rohstoff- und devisenwirtschaftlich die erste Hälfte des Vierjahresplanes gesichert»²⁶.

Vom Reich übernommene Gold- und Devisenbestände²⁷

	Mio. S	Mio. RM
Valutenbestand der Österr. Nationalbank	460	230
	(4701 t. Gabriel)	
Ungemünztes Gold der Nationalbank (nur bei Schausberger aufgeführt)	296	148
Golddepot bei der Bank von England	80	40
Clearingguthaben	150	75

Hinzu kam, dass mit der Eröffnung einer Reichsbankhauptstelle in Wien sehr hohe Goldwerte und Devisenbestände aus privater Hand in die Geldinstitute flossen, wobei es sich wohl in erster Linie um im Inland gehortetes Gold und um Depositen und Wertpapiere handelte, die im Ausland angelegt waren. Der Rückfluss in die Banken erklärt sich einmal aus dem wiedergewonnenen Vertrauen in die heimische Wirtschaft. Er erfolgte aber in der Hauptsache wohl aufgrund einer angekündigten Abgabepflicht und

²⁵ Keesings Archiv der Gegenwart 1938, B 3525.

²⁶ Bericht über eine Besprechung wirtschaftlicher Fragen im Vierjahresplan, 19.5.1938, BA R 26 IV/4.

²⁷ Schausberger, Wirtschaftlicher Anschluss, S. 255.

wegen eines kurzfristig eingeräumten günstigen Eintauschkurses. Denn während der offizielle Wechselkurs 1 S = 0,47 RM betrug, konnte man Gold und ausländische Bankguthaben sowie Wertpapiere bis zum 25. April im Verhältnis 3 S zu 2 RM wechseln. Insgesamt wurden die eingegangenen Werte auf die folgenden Mindestbeträge geschätzt:

Gold aus dem Inland	750 Mio. S
Bankguthaben aus dem Ausland	500 Mio. S
Wertpapiere aus dem Ausland	500 Mio. S

zusammen 1750 Mio. S

Ungeachtet seiner geringen territorialen Ausdehnung brachte Österreich an Gold und Devisen den 15- (3 S = 2 RM) bzw. 21fachen (1 S = 0,47 RM) Betrag dessen ein, was die Reichsbank an Barvermögen besass. «Es ist in dieser Hinsicht nicht mit leeren Händen in das Reich gekommen²⁸.» Erwähnt werden müssen ausserdem noch die auf mindestens 500 Mio. S zu beziffernden Geldreserven der österreichischen Girodepositen, Banken und Sparkassen; auch dieser Betrag ging schon im April 1938 an die Reichsbank über, wodurch sich allein deren Giroguthaben um etwa 21,3% erhöht haben dürften²⁹.

Unbestritten hatte sich auch die verkehrsgeographische Situation, insbesondere unter aussenhandelspolitischen Gesichtspunkten, verbessert. Grenzte doch das Deutsche Reich «nunmehr unmittelbar an den südosteuropäischen Raum» an, «der als Nahrungsmittel- und Rohstofflieferant und als Absatzgebiet für die industriellen Fertigungserzeugnisse sein natürliches Hinterland» darstellte³⁰. Jetzt ragte Deutschland «weit in den kriegsversorgungswirtschaftlich überaus bedeutsamen europäischen Südosten hinein»³¹. In Berlin zeigte man sich auch fest entschlossen, von Österreich aus die schon während des «Neuen Plans» angeknüpften Handelsbeziehungen zu den Staaten des Donauraums so eng zu knüpfen, dass sie – ganz im Sinne des Aufbaues einer Grossraumwirtschaft – «in allen Lagen einen geregelten Warenaustausch» sicher stellten³².

Doch versprach eine solche Politik «eine Entlastung der deutschen Rohstoff- und Devisenwirtschaft nur auf lange Sicht»³³. Denn solange die ergänzungswirtschaftliche Verflechtung Südosteuropas mit Deutschland/Österreich nicht abgeschlossen war, bedeutete der Anschluss gesamtwirtschaftlich gesehen eine Belastung für das Deutsche Reich. Die bestand vor allem in einem vermehrten Einfuhrbedarf an Nahrungsmitteln. Obwohl auch die österreichische Landwirtschaft – gleich der Industrie – in das wehrwirtschaftli-

28 Gabriel, Österreich, S. 648 f.

29 Ebd., S. 650; ders., Eingliederung, S. 422.

30 Bericht des Wehrwirtschaftsstabes über den Stand der wirtschaftlichen Lage, 1.4.1938, BA-MA RW19/93.

31 Studie des Statistischen Reichsamts, BA R 24/17.

32 Göring in einer Sitzung des Generalrats des Vierjahresplanes, 5.4.1938, BA R 26IV/5.

33 Protokoll der Besprechung über Wirtschaftsfragen unter Vorsitz von Staatssekretär Körner, 19.5.1938, BAR26IV/4.

che System eingegliedert wurde, blieb der erhoffte agrarwirtschaftliche Erfolg aus. Immerhin stellte das Reich unmittelbar nach der Okkupation Mittel für bauliche Zwecke, für die Verbesserung der ländlichen Verkehrsstruktur sowie zur Regulierung der Wasserkräfte und zur Düngemittelversorgung bereit. Zudem wurde eine Entschuldungsaktion durchgeführt, die allerdings nur «entschuldungsbedürftige», «entschuldungsfähige» und «entschuldungswürdige», das heisst im Sinne der wehrwirtschaftlichen Ernährungssicherung nutzbare, also überwiegend Mittel- und Grossbetriebe erfasste. Da die betroffenen Eigentümer mit ihrem ganzen bäuerlichen Anwesen für diese Entschuldung dem Staat gegenüber hafteten, nicht zuletzt in Form von festgesetzten Abgabekontingenten, die viele Höfe nicht zu erbringen vermochten, wurde sehr rasch eine Landflucht ausgelöst, die zu ernährungswirtschaftlichen Versorgungsengpässen führte. So brachte der Anschluss der Alpenrepublik nur eine kurzfristige und punktuelle Stärkung der deutschen Wirtschaft, so dass schon «Anfang 1939 die Lage gegeben sein» musste, «die Anfang 1938 vor der Eingliederung Österreichs sich abzuzeichnen begannen»³⁴. Da sich der ökonomische Zuwachs nur in einem grösseren territorialen Rahmen längerfristig positiv auszuwirken versprach, waren die NS-Führungskreise entschlossen, den einmal beschrittenen Weg der partiellen Lebensraumerweiterung nun beschleunigt weiterzugehen, und zwar in der Absicht, den mit der schrittweisen territorialen Expansion verbundenen rüstungswirtschaftlichen Zuwachs in neue militärische Aktionen zu investieren.

3. Die Eingliederung der Sudetengebiete in die deutsche Wehrwirtschaft

Dieses von den Zwängen der rüstungswirtschaftlichen Dynamik diktierte, auf die Sicherstellung des «grossen Bedarf[s] für den Fall des Krieges» ausgerichtete Expansionsstreben musste – militärisch gesehen – im Jahre 1938 noch «gewisse Bedenken» wecken. Beschwor eine solche Politik doch die Gefahr einer Konflikteskalation herauf, auf die das Dritte Reich wirtschaftlich nur unzureichend vorbereitet war. In Kreisen der Wehrmacht galt daher in Anbetracht des gegebenen Rüstungsstandes «der Gedanke der Grossraumwirtschaft vielleicht [als] ein Gegenstand des Strebens» in weiterer Zukunft, dessen Realisierung jedenfalls eine umfängliche Rüstung zur Voraussetzung haben musste. Diese war aber nur in einer ausgedehnten Friedensperiode, während der sich das Bemühen um Selbstversorgung und die Pflege des Aussenhandels nicht wechselseitig ausschlossen, sondern vorteilhaft ergänzten, durchzuführen³⁵. Solche Vorbehalte gegenüber der seit 1938 betriebenen Expansionspolitik übten aber auf den Ablauf des

34 Ergebnis einer Staatssekretärsbesprechung, 19.5.1938, BA R 26IV/4.

35 Streng vertraulicher Vortrag von Gen. Thomas über Wehrwirtschaft und Autarkie als Betrachtung von Seiten der Landesverteidigung (gehalten vor den Mitarbeitern der Reichsbank), 21.6.1938, BA-MA Wi I F 5/153.

gesamt- und speziell rüstungsökonomischen sowie politisch-militärischen Geschehens keinerlei Einfluss mehr aus.

Nachdem Hitler ursprünglich die «Bereinigung der tschechischen Frage» hatte zurückstellen wollen, «um erst Österreich verdauen» zu können³⁶, liess er im April 1938 – unter Nutzung des aus dem Anschluss unmittelbar wirksamen rüstungswirtschaftlichen Zuwachses – die Vorbereitungen für den sogenannten Fall Grün, das heisst für die Zerschlagung der Tschechoslowakei, anlaufen, und zwar in einem internationale Verwicklungen einkalkulierenden Umfang und Tempo. Die NS-Wirtschaft trat in die Phase der unmittelbaren Kriegsvorbereitungen ein, was in Anbetracht der bereits um rund 12% überspannten Leistungskapazität der deutschen Wirtschaft eine noch stärkere Konzentration auf kriegswichtige Produkte notwendig machte³⁷. Daher wurde der ursprüngliche Vierjahresplan im Frühsommer 1938 durch den Wehrwirtschaftlichen Neuen Erzeugungsplan revidiert und in Teilen überholt, der die Produktion von Pulver-, Spreng- und Kampfstoffen sowie von Leichtmetallen, die Mineralölförderung sowie die Kautschukgewinnung bis zum Jahre 1942/43 zur absoluten Priorität erhob³⁸. Von der IG-Farben-Leitung in der Grundkonzeption entworfen, sicherte der Wehrwirtschaftliche Neue Erzeugungsplan dem Unternehmen fortan eine beträchtliche und unheilvolle Ein-

Planziele des Wehrwirtschaftlichen Neuen Erzeugungsplans³⁹

Sektor	Kapazität 1938	Planziel	Steigerung in %
Mineralöl	2,4 Mio. jato	13,8 Mio. jato	475
Kautschuk	5000 jato	120000 jato	2300
Aluminium	170000 jato	270000 jato	59
Magnesium	18000 jato	36000 jato	100

Pulver- und Sprengstoffpläne

Produkt	Kapazität 1938 (1000 moto)	Planziel (1000 moto)	Geplante Steigerung in %
Sprengstoff	5,4	17,1	217
Pulver	5,0	18,1	262
Kampfstoffe	0,92	9,3	911

36 Eintragung im Jodl-Tagebuch, IMT, Bd. 28, S. 372.

37 Expertise des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes über Deutschlands Wehrwirtschaftspotential bei Kriegsausbruch, 26. 2.1940, BA-MA Wi I F 5/3442. Vgl. dazu USSBS, vol. II, New York, London 1976, wo vor dem Hintergrund modernen Refa-Wissens die Ansicht vertreten wird, dass die deutschen Produktionskräfte noch in erheblichem Umfang mobilisierbar gewesen wären. Tatsächlich ist es Speer während des Krieges gelungen, durch Normierung und Automatisierung eine beachtliche Leistungssteigerung zu erreichen.

38 Wehrwirtschaftlicher Neuer Erzeugungsplan, 12. 7.1938, BA-MA Wi I F 5/3579.

39 Petzina, Autarkiepolitik, S. 126/127.

flussnahme auf das wirtschaftliche Geschehen im Dritten Reich. Und dies nicht nur aufgrund des überragenden Stellenwertes der Chemie innerhalb der Wehr- und Kriegswirtschaft, sondern auch wegen der personellen Verfilzung zwischen staatlicher Wirtschaftsbürokratie und dem IG-Farben-Konzern. Dessen Direktor Krauch avancierte als Bevollmächtigter (22. August 1938, wenige Monate später als Generalbevollmächtigter) für die Erzeugung von Mineralöl, Kautschuk und Leichtmetallen, von Schiess- und Sprengstoffen und deren Vorprodukten und Hilfsstoffen sowie für die Erzeugung von chemischen Kampfmitteln nach Göring zum mächtigsten Mann in der Vierjahresplan-Organisation, zumal er noch über eines der bedeutendsten Wirtschaftsforschungsinstitute Europas gebot (Volkswirtschaftliche Abteilung der IG-Farben AG).

Die im Wehrwirtschaftlichen Neuen Erzeugungsplan, auch Karinhall- oder Krauch-Plan genannt, festgelegten Produktionsnormen orientierten sich nicht an den vorhandenen Produktionskapazitäten des Jahres 1938, so dass eine deutsche Kriegsbereitschaft erst nach umfänglichen Investitionen zur Schaffung erweiterter Produktionsmöglichkeiten, das heisst nur auf längere Sicht zu erwarten war, wie angesichts der knappen Rohstoffe und Arbeitskräfte die Durchführbarkeit des Programmes generell in Frage gestellt schien.

Durch Produktionsumlagerung auf rüstungswichtige Güter liess sich lediglich kurzfristig eine Erhöhung der militärischen Schlagkraft erzielen, die das NS-Regime bei der Lösung der tschechoslowakischen Frage im Sinne der Erweiterung seiner ökonomischen Basis rücksichtslos einsetzen wollte. Nur in diesem Zusammenhang lässt sich die Erklärung für die im August 1938 erfolgte Erweiterung des Wehrwirtschaftlichen Neuen Erzeugungsplans zum sogenannten «Schnellplan» finden, demzufolge die auf 1942/43 ausgelegte Laufzeit der rüstungswirtschaftlichen Programme um ein Jahr verkürzt wurde. Das NS-Regime riskierte «bewusst den Ruin der deutschen Volkswirtschaft in der Hoffnung, sie durch einen als Beutezug geführten Krieg wieder sanieren zu können»⁴⁰.

Unter anderem erlaubte es die rüstungswirtschaftliche Situation Deutschlands nicht, die tschechoslowakische Frage (das heisst die Eingliederung des Sudetengebietes in das Dritte Reich, die Einrichtung des Protektorats Böhmen und Mähren und die Bildung eines politisch und wirtschaftlich von Berlin abhängigen slowakischen Staates) in einem Zuge zu lösen, obgleich Hitler dies gerne erreicht hätte. Allein zur militärischen Absicherung der Verhandlungen um die Lösung der Sudetengebiete aus dem tschechoslowakischen Staatsverband musste «bewusst mit den Devisenbeständen Raubbau getrieben und der Export vernachlässigt» werden⁴¹, wollte man den eigenen Forderungen den notwendigen Nachdruck durch die Drohung notfalls kriegerischer Schritte verleihen.

40 Bracher/Sauer/Schulz, *Machtergreifung*, S. 755.

41 Aufzeichnung über Ausführungen Görings vor dem Generalrat des Vierjahresplans, 14.10.1938, BA R 26IV/5.

hen. Die deutsche Auslandsverschuldung erreichte im Spätsommer 1938 einen die weitere Rohstoff- und Nahrungsmittelzufuhr gefährdenden Höhepunkt. Die in der zweiten Jahreshälfte vollzogene Eingliederung des Sudetenlandes allein konnte diesen hohen wirtschaftlichen Einsatz nicht rechtfertigen. Zwar fielen wichtige Industriezweige mit zum Teil nicht voll ausgelasteten Kapazitäten in deutsche Hand, so dass in Verbindung mit einer hohen Arbeitslosenquote günstige Voraussetzungen für eine Entlastung der deutschen Wirtschaft gegeben schienen. Auf dem Rohstoffsektor wies das neue Reichsgebiet Holzüberschüsse auf, und es besass reiche, rüstungswirtschaftlich nutzbare Lagerstätten an Wolfram- und Uranerzen, über die Deutschland bislang nicht verfügte. Hinzu kamen hochwertige Braunkohlelager, die, soweit sie sich nicht in sudetendeutschem Besitz befanden, in staatliches Eigentum übergingen. Von Qualität und Umfang her erlaubten sie einen starken Ausbau der Mineralöl-, Buna-, der allgemeinen chemischen Produktion und der Energiewirtschaft. Aufgrund dieser Gegebenheiten wurde die Wirtschaft des Sudetengebietes schon Anfang Oktober 1938 in den Vierjahresplan und im Bereich der Chemie in den Wehrwirtschaftlichen Neuen Erzeugungsplan eingebunden⁴².

Die wichtigsten Industriezweige des angegliederten Sudetengebietes im Jahre 1939⁴³

Industriezweig	Zahl der beschäftigten Personen	Von der gesamten Beschäftigungszahl der Tschechoslowakei fielen an Deutschland in %
Bergbau	45411	37,5
Eisen-, Stahl- und Metallwaren	48286	33,0
Maschinenbau	26485	19,8
Elektrotechn. Industrie	10582	23,7
Chemische Industrie	13106	32,3
Textilindustrie	207400	57,6
Glasindustrie	41304	65,0

Doch andererseits benötigte die Wirtschaft des Sudetenlandes in den übrigen Rohstoffbereichen und auf dem Ernährungssektor erhebliche Zufuhren, weshalb der territoriale Zuwachs zumindest «für den Augenblick... eine Verschlechterung der gesamtdeutschen wehrwirtschaftlichen Lage» nach sich zog⁴⁴.

Obgleich Göring verlangt hatte, «das Sudetenland müsse mit allen Mitteln ausgenützt

42 Reichsstelle für Wirtschaftsausbau: Ausbauplan Sudetendeutschland (Bereich Nordwest Böhmen und Egerland) für Mineralöl, Buna, Chemie einschliesslich Vorprodukte und Energie, 15.10.1938, BA-MA Wi I F 3/180.

43 Barthel. Politik, S. 104.

44 Bericht des OKW über den Stand der wirtschaftlichen Lage, 1.11.1938, BA-MA Wi I F 5/ 543.

werden»⁴⁵, liess sich hinsichtlich der wehrwirtschaftlichen Mobilmachung insgesamt kein nennenswerter Fortschritt erzielen. Wie der Beauftragte für den Vierjahresplan mit entwaffnender Offenheit zugab, stand man in der zweiten Hälfte 1938 «vor ungeahnten Schwierigkeiten. Die Kassen seien leer, die fabrikatorischen Kapazitäten für Jahre hinaus mit Aufträgen vollgepfropft.» Und dies nicht nur in Erfüllung des wehrwirtschaftlichen Neuen Erzeugungsplanes. Zum Beispiel beanspruchten Partei und Staat nach wie vor zur Selbstdarstellung nach innen und aussen im Baubereich grosse Mengen an Material und Arbeitskräften, nicht zuletzt auf Kosten der im Mai 1938 befohlenen Errichtung des Westwalles. Im Vierjahresplan bemühte man sich, nicht kriegswichtige Projekte ebenso zurückzustellen wie sozial- und tarifpolitische Ambitionen. Die DAF wurde davor gewarnt, den «Arbeitern Versprechungen zu machen, die... nicht gehalten werden können»⁴⁶. Gleichzeitig war man um drastische Produktionsbeschränkungen im Konsumgüterbereich bemüht. Unter anderem verlangte Göring die sofortige Umstellung der Maschinenindustrie dieses Wirtschaftszweiges auf die Herstellung von Werkzeug- und der Kriegsrüstung dienende Maschinen. Denn aufgrund der übermässigen Beanspruchung sowie versäumter rechtzeitiger und ausreichender Erneuerung der industriellen Anlagen litten diese unter Abnutzungserscheinungen, und es bestand die akute Gefahr eines allgemeinen Leistungsabfalles. Hinzu trat die Überbeanspruchung der zum Teil 60 Wochenstunden arbeitenden «Gefolgschaft», die auch nach Auffassung der Wehrmacht «keineswegs... auf die Dauer durchgehalten werden» konnte⁴⁷.

Wenn auch die Göringsche Drohung, der deutsche Privatunternehmer müsse angesichts dieser Schwierigkeiten seine Daseinsberechtigung beweisen, andernfalls «ginge er rücksichtslos zur Staatswirtschaft über»⁴⁸, sicher nicht so ernst gemeint war, wie sie ausgesprochen wurde, ein Indikator für die Intensität der rüstungsökonomischen Krise war sie allemal. Die im Herbst 1938 ausgegebene Losung: «Erhöhung des Exports zur Besserung der Devisenlage», musste bei gleichzeitig geforderter «Verschärfung der Rüstung»⁴⁹ widersinnig erscheinen. So erwies sich die von Hitler wieder einmal proklamierte «Exportschlacht» bereits als verloren, ehe sie begonnen hatte. Zudem machten Experten auf die rückläufigen ausländischen Auftragseingänge aufmerksam, die sie auf die «engen Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft» zurückführten. Fürchteten die deutschen Exportkunden doch vielfach, dass das Dritte Reich in Kürze womöglich in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt und daher lieferunfähig sein

45 Protokoll einer Konferenz bei Göring, 14.10.1938, zit. n. IMT, Bd. 27, S. 163. Anderes Protokoll derselben Sitzung vgl. Anm. 41.

46 Ebd., S. 161.

47 Bericht des OKW über den Stand der wirtschaftlichen Lage, 1.1.1939, BA-MA W 01-8/47.

48 Göring auf der Besprechung vom 14.10.1938, IMT, Bd. 27, S. 161. Vgl. Aufzeichnung über Ausführungen Görings, 14.10.1938, vor dem Generalrat des Vierjahresplans, BA R 26IV/5.

49 Göring auf der Besprechung vom 14.10.1938, IMT, Bd. 27, S. 160. Vgl. Aufzeichnung über Ausführungen Görings, 14.10.1938, vor dem Generalrat des Vierjahresplans, BA R 26 IV/5.

könnte, weshalb sie ihre Aufträge zunehmend in neutralen Staaten unterbrachten. Ausserdem hatte sich – wie man in Berlin richtig erkannte – im Ausland ein «ständig zunehmender politischer Boykott deutscher Waren entwickelt»⁵⁰, den Grossbritannien, Belgien, die Niederlande sowie die USA und unerwartet auch südamerikanische Staaten verstärkt ausübten, und zwar in Reaktion auf die deutsche Expansionspolitik im Allgemeinen und speziell auf die Enteignung der Juden in den neugewonnenen Territorien. Unter Beibehaltung des von aussenpolitischen Erwägungen diktierten rüstungswirtschaftlichen Kurses liess sich die Versorgungslage nur unter der Prämisse verbessern, «dass Deutschland auf längere Sicht mit einer etwa 20%igen Deckung seines Einfuhrbedarfes durch Südosteuropa rechnen» konnte⁵¹.

Der Anschluss der Sudetengebiete sollte sich also so recht erst unter dem Aspekt der weiteren Ausdehnung der territorial-machtpolitischen und damit zugleich auch ökonomischen Sphäre Deutschlands auszahlen. Denn darüber hat in NS-Führungskreisen kein Zweifel bestanden, dass «die friedliche Befreiung Sudetendeutschlands und seine Angliederung an das Reich... nur eines der auf dem Lebensweg unseres Volkes liegenden Ziele» darstellen konnte⁵².

Ökonomisch gesehen bestand die Annexion des Sudetengebietes ganz allgemein in der «Vergrösserung des Grossdeutschen Wirtschaftsraumes», wobei «die nunmehrige politische und wirtschaftliche Abhängigkeit der Rest-Tschechoslowakei vom Reich und die dadurch erreichte verstärkte Sicherung des Zuganges zum Südostraum» von ausschlaggebender Bedeutung waren⁵³.

Durch die Abtrennung des Sudetengebietes erfuhr die Münchener Tschechoslowakei eine entscheidende wirtschaftliche Schwächung, da in dem annektierten Gebiet der Industrialisierungsgrad höher als im Durchschnitt der CSR, sogar höher als in Deutschland und in Grossbritannien lag. So waren im Sudetengebiet 51% der Erwerbstätigen im Bergbau und in der Industrie tätig, in der Rest-Tschechoslowakei nur 33%, in Deutschland 40,7% und in Grossbritannien 46%⁵⁴. Im Einzelnen verlor der tschechoslowakische Staat durch die Abtrennung der Sudetengebiete 69,6% der Glas-, 40% der chemischen, 89,9% der keramischen, 98% der Porzellan-, 60,5% der Zellulose-, 68% der Papier- und 53,8% der Holzindustrie. Insgesamt musste Prag auf 2'317 Industrieunternehmen, davon allein 443 der Textilbranche, verzichten, während es lediglich noch im Besitz von 3% der ursprünglichen Braunkohle- und 45% der Steinkohleförderung blieb. Seine Industrie war daher auf Kohlelieferungen Deutschlands und Polens angewiesen und somit möglichen Pressionsversuchen ausgesetzt⁵⁵.

50 Bericht des OKW über den Stand der wirtschaftlichen Lage, 1.2.1939, BA-MA W 01-8/47.

51 Bericht des OKW über den Stand der wirtschaftlichen Lage, 8. 2.1939, ebd.

52 Brief Görings an die Obersten Reichsbehörden, 15.10.1938, BA-MA Wi I F 5/560.

53 Expertise des OKW über die wehrwirtschaftliche Bedeutung des Sudetengebietes, 1.11.1938, BA-MA W 01-8/47.

54 Polzer, *Wirtschaft*, S. 12.

55 Angaben des tschechoslowakischen Statistischen Amtes, nach Dress, *Slowakei*, S. 23.

4. Das Protektorat Böhmen und Mähren unter wehrwirtschaftlichen Aspekten

Hitlers am 21. Oktober 1938 ausgegebener Befehl zur «Erledigung der Rest-Tschechei» versteht sich unter anderem auch vor dem Hintergrund einer spezifischen ökonomischen Konstellation des Dritten Reiches, während der die Forderung erhoben wurde, die bislang noch in staatlicher Unabhängigkeit belassenen tschechoslowakischen Gebiete müssten «deutsche Dominions werden»⁵⁶. Darüber hinaus wollte man sich aus grossraumwirtschaftlichen Erwägungen heraus «nicht mit dem sudetendeutschen Gebiet begnügen... Das war nur eine Teillösung. Der Entschluss zum Einmarsch in Böhmen war gefasst»⁵⁷.

Anfang 1939 nutzte Hitler die Gelegenheit, einen relativ weitgesteckten Kreis deutscher Führungseliten von der Notwendigkeit der schrittweisen Realisierung des nationalsozialistischen Lebensraumprogramms zu überzeugen⁵⁸. In einer auffälligen Häufung von Reden stellte er immer wieder das seiner Ansicht nach zentrale Problem des deutschen Volkes heraus, «sich der Quellen zu versichern, von denen die Rohmaterialien, [die] so notwendig für seine Wohlfahrt [seien], erlangt werden könnten». Diesem deutschen Begehren stünden «Juden, Demokratien und internationale Mächte» entgegen, die beispielsweise auch in der Rest-Tschechoslowakei wirkten. Um den Weg für die Erweiterung des deutschen Lebensraumes nach Osten frei zu machen, gelte es, diese «Feinde des deutschen Volkes radikal» zu vernichten, weshalb er Befehl gegeben habe, «innerhalb etlicher Tage, nicht später als am 15. März, die Tschechoslowakei militärisch zu besetzen». Von dieser Position aus musste es dann gelingen, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien in den deutschen Machtbereich zu integrieren, um die «uneingeschränkte Kontrolle über ihre unermesslichen landwirtschaftlichen Quellen und ihre Petroleum-Schätze» zu gewinnen⁵⁹.

Mit dem Einmarsch in die zum Protektorat Böhmen und Mähren proklamierten Territorien der einstigen Tschechoslowakei war eine unmittelbare Verbesserung der deutschen Rüstungslage verbunden. Nach Auffassung führender Militärs ergab sich aus der Bewaffnung der tschechoslowakischen Armee und aus der Sicherstellung ihres Kriegsmaterials «ein ungeheurer Kraftzuwachs»⁶⁰. Den grossen Wert, den die Nationalsozialisten der Ausbeutung Böhmens und Mährens zum Zwecke der Aufrüstung beimassen, ver-

56 Göring auf der Besprechung vom 14.10.1938, IMT, Bd. 27, S. 163. Vgl. Anm. 41.

57 Rede Hitlers an seine militärischen Befehlshaber, 23.11.1939, zit. n. IMT, Bd. 3, S. 195.

58 Vgl. Rede an die Truppenkommandeure des Heeres, 10.2.1939; Rede vor der Kriegsakademie, 11.3.1939, BA NS 11/28.

59 Bericht des Staatssekretärs Keppler über eine Rede Hitlers am 8. 3.1939 vor führenden Vertretern der Wirtschaft, der NSDAP und der Generalität, in: Anatomie des Krieges, S. 204.

Vgl. Beitrag Messerschmidt, S. 803.

60 Wagner, Generalquartiermeister, S. 82.

rieten die mindestens drei Monate vor der Invasion generalstabsmässig geplante Beschlagnehmung von Waffen und militärischem Gerät sowie die Vorbereitungen zur Übernahme der Kontrolle über die Rüstungsbetriebe. Die militärische Wehrwirtschaftsorganisation spielte erstmals ihr Konzept zur Sicherstellung der deutschen rüstungsökonomischen Interessen in besetztem Gebiet durch. Es wurde derart perfekt umgesetzt, dass bereits während der Aggression Transporte mit erheblichen Mengen militärischen Beutegutes nach Deutschland abgingen, die die Wehrmacht im Falle unerwartet auftretender internationaler Verwicklungen dringend benötigt hätte. Deshalb konnte «der Führer ... nicht früh genug einen Überblick über das Kriegsmaterial bekommen und drängt[e] dauernd» auf seine genaue Erfassung⁶¹. Schliesslich reichten die Armeebestände zur Ausrüstung bzw. Komplettierung von 20 Divisionen, wobei im Einzelnen in deutsche Hände fielen:

Nach Angaben Hitlers	Nach tschechoslow. Quelle	
Flugzeuge	1582	1231 (dazu Material f. weitere 240 Flugzeuge)
Flakgeschütze	501	
Panzerabwehrkanonen		1966
Feldartilleriegeschütze	2175	2253
Minenwerfer	785	
Panzer	469	810
Maschinengewehre	43876	57000
Gewehre	1090000	630000
Pistolen	114000	
Infanteriemunition	üb. 1 Mrd.	
Artillerie- u. Gasmunition	üb. 3 Mio.	

Hinzuzurechnen ist sonstiges Kriegsgerät aller Art, wie Brückenbaugerät, Horchgerät, Scheinwerfer, Messgerät und Kraftfahrzeuge⁶², im Gesamtwert von rund 77 Mio. RM. Parallel zur Konfiskation des vorgefundenen Kriegsmaterials verlief die Sicherung wirtschaftlicher Einrichtungen von militärischer Bedeutung, beispielsweise der Elektrizitäts- und Gaswerke zwecks Aufrechterhaltung der Produktion, aber auch zum Schutz vor Sabotageakten. Die Wehrmacht inspizierte in Kürze alle Rüstungsbetriebe und verschaffte sich dieser Art einen schnellen Überblick über die erzeugten Waren und über die Produktionskapazitäten. Gleichzeitig fielen über 200'000 technische Zeichnungen und Patente in deutsche Hand, die für Wehrmacht und Rüstungsindustrie zum Teil von

61 Ebd., S. 83.

62 Quelle: Rede Hitlers, 28. 4.1939. Wiedergegeben bei Domarus II, S. 1156; Mastny, Czechs, S. 66, insbesondere Anm. 6.

wesentlicher Bedeutung waren, da die Tschechoslowakei über eine hochentwickelte und ausgedehnte Rüstungsindustrie verfügt hatte⁶³.

Ungeachtet der Form der staatsrechtlichen Verbindung des Protektorats mit dem Dritten Reich zeigte sich Deutschland entschlossen, seine sogenannten tausendjährigen Interessen «nicht nur politischer, sondern auch wirtschaftlicher Art» voll wahrzunehmen⁶⁴. Die wirtschaftliche Autonomie Böhmen-Mährens, bereits im Oktober 1940 untergraben durch die geschlossene Zollunion, blieb eine formale und scheinbare. In Wahrheit standen alle das Protektorat betreffende Regelungen «im Einklang mit den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Belangen des Reiches»⁶⁵. In Anbetracht des beabsichtigten Krieges sowohl gegen Frankreich wie – zur Erweiterung des Lebensraumes im Osten – gegen die UdSSR hiess dies nicht nur, «das Kriegspotential des Protektorats in Teilen oder im Ganzen unbedingt auszunutzen und möglichst bald auf den Mobfall auszurichten»⁶⁶, sondern Einbindung des gesamten tschechoslowakischen Wirtschaftsprozesses in den Vierjahres- und Wehrwirtschaftlichen Neuen Erzeugungsplan.

Wie bei der Eingliederung Österreichs, so war das NS-Regime auch bei der Besetzung Prags darauf bedacht, in den Besitz der tschechoslowakischen Gold- und Devisenreserven zu gelangen. Unter dem Druck der Militärbehörden transferierte die Tschechoslowakische Nationalbank im Sommer 1939 = 809984 Unzen Gold ungeachtet des britischen Embargos von London nach Berlin. Ein Jahr später wurden die in Prag befindlichen Goldvorräte «in den Gewahrsam der Reichsbank» genommen⁶⁷. Durch erzwungene Kapitalerhöhungen und Aktienverkäufe sowie durch Enteignung jüdischen Vermögens und jüdischer Beteiligungen vollzog sich eine rasche Durchdringung des Bankwesens und der Industrie. In Böhmen und Mähren lag der grösste Teil der Industrie der tschechoslowakischen Republik, aus der die metall- und elektrotechnische sowie die Textilbranche besonders herausragten. Die Produktionsanlagen befanden sich überwiegend in einem technisch ausgezeichneten Zustand, was speziell für die Metall-, Maschinen- und Rüstungsunternehmen galt. Diese verfügten über nicht voll ausgeschöpfte Kapazitäten, die sofort genutzt werden konnten und demzufolge für die überbeschäftigte deutsche Wehrwirtschaft eine wesentliche Entlastung bedeuteten. Aus diesem Grunde durften die vorgefundenen Vorräte an Rohstoffen nicht nach Deutschland abtransportiert werden. Das gleiche galt für die vorhandenen Halbfabrikate, die der Industrie des Protektorats zur Verarbeitung überlassen blieben.

63 Vgl. dazu Hummelberger, Rüstungsindustrie.

64 Rede Hitlers, 28.4.1939, zit. n. Domarus II, S. 1156/1157.

65 Erlass Hitlers über das Protektorat Böhmen und Mähren, 16.3.1939, ADAP, D, Bd. IV, S. 247.

66 Bericht über eine Konferenz zwischen Göring und Vertretern des OKW sowie der Regierung, 25.7.1939, IMT, Bd. 3, S. 193/194.

67 Schreiben Neuraths an den Vorsitzenden der Protektoratsregierung, 10.6.1940, Elias, zit. n. Brandes, Tschechen, S. 150.

Vorgefundene Vorräte an Metallen

Kupfer	ca.	18500 t
Nickel	ca.	1000 t
Blei	ca.	3500 t
Aluminium	ca.	1500 t
Zink	ca.	8500 t
Zinn	ca.	320 t

Dabei handelte es sich aber nicht um Überschussvorräte, die ins Altreich hätten überführt werden können, sondern diese Lagerbestände waren zur Aufrechterhaltung der heimischen Produktion erforderlich.

Die Hüttenwerke besaßen Erzvorräte für zehn Monate⁶⁸. Da die Industrie des Protektorats weitgehend von der Eisen- und Stahlzufuhr aus dem Reich abhängig war, wurde noch im März 1939 eine Eisen- und Stahlkontingentierung und -planung verfügt⁶⁹.

Zur direkten Erweiterung der deutschen Rüstungsproduktion trugen – neben anderen – die beiden grössten Rüstungsfirmen, die Skoda-Werke in Pilsen/Prag und die Tschechoslowakischen Waffenwerke AG in Brünn, bei. Einen für die deutsche Wirtschaft wichtigen Faktor bildete die hohe Kriegsgeräteausfuhr, der die CSR nicht zuletzt ihre in der Regel positive Aussenhandelsbilanz verdankt hatte. Immerhin stand die Tschechoslowakei 1937 an vierter Stelle der Kriegsgeräte exportierenden Länder der Welt. Wenn auch die wirtschaftlichen Eingriffe der deutschen Behörden im Protektorat darauf hinausliefen, «die Produktion der Werke auf deutsche Rüstungsbedürfnisse» umzustellen⁷⁰, so wurde im Vierjahresplan doch «auf die Erhaltung dieser Ausfuhr... aus den bekannten Devisengründen ausschlaggebender Wert gelegt»⁷¹. Zumindest galt es, dafür Sorge zu tragen, dass die ohnehin knappen ausländischen Zahlungsmittel des Reiches nicht noch für die Rohstoffversorgung Böhmen-Mährens in Anspruch genommen werden mussten. Denn das Protektorat wies – ähnlich wie Deutschland – eine starke Rohstoffabhängigkeit bei hoher Fertigwarenausfuhr auf. Die Wehrmacht, die gleich nach der Okkupation in Prag eine Wehrwirtschafts-Inspektion «zur raschen Ausnutzung der Tschechei für die Aufrüstung» errichtet hatte⁷², sah sich daher genötigt, ihre – zum Teil bereits vergebenen – Aufträge mit dem Vierjahresplan abzustimmen. Dieser legte zunächst für die exportorientierten Betriebe bestimmte Ausfuhrquoten fest, ehe er die Produktionskapazitäten für die Wehrmacht freigab. Alle bereits laufenden Auslandsaufträge für Kriegs-

68 Wehrwirtschaftsinspektion Prag, 26. 3.1939, BA-MA Wi IF 3/207. Vgl. dazu die deutschen Produktionsziffern: Kapitel IV/3, Anm. 94-98.

69 Verfügung des Reichswirtschaftsministers, 18. 3.1939, BA-MA Wi IF 3/207.

70 Kehrl, Krisenmanager, S. 160.

71 Inspektionsbefehl Nr. 3 der Wehrwirtschafts-Inspektion in Prag, 27. 3.1939, BA-MA Wi IF 3/207.

72 Anlage 1 zum Inspektionsbefehl Nr. 1 der Wehrwirtschafts-Inspektion Prag, 22. 3.1939, ebd.

gerät mussten zudem erfüllt werden, sofern sie Devisen erbrachten. Im Spätsommer 1939 ging man schliesslich zur Lenkung aller öffentlichen und staatswichtigen Aufträge im Protektorat über⁷³. Auf diese Weise gelang es, «bis tief in den Kriegswinter 1939/40 hinein die industrielle Tätigkeit voll aufrechtzuerhalten und die Erteilung der von der Rüstungsindustrie erstrebten unmittelbaren Wehrmächtaufträge an die Bedingung der Deckung des Rohstoffbedarfes aus eigener Kraft der auftragnehmenden Firmen zu knüpfen»⁷⁴.

Wertete man den industriellen Zuwachs des Dritten Reiches um das Protektorat im Zusammenhang mit der Einfügung Österreichs und des Sudetenlandes, dann ergab sich Mitte 1939 ein deutscher Anteil an der industriellen Weltproduktion von 15%. Das Reich stand damit nach den USA an zweiter Stelle in der Rangliste der Industrieländer der Welt⁷⁵.

Da die freien Produktionskapazitäten Böhmen-Mährens nicht sogleich voll genutzt werden konnten, suchte Deutschland einen Teil der rund 108'000 registrierten Arbeitslosen für den Einsatz im Reich zu gewinnen. Bis Mitte April 1939 gelang die Anwerbung von rund 30'000 Arbeitern, eine Zahl, die sich bis Kriegsbeginn auf 70'000 erhöhte⁷⁶.

Auf dem Ernährungssektor ergab sich ein verhältnismässig günstiges Bild. Das Protektorat wies Überschüsse bei den Hauptgetreidearten auf, schliesslich bei Zucker, Fleisch und tierischen Fetten, während bei Kartoffeln Eigenversorgung herrschte. Insgesamt war das Gebiet in der Lage, sich selbst zu ernähren.

Mit der Schaffung des Protektorats Böhmen und Mähren vergrösserte sich nicht nur das rüstungswirtschaftliche Potential des Dritten Reiches. Das nationalsozialistische Deutschland hatte auch eine neue Phase der Grossraumpolitik eingeleitet. «Verstand man bisher unter einer europäischen Grossraumwirtschaft das Zusammengehen mehrerer Staaten zu gemeinsamen wirtschaftlichen Zielen und die Steigerung des gegenseitigen Güterausstausches auf der Basis enger handelsvertraglicher Bindungen, so hat[te] dieser Begriff nun eine für Europa neue Prägung erhalten⁷⁷.» Das Dritte Reich hatte den ersten Schritt von der Ergänzungswirtschaft durch Handelsvereinbarungen mit benachbarten Staaten zur ökonomischen Hegemonialpolitik vollzogen.

73 Vermerk über eine Besprechung im Vierjahresplan, 8. 8.1939, BA-MA RW 29/2.

74 Geschichte der Rüstungsinspektion Prag, BA-MA RW 22/21.

75 Deutschlands wirtschaftliche Lage in der Jahresmitte 1939. Expertise der Reichs-Kredit-Gesellschaft, Berlin. Vgl. Barthel, Politik, S. 105.

76 Vgl. Brandes, Tschechen, S. 154f.

77 Protektorat Böhmen und Mähren, S. 19.

5. Die Rolle der Slowakei in der wirtschaftlichen «Neuordnung» Europas

Mit der territorialen Eingliederung Österreichs, des Sudetengebietes sowie Böhmens und Mährens hatte sich das Kerngebiet des deutschen Grosswirtschaftsraumes, das sogenannte Grossdeutsche Reich, herauskristallisiert. «Dieser in sich geschlossene Wirtschaftskörper» konnte «fortschreitend so ausgestaltet werden, wie es die Erzielung höchster Leistungsfähigkeit verlangt [e]»⁷⁸. Das Dritte Reich liess es demzufolge nicht an dem Bemühen fehlen, um seinen unmittelbaren Herrschaftsbereich einen Kranz formal zwar souveräner, politisch, vor allem aber ökonomisch von Berlin kontrollierbarer, besser noch, abhängiger Staaten zu legen, zu denen auch die Slowakei zählte. Und obgleich man in Berlin davon ausging, dass das Protektorat mit dem «Schutzstaat» Slowakei «namentlich im Falle eines grossen Krieges eine gewisse wirtschaftliche Einheit bilden» musste⁷⁹, achtete man strikt darauf, Pressburg zumindest de jure und damit für die Weltöffentlichkeit sichtbar seine wirtschaftspolitische Handlungsfreiheit zu belassen. Eine zunächst diskutierte Zoll- und Währungsunion mit dem Reich kam daher nicht zustande, wohl aber fielen die Zollschranken im Warenaustausch mit dem Protektorat und dem Sudetengebiet. Das deutsch-slowakische Verhältnis sollte Modellcharakter für die enge ergänzungswirtschaftliche Zusammenarbeit zweier «befreundeter» Staaten erhalten. Die NS-Machthaber benutzten die Slowakei als «die Visitenkarte», die sie «den kleinen südosteuropäischen Staaten und besonders den slawischen Völkern hinhielten: so selbständig kann ein kleiner Staat leben», der sich der ökonomischen Neuordnung Europas unter deutscher Regie nicht widersetzt⁸⁰.

Da in Anbetracht der noch unzureichenden militärischen und machtpolitischen Druckmittel des Dritten Reiches eine «Währungs- und Wirtschaftsunion... nur für wenige europäische Länder in Frage» kam, musste «in vielen Fällen eine Form von Bündnisverträgen gefunden werden..., durch die ein Teil der Staaten auch ohne Währungsunion an Deutschland wirtschaftlich angegliedert werden» konnte⁸¹. De facto gelang es denn auch, das wirtschaftliche Geschehen in der Slowakei schrittweise durch ein entsprechendes Vertragssystem unter deutsche Kontrolle zu bringen und bis zum Kriegsausbruch nahezu völlig zu beherrschen. Der der slowakischen Regierung oktroyierte Schutzvertrag (18./23. März 1939) liess bereits die begrenzte aussenwirtschaftliche Manövrierfähigkeit Pressburgs erkennen, da es seine Aussenpolitik – die ja die Aussenwirtschafts-

78 Ebd.

79 Friedensburg, Rohstoffpotential, S. 146.

80 Aufzeichnung des deutschen Gesandten in Pressburg, 25.6.1940, AD AP, D, Bd. X, S. 15.

81 Niederschrift über eine Besprechung im Reichswirtschaftsministerium über Fragen der wirtschaftlichen Neugestaltung Europas, 15.7.1940, zit. n. Weltherrschaft im Visier, S. 266.

politik einschloss – «stets im engen Einvernehmen» mit Berlin zu führen hatte⁸². Das vertrauliche Zusatzprotokoll zu der Schutzakte zwang die Slowakei zu einer ökonomischen Zwangsehe mit dem nationalsozialistischen Deutschland, das heisst zu einer unlösbaren Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet nach Massgabe der deutschen allgemein- und speziell rüstungswirtschaftlichen Bedürfnisse. Als überwiegend agrar- und forstwirtschaftlich genutztes Land musste die Slowakei vor allen Dingen das Nahrungs- und Futtermitteldefizit des Grossdeutschen Reiches verringern helfen.

Auf das Gebiet des «selbständigen» Slowakischen Staates bezogen, verteilten sich die Erwerbsgruppen nach der Volkszählung von 1938 wie folgt⁸³:

Land- und Forstwirtschaft	57,00%
Bergbau, Industrie und Gewerbe	19,80%
Handel und Geldwesen	5,30%
Verkehr (Eisenbahn, Post und übriger Verkehr)	4,60%
öffentliche Dienste und freie Berufe	5,80%
übrige Berufe	7,50%

Folglich hatte die «Steigerung und Lenkung der slowakischen landwirtschaftlichen Erzeugung unter Berücksichtigung der Absatzmöglichkeiten in Deutschland» zu erfolgen, wobei das besondere Augenmerk auf die Intensivierung der Schweinezucht und Milchwirtschaft zu richten war⁸⁴. Die Slowakei musste als erster Staat die Aufstellung eines an der deutschen Rohstofflage orientierten langfristigen Wirtschaftsplanes akzeptieren, und zwar auf dem Sektor der Holz- und Forstwirtschaft. Durch diese Vereinbarung erlangte der Vierjahresplan auf indirektem Wege zumindest in einem wirtschaftlichen Teilbereich ausserhalb des unmittelbaren deutschen Herrschaftsgebietes Gültigkeit. Wie sich dies auswirkte, erhellt aus der Tatsache, dass 1939 = 83,7% der slowakischen Holz- ausfuhr in das Dritte Reich gingen, wo sie eine sich krisenhaft zuspitzende Mangellage behoben.

Deutschlands besonderes Interesse galt naturgemäss den Bodenschätzen, die unter Zuhilfenahme deutscher Berater und Technik erschlossen und verwertet und, soweit sie nicht für den Eigenbedarf der Slowakei benötigt wurden, vorrangig der deutschen Wirtschaft zur Verfügung stehen mussten. Um dies zu gewährleisten, übernahm der Vierjahresplan die gesamte Bodenforschung und damit auch Förderplanung, die vor allem auf eine Steigerung der Erzgewinnung abzielte, was auch erreicht wurde.

82 Schutzvertrag zwischen Deutschland und der Slowakei, 18. 3./23. 3.1939, ADAP, D, Bd. VI, S. 36.

83 Tab. aus Dress. Slowakei. S. 56. Anm. 1.

84 Vertrauliches Protokoll über wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und dem Staat Slowakei, 23. 3.1939, ADAP, D, Bd. VI, S. 36.

Überblick über die gesamte slowakische Erzförderung⁸⁵

Bodenschätze	1939	1940
Eisenerz	765 897 t	862 025 t
Eisenschlacke	17 185 t	43 622 t
Eisenkies	10 184 t	13 904 t
Manganerz	55 580 t	59 931 t
Antimonerz	10 907 t	12 221 t
Kupfererz	123 885 t	114 252 t
Edelmetallerze	111 430 t	96 507 t
Naphtha	16 000 t	24 458 t
Erdgas	133 331 m ³	118 483 m ³
Sudsalz	14 789 t	5 866 t
Quecksilbererz	1 t	278 t

Unternehmen, die ihre Schürfrechte und -möglichkeiten nach deutscher Vorstellung nicht optimal wahrnahmen, konnten aller ihrer Gerechsamkeit für verlustig erklärt werden. Wenn auch aufgrund der bilateralen Vereinbarung die «Entwicklung und Lenkung der industriellen Erzeugung unter Berücksichtigung der deutschen und slowakischen Lebensinteressen und Marktverhältnisse» erfolgen sollte⁸⁶, so war doch unschwer zu erraten, wer die Dominanten setzte. Insgesamt vollzog sich der deutsch-slowakische Warenverkehr nach dem bereits im «Neuen Plan» praktizierten Prinzip, demzufolge Deutschland agrar- und forstwirtschaftliche Waren und Rohstoffe abnahm, während es seinerseits Fertig- und Halbfertigprodukte sowie Investitionsgüter so gezielt exportierte, dass ihr Einsatz wieder der Befriedigung der deutschen Nachfrage diene. Aussenhandelsabkommen mit Drittstaaten durfte die Slowakei «erst nach Abschluss der Abkommen mit Deutschland» und unter Konsultierung des Reiches treffen⁸⁷. Ein im Sommer 1939 (22. Juni 1939)⁸⁸ abgeschlossener Handelsvertrag sorgte dafür, dass in der Folgezeit eindeutig und primär den deutschen Interessen Rechnung getragen wurde, was allein schon aus der Tatsache der Unkündbarkeit durch Pressburg hervorging⁸⁹.

Bereits Ende März 1939 sicherte sich das NS-Regime den entscheidenden Einfluss auf das slowakische Finanzgebaren. Pressburg sah sich zur Gründung einer nationalen Bank veranlasst, an deren Errichtung sich die Reichsbank beteiligte, die zudem einen Berater in das Direktorium entsandte, der «bei allen wichtigen Entscheidungen mit [zu] wirken» hatte⁹⁰. Ferner sicherte sich Berlin das Mitspracherecht bei der Aufstellung und Durch-

85 Tab. aus Dress, Slowakei, S. 87, Anm. 1.

86 ADAP, D, Bd. VI, S. 37.

87 Ebd.

88 RGBl. 1939, II, S. 860.

89 Vgl. Hoensch, Slowakei, S. 346, Anm. 52.

90 Vertrauliches Protokoll über wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und dem Staat Slowakei, 23. 3. 1939, ADAP, D, Bd. VI, S. 37.

führung des Staatshaushalts, und ohne die Zustimmung seines Repräsentanten in der Nationalbank durfte die slowakische Regierung keine Kredite aufnehmen.

Export der Slowakei (in Mio. Ks)⁹¹

Exportländer	1939	1940	1941	1942	1943
Deutschland	513	859	920	1750	2270
Böhmen u. Mähren	1126	1382	1381	1294	1507
Zusammen:	1639	2241	2301	3044	3777
Italien	21	184	230	575	412
Ungarn	67	161	176	249	387
Rumänien	111	121	74	386	633
übriges Europa	287	450	410	450	623
Asien insgesamt	53	18	–	–	–
Afrika insgesamt	2	–	–	–	–
Amerika insgesamt	17	–	–	–	–
Australien insgesamt	2	–	–	–	–
Gesamlexport	2199	3175	3191	4704	5832

Direkte Verfügungsgewalt über slowakische Wirtschaftskräfte übte die Wehrmacht in der ihr bekanntlich überlassenen sogenannten Schutzzone aus, wo ihr als Okkupations-truppe die Militärhoheit zufiel und damit die wirtschaftliche Nutzniessung. Über die den deutschen Truppen zustehende Kontrolle der für sie in dieser Zone arbeitenden Rüstungsbetriebe hinaus ergaben sich natürlich auch Einflussmöglichkeiten auf die Industrie in der übrigen Slowakei⁹².

Fasst man alle mit der Zerschlagung der Tschechoslowakei verbundenen wirtschafts-politischen Massnahmen des Dritten Reiches bewertend zusammen, dann kann man feststellen, dass bereits vor Kriegsbeginn für Berlin die Integration des Sudetengebietes, des Protektorats und der Slowakei in einen von Deutschland beherrschten Wirtschaftsverband einen ersten zufriedenstellenden Abschluss gefunden hatte. «Wehrwirtschaftlich» betrachtet, lag «der Hauptvorteil der neuen Gestaltung im tschechoslowakischen Raum für Deutschland im Zuwachs einer kräftigen und fleissigen Bevölkerung mit zahlreichen, z.T. hervorragenden Verarbeitungsstätten gerade auch der rüstungswichtigen Industrien»⁹³. Darüber hinaus hatte sich «durch Deutschlands Vorgehen... die Lage beider Achsenmächte erleichtert, u.a. auch dadurch, dass die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich durch den Übergang der starken Produktions-Kapazitäten (Rüstungspotential) der Tschechoslowakei auf Deutschland» ergaben, «zu einer erheblichen Stärkung der Achse gegenüber den Westmächten» beitrugen⁹⁴.

91 Tab. aus Dress, Slowakei, S. 108.

92 ADAP, D, Bd. VII, S. 41.

93 Friedensburg, Rohstoffpotential, S. 155.

94 Göring in einer Besprechung mit Mussolini und Ciano, 15. 4.1939, IMT, Bd. 3, S. 194.

5. Die Einbeziehung Südosteuropas in die deutsche Wehr- und Grossraumwirtschaft

In Aus- und Nachwirkung seiner Annexionspolitik konnte sich das NS-Regime seit März 1939 keinen Illusionen mehr über die Möglichkeit hingeben, «Zeitmass und Umfang der politischen Umwälzung in Europa – unter Vermeidung einer Auseinandersetzung mit einer von England geführten Mächtegruppe – allein... bestimmen» zu können⁹⁵. Zur Beibehaltung seines Expansionskurses entschlossen, musste es mit einer kriegerischen Eskalation zunächst unbestimmbarer Dimension rechnen. Fortan hatte das Dritte Reich nicht nur für seine eigene, sondern auch für die wirtschaftliche Kriegsbereitschaft seiner potentiellen Verbündeten, zu denen es die Antikominternpakt-Mächte Italien, Ungarn und Spanien zählte, Sorge zu tragen, deren Abhängigkeit von der deutschen «wehrwirtschaftlichen Unterstützung auf fast allen Bedarfsgebieten... bekannt» war⁹⁶. Deutschland musste also bestrebt sein, «das eigene Kriegspotential und das seiner Verbündeten so zu stärken, dass sich die Koalition den Anstrengungen fast der ganzen übrigen Welt gewachsen» zeigen würde. Eine derartige Aufgabe erschien auch im grossdeutschen Rahmen – unter Einbeziehung der Slowakei – nicht lösbar.

Für diesen Fall wusste man jedoch an der Spitze von Partei, Regierung, Wehrmacht, Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft Rat. Denn sollte «zu einer gegebenen Zeit im gegebenen Raum die Befriedigung eines bestimmten Lebensbedürfnisses nicht zu erreichen sein», dann musste dasselbe nach der wirtschaftspolitischen Doktrin des Nationalsozialismus «innerhalb der Reichweite» des «politischen Machtwillens, der seine Ausstrahlungen in angrenzende Räume sendet, gedeckt werden»⁹⁷. Zu diesen Räumen zählte nach der «Lösung» des tschechoslowakischen Problems in erster Linie Südosteuropa. Die wirtschaftliche Kriegsbereitschaft Deutschlands konnte nur durch «grosse und gemeinsame Anstrengungen aller Verbündeten geschehen», vor allem aber «durch eine der Rohstoff-Basis der Koalition entsprechende verbesserte, zunächst friedliche Ausweitung des Grosswirtschaftsraumes auf den Balkan und Spanien»⁹⁸.

Zwar übte das Dritte Reich im Zuge seiner mit dem «Neuen Plan» verfolgten Aussenwirtschaftspolitik und aufgrund der ökonomischen Verflechtung der südosteuropäischen Staaten mit dem inzwischen eingegliederten Österreich bereits Ende 1938 «im Südostraum praktisch die unbestrittene wirtschaftliche und politische Vorherrschaft»

95 Arbeitsbericht von Carl Krauch, Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung, vor dem Generalrat des Vierjahresplans, 28.4.1939, zit. n. Anatomie des Krieges, S. 211.

96 Ebd., S. 212.

97 Lüdecke, Sicherung, S. 23.

98 Arbeitsbericht Krauch, zit. n. Anatomie des Krieges, S. 213/214. Vgl. auch Mitrovic, Ergänzungswirtschaft.

aus: Es zählte zu den grössten Rüstungslieferanten, besass die höchsten Aussenhandelsanteile, und es hatte durch die Clearingpolitik «die Südostländer immer ‚in der Zange‘»⁹⁹. Doch galt es, wehr- und grossraumwirtschaftliche Vorstellungen miteinander verbindend, einen intensiveren ergänzungswirtschaftlichen Austausch zu erreichen. Seit der Erweiterung des reichsdeutschen Territoriums um die «Ostmark» und insbesondere nach dem Münchener Abkommen war «eine politische Entwicklung vor sich gegangen, die die besten Grundlagen für die Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zum Südosten geschaffen» hatte. Die alte nationalsozialistische Forderung, «über die Handelsverträge bis zum Wirtschaftsbündnis zu schreiten», erwies sich als realisierbar¹⁰⁰.

Im Einzelnen sah die Vierjahresplan-Organisation folgende Massnahmen vor:

1. Errichtung eines einheitlichen Grosswirtschaftsblocks der vier europäischen Antikominternpartner, zu denen Jugoslawien und Bulgarien hinzukommen sollten.
2. Innerhalb dieses Staatenbündels Aufbau und Lenkung der Wehrwirtschaft.
3. Ausdehnung des Einflusses auf Rumänien, die Türkei und den Iran¹⁰¹.

Aus den Agrarüberschussländern des Balkans sollte das für die Kriegsvorratung fehlende Brot- und Futtergetreide bezogen und auch ein Grossteil des deutschen Fleischbedarfes gedeckt werden. Darüber hinaus verfügten diese Staaten über die Rohstoffe, «an denen Grossdeutschlands Einfuhrbedarf am stärksten» war¹⁰². Alle Länder Südosteuropas besaßen Manganerzvorkommen zur Eisen- und Stahlerzeugung, insbesondere Rumänien und Ungarn. Insonderheit erwiesen sich die Vorräte an Kupfer, Blei und Bauxit «bei weiterer Erschliessung für unsere wehrwirtschaftliche Lage von grosser Bedeutung»¹⁰³. Im ungarisch-slowakischen Grenzgebirge befanden sich die damals bedeutendsten Antimonlager. In Ungarn und Rumänien konnte die Erdölförderung in erheblicher Masse gesteigert werden, schliesslich muss auf die hohe Bedeutung der jugoslawischen Chromerze für die deutsche Edelstahlproduktion hingewiesen werden¹⁰⁴.

Angesichts der ausgelasteten deutschen Betriebskapazitäten (Maschinen, Menschen) warf man in Berlin die Frage auf, inwieweit die Balkanländer selbst auf der Basis ihrer

99 Expertise der Osteuropa-Gesellschaft Wien, 1942, über die industriewirtschaftlichen Folgen des Rückgangs (und Zuwachses) des deutschen politischen Einflusses auf Südosteuropa seit 1938, zit. n. Griff nach Südosteuropa, S. 26.

100 Vortrag von T. Frhr. v. Wilmowsky über Entstehung, Entwicklung und Arbeit des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, Nov. 1938, ebd.

101 Arbeitsbericht Krauch, zit. n. Anatomie des Krieges, S. 211.

102 Schmölders, Probleme, S. 201; Geheimes Gutachten des Instituts für Weltwirtschaft über «Die Bedeutung der Südosteuropäischen Getreidewirtschaft und ihre wehrwirtschaftliche Beurteilung», April 1939, BA-MA RW19 Anhang 1/572.

103 Vortrag Thomas' im Auswärtigen Amt, 24. 5.1939, BA-MA Wi I F 5/115.

104 Von A. Kruemmer im Auftrage des Wehrwirtschafts-Stabes angefertigte Studie über die jugoslawische Bergwirtschaft und ihre Bedeutung für Deutschland im Frieden und im Krieg, 13.10.1938, BA-MA RW 19 Anhang 1/115. Vgl. die nachfolgende Tab. aus Griff nach Südosteuropa, S. 12/13.

Die wichtigsten Rohstoffvorkommen in Südosteuropa

	Bulgarien	Griechenland	Jugoslawien (Kroatien/ Serbien)	Rumänien	Ungarn
Steinkohle					
Geschätzte Vorräte (in Mio. t)	140	–	45	48	220
Jahresförderung (in 1000 t)	206 ¹	–	391 ¹	257 ¹	1107,1 ³
Braunkohle und Lignit					
Geschätzte Vorräte (in 1000 t)	3880	mind. 1000	ca. 2000	2800	1600
Jahresförderung (in 1000 t)	2549 ¹	108 ³	6888,2 ¹	2386 ¹	9518 ³
Erdöl					
Geschätzte Vorräte (in Mrd. m ³)	–	–	–	60–120	–
Jahresförderung (in 1000 t)	–	–	1,1 ²	5250 ⁴	240 ¹
Erdgas					
Geschätzte Vorräte (in Mio. t)	–	–	–	500–600	–
Jahresförderung (in m ³)	–	–	3628,1 ²	1757400 ¹	–
Bauxit					
Geschätzte Vorräte (in Mio. t)	–	ca. 60	über 100	bis 40	mind. 250
Jahresförderung (in 1000 t)	–	ca. 180 ¹	ca. 280 ¹	10,5 ²	564 ¹

	Bulgarien	Griechenland	Jugoslawien (Kroatien/ Serbien)	Rumänien	Ungarn
Kupfererze, Schwefelkiese und Schwefelerze					
Geschätzte Vorräte (in 1000 t)	über 1200	–	–	3500	5500–6500
Jahresförderung (in 1000 t)	Kupfererz ca. 1,0 ³	Kupfererz 3,5 ³ Pyrit 244,0 ³ Sulfiderze 30,8 ³ Schwefelerze 0,5 ³	Kupfererz 929,2 ¹ Pyrit 134,6 ¹	Kupfererz 13,4 ¹ Pyrit 10,9 ¹	Schwefelkies 71,4 ³ Pyritschlich 8,3 ³
Blei- und Zinkerze					
Geschätzte Vorräte (in 1000 t)	mind. 3000	–	mind. 9000	–	–
Jahresförderung (in 1000 t)	Bleierz 15,0 ³ Zinkerz 10,0 ³	Bleierz 14,9 ³ Zinkerz 10,3 ³	807 ¹	25,6 ¹	Bleischlich 6,7 ³ Zinkschlich 5,2 ³
Chromerz					
Geschätzte Vorräte (in 1000 t)	–	–	–	2000	–
Jahresförderung (in 1000 t)	1,8 ³	53 ²	71 ¹	Ende des Ersten Weltkrieges eingestellt	–
¹ 1940 ² 1939 ³ 1938 ⁴ 1941					

Rohstoffe und Arbeitskräfte eine eigene Schwerindustrie aufbauen konnten. Dabei musste die Gewähr gegeben sein, dass diese sich in den Dienst der deutschen Wehrwirtschaft stellte. Die Frage liess sich offensichtlich positiv beantworten, da die «mangelhafte Ausstattung der Südostländer mit Koks- und Kohle... dem Deutschen Reich weitgehend die Möglichkeit in die Hand gab, das Ausmass der schwerindustriellen Entwicklung der Südostländer zu bestimmen»¹⁰⁵. Die deutschen Importerwartungen hingen also nicht zuletzt von dem Umfang der deutschen Gegenleistungen zum Zwecke der Industrialisierung und damit zur Rohstoffförderung und Produktionssteigerung ab.

Die vom Vierjahresplan ausgehenden Direktiven für die deutsche Wirtschaftspolitik gegenüber Südosteuropa wiesen drei Schwerpunkte auf. Zunächst ging es um die Sicherstellung der deutschen Mineralölversorgung aufgrund einer «Grossraumplanung» zur Verflechtung des deutschen Ausbauplanes mit den Möglichkeiten Südosteuropas»¹⁰⁶. Diese hatte nicht nur eine rasche Steigerung der rumänischen Produktion zur Voraussetzung, sondern auch die Lösung der Transportfrage nach Deutschland und nach Italien durch die Bereitstellung des nötigen Schiffsraumes und die Verlegung von Pipelines. Darüber hinaus war die Erzeugung von synthetischem Benzin auf der mährischen Kohlenbasis in verschiedenen südosteuropäischen Staaten vorgesehen. Zum zweiten war die Vierjahresplan-Organisation um die Schaffung einer Bunabasis in Südosteuropa bemüht. Wegen der angespannten Arbeitskräfte- und Transportlage in Deutschland wurde die Errichtung von Fabriken zur Erzeugung von Leichtmetallen in Ungarn und Jugoslawien ins Auge gefasst.

Hatte Berlin bereits seit 1933/34 auf diplomatischem Wege planmässig auf eine Festigung und Erweiterung der *deutsch-ungarischen* Wirtschaftsbeziehungen hingearbeitet, so vermochte es nach dem Anschluss Österreichs seinem Anspruch auf ökonomischen Supremat wirksam Nachdruck zu verleihen. Seit dem Besuch von Reichswirtschaftsminister Funk im Oktober 1938 in Budapest richtete Deutschland sein Bemühen darauf, die wirtschaftliche Potenz des Donaustaates durch die Einfügung in den geplanten Grosswirtschaftsraum seiner Wehrwirtschaft nutzbar zu machen. Anfang 1939 erging an die Budapester Regierung die gleichsam ultimative Forderung, «die ungarische Landwirtschaft... stärker als bisher den Bedürfnissen des deutschen Marktes anzupassen»¹⁰⁷, das heisst, es wurde die Steigerung der Erzeugung im Blick auf die Beseitigung agrarischer Mangelerscheinungen im Reich erwartet, wie sie bei Fett, Weizen und Futtermitteln auftraten. Als Gegenleistung versprachen die Berliner Machthaber Hilfe beim Aufbau der ungarischen Industrie, doch verlangten sie die «Anpassung der ungarischen

105 Studie des Reichsamts für wehrwirtschaftliche Planung, März 1939, über die rohstoffwirtschaftliche Bedeutung des Südostraumes für die deutsche Wehrwirtschaft, BA R 7 X/323.

106 Arbeitsbericht Krauch, zit. n. Anatomie des Krieges, S. 212.

107 Deutsches Memorandum an die ungarische Regierung, Februar 1939, zit. n. Ranki, Wirtschaftsleben, S. 239.

industriellen Produktion an die deutschen Ausfuhrbedürfnisse»¹⁰⁸. Im Frühjahr 1939 wurden in diesem Sinne die Handelsvertragsverhältnisse zwischen Ungarn und dem ehemaligen Staat Österreich bzw. zwischen Ungarn und dem Grossdeutschen Reich den politisch-territorialen Veränderungen angeglichen. Die entsprechende Vereinbarung vom 2. März 1939 sah die «gegenseitige Ergänzung der beiden Wirtschaften» vor¹⁰⁹. Deutschland dirigierte seine Ausfuhr nach Ungarn in Zukunft so, dass sie der Rationalisierung der Landwirtschaft sowie der Steigerung der Rohstoffförderung diene. Wie man in Ungarn selbst erkannte, sollte das Land «auf das Niveau einer Rohstoffbasis herabgedrückt werden»¹¹⁰. Zwischen 1938 und 1939 sanken die ohnehin geringen Ausfuhr nach Grossbritannien und Frankreich weiterhin ab, die nach den USA sogar um 50%, von 6% auf 3% des ungarischen Ausfuhrvolumens. Demgegenüber wuchs die aussenhandelspolitische Bedeutung der Achsenmächte, und zwar als Ergebnis gezielter Massnahmen, «die auf eine organische Eingliederung des Landes in die neue kontinentaleuropäische Grossraumwirtschaft» hinwirkten¹¹¹. Seit 1939 stand das Dritte Reich an der Spitze der Abnehmer ungarischer Waren, und von da ab konzentrierte sich der Donaustaats in seinem Export noch stärker auf den mächtigen Nachbarn.

Mit dem Anschluss Österreichs und der Zerschlagung der Tschechoslowakei fiel ungarisches Kapital in deutsche Hand, das zusammen mit deutschen Investitionen im Jahre 1939 einen über 50prozentigen Anteil Deutschlands am ausländischen Industrie- und Bergbaukapital in Ungarn bildete. Bei mehr als 100 Grossunternehmen bestand eine deutsche Aktienmehrheit von über 51%. Bereits vor Beginn des Zweiten Weltkrieges verfügte das Deutsche Reich «über so grosse und verzweigte Kapitalanlagen, dass es dadurch das gesamte Wirtschaftsleben Ungarns kontrollieren, ja in gewissem Grade auch beeinflussen» konnte¹¹².

Im Sinne einer «Erweiterung und Ausrichtung der Produktion in den Südoststaaten nach Massgabe des deutschen Bedarfs»¹¹³ entfaltete das Auswärtige Amt in Verbindung mit dem Vierjahresplan auch rege Aktivitäten gegenüber *Bulgarien*, die nicht ohne positive Ergebnisse blieben. Schon der Politik des «Neuen Plans» war es zu verdanken, «dass die Bulgaren sich seit Jahren wirtschaftlich in immer steigendem Masse völlig auf Deutschland eingestellt hatten»¹¹⁴. Im Verlauf der österreichischen Krise und der Zer-

108 Ebd., S. 240. Vgl. die vom Verf. angeregte Diss. von Riemenschneider, Wirtschaftspolitik gegenüber Ungarn.

109 Expertise des Reichswirtschaftsministeriums über die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Beziehungen Deutschlands zum Ausland im ersten Vierteljahr 1939, BA-MA Wi VI/ 122.

110 Äusserung der ungarischen Delegation, zit. n. Berend/Ränki, *Economic Development*, S. 284.

111 Surányi-Unger, *Ungarische Wehrwirtschaft*, S. 93.

112 Brief des ungarischen Ministerpräsidenten von 1939, zit. n. Door, *Politik*, S. 42.

113 Expertise des Reichswirtschaftsministeriums über die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Beziehungen Deutschlands zum Ausland im ersten Vierteljahr 1939, BA-MA Wi VI/ 112.

114 Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes, 1. 2. 1938, zit. n. Sohl, *Kriegsvorbereitungen*, S. 104.

schlagung der Tschechoslowakei gelang es Berlin dann, Sofia als Gegenleistung für deutsche Kriegsgüterlieferungen auf erhöhte Rohstoffexporte zu verpflichten. Da die deutschen Bezüge an devisengleichen Gütern bis dahin hauptsächlich aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen bestanden hatten und Ende 1938 schon so hoch waren, «dass sie in grossem Umfang nicht mehr gesteigert werden» konnten¹¹⁵, gewann die Einfuhr industrieller Rohstoffe immer mehr an Bedeutung. Um sie sicherzustellen, musste Bulgarien die Beteiligung deutscher Firmengruppen vornehmlich an seinen Blei- und Zinkerzgruben zulassen¹¹⁶. Darüber hinaus gewährte das Reich umfängliche Kredite zur Intensivierung des Bergbaues und zu Rüstungskäufen in Deutschland. Trotz steigenden Eigenbedarfs kam die Wehrmacht den bulgarischen Wünschen nach Kriegsmaterial weiter gerne nach, weil dieses vornehmlich aus Munition bestand, durch deren Export sich die deutschen Streitkräfte von älteren Beständen lösten. Die ständige Kreditausweitung lag generell «in der Linie des erstrebten weiteren Ausbaues der deutschen Wirtschaftsstellung im Balkan»¹¹⁷.

Obwohl die Verhandlungen über eine Vereinbarung zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Berlin und *Bukarest* schon länger geführt wurden, kamen sie doch erst im Zuge der deutschen Intervention in der Rest-Tschechoslowakei unter massivem Druck in einer das NS-Regime zufriedenstellenden Weise zum Abschluss (23. März 1939). Die Rumänen wehrten sich zunächst gegen eine deutscherseits zum Zentralpunkt bilateraler Abmachungen erklärte «industrielle Zusammenarbeit in einem gemischten Industrieausschuss», da sie zu Recht befürchteten, «Deutschland würde ihnen die Selbstbestimmung bei der Industrialisierung bestreiten»¹¹⁸. Der endlich signierte Kontrakt basierte auf einem von beiden Ländern gemeinsam erstellten Fünfjahresplan, demzufolge Rumänien festgelegte Agrarprodukte und Rohstoffe, zum Beispiel Mineralöl, liefern sollte, für deren Gewinnung und Verarbeitung Berlin die notwendigen Anlagen und Maschinen bereitzustellen versprach. Im Einzelnen war vorgesehen:

1. Ausbau und Lenkung der rumänischen Agrarwirtschaft im Blick auf den verstärkten Anbau von Futtermitteln, Ölfrüchten und Faserpflanzen.
2. Die Intensivierung der rumänischen Holz- und Forstwirtschaft.
3. Eine forcierte Erschliessung der rumänischen Bodenschätze durch gemeinsame deutsch-rumänische Gesellschaften.

115 Aufzeichnung Wiehls, Auswärtiges Amt, 15.11.1938, ebd., S. 108; Geheimes Gutachten des Instituts für Weltwirtschaft über Stand und Leistungsfähigkeit der bulgarischen Getreidewirtschaft, März 1939, BA-MA RW Anhang 1/585.

116 Geheimes Protokoll zwischen Deutschland und Bulgarien, 12.3.1938, wiedergegeben bei Sohl, Kriegsvorbereitungen, S. 105 f.

117 Aufzeichnung Wiehls, 15.11.1938, ebd., S. 108.

118 Bericht Wohlthats an Göring über seine Verhandlungen in Bukarest, 10. bis 23. 3.1939, 27.3.1939, ADAP, D, Bd. VI, S. 136.

4. Die Realisierung eines grosszügigen Erdölprogramms, ebenfalls durch eine deutsch-rumänische Gesellschaft¹¹⁹.
5. Eine enge Zusammenarbeit der deutschen mit der rumänischen Industrie zwecks Abstimmung des deutschen und des rumänischen Lieferinteresses.
6. Eine deutsche Beteiligung an rumänischen Banken.
7. Der Ausbau des rumänischen Verkehrsnetzes und des Verkehrswesens, nicht zuletzt zum Zwecke eines schnellen und reibungslosen Abtransportes der für Deutschland bestimmten Waren und Güter.
8. Die Ausstattung der rumänischen Streitkräfte mit deutschen Waffen, die angesichts der Devisenmisere des Dritten Reiches als Zahlungsmittel für Erdöl anerkannt wurden.

Insbesondere war Bukarest an der Ausrüstung seiner Streitkräfte mit deutschen Flugzeugen interessiert. Neben der Ausklammerung des Devisenproblems hatte dieses Geschäft für Deutschland den Vorteil, dass die neuen Waffen und Kriegsgeräte Rumäniens den deutschen Normen entsprachen und das Land somit zum militärischen Verbündeten prädestinierten. Insgesamt bedeutete die Konvention «eine entscheidende Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaftspolitik in Südosteuropa mit Ausdehnung der Produktion innerhalb unseres europäischen Machtbereiches unter deutscher Kapitalbeteiligung»¹²⁰.

Das Dritte Reich war in die entscheidende Phase des Wechsels vom Welthandel zur Grossraumwirtschaft eingetreten. Der deutsch-rumänische Vertrag galt als «Vorbild einer modernen Regelung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zweier Staaten innerhalb des Grosswirtschaftsraumes»¹²¹.

Wie die bereits genannten südosteuropäischen Staaten, so versuchte Berlin auch *Jugoslawien* in seinen politisch-ökonomischen Bannkreis zu ziehen, das heisst nach rumänischem Muster lenkend in das Wirtschaftsgeschehen des Staates einzugreifen, um es zunächst einmal optimal auf die rüstungsökonomischen Bedürfnisse hin zu orientieren. Bis 1939 war es dem Dritten Reich gelungen, den jugoslawischen Warenverkehr in immer grösserem Umfange auf sich zu lenken, ja zum wichtigsten Handelspartner des Mittelmeer-Anrainers aufzurücken¹²².

Auch hatte sich das Prinzip der bewussten Verschuldung erfolgreich praktizieren lassen, indem Deutschland wesentlich mehr aus Jugoslawien einfuhrte, als es selbst dorthin exportierte, um auf diese Art ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis zu schaffen. Denn nach dem Clearingverfahren konnte Jugoslawien für seine im Handel mit dem Reich erzielten Guthaben nur dort selbst Güter einkaufen, musste sich also weitgehend mit dem begnü-

119 Zur Problematik und Bedeutung der deutsch-rumänischen Ölgeschäfte vgl. Marguerat, *Le III^e Reich*.

120 Bericht Wohlthats an Göring, 27. 2.1939, ADAP, D, Bd. V, S. 338.

121 Koelble, *Grundzüge*, S. 63. Zur Entwicklung der deutsch-rumänischen Wirtschaftsbeziehungen vgl. auch Schwabe, *Wirtschaftsvertrag*.

122 Vgl. Schumann, *Aspekte und Tabelle* auf S. 409.

gen, was Berlin zu exportieren fähig und gewillt war. Nach bewährter Praxis achtete man hier darauf, dass die für Jugoslawien bestimmten Ausfuhr der Rationalisierung der dortigen Landwirtschaft sowie vor allem dem Ausbau des Bergbaus, das heisst den deutschen rüstungswirtschaftlichen Interessen dienen. Ging das NS-Regime doch davon aus, dass Jugoslawien und die übrigen Balkanländer angesichts ihres niedrigen technologischen Standes von Landwirtschaft und Industrie nur einen geringen Teil ihres wirtschaftlichen Potentials zu mobilisieren vermochten.

Anteil der einzelnen Länder an der Ein- und Ausfuhr Jugoslawiens (in %) ¹²³

	1926/30	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940
Deutschland Ein-												
fuhr	14,2	17,5	19,3	17,7	13,2	13,9	16,2	26,7	32,7	32,6	47,6	53,7
Ausfuhr	10,4	11/7	11,3	11,3	11,3	15,4	18,6	23,7	21,7	35,9	31,8	36,0
Österreich												
Einfuhr	18,2	16,8	15,2	13,4	16,1	12,4	11/9	10,3	10,5	6,9		
Ausfuhr	18,9	17,7	15,2	22,1	21,7	16,4	14,3	14,6	13,5	6,1	—	—
CSR												
Einfuhr	18,2	17,6	18,2	15,6	12,1	11/7	14,0	15,3	11,3	10,7	6,5	4,6
Ausfuhr	9,2	8,2	15,5	13,2	10,8	11,3	13,4	12,3	7,9	7,9	14,0	10,0
England												
Einfuhr	6,0	5/9	6,6	7,4	9,7	9/3	10,1	8,5	6,8	8,3	5,1	1/9
Ausfuhr	1/3	1/5	2,0	2,1	2,7	4,7	5,3	9,9	7,4	9,6	6,7	2,8
USA												
Einfuhr		4,1	4,2	4,4	5,1	6,4	6,2	6,4	6,3	6,1	5,2	4,8
Ausfuhr		0,8	1/0	0,9	1/9	4,1	5,6	4,9	5,0	5,1	5,1	1/0
Italien												
Einfuhr	12,2	11,3	10,3	12,7	15,9	15,5	10,0	2,5	8,4	9,0	11/7	13,3
Ausfuhr	25,8	28,3	25,0	23,1	21,5	20,6	16,7	3,1	9,4	6,4	10,6	14,5
Frankreich												
Einfuhr	4,3	3,9	4,4	4,5	4,2	5,0	4,3	2,5	1/8	2,9	2,0	0,4
Ausfuhr	3,4	4,2	4,0	2,7	2,2	1/3	1/6	2,0	5,4	1/5	2,5	7,8

Diese handelspolitischen Intentionen Deutschlands, nämlich Jugoslawien immer «fester wirtschaftlich an sich zu binden», waren in Belgrad erkannt worden, wo man darauf achtete, den dominierenden Einfluss des Kapitals der Westmächte in der Wirtschaft zu garantieren und nach Möglichkeit zu stabilisieren. Aber angesichts der territorialen und machtpolitischen Verschiebungen und der Führungsposition des Dritten Reiches im jugoslawischen Aussenhandel musste man im Laufe des Jahres 1939 erkennen, sich schon «zu sehr engagiert zu haben, um gegenüber Deutschland noch eine andere Wirtschaftspolitik... ohne Erschütterung» der jugoslawischen Volkswirtschaft betreiben zu können¹²⁴. Der Regierung in Belgrad bot sich keine sinnvolle Alternative mehr zu einer

123 Tab. n. Wuescht, Jugoslawien, S. 92.

124 Feststellung eines Nationalökonomens, Januar 1939, zit. n. Wuescht, Jugoslawien, S. 84.

engen politisch-wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Deutschland. Wenn es ihr auch gelang, die deutsche Kapitalinfiltration bis zum Kriegsausbruch weitgehend zu bremsen, so war sie doch im Sommer 1939 gezwungen, als Gegenleistung für in Aussicht gestellte deutsche Kriegsgeräteelieferungen die in den bestehenden Clearingverträgen dem Dritten Reich zugestandenen Rohstoff- und Holzkontingente aufzustocken und von Berlin vorgebrachte Wünsche und Anträge auf «Erforschung und Ausbeutung der Rohstoffvorkommen» wohlwollend zu prüfen «und dieselben nach den bestehenden Möglichkeiten zu genehmigen».¹²⁵

Die deutsche Aussenhandelspolitik gegenüber den Balkanstaaten intendierte, die agrarische Produktion ebenso wie die Rohstoffgewinnung mit Hilfe deutscher technischer Einrichtungen und Kapitalbeteiligungen zu steigern und nach dem deutschen rüstungswirtschaftlichen Bedarf zu steuern. Man verfuhr in den Wirtschaftsbeziehungen nach der Formel: «Exportsteigerung durch Einschaltung in die Industrialisierung der Welt».¹²⁶

Nahm das Dritte Reich im Jahre 1937

47% der bulgarischen
41% der ungarischen
35% der jugoslawischen
32 % der griechischen und
27% der rumänischen

Gesamtausfuhr auf, dann erhöhten sich diese Prozentsätze bis zum Kriegsausbruch noch einmal merklich. Wie man in Deutschland befriedigt registrierte, «ist es nicht nur bei einer Steigerung der Bezüge geblieben, sondern die Volkswirtschaften arbeit[et]en zusammen, ein handelspolitisches Novum».¹²⁷

125 Geheimes Protokoll zwischen Deutschland und Jugoslawien, 5. 7.1939, AD AP, D, Bd. VI, S. 721. Vgl. auch Schönfeld, Rohstoff Sicherungspolitik, S. 221.

126 Diese Formel hatte das Vorstandsmitglied der IG-Farben-Industrie, Max Ilgner, in einer gleichnamigen Schrift, Jena 1938, entwickelt.

127 Kühn, Verlagerungen, S. 22. Vgl. dazu Marguerat, Le III^e Reich, S. 85, u. Wendt, England, S. 499 mit niedrigeren Zahlen. Bei dieser aussenwirtschaftspolitisch arrangierten Arbeitsteilung sollte es nicht bleiben. «Die Bedeutung des Krieges für die grossraumwirtschaftliche Entwicklung in Südosteuropa liegt darin, die machtpolitische Bedingung einer derartigen Zusammenarbeit zu schaffen... Nicht nur, dass aus dem Krieg eine neue Hegemonie hervorgeht, bildet er also selbst eine Phase der grossraumwirtschaftlichen Integration, indem er die notwendigen Umstellungen im wirtschaftlichen Leben radikal beschleunigt und gegen alle Hemmungen erzwingt. Was versäumt wurde, muss nun in wenigen Jahren nachgeholt werden. Dadurch gewinnt der Kriegsvorgang aber, über jede andere Auseinandersetzung hinausgehend, einen revolutionären Rang. « Schulmeister, Werdende Grossraumwirtschaft, S. 16/17.

Aussenhandel Deutschlands mit Südosteuropa 1933 bis 1940 (in Mio. RM)¹²⁸

Jahr	Bulgarien		Griechenland		Jugoslawien		Rumänien		Ungarn		Zusammen	
	Einfuhr aus	Ausfuhr nach	Einfuhr aus	Ausfuhr nach	Einfuhr aus	Ausfuhr nach	Einfuhr aus	Ausfuhr nach	Einfuhr aus	Ausfuhr nach	Einfuhr aus	Ausfuhr nach
1933	31,3	17,7	53,4	18,7	33,5	33,8	46,1	46,0	34,2	38,1	198,5	154,3
1934	33,7	19,3	55,3	29,3	36,3	31,5	59,0	50,9	63,9	39,6	248,2	170,6
1935	41,4	39,9	58,5	49,1	61,4	36,9	79,9	63,8	77,9	62,9	319,1	252,6
1936	57,6	47,6	68,4	63,5	75,2	77,2	92,3	103,6	93,4	83,0	386,9	374,9
1937	71,8	68,2	76,4	113,1	132,2	134,4	179,5	129,5	114,1	110,5	574,0	555,7
1938	84,3	56,4	93,6	111,1	107,9	118,0	140,4	148,8	109,7	110,0	535,9	544,3
1938 ¹	95,7	61,6	101,0	121,2	172,2	144,6	177,8	168,6	186,2	146,4	732,9	642,4
1939	110,0	97,8	92,1	85,5	131,5	181,3	209,5	216,7	222,5	228,7	765,6	810,0
1940	176,8	152,2	93,0	60,3	239,7	317,1	427,1	350,1	207,3	298,3	1143,9	1178,0

¹ In den Grenzen von Ende 1938.

6. Die Einbeziehung Südosteuropas in die deutsche Wahr- und Grossraumw[irtschaft]

128 Griff nach Südosteuropa, S. 24.

VII. Die wirtschaftliche Kriegsbereitschaft des Dritten Reiches

1. Die agrarwirtschaftliche Versorgungsbilanz im Grosswirtschaftsraum

Mit der inzwischen erlangten wirtschaftspolitischen Dominanz über die besagten Staaten kam das NS-Regime der geplanten Errichtung eines Grosswirtschaftsraumes einen wesentlichen Schritt näher, ohne dass allerdings die inzwischen gesammelte ökonomische Kraft ausgereicht hätte, um entweder den Revanchekrieg gegen Frankreich – mit den Risiken des Kriegseintritts Grossbritanniens – oder gar den Kampf um den Lebensraum im Osten, das heisst gegen die UdSSR – die wiederum in Beistands Verhandlungen mit den Westmächten stand – mit begründeter Aussicht auf Erfolg führen zu können. Noch erschien die Nahrungs- und Futtermittelversorgung im Blockadefall ebenso wenig gewährleistet wie der Bedarf an Arbeitskräften gedeckt, der bei Kriegsausbruch allein schon aufgrund notwendig werdender umfangreicher Einziehungen zur Wehrmacht wachsen musste. Unter Beibehaltung des rüstungswirtschaftlichen Kurses war eine Verbesserung der ökonomischen Situation Deutschlands «ohne Einbruch in fremde Staaten oder Angreifen fremden Eigentums... nicht möglich»¹.

Die Lösung des Problems sah Hitler – das langfristige Programm der Lebensraumgewinnung mit dem kurzfristigen der Aufrüstung verbindend – in der Eroberung Polens. Diese hielt er für unabdingbar «notwendig, um die polnische Lieferung landwirtschaftlicher Produkte und Kohle für Deutschland zu sichern». Gelang dies, dann musste nach Überzeugung des «Führers» «Deutschland unbesiegbar sein», und es konnte «ein für allemal mit seinem Erzfeinde Frankreich abrechnen»².

Die rüstungs- und gesamtwirtschaftliche Lage gestaltete sich allerdings anders, wenn die Westmächte den Einfall in Polen als casus belli betrachteten und das Dritte Reich ihrerseits in militärische Verwicklungen zogen. Welche wirtschaftlichen Voraussetzungen brachte der NS-Staat für diesen Fall mit, den Hitler immerhin kalkulierte, wenn auch nicht für wahrscheinlich hielt, der aber dennoch eintrat?

Vor dem Angriff auf Polen und kurz danach verschafften sich verantwortliche politische, militärische und wirtschaftliche Kreise noch einmal Klarheit über die ökonomi-

1 Ausführungen Hitlers vor den Spitzen der Wehrmacht, 23.5.1939, zit. n. Jacobsen, 1939-1945, S. 110.

2 Inhaltliche Wiedergabe einer Rede Hitlers vor Vertretern der Wirtschaft, der Partei und der Generalität, 8.3.1939, zit. n. Anatomie des Krieges, S. 204. Vgl. Beitrag Messerschmidt, S. 809-816.

sche Leistungsfähigkeit Deutschlands und über die Ressourcen der mit dem Dritten Reich wirtschaftlich seit 1933 allmählich immer enger verknüpften Staaten, um notfalls durch geeignete Massnahmen «die Blockadesicherheit für eine unter deutscher Führung stehende europäische Mächtegruppe herzustellen. Insbesondere galt es zu analysieren, inwieweit diese Blockadesicherheit ganz oder zu einem grossen Teil erreichbar [war], wenn die Wehrwirtschaft des oben skizzierten Raumes... bis zur Höchstleistung und die Wirtschaft weiterer im Machtbereich dieses Raumes liegender Staaten wie der Nordraum (Schweden, Norwegen, Finnland, baltische Staaten) in dem wehrwirtschaftlich notwendigen und erreichbaren Umfang zum Einsatz gebracht» wurden³. Das Ergebnis sorgfältiger Analysen der wehrwirtschaftlichen Situation fiel zwiespältig aus und zwang zu einer differenzierten Schau. Ungeachtet aller seit Inkrafttreten des «Neuen Plans» unter rüstungswirtschaftlichen Gesichtspunkten unternommenen Bemühungen zur Sicherung der Importe im Kriege durch Verlagerung des Aussenhandels auf zufuhrsichere europäische Staaten war der gewünschte Erfolg weitgehend ausgeblieben. Diese ernüchternde Feststellung lag in der Tatsache begründet, dass die bevorzugten Handelspartner, insbesondere in Südosteuropa, die vom Dritten Reich benötigten industriellen Rohstoffe und landwirtschaftlichen Produkte nicht im benötigten Umfange besaßen oder bis zum Kriegsausbruch noch nicht in ausreichender Menge förderten bzw. produzierten. Obwohl die Einfuhr aus Südosteuropa in den dreissiger Jahren permanent stieg, betrug ihr Anteil am deutschen Gesamtimport im Jahre 1938 dennoch nur 9,9% gegenüber 4,7% im Jahre 1933. So war aufgrund der mit der Durchführung des Vierjahresplans verbundenen Bedarfssteigerung die Bedeutung der Überseestaaten für die deutsche Einfuhr notgedrungen wieder gewachsen⁴:

1933	45%	1936	40%
1934	41%	1937	44%
1935	38%	1938	46%

Im Falle kriegerischer Verwicklungen mit den Westmächten als Folge des deutschen Überfalls auf Polen oder auch später im Zuge eines deutschen Präventivschlages gegen Frankreich (und Grossbritannien) musste eine zu erwartende Seeblockade die deutsche Einfuhr merklich reduzieren und günstigstenfalls auf folgende Staaten und Anteile beschränken (s. Tabelle folgende Seite): Insgesamt konnten mithin im Kriegsfall nur etwa 44,4% des Nahrungsmittel- und 33% des Rohstoff-Einfuhrbedarfs als relativ gedeckt gelten. Zweifellos liessen sich diese Prozentsätze durch landwirtschaftliche Ertragssteigerungen und eine vermehrte Rohstoffförderung in Südosteuropa erhöhen, worauf das

3 Studie des Reichsamts für Wirtschaftsausbau über die «Möglichkeiten einer Grossraumwirtschaft unter deutscher Führung», I. T. Juli 1939, BA R 25/53.

4 Expertise des Referenten im Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt, Tomberg, Ende Januar 1940: Der Aussenhandel in den wehrwirtschaftlichen Vorbereitungen Deutschlands vor dem gegenwärtigen Krieg, BA-MA Wi I F 5/1551.

	Anteil an der deutschen Einfuhr (in %)⁵		
	insgesamt	an Nahrungs- mitteln	an Roh- stoffen
Italien	4,5	6,5	2,9
Tschechoslowakei	2,4	1,0	2,6
Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgar- rien, Griechenland	9,9	17,2	5,3
Skandinavien und Finnland			
Baltische Staaten	11,4	11,2	11,5
Belgien, Holland, Schweiz	1,8	2,2	1,3
Rußland	9,1	6,2	7,5
	0,9	0,1	1,9
sichere Einfuhr	40,0	44,4	33,0
ausfallende und fragliche Einfuhr	60,0	55,6	67,0

Die Lebensmittelversorgung im großdeutschen Wirtschaftsraum (1939)⁶

	Bevölkerung	Grad der Selbstver- sorgung	Mit Hilfe inländ. Lebensmittel	ausländ. ernährte Bevölkerung
	in Mio.	in v. H.	in Mio.	
Deutschland (Altreich)	67,50	83	56,00	11,50
Saarland	0,84	40	0,34	0,50
Ostmark	6,76	75	5,07	1,69
Sudetengebiete	3,70	80	2,96	0,74
Memelland	0,15	ca. 150*	0,23	-0,08**
Danzig	0,41	ca. 70	0,28	0,13
Neue deutsche Ostgaue	7,37	ca. 109	8,03	-0,66
I Großdeutschland	86,73	84	72,91	13,82
Generalgouvernement	14,50	ca. 100	14,50	-
Protektorat	7,10	ca. 95	6,75	0,35
Slowakei	3,75***	95	3,55	0,20

II Großdeutscher Wirt-
schaftsbereich

112,08	87	97,71	14,37
--------	----	-------	-------

* 150 v. H. bedeutet, daß nicht nur die Bevölkerung dieses Gebietes vollständig, d. h. zu 100 v. H., aus der eigenen Scholle ernährt werden kann, sondern daß darüber hinaus noch Überschüsse an Lebensmitteln produziert werden. Das Gebiet könnte also z. Zt. nicht 0,15 Mio., sondern 0,23 Mio. Menschen ernähren.

** -0,08 bedeutet in diesem Falle also einen *Ausfuhrüberschuß* an Lebensmitteln, der rechnerisch zur Ernährung von 0,08 Mio. Menschen reichen würde.

*** Vorl. Zahl.

Dritte Reich bekanntlich hinarbeitete. Andererseits musste damit gerechnet werden, dass die westlichen Feindmächte einen starken Druck auf die Neutralen zwecks Reduzierung ihres in Friedenszeiten für Deutschland bestimmten Ausfuhrvolumens ausüben und den Transitverkehr von Rohstoffen aus den belgischen und niederländischen Kolonien durch die Mutterländer nach Deutschland zumindest teilweise unterbinden würden, so dass letztlich «erheblich weniger als 33% des Rohstoff- und Einfuhrbedarfs gesichert» erschienen⁷.

Dennoch glaubten die Berliner Machthaber immerhin auf die Frage nach der kriegssicheren Ernährung von Zivilbevölkerung und Wehrmacht, die man im Ersten Weltkrieg viel zu spät aufgeworfen und dann noch bei den Verantwortlichen nicht selten als nebensächlich betrachtet hatte, bereits rechtzeitig vor Kriegsausbruch eine befriedigende Antwort gefunden zu haben. Aufgrund übereinstimmender Detailuntersuchungen ging man von der Fähigkeit Grossdeutschlands aus, sich zu ca. 83-84% und nach dessen Zusammenschluss mit Polen, dem Protektorat Böhmen und Mähren und der Slowakei zum sogenannten grossdeutschen Wirtschaftsblock zu 87% selbst mit Lebensmitteln versorgen zu können.

Bei Brot- und Futtergetreide sowie bei Fleisch rechnete man mit einer ungefährdeten Bedarfsdeckung aus den Anliegerstaaten, vorausgesetzt, dass diese vom Kriegsgeschehen weitgehend verschont blieben und somit im bisherigen Umfang Exportüberschüsse erwirtschaften konnten. Höchst problematisch stellte sich das Problem der Fettversorgung im Kriege dar. Die bereits genannte Versorgungslücke von rund 50% liess sich, wenn Deutschland im Kriegsverlauf von den Meeren abgeschnitten wurde, nach amtlichen Schätzungen nur um 16% schliessen. Es musste in diesem Falle weitgehend auf Ölf Früchte, pflanzliche Fette und Walöl verzichten. Nur die Butterimporte, die zum Teil aus den baltischen Ländern kamen, liessen sich kaum unterbinden, doch besaßen die Westmächte immerhin die Möglichkeit, die wichtigen Lieferanten Holland und Dänemark so weit von der ausländischen Futtermittelzufuhr, von der sie abhängig waren, abzuschneiden, dass sich deren Butterexporte zwangsläufig verringern mussten. Die fünf südosteuropäischen Staaten boten für diesen möglichen Ausfall kein Äquivalent. Von ihnen bezog das Deutsche Reich 1938 nur 5% seines Fettbedarfes, von denen 2,3% auf Rumänien (Sojafett) und 1,6% auf Ungarn entfielen.

	Sichere Einfuhr	ausfallende u. fragliche Einfuhr (in 1000 t)	sichere Einfuhr	ausfallende u. fragliche Einfuhr (in %)
Butter	89	7		93
Schmalz, Talg, pflanzliche Öle und Fett, Margarine, Walöl	159	54	75	25
Ölfrüchte	74	1571	5	95

So stellte sich den Planern die kriegsbedingte Fetteinfuhr wie folgt dar⁸ (s. Tabelle vor-
vergehende Seite, unten):

Die ernährungswirtschaftliche Abhängigkeit hatte sich gegenüber 1927, als sie 35% be-
trug, erheblich verringert. Aber bedingt durch wachsende Bevölkerungszahl und Ein-
kommen, durch die Verminderung der landwirtschaftlichen Nutzfläche sowie durch die
Abwanderung von geschätzten 700'000 bis 800'000 Landarbeitskräften in die Industrie
liess sich der Grad der agrarökonomischen Autarkie innerhalb des unmittelbar unter
deutscher Herrschaft stehenden Territoriums seit der nationalsozialistischen Macht-
übernahme, gemessen an den vom NS-Regime unternommenen Anstrengungen, nicht
wesentlich erhöhen: Auslandsabhängigkeit 1933: 19%; 1938: 17%; 1939: 13%. Erst
unter der Voraussetzung, dass der sogenannte grossdeutsche mit dem mitteleuropäi-
schen Wirtschaftsblock eine wirtschaftliche Einheit bildete, erschien eine 90prozentige
und unter Einschluss des Wirtschaftspotentials des russischen Raumes eine 96prozen-
tige Selbstversorgung im Ernährungsbereich gewährleistet, eine Prämisse, von der man
bei Kriegsbeginn nicht ausgehen konnte, die aber im Verlauf des Krieges geschaffen
werden sollte.

Die Ernährungsbilanz des mitteleuropäischen Wirtschaftsblocks⁹

Gebiet	Bevölkerung (in Mio.)	Grad der Selbstver- sorgung v. H.	Mit Hilfe von inländ. Lebensmitteln ernährte Bevölkerung (in Mio.)	ausländ. ernährte Bevölkerung (in Mio.)
Großdeutscher Wirtschaftsraum	112,1	87	97,7	14,4
Skandinavischer Wirtschaftsraum	16,7	80	13,4	3,3
Holland.-Belg. Wirtschaftsraum	17,0	59	10,1	6,9
Baltischer Wirtschaftsraum	5,6	107	6,0	-0,4
Südosteuropäischer Wirtschaftsraum	56,9	107	60,9	-4,0
I Mitteleuropäischer Block zusammen	208,3	90	188,1	20,2
II Russischer Wirtschaftsraum	185,7	101	188,2	-2,5
Insgesamt I und II	394,0	96	376,3	17,7

8 Expertise des Referenten im Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt, Tomberg, Ende Januar 1940:
Der Aussenhandel in den wehrwirtschaftlichen Vorbereitungen Deutschlands vor dem gegenwärtigen Krieg, BA-MA Wi VI/1551.

9 Denkschrift des Instituts für Konjunkturforschung über Grossraumwirtschaft,
BA-MA RW 19 Anhang 1/1147.

In der Euphorie der Grossraumpolitik hielt man es durchaus für möglich, dass «die Produktions- und Ausföhrfähigkeit der nordost- und südosteuropäischen Staaten-Gruppe aufrechterhalten» blieb, und so entwarf man «ein günstiges Bild der deutschen Ernährungslage», die, so war man überzeugt, «durch eine Seeblockade auch von längerer Dauer nicht erschüttert werden» konnte¹⁰.

2. Die rohstoffwirtschaftliche Lage im Grosswirtschaftsraum

Über Erfolg bzw. Misserfolg der Rohstoffwirtschaft lassen sich lediglich zwei verbindliche Aussagen machen:

1. In allen wichtigen rohstoffwirtschaftlichen Zweigen sind vor allem nach 1936 erhebliche Produktionssteigerungen erzielt worden. Dies gilt besonders für den Sektor Chemie, hier wiederum im Bereich der Kunststoffe. Zweifelsfrei gelangen der deutschen Industrie kaum zugetraute Kraftanstrengungen. Sicherlich war auf dem Rohstoffsektor im Blick auf die wirtschaftliche Kriegstüchtigkeit durch den «Neuen Plan» und den Vierjahresplan «eine erfolgreiche Vorsorgearbeit geleistet worden», die aber nach Auffassung kompetenter Wehrmachtstellen «nicht genögte, um die Rohstofflage für einen längeren Krieg» zu stabilisieren¹¹.

2. Die Produktionskurven weisen in vielen Bereichen erst in den Jahren 1938/39 einen steilen Knick nach oben auf. Das heisst, die wirtschaftlichen Erfolge dieser Zeit sind nicht zuletzt als Resultate der territorialen und machtpolitischen Veränderungen in Europa zu bewerten. In besonderem Masse wird dies bei der Braunkohleförderung deutlich, die erst nach der Eingliederung Österreichs merklich, nach dem Anschluss der Sudetengebiete aber sprunghaft anstieg. Die Eisenerzförderung wurde durch die Verfügbarkeit über die Vorkommen der ehemaligen Alpenrepublik intensiviert und erfuhr nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei nochmals eine kräftige Belebung, und «die deutsche Stahlproduktion von 1939 überstieg diejenige des Jahres 1929 nur deshalb, weil die Werke in Österreich und der Tschechoslowakei... zusätzliche Kapazitäten... einbrachten»¹². Die wachsende Stromerzeugung 1936 lässt sich auf die Rückgewinnung der Saar, 1938/39 auf die Ausnutzung der Wasserkräfte der «Ostmark» und der Braunkohle des Sudetenlandes mit zurückführen.

Aber auch in den erweiterten Grenzen des Grossdeutschen Reiches liess sich die Auslandsabhängigkeit nur geringfügig und lediglich in bestimmten Bereichen verringern. Sie betrug bei Kriegsausbruch insgesamt rund ein Drittel des Rohstoffbedarfs. So stand beispielsweise der Verbrauch von Inlands- zu Importerzen in der eisenschaffenden Industrie im Verhältnis 1:3. Unter Berücksichtigung des hohen deutschen Schrottanfalles

10 Geheime Studie der IG-Farben-Industrie über «Die Lage der Nahrungs- und Futtermittelversorgung in Deutschland», 1939, BA-MA Wi 1/376.

11 Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 146.

12 Milward, Kriegswirtschaft, S. 24/25.

belief sich die benötigte Einfuhrquote bei Eisenerz immer noch auf etwa 45%. Die Einfuhrabhängigkeit betrug 1939 bei den Nichteisenmetallen Zink 25%, Blei 50%, Kupfer 70%, Zinn 90%, Nickel 95%, Aluminium 99%, bei Mineralölen 65% und bei Kautschuk 85-90%¹³. Wagt man den Vergleich mit 1914, dann war 1939 der Selbstversorgungsgrad bei Eisen geringer, und zwar durch das Fehlen der lothringischen Erze, bei Mineralölen höher. Dennoch lag der Einfuhrbedarf insgesamt wesentlich über dem zu Beginn des Ersten Weltkrieges, denn aufgrund der stattgefundenen Technisierung und Motorisierung hatte sich der Selbstversorgungsgrad trotz beachtlicher Produktionssteigerungen nicht erhöht. Insgesamt führte Deutschland an kriegswichtigen Rohstoffen ein:

Deutsche Einfuhr kriegswichtiger Rohstoffe (in 1000 t)¹⁴

	1933	1934	1935	1936	1937	1938
Eisenerz	4572	8265	14061	18469	20621	21928
Sonst. Erze	2386	3071	3662	4079	5622	4852
Metalle	918	1141	852	895	1273	2275
Erdöl	546	623	846	983	1198	1326
Kraftstoffe						
u. Schmieröle	2157	2535	2946	3235	3109	3641
Kautschuk	60	72	74	83	123	109

Betrachtete man die deutsche Rohstofflage 1939 im grossraumwirtschaftlichen Rahmen, konnten die Achsenmächte mit Spanien und den Balkanstaaten als ein gedachter geschlossener ökonomischer Raum auch den gemeinsamen Bedarf «nur unvollkommen» decken¹⁵.

Im genannten angestrebten und als Berechnungsgrundlage dienenden Grosswirtschaftsraum, bestehend aus Grossdeutschland, der Slowakei, Ungarn, Italien, Spanien sowie den Balkan-Ländern ausser Griechenland, gestaltete sich die Versorgungslage nur bei Kohle, Eisen, einigen Leichtmetallen und Mineralöl günstig, doch konnte der Bedarf auch «nicht in voll ausreichendem Masse laufend sichergestellt werden»¹⁶. Ihre Bevorratung scheiterte 1939 noch an den Kosten. Dagegen fielen so wichtige Rohstoffe wie die Mehrzahl der Nichteisenmetalle, Kautschuk, Baumwolle und Wolle «nur in relativ beschränkten Mengen oder überhaupt nicht an»¹⁷. Doch rechnete man damit, für die Zeit

13 Vgl. Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 146; Expertise Tombergs, BA-MA Wi VI/ 1551.

14 Expertise Tombergs, BA-MA Wi VI/1551.

15 Denkschrift des Instituts für Konjunkturforschung über Grossraumwirtschaft: Das Gewerbe im mitteleuropäischen Wirtschaftsraum, BA-MA RW19 Anhang 1/1147.

16 Denkschrift der Amtsgruppe Wehrwirtschaftsstab im Oberkommando der Wehrmacht über die Möglichkeiten einer Grossraumwirtschaft unter deutscher Führung, August 1939, zit. n. Welt-herrschaft im Visier, S. 255.

17 Kriegswirtschaftlicher Lagebericht des OKW Nr. 11, I. 8.1940, BA-MA RW 4/v. 308.

eines befristeten Krieges Nickel, Wolfram, Molybdän, Kobalt, Zinn, Kautschuk, Asbest, Glimmer, Arsen, Wismut, Antimon, Sillimanit im Werte von 152 Mio. RM einkaufen und lagern zu können.

Insgesamt gelangte man aber zu der Einsicht, «die wehrwirtschaftliche Blockadesicherheit auch bei den grössten Anstrengungen und unter den günstigsten Voraussetzungen», nämlich der Lieferbereitschaft des Nordraumes im Kriege, «nur in begrenztem Umfang erreichen» zu können¹⁸.

	Sichere Einfuhr	Ausfallende u. fragliche Ein- fuhr (in 1000 t)	Sichere Einfuhr	Ausfallende u. fragliche Einfuhr ¹⁹ (in %)
Eisenerz	12730	10882	54	46
Kupfer	55	304	15	85
Kupfererz	272	382	42	58
Blei	11	64	15	85
Bleierz	41	100	29	71
Zink	43	32	57	43
Zinkerz	16	169	9	91
Zinn	4	8	35	65
Nickel	1	3	28	72
Bauxit	900	285	76	24
Erdöl	60	1005	6	94
Techn. Öle u. Fette	83	122	40	60
Kraftstoffe u. Schmierstoffe	569	2072	22	78
Kautschuk	4	105	4	96

Das Oberkommando der Wehrmacht erhob daher die Forderung, Nordeuropa in den Grosswirtschaftsraum mit einzubeziehen, insbesondere wegen der Erze und Energiereserven Skandinaviens. Die «restlose Sicherung» des so zu erweiternden ökonomischen Rahmens eines kriegführenden Deutschlands erschien aber «nur mit den Rohstoffen Russlands... möglich»²⁰. Nach übereinstimmender Ansicht von Vierjahresplan-Behörde (Reichsamt für Wirtschaftsausbau) und Oberkommando der Wehrmacht (Amtsgruppe Wehrwirtschaftsstab) war eine echte Blockadesicherheit des Grosswirtschaftsraumes nur auf der Grundlage eines engen wirtschaftlichen Zusammenschlusses mit der UdSSR zu gewährleisten²¹. Die Wehrmacht erwies sich als energischer Verfechter der Siche-

18 Ebd.

19 Expertise Tombergs, BA-MA Wi VI/1551, S. 30.

20 Studie des Reichsamts für Wirtschaftsausbau über die «Möglichkeiten einer Grossraumwirtschaft unter deutscher Führung», I. Teil I. T., Juli 1939, BA R 25/53. Vgl. auch das geheime Gutachten des Instituts für Weltwirtschaft über «Das russische Wirtschaftspotential und die Möglichkeit einer Intensivierung der deutsch-russischen Handelsbeziehungen», September 1939, BA-MA RW19 Anhang 1/701.

21 Denkschrift der Amtsgruppe Wehrwirtschaftsstab, August 1939, zit. n. Weltherschaft im Visier, S. 255.

zung des Grosswirtschaftsraumes und eines wirtschaftlichen Zusammengehens mit der Sowjetunion. Sie forderte die Aufstellung folgender politischer und wirtschaftlicher Friedens- und Kriegsziele: «Schaffung und Erhaltung eines europäischen Grosswirtschaftsraumes, der im Frieden und Krieg die Existenz seiner Partner sicherstellt... Soweit irgend möglich, friedliche Durchdringung und Verflechtung der Volkswirtschaft des Grosswirtschaftsraumes im Sinne des höchsten Nutzeffekts für den Lebensstandard im Frieden und für die Blockadesicherheit im Krieg. Eine Bündnis-Politik, die Südosteuropa und den Nordraum der Koalition dienstbar macht sowie ein tragbares Verhältnis zu Russland ermöglicht... Ausrichtung der gesamten Wirtschaft im Grosswirtschaftsraum auf äusserste wehrwirtschaftliche Stärkung der einzelnen Länder in Übereinstimmung mit den dem einzelnen Land im Kriege zufallenden Aufgaben²².»

Die Furcht vor der Ausweitung des Polenfeldzuges zu einem Krieg unbestimmbarer Dimension dürfte nicht unwesentlich zu dem Entschluss beigetragen haben, die Ressourcen der UdSSR vor der Lebensraumerweiterung über Polen hinaus zugunsten der Auseinandersetzung mit den Westmächten für Deutschland zu erschliessen. Hatte Berlin bislang gegenüber Moskau als potentiellm Hauptgegner neben Frankreich eine seit 1933 zunehmend restriktive Handelspolitik betrieben, so trat 1939/40 eine spürbare Belebung des deutsch-sowjetrussischen Warenaustausches ein, insbesondere auf der Seite der deutschen Einfuhr.

Deutschlands Einfuhr aus der UdSSR²³

	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940
Absoluter Betrag (in Mio. RM)	194	210	215	93	65	53	30	391
Anteil am deutschen Gesamtimport (in %)	4,6	4,7	5,2	2,2	1,2	0,9	0,6	7,8
Rang der UdSSR unter allen Lieferländern Deutschlands	4.	3.	3.	19.	30.	28.	32.	
Deutschlands Ausfuhr in die UdSSR								
	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940
Absoluter Betrag (in Mio. RM)	282	63	39	126	117	34	31	216
Anteil am deutschen Gesamtexport (in %)	5,8	1,5	0,9	2,7	2,0	0,6	0,6	4,4
Rang der UdSSR unter allen Abnehmerländern Deutschlands	5.	20.	27.	13.	19.	35.	35.	

Bereits im Februar des Jahres 1939, mithin zu einer Zeit, als die ersten Vorentscheidungen für den Feldzug gegen Polen fielen, wurden mit der Sowjetunion die Rahmenbedingungen für eine Intensivierung des merkantilen Austausches festgelegt. Obgleich

²² Ebd., S. 257.

²³ Tab. n. Puchert, Entwicklung, S. 32; Friedensburg, Kriegslieferungen, S. 333.

Deutschlands Anteil am Aussenhandel der UdSSR (in %)

	1933	1934	1935	1936	1937	1938
Anteilamimport	42,5	12,4	9,0	22,8	14,9	4,7
Anteil am Export	18,7	23,5	18,0	8,6	6,2	6,6

die UdSSR nur rund 50% der vom NS-Regime gewünschten Rohstoffkontingente zu liefern bereit war, ging Deutschland in die entscheidenden Verhandlungsrunden mit dem Vorsatz, «aus wirtschaftlichen und politischen Gründen auch dann mit den Russen abzuschliessen, wenn eine wesentliche Erhöhung des letzten... Angebots... nicht erreicht werden sollte»²⁴. Im Zuge der beiderseits gewünschten und betriebenen Annäherung kam schliesslich am 19. August 1939 doch ein den deutschen Ambitionen entsprechendes Handels- und Kreditabkommen zustande, das innerhalb der nächsten 12 Monate der deutschen Wehrwirtschaft Rohstoffe im Werte von 100 Mio. RM in Aussicht stellte. Wie Hitler überzeugt war, brauchte man bei einem Eingreifen Frankreichs und Englands in den bevorstehenden polnischen Konflikt «keine Angst [mehr] vor [einer] Blockade zu haben», da «der Osten... Getreide, Vieh, Kohle, Blei, Zink» liefere²⁵. Mit dem Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes wurde nicht nur den strategischen, sondern auch den kriegswirtschaftlichen Forderungen der Militärs und der Industrie entsprochen, denen im Falle eines Abschneidens Deutschlands vom Weltmarkt infolge eines Kriegseintritts Grossbritanniens «eine starke Vermehrung der deutschen Ausfuhr nach der Sowjetunion und eine entsprechende Hereinnahme russischer Rohstoffe und Nahrungsmittel... geboten» erschien²⁶. In Verbindung mit einem umfassenden Wirtschaftsvertrag vom Februar 1940, der für den Zeitraum von 12 Monaten noch einmal die Lieferung von Rohstoffen im Werte von 800 Mio. RM vorsah, sollte erreicht werden, dass «die englische Blockade in ihrer Wirkung in entscheidender Weise abgeschwächt» wurde²⁷, was auch gelang. Nicht zuletzt die beträchtlichen sowjetrussischen Lieferungen an das Dritte Reich schufen die Voraussetzung dafür, dass Deutschland, obwohl es nach dem September 1939 fast vollständig vom Weltmarkt abgeriegelt war, eine so erstaunliche wirtschaftliche Widerstandskraft zeigte. Diese beruhte nicht zuletzt auf den für die Kriegsrüstung unverzichtbaren Einfuhren an Mangan- und Chromerz sowie an Phosphat und Asbest, die in der Zeit des Hitler-Stalin-Paktes den grössten Teil der deutschen Versorgung auf diesen Sektoren ausmachten. Die sowjetrussische Rohstoffausfuhr konzentrierte sich bereits 1940 überwiegend auf das Deutsche Reich und betrug im Einzelnen:

24 Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes, 15.6.1939, PA Ha.-Pol, Handakten Clodius, Russland, Bd. 2.

25 Ansprache Hitlers vor den Oberbefehlshabern, 22.8.1939, ADAP, D, Bd. VII, S. 170.

26 Kugelgen, Deutschland – Russland, S. 46.

27 Aufzeichnung des Vorsitzenden der deutschen Wirtschaftsdelegation, 26.2.1940, ADAP, D, Bd. VIII, S. 643.

49,9% der russischen Phosphatausfuhr
 77,7% der russischen Asbestausfuhr
 62,4% der russischen Chromerzausfuhr
 40,7% der russischen Manganerzausfuhr
 75,2% der russischen Mineralölausfuhr
 66,0% der russischen Rohbaumwollausfuhr.

Insgesamt setzten sich die Lieferungen wie folgt zusammen:

Deutschlands Einfuhr an bestimmten Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft
 (in 1000 t)²⁸

Ware	1939		1940		1. Halbj. 1941	
	gesamt	aus der UdSSR	gesamt	aus der UdSSR	gesamt	aus der UdSSR
Roggen	133	–	159	82	78	78
Weizen	900	–	672	4	365	189
Gerste	382	0	728	697	133	96
Hafer	33	–	121	118	190	184
Mais	586	–	507	14	·	–
Hülsenfrüchte	180	11	162	47	·	35
Rohbaumwolle	259	2	120	71	46	30
Flachs und Flachswerg	238	4	112	14	·	7
Bau- und Nutzholz	2153	103	3156	696	1537	246
Holz zur mech. oder chem. Verarbeitung	1496	66	1182	462	523	120
Ölkuchen u. dergl.	62	–	82	29	·	8

Deutschlands Einfuhr an bestimmten mineralischen Rohstoffen (in 1000 t)

Ware	1939		1940		1. Halbj. 1941	
	gesamt	aus der UdSSR	gesamt	aus der UdSSR	gesamt	aus der UdSSR
Phosphorsaurer Kalk	1025	31	174	129	127	55
Asbest	18	1	12	8	12	7
Chromerz	193	–	40	26	4	–
Manganerz	235	6	119	65	116	75
Mineralöle und Rückstände	4694	5	1806	617	816	248
Platin und Platinmetalle (in kg)	3320	1	2290	1474	1546	1262
Rohzinn	9	–	7	1	1	0
Rohnickel	3	–	5	2	2	1
Kupfer	144	–	105	7	52	7

Im Blick auf den geplanten Lebensraumkrieg²⁹ gegen die UdSSR begnügte sich das Dritte Reich mit einem Minimum an Gegenleistungen, die gerade das Mass dessen erreichten, was notwendig erschien, um die russischen Einfuhren nicht zu gefährden. Bei dem Überfall auf die Sowjetunion stand Deutschland jedenfalls tief in deren Schuld. Über deren Höhe differieren die Angaben der russischen und deutschen Statistiker, was nicht zuletzt auf den schwankenden Rubelkurs zurückzuführen ist. Nimmt man einen Mittelwert, dann dürfte Berlin etwa zwischen 57 und 67% der russischen Lieferungen mit deutschen industriellen Gütern, vor allem mit Metallwaren, Maschinen und elektrotechnischem Gerät kompensiert haben; die Restschuld blieb ungedeckt.

3. Die kriegswirtschaftliche Versorgungslage Deutschlands 1939

Wie zuversichtlich diese kriegsversorgungswirtschaftlichen Perspektiven für die Zukunft auch stimmen mochten, über die Fülle der ökonomischen Probleme des Jahres 1939 konnten sie nicht hinwegtäuschen. Wenn die Wirtschaft des Dritten Reiches im Jahre 1939 überhaupt kriegsbereit war, dann nur für räumlich wie zeitlich begrenzte militärische Unternehmungen. In Kreisen der Wehrmacht bestand volle Klarheit darüber, dass sich ein aus dem projektierten Überfall auf Polen entwickelnder kriegerischer Konflikt von längerer Dauer in Anbetracht der wirtschaftlichen Konstellation des Jahres 1939 nicht würde durchstehen lassen. Die militärische Wehrwirtschaftsorganisation operierte in ihren Versorgungsplänen mit sehr realistischen Grössen. Nach ihrer Auffassung konnte man aufgrund der guten Ernten der Jahre 1938 und 1939 und aufgrund der mit den letzten Devisen des Reiches angelegten Reserven «die Lage auf dem Ernährungsmittelsektor bei Kriegsausbruch als leidlich günstig bezeichnen». Die Brotversorgung galt als ausreichend, nachdem erhebliche Vorratsreserven angelegt worden waren. Demgegenüber musste eine Reduzierung des Fettverbrauchs in Kriegszeiten auf 57% des Friedenskonsums, bei Fleisch auf 68% vorgenommen werden.

Bei den Rohstoffvorräten konnte man insgesamt gesehen davon ausgehen, dass sie, sofern sie nicht restlos in Deutschland gefördert oder erzeugt wurden, im Falle einer über Polen hinausgehenden kriegerischen Eskalation für 9 bis 12 Monate ausreichen. Im Einzelnen vermochten die Kautschukbestände den Wehrmacht- und Zivilbedarf für

²⁹ Die hier dargelegten macht-, rassen- und wirtschaftspolitischen Intentionen des Dritten Reiches gegenüber der Sowjetunion werden tendenziell bestätigt in der vom Verf. angeregten und betreuten Dissertation von Müller, Tor zur Weltmacht. Hier wird auch genauer eingegangen auf die Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Berlin und Moskau vor Beginn des Zweiten Weltkrieges. Insbesondere kommt das gruppenspezifische Interesse bei der politisch-ideologischen Führung des Reiches, bei den Militärs und bei der Wirtschaftsrepräsentanz deutlich zum Ausdruck.

5 bis 6 Monate zu decken, und zwar bei einer 30prozentigen Verwendung von Buna, dessen Anteil es zu steigern galt, weil Devisen zum Ankauf von Rohkautschuk kaum noch zur Verfügung standen und bei einer Blockade mit der Unterbindung der Kautschukzufuhr aus Übersee gerechnet werden musste.

Die Aluminiumherstellung, vorwiegend auf den Bauxiten des Südostraumes basierend, wies zwar eine rasante Zuwachsrate auf, blieb aber «gegenüber den Forderungen der Wehrmacht noch im erheblichen Rückstand»³⁰. Ungeachtet der gestiegenen Produktion hatten sich die an den Vierjahresplan geknüpften Hoffnungen an die synthetische Mineralölherstellung als übertrieben und damit als nur teilweise erfüllbar erwiesen. Der von der Aufrüstung diktierte Bedarf wuchs wesentlich schneller als die Treibstoffgewinnung. Dennoch glaubte sich die Wehrmacht für einen Blitzkrieg gegen Polen ausreichend versorgt, da sie über nicht unbeachtliche Lagerbestände verfügte.

Mineralölversorgung des Deutschen Reiches bei Kriegsbeginn 1939³¹

Erzeugnis	Mob-Bedarf (monatlich in t)	Eigen-Erzeugung	(in %)	Lagerbestand
Kfz-Benzin	171000	95000	55	451000
Flug-Benzin	110000	41500	22	492000
Dieselmotort.	142000	28000	20	298000
Heizöl (M)	276000	51000	19	1129000
Motorenöl	32100	9950	31	141000

Die Vorräte an Treibstoffen boten nach Ansicht zuständiger Militärs «eine gute Grundlage für die ersten Monate der Kriegführung»³². Im Sommer 1939 auftretende Verknappungserscheinungen erklärten sich aus der den Mineralölgesellschaften und Tanklagern gemachten Auflage zur Reservebildung für den Mob-Fall. Diese Massnahme erschien geboten, solange die Versorgung mit rumänischem Erdöl, auf das die deutsche Wehrwirtschaft unverzichtbar angewiesen war, «eine vorläufig noch ungelöste Transportfrage» blieb³³. Darüber hinaus konnte man vor der Tatsache die Augen nicht verschließen, dass noch im Sommer 1939 britisch-niederländische, französisch-belgische und amerikanische Firmen- sowie Bankengruppen 80% der rumänischen Erdölförderung und ca. 90% der Fertigwarenproduktion kontrollierten. Dieser Einfluss machte sich für Deutschland in den ersten fünf Monaten des Jahres 1939 in einem Rückgang der Bohrtätigkeit um rund 32% und der Fördermenge um 11% gegenüber dem Vergleichszeitraum 1938 unangenehm bemerkbar³⁴.

30 Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 146.

31 Tab. aus Kasper, Erdölgewinnung, S. 65.

32 Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 147.

33 Vortrag Thomas im Auswärtigen Amt, 24.5.1939, BA-MA Wi IF 5/115.

34 Bericht des OKW/Amtsgruppe Wehrwirtschaftsstab, über den Stand der wirtschaftlichen Lage, 1.7.1939, BA-MA RW 19/94.

Auf dem Markt der Nichteisenmetalle traten 1939 sich verstärkende Spannungen auf. Hier liess sich nicht einmal der laufende Bedarf befriedigen. Eine Bevorratung, die «als unbedingte Notwendigkeit» betrachtet wurde, «um ein längeres Durchhalten in einem grossen Kriege zu gewährleisten», konnte infolge der desolaten Devisenlage «zur Zeit gar nicht erfolgen»³⁵. Stattdessen wurde die Wehrmacht durch Führerbefehl dazu angehalten, den Verbrauch an Nichteisenmetallen «durch weitestgehende Verwendung von Austauschstoffen und verstärkten Einsatz von Forschung und Erfindung .dem deutschen Eigenaufkommen anzupassen»³⁶. Für das erste Halbjahr 1939 mussten die Nichteisenmetall-Kontingente der Industrie auf unter 50% der Zuteilungen des Jahres 1938 gesenkt werden, wobei sich die Wehrmacht bei den Hauptmetallen mit 25 bis 55% ihres angemeldeten Bedarfs zu begnügen hatte. Lediglich die für den beschleunigten Ausbau der Kriegsmarine benötigten Nichteisenmetalle konnten durch den Beauftragten für den Vierjahresplan für das zweite Quartal 1939 devisenmässig garantiert werden³⁷.

Im Vordergrund der Bemühungen um die Rohstoffversorgung stand die Steigerung der Kohleförderung, von der nicht nur die rüstungswirtschaftliche Produktion entscheidend abhing, sondern in hohem Masse auch die Devisenbilanz. Denn Kohle zählte zu den wenigen deutschen Überschussgütern, die für den Export in Frage kamen. Im Frühjahr 1939 stellte man alle üblichen Vorarbeiten für die künftige Förderung ein, um die freierwerdenden Kräfte für die momentane Abbausteigerung einzusetzen. Darüber hinaus wurde ab 1. April des Jahres die Arbeitszeit im Bergbau generell von 8 auf 8 $\frac{1}{2}$ Stunden heraufgesetzt, wovon man sich eine ergotrope Wirkung von 8,10% je Mann und Schicht versprach³⁸, nachdem die Förderquote seit Januar gesunken war bzw. stagnierte. Die Arbeitszeitverlängerung hat die an sie geknüpften Erwartungen allerdings nicht erfüllt. Die Mehrförderung betrug im April lediglich 2,5% und im Mai 3,9%. Im Ruhrbergbau gestaltete sich die Steinkohleförderung bis zum Sommer 1939 wie folgt:

Januar	424000 t	Mai	436000 t
Februar	419000 t	Juni	425000 t
März	419000 t	Juli	420000 t
April	435000 t		

Das NS-Regime sah sich folglich genötigt, die zur Verkokung bestimmten Kohlemen- gen zu kürzen, was das Aufbrauchen der Reserven bei den Eisenhütten notwendig machte «und letzten Endes zwangsläufig einen Rückgang der Eisenproduktion im Ge-

35 Vortrag Thomas im Auswärtigen Amt, 24.5.1939, BA-MA Wi IF 5/115.

36 Bericht des OKW/Amtsgruppe Wehrwirtschaftsstab, über den Stand der wirtschaftlichen Lage, 1.8.1939, BA-MA RW 19/94.

37 Ebd., 1.7.1939.

38 Ebd., 1.5. und 1.6.1939.

folge haben» musste³⁹. Gleichzeitig traten Engpässe in der Bunkerkohle-Versorgung der deutschen Häfen ein, und das Reichsluftfahrtministerium trug der Lage dadurch Rechnung, dass es die den Luftwaffen-Rüstungs-Betrieben auferlegte Kohlelagerung für drei Monate vorläufig zurückstellte. Schliesslich führte die angespannte Situation im Kohlebergbau zu einer zunehmenden Nervosität innerhalb der Arbeiterschaft, «da die Leute durch Überstunden abgehetzt» waren. Nach Ansicht des Wehrwirtschaftsstabes hatte sie mehr «Pausen und Ruhe notwendig» und wollte von offiziellen Veranstaltungen, die das Regime inszenierte, verschont bleiben⁴⁰.

Zu Beginn des Polenfeldzuges besass der Kohlebergbau keine Produktionsreserven mehr. Die bei den Zechen gelagerten Vorräte beliefen sich auf rund 15% eines Monatsbedarfs, so dass im Falle eines längeren Krieges, der den Abzug von Arbeitskräften für die Armee nötig machen konnte, mit einer Kohleverknappung in Industrie und privaten Haushalten zu rechnen war, eine Befürchtung, die sich im Laufe des Winters 1939 als berechtigt erwies. Die Einziehung von Bergleuten und die kriegsbedingten Überlastungen des Verkehrssystems bewirkten ein Absinken der Steinkohlegewinnung im September 1939 um rund 10%, bis zum Jahresende um nahezu 15%. Der Arbeiter- und Transportmangel traf den Braunkohlebergbau, der im Vergleich zum Steinkohlebergbau nicht so arbeitskräfteintensiv war und in der Regel die Förderung mit der Weiterverarbeitung vor Ort gekoppelt hatte, weniger schwer. Aber auch die Braunkohleförderung ging zu Kriegsbeginn um 6 bis 7% zurück⁴¹.

Bei einem erhöhten Energiebedarf durch die forcierten Rüstungsanstrengungen am Vorabend des Polenfeldzuges durften die Energieversorgungsunternehmen Mitte 1939 Kohle nur in dem ihnen im Rechnungsjahr 1938/39 zugewiesenen Umfang beziehen (das Rechnungsjahr ging von April bis März). Es blieb also keine andere Wahl, als die Lagervorräte an Steinkohle anzugreifen, die bis Ende Juli/Anfang August so weit absanken, «dass bereits Einschränkungen in der Elektrizitäts- und Gasversorgung vorgenommen werden mussten»⁴². Dieser Energieverlust konnte auch nicht durch die Erweiterung der Kapazitäten der Braunkohlekraftwerke wettgemacht werden, die als Folge von Überbeanspruchung und mangelnder Wartung unter schwerwiegenden Maschinenschäden litten.

Der kurzfristigen Einfuhr fehlender Nahrungs- und Futtermittel sowie Rohstoffe stellten sich generelle Probleme entgegen, die aus der schwierigen Finanzsituation erwachsen, in die sich das Reich durch die überzogene Aufrüstung manövriert hatte. Der geringe Exportausstoss führte dazu, dass sich sowohl die Importe aus der UdSSR wie aus anderen Staaten nicht allein auf dem Clearingwege kompensieren liessen. Das Dritte Reich

39 Ebd., 1.8.1939.

40 Zusammenfassender Überblick des OKW/Amtsgruppe Wehrwirtschaftsstab, über die Wirtschaftsberichte der Wehrwirtschafts-Inspektionen, Stand 20.8.1939, BA-MA RW19/68.

41 Riedel, Eisen, S. 271.

42 Bericht des OKW/Amtsgruppe Wehrwirtschaftsstab, über den Stand der wirtschaftlichen Lage, 1.8.1939, BA-MA RW 19/94.

benötigte also Gold und Devisen, um zumindest einen Teil seiner rüstungsrelevanten Einfuhren bezahlen zu können. Wenn es bislang aus seinen Export-Geschäften noch gewisse, wenn auch geringe Devisen hatte erwirtschaften können, dann sanken diese seit Ende 1938 rapide ab und näherten sich dem Nullpunkt, nachdem die deutsche Expansionspolitik bei einer Reihe ausländischer Kunden einen Auftragsstopp ausgelöst hatte. So erreichte die deutsche Exportkurve Mitte 1938 einen Tiefpunkt und sank nach einem nochmaligen Höhepunkt zum Jahreswechsel 1938/39 rapide ab⁴³.

Bei Kriegsausbruch waren nahezu alle Gold- und Devisenreserven verzehrt. Ihr Bestand belief sich einschliesslich der geheimen Sonderfonds auf rund 500 Mio. RM, «ein Betrag, der gerade ausreicht[e], um den 10. Teil der deutschen Friedenseinfuhr zu finanzieren»⁴⁴.

Nach amtlicher Schätzung betragen 1939 die deutschen Auslandsanlagen, bei den Feindmächten inbegriffen, 1,5 Mrd. RM – ein Bruchteil des Wertes von 1914 = 25 Mrd. RM. Diese liessen sich aber nur schwer und unter Hintansetzung aller Wirtschaftsinteressen im Ausland flüssigmachen.

Im Gegensatz dazu verfügten die deutschen Gegner über folgende Goldbestände, Dollar-Guthaben und marktgängige Dollar-Effekten⁴⁵.

in Mio. Dollar	England	Frankreich	Kanada	Koloniale Länder	Insgesamt
Goldbestände	2000	3000	215	540	5755
Dollarguthaben	595	315	355		1265
Dollareffekten	735	185	500		1420
Zusammen	3330	3500	1070	540	8440

Die deutsche Clearing-Schuld bei Kriegsausbruch 1939 (in Mio. RM)⁴⁶

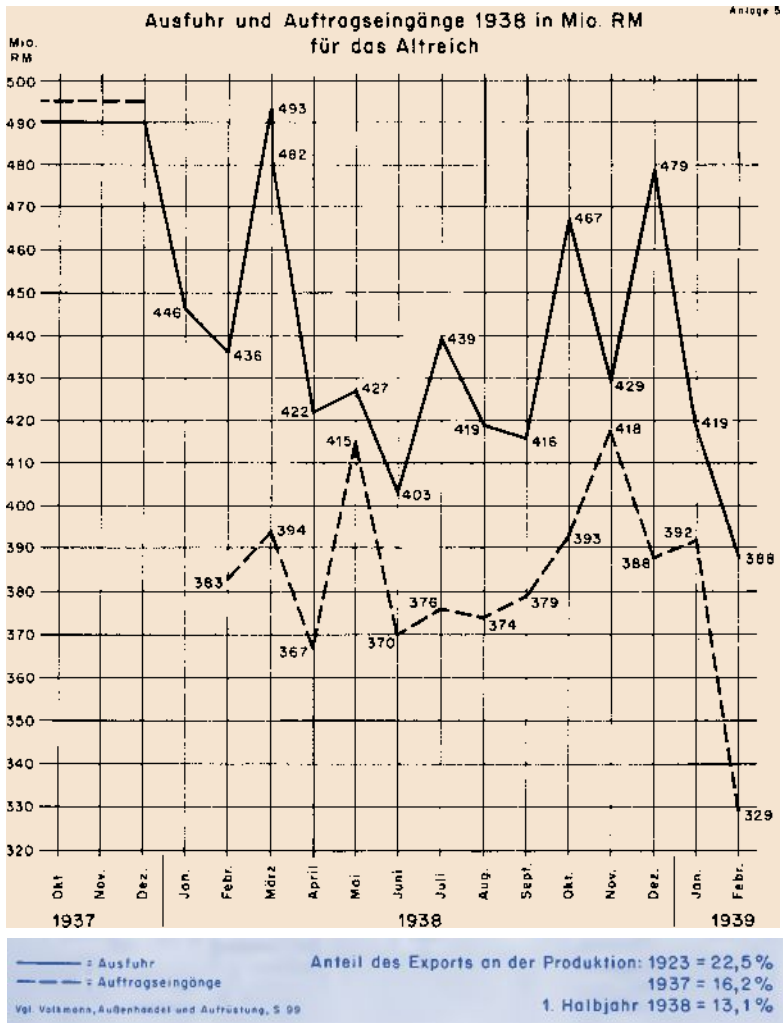
Italien	107	Rumänien	17
Holland	55	Jugoslawien	14
Schweiz	36	Bulgarien	22
Schweden	3	Griechenland	17
Finnland	4	Spanien	22
Ungarn	41	Argentinien	17

43 Vgl. Anlage 5. Für Dez. 1937/Jan. 1938 fehlen genaue Angaben.

44 Expertise des OKW/Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt, vermutlich Ende 1939/Anfang 1940, BA-MA Wi IF 5/3442.

45 Angaben des Federal Reserve Board, Washington, zit. n. Deutschlands Wehrwirtschaftspotential bei Kriegsausbruch, BA-MA Wi IF 5/3442.

46 Deutschlands Wehrwirtschaftspotential, BA-MA Wi IF 5/3442.



Nach dem Kaufkraftkurs umgerechnet ergab sich ein Betrag von 34 Mrd. RM. Der Weg der Importfinanzierung über die Aufnahme ausländischer Kredite erwies sich als kaum gangbar. Denn zum einen zählten gerade die kapitalkräftigen Mächte zu den potentiellen Feinden Deutschlands, und zum anderen hatte die deutsche Clearing-Verschuldung ein Ausmass angenommen, das die neutralen Staaten veranlasste, selbst bei der Vergabe kurzfristiger Handelskredite an das Reich besondere Zurückhaltung zu üben.

4. Die überlasteten Wirtschaftskapazitäten

Im Laufe des Jahres 1939 machte sich das ungelöste Problem der Kompetenzabgrenzungen innerhalb der staatlichen Lenkungsorgane der Wirtschaft in einer chaotischen Zustände heraufbeschwörenden Form bemerkbar. Ungeachtet der rüstungswirtschaftlichen Anforderungen und Prioritäten vergaben Partei- und Staatsstellen voluminöse Aufträge, weshalb z.B. Projekte des Generalbauinspektors für das Städtewesen, Speer, von allen rüstungswirtschaftlichen Einschränkungen nahezu unberührt blieben und der Ausbau Berlins zu einer repräsentativen, überdimensionalen Reichshauptstadt weitgehend ungehindert vonstatten ging. Die drei Wehrmachtteile konkurrierten in der Vergabe von Aufträgen miteinander und blockierten sich in den Rüstungsbetrieben wechselseitig. «Durch die vielfach regellose Auftragserteilung» wurde «der glatte Fluss der volkswirtschaftlichen Produktion gehemmt. Arbeiten» wurden «angefangen, dann halbfertig zurückgestellt, weil neue Arbeiten ihre Vollendung forderten». Zuviel begann man zu gleicher Zeit. «Stauungen in der Produktion» traten ein, und es wurde «in einer gegebenen Zeit weniger beendet, als ohne diese Stauungen möglich» gewesen wäre⁴⁷. Dass unter diesen Umständen Fehlleitungen und Vergeudungen von Rohstoffen an der Tagesordnung waren, bedarf keiner näheren Erläuterung.

Zur Durchführung einer planvollen Arbeitslenkung zwecks Einschränkung der aus rüstungsökonomischer Sicht zweitrangigen wirtschaftlichen Vorhaben ordnete Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan Mitte des Jahres eine Überprüfung aller grösseren Aufträge auf ihre staatspolitische Notwendigkeit, sprich rüstungswichtige Bedeutung hin an, ohne dass diese Massnahme bis zum Kriegsbeginn noch spürbar hätte greifen können. Als Folge blieb ein bis dahin nicht mehr zu behebendes Arbeitskräftedefizit, obgleich die Einsicht in die Notwendigkeit wuchs, «dass der Arbeitskräfte-Bedarf nur noch zu decken» sei «durch eine generelle Sichtung der Arbeitsvorhaben und durch rücksichtslose Freimachung von Arbeitskräften» aus überbesetzten [auch das gab es noch] Betrieben und Wirtschaftszweigen, die keine rüstungsrelevanten Produkte fertigten⁴⁸.

Der Fehlbedarf an Arbeitern wurde für 1939 auf rund 1 Million geschätzt, wobei allein die Hermann-Göring-Werke 5'000 Beschäftigte benötigten, um ihre Produktionskapazität voll auszuschöpfen. Die bereits erwähnte ständige Abwanderung in höher bezahlte Stellen und Industriezweige und in solche mit besseren Arbeitsbedingungen war ausschlaggebend dafür, dass für die Erfüllung des Vierjahresplans eminent wichtige Bergbau-Betriebe über unausgelastete Anlagen verfügten. Infolgedessen ging allein beim Mansfeld-Konzern seit 1938 die Kupferförderung um rund 14% zurück⁴⁹. Die Land-

47 Der Völkische Beobachter, 23.7.1939.

48 Bericht des OKW/Amtsgruppe Wehrwirtschaftsstab, über den Stand der wirtschaftlichen Lage, 1.5.1939, BA-MA RW19/94.

wirtschaft erwies sich ohne ausländische Kräfte als nicht mehr leistungsfähig. Sie beschäftigte Mitte 1939 rund 37'000 Italiener, 15'000 Jugoslawen, 12'000 Ungarn, 5'000 Bulgaren, 4'000 Holländer, über 40'000 Slowaken und ca. gleich viele Arbeiter aus Böhmen-Mähren⁵⁰. Der Landarbeitermangel hatte sich 1939 so verschärft, dass die Arbeitskräfte bei der Frühjahrsbestellung, bei den allgemeinen Landarbeiten und bei dem Einbringen der Ernte gegenüber früheren Jahren erhebliche Mehrleistungen zu erbringen hatten. Ungeachtet der rigorosen Einziehungspraxis zur Wehrmacht konnten fortan Wehrpflichtige zur Landbestellung und Erntehilfe in die elterlichen oder eigenen Betriebe beurlaubt werden, und zwar mit vollem Sold, unter Umständen sogar mit Gestellung von Pferden und Kraftwagen samt dem dazugehörigen militärischen Personal⁵¹. Arbeitsreserven liessen sich 1939 nur noch durch die Durchforstung der staatlichen Behörden und des Parteiapparates sowie durch die Reduzierung des Personals im Konsum- und Kleingewerbe, wo eine «Einschränkung um ein Drittel angestrebt» wurde, erschliessen⁵².

Ansonsten praktizierte man das Prinzip der Dienstverpflichtung, zumeist durch Sonderbeauftragte für bestimmte Produktionszweige. Durch die wachsende Zahl der «staatspolitisch wichtigen Aufgaben» nahmen diese Dienstverpflichtungen zahlenmässig derart zu, dass sie nach Überzeugung der militärischen Wehrwirtschaftsorganisation «weder wirtschaftlich noch sozial, noch politisch auf die Dauer zu vertreten» waren⁵³. Wirtschaftlich, weil sich in qualitativer wie quantitativer Hinsicht ein allgemeiner Rückgang der Arbeitsleistung bemerkbar machte. Liess doch «der psychologische Leistungswille der Verpflichteten zu wünschen» übrig⁵⁴. Zum anderen zeitigte die Praxis der Dienstverpflichtung, also des Abzuges von «Gefolgschaftsmitgliedern» aus einem Betrieb bzw. aus einer Branche in die andere, paradoxe Auswüchse. So «wurden z.B. die Grenzen des Sinnvollen überschritten»⁵⁵, wenn man für die Durchführung des Marinebauprogramms qualifiziertes Fachpersonal aus Unternehmen verpflichtete, die selbst als Untertierlieferanten für eben dieses Projekt fungierten.

Die mit der Dienstverpflichtung häufig verbundene Trennung von der Familie und primitive Unterbringung führten zu einer gewissen politischen Unruhe, die verstärkt wurde durch die Diskrepanz der Verdienstmöglichkeiten in den einzelnen Industriezweigen und zwischen der Landwirtschaft und der Industrie ganz allgemein, die zwischen 16 RM und 180 RM wöchentlich betragen konnte⁵⁶.

49 Deutschlands Wehrwirtschaftspotential bei Kriegsausbruch, BA-MA Wi IF 5/3442.

50 Bericht des OKW/Amtsgruppe Wehrwirtschaftsstab, über den Stand der wirtschaftlichen Lage, 1.7.1939, BA-MA RW 19/94.

51 Schreiben des OKW an den Beauftragten für den Vierjahresplan und die für die Landwirtschaft und den Arbeitseinsatz zuständigen Reichsbehörden, 20.3.1939, BA-MA Wi I F 5/ 2264.

52 Bericht des OKW/Amtsgruppe Wehrwirtschaftsstab, über den Stand der wirtschaftlichen Lage, 1.7.1939, BA-MA RW 19/94.

53 Ebd., 1.8.1939.

54 Ebd., 1.7.1939.

55 Ebd., 1.8.1939.

In der deutschen Wirtschaft machten sich am Vorabend des Polenfeldzuges allgemeine Ermüdungserscheinungen, zumindest aber Anzeichen der Stagnation bemerkbar, zeigte sich ein gravierendes Missverhältnis von Auftragsbestand und Leistungsfähigkeit. Nach Aussage der Industrie litten die Betriebe bereits zu Anfang 1939 an einer Überbeanspruchung von 10 bis 20%, je nach rüstungswirtschaftlicher Bedeutung der Branche⁵⁷. Zu ihrer Entlastung bedurfte es zweier Massnahmen, erstens der Erweiterung der Kapazitäten, die aus Rohstoffmangel unterblieb, und zweitens des Austausches, zumindest aber der Reparatur des seit Jahren auf vollen Touren laufenden Maschinenparks bzw. der weitgehenden Umstellung auf Fließbandproduktion. Für diese unabdingbar notwendigen Vorkehrungen liessen aber die rüstungswichtigen Programme weder rohstoff- noch arbeitskräftemässig oder gar zeitlich den nötigen Raum. Die Konsequenz waren wachsende Auftragsrückstände und eine Verlängerung der Lieferfristen, aufgrund derer eine planvolle Rüstung nicht gewährleistet sein konnte. Die genannten Verzögerungen schwächten zudem die Konkurrenzkraft der deutschen Exportindustrie auf dem Weltmarkt, wirkten also exporthemmend, beeinträchtigten somit die deutsche Devisenbilanz und damit die Rohstoff- und Nahrungsmittelzufuhr.

Seit Herbst 1937 steckte das Transportwesen in Deutschland in einer ernsthaften Kalamität, da bereits zu diesem Zeitpunkt alle verfügbaren Fahrzeugreserven von Reichsbahn, Kraftfahrzeuggewerbe und Binnenschifffahrt in den Wirtschaftsprozess eingespannt waren. Der Winter 1938/39 brachte erhebliche Versorgungsschwierigkeiten, vor allen Dingen im Bereich der Kohle, nachdem ein starker und anhaltender Frost die Schifffahrt längerfristig lahmlegte. Allein bei der Reichsbahn fehlten 4'500 Lokomotiven und 100'000 Güterwagen. Anfang 1939 sah sich die Wirtschaft gezwungen, in Ermangelung regelmässiger Rohstoffzufuhren ihre kriegswichtigen Reserven auch dort anzugreifen, wo es von der normalen Rohstoffzufuhr her nicht erforderlich gewesen wäre. Zwar nahm sich Göring nun stärker der Belange des Verkehrswesens an, indem er ein fünfjähriges Beschaffungsprogramm vorlegte, doch wurde das Vorhaben nicht als «staatswichtig» deklariert, weshalb es vor Kriegsausbruch nicht mehr wirksam an Angriff genommen werden konnte⁵⁸.

Wer die Bilanz dieser Analyse der ökonomischen Verhältnisse zog, gelangte zu der Feststellung, dass sich zwar die deutsche Wirtschaft 1939 «arbeits- und leistungsmässig auf einem gewissen Höchststände» befand⁵⁹, sich aber eine wesentliche Erhöhung des

56 Deutschlands Wehrwirtschaftspotential bei Kriegsausbruch, BA-MA Wi IF 5/3442. Zur sozial- und innenpolitischen Situation vgl. Beitrag Wette, S. 162 ff.

57 Vgl. Deutschlands Wehrwirtschaftspotential bei Kriegsausbruch, BA-MA Wi IF 5/3442; Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 147.

58 Vgl. dazu Rohde, Eisenbahn Verkehrswesen.

59 Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 147.

Wirtschaftspotentials nicht mehr erreichen liess – eher das Gegenteil. «Unsere wirtschaftliche Lage», so resümierte Hitler vor der Wehrmachtführung, «ist infolge unserer Einschränkungen so, dass wir nur noch wenige Jahre durchhalten können»⁶⁰. Der Zeitpunkt für die Auslösung eines militärischen Konfliktes in Verfolg des sogenannten Endzieles, nämlich Eroberung einer Weltmachtposition⁶¹ durch die Erweiterung des Lebensraumes, war noch nicht in greifbare Nähe gerückt. Doch drängte der Führer auf «die Schaffung der wirtschaftlichen Voraussetzungen hierzu»⁶². Da «die Ernährungs- und Rohstofflage wohl für einen kurzen Krieg gesichert war, für einen langen Krieg aber nicht genügte»⁶³, hiess dies, nach bewährtem Muster die vorhandene rüstungswirtschaftliche Potenz zur Verbreiterung der territorialen und damit ökonomischen Basis zum Einsatz zu bringen.

Fest steht, dass im September 1939 die den Übergang von der Wehr- zur Kriegswirtschaft kennzeichnende totale Mobilmachung im ökonomischen Bereich ausblieb. Während man in offiziellen NS-Publikationen glaubhaft zu versichern suchte, «auch ohne besondere wirtschaftliche Mobilmachung» sei «die deutsche Wirtschaft bereits für ihre kriegswirtschaftlichen Aufgaben geschult»⁶⁴, bemängelte die Wehrmacht, dass «die deutsche Wirtschaft bei Kriegsausbruch 1939 nicht die innere Fülle und Stärke hatte wie bei Kriegsausbruch 1914, da durch die mehrjährige Aufrüstung und die sonstigen grossen staatspolitischen Vorhaben, verbunden mit der durch die Ernährungslage stark angegriffenen Devisenlage, die Wirtschaftslage in der Gesamtheit gespannt war»⁶⁵. Aus diesen Feststellungen spricht der Wunsch der militärischen Wehrwirtschaftsadministration nach einer Tiefenrüstung im Blick auf einen möglicherweise länger währenden Konflikt. Betrachtet man die Situation von 1939 unter dem Aspekt der auf den Blitzkrieg ausgerichteten wirtschaftlichen Vorbereitungen, dann waren diese ausreichend, sowohl bezüglich der Nahrungsmittelversorgung als auch der industriellen Lage. Sie waren es ganz sicher unter der Voraussetzung, dass der wirtschaftliche Austausch innerhalb des aufgebauten Grosswirtschaftsraumes intakt blieb. Sie waren es aber auch im Blick auf die Funktionstüchtigkeit der deutschen Industrie. Im Vergleich zu den möglichen Gegnern ging Deutschland «mit ausgeweiteten und modernisierten Kapazitäten in den Kampf, ausgestattet mit nicht unerheblichen Vorräten in den kriegsentscheidenden Rohstoffen, gestützt in den Schwerpunkten durch neue Rohstoffindustrien... Die Chancen für eine industrielle Überlegenheit waren damit gegeben» – aber immer nur

60 Ansprache des Führers vor den Oberbefehlshabern, 22.8.1939, ADAP, D, Bd. VII, S. 168.

61 Bericht über einen Vortrag Hitlers während einer Besprechung mit der Wehrmachtführung, 23.5.1939, zit. n. Jacobsen, 1939-1945, S. 109.

62 Ebd., S. 110.

63 Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 147.

64 Wünsch, Wirtschaft, S. VI.

65 Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 145.

unter der einzigen Prämisse, dass «nicht stärkere Gegner in den Kampf traten, der Krieg nicht zu lange dauerte»⁶⁶.

Natürlich stellte man auch im Ausland, vor allem im Kreise der Emigranten, die die deutsche ökonomische Szene kannten, Vergleiche über die kriegswirtschaftliche Potenz und über die wirtschaftlichen Ressourcen Deutschlands und seiner Verbündeten sowie über die seiner Feinde an, wobei man übereinstimmend davon ausging, dass «der moderne Krieg... in noch viel grösserem Massstab als der letzte... ein Kampf der Maschinen sein» werde⁶⁷. Eine aufgrund zugänglicher Literatur in der Schweiz erarbeitete Studie schloss eine erfolgreiche deutsche Kriegführung allein aus ökonomischen Gründen aus. Zwar verkannte man nicht die Tatsache, dass die deutsche Industrie «unzweifelhaft auf sehr hoher Stufe» stand, «ihre Maschinenproduktion... in den letzten Jahren einen schwindelerregenden Aufschwung genommen» und sich durch ihre Ausfuhr «zur ersten Stelle unter den europäischen Mächten emporgerungen» hatte. «Auch der Export der deutschen Chemie» war «der grösste der Welt»⁶⁸. Man ignorierte nicht die Qualität der deutschen Industrieproduktion und die fortgeschrittene Rationalisierung. Noch nahm man als gegeben an, dass die «deutsche Industrie... bereits der völligen Umstellung auf die Kriegserzeugung am nächsten» kam, «in dieser Hinsicht jeder anderen Industrie überlegen» war, und es bestanden keine «Zweifel, dass sie auch die industrielle Mobilmachung am schnellsten» würde «abwickeln können». Vergleich man die hohe deutsche Stahlerzeugung mit der Frankreichs und Grossbritanniens, so galt es festzuhalten, dass die Produktion dieser beiden Staaten sich zumindest bis zum Jahre 1937 nicht nach kriegsökonomischen Erfordernissen, sondern «unverändert im Rahmen der Handelsansprüche» bewegt hatte. Entscheidend für die vergleichende Beurteilung der kriegswirtschaftlichen Kräfteverhältnisse schien aber der Umstand zu sein, dass Deutschland bereits «mit Einsatz aller Kräfte» arbeitete, «jeden erreichbaren Rohstoff in Beschlag» nahm und «die Kapazität seiner Industrie restlos aus [nutzte]», während die Reserven der potentiellen deutschen Feindmächte für «unschätzbar» gehalten wurden⁶⁹. Während man den genannten Kolonialmächten eine enorme Steigerungsfähigkeit im kriegswirtschaftlichen Produktionsprozess zutraute, ohne dass man die Volkswirtschaft übermässigen Anstrengungen aussetzen musste, stellte sich bezüglich Deutschlands die Frage, «ob die forcierte Durchführung der Planwirtschaft nicht mit schweren Störungen einhergehen, ob die Entwicklung einer Kriegsindustrie sich aus theoretischen Erwägungen heraus schliesslich nicht bitter rächen» würde⁷⁰. Zudem benötigte Deutschland er-

66 So der Leiter der Industrieabteilung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in einem noch während des Krieges verfassten, aber erst nach 1945 publizierten Manuskript: Wagenführ, Industrie, S. 24.

67 Miles, Kriegsbereitschaft, S. 27.

68 Ebd., S. 64.

69 Ebd., S. 65.

70 Ebd., S. 66.

hebliche Zufuhren aus dem Ausland, in Kriegszeiten insbesondere aus den neutralen Ländern, die es als «ein Schuldnerstaat mit erschüttertem Kredit und minimalem Goldvorrat» nicht in ausreichendem Umfange und auf lange Sicht sicherzustellen wusste. Im Gegensatz dazu verfügten Frankreich und Grossbritannien über ungehinderte Importe aus überseeischen Gebieten.

Wenn der ausserhalb Deutschlands stehende Beobachter das Dritte Reich nur in sehr begrenztem Masse, das heisst nur für kurze Dauer als kriegsfähig erachtete, dann aber dennoch weniger aufgrund der rüstungs- und gesamtversorgungswirtschaftlichen Lage, als vielmehr in Anbetracht der sozialpolitischen Situation der arbeitenden Bevölkerung. Eine in Frankreich, England, Schweden und den Niederlanden verbreitete Schrift über «Die deutsche Kriegsstärke» mit der zentralen Fragestellung: «Wie lange kann Hitler Krieg führen?», konstatierte «in den fünf Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft eine erhebliche... Verschlechterung der Lebenslage der deutschen Arbeiterklasse» durch einen geringeren Reallohn bei längerer Arbeitszeit als während der Weltwirtschaftskrise⁷¹. Darüber hinaus war das Angebot an Konsumgütern begrenzt, weil «mehr als zwei Fünftel der Produktion... direkt und indirekt in die Aufrüstung» flossen⁷². Nicht zuletzt aus diesem ökonomischen Antagonismus heraus, so folgerte man, werde es dem NS-Regime nicht gelingen, «in den Massen die seelischen Kräfte zu entwickeln, die nach der Meinung der entscheidenden Wehrmächtskreise für die Widerstandskraft der grossen Millionenheere notwendig» seien⁷³. Das war eine verhängnisvolle Fehleinschätzung der Haltung der deutschen Bevölkerung. Sie hat den Krieg zwar nicht hurra schreiend begrüsst, ihn aber bis zur bedingungslosen Kapitulation durchgestanden.

Heute wissen wir, wie das NS-Regime seine kriegswirtschaftlichen Probleme zu lösen suchte, nämlich durch partielle Erweiterung seiner ökonomischen Basis auf territorialer Grundlage, durch die Ausbeutung der besetzten Gebiete und schliesslich durch die koordinierte Produktion innerhalb des von ihm beherrschten Raumes. Seitens der Streitkräfte hatte man das schon 1933 begriffen. In diesem Jahr erschien nämlich in der militärischen Fachzeitschrift *Deutsche Wehr* über die Zusammenhänge von Wirtschaft, Raum und Wehrmacht ein erster Artikel, in dem es u.a. heisst: «Sind... die Voraussetzungen für ausreichende Wirtschaftsfunktion geschaffen, so tritt an die Wehrmacht die Aufgabe heran, dieser Wirtschaft ein möglichst ungestörtes Arbeiten zu ermöglichen. Für die zu diesem Zweck zu ergreifenden Massnahmen ist... der verfügbare *Raum* massgebende Grundlage und unabänderliche Voraussetzung. Aufgabe der Wehrmacht ist es, die Wirtschaft zu schützen, indem der Raum geschützt wird. Dies ist die *defensive* Mindestforderung. Weitergehende *offensive* Absichten sind Sache der militärischen Kraftreserve.» War diese geschaffen und vorhanden, erschien es notwendig, «gestützt

71 Steinberg, *Kriegsstärke*, S. 175.

72 Ebd., S. 176.

73 Ebd., S. 347.

auf unsere militärische und wirtschaftliche Machtposition, die einen Angriff immerhin zu einer Sache mit verschiedenen Möglichkeiten stempelt, unsere *volle Freiheit* zu verlangen, *auf gut oder böse*. Denn es gibt keinen Weg, ein Volk zu knechten, das sich über seine Kraft klar geworden ist⁷⁴.»

74 Steinberger, *Wirtschaft*, S. 485. Die in diesem Beitrag erzielten Forschungsergebnisse haben durch den namhaften Stuttgarter Wirtschaftshistoriker Boelcke, Kosten, zwischenzeitlich ihre Bestätigung gefunden. Er fasst die Situation zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wie folgt zusammen: «Der deutschen Führungsspitze waren die tatsächlichen Folgen der Rüstungskonjunktur: der Mangel an Rohstoffen und Arbeitskräften, die relative Beschränkung der Verbrauchsgüterversorgung, das aussenwirtschaftliche Dilemma, die lohn- und preispolitischen Gefahren, die sich verstärkenden wirtschaftlichen Disproportionen und Reibungsverluste, welche den Produktionszuwachs verminderten, sowie die Produktionshemmungen bekannt. Sie reagierte darauf mit verstärkter Lenkung, Kontrolle und Zwang. Man war in Unwirtschaftlichkeiten hineingeraten und erzeugte immer neue Unwirtschaftlichkeit. Das Lenkungssystem versteifte sich und veränderte damit das gesamte wirtschaftliche Ordnungssystem, erzwang einen prinzipiellen Wechsel des Wirtschaftssystems, durch den die Kräfte des freien Marktausgleichs suspendiert wurden. Die Gefahr, dass infolge der Überlastung der Produktivkräfte notwendig eine wirtschaftliche Katastrophe eintreten müsste, die namentlich von ausländischen ‚Zusammenbruchstheoretikern‘ seit 1933 immer wieder prophezeit wurde, war trotzdem nicht gegeben. Durch die gesteigerte Staatsnachfrage wurden Hausse und Vollbeschäftigung dauernd aufrechterhalten. Das Problem aber war, wie der zugunsten der Rüstungsbedarfsdeckung auf Hochtouren laufende Wirtschaftsmotor auf noch höhere Leistungen gebracht werden könnte, nachdem man unter den herrschenden Verhältnissen bereits bis hart an die Grenzen einer weiteren mengenmäßigen Steigerung der Gesamtproduktion in kurzfristigem Zeitraum vorgestossen war.

Das Abstoppen der Rüstung, das Abbremsen der Hochkonjunktur, hier und da der Führung nahegelegt, hätte Alternativen zu neuem Wachstum und zu einem Abbau ökonomischer Spannungen eröffnet. Solche Überlegungen standen indes in diametralem Gegensatz zu Hitlers langfristigen Kriegskonzepten, zu schillernden Fernzielen und waren wohl nicht nur für ihn inakzeptabel. Eine radikale wirtschaftliche Kursänderung kam daher nicht in Betracht. Dennoch waren Hitler die eingetretenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich häufenden Hiobsbotschaften über Versorgungsmängel und Grenzen des Wachstums insofern wohl willkommen, als sie von ihm aufgegriffen wurden, um sie in der Auseinandersetzung um Krieg oder Frieden innerhalb der verschiedenen Machtgruppen der Führungsspitze als weiteren Vorwand, als ein zusätzliches Argument für den geplanten Krieg zu benutzen, Zweifelnde vom Zwang zum Kriege zu überzeugen. ... Den Krieg als alleiniges Aushilfsmittel zu sehen, um eine angeblich unmittelbar bevorstehende «ökonomische Endkatastrophe des Regimes» zu verhindern, wäre jedoch falsch». Ebd., S. 66/67.

Dritter Teil

Die Aufrüstung der Wehrmacht

von Wilhelm Deist

1. Reichswehr und Landesverteidigung

2. Die militärpolitischen Voraussetzungen

Das überlieferte Bild der deutschen Wehrmacht im Sommer 1939 lässt meist das Faktum völlig in den Hintergrund treten, dass nur wenige Jahre zuvor das 100'000-Mann-Heer und die Reichsmarine des Versailler Vertrages die gesamte bewaffnete Macht des Reiches darstellten. Dieser überaus rasche Umschwung von der «Anomalie» der Reichswehr der Republik zu der modernen, für einen europäischen Konflikt hochgerüsteten Wehrmacht des Dritten Reiches gehört zu der für die Grossmächte des 20. Jahrhunderts generell zu konstatierenden, allgemeinen Störung des Verhältnisses von Rüstung und Politik. Die Ursachen hierfür scheinen auf das Engste verbunden zu sein mit der rasanten Entwicklung der Technik sowie der rasch voranschreitenden Industrialisierung der Produktion und den daraus abzuleitenden komplexen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Wirkungen¹. Bei dem Versuch, die Rolle der Wehrmacht in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges darzustellen, wird es darauf ankommen, diese Umkehr der militärpolitischen Verhältnisse im Kernraum Mitteleuropas in ihren Ursachen und Konsequenzen als Einheit zu begreifen. Hierfür ist es unabdingbar, vor dem Hintergrund der in den beiden vorangegangenen Teilen dargestellten ideologiegeschichtlichen Kontinuitäten und ökonomischen Entwicklungen die von der Reichswehr der Republik bis zum Januar 1933 geschaffenen Voraussetzungen für eine umfassende Aufrüstung in die Betrachtung einzubeziehen.

Der Erste Weltkrieg und der Versailler Vertrag als sein Resultat waren für die Reichswehr der Hintergrund, vor dem sich alles Handeln und Planen abspielte. Der Weltkrieg hatte in seinem Verlauf gezeigt, dass sich die Dimensionen gewaltsamer internationaler Konflikte fortan noch mehr als früher einem rationalen Kalkül entzogen. Die räumliche Ausdehnung der Kriegshandlungen, die Mobilisierung und der Einsatz der personellen und materiellen Ressourcen hatten einen Grad erreicht, der einen Vergleich mit früheren Formen der Kriegführung nur noch in einer sehr beschränkten Masse zuließ. Das Aufgebot von Millionenheeren und das Phänomen der Materialschlachten mit ihren jeweils tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen und Wirkungen erweiterten einerseits den Handlungsspielraum des Militärs unendlich, andererseits veränderten sie die Bedingungen für die Erfüllung militärischer Aufgaben grundlegend. Nicht mehr allein die durch ihr Offizierkorps geformte und geführte Armee und Marine entschieden den Krieg, sondern die gesamte Nation war zum Instrument der Kriegfüh-

¹ Vgl. hierzu den wegweisenden Beitrag von Herzfeld, *Politik*, S. 255ff., hier S. 258f., S. 269f.

rung geworden. Der Waffenkrieg, ursprünglich allein kriegsentscheidend und die ausschliessliche Domäne des Militärs, konnte nunmehr nur noch als ein Teilbereich des kriegerischen Geschehens gelten². Diese nur in groben Umrissen gekennzeichneten Entwicklungen mussten in ihrer Konsequenz zu einer radikalen Neuformulierung der Aufgaben der Landesverteidigung führen.

Diese Besinnung auf die veränderten Bedingungen militärischer Existenz wurde innerhalb der Reichswehr zunächst für Jahre zurückgedrängt durch den Schock des militärischen und politischen Zusammenbruchs, durch die revolutionären Verhältnisse im Reich und schliesslich durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages. Erst unter dem beherrschenden Einfluss des zum Chef der Heeresleitung aufgestiegenen Generals v. Seeckt gelang in den Jahren nach dem Kapp-Putsch die Konsolidierung von Offizierkorps und Truppe, allerdings auf einer Basis, die sich in betonter Distanz zur republikanischen Verfassung hielt. Seeckts kühne Gleichsetzung von Reichswehr und Staat³ erklärte sich einerseits aus der Orientierung an den Werten und Idealen des monarchischen Heeres, andererseits umschrieb sie das Programm der Zukunft, für die Seeckt Offizierkorps und Truppe der Reichswehr erzog. Seeckt empfand die politische und militärische Verfassung des Reiches als eine «Anomalie»; beide waren geboren aus der militärischen Niederlage und dem politischen Zusammenbruch und trugen das Signum des Versailler Vertrages. Ihnen konnte daher – in den Augen Seeckts – nur der Charakter einer Übergangslösung zuerkannt werden. Seeckt hatte bereits im Januar 1921 deutlich zu verstehen gegeben, dass er es als seine Aufgabe betrachtete, die Reichswehr zur Kadertruppe einer künftigen grösseren Wehrmacht auszubilden, die nicht mehr den Einschränkungen des Versailler Vertrages unterworfen sein würde⁴. Um dieses Zieles willen, das politisch den ihm nie zweifelhaften Wiederaufstieg Deutschlands zur europäischen Grossmacht in sich schloss, war Seeckt – und damit die Reichswehrführung – bereit, illegale, gegen den als Reichsgesetz geltenden Versailler Vertrag verstossende Massnahmen zu ergreifen und entsprechende Aktionen untergeordneter Instanzen zu decken. Seeckts aussenpolitische Initiativen, insbesondere die Begründung der militärpolitischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, dienten demselben Zweck. Bis zum Beginn der dreissiger Jahre – darüber besteht in der Forschung heute ein weitgehender Konsens – blieben allerdings der Umfang und vor allem die militärische Effizienz der vielgestaltigen illegalen Massnahmen auf personellem und materiellem Gebiet relativ gering⁵.

Andererseits war das Faktum nicht aus der Welt zu schaffen, dass die militärischen Be-

2 Vgl. hierzu die Denkschriften Becks aus der Zeit *nach* seiner Verabschiedung als Generalstabschef: «Der Anführer im Kriege» und «Deutschland in einem kommenden Kriege», in: Beck, Studien, S. 21 ff. und S. 49ff.

3 Wohlfeil, Heer und Republik, S. 136; Überblick über die neuere Literatur zur Geschichte der Reichswehr bei Geyer, Wehrmacht.

4 Wohlfeil, Heer und Republik, S. 207 f.

5 Ebd., S. 209, S. 218, 5.228.

stimmungen des Versailler Vertrages tatsächlich die Stärke und die Struktur der Reichswehr bis zu den Einzelheiten der Ausrüstung und Bewaffnung der Formationen bestimmten, dass die Alliierten des Weltkrieges die Einhaltung der Bestimmungen sehr aufmerksam kontrollierten und dass mit einer Revision gerade dieses Teiles des Vertrages auf dem Verhandlungswege in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden konnte. War unter diesen Umständen eine Landesverteidigung im militärischen Sinne überhaupt denkbar und sinnvoll? Die Alliierten jedenfalls hatten in Artikel 160 des Vertrages festgelegt, dass das Reichsheer ausschliesslich zur «Erhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebietes und zur Grenzpolizei» – wie es in der amtlichen deutschen Übersetzung hiess – bestimmt sei. Auf deutscher Seite ist keine der bedeutenderen politischen Gruppierungen bereit gewesen, diese Funktionsbestimmung anzuerkennen und dem Reichsheer den Charakter einer Polizeitruppe zu oktroyieren; man wird diesen Umstand bei der historischen Interpretation nicht unberücksichtigt lassen können. Die Reichswehr wusste sich in ihrem Anspruch, im traditionellen Sinn das militärische Instrument zur Wahrung der Souveränität und Autorität des Staates zu sein, in voller Übereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit der Nation und ihrer politischen Repräsentanz⁶. Die Problematik, die in dem Widerspruch zwischen diesem Anspruch und den gegebenen militärischen Möglichkeiten lag, ist in den ersten Jahren der Weimarer Republik durch die im Vordergrund stehenden Aufgaben, vor allem die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung im Innern, verdeckt worden. Auf dem Felde dieser bürgerkriegsähnlichen Verwendung ist die Reichswehr zum unentbehrlichen Machtinstrument der Reichsexekutive geworden, und vor diesem Hintergrund hat sich das Bild geformt, das Zeitgenossen und Historiker von ihr entwarfen. Zweifellos ist das Selbstbewusstsein von Offizierkorps und Truppe nicht zuletzt durch diese Erfahrungen in den ersten Jahren der Republik geprägt worden, doch ihrem Selbstverständnis entsprach die Rolle als innerstaatliche Ordnungsmacht eben nur zum Teil.

Die betonte Hinwendung der Reichswehr zu den Problemen der Landesverteidigung vollzog sich im unmittelbaren Anschluss an die grosse innenpolitische Krise des Jahres 1923. Diese war mit Hilfe der vom Reichspräsidenten dem Chef der Heeresleitung übertragenen Vollmachten gemeistert worden, in der Krise waren aber gleichzeitig die weitgesteckten politischen Absichten der Reichswehrführung gescheitert⁷. Seeckt selbst leitete die neue Phase mit einem Erlass zur Beendigung des Ausnahmezustandes am 1. März 1924 ein⁸, in dem er der Reichswehr «die ausschliessliche Beschäftigung mit militärischen Aufgaben» zum Ziel setzte. Die Frage war allerdings, ob der Versuch einer umfassenden Organisation der Landesverteidigung nach den Erfahrungen des Weltkrieges tatsächlich zu einem «Herausnehmen [der Reichswehr] aus der Politik» – wie es

6 Herzfeld, Politik, S. 264f.

7 Vgl. hierzu neuerdings Härten, Reichswehr, S. 34 ff.

8 Abdruck des Erlasses in: Offiziere im Bild von Dokumenten, S. 236.

Seeckt in demselben Erlass als Absicht verkündete – führen würde, oder ob nicht vielmehr im Gegenteil unter den Bedingungen des Versailler Vertrages gerade ein Versuch dieser Art zu einem Politikum allerersten Ranges werden musste.

Kurze Zeit vor dem erwähnten Erlass des Chefs der Heeresleitung hatte Joachim v. Stülpnagel als Leiter der Heeresabteilung (T 1) im Truppenamt (TA), das innerhalb der Heeresleitung Aufgaben des verbotenen Grossen Generalstabes wahrnahm, im Februar 1924 Offizieren des Reichswehrministeriums seine «Gedanken über den Krieg der Zukunft» vorgetragen⁹. Sie sind ein charakteristisches Indiz für die Vorstellungen innerhalb der Reichswehrführung über die Möglichkeiten einer militärischen Landesverteidigung zu Beginn der Stabilisierungsphase. Stülpnagels Überlegungen waren getragen von der Überzeugung, dass die Lebens- und Entwicklungsfähigkeit des Reiches nur durch eine erneute, gewaltsame Auseinandersetzung mit Frankreich dauerhaft gesichert werden könne. Die Frage war nur, wann und unter welchen Voraussetzungen dieser Krieg geführt werden sollte und konnte. Trotz aller illusionären Elemente, insbesondere in seinen politischen Aussagen, blieb Stülpnagel sehr real in der Einschätzung der vorhandenen militärischen Möglichkeiten. Stülpnagel demonstrierte den Offizieren des Reichswehrministeriums die Ohnmacht der Reichswehr sehr drastisch, indem er darauf aufmerksam machte, dass die sieben Divisionen gerade für die Kampfdauer von ca. einer Stunde genügend Munition hätten. Unter diesen Umständen war eine Kriegführung, die sich an den operativen Möglichkeiten der jüngsten Kriegsgeschichte orientierte, unmöglich geworden. Den einzigen Weg, die Situation im Ernstfall militärisch zu meistern, sah Stülpnagel in einer Ermattungsstrategie, bei der dem Kleinkrieg, dem hinhaltenden Kampf der Grenzbevölkerung, die Hauptaufgabe zufiel. Es musste darauf ankommen, den vordringenden Gegner durch beständige Störungen seines Vormarsches und seiner Nachschublinien so zu schwächen, dass der militärischen Führung die Zeit blieb, in möglichst grossem Umfang die personellen und materiellen Ressourcen zu mobilisieren. Gelang dies in dem erwünschten Masse, so sollten schliesslich mit dem verstärkten Reichsheer, dessen Mobilität den Vorteil der inneren Linie und die Möglichkeiten der Überraschung des Gegners verstärkte, die entscheidenden Gefechte, der Übergang von der Defensive zur Offensive gewagt werden. Die Erfolgsaussichten dieses «Befreiungskrieges» beurteilte Stülpnagel sehr zurückhaltend. «Heute und in absehbarer Zeit ist die Aufnahme des Krieges nur eine heroische Geste», formulierte er am Schluss seines Vortrages. Als Voraussetzung für einen günstigen Verlauf bezeichnete Stülpnagel nicht nur die militärische Intervention dritter Staaten, sondern auch das Gelingen der «Volkserhebung», für die er eine Reihe von politischen Forderungen aufstellte, mit denen praktisch die Ausrichtung der gesamten Innenpolitik auf die Bedürfnisse des Krieges verlangt wurde. In diesen politischen Voraussetzungen der Konzeption lagen ihre für den Zeitpunkt – 1924 – illusionären Elemente, doch bildeten die «Gedanken über den Krieg der Zukunft» die Basis und gaben den Anstoss zu einer ziel-

9 Nachlass Stülpnagel, BA-MA N 5/10.

gerichteten, realistischen militärischen Planung, die weit über den engen *militärischen* Bereich hinausgriff¹⁰.

Stülpnagels Skizze über die bestimmenden Faktoren und den möglichen Verlauf eines zukünftigen Krieges bewegte sich durchaus im Rahmen der öffentlich geführten Diskussion¹¹ dieses Problems, deren Ausgangs- und Endpunkt der Erste Weltkrieg war, in dem der Begriff Krieg neue Dimensionen erhalten hatte. Neben den Krieg im herkömmlichen, militärischen Sinne waren der Wirtschafts- und der Propagandakrieg getreten, deren kriegsentscheidende Bedeutung bald unbestritten war. Die Massenheere hatten die militärische Führung im operativen und taktischen Bereich vor grosse Probleme gestellt, als noch einschneidender erwies sich jedoch das Eindringen und der Einfluss der Technik im weitesten Sinne auf die Kriegführung insgesamt. Die einzelnen Elemente dieser grundlegenden Veränderung und ihre militärischen Konsequenzen wurden in der militärischen Publizistik eingehend erörtert. Angesichts der überragenden Rolle der Rüstungswirtschaft im Ersten Weltkrieg ist es jedoch bemerkenswert, dass dieses Problem keine angemessene Beachtung in den Erörterungen über die Formen einer künftigen Kriegführung fand. Erst zu Beginn der dreissiger Jahre erschienen entsprechende Publikationen, die sich jedoch vornehmlich mit den strategischen Konsequenzen der volkswirtschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen einer modernen Kriegführung beschäftigten¹².

Vor dem Hintergrund einer kaum artikulierten, dennoch vorhandenen Krise des militärischen Handwerks in seiner Funktion für Staat und Gesellschaft ist die mit grossem Aufwand geführte kriegsgeschichtliche Diskussion um den Schlieffenschen Feldzugsplan, um das Wesen der Vernichtungsschlacht¹³, zu sehen. Vordergründig ging es in den unzähligen Einzeluntersuchungen zum Verlauf der militärischen Ereignisse im Sommer und Herbst 1914 um die Frage, welche militärischen Entscheidungen für das Scheitern des Schlieffen-Planes verantwortlich zu machen waren. Die intensive Beschäftigung mit dem Gedankengut Schlieffens diente aber vor allem dem Nachweis, dass auch im Zeitalter der Massenheere eine operative, auf schnelle Entscheidung zielende Kriegführung denkbar und durchführbar sei. Ein solcher Nachweis erschien notwendig, da gerade in diesem Teilbereich der allgemeinen Kriegführung der Weltkrieg mit dem Übergang zum Stellungskrieg und dem Inferno entscheidungsloser Materialschlachten den Führungsanspruch des Militärs in Frage gestellt hatte. Nicht die einst so hoch geschätzte Führungskunst des Feldherrn und seiner Gehilfen hatte den Krieg entschieden, sondern die Kapazität der materiellen und personellen Ressourcen.

10 Die generelle Problematik, die sich aus dem neuen, auch von Stülpnagel umschriebenen Kriegsbild für das Selbstverständnis des Reichswehr-Offizierkorps ergab, ist in jüngster Zeit mehrfach mit unterschiedlicher Akzentsetzung dargestellt worden; vgl. Müller, *Armee*, S. 11-50; Müller, *Reichswehr*, S. 137-151; Geyer, *Professionals*, S. 77-133; Geyer, *Dynamics*, S. 100-151.

11 Vgl. hierzu den Überblick bei Geyer, *Aufrüstung*, S. 463 ff.

12 Caspary, *Wirtschafts-Strategie*; Gründel, *Krise*, S. 209 ff.

13 Vgl. hierzu Wallach, *Dogma der Vernichtungsschlacht*, sowie Geyer, *Aufrüstung*, S. 465 ff.

Wie bedrängend das Problem empfunden wurde, zeigt eine Überlegung Groeners, der an sich einer der produktivsten Verfechter der Schlieffenschen Gedankengänge war. Seine Folgerungen aus der «Bedeutung der modernen Wirtschaft für die Strategie» beschliesst er mit der Frage, ob nicht «die moderne Wirtschaft durch ihre Probleme einen unwiderstehlichen Zwang zum Frieden» ausübe¹⁴.

In der kriegsgeschichtlichen und militärischen Publizistik blieben derartige Gedankengänge Marginalien. Die Suche nach neuen Möglichkeiten der Strategie unter den veränderten Bedingungen eines im Zeichen der Massenheere und der Massenproduktion von Kriegsgerät stehenden Krieges stand im Vordergrund des Interesses der Autoren. Von ihnen sahen nur wenige in der Ermattungsstrategie, bei der weniger von der militärischen als vielmehr von der politischen Führung kriegsentscheidende Massnahmen erwartet wurden, die Strategie der Zukunft. Beherrscht wurde die literarische Diskussion von der Vorstellung, dass die Entscheidung des Krieges nach wie vor allein in der Vernichtungsschlacht erzwungen werden sollte. Wiederum war es Groener, der in Anlehnung an Schlieffen mit der lapidaren Formulierung: «Der riesige Aufwand moderner Millionenheere erfordert eine schnelle Entscheidung» den Hintergrund dieser axiomatischen Überzeugung beleuchtete¹⁵. Eine aufs Höchste gesteigerte militärische Führungskraft sollte mit den Mitteln des strategischen Überfalls, der weiträumigen Umfassung und dem Einsatz der modernen Waffentechnik den allein noch als tragbar angesehenen kurzen Krieg und die militärische Entscheidung über Sieg oder Niederlage ermöglichen¹⁶. Dabei spielte es in diesem Zusammenhang eine relativ untergeordnete Rolle, ob dieses Ziel mit den Massenheeren der Allgemeinen Wehrpflicht oder mit einer Elitarmee aus Berufssoldaten erreicht werden sollte. Entscheidend blieb, dass auch ein kurzer Krieg in der Sicht der Autoren die Organisation der Gesellschaft und der Wirtschaft auf den Krieg hin voraussetzte. Der Preis für die Aufrechterhaltung des Prinzips einer offensiven, den Konflikt entscheidenden Kriegführung auch unter den veränderten Bedingungen war demnach die Militarisierung aller zivilen Verhältnisse. Dies traf vor allem auf die Vorbereitungen für eine möglichst rasche und umfassende Umstellung der industriellen Produktion auf die massenhafte Herstellung von Kriegsgerät und Munition zu. Hinter dieser Formel verbarg sich eine Fülle von weitreichenden Forderungen, die für einzelne Bereiche der Volkswirtschaft bereits im Frieden interventionistische Massnahmen des Staates bringen mussten. Bei der Vorsorge für eine gesicherte Rohstoffversorgung, der Entwicklung rohstoffsparender Produktionsmethoden, der Planung der Auftragsvergabe und schliesslich der Einflussnahme auf die wirtschaftliche und staatliche Infrastruktur – um nur einige Gebiete anzuführen – handelte es sich

14 Abdruck der Denkschrift in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, XIX (1971), S. 1167ff.

15 Ebd., S. 1175; vgl. auch Farrar, *Short-War Illusion*, S. 39ff.

16 Zur Einschätzung der Technik für die operative Kriegführung vgl. Schwarte, *Krieg der Zukunft*; Justrow, *Feldheer*.

um Bereiche, deren perfekte Organisation in Friedenszeiten die Voraussetzung für ein wirkungsvolles Funktionieren in der Anfangsphase eines Krieges bildete¹⁷.

Es verdient an dieser Stelle festgehalten zu werden, dass derartige Überlegungen und Vorstellungen keineswegs nur im Umkreis der Reichswehr erörtert wurden. Der Reichsverkehrsminister im Kabinett Luther, Krohne, formulierte 1926 in einer Stellungnahme zum Problem «Landesverteidigung und Wehrmacht» kategorisch¹⁸: «Es gibt überhaupt kein Gebiet, das der Staat für die Vorbereitung und Durchführung eines künftigen Krieges nicht heranzuziehen hat.» In dem Memorandum zog Krohne allerdings noch eine weitere Folgerung aus dem seit dem Weltkrieg grundlegend veränderten Begriff der Landesverteidigung. Die Aufgabe der Landesverteidigung obliege «nicht dem Reichswehrministerium, sondern der Gesamtheit aller Ministerien unter Verantwortung des Reichskanzlers». Der Weltkrieg hatte also nach Krohnes Meinung die Funktion der bewaffneten Macht in einem künftigen Krieg auf ganz bestimmte Bereiche der allgemeinen Kriegführung beschränkt. Obwohl Krohnes organisatorische Überlegungen den Vorstellungen der Reichswehrführung diametral entgegengesetzt waren, hat sie es in den folgenden Jahren bemerkenswerterweise vermieden, zu dieser Grundsatzfrage Stellung zu nehmen. Sie berührte den Kern der militärischen Tradition, nach der es die besondere und ausschliesslich dem Soldaten übertragene Aufgabe war, den Staat gegen Gefahren von aussen zu schützen. Zwang aber der moderne Krieg dazu, die gesamten materiellen, personellen und moralischen Ressourcen der Nation zu mobilisieren und der Kriegführung dienstbar zu machen, so konnte der Soldat der Aufgabe nur mit den Mitteln einer Militärdiktatur gerecht werden. Verzichtete man dagegen im Interesse einer zeitgerechten Form der Landesverteidigung auf den traditionellen Anspruch, so musste sich mit dem Prestigeverlust die bittere Erkenntnis verbinden, dass das Militär nur noch eine unter mehreren, für die Kriegführung unentbehrlichen Organisationen des Staates war¹⁹.

Die literarische Diskussion der Zwischenkriegszeit in Deutschland über die Voraussetzungen und Formen einer künftigen Kriegführung, die hier nur in einigen wesentlichen Punkten referiert werden konnte, orientierte sich zwar an den Erscheinungsformen des Weltkrieges, bezog aber die Möglichkeiten, die sich aus den modernen technischen Kampfmitteln, Panzer und Flugzeug, zu ergeben schienen, in die Betrachtung ein. Aufschlussreich ist allerdings, dass die Frage nach der Zweck-Mittel-Relation, die noch für Clausewitz die Natur der jeweiligen Auseinandersetzung wesentlich bestimmte und den

17 Wider Erwarten ist von militärischer Seite aus diesen Prämissen nicht das Konzept des «Blitzkrieges» entwickelt worden (vgl. Geyer, Aufrüstung, S. 465), dagegen hat der Leiter des Wehrwirtschaftsstabes im Reichskriegsministerium frühzeitig die Idee wehrwirtschaftlich motivierter Raubkriege vertreten (ebd., S. 475ff.).

18 Vgl. ADAP, B, Bd. 1,1, Nr. 172, S. 414ff., Memorandum vom 18. 3.1926.

19 Zu diesem unaufhebbaren, an der Geschichte der Reichswehr paradigmatisch zu veranschaulichenden Dilemma des Militärs zwischen umfassendem Führungsanspruch und Professionalität vgl. insbesondere Geyer, Dynamics, S. 100-151.

Krieg tatsächlich zum Instrument der Politik machte, gar nicht mehr gestellt wurde²⁰. In der erwähnten Denkschrift über die «Bedeutung der modernen Wirtschaft für die Strategie» hatte Groener durch die betonte Anerkennung der pazifistischen Motive und durch den Hinweis auf die pazifizierenden Wirkungen der modernen Weltwirtschaft die Problematik unausgesprochen anklingen lassen. Im Allgemeinen jedoch wurde der Krieg der Zukunft nur von den einzusetzenden Mitteln im weitesten Sinne her definiert. Wenn überhaupt Zielvorstellungen entwickelt wurden, so stand der Nachweis, dass und wie diese militärisch – und hierauf lag der Nachdruck-erreicht werden könnten, im Vordergrund des Interesses. Überlegungen, in welchem Verhältnis der soziale und wirtschaftliche Aufwand für den nach wie vor mit unberechenbaren Risiken verbundenen militärischen Einsatz zu dem angestrebten Ziel und dessen Nutzen für Staat und Nation stand, verschwanden aus dem Blickfeld. Mehr noch als zum Beispiel in der entsprechenden Literatur der angelsächsischen Länder reduzierte sich die Diskussion in Deutschland auf Probleme der operativen Kriegführung. Darin kam zum Ausdruck, dass das Phänomen eines Krieges zwischen Industriestaaten so komplex, in seinen Voraussetzungen und Wirkungen so unübersehbar geworden war, dass sich auch die gedankliche Durchdringung nur noch auf Teilaspekte beschränkte.

Die Rückwirkungen der skizzierten literarischen Diskussion auf die grundsätzlichen Überlegungen der Reichswehrführung zur Landesverteidigung werden sich kaum exakt nachweisen lassen. In einem Punkte jedoch bestand zwischen den sonst konträren Ansichten von Stülpnagel, Krohne und Groener völlige Übereinstimmung: ein isoliertes Handeln des Militärs gehörte der Vergangenheit an, die bewaffnete Macht konnte ihre Aufgaben nur noch in engem Zusammenwirken mit der gesamten staatlichen Exekutive erfüllen. Ihre Abhängigkeit von den volkswirtschaftlichen Produktionsbedingungen war unauflöslich, und schliesslich war sie im weitesten Sinne auf die aktive Unterstützung der Bevölkerung angewiesen. Die Umsetzung dieser Erkenntnis in praktisches Handeln verlangte von der Reichswehrführung nicht nur Kooperationsbereitschaft, sondern die bewusste Ausnutzung aller Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Rahmen der allgemeinen Zielsetzung.

Einem solchen Verhalten stand die Person des 2. Chefs der Heeresleitung, des Generalobersten v. Seeckt, im Wege, der aus Gründen der inneren Stabilisierung der Reichswehr entsprechende Initiativen auf ein Mindestmass beschränkt hatte. Auch Stülpnagel hatte in seinem Vortrag vom Februar 1924 keineswegs der Öffnung der Reichswehr gegenüber Staat und Gesellschaft das Wort geredet. Er hatte vielmehr in hergebrachter Weise globale, von der Vorstellung eines Militärstaates ausgehende Forderungen aufgestellt, und doch wurde er zu einem der wichtigsten Mitglieder der sogenannten «Fronde» innerhalb des Reichswehrministeriums. Diese Gruppe von Offizieren ver-

20 Vgl. hierzu Geyer, Aufrüstung, S. 463ff., S. 472ff.; zu dem bemerkenswerten Mangel an strategischen Perspektiven im deutschen militärischen Denken vgl. Deist, Strategie Perspectives.

suchte die konkreten Gegebenheiten der militärischen Lage zu erfassen und wollte sich nicht begnügen mit den hoffnungsvollen militärischen Perspektiven einer ungewissen Zukunft, wie sie in Seeckts Vorstellungen über die künftige militärische Rolle Deutschlands zutage traten. Der Kreis der Offiziere aus fast allen Abteilungen des Truppenamtes, der sich um Joachim v. Stülpnagel, Bussche, Blomberg und Hasse sammelte, wurde nicht zusammengehalten durch eine gemeinsame politische Überzeugung oder Strategie, sondern durch das allen gemeinsame Ziel, die militärische Effizienz der Reichswehr unter den innen- und aussenpolitischen Gegebenheiten ihrer Gegenwart zu erhalten und zu verbessern²¹. Konkret waren damit Aufgaben verbunden, die von der Modernisierung der Ausrüstung über den systematischen Ausbau des Grenz- und Landesschutzes, die Planung und Durchführung umfassender Rüstungsprogramme bis hin zur Neuformulierung einer nach aussen gerichteten Militärpolitik führten. Wollte man auf diesen Gebieten Fortschritte erzielen, so war, zumal in einer von Normalität und einer relativen Stabilität gekennzeichneten Phase der allgemeinen politischen Entwicklung, durch globale Forderungen und das wiederholte Pochen auf Prinzipien nichts zu erreichen. Der Weg führte vielmehr über den steinigen Boden statistischer Erhebungen, endloser Verhandlungen und die Wahrnehmung auch kleinster Vorteile. Das war nicht die Art Seeckts. So bezeichnete seine Entlassung²² Anfang Oktober 1926 und die Berufung des Generalleutnants Heye zu seinem Nachfolger einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der Reichswehr. Von nun an vollzog sich die Militärpolitik der Republik auf anderen Ebenen und in anderen Bahnen. Für den Klimawechsel symptomatisch sind die Ausführungen des Reichswehrministers Gessler vor dem Reichskabinett am 29. November 1926. In Anwesenheit der Chefs der Heeres- und der Marineleitung und vor dem Hintergrund vehementer sozialdemokratischer Kritik an der Reichswehr kündigte er eine umfassende Information des Kabinetts über die geheime Aufrüstung durch den Chef der Heeresleitung an. Das Kabinett werde dann zu entscheiden haben, welche Massnahmen verantwortet werden könnten, und die Reichswehr werde sich konsequent an diese Entscheidung halten²³. Das hiess mit anderen Worten, dass in Bezug auf die Landesverteidigung, dem primären Aufgabengebiet der bewaffneten Macht, der Primat politischer Entscheidungen und Kontrolle ausdrücklich anerkannt wurde. Eine grössere Anzahl weiterer Zeugnisse von führenden Offizieren des Reichswehrministeriums aus dem Winter 1926/27 lässt erkennen, dass die Aufgabe der bisher der Republik und ihren Institutionen gegenüber geübten Distanz Ausdruck einer aus militärischer Notwendigkeit geborenen Überzeugung war, die sich auch auf zahlreichen anderen Gebieten zur Geltung brachte²⁴.

21 Ebd., S. 58ff.; Carsten, Reichswehr, S. 275ff., interpretiert diese Entwicklung nach politischen Kategorien als «Sprung nach links».

22 Wohlfeil, Heer und Republik, S. 282 ff. 23 Carsten, Reichswehr, S. 288 f.

24 Ebd., S. 279ff. Es wäre allerdings ein Missverständnis, wollte man von diesem Methodenwechsel auf eine auch nur in beschränktem Masse veränderte politische Zielsetzung der Reichswehrrführung schliessen, vgl. hierzu insbesondere Bennett, German Rearmament, S.11ff.

Ziel der unter Gessler und Heye eingeleiteten Kooperation mit der zivilen Exekutive war demnach die politische Absicherung personeller und materieller Rüstungsmassnahmen.

Der Chef der Heeresleitung hat im Februar 1927 dem Kabinett unter Reichskanzler Marx über die vorhandenen geheimen Waffenbestände sowie über den Stand und die weitere Planung des Grenz- und Landesschutzes berichtet²⁵. Heye wies darauf hin, dass es «des Staates unwürdig» sei, wenn die Reichswehr für die Zwecke der Landesverteidigung noch immer auf Spenden der Industrie und der Landwirtschaft angewiesen sei. Der Reichskanzler und das Kabinett gaben zu erkennen, dass sie durchaus nicht abgeneigt waren, die Kosten der illegalen, das heisst gegen den Versailler Vertrag verstossenden Rüstungsmassnahmen in den Reichshaushalt zu übernehmen. Das war allerdings nur dann zu realisieren, wenn die dafür vorzusehenden Haushaltsmittel nicht der normalen Überprüfung und Beschlussfassung durch den Reichstag unterworfen wurden. Unter Beteiligung des Präsidenten des Rechnungshofes, Saemisch, der auch bei der finanziellen Bereinigung des durch die abenteuerlichen, wirtschaftlichen Unternehmungen des Kapitäns zur See Lohmann verursachten Skandals hilfreiche Dienste leistete²⁶, wurde die Lösung in dem sogenannten Staatssekretärsausschuss gefunden. Dieser Ausschuss bestand aus je einem Vertreter des Rechnungshofes sowie des Reichswehr- und des Reichsfinanzministers und übernahm bei der internen Beschlussfassung über den Etat des Jahres 1928 zum ersten Mal seine Funktionen²⁷. Auch das unter der Führung des Sozialdemokraten Müller ab Juni 1928 amtierende Kabinett der Grossen Koalition bekannte sich zu der im Jahre zuvor getroffenen Grundsatzentscheidung, die politische Verantwortung für die Geheimrüstung der Reichswehr zu übernehmen. Es billigte im Oktober 1928 die Vorschläge des Staatssekretärsausschusses und stimmte der Rüstungsplanung der Reichswehr ausdrücklich zu²⁸. Das Entscheidende dieses Vorganges liegt nicht in erster Linie in der Höhe der nunmehr für geheime Rüstungszwecke zur Verfügung stehenden Gelder aus dem Etat des Reichswehrministeriums und später auch anderer Ministerien, sondern in der Aushöhlung des parlamentarischen Systems auf dem Verordnungswege. In einer aussen- wie innenpolitisch hochbrisanten Frage wurden die Kontrollrechte und die Kontrollmöglichkeiten des Reichstages durch die Zusammenarbeit der exekutiven Organe ausser Kraft gesetzt.

Es ist nicht verwunderlich, dass sich auch gegen diese neue Linie der Reichswehrführung Widerstände sowohl innerhalb der Reichswehr selbst als auch in der zivilen Exekutive regten, ganz abgesehen von politischen Gruppierungen in den Parlamenten. Besonders umstritten war hierbei die Organisation des Grenz- und Landesschutzes. Heye hatte vor dem Kabinett klar zu erkennen gegeben, dass es der Reichswehr vor allem auf

25 Carsten, Reichswehr, S. 240f., S. 289f.

26 Dülffer, Weimar, S. 90ff.; Rahn, Reichsmarine, S. 214ff.

27 Geyer, Aufrüstung, S. 109.

28 Vogt, Kabinett Müller II, 1, Nr. 42, S. 153.

eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Zivilbehörden ankomme und der bisher in vieler Hinsicht dominierende Einfluss der rechtsgerichteten Wehrverbände eingeschränkt werden solle. Diese Erklärung hatte die Zustimmung des Kabinetts zu der Reichswehrplanung zweifellos erleichtert, bot allerdings noch keine Garantie für eine entsprechende Haltung der sozialdemokratischen Regierung Preussens. Trotz der Unterstützung durch die Reichsregierung gelang es der Reichswehrführung nicht, mit dieser für die Wirksamkeit der Landesverteidigungsmassnahmen ausschlaggebenden Landesregierung zu einem befriedigenden Übereinkommen zu gelangen, das über die Festlegung formaler Grundsätze hinausging. Die preussische Regierung lehnte es ab, den mit den Landesschutzmassnahmen intendierten Mobilmachungsvorarbeiten zuzustimmen, und der Reichswehrführung war es andererseits nicht möglich, beim Grenzschutz die Distanzierung von den rechtsgerichteten Wehrverbänden in dem von Preussen geforderten Masse durchzuführen, ohne die Wirksamkeit des Grenzschutzes überhaupt zu gefährden²⁹. Das aus diesen Gründen dauernd gespannte Verhältnis zur preussischen Regierung bestimmte die Haltung der Reichswehr zum sogenannten «Preussenschlag» des Kabinetts Papen³⁰ am 20. Juli 1932.

Trotz dieser Einschränkung hatte sich der neue Kurs für die Reichswehr bezahlt gemacht. Sie hatte erreicht, dass die politische Isolierung in der von ihr gewünschten Weise durchbrochen worden war und dass der politischen Führung des Reiches die ihr zukommende Verantwortung für die Landesverteidigung übertragen werden konnte und dass schliesslich durch die Etatisierung der geheimen Rüstungsmassnahmen die finanziellen Voraussetzungen für eine zwar langsame, aber eben doch stetige Verbesserung der desolaten Rüstungssituation geschaffen worden waren.

Der Erfolg, den die Reichswehrführung mit der Billigung der Etatansätze durch das Kabinett errungen hatte, wird erst dann in seinen tatsächlichen Dimensionen erkennbar, wenn man die interne Reichswehrplanung in die Betrachtung einbezieht. Das Truppenamt hatte sich mit der Übernahme der Geschäfte durch Blomberg Anfang Januar 1927 die ehrgeizige Aufgabe gestellt, die gesamten materiellen Rüstungsvorhaben des Heeres in ein auf mehrere Jahre konzipiertes, Prioritäten setzendes Rüstungsprogramm zu integrieren. Nach nahezu zweijähriger Vorarbeit wurde das Programm am 29. September 1928 vom Chef der Heeresleitung genehmigt. Das militärische Ziel war die Sicherstellung der ersten Ausstattung an Gerät und Munition für ein 16-Divisionen-Heer (A-Heer), eine beschränkte Bevorratung und Massnahmen zur Verbesserung der industriellen Fertigungsmöglichkeiten im Mobilmachungsfall. Dieses Ziel sollte in den Jahren

29 Ebd., Nr. 181, S. 583 f.; Carsten, Reichswehr, S. 398ff.; sowie insbesondere Bennett, German Rearmament, S. 27 ff.

30 Zur staatsstreichartigen Absetzung der sozialdemokratischen, geschäftsführenden preussischen Regierung und zur Einsetzung eines Reichskommissars vgl. Vogelsang, Reichswehr, S. 235ff.; Trumpp, Papen, passim; Bentschel, Weimars letzte Monate, S. 52ff.; sowie Bennett, German Rearmament, S. 186 ff.

1928/1929-1932 erreicht und hierfür ca. 350 Millionen Mark ausgegeben werden³¹. Gemessen an dem Gesamtetat der Reichswehr im Jahre 1928 in Höhe von 726,5 Millionen Mark (= 8,6% des gesamten Reichshaushaltes) erscheinen die für die Rüstungsmassnahmen jährlich zur Verfügung stehenden ca. 70 Millionen Mark relativ unbedeutend³², das nahezu revolutionäre Element liegt jedoch in der Methode, nach der Heeresleitung und Truppenamt verfahren. Selbst wenn man berücksichtigt, dass die Rüstungsplanung der Reichsmarine und die sogenannte «Flieger-Rüstungsperiode 1927/31» nicht in das Rüstungsprogramm einbezogen wurden³³, stellte der systematisch betriebene Versuch, die unendlich vielfältigen, sich gegenseitig bedingenden Faktoren einer von modernen industriellen Fertigungsverfahren bestimmten militärischen Rüstung in einem zielgerichteten Programm aufeinander abzustimmen, ein Novum in der deutschen Heeresgeschichte dar³⁴, das nur mit der Entwicklung des deutschen Flottenbaues unter Tirpitz verglichen werden kann. Dass der Versuch auch innerhalb der Reichswehrrführung positiv bewertet wurde, zeigt das noch umfassendere zweite Rüstungsprogramm, das mit verfeinerten Methoden der Abstimmung wiederum für einen mehrjährigen Zeitraum (1933-1938) im Jahre 1932 verabschiedet wurde³⁵.

Die auf mehrere Jahre fixierte Planung verstärkte die politische Brisanz der Rüstungsprogramme. Der Nachfolger Gesslers als Reichswehrminister, Wilhelm Groener, der sich seit seinem Amtsantritt im Januar 1928 an die Spitze der kooperationsbereiten Gruppen im Reichswehrministerium gesetzt und die Zustimmung des Kabinetts für die Rüstungsplanung des Heeres sowie den Bau des Panzerschiffes A erreicht hatte, wusste sehr genau, warum er in den folgenden Jahren seine Kabinettskollegen bei den Etatberatungen immer wieder auf das «Normaljahr 1928» festzulegen versuchte und damit nicht geringen Erfolg hatte³⁶. Die Grundsatzentscheidung des Kabinetts über das erste Rüstungsprogramm im Oktober 1928 schränkte dessen Entscheidungsfreiheit in den folgenden Jahren ein und führte dazu, dass die Einbussen, die der Reichswehretat in den Jahren der Weltwirtschaftskrise hinnehmen musste, sich in relativ engen Grenzen hielten.

Der neue Kurs der Reichswehrrführung hatte sich aus dem Zwang, wie es die massgebenden Offiziere empfanden, ergeben, die Voraussetzungen für eine umfassende Lan-

31 Hansen, Reichswehr und Industrie, S. 119ff.; Geyer, Aufrüstung, S. 199f.

32 Vgl. Rautenberg, Rüstungspolitik, Anhang S. 81 f. Der Etat des Reichsheeres einschliesslich des Ministeriums belief sich 1928 auf 513,7 Mio. Mark.

33 Zur Flieger-Rüstungsperiode 1927/31 vgl. Hansen, Reichswehr und Industrie, S. 125 ff., und Völker, Entwicklung, S. 159 ff.

34 Zur Tätigkeit des Heereswaffenamtes und seines Nachschubstabes sowie zum Aufbau der Stega und den damit verbundenen Zielvorstellungen vgl. Hansen, Reichswehr und Industrie, S. 64 ff.

35 Vgl. Geyer, Rüstungsprogramm.

36 Geyer, Aufrüstung, S. 200f.; Bennett, German Rearmament, S. 75ff., weist auf die bisher zu wenig beachteten Konsequenzen dieser Militärpolitik für die Entwicklung der innenpolitischen Verhältnisse hin.

desverteidigung unter den besonderen Bedingungen des Versailler Vertrages zu schaffen. Damit umschloss diese Politik von vornherein eine aussenpolitische Komponente. Ab Herbst 1926 ist auch auf dem Gebiet der Aussenpolitik – insbesondere im Blick auf die Beziehungen zu Sowjetrußland und zum Völkerbund³⁷ – der Wille der Reichswehrführung zur Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt spürbar. Die im Dezember 1926 im Reichstag vorgetragene Kritik der SPD an den sowjetischen Munitionslieferungen hatte der ersten Phase der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit ein Ende gesetzt³⁸. Die rüstungswirtschaftlichen Initiativen dieser Phase hatten zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Nunmehr wurde in Anlehnung an die bereits bestehende Fliegerausbildungsstätte Lipeck (Lipezk) dieser Sektor der deutsch-sowjetischen militärischen Beziehungen mit Nachdruck gefördert und hierfür auch die Zustimmung des Auswärtigen Amtes und die Billigung des Kabinetts eingeholt³⁹. Wiederum traten an die Stelle grosser politischer Konzeptionen und militärischer Geheimdiplomatie das Prinzip militärischer Effektivität und die Einordnung in den politischen Verantwortungsbereich des Reichskanzlers und des Kabinetts. Die Ausbildung von Führungskräften an Flugzeugen und Panzern, die Erprobung des modernen Geräts und die damit verbundene Teilhabe an dem waffentechnischen Entwicklungsprozess wogen schwerer als die Produktion und die Lieferung von Artilleriemunition. Auch in der Frage der Einrichtung eines Attaché-Dienstes verfolgte die Reichswehrführung unter Groener eine ähnliche Politik⁴⁰.

Alle Überlegungen und Massnahmen zur Organisation der militärischen Landesverteidigung trugen im Bewusstsein der Handelnden den Charakter von Notbehelfen, des Vorläufigen, solange die bewaffnete Macht der Republik den Bestimmungen des Versailler Vertrages unterworfen war. In dem Streben nach einer grundlegenden Revision dieser Bestimmungen konnte die Reichswehr sich der Unterstützung einer breiten Mehrheit der Nation sicher sein.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, mit welchen Erwartungen von deutscher Seite die Verhandlungen der Vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf, die im Mai 1926 eröffnet worden waren, begleitet wurden. Auch auf diesem Felde bewährte sich die Zusammenarbeit zwischen Auswärtigem Amt und Reichswehrministerium, in dem sich spezielle Arbeitsgruppen mit der Materie beschäftigten⁴¹. Deutsche militärische Vertreter nahmen an den Beratungen der verschiedenen Subkommissionen teil und gewannen auf diese Weise einen genauen Einblick in die nationalen, wirtschaftlichen und allgemein politischen Voraussetzungen einer internationalen Rüstungsvereinbarung. Das politische Ziel der deutschen Delegation war die Revision des Teiles V des Ver-

37 Geyer, Aufrüstung, S. 121 ff. und S. 149ff.; Post, Civil-Military Fabric.

38 Zur Scheidemann-Rede vom 16.12.1926 vgl. Carsten, Reichswehr, S. 276ff.

39 Völker, Entwicklung, S. 138ff.; Homze, Armung, S. 9f., S. 20ff.

40 Kehrig, Attaché-Dienst; Geyer, Aufrüstung, S. 173 ff.

41 Geyer, Aufrüstung, S. 125ff.; Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 35ff.; vgl. Beitrag Messerschmidt, S. 658 ff.

sailler Vertrages, ihre Argumentation gründete sich jedoch auf den moralischen und rechtlichen Anspruch Deutschlands auf eine entsprechende Abrüstung der übrigen beteiligten Staaten. Die deutsche Abrüstungsforderung fand zunächst beträchtlichen Widerhall in der Öffentlichkeit, der politische Erfolg blieb ihr jedoch versagt. Der am 9. Dezember 1930 von der Vorbereitenden Abrüstungskommission verabschiedete Entwurf einer Konvention, der die Grundlage der Beratungen einer «Konferenz für die Begrenzung und die Herabsetzung der Rüstungen» bilden sollte, enthielt die Bestimmung, dass bereits bestehende vertragliche Regelungen über Rüstungsbegrenzungen – also auch die des Versailler Vertrages – ihre Gültigkeit behalten sollten.

Dieser Misserfolg der deutschen Politik konnte weitreichende Folgen haben: Für die Reichswehr begann sich eine Schere zu öffnen zwischen der unter Vertragsverletzung anlaufenden nationalen Rüstung und der fehlenden internationalen Absicherung dieses Faktums mit all den militärischen Gefährdungen, die sich daraus ergeben konnten. Reichskanzler und Kabinett hatten zwar die politische Verantwortung für die Rüstungsmassnahmen übernommen, sich gleichzeitig aber auch gewisse Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten geschaffen. Kam es zu keiner wie auch immer gearteten aussenpolitischen Abschirmung der nationalen Rüstung, so konnte das erreichte Mass an Übereinstimmung zwischen politischer und militärischer Führung ins Wanken geraten, da für das Kabinett die Lösung der Reparationsfrage, für die Reichswehr jedoch die militärisch bestimmte Sicherheitspolitik – und damit die Aufrüstung – absolute Priorität besaßen.

3. Reichswehr und Revisionismus. Die Militärpolitik Groeners

Der Nachfolger Gesslers im Amte des Reichswehrministers, Wilhelm Groener, wird in der Literatur zur Reichswehrgeschichte meistens nur als Initiator des Ebert-Groener-Bündnisses vom November 1918 und im Zusammenhang mit dem SA-Verbot vom Frühjahr 1932 erwähnt. Die Konturen seiner Politik in den vier entscheidungsreichen Jahren seines Ministeramtes vom Januar 1928 bis zum April 1932 bleiben unscharf und verschwommen. Man übersieht meist, dass mit Groener ein Soldat an die Spitze des Ministeriums berufen wurde, der durch seine Verwendungen vor, im und nach dem Ersten Weltkrieg wie kein anderer mit den politischen, wirtschaftlichen, technischen und militärischen Problemen der Kriegführung konfrontiert worden war und auch in mehreren Ansätzen den Versuch unternommen hatte, das Phänomen des modernen Krieges literarisch zu bewältigen⁴². Das grosse Mass an militärischem Sachverstand, die Vertrautheit mit dem militärischen Apparat verschaffte dem Minister trotz der ihm anhaftenden Hypothek aus den Ereignissen des November 1918 ein grösseres Mass an Auto-

⁴² Eine biographische Würdigung Groeners steht noch aus, vgl. den Beitrag von F. Frhr. Hiller v. Gaertringen in der NDB, VII (1966), Artikel Groener, S. 111 ff., mit Verzeichnis der wichtigsten Schriften Groeners.

rität innerhalb und ausserhalb der Reichswehr, als es Gessler besessen hatte. Groeners Politik galt der Fortführung und dem energischen Ausbau der von Gessler und Heye eingeleiteten Kooperation mit den exekutiven Organen des Reiches und der Länder, der erweiterten Rüstungsplanung für das Heer und schliesslich der erfolgreichen Vertretung des Bauprogramms der Marine gegenüber Kabinett und Reichstag. Seine Bedeutung liegt aber vor allem darin begründet, dass er den konkreten Versuch unternahm, die Reichswehr in der Phase ihrer Aufrüstung zum integrierten militärischen Instrument der allgemeinen Revisionspolitik zu machen, wie sie von Stresemann geprägt worden war⁴³. Die Denkschrift «Das Panzerschiff» vom November 1928 ist als erster Schritt in diese Richtung anzusehen⁴⁴. In ihr stellte Groener an den Anfang die Frage, welche Aufgaben die Reichswehr unter den gegebenen Umständen überhaupt erfüllen könne. Erst wenn hierauf eine begründete Antwort gegeben worden sei, könne man die Funktion der Reichsmarine für die Landesverteidigung hinreichend bestimmen und darüber hinaus untersuchen, ob das zur Debatte stehende Panzerschiff eine notwendige und sinnvolle Verstärkung der militärischen Machtmittel des Reiches in dem gegebenen Rahmen darstelle oder nicht. Die Wirklichkeit der militärischen Planung entsprach dieser klaren, deduktiven Zweckbestimmung der einzelnen Elemente der Landesverteidigung allerdings nur unvollkommen⁴⁵. Die von Groener im Jahre 1928 vor dem Kabinett vertretenen Rüstungsprogramme des Heeres und der Marine waren kaum aufeinander abgestimmt und folgten keinem einheitlichen Konzept. Groeners Überlegungen in der Denkschrift und in anderen Zeugnissen lassen aber keinen Zweifel, dass gerade ein solches verbindliches Konzept das Ziel des Ministers war, der nicht ausser Acht lassen konnte, dass die Marine rund 30 Prozent des Reichswehretats beanspruchte und mit der Entscheidung für den Panzerschiffsbau beträchtliche Summen auf Jahre hinaus festgelegt wurden.

Wollte Groener in der angedeuteten Weise auf die militärischen Sachentscheidungen der Heeres- und Marineleitung Einfluss nehmen, so war dies nur mit Hilfe eines militärischen Stabes möglich, der die Belange der Wehrmachtführung gegenüber dem Heer und der Marine zur Geltung brachte. Das gegen den Widerstand des Chefs der Heeresleitung mit erweiterten Kompetenzen ausgestattete, Anfang März 1929 errichtete Ministeramt unter dem kurz zuvor zum Generalmajor beförderten Kurt v. Schleicher sollte neben der Erfüllung der parlamentarisch-politischen Aufgaben zumindest den Versuch unternehmen, die zwingend gebotene Koordination der Rüstungsmassnahmen in die Wege zu leiten⁴⁶. Es ist darauf hingewiesen worden, dass der komplizierte Planungsprozess, insbesondere beim zweiten Rüstungsprogramm des Heeres, die Möglichkeiten

43 Vgl. Beitrag Messerschmidt, S. 658.

44 Nachlass Groener, BA-MA N 46/147.

45 Vgl. Post, Civil-Military Fabric, S. 256ff.

46 Wohlfeil, Heer und Republik, S. 121 ff.; Vogelsang, Reichswehr, S. 55ff.; Carsten, Reichswehr, S. 326 ff.

bestimmender Einflussnahme durch den Chef der Heeresleitung und vor allem durch den Minister selbst ausserordentlich beschränkte⁴⁷. Gerade aufgrund dieser Situation musste Groener, dem genügend vergleichbare Erfahrungen aus seiner Verwendung als Chef des Kriegsamtes im Ersten Weltkrieg zur Verfügung standen, darum bemüht sein, die noch gegebenen Möglichkeiten der Einflussnahme mit Hilfe des Ministeramtes voll auszuschöpfen. Nicht nur auf den Ehrgeiz Schleichers, sondern auch auf die Notwendigkeit, den ministeriellen Einfluss aus politischen und militärischen Gründen zu verstärken, ist der Machtzuwachs des Ministeramtes zurückzuführen.

Auf einem anderen Gebiet lässt sich noch sehr viel deutlicher nachweisen, dass Groener gewillt war, seine politischen *und* militärischen Führungsfunktionen als Reichswehrminister gegenüber den Teilstreitkräften wahrzunehmen: Mitte April 1930 unterzeichnete er die Weisung «Die Aufgaben der Wehrmacht» und sandte sie an die Chefs der Heeres- und der Marineleitung⁴⁸. Sie war von der Wehrmachtabteilung des Ministeramtes ausgearbeitet worden. In ihr legte Groener den Rahmen fest, in dem für die nächste Zukunft ein Einsatz der Reichswehr für möglich gehalten wurde, und bestimmte im Einzelnen die Mittel, die hierfür vorzusehen waren. Groener stellte gleich zu Beginn fest, dass ausschliesslich politische Gesichtspunkte für die Definition der Aufgaben der Wehrmacht massgebend seien und dass «bestimmte Erfolgsaussichten» die Vorbedingung für einen tatsächlichen Einsatz der Reichswehr darstellten. Aus dieser Prämisse wurde gefolgert, dass «eine verantwortliche Reichsregierung sich gegebenenfalls zu einem *Verzicht* auf einen militärischen Widerstand» entschliessen könne, und entsprechend wurden vorbereitende Planungen (Räumung, Zerstörung etc.) angeordnet. Der Einsatz der Reichswehr wurde beschränkt auf den Fall innerer Unruhen («Fall Pieck»), auf genau definierte Notwehrsituationen und auf den Fall einer besonders günstigen internationalen Situation.

Notwehrsituationen lagen nach der Weisung dann vor, wenn durch Übergriffe irregulärer («Fall Korfanty») oder regulärer Einheiten («Fall Piłsudski») eines Staates ein *Fait accompli* drohte. Der Einsatz der Reichswehr gegen reguläre Einheiten sollte aber auch nur dann stattfinden, wenn der angreifende Staat «*anderweitig militärisch stark gebunden*» war oder durch Widerstand «*ein Eingreifen anderer Mächte bzw. internationaler Instanzen ausgelöst*» werden würde.

Eine günstige politische Situation sollte dann ausgenutzt werden, wenn das Reich auf Druck einer Mächtegruppe die Chance erhalte, seine politische und militärische Lage zu verbessern oder unter denselben Bedingungen die Aussicht bestehe, die eigene Neutralität erfolgreich zu verteidigen. Schliesslich könne der Einsatz der Reichswehr auch «*aus freier eigener Entscheidung erfolgen, wenn eine günstige internationale Konstellation uns das Risiko eines solchen Entschlusses gestattet*».

47 Gever, Rüstungsprogramm, S. 131.

48 Weisung vom 16.4.1930, 147/30, WII a, BA-MA PG 34072; Entwurf im Nachlass v. Bredow, BA-MA N 97/9. Zur Interpretation vgl. Geyer, Aufrüstung, S. 213ff.; Post, Civil-Military Fabric, S. 197ff.

Groener beschränkte sich jedoch nicht auf die Darlegung der politischen Voraussetzungen für einen Einsatz der Reichswehr, er bestimmte auch die Modalitäten des militärischen Vorgehens für jede der aufgeführten Konstellationen. Dabei wurden im Wesentlichen drei Formen der militärischen Machtentfaltung unterschieden: der Einsatz des marschbereiten Reichsheeres, des verstärkten marschbereiten Reichsheeres und des Feldheeres, das aus dem verdreifachten Reichsheer (demnach 21 Divisionen) und dem Grenzschutz bestand. Der Einsatz des Feldheeres war nur für den «Fall Pilsudski» und unter den Bedingungen einer günstigen politischen Situation vorgesehen.

In einem Anhang zu der Weisung formulierte Groener sehr weitgefaste Direktiven für die Verbesserung der Einsatzfähigkeit der Reichswehr. Dabei legte er den Nachdruck auf die Förderung des «marschbereiten Reichsheeres», des einzigen Machtmittels, «über das die Reichsregierung *sofort* verfügen» könne. Er forderte die Verkürzung der Fristen für die Herstellung der Marschbereitschaft, die Ausstattung mit schwerer Artillerie und anderen modernen Waffen sowie eine Verbesserung der Ausbildung insgesamt. Für das Feldheer galt, dass die «Aufstellungspläne ... sich im Rahmen [der] Ausrüstungs- und Nachschubmöglichkeiten» halten mussten. Damit war klar ausgesprochen, dass auf diesem Gebiet mit langen Fristen gerechnet werden musste, denn noch das Anfang 1932 verabschiedete zweite Rüstungsprogramm verfolgte das Ziel, bis zum Frühjahr 1938 die erste Ausstattung und eine 6-Wochen-Bevorratung für das 21-Divisionen-Feldheer zu schaffen⁴⁹.

Der wesentliche Inhalt des Dokuments ist so ausführlich wiedergegeben worden, weil Groener in ihm in geradezu paradigmatischer Weise der bewaffneten Macht ihre klar umrissene Funktion als ein Instrument der politischen Führung zuwies, wie es in der deutschen Militärgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts nur in ganz seltenen Fällen geschehen ist. Die Weisung stellt gleichzeitig den Höhepunkt der seit Mitte der zwanziger Jahre zu beobachtenden Entwicklung dar, in der sich die Reichswehrführung aus vornehmlich militärischen Gründen zu einer Annäherung an die exekutiven Institutionen der Republik veranlasst sah und für die damit gewonnene finanzielle und politische Absicherung illegaler militärischer Massnahmen die politische Kontrolle durch die Exekutive akzeptieren musste. Groener als Reichswehrminister versuchte diesen Kontrollbereich durch eine klare militärpolitische Zielsetzung auszuweiten und drang mit der definierten Zweckbestimmung der bewaffneten Macht in den Kernbereich des militärischen Führungsdenkens ein. Der Anhang machte überdies deutlich, dass über die Einsatzarten auch Prioritäten in der Rüstungsplanung gesetzt werden sollten. Groener und das Ministeramt unter Schleicher hatten tatsächlich die Konsequenzen aus dem ersten programmatischen Satz der Weisung gezogen: «Grundlage für Aufbau und Einsatz der bewaffneten Macht bilden die Aufgaben, die ihr von der verantwortlichen politischen Leitung gestellt werden.»

49 Vgl. Geyer, Rüstungsprogramm.

Jede Interpretation der Weisung wird zu dem Ergebnis kommen müssen, dass sie sich in voller Übereinstimmung mit der von den Kabinetten der Republik verfolgten Revisionspolitik befand⁵⁰. Die Sicherung der als bedroht angesehenen Grenzen im Osten des Reiches stand im Vordergrund der konkreten Einsatzplanung der Reichswehr. Auch hierfür, insbesondere für den «Fall Piłsudski», sah man sich auf das Funktionieren des Völkerbundes angewiesen, dessen Bedeutung für eine deutsche Sicherheitspolitik damit anerkannt wurde. Auch die darüber hinausgehenden Fernziele der Revisionspolitik blieben in der Weisung nicht unberücksichtigt. Ein nicht provozierter, offensiver Einsatz der Reichswehr wurde dann nicht ausgeschlossen, wenn das Risiko kalkulierbar blieb. Will man die reichswehrinterne Bedeutung der Weisung des Ministers richtig einschätzen, so muss man die in Kriegsspielen und Übungsreisen zum Ausdruck kommenden Vorstellungen der militärischen Führung über die Einsatzmöglichkeiten in die Betrachtung einbeziehen. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Serie von Spielen, Reisen und Studien in den Winterhalbjahren 1927/28 und 1928/29, die unter Blombergs Leitung standen⁵¹. In dem Übungszyklus beschäftigten sich Truppenamt und Heeresleitung vornehmlich mit den möglichen Formen und Abläufen eines Krieges mit Polen. Das militärische Ergebnis war katastrophal. In dem Winterkriegsspiel des Truppenamtes 1927/28 mündete eine viermonatige Spannungsphase in einen offenen kriegerischen Konflikt, der von der Reichswehr «unter geradezu trostlosen Bedingungen» ausgefochten werden musste. Die Truppenamtsreise des Jahres 1928 brachte kein anderes Ergebnis. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes formulierte knapp, dass ein Krieg gegen Polen «nur kurze Zeit und unter Verlust weiter deutscher Gebiete» geführt werden könne. Doch Blomberg wollte sich damit nicht abfinden⁵². Kurz bevor der Kampf deutscherseits wegen Munitionsmangels abgebrochen werden musste, liess er den Völkerbund eingreifen, der Polen einen Waffenstillstand oktroyierte! Daraufhin griff die Sowjetunion Polen an und übermittelte Deutschland ein dankbar angenommenes Bündnisangebot; die Reichswehr war nunmehr in der Lage, mit grosszügigen Angriffsoperationen den Waffengang erfolgreich zu beenden! Eine Charakterisierung dieser angenommenen politischen Lage und Entwicklung erübrigt sich, wenn so offenkundig militärisches Wunschenken die politische Lagebeurteilung motivierte. Andererseits muss beachtet werden, dass die Einschätzung der militärischen Möglichkeiten und Kräfteverhältnisse vom Truppenamt realistisch vorgenommen worden war.

Dank der Bestandsaufnahme aller illegalen Rüstungsmassnahmen und der in Gang kommenden konkreten, längerfristigen Rüstungsplanung war es immerhin möglich, den Kriegsspielen einigermaßen verlässliche Werte zugrunde zu legen. Daher hatte die Feststellung des Truppenamtes einiges Gewicht, dass bei Annahme des Rüstungsstandes vom 1. April 1933, das heisst nach Ablauf des ersten Rüstungsprogrammes, die Chan-

50 Vgl. Beitrag Messerschmidt, S. 656 ff.

51 Post, Civil-Military Fabric, S. 204ff.; Geyer, Aufrüstung, S. 188ff.

52 Geyer, Aufrüstung, S. 192 f.

cen einer erfolgreichen Verteidigung gegen einen polnischen Angriff sich wesentlich verbessert haben würden.

Die Reichsmarine besass Mitte 1928 noch kein vergleichbares Rüstungsprogramm⁵³. Mit einiger Verzögerung gegenüber dem Reichsheer hatte man 1927 mit den Vorarbeiten für einen Schiffsbau-Ersatzplan begonnen, wobei die Entscheidung für den Typ der Panzerschiffe nie ganz den Charakter einer Übergangslösung verlor. Der Kampf um das Panzerschiff A, dem noch drei weitere folgen sollten, war der Anfang eines jahrelangen Tauziehens innerhalb und ausserhalb der Exekutive um diese wichtigsten Objekte der Marinerüstung⁵⁴. Die operativen Vorstellungen der Marineleitung jedoch entwickelten sich nahezu unabhängig vom vorhandenen Schiffsmaterial. Bei den Herbstmanövern 1926 hatte man die Phase der ausschliesslichen Beschäftigung mit der Küsten Verteidigung schon weit hinter sich gelassen. Es handelte sich auch nicht mehr allein um den Schutz der Zufuhrwege. Im Manöver ging die Reichsmarine nunmehr selbst zum Angriff auf die Zufuhr des Gegners über. Zugrunde lag die Annahme, dass «die Seeverbindung von einem westlichen zu einem östlichen Feind zu einem wesentlichen Faktor für die Entscheidung» geworden sei⁵⁵. Deutschland hatte, der Manöverlage zufolge, den Kampf sowohl gegen Polen als auch gegen Frankreich aufgenommen, wobei – im Gegensatz zu den in den folgenden Jahren angenommenen Ausgangslagen – England und Italien eine wohlwollende Haltung dem französischen Gegner gegenüber beobachteten. Ein Jahr später setzte die Marineleitung bereits zwei der Panzerschiffe ein, mit denen sich noch die Konstruktionsabteilung beschäftigte, um in einer Seeschlacht gegen die vereinigten polnischen und französischen Seestreitkräfte die Sicherung der Ostsee zu erreichen.

Vor dem Hintergrund dieser militärischen Planungsüberlegungen hebt sich die Realitätsbezogenheit der Weisung Groeners vom 16. April 1930 scharf ab; der Gegensatz zu den Vorstellungen der Heeres- und Marineleitung schien unüberbrückbar. Schon in der Denkschrift zur Panzerschiffsfrage⁵⁶ hatte Groener unmissverständlich erklärt: «Der Gedanke an einen grossen Krieg scheidet von vornherein aus» und charakterisierte damit die politischen Kombinationen und militärischen Annahmen der Marineleitung indirekt als illusionär. Sowohl die politischen als auch die militärischen Voraussetzungen, unter denen die Kriegsspiele der Marine standen, lassen eindeutig erkennen, dass eine Abstimmung mit dem Reichsheer nicht stattgefunden hatte, dass jede Teilstreitkraft offenbar davon ausging, im Ernstfall ihren eigenen Krieg führen zu können. Groener dagegen versuchte durch die für Heer und Marine einheitliche Weisung diesem Spuk ein Ende zu machen. In der Panzerschiffdenkschrift hatte er strikt darauf gesehen, dass

53 Dülffer, Weimar, S. 67ff., S. 122ff.; Rahn, Reichsmarine, S. 214ff.

54 Hierzu und zum Folgenden vgl. die neuesten Darstellungen von Rahn, Reichsmarine, S. 114ff.; sowie Schreiber, Reichsmarine, S. 162ff., und ders., Rolle Frankreichs; Dülffer, Determinanten, S. 162 f., spricht von einer Statuskrise der Marine 1928-1932.

55 Vgl. Geyer, Aufrüstung, S. 196ff., insbesondere Anm. 27. Zu den Kriegsspielen der Reichsmarine vgl. auch Rahn, Reichsmarine, S. 133 ff.

56 Vgl. Nachlass Groener, BA-MA N 46/147.

selbst die Aufgaben der Panzerschiffe sich aus der im Einzelnen definierten Funktion der Reichsmarine für die Landesverteidigung ableiteten. Mit der Weisung von 1930 war der Weg bezeichnet, auf dem die Reichsmarine in ihren operativen Vorstellungen wieder auf den Boden der politischen und militärischen Gegebenheiten zurückgeführt werden konnte⁵⁷.

Heeresleitung und Truppenamt hatten sich in dem Kriegsspielzyklus der Jahre 1927/28 in sehr viel stärkerem Masse bemüht, den Realitäten der militärischen Kräfteverhältnisse Rechnung zu tragen. Doch auch hier war der Drang unverkennbar, über die triste Realität hinweg zur traditionellen, weitgespannten operativen Kriegführung – wenn auch nur im Spiel – zurückzukehren. Schon in dem Winterkriegsspiel 1928/29 liess Blomberg, der Chef des Truppenamtes, die Chance eines Zweifrontenkrieges gegen Frankreich und Polen, dessen Kräfte durch die Sowjetunion gebunden sein sollten, prüfen⁵⁸. Das Ergebnis konnte nicht überraschen. Selbst unter Zugrundelegung des Rüstungsstandes vom 1. April 1933 blieb der Reichswehr nur die Möglichkeit eines hinhaltenenden, letztlich aussichtslosen Widerstandes. Blomberg aber beurteilte in seiner Denkschrift vom 26. März 1929 die Lage «doch nicht so hoffnungslos, wie [sie] zunächst erscheinen mag». Ihn leitete bei dieser optimistischen Lagebeurteilung die Überzeugung, dass «grosse Staaten militärische Vergewaltigung ohne militärischen Widerstand» noch nie geduldet hätten⁵⁹. Mit dieser Ansicht widersprach der Chef des Truppenamtes mit Entschiedenheit genau den militärpolitischen Grundsätzen des Reichswehrministers und seines Ministeramtes. Schleicher, der Chef des Ministeramtes, hielt von einem derartigen, auf Selbsttäuschung beruhenden militärischen Prestigedenken, das in einer nationalen Katastrophe enden musste, gar nichts. Er forderte Blomberg vielmehr indirekt auf, «den Mut auf[zu]bringen... zuzugeben, dass es politisch-militärische Verwicklungen geben» könne, «in denen ein Kampf von Vornherein als aussichtslos zu bezeichnen» sei. Blomberg brachte diesen Mut nicht auf und zog in der fundamentalen Kontroverse mit dem Reichswehrminister und dem Ministeramt den kürzeren. Er wurde als Chef des Truppenamtes Ende September 1929 von Hammerstein-Equord abgelöst⁶⁰.

57 Es ist Groener sicher nicht entgangen, dass das Panzerschiff «A» seinen Konstruktionsdaten nach nicht für die von ihm definierten Aufgaben geeignet war (vgl. Salewski, England, S. 165 f.), dennoch blieb er dabei, dass die Ostsee das primäre Aufgabengebiet der Marine sei. Zur ablehnenden Reaktion der Marineführung vgl. Geyer, Aufrüstung, S. 219ff.; sowie insbesondere Schreiber, Revisionismus, S. 54 ff.

58 Geyer, Aufrüstung, S. 190ff.; Post, Civil-Military Fabric, S. 215ff.

59 Post, Civil-Military Fabric, S. 215 ff.; S. 152 ff.; Geyer, Aufrüstung, S. 192.

60 Geyer, Aufrüstung, S. 207ff.; Post, Civil-Military Fabric, S. 162ff. Vgl. insbesondere Geyer, Dynamics, S. 108 f.: «Blomberg turned from professional military analysis to ideology, because he took the problem of German security very seriously... but was unable to solve the problem within the context of professional military thinking.» Dagegen die Position von Groener-Schleicher: «Any appropriate rearmament policy had to increase German military power while maintaining international stability.» Und hierbei handelte es sich um eine «very narrow line between security and stability on the one hand and armament on the other». Diese Balance brach unter dem doppelten Druck von innenpolitischer Krise und den Forderungen der eigenen Rüstungsprogramme zusammen.

Der Ausgang der Kontroverse ist zweifellos als ein Erfolg für die militärpolitische Konzeption des Reichswehrministers zu werten, durchgesetzt hatte sie sich damit allerdings noch nicht. Dazu bedurfte es einer stabilen politischen Unterstützung. Groener, der sich zweifellos als Schlieffen-Schüler verstand, hatte unter dem Zwang der Verhältnisse Grundsätze einer ausserordentlich flexiblen Militärpolitik entwickelt, die mit den rein militärstrategischen Maximen des preussischen Generalstabschefs kaum mehr etwas verband. In diesem Bereich der Funktionsbestimmung des militärischen Instruments ist der Bruch mit traditionellen Vorstellungen und Überzeugungen am greifbarsten. Der Wandel war nicht nur eine Folge der einschränkenden Bestimmungen des Versailler Vertrages, sondern er war auch bedingt durch die Erweiterung des Begriffs der Landesverteidigung als ein Ergebnis der Erfahrungen des Ersten Weltkrieges. Groener hat sich sehr nachdrücklich für die Beteiligung weiterer Bereiche der staatlichen Exekutive an der Landesverteidigung eingesetzt⁶¹. Aber dieser enormen Ausdehnung des militärischen Einflussbereiches stellte er eine ebenso nachdrücklich vertretene, politisch motivierte Zweckbestimmung des militärischen Instruments gegenüber. Die Weisung vom April 1930 stellt den Versuch dar, die von Clausewitz ausführlich beschriebene Relation zwischen politischer Zwecksetzung und militärischem Mitteleinsatz in einer frühen Phase der Aufrüstung dem Aufbau der Wehrmacht zugrunde zu legen. Das bedeutete keineswegs, dass Groener für alle Zukunft die bewaffnete Macht lediglich als Faktor einer defensiven Sicherheitspolitik betrachtete, aber auch für die militärische Absicherung einer expansiven Aussenpolitik galt für ihn der Vordersatz, dass «*bestimmte* Erfolgsaussichten Vorbedingung» eines jeden militärischen Einsatzes waren.

4. Der Wandel der Rüstungspolitik 1932/33

Die Reichswehr des Frühjahr 1932 war kaum mehr zu vergleichen mit der Reichswehr Seeckts zu Beginn der Stabilisierungsphase der Republik. Unter massgeblicher Beteiligung Groeners war die Funktionsfähigkeit des militärischen Instruments des Reiches in entscheidender Weise verbessert worden. Symptomatisch für die politisch einflussreiche Stellung der Reichswehr war die Tatsache, dass Groener als Reichswehrminister im Oktober 1931 in Personalunion die Position des Reichsministers des Innern übernahm⁶². Ausgehend von einem modernen, umfassenden Begriff der Landesverteidigung besass sie nunmehr ein realistisches Handlungskonzept und ein mittelfristiges Rüstungsprogramm, sie begann sich aus den Fesseln des Versailler Vertrages zu lösen. Im Vergleich zur Position Gesslers nahm Groener als Reichswehrminister die politische und militärische Führungs- und Kontrollfunktion voll für sich in Anspruch und suchte

61 Vgl. Geyer, Landesverteidigung, S. 166ff.

62 Vogelsang, Reichswehr, S. 132 f.

sie auch gegenüber der Heeres- und der Marineleitung durchzusetzen. Voraussetzung hierfür war allerdings die fortdauernde Stabilität der politischen Verhältnisse. Eben diese Voraussetzung entfiel spätestens mit dem spektakulären Erfolg der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen im September 1930. Wenn Groener Anfang Oktober 1930 in einem Erlass an die Befehlshaber und Kommandeure mit Stolz feststellen konnte, dass es der Reichswehrführung gelungen sei, «die Reichswehr zum stärksten Faktor im Staate zu machen, an dem niemand bei politischen Entscheidungen vorübergehen» könne⁶³, so wertete er diesen Sachverhalt als ein Ergebnis der seit 1926/27 verfolgten Politik. Es ist jedoch symptomatisch, dass sich der Reichswehrminister aus Anlass des Ulmer Reichswehrprozesses und in Verteidigung eben dieser Politik zu derartigen Formulierungen gezwungen sah. Die reichswehrinterne Kritik an der Politik der Kooperation setzte an deren Voraussetzung an, d.h. an der Anerkennung des republikanischen Staates, seiner Institutionen und Parteien als gegebener politischer Tatsache. Der Prozess gegen die Ulmer Reichswehroffiziere vor dem Reichsgericht in Leipzig und die Reaktionen innerhalb der Reichswehr auf dieses Ereignis offenbarten einen gefährlichen Dissens zwischen der Reichswehrführung und der Mehrheit des Truppenoffizierkorps⁶⁴. Groener sah sich veranlasst, dem Vorwurf eines «Linkskurses» der Reichswehrführung, der Vernachlässigung des Landesschutzes in mehreren Erlassen energisch entgegenzutreten. Eine Analyse der im Offizierkorps vorherrschenden Überzeugungen zeigt, dass der weitverbreiteten Kritik nicht unbedingt eine grundsätzliche Ablehnung der Verfassung, der republikanischen Staatsform, zugrunde lag⁶⁵. Der Offizier fragte weniger nach der Verfassung, wichtiger war ihm die Realität des Staates. Und dieser Staat hatte in der Vorstellung des Reichswehroffiziers ein «starker», ein hierarchisch strukturierter Staat zu sein. Von der Regierung wurde dementsprechend erwartet, dass sie den «nationalen» Interessen, das heisst konkret der Wiederherstellung der nationalen Souveränität, absolute Priorität zuerkannte und diesem grossen Ziel der Befreiung von allen Beschränkungen des Versailler Vertrages alle anderen, partikularen Interessen unterordnete. Mit diesem Bild vertrug sich weder der rasche Wechsel der Kabinette aufgrund wechselnder parlamentarischer Koalitionen noch das ständige «Parteiengenzän» im Reichstag und in der Öffentlichkeit. Es war nur konsequent, dass im Offizierkorps der Reichswehr auch die politisch rechts stehenden Parteien an dieser Elle gemessen und ihr politisches Verhalten sehr häufig in scharfen Worten missbilligt wurde⁶⁶. Und doch besteht kein Zweifel, dass das Offizierkorps in seiner Gesamtheit

63 Vgl. Groener-Geyer, Groener, S. 270ff.; Carsten, Reichswehr, S. 355.

64 Zum Gesamtkomplex vgl. Bucher, Reichswehrprozess, S. 122ff., S. 143ff.; Carsten, Reichswehr, S. 347ff.

65 Nach Art. 1 der Berufspflichten des Soldaten in ihrer Fassung vom 5. 9.1930 war der Soldat zur Treue gegenüber der republikanischen Verfassung verpflichtet, vgl. Absolon, Wehrmacht, I, S. 172 f.

66 Vgl. hierzu Meier-Welcker, Briefwechsel, S. 71 ff.

mit seiner reaktionär zu nennenden Auffassung von der Funktion des Staates dem konservativen und zugleich nationalen Lager zuzurechnen war.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass die Kooperationspolitik der Reichswehrführung, die notwendigerweise die Hinnahme koalitionspolitischer Kompromisse und Forderungen implizierte, im Offizierkorps auf wenig Verständnis stiess. Brünings parlamentarisch tolerierte Präsidialregierung, die gestützt auf die Autorität des Reichspräsidenten mit Hilfe von Notverordnungen aufgrund des Artikels 48 der Reichsverfassung den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen der Weltwirtschaftskrise zu begegnen suchte und sich dabei weitgehend den Einwirkungen und der Kontrolle des Parlaments entzog, stiess dagegen zunächst auf die volle Sympathie des Offizierkorps⁶⁷. Als Brüning sich jedoch gezwungen sah, mit Verboten gegen die Massenbewegungen der Rechten vorzugehen, wendete sich das Blatt⁶⁸. Die Institutionen des republikanischen Staates zeigten sich immer weniger in der Lage, dem Ansturm der radikalen Bewegungen von rechts und von links standzuhalten, und viele führende Offiziere glaubten, trotz aller Abneigung gegen die Wehrverbände, auf die in den militanten Massenbewegungen liegende «nationale Substanz» nicht verzichten zu können. Für die Reichswehr wurde dabei, bei ihrer betont nationalen, konservativen Grundhaltung, der Aufstieg der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und die hemmungslose Aggressivität der SA zu einem besonderen Problem. Das Konzept der «Zähmung» der radikalen Bewegung, von Groener und Schleicher bei zahlreichen Gelegenheiten vertreten⁶⁹, hatte bisher nicht einmal momentane Erfolge gezeitigt. Die von Groener und Schleicher gemeinsam verfolgte Reichswehrpolitik geriet mit den Ergebnissen und Folgeerscheinungen der Wahlen des April 1932⁷⁰, die mittelbar zum Sturz des Präsidialkabinetts Brüning führten, in eine schwere Krise. Schleicher als Chef des Ministeramtes lehnte sich gegen das von Groener in seiner Eigenschaft als Reichsminister des Innern auf Initiative der Länderinnenminister für dringend erforderlich gehaltene und vom Reichskanzler unterstützte SA-Verbot⁷¹ auf, weil seiner Meinung nach das Verbot Ausdruck einer Politik war, die einer am Eigeninteresse orientierten Reichswehrpolitik mehr und mehr die Basis entzog. Die Frage ist, ob sich mit dem Ende Mai 1932 vollzogenen Wechsel von Groener zu Schleicher ein grundsätzlicher Wechsel der Reichswehrpolitik vollzog.

Das politische Wirken des Generalleutnants Kurt v. Schleicher hat weder bei den Zeit-

67 Ebd., insbesondere Anm. 57.

68 Vgl. hierzu Wohlfeil, Heer und Republik, S. 289ff.; Carsten, Reichswehr, S. 341 ff.; Vogelsang, Reichswehr, S. 113ff.

69 Vogelsang, Reichswehr, S. 135 ff.

70 Reichspräsident v. Hindenburg war in zwei Wahlgängen (23.3. und 10.4.1932) wiedergewählt worden. Am 24.4.1932 fanden Landtagswahlen in Preussen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt statt.

71 Vogelsang, Reichswehr, S. 166ff. Vgl. zu diesem Problem neuerdings die umfassende Edition Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning, mit der einleitenden, neue Akzente setzenden Analyse von G. Schulz.

genossen noch bei den Historikern überwiegend positive Wertungen erfahren⁷². Sein ungewöhnlicher militärischer Werdegang, der ihn von einer Stabsabteilung zur anderen führte und der «Truppe» entfremdete, seine Rolle beim Aufbau und seine Tätigkeit als Chef des Ministeramtes, die enge Verbundenheit, aber auch der Bruch mit Groener sowie schliesslich seine persönlichen Beziehungen zum Hause Hindenburg stempelten ihn zur «Grauen Eminenz», zum «cardinal in politicis», wie Groener ihn treffend nannte. Insbesondere die Vorstellung, man könne die Massenbewegung der NSDAP und ihren Wehrverband, die SA, durch eine überlegene Taktik «zähmen» und sie mit der Zeit in das bestehende System integrieren – Vorstellungen, die er mit Brüning und Groener teilte – sowie die darin liegende fatale Unterschätzung des Machtwillens und des Durchsetzungsvermögens Adolf Hitlers haben zu der negativen Beurteilung seines politischen Handelns in historischer Sicht beigetragen. Zum Verständnis des Politikers Schleicher, des Reichswehrministers und Reichskanzlers, sollten aber – mehr als das bisher der Fall gewesen ist – auch die besonderen militärischen Motive seines politischen Wirkens in die Betrachtung einbezogen werden. Schleicher war einer der einflussreichsten Protagonisten der Kooperationspolitik der Reichswehrführung und hat an dem keineswegs völlig erfolglosen Versuch Groeners tatkräftig mitgewirkt, die Rüstungs- und Einsatzplanung der Reichswehr in ein militärpolitisches Gesamtkonzept zu integrieren, das sich an der allgemeinen revisionistischen Zielsetzung orientierte.

Schleicher ging von der zweifellos zutreffenden Prämisse aus, dass ein Präsidialregime, wie es sich unter Brüning seit 1930 herausgebildet hatte, umso mehr auf das Vertrauen, die Unterstützung des Reichspräsidenten angewiesen war, je weniger es sich auf eine zustimmende oder auch nur tolerierende Mehrheit in Parlament und Öffentlichkeit stützen konnte. Die Wahlen im April 1932 hatten gezeigt, dass von einer derartigen Mehrheit für den Kurs Brünings nicht mehr die Rede sein konnte, dass die Springflut nationalsozialistischer Erfolge noch keineswegs verebbt war. Der Versuch des Doppelministers Groener, mit Unterstützung Brünings und der Länder, aber gegen die Intentionen Hindenburgs, das SA-Verbot durchzusetzen und ungeschmälert aufrechtzuerhalten, widersprach der genannten Prämisse. Eine Reichswehrpolitik im Dissens mit Hindenburg bei der engen Bindung der Reichswehr an das Amt und die Person des Reichspräsidenten war für Schleicher ganz undenkbar. Die seit der Jahreswende 1931/32 wachsende Distanz zwischen Hindenburg und Brüning und der durch das SA-Verbot heraufbeschworene Konflikt zwischen Groener, dem Reichswehrminister, und dem Präsidenten berührten daher eine sehr empfindliche Stelle des politischen Selbstverständnisses der

72 Vgl. Vogelsang, Schleicher.

Reichswehr. Schleichers Bruch mit Groener und seine aktive Beteiligung an dem Sturz Brüning lagen daher durchaus auf der bisherigen Linie der Reichswehrpolitik⁷³.

Es fällt nicht schwer, in Schleichers politischem Handeln der folgenden Monate das Bestreben zu erkennen, bei unveränderter Zielsetzung die erschütterten Prämissen für den endlichen Erfolg der «Zähmungspolitik» wieder zu festigen. Mit der Berufung Papens zum Reichskanzler gewann die Exekutive erneut die unerlässliche Rückendeckung durch die Autorität des Reichspräsidenten, die neue Initiativen auf dem Felde der praktischen Politik ermöglichte. Der neue Reichswehrminister Schleicher war bei der Konzipierung und Formulierung der Politik des Kabinetts Papen massgeblich beteiligt⁷⁴, wie überhaupt die Beobachtung zu machen ist, dass die Militärpolitik immer mehr zum dominierenden Faktor der allgemeinen Regierungspolitik wurde. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Aussenpolitik.

Im Rahmen der revisionistischen Zielsetzungen hatten bisher die Rheinlandfrage und die Regelung der Reparationsproblematik unangefochten vor den Forderungen einer Revision der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages rangiert. Nachdem noch von Stresemann die politischen Voraussetzungen für eine Beendigung der alliierten Besetzung linksrheinischen Gebiets geschaffen worden waren, hatte sich Brüning vornehmlich der Revision der Reparationsbestimmungen und des Young-Planes gewidmet. Franz v. Papen konnte die Früchte dieser mit verheerenden innenpolitischen Auswirkungen verbundenen Brüning'schen Politik ernten. Die Lausanner Konferenz vom Juni/Juli 1932 strich die Reparationsverpflichtungen des Reiches bis auf eine symbolische Restsumme von drei Milliarden Mark. Nunmehr rückten die militärischen Revisionsforderungen an die erste Stelle der Prioritätenskala. Hatte sich Brüning im April 1932 noch in sehr vorsichtiger Weise um eine Billigung der deutschen militärischen Forderungen durch die Westmächte bemüht, so war bei dem neuen Reichswehrminister von einer solchen Rücksichtnahme auf die aussenpolitische Situation nichts mehr zu spüren⁷⁵. Schleicher drängte von Anfang an, sowohl in den internen Beratungen als auch in seinen öffentlichen Äusserungen, auf eine sehr viel schärfere Fixierung des deutschen Standpunktes in der Gleichberechtigungsfrage. Schleichers Politik gegenüber der Genfer Abrüstungskonferenz und in der Gleichberechtigungsfrage lief auf einen Wechsel der Methode hinaus; mit ihrer Hilfe sollten auch integrierende Wirkungen auf dem Ge-

73 Vogelsang, Reichswehr, S. 170ff.; vgl. auch Geyer, Aufrüstung, S. 270 f.; Sauer, Mobilmachung, S. 35ff.; Bennett, German Rearmament, S. 16ff., S. 35 ff., S. 38ff., S. 180ff., betont das politische Gewicht der Personalplanung der Reichswehr für das zu mobilisierende Kriegsheer, das sich immer weniger auf kriegsgediente Jahrgänge stützen konnte.

74 Vogelsang, Reichswehr, S. 209ff.; Carsten, Reichswehr, S. 418ff.; Bennett, German Rearmament, S. 169ff.; Schildt, Militärdiktatur, S. 50ff.

75 Zu den einzelnen Phasen der deutschen Politik in der Abrüstungsfrage vgl. Deist, Abrüstungsfrage, S. 64ff.; Salewski, Sicherheitspolitik, S. 121 ff.; Dülffer, Weimar, S. 139ff., S. 254ff.; Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 12ff.; Geyer, Aufrüstung, S. 130ff., S. 255ff.; Beitrag Messerschmidt, S. 658ff., S. 685ff.

biet der Innenpolitik erreicht werden. Die auf Schleichers Intervention zurückzuführende Ablehnung der Resolution der Abrüstungskonferenz vom 23. Juli und die gleichzeitige Ankündigung, Deutschland werde sich nur bei Gewährung der Gleichberechtigung an den weiteren Beratungen beteiligen, sowie die propagandistische Verwertung dieser provozierten Kontroverse in den Reden des Reichswehrministers selbst verdeutlichen ihren innenpolitischen Aspekt. Schleicher erreichte mit der Genfer 5-Mächte-Erklärung vom 11. Dezember 1932 die internationale Anerkennung der grundsätzlichen Gleichberechtigung des Reiches in Rüstungsfragen und damit eine sehr bedeutende Teilrevision des Teils V des Versailler Vertrages. Er scheiterte jedoch vollständig in seinem Bemühen, durch eine das nationale Interesse stark betonende Aussenpolitik der Reichsregierung eine tragfähige politische Basis in Parteien und Öffentlichkeit zu schaffen. Die NSDAP und vor allem deren Führer, Adolf Hitler, widerstanden nicht nur jeder Form der «Zähmungspolitik», sondern auch dem Versuch Schleichers, die Massenbewegung zu desintegrieren⁷⁶.

Dem Methodenwechsel in der Aussenpolitik lagen neben diesen innen- auch rüstungspolitische Ursachen zugrunde. Im Frühjahr 1932 war das zweite Rüstungsprogramm für die Periode vom 1. April 1933 bis zum 31. März 1938 verabschiedet worden. Mit einem Aufwand von 400 Millionen Mark, das heisst 80 Millionen Mark pro Jahr, sollte für das geplante 21-Divisionen-Feldheer die erste Ausstattung an Waffen, Gerät und Munition sowie eine notdürftige Bevorratung für den Zeitraum von sechs Wochen sichergestellt werden⁷⁷. Bei der Beratung des Programms hatte man die einzelnen Forderungen mit äusserster Rigorosität beschnitten und sich mit allen Mitteln bemüht, ein Maximum untereinander abgestimmter, auf ihre Effektivität hin überprüfter Rüstungsmassnahmen im Rahmen des Etats zu erreichen. Ein derart kalkuliertes, langfristiges Programm musste sich gegenüber Veränderungen der wirtschaftlichen Voraussetzungen, auf denen es beruhte, als besonders empfindlich erweisen.

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise stellten das Reichswehrministerium daher schon bald vor die Notwendigkeit, zur Absicherung des zweiten Rüstungsprogramms weitere finanzielle Mittel von der Reichsregierung anzufordern. Grosse Rüstungsfirmen wie Borsig (Tegel), aber auch eine ganze Reihe kleinerer, mitteldeutscher, für die Rüstungsvorhaben entscheidend wichtiger Firmen waren in existenzbedrohende wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Ebenso wie andere sogenannte Monopolfirmen, d.h. durch den Versailler Vertrag zugelassene Rüstungsfirmen, suchten sie mit Hilfe des Staates, konkret mit der Preisgestaltung für ihre Rüstungsprodukte, der Schwierigkeiten Herr zu werden. Aus der Sicht der Reichswehr konnten sie «gewissermassen die Preise diktieren»⁷⁸. Erschwerend kam hinzu, dass das Verbot des Exports von Kriegsgeschütz⁷⁹

76 Zu dem gescheiterten Versuch einer engeren Zusammenarbeit mit Gregor Strasser vgl. Vogel-sang, Reichswehr, S. 340ff.; Schildt, Militärdiktatur, S. 116ff.

77 Geyer, Rüstungsprogramm, S. 125ff., insbesondere S. 130.

78 Ebd., S. 132. Zu den zugelassenen Firmen vgl. Salewski, Entwaffnung, S. 106ff., insbesondere Anm. 58.

bei dem relativ geringen Volumen der Reichswehraufträge eine an wirtschaftlichen Gesichtspunkten orientierte Produktion bei der Mehrzahl der Firmen praktisch verhinderte. So musste das Heereswaffenamt bei der Umsetzung des zweiten Rüstungsprogramms in konkrete Beschaffungspläne feststellen, dass mehr als die Hälfte der zur Verfügung stehenden Finanzmittel für zwangsläufige Beschaffungen in Form der sogenannten «Mindestbeschaffungssätze», die eine rationelle Beschäftigung der Lieferfirmen unter den gegebenen Umständen gewährleisten sollten, verwendet werden musste. Vor allem ergab sich aus diesen Berechnungen, dass in einer bestimmten Phase des Ablaufs des Gesamtprogramms – im Jahre 1935 – die vorhandenen Haushaltsmittel für die Deckung der dann anfallenden «Mindestbeschaffungssätze» nicht ausreichen würden⁸⁰.

Angesichts dieser Situation forderte das Heereswaffenamt in einer Denkschrift umfassende Massnahmen zur Sanierung der Rüstungsindustrie. Die Vorschläge gingen weit über die von Groener Mitte April 1932 dem Reichskanzler vorgetragenen Vorstellungen über die Beteiligung der Reichswehr an dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung hinaus. Groener hatte sich darauf beschränkt, finanzielle Forderungen in Höhe von einer Milliarde Mark für einen Zeitraum von fünf Jahren zu stellen. Das Heereswaffenamt sprach sich für tiefgreifende wirtschaftspolitische Massnahmen im Interesse einer begrenzten Zahl von Rüstungsbetrieben aus, um durch gezielte Erleichterungen auf dem Gebiet des Zoll-, Steuer-, Kredit- und Tarifwesens diese Firmen «*vor dem Zusammenbruch zu bewahren*», auch wenn dadurch bisher beachtete «innen-, aussen- oder wirtschaftspolitische Rücksichten» verletzt würden⁸¹. Vor allem aber forderte das Heereswaffenamt im Interesse der Landesverteidigung eine vorzugsweise Berücksichtigung dieser Firmen bei der Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand und die Ausserkraftsetzung der bisher hierfür geltenden Vorschriften.

Die verschiedenen Äusserungen, Vorschläge und Forderungen aus dem Reichswehrministerium machen unübersehbar deutlich, dass die Rüstungspolitik der Reichswehrführung in Reaktion auf die Verschärfung der wirtschaftlichen Lage, aber auch in Wahrnehmung der durch die staatlichen Notprogramme gegebenen Chancen in Bewegung geraten war. Entschiedener als in früheren Jahren wurden Rüstungsfragen in den Mittelpunkt der Militärpolitik gerückt. Es sollte sich zeigen, dass für die Reichswehr auf diesem Gebiet die Grenzen der Kooperationspolitik erreicht waren.

Auch die Personalplanung im Rahmen des 21-Divisionen-Feldheeres nahm im Frühjahr 1932 eine entscheidende Wende⁸². Die Heeresorganisationsabteilung hatte bereits 1925 darauf aufmerksam gemacht, dass ab 1931 ausgebildete Jahrgänge nicht mehr in einer ausreichenden Masse zur Verfügung stehen würden.

79 Hansen, Reichswehr und Industrie, S. 161 ff.

80 Geyer, Rüstungsprogramm, S. 132ff.; ders., Aufrüstung, S. 291 ff.

81 Geyer, Rüstungsprogramm, S. 133, S. 152 ff.

82 Geyer, Aufrüstung, S. 293ff.; Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 60f., S. 216ff.; Carsten, Reichswehr, S. 402ff.; Dülffer, Weimar, S. 225ff.

Die Reichswehr versuchte, diesem für jeden Mobilmachungsfall gefährlichen Mangel durch eine Reihe von Aushilfsmassnahmen zu begegnen. Der Aufbau des sogenannten «Führerheeres», die Grenz- und die Landeschutzorganisation dienten diesem Zweck⁸³. Die Ausbildung ausserhalb des Reichsheeres, die sich im Rahmen des Grenz-, Landes- und Luftschutzes vollzog, beruhte auf der freiwilligen Verpflichtung der Auszubildenden, die vornehmlich den politisch rechts stehenden Wehrverbänden angehörten. Im Jahre 1931 waren in allen Teilen des Reiches nach einheitlichen Richtlinien «Kurzausbildungsversuche» unternommen worden, die zu positiven Ergebnissen geführt hatten und 1932 fortgeführt wurden⁸⁴. Die zwar durchaus koordinierten, aber aus innen- und aussenpolitischen Gründen nicht mit der erforderlichen Systematik durchzuführenden Massnahmen gewährleisteten jedoch nicht, dass im Frühjahr 1938 tatsächlich die personellen Voraussetzungen für die Aufstellung des 21-Divisionen-Feldheeres gegeben waren. Hierfür waren auch Veränderungen der Struktur und der Stärke des bestehenden Reichsheeres unerlässlich. Mehr noch als die materielle Aufrüstung berührte ein derartiges Vorhaben Kernfragen des Versailler Vertrages und damit die Aussenpolitik des Reiches. Seit Jahren wurde zwar von Politikern und kompetenten Sachkennern die Milizfrage in ihren verschiedenen Perspektiven diskutiert⁸⁵, aber das Gesamtproblem wurde angesichts seiner aussenpolitischen Bedeutung bewusst in der Schwebe gehalten. Vor dem Hintergrund der geschilderten umfassenden und zielgerichteten Rüstungsplanung war jedoch zu erwarten, dass die Reichswehrführung in dieser durchaus gleichgewichtigen Frage die Reichsregierung mit sehr konkreten Zielvorstellungen konfrontieren würde. Nur wenige Wochen nach der Billigung des zweiten Rüstungsprogramms durch den Chef der Heeresleitung lag diesem ein von der Heeresorganisationsabteilung ausgearbeiteter Organisationsvorschlag für das «Neue Friedensheer» vor, mit dem stufenweise die personellen Voraussetzungen für die Aufstellung eines 21-Divisionen-Feldheeres zum Frühjahr 1938 geschaffen werden sollten⁸⁶. Der Chef der Heeresleitung, General v. Hammerstein-Equord, machte sich den Plan zwar zu eigen, ob das Projekt zu diesem Zeitpunkt auch die Zustimmung des Reichswehrministers erhalten hat, ist fraglich, das Kabinett jedenfalls wurde damit nicht befasst. Die Ursachen für diesen offenbaren Aufschub einer Entscheidung dürften in der Hoffnung zu suchen sein, mit Hilfe der Abrüstungskonferenz doch noch zu einer internationalen Regelung der Frage gelangen zu können.

Die Konferenz war Anfang Februar 1932 mit Grundsatzserklärungen der Delegationen eröffnet worden, die eine generelle Verständigung kaum erwarten liessen⁸⁷. Doch im März und April schien sich die Möglichkeit eines deutsch-französischen Kompromisses zu eröffnen, und zwar dadurch, dass unter Aufrechterhaltung der grundsätzlichen Posi-

83 Geyer, Aufrüstung, S. 106 ff. Die Verwendungsfähigkeit der vor 1918 ausgebildeten Jahrgänge nahm rasch ab. Wohlfeil, Heer und Politik, S. 207ff.

84 Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 219ff.

85 Ebd., S. 57ff.; Geyer, Landesverteidigung, S. 68ff. und S. 132ff.

86 Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 216 ff.

87 Vgl. Anm. 75.

tionen mit Hilfe der Angelsachsen eine neue Verhandlungsbasis mit dem Begriff der Gleichbehandlung – equality of treatment – gefunden wurde. Weder die deutsche Forderung nach völliger Gleichberechtigung noch der französische Standpunkt, dass die Bindung Deutschlands an den Teil V des Versailler Vertrages erhalten bleiben müsse, wurden durch diese Formel grundsätzlich tangiert. Nach dem Stand der Verhandlungen Mitte April 1932 beinhaltete sie aber eine Modifikation der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages, die dem Grundsatz, nicht dem Umfang nach alle Elemente enthielt, die von Seiten der Reichswehr für die Aufrüstungsphase bis zum Frühjahr 1938 vorgesehen waren: Umstrukturierung des Reichsheeres durch abgestufte Dienstzeiten, Ergänzung des aktiven Heeres durch eine Miliz und die Ausrüstung mit modernen Waffen. Der Versuch des Reichskanzlers, in direkten Verhandlungen mit den Westmächten, einschliesslich der USA, Ende April 1932 eine grundsätzliche Verständigung zu erreichen, misslang; die Zuspitzung der innenpolitischen Krise in Deutschland und der Sturz Brüning vereitelten eine Weiterführung der Gespräche. Die Rolle der Reichswehrführung in diesem diplomatischen Zwischenspiel verdient Beachtung. Ihre Kooperation mit der Reichsregierung unter zumindest zeitweiser Zurückstellung eigener zentraler Forderungen macht deutlich, dass der von Groener mit Nachdruck und Kompetenz vertretene Grundsatz der Einordnung aller Militärpolitik in die Revisionspolitik der Regierung noch immer Geltung besass⁸⁸. In der gegebenen politischen und militärischen Lage wog nach dieser Auffassung die internationale Absicherung einer, wenn auch minimalen Verbesserung des Rüstungsstandes schwerer als die einseitige Proklamation rüstungspolitischer Forderungen und Zielsetzungen, die neue Risiken heraufbeschwören musste und deren Realisierung ohnehin erst in Jahren zu erreichen war.

Wenn nach dem Sturz Groeners der neue Reichswehrminister Schleicher die militärpolitischen Forderungen im Kabinett kompromisslos vertrat, diese innenpolitisch propagandistisch ausspielte und sie zum zentralen Thema der deutschen Aussenpolitik machte, so änderte sich, entgegen dem äusseren Anschein, an der militärischen Zielplanung nichts. Die im März nur auf geschobene Entscheidung über die Umstrukturierung und Erweiterung des 100'000-Mann-Heeres wurde Anfang November dem Kabinett vorgelegt und von diesem gebilligt⁸⁹. Das Programm, in dessen Rahmen vermutlich bereits zum 1. Oktober 1932 eine grössere Anzahl zusätzlicher Offizieranwärter angenommen und die Verpflichtungsdauer der eingestellten Soldaten auf drei Jahre verkürzt wurde, sah vor, dass das «Neue Friedensheer» von einer aktiven Berufsarmee und einer «Miliz» gebildet wurde. Die Berufsarmee von 100'000 Mann sollte bis zum 31. März 1938 in verschiedenen Stufen eine Stärke von 144'000 Mann erreichen. Daneben war vorgesehen, Jahr für Jahr, beginnend mit dem 1. April 1934, 85'000 Mann einzustellen,

88 Geyer, Aufrüstung, S. 270f. Zu den diplomatischen Verhandlungen vgl. Deist, Brüning, S. 265 ff.

89 Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 216.

deren aktive Dienstzeit auf eine dreimonatige Kurzausbildung und vier bis fünf kurze Reserveübungen beschränkt wurde. Auf diese Weise konnte der Personalbedarf eines 21-Divisionen-Feldheeres bis zum Frühjahr 1938 gedeckt werden, dessen Stärke sich zu diesem Zeitpunkt dann auf 570'000 Mann bezifferte.

Die Wege allerdings, die Schleicher zur Realisierung der zielorientierten Rüstungsmassnahmen einschlug, unterschieden sich nicht unwesentlich von denen, die Groener beschritten hatte. Unter dem Druck der innenpolitischen Verhältnisse und der rüstungswirtschaftlichen Gegebenheiten wuchs die Bereitschaft, sich militärpolitisch aus dem internationalen Sicherheitssystem zu lösen. Zwar hielt Schleicher an dem Prinzip der multilateralen Absicherung der deutschen Rüstungsmassnahmen fest, aber dieses Prinzip war nicht mehr ohne Alternative. Während der Lausanner Konferenz hatten Papen und Schleicher versucht, zu einer bilateralen Rüstungsvereinbarung mit Frankreich zu gelangen. Der Versuch scheiterte nicht zuletzt an dem Dilettantismus Papens. Schleicher scheint den Weg kurz nach der 5-Mächte-Erklärung zur Gleichberechtigungsfrage an der Jahreswende 1932/33 nochmals beschritten zu haben⁹⁰. Die Methoden der deutschen Militärpolitik auf internationaler Ebene begannen sich zu wandeln. Auch auf dem Gebiet der Innenpolitik verstärkten sich der Einfluss und die bestimmende Mitwirkung der Reichswehr in signifikanter Weise. Die Absetzung der geschäftsführenden sozialdemokratischen preussischen Regierung und die Einsetzung eines Reichskommissars am 20. Juli 1932 gingen zwar nicht auf eine Initiative des Reichswehrministers zurück, aber der politische Coup fand die volle Billigung und die aktive Unterstützung Schleichers⁹¹. Angesichts des nur mühsam und oberflächlich beigelegten jahrelangen Konflikts mit der preussischen Regierung über den Aufbau und die Ausgestaltung der Grenz- und Landeschutzorganisation lag eine politisch-organisatorische Verzahnung dieses für jedwede militärische Planung ausschlaggebenden Landes mit der Reichsexekutive im vordringlichen Interesse der Reichswehr.

Die Haltung Schleichers zur nationalsozialistischen Massenbewegung und ihren Führern ist Gegenstand zahlreicher, zum Teil kontroverser Interpretationen gewesen. Sie lassen sich dahin zusammenfassen, dass auch der General die politische Potenz der Bewegung und das Machtbewusstsein ihres Führers zunächst unterschätzt hatte, im Hochsommer 1932 aber den absoluten Machtanspruch Hitlers erkannte und Konsequenzen zog⁹². Er war nicht bereit, dem Druck Hitlers und seiner Partei nachzugeben. Allerdings lag ihm auch der Gedanke fern, der Krise durch eine Sammlung aller republikanischen Kräfte gegen die Extreme von rechts und von links zu begegnen – einmal ganz abgese-

90 Zu den deutsch-französischen Kontakten vgl. Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 62 ff.; Geyer, Aufrüstung, S. 298 ff.

91 Vogelsang, Reichswehr, S. 238ff.; Carsten, Reichswehr, S. 412ff. Vgl. auch Trumpp, Papen, S. 36ff., S. 128ff.

92 Vogelsang, Schleicher, S. 76ff.; Vogelsang, Reichswehr, S. 256ff.; Carsten, Reichswehr, S. 424ff.; Sauer, Mobilmachung, S. 37ff.

hen von der Frage, ob politische Kräfte sich dieserart überhaupt noch mobilisieren ließen. Die Überantwortung des Staates an den militanten Nationalismus der NSDAP lehnte Schleicher aus allgemeinpolitischen, aber auch aus militärpolitischen Gründen ab und glaubte, der Gefahr, gestützt auf das Vertrauen des Reichspräsidenten und mit Hilfe der Reichswehr sowie der anderen exekutiven Organe, Herr werden zu können. Schleicher bemühte sich, diese schmale Basis seines politischen Handelns durch die staatliche Organisation bestimmter Bevölkerungsgruppen und gesellschaftlicher Kräfte zu erweitern. Das «Reichskuratorium für Jugendertüchtigung» unter dem General a. D. Edwin v. Stülpnagel, die Berufung eines Reichskommissars für den freiwilligen Arbeitsdienst sowie die anhaltenden Versuche, die Wehrverbände im Grenzschutz militärischer Kontrolle zu unterwerfen, sind die bekanntesten Beispiele dieser in mancher Hinsicht erfolgreichen Politik⁹³.

Alle Initiativen zielten darauf ab, der Reichsregierung eine neue, vornehmlich ausserparlamentarische Basis zu geben. Für alle Schritte in dieser Richtung war der Reichskanzler und Reichswehrminister auf die Reichswehr, auf das Offizierkorps angewiesen. Das Ministeramt unter Bredow entfaltete eine fieberhafte politische Aktivität, die Vertrauensmänner Schleichers und des Reichswehrministeriums sassen an wichtigen Schaltstellen des zivilen exekutiven Apparates, und selbst die Truppe blieb nicht unberührt von den politischen Aufgaben, deren Regie Schleicher der Reichswehr übertragen hatte. Im Vergleich zu den Jahren, in denen Groener an der Spitze der Reichswehr stand, hatte sich die politische Aktivität der bewaffneten Macht nunmehr nicht nur generell um ein Vielfaches verstärkt, sondern es hatte sich auch der politische Bereich, in dem sich diese Tätigkeit entfaltete, ganz wesentlich erweitert⁹⁴. Es mag dahingestellt bleiben, ob diese Rollenexpansion des Militärs von Schleicher im Sinne eines langfristigen Programms forciert oder als Notlösung angesehen wurde. Jedenfalls entsprach die bestimmende Mitwirkung der Reichswehr bei der Gestaltung der Aussenpolitik und der Innenpolitik – hier insbesondere auf den ausgedehnten Gebieten der Propaganda, der Jugendpflege im weitesten Sinne, der Finanz- und Wirtschaftspolitik – vollständig dem aus den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges abgeleiteten Kriegsbild der Zukunft, nach dem der Staat alle Bereiche des öffentlichen und staatlichen Lebens nach militärpolitischen Gesichtspunkten zu organisieren hatte. Betrachtet man Schleichers politische Tätigkeit 1932/33 unter diesem Aspekt, so befand sich das Reich tatsächlich auf dem Wege zum Militärstaat.

Das Experiment Schleichers scheiterte im Januar 1933 an der mangelnden Verankerung seiner Politik in den politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen. Mit den Mitteln der Reichswehr war diese Schwäche nicht auszugleichen, vor allem da Schleicher wegen der engen Verzahnung von politischen und militärischen Belangen aufzunehmende

93 Zum «Reichskuratorium» vgl. Vogelsang, Reichswehr, S. 285ff.; Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 239ff.; Geyer, Aufrüstung, S. 295f.

94 Geyer, Aufrüstung, S. 284f., S. 303f., S. 307ff.; Carsten, Reichswehr, S. 441 f.

Kritik im Offizierkorps selbst stiess. Diese richtete sich nicht gegen den Kern des militärpolitischen Programms in seinen innen- und aussenpolitischen Aspekten, sondern gegen die von Schleicher angewandten Methoden bei der Realisierung des Programms⁹⁵, d.h. vor allem gegen die immer häufigere Inanspruchnahme der Reichswehr für politische Aufgaben. Daher empfand die militärische Führung die Entbindung von der politischen Gesamtverantwortung durch die Berufung Hitlers zum Reichskanzler und die Übernahme des Reichswehrministeriums durch Blomberg gewissermassen als die Rückkehr zu einem erwünschten «Normalzustand»⁹⁶.

Die Berufung des Generals v. Blomberg zum Reichswehrminister am 30. Januar 1933 fand unter ungewöhnlichen Umständen statt. Seine Vereidigung vor der des Gesamtkabinetts veranschaulicht die Bedeutung, die man in der Umgebung des Reichspräsidenten und Papens der bewaffneten Macht als stabilisierendem Faktor für die «nationale Regierung» beimass. Auch für Hitler, der ursprünglich den Ministersessel aus leicht erklärlichen Gründen für einen seiner Parteigenossen beansprucht hatte, war die Lösung Blomberg durchaus akzeptabel, da zu ihm und seinem Chef des Stabes, Oberst v. Reichenau, bereits zufriedenstellende Kontakte bestanden. Der Zusammenarbeit zwischen Hitler und Blomberg lag eine Vereinbarung zugrunde, die für die gesamte künftige aussen- und innenpolitische Entwicklung konstitutiv geworden ist. Der Bruch mit den «Methoden» Schleichers bestand in dem von Blomberg in der Kabinettsitzung vom 30. Januar bekräftigten Verzicht auf die bisher von der Reichswehr beanspruchte und ausgeübte innenpolitische Ordnungsfunktion⁹⁷. Gegenüber einem Kabinett der «nationalen Konzentration» entsprach dieser Verzicht durchaus dem politischen Selbstverständnis der Reichswehr. Für Hitler bildete die Zusage Blombergs die Voraussetzung für die geplante radikale Umgestaltung der innerstaatlichen politischen Verhältnisse. Im Gegenzug anerkannte Hitler die Reichswehr in ihrer gegebenen Struktur als die «wichtigste Einrichtung des Staates»⁹⁸ und distanzierte sich damit von Überlegungen in seiner Umgebung, die darauf abzielten, auch die bewaffnete Macht mit Hilfe der SA zu einem nationalsozialistischen Herrschaftsinstrument zu formen. Vor allem aber bekannte er sich vor der Reichswehrführung zur Voraussetzung seiner politischen Programmatik, zu einer umfassenden Aufrüstung, und erreichte damit eine Übereinstimmung in der militärpolitischen Zielsetzung, die nicht zuletzt zum Garanten der Stabilität des Regimes in den folgenden Jahren wurde. Für die Reichswehr brachte das «Bündnis» vor allem die innenpolitische Absicherung der in ihren Zielen unveränderten Militär- und

95 Geyer, Aufrüstung, S. 307ff.

96 Carsten, Reichswehr, S. 443ff.; Vogelsang, Reichswehr, S. 397ff.

97 Vgl. Wollstein, Revisionismus, S. 23ff.; Carsten, Reichswehr, S. 447 f.; Vogelsang, Reichswehr, S. 397ff.; Regierung Hitler, Teil I, Bd. 1, Nr. 1, S. 3; Bennett, German Rearmament, S. 320 f.

98 Vogelsang, Dokumente, S. 434f. (Aufzeichnungen Liebmanns vom 3. 2.1933).

Rüstungspolitik. Das «Bündnis» Hitler-Blomberg beruhte demnach auf einer Koordination der Primärinteressen beider Seiten und schöpfte daraus seine Festigkeit und Dauerhaftigkeit.

Die Zusage Hitlers, die Aufrüstung in jeder Weise fördern zu wollen, hiess für die militärische Führung konkret, dass nunmehr das zweite Rüstungsprogramm finanziell abgesichert war, ja durch zusätzliche Mittel beschleunigt abgewickelt werden konnte». Blomberg, der bisher innerhalb der deutschen Delegation bei der Genfer Abrüstungskonferenz die Interessen der Reichswehr vertreten hatte, war sich bewusst, dass dies nur die eine Seite der Medaille war. Solange auf internationaler Ebene die Bindung an den Versailler Vertrag weiter bestand, blieb die deutsche Aufrüstung in stärkstem Masse ein aussenpolitisches Problem. Groener und Schleicher hatten diesem Sachverhalt, der durch die geographische Lage des Reiches in der Mitte Europas noch zusätzlich kompliziert wurde, in ihrer militärpolitischen Konzeption der Landesverteidigung Rechnung getragen. Die Frage war, ob in der Einschätzung dieser aussenpolitischen Rahmenbedingungen mit dem Regierungswechsel neue Akzente gesetzt werden würden.

Knapp drei Wochen nach der Übernahme der Geschäfte durch das Kabinett Hitler zeigte sich in der Reaktion auf einen französischen Vorschlag, der in Genf der Abrüstungskonferenz unterbreitet worden war, welche Vorstellungen innerhalb der deutschen Regierung über die Notwendigkeit einer aussenpolitischen Absicherung der deutschen Aufrüstung bestanden¹⁰⁰. Der französische Luftfahrtminister Cot hatte am 17. Februar in Genf einen Plan vorgelegt, nach dem durch eine Vereinheitlichung der Struktur der europäischen Armeen die Lösung des seit Jahren umstrittenen Sicherheitsproblems ermöglicht werden sollte. Bemerkenswert an der französischen Initiative war vor allem, dass zu einer Reihe wichtiger Fragen keine konkreten Vorschläge gemacht wurden; damit schien Raum für Verhandlungen gegeben zu sein – ein Faktum, das den deutschen Chefdelegierten in Genf, Botschafter Nadolny, dazu bewegte, von einem Wendepunkt zu sprechen, an dem die Konferenz angelangt sei.

Noch vor einer Stellungnahme des Auswärtigen Amtes lag eine Äusserung Blombergs vor, die den neuen Kurs der Rüstungspolitik sehr deutlich zum Ausdruck brachte. In einer Weisung an die deutsche Delegation¹⁰¹ formulierte er eine Reihe von «Vorfragen», deren befriedigende Beantwortung vor einer Erörterung des Gedankens der Heeresstandardisierung gefordert werden müsse. In den «Vorfragen» wurden alle bisher strittigen Abrüstungsprobleme betont in den Vordergrund gerückt, so dass aus der Weisung eindeutig die Absicht des Reichswehrministers sprach, eine Fremdbestimmung der deutschen Aufrüstung, in welcher Form auch immer, in jedem Falle zu vermeiden. Aussenminister v. Neurath, der die aussenpolitischen Zielsetzungen Frankreichs und Deutsch-

99 Geyer, Rüstungsprogramm, S. 134 f., S. 156ff.

100 Der beste Überblick über diese Episode bei Wollstein, Revisionismus, S. 45 ff., vgl. im Übrigen Beitrag Messerschmidt, S. 685ff., sowie nunmehr Bennett, German Rearmament, S. 307ff. und S. 449 ff.

101 ADAP, C, Bd. 1,1, Nr. 26, S. 55 f.

lands für unvereinbar hielt, schloss sich der Ansicht Blombergs an. Ein Scheitern der Konferenz und eine Verschärfung der Isolierung Deutschlands schien beide Minister nicht zu schrecken. Symptomatisch ist an diesem Vorgang überdies, dass die politische Entscheidung auf Ministerebene getroffen wurde, ohne dass der Reichskanzler konsultiert worden war. Als Mitte März 1933 ein Mitglied der deutschen Delegation in Anwesenheit von Neurath und Blomberg vor Hitler über den Konferenzverlauf berichtete, stellte sich heraus, dass der Reichskanzler die in dem französischen Vorschlag liegenden Chancen für die deutsche Politik zu nutzen gedachte und einem «positiven Abschluss» der Konferenz den Vorzug vor «vertragsloser Aufrüstung» gab¹⁰². Die Direktive des Reichskanzlers hinderte die beiden Minister allerdings nicht, gegenüber der Genfer Delegation auf der strikten Anwendung *ihrer* politischen Richtlinien zu bestehen¹⁰³.

Dieser eigenartige, für die Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft aufschlussreiche Vorgang ist Ausdruck der durch das «Bündnis» mit Hitler überaus starken Stellung des Reichswehrministers. Auch der Reichskanzler war überzeugt, dass die von ihm mit Nachdruck unterstützte Aufrüstung mit einer wie auch immer gearteten Rüstungskonvention auf die Dauer nicht zu vereinbaren sei, aber in der ersten Phase der «Wiederwehrhaftmachung» des Volkes waren die Risiken einer aussenpolitischen Isolierung oder von Sanktionen, selbst wenn sie nur politischer oder wirtschaftlicher Natur waren, nach Möglichkeit durch eine geschickte politische Taktik zu vermeiden. Daher setzte er sich Mitte Mai über die Voten seines Aussen- und seines Wehrministers, die sich kaum verhüllt für den Auszug Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz ausgesprochen hatten, hinweg und wählte nicht den Weg der direkten Konfrontation, sondern eine Politik der Täuschung, die mit der sogenannten Friedensrede vom 17. Mai vor dem Reichstag ihren ersten Höhepunkt erreichte¹⁰⁴. Diese Linie wurde bis Anfang Oktober beibehalten¹⁰⁵. Dann verdichteten sich allerdings die Indizien dafür, dass der britische Vermittlungsvorschlag, der Mitte Oktober der Abrüstungskonferenz vorgelegt werden sollte, während der ersten Phase der zur Debatte stehenden Konvention für Deutschland keinerlei Verbesserung des Rüstungsstandes, dagegen die Einrichtung eines Kontrollsystems bringen werde. Von diesem Zeitpunkt an war nunmehr auch Hitler zum offenen Bruch mit den internationalen Institutionen entschlossen¹⁰⁶, obwohl er noch wenige Tage zuvor gegenüber Neurath erklärt hatte, «dass es auf alle Fälle wünschenswert sei, eine Abrüstungskonvention zustande zu bringen, selbst wenn dabei nicht alle unsere Wünsche erfüllt würden». Es sei falsch, «mehr zu verlangen, als wir aus technischen,

102 ADAP, C, Bd. 1,1, Nr. 94, S. 173 f. Zu Hitlers Einstellung vgl. auch Carr, Rüstung, S. 437f.

103 ADAP, C, Bd. 1,1, Nr. 106, S. 190.

104 Vgl. Beitrag Messerschmidt; Wollstein, Revisionismus, S. 96 ff.

105 Zur deutschen Haltung gegenüber dem MacDonald-Plan und dem Viermächtepakt vgl. insbesondere Wollstein, Revisionismus, S. 64ff., S. 147 ff. und S. 181 ff. sowie Beitrag Messerschmidt, S. 689 ff.

106 Wollstein, Revisionismus, S. 190 ff.

finanziellen und politischen Gründen in den nächsten Jahren tatsächlich anschaffen» könnten¹⁰⁷. Mit der Erklärung der Reichsregierung vom 14. Oktober 1933 und dem Austritt aus Völkerbund und Abrüstungskonferenz vollzog sich auch für die Militär- und Rüstungspolitik der endgültige Bruch mit dem kollektiven Sicherheitssystem, das bisher ein konstitutiver Faktor der revisionistischen deutschen Politik gewesen war.

Versucht man von diesem Punkte des politischen Geschehens aus die Entwicklung auf dem Gebiet der Landesverteidigung und der ihr zugrundeliegenden Prinzipien von Groener zu Blomberg zu resümieren, so ist der Wandel der Bestimmungsfaktoren wohl das eigentliche Charakteristikum. Groener definierte den Begriff der Landesverteidigung nach politischen Kategorien und sah ihn durch politische Faktoren bestimmt, wobei das militärische Potential als ein wichtiges, aber integriertes Instrument der allgemeinen Revisionspolitik verstanden wurde. Diese Auffassung fand ihren militärisch prägnanten Ausdruck in der Weisung über die «Aufgaben der Wehrmacht» vom April 1930. Groeners Militär- und Rüstungspolitik blieb demnach eingeordnet in das seit 1919 entstandene multilaterale Sicherheitssystem. Diese Bindung lockerte sich unter Schleicher bei unveränderter militärischer Zielsetzung unter dem Druck der innenpolitischen Verhältnisse, aber auch angesichts der rüstungswirtschaftlichen Entwicklung in erheblichem Masse. Schleicher unternahm als erster den Versuch, die Revision der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages auf dem Wege bilateraler Verhandlungen zu erreichen. Für Blomberg schliesslich schienen die bisher akzeptierten aussenpolitischen Bedingungen jeder deutschen Militär- und Rüstungspolitik nicht mehr zu gelten. Er hatte sich bereits als Chef des Truppenamtes gegen die militärischen Konsequenzen der von Groener vertretenen Militärpolitik aufgelehnt und zu erkennen gegeben, dass Landesverteidigung sich für ihn allein auf die militärische Komponente reduzierte. Nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges war dies eine erstaunliche und folgenreiche Verengung des militärischen Blickfeldes, die als eine Voraussetzung für das «Bündnis» Hitler-Blomberg und die jahrelange, im Wesentlichen reibungslose Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und nationalsozialistischem Regime angesehen werden kann¹⁰⁸. In der Situation des Jahres 1933 galt noch immer der Satz Groeners aus der Weisung vom April 1930, dass jeder Gedanke an einen «grossen Krieg» aufgrund der völlig unbefriedigenden Rüstungslage von vornherein aus den Überlegungen der Reichswehrführung auszuschalten sei. Es ist symptomatisch für die neue Linie der Militärpolitik, dass Blomberg trotz des gegebenen und in der Phase der beginnenden Aufrüstung noch verstärkten militärischen Schwächezustandes der Reichswehr zu den ausgesprochenen Befürwortern einer einseitigen, aussenpolitisch nicht abgesicherten deutschen Aufrüstung gehörte. Der «österreichische Gefreite» schätzte die aussenpolitische Situation des Reiches dagegen sehr viel realistischer ein. Blombergs Haltung in dieser Frage ist

107 Ebd., S. 187; Zitat ADAP, C. Bd. 1.2, Nr. 475, S. 868.

108 Zu Blombergs Konzeption vgl. Geyer, Aufrüstung, S. 207 ff. und S. 312 ff.

sicherlich zum einen der Ausdruck eines ideologisierten Professionalismus, zum anderen spiegelt sich in ihr die Überzeugung wider, dass die «Wiederwehrhaftmachung» der Nation im Zeichen des Nationalsozialismus grosse Fortschritte gemacht habe und der Rückhalt der bewaffneten Macht in der Bevölkerung sehr viel stärker geworden sei. Nicht ganz ausser Acht gelassen werden darf, dass in der konkreten Situation des Oktobers 1933 auch von dem beschleunigten zweiten Rüstungsprogramm und den damit gegebenen rüstungspolitischen Fakten ein gewisser Zwang zum Handeln ausgegangen sein mag. Im Ergebnis waren mit dem von Blomberg befürworteten und vorbereiteten Austritt Deutschlands aus Abrüstungskonferenz und Völkerbund die Grundlinien der Groenerschen Landesverteidigungspolitik endgültig verlassen worden, deren Kennzeichen die Einbeziehung politischer Faktoren und die Einbettung in ein kollektives Sicherheitssystem gewesen war. Das Abenteuer einer hemmungslosen Aufrüstung begann.

II. Die Aufrüstung der Wehrmachtteile 1933-1939

1. Der Stand der Rüstungsmassnahmen im Frühjahr 1933

Die Neuorientierung der polnischen Aussenpolitik unter Marschall Piłsudski offenbarte auf deutscher Seite sogleich die existenzbedrohenden Risiken der von Blomberg favorisierten, allein auf militärischer Stärke beruhenden Politik. Piłsudskis seit Beginn der dreissiger Jahre erkennbare Abkehr von dem in Versailles begründeten Sicherheitssystem und sein Versuch, durch eine kalkulierte Kombination von Pressionen einerseits und Signalen der Verhandlungsbereitschaft andererseits eine Verständigung mit dem westlichen Nachbarn zu erreichen, kulminierte im März 1933 in der zeitweisen militärischen Besetzung der «Westerplatte»¹. Diese militärische Demonstration dürfte der Anlass für die Weisung Blombergs an den Chef der Heeresleitung und an den Chef des Truppenamtes gewesen sein, die militärische Lage des Reiches zwischen seinen östlichen und westlichen Nachbarn und die militärischen Möglichkeiten im Konfliktfalle darzulegen. Die Äusserungen von Hammerstein und Adam erhielten dadurch ihr besonderes Gewicht, dass ihre Lagebeurteilung gleichzeitig eine Überprüfung der militärischen Grundlagen der Blombergschen Politik darstellen musste. Die Denkschrift des Chefs des Truppenamtes kennzeichnete die militärische Lage mit dürren Worten als hoffnungslos².

Für das 21-Divisionen-Feldheer fehlte es an ausgebildeten Reserven, an Offizieren, an Kriegsgerät in ausreichendem Umfange und an modernen Waffen. Vor allem aber reichte die verfügbare Munition nach Adams Urteil nur für eine 14tägige Kriegführung. Unter diesen Umständen hielt er es zwar für denkbar, polnische Vorstösse auf Berlin abzuwehren, aber die Widerstandsfähigkeit war zeitlich befristet. Bei einem Eingreifen der Tschechoslowakei oder gar Frankreichs musste dem Gegner die Initiative völlig überlassen werden. In einem solchen Falle blieb der Reichswehr – nach Adams Formulierung – nur die Möglichkeit, dem Gegner «da und dort *Nadelstiche* zu versetzen». Der Chef des Truppenamtes zog daraus die Folgerung, dass alles getan werden müsse, um kriegerische Auseinandersetzungen «zu vermeiden, selbst um den Preis diplomatischer Niederlagen». Er war sich dabei der besonderen aussenpolitischen Risiken einer behutsamen, aber systematisch betriebenen Aufrüstung unter ständiger Verletzung des nach wie vor geltenden Versailler Vertrages bewusst. Aber eben aus diesem Grunde

1 Wollstein, Revisionismus, S. 125 ff.

2 StA Nürnberg, X VDB (d) Krupp Nr. 26, S. 25-32. Eidesstattliche Erklärung Adams vom 5.3.1948. Die Denkschrift Hammersteins ist nicht erhalten.

warnte er nachdrücklich vor «Fanfaren, die den Feind unnötig reizen und das eigene Volk trunken machen» könnten. Betrachtet man die Stellungnahme Adams unter politischer Perspektive, so beinhaltet sie eine frühe und scharfe Kritik an der vom Reichswehrminister gegenüber der Abrüstungskonferenz im Jahre 1933 verfolgten politischen Linie. Diese Kritik umschreibt gleichzeitig auch sehr deutlich die Rüstungssituation, in der sich die Reichswehr vor Beginn der mit ausserordentlichen Mitteln herbeigeführten Aufrüstung befand.

Der Chef des Truppenamtes hatte seine düstere militärische Lagebeurteilung zu einem Zeitpunkt abgefasst, in dem die bescheidene, aber programmierte Aufrüstung der Reichswehr unabhängig vom politischen Tagesgeschehen in eine neue Phase eintrat. Auf personellem Gebiet war mit dem Plan für den «Umbau des Friedensheeres» vom November 1932 ein neues Ziel gesetzt worden³. Mit der Verstärkung des aktiven Rahmenheeres und der Ausbildung von milizähnlichen «Ergänzungsmannschaften» sollten die Voraussetzungen für die Aufstellung eines Kriegsheeres von 21 Divisionen ab Frühjahr 1938 geschaffen und der als besonders gravierend empfundene Mangel an ausgebildeten Reserven beseitigt werden, der auch durch das Potential der deutschen Wehrverbände nicht ausgeglichen werden konnte. Selbst in der internen Denkschrift für den Reichswehrminister formulierte Adam: «Man darf nicht glauben, dass das Ausbilden in den Wehrverbänden, die die Masse unserer Kriegsfreiwilligen liefern, viel mehr ist wie eine Soldatenspielerei.» Dieser Grundtendenz entsprechend wurde in dem «Umbauplan» vom November 1932 der grösste Wert auf die Feststellung gelegt, dass die Ausbildung der Ergänzungsmannschaften «im Rahmen des Berufsheeres» stattzufinden habe, «*in der Truppe* und nicht *neben der Truppe*»⁴.

Aus der Denkschrift Adams geht auch hervor, dass die jahrelangen Bemühungen der Reichswehrführung um die Organisation des Grenzschutzes, vor allem im Osten des Reiches, zu keinem militärisch befriedigenden Ergebnis geführt hatten. Adam bezeichnete die bestehenden Grenzschutzverbände als «verschiedene Haufen mehr oder weniger williger ortsgebundener Kämpfer». Im Gegensatz zur Ausbildung der Ergänzungsmannschaften sollte diejenige der Grenzschutzeinheiten zwar ausserhalb der Reichswehr, aber durch neu aufzustellende Grenzschutz-Ausbildungs-Bataillone erfolgen. Für den Bereich des Grenzschutzes Ost war vorgesehen, dass jährlich mindestens 80'000 Mann eine 14tägige Ausbildung erhalten sollten⁵. Der westliche Grenzraum des Reiches blieb dagegen nach wie vor von derartigen Massnahmen und Plänen unberührt, da das Risiko französischer Sanktionen gegenüber Verletzungen der Bestimmungen über die demilitarisierte Zone allen Beteiligten als zu gross erschien. Die Zone wurde auch nicht in den mit dem Umbauplan vom November 1932 beschleunigten Aufbau einer

3 Vgl. hierzu Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 216ff.; ders., Dokumente, S. 103ff.; sowie die Akte BA-MA RH 15/v. 287.

4 Vgl. auch Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 60 ff.

5 Ebd., S. 220ff.

Wehrersatzorganisation einbezogen⁶. Im März 1933, zum Zeitpunkt, als der Chef des Truppenamtes seine militärische Lagebeurteilung abfasste, war noch nicht eine der vielen Massnahmen des Umbauplanes vom November 1932 realisiert worden. Personell hatte die Reichswehr zu diesem Zeitpunkt die ihr vom Versailler Vertrag vorgeschriebenen Stärken im Ganzen nur geringfügig überschritten.

Auf dem Gebiet der materiellen Rüstung dagegen ergab sich ein etwas günstigeres Bild. Wenn Adam auch zu Recht feststellte, dass weder genügend Munition noch moderne Waffen, insbesondere Panzer und Flugzeuge, zur Verfügung standen, so waren doch durch das im Frühjahr 1933 auslaufende erste Rüstungsprogramm und die abgeschlossenen technischen, organisatorischen und finanziellen Vorarbeiten für das zweite Rüstungsprogramm nicht nur solide Grundlagen für eine jederzeit durch zusätzliche finanzielle Mittel zu beschleunigende Aufrüstung geschaffen, sondern auch erste greifbare Ergebnisse zu verzeichnen⁷. Wichtig war vor allen Dingen, dass detaillierte und geprüfte Planungen für Sondergebiete wie für den Gesamtbereich der materiellen Rüstung vorlagen. Allein die Verfügbarkeit finanzieller Mittel entschied zum Beispiel darüber, ob die Realisierung des ausgearbeiteten zweiten Motorisierungs-Programms sofort mit Beginn der zweiten Rüstungsperiode 1933/38 in Angriff genommen werden konnte oder nicht⁸. Diese Form der systematischen, innerhalb des Heeres koordinierten Planung, die mit grosser Intensität seit 1926/27 vorangetrieben worden war, bildete eine der Vorbedingungen für den raschen, erstaunlich komplikationslosen Prozess der Aufrüstung in den Jahren 1933 bis 1936.

Auf dem Gebiet der Luftrüstung hatte das uneingeschränkte Verbot des Versailler Vertrages der Reichswehrführung enge Grenzen gezogen. Die Umgehung des Verbotes durch die Verlagerung von Produktionsstätten in das Ausland, durch eine enge Zusammenarbeit mit der zivilen Luftfahrt, insbesondere mit der Lufthansa, und schliesslich die Ausbildung von Reichswehroffizieren zu Flugzeugführern und Beobachtern im befreundeten Ausland hatten zur Folge, dass die Reichswehrführung trotz aller Einschränkungen doch über den modernsten Stand der technischen Entwicklung informiert war und über Erprobungswerte jeder Art verfügen konnte⁹. Die Umsetzung dieser Erkenntnisse in konkrete Rüstungsplanungen erfolgte zum ersten Mal im Rahmen der Vorbereitungen zum zweiten Rüstungsprogramm. Die Weisung vom 28. Juli 1932 sah für 1933/34 ausschliesslich die Aufstellung von Ausbildungsverbänden vor¹⁰. Diese waren im Zusammenwirken mit der zivilen Luftfahrt noch einigermassen zu tarnen, nicht aber

6 Ebd., S. 235ff.

7 Geyer, Rüstungsprogramme, S. 134 ff.

8 Barthel, Heeresmotorisierung, S. 183 ff.

9 Zur Luftrüstung vor dem Januar 1933 vgl. Völker, Entwicklung, S. 123 ff.; Homze, Arming, S. 1 ff.; Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 317ff.; Petersen, Hitler-Mussolini, S. 271 (Ausbildung von deutschen Piloten in Italien).

10 Rautenberg, Rüstungspolitik, Anhang, S. 88.

die 22 Staffeln mit ca. 200 Flugzeugen, die nach dieser Weisung im Jahre 1937 der Führung zur Verfügung stehen sollten. Diese Einzelheit macht noch einmal deutlich, dass zugleich mit dem zweiten Rüstungsprogramm und mit dem Umbauplan die grundsätzliche Revision der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages gewissermassen «eingeplänt» war. Im Frühjahr 1933 war die Zahl der einsatzfähigen Flugzeuge jedoch noch ausserordentlich gering, so dass Adam in seiner Denkschrift lakonisch vermerken konnte: «Fliegerwaffe in den ersten Anfängen.»

Immerhin erwähnte der Chef des Truppenamtes diese neue Waffe in seiner Denkschrift und unterstrich damit ihre Bedeutung für die Kriegführung. Das unterschied den neuen Wehrmachtteil von der Marine, die zwar mehr als ein Viertel des gesamten Reichswehr-etats für sich beanspruchte¹¹, von Adam aber nicht einmal im Zusammenhang mit der Verteidigung bzw. Aufgabe Ostpreussens bei einem polnischen Angriff erwähnt wurde. Dieser Sachverhalt ist ein weiteres Indiz für die bereits konstatierte mangelnde Koordination der operativen Planungen, aber auch der Rüstungsprogramme von Heer und Marine.

Der Rüstungsstand der Marine unterschied sich insofern grundsätzlich von dem des Heeres, als die 13'900 Unteroffiziere und Mannschaften sowie die 1'100 Offiziere¹² noch nicht einmal über das dem Reich im Versailler Vertrag zugestandene Schiffsmaterial verfügten. Das gesetzte Limit war zwar bei den leichten Seestreitkräften – Kreuzern und Torpedobooten – nahezu erreicht, aber mit dem Ersatz der veralteten Linienschiffe der Tirpitz-Ära durch die modernen Panzerschiffe der «Deutschland-Klasse» war gerade erst begonnen worden¹³. Nach dem Versailler Vertrag konnten sechs dieser 10'000-t-Schiffe in Dienst gehalten werden, davon waren erst drei in Auftrag gegeben und noch keines fertiggestellt worden¹⁴. Aus dieser Situation lässt sich zu einem Teil das nahezu ausschliessliche Interesse erklären, das die Marineleitung in den Jahren seit 1928 für den Bau schwerer Einheiten und die damit verbundenen Probleme zeigte. Gegenläufige Tendenzen kamen in dem am 15. November 1932 vom Reichswehrminister genehmigten Umbauplan der Marine zum Ausdruck. In Übereinstimmung mit den Phasen des Umbauplanes des Heeres sollten danach bis zum Frühjahr 1938 die durch den Versailler Vertrag begrenzten Möglichkeiten voll ausgeschöpft, darüber hinaus aber ein Flugzeugträger und eine erste Serie von U-Booten in Dienst gestellt werden sowie die Aufstellung von Marinefliegerverbänden erfolgen. Diese Zielplanung stiess innerhalb der Marine auf Kritik, da «die nach jahrelanger Knebelung gegebene Gelegenheit, dringende Forderungen... zu erfüllen, nicht weitergehend» ausgenutzt worden war¹⁵. Doch sorgte der Umbauplan für eine Erhöhung der Mannschaftenstärke und eine Vermehrung der Offizierstellen, ohne die auch weit ausgreifende Konzeptionen nicht denkbar waren.

11 Überblick über die Entwicklung des Reichswehrhaushaltes, ebd., S. 81 f.

12 Vgl. Dülffer, Weimar, S. 232.

13 Vgl. Giese, Marine, S. 21 ff.

14 Vgl. die Aufstellung der Baudaten der Schiffe von J. Rohwer bei Dülffer, Weimar, S. 570ff.

15 Ebd., S. 231 ff.

Der besondere Nachdruck, der in dem Umbauplan auf die Entwicklung der U-Boot-Waffe und auf den Aufbau von Marinefliegerverbänden gelegt wurde, war geeignet, dem übermächtigen Einfluss seestrategischer Traditionen der Tirpitz-Ära innerhalb der Marine entgegenzuwirken.

Der Überblick zeigt, dass im Frühjahr 1933 die politisch und militärisch begründete Absicht, die Reichswehr über das in Versailles gesetzte Mass hinaus zu verstärken, sich in Heer und Marine in unterschiedlicher Intensität zu umfassenden und systematisch angelegten Programmen verdichtet und bereits erste bescheidene Ergebnisse gezeitigt hatte¹⁶. Die Programmierung der Rüstung begann ihre eigene Dynamik zu entfalten; vor allem aber war durch die Langfristigkeit und Differenziertheit der Programme eine Form gefunden worden, die so flexibel war, dass bei verstärktem finanziellem Einsatz die gesetzten Rüstungsziele in sehr viel kürzerer Frist erreicht werden konnten.

2. Die Aufrüstung des Heeres

a) Das Dezember-Programm 1933

Die Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Nationalsozialisten im Frühjahr 1933 schuf neue, ausserordentlich günstige Voraussetzungen für die Verwirklichung der Rüstungsplanung der Reichswehr. Die hervorgehobene Stellung des Reichswehrministers im Kabinett Hitler, das «Bündnis» Hitler-Blomberg¹⁷ und der Nachdruck, mit dem sich der neue Reichskanzler um die Loyalität der Reichswehr bemühte, waren in der kurzen Geschichte der Republik ohne Beispiel.

Hitlers Ansprache vor den Repräsentanten der Reichswehr am 3. Februar 1933 im Hause des Chefs der Heeresleitung mag demonstrativen Charakter getragen haben, doch machte sie den Wandel der Grundbedingungen deutlich, unter denen künftig Fragen der bewaffneten Macht und der Rüstungspolitik behandelt werden sollten. Gleich zu Beginn verkündete Hitler, dass die «Wiedergewinnung der politischen] Macht» das alleinige Ziel seiner Politik sein werde. Voraussetzung hierfür sei, neben einer völligen «Umkeh-

16 Die Untersuchungen von Bennett und Geyer haben die Disproportionalität zwischen dem militärischen Ergebnis und den aussen- und innenpolitischen Wirkungen und konkreten Konsequenzen der Rüstungspolitik der Reichswehr, insbesondere in den Jahren 1931 und 1932, mit überzeugenden Argumenten hervorgehoben; vgl. Bennett, *German Rearmament*, insbesondere S. 301ff. und S. 506ff.; Geyer, *Professionals*, S. 77-133; ders., *Dynamics*, S. 100-151.

17 Vgl. Sauer, *Mobilmachung*, S. 41 ff.; Wollstein, *Revisionismus*, S. 23ff.; Müller, *Armee*, S. 31, verwendet den Terminus «Entente», der jedoch ein Mass an souveräner Selbständigkeit der Partner impliziert, das zumindest auf Seiten der Reichswehr im Januar 1933 auch im Blick auf die mit der Rüstungsplanung verfolgten Ziele nicht gegeben war. Vgl. auch die Ausführungen von Hüttenberger, *Polykratie*, S. 423, der die Beziehungen zwischen den Herrschaftsträgern als einen in der Zeit sich wandelnden «Pakt» bezeichnet. Hüttenbergers überzeugender Ansatz liesse sich an dem Verhältnis der Wehrmacht bzw. der Wehrmachtteile zu den konkurrierenden Herrschaftsträgern vielfach exemplifizieren.

rung» der bestehenden innenpolitischen Zustände im Sinne «straffste [r] autoritäre [r] Staatsführung» und Initiativen auf wirtschaftspolitischem Gebiet, in erster Linie die «Stärkung des Wehrwillens mit allen Mitteln»¹⁸. In mehreren Anläufen erläuterte Hitler den Generalen sein Programm der «Wiederwehrhaftmachung» und versprach damit die Überwindung von politisch motivierten Widerständen gegen die militärische Organisation der Landesverteidigung, denen die Reichswehr bisher recht hilflos gegenübergestanden hatte. Mit dem Programm der «Wiederwehrhaftmachung» war die feste Basis der Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und der durch Hitler repräsentierten nationalsozialistischen Bewegung gegeben, so dass Blomberg davon sprechen konnte¹⁹, dass das Kabinett der «Ausdruck breiten nationalen Wollens u[nd die] Verwirklichung dessen [sei], was Viele der Besten seit Jahren angestrebt» hätten. Es schien sich nun zum ersten Male in grösserem Masse die Möglichkeit zu eröffnen, der beherrschenden Erfahrung des Weltkrieges Rechnung zu tragen, die als Voraussetzung jeder gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Industriestaaten die Organisation der Nation und ihrer personellen und materiellen Ressourcen für den Krieg forderte. Hitlers Ansicht, dass ein Erfolg in Genf bei den Abrüstungsverhandlungen «zwecklos» sei, «wenn [das] Volk nicht auf Wehrwillen eingestellt» sei, brachte diese Problematik auf eine kurze einprägsame Formel.

Mit der Ankündigung konkreter Rüstungsmassnahmen hielt sich der Reichskanzler dagegen merklich zurück. Allein die Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht bezeichnete er als ein selbstverständliches Ziel, ohne allerdings damit zeitliche Vorstellungen zu verbinden. Auch Blomberg warnte die Befehlshaber vor «übersteigerten Hoffnungen u[nd] Erwartungen». Das «Mass dessen, was wir zunächst aufbauen wollen u[nd] können», sei bescheiden. Diese Zurückhaltung des Kanzlers und des Reichswehrministers wird verständlich angesichts der ungeklärten aussen- und innenpolitischen Situation Anfang Februar 1933. Für die Reichswehrgeneralität entscheidend war der ihr von beiden Persönlichkeiten vermittelte Eindruck, dass die Verankerung der Reichswehr in der Bevölkerung wesentlich verstärkt und die Umwandlung des Berufsheeres in ein Heer der Allgemeinen Wehrpflicht in die Wege geleitet werden sollte. Das Diktum des neuernannten Chefs des Ministeramtes, des Obersten v. Reichenau, von Anfang Februar 1933, dass nämlich die Wehrmacht «niemals... identischer mit dem Staat» gewesen sei, eilte der Entwicklung mit Sicherheit weit voraus, bezeichnete aber exakt das Ziel, das man zu erreichen suchte und für das man, wie sich zeigen sollte, einen hohen Preis, nämlich die totale Instrumentalisierung im Zuge der «Gleichschaltung», zu zahlen bereit war²⁰.

18 Vogelsang, Dokumente, S. 434ff.; vgl. auch Dülffer, Weimar, S. 237ff., sowie Irving, Hitlers Weg, S. 80ff. Vgl. auch Beitrag Wette, S. 133,143 f.; Beitrag Volkmann, S. 248 f.; Beitrag Messerschmidt, S. 645 f., 663 f.

19 In der Befehlshaberbesprechung am 3. 2.1933, vgl. Vogelsang, Dokumente, S. 432.

20 Vgl. hierzu Sauer, Mobilmachung, S. 49ff., insbesondere S. 53.

Für die konkreten Rüstungsmassnahmen des Jahres 1933 waren der Umbauplan vom November 1932 und das zweite Rüstungsprogramm massgebend. In den ersten Tagen des Februar zeichnete sich bereits durch die Freigabe zusätzlicher finanzieller Mittel eine wesentliche Beschleunigung der Durchführung des Rüstungsprogramms ab²¹. Ähnliche Tendenzen waren auf dem Gebiet der personellen Erweiterung des Reichsheeres schon deswegen nicht zu erwarten, weil Neuaufstellungen ganzer Einheiten in grösserem Umfange nicht getarnt werden konnten. Das Mass des Möglichen wurde hier in erster Linie von der jeweiligen Einschätzung der aussenpolitischen Bewegungsfreiheit des Reiches bestimmt. So sah der Umbauplan für das Jahr 1933 die Beseitigung einengender Bestimmungen über die Personalstärke der Einheiten und die Neuaufstellung bzw. Etatisierung vor allem von Artillerie-, Flak- und Nachrichteneinheiten vor. Diese Massnahmen erhöhten die Personalstärke des Reichsheeres um ca. 14'000 Mann²². Die neueinzustellenden Freiwilligen sollten sich entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages nur noch für drei Jahre verpflichten. Die Organisation des Ersatzwesens wurde in Angriff genommen und führte zur Institutionalisierung entsprechender Behörden²³. In den sieben Wehrkreisen wurden für diese Aufgaben je drei Wehrgauleitungen eingerichtet. Neben der doch erheblichen Verstärkung des aktiven Heeres setzte der Umbauplan für das Jahr 1933 noch einen zweiten Schwerpunkt: die Intensivierung der Ausbildung der Grenzschutzformationen. Zu diesem Zweck sollten neun Grenzschutz-Ausbildungs-Bataillone gebildet werden, die im Zusammenwirken mit Lehrtruppen der einzelnen Waffengattungen die Freiwilligen der Grenzschutzformationen in zweiwöchigen Ausbildungskursen auf ihre Aufgaben vorbereiten sollten. Die Tatsache der Übernahme der Regierungsgewalt durch die Nationalsozialisten hat dieses eher bescheidene Programm in seinen Grundzügen kaum verändert. Allein die Zahl der Neueinstellungen scheint wesentlich – um mehr als die Hälfte der Planquote – erhöht worden zu sein²⁴.

In der Durchführung dieses ersten Abschnittes des Umbauplanes vom November 1932 kommt die Kontinuität und Dynamik der 1926/27 einsetzenden systematischen Rüstungsplanung der Reichswehr zum Ausdruck. Mehr oder weniger unbeeinflusst von den innenpolitischen und wirtschaftlichen Erschütterungen und Umwälzungen der Zeit hatte die Reichswehr mit den Massnahmen des Jahres 1933 den entscheidenden Schritt

21 Geyer, Rüstungsprogramm, S. 134 ff.; Dülffer, Weimar, S. 239 ff.; zu den Initiativen Hitlers auf wirtschaftspolitischem Gebiet vgl. Beitrag Volkmann, S. 276 ff. Zu den frühen Entscheidungen über die Finanzierung der Aufrüstung vgl. Bennett, German Rearmament, S. 338ff.; Geyer, Professionals, S. 121; sowie vor allem Regierung Hitler, Teil 1, Bd. 1, Nr. 17, S.50f.; Nr. 19, S.61L; Nr. 67, S.237L; Nr. 86, S.290E; Nr. 87, S.291L; Nr. 90, S. 299 ff.; Nr. 97, S. 336 ff. Die Dokumente lassen die grundlegende Bedeutung der Entschliessung der Reichsregierung vom 4.4.1933 klar erkennen.

22 Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 217; ders., Dokumente, S. 135 (Anm. 142).

23 Hierzu und zum Folgenden vgl. Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 220ff., S. 235ff.

24 Rautenberg, Dokumente, S. 107 und S. 135 (Anm. 142); danach wurden statt 14'000 im Ganzen 22'000 Mann eingestellt.

zur Ausweitung des Friedensheeres getan; die reichsgesetzlich verankerten Bestimmungen des Versailler Vertrages waren durch Weisungen und Befehle umgangen und faktisch ausser Kraft gesetzt worden. Aussenpolitische Komplikationen mussten – trotz des ausgeklügelten Systems der Geheimhaltung und Tarnung – nahezu zwangsläufig die Folge sein. Unter dieser Perspektive gewinnt Blombergs konsequente Ablehnung einer multilateralen Rüstungskonvention schärfere Konturen, und die dem ersten aussenpolitischen «Coup» Hitlers zugrundeliegenden Fakten und Sachzwänge werden sichtbar. Auch das Programm der «Wiederwehrhaftmachung», das Hitler der Reichswehrgeneralität Anfang Februar vorgetragen hatte, zeitigte in der ersten Phase des «Umbaus» der Reichswehr Ergebnisse, die – für sich genommen von sehr unterschiedlichem Gewicht – in ihrer Gesamtheit für die künftige Entwicklung von höchster Bedeutung waren. An erster Stelle ist in diesem Zusammenhang der dominierende Einfluss der NSDAP auf die Medien der öffentlichen Meinung zu nennen, die nunmehr auf allen Ebenen und unter allen denkbaren Aspekten dem Ziel der «Wiederwehrhaftmachung» zu dienen hatten²⁵. Weniger gewichtig gegenüber dieser vehementen und intensiven Indoktrination erscheint eine Reihe von restaurativen Veränderungen innerhalb der Reichswehr, die aber bei der Traditionsgebundenheit insbesondere des Offizierkorps nicht unwesentlich zur Konsolidierung des Selbstbewusstseins der Armee beitrugen²⁶.

Von ungleich grösserem Gewicht war die durch Kabinettsbeschluss verfügte Einsetzung eines Reichsverteidigungsrates Anfang April 1933. Dem Rat gehörten sechs Reichsminister an, die unter dem Vorsitz des Reichskanzlers, zu dessen ständigem Vertreter der Reichswehrminister bestellt wurde, alle für den Verteidigungsfall notwendigen vorbereitenden Massnahmen auf allen Ebenen der Exekutive miteinander in Übereinstimmung bringen sollten. Wichtiger als der Rat, der sich nur zu seiner konstituierenden Sitzung vollzählig versammelte, wurde der von ihm eingesetzte Reichsverteidigungsausschuss, in dem die bevollmächtigten Vertreter der Ministerien die eigentliche Arbeit leisteten²⁷. Entgegen dem äusseren Anschein ist anzunehmen, dass der grossangelegte Versuch, politische, wirtschaftliche und militärische Forderungen für eine optimale Kriegsvorbereitung in abgestimmte Massnahmen der Exekutive umzusetzen, zu-

25 Vgl. Beitrag Wette, S. 125ff., 143ff., 174.

26 Gedacht ist hierbei insbesondere an die Wiedereinführung der schwarz-weiss-roten Farben und Kokarde (12./14.3.1933) und der Militärgerichtsbarkeit (12. 5.1933) sowie an die Ernennung Blombergs zum Reichsverteidigungsminister und Befehlshaber der gesamten Wehrmacht (27. 4.1933); vgl. hierzu Absolon, Wehrmacht, II, S. 475 ff. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass in einem getrennten Anhang vom 10.7. zum Reichskonkordat vom 20. 7.1933 bereits Regelungen für den Fall «einer Umbildung des gegenwärtigen deutschen Wehrsystems im Sinne der Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht» festgelegt wurden. Vgl. Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 438, Anl. 24b.

27 Meinck, Reichsverteidigungsrat, S. 411 ff.; Absolon, Wehrmacht, II, S. 483f. Eine kritische Würdigung der Tätigkeit des Ausschusses und insbesondere der von ihm eingesetzten Unterausschüsse bis zum Kriegsbeginn steht noch aus.

mindest auf einigen Gebieten zu wirksamen Ergebnissen geführt hat. Seiner Konstruktion nach lag der Rat wie der Ausschuss ganz auf der Linie der von der Reichswehr entwickelten Landesverteidigungskonzeption, die Federführung lag bei ihr.

Die «Wiederwehrhaftmachung» des Volkes wurde im Jahre 1933 vor allem auf dem Gebiet der Integration der Wehrverbände in die Landesverteidigung mit grösster Intensität betrieben. Dabei wurde die SA für Hitler und die Reichswehr gleichermaßen zum unentbehrlichen Instrument der Militärpolitik. Die Reichswehrführung sah in den Formationen des nationalsozialistischen Wehrverbandes vor allem das Reservoir für die so dringend benötigten Reservisten. Die SA war für sie das akzeptierte Instrument der «Wiederwehrhaftmachung». Keine Institution schien besser geeignet, die Voraussetzungen hierfür, wie sie Hitler in der Ansprache an die Reichswehrgeneralität am 3. Februar 1933 im Einzelnen bezeichnet hatte, in der grossen Masse der Bevölkerung zu schaffen. Die SA übernahm dabei Funktionen, die es der Reichswehr erlaubten, in den innenpolitischen Auseinandersetzungen der ersten Monate der nationalsozialistischen Herrschaft ihre fiktive «Überparteilichkeit» zu wahren. Ihre Unentbehrlichkeit schuf aber auch sehr konkrete Gefahren. Unter Ernst Röhm entwickelte sich die SA im Jahre 1933 – auch durch die sich in Stufen vollziehende Integration des «Stahlhelms» – zu der zahlenmässig stärksten, straff gegliederten Organisation des Regimes²⁸. Entscheidend war, dass Röhm und die SA-Führung aufgrund dieser Machtfülle politische und militärische Zielvorstellungen entwickelten, die sie sowohl mit Hitler selbst als auch mit der Reichswehrführung in Konflikt bringen mussten. Der Gedanke, dass die nationalsozialistische Revolution ihr Ziel noch nicht erreicht habe und die letzte Wegstrecke nur mit Hilfe der SA, dem einzigen bewaffneten Arm der Revolution, überwunden werden könne, konnte bei dem im Herbst und Winter 1933 noch immer nach Millionen zählenden Arbeitslosenheer und angesichts des Ehrgeizes der SA-Führer durchaus auf Resonanz rechnen²⁹.

Unter diesem Aspekt musste die SA für den Parteiführer und Reichskanzler Hitler, der bereits Anfang Juli 1933 die nationalsozialistische Revolution ausdrücklich für beendet erklärt hatte³⁰, zu einem gefährlichen und bedrohlichen politischen Machtfaktor werden. In dem verdeckt geführten Machtkampf zwischen Hitler und Röhm, der erst am 30. Juni 1934 blutig beendet wurde, spielte die Rüstungspolitik eine zentrale Rolle. Hitler gelang es, durch den Austritt aus Abrüstungskonferenz und Völkerbund Mitte Oktober und durch die mit grösstem propagandistischen Aufwand herbeigeführte Sanktionierung seiner Politik durch die Volksabstimmung und die Reichstagsneuwahlen am 12. November

28 Vgl. Sauer, *Mobilmachung*, S. 234 ff.; Bennecke, *Hitler*, S. 212 ff., der auch Daten zur Stärke der SA 1933–1935 anführt; weitere Zahlenangaben bei Sauer, *Mobilmachung*, S. 223, S. 268, sowie bei Kater, *Soziologie der SA*, S. 799.

29 Vgl. hierzu insbesondere Sauer, *Mobilmachung*, S. 255ff., sowie Müller, *Heer*, S. 88ff.

30 Müller, *Heer*, S. 89f. (Reden vom 1. und 6. 7. 1933), vgl. auch Domarus I, S. 286f.

1933 seine innenpolitische Machtposition gegenüber Röhm auszubauen und zu konsolidieren³¹.

Die Position der Reichswehr gegenüber der SA war zeitweise ausserordentlich prekär. Dem Selbstbewusstsein der SA, der Nähe ihrer Führung zum Machtzentrum des Regimes und dem Anspruch, die nationalsozialistische Alternative zur Reichswehr zu sein, hatte diese nur wenig entgegenzusetzen. Die bei jeder Gelegenheit wiederholten, über Loyalitätsbekundungen weit hinausgehenden Bekenntnisse des Reichswehrministers zu Partei und nationalsozialistischem Staat, seine Appelle an das Offizierkorps der Reichswehr, sich voller Selbstbewusstsein hinter die Bewegung zu stellen, erhalten unter diesem Aspekt ihren besonderen Akzent³². Aufgrund der ideologischen Gemeinsamkeiten, der politischen Machtverhältnisse und schliesslich der militärischen Notwendigkeit, den Grenzschutz funktionsfähig zu erhalten, war die Reichswehrführung auf die Zusammenarbeit mit der SA angewiesen. Blombergs und Reichenaus Bestreben in der Auseinandersetzung mit der SA ging allein dahin, die Reichswehr als das alleinige Instrument der militärischen Landesverteidigung zu erhalten und Hitler von ihrer Unentbehrlichkeit für die bereits in Gang gesetzte Aufrüstung zu überzeugen. Sie waren daher zum Beispiel bereit, auf den massgebenden Einfluss auf das noch unter Schleicher eingeleitete Programm der vormilitärischen Ausbildung, in der organisatorischen Form des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung, und auf die Organisation des freiwilligen Arbeitsdienstes zu verzichten³³. Die Reichswehr bemühte sich zunächst darum, den Wehrverband in allen militärischen Ausbildungsfragen zu unterstützen. Dies wurde deutlich, nachdem Hitler am 12. Juli 1933 die SA mit der Aufgabe betraut hatte, innerhalb eines Jahres 250'000 SA-Männer und SA-Führer so auszubilden, dass sie im Ernstfalle der Armee als Reserve zur Verfügung gestellt werden konnten³⁴. Dieser Auftrag war nur in Zusammenarbeit mit der Reichswehr zu erfüllen, die besondere Ausbildungstrupps in die Wehrlager der SA entsandte³⁵.

Die Reichswehrführung konnte zwar auf diese Weise ihren Einfluss auf den Chef des Ausbildungswesens der SA verstärken, musste sich aber gleichzeitig eingestehen, dass sie durch ihre Ausbildungshilfen indirekt und gegen ihre eigenen Interessen Röhm in seinem Anspruch unterstützte, seine Organisation zu gegebener Zeit an die Stelle der Reichswehr zu setzen³⁶. Im Übrigen beeinträchtigte die ausgedehnte Ausbildungstätigkeit in der Reichswehr selbst, im Grenzschutz und nun auch noch in den Wehrlagern

31 Vgl. zuletzt Wollstein, Revisionismus, S. 203ff., insbesondere S. 206.

32 Vgl. hierzu insbesondere Müller, Heer, S. 49ff., S. 91 ff.

33 Sauer, Mobilmachung, S. 266ff.; Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 241 ff.; Rautenberg, Dokumente, S. 108 ff.

34 Absolon, Wehrmacht, II, S. 487. Zu den Einzelheiten der Vereinbarungen zwischen Reichswehr und SA im Juni/Juli 1933 vgl. nunmehr auch Bennett, German Rearmament, S. 346ff.

35 Vgl. hierzu Meier-Welcker, Briefwechsel, S. 89ff.; Rautenberg, Dokumente, S. 133, Anm. 118 f.

36 Vgl. Sauer, Mobilmachung, S. 274 f.; Müller, Heer, S. 94f.; Absolon, Wehrmacht, II, S. 493ff. (6.11., 1.12.1933).

der SA die Funktionsfähigkeit des militärischen Instruments in einem kaum noch zu tolerierenden Masse³⁷. Die Ausbildungskapazität der Reichswehr war erschöpft und kam zu einem wesentlichen Teil einer Organisation zugute, die die Existenz der Reichswehr selbst in Frage stellte. In dieser Situation musste es für die Reichswehr ein Gebot der Stunde sein, alle Energien auf die Erweiterung der eigenen Basis zu konzentrieren und jede Möglichkeit der personellen und materiellen Aufrüstung in diesem Sinne zu nutzen. Die relativ langfristige Rüstungsplanung aus dem Jahre 1932 entsprach daher im Herbst 1933 nicht mehr der militär- und innenpolitischen Situation. Auch die aussenpolitischen Rahmenbedingungen hatten sich zur gleichen Zeit in einem für eine beschleunigte Aufrüstung positiven Sinne verändert. Nach dem Austritt des Reiches aus Völkerbund und Abrüstungskonferenz Mitte Oktober 1933 war keine gemeinsame Aktion Frankreichs und Englands zustande gekommen. Beide Regierungen hatten sich mit dem Faktum des Bruchs der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages abgefunden³⁸. Hitler nutzte die Gelegenheit bilateraler Gespräche und erklärte seine grundsätzliche Verhandlungs- und Kompromissbereitschaft, deutete Lösungsmöglichkeiten an und forderte als Kern seines Verhandlungsangebots ein 300'000-Mann-Heer mit einjähriger Dienstzeit für Deutschland, ohne mit dieser Forderung auf unterschiedlichen, zu wirksamen Sanktionen bereiten Widerstand zu stossen³⁹.

Vor diesem aussen-, innen- und militärpolitischen Hintergrund fiel im Dezember 1933 die Entscheidung für den Aufbau eines 300'000-Mann-Friedensheeres⁴⁰. Noch Ende November war vom Truppenamt die Durchführung der Massnahmen befohlen worden, die gemäss dem Umbauplan vom November 1932 für das Jahr 1934 vorgesehen waren. Mitte Dezember setzte dann eine Entwicklung im Reichswehrministerium ein, die nur als hektisch bezeichnet werden kann. Am 14. Dezember legte das Truppenamt die Denkschrift der Organisationsabteilung über den «Aufbau des künftigen Friedensheeres» vor, die bereits die Billigung des Ministers gefunden hatte. Schon vier Tage später unter-

37 Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 224 f., hat versucht, die Beanspruchung der Reichswehr durch die verschiedenen Ausbildungsmassnahmen zahlenmässig für den Frühsommer 1933 zu erfassen; danach waren 60% der jungen Truppenoffiziere mit diesen Aufgaben betraut, wobei die Wehrlager der SA noch nicht berücksichtigt sind. Zu den Abgaben an die Luftwaffe vgl. Rautenberg, Dokumente, S. 125, Anm. 213.

38 Sir John Simon brachte am 24.11.1933 die britische Sicht auf die Formel: «Es handelt sich um eine Wahl zwischen begrenzter Aufrüstung auf der einen und unbegrenzter auf der anderen Seite.» Vgl. Meinck, Aufrüstung, S. 63, sowie Rautenberg, Dokumente, S. 104ff.

39 Vgl. Beitrag Messerschmidt, S. 701,703 f., sowie Wollstein, Revisionismus, S. 229 ff. Zu den diplomatischen Initiativen Hitlers vgl. nunmehr Bennett, German Rearmament, S. 491 ff. und S. 502 ff.

40 Zu den Planungsentscheidungen der Reichswehrführung im Dezember 1933 vgl. Geyer, Aufrüstung, S. 329ff., den umfassenden Beitrag von Rautenberg, Dokumente, S. 110ff. sowie Bennett, German Rearmament, S. 496ff. Vgl. auch Müller, Beck-Studien, Dokument Nr. 9 (Denkschrift vom 14.12.1933), die Denkschrift ist nunmehr auch abgedruckt in: Regierung Hitler, Teil I, Bd. 2, Nr. 273, S. 1032 ff.

zeichnete der Chef des Truppenamtes, Generalleutnant Beck, die grundsätzliche Weisung zur Aufstellung des neuen Friedensheeres – gleichzeitig veröffentlichte die Reichsregierung das Memorandum zu Abrüstung und Gleichberechtigung. Schliesslich wurde für den 20. und 21. Dezember eine Befehlshaberbesprechung nach Berlin einberufen, auf der Blomberg, Beck und weitere Amtschefs über Ziele und Einzelheiten der Planung referierten. Noch in den restlichen Dezembertagen erging eine Fülle von Einzel Verfügungen, um sicherzustellen, dass der Aufbau mit dem 1. April 1934 realiter beginnen konnte⁴¹. Über die konkreten Gründe für diese ganz ungewöhnliche Verfahrensweise liegen keine zuverlässigen Nachrichten vor. Es liegt allerdings die Vermutung nahe, dass Blomberg und Reichenau auf diese Weise auch in der Auseinandersetzung mit Röhm schnell Fakten zu schaffen suchten.

Das Programm der Reichswehrführung sah die Aufstellung eines 21-Divisionen-Friedensheeres im Laufe von vier Jahren, d.h. bis Ende März 1938, vor und behandelte allein die personelle Seite des Problems. Grundlage der Planung war die Einführung einer einjährigen Dienstzeit, die – nach den Erwartungen der Reichswehrführung – spätestens im Herbst 1934 durch eine allgemeine Reichsdienstpflicht gesetzlich geregelt sein sollte; zum 1. April 1934 waren daher noch Freiwillige mit anderthalbjähriger Dienstzeit einzustellen. Organisatorisch sollte die Verdreifachung des Heeres mit Hilfe der bereits aufgebauten Ersatzorganisation der 21 Wehrgaue durchgeführt werden. Schwierigkeiten bereitete neben der Unterbringungsfrage vor allem die notwendige Ergänzung und Verstärkung des Offizierkorps. Beck und die Organisationsabteilung hielten einen Offizieranteil von 7 Prozent an der Gesamtstärke des Heeres für den anzustrebenden Normalzustand. Gleichwohl glaubten sie, den Aufbau des Friedensheeres mit einem Offizieranteil von 3 Prozent der neuen Gesamtstärke durchführen zu können. Doch selbst die hierfür nötigen 9'000 Offiziere waren für die erste Phase des Aufbaus 1934/35 trotz Ausschöpfung aller gegebenen Möglichkeiten einfach nicht verfügbar zu machen. Der Rückgriff auf verabschiedete Offiziere, Landesschutz- und Polizeioffiziere, auf bewährte Unteroffiziere und eine Verkürzung der Offizierausbildung sollten nach den Vorstellungen des Personalamts zumindest sicherstellen, dass im Jahre 1940 der Offizieranteil wieder auf 4 Prozent stieg!

Das militärische Ziel des Dezember-Programms ist in der Denkschrift der Organisationsabteilung deutlich formuliert. Das aus dem Friedensheer zu mobilisierende Kriegsheer sollte in der Lage sein, «einen Verteidigungskrieg nach mehreren Fronten mit einiger Aussicht auf Erfolg» führen zu können. Erst gegenüber der bisherigen militärischen Zielsetzung für den Konfliktfall – Groeners «Aufgaben der Wehrmacht» – wird die Bedeutung dieser Formulierung ganz fassbar. Groener hatte «bestimmte Erfolgsaussichten» zur Vorbedingung eines jeden Einsatzes der Reichswehr erklärt und in der

41 Vgl. Rautenberg, Dokumente, S. 114; sowie Müller, Beck-Studien, Dokument Nr. 9 (Denkschrift vom 14.12.1933).

Panzerschiff-Denkschrift betont, dass der «Gedanke an einen grossen Krieg» angesichts der militärischen Stärkeverhältnisse «von vornherein» ausser Betracht bleiben müsse⁴². Gerade diesen Gedanken stellte Beck nunmehr in den Mittelpunkt des Rüstungsprogramms. Im Übrigen: War ein Mehrfronten-Verteidigungskrieg denkbar ohne die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht, ohne die Verfügung über das industrielle Potential des Ruhrgebiets und ohne die militärische Sicherung des Rheintales? Diese Fragen wurden im Dezember 1933 nicht erörtert, aber aus der bisherigen Reichswehrplanung war allen beteiligten Offizieren bekannt, dass ohne diese Voraussetzungen ein Verteidigungskrieg gegen Frankreich mit «einiger Aussicht auf Erfolg» nicht geführt werden konnte. Erst wenn diese Vorbedingungen erfüllt waren, konnte damit gerechnet werden, dass die 63 Divisionen des Kriegsheeres der ihnen vorgegebenen Aufgabe gewachsen sein würden. Daraus ergibt sich, dass die spektakulären März-Aktionen Hitlers 1935 – Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht – und 1936-Rheinlandbesetzung – durch die militärischen Planungen und Zielsetzungen des Jahres 1933 zwar nicht zeitlich, aber doch von der Sache her vorprogrammiert waren.

Die ungewöhnliche Eile, mit der das Programm in der zweiten Dezemberhälfte in Szene gesetzt und die ersten Schritte zu seiner Realisierung getan wurden, lässt neben der militärischen auf eine politische Zielsetzung schliessen. Der Reichswehrminister hat auf der Befehlshaberbesprechung in Berlin am 20. Dezember die innenpolitische Motivation des Programms auf indirekte Weise sehr deutlich zum Ausdruck gebracht⁴³. Nach einem kurzen Überblick über die wichtigsten Punkte der militärischen Planung erläuterte er «zwei Hauptschwierigkeiten», die sich «in der Wehrfrage» ergeben hätten: zum einen «die Regelung des Grenzschutzes» und zum anderen die «Bestrebungen der SA, eine eigene Wehrmacht zu gründen». Das Dezember-Programm der Reichswehr war geeignet, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Die erst im Frühjahr 1933 begonnene Ausbildung von Freiwilligen im Rahmen des Grenzschutzes durch besondere Grenzschutz-Ausbildungs-Bataillone und Lehrtrupps der verschiedenen Waffengattungen wurde mit dem 31. März 1934 beendet, die Bataillone in das neue Friedensheer integriert⁴⁴. Ebenfalls im März sollten auch die Ausbildungskommandos der Reichswehr aus den Wehrlagern der SA zurückberufen werden⁴⁵. Bei der ausserordentlich gespannten Offizierpersonallage war in der Sicht der Reichswehrführung eine Verzettlung der Kräfte nicht mehr zu verantworten. Mit der Konzentration auf die Ausweitung des eigenen Bereichs entzog die Reichswehrführung gleichzeitig dem gefährlichen Konkurrenten wesentliche Voraussetzungen seines militärischen Machtanspruchs.

42 Vgl. S. 452 ff.

43 Vgl. Rautenberg, Dokumente, S. 119 f.

44 Ebd., S. 130ff. (Anm. 66,117,118,119,124); IfZ Archiv, ED 1, Bd. 1, Liebmann-Notizen über die Befehlshaberbesprechung vom 2. 2.1934.

45 IfZ Archiv, ED 1, Bd. 1, Liebmann-Notizen über die Befehlshaberbesprechung vom 2.2.1934, sowie Meier-Welcker, Briefwechsel, S. 93ff., insbesondere Anm. 136.

Trotz der starken innenpolitischen Komponente war das Dezember-Programm in erster Linie ein konkreter Beitrag zur Realisierung des von Hitler verkündeten Zieles seiner Politik: der «Wiedergewinnung der politischen] Macht». Knapp ein Jahr, nachdem der Reichskanzler seine Vorstellungen der Reichswehrführung erläutert hatte, traten neben die «Wiederwehrhaftmachung» nun auch konkrete und sehr weitgehende Aufrüstungsmassnahmen. Und schon formulierte Blomberg die weiterführenden «Gedanken des R[eichs]k[anzlers]» in einer Befehlshaberbesprechung am 2. Februar 1934 so⁴⁶: «Sicherung des Friedens für eine Reihe von Jahren, damit Umbau des Reiches, Umbau u[nd] Aufbau der Wehrmacht durchgeführt werden» können. Es bestehe «dann nicht etwa d[ie] Absicht, über irgend Jemand herzufallen»; wohl aber solle «das Reich dann befähigt sein, aktiver in die gr[osse] Politik einzugreifen». Aus den militärischen Zielvorstellungen des Programms konnten sich aber auch Forderungen an die Aussenpolitik ergeben, die zwar der generellen Richtlinie Hitlerscher Politik durchaus entsprachen, jedoch die künftigen aussenpolitischen Entscheidungen im Einzelnen in stärkerem Masse festlegten, als dies ohne das militärische Programm der Fall gewesen wäre. Im militärischen Bereich schliesslich hob das Dezember-Programm die im Jahre 1932 erreichte Koordination von personeller und materieller Rüstungsplanung aus den Angeln. Für die Ausstattung des 21-Divisionen-Friedensheeres konnte man auf das forciert durchgeführte zweite Rüstungsprogramm zurückgreifen, für die Sicherstellung der materiellen Ausstattung und des Nachschubs des 63-Divisionen-Kriegsheeres existierte jedoch kein diesem vergleichbares Programm. Die Unverbundenheit beider Komponenten ist zum Signum der gesamten deutschen Aufrüstung nach 1933 geworden.

b) Die Durchführung des Dezember-Programms

Generalleutnant Beck hatte anlässlich der Befehlshaberbesprechung am 20./21. Dezember 1933 festgestellt, dass der Schwerpunkt des Aufbaus in den ersten beiden Jahren des Vierjahresprogrammes liege, «weil in diesen [Jahren] die Leistungsfähigkeit des R[eichs]H[eeeres] noch grösser» sei, nach «der ersten Verwässerung» erfolge der Umbau dann langsamer⁴⁷. Tatsächlich verlief die erste Phase der «Erweiterung» des Reichsheeres im Jahre 1934, mit den wichtigen Terminen des 1. April und des 1. Oktober, ohne nennenswerte Friktionen. Die organisatorischen Grundlagen im militärischen Bereich waren durch die Einrichtung der Wehrgaue und der Reichswehrwerbbestellen bereits im Jahre 1933 gelegt worden. Mit dem nicht veröffentlichten Gesetz vom 21. Dezember 1933 über die «Dauer der Dienstverpflichtung in der Wehrmacht» war auch

46 IfZ Archiv, ED 1, Bd. 1, Aufzeichnung Liebmanns vom 2. 2.1934.

47 Vgl. Rautenberg, Dokumente, S. 121 (Anm. 143).

die rechtliche Voraussetzung gegeben⁴⁸. So erreichte das Reichsheer im Herbst 1934 eine Stärke von ca. 250'000 Mann⁴⁹.

Mehr noch als die Erweiterung des Heeres beanspruchte im Frühjahr 1934 die sich zuspitzende Auseinandersetzung mit der SA die Aufmerksamkeit der Reichswehrführung. Dieser Konflikt war das beherrschende Thema der beiden Befehlshaberbesprechungen⁵⁰ im Februar 1934. Obwohl sich Hitler mehrfach gegen die wehrpolitischen Ansichten und Forderungen Röhm's ausgesprochen und sich für das von der Reichswehrführung vertretene traditionelle Konzept für den Aufbau der bewaffneten Macht entschieden hatte, beharrte der Stabschef der SA auf seinem Standpunkt⁵¹. Der Reichswehrminister glaubte noch Anfang 1934 an eine gütliche Einigung mit der SA. Sein nächster Mitarbeiter, der Chef des Wehrmachtamtes, Generalmajor v. Reichenau, beurteilte die Lage skeptischer und wich der Konfrontation nicht aus. Ab März 1934 lässt sich beobachten, dass die militärische Führung sich auf eine mögliche gewaltsame Auseinandersetzung vorbereitete und dabei auch mit den «Politischen Bereitschaften» der SS und dem SD Himmlers zusammenarbeitete⁵². Als sich Hitler entschloss, am 30. Juni präventiv gegen die SA-Führung loszuschlagen, befand sich das Reichsheer in Alarmbereitschaft. Die militärische Führung hatte dafür gesorgt, dass die SS-Einheiten durch die Bereitstellung von Transportraum, Waffen, Munition und Unterkünften in den Stand gesetzt wurden, die ihnen von Hitler übertragene Aufgabe zu erfüllen. Vorbereitungen für den Einsatz des Heeres waren getroffen. Der Mord an Röhm hat die Reichswehr von einem sehr gefährlichen Konkurrenten um das Waffenträgermonopol befreit. Sie konnte jedoch die eigene Machtposition im Herrschaftsapparat des Regimes keineswegs entsprechend festigen, denn nicht die Reichswehr, sondern die SS Himmlers hatte sich für Hitler in dieser Auseinandersetzung als unentbehrlich erwiesen.

Der Zusammenhang zwischen der ersten Phase der Aufrüstung und dem Kampf um innenpolitische Machtpositionen zeigte sich auch in der Kontroverse um die beschleunigte Durchführung des Dezember-Programms Mitte Mai 1934. Aus der Stellungnahme des Chefs des Truppenamts vom 20. Mai⁵³ geht hervor, dass Hitler angeregt oder gefor-

48 Ebd., S. 132, Anm. 113.

49 Vgl. Schottelius/Caspar, Organisation des Heeres, S. 296f.; Rautenberg, Dokumente, S. 114 f. Im Gegensatz zu der sehr genau erforschten Organisationsgeschichte des Heeres (vgl. Tessin, Verbände und Truppen) können für das zahlenmäßige Wachstum des Heeres nur Annäherungswerte angegeben werden.

50 IfZ Archiv, ED 1, Bd. 1, Aufzeichnungen Liebmanns über die Besprechungen am 2./3.2. und 27.2.1934.

51 Vgl. Sauer, Mobilmachung, S. 324ff.; Müller, Heer, S. 95ff.; Salewski, Bewaffnete Macht, S. 60 ff.

52 Zu Form und Umfang dieser Zusammenarbeit vgl. Müller, Reichswehr, S. 107 ff. Zur Röhm-Affäre vgl. insbes. Müller, Heer, S. 125ff.; Bracher, Diktatur, S. 261 ff.; Kern, Innere Funktion, S. 50ff., sowie Beitrag Wette, S. 194f. Zur Bedeutung des Konflikts für das Verhältnis Wehrmacht-Nationalsozialismus vgl. S. 483f., 487f., 614,618f.

53 Nachlass Beck, BA-MA N 28/1. Vgl. hierzu insbesondere Müller, Beck-Studien, S. 142 ff., der die innenpolitischen Motive der Intervention Becks hervorhebt. Herrn K.-J. Müller (Hamburg) sei an dieser Stelle dafür gedankt, dass er mir vor der Drucklegung Einblick in das Manuskript

dert hatte, das 300'000-Mann-Heer bis zum 1. April 1935 fertig aufzustellen, und dass das Allgemeine Heeresamt unter Oberst Fromm noch darüber hinausgehend den Vorschlag gemacht hatte, den organisatorischen Rahmen des projektierten Friedensheeres in seinem gesamten Umfang bereits zum 1. Oktober 1934 aufzubauen. Beck berührte in seiner Ablehnung dieses Vorschlags auch die innenpolitische Seite des Problems und meinte, dass mit einem derart improvisierten «Machtinstrument des Staates» «die Machtfrage mit der SA (und SS!)... nicht gelöst» werden könne. Das Problem müsse «auf andere Weise» bereinigt werden. Auf welchem Wege dies geschehen sollte, darüber schwieg sich Beck aus; ihm kam es darauf an, dass die «Staatsautorität als solche» wiederhergestellt werde, und dokumentierte damit das grundsätzliche, konservative Missverständnis der Funktion des Staates für die nationalsozialistische Führung und vor allem ihrer Herrschaftspraxis.

Abgesehen von diesem innenpolitischen Aspekt spiegelt sich in der Kontroverse zwischen Beck und Fromm ein generelles Problem, das die gesamte Aufrüstung von 1933 bis 1939 charakterisiert. In der Stellungnahme Becks findet sich der Satz: «Das Versäumnis des 14.10. [1933], die Karte der Aufrüstung nicht gleich mit auf den Tisch gelegt zu haben, lässt sich auf diese Weise m. E. am wenigst [!] zweckmässigen reparieren.» Dahinter stand die Vorstellung, dass nur durch eine langfristig programmierte und öffentlich verkündete Aufrüstung, die nicht zum Objekt politischer Taktik degradiert werden dürfe; dem Staat ein Machtmittel geschaffen werden könne, das den militärischen Forderungen entsprach, die sich aus dem Ziel einer militärisch akzentuierten Grossmachtpolitik in Europa, aus den geographischen Gegebenheiten des Reiches und den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges ergaben. Selbstverständlich kam es auch Beck darauf an, das «neue Friedensheer möglichst rasch» aufzubauen, aber eben auf einer militärisch zu verantwortenden, «gesunde[n] Grundlage», wie es in der Denkschrift des Truppenamtes vom 14. Dezember 1933 hiess. Damit war das Festhalten an einer gediegenen Ausbildung der Mannschaften, mehr noch der Offiziere, und die ständige Orientierung aller Massnahmen an den Erfordernissen des Ernstfalles gemeint. Die Vergrösserung des Friedensheeres durfte nicht zum Selbstzweck werden, sondern sollte in erster Linie der «Bereitstellung ausgebildeter Mannschaften für das Kriegsheer» dienen⁵⁴.

Deshalb hat Beck auf eine möglichst rasche Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht gedrängt und konnte das «schnell aufgestellte 300'000-Mann-Heer... eine Frühgeburt» nennen⁵⁵. Diese Richtung militärischen Denkens und Planens war vor allem im Truppenamt stark vertreten, und auch der Chef der Heeresleitung, Freiherr v. Fritsch, ist ihr zuzurechnen. Das ständige Bemühen ihrer Vertreter, die Improvisationen der politisch

seiner Untersuchung gewährte. Unabhängig voneinander sind wir zu sehr ähnlichen Ergebnissen gelangt; wo die Interpretationen voneinander abweichen, wird dies vermerkt werden.

54 Zitat aus der Denkschrift vom 14.12.1933, vgl. Rautenberg, Dokumente, S. 115.

55 Zitat aus der Stellungnahme Becks vom 20. 5.1934, Müller, Beck-Studien, Dokument Nr. 11.

motivierten Etappen der Aufrüstung durch das von ihnen als militärisch notwendig Erkannte zu ergänzen, ist paradoxerweise selbst zu einem Beschleunigungselement der deutschen Aufrüstung geworden.

Oberst Fromm repräsentiert eine andere Gruppe von Offizieren, die – bei aller Divergenz der Methoden – mit dem Kreis um Beck durch die ganz selbstverständliche, gemeinsame politische und militärische Zielsetzung verbunden war. Als Chef des Allgemeinen Heeresamtes war er für die Durchführung der Planungsentscheidungen verantwortlich. Ihm unterstanden nicht nur die Haushaltsabteilung und die Amtsgruppe Ersatzwesen, sondern unter anderem auch die für die Herstellung, Lagerung und Verteilung von Waffen, Gerät und Munition verantwortliche Feldzeuginspektion⁵⁶. Aus dieser unvollständigen Beschreibung des Aufgabengebietes wird verständlich, dass in diesem Bereich die Aufrüstung in sehr viel stärkerem Masse unter organisatorischen Aspekten betrachtet wurde. Von diesem Standpunkt aus war es vollkommen konsequent, von Anfang an die organisatorischen Grundlagen der Aufrüstung an dem projektierten Ziel zu orientieren. Aus diesem Grunde schlug Fromm vor, bereits zum Oktober 1934 die 21 Divisionen des Friedensheeres als Rahmenverbände aufzustellen, denn dieses Verfahren war organisatorisch effektiver und leichter zu bewältigen als ein stufenweiser Aufbau. Der Gegensatz zu den Vorstellungen Becks war damit gegeben. Während der Chef des Truppenamtes den von politischen Überlegungen geleiteten Forderungen Hitlers mit dem Argument militärischer Effektivität widersprach, sah der Chef des Allgemeinen Heeresamtes in ihnen eine Chance, die Aufrüstung unter optimalen organisatorischen Bedingungen zu verwirklichen. Der Dissens innerhalb der militärischen Führung erhielt dadurch sein besonderes Gewicht, dass der Reichswehrminister, der sich im Dezember 1933 ausdrücklich gegen Improvisationen beim Aufbau des 300'000-Mann-Heeres gewandt hatte, den militärischen Argumenten des Chefs der Heeresleitung und des Truppenamtes weniger Gewicht beimass als den politischen Intentionen des Reichskanzlers⁵⁷. In dieser Konstellation liegt ein Schlüssel für das hohe Tempo und den Umfang der deutschen Aufrüstung in den Jahren von 1933 bis 1937/38. Die Beschleunigung erweist sich als ein Produkt aus politischen Forderungen, einer hochentwickelten Fähigkeit zur organisatorischen Bewältigung dieser Forderungen, der militärischen Zielsetzung des Dezember-Programms und den daraus abgeleiteten militärischen «Notwendigkeiten».

Man braucht nur an die Weisung Groeners über die «Aufgaben der Wehrmacht» vom April 1930 zu erinnern, um den grundsätzlichen Wandel zu ermessen, der sich in der deutschen Militärpolitik in diesen vier Jahren vollzogen hatte. Blombergs allein auf mi-

56 Vgl. Schottelius/Caspar, *Organisation des Heeres*, S. 333 f. Das Allgemeine Heeresamt trug bis 1934 die Bezeichnung «Wehramt» der Heeresleitung.

57 Rautenberg, *Dokumente*, S. 119. Zu Hitlers Forderung vgl. Geyer, *Militär*, S. 260, sowie Robertson, *Pre-War Policy*, S. 33 f.

litärische Machtentfaltung verengte Perspektive ist bereits charakterisiert worden⁵⁸. Auch für Beck war die Wiederherstellung der militärischen Macht des Reiches eine nicht zu diskutierende Grundforderung. Gerade er sah in der militärischen Machtentfaltung die Grundvoraussetzung für den Wiederaufstieg des Reiches zur europäischen Grossmacht und der daraus abzuleitenden politischen Zielprojektionen. Geprägt von der Erfahrung des Ersten Weltkrieges reagierte er zwar sehr viel empfindlicher als Blomberg auf die europäische Bündniskonstellation, war aber dennoch der Meinung, dass die Ziele der deutschen Aufrüstung mit dem Austritt aus der Abrüstungskonferenz der internationalen Öffentlichkeit ohne Rücksicht auf deren Reaktion hätten verkündet werden sollen. Wenn er aus militärischen Gründen ein weniger schnelles Tempo der Aufrüstung bevorzugte, so zeigte sich doch auch bei ihm die Verengung der Perspektive auf die militärischen Probleme der Aufrüstung⁵⁹, die sich erst nach seiner Verabschiedung als Generalstabschef zu einer umfassenderen Sicht der Implikationen der modernen Kriegführung erweiterte.

Diese Verengung ist umso bemerkenswerter, als den militärischen Entscheidungsinstanzen – Reichswehrminister, Chef der Heeresleitung, Chef des Truppenamtes – die Institutionen und Informationen zur Verfügung standen, die den Blick freigaben auf die Voraussetzungen und Konsequenzen einer ihren militärischen Forderungen gerecht werdenden Aufrüstung. Neben dem Reichsverteidigungsrat bzw. Reichsverteidigungsausschuss ist vor allem das Heereswaffenamt zu nennen, das sich bei der Konzeption und Durchführung der beiden Rüstungsprogramme umfassende Kenntnisse über die wirtschaftlichen Voraussetzungen einer modernen Rüstung erworben hatte. Knapp zwei Wochen vor Becks Ablehnung einer beschleunigten Aufstellung des 300'000-Mann-Heeres, am 9. Mai 1934, hatte der Chef dieses Amtes, Generalmajor Liese, einen sehr detaillierten Vortrag über die Situation der materiellen Rüstung vor den Befehlshabern der Reichswehr gehalten⁶⁰. Nach einem kurzen historischen Rückblick erläuterte Liese die Bedeutung des materiellen Faktors für den Aufbau eines Kriegsheeres mit einem drastischen Beispiel: «Eine *Wehrmacht*, die nach *sechs* oder *acht* Wochen aus gänzlichem Mangel an Munition oder Betriebsstoffen die Waffen strecken muss, ist weder ein brauchbares Instrument in der Hand des Feldherrn noch ein Machtfaktor in der Hand des Staatsmannes, der die Aussenpolitik führen will.»

Das Beispiel war nicht aus der Luft gegriffen, es charakterisierte nach dem Urteil des Heereswaffenamtes die für das 21-Divisionen-Kriegsheer Ende 1934 bestehende Rüstungs- und Nachschubsituation. Zu diesem Zeitpunkt konnte das Kriegsheer «mit der notwendigsten 1. Ausstattung und einem 6-Wochen-Nachschubvorrat» versehen werden. Ab dem dritten Kriegsmonat jedoch musste mit völlig unzureichenden Nachschub-

58 Vgl. S. 458f., 474.

59 Vgl. Geyer, Aufrüstung, S. 373ff.; jetzt auch Müller, Beck-Studien, passim.

60 H. Wa. A. Nr. 875/34 g.Kdos.WiJ vom 9. 5.1934, BA-MA Wi/IF 5/1638. Die folgenden Zitate stammen aus diesem Dokument. Vgl. hierzu auch die Dokumentation von Nuss/Sperling, Rüstungskonzeption, S. 203 ff. – Für eine weitere rüstungswirtschaftliche Initiative des Heereswaffenamtes in jenen Monaten vgl. S. 598, insbesondere Anm. 7.

lieferungen gerechnet werden, die bei der Munition auf wenige Prozent des Bedarfs absanken. Das 21-Divisionen-Kriegsheer entsprach den Reichswehrplanungen vor der Übernahme der Regierungsverantwortung durch Hitler. In Bezug auf das seit Dezember 1933 geltende Rüstungsziel erklärte Liese, dass auch für das 63-Divisionen-Kriegsheer bis zum Jahre 1938 die erste Ausstattung und ein 6-Wochen-Nachschub vorhanden sein werde. Die materielle Rüstung könne aber nur unter Einsatz grosser finanzieller Mittel mit dem personellen Aufbau der Armee Schritt halten. Auch das Anlaufen einer ausreichenden Kriegsproduktion an Waffen und Gerät könne dann einigermaßen sichergestellt werden, wenn erhebliche finanzielle Mittel für die fabrikatorische Vorbereitung und für eine kontinuierliche Vergabe von Beschaffungsaufträgen an die Industrie zur Verfügung ständen. Nach wie vor blieb aber ein gravierender Engpass bei der rechtzeitigen und ausreichenden Fertigung aller Arten von Munition. Die mögliche Kriegsproduktion erreichte nur 50 Prozent des voraussichtlichen Bedarfs. Die Frage der Versorgung des 63-Divisionen-Heeres mit den notwendigen Betriebsstoffen berührte Liese nur am Rande. Wenn der Chef des Heereswaffenamtes im Gegensatz zu der in vielen Bereichen katastrophalen Situation des Jahres 1934 ein relativ hoffnungsvolles Bild des mit dem Jahre 1938 zu erreichenden Rüstungsstandes zeichnete, so konnte er dies nur unter der Voraussetzung tun, dass die industriellen Fertigungsmöglichkeiten voll ausgenutzt wurden und nicht aus finanziellen Gründen oder durch den Mangel an Rohstoffen nur eingeschränkt zur Verfügung standen. Im Übrigen ging aus seinem Vortrag hervor, dass jede Programmänderung bei der Komplexität des industriellen Fertigungsvorganges die Beschaffungsstellen in ihrer planenden und überwachenden Funktion vor enorme zusätzliche Aufgaben stellte. Improvisation schien auf diesem Gebiet noch weniger am Platze als anderswo, sie musste in Preiserhöhungen und unwirtschaftlicher Produktionsweise ihren Niederschlag finden. Deshalb forderte Liese die «Festlegung von mehrjährigen Beschaffungsprogrammen, um der Industrie eine möglichst stetige Beschäftigung zu sichern».

Der Vortrag Lieses vor den Befehlshabern war vom Chef des Truppenamtes im Februar «bestellt» worden; seine Bedeutung wurde auch durch die Tatsache hervorgehoben, dass Hitler sich eine Ausfertigung des Textes übergeben liess und auch Röhm sich über den Gegenstand unterrichtete⁶¹. Ein Motiv für das Interesse Becks und des Chefs der Heeresleitung, der die Unterrichtung Hitlers und Röhrs in die Wege geleitet haben dürfte, mag die Überlegung gewesen sein, Hitler auf diese Weise vor einer riskanten Aussenpolitik zu warnen und ihn mit den enormen finanziellen Forderungen für die Aufrüstung zu konfrontieren. Liese selbst dürfte noch eine weitere Absicht mit seinen Ausführungen verbunden haben. Nach der gesamten Anlage und Diktion war der Vortrag darauf ausgerichtet, der Reichswehrführung die geradezu ausschlaggebende Bedeutung des materiellen Faktors für die Aufrüstung, für die Funktionsfähigkeit des Friedens- wie des

61 Vgl. hierzu Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 435, Anm. 4.

Kriegsheeres und für die operative Planung vor Augen zu führen und sie zu einer entsprechenden Berücksichtigung dieses Faktors bei allen Planungsentscheidungen zu veranlassen. Der Versuch Lieses war jedoch vergeblich. Becks Stellungnahme zu Hitlers Forderung und Fromms Vorschlag einer drastischen Verkürzung der Aufstellungsfrist für das 21-Divisionen-Friedensheer⁶² lässt erkennen, dass die von Liese aufgezeigten fundamentalen Voraussetzungen im militärischen Denken des späteren Generalstabschefs nur eine marginale Rolle spielten. In der achtseitigen handschriftlichen Aufzeichnung Becks findet sich auch nicht ein Wort, das die Auswirkungen des Vorschlags auf die aktuelle Rüstungssituation oder die Rüstungsplanung auch nur am Rande berührt. Für Beck waren die rüstungswirtschaftlichen Aspekte des Heeresaufbaus sicherlich interessant, sie waren verwertbar zur Unterstützung militärischer Forderungen, aber für das Denken und Handeln im eigenen Bereich blieben sie ohne Belang. Das Beispiel zeigt, dass es selbst innerhalb des Führungsapparates des Heeres nicht gelang, die einzelnen Komponenten der Rüstung im umfassenden Sinne in ihrer Bedeutung für die Kriegführung – denn hierauf richtete sich dem Grundsatz nach die gesamte Tätigkeit des Militärs – zu erfassen und entsprechend zu gewichten. Dieser Sachverhalt war bereits in der ausschliesslichen Berücksichtigung des personellen Sektors im Dezember-Programm zum Ausdruck gekommen. Nunmehr, bei der Durchführung des Programms, fand zwischen den planenden Organisatoren der materiellen Rüstung, des personellen Aufbaus und des Einsatzes des Heeres die durchaus denkbare Koordination des Ganzen nach den Kriterien der von der Reichswehr selbst entwickelten, umfassenden Konzeption nicht statt. Entscheidungen, die den Gesamtbereich der Aufrüstung des Heeres betrafen, erhielten dadurch – und nicht nur durch das Eingreifen Hitlers – den Charakter von transitorischen Teillösungen.

c) Von der Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht bis zur Rheinland-Besetzung

Das wichtigste aussenpolitische Ereignis zu Beginn des Jahres 1935 war die Volksabstimmung an der Saar, in der sich die Bevölkerung mit einer 90prozentigen Mehrheit für den Anschluss an das Reich aussprach. Das Saarland kehrte daraufhin am 1. März 1935 wieder in das Hoheitsgebiet des Reiches zurück. Um den politischen Erfolg nicht zu gefährden, war im Herbst und Winter 1934 bei einer Reihe von Rüstungsvorhaben durch direkte Anordnung Hitlers oder auf Drängen des Auswärtigen Amtes grösste Zurückhaltung geübt worden⁶³. Nunmehr stand zu erwarten, dass den Aufrüstungsvorha-

62 Vgl. S.489f.

63 So bezüglich des U-Boot-Baus der Marine, vgl. Robertson, Pre-War Policy, S. 45 f.; Dülffer, Weimar, S. 252 f. und S. 293. Die Bedenken des Auswärtigen Amtes richteten sich vor allem gegen den Auf- und Ausbau des verstärkten Grenzaufwachtdienstes in der entmilitarisierten Zone, vgl. ADAP, C, Bd. II, Nr. 452 (16.5.1933); Bd. I, Nr. 490 (11.10.1933); Bd. II, Nr. 366 (29. 3.1934); Bd. III, Nr. 2 (14.6.1934); Bd. III, Nr. 369 (1.12.1934).

ben der Wehrmachtteile von der politischen Führung, d.h. von Hitler, neue Impulse gegeben und damit erneut der bereits charakterisierte, aus politischen, militärisch-organisatorischen und operativen Überlegungen sich speisende Beschleunigungsprozess in Gang gesetzt werden würde.

Die in Genf nur noch ein Schattendasein führende Abrüstungskonferenz hatte sich im November 1934 mit der Absicht vertagt, nach der Erledigung der Saarfrage noch einmal den Versuch zu einer internationalen Rüstungslimitierung zu unternehmen⁶⁴. Obwohl Hitler nur an bilateralen Rüstungsvereinbarungen interessiert war, wurden im Auswärtigen Amt und im Reichswehrministerium doch Überlegungen angestellt, welche Mindestforderungen nach deutscher Vorstellung in einer Rüstungskonvention enthalten sein müssten. In diesem Zusammenhang steht eine Denkschrift des Truppenamtes der Heeresleitung vom 6. März 1935, in der General Beck die Forderungen zusammenfasste, die ihm für die «wenigstens notdürftig[e]» Gewährleistung der «Sicherheit unseres Lebensraumes» notwendig erschienen⁶⁵. Der Chef des Truppenamtes orientierte sich in seiner Argumentation ebenso wie Blomberg an einem allein nach militärischen Kategorien definierten Sicherheitsbegriff, der auf dem traditionellen Verständnis von – militärisch akzentuierter – Machtpolitik beruhte. Er verschloss die Augen vor der Tatsache, dass die von ihm befürwortete, nur in ihrem Tempo kritisierte einseitige deutsche Aufrüstung selbst zu einem die Sicherheit des Reiches bedrohenden Faktor geworden war. In Verkenntung der internationalen politischen Situation glaubte Beck vielmehr, mit dem Argument, das Ausland habe im Jahre 1934 «im höchsten Mass auferüstet», eine Erweiterung der deutschen Rüstungsvorhaben begründen zu können⁶⁶.

Die vom Truppenamt in der Denkschrift vorgetragene militärischen Forderungen entsprachen dem von Hitler zehn Tage später, am 16. März 1935, zusammen mit der Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht verkündeten Rüstungsziel. Becks Überlegungen kreisten um die Frage, welche Stärke das Friedensheer erreichen müsse, um das aus ihm zu mobilisierende Kriegsheer in die Lage zu versetzen, einen Mehrfrontenkrieg «mit einiger Aussicht auf Erfolg» – wie es im Dezember-Programm 1933 formuliert worden war – führen zu können. Bei der sehr detailliert vorgenommenen Berechnung

64 Vgl. Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 292.

65 T.A. Nr. 205/35 g.Kdos., BA-MA RH 2/v. 1022. Abdruck bei Müller, Beck-Studien, Dokument Nr. 24, dort auch die Denkschrift der T 2 vom 27.3.1935 (Dokument Nr. 25).

66 Müller (Beck-Studien, S. 142 ff.) kommt in einer eindringlichen Analyse der Kontakte Becks mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Bülow zu demselben Ergebnis. Zu dem generellen Problem des Verhältnisses zwischen Aufrüstung und Sicherheit vgl. vor allem Michael Geyers Einleitung zu seiner grundlegenden Studie, Aufrüstung, S. 1-15, sowie das Schlusskapitel «Determinanten militärischer Unsicherheit», ebd., S. 489-505. Vgl. auch Geyer, Dynamics, S. 100 ff. – Das Verhältnis zwischen dem militärisch-politischen Ziel und den daraus abgeleiteten Forderungen an die Gestaltung der Aussenpolitik bei Beck erinnert an die Konzeption der Tirpitzschen Flottenpolitik.

fiel besonders ins Gewicht, dass für die Abwehr eines französischen Angriffs aufgrund der geographischen Bedingungen der entmilitarisierten Zone östlich des Rheins und der gefürchteten, hohen Mobilität der französischen Armee eine relativ grosse Zahl (9-10) sofort einsatzbereiter Divisionen zur Verfügung stehen musste. Diese Divisionen fielen somit als Kader für die aufzustellenden Kriegsformationen aus. Für die vom Truppenamt unter diesen Bedingungen veranschlagte Stärke des Kriegsheeres von 63 Infanterie-, 3 Kavallerie- und 3 Panzerdivisionen reichte daher das im Dezember 1933 geplante 21-Divisionen-Friedensheer nicht mehr aus. Der Chef der Heeresleitung, General Freiherr v. Fritsch, billigte die Schlussfolgerung der Studie und präziserte das anzustrebende militärische Rüstungsziel, indem er sich – «nach Massgabe verfügbarer materieller und personeller Mittel» – für eine Vergrösserung des Friedensheeres auf «30 bis 36 Divisionen» aussprach⁶⁷.

Hitlers «Erklärung» vom 16. März 1935 mit der Verkündung des «Gesetzes über den Aufbau der Wehrmacht», in dem die Stärke des Friedensheeres – Marine und Luftwaffe wurden in dem Gesetz überhaupt nicht erwähnt – auf 36 Divisionen festgelegt wurde⁶⁸, traf die militärische Führung demnach keineswegs unvorbereitet⁶⁹. Hitler fixierte lediglich öffentlich die militärischerseits erarbeiteten Planungsziele. Nicht anders verhält es sich mit der gleichzeitigen Verkündung der Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht. Die Heeresvermehrungen der Jahre 1933 und 1934 waren mit Freiwilligen erreicht worden, die sich für unterschiedliche Zeiten verpflichtet hatten. Diese Form der Rekrutierung ist von der militärischen Führung immer nur als eine unbefriedigende Zwischenlösung angesehen worden. Der Chef des Truppenamtes hatte die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht bereits im Dezember 1933 für den Herbst 1934 gefordert⁷⁰, im Oktober 1934 wiederholte Beck mit Nachdruck die Forderung und sprach vor den Befehlshabern der Reichswehr die Hoffnung aus⁷¹, dass das «*Wehrgesetz* mit allgemeiner] Wehrpflicht... am 1.10.1935 in Kraft» trete. Die Proklamation der Wehrhoheit im März 1935, die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht mit einjähriger Dienstzeit zum 1. Oktober 1935 war demnach die nach der Rückkehr des Saargebiets zum Reich aussenpolitisch möglich gewordene Erfüllung eines der Reichswehrgeneralität bereits Anfang Februar 1933 gegebenen Versprechens. Die Folgerichtigkeit der Massnahme betonte der Chef der Heeresleitung, als er vor den Befehlshabern der Reichswehr am 24. April 1935 äusserte⁷², dass die «Verkündung zwar mit weniger Dramatik mög-

67 Stellungnahme Fritschs vom 11.3.1935, ebd. Fritsch hatte sich zunächst sogar für ein Friedensheer von 36 bis 40 Divisionen ausgesprochen! Vgl. Müller, Beck-Studien, S. 191 ff.; Schottelius/Caspar, Organisation des Heeres, S. 300f.

68 Vgl. Domarus I, S. 491 ff.

69 Müller, Heer, S. 208f.; vgl. dagegen Hossbach, Wehrmacht, S. 81 ff., in Verbindung mit Foerster, Beck, S. 34.

70 Vgl. Rautenberg, Dokumente, S. 121.

71 IfZ Archiv, ED 1, Bd. 1, Aufzeichnung Liebmanns über die Befehlshaberbesprechung am 9.10.1934.

72 Ebd. Vgl. auch Müller, Heer, S. 209. «Ansätze eines Widerstrebens von Seiten der führenden Militärs» (ebd.) sind eigentlich nur bei Blomberg am 15. 3.1935 zu erkennen.

glich], dass sie aber in irgendeiner Form nicht zu umgehen» gewesen sei, da eine «Weiterentw[icklung] d[es] H[eer]es ohne Wehrpfl[icht] nicht... möglich u[nd] heimliche Wehrpflicht nur in begrenztem Umfange» durchführbar sei.

Die Proklamation Hitlers war somit Ausdruck der zwischen der politischen und militärischen Führung herrschenden Übereinstimmung in der militärpolitischen Zielsetzung. Bei den nun notwendig werdenden Planungsentscheidungen entwickelte sich innerhalb der Heeresleitung erneut der Konflikt um das Verfahren, in welcher Weise und in welchem Zeitraum das Rüstungsziel des 36-Divisionen-Friedensheeres erreicht werden sollte. Für das Truppenamt standen dabei Dislozierungsfragen im Vordergrund. Die Operationsabteilung legte grösstes Gewicht auf die vorrangige Verstärkung der immobilen Divisionen an der Ostgrenze der entmilitarisierten Zone. Beck's Stellungnahme vom 21. März 1935 zu dieser speziellen Frage lässt erkennen, wie er sich die Aufstellung des 36-Divisionen-Heeres dachte. Er hielt an dem ungestörten und vollständigen Aufbau des 21-Divisionen-Heeres fest, das durch die kontinuierliche Aufstellung neuer, gewissermassen «überzähliger» Formationen verstärkt werden sollte, so «dass sich die Aufstellung weiterer Divisionen u[nd] Korps aus diesen allein im Wesentlichen bestreiten» lassen würde⁷³. Wenig später lagen ihm die Überlegungen des Chefs des Allgemeinen Heeresamtes, Oberst Fromm, vor. Wie im Jahre 1934 plädierte Fromm aus organisatorischen Gründen für den sofortigen Aufbau des 36-Divisionen-Heeres, doch überwog nunmehr ganz eindeutig die politische Argumentation⁷⁴: «Es kommt darauf an, unverzüglich mit dem denkbar geringsten Zeitaufwand 36 Divisionen in *Wirklichkeit* zu haben. Das Wort des Führers und sein Gesetz vom 16. 3. wird entwertet, wenn, aller Welt offenkundig, durch Jahre hindurch weniger als 36 Divisionen vorhanden sind.» Fromm's Vorschlag blieb im Truppenamt durchaus nicht ohne positive Resonanz. Beck selbst konnte seine ursprünglichen Vorstellungen nicht aufrechterhalten und schlug – unter der Voraussetzung einer relativ entspannten internationalen Lage – die Erweiterung des Heeresrahmens zum Herbst 1935 auf zunächst 24 Divisionen vor; ja er hielt es bei einer Zuspitzung der aussenpolitischen Situation für vertretbar, 27-28 Divisionsverbände zum Herbst 1935 aufzustellen⁷⁵. In Übereinstimmung mit Beck entschied der Chef der Heeresleitung schliesslich am 2. April, dass zum Herbstaufstellungstermin 1935 ein 24-Divisionen-Heer gebildet werden solle⁷⁶.

Dieser Meinungsbildungsprozess und die Entscheidung innerhalb der Heeresleitung wären nicht erwähnenswert, wenn in ihnen die Strukturelemente des militärischen Unternehmens Aufrüstung nicht beispielhaft zum Ausdruck kommen würden. Zunächst ist

73 Schlussbemerkung Beck's zu der Stellungnahme von T 1 zur «beabsichtigten Umorganisation des Friedensheeres». BA-MA RH 2/v. 1017.

74 AHA «Vortragsnotizen Chef HL» vom 22.3.1935, BA-MA RH 2/v. 1017.

75 T.A./T 2 «Vortragsnotizen» vom 21.3.1935, BA-MA RH 2/v. 1017.

76 T.A. Nr. 1140/35 g.Kdos. vom 2.4.1935, BA-MA RH 2/v. 1018.

erneut festzustellen, dass eine militärisch oder politisch motivierte Konfliktsituation über die von Hitler verkündete Zielsetzung der Aufrüstung auch nicht in Ansätzen zu erkennen ist. Ein solcher Widerspruch war auch nicht zu erwarten, da Hitlers konkrete Aussage sich in grundsätzlicher Übereinstimmung mit der militärischen Planung befand bzw. sich auf sie stützte. Es dürfte im Gegenteil symptomatisch sein, dass der militärische Apparat dazu tendierte, die einmal gegebene Zielgrösse in expansiver Weise zu interpretieren. So hob Fromm in seiner Stellungnahme darauf ab, dass es sich bei den im Gesetz vom 16. März genannten 36 Divisionen nur um Infanteriedivisionen handeln könne und dementsprechend die bestehenden Kavalleriedivisionen sowie die im Aufbau begriffenen Panzerdivisionen dieser Zahl hinzuzufügen seien. Bemerkenswert ist ferner, dass die gegensätzlichen Standpunkte, die sich innerhalb der Heeresleitung ergaben, zunehmend mit politischen Argumenten begründet wurden. Aufschlussreich ist dabei der Gedankengang des Truppenamtes, das heisst Becks, der die Verschärfung der aussenpolitischen Situation – hervorgerufen vor allem durch die forcierte Aufrüstung des Reichs – mit einer erneuten Tempobeschleunigung beantworten wollte. Beck nahm damit eine Minderung der operativen Verwendungsfähigkeit des Heeres in Kauf, ohne sich darüber Rechenschaft zu geben, dass mit einer solchen Massnahme zwar der Grad der politischen Spannungen sich erheblich erhöhen, eine entsprechende Verbesserung der militärischen Ausgangslage aber nicht erreicht werden würde. Für die militärische Führung gab es zur Aufrüstung keine Alternative. Schliesslich wurde der Meinungsaustausch beendet durch eine Entscheidung des Chefs der Heeresleitung; eine massive Einflussnahme Hitlers oder Blombergs ist nicht nachweisbar. Der Ermessensspielraum der militärischen Führung war demnach ausgedehnter, als vielfach noch immer angenommen wird⁷⁷.

Die Entscheidung des Chefs der Heeresleitung, zum Herbst 1935 ein 24-Divisionen-Heer aufzustellen, muss als eine ad-hoc-Massnahme aufgrund der besonderen Umstände des Frühjahrs 1935 begriffen werden. Im März 1935 verfügte die Reichswehrführung über 21 Divisionen, die aber noch nicht ihre volle personelle und materielle Stärke erreicht hatten. Rund 280'000 Mann standen unter Waffen, aber von den für den Endausbau des 21-Divisionen-Heeres vorgesehenen 189 Infanteriebataillonen waren erst 109 aufgestellt worden. Die 2 Panzerbataillone besaßen lediglich 12 Panzerkampfwagen⁷⁸! Nach der ursprünglichen Planung sollte mit der Herbstaufstellung 1935 ein weiterer Schritt zur Auffüllung der Lücken getan werden, der über eine Konsolidierungsphase ab Herbst 1936 im Frühjahr 1938 zu einem voll ausgebildeten und verwendungsbereiten 21-Divisionen-Friedensheer führen sollte, dessen Erweiterung zu einem Kriegsheer aber nach wie vor personell wie materiell Schwierigkeiten bereitete.

77 Vgl. Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 313ff. Vgl. auch Hüttenberger, Polykratie, S. 425; dabei sollte beachtet werden, dass die Wehrmacht durch die Allgemeine Wehrpflicht nicht unwesentliche Teile der Bevölkerung kontrollierte, vgl. ebd., S. 437ff.

78 Vgl. Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 312f. und Anlage, S. 94f.

Die für den Herbst 1935 vorgesehene Aufstellung von drei weiteren Infanteriedivisionen war ein erster Schritt auf dem Wege zu dem neuen Rüstungsziel eines 36-Divisionen-Friedensheeres. Dieser Schritt wurde möglich durch die Übernahme der kasernierten Landespolizeien in Stärke von ca. 56'000 Mann⁷⁹. Die kasernierten Hundertschaften der Polizeien der deutschen Länder hatten seit Herbst 1933 immer mehr den Charakter militärischer Formationen erhalten, ihre Ausbildung war vom Truppenamt der Heeresleitung geregelt und überwacht worden. Mit dem Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934 ging die Polizeihöhe der Länder auf das Reich über, so dass nunmehr der Reichsminister des Innern die Befehlsgewalt über die Landespolizeien ausübte. Ein Erlass Blombergs als Reichsverteidigungsminister vom 8. Februar 1934 hatte angeordnet, dass die Landespolizeien im Kriegsfall unter den Befehl der Heeresleitung traten. Ihre offene Übernahme in die Wehrmacht war durch eine Weisung Hitlers vom 31. Januar 1935 eingeleitet worden, in der dieser vorbereitende Massnahmen für die Eingliederung zum 1. April 1935 anordnete. Die Übernahme vollzog sich in mehreren Stadien. Nur in wenigen Fällen wurden Polizei-Abteilungen, die Bataillonen entsprachen, geschlossen in das Reichsheer überführt. Drei dieser Abteilungen, die Landespolizeigruppe «General Göring» – Göring hatte sich als Preussischer Ministerpräsident lange Zeit mit Erfolg bemüht, sich die Verfügungsgewalt über die Preussische Landespolizei als Teil seiner Hausmacht zu erhalten –, wurden mit dem 1. Oktober 1935 als Regiment «General Göring» in die Luftwaffe übernommen⁸⁰. Die in der entmilitarisierten Zone stationierten Formationen der Landespolizeien blieben von diesen Massnahmen unberührt, nur einzelne Einheiten wurden im Herbst 1935 aus der Zone herausgezogen und dem Reichsheer inkorporiert. Mit dem Tagesbefehl des Oberbefehlshabers des Heeres vom 1. August 1935 fand die Eingliederung, die dem Reichsheer einen auch qualitativ sehr ins Gewicht fallenden Zuwachs an langdienenden Unteroffizieren und Mannschaften brachte, einen formalen Abschluss.

Mit den Neuaufstellungen im Herbst 1935 erreichte das Reichsheer eine Stärke von rund 400'000 Mann und gliederte sich nunmehr in 24 Infanterie-, 3 Panzer- und 2 Kavalleriedivisionen sowie je eine Kavallerie- und Gebirgsbrigade⁸¹. In knapp zweieinhalb Jahren hatte sich das Heer damit in seiner personellen Stärke vervierfacht. Doch Zahlen aus dem Frühjahr 1935 verdeutlichen, dass die materielle Ausstattung mit diesem Tempo nicht Schritt halten konnte, und allen Verantwortlichen war bewusst, dass die Qualität des militärischen Instruments unter dieser Aufblähung leiden musste.

79 Zur Entwicklung der kasernierten Landespolizeien der Länder Baden, Bayern, Hamburg, Preussen, Sachsen und Württemberg und ihrer Überführung in die Wehrmacht vgl. Absolon, Wehrmacht, III, S. 31 ff.; Tessin, Verbände und Truppen, S. 459 ff.; Schottelius/Caspar, Organisation des Heeres, S. 301 f.

80 Vgl. Stumpf, Luftwaffe, S. 860 ff.

81 Vgl. Schottelius/Caspar, Organisation des Heeres, S. 302 f. Zum Folgenden vgl. Rautenberg, Rüstungspolitik, Anhang, S. 94f. (Aufstellung vom 5.3.1935).

Mit der Entscheidung vom 2. April 1935 war eine Zwischenlösung für den von Hitler als Rüstungsziel genannten Aufbau eines 36-Divisionen-Friedensheeres gefunden worden. Die längerfristigen Überlegungen und Planungen setzten Ende April ein und kamen im Juli zu einem vorläufigen Abschluss, und diese Vorläufigkeit ist als ihr Charakteristikum zu bezeichnen. Ein erster Vorschlag des Truppenamtes von Ende April bezeichnete als Endziel den Aufbau eines Friedensheeres von 33 Infanterie- und drei Panzerdivisionen⁸². Interessanterweise wurden aber nur die Aufstellungsziele für die Jahre 1936 und 1937 näher ausgeführt. Das Heer sollte bis zum Herbst 1937 die Stärke von 29 Infanterie- und drei Panzerdivisionen sowie je einer Gebirgs- und einer Kavalleriebrigade erreichen. Die Durchbrechung des bisher für alle Planungsvorhaben geltenden Vierjahres-Rhythmus ist ein erstes Indiz für die nun auch in den Bereich der Ämter der Heeresleitung eindringende Hektik kurzfristiger Entscheidungen. Doch der Chef der Heeresleitung, Fritsch, beharrte auf der Vorlage eines Planes, der den Gesamtaufbau des 36-Divisionen-Friedensheeres, einschliesslich der finanziellen und personellen – nicht aber der materiellen! – Auswirkungen umfasste.

Der Generalstab des Heeres⁸³ hat daraufhin für die interne Beratung mit dem Heerespersonalamt und dem Allgemeinen Heeresamt Ende Juni einen Vorschlag ausgearbeitet, der bis zum 1. Oktober 1939 den Aufbau eines Heeres von 33 Infanterie- und drei Panzerdivisionen sowie je einer Gebirgs- und Kavalleriebrigade vorsah. Das Heer sollte zu diesem Zeitpunkt eine Gesamtstärke von rund 695'000 Mann erreichen. Gegenüber der Aprilplanung waren für die Jahre 1936 und 1937 nur geringfügige Änderungen vorgenommen worden. Abgesehen von der Fortschreibung der Planung bis in das Jahr 1939 hinein, der Wiederherstellung des gewohnten Vierjahres-Rhythmus, ist von Interesse, dass nunmehr zum ersten Mal auch konkrete Angaben über das aus dem Friedensheer zu formierende Kriegsheer gemacht wurden. Der Generalstab rechnete mit einem Kriegsheer zum 1. April 1936 von 28 Divisionen, das 1937 auf 35, 1938 auf 42, 1939 auf 49, 1940 auf 56 Divisionen anwachsen und erst 1941 die Stärke von 63 Divisionen erreichen sollte⁸⁴. Nach der Dezemberplanung 1933 war ein Kriegsheer dieser Stärke schon für das Frühjahr 1938 vorgesehen gewesen. Diese doch sehr markante Revision ursprünglicher Vorstellungen wird auf die um ein Jahr verzögerte Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht und auf die geplante Verwendung einer grösseren Zahl

82 T.A. Nr. 1332/35 g.Kdos., undatiert, BA-MA RH 2/v. 1018. Gegen Müller, Beck-Studien, S. 198ff. ist zu betonen, dass die Entscheidung des Chefs der Heeresleitung vom 2. 4.1935 nur die Herbstaufstellung 1935 betraf, die Rüstungsplanung auf längere Sicht setzte erst Ende April 1935 ein.

83 Nach der Verkündung des Wehrgesetzes am 21. Mai wurden im Juni/Juli 1935 eine Fülle neuer Bezeichnungen eingeführt. Die Reichswehr wurde zur Wehrmacht, der Reichswehrminister zum Reichskriegsminister, an der Spitze der drei Wehrmachtteile standen nun die Oberbefehlshaber mit ihren Oberkommandos. Das Truppenamt konnte sich von nun an auch offen zur Tradition des Generalstabes (des Heeres) bekennen. Vgl. im Übrigen Schottelius/ Caspar, Organisation des Heeres, S. 299; Absolon, Wehrmacht, III, S. 9, S. 22, S. 38.

84 T.A. Nr. 1800/35 g.Kdos. vom 24. 6.1935, BA-MA RH 2/v. 1019.

von Divisionen an der Westgrenze des Reiches, die damit für die Aufstellung von Reservedivisionen ausschieden, zurückzuführen sein.

War es schon bemerkenswert, dass für die Ausarbeitung des Planungskonzepts das Heereswaffenamt überhaupt nicht hinzugezogen und damit die Politik der Nichtbeachtung des materiellen Faktors für die Rüstung fortgesetzt wurde, so zeigten sich nunmehr zum ersten Mal auch die Grenzen der personellen Möglichkeiten der Aufrüstung. Es war der Chef des Heerespersonalamtes, General v. Schwedler, der mit Entschiedenheit «jede irgendwie nennenswerte Vermehrung des Heeres für 1936 überhaupt» ablehnte⁸⁵. Schwedlers Argumentation lief darauf hinaus, dass durch den Rückgriff auf Unteroffiziere, inaktive Offiziere und Polizeioffiziere sowie durch die zahlreichen Neuaufstellungen «von einem Offizierkorps im wahren Sinne» nicht mehr gesprochen werden könne. Dieses kategorische Veto des Chefs des Heerespersonalamtes ist in seiner Bedeutung nur dann voll zu erfassen, wenn man die von Schwedler gekennzeichnete Situation misst an den von Seeckt aufgestellten und bis 1932/33 gültigen Forderungen für die Auswahl und Ausbildung des Offizierersatzes der Reichswehr. Alle führenden Offiziere der Reichswehr und der Wehrmacht, insbesondere Fritsch und Beck, waren dieser Tradition zutiefst verpflichtet. Sie waren sich aber auch im Klaren darüber, dass jede Form der forcierten Aufrüstung eine Minderung der Qualität und der Quantität des Offizierkorps im Verhältnis zur Gesamtpersonalstärke mit sich bringen musste. Es war die Frage, bis zu welchem Punkte eine derartige Minderung mit ihren Auswirkungen auf die Truppe verantwortet werden konnte. Nach Ansicht des Chefs des Heerespersonalamtes war dieser Punkt erreicht, wenn nicht gar schon überschritten. Beck war im Dezember 1933 von einem Anteil des Offizierkorps an der Gesamtstärke der zukünftigen Wehrmacht von 7 Prozent ausgegangen, für die erste Aufbauphase wollte er sich damals mit einer Offizierpersonalstärke von 3 Prozent zufriedengeben⁸⁶. Mit der Herbstaufstellung 1935 war der Anteil der aktiven Offiziere auf rund 1,7 Prozent, unter Einschluss der E-Offiziere auf rund 2,4 Prozent abgesunken⁸⁷.

Swedler begründete sein Veto sowohl mit dem besorgniserregenden quantitativen Engpass als auch mit dem damit einhergehenden Qualitätsverlust. Das nach Herkommen, Ausbildung und führungsmässiger Schulung geschlossene Korps der Reichswehroffiziere verlor in zunehmendem Masse seine Homogenität, und dieser Prozess beschleunigte sich mit jedem, in immer rascherer Folge vorgenommenen Schritt der Ausweitung des Heeres. Am 1. Oktober 1933 bestand das Korps aus 3'800 Offizieren; zwei Jahre später, zum 15. Oktober 1935, hatte sich diese Zahl auf 6'553 erhöht, das kam ei-

85 PA Nr. 450/35 g. Kdos. vom 15.6.1935, ebd. Zum Folgenden vgl. insbesondere Model, Generalstabsoffizier, S. 21 ff. (1. u. 2. Hauptteil).

86 Vgl. S. 486f.

87 Vgl. hierzu die Angaben über die Stärke des Offizierkorps bei Absolon, Wehrmacht, III, S. 162 in Verbindung mit der oben (S. 499) angegebenen Heeresstärke.

ner Zunahme von 72 Prozent gleich. Diese Vermehrung hatte nur durch den Rückgriff auf bisher ausserhalb stehende Gruppen erreicht werden können. Dazu gehörten vor allem die Landesschutzoffiziere, die als aktive Offiziere in das Reichsheer übernommen werden konnten und ab März 1935 das sogenannte Ergänzungsoffizierkorps (E-Offizierkorps)⁸⁸ bildeten. Am 1. November 1935 gehörten diesem Korps 3'073 Offiziere an. Da in ihm die älteren Jahrgänge dominierten, waren der Reaktivierung allerdings Grenzen gesetzt. Dasselbe gilt auch für die grosse Zahl ehemaliger Offiziere ausserhalb des E-Offizierkorps. Günstiger lagen die Verhältnisse bei der Übernahme der Offizier-Dienstgrade der Landespolizeien im Sommer 1935. Nach den Angaben des Chefs des Heerespersonalamtes wurden ca. 1'200 Polizei-Offiziere nach Zustimmung des Reichskriegsministers übernommen. Schliesslich hatte Blomberg bereits im Dezember 1933 auf bewährte Unteroffiziere als Offizierersatz hingewiesen. Im Jahre 1934 wurden daraufhin ca. 400 Unteroffizierdienstgrade zum Offizier befördert⁸⁹. Die Summe dieser Aushilfsmassnahmen beeinträchtigte natürlich die Homogenität des Offizierkorps; sie waren aber zur Überbrückung eines momentanen Notstandes auch nach der Ansicht des Chefs des Heerespersonalamtes nicht zu umgehen. Wogegen er sich mit starken Worten wandte, war die mit der Heeresvermehrung einhergehende Minderung der Offizierausbildung und die Überbeanspruchung gerade der unteren Offizierdienstgrade, deren Fortbildung und weitere Erziehung innerhalb des Offizierkorps darunter leiden musste. Aus diesem Grunde schlug Schwedler vor⁹⁰, den Aufbau des 36-Divisionen-Friedensheeres in zwei statt in vier Schritten zu vollziehen, das heisst die Neuaufstellungen und Erweiterungen jeweils auf den Herbst 1937 und 1939 zu konzentrieren, mit dem Ziel, eine «grössere Stetigkeit» und Solidität des Aufbaues zu erreichen. Die Regimentskommandeure würden auf diese Weise auch wieder die Möglichkeit finden, «ihr Offizierkorps zusammenzuschweissen und in planmässiger Arbeit... für die Neuaufstellung auszubilden».

Der Widerspruch des Heerespersonalamtes löste im Generalstab einige Unruhe aus, die sich in Stellungnahmen der einzelnen Abteilungen äusserte. Auch der Chef des Generalstabes selbst, General Beck, sah sich veranlasst, seinen Standpunkt zu fixieren⁹¹. Er machte zunächst darauf aufmerksam, dass Hitler «mehrfach eindeutig seinen Willen dahin kundgetan» habe, «an der Zahl (12 K. K., 33 + 3 Div.) festzuhalten». Charakteristisch ist, dass Beck zur Begründung des Aufbaus des geplanten Friedensheeres wiederum auf die operative Zielvorstellung des Dezember-Programms 1933 zurückgriff. Das aus dem Friedensheer zu mobilisierende Kriegsheer sollte gewährleisten, «einen

88 Vgl. hierzu Absolon, Wehrmacht, II, S. 57 f.; III, S. 219 f., S. 329ff. Zur Gründung des E-Offizierkorps vgl. auch Schottelius/Caspar, Organisation des Heeres, S. 369.

89 Rautenberg, Dokumente, S. 120, Anm. 123.

90 Vgl. die erneute Stellungnahme Schwedlers: PA Nr. 493/35 g. Kdos. vom 3. 7.1935, BA-MA RH 2/v. 1019.

91 Handschriftliche Stellungnahme vom 9.7.1935; ebd., dort auch die Äusserungen aus den verschiedenen Abteilungen.

Mehrfrontenkrieg mit einiger Aussicht auf Erfolg» bestehen zu können. Im Jahre 1934 habe «insbesondere die ausserordentlich ernste aussenpolitische Lage» dazu geführt, dass man «unter bewusster Zurückstellung ausschlaggebender Grundlagen für einen qualitativ möglichst hochwertigen, allmählichen Aufbau des neuen Friedensheeres, zu einem mobilmachungsmässigen Aufbau» übergegangen sei. An dieser Situation habe sich nichts geändert, «im Gegenteil, die mil [itär] pol [irische] Lage Deutschlands» sei «seitdem immer ernster geworden». Die von Beck diagnostizierte «Labilität der politischen Verhältnisse in Europa» habe auch dazu geführt, dass an Tempo und Umfang des Heeresaufbaus «schliesslich doch höhere Forderungen gestellt wurden u[nd] erfüllt werden mussten – u[nd] zwar in einer vom Standpunkt des Gen[eral]Stabes nicht immer vollbefriedigenden Richtung». Die politischen Gründe sowie der Umstand, dass durch die jährlichen Neuaufstellungen die grösstmögliche Zahl von Dienstpflichtigen erfasst und ausgebildet werden konnte und damit die Zahl der kriegsverwendungsfähigen Verbände stieg, waren für Beck ausschlaggebend für die Entscheidung, an einer «möglichst ununterbrochene[n] u[nd] kurz befristete[n] Durchführung» des Heeresaufbaus festzuhalten. Auf die Argumente des Heerespersonalamtes ging Beck im Wesentlichen überhaupt nicht ein. Er begnügte sich mit der Feststellung, dass mit dem vom Heerespersonalamt vorgeschlagenen Verfahren eine quantitative Verbesserung der Offizierpersonalage nicht erreicht werden könne. Überlegungen zur qualitativen Verbesserung des Offiziersnachwuchses sucht man in dieser Beck'schen Stellungnahme vergeblich, diese Frage war für ihn 1934 mit dem Entschluss für eine mobilmachungsmässige Durchführung der personellen Aufrüstung beantwortet worden. Unter dem Diktat der eigenen militärischen Zielsetzung und unter dem Eindruck einer aussenpolitischen Lagebeurteilung, die ebenfalls von der militärischen Zielsetzung geprägt war, drängte Beck auf eine Fortführung der forcierten Aufrüstung, deren materielle Aspekte er völlig unberücksichtigt liess.

Wie sehr das Oberkommando von dem Gedanken beherrscht war, das Potential der Wehrpflichtigen für den Aufbau des Kriegsheeres auszunutzen, geht aus einer Vorlage des Allgemeinen Heeresamtes über die personelle Lage für die Aufbauphase 1936-1939 hervor. Aus der Gegenüberstellung der jeweiligen Jahrgangsstärken und des Rekrutenbedarfs der Wehrmacht ergab sich, dass bei einjähriger Dienstzeit und einer Tauglichkeitsrate von 70 Prozent bereits im Jahre 1938 der Rekrutenbedarf nicht mehr vollständig gedeckt werden konnte. Daraus zog die Organisationsabteilung des Generalstabes die Konsequenz, dass der «Übergang zur zweijährigen Dienstzeit... ab Herbst 1938 geboten» erscheine, bei der sämtliche zur Verfügung stehenden Wehrpflichtigen nur über den Dienst in den Ergänzungseinheiten militärisch ausgebildet werden konnten⁹². Im

92 Die Vorlage des Allgemeinen Heeresamtes, AHA Nr. 3400/35 g.Kdos., vom 19.7.1935 und die Stellungnahme der Organisationsabteilung vom 20.7.1935: BA-MA RH 2/v. 1014; vgl. S. 525 f.

Übrigen macht jedoch die Vorlage des Allgemeinen Heeresamtes die Bevorzugung der einjährigen Dienstzeit deutlich, denn sie allein verbürgte, dass die projektierte Kriegsstärke bereits im Frühjahr 1940 bzw. im Frühjahr 1941 erreicht werden konnte.

Die Ergänzungseinheiten des Heeres, geplant seit dem Herbst 1934, dienten nach der Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht dazu, die sogenannten weissen Jahrgänge, das heisst die bisher von der Wehrpflicht nicht erfassten Geburtsjahrgänge 1901-1913, zunächst auf freiwilliger Basis in zweimonatigen Lehrgängen militärisch auszubilden. Für den Herbst 1935 war eine Soll-Stärke dieses «Ergänzungsheeres» von 121'000 Mann vorgesehen. Der Generalstab drängte darauf, in den Ergänzungseinheiten auch die Dienstpflichtigen aufzunehmen und auszubilden, die über den Bedarf des aktiven Heeres hinaus vorhanden waren. Auch an dieser Stelle ist das Bestreben erkennbar, in jeder nur erdenklichen Weise die Zahl der für eine Mobilmachung zur Verfügung stehenden Mannschaften zu steigern⁹³.

Die Planung des Generalstabes war Gegenstand einer Besprechung beim Oberbefehlshaber des Heeres am 10. Juli 1935, an der auch die Chefs des Heerespersonalamtes und des Allgemeinen Heeresamtes teilnahmen⁹⁴. Fritsch verlangte einige zusätzliche Informationen, detaillierte Angaben über die Entwicklung der Offizierpersonallage und die Kosten des Aufbauprogramms.

Die entsprechend überarbeitete Vorlage vom 19. Juli 1935 verdeutlicht⁹⁵, dass sich der Chef des Heerespersonalamtes mit seinen Bedenken nicht hatte durchsetzen können. An der Konzeption des Generalstabes – Aufbau des 36-Divisionen-Heeres in Stärke von annähernd 700'000 Mann bis zum 1. Oktober 1939 – änderte sich nichts. Mit diesem Plan schien tatsächlich das Maximum des Möglichen erreicht zu sein. Doch eine Entscheidung des Oberbefehlshabers des Heeres blieb aus. Mitte August 1935 vermerkte die Organisationsabteilung des Generalstabes, dass nunmehr zumindest eine Entscheidung für den Heeresaufbau 1936 und 1937 dringend erforderlich sei, da sonst das Heer gegenüber der Marine und der Luftwaffe mit der Auftragsvergabe ins Hintertreffen gerate. Aus einem weiteren Vermerk geht hervor, dass der Oberbefehlshaber des Heeres sich zwar mit der Planung identifizierte, der Reichskriegsminister aber offenbar nicht bereit war, eine Entscheidung zu treffen. Am 9. September erging dann die Weisung des Chefs des Generalstabes an die beteiligten Stellen innerhalb des Oberkommandos des Heeres, mit den Vorarbeiten für den Heeresaufbau 1936 aufgrund der Daten der Juli-Planung zu beginnen⁹⁶. Auch damit war eine endgültige Entscheidung noch keines-

93 Vgl. Mueller-Hillebrand, Heer I, S. 32ff.; Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 229.

94 Handschriftlicher Vermerk auf einer Vortragsnotiz der Organisationsabteilung des Generalstabes vom 10.7.1935, BA-MA RH 2/v. 1019.

95 Generalstab des Heeres 2. Abt. Nr. 1900/35 g.Kdos. vom 19.7.1935, ebd.

96 Vortragsnotiz vom 15.8.1935; Notiz vom 19. 8.; Verfügung vom 9.9.1935: ebd. Müller, Beck-Studien, S. 203ff., sowie Dokument Nr. 34, nimmt eine Entscheidung über die Rüstungsplanung bereits im Juni 1935 an. Dies war jedoch nicht der Fall.

wegs verbunden. Im Winterhalbjahr 1935/36 herrschten weder über die kurz- noch über die mittelfristigen Ziele des Heeresaufbaus eindeutige und detaillierte Vorstellungen. Es kennzeichnet die schwankende, an keinem konkreten Ziel orientierte Planungsphase, wenn der Chef des Heerespersonalamtes in einer Stellungnahme vom 13. Dezember 1935 feststellen konnte⁹⁷, «dass fast allmonatlich neue Anforderungen in erheblichem Umfang gestellt» würden. Schwedler erklärte nunmehr ganz offen, dass er nicht mehr bereit sei, den «Wünschen und Anordnungen über Neuaufstellungen» zu entsprechen. «Wir würden einen tönernen Aufbau des Heeres anordnen, der den eines anderen Wehrmachtteils noch übertrifft.» Der Protest Schwedlers blieb zunächst wirkungslos, da Blomberg sich die Entscheidung über Tempo und Umfang der weiteren Aufrüstung vorbehalten.

Das Zögern des Reichskriegsministers, einer längerfristigen Rüstungsplanung für das Heer – Marine und Luftwaffe wurden davon nicht berührt⁹⁸ – zuzustimmen, dürfte mit dem Problem der entmilitarisierten Zone im Zusammenhang gestanden haben. Die Wiederherstellung der Wehrhoheit in diesem Gebiet wurde aus rüstungs wirtschaftlichen Gründen, aber auch unter militärisch-operativen Aspekten zu einer immer dringlicheren Forderung. Schon die Überlegungen zum Aufbau eines 36-Divisionen-Heeres im Frühjahr 1935 hatten die besonderen Schwierigkeiten verdeutlicht, die sich aus der Existenz der entmilitarisierten Zone für die Verteidigung gegen Frankreich ergaben. Die rechtzeitige Gewinnung der Rheinlinie im Konfliktfalle wurde als *conditio sine qua non* selbst einer zeitlich begrenzten, erfolgreichen Verteidigung angesehen. Im Februar 1936 kam der Generalstab aufgrund detaillierter Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass die östlich der Zone stationierten Truppeneinheiten im Bahntransport nicht in der angekommenen, zur Verfügung stehenden Zeitspanne in die vorgesehenen Einsatzräume am Rhein transportiert werden konnten, wobei die Abteilung wie selbstverständlich von einer hohen Mobilität der französischen Armee ausging⁹⁹. Die Zone bildete demnach ein kaum zu überwindendes Hindernis für die bereits im Dezember 1933 postulierte strategische Zielsetzung.

In den Jahren vor 1936 waren verschiedentlich Versuche unternommen worden, der Schwierigkeiten in irgendeiner Weise Herr zu werden. Blomberg hatte als Chef des Truppenamtes (1929) darauf gedrungen, eine dem Grenzschutz Ost ähnliche Organisation auch im Westen des Reiches aufzubauen, und war damit gescheitert¹⁰⁰. Als Reichswehrminister hat er sich gegen den Widerstand des Auswärtigen Amtes ab November 1933 für die Bildung eines Grenzsicherungsdienstes eingesetzt, der im Jahre 1934 als Verstärkter Grenzaufsichtsdienst (VGAD) mit Hilfe ziviler Verwaltungsstellen aufge-

97 BA-MA RH2/v. 1020.

98 Vgl. S. 543ff., S. 577ff.

99 Generalstab des Heeres, 5. Abt. Nr. 378/36 g.Kdos. vom 14.2.1936, BA-MA II H 593/3.

Vgl. auch Geyer, Militär, S. 254.

100 Vgl. hierzu ausführlich Geyer, Aufrüstung, S. 210ff., S. 336ff., S. 381 ff.

stellt wurde. Unter der Obhut des Truppenamtes wurden vornehmlich Angehörige des Zolldienstes, die in der Zone stationierten Landespolizeien und paramilitärische Organisationen mit den Aufgaben des VGAD betraut¹⁰¹. Die militärische Effektivität des Grenzaufsichtsdienstes war jedoch begrenzt, da die rigorose Geheimhaltung und Tarnung, auf der das Auswärtige Amt aus politischen Gründen bestand und der die militärische Führung auch Folge leistete, eine intensive Ausbildung der Angehörigen des VGAD verhinderte.

Hitlers Entschluss zur Besetzung der entmilitarisierten Zone ist durch die ihm sicher nicht unbekanntenen militärischen und rüstungswirtschaftlichen Aspekte zwar nicht datenmässig festgelegt worden¹⁰². Die Gunst der aussenpolitischen Situation, möglicherweise auch allgemeine innenpolitische Motive – wie die sich anschliessenden Reichstagswahlen vermuten lassen – werden zu dem Entschluss beigetragen haben. Aber die Aktion war ein logischer Schritt auf dem Wege zur «Wiedergewinnung der politischen Macht», da die Besetzung der Rheinlande die Handlungsfähigkeit der bewaffneten Macht wesentlich verbesserte, ohne deren Hilfe in der Sicht Hitlers das politische Ziel nicht erreicht werden konnte.

Mit der Rheinlandbesetzung am 7. März 1936 übernahm die Wehrmacht zum ersten Mal seit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Nationalsozialisten die militärische Exekution eines politischen Entschlusses, der aus deutscher Sicht beträchtliche internationale Risiken in sich trug. Es konnte nicht ausgeschlossen werden, dass Frankreich den Bruch der letzten, noch in Kraft befindlichen militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages und des Vertrages von Locarno durch eine militärische Intervention, eventuell durch die Besetzung linksrheinischen Gebietes beantworten würde. Blomberg hatte als Reichsverteidigungsminister seit dem Austritt Deutschlands aus Abrüstungskonferenz und Völkerbund im Oktober 1933 der Wehrmacht Weisungen für den Verteidigungsfall erteilt, die im Wesentlichen auf die rechtzeitige Räumung bedrohter Gebiete und die Formierung eines inhaltenden Widerstandes hinausliefen¹⁰³. Wochen vor dem sogenannten «Überraschungscoup» Hitlers ist die militärische Führung über seine Absichten unterrichtet worden, es handelte sich demnach nicht um eine improvisierte militärische Aktion¹⁰⁴. Die Befehle Blombergs und Fritschs¹⁰⁵ trugen der Gefahr internationaler Verwicklungen insofern Rechnung, als insgesamt nur 3 Bataillone weit in das linksrheinische Gebiet vorstossen und die Städte Aachen, Trier und Saarbrücken erreichen sollten, während die Masse der beteiligten Verbände rechtsrheinische Garniso-

101 Vgl. Mueller-Hillebrand, Heer I, S. 58; Geyer, Militär, S. 253; Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 225 ff. Vgl. hierzu auch die Darstellung bei Müller, Beck-Studien, S. 214ff.

102 Beitrag Messerschmidt, S. 726ff., sowie Funke, 7. März 1936, S. 277f.; vgl. auch Robertson, Pre-War Policy, S. 66ff.

103 IMT, Bd. 34, S. 488ff.; zur Interpretation vgl. Geyer, Aufrüstung, S. 373ff., vgl. auch S. 522.

104 Braubach, Einmarsch. S. 12 ff.

105 Für die Einzelheiten vgl. Watt, German Plans, S. 193 ff. Zu der von Unsicherheit geprägten Haltung Blombergs am Tage des Einmarsches vgl. auch Beitrag Messerschmidt, S. 726. Zur französischen militärischen Reaktion vgl. Michalon/Vernet, L'armée française.

nen bezog und an besonders neuralgischen Punkten Brückenköpfe bildete. Nach der politischen Provokation suchte man eine militärische nach Möglichkeit zu vermeiden. Allerdings gehört die verbreitete Vermutung, die erwähnten drei Infanteriebataillone würden sich bei einem militärischen Eingreifen Frankreichs «kampfflos» zurückgezogen haben, in das Reich der Legenden. Nach den gegebenen Befehlen sollte dem Gegner vielmehr im Verein mit den Kräften des Verstärkten Grenzaufsichtsdienstes Widerstand geleistet werden unter Benutzung der vorbereiteten Sperr- und Widerstandszonen. Ziel der militärischen Führung war es in jedem Falle, die Roer-Rhein-Schwarzwald-Linie fest in Besitz zu nehmen. Darauf deuteten die umfangreichen Massnahmen zur Räumung des Rheins hin, wodurch die Bildung von Brückenköpfen auf dem östlichen Ufer des Stroms im Zuge einer überraschend und schnell vorgetragenen französischen Gegenaktion erschwert, wenn nicht verhindert werden sollte. Die be- und gefürchtete französische Reaktion blieb aus, und damit hatte die junge Wehrmacht ungeprüft ihre erste Bewährungsprobe bestanden.

Mit der Besetzung des Rheinlandes waren die letzten Beschränkungen der Wehrhoheit beseitigt, denen die Reichswehr seit dem Vertrag von Versailles unterworfen war. Der Wehrmacht stand nunmehr das Wehrpflichtigen-Potential jener Gebiete uneingeschränkt zur Verfügung, sie gewann zudem eine günstige Verteidigungsposition entlang der Rheinlinie, vor allem aber war eines der wichtigsten rüstungswirtschaftlichen Zentren des Reiches dem Zugriff von aussen nicht mehr in derselben Weise ausgesetzt wie in den Jahren seit 1919. Im März 1936 waren somit die politischen Voraussetzungen erfüllt, die dem Rüstungsziel des Dezember-Programms zugrunde lagen. Die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht im Jahre 1935 und nun die Wiederherstellung der Wehrhoheit im Westen des Reiches verbesserten in entscheidender Weise die Möglichkeiten, dem militärischen Ziel Becks näher zu kommen, «einen Verteidigungskrieg nach mehreren Fronten mit einiger Aussicht auf Erfolg» führen zu können. Im Frühjahr 1936 eröffneten sich aber auch für die weitere Rüstungsplanung neue Perspektiven. Die Planungsziele waren gegenüber den ursprünglichen Vorstellungen des Truppenamtes, nicht zuletzt durch militärische Forderungen und Erwägungen, in Tempo und Umfang wesentlich erweitert worden, zuletzt durch das im Sommer 1935 erarbeitete mehrjährige Rüstungsprogramm. Das Zögern Blombergs, dieses Programm zu sanktionieren, war zum einen auf die sichere Erwartung zurückzuführen, dass die Wehrhoheit im Westen des Reiches in absehbarer Zeit wiederhergestellt werden würde, zum anderen aber auch auf militärische Erwägungen und Entwicklungen, die zusammen mit der veränderten politischen und rüstungswirtschaftlichen Situation noch einmal die Möglichkeit eröffneten, die Rüstungsziele qualitativ und quantitativ auf ein höheres Niveau zu heben.

Diese militärischen Erwägungen beschäftigten sich mit dem Problem der künftigen Verwendung der am 15. Oktober 1935 aufgestellten drei Panzerdivisionen. Mit dem Aufstellungsbefehl war eine Entwicklung zu einem vorläufigen Abschluss gekommen, die in exemplarischer Weise die Auswirkungen des Versailler Vertrages auf das Denken

und Handeln der deutschen militärischen Führung veranschaulicht¹⁰⁶. Die Bestimmungen des Vertrages hatten die Reichswehrführung zur Beantwortung der Frage gezwungen, wie mit einem möglichst geringen materiellen und personellen Aufwand die grösstmögliche militärische Wirkung zu erzielen sei. Daraus ergab sich die Forderung nach einer hohen Beweglichkeit der Verbände, da allein durch die Überraschung des Gegners kurzfristige Erfolge möglich erschienen. Beweglichkeit der Kräfte mit dem Ziel der Überraschung war aber nur denkbar, wenn man neben der Eisenbahn auch den Motor zur Hilfe nahm. Dem entsprachen auf der einen Seite die Motorisierungsprogramme der Reichswehrführung und andererseits die von Guderian verfochtene Idee des operativ verwendbaren selbständigen Panzerverbandes¹⁰⁷. Guderians Name steht stellvertretend für eine kleine Gruppe von Offizieren, die im Laufe der zwanziger Jahre auf dem Wege über eine intensive Beschäftigung mit den Problemen strassengebundener Transportbewegungen die Formen einer Kampfführung mit mechanisierten Einheiten und Verbänden entwickelten. Die Inspektion der Kraftfahrtruppe wandelte sich aufgrund dieses Prozesses zum Kommando der Kraftfahrkampftuppen¹⁰⁸. Wichtige Stationen auf diesem Wege waren die Einrichtung eines Kampfwagenausbildungszentrums bei Kasan in der Sowjetunion Mitte der zwanziger Jahre und die von dem damaligen Inspekteur der Kraftfahrtruppe, Generalmajor Lutz, und seinem Chef des Stabes, Oberstleutnant Guderian, ab 1932 mit besonderem Nachdruck geförderten und durchgeführten Truppenübungen¹⁰⁹.

Obwohl diese Übungen die grossen Möglichkeiten motorisierter und mechanisierter Verbände unter Beweis gestellt hatten, regten sich gegen die von Guderian seit 1929 entwickelte Idee einer Panzerdivision als wichtigstem operativem Verband eines künftigen Heeres doch allerorts Widerstände. Sie gründeten sich nicht in erster Linie, wie anzunehmen gewesen wäre, auf die mit dem Aufbau dieser modernen Waffengattung verbundenen technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, sondern folgten den eingewurzelt, traditionellen Linien militärischen Denkens. Die in ihrer Existenz bedrohte Kavallerie wehrte sich gegen die Übernahme ihrer militärischen Funktion durch motorisierte Verbände; aber auch in den Führungskreisen, in denen das militärische Ziel der von Guderian verfochtenen Idee, die Wiedergewinnung der Freiheit der operativen Kriegführung, bejaht wurde, scheute man vor den weitreichenden Konsequenzen für die gesamte Organisation des Heeres zurück.

Es bedurfte des Anstosses von aussen, um diese Widerstände zu überwinden. Hitler hat-

106 Vgl. Deist, De Gaulle et Guderian, S. 47 ff.

107 Die reichhaltige Literatur zu Guderian und zur Entwicklung der deutschen Panzerwaffe ist in den beiden neuesten Biographien des Generals erschlossen und nachgewiesen: Macksey, Guderian, und insbesondere Walde, Guderian.

108 Nehring, Panzerwaffe, S. 78 f.

109 Vgl. die Berichte hierüber bei Nehring, Panzerwaffe, S. 67ff., sowie bei Guderian, Erinnerungen, S. 22 f.

te bereits im Februar 1933 bei der Eröffnung der Automobilausstellung zu erkennen gegeben, dass er den Fragen der Motorisierung mit ungewöhnlicher Aufgeschlossenheit gegenüberstand. Seine Ankündigung in einer Rede zum 1. Mai 1933, den Bau eines Autobahnnetzes in Angriff nehmen zu wollen, unterstrich dieses Interesse in spektakulärer Form¹¹⁰. Auch die 1933 an die Spitze der Reichswehr berufenen Offiziere, Blomberg, Reichenau und selbst Fritsch, waren für ihre Aufgeschlossenheit gegenüber unkonventionellen Ideen bekannt. Nach dem Bericht eines der beteiligten Offiziere aus der Inspektion der Kraftfahrtruppe soll dann auch der direkte Eingriff des Ministers und seines Chefs des Wehrmachtamtes im Februar 1934 dazu geführt haben, dass mit dem Aufbau von drei Panzerdivisionen im Herbst 1934 begonnen wurde¹¹¹. Personell konnte man nur auf die sieben Kraftfahrabteilungen der Reichswehr zurückgreifen, materiell standen nur handelsübliche Raupenschlepper und einige Fahrgestelle des zukünftigen Panzers I zur Verfügung. Aber die grundsätzliche Entscheidung zur Aufstellung der Panzerdivisionen war im Sinne Guderians gefallen, der organisatorische Rahmen gegeben, und mit der im Winter 1934/35 anlaufenden Serienproduktion des Panzers I, eines mit zwei Maschinengewehren ausgerüsteten 5,5-t-Fahrzeuges¹¹², konnten die Rahmenverbände im Laufe des Jahres 1935 – wenn auch unzulänglich – mit dem notwendigen Gerät ausgestattet werden.

Die nach wie vor umstrittene, von Guderian vertretene Organisationsform moderner, hochtechnisierter Kampfverbände bestand im Sommer 1935 ihre erste Bewährungsprobe. Bei einer Demonstration neuer Waffen durch das Heereswaffenamt am 11. Juli auf dem Truppenübungsplatz Kummersdorf hatte Guderian Gelegenheit, Hitler einige der in einer Panzerdivision vereinigten motorisierten Elemente vorzuführen¹¹³. Hitler zeigte sich begeistert und begrüsste nachdrücklich die ihm von Guderian in Gegenwart des Oberbefehlshabers des Heeres vorgetragene Konzeption. Einen Monat später fand auf Veranlassung der Inspektion der Kraftfahrkampfruppen eine vierwöchige Übung mit einer «Übungs-Panzerdivision» unter Leitung des Generalleutnants v. Weichs auf dem Truppenübungsplatz Munsterlager statt¹¹⁴. Ziel der Übung war es, die Möglichkeiten der Führung grosser Panzerverbände in schneller Bewegung und im Kampf sowie im Zusammenwirken mit den Ergänzungswaffen unter Beweis zu stellen. Auch diese Übung fand in Anwesenheit des Oberbefehlshabers des Heeres statt, der durch eine gezielte «Einlage», die der Übungsverband ohne Schwierigkeit bewältigte, der neuen Panzertruppe zu vielfältiger Anerkennung verhalf. Die erfolgreichen Demonstrationen von Kummersdorf und Munsterlager, die für das seit den Materialschlachten und Stellungskämpfen des Ersten Weltkrieges fixierte Kriegsbild neue Perspektiven eröffneten, hat-

110 Vgl. Domarus I, S. 208f. (11. 2.1933), S. 263 (1.5.1933). Vgl. auch Irving, Hitlers Weg, S. 70 f., sowie Beitrag Volkman, S. 282 f.

111 Nehring, Panzerwaffe, S. 78.

112 Senger und Etterlin, Kampfpanzer, S. 55 ff.

113 Vgl. Guderian, Erinnerungen, S. 23f.

114 Vgl. Nehring, Panzerwaffe, S. 88f.; Guderian, Erinnerungen, S. 29 f.

ten Rückwirkungen sehr unterschiedlicher Art auf die Konzeption für den Gesamtaufbau des Heeres.

Bei der Vorführung auf dem Truppenübungsplatz Kummersdorf hatte der Oberbefehlshaber des Heeres in Reaktion auf den durchschlagenden Erfolg der neuen Waffe die Klärung der Möglichkeiten einer offensiven Panzerwagen-Abwehr angeregt. Er war dabei von der Ansicht ausgegangen, dass der Panzer selbst das beste Abwehrmittel gegen Panzerangriffe darstelle¹¹⁵. Das war auch die Ansicht des Inspektors der Kraftfahrkampftruppe, der bei der Abschlussbesprechung in Munsterlager geäußert hatte, dass die «beste Abwehr in der Schaffung von noch mehr Kampfswagen liege»¹¹⁶. Widerspruch regte sich von mehreren Seiten. Der Chef der Ausbildungsabteilung im Generalstab des Heeres, Oberst Hans Reinhardt, bezweifelte, ob sich das Heer jemals eine hierfür ausreichende Anzahl Panzer werde «leisten» können. Reinhardt stand ganz unter dem Eindruck der demoralisierenden Wirkung der gezeigten konzentrierten Panzerangriffe auf die sich verteidigende Infanterie. Durch eine zweckentsprechende Ausrüstung und eine intensive, realitätsbezogene Ausbildung müsse erreicht werden, dass der Infanterist von der Möglichkeit der Überwindung auch dieser neuen Waffe überzeugt werde¹¹⁷.

Mit dem von Fritsch stammenden Begriff einer «offensiven Abwehr» öffnete sich für den Generalstab des Heeres eine neue operative Dimension. Seit jeher war die Form der «beweglichen Kampfführung», des hinhaltenden Widerstandes, ein aus der Beschränkung der eigenen Machtmittel resultierendes, zwingendes Gebot gewesen. Nunmehr, nachdem der Panzer-Kampfverband seine Qualitäten über alles Erwartete unter Beweis gestellt hatte, erweiterten sich die Möglichkeiten einer «beweglichen Kampfführung» in erheblichem Masse. Unter dem Begriff der «offensiven Abwehr» schien nun auch der Durchbruch, die Umfassung in offensiver Absicht in den Bereich der operativen Möglichkeiten gerückt zu sein. Diese interne Entwicklung fiel in eine Zeit, in der die Gesamtplanung für den Aufbau des Heeres stagnierte, die drängende Entscheidung für die Herbst-Aufstellung des Jahres 1936 noch nicht gefallen war und die Ausdehnung der Wehrhoheit auf die entmilitarisierte Zone nur mehr als eine Frage der Zeit betrachtet und von Blomberg durch Massnahmen verschiedener Art vorbereitet wurde. Insgesamt demnach eine offene Situation, die geradezu dazu einlud, die mit der Panzerwaffe aufgeworfenen organisatorischen und operativen Probleme in die Planung der Gesamtstruktur des künftigen Heeres zu integrieren. Dies geschah unter dem bezeichnenden Stichwort: «Erhöhung der Angriffskraft des Heeres». Damit wurde erneut aus militäri-

115 Aus der Stellungnahme des Heereswaffenamtes (Bb. Nr. 431/35 g.Kdos.) vom 30.10.1935, BA-MA II H 630.

116 Aus der Stellungnahme des Chefs der 4. Abt. des Generalstabes des Heeres (Nr. 1290/35 g.Kdos.) vom 4. 9.1935, ebd.

117 Auch der Chef des Heereswaffenamtes widersprach der Ansicht, dass der Panzer das beste Abwehrmittel gegen den Panzer sei, und empfahl eine Verbesserung und Weiterentwicklung der vorhandenen Panzerabwehrgeschütze, vgl. Anm. 121.

schen Erwägungen und nicht aufgrund des viel berufenen Druckes der politischen Führung ein Prozess der Ausweitung und Beschleunigung der Aufrüstung in Gang gesetzt. Die politische Absicht des Reichskanzlers wurde vielmehr durch den Professionalismus der militärischen Führung¹¹⁸ wirkungsvoll unterstützt.

Die Erörterungen über die «Erhöhung der Angriffskraft des Heeres» erreichten einen Höhepunkt mit der Denkschrift Becks für den Oberbefehlshaber des Heeres vom 30. Dezember 1935, die der gesamten Diskussion, die sich bis in den Sommer 1936 hinzog, die Richtung wies und von vornherein auch Massstäbe setzte¹¹⁹. Beck wandte sich zunächst gegen mögliche Vermutungen, dass mit der intendierten Erhöhung der Angriffskraft eine neue Zielsetzung für den Aufbau des Heeres verbunden sei. Nach wie vor gelte die im Dezember-Programm 1933 formulierte Absicht, mit dem zu mobilisierenden Kriegsheer einen Mehrfronten-Verteidigungskrieg mit einiger Aussicht auf Erfolg führen zu können. Die Erwägungen über die Erhöhung der Angriffskraft rechtfertigten sich daher aus dem Grundsatz, dass «die strategische Abwehr... nur dann erfolgreich sein» werde, «wenn sie auch angriffsweise geführt werden» könne. In dem Begriff der «strategischen Abwehr» kommt jedoch die neue Interpretation zum Ausdruck, die die Zielsetzung des Jahres 1933 aufgrund der veränderten Umstände erfahren hatte. Der Generalstab des Heeres erlaubte sich nun in «grösseren Verhältnissen» zu denken und anzuknüpfen an das Kriegführungsdenken Moltkes und Schlieffens, deren operatives Konzept für einen Mehrfrontenkrieg gleichfalls als eine offensiv geführte Abwehr charakterisiert werden kann. Herbeigeführt wurde dieser deutliche Wandel der Perspektive durch die überzeugende Demonstration der Verwendungsmöglichkeiten der neuen Waffe.

Wie sehr der Generalstab von dieser Idee beherrscht war, zeigte sich in den von Beck vorgeschlagenen Massnahmen zur Verbesserung der Angriffsfähigkeit des Heeres. Die bisherige Planung sah neben den drei Panzerbrigaden der drei Panzerdivisionen noch weitere drei Brigaden bei den Heerestruppen vor. Beck hielt es nunmehr für nötig und realistisch, dass jedes Armeekorps des Friedensheeres mit einer Panzerbrigade (= 4 Panzerabteilungen) ausgestattet wurde, das kam einer Verdoppelung der bisher vorhandenen Panzerbrigaden gleich¹²⁰. Wichtiger als die zahlenmässige Planung erscheint die Verwendung, die Beck den Panzerformationen übertragen wollte. Er unterschied drei Hauptaufgaben: 1. Unterstützung des Infanterieangriffs («Inf. Tank»), 2. Panzerabwehr und schliesslich 3. «selbständige operative Verwendung im Verbands mit anderen mot. Waffen (z. Zt. Panzerdivision)».

118 Auf die politische Bedeutung des sich wandelnden Selbstverständnisses des Offizierkorps zu einer «professional managerial elite» hat Geyer, *Professionals*, S. 77 ff., mit Nachdruck aufmerksam gemacht.

119 O. Qu. 1/2. Abt. Nr. 26 55/35 g. Kdos. vom 30.12.1935, BA-MA IIIH 662. Vgl. hierzu auch Müller, *Beck-Studien*, S. 206ff., der u.a. auf die französischen Motorisierungsprogramme als zusätzliches Agens hinweist, sowie die dort abgedruckten Dokumente Nr. 37 und 39 (Denkschriften vom 30.12.1935 und 30.1.1936).

120 Für die 12 Armeekorps des Friedensheeres forderte er demnach 12 Panzerbrigaden, dazu traten die 3 Panzerbrigaden der 3 Panzerdivisionen.

Der dritten Aufgabe widmete Beck eine besondere Betrachtung. Er stellte zunächst fest, dass ein frontaler Angriff gegen einen gleichwertigen und zahlenmässig gleichstarken Gegner ohne Mitwirkung von Panzern «kaum auf Erfolg rechnen» könne. Bei «weit gesteckte[n] Angriffsziele[n]» komme nur der Einsatz von Panzerdivisionen in Frage, wobei die Zusammensetzung der bestehenden Panzerdivision noch der Überprüfung bedürfe. Aus der Denkschrift ergibt sich insgesamt der Eindruck, dass Beck und Guderian in der Verwendung der Panzerformationen sich nur unwesentlich unterschieden. Der Chef des Generalstabes bevorzugte allerdings eine grössere organisatorische Flexibilität. Zusammen mit den ausserhalb der bestehenden Panzerdivisionen aufzubauenden Panzerbrigaden forderte er die Aufstellung von motorisierten Schützenregimentern, die dann je nach der gegebenen Situation zu selbständigen operativen Kampfverbänden zusammengefügt werden und die Aufgaben der Panzerdivisionen übernehmen sollten. Gleichzeitig hielt er es aber auch für möglich, dass diese motorisierten Schützenregimenter den Grundstock für später aufzustellende «leichte Divisionen» abgeben könnten. Während Guderian allein und ausschliesslich die Aufstellung von weiteren Panzerdivisionen im Sinne hatte, kam es dem Chef des Generalstabes darauf an, durch die zusätzliche Motorisierung bzw. Teilmotorisierung mehrerer Infanteriedivisionen die Angriffskraft des Heeres insgesamt zu erhöhen¹²¹.

Im Ergebnis lief die Planung des Chefs des Generalstabes auf eine tiefgreifende Umstrukturierung des Heeres hinaus. Beck blieb zwar im Rahmen des bisher anvisierten 36(33 4-3)-Divisionen-Heeres, doch sollten nunmehr am Ende der Aufbauphase 1939/40 der militärischen Führung motorisierte und mechanisierte Kampfverbände für Angriffsoperationen mit weitgesteckten Zielen zur Verfügung stehen, die im Ernstfall mehr als ein Drittel der im Frieden vorhandenen Divisionsverbände ausmachten. Damit würden für eine «strategische Abwehr» in einem Mehrfrontenkrieg völlig veränderte militärische Voraussetzungen geschaffen sein. Das deutsche Heer war mit der Aufstellung von drei Panzerdivisionen seinen Nachbarn in der Entwicklung schon weit vorausgeeilt, Becks Programm war geeignet, diesen Vorsprung noch wesentlich zu vergrössern.

Der weitere Verlauf der Erörterungen innerhalb des Oberkommandos des Heeres zeigte die Ausgewogenheit und die dem Ziel angemessene Breite des Ansatzes der Konzeption des Generalstabes. Gerade weil Beck von der besonderen Bedeutung operativ verwendbarer Panzerverbände durchdrungen war, wandte er sich mit Entschiedenheit gegen den Vorschlag der Inspektion der Kraftfahrkampftuppen, die Verbände zu 57 Prozent mit dem Panzer I auszustatten. Um der ihnen übertragenen Funktion willen forderte Beck

121 Zu der Kontroverse vgl. auch Senff, *Panzerwaffe*, S. 18 ff.; bereits überholt Cooper, *German Army*, S. 143 ff. Aus den Äusserungen Becks geht zweifelsfrei hervor, dass er den modernen Entwicklungen schon wegen der neuen operativen Möglichkeiten, die sie eröffneten, positiv gegenüberstand. Vgl. eine entsprechende Entwicklung innerhalb der Marine, in der mit der Entscheidung für die Panzerschiffe auch die von Tirpitz stammende fixe Idee der Entscheidungsschlacht in der Nordsee zugunsten des Kampfes gegen die Seeverbindungen des Gegners aufgegeben wurde; hierzu Gemzell, *Organization*, passim.

mit Nachdruck die Ausstattung mit den in der Entwicklung begriffenen schweren Typen und insbesondere mit panzerbrechenden Waffen¹²². Gegenüber dieser wohlbegründeten, in die Zukunft weisenden Forderung wiegen die Auseinandersetzungen über die organisatorische Zusammensetzung der Panzerdivisionen gering, die Beck und den Generalstab in den Ruf brachten, den Ideen Guderians grundsätzlich ablehnend gegenüberzustehen.

Andererseits hatte sich der Generalstab gegen zum Teil ausgesprochen restaurative Tendenzen durchzusetzen. So war der Chef des Allgemeinen Heeresamtes, Oberst Fromm, zum Beispiel der Meinung, dass die «Überfeinerung der Waffen und die Blutscheu... zur taktischen Degeneration» führten¹²³. Fromm war ausserdem ein dezidierter Gegner der bestehenden Panzerdivisionen, er sah die Hauptaufgabe dieser Waffe in der Unterstützung des Infanterieangriffs. Im Übrigen erkannte er durchaus die Vorteile der Motorisierung und Mechanisierung der Kampfverbände und wandte sich mit überzeugenden Gründen gegen die Becksche Idee der teilmotorisierten Infanteriedivision. Dieser Widerspruch führte über mehrere Stationen zur Konzeption der «leichten Divisionen», die dann ab Sommer 1936 aufgestellt wurden.

Noch stand die Umsetzung des Ergebnisses der «Erwägungen» in einen konkreten, umfassenden, auf die Realisierung hin angelegten Rüstungsplan aus. Aber der Chef des Generalstabes hatte bereits zu erkennen gegeben, dass ihn weder finanzielle noch wirtschaftliche Schwierigkeiten an der Verfolgung des für richtig erkannten militärischen Planungszieles hindern würden. Als der Chef des Allgemeinen Heeresamtes Zweifel äusserte, dass die Forderung von 48 Panzerabteilungen finanziell zu verkraften sei, wies er den Gedanken einer Reduzierung aus «geldlichen Rücksichten» strikt ab. Und in einer Stellungnahme zur Ausstattung und Organisation der projektierten Panzerverbände forderte er dazu auf¹²⁴, sich «von den z. Zt. noch beschränkten rüstungsmässigen Möglichkeiten frei [zu] machen. Ausschlaggebend für das zu erreichende Endziel» seien «in erster Linie die von der Führung an die Kampfwagenverbände zu stellenden Aufgaben». Diese souveräne Nichtachtung der für eine moderne Armee geradezu existenziellen volkswirtschaftlichen Grundlagen jeder militärischen Rüstung demonstriert erneut, wie vergeblich der Versuch des Chefs des Heereswaffenamtes im Mai 1934 gewesen war¹²⁵, der militärischen Führung die Gleichwertigkeit des materiellen und des personellen Faktors vor Augen zu führen sowie sie dazu zu veranlassen, die «rüstungsmässigen Möglichkeiten» bei der Planung entsprechend zu berücksichtigen.

Zwei Jahre nach der Entscheidung über den Aufbau eines 21-Divisionen-Heeres hatte

122 Stellungnahme des Chefs des Generalstabes (O. Q. 1/2. Abt. Nr. 15/36 g.Kdos.) vom 9.1.1936, BA-MA II H 662.

123 AHA Nr. 5000/35 g.Kdos. vom 22.1.1936, ebd.; vgl. auch die Gegenstellungnahme Becks (O. Qu. 1/2. Abt. Nr. 162/36 g.Kdos.) vom 30.1.1936; ebd.

124 O. Q. 1/2. Abt. Nr. 15/36 g.Kdos. vom 9.1.1936; ebd.

125 Vgl. S. 492 f.

der Prozess der Aufrüstung mit den «Erwägungen über die Erhöhung der Angriffskraft des Heeres» ein neues Stadium erreicht. Noch waren die Divisionen des konventionellen Typs je nach Planungsphase keineswegs als vollwertige Kampfverbände einzustufen, noch steckte der Aufbau eines Kriegsheeres in dem projektierten Umfang in den allerersten Anfängen, da begann bereits – vornehmlich aufgrund militärischer Überlegungen – eine neue Planungsphase, die die Struktur des Heeres wesentlich verändern sollte.

d) Die Planungen des Sommers 1936 und ihre Durchführung bis zum Kriegsbeginn

Die Frage der Herbst-Aufstellungen des Jahres 1936 war trotz der detaillierten Planungen des Sommers 1935 über Monate hin offengeblieben¹²⁶. Der Generalstab hatte sich im Dezember ausdrücklich für eine über die Gesamtplanung weit hinausgehende Beschleunigung des Aufbaus des Heeres ausgesprochen. Beck befürwortete Ende Dezember die Aufstellung der vorgesehenen 33 Infanteriedivisionen schon zum 1. Oktober 1936, ein halbes Jahr zuvor hatte dieses Ziel erst zum 1. Oktober 1939 erreicht werden sollen¹²⁷. In dem ersten Aufstellungsbefehl vom 12. Januar 1936 für den Herbsttermin wurde diesem Vorschlag jedoch nicht vollständig entsprochen, nicht 33, sondern «nur» 32 Divisionsverbände sollten gebildet werden. Die Steigerung gegenüber den Planungen des Sommers 1935, die für den Herbsttermin 1936 insgesamt 28 Divisionsverbände vorgesehen hatten, war eklatant. Für die Unbestimmtheit der Vorstellungen innerhalb der militärischen Führung ist es kennzeichnend, dass wenige Tage später eine neue Variante des Gesamtaufbauplans vorlag, der die Aufstellung der 33. Infanteriedivision erst für den Herbst 1939 vorsah, gegenüber den Plänen des Sommers 1935 jedoch eine wesentliche Steigerung der zu diesem Zeitpunkt verfügbaren Kriegsformationen in Anschlag brachte¹²⁸.

Dieses Schwanken in den Zielvorstellungen ist ein Reflex der noch ungeklärten Situation im Westen des Reiches und der neuen Möglichkeiten, die sich aus den gleichzeitigen, lebhaften Erörterungen über die Erhöhung der Angriffskraft des Heeres ergaben. Daher ist es nicht verwunderlich, dass nach der Rheinlandbesetzung der erste durch einen zweiten Aufstellungsbefehl vom 1. April 1936 revidiert wurde¹²⁹. Erstaunlich ist allein der Umfang der nunmehr befohlenen Neuaufstellungen zum 6. Oktober 1936. Im Generalstab des Heeres hatte man bisher daran festgehalten, dass die von Hitler am 16. März 1935 genannte Zahl von 36 Divisionen auch die Panzerdivisionen umfasse. Nun-

126 Vgl. S. 504 f.

127 Müller, Beck-Studien, Äusserung Becks in der Denkschrift vom 30.12.1935 (siehe Anm. 119), vgl. auch den Vorschlag der 2. Abt. vom 11.12.1935, BA-MA RH 2/v. 1020.

128 Vgl. hierzu Schottelius/Caspar, Organisation des Heeres, S. 303 f.

129 O. Q. 1/2. Abt. Nr. 500/36 geh. vom 1. 4.1936; BA-MA H 1/120; vgl. auch Schottelius/Caspar, Organisation des Heeres, S. 304f., auch für die folgenden Stärkezahlen.

mehr folgte man der Interpretation des damaligen Obersten Fromm aus dem Frühjahr 1935, der mit dieser Zahl nur die Infanteriedivisionen bezeichnet wissen wollte. Nach dem Befehl vom 1. April sollte das Heer im Herbst 1936 aus 36 Infanteriedivisionen, 3 Panzerdivisionen, einer Gebirgsdivision und einer Kavalleriebrigade, somit insgesamt aus 41 Divisionsverbänden bestehen. Gegenüber der Herbstaufstellung 1935 steigerte sich die Zahl der Infanteriedivisionen um 50 Prozent, von 24 auf 36 Divisionsverbände. Das Heer erreichte im Herbst 1936 eine Stärke von ca. 520'000 Mann. Die Aufstellung vollzog sich in der ehemaligen entmilitarisierten Zone noch immer unter gewissen Vorsichtsmassnahmen.

Der Befehl vom 1. April 1936 hatte die mittelfristige Aufbauplanung des Sommers 1935 vollständig aus den Angeln gehoben. Die veränderte politische und militärische Situation im Frühjahr 1936, auf der dieser Befehl fusste, musste das Oberkommando des Heeres erneut veranlassen, den Versuch zu unternehmen, für die weitere Entwicklung des Heeres bestimmte Ziele zu setzen, die den Detailplanungen als Grundlage dienen und auch die dringend erforderlichen langfristigen Massnahmen ermöglichen sollten. In einer Besprechung beim Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst v. Fritsch, am 8. Juni 1936, über deren Verlauf und konkretes Ergebnis keine Nachrichten vorliegen, wurden entsprechende Zielwerte festgelegt und der Generalstab sowie die Ämter des Oberkommandos mit der Detailplanung beauftragt.

Der Chef des Generalstabes legte bereits wenige Tage später, am 12. Juni, konkrete Daten über die Stärke des zukünftigen Friedens- und Kriegsheeres sowie über die in den einzelnen Jahren zu vollziehenden Aufbauschritte vor¹³⁰. Danach sollte das Friedensheer im Endausbau umfassen: 36 Infanteriedivisionen, davon allein vier vollmotorisierte Verbände, 3 Panzerdivisionen, 3 leichte Divisionen, eine Gebirgsdivision und eine Kavalleriebrigade. Hinzu traten starke Heeres- und Korpstruppenverbände, so allein 13 schwere und 3 leichte Artillerieregimenter sowie 13 Panzerbrigaden zu je 4 Panzerabteilungen. Der Generalstab errechnete die Gesamtpersonalstärke des Heeres, unter Einschluss von nichtwaffentragendem Hilfspersonal, auf insgesamt 793'410 Mann, davon allein 33'943 Offiziere. Das Kriegsheer, dessen Aufbau durch verschiedene Massnahmen ab Sommer 1936 wesentlich beschleunigt werden sollte, erreichte mit dem Mobilmachungsjahr 1937/38 nach den Angaben des Generalstabes bereits eine Stärke von 2'680'936 Mann, wovon 1'852'936 zum Feldheer zählen. Im Mobilmachungsjahr 1940/41, mit dem der Aufbau im Wesentlichen abgeschlossen sein sollte, setzte sich das Feldheer nach der Planung aus insgesamt 72 Infanterie-, 3 Panzer-, 3 leichten und 21 Landwehrdivisionen sowie einer Kavallerie- und 2 Gebirgsbrigaden zusammen. Die

130 Generalstab des Heeres, 2. Abt. Nr. 929/36 g.Kdos. vom 12.6.1936, BA-MA RH 2/v. 1021; daraus ergibt sich auch das Datum der Besprechung am 8. 6.1936. Zur Rüstungsplanung im Sommer 1936 vgl. auch Müller, Beck-Studien, S. 218ff. Müllers Darstellung weicht in Einzelheiten von den hier gegebenen ab, so misst er u.a. dem Vorschlag des Generalstabes vom 12. 6.1936 zu grosses Gewicht bei, in der Interpretation herrscht Übereinstimmung.

Personalstärke des Kriegsheeres bezifferte sich ab Oktober 1940 auf 3'612'673 Mann. Obwohl von Beck nicht ausdrücklich vermerkt, ergibt sich aus dem Plan der einzelnen Aufbauabschnitte, dass die Formierung des Friedens- und Kriegsheeres mit dem Herbst 1939 – mit Ausnahme einer grösseren Anzahl von schweren motorisierten Artillerie- und Panzerabteilungen – abgeschlossen sein sollte. Beck machte allerdings darauf aufmerksam, dass der Aufbau wesentlich «von der Bereitstellung des dafür notwendigen Materials einschliesslich eines ausreichenden Nachschubvorrates» abhängt, eine Argumentation, die er noch wenige Monate zuvor strikt abgelehnt hatte. Verglichen mit dem Dezember-Programm 1933 und den Planungen des Sommers 1935 scheinen die Daten insbesondere für das Kriegsheer auf den ersten Blick sich durchaus im Rahmen zu halten. Mit den 72 Infanteriedivisionen war man an der oberen Grenze des von Beck bereits im März 1935 für notwendig gehaltenen angelangt. Der wesentliche Unterschied lag in den zusätzlich zur Verfügung stehenden 21 Landwehrdivisionen und den stark ausgebauten Heeres- bzw. Korpstruppen, so dass das geplante Kriegsheer insgesamt 102 Divisionsverbände umfasste. Das deutsche Kriegsheer des Jahres 1914 hatte aus 87 Divisionen und 44 Landwehrbrigaden bestanden; die Kriegsstärke 1914 von 2'147'000 Mann war geringer als die für Oktober 1940 projektierte¹³¹! War es wirklich nur der politische Druck Hitlers nach dem Erfolg der Rheinlandbesetzung, der die militärische Führung dazu zwang, in etwas mehr als sieben Jahren das Ergebnis übertrumpfen zu wollen, das die kaiserliche Armee in einer über vierzigjährigen kontinuierlichen Entwicklung zustande gebracht hatte?

Welche Probleme sich hinter den Planzahlen verbargen, lässt sich ermesen, wenn man sich der Äusserungen Lieses aus dem Jahr 1934 oder des Widerspruchs des Generals v. Schwedler gegen die Planungsvorstellungen des Generalstabes im Sommer 1935 erinnert. Im Sommer 1936 schien Schwedler resigniert zu haben. Nach einem Schreiben der Organisations- an die Zentralabteilung des Generalstabes vom 24. Juni 1936 stand im Jahre 1941 einem errechneten Soll von rund 33'950 Offizieren für das Friedensheer ein Ist von 20'800 Offizieren gegenüber, unter der Voraussetzung, dass keine Verabschiedungen erfolgten und die «zwangsläufigen Abgänge» minimal angesetzt wurden¹³². Der rechnerische Fehlbestand von rund 13'150 Offizieren würde unter normalen Umständen erst 1950 vollends ausgeglichen werden können. Der Generalstab bat deswegen um die Prüfung der Frage, ob nicht erneut Unteroffiziere zu Offizieren befördert, die jährliche Fahnenjunkerquote weiter drastisch erhöht, Reserveoffiziere in vermehrtem Umfang in das aktive Offizierkorps überführt und Reaktivierungen in erhöhtem Umfang vorgenommen werden könnten. Beck hatte im Dezember 1933 eine Offizierquote von 7 Prozent zur Gesamtpersonalstärke als Endziel bezeichnet. Im Jahre 1936 betrug diese Quote, bezogen auf die aktiven Offiziere, gerade noch 1,6 Prozent, unter Eingliederung

131 Die Bevölkerung des Reiches bezifferte sich 1914 auf 67,8 Mio., 1933 auf 66,0 Mio. und 1939 auf 69,3 Mio. Einwohner.

132 Schreiben Nr. 983/36 g.Kdos. vom 24.6.1936, BA-MA RH 2/v. 1015.

der E-Offiziere ganze 2,6 Prozent¹³³! Im Jahre 1941 würde die Quote einschliesslich der E-Offiziere noch immer dem Stande von 1936 entsprechen. Beck schien jedoch bereit zu sein, sich mit diesen Verhältnissen abzufinden, denn im Aufbauplan erklärte er unter Heranziehung des nun absolut nicht zutreffenden Beispiels der kaiserlichen Armee von 1914, dass «eine annähernd befriedigende Deckung des Friedens- und des Kriegsbedarfs erstmals gegeben» sei, wenn «% der Gesamtstärke... im aktiven Heer vorhanden» sei¹³⁴. Das entsprach etwa der angegebenen Quote von 2,6 Prozent. Der Grundsatz der 7 Prozent war aufgegeben. Man war sich der allgemeinen Qualitätsverminderung, die noch durch die vorgeschlagenen Massnahmen vergrössert werden würde, bewusst, aber – wie es in dem Schreiben der Organisationsabteilung hiess – «die Not der Zeit» zwinge dazu. Worin bestand für den Generalstabschef diese «Not der Zeit», die ihm die Verantwortung für eine Entwicklung aufzwang, die seinen militärisch-fachlichen Grundsätzen eklatant widersprach? Nach wie vor beurteilte er die aussenpolitische Lage sehr skeptisch und war sich auch bewusst, dass die Isolierung des Reiches vor allem auf die Formen und Taten der nationalsozialistischen Politik zurückzuführen war, verschloss aber die Augen vor den aussenpolitischen Konsequenzen der Aufrüstung und erlag daher dem Zirkelschluss, dass der in der Isolierung zum Ausdruck kommenden Bedrohung nur durch eine weiter beschleunigte Aufrüstung zu begegnen sei. Ausserdem dürfte den Generalstabschef auch die Faszination der mit der Aufrüstung sich eröffnenden Möglichkeiten nicht unberührt gelassen haben, eine Faszination, die sich aus der Aufgabe der «strategischen Abwehr» in einem europäischen Mehrfrontenkrieg ergab.

Aufgrund einer Weisung des Oberbefehlshabers des Heeres übernahm das Allgemeine Heeresamt in Zusammenarbeit mit den anderen Ämtern des Oberkommandos die Detailplanung anhand des vom Generalstab vorgelegten Planes. Es galt nunmehr zum Beispiel die Frage zu klären, wieviel Garnituren Bekleidung zu welchem Zeitpunkt für welche Verbände zur Verfügung stehen mussten. Die sich aus derartigen Berechnungen ergebenden finanziellen und wirtschaftlichen Konsequenzen nahmen bei Munition, Waffen und Gerät, wenn es sich zum Beispiel um schwere motorisierte Artillerie oder Panzerwagen handelte, enorme Dimensionen an, die eine Revision der militärischen Zielvorstellungen möglich erscheinen liessen.

Der Chef des Allgemeinen Heeresamtes (AHA), Generalmajor Fromm, legte das imponierende Zahlenwerk dem Oberbefehlshaber des Heeres mit Schreiben vom 1. August 1936 vor¹³⁵. Sehr viel deutlicher als aus dem Aufbauplan des Generalstabes ergibt sich aus der Vorlage Fromms, dass der Auftrag des Oberbefehlshabers des Heeres darauf abzielte, sowohl das Friedens- wie das Kriegsheer in der mehrfach erwähnten Grössen-

133 Zu Becks Meinung im Dezember 1933 vgl. S. 486. Zur Stärke des Offizierkorps am 6.10.1936 vgl. Absolon, Wehrmacht, III, S. 162. Zum E-Offizierkorps vgl. S. 502.

134 Vgl. Anm. 130.

135 AHA Nr. 1790/36 g.Kdos. vom 1. 8.1936, BA-MA RH 15/70.

ordnung zum 1. Oktober 1939 verwendungsbereit aufzustellen. Fromm machte darauf aufmerksam, dass dieser Forderung «ernste Schwierigkeiten... auf dem Gebiete der Pz. Kampfwagen und Munitionslieferungen, bei der Deckung des Lkw-Mob.-Bedarfs und bei der für die Zukunft nicht zu übersehenden Lage auf dem Rohstoff-, Maschinen- und Facharbeitergebiet» entgegenstanden. Fromm kam zwar zu dem Ergebnis, dass «die Aufstellung und Versorgung des geforderten Heeres im Frieden und im Kriege... rein *theoretisch* gewährleistet» werden könne, wenn die erforderlichen Geldmittel und Devisen «zeitgerecht» zur Verfügung gestellt werden würden. Gerade dies erschien aber zweifelhaft. Das errechnete finanzielle Volumen für die geplanten Massnahmen ergab für die Jahre 1937 bis 1945 folgendes Bild¹³⁶:

Haushaltsjahr	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945
Bisheriger Bedarf (Sommerplanung 1935)	3,575	3,675	3,859	3,439	2,584	2,584	2,584	2,584	2,584
Neuer Bedarf	8,882	8,979	8,858	4,669	4,294	3,499	3,469	3,469	3,169

(in Mrd. RM)

Aus den Zahlen Fromms für die neun Etatjahre lassen sich die Dimensionen des August-Programms des Oberkommandos ablesen. Der Finanzbedarf stieg um nahezu das Doppelte gegenüber der Planung des Sommers 1935, die personell bereits eine Verdoppelung gegenüber dem 300'000-Mann-Heer des Dezemberprogramms 1933 vorgesehen hatte.

Dabei waren in der Aufstellung Fromms neben den Wechselunkosten auch die Aufwendungen nicht berücksichtigt, die sich aus dem Umstand ergaben, dass «die Mob. Kapazität der Rüstungsindustrie durch laufende grosse Mindestbeschaffungsaufträge ab 1940 *ohne vorliegenden Bedarf*» aufrechterhalten werden musste. Die Frage der Mindestbeschaffungssätze hatte bereits die Planer des zweiten Rüstungsprogramms im Frühjahr und Sommer 1932 in Unruhe versetzt und sie zu sehr weitgehenden Forderungen veranlasst¹³⁷. Nach den Berechnungen des Heereswaffenamtes überstiegen nunmehr diese Kosten ab 1942 diejenigen, die für den Unterhalt des Friedensheeres aufzuwenden waren.

Haushaltsjahr	1940	1941	1942	1943	1944	1945
Bedarf (AHA) (in Mrd. RM)	4,669	4,294	3,499	3,469	3,469	3,169
Kosten für Mindestbeschaffung	2,900	3,325	3,750	4,175	4,600	4,600
Gesamtforderung	7,569	7,619	7,249	7,644	8,069	7,769

136 Nach Fromms Angaben kamen zu dem Neu^l Bedarf noch von ihm nicht näher definierte «Wechselunkosten» hinzu, die bisher eine Höfte |fon jährlich bis zu 700 Millionen Mark erreicht hatten.

137 Vgl. S. 465. Die Mindestbeschaffungssätze hatten allerdings nunmehr, wie in dem Zitat angedeutet, die Produktion, die Fertigungskapazität der Industrie für Rüstungsgüter auf einem Niveau zu halten, das einen möglichst raschen Übergang zur geplanten Kriegsproduktion im Mobilmachungsfalle gewährleistete.

Diese Zahlen implizierten Fakten, die selbst den militärischen Planern als wenig sinnvoll erscheinen mussten. So ergab sich zum Beispiel, dass ab 1940 allein aufgrund der Mindestbeschaffungssätze mit einem jährlichen Zuwachs von 36'000 MG gerechnet werden musste, für die keine Verwendungsmöglichkeit bestand. Beispiele aus dem Bereich der Munitionsproduktion zeigten noch deutlicher, dass um der Aufrechterhaltung einer Kriegsbereitschaft willen, deren Notwendigkeit weder von Fritsch noch von Beck oder Fromm mit einem Wort näher erläutert, aber auch nicht in Frage gestellt wurde, militärisch untragbare Zustände entstehen mussten¹³⁸.

Der hohe Finanzbedarf veranlasste den Generalstab im September 1936 zu dem Vorschlag, die Aufstellung des 72-Divisionen-Kriegsheeres erst mit dem 1. April 1942 abzuschliessen, den Aufbau der Panzerbrigaden mit Schwerpunkt in die Jahre 1940/41 zu verlegen und vorgesehene Geräteausstattungen später zu beschaffen. Das hätte zur Folge gehabt, dass das erforderliche Finanzvolumen sich spürbar verringerte und sich gleichmässiger auf die Jahre 1937-1941 verteilte. Die Devisen- und die Rohstofffrage sowie das Problem der Mindestbeschaffungssätze wurden in dieser Variation des ursprünglichen Planes überhaupt nicht angesprochen und konnten von den erzielten Ergebnissen auch kaum berührt werden¹³⁹.

Unabweislich mussten diese vom Allgemeinen Heeresamt errechneten Zahlen und dargelegten Fakten die militärische Führung, das heisst konkret Blomberg, Fritsch, Beck und die Amtschefs des Oberkommandos des Heeres, vor die Sinnfrage ihres Handelns stellen. Die Planung der Aufrüstung war an einem entscheidenden Punkt angelangt. Aus militärischer Sicht hat der Chef des Allgemeinen Heeresamtes, Generalmajor Fromm, die sich aus dem Programm ergebende zentrale Frage gegenüber seinem Oberbefehlshaber unmissverständlich formuliert: «Es muss also anschliessend an die Aufrüstungsperiode bald der Einsatz der Wehrmacht erfolgen oder eine Milderung des Zustandes dadurch erreicht werden, dass die Forderungen an die Höhe der Kriegsbereitschaft gesenkt werden.» Bevor ein endgültiger Vorschlag ausgearbeitet werden könne, müsse sich Fritsch beim Reichskriegsminister Klarheit über die Devisen- und Rohstofffrage, über die Möglichkeit einer grossangelegten Exportoffensive ab 1940 zur Herabsetzung der Belastungen aus den Mindestbeschaffungssätzen verschaffen. Vor allem aber müsse erkundet werden, ob «eine feste Absicht» bestehe, «die Wehrmacht zu bestimmtem schon festgelegtem Zeitpunkt einzusetzen oder nicht».

Um es vorwegzunehmen, Fromm erhielt auf diese Kardinalfrage keine formulierte Antwort. Auch die Vorschläge des Generalstabes zur Kürzung und zeitlichen Streckung des Programms sind von Fritsch nicht berücksichtigt worden.

138 Vgl. hierzu die Anlage 11 der Vorlage vom 1.8.1936, AHA Nr. 1790/36 g.Kdos. vom 1.8.1936, BA-MA RH 15/70.

139 Vgl. die undatierte Ausarbeitung des Allgemeinen Heeresamtes, AHA Nr. 1890/36 g. Kdos. vom –. 9.1936, BA-MA RH 15/70.

Die Entscheidungen in der zweiten Hälfte des Jahres 1936 lassen vielmehr keinen Zweifel daran, dass die Aufrüstung des Heeres von diesem Zeitpunkt an dem ursprünglichen August-Programm folgte.

Welchem politischen Ziel diene diese forcierte Aufrüstung? Man könnte versucht sein, das August-Programm als die *entscheidende* Wende von einer defensiven zu einer entschieden offensiv ausgerichteten Rüstung zu interpretieren, die bereits im Jahre 1936 den Übergang zu einem aggressiven Kriegskurs um die Jahreswende 1939/40 programmierte. Der Überblick über die Entwicklung der Aufrüstung seit 1933 führt jedoch zu der Feststellung, dass mit dem August-Programm nur eine weitere Stufe der seit diesem Zeitpunkt verstärkt einsetzenden und erneut beschleunigten Rüstungsdynamik erreicht wurde. Die politische Zielsetzung der Rüstungsplanung befand sich in Übereinstimmung mit dem von Hitler Anfang Februar 1933 vor der Reichswehrgeneralität erläuterten Programm, dessen Kern für die militärische Führung in der Wiederherstellung der europäischen Grossmachtstellung des Reiches bestand, eines Zieles demnach, das die Reichswehrführung seit 1919 vor Augen hatte. Nachdem die Voraussetzungen geschaffen waren, verbanden sich nunmehr mit diesem Ziel die traditionellen Vorstellungen einer aktiven militärischen Grossmachtpolitik in Europa, in denen das Instrument des Krieges seine angestammte Rolle spielte. Das August-Programm liegt demnach in der Kontinuität militärischen Denkens und Planens. Die volkswirtschaftlichen Konsequenzen der Aufrüstung, die enorme finanzielle Dauerbelastung und die sich möglicherweise daraus entwickelnden sozialen Folgen spielten dabei für die höchste militärische Führung nur eine ausgesprochen untergeordnete Rolle. Das August-Programm relativierte allerdings den Satz Blombergs von Anfang Februar 1934, wonach es nicht die Absicht Hitlers sei, nach vollendeter Aufrüstung «über irgend Jemand herzufallen». Die Rüstungsplanung kalkulierte nunmehr mit der militärischen Aggression.

Fritsch legte Blomberg am 12. Oktober 1936 den Aufbauplan des Oberkommandos des Heeres vor¹⁴⁰, der mit dem Satz begann: «Nach den Worten des Führers soll ein schlagkräftiges Heer in möglichst kurzer Zeit geschaffen werden.» Wenn diese allgemeine Formulierung tatsächlich die Anweisung Hitlers wiedergibt, so war es die militärische Führung, die die Zeitvorstellungen des Kanzlers konkretisierte. Fritsch versicherte nämlich, dass «das O.K.H. diese Aufgabe in der Hauptsache bis zum 1.10.1939 lösen» könne. Nachprüfungen hätten ergeben, dass bis zu diesem Zeitpunkt ein Friedensheer in Stärke von 830'000 Mann bzw. ein Feldheer von 2'421'000 Mann aufgestellt werden könnten¹⁴¹. Beim Vergleich der für das Programm veranschlagten Kosten wird der uneingeschränkte Rückgriff auf die Ausarbeitung des Allgemeinen Heeresamtes vom 1. August besonders deutlich, die Angaben stimmen Zahl für Zahl überein.

140 AHA Nr. 2300/36 g.Kdos. vom 12.10.1936, BA-MA RH 15/70.

141 Für das gesamte Kriegsheer, d.h. einschliesslich des Ersatzheeres, gab Fritsch die Zahl von 4'620'000 Mann an. Diese Zahl ging weit über die von Beck im Juni gemachten Angaben hinaus. Vgl. S. 432.

Fritsch schnitt auch die Frage des Offizierbedarfs an. Für die Führung eines Kriegsheeres in Stärke von über 4,5 Millionen Mann veranschlagte er rund 140'000 Offiziere (= 3,1 Prozent), von denen jedoch zum 1. Oktober 1939 nicht einmal die Hälfte aufgrund der geltenden Bestimmungen vorhanden sein konnten. Fritsch schlug deshalb die vom Generalstab bereits im Juni angeregten Massnahmen zur Abhilfe dieses letztlich katastrophalen Übelstandes vor.

Die von Fromm aufgeworfenen grundsätzlichen Fragen wurden in dem Schreiben des Oberbefehlshabers des Heeres nur flüchtig am Rande berührt. Die bei der Ausstattung des Heeres mit Munition und Kraftfahrzeugen aller Art nach wie vor bestehenden Schwierigkeiten wurden so dargestellt, als ob ihre Überwindung in eigener Zuständigkeit erfolgen könne. Nur an wenigen Stellen scheint das vorhandene Bewusstsein der Abhängigkeit der militärischen Planung von politischen und wirtschaftlichen Faktoren hindurch. So, wenn Fritsch bei der Betrachtung der «Betriebsstoff- und Gummilage» erklärte, sie erscheine «bei einer gewissen Drosselung der Wirtschaft gesichert, was nach Durchführung des 4-Jahresplanes des Führers keinem Zweifel mehr» unterliege. Glaubensbekenntnisse traten auch bei der militärischen Führung schon sehr früh an die Stelle sachlicher Erörterungen. Die Rohstoff- und Devisenfrage wurde einfach in den Zuständigkeitsbereich Blombergs abgeschoben, da dies ja das «ureigene Bearbeitungsgebiet» des dem Reichskriegsminister direkt unterstehenden Wehrwirtschaftsstabes sei. Zu der Kardinalfrage der Mindestbeschaffungssätze nahm der Oberbefehlshaber des Heeres in der folgenden Weise Stellung: «Die dann [ab 1940] erreichte grosse Kapazität der Industrie bedingt eigentlich den Einsatz von grossen Geldmitteln für weitere laufende Beschaffungsaufträge ohne nennenswerten Bedarf der Wehrmacht. Es ist selbstverständlich unmöglich, die Schwierigkeiten so zu beheben. Es müssen unbedingt andere Wege gefunden werden.»

Es gibt sicher nur wenige Zeugnisse, aus denen in dieser Klarheit die Scheu, wenn nicht die Weigerung der militärischen Führung jener Zeit hervorgeht, sich auch den Konsequenzen ihres Handelns für das ihrer Verantwortung anvertraute militärische Instrument zu stellen. Im Vordergrund stand allein das grosse politisch-militärische Ziel, nämlich eine zur «strategischen Abwehr» befähigte Armee als Instrument einer aktiven Grossmachtpolitik in Europa aufzubauen. Den Folgen, die ja durchaus auch seinen Aufgabebereich berührten, wich Fritsch aus. Er erklärte sich einfach für nicht zuständig. Angesichts dieser Umstände könnte es auf den ersten Blick eigenartig berühren, dass Fritsch, nachdem er den Reichskriegsminister um die Zustimmung zu diesem Aufbauplan gebeten hatte, mit Nachdruck die Verankerung der erforderlichen Summen im Etat und die jährliche Zuweisung der Gesamtsumme zur eigenen Verfügung forderte, und zwar mit der bemerkenswerten Begründung, dass nur auf diese Weise «ein sachgemässes und wirtschaftliches Arbeiten» gewährleistet werden könne. Hierin zeigt sich erneut die bequeme Beschränkung auf das Ressort und die Konzentration auf aktuelle Aufgaben. «Wirtschaftliches Arbeiten» war nur dann von Bedeutung, wenn es sich um die Verwendung der zugewiesenen öffentlichen Gelder im eigenen Bereich handelte. Ein Blick

über die Ressortgrenzen hinaus war gleichzusetzen mit der persönlich gefahrvollen und aufreibenden Überwindung von Widerständen. Grossen Risiken standen nur bescheidene Möglichkeiten eines persönlichen Erfolges gegenüber. Fritsch jedenfalls nutzte die geringe Chance nicht. Anfang Dezember 1936 erklärte er den Aufbauplan «zur Basis für alle weiteren Massnahmen» und ermächtigte das Heereswaffenamt zum Abschluss langfristiger Liefervereinbarungen mit der Industrie über den jeweiligen, im Rahmen des Gesamtplanes errechneten Gesamtbedarf an Waffen, Gerät und Munition¹⁴².

Kurz bevor Fritsch den Vorschlag des Oberkommandos für den weiteren Aufbau des Heeres dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht übersandte, legte das Heereswaffenamt mit Schreiben vom 10. Oktober 1936 seine Überlegungen für eine «wirtschaftlich tragbar[e]» «Gestaltung der Aufrüstung vor, die aber die grundsätzliche Stellungnahme von Fritsch nicht beeinflusst haben¹⁴³. General Liese bekräftigte zu Anfang mit Nachdruck die Ansicht Fromms, dass die «100%ige Durchführung des Aufbauplanes... nur dann verantwortbar» erscheine, wenn «die feste Absicht» bestehe, «die Wehrmacht zu bestimmtem schon festgelegtem Zeitpunkt» einzusetzen. Für den Fall, dass eine Ermässigung des Programms in Erwägung gezogen werde, entwickelte Liese Vorschläge, die in erster Linie auf eine Reduktion der geforderten monatlichen Nachschubleistungen hinausliefen. Im Übrigen glaubte Liese die Kalamität der Mindestbeschaffungssätze dadurch zumindest mildern zu können, dass er vorschlug, die Munitionsfabriken – auf die es in erster Linie ankam – *gesetzlich* zu verpflichten, *ihre gesamte* Arbeiterschaft an den erteilten Munitionsaufträgen zu schulen. Um eine derartige, im Wechsel zu vollziehende, kontinuierliche Ausbildung von jeweils sechsmonatiger Dauer abzusichern, hielt er die Aufhebung der Freizügigkeit der Arbeiter für die Zeit der Ausbildung für notwendig und empfahl gleichzeitig eine gesonderte militärische Erfassung dieser Arbeiterschaft, um sie im Mobilmachungsfall sofort für den Betrieb reklamieren zu können. Diese Überlegungen sind deshalb interessant, weil die militärische Führung, das heisst Fritsch, im weiteren Verlauf der Entwicklung zwar einerseits am Grundsatz einer 100prozentigen Durchführung des ursprünglichen Programms festhielt, andererseits aber einige der Vorschläge Lieses zur Minderung des finanziellen Aufwands aufnahm. Das gilt für die frühzeitige Dienstverpflichtung der Arbeiterschaft in den Rüstungsbetrieben¹⁴⁴, aber auch für die Empfehlungen Lieses, die Industrie durch die Vergabe von Grossaufträgen mit mehrjähriger Laufzeit im Umfang der projektierten Gesamtbeschaffungen dazu zu veranlassen, die notwendigen Investitionskosten selbst aufzubringen¹⁴⁵.

142 Aktennotiz vom 7.12.1936 «aus der Besprechung beim Herrn Ob.d.H. am Samstag den 6. XII.

3611.00 Vorm.», BA-MA RH 15/70. Vgl. auch Geyer, Militär, S. 264f.

143 Wa. A. Nr. 1232/36 g.Kdos. vom 10.10.1936, BA-MA RH 2/v. 240.

144 Mason, Arbeiterklasse, S. IOOff., S. 150ff., S. 666ff.

145 Material hierzu in der Akte BA-MA RH 15/70.

Daten zur Rüstungsplanung

	Denkschrift des Truppenamtes vom 14.12.1933 Aufbau des 21 – Div.-Heeres zum 1. 4. 1938	Vorschlag des Generalstabes vom 19. 7. 1935 Aufbau des 36 – Div.-Heeres zum 1. 10. 1939	Rüstungsplan des Allg.Heeresamtes vom 1. 8.1936 Aufbau des Friedens – und Kriegsheeres zum 1. 10. 1939
A Höhere Kommandobehörden			
Gruppenkommandos	3	4	4
Generäle (Korps)kommandos	8	12	13
Kavallerie-Korpskommando	1		
Panzer – Korps-Kommando		1	1
Kdo. Aufklärungstreitkräfte			1
B Verbände			
Infanterie – Divisionen	21	33	32
Infanterie-Divisionen (mot)			4
Gebirgs – Division			1
Gebirgs-Brigade		1	
Kavallerie- Divisionen	3		
Kavallerie – Brigade	1	1	1
Panzer – Divisionen		3	3
Panzerverband	1		
leichte Divisionen	1		3
C Stärke des Friedensheeres	300 000	693 580	830 000
davon Korps-und Heerestruppen	ca. 50 000	129 020	
D Stärke des Kriegsheeres	63 Divisionen		4 620 000
davon Feldheer	33 Divisionen	54 Div.-Verbände	102 Div.-Verbände

Mit der Entscheidung des Oberbefehlshabers des Heeres vom 6. Dezember 1936 war der letzte umfassende Rüstungsplan vor Ausbruch des Krieges in Kraft gesetzt worden. Nach den Programmen vom Dezember 1933 und Sommer 1935 war seit dem Frühjahr 1936, das heisst nach der Wiederherstellung der uneingeschränkten Wehrhoheit durch die Besetzung der Rheinlande, der Schritt zur Konzeption eines zur strategischen Offensive befähigten Heeres vollzogen worden. Quantitativer Bezugspunkt der Planungsdaten war das Heer des Kaiserreiches vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, qualitativ orientierten sie sich an den Ergebnissen der intensiven, allein militärischen Kriterien folgenden Debatte um die «Erhöhung der Angriffskraft». Ein weiteres Charakteristikum der Planung ist die Kurzfristigkeit der Terminierung. In knapp drei Jahren sollte nicht

nur das im Oktober 1936 auf der Ebene der Verbände nochmals um nahezu 50 Prozent vergrößerte Friedensheer, sondern auch ein riesiges, bisher kaum in Erscheinung getretenes Kriegsheer voll ausgerüstet zur Verfügung stehen. Diese zeitliche Fixierung der Rüstungsplanung stand derartig im Vordergrund, dass um dieses Zieles willen selbst gravierende militärische Mängel, besonders in Bezug auf die Offizierpersonallage, in Kauf genommen wurden, ganz abgesehen von den Konsequenzen auf finanziellem und rüstungswirtschaftlichem Gebiet. Hält man sich an die Feststellung von Fritsch in seinem Schreiben an Blomberg vom 12. Oktober 1936, wonach Hitler «ein schlagkräftiges Heer in möglichst kurzer Zeit», das heisst ohne Fixierung eines konkreten Zeitpunktes, wünschte, so wird man annehmen dürfen, dass die datenmässige Festlegung auf die militärische Führung selbst, insbesondere den Reichskriegsminister v. Blomberg, zurückzuführen ist.

Das August-Programm wird jedoch in seiner wirklichen Bedeutung erst dann erfasst werden können, wenn nicht nur die innermilitärischen Voraussetzungen, Überlegungen und Zielvorstellungen dargelegt, sondern auch der Zusammenhang mit dem Gesamtprozess der Aufrüstung, der sich nicht nur im militärischen Bereich abspielte, gesehen und interpretiert werden. Wenn auch die militärische Planung die wirtschaftlichen und politischen Aspekte immer weniger berücksichtigte, so verloren sie damit doch nicht ihr Gewicht, im Gegenteil. In der Untersuchung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik ist im Einzelnen der Nachweis geführt worden, dass die rüstungswirtschaftliche Komponente von allem Anfang an und in steigendem Masse das Ziel und die Methoden des wirtschaftlichen Handelns bestimmte¹⁴⁶. Im Jahre 1936 erreichte diese Entwicklung einen ersten Höhepunkt. In seiner Denkschrift zum Vierjahresplan erklärte Hitler¹⁴⁷ unmissverständlich seine Absicht, die Wirtschaft voll in den Dienst der Aufrüstung zu stellen. Der Zusammenhang zwischen dem militärischen und dem wirtschaftlichen Programm des Sommers 1936 ist noch nicht näher untersucht worden, die Parallelität der Vorgänge ist jedoch auffallend und gibt zu der Vermutung Anlass, dass beide das Ergebnis einer im Frühjahr gefallenen Entscheidung darstellen. Anfang April wurde Göring aufgrund einer Weisung Hitlers mit der Prüfung und Verbesserung der Rohstoff- und Devisenlage beauftragt, einen Monat später nahm der Rohstoff- und Devisenstab seine Arbeit auf¹⁴⁸. Blomberg und das Reichskriegsministerium waren an allen Beratungen und Entscheidungen auf diesem Gebiet massgeblich beteiligt. In voller Kenntnis der angespannten wirtschaftlichen Lage erteilte Blomberg Ende Mai/Anfang Juni dem Oberbefehlshaber des Heeres die Weisung zur Aufstellung des umfassenden Aufbauplanes, der im August im Entwurf vorlag und dem Minister zur Kenntnis gebracht wurde. Ende August richtete Blomberg an Göring ein Schreiben, in dem er die Erörte-

146 Vgl. hierzu die allgemeine Charakterisierung bei Carr, *Rüstung*, S. 440ff., sowie Beitrag Volkmann.

147 Vgl. Treue, *Hitlers Denkschrift*.

148 Vgl. Beitrag Volkmann.

rung des künftigen Finanzaufwandes für die Aufrüstung im Rohstoff- und Devisenstab anregte, und der Minister nannte dabei Zahlen, die mit den Forderungen des Aufbauplanes in etwa übereinstimmen¹⁴⁹. Aufgrund der seit April nachweisbaren, intensiven Beschäftigung Blombergs mit den wirtschaftlichen Aspekten der Aufrüstung ist die Annahme erlaubt, dass er diese Thematik auch Hitler gegenüber angeschnitten hat. Diese Annahme wird gestützt durch die dramatische Aufforderung Schachts, Blomberg möge Hitler noch in letzter Stunde von der Verkündung seines Wirtschaftsprogrammes auf dem Parteitag abbringen. Blomberg versagte sich der Bitte, weil er sich die Überwindung aller Schwierigkeiten durch die von Hitler in seiner – Blomberg bekannten – Denkschrift angekündigten Massnahmen erhoffte¹⁵⁰.

Wenn auch aufgrund dieser Indizien festgestellt werden kann, dass der Reichskriegsminister v. Blomberg sich mit beiden Komponenten der Aufrüstung, der wirtschaftlichen und der militärischen, gleichmässig beschäftigte, so steht der Nachweis der Koordination der Planung noch aus. Sicher ist jedenfalls, dass die deutsche Rüstungspolitik nach der Wiederherstellung der vollen militärischen Souveränität im Frühjahr 1936 mit dem August-Programm des Oberkommandos des Heeres und dem Vierjahresplan Hitlers auf eine neue Grundlage gestellt worden ist. Die Forderung Hitlers am Schluss seiner Denkschrift zum Vierjahresplan, dass «die deutsche Armee... in 4 Jahren einsatzfähig» und «die deutsche Wirtschaft... in 4 Jahren kriegsfähig sein» müsse¹⁵¹, war keine rhetorische Floskel, sondern eine konkrete Handlungsanweisung, die vom Heer in seiner Planung bereits berücksichtigt worden war. Der Mobilmachungsabschnitt für das mit dem 1. Oktober 1939 fertige Friedens- und Kriegsheer begann mit dem 1. April 1940.

In dieses Bild einer von allen Hemmungen befreiten Aufrüstung scheint die Heraufsetzung der aktiven Dienstzeit innerhalb der Allgemeinen Wehrpflicht von ein auf zwei Jahre, von Hitler am 24. August 1936 verfügt¹⁵², nicht hineinzupassen. Diese Massnahme ist in der Literatur meist als ein das hohe, von Hitler befohlene Aufrüstungstempo retardierendes Element interpretiert worden, das den um Solidität der militärischen Ausbildung und des Heeresaufbaus bemühten Grundsätzen der militärischen Führung, insbesondere Fritschs, entsprochen habe¹⁵³. Demgegenüber ist festzustellen, dass die Frage

149 Schreiben Blombergs an Göring vom 31.8.1936, IMT, Bd. 27, S. 150 ff.

150 Notiz von Oberst Thomas vom 2. 9.1936, ebd., S. 153 f., sowie Treue, Hitlers Denkschrift, S. 195, sowie Beitrag Volkmann, S. 329 ff.

151 Treue, Hitlers Denkschrift, S. 210. Die Bemerkung Dülffers, Beginn des Krieges, S. 463, dass das «wiederholte Drängen des deutschen Diktators auf Beschleunigung oder Erweiterung bestimmter Rüstungsmassnahmen wie auch der Vierjahresplan *vor allem* (Hervorhebung von mir, W. D.) aus der Rüstungskonkurrenz anderer Staaten erwachsen» sei, erscheint unzutreffend. Dieses Motiv kann allerdings ab 1937/1938 als ein *zusätzliches* gewertet werden. Die Behandlung der Anfrage Fromms zeigt, dass eine Drosselung des Rüstungstempos nie ernsthaft in Erwägung gezogen wurde (ebd., S. 464).

152 Vgl. Domarus I, S. 635.

153 Zum Beispiel Foerster, Beck, S. 34.

der Dienstzeitverlängerung in den Planungen seit 1933 nur ganz am Rande aufgetaucht ist. Solidität spielte, wie gezeigt worden ist, um des vorgegebenen oder selbstgesetzten Zieles willen keine besonders hervorgehobene Rolle.

Fritsch äusserte sich bei einer Befehlshaberbesprechung im Januar 1935 zur Frage der Dienstzeit¹⁵⁴. Er erklärte, dass die zweijährige Dienstzeit das anzustrebende Ziel sei, aber dass sie «im Rahmen des jetzt aufzubauenden Heeres» aus «ausserpolitischen und technischen» Gründen nicht zu verwirklichen sei. Damals meinte er noch, dass die Einführung nach der Verdoppelung des Heeres möglich werde. Im März 1935 sprach er sich aus militärischen Gründen nachdrücklich für die zweijährige Dienstzeit aus, erwähnte aber auch, dass sich die «Staatsführung» bei einjähriger Dienstzeit «kriegerische Konflikte eigentlich nur in der kurzen Zeitspanne von Mitte Sommer bis Ende September leisten» könne¹⁵⁵. Zeitliche Vorstellungen über die Einführung der zweijährigen Dienstzeit waren mit der Stellungnahme jedoch nicht verbunden. Fritsch sah sich ausserdem mit dem Widerspruch Becks konfrontiert, der schnell wirksame Massnahmen zur Bildung von Reservisten für sehr viel wichtiger hielt.

Eine statistische Aufstellung des Allgemeinen Heeresamtes vom Juli 1935 über den Rekrutenbedarf und die Rekrutenerfassung bei ein- und bei zweijähriger Dienstzeit veranlasste die Organisationsabteilung des Generalstabes zu der Feststellung, dass ab 1938/39 der Übergang zur zweijährigen Dienstzeit erforderlich werde, weil von diesem Zeitpunkt an der Rekrutenbedarf bei einjähriger Dienstzeit nicht mehr gedeckt werden könne¹⁵⁶. Nicht Überlegungen zur Qualität, sondern solche zur Quantität waren demnach allein massgebend. Diese Konstellation lag auch der Entscheidung vom August 1936 zugrunde. Massgebend für die vorzeitige Einführung der zweijährigen Dienstzeit dürften die mit der Herbst-Aufstellung des Jahres verbundenen besonderen Probleme gewesen sein. Die Verdreifachung der Divisionsverbände nach dem Dezember-Programm 1933 konnte aufgrund des hohen Ausbildungsstandes des 100'000-Mann-Heeres gemeistert werden. Nun stand erneut ein grosser Sprung bevor, die Vergrösserung des Heeresrahmens von 24 auf 36 Divisionen, wobei die Motorisierung und die Mechanisierung noch besondere Anforderungen stellten. Bei der allgemein beklagten Minderung des militärischen Wertes des Heeres, der vielberufenen «Verwässerung», war eine solche Vermehrung bei einjähriger Dienstzeit eine kaum mehr zumutbare Belastung. Mit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit entspannte sich die Situation wesentlich dadurch, dass nunmehr neben den langdienenden Soldaten noch ein vollständiger, ausgebildeter Jahrgang von Wehrpflichtigen für die neuen Aufgaben und die Aufnahme eines weiteren Rekrutenjahrganges zur Verfügung stand. Die Einführung der zweijäh-

154 IFZ Archiv, ED 1, Bd. 1, Aufzeichnungen Liebmanns über die Besprechung am 12.1.1935.

155 Müller, Beck-Studien, S. 193 ff. Das Urteil von Fritsch bezog sich auf den von der Truppe erreichten Ausbildungsstand.

156 Vgl. die Vorlage des Allgemeinen Heeresamtes, AHA Nr. 3400/35 g.Kdos. vom 19.7. und die Stellungnahme der Organisationsabteilung vom 20.7.1935, BA-MA RH 2/v. 1014.

rigen Dienstzeit gehört demnach durchaus in den Zusammenhang der seit Frühjahr 1936 erneut forcierten Aufrüstung.

Der weitere Aufbau des Heeres in den Jahren 1937 bis 1939 erfolgte im Wesentlichen nach den Grundzügen des August-Programmes. Massgebend war hierfür, dass nach der Entscheidung des Oberbefehlshabers des Heeres vom Dezember 1936 mehrjährige Lieferaufträge an die Industrie auf der Grundlage des August-Programms vergeben wurden¹⁵⁷. Auf den ersten Blick frappierend erscheint der Umstand, dass zwischen dem zahlenmässigen Ergebnis des Aufbaus im Herbst 1939 und den Planungsdaten nahezu Übereinstimmung festzustellen ist. Planmässig sollte das Feldheer am 1. Oktober 1939 aus insgesamt 102 Divisionsverbänden bestehen, tatsächlich wurden mit Kriegsbeginn 103 Divisionen mobilgemacht¹⁵⁸. Allein der Hinweis auf den «Anschluss» Österreichs und der sudetendeutschen Gebiete verdeutlicht, dass es verfehlt wäre, aus diesem Faktum auf eine stetige plangemässe Entwicklung zu schliessen. Das Gegenteil war der Fall. Bereits 1937 wurde die Rohstofffrage zum entscheidenden Faktor für die gesamte weitere Aufrüstung und führte zu fortwährenden Umdispositionen und im Ergebnis zu einer Verminderung des Aufrüstungstempos. Die militärischen Aktionen gegenüber Österreich und der Tschechoslowakei waren weitere Störfaktoren, wirkten sich aber durch die Erweiterung der personellen und industriellen Basis sowie durch die auf organisatorischem Gebiet gewonnenen Erfahrungen ausserordentlich günstig auf das bis Kriegsbeginn erzielte Ergebnis des Heeresaufbaus aus. Im Übrigen richtete sich das Augenmerk der militärischen Führung nunmehr, im Unterschied zu der Aufbauphase von 1933 bis 1936, in immer stärkerem Masse auf die Probleme der Einsatzplanung und der Spitzengliederung, Fragen der Rüstungsplanung rückten dagegen in den Hintergrund, sie hatten in dem August-Programm ihre gültige Antwort gefunden.

Zum Herbst-Termin 1937 wurden, mit Ausnahme einer «leichten Brigade», keine neuen Divisionsverbände aufgestellt¹⁵⁹. Die Konzeption der «leichten Division» ging zurück auf die Debatte um die «Erhöhung der Angriffskraft» vom Frühjahr 1936. Diese Verbände, von denen bis Kriegsbeginn insgesamt vier aufgestellt wurden, sollten die Aufgaben der ehemaligen Heereskavallerie übernehmen, waren also vornehmlich für die weiträumige Aufklärung, die Sicherung breiter Frontlücken und offener Flanken gedacht. Nach der Absicht des Generalstabes sollten sie sich vor allem durch die «*Schnelligkeit und Beweglichkeit* des Gesamtverbandes» und durch «*Ahwehrkraft*» auszeichnen¹⁶⁰. Im Übrigen war die wichtigste der im Jahre 1936 vorgenommenen Aufbaumassnahmen die Motorisierung von vier Infanteriedivisionen. Insgesamt hatten die Verbände noch immer nicht ihre volle personelle und materielle Stärke erreicht, doch hatte

157 Vgl. BA-MA RH 15/70.

158 Mueller-Hillebrand, Heer I, S. 68; vgl. auch Schottelius/Caspar, Organisation des Heeres, S. 312 ff. und S. 386 ff.

159 Schottelius/Caspar, Organisation des Heeres, S. 308.

160 Generalstab des Heeres 2. Abt. Nr. 223/36 g.Kdos. vom 6.2.1936, BA-MA IHH 662.

sich der Fehlbestand gegenüber 1936 insbesondere bei der Infanterie und der Artillerie wesentlich verringert. Nach drei Jahren fortwährender Neuaufstellungen, die das Heer in seiner Struktur tiefgreifend verändert hatten, brachte das Jahr 1937 eine kurze Phase der Konsolidierung.

Seit Herbst 1936 wurde der organisatorische Ausbau des Kriegsheeres verstärkt vorangetrieben. Im Herbst 1937 waren zum ersten Mal nach Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht in grösserem Massstab Reservisten aus dem Friedensheer entlassen worden, dadurch konnten nunmehr im Kriegsfall acht Reservedivisionen mobilisiert werden. Eine weitere Massnahme zur Verstärkung des Kriegsheeres betraf die Grenzschutzformationen im Osten des Reiches und den im Westen eingerichteten verstärkten Grenzaufsichtsdienst. Auf Initiative des Oberquartiermeisters I des Generalstabes, Oberst v. Manstein, wurde ab Herbst 1936 die für den Kriegsfall vorgesehene Organisation des Grenschutzes den veränderten Verhältnissen angepasst. Die lokal gebundenen Grenzschutzformationen hatten ihre Funktion angesichts der Stärke des zur Verfügung stehenden Friedensheeres weitgehend verloren. Zur Grenzsicherung wurde nun die sogenannte «Grenzwacht» aufgestellt, die ebenfalls lokal gebunden, jedoch personell und materiell wesentlich schwächer ausgestattet war. Mit dem frei gewordenen Material des Grenschutzes Ost, ergänzt durch Bestände des aktiven Heeres, und den bereits im Weltkrieg gezogenen Wehrpflichtigen bis zum Geburtsjahrgang 1900, sollten im Mobilmachungsfall insgesamt 21 Landwehrdivisionen gebildet werden. Damit wuchs das Kriegsheer im Mobilmachungsabschnitt 1937/38 auf insgesamt 71 Divisionsverbände an¹⁶¹ und erreichte damit eine Stärke, die Beck im Jahr 1935 als Endziel des Heeresaufbaus bezeichnet hatte.

Die territoriale Erweiterung des Reiches im Jahre 1938 und die Errichtung des «Protektorates Böhmen und Mähren» nach der Besetzung der Rest-Tschechoslowakei im März 1939 berührte den weiteren Heeresaufbau in mehrfacher Hinsicht. Hitler, der nach der Blomberg-Fritsch-Krise nun auch die Funktion des Oberbefehlshabers der Wehrmacht übernommen hatte, ordnete überraschend am 10. März 1938 die Teilmobilmachung der für die Aktion gegen Österreich vorgesehenen Verbände in den Wehrkreisen VII und XIII an. Der Einmarsch dieser Verbände am 12. März offenbarte Schwächen in der Organisation der Mobilmachung und der Gliederung der motorisierten Verbände, die bis zum Kriegsbeginn 1939 weitgehend behoben werden konnten¹⁶². Neben diesem Erfahrungszuwachs brachte die Eingliederung des österreichischen Bundesheeres eine nicht unbedeutende Verstärkung des Heeres. So konnten im Laufe des Jahres 1938 insgesamt 2 Infanterie-, 2 Gebirgs-, 1 Panzer- und 1 leichte Division neu gebildet werden.

161 Zum Aufbau des Kriegsheeres vgl. Mueller-Hillebrand, Heer I, S. 57ff.; Schottelius / Caspar, Organisation des Heeres, S. 305 f. und 386 ff.; Manstein, Soldaten leben, S. 250f.

162 Murray, Change, S. 338ff., sowie ders., German Response, S. 285-98, unter Verwertung der «Erfahrungsberichte» einiger Verbände, die an den militärischen Aktionen der Jahre 1938 und 1939 beteiligt waren; Guderian, Erinnerungen, S. 42ff.; Manstein, Soldatenleben, S. 323ff.; Görnitz, Keitel, S. 178ff.; Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 125 ff.; Mueller-Hillebrand, Heer I, S. 62 f.

Rund 60'000 österreichische Soldaten wurden in die Wehrmacht übernommen. Von den rund 3100 österreichischen Offizieren wurden immerhin etwa 1'600 in das deutsche Offizierkorps aufgenommen¹⁶³.

Die sich spätestens seit Mai 1938 ankündigende krisenhafte Zuspitzung des Verhältnisses zur tschechoslowakischen Republik¹⁶⁴ führte Anfang Oktober zur Besetzung der sudetendeutschen Gebiete. In diesem Falle wurde auf eine Teilmobilmachung verzichtet. Die hinzugewonnenen Gebiete wurden militärorganisatorisch zum Teil den angrenzenden Militärbezirken angegliedert, ausserdem eine Infanteriedivision und eine Panzerdivision neu aufgestellt¹⁶⁵. Von sehr viel grösserem Gewicht für den Rüstungsstand des Heeres war jedoch die Besetzung der Rest-Tschechoslowakei im März 1939. Es ist bereits an anderer Stelle dargelegt worden, dass die industrielle Kapazität, die Rohstoff- und Devisenvorräte des besetzten Gebietes für die Fortführung der deutschen Wehrwirtschaft nach dem Programm des Vierjahresplanes von entscheidender Bedeutung waren¹⁶⁶. Auch im Rahmen des Aufrüstungsprogrammes des Heeres vom August 1936 waren die auf tschechoslowakischem Staatsgebiet vorgefundenen, qualitativ hochstehenden Rüstungsgüter – Waffen, Munition und Gerät – eine hochwillkommene Ergänzung. Die von Hitler in seiner Rede vom 28. April 1939 vor dem Reichstag detailliert beschriebene Beute¹⁶⁷ trug dazu bei, dass ein Ziel des August-Programms, die vorsorgliche Lagerung von Waffen und Gerät für 15 Infanteriedivisionen (Geräte-Divisionen) erreicht werden konnte. Auch die Panzerwaffe profitierte von der Beute und der weiteren Ausnutzung der tschechoslowakischen Produktionskapazitäten. Im Frankreich-Feldzug konnten 3 deutsche Panzerdivisionen mit tschechoslowakischen Kampfswagen ausgerüstet werden¹⁶⁸.

Diese Daten der äusseren Entwicklung des Heeres dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Aufrüstung spätestens seit 1937 in stärkstem Masse von rüstungswirtschaftlichen Faktoren bestimmt worden ist, auf die der Chef des Heereswaffenamtes bereits im Mai 1934 vorsorglich aufmerksam gemacht hatte¹⁶⁹. Die wirtschaftlichen Schranken für eine Aufrüstung grossen Stils waren in den ersten Jahren des Dritten Reiches nur wenig in Erscheinung getreten. Engpässe dieser oder jener Art konnten bei der noch im Aufbau befindlichen Rüstungsindustrie auf vielerlei Ursachen zurückgeführt werden. Ab 1936 änderte sich die Lage grundlegend, und die Verkündung des Vierjahresplanes durch Hitler war nur der Ausdruck einer sich krisenhaft zuspitzenden wirt-

163 Mueller-Hillebrand, Heer I, S. 30, S. 63; Schottelius/Caspar, Organisation des Heeres, S. 309f.; Manstein, Soldatenleben, S. 326ff.; Gschaidner, Bundesheer, passim; vgl. auch Beitrag Volkmann.

164 Vgl. Beitrag Messerschmidt.

165 Zorach, Fortifications, S. 81 ff.; Schottelius/Caspar, Organisation des Heeres, S. 310f.

166 Vgl. Beitrag Volkmann; Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 129ff.

167 Domarus II, S. 1156. Vgl. auch die Aufstellung bei Volkmann, S. 393 f.

168 Vgl. Hummelberger, Rüstungsindustrie, S. 308ff., insbesondere Anm. 13, sowie Murray, Change, S. 290 ff.

169 Vgl. S. 492 f. Zur rüstungswirtschaftlichen Entwicklung insgesamt vgl. Beitrag Volkmann.

schaftlichen Situation. Eben zu diesem Zeitpunkt wurde das August-Programm des Heeres ohne jede Berücksichtigung wirtschaftlicher Gegebenheiten konzipiert. Die hierin angelegte Diskrepanz zwischen militärischer Forderung und rüstungswirtschaftlich Möglichem bestimmte Tempo und Umfang der Aufrüstung von 1936 bis 1939. An dieser Stelle kann nur angedeutet werden, dass die sich aus den Diskrepanzen ergebenden Turbulenzen durch den teils untergründigen, teils offen feindseligen Kampf der Wehrmachtteile gegeneinander noch wesentlich verstärkt wurden. Der Kampf ging nicht mehr um mehr oder weniger Divisionen, Brigaden oder Bataillone, sondern schlicht um Tonnen der immer rarer werdenden Rohstoffe.

Knapp vier Wochen nach der Sanktionierung des August-Programms 1936 durch den Oberbefehlshaber des Heeres sah sich dieser Anfang November mit einer Meldung des Heereswaffenamtes konfrontiert, wonach der Kupferbedarf des Heeres nur noch zur Hälfte gedeckt werden könne. General Liese machte darauf aufmerksam, dass dadurch die Kapazität der Munitionsindustrie nur noch zur Hälfte ausgelastet werde¹⁷⁰. Nicht zuletzt auf Drängen des Heeres wurde daraufhin ab 1. Januar 1937 die allgemeine Kontingentierung der Nichteisenmetalle eingeführt, durch die aber die Bedürfnisse des Heeres keineswegs auf Dauer befriedigt werden konnten¹⁷¹. So meldete der Oberbefehlshaber des Heeres noch am 10. Februar 1939 dem Reichskanzler, dass mit Sicherheit ein grosser Teil der im Jahre 1939 zu fertigenden Munition «zunächst ohne Führungsringe und ohne Zünder zur Auslieferung kommen» würde, da eben das benötigte Kupfer nicht vorhanden sei¹⁷².

Bei der allgemeinen Verknappung der Nichteisenmetalle blieb es nicht. Ende 1936/Anfang 1937 trat eine empfindliche Rohstahlverknappung ein, die im Mai 1937 zur Kontingentierung von Eisen und Stahl führte. Auch dieses System führte zu keiner anhaltenden Verbesserung¹⁷³. Das Heereswaffenamt wies in langen Schriftsätzen nach, dass aufgrund der Lieferungsverzögerungen, der Konkurrenz der anderen Wehrmachtteile und der bevorzugten Belieferung von Staats- und Parteibauvorhaben das Heer nicht die ihm zustehenden Mengen erhalte und sich die Quote im Übrigen ständig verringere¹⁷⁴.

170 Chef des Heereswaffenamtes, Nr. 1392/36 g.Kdos. vom 10.11.1936, BA-MA RH 2/v. 240.

Vgl. auch die Stellungnahme des Heereswaffenamtes vom 10.10.1936, Wa.A. Nr. 1232/36 g.Kdos., BA-MA RH 2/v. 240.

171 Zur Praxis der administrativen Bewältigung der Rohstoffverknappung mit Hilfe der Kontingentierung vgl. die detaillierte Untersuchung von Sarholz, Auswirkungen; einige ergänzende Angaben zu der Entwicklung bei den Nicht-Eisen-Metallen bei Geyer, Rüstungsbeschleunigung, S. 129, 135 f., 161 ff., 174 f.

172 Oberbefehlshaber d. Heeres Nr. 64/39 g.Kdos. vom 10. 2.1939, BA-MA III H 98/4.

173 Vgl. Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 120 ff.

174 Vgl. hierzu und zum Folgenden das Material in der Akte BA-MA III H 98/1-5. Zum Ablauf, den Ursachen, den sehr komplexen Auswirkungen und zur Interpretation der rüstungswirtschaftlichen Krise des Jahres 1938 vgl. den grundlegenden Beitrag von Geyer, Rüstungsbeschleunigung, S. 121 ff. Geyer sieht in der rüstungswirtschaftlichen Krise auch eine Krise des Systems, die erst mit der Proklamierung des totalen Krieges systemgerecht überwunden wurde. Vgl. auch Sarholz, Auswirkungen, S. 300ff.

Nachdem Hitler im Mai 1938 den sofortigen Ausbau der Landesbefestigung im Westen im grössten Massstabe ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Situation, insbesondere hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Eisen- und Stahlmengen, befohlen hatte, entbrannte der Verteilungskampf in schärfster Form von Neuem. Die Lage für das Heer verbesserte sich zwar geringfügig, blieb aber weit hinter den durch Hitlers Befehl provozierten Forderungen zurück. Das dem Heer für 1939 zugeteilte Quantum unterschied sich nur geringfügig von dem des Jahres 1938. Hinzu kamen nach wie vor die gravierenden Lieferungsverzögerungen, die eine planmässige Ausstattung des Heeres mit Waffen, Gerät und Munition unmöglich machten. Im Februar 1939 sah sich der Oberbefehlshaber des Heeres schliesslich gezwungen¹⁷⁵, seinem Obersten Befehlshaber die Bedeutung des Stabstahls für die Rüstung, insbesondere für die Herstellung von Karabinern, Maschinengewehren und leichten Infanteriegeschützen, auf mehreren Seiten einer umfänglichen Meldung zu verdeutlichen, da der Reichswirtschaftsminister im Dezember 1938 aufgrund der Auftragsschwemme alle Aufträge für Stabstahl und Feinbleche an die Industrie kurzerhand gesperrt hatte. Brauchitsch musste besonders erbost darüber sein, dass von dieser Sperre Aufträge für die Konkurrenz, in diesem Falle die Kriegsmarine, ausdrücklich ausgenommen waren.

Die Reihe der Beispiele liesse sich fortsetzen. Mit der wünschenswerten Deutlichkeit ergibt sich aus ihnen: Dem Aufbau des Heeres in der Phase von 1936 bis 1939 lag ein umfassendes, militärischen Kriterien folgendes Programm zugrunde, dessen Realisierung aber fast vollständig von den rasch und abrupt sich wandelnden rüstungswirtschaftlichen Gegebenheiten beherrscht wurde. Die Ämter des Oberkommandos des Heeres und der Generalstab versuchten zwar immer wieder, die militärische Aufbauplanung der rüstungswirtschaftlichen Lage anzupassen, doch kam man dabei nicht über das Entwurfstadium hinaus. Generalstab und Allgemeines Heeresamt zogen Ende Februar/Anfang März 1937 die bis dahin erkennbar gewordenen Konsequenzen aus der allgemeinen Rohstoffverknappung. Das Allgemeine Heeresamt stellte fest, dass das im August 1936 konzipierte Friedens- und Kriegsheer erst zum 1. April 1941 in seiner Masse aufgestellt werden könne, und konstatierte damit eine Verzögerung um anderthalb Jahre. Sehr viel gravierender schlug der Rohstoffmangel bei der Munitions- und Geräteherstellung durch. Auf diesem Gebiet ergaben sich Verzögerungen um zweieinhalb bis drei Jahre, woraus sich für die angestrebte jederzeitige Einsatzbereitschaft und Schlagkraft des Heeres in den Augen der Militärs eine sehr gefährliche Situation ergab. General Fromm errechnete für den 1. April 1939 einen produzierbaren Munitionsvorrat von 20 Kampftagen; gleichzeitig hatten die Investitionen für die fabrikatorische Vorbereitung einer rechtzeitigen Nachschubproduktion so gesenkt werden müssen, dass der monatliche Munitionsnachschub einer ersten Ausstattung des Feldheeres erst zum 1. April 1942 erreicht sein würde. Der Ausbruch eines kriegerischen Konflikts zwischen diesen Daten

175 Vgl. Oberbefehlshaber d. Heeres Nr. 64/39 g.Kdos. vom 10. 2.1939, BA-MA III H 98/4.

konnte also leicht dazu führen, dass das Heer dem Gegner sehr bald ohne Munition gegenüberstand¹⁷⁶.

Es wäre in dieser Situation eigentlich zu erwarten gewesen, dass vom Oberkommando des Heeres eine Initiative in der Richtung ausgehen würde, das August-Programm zeitlich zu strecken und den Aufbau in der Weise vorzunehmen, dass die Einsatzbereitschaft und Schlagkraft des dann gezwungenermassen kleineren Heeres in jeder Phase seines Aufbaus gewährleistet werden konnte. Das Gegenteil war der Fall.

Mitte Dezember 1937, einige Wochen nach der Konferenz vom 5. November, sandte Beck in Vertretung von Fritsch ein Schreiben an Blomberg, in dem zum Ausdruck kam, dass die Heeresführung sich trotz aller Schwierigkeiten entschlossen habe, das am August-Programm 1936 orientierte «Friedensaufbauprogramm 1938 durchzuhalten»¹⁷⁷. Dies dürfe «jedoch nicht über die inneren Schwächen des nur im äusseren Rahmen vorhandenen Heeres» hinwegtäuschen. Beck gab als Grund für die Entscheidung an, dass es darauf ankomme, «möglichst grosse Ausbildungsmöglichkeiten und damit eine schnelle ins Gewicht fallende Reservebildung» zu erreichen. Dafür nahm man in Kauf, dass zum Beispiel bei den motorisierten Truppen bis zum Winter 1938/39 aufgrund des Kraftfahrzeugmangels im Wesentlichen nur ausgebildet und erst zum 1. April 1939 die Ausrückefähigkeit gewährleistet werden konnte. Der Munitionsvorrat sank bei einzelnen Munitionsarten auf einen Bestand für nur 15 Kampftage ab. Als besonders schwerwiegend beurteilte man die Auswirkungen des Rohstoffmangels auf die Kapazitätsauslastung der Industrie, die bei den aufgeführten Beispielen unter 50 Prozent absank, wodurch die geforderte frühzeitige Mobilmachungskapazität noch in einem sehr viel stärkeren Masse absank. Im Blick auf die von Hitler in der Besprechung vom 5. November geäusserten Absichten eines militärischen Vorgehens gegen Österreich und die Tschechoslowakei schon vor dem Abschluss des Aufbauprogramms wies Beck am Schluss des Schreibens darauf hin, dass «während des Winters 1938/39 eine Einsatzfähigkeit des gesamten Heeres nicht» bestehe und dass «auch später mit den grössten Einschränkungen zu rechnen» sei. Andererseits entsprach die mit dem Schreiben angekündigte Umstellung des Rüstungsprogramms durchaus dem von Hitler am 5. November genannten Zeitplan, denn Beck erklärte gleich zu Anfang, dass zum 1. April 1943 das Kriegsheer in seinem gesamten Umfang vorhanden sein werde. Die beunruhigende Frage von Fromm aus dem Jahre 1936, ob die Unterhaltung eines auf höchste Kriegsbereitschaft hin angelegten Heeres volkswirtschaftlich überhaupt tragbar sei, stellte sich nun nicht mehr, denn Hitler hatte seine Absicht verkündet, spätestens ab 1943 den Kampf um die Erweiterung des Lebensraumes aufzunehmen, und die militärische Führung handelte entsprechend.

Die politischen Ereignisse des Jahres 1938 machten auch diese militärische Interimspla-

176 AHA Nr. 567/37 g.Kdos. vom 11.3.1937, BA-MA III H 98/1.

177 Oberkommando des Heeres Nr. 2798/37 g.Kdos. vom 14.12.1937, BA-MA III H 98/2. Zur Besprechung vom 5.11.1937 vgl. S. 626f.

nung im Rahmen des August-Programms zunichte. Mit den Neuaufstellungen in Österreich und in den sudetendeutschen Gebieten sowie durch die Verdoppelung des Ersatzheeres¹⁷⁸ wurden die Planungsdaten des August-Programms zum ersten Mal überschritten. Die von Hitler auf einzelnen Gebieten noch erhöhten Rüstungsforderungen (Westwall, Luftwaffe)¹⁷⁹ führten dazu, dass – wie in einer Aufzeichnung vom 15. April 1939 festgehalten wurde – das Feldheer bar jeden Vorrats an Waffen und Gerät, 34 Infanteriedivisionen nur teilweise mit den erforderlichen Waffen und Geräten ausgerüstet waren, das Ersatzheer nur über 10 Prozent der Gewehre und Maschinengewehre verfügte und der gesamte Munitionsvorrat auf weniger als 15 Kampftage gesunken war¹⁸⁰. Dieser unerträgliche Zustand wurde in Erwartung der Zuteilung eines grösseren Stahlkontingents in Kauf genommen. Doch auch diese Hoffnung trog, die Situation verschlechterte sich zunächst durch die erwähnte Stabstahlmisere.

Wie dramatisch und unter welcher politisch-militärischen Perspektive im Oberkommando des Heeres die Lage beurteilt wurde, zeigt die Aufzeichnung vom 15. April 1939, die der Vorbereitung eines Vortrages des Oberbefehlshabers bei Hitler diene. «Die heutige durch die Stabstahlverknappung entstehende Lage entspricht in gewisser Weise der Lage vor dem Weltkriege. Damals scheiterte die Aufstellung der 3 Armeekorps, die im ersten Kriegsjahr zur schnellen Kriegsentscheidung fehlten, an der Verweigerung der Geldmittel durch das Parlament. Heute werden dem Heere die zu seiner Ausstattung mit modernen Angriffswaffen notwendigen Stabstahlmengen vorenthalten. Die Folgen können ähnlich wie 1914 sein.»

Wenn das Heer mit Kriegsbeginn 1939 tatsächlich zu den am modernsten ausgerüsteten Armeen der Welt gehörte, so war dies das Ergebnis einer seit 1925/26 zu beobachtenden kontinuierlichen Entwicklung, die besonders auf waffentechnischem Gebiet ohne die theoretische und praktische Entwicklungsarbeit der Reichswehr der Republik nicht realisierbar gewesen wäre. Die Planung fand ihren Höhepunkt in dem August-Programm 1936, dessen Daten auf personellem Gebiet und in der Zahl der aktiven Verbände am 1. September 1939 bereits überschritten, in der Ausstattung und Ausrüstung der Truppe jedoch nicht erreicht werden konnte. Geplant war ein Feldheer in Stärke von 2,421 Millionen Mann, tatsächlich erreichte dieses Heer zum 1. September 1939 eine Stärke von 2,758 Millionen Mann. Statt der vorgesehenen 44 Divisionsverbände des aktiven Heeres standen 53 Grossverbände, nämlich 35 Infanterie-, 3 Gebirgs-, 6 Panzer- und 4 leichte Divisionen sowie 4 motorisierte Infanteriedivisionen und 1 Kavalleriebrigade zur Verfügung. Die mobilisierbaren Verbände 1939 (103) unterschieden sich kaum von den 1936 (102) projektierten¹⁸¹. Die Organisation der Mobilmachung war gegenüber früher ausserordentlich verfeinert worden.

178 Vgl. Schottelius/Caspar, Organisation des Heeres, S. 388.

179 Vgl. S. 588 f. und 628 f.

180 AHA Nr. 1220/39 g.Kdos. vom 15. 4.1939, BA-MA III H 98/5.

181 Mueller-Hillebrand, Heer I, S. 65ff.; Schottelius/Caspar, Organisation des Heeres, S. 312ff., S. 387ff.

Die Mobilmachung der europäischen Kriegsheere im Jahre 1914 hatte sich als äusserst gefährliches politisches Instrument erwiesen; die Verkündung der Mobilmachung war nahezu gleichbedeutend mit der Kriegseröffnung gewesen und hatte keinen Spielraum mehr für politische und diplomatische Aktionen gelassen. Insbesondere für die deutsche Seite hatte sich dieser Automatismus als ausserordentlich nachteilig herausgestellt. In der Zwischenkriegszeit waren daher neue Formen der Mobilmachung entwickelt worden, deren Ziel es nach wie vor war, in möglichst kurzer Zeit aus dem Friedensheer das Kriegsheer aufzustellen, dessen mobilen Teil, das Feldheer, rasch in die vorgesehene Aufmarschräume zu transportieren und die Versorgung des gesamten Kriegsheeres in Gang zu setzen. Es ist offensichtlich, dass die Masse der sich aus dieser Aufgabe ergebenden Einzelmassnahmen zahlreiche Bereiche des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens berührte. Daher war eine systematische Abstimmung aller Massnahmen aufeinander und die Berücksichtigung möglicher schädlicher Auswirkungen oberstes Gebot, um in optimaler Weise die *Kriegsbereitschaft* der kämpfenden Nation zu organisieren. Seit Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht waren die Vorbereitungen für eine Mobilmachung wieder aufgenommen worden, der «Mobilmachungsplan für das Heer» wurde aufgestellt. Durch ein vielfach abgestuftes System von zeitlich gestaffelten Massnahmen konnte die Mobilmachung ohne oder mit öffentlicher Verkündung durchgeführt und selbst auf bestimmte Regionen beschränkt werden, wie das Beispiel Österreich gezeigt hatte. Die Schnelligkeit der Durchführung beruhte auf der Solidität der Planung, die durch alljährliche Überprüfung sämtlicher vorgesehener Einzelmassnahmen sichergestellt werden sollte, und auf der Kapazität und Flexibilität der Reichsbahn. Auch für die Aufstellung des Feldheeres aus den Divisionen des Friedensheeres war ein besonderes Verfahren entwickelt worden. Bei den Infanteriedivisionen des Feldheeres unterschied man vier verschiedene Divisionstypen, «Wellen». Die 35 Divisionen der 1. Welle bestanden als Friedensdivisionen zu 78 Prozent aus aktivem Personal, der Prozentsatz an Reservisten war ausserordentlich gering. Dagegen verfügten die 16 Divisionen der 2. Welle nur über 6 Prozent aktives Personal, die Masse der Mannschaften (83 Prozent) rekrutierte sich aus Reservisten der Wehrmacht mit einer mindestens neunmonatigen Ausbildung. Die 20 Divisionen der 3. Welle wurden vornehmlich von Reservisten aus den Ergänzungseinheiten des Heeres und aus Landwehrpflichtigen, die ihre militärische Ausbildung zum Teil bereits vor 1918 erhalten hatten, gebildet. Die 14 Divisionen der 4. Welle schliesslich verfügten über 21 Prozent Reservisten der Wehrmacht, gründeten sich aber vornehmlich auf bestehende Ergänzungseinheiten und daraus hervorgegangene Reservisten¹⁸².

Dieses Feldheer ist von der militärischen Führung im Sommer 1939 als nicht kriegsfähig bezeichnet worden, und dieses Urteil zieht sich ebenfalls durch die gesamte militä-

182 Vgl. Mueller-Hillebrand, Heer I, S. 47-57, S. 68ff.; Schottelius/Caspar, Organisation des Heeres, S. 387ff.

rische Memoirenliteratur¹⁸³. Tatsächlich waren die Infanteriedivisionen der 1. Welle personell noch nicht voll aufgefüllt, die Ausbildung und vor allem die Ausrüstung der übrigen Grossverbände hatten noch keinen befriedigenden Standard erreicht, und auch der Zustand des Verkehrswesens¹⁸⁴ entsprach nicht den militärischen Forderungen. Das Urteil bildete sich je nach dem Massstab, den man anlegte. Für die militärische Führung lieferte das August-Programm die Beurteilungskriterien, und danach war das «Soll» in der materiellen Ausstattung, der Bevorratung und vor allem den fabrikatorischen Vorbereitungen für die Bereitstellung einer rechtzeitigen und ausreichenden Nachschubkapazität nicht erfüllt.

Der in der Aufzeichnung vom 15. April 1939 angestellte Vergleich mit der Rüstungssituation vor dem Ersten Weltkrieg demonstriert auf eindrückliche Weise, dass die von Blomberg, Fritsch und Beck an vornehmlich militärischen Grössen orientierte, traditionelle Rüstungsplanung von unzulänglichen Prämissen ausgegangen war. Es ging nicht mehr um Bataillone, Divisionen und Armeekorps, sondern schlicht um Stabstahl, um die rüstungswirtschaftlichen Gegebenheiten, die von den Verantwortlichen für die Rüstungsprogramme der Republik als die Basis jeglicher militärischer Rüstungsplanung erkannt, ab 1933 in der Euphorie der von Hitler geschaffenen Möglichkeiten einer scheinbar grenzenlosen Aufrüstung vernachlässigt worden waren. Auch der Satz des Reichswehrministers Groener aus seiner Weisung vom April 1930, der damals nur widerwillig zur Kenntnis genommen worden war und der besagte, dass ausschliesslich politische Gesichtspunkte für die Definition der Aufgaben der Wehrmacht massgebend seien, wurde nun in allen Konsequenzen zur erfahrenen Realität. Der politische Wille und die politische Entscheidung Hitlers traten an die Stelle der bisher sorgsam verteidigten Eigenständigkeit des Heeres, und hierbei hatte sich gerade die Aufrüstung als der stärkste Motor der Integration des Heeres in das nationalsozialistische Herrschaftssystem erwiesen¹⁸⁵.

3. Die Marinerüstung

a) Rüstungsziele der Reichsmarine

Ebenso wie beim Heer nahm die Aufrüstung bei der Marine in den Jahren 1933-1939 ihren Ausgang von den Rüstungsprogrammen der Republik, die ihre letzte Ausformung im «Umbauplan» des November 1932 gefunden hatten¹⁸⁶.

183 Vgl. das bei Müller, Heer, S. 407ff., ausbreitete Material, insbesondere die Reaktion auf die Rede Hitlers vom 22. 8.1939 (S. 409ff.); Breit, Generale, S. 185ff. Vgl. hierzu auch Cooper, German Army, mit einer Fülle interessanter Details.

184 Rohde, Wehrmachttransportwesen, S. 37ff.

185 Vgl. Kapitel III/2 und III/3.

186 Vgl. S. 467 f.

Auch für die Marine implizierten die für 1933 vorgesehenen Massnahmen eine Überschreitung der durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages gezogenen Grenzen, doch bewegten sie sich in Grössenordnungen, die es im Unterschied zum Heer erlaubt hätten, sie ohne Schwierigkeiten vor der Öffentlichkeit verborgen zu halten. Dies galt insbesondere für die Aufstellung von Rahmenorganisationen für die U-Boot-Waffe und eine Marineluftwaffe sowie für die vorgesehene, relativ geringfügige Personalvermehrung bei Offizieren und Mannschaften (50 zusätzliche Offizieranwärter und 1'400 Unteroffiziere und Mannschaften). Der Bau eines Flugzeugträgers, die Indienstellung der ersten U-Boote und der Ausbau der Marineluftwaffe waren für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen¹⁸⁷. Im Unterschied zu den seit Dezember 1933 sich überstürzenden Planungen des Heeres hat der Prozess der Aufrüstung bei der Marine deutlich später eingesetzt, obwohl auch sie von den seit Februar 1933 sehr viel reichlicher fliessenden finanziellen Mitteln profitierte, die im Wesentlichen für die Beschaffung von Munition und Waffen, für die Küstenverteidigung und Hafengebäuden verwandt wurden¹⁸⁸.

Letztlich allerdings hat das Tempo und der Umfang des Aufbaus der Marine Formen angenommen, die durchaus mit denen des Heeres vergleichbar sind. So stieg beispielsweise die Personalstärke (Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften) von 15'000 im November 1932 über 16450 im Jahre 1933 auf insgesamt 78892 Soldaten bei Kriegsbeginn, das heisst der Personalbestand verfünffachte sich in knapp sieben Jahren¹⁸⁹. Die Frage des Offizier-Ersatzes führte jedoch nicht zu denselben gravierenden Problemen, wie sie beim Heer beobachtet werden konnten. Über eine Verkürzung der Ausbildungszeit und durch Erhöhung der jährlichen Einstellungsraten konnte der Bedarf gedeckt werden. Das Offizierkorps der Marine umfasste im November 1932 1100 und am 31. August 1939 4992 Offiziere aller Laufbahnen¹⁹⁰. Ein besonders einprägsames Bild ver-

	Schiffbau (in Mio. RM)	Prozent	Gesamthaushalt (in Mio. RM)
1932	49,6	26,5	187,4
1933	76,1	24,4	311,8
1934	172,3	34,7	496,5
1935	287,0	41,3	695,1
1936	561,3	48,4	1160,7
1937	603,1	40,8	1478,5
1938	458,8	26,1	1756,3
1939	545,1	22,8	2389,9

187 Für die konkreten Daten der für 1933 vorgesehenen Umbaumaassnahmen vgl. Dülffer, Weimar, S. 565 f. Zu den Auslandskontakten der Marine zur Förderung insbesondere des U-Boot-Baus vgl. ebd., S. 71 ff., und die dort angegebene Literatur.

188 Ebd., S. 241 ff.

189 Güth, Organisation der Kriegsmarine, S. 347 und S. 352, vgl. auch die Zahlen unter Einschluss der Beamten und Angestellten in: IMT, Bd. 35, S. 571 (Vortrag des Flottenintendanten Thiele am 12.7.1944 über die Entwicklung des Marinehaushaltes von 1930 bis 1939).

190 Güth, Organisation der Kriegsmarine, S. 347.

mitteln die Jahr für Jahr für den Aufbau der Kriegsmarine verwandten Etatmittel¹⁹¹ (s. Tabelle gegenüber).

Verglichen mit 1932 wurde 1939 mehr als das Zwölfwache an Etatmitteln ausgegeben. Das waren Steigerungsraten, die diejenigen des Tirpitzschen Flottenbaus vor dem Ersten Weltkrieg weit in den Schatten stellten¹⁹².

Die Kurzfristigkeit des Vorganges stellt jeden Versuch einer ausgewogenen Darstellung vor ganz besondere Schwierigkeiten. Der Aufbau der kaiserlichen Marine lässt sich über ein Vierteljahrhundert verfolgen, und diese Zeitspanne erleichtert es dem Betrachter, die leitenden politischen und militärischen Prinzipien, ihre Voraussetzungen und ihren Wandel sowie die Konsequenzen der maritimen Aufrüstung des Reiches zu erfassen und zur Anschauung zu bringen. Im Gegensatz hierzu drängte sich das Raedersche Experiment auf wenige Jahre zusammen. In diesem Faktum kommt aber auch zum Ausdruck, vor welche nahezu unlösbaren Probleme Raeder und die Marineführung sich in den Jahren von 1933 bis 1939 gestellt sahen. Schon Tirpitz war nicht müde geworden, immer wieder darauf hinzuweisen, dass der Aufbau einer Flotte nicht von heute auf morgen erfolgen könne, vielmehr Jahrzehnte beanspruche. Raeder ist ihm in dieser Meinung gefolgt und hat bereits bei seiner ersten Unterredung mit Hitler diesen auf die zwingende Notwendigkeit einer langfristigen Marineplanung hingewiesen¹⁹³. Die über ein Jahrzehnt zu verfolgende Entwicklungsgeschichte des Panzerschiffes «Deutschland» von den ersten Entwürfen der Konstruktionsabteilung der Marineleitung bis zu seiner Indienststellung am 1. April 1933 mag als ein extremes Beispiel gelten¹⁹⁴, es verdeutlicht aber doch die besonderen Schwierigkeiten, vor die sich Konstrukteure, Ingenieure, die Werften und die Vielzahl der Zulieferindustrien auch noch in den dreissiger Jahren gestellt sahen. Die Schwierigkeiten begannen mit dem oft mühsamen Prozess der Vereinigung militärischer, konstruktiver und technischer Gesichtspunkte bei der Planung eines für bestimmte Funktionen vorgesehenen Kriegsschiffes und setzten sich auf Werften fort, die sich nach jahrelanger Unterbrechung mit den besonderen Problemen des Kriegsschiffsbaus konfrontiert sahen und zeitraubende Erfahrungen sammeln mussten. Die Deutschen Werke in Kiel benötigten für den Bau – jeweils von der Auftragserteilung bis zur Indienststellung gerechnet – des Schweren Kreuzers «Blücher» knapp fünf Jahre, des Leichten Kreuzers «Karlsruhe» dreieinhalb Jahre und selbst für die ersten Zerstörer des Typs 34 annähernd drei Jahre¹⁹⁵. Das faktische Ergebnis des

191 Dülffer, Weimar, S. 563.

192 Vgl. die Tabelle XIV bei Witt, Finanzpolitik, S. 380f.

193 Tirpitz schrieb dem Prinzen Heinrich von Preussen am 25.12.1905: «Man kann wohl Armeen aus dem Boden stampfen, wie Scharnhorst und Gambetta es taten; um aber eine Flotte mit den erforderlichen Stützpunkten und Reserven aufzubauen, ist die Lebenszeit einer Generation erforderlich», vgl. Berghahn, Tirpitz-Plan, S. 183. Und Raeder erklärte Hitler gegenüber im März 1933: «Ausbau Marine: 20 Jahre voraus. Nicht für heute, sondern Gesamtlage», vgl. Salewski, Marineleitung, S. 154.

194 Sandhofer, Panzerschiff «A», S. 35 ff.

Aufbaus der Kriegsmarine bis 1939 muss auch an diesen gegebenen Verhältnissen gemessen werden.

Angesichts der Kurzfristigkeit des friedensmässigen Aufbaus und der grundsätzlichen Komplexität und Langfristigkeit der Marinerüstung wird eine Interpretation des enormen Aufschwungs sich weniger an den Einzelheiten der in überreichem Masse produzierten Planungsunterlagen bzw. deren Realisierung orientieren können, als vielmehr an der in ihnen zum Ausdruck kommenden generellen Zielsetzung. Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass Raeder und die Marineführung sich mit der ihnen vom Reichswehrminister Groener übertragenen Aufgabe des Schutzes der für das Reich wesentlichen Seewege der Ostsee nicht abgefunden hatten und sich ihre Zukunftsvorstellungen immer eindeutiger auf die Nordsee, ja den Atlantik konzentrierten¹⁹⁶. Mit Hitler war ein Politiker zum Reichskanzler ernannt worden, der nicht nur in seiner programmatischen Schrift, sondern auch in zahlreichen Reden kein Hehl daraus gemacht hatte, dass er ein scharfer Kritiker der Flottenpolitik des Admirals v. Tirpitz war, von einer «maritimen» Ausrichtung der deutschen Politik nichts hielt und sich offenbar mit einer «Küstenmarine» um des Ausgleiches mit England willen durchaus zufriedengeben wollte. Dies war ein für Raeder und den Kreis der führenden Marineoffiziere ganz unerträglicher Gedanke¹⁹⁷. Für die weitere Entwicklung der Reichsmarine war es daher von ausschlaggebender Bedeutung, wie sich das Verhältnis des Chefs der Marineleitung zu den neuen Männern an der Spitze der militärischen und politischen Führung des Reiches gestalten würde. Neurath und Blomberg standen im besten Falle der Marine wohlwollend gegenüber, wobei insbesondere von Blomberg anzunehmen war, dass er den von der Marine nie bestrittenen Vorrang aller Fragen der Heeresrüstung nach Kräften auszudehnen bestrebt sein würde. Mit Göring, der neben seinen einflussreichen Positionen in Partei und Staat zum Reichskommissar für die Luftfahrt berufen worden war, erwuchs der Marine sehr schnell ein neuer machtvoller Konkurrent.

Vor diesem Hintergrund ist die erste bekannt gewordene Aussprache zwischen Hitler und Raeder zu sehen und zu beurteilen. Das Gespräch fand wahrscheinlich Anfang April 1933 statt und dürfte von Raeder über den aktuellen Anlass – Abwehr bestimmter Gefahren aus dem auf der Abrüstungskonferenz diskutierten Plan des britischen Premierministers MacDonald – hinaus mit der Absicht geführt worden sein, den Reichskanzler mit den militärischen und politischen Komponenten des in Gang befindlichen Aufbaus der Reichsmarine vertraut zu machen und ihn für die Zielvorstellungen der Marine zu gewinnen¹⁹⁸. Aus der Aufzeichnung Raeders ist der Verlauf des Gespräches nicht zu

195 Vgl. die Aufstellung der Baudaten der Schiffe von J. Rohwer bei Dülffer, Weimar, S. 570ff. Die «Karlsruhe» war bereits das dritte Schiff der Bauserie, jedoch der erste Kreuzerbau, den die Deutschen Werke ausführten.

196 Vgl. S. 457f. Zu den Kriegsspielen der frühen dreissiger Jahre vgl. Gemzell, Raeder, S. 31 ff., S. 42 ff.; sowie Schreiber, Revisionismus, S. 87ff., und ders., Rolle Frankreichs.

197 Salewski, Marineleitung, S. 121 ff.; Dülffer, Weimar, S. 204ff.

198 Salewski, Marineleitung, S. 125ff., S. 153ff. (Faksimile-Wiedergabe); Dülffer, Weimar, S. 244ff.

rekonstruieren. Neben einer Fülle von diplomatischen und auch technischen Details, die das Interesse Hitlers durchaus gefunden haben dürften, hat Raeder das vorläufige Ziel des Flottenbaus sehr deutlich bezeichnet. Es nahm sich äusserlich bescheiden aus, denn Raeder erklärte sich mit der in Versailles festgelegten «Zahl der Schiffe» durchaus einverstanden, wenn er auch an anderer Stelle – ganz im Sinne des Umbauplanes – die Notwendigkeit von U-Booten und eines Flugzeugträgers erwähnte. Worauf es ihm ankam, war die freie Bestimmung der Tonnage der Schiffe im Sinne der im Dezember 1932 postulierten «Gleichberechtigung». Das führte zu der konkreten Forderung, dem für 1934 vorgesehenen Neubau des Panzerschiffes «D» eine Tonnage und eine Bestückung zugrunde zu legen, die gewährleisten, dass es dem entsprechenden französischen Neubau, der «Dunkerque», gewachsen war. Höchst bemerkenswert sind die politischen Argumente am Anfang und am Schluss der Aufzeichnung, die wohl nicht unbeabsichtigt die grossen Perspektiven in wenigen Worten zusammenfassten. Raeder war sich bewusst, dass Hitler eine forcierte Flottenrüstung vor allem wegen der politischen Konsequenzen für seine Englandpolitik ablehnte, und erklärte daher gleich zu Beginn des Gesprächs, dass «England nie als Gegner f[ür] [die] Marine» in Frage komme¹⁹⁹, und am Schluss der Aufzeichnung vermerkte er in schwungvoller Form nur das eine Wort «Bündnisfähigkeit» und unterstrich es. Er erwies sich damit als gelehriger Schüler seines früheren Vorgesetzten Tirpitz, dieses Meisters der politischen Taktik, und versuchte auf diese Weise Hitler den Ausbau der Flotte als eine ungefährliche, ja erwünschte Komponente seiner kontinentalen Politik schmackhaft zu machen.

Der Chef der Marineleitung scheint Hitler mit seinem Vortrag für die «Sache der Marine» wenn nicht gewonnen, so doch von ihrer Nützlichkeit als politisches Instrument überzeugt zu haben. Reden des Reichskanzlers in Kiel und Wilhelmshaven zeugten jedenfalls davon, dass er ursprünglich eingenommene Positionen revidiert hatte²⁰⁰. Und Raeder konnte im September 1933 vor Marineoffizieren erklären, dass «gerade der Reichskanzler immer wieder auf den notwendigen Ausbau der Flotte zu sprechen kommt und tief überzeugt ist von der grossen Bedeutung einer Marine, nicht zuletzt auch als Macht- und Bündnisfaktor»²⁰¹. Dieser von Raeder mit Geschick geknüpfte Kontakt zu Hitler – von Hammerstein und Fritsch ist nichts Vergleichbares bekannt geworden – hat sich im weiteren Aufbau bis in Einzelheiten hinein positiv, aber auch negativ für die Marine ausgewirkt.

Die ersten Monate unter nationalsozialistischer Führung bis zum Jahresende 1933 waren, ähnlich wie beim Heer, geprägt von der Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Abrüstungskonferenz und den von dort möglicherweise zu erwartenden Rüstungsbe-

199 Dülffers Argumentation (ebd., S. 245), der diese Äusserung Hitler zuschreibt, kann formal und inhaltlich nicht überzeugen; vgl. auch Salewski, Marineleitung, S. 126.

200 Dülffer, Weimar, S. 248 f.

201 Ebd., S. 249.

schränkungen. Zu Beginn des Jahres 1934 zeichnete sich jedoch auch bei der Marine eine wesentliche Beschleunigung des Kriegsschiffsbaus ab, die dazu führte, dass im Januar Bauaufträge über zwei Panzerschiffe mit erheblich erhöhter Tonnage («D» und «E»), über eine erste Serie von vier Zerstörern mit einer ebenfalls das Versailler Limit um mehr als das Doppelte überschreitenden Tonnage, vergeben werden konnten. Die Vorbereitungen zum U-Boot-Bau wurden fortgesetzt²⁰².

Welch stimulierenden Effekt die nunmehr von aussenpolitischen Rücksichtnahmen zunehmend sich befreiende Rüstungspolitik auch auf die Marineführung ausübte, zeigte sich in der Tatsache, dass im März 1934 ein neuer Schiffsbau-Ersatzplan aufgestellt und dem Chef der Marineleitung vorgelegt wurde, der nach dem Willen Raeders von internationalen Bindungen absehen und ausschliesslich deutschen Bedürfnissen gerecht werden sollte. Dieser Plan sah den Bau von acht Panzerschiffen, drei Flugzeugträgern, 18 Kreuzern, 48 Zerstörern und insgesamt 72 U-Booten vor und sollte bis 1949 realisiert werden²⁰³. Im Herbst des Jahres wurden im Rahmen dieses Planes die Bauaufträge für die Schwere Kreuzer «Blücher» und «Admiral Hipper» sowie für fünf weitere Zerstörer erteilt. Mit dieser Schiffsbauplanung war nun endgültig der Rahmen einer «Versailles-Flotte» verlassen worden. Nicht nur die Tonnage der einzelnen Schiffstypen, wie Raeder Hitler ein Jahr zuvor erklärt hatte, sondern auch der zahlenmässige Umfang der zukünftigen Flotte war den eigenen Bedürfnissen gemäss gewählt worden²⁰⁴.

Die grundsätzliche Bedeutung dieser Entscheidung wird meist verdunkelt durch die nicht enden wollenden Auseinandersetzungen, Entscheidungen und Gegenentscheidungen innerhalb der Marineführung, zwischen dieser, dem Auswärtigen Amt oder Hitler selbst über die Ausmasse, die Bestückung, den Baubeginn und sonstige Einzelheiten der Schiffsbauplanung. Sie können in diesem Zusammenhang ausser Betracht bleiben. Zu fragen ist nach der militärisch-politischen Zielsetzung, die der Schiffsbauplanung vom März 1934 zugrunde lag, die trotz aller Beschleunigungsversuche bis zum Kriegsbeginn auch nicht annähernd realisiert werden konnte. Ein erster Hinweis stammt von dem Leiter der Gruppe für Marinekonferenzen in der Marineleitung, Admiral v. Freyberg-Eisenberg-Allmendingen, dem langjährigen Vertreter der Marine bei den Genfer Abrüstungsgesprächen. Im Zusammenhang mit Erörterungen zur Vorbereitung einer eventuellen Teilnahme Deutschlands an der für 1935 geplanten Londoner Flottenkonfe-

202 Ebd., S. 250ff.; Salewski, Marineleitung, S. 132ff. Bei den Panzerschiffen handelte es sich um «Scharnhorst» und «Gneisenau», für die zunächst eine Tonnage von 18'000 t vorgesehen wurde.

203 Dülffer, Weimar, S. 566. Zum Stichtag 1.4.1934 bestand die Flotte aus den folgenden, nach dem Ersten Weltkrieg gebauten Einheiten: 1 Panzerschiff («Deutschland»), 5 Leichten Kreuzern («Emden», «Königsberg», «Karlsruhe», «Köln», «Leipzig»), 12 Torpedobooten, 8 Räumbooten, 8 Schnellbooten; wobei Schulschiffe, Begleitboote etc. nicht berücksichtigt sind. Zum Rüstungsstand 1939 vgl. S. 565.

204 Dülffer, Weimar, S. 251 ff. und S. 566; Salewski, Marineleitung, S. 133 ff.

renz äusserte er gegenüber einem Vertreter des Auswärtigen Amtes Anfang Februar 1934, dass man in der Marineleitung an eine «Parität» mit Frankreich denke²⁰⁵. Mitte Februar formulierte der Chef des Marinekommandoamtes, Konteradmiral Groos, diesen Grundsatz in prägnante Stichworte für die Aufstellung des Schiffbauplanes um: «1.) qualitative Gleichberechtigung, 2.) quantitative Gleichheit mit Frankreich und Italien, 3.) kurze Übergangsfristen bis zur Herstellung der Gleichheit»²⁰⁶. Raeder schliesslich gab – über die März-Planung hinausgehend – Ende Mai/Anfang Juni 1934 an alle beteiligten Dienststellen die Weisung, «die Stärke der Flotte nach der Schlüsselzahl $33\frac{1}{3}\%$ der englischen Tonnage aufzustellen»²⁰⁷. Diese Zahl änderte sich wenig später in 35 Prozent, weil sie dem Grundsatz der «Parität» mit Frankreich nach dem Washingtoner Vertrag von 1922 genau entsprach²⁰⁸. Die Referenten in der Marineleitung kamen allerdings sehr schnell zu dem Ergebnis, dass die 35-Prozent-Formel insbesondere bei den Kreuzern die Parität mit Frankreich nicht sicherstellte²⁰⁹. Groos forderte demnach: «Für Kreuzer, Zerstörer, U-Boote muss also eine andere Verhältniszahl genannt werden.» Raeder gab dementsprechend Weisung, einer neuerlichen Berechnung die Verhältniszahl von 50 Prozent zugrunde zu legen. Diese Aufstellung führte Mitte Juni zu einem befriedigenden Ergebnis, der Grundsatz der Parität mit Frankreich war bei einer Stärkerelation von 1 zu 2 gegenüber der britischen Flotte gewährleistet.

Dieses militärische Kalkül ist durch politische Überlegungen ergänzt worden, die Raeder schon in seinem ersten Vortrag bei Hitler mit dem Wort «Bündnisfähigkeit» umschrieben hatte. Der Chef der Marineleitung hatte diesem Gedanken in einer Unterredung mit dem britischen Marineattaché Ende November 1933. einen sehr präzisen Inhalt gegeben, indem er diesem erklärte²¹⁰: «Ich könnte mir vorstellen..., dass eine deutsche Flotte von gewisser Stärke, sagen wir etwa ein Geschwader von grossen Schiffen, für die englische Politik von wesentlichem Nutzen sein könnte, denn bei dem quantitativen Gleichgewicht, das zwischen den Flotten Englands und der Vereinigten Staaten herrscht, könnte man der Auffassung sein, dass ein solches deutsches Geschwader bei gutem Einvernehmen zwischen Deutschland und England ein politisches Plus für England bedeutet.»

Innerhalb des Marinekommandoamtes selbst regten sich Zweifel, ob diese Argumentation auf «die Engländer sehr überzeugend» wirken werde²¹¹, denn der von Raeder ins Spiel gebrachte Gedanke einer gemeinsamen politischen oder gar militärischen Gegen-

205 Salewski, Seekriegsleitung, Bd. I, S. 8.

206 Dülffer, Weimar, S. 275.

207 Salewski, Seekriegsleitung, Bd. I, S. 13.

208 Zu den internationalen Flottenabkommen nach dem Ersten Weltkrieg vgl. Dülffer, Weimar, S. 130 ff. Das Washingtoner Abkommen hatte eine Stärkerelation der Flotten der USA, Grossbritannien, Japans, Frankreichs und Italiens von 5: 5: 3:1,75:1,75 festgelegt.

209 Ebd., S. 283ff.; Salewski, Seekriegsleitung, Bd. I, S. 13f.; ders. Marineleitung, S. 138f.

210 Salewski, Marineleitung, S. 131.

211 Salewski, Seekriegsleitung, Bd. I, S. 10.

schaft gegen die USA konnte bei den in Grossbritannien Verantwortung tragenden Politikern und Militärs nur auf Unverständnis stossen, im Grunde ein grotesker Gedanke in Anbetracht der allgemeinen internationalen Lage um die Jahreswende 1933/34. Aber um des grossen Zieles willen wurden die sich schüchtern äussernden Zweifel durch pathetische Formulierungen wie «Denn die Skala der Weltgeltung der Nationen ist identisch mit der Skala ihrer Seemacht» verdrängt²¹².

Diese Zeugnisse lassen keinen Zweifel daran, dass Raeder und die Marineführung das vorläufige Ziel des deutschen Flottenbaus tatsächlich in der qualitativen und quantitativen Parität mit Frankreich sahen und dass sie tatkräftig und sehr frühzeitig die Realisierung dieser Zielvorstellung in die Hand nahmen. Und diese Parität sollte im Ernstfalle dazu dienen, die französische Flotte nicht nur an einem Eindringen in die Ostsee zu hindern, sondern sie war auch dazu gedacht, die französischen Seeverbindungen durch eine aktive Seekriegführung im Atlantik²¹³ und womöglich auch im Mittelmeer nachhaltig zu stören, in Seegebieten demnach, die für Grossbritannien von geradezu lebenswichtiger Bedeutung waren, und mit einer Flotte, die immerhin 50 Prozent der Stärke der britischen erreichte. Dieses Ziel, die Parität, wurde in einer politischen Situation ins Auge gefasst und für verbindlich erklärt, in der sich das Reich aus dem kollektiven Sicherheitssystem des Völkerbundes zurückgezogen hatte, eine Heeresrüstung grossen Stils begann und im Begriffe stand, eine insbesondere Frankreich und England in ihrem Sicherheitsbedürfnis bedrohende Luftwaffe zu schaffen. Und trotzdem hielt die Marineführung offiziell an der Vorstellung fest, dass ein Einvernehmen mit England die Voraussetzung jeder und insbesondere der mit der Paritätsforderung umschriebenen Marinopolitik sei. Eine Interpretation dieses marinopolitischen Kurses resümiert²¹⁴: «Es galt demnach, die Marinerrüstung so zu planen und so durchzuführen, dass der strategische Zweck erreicht wurde, ohne die politischen Voraussetzungen dazu selbst in Frage zu stellen.» Damit hat sich die Sichtweise der Marineführung auf den Interpreten übertragen, denn der «strategische Zweck» – die Parität – war politisch voraussetzungslos, ja unter Verkennung einfachster politischer Zusammenhänge gedacht. Während das Truppenamt bzw. der Generalstab in oft übertriebener Weise ihren Überlegungen den ungünstigsten Fall zugrunde legten, bewegte sich die Marine in diesem entscheidenden Punkte ihrer Rüstungsplanung in einem Wunschenken, das sich auch nicht durch die Hitlerschen Friedensreden erklären lässt. Die historischen Wurzeln dieses Denkens liegen offen zutage: Die Traditionen des maritimen Denkens der Tirpitz-Schule sind mit Händen zu greifen. Die Kritik, die ein Seeoffizier im Februar 1894 an den Plänen von Tirpitz übte, indem er Ursprung und Bedeutungsgehalt des Schlagwortes von der «alli-

212 Aufzeichnung von Mitte Juni 1934, vgl. ebd., S. 8; Salewski, Marineleitung, S. 139.

213 Salewski, Marineleitung, S. 136 f.

214 Salewski, Seekriegsleitung, Bd. I, S. 9. Vgl. dagegen auch Schreiber, Kontinuität, S. 121 ff.

anzkräftigen Flotte» analysierte, lässt sich auf Raeder und die Marineführung übertragen²¹⁵. Raeders «Bündnisfähigkeit» war eine willkommene, letztlich inhaltslose Formel; die bewegende Kraft war der Wille, den verpflichtenden Traditionen der Marine gerecht zu werden und diese erneut zu einem bedeutenden Machtfaktor im nationalen und internationalen Rahmen zu machen. Wie bei der Aufrüstung des Heeres ist es demnach nicht allein der politische Wille des Reichskanzlers gewesen, der Umfang und Zielsetzung der Rüstung bestimmte. Auch bei der Marine, ja dort noch mehr als beim Heer, führten militärische Zielvorstellungen zu einer wesentlichen Ausweitung und zunehmenden Kurzfristigkeit der Rüstungsplanung.

b) Rüstungsziele und deutsch-englischer Flottenvertrag

Die weitere Entwicklung der Rüstungsplanung der Reichsmarine wurde bestimmt durch den im Juni 1935 abgeschlossenen Flottenvertrag mit Grossbritannien. Die bisherigen Erörterungen zwischen dem Reichskanzler, dem Auswärtigen Amt und der Marineleitung über eine internationale Bindung der deutschen Flottenstärke waren in jeweils unterschiedlicher Intensität im Blick sowohl auf die für 1935 erwartete internationale Konferenz als auch auf ein bilaterales deutsch-britisches Abkommen geführt worden. Bei einer Besprechung in Anwesenheit von Hitler, Neurath, Blomberg und Raeder am 22. Juni 1934 wurde im Sinne Neuraths gegen eine Teilnahme an einer internationalen Konferenz entschieden²¹⁶; das Projekt einer Verständigung mit England, die dem taktisch-politischen Kalkül Hitlers entsprach, rückte damit in den Vordergrund.

Raeder benutzte jedoch die Gelegenheit dieser Konferenz «auf höchster Ebene» auch und vor allem, um die seit März erarbeiteten Vorschläge für den Aufbau der Flotte vorzutragen. Wiederum stand die «Parität» mit Frankreich im Vordergrund, und es ist mit gutem Grund anzunehmen, dass der Chef der Marineleitung sich mit Nachdruck für die wenige Tage zuvor im Marinekommandoamt ausgearbeitete 50-Prozent-Lösung ausgesprochen hat. Eine Entscheidung konnte er allerdings nicht herbeiführen; es ist vielmehr anzunehmen, dass er bei Neurath und Blomberg Widerspruch hervorrief. Es spricht daher für die Hartnäckigkeit Raeders und für seine Identifikation mit dem Maximalprogramm, dass er wenige Tage später, am 27. Juni 1934, die Rückmeldung des Kommandanten des Leichten Kreuzers «Karlsruhe» von einer Auslandsreise benutzte, um mit Hitler nochmals die grundlegenden Fragen zu besprechen. Neben der Erörterung einer Reihe von untergeordneten Routinefragen erreichte er dabei eine wesentliche Entschei-

215 Deist, Flottenpolitik, S. 45. C. v. Maltzahn stellte im Februar 1894 fest, dass weder der Reichskanzler noch das Auswärtige Amt, sondern allein das Oberkommando eine «allianzkräftige Flotte» fordere, und folgerte daraus, dass nicht die «Allianz», sondern die «Flotte» das eigentliche Motiv dieser Forderung sei.

216 Dülffer, Weimar, S. 286ff.; Salewski, Seekriegsleitung, Bd. I, S. 14f.; Salewski, Marineleitung, S. 138 ff.

dung, nämlich eine drastische Steigerung der Tonnage der bereits in Auftrag gegebenen Panzerschiffe «D» und «E» sowie eine Verstärkung der Bestückung dieser Schiffe²¹⁷. Diese Tatsache sollte ebenso geheimgehalten werden wie der U-Boot-Bau.

Das entscheidende Thema der weiteren Rüstungsplanung verbirgt sich in der Zeile der stichwortartigen Aufzeichnung Raeders: «Entwicklung Fl. später ev. gegen E.», und «Tradition hochhalten. Ich: von 1936 an gr. Schiffe mit 35cm. Wenn Geld ja. Bündnis 1899. Lage 1914?» Es ist viel über die Bedeutung dieser Passage gerätselt worden, weil sie nicht in das Bild passte, das sich aufgrund der Memoirenliteratur und erster historischer Interpretationen der Gesamtentwicklung der Reichs- und Kriegsmarine im Dritten Reich geformt hatte. Sieht man sie im Zusammenhang mit den seit Monaten in der Marineleitung intensiv bearbeiteten Paritätsforderungen mit Frankreich und ihren wahrscheinlich auch in der Konferenz vom 22. Juni erörterten Auswirkungen auf das Verhältnis zu England, so gibt es keinen Zweifel, dass Raeder sich hier, wenn auch nur für einen kurzen Moment, die Konsequenzen der von ihm betriebenen Flottenpolitik eingestanden hat. Natürlich setzte er auf eine lange friedliche Entwicklung, denn der Flottenbau war ja nur langfristig denkbar. Aber – so dürfte die Argumentation Raeders gelaunt haben – hätte ein Bündnis mit Grossbritannien im Jahre 1899 den Ersten Weltkrieg verhindert? Da er den Tirpitzschen Denktraditionen verhaftet war, musste er diese rhetorische Frage verneinen. Deshalb war Vorsorge dafür zu treffen, dass die Flotte später eventuell gegen England «mit einiger Aussicht auf Erfolg», um eine Becksche Formel zu verwenden, eingesetzt werden konnte. Deshalb Parität mit Frankreich, deshalb grosse Schiffe mit 35-cm-Geschützen zum frühest möglichen Zeitpunkt. Natürlich behielt Raeder diese Zukunftsvisionen für sich, sie waren kein Gesprächsthema innerhalb des Führungskreises, zumindest zu diesem Zeitpunkt nicht. Tirpitz hatte es über ein Jahrzehnt ebenso gehalten. Nur war Hitler eben nicht Wilhelm II.; er hatte seine eigenen Visionen und behandelte die Marine souverän als ein ihm zur Verfügung stehendes Machtinstrument unter anderen. Raeder verkannte in seinem mit grossem Geschick inszenierten Bemühen, die Interessen der Marine gegenüber den konkurrierenden Institutionen der Exekutive durch den direkten Kontakt zum Reichskanzler zu wahren und zu fördern, den grundsätzlichen Gegensatz zwischen der notwendigerweise langfristigen eigenen Rüstungsplanung und den nach vornehmlich taktischen Gesichtspunkten getroffenen, kurzfristigen politischen Entscheidungen Hitlers. Deshalb das jähe Erwachen, als Hitler zu einem der Marine zu frühen Zeitpunkt die Wendung gegen England vollzog.

Die Entscheidungen Raeders und der Marineleitung im Winter 1934/35 bestätigen diese Interpretation der Vorgänge im Sommer 1934. Die am 15. Juli 1934 angeordnete Unter-

217 Vgl. zum Folgenden Salewski, Marineleitung, S. 140ff., S. 156f.; Dülffer, Weimar, S. 288ff. Die Panzerschiffe «D» und «E» erhielten später die Namen «Gneisenau» und «Scharnhorst».

brechung der Bauarbeiten an den Panzerschiffen «D» und «E» war eine erste Konsequenz, die Raeder aus der Unterredung mit dem Reichskanzler zog. Trotz der damit verbundenen erheblichen Nachteile wurden die Konstruktionsdaten erneut verändert. Die Schiffe sollten nunmehr eine Tonnage von über 30'000 t und eine Bestückung mit neun 28-cm-Geschützen erhalten. Ebenfalls Anfang Juli erhielt die Konstruktionsabteilung den Auftrag, die Baupläne «für das erste Grosskampfschiff», das heisst für den Ersatzbau «F», so vorzubereiten, dass mit dem Bau am 1. April 1936 begonnen werden konnte²¹⁸. Schliesslich fiel auch die endgültige Entscheidung über den Bau der beiden ersten Schwere Kreuzer, die am 30. Oktober 1934 bei Werften in Kiel und Hamburg in Auftrag gegeben wurden.

Diese internen Direktiven wurden zu einem Zeitpunkt erteilt, in dem sich die Chancen für eine aussenpolitische Absicherung des Flottenbaus im Sinne Hitlers und Raeders ausserordentlich verschlechtert hatten. Die Röhm-Affäre und ihre Begleiterscheinungen sowie die Vorgänge in Österreich verschärfen die internationale Isolierung des Reiches und provozierten in Grossbritannien und Frankreich Reaktionen, die eine Sanktionierung einer deutschen Aufrüstung unwahrscheinlich machten. Hitler unternahm daher erst im November einen erneuten Versuch, mit Grossbritannien über Rüstungsfragen ins Gespräch zu kommen. Die Unterredung mit Botschafter Phipps am 27. November²¹⁹ gilt allgemein als der Auftakt der Verhandlungen, die in einem langwierigen Prozess zu dem deutsch-englischen Abkommen vom 15. Juni 1935 führten. Die politischen Motive, die Grossbritannien trotz der erkennbaren und erkannten Tendenzen der deutschen Militärpolitik zum Abschluss dieser Vereinbarung veranlassten, können in diesem Zusammenhang vernachlässigt werden²²⁰. Auf deutscher Seite standen von allem Anfang an taktische Gesichtspunkte im Vordergrund. Für Hitler bedeutete jede Durchbrechung der aussenpolitischen Isolierung einen Gewinn für die im Frühjahr 1935, nach der Rückgliederung des Saargebietes in das Reich zu treffenden, in ihren Ergebnissen nicht mehr zu tarnenden Entscheidungen auf dem Gebiet der Heeres- und der Luftrüstung. Dagegen erlaubten die programmatischen Aspekte der Hitlerschen Englandpolitik und die besonderen zeitlichen Bedingungen, die der Planung und der Durchführung des Flottenbaus eigen waren, temporäre Kompromisse. Die im Laufe der Verhandlungen von Hitler immer wieder geäusserte Ansicht, dass die deutsche Flotte ihre Aufgabe vornehmlich in der Ostsee zu erfüllen habe, brachte die taktische Absicht angesichts der bereits getroffenen schiffbaulichen Entscheidungen besonders deutlich zum Ausdruck. Aber auch die Überlegenheit der Marineführung folgten diesem taktischen Konzept. Raeder nahm zwar auf der einen Seite jede Gelegenheit wahr, den Engländern gegenüber zu betonen,

218 Dülffer, Weimar, S. 294 f.; Salewski, Marineleitung, S. 147. Die von Salewski, England, S. 174ff., vertretene Meinung, dass sich die Marine in den Jahren nach 1933 in einer vornehmlich «theoretischen» Planungsphase befunden habe, überzeugt nicht.

219 ADAP. C. Bd. III, 2, Nr. 358, S. 663 ff.

220 Zum Flottenvertrag vgl. Dülffer, Weimar, S. 338ff., sowie Wiggershaus, Flottenvertrag. Zur politischen Bedeutung des Vertrages vgl. Beitrag Messerschmidt, S. 709 ff.

dass der deutsche Flottenbau in keiner Weise gegen Grossbritannien gerichtet sei, aber im Gegensatz zu der von Hitler öffentlich betonten «Endgültigkeit» der 35-Prozent-Relation drängte der Chef der Marineleitung andererseits auf eine möglichst «kurzfristige Konventionsdauer (etwa fünf Jahre)..., zumal wir die 35% der englischen Tonnage erheblich früher als in 10 Jahren erreichen können»²²¹.

Mitte Januar 1935 vermerkte man in der Marineleitung mit Genugtuung, dass Hitler «kürzlich noch einmal betont» habe, «dass mit Rücksicht auf den starken aussenpolitischen Druck, der seitens England und Frankreich nach der Saar-Abstimmung einsetzen wird, es notwendig sei, wichtige Rüstungsvorhaben in noch schärferem Tempo als bisher anlaufen zu lassen, um den erreichten Stand für den Augenblick etwaiger Verhandlungen... möglichst hoch zu machen»²²². Die Reaktion der Marineführung auf diese generelle Weisung bestand in der Auftragserteilung für eine Anzahl weiterer Zerstörer, dem Befehl zum Zusammenbau der ersten, bereits im Januar 1934 bestellten U-Boote und in einer Anordnung Raeders, die den Baubeginn für den ersten Flugzeugträger auf den 1. April 1935 vorverlegte, obwohl über die wichtigsten Baudaten für dieses Schiff noch gar nicht entschieden worden war²²³. Wichtiger als diese Einzelmassnahmen erscheint im Frühjahr 1935 die auf Hitler selbst zurückgehende und in den Überlegungen der Marineleitung zum Ausdruck kommende Aufhebung der bisher gültigen qualitativen Beschränkungen im Schiffbau. Hitler schien unter dem von ihm positiv eingeschätzten Verlauf der deutsch-britischen Verhandlungen bereit zu sein, nochmals Tonnage und Bestückung der Panzerschiffe «D» und «E» zu erhöhen bzw. zu verstärken, und ordnete für den Ersatzbau «F» an, die Erhöhung des Geschützkalibers auf 38 cm zu prüfen. Die Marineleitung blieb zwar bei ihrer Entscheidung für eine Bestückung des Schiffes mit 35-cm-Geschützen, aber im Sommer 1935 begann die Planung von Infrastrukturmassnahmen, z.B. von Schwimmdocks, die in ihren Dimensionen das Projekt des im November 1935 in Auftrag gegebenen ersten Grosskampfschiffs (F) weit hinter sich liessen²²⁴.

Das deutsch-englische Flottenabkommen vom 18. Juni 1935 kam demnach in keiner Weise einem «Verzicht» der Marine auf weiter gesteckte Ziele gleich. Die politische wie die militärische Führung betrachteten das Ergebnis durchaus nicht als eine «endgültige», sondern als eine «vorläufige» Regelung des deutsch-britischen Stärkeverhältnisses zur See. «Der Vertrag von 1935 war somit nur Tarnung, ein diplomatischer Betrug, und entsprach insofern Hitlers aussenpolitischem Programm und Raeders Vorstellungen von der Zukunft der deutschen Marine²²⁵.» Entscheidend war weiterhin, dass

221 Salewski, Marineleitung, S. 148.

222 Dülffer, Weimar, S. 303 f.

223 Ebd., S. 304.

224 Ebd., S. 313f., S. 383. Zur Aufhebung der qualitativen Beschränkung im Schiffsbau vgl. Salewski, Marineleitung, S. 146ff.

225 Salewski, Marineleitung, S. 149.

Raeder im Verlauf der vorbereitenden Gespräche in den Jahren 1934/35 die Gewissheit gewann, dass die kontinentale Ausrichtung der politischen Konzeption Hitlers sich durchaus vertrag mit den weitgesteckten traditionellen marinepolitischen Zielsetzungen, die sich hinter der Formel «Parität mit Frankreich» verbargen.

Neben den günstigen Perspektiven für den künftigen Aufbau der Marine zählte der im Augenblick des Abschlusses erzielte Erfolg. Abgesehen von dem enormen politischen Prestigegewinn für Hitler schlug für die Marine die nunmehr vertraglich abgesicherte Erweiterung des Rüstungsrahmens sehr zu Buche. Statt der rund 144'000 t nach den Versailler Bestimmungen standen der Marine nunmehr etwa 520'000 t für Kriegsschiffbauten zur Verfügung²²⁶; ein Volumen, dessen schnelle Realisierung die Kapazitäten der Werftindustrie überfordern musste. Zum ersten Mal zeigten sich bereits im April 1935 die negativen Seiten der von Hitler immer wieder geforderten Beschleunigung des Aufrüstungstempos. In einer Stellungnahme der Marineleitung hiess es: «Eine Baubeschleunigung der Panzerschiffe, Kreuzer, Zerstörer, Flottenbegleiter, S- und R-Boote und Flugzeugträger ist nicht möglich, da bereits jetzt die kürzesten Termine eingesetzt, die Werften bis an die Grenze des Möglichen beschäftigt und alle verfügbaren Facharbeiter voll ausgenutzt sind... Zusätzliche Neubauten können von den deutschen Werften bis auf weiteres nicht übernommen werden²²⁷». Deutlicher war der seit 1933 erreichte Umfang und das Tempo des Flottenbaus nicht zu umschreiben, einer Entwicklung, in der die Verhandlungen um ein Abkommen mit Grossbritannien nur als ein Katalysator gewirkt hatten.

Mit dem frühen Hinweis auf die begrenzte Kapazität der Werften schlug die Marineleitung ein allen drei Wehrmachtteilen gemeinsames Thema an. Ähnlich wie bei Heer und Luftwaffe bestimmten in den folgenden Jahren wirtschaftliche Fragen auch bei der Marine die Entwicklung in stärkerem Masse als die eigenen Zielvorstellungen und die weiteren Verhandlungen mit Grossbritannien über die Ausgestaltung und Anwendung der 35-Prozent-Regelung.

Im deutsch-englischen Flottenabkommen war für eine Schiffskategorie, die U-Boote, eine abweichende Relation festgelegt worden. Grundsätzlich war für die U-Boot-Tonnage Parität vereinbart worden, zunächst jedoch sollten deutscherseits nur 45 Prozent der britischen Tonnage in Anspruch genommen werden. Das U-Boot war seit den Tagen des Ersten Weltkrieges, seit den grossen Erfolgen der deutschen U-Boot-Waffe gegen die lebenswichtigen britischen Seeverbindungen *die* Waffe des zur See Schwächeren. Grossbritannien hatte daher nie besonderen Wert auf den Aufbau einer grösseren U-Boot-Flotte gelegt, sich vielmehr auf die Entwicklung von Abwehrtechniken konzen-

226 Dülffer, Weimar, S. 348. Gemzell, Raeder, S. 42, Anm. 42 gibt eine abweichende Zahl (ca. 420'000 t) an.

227 Dülffer, Weimar, S. 315. Dabei gilt es zu beachten, dass trotz der gesteigerten Bautätigkeit die Flotte nur sehr langsam wuchs. Gegenüber dem Stand vom 1.4.1934 (vgl. Anm. 203) war sie nach dem Stand vom 1. 6.1935 nur um ein Panzerschiff («Admiral Scheer»), 8 Räum- und 4 Schnellboote gewachsen. Das erste Unterseeboot wurde am 29.6.1935 in Dienst gestellt.

triert. Nicht zuletzt aufgrund dieser technischen Entwicklungen herrschte Mitte der dreissiger Jahre – auch unter dem Eindruck internationaler Abkommen über die Verwendung der U-Boote im Kriegsfall – in den Führungskreisen aller grösseren Marinen die Meinung vor, das U-Boot habe seine im Ersten Weltkrieg errungene Rolle als eines der wirksamsten Instrumente der Seekriegführung endgültig verloren. Auch in Deutschland und selbst innerhalb der Marineführung waren diese Stimmen, die sich in den von Tirpitz vorgezeichneten Bahnen maritimen Denkens bewegten, durchaus vorhanden und von einigem Gewicht, obwohl die Marineleitung seit dem Abschluss des Versailler Vertrages alles getan hatte, um das darin ausgesprochene Verbot der U-Boot-Waffe für Deutschland unwirksam zu machen²²⁸. Als Ergebnis dieser Bemühungen waren zum Zeitpunkt des Abschlusses des deutsch-englischen Flottenabkommens insgesamt 36 Boote verschiedener Typen mit einer Gesamttonnage von ca. 14'500 t in Auftrag gegeben worden. Damit waren bereits zwei Drittel der nach der 45-Prozent-Regelung zur Verfügung stehenden Tonnage von ca. 22'000 t verplant. Gegenüber den Planungen vom März 1934, die eine U-Boot-Flotte von 72 Booten mit einer Gesamttonnage von 31'200 t vorsahen, bedeutete die 45-Prozent-Regelung demnach eine nicht unerhebliche Einschränkung²²⁹.

Die U-Boot-Baupolitik des Oberkommandos wurde allerdings bis zum Herbst 1936 und darüber hinaus nicht so sehr von dieser Tonnagefrage, sondern von der internen Diskussion über die Kriegsaufgaben der Waffe bestimmt. Kapitän zur See Dönitz war im Herbst 1935 zum Chef der ersten U-Flottille «Weddigen», ein Jahr später zum «Führer der U-Boote» (FdU) ernannt und mit der Entwicklung von Grundsätzen für ihre kriegsmässige Verwendung und von Ausbildungsrichtlinien beauftragt worden. Er vertrat wiederholt die Ansicht, dass es in einem künftigen Kriege die Hauptaufgabe der U-Boote sein werde, «vor den feindlichen Häfen, an den Brennpunkten des Feindverkehrs»²³⁰ massiert aufzutreten und dort die grösstmögliche Wirkung zu erzielen. Da auch er den Kriegsfall mit England zunächst ausser Acht liess, mass er, wie die Mehrzahl der beteiligten Offiziere, dem Handelskrieg mit U-Booten nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Die Boote sollten in erster Linie gegen die französische Flotte und die Truppentransporte über See, insbesondere im Mittelmeer, eingesetzt werden. Dönitz kam es unter taktischen Gesichtspunkten vor allem auf einen massierten Einsatz der U-Boote an, und er forderte daher für die künftige Baupolitik die Konzentration auf im Wesentlichen einen Bootstyp – ein 750-t-Boot, das sich durch seinen ausgedehnten Fahrbereich auszeichnete. Obwohl Dönitz mit seiner Konzeption im Oberkommando der Marine auf keinen grundsätzlichen Widerspruch stiess, hielt man es dort im Blick auf mögliche militärische Aufgaben im östlichen Mittelmeer und im Atlantik doch für

228 Vgl. Salewski, Seekriegsleitung, Bd. I, S. 21 ff.; Dülffer, Weimar, S. 386; Gemzell, Organization, S. 289 ff.

229 Vgl. Gemzell, Organization, S. 575; Salewski, Seekriegsleitung, Bd. I, S. 24.

230 Aus einer Denkschrift von Dönitz vom 21.9.1935, vgl. Dülffer, Weimar, S. 387. Vgl. auch Dönitz, Zehn Jahre, S. 14ff., S. 29ff.

geboten, auch grössere und stärkere Boote in das Bauprogramm aufzunehmen²³¹. Die generelle Linie der U-Boot-Baupolitik blieb diffus und ohne klare Konturen. Nach den ausgedehnten Erörterungen des Jahres 1936 entschied sich Raeder Ende Oktober für einen Kompromiss, indem er den Bau von 7 Booten des von Dönitz favorisierten Typs und von 4 grösseren Booten (IX A, 1032 t) anordnete²³². In einer Verfügung vom 11. November erklärte das Oberkommando zwar, dass der Ausbau der U-Boot-Flotte «mit grösster Tatkraft und Beschleunigung in Angriff genommen und vollendet» werden solle, aber trotz der Priorität, die gleichzeitig allen U-Boot-Aufträgen zuerkannt wurde, zeigen die im Jahre 1937 erteilten, durch britische Bauten möglich gewordenen zusätzlichen Aufträge an die Werften dieselbe konzeptionelle Unentschiedenheit²³³. Bei den Überwasserschiffen waren bereits im Winter 1934/35 Entscheidungen gefallen, die im Widerspruch zum deutsch-englischen Flottenabkommen standen²³⁴; eine vergleichbare, aus einer definierten Zielvorstellung resultierende Entscheidung ist auf dem Gebiet des U-Boot-Baus nicht zu erkennen. Nichts verdeutlicht diesen Sachverhalt besser als die Tatsache, dass im Jahre 1937 der U-Boot-Bau schliesslich von den rüstungswirtschaftlichen Schwierigkeiten beim Kriegsschiffbau profitierte. Im Juni und Juli wurden Aufträge über acht Boote des kleinsten Typs vergeben, weil überraschend Werftkapazitäten zur Verfügung standen²³⁵! Die praktische Baupolitik entsprach in diesem konkreten Falle weder einem militärischen noch einem politischen Kalkül, sie folgte den wirtschaftlichen Möglichkeiten. Ein Vorgeschmack auf die kommenden Jahre.

Seit der Jahreswende 1936/37 zeichneten sich neue Rüstungsmöglichkeiten für die Kriegsmarine im Rahmen des deutsch-englischen Flottenabkommens ab. Diese Möglichkeiten resultierten aus dem gescheiterten britischen Versuch, die mit den Verträgen von Washington und London erreichten quantitativen und qualitativen Bindungen der grossen Seemächte in einer neuen Vereinbarung in modifizierter Form beizubehalten. Die vom 9. Dezember 1935 bis zum 21. März 1936 in London tagende Konferenz endete trotz intensiver Bemühungen der britischen Regierung aufgrund japanischer Forderungen mit einem Misserfolg. Ebenso erfolglos blieben die nachfolgenden britischen Versuche, durch die Verständigung über gewisse qualitative Beschränkungen das zu erwartende Wettrüsten zur See zu verhindern. Die deutsche Seite, die in diese Verhandlungen

231 Auch bei den U-Booten wird die Tonnage hier durchweg als Standardverdrängung angegeben; vgl. die von J. Rohwer bearbeitete Aufstellung bei Dülffer, Weimar, S. 570 ff.; zur U-Boot-Frage vgl. ebd., S. 386ff.; Salewski, Seekriegsleitung, Bd. I, S. 22ff.

232 Salewski, Seekriegsleitung, Bd. I, S. 28, die dort gegebenen Daten sind nach Dülffer, Weimar, S. 389 und S. 576 zu berichtigen. Ende Juli 1936 war bereits ein erster Auftrag über vier Boote des Typs IX A erteilt worden.

233 Vgl. Dülffer, Weimar, S. 576 f.; danach wurden im Jahre 1937 8 750-t-Boote, 5 1050-t-Boote und 8 290-t-Boote in Auftrag gegeben.

234 Vgl. Dülffer, Weimar, S. 313f., S. 383. Zur Aufhebung der qualitativen Beschränkung im Schiffsbau vgl. Salewski, Marineleitung, S. 146ff.

235 Dülffer, Weimar, S. 389. Es handelte sich um Boote des Typs II C (2901).

einbezogen worden war, hatte übrigens – wie nicht anders zu erwarten – klar ihr Desinteresse an einer wirksamen internationalen Vereinbarung zu erkennen gegeben. Die Ergebnislosigkeit aller ihrer Bemühungen veranlasste die britische Regierung, eine Verstärkung ihrer eigenen Seestreitkräfte ins Auge zu fassen, womit sich automatisch der Umfang der deutschen Flottenrüstung innerhalb der 35-Prozent-Regelung erweitern musste²³⁶. Als daher der britische Delegierte im Dezember 1936 Ribbentrop mitteilte, dass England im kommenden Jahr 5 Schlachtschiffe auf Stapel legen werde, war dies eine Nachricht, die sich stimulierend auf die deutsche Bauplanung auswirken musste. Bereits Anfang Januar 1937 ordnete Raeder an, die Auftragserteilung für zwei weitere Schlachtschiffe vorzubereiten, deren Displacement und Bestückung weit über die bisher gültigen Limits hinausgingen. Ganz allgemein gewinnt man aus den Planungsüberlegungen des Oberkommandos der Kriegsmarine für den Schiffbau der kommenden Jahre den Eindruck, dass nunmehr alle hemmenden Faktoren bewusst beiseite geschoben wurden. Wenige Monate nach Raeders Anordnung vom Januar 1937 erhöhte sich die Zahl der ins Auge gefassten Schlachtschiff-Neubauten von zwei auf vier, schliesslich gar auf sechs, wobei die Dimensionen der Schiffe und das projektierte Bautempo gleichfalls wuchsen. Die Überlegungen verdichteten sich allerdings aus einer Vielzahl von Gründen noch nicht zu konkreten Bauplänen, der Zusammenhang der einzelnen Projekte ist daher nicht immer gegeben oder erkennbar. Am 21. Dezember 1937 schliesslich genehmigte Raeder ein Programm, das nicht nur den Neubau von sechs Schlachtschiffen vor sah, sondern auch den beiden im Bau befindlichen Flugzeugträgern noch zwei weitere hinzufügte²³⁷. Die technische Wertabteilung errechnete auf Grund dieses Planes für 1944 einen Schiffsbestand von 365 Schiffen, der sich vorteilhaft von den 324 Schiffen der kaiserlichen Marine im Jahre 1914 abhob. Doch die Billigung des Planes durch den Oberbefehlshaber blieb folgenlos, es wurden zunächst keine Aufträge an die Werften erteilt, wie überhaupt im Jahr 1937 kein einziger Auftrag für grössere Kriegsschiffe bis einschliesslich der Zerstörer vergeben wurde.

Gegenüber diesen ausschweifenden Plänen nahm sich die tatsächlich zur Verfügung stehende Flotte als militärisches Machtinstrument des Reiches auch im Jahr 1937 noch immer recht bescheiden aus. Im Jahr 1933 bestand die Flotte aus dem neuen Panzerschiff «Deutschland», drei Linienschiffen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg («Schlesien», «Schleswig-Holstein», «Hannover»), 5 Leichten Kreuzern («Emden», «Königsberg», «Karlsruhe», «Köln», «Leipzig»), die in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre gebaut worden waren, und 12 Torpedoboote sowie einer grösseren Anzahl kleinerer Einheiten. Bis zum Ende des Jahres 1937 hatte sich die Lage insofern verbes-

236 Ebd., S. 402ff., S. 413ff.; Salewski, Seekriegsleitung, Bd. I, S. 38f.

237 Salewski, Seekriegsleitung Bd. I, S. 39; Dülffer, Weimar, S. 455; Gemzell, Raeder, S. 83. Die Auftragserteilung für die Flugzeugträger A (Graf Zeppelin) und B war bereits am 16.11.1935 erfolgt. Es handelte sich um Schiffe mit 23'000 t Standardverdrängung. Nur «B» lief von Stapel (8.12.1938).

sert, als nunmehr fast ausschliesslich moderne Kriegsschiffe zur Verfügung standen. Die Zahl allerdings hatte sich bei den grösseren Einheiten verringert. Die Flotte verfügte nunmehr über 3 Panzerschiffe, 6 Leichte Kreuzer, 7 Zerstörer, 12 Torpedoboote²³⁸. Vor diesem Hintergrund ist der Schiffbauplan des Dezember 1937 zu sehen. Die Diskrepanz zwischen Realität und Plan hatte sich gegenüber 1933 über das normale Mass hinaus wesentlich erweitert.

Die Entwicklungen auf dem Gebiet des U-Boot-Wesens und des gesamten Schiffbaus stehen in einem unübersehbaren Kontrast zu der grundsätzlich auf Langfristigkeit und Systematik angewiesenen Flottenrüstungspolitik. Dieser Situation lagen im Wesentlichen zwei Ursachenkomplexe zugrunde. Zum einen erklärt sich die relative Stagnation des Flottenbaus und seiner konkreten Planung aus den rüstungswirtschaftlichen Krisenerscheinungen des Jahres 1937, die in den einschneidenden Rohstoffkontingentierungen ihren Ausdruck fanden und zu ganz erheblichen Schwierigkeiten im Schiffbau führten. Zum anderen fiel ins Gewicht, dass die seit Anfang der dreissiger Jahre in den Vordergrund gerückte Zielvorstellung einer Parität mit Frankreich durch die Entwicklung überholt worden war. Je mehr sich die bereits im Winter 1934/35 getroffenen Entscheidungen auszuwirken begannen, je deutlicher der Grundsatz der «Vorläufigkeit» des deutsch-englischen Flottenabkommens in den Planungen und in den konkreten Rüstungsmassnahmen seinen Niederschlag fand, desto unausweichlicher stellte sich die Frage nach dem künftigen Verhältnis zu Grossbritannien. Das Tabu, mit dem seit dem Ersten Weltkrieg das Thema einer erneuten Konfrontation mit der britischen Seemacht belegt worden war, konnte nicht mehr länger aufrechterhalten werden. Raeder selbst hatte in seiner Unterredung mit Hitler im Juni 1934 einen Anfang gemacht, als er davon sprach, dass die Flotte eventuell später gegen England entwickelt werden könne. Die Zielvorstellung einer Parität mit Frankreich war damit ihrer vorgeblichen Eindeutigkeit beraubt. Nach dem Abschluss des deutsch-englischen Flottenabkommens verschwand sie auch mehr und mehr aus dem Forderungskatalog der Marine. Als schliesslich die Nachrichten über britische Rüstungsmassnahmen zur Jahreswende 1936/37 den Anstoss zu neuen Planungen gaben, waren deren Dimensionen mit der Paritätsforderung nicht mehr zu begründen. Eine neue Zieldefinition aber wurde zunächst nicht entwickelt, denn sie hätte die Möglichkeit des Unmöglichen, eben den Konflikt mit Grossbritannien, konkret ins Auge fassen müssen.

Diesem Tabu entsprach das Dogma von der wohlwollenden Neutralität Grossbritanniens in der Einsatzplanung der Marine. Es ist nicht ohne Belang und charakterisiert die neuen Ufern zustrebende Entwicklung innerhalb der Marine, dass dieses Dogma im Jahre 1937 seine bindende Kraft weitgehend verlor. Nach einer internen Vorstudie der Operationsabteilung vom Herbst 1936 wurde die Frage einer Seekriegführung gegen England im Sommer 1937 innerhalb der Seekriegsleitung und im Kreis der obersten Be-

238 Vgl. auch Anm. 203 und 227, sowie das Schaubild bei Güth, Marine, S. 157.

fehlshaber ausgiebig diskutiert²³⁹. An dieser Stelle interessieren weniger die Einzelheiten und die allgemeine Tendenz der Überlegungen als vielmehr die Tatsache als solche. Die seit Tirpitz' Zeiten immer vorhandenen antibritischen Komponenten der deutschen Marine-Ideologie rückten mehr und mehr in den Vordergrund und bereiteten marineintern die offene Wendung gegen England vor²⁴⁰, die auf politischer Ebene mit der Konferenz vom 5. November 1937 und den Folgen der Mai-Krise 1938 vollzogen wurde. Damit wurde aber auch der Marineplanung nach den konzeptionellen Unsicherheiten der Jahre zuvor ein neues, umfassendes Ziel gesetzt.

Die Neuorientierung der Marinerüstung vollzog sich zu einem Zeitpunkt, in dem die konkreten Rüstungsmassnahmen, insbesondere der Schiffbau, in einem immer stärkeren Masse in den Sog der krisenhaften Erscheinungen der allgemeinen Rüstungskonjunktur gerieten. Neben Schwierigkeiten auf technischem Gebiet, zum Beispiel bei der Entwicklung von Grossmotoren, und dem immer stärker spürbar werdenden Facharbeitermangel war es in erster Linie die mangelnde Versorgung der Werften mit Stahl und Nichteisenmetallen, die den Abstand zwischen Planungsziel und Planungsprodukt immer grösser werden liess. Welche Dimensionen diese allgemeine Misere im Schiffbau bereits angenommen hatte, zeigt eine für Raeder angefertigte Aufstellung über die zwischen März und August 1937 eingetretenen Bauverzögerungen bei allen auf Kiel gelegten Kriegsschiffen²⁴¹. Bezogen auf den im März 1937 gültigen Fertigstellungstermin ergaben sich danach bei den grossen Schiffen Verzögerungen bis zu acht Monaten, beim Flugzeugträger « A » wurde sogar eine solche von einem ganzen Jahr errechnet. Seit Baubeginn betrug die Verzögerungen bei sämtlichen Schiffen einschliesslich der Torpedoboote im Dezember 1937 zwischen 3 und 22 Monaten, wobei der Durchschnitt eher über als unter der 12-Monats-Marke lag. Eine Erweiterung des Bauprogramms und eine Erhöhung des Bautempos, wie sie in den Planungsüberlegungen des Jahres 1937 vorgesehen waren, mussten angesichts dieser Situation als illusionär bezeichnet werden. Wollte Raeder an seiner marinepolitischen Zielsetzung festhalten, so wurde für den Oberbefehlshaber der Kampf um die Stahl- und Kupferquote, um die ausreichende Belieferung der Werften mit speziellen, für den U-Boot-Bau notwendigen Blechen wichtiger als alles andere. Raeder stellte sich der Aufgabe und richtete am 25. Oktober 1937 ein Schreiben an den Oberbefehlshaber der Wehrmacht, in dem er Blomberg aufforderte, eine sofortige Entscheidung Hitlers über das weitere Marinerüstungsprogramm

239 Vgl. Salewski, Seekriegsleitung, Bd. I, S. 20ff., insbesondere S. 30ff. Es ist überaus charakteristisch, dass in diesem Zusammenhang gleichzeitig innerhalb der Marineführung eine weit ausgreifende Diskussion um Stützpunkte für die Atlantikkriegführung einsetzte; vgl. hierzu Gemzell, Raeder, S. 45ff., S. 49ff., S. 58ff., S. 97ff., S. 113ff.; Gemzell, Organization, S. 278ff., S. 282ff.; sowie Dülffer, Determinants, S. 154ff.

240 Vgl. Schreiber, Reichsmarine, S. 159ff.; sowie ders., Revisionismus, S. 109ff., und ders., Kontinuität, S. 123 ff.

241 Zur rüstungswirtschaftlichen Entwicklung im Bereich der Marine vgl. Dülffer, Weimar, S. 425ff., insbesondere S. 433ff. Zu den Bauverzögerungen ebd., S. 446 und S. 568f.

herbeizuführen²⁴². Bei der durch die Aufzeichnung des Obersten Hossbach bekanntgewordenen Konferenz Hitlers mit den Spitzen der Wehrmacht und Aussenminister v. Neurath am 5. November 1937 kam auch dieses komplexe Problem zur Sprache. Raeder hat sich nach dem Zeugnis Hossbachs nicht zu der von Hitler verkündeten Politik der gewaltsamen Lösung der «deutschen Frage» spätestens ab 1943/45 geäußert, er hat sich auch nicht den von Blomberg und Fritsch im Widerspruch zu Hitler vorgetragenen Ansichten über die Haltung Frankreichs und Englands im Falle eines deutschen Vorgehens gegen Österreich und die Tschechoslowakei angeschlossen, ihm ging es um die im zweiten, von Hossbach nicht wiedergegebenen Teil der Besprechung zur Debatte stehenden Entscheidungen über die Fortführung der materiellen Aufrüstung. Und auf diesem Felde hat sich der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine mit seinen Forderungen voll durchgesetzt; der Marine wurde ein monatliches Stahlkontingent von 74'000 t statt bisher 45'000 t zugewilligt, das es ihr erlaubte, das bisherige, auf den Entscheidungen des Jahres 1935 beruhende Rüstungsprogramm durchzuführen.

Die rüstungspolitische Entscheidung, das von Hitler gezeichnete Bild der europäischen Mächtekonstellation, die von ihm verkündeten Ziele und vorgeschlagenen Lösungsmöglichkeiten konnte Raeder im Blick auf den Aufbau der Flotte als eine Bestätigung des bisherigen Kurses auffassen. Hitler hatte festgestellt, dass das wirtschaftspolitische Ziel einer vollständigen Autarkie in absehbarer Zeit nicht zu erreichen sei; das Reich blieb abhängig von Zufuhren über See, deren Schutz die traditionelle und unbestrittene Aufgabe der Marine war. Die ausführliche Beschäftigung Hitlers mit der Haltung Englands bei einer deutschen Expansion in Ostmitteleuropa sowie der Widerspruch von Heeresseite gerade in diesem Punkte musste Raeder in seiner bereits 1934 geäußerten Ansicht bestärken, dass die Flotte eventuell später gegen England gebaut werden müsse. Wenn Hitler auch immer wieder versicherte, dass er von dem Nichteingreifen Englands bei einem Konflikt des Reiches mit der Tschechoslowakei und Österreich ausginge, so konnte doch auch er diesen ungünstigsten Fall nicht mehr völlig ausschließen. Für Raeder musste diese nun immer deutlicher greifbar werdende Wendung Hitlers gegen England trotz der nach wie vor im Wesentlichen auf kontinentale Ziele gerichteten politischen Gesamtkonzeption von allerhöchster Bedeutung sein. Die in seiner Ressortpolitik seit Jahren angelegte antibritische Komponente fand nunmehr ihre für Raeder entscheidende Ergänzung und Bestätigung durch den die politische Verantwortung tragenden Reichskanzler. Die Konferenz vom 5. November hatte für die Marine somit weiterge-

242 Dülffer, Weimar, S. 446ff., hat als erster auf diesen rüstungswirtschaftlichen Hintergrund der Besprechung vom 5.11.1937 hingewiesen; vgl. hierzu nunmehr auch Sarholz, Auswirkungen, S. 248ff., der die Vorbereitungen der Oberkommandos der Wehrmachtteile für die rüstungswirtschaftliche Besprechung im Einzelnen erläutert. Vgl. auch Schreiber, Revisionismus, S. 111 ff. Zur Konferenz vom 5.11.1937 vgl. auch oben S. 532 f. (Heer), sowie S. 588 (Luftwaffe) und S. 626 f.

hende Folgen als allein die Billigung einer ihren Wünschen entsprechenden monatlichen Stahlquote. Noch im November gab Raeder den Auftrag, die Möglichkeiten eines erweiterten U-Boot-Bauprogrammes zu prüfen²⁴³. Mit Berechtigung wird hierin eine auf einen möglichen Konflikt mit England ausgerichtete Massnahme gesehen. Die bis Mitte Januar 1938 vorliegenden Recherchen ergaben, dass die mit dem U-Boot-Bau beauftragten Werften nicht in der Lage waren, zusätzliche Aufträge zu übernehmen. Andere Werften machten die Annahme von Aufträgen von der Zuweisung zusätzlicher Arbeitskräfte abhängig. Es stellte sich schliesslich heraus, dass an eine Erweiterung des U-Boot-Bauprogramms vor Frühjahr 1939 nicht zu denken war²⁴⁴.

Bei der Billigung des Bauprogrammes vom 21. Dezember 1937 dürften für Raeder ebenfalls die in der Konferenz vom 5. November von Hitler umrissenen Perspektiven massgebend gewesen sein. Aber ebenso wie in der U-Boot-Frage stand die Planung in einem immer krasser werdenden Gegensatz zur rüstungswirtschaftlichen Realität. Der Marine war zwar im November 1937 eine Monatsquote von 74'000 t Stahl zugesichert worden, doch offenbar war sie gar nicht in der Lage, diese Menge zu verarbeiten. Für April und Mai 1938 forderte sie nur 53'000 t, und im Juni blieb sie mit 71'000 t noch immer unter dem von ihr selbst errechneten Mindestbedarf²⁴⁵. Diesem Sachverhalt liegt mit Bestimmtheit eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Ursachen zugrunde, die erwähnten Fakten vermitteln aber den Eindruck, dass neben dem Arbeitskräftemangel die mangelnde Koordination der Rüstungsmassnahmen durch die Steuerungsorgane des Ressorts und der «Wehrwirtschaft» insgesamt für diese Verhältnisse verantwortlich waren. Nimmt man die Entwicklung der Kriegsmarine in den drei Jahren seit den Verhandlungen um das deutsch-englische Flottenabkommen in den Blick, so bietet sich ein zum Teil verwirrendes, in seinen Proportionen disharmonisches Bild dar. Die für den Aufbau der Flotte ausschlaggebenden Entscheidungen im Kriegsschiffbau änderten sich mehrfach, fussten nicht auf einem in seinen Einzelheiten erwogenen und in seiner Struktur durchdachten Gesamtplan. Sie entsprangen vielmehr der Anpassung des traditionellen, ressortspezifischen Denkens und Planens an die jeweilig gegebenen nationalen und internationalen politischen Konstellationen. Den Schiffbauentscheidungen Raeders fehlte daher die langfristige Perspektive. Ausserdem litten die konkreten Rüstungsmassnahmen unter den Nachwirkungen der Beschränkungen des Versailler Vertrages auf konstruktivem Gebiet wie auf dem Felde der praktischen baulichen Durchführung. Darüber hinaus wurde der Kriegsschiffbau mehr noch als andere Rüstungsvorhaben von der allgemeinen Krise der Rüstungswirtschaft erfasst, die eine kontinuierliche Baupolitik erschwerte und zum Teil unmöglich machte.

243 Im Rahmen der für diese Schiffskategorie vorgesehenen 100%-Regelung des deutsch-englischen Flottenabkommens.

244 Salewski, Seekriegsleitung, Bd. I, S. 37 f.; Dülffer, Weimar, S. 452 ff.

245 Dülffer, Weimar, S. 458 ff.

Die gravierenden Mängel auf beiden Ebenen der Rüstungspolitik hatten kumulative Wirkung, und dieser Umstand verweist nochmals und nachdrücklich auf die Bedeutung der bis 1938 vorherrschenden unklaren Zieldefinition. Der sich über vier Jahre erstreckende Erkenntnisprozess, dass in der Forderung nach Parität mit Frankreich und der darauf aufbauenden Einsatzplanung die politische und strategische Konfrontation mit England unausweichlich enthalten war, ist letztlich nur psychologisch zu erklären. Ebenso wie das Trauma des Novembers 1918 die Marine bis weit über den Zweiten Weltkrieg hinaus beherrschte²⁴⁶, verhinderte die ebenfalls auf den Erfahrungen der Tirpitz-Ära und des Ersten Weltkrieges, aber auch auf dem Schwächezustand der Reichsmarine beruhende, allgemein verbindliche Maxime, England grundsätzlich aus allen gegen das Reich gerichteten möglichen Koalitionen auszuschliessen, die Einsicht in die Konsequenzen des eigenen Handelns. Raeder selbst, dem die Vorläufigkeit dieser Maxime unzweifelhaft war, ist hierfür das beste Beispiel, auch für den ausgeprägten Ressortpartikularismus, der die Realitätsferne der Marinepolitik noch verstärkte. Die einzelnen Stufen des Klärungsprozesses, aber auch die hemmenden Elemente sind geschildert worden. Wie stark die Fesseln des autistischen Denkens der Marineführung waren, zeigte sich in dem Umstand, dass Raeder erst ein halbes Jahr nach der Konferenz vom 5. November 1937, in der die Konfrontation mit Grossbritannien als eine reale Möglichkeit erörtert worden war, diese Tatsache vor einer grösseren Krise von Marineoffizieren offen erörterte²⁴⁷. Dennoch bedurfte es erst noch eines Eingriffes von aussen, um die Marineführung zu veranlassen, aus dieser Situation die Konsequenzen zu ziehen.

c) Die Z-Plan-Flotte gegen England

Im unmittelbaren Zusammenhang mit der durch eine tschechoslowakische Teilmobilmachung am 20./21. Mai 1938 hervorgerufenen Krise²⁴⁸ setzte der Reichskanzler auch für das Schiffbauprogramm der Marine neue Prioritäten. Am 24. Mai übermittelte der Marineadjutant Hitlers, Korvettenkapitän v. Puttkamer, dem Oberbefehlshaber der Kriegsmarine für eine Ende Mai stattfindende Konferenz der Spitzen der Wehrmacht und des Auswärtigen Amtes eine Reihe von Besprechungspunkten, die bereits die Intentionen Hitlers klar erkennen liessen²⁴⁹. Es ging ihm im Wesentlichen um die Beschleunigung des Schlachtschiffbaus sowie um den raschen «mobmassigen» Ausbau

246 Vgl. Salewski, Selbstverständnis, S. 69ff.; Salewski, Schlachtschiffe, S. 53ff. Der Einfluss der Hitlerschen Englandpolitik auf die Rüstungspolitik der Marine wird bei Salewski, England, S. 177, überzeichnet.

247 Dülffer, Weimar, S. 461 ff. (Schlussbesprechung des Kriegsspiels 1937/38 am 12.4.1938 in Kiel).“ Zur Wendung gegen Grossbritannien vgl. vor allem auch Schreiber, Kontinuität, S. 101 ff., sowie ders., Strategisches Lagebild, S. 175ff.

248 Vgl. S. 533, 588 f., 627f. und Beitrag Messerschmidt, S. 754 und 771 ff.

249 Vgl. Salewski, Seekriegsleitung, Bd. I, S. 41 ff.; Dülffer, Weimar, S. 468ff.; Gemzell, Raeder, S. 79 ff.

der U-Boot-Waffe. In den Besprechungen im Oberkommando der Kriegsmarine wurde zwar an einzelnen Forderungen Hitlers Kritik geübt – so stiess die vorgeschlagene Umarmierung der Schlachtschiffe «Scharnhorst» und «Gneisenau» auf Ablehnung –, aber unter dem Eindruck der Mitteilung Raeders, dass Hitler nunmehr im Konfliktfalle damit rechne, «Frankreich und England auf der Gegenseite» zu finden, bemühte man sich, das nahezu Unmögliche als möglich erscheinen zu lassen. Raeder schien im Übrigen auch nicht willens, unbequeme Vorschläge seiner Mitarbeiter – Reduzierung bzw. Einstellung der ambitionierten Staats- und Parteibauten im Interesse der geforderten Beschleunigung der Aufrüstung – Hitler vorzutragen.

Ein konkretes Ergebnis der Konferenz beim Reichskanzler am 28. Mai hinsichtlich der Marinerüstung ist bisher nicht bekannt geworden. Die mittelbaren Folgen der Anfrage Puttkamers und der Rede Hitlers²⁵⁰, die keinen Zweifel mehr an seiner Entschlossenheit gestattete, die «deutsche Frage» mit Gewalt zu lösen, lassen sich demgegenüber mit der Feststellung umschreiben, dass bei Raeder und den führenden Offizieren des Oberkommandos der Kriegsmarine nun endgültig der Bann gebrochen war, mit dem das Thema einer deutsch-englischen Konfrontation zur See seit dem Ende des Ersten Weltkrieges belegt worden war. Zunächst vorsichtig und verhalten, dann jedoch in erstaunlichem Tempo und mit grosser Intensität wurden im Verlaufe eines halben Jahres die strategischen und schiffbaulichen Konsequenzen der neuen Situation erörtert und zu einem vorläufigen Abschluss gebracht. Im Juni 1938 beauftragte Raeder den Fregattenkapitän Heye aus der Operationsabteilung der Seekriegsleitung mit der Ausarbeitung einer Denkschrift über die Möglichkeiten der «Seekriegführung gegen England und die sich daraus ergebenden Forderungen für die strategische Zielsetzung und den Aufbau der Kriegsmarine»²⁵¹.

Es verdient festgehalten zu werden, dass dieser offizielle Auftrag zum ersten politisch motivierten Widerspruch gegen den von Hitler seit Ende Mai geplanten militärischen Überfall auf die Tschechoslowakei aus dem Bereich der Marineführung führte. Heye wandte sich gegen ein überhastetes, riskantes Vorgehen, das den «grossen Ziele[n], die Deutschland vor sich» habe, nur abträglich sein könne und «Einkreisung und Übermacht» der gegnerischen Koalition zur Folge haben werde. Der Chef des Stabes der Seekriegsleitung, Vizeadmiral Guse, schloss sich dieser Stellungnahme an und empfahl Raeder, gemeinsam mit dem Oberbefehlshaber des Heeres Hitler mit Nachdruck auf das überhöhte Risiko und die möglichen Folgen aufmerksam zu machen. Doch Raeder, der sich aus der Perspektive des Ressorts nie hat lösen können, liess sich durch die Initiative seiner Untergebenen nicht aus der Reserve locken, er schwieg, wie er am 5. November 1937 geschwiegen hatte²⁵².

250 Vgl. Domarus I, S. 868 ff.

251 Vgl. Salewski, Seekriegsleitung, Bd. I, S. 44ff.; Dülffer, Weimar, S. 475.

252 Guse und Heye handelten in Übereinstimmung mit dem Chef des Generalstabes, vgl. hierzu Gemzell, Raeder, S. 169ff.; Dülffer, Weimar, S. 475f.; vgl. auch unten S. 621 f.

Heyes Denkschrift über die Möglichkeit einer Seekriegführung gegen England lag im August in einer ersten Fassung vor²⁵³. Der Fregattenkapitän ging davon aus, dass in einem Krieg mit Grossbritannien die eigene überseeische Zufuhr nicht aufrechterhalten werden könne und die Kriegsmarine nie die erforderliche Stärke haben werde, um die britische Blockade dauerhaft zu sprengen. Ziel der Seekriegführung könne demnach nur die nachhaltige Störung des britischen Überseehandels sein. Diese Definition des strategischen Zieles hatte Konsequenzen für die typmäßige Zusammensetzung der Flotte. Heye und mit ihm Vizeadmiral Guse setzten sich entsprechend der von ihnen favorisierten Kreuzerriegführung für den bevorzugten Bau von schnellen Panzerschiffen mit grossem Aktionsradius, kleinen Kreuzern und U-Booten ein. Heye betonte in diesem Zusammenhang, dass der Handelskrieg nicht *allein* durch den massierten Einsatz von U-Booten mit Aussicht auf Erfolg geführt werden könne. Wenn man bedenkt, mit welchem Nachdruck seit 1934 der Bau der grösseren Einheiten gefördert worden war, mit welchem Interesse Hitler selbst in diesen Jahren das Schlachtschiffbauprogramm verfolgt und darauf Einfluss genommen hatte, so wird man mit Fug und Recht von einem Alternativkonzept sprechen können und gleichzeitig die Realisierungschancen dieses Projektes skeptisch beurteilen müssen. Heye, der sich der Brisanz seiner Ansichten bewusst gewesen sein dürfte, behandelte die Frage der künftigen Verwendung der Schlachtschiffe daher auch mit äusserster Vorsicht und letztlich ausweichend. Er billigte ihnen einerseits Schutzfunktionen in der Nordsee und Unterstützungsfunktionen für die Kreuzerriegführung im Atlantik zu, verlangte hierfür aber andererseits die Entwicklung eines neuen Schlachtschiffstyps und sah ihre Hauptaufgabe für den Fall eines Krieges gegen Frankreich im Kampf gegen die französische Schlachtflotte! Diese Funktionsbestimmungen in einer Denkschrift, die sich mit der Seekriegführung gegen England beschäftigte, verdeutlicht die Unsicherheit über den konkreten Verwendungszweck der Schlachtschiffe in dieser Konzeption einer Kreuzerriegführung. War dies von den gegebenen Voraussetzungen ausgehend auch ein konsequentes Ergebnis, so zeigte sich die Schwäche der Denkschrift in der Frage, wie der ozeanische Kreuzerrieg unter den für Deutschland massgebenden geographischen Verhältnissen von Land aus genährt werden sollte. Selbst unter der Voraussetzung, dass bei Ausbruch des Krieges sich alle für den Kreuzerrieg geeigneten Schiffe im Atlantik befanden und eine kurzfristige Versorgung durch Trossschiffe vorbereitet war, würde diese Form des Handelskrieges nach spätestens drei Monaten beendet sein. Heye empfahl als Aushilfsmittel den Erwerb von Stützpunkten oder die Erweiterung der deutschen Küstenbasis, insbesondere die Inbesitznahme der französischen Kanalküste bis Brest.

Der von Raeder Mitte August im Zusammenhang mit der Denkschrift Heyes berufene Planungsausschuss, der «eine *einheitliche Auffassung* über strategische Grundlagen für

253 Zu der Denkschrift vgl. Salewski, Seekriegsleitung, Bd. I, S. 45ff.; Dülffer, Weimar, S. 476 ff. Die Endfassung der Denkschrift ist abgedruckt bei Salewski, Seekriegsleitung, Bd. III, S. 28ff.

den gesamten Aufbau der Kriegsmarine» erarbeiten sollte, wandte sich auch sofort der hochpolitischen Stützpunktfrage zu, ohne naturgemäss über eine nach Prioritäten geordnete Wunschliste hinauskommen zu können²⁵⁴. Der Chef des Stabes der Seekriegsleitung schnitt die weitere Diskussion mit der Bemerkung ab, dass von «den jetzigen geographischen Verhältnissen» auszugehen sei. Da auch Raeder sich nicht für eine Klärung dieser politischen Grundvoraussetzung der strategischen Konzeption engagierte, verlor sie als Ganzes und in ihren Teilaspekten an richtungweisender Bestimmtheit. Wie nicht anders zu erwarten, konzentrierten sich die Erörterungen im Ausschuss auf die Frage nach den Aufgaben der Schlachtschiffe im Rahmen der dem Grundsatz nach gebilligten Kreuzerkriegführung. Die Mehrheit der Mitglieder setzte sich mit Vehemenz für die Beibehaltung einer starken Schlachtflotte ein, konnte jedoch die Argumente Heyes, der den Schlachtschiffen eine zwingende Funktion für die ozeanische Kreuzerkriegführung weitgehend absprach, nicht widerlegen. Aber auch Heyes Version, der die Verwendung der Schlachtschiffe vornehmlich auf den unwahrscheinlichen Fall einer isolierten deutsch-französischen Auseinandersetzung beschränkt wissen wollte, konnte von den Ausschussmitgliedern nicht akzeptiert werden. So ergab sich die paradoxe Situation, dass der Chef des Stabes der Seekriegsleitung abschliessend feststellen musste, es bestehe zwar Einigkeit darüber, dass man diesen Schiffstyp brauche, aber eine völlige Klärung des Verwendungszwecks könne vorerst nicht erreicht werden²⁵⁵. Über die weiteren, für eine Kreuzerkriegführung notwendigen Schiffstypen entwickelte der Ausschuss präzisere Vorstellungen. Der Handelskrieg sollte im Wesentlichen getragen werden von Panzerschiffen mit einem Displacement von ca. 19'000 t, die von Leichten Kreuzern (Typ M, ca. 7'800 t) und Zerstörern unterstützt werden sollten. Weder die U-Boot-Frage noch das Problem der Unterstützung durch Luftstreitkräfte wurden in dem Planungsgremium eingehend besprochen oder hierfür der Rat von Fachleuten eingeholt.

Auf Raeders Anweisung hin erhielten nur der Flottenchef, Admiral Carls, und sein Nachfolger, Admiral Boehm, Gelegenheit zur Stellungnahme. Auch sie stimmten dem Grundgedanken der Denkschrift Heyes zu und entwickelten im Einzelnen Vorschläge, die zur Konkretisierung der vom Ausschuss vorgeschlagenen Schiffstypen für die künftige Flotte beitrugen²⁵⁶. Carls benutzte ausserdem die Gelegenheit, die in der Marine seit der Jahrhundertwende immer wieder genährten Vorstellungen einer auf Seemacht begründeten Weltmachtstellung des Reiches zum Ausdruck zu bringen. «Wenn Deutschland nach dem Willen des Führers eine in sich gesicherte *Weltmachtstellung* erwerben soll, bedarf es neben genügendem Kolonialbesitz *gesicherter Seeverbindun-*

254 Vgl. Salewski, Seekriegsleitung, Bd. I, S. 51 ff.; Dülffer, Weimar, S. 481 ff. Gemzell, Raeder, S. 84ff. Die erste Sitzung des Ausschusses fand am 23.9.1938 statt. Zur Stützpunktfrage vgl. Anm. 239. Zum Folgenden vgl. auch Schreiber, Revisionismus, S. 122ff., 135 ff., sowie ders., Kontinuität, S. 124 ff.

255 Vgl. Salewski, Seekriegsleitung, Bd. I, S. 48f., S. 52ff.; Dülffer, Weimar, S. 482ff.

256 Dülffer, Weimar, S. 486ff.; Salewski, Seekriegsleitung, Bd. I, S. 55 f.; Gemzell, Raeder, S. 87 ff. Zu einer weiteren Denkschrift von Carls vgl. Gemzell, Raeder, S. 97ff.

gen und gesicherten Zugang zum freien Ozean . . . Der Krieg gegen England bedeutet gleichzeitig Krieg gegen das Empire, gegen Frankreich, wahrscheinlich auch gegen Russland und eine Reihe überseeischer Staaten, also gegen $\frac{1}{2}$ bis $\frac{2}{3}$ der Gesamtwelt²⁵⁷.» Der Flottenchef liess es aber bei dieser abenteuerlichen Vision nicht bewenden, sondern glaubte auch den Weg aufzeigen zu können, der zum Ziele führen sollte. Er empfahl, diesen Krieg gründlich wirtschaftlich, politisch und militärisch vorzubereiten, verlangte die Eroberung der französischen Atlantikküste, Hollands und Dänemarks zwecks Erweiterung der maritimen Operationsbasis und schlug neben einem zügigen Aufbau einer starken Heimatflotte, deren Operationsgebiet sich bis in das Seegebiet westlich der Britischen Inseln erstrecken sollte, eine Auslandsflotte vor, deren insgesamt vier Kampfgruppen zu je einem Schlachtkreuzer, Schwerem Kreuzer und Flugzeugträger sowie Zerstörern, U-Booten und Versorgungsschiffen in den Weltmeeren selbständig operieren sollten. Ein Alternativkonzept zu den vergleichsweise bescheidenen Vorstellungen Heyes gewiss, aber welch eine Realitätsferne, welche Hybris im Denken eines verantwortlichen militärischen Führers! Die Vorstellungen des Flottenchefs bezeugen auf drastische Weise das ungebrochene Fortwirken Tirpitzscher Denktraditionen und belegen eine Mentalität, für die das deutsch-englische Flottenabkommen mit seiner 35-Prozent-Regelung oder die Forderung nach Parität mit Frankreich immer nur eine zeitlich begrenzte Übergangsregelung darstellte und für die der oft beschworene Schock der offenen Wendung gegen England im Frühjahr 1938 nur darin bestand, dass diese Devise zu einem rüstungsmässig ungünstigen Zeitpunkt verkündet wurde²⁵⁸.

Für die Arbeiten des Planungsausschusses blieben diese letztlich apokalyptischen Zukunftsvisionen im Ganzen ohne Belang. Ihm war der Auftrag erteilt worden, bis Mitte Oktober einen kohärenten Plan für die Seekriegführung gegen England und für eine dafür notwendige Flotte auszuarbeiten. Damit stand der Ausschuss unter einem gewissen Zeitdruck, der es nicht erlaubte, die in dem Auftrag enthaltenen vielfältigen Probleme in ihrer Komplexität befriedigend zu erörtern und zu einem entsprechend abgerundeten Ergebnis zu gelangen. Unter diesem Aspekt ist es nicht überraschend, dass die Grundvorstellungen Heyes mit nur geringfügigen Modifikationen in die «Schlussdenkschrift» übernommen wurden, die die Grundlage des gemeinsamen Vortrages der Ausschussmitglieder bei Raeder am 31. Oktober bildete. Der Ausschuss hatte sich auf einen Bauplan für ein «vorläufiges Endziel» geeinigt, der eine Flotte von insgesamt 10 Schlachtschiffen, 15 Panzerschiffen, 5 Schweren, 24 Leichten und 36 Kleinen Kreuzern, 8 Flugzeugträgern und 249 U-Booten vorsah²⁵⁹. Nur für einen geringen Teil der Neubauten waren dabei die Baumöglichkeiten bis 1942/43 überprüft worden. Nach den Vorstellungen Hitlers von Ende Mai 1938, die ja den Ausgangspunkt der gesamten Pla-

257 Dülffer, Weimar, S. 486f.

258 Vgl. Schreiber, Reichsmarine, S. 175 f.

259 Vgl. Salewski, Seekriegsleitung, Bd. III, S. 62 E; Gemzell, Raeder, S. 92 ff.

nungsüberlegungen darstellten, sollten aber gerade die konkreten Rüstungsmassnahmen der Marine beschleunigt werden. Hitler verlangte nicht Pläne, sondern Schiffe. Deshalb hatte der Ausschuss für den Bau zweier Schlachtschiffe und von vier Panzerschiffen auch einen Bauvorschlag gemacht, dessen eine Variante die Ablieferung der Panzerschiffe bereits auf den 1. Dezember 1942 festsetzte und dafür den Bau der Schlachtschiffe bis 1945 hinauszögerte²⁶⁰.

Die genannte Variante knüpfte an das Ergebnis einer Rüstungsbesprechung im Oberkommando der Kriegsmarine an, die am 19. August 1938 stattgefunden hatte. Raeder hatte bei dieser Besprechung die Rüstungsproduzenten mit starken Worten für die andauernden Bauverzögerungen verantwortlich gemacht und gleichzeitig die Beschleunigung und Erweiterung des bisherigen Bauprogramms (35-Prozent-Flotte 4-6 Schlachtschiffe) angekündigt. Dabei stützte sich der Oberbefehlshaber bereits auf die Ergebnisse der Denkschrift Heyes. Neben den Schlachtschiffen stand deshalb der Bau atlantikfähiger Schlachtkreuzer und Panzerschiffe zur Debatte, und Raeder hielt es sogar für möglich, dass man auf vier der zusätzlichen Schlachtschiffe vom Typ H verzichtete, um schneller Schlachtkreuzer und Panzerschiffe bauen zu können. Im Oberkommando waren daraufhin im August und September 1938 eine Serie von Bauvorschlägen ausgearbeitet worden, denen gemeinsam war, dass sie den Bau von Schlachtschiffen und Panzerschiffen miteinander zu verbinden suchten²⁶¹. Die Frage, welchem der beiden Schiffstypen die Priorität zuerkannt werden sollte, war auch Ende Oktober noch nicht entschieden, als in der erwähnten Besprechung die Ergebnisse der Arbeiten des Planungsausschusses und der parallel hierzu erarbeiteten Bauplanung des Oberkommandos dem Oberbefehlshaber vorgetragen wurden.

Die Besprechung diente der Vorbereitung eines Vortrages Raeders vor Hitler über das künftige Schiffbauprogramm, der einen Tag später, am 1. November 1938, stattfand. Raeder scheint sich bei der Besprechung mit seinen Beratern für eine Bevorzugung des Panzerschiffbaus ausgesprochen zu haben, denn er billigte einen Vorschlag, der bis Mitte 1944 den Bau von vier Panzerschiffen und zwei Schlachtschiffen vorsah. Daraus darf geschlossen werden, dass die Marineführung nach den Vorarbeiten Heyes und des Planungsausschusses sich für eine durch Schlachtschiffe und Panzerschiffe getragene ozeanische Kreuzerriegelführung gegen England entschieden hatte. Angesichts des Zeitbedarfs für den Aufbau der vom Planungsausschuss fixierten Flotte, die ja nur als ein «vorläufiges» Endziel bezeichnet worden war, musste es wohl selbst einem derart auf die Marine fixierten Mann wie Raeder nach den politischen Ereignissen des September und Oktober 1938 sowie der Weisung Hitlers vom 21. Oktober, mit der die «Erledigung der Rest-Tschechei» angekündigt worden war²⁶², mehr als zweifelhaft erscheinen, ob

260 Zu den Planvarianten vgl. Salewski, Seekriegsleitung, Bd. I, S. 57; Dülffer, Weimar, S. 492.

261 Dülffer, Weimar, S. 478 ff.

262 Vgl. S. 629.

die Marinerüstung mit der politischen Entwicklung Schritt zu halten vermochte. Unter diesem Aspekt verloren die langfristigen Planungen viel von ihrer Faszinationskraft, dagegen gewannen Probleme wie die rationelle Ausnutzung der Werftkapazitäten, der Kampf um Rohstoff Zuteilungen und Facharbeiter erneut an Bedeutung.

Über den Verlauf und das Ergebnis des Vortrages Raeders vor Hitler liegen keine Zeugnisse vor. Raeder richtete jedoch am 7. November ein Schreiben an den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Keitel, aus dem hervorgeht, dass Hitler nicht nur die Durchführung des bisherigen Bauprogramms als besonders vordringlich bezeichnet, sondern auch die Aufnahme weiterer Schiffstypen, das heisst der Panzerschiffe, in das Programm gebilligt hatte. Keitel wurde auf gefordert, dementsprechend eine bevorzugte Belieferung aller Marinerüstungsbetriebe mit Rohstoffen und die Zuweisung von ausreichenden Arbeitskräften anzuordnen. Raeder forderte unverhüllt, dem Marinebauprogramm die Priorität vor den Programmen der anderen Wehrmachtteile und die Gleichrangigkeit mit den nach wie vor an der Spitze stehenden Exportaufträgen einzuräumen. Keitel entsprach dieser Forderung zunächst dadurch, dass er die Oberbefehlshaber auf forderte, ihre Rüstungsprogramme detailliert vorzulegen, da Hitler sich entschlossen habe, «die Gesamtaufrüstung der Wehrmacht nach einheitlichen Gesichtspunkten und nach der Dringlichkeit auf mehrere Jahre organisch zu verteilen»²⁶³. Der Kampf um die Anteile am rüstungswirtschaftlichen Gesamtpotential trieb einem neuen Höhepunkt entgegen. In der Seekriegsleitung entstand die Befürchtung, dass sich Hitler veranlasst sehen könnte, «Aufgaben behelfsmässig anderen Wehrmachtteilen (z.B. Luftwaffe) zuzuweisen, die ihrem innersten Wesen nach nur von der Marine gelöst werden können». Wiederum stand die Marineführung unter dem Zwang, nach Mitteln und Wegen Ausschau zu halten, um eine grösstmögliche Beschleunigung des Schiffbauprogramms zu erreichen. Eine Ausarbeitung der Seekriegsleitung vom 17. November kam zu dem Ergebnis, dass dies nur gewährleistet werden könne, wenn «zunächst die Streitkräfte bevorzugt erstellt werden, die geeignet sind, Träger selbständiger ozeanischer Kriegsführung zu sein». Das hiess mit anderen Worten, dass bis 1943 das U-Boot-Bauprogramm vollständig durchgeführt, acht von den zwölf vorgesehenen Panzerschiffen und achtzehn der vierundzwanzig geplanten Leichten Kreuzer gebaut werden sollten²⁶⁴. Die Schlachtschiffe und Flugzeugträger mit ihren extrem langen Bauzeiten rückten dagegen in den Hintergrund. Hitler hatte jedoch seit jeher zu erkennen gegeben, dass er an dem beschleunigten Bau der seit Langem geplanten sechs Schlachtschiffe vom Typ H festzuhalten gedachte. Es war daher die Frage, ob es Raeder gelingen würde, den Reichskanzler und Oberbefehlshaber der Wehrmacht von den Erfolgsaussichten der Kreuzerriegführung gegen England und der diesem Konzept entsprechenden Schiffbauplanung zu überzeugen.

263 Vgl. Dülffer, Weimar, S. 492 f., S. 495.

264 Ebd., S. 493f.

Ende November kam es zu einer erneuten Begegnung, die mit einem Abschiedsgesuch Raeders endete²⁶⁵. Hitler hatte nach Raeders Bericht «alles herabsetzend kritisiert, was wir bauten und planten». Aus den in der Folge im Oberkommando erarbeiteten Bauplanungen und insbesondere dem sogenannten Z-Plan ergibt sich, dass Raeder Hitler gegenüber dem bevorzugten Bau von Panzerschiffen nicht durchzusetzen vermocht hatte. Hitler hatte die von Heye entwickelte Strategie der Kreuzerkriegführung in der nun auch von Raeder zugestandenen Ausschliesslichkeit nicht akzeptiert und beharrte auf dem beschleunigten Bau der Schlachtschiffe. Wenn Hitler sich auch in den folgenden Tagen bemühte, das persönliche Verhältnis zu Raeder zu normalisieren, so blieb er doch in der Sache hart.

Anfang Dezember legte der Leiter der Flottenabteilung, Konteradmiral Fuchs, zwei Bauplanvarianten x und y vor, in denen wiederum versucht wurde, den Bau von Schlacht- und Panzerschiffen gleichzeitig voranzutreiben. Doch Raeder sah sich am 9. Dezember aufgrund einer neuerlichen Unterredung mit Hitler gezwungen anzuordnen, dass bis Ende 1943 die Fertigstellung von vier Schlacht- und vier Panzerschiffen vorzusehen sei. Diese Entscheidung, die gegenüber den Plänen x und y eine enorme Beschleunigung bedeutete, bildete die Grundlage für die Bauplanvariante z, den späteren Z-Plan. Als Raeder schliesslich am 17. Januar 1939 diesen Bauplan Hitler vorrug, musste er es erleben, dass dem «Führer» auch dieses Programm nicht genügte und er den Bau von sechs Schlachtschiffen bis 1944 befahl²⁶⁶.

Alle Überlegungen innerhalb des Oberkommandos hatten ergeben, dass dieser Forderung nur dann entsprochen werden konnte, wenn der bisher der Marine zugebilligte Anteil am rüstungswirtschaftlichen Potential bedeutend vergrössert wurde. Und Raeder nutzte diese Chance. Die im November 1938 gegenüber Keitel erhobene Forderung der Priorität für die Marinerrüstung erhielt durch Hitlers Beharren auf dem beschleunigten Bau der sechs Schlachtschiffe den nötigen Nachdruck. Schon im Dezember hatte Raeder erreicht, dass der Handelsschiffbau zugunsten der Kriegsmarine eingeschränkt wurde. Nun forderte er «eine Vorrangstellung der Kriegsmarinelieferungen vor allen anderen Reichs- und Exportaufträgen bei der mittelbar oder unmittelbar mit dem Schiffbauprogramm zusammenhängenden Industrie». Am 27. Januar 1939 unterschrieb Hitler eine entsprechende Verfügung, der auch der Beauftragte für den Vierjahresplan und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Göring, zustimmte, nachdem Raeder auf eine eigenständige Entwicklung der Marinefliegerverbände verzichtet hatte²⁶⁷. Mit dieser Entscheidung Hitlers hatte die Marineführung einen Erfolg errungen, der sie – für kurze Zeit, wie sich zeigen sollte – dem Ziel ihrer Wünsche näherbrachte. Zwar entsprach der

265 Ebd., S. 496.

266 Ebd., S. 497ff.; Salewski, Seekriegsleitung, Bd. I, S. 58f.

267 Salewski, Seekriegsleitung, Bd. I, S. 58, S. 253; Dülffer, Weimar, S. 499ff., insbesondere S. 502.

nun mit allen Mitteln vorangetriebene Schlachtschiffbau nicht ihrem Konzept einer Seekriegführung gegen England, aber diese strategischen Grundvorstellungen hatten nicht zu einer eindeutigen Klärung über die typmäßige Zusammensetzung einer entsprechenden Flotte geführt. Hitlers hartnäckiges Beharren auf seinem Votum für das Schlachtschiff in Verbindung mit seiner Weisung vom 27. Januar schien der Marine noch einmal, wie zu Tirpitz' Zeiten, den Weg zum Aufbau einer Flotte zu ermöglichen, die den Anspruch einer Seemacht und damit, nach der Auffassung der Marine, einer Weltmacht in sich verkörperte.

Raeder hatte bereits am 23. Januar den bisherigen Leiter der Flottenabteilung, Konteradmiral Fuchs, zum Sonderbeauftragten für das Schlachtschiffprogramm ernannt. In erstaunlich kurzer Zeit konnten die Aufträge für die Schlachtschiffbauten H-N vergeben, die Materiallieferungen in grösserem Umfang in Gang gebracht und mit dem Bau begonnen werden. Dennoch blieben Verzögerungen nicht aus. Die Lieferungen an Nichteisenmetallen und Stabstahl entsprachen nicht dem «Soll». Noch schwieriger gestaltete sich allerdings die Arbeiterfrage. Der Personalmangel konnte schon im Herbst 1938 nur noch durch die seit Juli 1938 durchgeführten Dienstverpflichtungen einigermaßen gedeckt werden. Bei dem allgemeinen Arbeitskräftemangel war der Bedarf für das Schlachtschiffprogramm des Jahres 1939 auch auf diese Weise nicht mehr zu decken. Die Kooperation mit den anderen Wehrmachtteilen war durch die Weisung Hitlers vom 27. Januar gestört. Daneben führte der Wohnungsmangel für die Werftarbeiter und das Zulagewesen für die Dienstverpflichteten zu einem teilweise sehr schlechten Betriebsklima, das Befürchtungen über mögliche «Unruhen» hervorrief²⁶⁸.

Der Z-Plan hatte neben dem Bau von Schlachtschiffen, deren Zahl Hitler gegenüber der Bauplanvariante Z von vier auf sechs erhöht hatte, noch den Bau von vier Panzerschiffen bis Ende 1943 vorgesehen. Doch diese Planung geriet schon im Juni 1939 ins Wanken, als an dem Vorhaben, die Schlachtschiffe «Scharnhorst» und «Gneisenau» mit Geschützen eines grösseren Kalibers zu armieren, nicht mehr festgehalten wurde und damit die bereits bestellten zwölf – 38 cm – Geschütze zur Verfügung standen. Obwohl sich im Oberkommando der Kriegsmarine Widerspruch erhob, entschloss sich Raeder aufgrund dieser Situation zum Bau dreier Schlachtkreuzer mit einer Tonnage von über 32'000 t, für die noch im August 1939 die Aufträge erteilt wurden²⁶⁹. Noch bevor der Kriegsbeginn dem Bau schwerer Einheiten der Kriegsmarine ein jähes Ende bereitete, war damit der Z-Plan aus rüstungsorganisatorischen Gründen zu einem Torso geworden. Nach einer leitenden Idee für das Schiffbauprogramm zu diesem Zeitpunkt sucht man vergebens.

268 Dülffer, Weimar, S. 501, 504ff.; Salewski, Seekriegsleitung, Bd. I, S. 61 ff. Für die Schlachtschiffe H und J mit jeweils 56'200 t Standardverdrängung wurden die Aufträge am 14.4.1939 erteilt, die Kiellegung erfolgte am 15.7. bzw. 15.8.1939. Für die Schlachtschiffe K, L, M, N wurden die Aufträge am 25.5.1939 erteilt, zur Kiellegung kam es nicht mehr.

269 Dülffer, Weimar, S. 503 f. Die Schlachtkreuzer trugen die Baubezeichnungen O, P, Q.

Der enorme Aufschwung, den die Marinerüstung im Jahre 1939 nahm, litt nicht nur unter rüstungswirtschaftlichen und programmatischen Schwächen, auch die Basis dieses Aufschwungs, die Weisung Hitlers vom 27. Januar, erwies sich als nicht solide. Die anderen Wehrmachtteile fühlten sich benachteiligt, standen mit ihren Rüstungsprogrammen ebenfalls unter Erfolgszwang und opponierten daher gegen die Bevorzugung der Marine. Insbesondere Göring liess bei verschiedenen Gelegenheiten erkennen, dass er sich mit der Entscheidung nicht abfinden wollte. Ein erster Vorstoss bei Hitler Mitte Mai 1939 führte zu keinem Ergebnis. Auch General Thomas, der Chef des Wehrwirtschaftsstabes, bemühte sich – in Absprache mit Göring – um eine Revision der Januar-Weisung Hitlers. Ende Juni versuchte er seinen Vorgesetzten, General Keitel, zu einem Vorstoss bei Hitler zu bewegen. Das Ergebnis war immerhin, dass Thomas beauftragt wurde, die negativen Folgen der Weisung in den Industriezweigen zu prüfen. Ende August folgten erneute Initiativen von Göring und Thomas. Der Oberbefehlshaber der Luftwaffe erreichte dabei, dass dem Rüstungsprogramm seines Wehrmachtteils dieselbe Dringlichkeit zuerkannt wurde wie dem der Marine²⁷⁰. Damit war ein wesentlicher Einbruch erzielt worden, der sich erweitern liess und der den Prioritätsanspruch der Marine entscheidend relativierte. Im rüstungswirtschaftlichen Verteilungskampf hatte die Marine demnach mit der Weisung vom 27. Januar nur einen sehr kurzfristigen Erfolg erzielen können; damit musste die Durchführung des Z-Planes über kurz oder lang auch von dieser Seite her in Bedrängnis geraten.

Hingewiesen sei an dieser Stelle auf ein weiteres Problem, das den utopischen Charakter des Z-Plans noch sehr viel krasser hervortreten lässt. Nach einer Berechnung der Abteilung Wehrwirtschaft im Oberkommando der Kriegsmarine vom 31. Dezember 1938 belief sich der Mob-Bedarf an Heizöl für die Z-Plan-Flotte auf 6'000'000 t, der entsprechende Bedarf an Dieselöl auf 2'000'000 t. Im Jahre 1938 betrug der gesamte deutsche Verbrauch an Mineralölerzeugnissen 6'150'000 t, davon kamen nur 2400'000 t aus der heimischen Produktion. Die Planungen der Kriegsmarine zielten darauf ab, durch die Einlagerung von Betriebsstoffen – bis 1945 sollten 10'000'000 m³ Tankraum gebaut werden – und einen erhöhten Anteil aus der gesteigerten heimischen Produktion mit der fertiggestellten Z-Plan-Flotte 12 Monate Krieg führen zu können. Dabei waren die entsprechenden Anforderungen und Programme der beiden anderen Wehrmachtteile natürlich noch nicht berücksichtigt²⁷¹.

Als England am 3. September 1939 dem Reich den Krieg erklärte, zog Raeder das Fazit der über sechsjährigen Aufrüstungsphase der Marine: «Was die Kriegsmarine anbetrifft, so ist sie selbstverständlich im Herbst 1939 noch keineswegs für den grossen Kampf mit England hinreichend gerüstet... Die Überwasserstreitkräfte aber sind noch so gering

270 Ebd., S. 510f.

271 Meier-Dörnberg, Ölversorgung, S. 29 f. Zur Ölversorgung der Marine vgl. auch Rasch, Mineralölpolitik, S. 71 ff. Zu ähnlichen utopischen Planungen der Luftwaffe vgl. S. 588f. Vgl. auch Beitrag Volkmann, S. 358 ff.

an Zahl und Stärke gegenüber der englischen Flotte, dass sie – vollen Einsatz vorausgesetzt – nur zeigen können, dass sie mit Anstand zu sterben verstehen und damit die Grundlage für einen späteren Wiederaufbau zu schaffen gewillt sind²⁷².» In der Tat standen dem Oberkommando der Kriegsmarine bei Kriegsbeginn nur zwei Schlachtschiffe, drei Panzerschiffe, ein Schwerer und sechs Leichte Kreuzer, 21 Zerstörer, 12 Torpedoboote und 57 U-Boote zur Verfügung²⁷³.

Die von Resignation gezeichnete Lagebeurteilung durch den Oberbefehlshaber der Kriegsmarine entsprach dem Ergebnis einer Rüstungspolitik, die in dem Spannungszustand zwischen einer von der Sache her gebotenen langfristigen Aufbauarbeit und der Kurzfristigkeit politischer Entscheidungen zerrieben worden war. Dieses grundsätzliche Dilemma, vor das sich einst auch Tirpitz gestellt sah, wurde noch in seinen für den Flottenbau negativen Aspekten verschärft durch die über lange Jahre in sich widersprüchliche, aus dem Schock des Niedergangs der kaiserlichen Marine im Ersten Weltkrieg hervorgegangene, unklare strategische Zieldefinition. Raeder, der sich der besonderen, aus der Komplexität und Langfristigkeit des Flottenbaus resultierenden Situation der Marine gegenüber den beiden anderen Wehrmachtteilen immer bewusst war, hatte wie sein Vorbild Tirpitz versucht, diese Schwäche durch den direkten Kontakt zur politischen Führung der Republik und des Dritten Reiches zu neutralisieren. Er erreichte zwar auf diese Weise eine gewisse Sonderstellung der Marine, die in seiner Sicht durch die weitgreifende politische Bedeutung des maritimen Instruments gerechtfertigt war, konnte aber nicht verhindern, dass eben dadurch politische Entscheidungen mehr und mehr für das militärische Programm des Flottenbaus massgebend wurden. Die an die Motivation des geplanten Flottenvorstosses vom Oktober 1918 erinnernde Formulierung²⁷⁴ Raeders in seiner Aufzeichnung vom 3. September 1939 verdeutlicht die Proportionen, in denen der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine das Scheitern seiner politischen und strategischen Ziele sowie seiner militärischen Ambitionen bewusst empfand.

4. Der Aufbau der Luftwaffe

Mehr noch als die Aufrüstung von Heer und Marine weckte bei den Zeitgenossen die spektakuläre Entwicklung der Luftwaffe in den sechseinhalb Jahren von 1933 bis zum Kriegsbeginn gleichermassen grenzenlose Bewunderung und düstere Befürchtungen. Noch heute ranken sich um Erfindungen und technische Meisterleistungen auf dem Ge-

272 Lagevorträge, S. 20 f.

273 Vgl. hierzu die Anm. 203 und 227 sowie S. 550. Der im Umbau-Plan vom 15.11.1932 (Dülffer, Weimar, S. 565) für 1938 vorgesehene Schiffsbestand war der Zahl nach nur bei den Zerstörern, Torpedo- und U-Booten überschritten worden. Zur Organisationsstruktur der Marineführung unmittelbar vor Kriegsbeginn vgl. Anlage 2.

274 Deist, Rebellion, S. 341 ff.

biet des Flugzeug- und Raketenbaus jener Jahre Mythen, die der kurzen Geschichte der Luftwaffe, trotz ihres Scheiterns, einen besonderen Glanz verleihen. In der Tat ist der Sprung vom Doppeldecker zum ersten Strahljäger der Welt, von den drei «Reklamestaffeln» des Jahres 1933 zu den 4093 Frontflugzeugen bei Kriegsbeginn ohne Parallele in der damals noch kurzen Geschichte der militärischen Luftfahrt. Sucht man dennoch nach Analogien, so fällt der Blick unweigerlich auf den deutschen Flottenbau unter Wilhelm II. und Admiral v. Tirpitz in den Jahren von 1897 bis 1914, nicht aber auf das Werk des Epigonen Raeder. Es sind vor allem die Wirkungen und Nachwirkungen dieser im stärksten Masse von der modernen industriellen Technik geprägten militärischen Machtmittel – der Flotte und der Luftwaffe –, die einander ähneln. Hier wie dort verband sich die Faszination durch die mit der Waffe sich eröffnenden neuen Möglichkeiten mit einem nach aussen gewandten nationalistischen Machtanspruch zu einem Machtbewusstsein, das zu durchaus vergleichbaren aussenpolitischen Konsequenzen führte. Die diplomatische, politische und militärische Reaktion Grossbritanniens auf die jeweils als Bedrohung empfundene deutsche Aufrüstung zur See und in der Luft demonstriert diesen Sachverhalt in überraschender Klarheit. Doch erscheint es fraglich, ob sich die Vergleichbarkeit auch auf die politischen und militärischen Motive dieser Form der Rüstung erstreckt. Im Übrigen stellt sich die Frage, ob nicht der höhere Grad der Technisierung und die damit verbundenen planerischen und wirtschaftlichen Probleme den Aufbau der Luftwaffe grundsätzlich vom kaiserlichen Flottenbau der Jahrhundertwende unterscheiden. Immerhin vermag der Vergleich, der auch den Zeitgenossen nicht unbekannt war, den Blick für die politische und militärische Problematik des Aufbaus der Luftwaffe zu schärfen.

a) Die Risiko-Luftwaffe 1933-1936

Es ist bereits auf die im Rahmen der allgemeinen Rüstungsplanung der Reichswehr entwickelten Vorstellungen für den künftigen Aufbau einer Fliegerwaffe hingewiesen worden²⁷⁵. Sie zielten im Wesentlichen auf eine Verwendung der Luftstreitkräfte als Unterstützungswaffe für Heer und Marine. Diesem Ziel entsprachen die bereits ergriffenen, zum Teil bedeutenden konkreten Rüstungsmassnahmen auf organisatorisch-technischem sowie auf personellem und materiellem Gebiet. Mit der Berufung Görings zum Reichskommissar für die Luftfahrt am 30. Januar 1933 und der Ernennung Erhard Milch zum Staatssekretär im Reichskommissariat schien sich in dieser Beziehung eine grundsätzliche Wende abzuzeichnen. Milch hatte bereits unmittelbar nach seiner Ernennung zu erkennen gegeben, dass das Reichskommissariat nur als eine Zwischenstufe auf dem Wege zu einem Reichsluftfahrtministerium zu betrachten sei, in dem sämtliche

275 Vgl. S. 441 f. Neben der im Folgenden zitierten Literatur vgl. für alle Fragen der Entwicklung der Luftwaffe bis 1939 auch Köhler/Hummel, Organisation der Luftwaffe, S. 501 ff.

Zweige der zivilen und der militärischen Luftfahrt vereinigt werden sollten²⁷⁶. Als dieses Ministerium aufgrund einer Entscheidung des Reichspräsidenten mit Verfügung Blombergs als Reichsverteidigungsminister vom 10. Mai 1933 gebildet wurde, war mehr als eine Zentralisierung aller Bereiche der Luftfahrt erreicht worden²⁷⁷. Das politische Gewicht Görings innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung, seine vielschichtigen Funktionen im Regierungsapparat bewirkten, dass die Frage der Selbständigkeit der Luftwaffe als Teil der Gesamtwehrmacht damit ein für allemal, ohne den in dieser Hinsicht international üblichen Energieverlust entschieden worden war. Das Heer und insbesondere die Marine haben diese einschneidende Beschränkung ihrer Verfügungsgewalt über Luftstreitkräfte nicht ohne Widerstand hingenommen und versuchten, das verlorene Terrain wiederzugewinnen, doch sie scheiterten allesamt an dem politischen Faktum, dass der wichtigste Mann der Bewegung nach Hitler sich der Aufgabe des Aufbaus einer selbständigen und dem Machtanspruch des Reiches entsprechenden Luftwaffe verschrieben hatte²⁷⁸. Es versteht sich nahezu von selbst, dass der veränderte Status als selbständiger Wehrmachtteil auch für das Rüstungsziel und die Rüstungsplanung neue Perspektiven eröffnete.

Staatssekretär Milch, der bis Ende 1936 als der wesentliche Organisator der Planung und Durchführung der Luftwaffenrüstung anzusehen ist, beschäftigte sich spätestens seit Anfang Mai 1933 mit dem Entwurf einer neuen Rüstungskonzeption für die Luftwaffe. Ebenfalls im Mai lag dem Staatssekretär die Denkschrift des Betriebsdirektors der Luft Hansa, Dr. Robert Knauss, über «Die deutsche Luftflotte» vor²⁷⁹, in der Vorstellungen entwickelt wurden, mit denen sich Milch «voll» einverstanden erklärte. Die Billigung Milchs erlaubt es, die Denkschrift als die früheste, kompetente Äusserung zu Grundsatzfragen der Luftkriegführung anzusehen, die den Ansichten in der Führung des Reichsluftfahrtministeriums entsprach.

Knauss ging von der Prämisse aus, dass das Ziel der «nationalen Regierung» die «Wiedergewinnung der Grossmachtstellung Deutschlands in Europa» sei und dass dieses Ziel nur über eine Aufrüstung zu erreichen sei, die es erlaube, zumindest einen «Zweifrontenkrieg gegen Frankreich und Polen mit Aussicht auf Erfolg» führen zu können. Um den «kritischen Zeitraum» bis zur Realisierung dieses Rüstungszieles zu verkürzen, gab

276 Völker, *Entwicklung*, S. 201 f.

277 Völker, *Dokumente*, Nr. 41, S. 131 ff. Vgl. nunmehr auch Regierung Hitler, Teil I, Bd. 1, Nr. 5, S. 15 (Reichskommissariat für Luftfahrt); Nr. 22, S. 81 f. (Nachtragshaushalt 1932 für Reichskommissar für Luftfahrt); Nr. 25, S. 99f. (Reichshaushalt für den Reichskommissar für die Luftfahrt); Nr. 115, S. 417 (Umbildung des Reichskommissariats für Luftfahrt); Bd. 2, Nr. 274, S. 1045 f. (Entwurf eines Gesetzes über die Reichsluftfahrtverwaltung).

278 Völker, *Entwicklung*, S. 204ff.; Salewski, *Seekriegsleitung*, Bd. I, S. 251 f.; Irving, *Tragödie*, S. 64f.

279 Heimann/Schunke, *Denkschrift*, S. 72ff. Zu Knauss vgl. auch H.-J. Rautenberg / N. Wiggershaus, *Die «Himmeroder Denkschrift» vom Oktober 1950*, in: *MGM*, 21 (1977), S. 189; zur *Denkschrift* vgl. Boog, *Luftwaffenführung*, S. 153 f.

es nach der Meinung von Knauss «kein wirksames Mittel als die Schaffung einer starken Luftflotte». Knauss sah «das Wesen der Luftwaffe als selbständige Kriegswaffe... in der weitreichenden, operativ beweglichen Schlagkraft der in der Luftflotte vereinigten Bombenträger». Diese Eigenschaft erhöhe für jeden denkbaren Gegner «das Kriegsrisiko . . . mit einem Schlage... empfindlich» und vermindere die Gefahr eines Präventivschlages gegen das wiedererstarkende Deutschland. Frappierend an dieser Konzeption einer Risiko-Luftwaffe²⁸⁰ ist nicht nur die Wiederaufnahme der militärpolitischen Theorie des Admirals v. Tirpitz, sondern vor allem die enge Anlehnung an Äusserungen Hitlers gegenüber der Reichswehrgeneralität am 3. Februar 1933.

Entscheidend für die Wirkung der Denkschrift dürfte gewesen sein, dass Knauss sich nicht mit der Darlegung der Idee einer Risiko-Luftwaffe und ihrer Ausschmückung mit den Vorstellungen des italienischen Luftkriegstheoretikers Douhet begnügte, sondern die operativen Möglichkeiten sehr konkret beschrieb, die taktischen und organisatorischen Grundsätze und Erfordernisse in grosser Ausführlichkeit aufzeigte und vor allem die am militärischen Zweck orientierten technischen Anforderungen an den zu produzierenden Flugzeugtyp umriss und als durchaus realisierbar bezeichnete. Damit gewann die Konzeption an Klarheit, Kohärenz und Überzeugungskraft.

Konkret schlug Knauss die rasche und getarnte Aufstellung einer Luftflotte von ca. 390 viermotorigen Bombern vor, die durch 10 Luftaufklärungsstaffeln ergänzt werden sollte. Er hielt es für möglich, «die personellen und materiellen Vorbereitungen... in Anlehnung an Truppenflieger-Verbände und die Organisation der Lufthansa so zu treffen, dass die Zusammenfassung zu einer Luftflotte innerhalb einer kurzen Zeitspanne überraschend» erfolgen könne. Knauss war überzeugt, dass ein derartiges, operativ ausserordentlich bewegliches militärisches Instrument der deutschen Seite bei einem möglichen Konflikt mit Frankreich und Polen entscheidende Vorteile sichern würde, er rechnete aber vor allem mit der abschreckenden Wirkung der Risiko-Luftflotte. Im Interesse der militärpolitischen Zielsetzung plädierte Knauss mit Nachdruck für eine an klar formulierten Prioritäten orientierte Rüstungspolitik. Eine «gleichmässige Rüstung auf allen Gebieten» führe zur «Zersplitterung der Kräfte» und verschärfe die Gefahr eines präventiven Schlages. In der Risiko-Phase der deutschen Aufrüstung verändere die beschleunigte Aufstellung von 5 Heeresdivisionen oder der Bau von 2 Panzerkreuzern die gegebenen Machtverhältnisse in Europa nur geringfügig. Knauss wandte sich damit in erster Linie gegen die bekannten Schiffsbaupläne der Marine, der er in expliziter Ablehnung der Tirpitzschen Flottenpolitik und im Interesse der Landesverteidigung nur defensive Funktionen in Ost- und Nordsee zubilligte. Er erklärte, dass mit den Mitteln für den Bau von

280 Der Begriff selbst taucht in der Denkschrift nicht auf. Vgl. hierzu Boog, Luftwaffenführung, S. 154 ff. Zu dem weiter unten genannten italienischen General Giulio Douhet vgl. dessen auch ins Deutsche übersetztes Hauptwerk: Luftherrschaft, Berlin 1935; sowie Köhler/Hummel, Organisation der Luftwaffe, S. 558 f.

zwei Panzerkreuzern «eine Luftflotte von 400 Grossbomberflugzeugen gebaut» werden könne, die «schon in den nächsten Jahren die Luftherrschaft Deutschlands im mitteleuropäischen Raum» gewährleisten werde. Aber auch innerhalb der Luftwaffenrüstung selbst setzte die Denkschrift eindeutige Prioritäten. Es fällt insbesondere auf, dass Knauss der Jagdfliegerwaffe eine operative Funktion klar absprach und sie als eine Unterstützungswaffe für Heer und Marine bezeichnete. Wichtig war ihm allein der Aufbau einer Bomberflotte und der ihr zugeordneten Aufklärungsstaffeln. Knauss rundete sein Plädoyer für eine Risiko-Luftwaffe und deren erstrangige Bedeutung für das Gelingen der allgemeinen Aufrüstung durch eine politische Überlegung ab. Er wies darauf hin, dass in Italien und Frankreich ebenfalls der Gedanke einer selbständigen, operativen Luftkriegführung immer mehr Anhänger finde und dass insbesondere der neue französische Luftfahrtminister Cot bereits die ersten Schritte in diese Richtung unternommen habe. Jedes Zögern verkürze daher «den zeitlichen Vorsprung, den Deutschland heute durch Schaffung einer Luftflotte vielleicht auf ein Jahrzehnt hinaus gewinnen» könne, und «gerade auf dieses Jahrzehnt» komme es an. Und Knauss gab sich optimistisch, denn die «ungeheure Schwungkraft der nationalen Regierung» und «die Führerpersönlichkeit des ersten deutschen Luftministers» seien die beste Gewähr dafür, dass die mit der Luftwaffenrüstung verbundene «Entscheidung auf Leben und Tod» rasch getroffen werde und bei ihrer Durchführung alle Widerstände überwunden werden würden.

Trotz der von Milch bekundeten Übereinstimmung ist die Wirkung der Denkschrift auf die Rüstungsplanung der Luftwaffe nicht eindeutig zu bestimmen. Milch hatte seit Anfang Mai die Möglichkeiten eines ersten grösseren Flugzeugbeschaffungsprogramms durch die zuständigen Abteilungen des neu begründeten Luftfahrtministeriums prüfen lassen. Die von ihm vorgeschlagene Richtgrösse von 1'000 Flugzeugen für einen ersten Aufstellungsabschnitt 1933/34 erwies sich zunächst, angesichts der geringen Kapazität der deutschen Luftfahrtindustrie, als unrealistisch²⁸¹. Schon im Juni 1933 waren dann die Vorarbeiten so weit gediehen, dass Milch in einer Besprechung mit dem Chef des Ministeramtes des Reichswehrministeriums, Oberst v. Reichenau, ein vorläufiges Rüstungsprogramm vereinbaren konnte, das gegen Ende des Monats auch von den Ministern Göring und Blomberg gebilligt wurde. Dieses Programm sah bis zum Herbst 1935 die Aufstellung einer «Luftflotte» von ca. 600 Frontflugzeugen vor, die in 51 Staffeln gegliedert sein sollte²⁸². Gegenüber allen bisherigen Rüstungsvorhaben für die Luftstreitkräfte zeichnete sich dieses Programm dadurch aus, dass es den Schwerpunkt eindeutig auf die Aufstellung von Bomberstaffeln legte. Die «Luftflotte» sollte sich auf insgesamt 27 Bomberstaffeln, formiert in 9 Geschwadern, stützen. Dieses Programm, das im August und September noch geringfügig abgeändert wurde, entsprach nur unvollkommen den von Knauss entwickelten Vorstellungen, denn weder bestand die Luft-

281 Homze, Arming, S. 74; Irving, Tragödie, S. 65.

282 Irving, Tragödie, S. 66 f.; Homze, Arming, S. 74 f.; Völker, Entwicklung, S. 212 f.; Rautenberg, Rüstungspolitik, Anhang, S. 89 f.

flotte aus dem von ihm gewünschten Einheitstyp eines schwerbewaffneten Bombers, noch wurden die von ihm empfohlenen Grössenordnungen erreicht. Immerhin sollten im Herbst 1935 ca. 250 Bombenflugzeuge einsatzbereit zur Verfügung stehen; Knauss hatte ohne zeitliche Fixierung eine Flotte von ca. 400 Bombern gefordert. Andererseits jedoch ist unverkennbar, dass das Programm in seinen Grundzügen der Idee der Risiko-Luftwaffe folgte. Die Bombergeschwader sollten den Kern der künftigen Luftstreitmacht darstellen und politisch wie militärisch die ihnen von Knauss zugesprochenen Abschreckungsfunktionen übernehmen.

Und so unvollkommen auch die nach diesem Rüstungsprogramm aufgebaute Luftwaffe war, sie erfüllte von Anfang an die ihr gestellte *politische* Aufgabe in einer Weise, die weit über die von Knauss gesteckten Ziele hinausging. Seine Luftflotte war konzipiert als eine Waffe gegen die europäischen Nachbarn des Reiches, insbesondere gegen Frankreich und Polen. Die entstehende Luftwaffe übte jedoch paradoxerweise die grösste politische Wirkung auf die europäische Macht aus, die Knauss in seiner Denkschrift mit keinem Wort erwähnt hatte und die mit den Luftkriegsmitteln der ersten deutschen Rüstungsprogramme auch nicht wirksam zu bedrohen war: Grossbritannien. Bereits im Sommer 1933 waren die ersten Zeichen der Beunruhigung in der britischen öffentlichen Meinung zu registrieren²⁸³, die durch die innenpolitischen Vorgänge in Deutschland und den Austritt des Reiches aus Völkerbund und Abrüstungskonferenz an Stärke zunahm. Die Bedrohung der Insel aus der Luft und die drastische Schilderung aller möglichen Aspekte dieser Gefahr wurden bald zu einem Dauerthema in den Medien der öffentlichen Meinung. Mit der Erklärung Stanley Baldwins vor dem Unterhaus am 30. Juli 1934, dass die Verteidigung Englands angesichts der Entwicklung der Militärluftfahrt nicht mehr an den Kreidefelsen von Dover, sondern am Rhein stattfinde, war ein erster Höhepunkt dieser allgemeinen Psychose erreicht²⁸⁴. Die tatsächliche Stärke der deutschen Luftwaffe war Ende 1934 im Vergleich zu den anderen europäischen Luftmächten gering. Die Zahl der einsatzfähigen Frontflugzeuge wird mit ca. 600 angegeben²⁸⁵. Diese bescheidene Luftstreitmacht hatte aber eine politische Situation herbeigeführt, die es Hitler erlaubte, mit Grossbritannien aus einer Position der relativen Stärke über Luftpaktfragen zu verhandeln²⁸⁶. In dieser ersten Phase ihres Aufbaus, der sich zumindest in Anlehnung an die von Knauss entwickelten Grundsätze vollzog, hatte die Luftwaffe die intendierten Wirkungen gezeitigt. Es liegen keine Zeugnisse darüber vor, wie die Luftwaffenführung auf diese Überschätzung ihrer eigenen Möglichkeiten reagierte, welche militärischen Konsequenzen sie daraus zog. Es ist unwahrscheinlich,

283 Irving, Tragödie, S. 74 f.

284 Howard, Commitment, S. 110; Schulthess 1934, S. 364 ff. (Unterhausdebatte vom 28.11.1934); vgl. auch Beitrag Messerschmidt, S. 707.

285 Irving, Tragödie, S. 85; Völker, Luftwaffe, S. 57 ff.; Rautenberg, Rüstungspolitik, Anhang, S. 91.

286 Vgl. Beitrag Messerschmidt, S. 707f.

dass die öffentliche Debatte sie gänzlich unberührt liess. Die Vermutung liegt vielmehr nahe, dass im Unterschied zu der von Knauss gezeichneten Ausgangslage Grossbritannien mehr und mehr in das Blickfeld rückte, zunächst sicher nicht im Sinne einer Einbeziehung des Inselreiches in die operative Planung, aber wohl doch als Konkurrent, an dem man sich mass. Die politischen Wirkungen der Risiko-Luftwaffe sprengten damit deren ursprünglichen Rahmen und wiesen über die erste beschränkte Zielsetzung hinaus.

Knauss hatte die Denkschrift zu einem Zeitpunkt verfasst, in dem zwar die ersten organisatorischen Entscheidungen für den Aufbau eines selbständigen Wehrmachtteils gefallen, die personellen und materiellen Voraussetzungen aber noch weitgehend ungeklärt waren. Das mit Verfügung Blombergs vom 10. Mai 1933 begründete «Luftministerium» setzte sich aus dem Reichskommissariat Görings und dem kurz zuvor gebildeten Luftschutzamt des Reichswehrministeriums zusammen, in dem die «Arbeitsgebiete Flieger und Luftschutz des Heeres und der Marine» vereinigt worden waren²⁸⁷. Die Grössenordnungen in diesem Anfangsstadium werden deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass Anfang Juni 1933 nur insgesamt 76 aktive und inaktive Offiziere in diesem Ministerium Dienst taten²⁸⁸. Dem Staatssekretär unterstanden darüber hinaus als Ergebnis der jahrelangen intensiven Vorarbeiten von Heer und Marine die als «Reklamestaffeln» getarnten ersten fliegenden Verbände, das im Februar 1933 gebildete Kommando der Fliegerschulen, das für die militärischen Abteilungen der zivilen Schulen in Braunschweig, Jüterbog, Schleissheim, Warnemünde und Würzburg die Verantwortung trug, sowie das deutsche Militärflugzentrum in Lipeck (Lipezk) in Sowjetrusland²⁸⁹. Diese Institutionen bildeten im Wesentlichen die organisatorische Grundlage, von der aus sich der Aufbau der Luftwaffe vollzog. Im Ganzen dürfte es sich im Sommer 1933 um einen relativ kleinen Personenkreis gehandelt haben, der aktiv mit der Militärluftfahrt verbunden war. Eine Expansion schien unter den nach wie vor gültigen Bestimmungen des Versailler Vertrages nur dann möglich, wenn alle exekutiven Organe des Staates, insbesondere das Reichswehr- und das Reichsverkehrsministerium, die neue Teilstreitkraft tatkräftig unterstützten.

Blomberg benützte die auf die Gründung des «Luftministeriums» folgende Befehlshaberbesprechung, um darauf hinzuweisen, dass «das Flieger-Off[i]z[i]er- Korps» ein «Elite-Korps mit stürmischstem Angriffsgeist» werden solle, dessen «Bevorzugung auf allen Gebieten» notwendig und von den anderen Wehrmachtteilen anzuerkennen sei. Nachdem auf diese Weise der Boden bereitet war und die Planungen im Luftfahrtministerium konkretere Gestalt angenommen hatten, eröffnete der Reichswehrminister den Befehlshabern Anfang Oktober 1933, in welchem Umfang Heer und Marine zum per-

287 Völker, Dokumente, Nr. 35,36,41, S. 117ff.

288 Völker, Luftwaffe, S. 229 f.

289 Ebd., S. 13.

sonellen Aufbau der Luftwaffe beizutragen hatten²⁹⁰. Nach seinen Angaben waren bereits 228 Offiziere bis zum Dienstgrad des Obersten einschliesslich an die Luftwaffe abgegeben worden; bis zum Januar 1934 sollten noch weitere 70 Offiziere folgen. Die Zahl der in den Dienst der Luftwaffe getretenen Unteroffiziere und Mannschaften betrug bis zu diesem Zeitpunkt ca. 1'600. Auch für die Folgezeit war die Luftwaffe aus Tarnungsgründen auf die Unterstützung des Heeres und der Marine angewiesen. Ab 1934 übernahm sie die Anwerbung ihres Personals in eigener Regie, doch erfolgte die Ausbildung noch bis in das Jahr 1935 hinein bei Einheiten und auf Schulen der beiden anderen Teilstreitkräfte²⁹¹. Nach Blombergs Angaben sollten zum 1. April 1934 nochmals 450 Offizierdienstgrade abgegeben werden, für die darauffolgenden Jahre bezifferte er den nunmehr selbst anzuwerbenden Bedarf auf jährlich 700 Offizieranwärter. Blomberg betonte dabei, dass nichts «kurzsichtiger» wäre, «als wenn schlechtes Personal abgegeben würde». Die Luftwaffe brauche «vielmehr das Beste vom Besten». Blomberg hat sich auch in der Folge bei mehreren Befehlshaberbesprechungen mit Nachdruck für die Erfüllung der Personalwünsche der Luftwaffe eingesetzt und selbst Zwangsmassnahmen nicht ausgeschlossen. Die Abgaben aus Heer und Marine hielten auch in den folgenden Jahren an, und noch in einer Übersicht über den Personalbedarf aus dem Dezember 1938, veranlasst durch eine Rüstungsforderung Hitlers, wurde die Übernahme von Heeresoffizieren wie selbstverständlich vorausgesetzt²⁹². Zu dem sich bildenden Offizierkorps der Luftwaffe stiess Anfang 1934 noch eine grössere Anzahl jüngerer Piloten der Zivilluftfahrt, ab 1. April 1935 die Offiziere der Flak-Artillerie, Offiziere der Luftnachrichtentruppe und die grosse Zahl der Landeschutz-(L)-Offiziere, der späteren E-Offiziere.

Aus dieser unvollständigen Übersicht wird deutlich, vor welchen schwierigen Aufgaben das seit dem 1. Oktober 1933 bestehende Luftwaffenpersonalamt stand, das aus diesem Konglomerat nach dem Vorbild der beiden anderen Teilstreitkräfte und unter den erschwerten Umständen der ersten Phase des getarnten Aufbaus ein einheitliches Offizierkorps formen sollte. An der Spitze des Personalwesens der Luftwaffe stand seit dem 1. Juni 1933 bis zu seiner Ernennung zum Chef des Generalstabs der Luftwaffe im Juni 1937 der aus dem Reichsheer stammende Oberst Stumpff. Vergewärtigt man sich die entschieden vorgetragenen, düsteren Warnungen des Chefs des Heerespersonalamtes im Sommer und Winter 1935 vor einer erneut beschleunigten Erweiterung des Hee-

290 IfZ Archiv, ED 1, Bd. 1, Aufzeichnungen Liebmanns über die Befehlshaberbesprechungen am 1.6. und 3.10.1933.

291 Völker, Luftwaffe, S. 52 ff.

292 Zu Blombergs Bemühungen vgl. IfZ Archiv, ED 1, Bd. I, Aufzeichnungen Liebmanns über die Befehlshaberbesprechungen am 2.2. und 27.2.1934. In der in Anm. 85 erwähnten Stellungnahme des Heeres-Personalamtes vom 15.6.1935 (PA Nr. 450/35 g.Kdos. vom 15.6.1935, BA-MA RH 2/v. 1019) ging dessen Chef von der Annahme aus, dass bis 1939 jährlich ca. 500 Offizierdienstgrade an die Luftwaffe abgegeben werden würden. Vgl. auch die Zusammenstellung des Luftwaffenpersonalamtes vom 5.12.1938 in: Völker, Dokumente, Nr. 135, S. 298 ff.

res²⁹³, so werden die Probleme in ihren Proportionen sichtbar, vor die sich Stumpff gestellt sah. Neben der Notwendigkeit, die nach beruflicher Herkunft und Verwendung in den verschiedenen Waffengattungen und Dienstzweigen der Luftwaffe ausserordentlich unterschiedlichen Gruppen in ein einheitliches Offizierkorps zu integrieren, stand die von den traditionellen Wegen der Ausbildung abweichende Forderung, den Offizier mit den komplizierten technischen Voraussetzungen seiner Waffe vertraut zu machen, ohne deren Kenntnis und Berücksichtigung verantwortliche Führung auf allen Ebenen nicht denkbar war. Beides, die Formierung eines einheitlichen Offizierkorps und die Einbindung der Technik, war, wenn überhaupt, nur in einem langwierigen Prozess zu erreichen. Die Jahre des raschen, ja überhasteten Aufbaus von 1933 bis 1939 boten hierfür denkbar ungünstige Voraussetzungen²⁹⁴. Ein eindrucksvolles Bild der zu bewältigenden Probleme vermitteln schon die Zahlen über das Wachstum des Offizierkorps und der Personalstärke insgesamt. Das Korps bestand zum Zeitpunkt der Enttarnung im Frühjahr 1935 aus 900 Flieger- und 200 Flakoffizieren, die über ca. 17'000 Unteroffiziere und Mannschaften geboten. Zweieinhalb Jahre später, Ende 1937, hatte sich das Offizierkorps bereits mehr als verfünffacht; in allen drei Waffengattungen der Luftwaffe zählte man knapp über 6'000 Offiziere. Im August 1939 schliesslich war das Korps auf über 15'000 Offiziere angewachsen, der Personalbestand der Unteroffiziere und Mannschaften umfasste rund 370'000 Mann²⁹⁵. Vom Zeitpunkt der Enttarnung an hatte sich demnach das Offizierkorps der Luftwaffe in knapp viereinhalb Jahren verdreizehnfach. Zieht man in Betracht, dass dieses Offizierkorps im Unterschied zum Korps der Heeresoffiziere nicht über eine relativ breite homogene Basis verfügte, so wird man die für die militärischen Funktionen notwendige Kohärenz des Korps skeptisch beurteilen müssen. Als gravierend ist der Umstand zu bezeichnen, dass das gesamte höhere Offizierkorps der Luftwaffe aufgrund der gegebenen Verhältnisse aus ehemaligen Heeresoffizieren bestand, die naturgemäss den weitreichenden operativen Möglichkeiten einer selbständigen Luftkriegführung zunächst noch mit Zurückhaltung gegenüberstanden und vor allem über keinerlei Erfahrung in der Führung grösserer fliegender Verbände verfügen konnten. Hier zeigt sich eine aufbaubedingte Problematik, die bis Kriegsbeginn nicht überwunden werden konnte. Es ist bemerkenswert, dass Dr. Knauss, der Verkehrsleiter der Deutschen Lufthansa, in seiner Denkschrift auf die mit der Führung der Risiko-Luftflotte verbundenen Personalprobleme mit keinem Wort eingegangen war! Zu diesen letztlich unvermeidlichen qualitativen Schwächen auf personellem Gebiet kamen die enormen Schwierigkeiten, die sich beim materiellen Aufbau der Luftwaffe ergaben. Die ersten Überlegungen des Staatssekretärs Milch im Mai 1933 hatten sich im Juni durch Überprüfungen im Luftfahrtministerium und im Kontakt mit den beiden

293 Vgl. S. 501 ff.

294 Vgl. Boog, Offizierkorps der Luftwaffe; Völker, Luftwaffe, S. 52ff., S. 121 ff.

295 Völker, Luftwaffe, S. 56, S. 125, S. 183.

anderen Wehrmachtteilen so weit konkretisiert, dass mit der Weisung vom 12. Juli 1933 das Programm für den ersten Aufstellungsabschnitt 1934 befohlen werden konnte²⁹⁶. Danach sollten ab 1. Juli 1934 insgesamt 26 Staffeln als Einheitsverbände allerdings «unter möglichster Wahrung der *Tarnung*» in Anlehnung an Einrichtungen der zivilen Luftfahrt aufgestellt werden. Der Schwerpunkt des Programms lag auf den 10 vorgesehenen Bomberstaffeln, zu denen 7 Aufklärungs- und 7 Jagdstaffeln hinzukamen. Anderthalb Monate später, am 28. August, unterzeichnete Milch das Programm für den zweiten Aufstellungsabschnitt 1935. Es sah vor, dass zum 1. Oktober 1935 weitere 29 Staffeln als Einsatzverbände aufgestellt werden sollten, von denen allein 17 als Bomberstaffeln und nur 8 bzw. 4 als Aufklärungs- und Jagdstaffeln gekennzeichnet waren. Ein Blick auf die bis Ende 1934 an die Truppe ausgelieferten Flugzeuge zeigt, dass die Industrie programmgemäß ihren Lieferverpflichtungen nachgekommen war. Die Verbände verfügten Ende 1934 über 270 Bombenflugzeuge, 99 Jagdeinsitzer und 303 Aufklärungsflugzeuge; eine weit grössere Zahl, ca. 1'300 Flugzeuge, wurde für die Ausbildung und sonstige Zwecke verwendet²⁹⁷.

Dies war eine enorme Leistung der durch die Wirtschaftskrise besonders hart betroffenen Flugzeugindustrie. Ende Januar 1933 beschäftigten die im Reichsverband der deutschen Luftfahrtindustrie zusammengeschlossenen Werke der Flugzeugzellen- und Flugzeugmotorenindustrie nur knapp 4'000 Arbeitskräfte²⁹⁸. Die bedeutendsten Werke, Junkers in Dessau, Heinkel in Warnemünde, Dornier in Friedrichshafen und die Bayerischen Flugzeugwerke in Augsburg, hatten zwar in der Entwicklung neuer Modelle Bedeutendes geleistet, aber ihre Fertigungskapazitäten waren – bedingt durch die allgemeine wirtschaftliche Krise und die besonderen Finanzprobleme der Branche – ausserordentlich gering. In Staatssekretär Milch war – sieht man von Göring ab – ein Mann an die Spitze des Ministeriums berufen worden, der als ehemaliger Direktor der Luft Hansa die Verhältnisse innerhalb der Branche sehr genau kannte und im Blick auf die projektierte Aufrüstung einzuschätzen wusste. Neben bedeutenden finanziellen Mitteln für die Erweiterung der Produktion war vor allem deren Rationalisierung eine Vorbedingung für den Aufbau einer mit anderen europäischen Mächten vergleichbaren Luftwaffe. Anfang Juni 1933 fand die entscheidende Ministerbesprechung unter Vorsitz von Hitler statt, in der Schacht seinen Plan für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung und der Aufrüstung auf dem Wege über die bekannten Mefo-Wechsel erläuterte²⁹⁹. Damit war auch der Weg für die Finanzierung der Kapazitätserweiterungen der Flugzeugindustrie gewiesen. Noch im selben Monat wurde der Chef der Verwaltungsabteilung des

296 Völker, Dokumente, Nr. 80, S. 194 f.

297 Ebd., Nr. 82, S. 197; Völker, Luftwaffe, S. 57; Rautenberg, Rüstungspolitik, Anhang, S. 91.

298 Völker, Luftwaffe, S. 24; Irving, Tragödie, S. 69 f.; Homze, Arming, S. 73.

299 Irving, Tragödie, S. 65 f. Vgl. hierzu auch Beitrag Volkmann, S. 292 ff.

Luftfahrtministeriums, Oberst Kesselring, mit dem Auftrag zu Ernst Heinkel nach Warnemünde entsandt, diesen zum Bau eines neuen Werkes in der Gegend von Rostock mit zunächst 3'000 Arbeitsplätzen zu veranlassen. Und Kesselring hatte Erfolg³⁰⁰. Das Ergebnis dieser die ganze Branche erfassenden Initiativen des Ministeriums schlug sich in einem kräftigen und kontinuierlichen Anstieg der Beschäftigtenzahlen nieder. Sie stiegen von ca. 4'000 Arbeitskräften im Januar 1933 auf 16'870 Anfang 1934 und auf 59'600 am 1. April 1935. Ein Jahr später waren es bereits 110'600, am 1. April 1937 rund 167'200, und zum 1. Oktober 1938 zählte man schliesslich 204'100 Beschäftigte, ohne Berücksichtigung der entsprechenden Zahlen der für die Ausrüstung und die Reparaturen herangezogenen Firmen³⁰¹. In fünfzehn Jahren hatte sich demnach das Arbeitskräftepotential um das Fünffache vergrössert.

Auch die Rationalisierung der Produktion erfolgte auf Initiative des Luftfahrtministeriums. Am bekanntesten ist auf diesem Gebiet die Entwicklung bei der Firma Junkers. In Dessau konnten vor 1933 nur 18 Flugzeuge des Typs Ju 52 im Jahr hergestellt werden, wenn man gleichzeitig auf die Produktion aller anderen Typen verzichtete. Nach der Ausschaltung des Firmengründers, Prof. Hugo Junkers, bei der sich persönliche, politische und finanzielle Motive der Kontrahenten untrennbar mischten, informierte Staatssekretär Milch Klaus Junkers im August 1933 über die Rüstungsvorhaben des Ministeriums, die für 1934 allein die Beschaffung von 179 Flugzeugen des Typs Ju 52 vorsahen. Derartige Aufträge waren nur dann zu erfüllen, wenn die Produktionsmethoden radikal geändert wurden. Junkers entwickelte in den folgenden Monaten unter massgeblicher Beteiligung des Direktors Koppenberg das sogenannte ABC-Programm, mit dem gegen Ende des Jahres die Serienproduktion der Ju 52 anlief. Nach dem Programm produzierten eine Reihe von Firmen unter Kontrolle der Firma Junkers die Einzelteile, allein die Endmontage des Flugzeuges fand im Stammwerk in Dessau statt. Damit war ein entscheidender Schritt zur funktionsgerechten Organisation der Zuliefererindustrie getan und gleichzeitig die Kooperation der bisher eifersüchtig auf ihre Selbständigkeit bedachten Flugzeugwerke eingeleitet worden. Dem Lizenzbau, der in den folgenden Jahren immer grössere Bedeutung gewinnen sollte – so wurden von 1933 bis 1945 insgesamt 17'552 Junkers-Flugzeuge von anderen Firmen in Lizenz gebaut –, waren damit die Wege geebnet. Die Ausdehnung der Lizenz-Produktion war auch eine Konsequenz der Tatsache, dass mit der bereits 1933 erkennbar anziehenden Konjunktur in der Flugzeugindustrie eine wachsende Zahl von Firmen sich diesem gewinnträchtigen Produktionszweig zuwandte³⁰².

Staatssekretär Milch und das Technische Amt des Reichsluftfahrtministeriums unter Oberst Wimmer hatten auf diese Weise in engster Zusammenarbeit mit den Produzenten in einer überraschend kurzen Zeitspanne die industriellen Grundlagen für den Aufbau

300 Irving, *Tragödie*, S. 68 L; Heinkel, *Leben*, S. 245 ff.

301 Homze, *Arming*, S. 78f., S. 93, S. 184ff.

302 Ebd., S. 62ff.; Irving, *Tragödie*, S. 68ff., S. 76, S. 403 (Anm. 92).

der Luftwaffe gelegt. Gewissermassen als Test, als Erfolgskontrolle ist die von Milch und Wimmer seit Beginn des Jahres 1935 ins Auge gefasste und von Oktober bis Dezember des Jahres durchgeführte Mobilmachungsübung bei den Arado-Werken in Brandenburg anzusehen. In 18 Wochen stieg die monatliche Produktion von 20 auf 120 Flugzeuge, die Produktionsfläche wurde nahezu verdoppelt und die Belegschaft verdreifacht. Die Demonstration der Leistungsfähigkeit war überzeugend, das Experiment verwies aber gleichzeitig auf Schwachstellen der Produktion, die nur zum Teil vom Ministerium in eigener Regie überwunden werden konnten. Die Verfügbarkeit der notwendigen Rohstoffe und vor allem der Werkzeugmaschinen hatte sich als unbefriedigend erwiesen. Weniger gravierend wurde empfunden, dass die Unterbringung der zusätzlichen Arbeitskräfte in Massenunterkünften sich ungünstig auf die Produktivität ausgewirkt und dass sich bei der Aufnahme eines Lizenzbaues Schwierigkeiten ergeben hatten³⁰³. Das Arado-Experiment war ein Nachweis dafür, dass die industrielle Basis für den Aufbau der Luftwaffe in einer überraschend kurzen Zeit geschaffen worden war. Es war allerdings die Frage, in welchen Dimensionen und unter welchen technischen Anforderungen dieser Aufbau sich vollziehen sollte. Das Programm Milchs vom 12. Juli und vom 28. August 1933 für den ersten und zweiten Aufbauabschnitt 1934/35 hatte zwar durchaus im Sinne der Denkschrift von Knauss einen erkennbaren Schwerpunkt auf die Schaffung von Bomberverbänden gelegt, aber die für diese Verbände vorgesehenen Flugzeugtypen entsprachen weder den von Knauss geforderten technischen Leistungsnormen, noch beruhte die Bevorzugung der Bomber auf einem allgemeinen Konsens der beteiligten Stellen. Im Truppenamt der Heeresleitung war man zwar durchaus bereit, die Bedeutung einer Bomberflotte für die künftige Kriegführung anzuerkennen, aber man wandte sich gegen die Einseitigkeit der Argumentation in der Denkschrift von Knauss. Auch in Zukunft würde die Entscheidung im Kriege «durch das Zusammenwirken aller [Wehrmachtteile] fallen». Blomberg als Reichsverteidigungsminister brachte schliesslich in einer Weisung zur Vorbereitung der Reichsverteidigung am 16. August 1933 zum Ausdruck, dass nicht an den Aufbau einer «strategischen Luftwaffe» gedacht sei. Ziel war vielmehr der Aufbau einer «operativen Luftwaffe», die entweder auf sich gestellt und unterstützt durch Fernaufklärungsstaffeln oder im Zusammenwirken mit Heer und Marine im Falle eines europäischen Mehrfrontenkrieges gegen Polen, Frankreich, Belgien und die Tschechoslowakei operative Funktionen im Rahmen der Gesamtstrategie zu übernehmen haben würde. Blomberg liess ferner erkennen, dass Heer und Marine nach wie vor über eigene Luftstreitkräfte verfügen sollten³⁰⁴.

303 Homze, *Arming*, S. 115 f.

304 Vgl. die Stellungnahme der Operationsabteilung des Truppenamtes vom 28.6.1933 zur Denkschrift Knauss bei Rautenberg, *Rüstungspolitik*, S. 321 ff., dort auch die Weisung Blombergs. Vgl. auch ebd., *Anhang*, S. 89f.; sowie Völker, *Dokumente*, Nr. 182f., S. 428 f. Zur Verwendung des Terminus «operative Luftwaffe» vgl. Köhler, *Operativer Luftkrieg*, S. 265 ff.

Auch im Rahmen einer derart definierten operativen Luftflotte kam den Bomberverbänden und ihrer von Knauss beschriebenen Abschreckungsfunktion naturgemäss eine besondere Bedeutung zu. Ein Wehrmachtkriegsspiel im Winter 1933/34, das von der Operationsabteilung des Truppenamtes angeregt worden war, ergab allerdings, dass es der Bomberflotte allein nicht gelingen konnte, die gegnerischen Luftstreitkräfte rechtzeitig auszuschalten, dass vielmehr bei der exponierten Lage des Reiches und seiner Industriezentren eine starke Luftverteidigung in Gestalt von Jagdverbänden und Flakartillerie unbedingt erforderlich war³⁰⁵.

Milch hatte in dem von ihm unterzeichneten Programm für den zweiten Aufstellungsabschnitt 1935 vom 28. August 1933 bereits ein weiteres Programm für die «Gesamtrüstung 1934-38» angekündigt, das «den *Erfordernissen der Landesverteidigung wie den technischen Möglichkeiten* Rechnung zu tragen haben werde³⁰⁶. Die organisatorischen, personellen und industriellen Voraussetzungen hierfür waren zu Beginn des Jahres 1934 geschaffen, die militärische Funktionsbestimmung der Luftwaffe hatte zuletzt durch das Wehrmachtkriegsspiel an Klarheit gewonnen. Das Flugzeugbeschaffungsprogramm vom 1. Juli 1934 baute auf diesen Voraussetzungen auf und schloss sich an ein revidiertes Beschaffungsprogramm vom Januar 1934 für den ersten und zweiten Aufstellungsabschnitt 1934/35 an. Das Juli-Programm von 1934 war zum ersten Mal ein langfristiges Programm, das für den Zeitraum bis zum 31. März 1938 die Beschaffung von insgesamt 17015 Flugzeugen aller Art vorsah³⁰⁷. Die Bedeutung des Programms wird daraus ersichtlich, dass Hitler sich Ende Juli darüber von Göring und Milch sowie den Amtschefs des Luftfahrtministeriums berichten liess. Milch, der offenbar von Hitler als Fachmann und ideenreicher Kopf geschätzt wurde, konnte sich im Endeffekt gegen dessen Steigerungs- und Beschleunigungsforderungen durchsetzen, denn Hitler genehmigte Ende August 1934 den Kostenvoranschlag für dieses Programm in Höhe von 10,5 Milliarden Reichsmark³⁰⁸. Die Sonderstellung der Luftwaffe gegenüber den beiden anderen Wehrmachtteilen kommt in diesem Beispiel sehr deutlich zum Ausdruck. Nicht Blomberg, der Reichsverteidigungsminister, vertrat die finanziellen Forderungen eines integrierten Wehrmachtrüstungsprogramms, sondern Göring als der zweite Mann im Staate verstand es, die Interessen seines Ressorts in nur loser Absprache mit Blomberg durchzusetzen. Von der enormen Gesamtzahl des Juli-Programms waren bemerkenswerterweise nur 6671 Flugzeuge als Einsatzflugzeuge vorgesehen, die sich wie folgt auf die verschiedenen Einsatzarten verteilten³⁰⁹:

305 Völker, Dokumente, Nr. 184, S. 429L; Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 325.

306 Völker, Dokumente, Nr. 82, S. 197f.

307 Völker, Luftwaffe, S. 56 f.; Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 325 f., Anhang, S. 91; Homze, Arming, S. 79ff.; Overy, Production Plans, S. 779f.

308 Irving, Tragödie, S. 84 f.

309 Overy, Production Plans, S. 780.

Jagdflugzeuge	2 225
Bomber	2188
Sturzkampfbomber	699
Aufklärer	1559

Das Verhältnis zwischen Einsatz- und Schulflugzeugen reflektiert das Bewusstsein der Luftwaffenführung, dass es in den kommenden Jahren in erster Linie auf die Konsolidierung des Wehrmachtteils ankomme und auf die Ausbildung in allen Bereichen der grösste Wert zu legen sei. In der überraschend starken Berücksichtigung der Jagdwaffe ist eine Konsequenz der Ergebnisse des Wehrmachtkriegsspiels im Winter 1933/34 zu sehen, denen man durch die Verstärkung der Luftverteidigungskomponente im Gesamtprogramm Rechnung trug. Das Programm entsprach dem Konzept einer operativen Luftwaffe, wie sie von Blomberg in seiner Weisung vom August 1933 gekennzeichnet worden war.

In einer ersten Phase seiner Realisierung sollten bis zum 30. September 1935 insgesamt 4021 Flugzeuge an die Luftwaffe ausgeliefert werden, wobei wiederum mehr als die Hälfte für Schulungszwecke vorgesehen waren. Um dieses Ziel zu erreichen, war geplant, die monatliche Produktion von 72 Flugzeugen im Januar 1934 auf 293 im Juli 1935 zu steigern. Von der Industrie wurde also erwartet, dass sie ihre Produktion in relativ kurzer Zeit vervierfache. Ende Dezember 1934 waren bereits 1959 Flugzeuge an die Truppe ausgeliefert, der Rückstand gegenüber den Planziffern betrug lediglich 6 Prozent! Die Industriepolitik des Reichsluftfahrtministeriums schien tatsächlich eine Meisterleistung vollbracht zu haben, da sich offensichtlich Planungsdaten und industrielle Fertigungsmöglichkeiten nahezu vollständig deckten³¹⁰.

Der nicht zweifelhafte Ausgang der Volksabstimmung an der Saar im Januar 1935 war innerhalb und ausserhalb Deutschlands seit Langem als ein Zeitpunkt betrachtet worden, der von Hitler zu neuen aussen- wie rüstungspolitischen Initiativen benutzt werden würde³¹¹. Noch vor der endgültigen Rückgliederung des Saargebietes am 1. März und vor der Verkündung der Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht am 16. März war bereits am 26. Februar durch Blomberg als Reichsverteidigungsminister die schrittweise Enttarnung der Luftwaffe angeordnet worden. Göring hob in einem Interview am 10. März die rein defensive Aufgabe der Luftwaffe hervor, während Hitler am 25. März dem britischen Aussenminister erklärte, dass die deutschen Luftstreitkräfte bereits die Stärke der britischen erreicht hätten! Das lag ganz auf der Linie der vom Wehrmachtamt wohl nicht ohne Billigung Blombergs herausgegebenen Sprachregelung, wonach es nunmehr darauf ankomme, dem Ausland den Eindruck einer starken Wehrmacht zu vermitteln, die ihrer Aufgabe auch unter schwierigen Umständen gewachsen sein werde³¹². Für die Luftwaffe, die im März über ca. 2'500 Flugzeuge verfügte, von denen rund 800

310 Homze, Arming, S. 93; Völker, Luftwaffe, S. 57.

311 Vgl. S.494f., S.545f.

312 Völker, Luftwaffe, S. 68 ff. Zur Tarnung der Aufrüstungsmassnahmen vgl. u.a. auch Whaley, Covert Rearmament, S. 3 ff.

zum Einsatz im Ernstfall bereitstanden³¹³, begann damit eine neue Phase in ihrer politischen Funktion als Risiko-Luftwaffe.

Milch hatte in seiner Weisung vom 28. August 1933 das Gesamtprogramm der Jahre 1934 bis 1938 unter zwei Voraussetzungen gestellt: Einerseits müsse es der Landesverteidigung genügen und andererseits den technischen Möglichkeiten Rechnung tragen. Die erstaunliche Erfüllung der Planziffern in Verbindung mit der unbestreitbaren, durch welche Mittel auch immer erreichten abschreckenden Wirkung im Ausland stellte unter Beweis, dass die Luftwaffe den Anforderungen der Landesverteidigung in diesen Jahren genüge. Doch inwieweit trug das Gesamtprogramm den technischen Möglichkeiten Rechnung? Die bis zum Jahresende 1934 ausgelieferten 270 Bomber waren Flugzeuge des Typs Ju 52 und Do 11, die 99 Jagdeinsitzer waren Doppeldecker vom Typ Ar 64 und Ar 65. Es bestand bei den Verbänden und im Luftfahrtministerium völlige Übereinstimmung darüber, dass diese Typen nicht mehr dem damals erreichten Stand der Technik entsprachen. Staatssekretär Milch war sich dieser Situation durchaus bewusst; er hatte Hitlers Forderung nach einer weiteren Steigerung der Stückzahlen mit dem Argument abgelehnt, dass auf diese Weise zu viel veraltete Modelle produziert würden. Major v. Richthofen, der Leiter der Entwicklungsabteilung im Technischen Amt des Luftfahrtministeriums, brachte den für diese erste Phase geltenden Grundsatz im August 1934 auf die prägnante Formel³¹⁴: «Ein bedingt brauchbares beschaffungsreifes Gerät ist besser als kein Gerät.» Die neuen Flugzeugmodelle waren bereits in der Entwicklung begriffen, insbesondere die Mittelstreckenbomber Do 17, He 111 und Ju 86 sowie der Sturzkampfbomber Ju 87. Es war jedoch die Frage, wann diese Typen in dem langwierigen Prozess der Entwicklung und Erprobung zur Serienfertigung gelangen konnten. Hinzu kam ein sehr gravierender Engpass in der Flugmotorenentwicklung und -Produktion. Nur die Firma Junkers hatte auch in den zwanziger Jahren kontinuierlich an der Weiterentwicklung der Flugmotoren teilgenommen. Daimler-Benz und BMW standen in dieser Beziehung vor einer neuen Aufgabe. Die Mittel des Ministeriums, die so erfolgreich beim Aufbau der Flugzeugzellenindustrie eingesetzt worden waren, stiessen hier an die Grenzen ihrer Wirksamkeit. Zwar wurde auch auf diesem Gebiet die Kapazitätserweiterung nach Kräften unterstützt, aber Richthofens Forderungen anlässlich einer Besprechung mit den Herstellern am 20./21. September 1934, dass der Zeitbedarf für die Entwicklung eines neuen Motors von 5 bis 6 auf zwei Jahre verkürzt werden müsse, ging an den Realitäten vorbei³¹⁵.

Es ist ganz offensichtlich, dass die spätestens seit 1934 von Milch und dem Technischen Amt angesteuerte Umrüstung der Verbände auf neue, bessere Typen nicht in der geplanten Weise verlaufen ist. Modellentwicklung und -erprobung, Motorenentwicklung

313 Völker, Luftwaffe, S. 57f.; Irving, Tragödie, S. 88.

314 Völker, Luftwaffe, S. 58.

315 Ebd., S. 58f.; Zur Motorenfrage vgl. Homze, Arming, S. 82ff. Zur Forderung Richthofens vgl. ebd., S. 84.

und deren Serienproduktion waren Prozesse, die nur bedingt steuerbar und planerisch zu erfassen waren. Die bisherige Planung des Ministeriums hatte die Produktion von Flugzeugtypen, von denen bekannt war, dass sie in kurzer Zeit nicht mehr dem Stand der Technik entsprechen würden, nicht nur im Interesse der Landesverteidigung bewusst vorangetrieben, sondern auch, weil nur auf diesem Wege die Schaffung einer leistungsfähigen Industrie erreicht werden konnte. Nachdem sich auf dem Wege zu diesem Ziel Ende 1934/ Anfang 1935 die ersten messbaren Erfolge eingestellt hatten, war die Umrüstung nur in einem gleitenden Verfahren durchzuführen, wollte man nicht Gefahr laufen, geschaffene Kapazitäten stillzulegen, bis das neue Modell die Serienreife erreicht hatte. Vor diesem Hintergrund sind die verschiedenen Ergänzungsprogramme des Jahres 1935 und der ersten Hälfte des Jahres 1936 zu sehen. Im Januar und Oktober 1935 genehmigte Milch Beschaffungs- bzw. Lieferpläne, die über das Juli-Programm 1934 hinausgehend die Absicht erkennen lassen, zum Beispiel bei den Bombenflugzeugen, die alten Modelle auslaufen zu lassen und die Produktion der neuen Modelle (He 111, Do 17, Ju 86) mit vergrößerter Stückzahl aufzunehmen³¹⁶. Der Druck Hitlers und Görings dürfte bei der Festlegung der ständig erhöhten Produktionsforderungen ebenfalls keine geringe Rolle gespielt haben. Obwohl der Umrüstungsprozess eine sehr viel längere Zeit in Anspruch nahm und erst im Jahre 1937 tatsächlich zur Durchführung kam, behielt die Planung bis in den Sommer 1936 hinein eine bemerkenswerte Flexibilität. So wurde die Produktion der Ju 52, die von Anfang an nur als eine Behelfslösung angesehen worden war, so lange beibehalten, bis die neuen Bombermodelle serienmässig produziert werden konnten. Die Ju 52 wurde in der Folge als das wichtigste Transportflugzeug der Luftwaffe verwendet.

Die Flexibilität verband sich allerdings andererseits auch mit einer unverkennbaren Unsicherheit, welche technischen und militärischen Forderungen an die einzelnen Flugzeugkategorien zu stellen waren, wodurch der Entwicklungsprozess sehr nachhaltig beeinträchtigt wurde. Das hatte sich bereits bei den neuen Typen des zweimotorigen Horizontalbombers gezeigt³¹⁷ und sollte auch zum Schicksal des viermotorigen strategischen Bombers werden, der bereits zu Reichswehrzeiten die mit der militärischen Luftfahrt befassten Offiziere der Heeresleitung beschäftigt hatte. Oberst Wever, der Chef des Luftkommandoamtes, der sich mit grosser Intensität in die Probleme der Luftkriegführung eingearbeitet hatte, erkannte sehr rasch die Bedeutung dieses Projektes, und noch im Mai 1934 wurde ein Entwicklungsauftrag an die Firmen Junkers und Dornier gegeben. Der Bomber sollte 1938 bereits in die Serienproduktion gehen. Aber noch bevor die Testflüge der Ju 89 und der Do 19 stattgefunden hatten, wurden Zweifel laut, ob sie nach Geschwindigkeit und Reichweite den militärischen Wünschen genügen könnten. Auch hier spielte die Motorenfrage eine entscheidende Rolle. Am 17. April 1936

316 Homze, Arming, S. 103ff. Zur Umrüstung im Jahre 1937 vgl. Völker, Luftwaffe, S. 131 ff., sowie Murray, German Air Power, S. 110.

317 Homze, Arming, S. 120 f.

unterschrieb Wever Richtlinien für die weitere Entwicklung des strategischen Bombers, die von den vorhandenen Prototypen nicht erfüllt werden konnten³¹⁸. Die Folge war, dass nach Wevers Tod am 3. Juni 1936 die Entwicklung des Bombers weiter verzögert und schliesslich ganz von dem allgemeinen Entwicklungsprogramm abgesetzt wurde. Die Gründe für diese folgenreiche Entscheidung lassen sich anhand der vorhandenen Zeugnisse nicht mit der wünschenswerten Eindeutigkeit bestimmen. Die Frage, ob dem Reich das wirtschaftliche Potential zum Aufbau einer grossen strategischen Luftflotte zur Verfügung gestanden habe, lässt sich ebensowenig beantworten, wie sich die Vermutung bestätigen lässt, dass die Motorenfrage ausschlaggebend gewesen sei. Zweifellos aber haben der Tod Wevers und die sich daran anschliessenden tiefgreifenden Personalveränderungen im Luftfahrtministerium dazu geführt, dass die Entscheidung gewissermassen beiläufig, in einer der Bedeutung der Sache nicht angemessenen Weise getroffen wurde³¹⁹.

Mit Wevers Tod ging ein bedeutender Abschnitt im Aufbau der Luftwaffe zu Ende. Die Jahre von 1933 bis 1936 wurden durch das Wirken einer Reihe von fähigen Offizieren an der Spitze der Ämter des Luftfahrtministeriums bestimmt, das weniger von Göring als von Milch geführt wurde. Nach den vorhandenen Zeugnissen haben Milch und die Obersten Wever, Wimmer, Kesselring und Stumpff in einem an der Sache orientierten vertrauensvollen Verhältnis zusammengearbeitet und nicht ohne Weitsicht die Grundlagen für die Entwicklung der Luftwaffe in den folgenden Jahren gelegt, in denen sich diese Konstellation an der Spitze des Ministeriums entscheidend wandeln sollte. Neben der erfolgreichen Entwicklung der Flugzeugindustrie, die wesentlich auf die Initiativen von Milch, Wimmer und Kesselring zurückzuführen war, kommt vor allem Wever das Verdienst zu, die militärische Funktionsbestimmung der Luftwaffe in den neuen grösseren Verhältnissen durchdacht und fixiert zu haben. Wever hatte sich als Generalstabsoffizier des Heeres und als ehemaliger Chef der Ausbildungsabteilung des Truppenamtes überraschend schnell in die neue Materie eingearbeitet und wie Milch die von Knauss in seiner Denkschrift dargelegten strategischen und operativen Möglichkeiten der Luftkriegführung mit Hilfe einer Bomberflotte erkannt und gleichzeitig die Einseitigkeit der Douhetschen Ideen als gefährlich abgelehnt. Es blieb ein Charakteristikum aller von ihm mitzuverantwortenden Rüstungsprogramme, dass dem Bomber die Priorität eingeräumt wurde. Dies gilt auch für das Juli-Programm 1934, wenn man die vorgesehenen Zahlen für die Horizontal- und die Sturzkampfbomber addiert. Es ist keine Frage, dass er aufgrund des Wehrmachtkriegsspiels 1933/34 der Luftverteidigungskomponente grösseren Raum als zuvor einräumte, andererseits sollte nicht vergessen werden, dass unter seiner

318 Irving, *Tragödie*, S. 102; Homze, *Arming*, S. 121 ff.; Völker, *Luftwaffe*, S. 132f.

319 Damit war allerdings die Forderung nach einem viermotorigen Bomber für die deutsche Luftwaffe aus dem Katalog der Entwicklungsvorhaben nicht gestrichen worden, die wechselvolle Geschichte der He 177 (Kens/Nowarra, *Flugzeuge*, S. 292ff.) stellt dies unter Beweis.

Verantwortung der strategische Bomber entwickelt wurde, und man kann nur darüber spekulieren, welche Lösung des Problems er nach der Entscheidung vom 17. April 1936 angesteuert haben würde. Prägnanten Ausdruck fanden seine Ansichten in der im Jahre 1936 herausgegebenen Luftwaffendruckvorschrift «Luftkriegführung», mit der die Luftwaffe aus dem Stadium einer reinen «Risiko-Luftwaffe» zur Absicherung der allgemeinen Aufrüstung herauswuchs³²⁰. Die L. Dv. 16 wurde geprägt von der Überzeugung, dass die erste und allein massgebende Aufgabe der Luftwaffe in der Offensive gegen die umfassend definierte «Kampfkraft des Gegners» und den «Widerstandswillen des feindlichen Volkes» liege. Aus dieser generellen Funktionsbestimmung ergaben sich drei Aufgabenbereiche, die in der Vorschrift in der folgenden Reihenfolge bezeichnet wurden: 1. «Kampf gegen die feindliche Luftwaffe», 2. Unmittelbare Unterstützung der Operationen von Heer und Marine, und schliesslich 3. «Kampf gegen die Kraftquellen der feindlichen Wehrmacht» und die Unterbindung des «Kraftstromes» von dieser zur Front. Der Kampf der Luftwaffe treffe «das feindliche Volk und Land» an den empfindlichsten Stellen, an der «Wurzel», wie es an anderer Stelle hiess. Nach ihrem Selbstverständnis war die Luftwaffe somit weit über die Rolle einer reinen Unterstützungswaffe für Heer und Marine hinausgewachsen. Die Vorschrift vereinigte alle Elemente einer modernen Luftkriegführung in sich. Die Vielfalt der Verwendungsmöglichkeiten führte aber auch zu der Erkenntnis, dass die Luftkriegführung nur im Rahmen der Gesamtkriegführung denkbar sei: «Die Kriegsleitung muss sich daher auf die Zielsetzung im Luftkrieg festen Einfluss bewahren» (Ziffer 12). Eine gewisse Unsicherheit ist allerdings bei der näheren Bestimmung des Zusammenwirkens der Luftwaffe mit Heer und Marine unverkennbar. Vergleicht man diese Gedanken über die Luftkriegführung mit entsprechenden gleichzeitigen Äusserungen aus den Führungskreisen der beiden anderen Wehrmachtteile, so wird man anerkennen müssen, dass Wever sich im Unterschied zu seinen Kollegen noch den Blick für das Ganze bewahrt hatte, dass er der Luftwaffe den Weg zu eigenständigem *und* gemeinsamem Handeln gewiesen hat.

So präsentieren sich die Jahre 1933-1936 im Aufbau der Luftwaffe als eine Phase umfassender und umsichtiger Planung, in der sich die Luftwaffenführung bemühte, die politischen, militärischen und technisch-industriellen Faktoren der Rüstung gleichgewichtig zu berücksichtigen, wenn auch die Schwierigkeiten und Schwächen, vor allem auf den Gebieten des personellen Aufbaus und der Ausbildung, nicht zu über sehen sind. In diesem sehr nachdrücklichen und auch erfolgreichen Bemühen erinnert die Phase an den Aufbau der Flotte vor dem Ersten Weltkrieg und hob sich damit ab von unterschiedlich verengten Perspektiven, unter denen sich die Rüstung der beiden anderen Wehrmachtteile vollzog.

320 Völker, Dokumente, Nr. 200, S. 466 ff. Zur deutschen Luftkriegskonzeption vgl. vor allem Maier, Aufbau der Luftwaffe; Boog, Luftwaffenführung, S. 164ff., S. 631 ff.; sowie Maier, Total War, S. 210ff.

b) Die Luftwaffenrüstung 1936-1939

Unmittelbar nach Wevers Tod traf Göring zwei Personalentscheidungen, die den Beginn der Auflösung der bisher einheitlichen und effektiven Führungsstruktur der Luftwaffe bezeichnen. Als Nachfolger Wevers wurde der bisherige Chef des Luftwaffenverwaltungsamtes, Generalleutnant Albert Kesselring, zum Chef des Luftkommandoamtes, und an die Stelle des Generals Wimmer wurde der Jagd- und Kunstflieger Udet zum Chef des Technischen Amtes berufen. Kesselring galt als Experte für Organisationsfragen und für eine rationelle Verwaltung, als Chef des Generalstabes war er wohl keine glückliche Wahl. Udet hatte sich bewegen lassen, nach 1933 in die Luftwaffe einzutreten, war zuletzt als Oberst Inspekteur der Jagd- und Sturzkampfflieger gewesen, besaß aber neben seiner reichen fliegerischen Erfahrung nicht die technischen und organisatorischen Fähigkeiten, die das neue Amt erforderte. Beide personellen Veränderungen hatten für die Planung und Durchführung der Luftwaffenrüstung weitreichende Folgen, sie wurden in ihrer Wirkung aber noch verstärkt durch die in der Literatur bereits ausführlich dargestellte, zumindest bis 1939 anhaltende Unbeständigkeit der Führungsstruktur der Luftwaffe³²¹. Kesselring wurde nach Jahresfrist bereits von General Stumpff als Chef des Generalstabes abgelöst, und auch dieser übergab Anfang 1939 die Geschäfte an den Obersten Jeschonnek. Der Wechsel in den Führungspositionen wurde begleitet von rasch sich folgenden organisatorischen Änderungen; die Begründung neuer Zuständigkeiten kombinierte sich mit offener oder verdeckter Beschränkung bisheriger Kompetenzen und mit einer Aufblähung des gesamten Apparates. Zum Teil mag es sich um gewissermassen «natürliche» Wachstumserscheinungen gehandelt haben, als neues Element ist jedoch die stärkere Einflussnahme des Oberbefehlshabers der Luftwaffe, Göring, zu werten.

Obwohl der Aufbau der Luftwaffe ohne die Stellung und das Prestige Görings in der bis 1936 realisierten Weise nicht denkbar gewesen wäre, hat er nach den überlieferten Zeugnissen doch nur relativ selten an den Entscheidungen tätigen Anteil genommen. Milch, Wever, Wimmer und ihre Mitarbeiter hatten im Wesentlichen die Entwicklung bestimmt. Es gibt verschiedene Hinweise darauf, dass Göring die überragende Stellung von Milch als Beeinträchtigung seiner eigenen Position als Oberbefehlshaber empfand. Seit 1934 häuften sich die Spannungen zwischen dem Minister und seinem Staatssekretär³²². Die Berufung von Kesselring und Udet war ohne die Mitwirkung Milchs erfolgt und verdeutlichte die Absicht Görings, sich intensiver als bisher mit «seiner» Luftwaffe

321 Zu den Organisationsfragen vor allem Völker, *Luftwaffe*, S. 75ff., S. 166ff. Zu den Personalentscheidungen auch Irving, *Tragödie*, S. 94 f., S. 97 f., S. 103f.; Homze, *Arming*, S. 233 ff; sowie Boog, *Luftwaffenführung*, S. 37ff.

322 Z.B. Irving, *Tragödie*, S. 84f. Die jüngsten Göring-Biographien würdigen seine Funktion als Oberbefehlshaber der Luftwaffe in der Vorkriegszeit nur am Rande. Vgl. Martens, *Göring*, S. 25ff., und Kube, *Pour le mérite*, S. 48ff.

zu beschäftigen. Ihm kam dabei zugute, dass ihm auf rüstungswirtschaftlichem Gebiet Machtmittel zur Verfügung standen, die für den weiteren Aufbau der Luftwaffe von ausschlaggebender Bedeutung sein mussten. Versuche Milchs, seine Position zu wahren, schlugen fehl mit dem Erfolg, dass die Funktionen des Staatssekretärs immer mehr beschränkt wurden³²³. Dieser persönlich gefärbte Kompetenzstreit wäre ohne Belang, wenn eine dem Entscheidungsprozess förderliche Führungsstruktur an die Stelle der bisherigen getreten wäre. Das Gegenteil war der Fall. Göring richtete sich ein besonderes Ministeramt ein, der Generalstab der Luftwaffe verstärkte seine Position wesentlich, neue Ämter und Zuständigkeiten entstanden, und schliesslich gliederte Udet sein Amt im Mai 1938 in ganze 13 Abteilungen mit direktem Vortragsrecht der Abteilungschefs auf, so dass der Überblick allmählich verlorengehen musste und Entscheidungen nicht mehr an verantwortlicher, sondern an untergeordneter Stelle getroffen wurden³²⁴.

Diese Veränderungen innerhalb der obersten Führung der Luftwaffe fielen in eine Zeitspanne, in der die Umrüstung mit allen ihren Schwierigkeiten in vollem Gange war, die Produktion unter den zunehmenden Druck des allgemeinen Rohstoffmangels geriet und schliesslich als möglicher Gegner die Macht in die operativen Planungen der Luftwaffe einbezogen wurde, deren Reaktion auf den Aufbau deutscher Luftstreitkräfte sich von Anfang an deutlich manifestiert hatte: Grossbritannien.

Es ist bereits erwähnt worden, dass der seit 1934 erkannten Notwendigkeit, die Luftwaffe möglichst rasch mit dem Fluggerät einer zweiten Generation auszustatten, erst 1937 in vollem Umfang entsprochen werden konnte. Zu diesem Zeitpunkt machte man sich im Luftfahrtministerium schon Gedanken über eine zweite Umrüstungsphase, in der zum Beispiel die nunmehr eingeführten Bombertypen He 111 und Do 17 oder auch der Jäger Me 109 durch noch modernere Typen ersetzt werden sollten. Dieser erneute Wechsel sollte bereits im Jahr 1939 eingeleitet und 1940 mehr oder weniger abgeschlossen sein³²⁵. Die Wahl der neuen Typen war ein überaus risikoreicher Prozess in Anbetracht der komplizierter werdenden Geräte, deren technischer Aufwand immer komplexer wurde und die Serienproduktion zu einem äusserst störungsanfälligen Unternehmen machen konnte. In dem Bestreben, dieses Risiko zu vermindern, wollte Udet dem «Prinzip der Militärzelle und des Militärmotors zum Durchbruch» verhelfen³²⁶. Unter einer Militärzelle verstand er «eine brauchbare Zelle, die fabrikationsmässig von Vornherein so vorgesehen ist, dass sie ähnlich einem Meccano-Spielzeug von ungeschulten, schnell anzulernenden Kräften zusammen montiert werden» könne. Ein Militärmotor war nach Udet ein Motor, der «so gut wie keine Wartung braucht und an dem all das fehlt, was

323 Irving, Tragödie, S. 97 f.

324 Homze, Arming, S. 234ff.; Overy, Production Plans, S. 789. Zur Organisationsstruktur der Luftwaffenführung unmittelbar nach Kriegsbeginn vgl. Anlage 2, sowie die umfassende Darstellung bei Boog, Luftwaffenführung, S. 215ff.

325 Homze, Arming, S. 156f.; Völker, Luftwaffe, S. 132ff.

326 Vgl. den Vortrag Udets bei der Kommandeurbesprechung am 6.10.1936, BA-MA RL 3/55.

neue Fehlerquellen entstehen» lassen könnte. Sein Ziel war es, «zu wenigen und unkomplizierten Typen» zu kommen, «die mit weniger Aufwand und mit weniger Zeit in robuster, leicht zu wartender Ausführung geschaffen und in der nötigen Stückzahl für die Front bereitgestellt werden» könnten. Das waren zweifellos ideale Vorstellungen, die aber mit der Wirklichkeit nur wenig zu tun hatten. Der Gedanke an eine einheitliche Militärzelle und einen einheitlichen Militärmotor war angesichts der sehr unterschiedlichen Verwendungszwecke, deren Vielfalt die Luftwaffe zu dem Kriegsmittel der Zukunft zu machen versprach, und unter Berücksichtigung der sich beschleunigenden technischen Entwicklungen ein ungeeigneter Versuch, die Technik militärisch in den Griff zu bekommen. Der weitere Gedanke einer Typenbeschränkung war eine gebieterische Notwendigkeit, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Firma Heinkel nur eines ihrer Entwicklungsprojekte in Grossserie produzierte, sich daneben aber noch mit zehn anderen Typen beschäftigte³²⁷. Der finanzielle, materielle und der Aufwand an Fachkräften stand hier in keinem vertretbaren Verhältnis mehr zu dem erzielten Ergebnis. Udet verlangte unkomplizierte und robuste Flugzeugmuster, versäumte es aber darauf hinzuweisen, dass derartig ausgereifte technische Produkte das Ergebnis einer ebenso langen wie intensiven Entwicklungs- und vor allem Erprobungsphase zu sein pflegen. Zeit aber war das Letzte, was das Luftfahrtministerium der Industrie zur Verfügung stellen konnte. Die zweite Phase der Umrüstung und die unausweichlichen Typenbeschränkungen wurden unter diesen Voraussetzungen zu einem nur schwer im Voraus kalkulierbaren Unternehmen.

In welchem Spannungsverhältnis Udet's Grundsätze zur Wirklichkeit standen, lässt sich am Beispiel des zweimotorigen Horizontalbombers Ju 86 verdeutlichen, der Udet's Vorstellungen anscheinend sehr nahekam und der sich im Herbst 1936 bereits im Serienbau befand³²⁸. Im April und Mai 1937 stellte sich jedoch heraus, dass die Maschine in mehrfacher Hinsicht den Anforderungen nicht genügte. Brach man nun den Serienbau ab, so bedeutete dies neben den hohen finanziellen Kosten die Verschrottung von 162 Flugzeugen in verschiedenen Stadien der Fertigstellung und die zumindest zeitweise Arbeitslosigkeit von 2100 Arbeitern. Die Umstellung der beteiligten Werke auf die Produktion eines anderen Typs hätte 8 bis 9 Monate in Anspruch genommen. In diesem speziellen Fall wurde eine andere Lösung gefunden, das Beispiel demonstriert jedoch, mit welchen Konsequenzen bei einer Fehlentscheidung zu rechnen war³²⁹. Es verdeutlicht weiterhin, dass die Entscheidung über den zu produzierenden Flugzeugtyp nur im engsten Zusammenhang mit der Wahl der Motorenausstattung getroffen werden konnte. Im Herbst

327 Homze, Arming, S. 212 f.

328 Udet wies in der erwähnten Kommandeurbesprechung (vgl. Anm. 326) auf die sehr gute Wartungsmöglichkeit, die leichte Reparaturfähigkeit und die geringen Herstellungsschwierigkeiten dieses Typs hin.

329 Homze, Arming, S. 103ff., S. 129, S. 152f. In diesem Falle wurde der grösste Teil der 162 Flugzeuge unverändert an die Luftwaffe ausgeliefert, ein weiterer mit einem anderen Motorentyp ausgerüstet und der Rest exportiert oder verschrottet.

1936 hatte die Entwicklung deutscher Flugzeugmotoren einen gewissen Abschluss erreicht. Eine Mehrzahl der Motoren der Firmen Junkers, Daimler-Benz und BMW konnte nach Ansicht des Technischen Amtes nunmehr in Serie produziert werden. Allerdings befriedigten die Ergebnisse gerade bei den modernen luftgekühlten Motoren noch nicht völlig³³⁰. Interimslösungen zeichneten sich demnach ab, deren Konsequenzen für die Serienproduktion und die hierfür notwendige industrielle Ausrüstung bedacht sein wollten. Aus diesen wenigen Bemerkungen dürfte hervorgehen, dass die Aufrüstung der Luftwaffe, des modernsten technischen Kriegsinstrumentes der Zeit, einen hochkomplizierten, ausserordentlich empfindlich reagierenden Entwicklungs- und Produktionsprozess in Gang setzte, der nur durch ein adäquates Planinstrumentarium *effektiv* gesteuert werden konnte. An diesen Gegebenheiten konnten auch der bramarbasierende Göring und der gutwillige, aber inkompetente Udet nichts ändern.

Als im Verlauf des Jahres 1938 in der Luftwaffenführung die Erkenntnis wuchs, dass mit Grossbritannien als möglichem Gegner zu rechnen war, musste ein Flugzeug gefunden bzw. entwickelt werden, das den Bedingungen einer Luftkriegführung gegen das Inselreich entsprach, da die eingeführten Typen He 111 und Do 17 weder in Bezug auf die Reichweite noch hinsichtlich der Bombenlast hierfür in Frage kamen. Damit begann die Geschichte der Ju 88. Das Flugzeug war nach den Spezifikationen des Luftkommandoamtes und des Technischen Amtes 1936 von der Firma Junkers als Schnellbomber entwickelt, im Sommer 1937 erprobt und im Frühjahr 1938 in die Produktionsplanung aufgenommen worden³³¹. Als die Ju 88 als Nachfolgemodell der He 111 und der Do 17 in Betracht gezogen und schliesslich bestimmt wurde, wuchsen die Forderungen, die von militärischer Seite an das Modell gestellt wurden. Die gravierendste Forderung des von Udet unterstützten Generalstabes bestand darin, dass der Schnellbomber nicht nur zwei Tonnen Bombenlast 3'200 km weit tragen, sondern seine Bomben auch im Sturzflug ins Ziel bringen sollte. Es war keine Frage, dass diese Form des Bombenwurfs sehr viel effektiver und ökonomischer war als der Flächenwurf mit den damals zur Verfügung stehenden Zielgeräten. Udet selbst war seit Beginn der dreissiger Jahre für die Sturzflugidee eingetreten, und sie war bei dem Einsatz der Legion Condor in Spanien praktisch erprobt worden³³². Seither aber war diese Idee nahezu zu einer Manie geworden. Für die Flugeigenschaften der Ju 88 wirkten sich die militärischen Forderungen verhängnisvoll aus. Ihr Gewicht wuchs von 7 auf 12 Tonnen, ihre Geschwindigkeit fiel von nahezu 500km/h auf knapp 300 km/h. Mögen die behaupteten

330 Ebd., S. 159ff.

331 Zum Folgenden vgl. ebd., S. 163ff.; Irving, *Tragödie*, S. 117f.; Völker, *Luftwaffe*, S. 190; sowie ausführlich Boog, *Luftwaffenführung*, S. 53 ff.

332 Vgl. Irving, *Tragödie*, S. 95 f. Zum Einsatz der Luftwaffe an der Seite Francos vgl. Maier, *Guernica*; zu den Planungen und Reaktionen der Kriegsmarine vgl. Schreiber, *Revisionismus*, S. 100 ff.

250'000 Konstruktionsänderungen auch übertrieben sein, so ist doch nicht zu bestreiten, dass der «Wunderbomber» Görings, für dessen beschleunigte Produktion der Junkers-Generaldirektor Koppenberg Ende September 1938 von Göring persönlich alle Vollmachten erhalten hatte, ein Jahr später gerade mit 18 Exemplaren bei der Truppe vorhanden war. Die Planung des Technischen Amtes hatte dagegen im Mai 1938 vorgesehen, dass der Bomber Ende März 1940 bereits in 1060 Exemplaren ausgeliefert sein und die Produktion der He 111 und der Do 17 im Oktober 1939 eingestellt werden sollte. Die Komplexität des technischen Produkts in Entwicklung, Erprobung und Produktion stellte die planenden Instanzen des Luftfahrtministeriums vor Aufgaben, die auch im zivilen Bereich in diesen Dimensionen kaum eine Entsprechung fanden. Wurden während des Ablaufs dieses diffizilen Prozesses noch derart umfangreiche und dem Charakter des Objekts fremde Änderungsforderungen gestellt und akzeptiert, so konnte das Ergebnis nur, wie im Falle der Ju 88 oder der Me 210, negativ sein.

Es bedarf keines besonderen Hinweises, dass diese Schwächen, teilweise dieses Versagen in der Beherrschung einer fortgeschrittenen Technologie Rückwirkungen auf Produktion und Produktivität haben mussten. Nach dem umfassenden Rüstungsplan vom Juli 1934 hat es bis zum Kriegsbeginn insgesamt 14 Flugzeugbeschaffungsprogramme gegeben, wobei einzelne dieser Programme noch in mehreren Varianten auf gestellt wurden. Die Programme umfassten unterschiedlich lange Zeiträume. Änderungen der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Lage, aber auch Schwierigkeiten bei einem einzigen Flugzeugmuster konnten zur Aufstellung neuer Beschaffungsprogramme führen, die sich dadurch vielfältig zeitlich überlappten und somit einen Vergleich nicht eben erleichtern. Für die Jahre 1937 bis 1939 ist nach den verschiedenen Beschaffungsplänen die jährliche Produktion zusammengestellt worden³³³:

1937		1938		1939	
Plan 4	6843	Plan 6	5800	Plan 8	9957
Plan 4/5	5767	Plan 7	6021	Plan 10	8 299
Plan 5/6	5711	Plan 7/8	6154	Plan 10/11	8619
Tatsächliche Produktion ³³⁴ : a)					
5606 /b) 5749		a) 5235/b) 5316		a) 8295/b) 7582	

Das Auffallende an diesen Zahlen ist nicht so sehr die Diskrepanz zwischen den Soll- und den Ist-Zahlen, sondern der Rückgang der Produktion im Jahre 1938. Dieser Einbruch wird noch deutlicher, wenn man sich die Steigerung der Produktion von 1934 bis 1936 vor Augen führt. Nach den vorgenannten Quellen wurden produziert: 1934:

a) 1968/b) 1817; 1935: a) 3183/b) 3307; 1936:

333 Overy, Production Plans, S. 781; vgl. auch Homze, Arming, S. 102ff., S. 149ff., S. 222ff.

334 Homze, Arming, S. 159. Die Zahlen beruhen auf Schätzungen des United States Strategic Bombing Survey [a]) einerseits und von Dipl.-Ing. E. Hertel [b)], dem Techn. Direktor von Heinkel, andererseits.

a) 5112/b) 5248 Flugzeuge aller Typen. Daraus ergibt sich, dass auf dem wichtigsten Gebiet der Luftwaffenrüstung die Jahre 1937 und 1938 durch eine Stagnation gekennzeichnet werden, deren Ursachen zum Teil schon berührt wurden.

Neben den Schwierigkeiten, die sich aus der Umrüstung auf Flugzeugmuster modernerer Art ergaben, ist der Produktionsrückgang jedoch vor allem auf die seit 1936 auch die Luftwaffe berührende allgemeine Verknappung der Rohstoffe zurückzuführen. Göring hatte in einer Besprechung am 2. Dezember 1936 aufgrund der gespannten internationalen Lage (Spanien) die Devisen ausgegeben, dass ab Jahresbeginn 1937 «alle Fabriken der Luftfahrt-Industrie mobilmachungsmässig» arbeiten sollten³³⁵, und darauf hingewiesen, dass finanzielle Überlegungen keine Rolle spielen dürften. Bereits wenige Tage später, am 15. Dezember, musste aber das Technische Amt wegen der mangelnden Rohstoffversorgung der Werke für einzelne Flugzeugtypen Prioritäten festsetzen, wodurch das gesamte Beschaffungsprogramm in Gefahr geriet. Im Januar 1937 wurde deutlich, dass die Eisen- und Stahlverknappung auch den weiteren Ausbau der Flugzeugindustrie beeinträchtigte³³⁶. Die Luftwaffe wurde 1937 ebenso wie Heer und Marine von dem mit der Kontingentierung nicht gelösten Problem einer geregelten und ausreichenden Rohstoffbelieferung hart betroffen. Die Tatsache, dass der Oberbefehlshaber der Luftwaffe zugleich der Beauftragte des Reichskanzlers für die Durchführung des Vierjahresplanes war, hat zweifellos manches erleichtert, aber die Luftwaffe nicht vor den Auswirkungen der allgemeinen Krise bewahren können. Der Stahlbedarf konnte nur noch zu einem Drittel gedeckt werden. Staatssekretär Milch fasste die Lage in einem Bericht an seinen Oberbefehlshaber vom 30. Oktober 1937 dahin zusammen, dass die Stahlverknappung nicht nur bei der Flugzeugproduktion, sondern auch beim Ausbau der Industrie und beim Flak-Programm zu gravierenden Verzögerungen bereits geführt habe und noch weiter führen werde³³⁷. Der Kampf um die Rohstoffkontingente wurde bei allen drei Wehrmachtteilen mit der gleichen Verbissenheit geführt; bei der Luftwaffe verband sich die Rohstoffkrise jedoch mit der von vielen Unsicherheitsfaktoren bestimmten Umrüstung der Bomberflotte auf die Muster Ju 86, He 111 und Do 17 sowie die keineswegs problemlose Einführung der Me 109. Das in der Folge der Produktionspläne zu beobachtende Anwachsen der Jagdflugzeuge zuungunsten der Bomber dürfte ebenfalls nicht zuletzt auf diese besondere Konstellation der Luftwaffenrüstung zurückzuführen sein³³⁸.

Göring hat sich im Sommer 1938 unter anderem auch durch einen direkten Appell an die Industriellen bemüht, die Stagnation in der Flugzeugproduktion zu überwinden. Seine Ansprache vom 8. Juli 1938 war eine bemerkenswerte Mischung von Anerkennung des bisher Geleisteten und Drohungen gegenüber jeder Abweichung von der verordneten Generallinie mit einer in düsteren Farben gemalten politischen Situationsana-

335 IMT, Bd. 32, S. 334ff.

336 Homze, *Arming*, S. 111 und S. 144 f.

337 Ebd., S. 145; Irving, *Tragödie*, S. 106.

338 Overy, *Production Plans*, S. 783 ff.

lyse³³⁹. Nach der von Hitler als Niederlage empfundenen Münchener Konferenz verkündete Göring am 14. Oktober 1938 in seinem Auftrag ein «gigantisches» Rüstungsprogramm, insbesondere eine «Verfünffachung» der Luftwaffe³⁴⁰. Gleichzeitig sollten die Marine und das Heer beschleunigt aufrüsten, der Export gesteigert, das Arbeitskräftepotential effektiver eingesetzt werden und vieles andere mehr. Göring verkündete praktisch die Generalmobilmachung der wirtschaftlichen Ressourcen. Wie das im Einzelnen zu erfolgen habe, darüber schwieg er oder erging sich in Allgemeinplätzen. Im Bereich der Luftwaffe löste diese Kundgebung eine hektische Betriebsamkeit aus. Ende Oktober lag ein den Forderungen Görings entsprechendes Programm des Generalstabes vor, das die Vergrößerung der Luftwaffe auf ca. 19'000 Front- und Reserveflugzeuge sowie 500 Bord- und Trägerflugzeuge bis zum Frühjahr 1942 vorsah³⁴¹. Dieses «gigantische» Programm änderte natürlich nichts an den materiellen Gegebenheiten der deutschen Rüstungswirtschaft zu diesem Zeitpunkt. Um diese Luftmacht in einem für 1941 angenommenen Kriegsfall für längere Zeit kampffähig zu erhalten, brauchte man Flugbenzin in solchen Quantitäten, dass zur Füllung der entsprechenden, noch nicht gebauten Vorratslager «85 Prozent der zur Zeit bekannten Weltproduktion» hätten importiert werden müssen³⁴². Auch die Versorgungslage bei Eisen und Stahl, die sich gegenüber 1937 etwas gebessert hatte, machte ein solches Programm illusorisch, insbesondere nachdem Hitler Ende Januar 1939 der Marine die uneingeschränkte rüstungswirtschaftliche Priorität eingeräumt hatte. Diese Gegebenheiten hinderten die für die Planung verantwortlichen Offiziere im Luftfahrtministerium allerdings nicht, im Januar und April 1939 neue Beschaffungsprogramme herauszugeben, deren monatliche Produktionsdaten in offener Diskrepanz zur Produktionssituation der Industrie standen, aber dennoch unter den entsprechenden Daten des August-Programms 1938 lagen. Die Tatsache, dass im Gegensatz zu den anderen europäischen Ländern in Deutschland nach der Münchener Konferenz selbst in der Planung der monatlichen Flugzeugproduktion nicht eine Steigerung, sondern eine Senkung eintrat, ist ein Zeichen dafür, dass die wirtschaftlichen Grenzen der Aufrüstung erreicht waren³⁴³. Die grandiosen Programme verwiesen mehr und mehr in eine ferne Zukunft.

Für die Zeit bis zum Kriegsbeginn haben die verschiedenen Beschaffungsprogramme, die allesamt – auch das «Konzentrierte Flugzeugmuster-Programm»³⁴⁴ von Anfang August 1939 – Entwurf blieben, keine Bedeutung mehr gewonnen.

339 IMT, Bd. 38, S. 375 ff.; Homze, Arming, S. 157f.

340 IMT, Bd. 27, S. 160ff.

341 Völker, Dokumente, Nr. 89, S. 211 f.; Homze, Arming, S. 222 ff.; Overy, Production Plans, S. 782f., S. 787ff.; Irving, Tragödie, S. 119f.

342 Irving, Tragödie, S. 119; Völker, Luftwaffe, S. 138; Homze, Arming, S. 223; vgl. Beitrag Volkmann, S. 358 ff.

343 Overy, Production Plans, S. 787 f.; 795 ff.

344 Ebd., S. 780ff.; Homze, Arming, S. 226ff.; Irving, Tragödie, S. 130f.; Köhler/Hummel, Organisation der Luftwaffe, S. 562 ff.

Die in ihnen zum Ausdruck kommenden Absichten und Zielvorstellungen sind angesichts der tatsächlichen Produktionsbedingungen von geringem Interesse. Wirklich entscheidend war die Frage, ob die rüstungswirtschaftliche Vorzugsstellung der Marine beseitigt werden konnte und damit der Zugriff auf Rohstoffe und Facharbeiter wieder in einem dem Beschaffungsprogramm angemessenen Sinne möglich wurde. Die nicht ganz erfolglosen Versuche Görings im Zusammenwirken mit Generalmajor Thomas, dem Chef des Wehrwirtschaftsstabes, sind bereits erwähnt worden³⁴⁵.

Göring als Oberbefehlshaber der Luftwaffe hatte aber noch andere Mittel zur Hand, um den Oberbefehlshaber der Wehrmacht von der Bedeutung der Luftwaffe für die künftige Kriegführung zu überzeugen und ihn zu entsprechenden rüstungswirtschaftlichen Weisungen zu veranlassen. Staatssekretär Milch dürfte dafür verantwortlich gewesen sein, dass um dieses Zieles willen am 3. Juli 1939 in Rechlin für Hitler eine Vorstellung der modernsten Entwicklungen auf allen Gebieten der militärischen Luftfahrt veranstaltet wurde, auf der von der Druckkabine über ein Radarsystem, die 3-cm-Flugzeugkanone bis hin zu einem Modell der Me 262 alles gezeigt wurde, was Eindruck machen konnte³⁴⁶. Die Vorführung hat möglicherweise Hitler zu einer falschen Einschätzung der Schlagkraft und der technischen Überlegenheit der deutschen Luftwaffe veranlasst und damit Wirkungen gezeitigt, die weit über das angestrebte Ziel, das nicht erreicht wurde, hinausgingen. Rüstungsprojekte wurden auf diese Weise zu Instrumenten des Machtkampfes zwischen den Wehrmachtteilen um den Anteil am rüstungswirtschaftlichen Potential.

Es bleibt die Frage, an welchen militärischen Zielvorstellungen die Luftwaffe sich in diesem offenbar mit allen Mitteln geführten Machtkampf orientierte.

In den Jahren bis 1936, zuletzt mit der Entsendung der Legion Condor nach Spanien, hatte die Luftwaffe die ihr zunächst gestellte politische Aufgabe erfüllt. Wie stand es aber mit der eigenen Einschätzung der militärischen Möglichkeiten? War die politisch so erfolgreiche Risiko-Luftwaffe auch militärisch in der Lage, die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen? Knauss hatte seine Bomberflotte im Blick auf einen europäischen Zweifrontenkrieg gegen Polen und Frankreich konzipiert, und diese Konstellation, in der allerdings die Tschechoslowakei die Stelle Polens einnahm, lag auch der sogenannten «Wehrmachtstudie 1935/ 36» zugrunde. Aus diesem Kriegsspiel, in dem mit den Stärkeverhältnissen vom 1. April 1936 gerechnet wurde, musste die Luftwaffenführung die Schlussfolgerung ziehen, «dass die *deutsche Luftrüstung*... völlig ungenügend» sei. Zwar hatte die Luftwaffe in dem Spiel ihren Auftrag gegenüber der Tschechoslowakei erfüllen können, aber nach dem Urteil des Luftkommandoamtes unter Wevers Führung musste sie «auf die Dauer der zahlenmässig weit stärkeren frz. Luftwaffe unterliegen»³⁴⁷. Es musste daher das Bestreben der Luftwaffenführung in den folgenden

345 Vgl. S. 563.

346 Irving, Tragödie, S. 127ff.; Homze, Arming, S. 248f.; Boog, Luftwaffenführung, S. 44ff.

347 Völker, Dokumente, Nr. 196, S. 449f.

Jahren sein, auf organisatorischem, personellem und materiellem Gebiet die militärische Effektivität zu steigern. Erfahrungsberichte aus der Truppe und die Einsetzung eines «Inspektors für Flugsicherheit und -gerät» im Februar 1936 zeigten die nicht überraschenden Schwächen des rasch auf gebauten Wehrmachtteils³⁴⁸. Im Oktober 1936 hielt der Chef der Führungsabteilung im Luftkommandoamt, Major Deichmann, einen Vortrag über die «Grundsätze für die operative Führung des Luftkrieges», aus dem hervorging, dass die Luftwaffenführung sich ganz im Sinne der L. Dv. 16 – neben der unmittelbaren Heeres- und Marineunterstützung – mit der Entwicklung der Kampfverfahren gegen die «Kraftquellen» der feindlichen Wehrmacht und gegen den «Widerstandswillen» des feindlichen Volkes beschäftigte. Der Vortrag machte aber deutlich, dass auch auf diesem Gebiet der höheren Führung die Auffassungen noch ausserordentlich diffus waren und eine systematische Bearbeitung der damit im Zusammenhang stehenden Fragen erst in den Anfängen steckte. Deichmann, der mit überzeugenden Beispielen in die Komplexität der für einen operativen Luftkrieg notwendigen Zielplanungen einführte, erklärte mit erfrischender Deutlichkeit³⁴⁹: «Die meisten Offiziere, die sich mit der Frage [wie eine operative Luftkriegführung zu gestalten sei] beschäftigen, sind der Ansicht, dass man einfach alle erreichbaren Fabriken des Gegners zerschlägt. Wer schneller damit fertig ist, hat den Krieg gewonnen.» Intensivierung der Ausbildung auf allen Ebenen, Ausbau der Infrastruktur, insbesondere der für den Ernstfall vorgesehenen Ausweich-Flugplätze, der sogenannten «E-Häfen»³⁵⁰, wurden als Notwendigkeiten erkannt, eine Phase der Konsolidierung erschien als ein dringendes Gebot der Stunde. Diese Konsolidierung wurde jedoch für die Fliegertruppe erheblich erschwert und behindert durch die Umrüstung, die 1937 die Aufmerksamkeit in vollem Masse in Anspruch nahm. Erst nach vollzogener Umrüstung und der bis zu diesem Zeitpunkt erreichten qualitativen Verbesserung des Materials, der Infrastruktur und der Ausbildung schien die Chance gegeben, dass die Luftwaffe ihren militärischen Aufgaben in einem europäischen Mehrfrontenkrieg gerecht zu werden vermochte.

Doch bahnten sich gleichzeitig Entwicklungen an, die zu einer wesentlichen Erweiterung der militärischen Zielsetzung für die Luftwaffe führten. Bei der Konferenz vom 5. November 1937 hatte sich Hitler zwar bei der Erläuterung seines Expansionsprogramms von der «Nichtbeteiligung Englands» überzeugt gezeigt und auch eine «kriegerische Aktion Frankreichs gegen Deutschland» als unwahrscheinlich bezeichnet, rief aber gerade mit dieser politischen Lagebeurteilung den Widerspruch von Neurath, Blomberg und Fritsch hervor. Und auch Göring zeigte sich beeindruckt, denn er empfahl den Abbau des «militärischen Spanienunternehmens». Ziel dieses Vorschlages dürfte es in erster Linie gewesen sein, die zur Verfügung stehenden militärischen Kräfte für die beabsichtigten Aktionen im eigenen Lande zu konzentrieren. Es dürfte dabei aber auch die

348 Ebd., Nr. 46, S. 137ff.; Nr. 173, S. 413ff.; Nr. 176, S. 420.

349 Ebd., Nr. 198, S. 454ff.

350 Völker, Luftwaffe, S. 105 f.; Irving, Tragödie, S. 91.

Befürchtung eine Rolle gespielt haben, dass die deutsche militärische Präsenz in Spanien zum Zeitpunkt des beabsichtigten deutschen Ausgreifens nach Osten und Südosten die Konfrontation mit den Westmächten provozieren könnte. Die Möglichkeit einer Konfrontation mit Grossbritannien war für den Oberbefehlshaber der Luftwaffe jedenfalls von diesem Zeitpunkt an nicht mehr auszuschliessen.

Auf dem Gebiet der Rüstung schlug sich dieser Sachverhalt in der Entscheidung des Technischen Amtes-Udets-vom Dezember 1937 nieder, als Schnellbomber und Nachfolgetyp der He 111 das Flugzeugmuster Ju 88 zu wählen, allerdings gleichzeitig die Sturzflugfähigkeit des Bombers zu fordern. Das erste Muster dieses veränderten Typs absolvierte am 18. Juni 1938 seinen Jungfernflug, einen Monat vor diesem Ereignis hatte das Technische Amt bereits die Serienproduktion ab November 1938 eingepplant³⁵¹! Dieses Verfahren, wie die nachfolgende Entwicklung des Ju-88-Programms, lässt sich nur kennzeichnen als die Korrumpierung des technischen und industriellen Entwicklungs- und Planungsprozesses durch die neue militärische Zielsetzung.

Auf dem Gebiet der operativen Führung ist als frühestes Zeugnis dieser Wendung die «Vororientierung» des Chefs des Generalstabes über die Absichten der Luftkriegführung im Westen vom 18. Februar 1938 bekannt geworden³⁵², in der als Ziele eines operativen Einsatzes die britischen Luftbasen in Ostengland, London mit den Hafen- und Rüstungsanlagen sowie die Häfen der Kanalküste genannt wurden. Am 4. Mai 1938 fand eine Besprechung zwischen dem Chef des Führungsstabes des Generalstabes der Luftwaffe, Oberstleutnant Jeschonnek, und Fregattenkapitän Heye von der Operationsabteilung der Seekriegsleitung statt³⁵³. Aus der entsprechenden Aufzeichnung ergibt sich, dass man im Führungsstab an die Besetzung von Holland und Belgien als Basis für die Luftkriegführung gegen England und an einen «strategischen Überfall» auf die britische Flotte dachte. Jeschonnek erhoffte sich ausserdem von einem Kriegseintritt Italiens eine Erleichterung der Kriegführung gegen das Inselreich. Das waren im Ganzen reichlich undifferenzierte Vorstellungen, die erst durch die Denkschrift des Befehlshabers des Luftwaffengruppenkommandos 2, General der Flieger Felmy, vom 22. September 1938 und das unter seiner Leitung stehende Planspiel der Luftflotte 2 im Mai 1939 substantielle Formen annahmen³⁵⁴. Die nüchternen Feststellungen Felmys über die

351 Homze, Arming, S. 156 f., S. 163 f.; Kens/Nowarra, Flugzeuge, S. 365. Vgl. auch S. 586.

352 Gundelach, Gedanken, S. 33; vgl. auch Gemzell, Raeder, S. 178 ff.; sowie Schreiber, Strategisches Lagebild, S. 175 ff.

353 RMLu. ObdLGenstb. 1. Abt. Nr. 144/38g.Kdos. vom 20.5.1938, BA-MA PG/33272, Case GE 1165.

354 Gundelach, Gedanken, S. 35ff.; Völker, Dokumente, Nr. 199, S. 460ff.; Völker, Luftwaffe, S. 159ff.; zum Stand der deutschen Lufrüstung und zum Grad der Einsatz- und Kriegsbereitschaft der Luftwaffe im Herbst 1938 vgl. insbesondere Murray, German Air Power, S. 107ff. Zur Entwicklung der operativen Vorstellungen der Luftwaffe, in denen sich das Element des selbständigen Kampfes der Luftwaffe gegen die «Kraftquellen» und den «Widerstandswillen» des Gegners auch unter dem Eindruck der politischen Entwicklung in den Jahren 1938/39 immer mehr in den Vordergrund drängte, vgl. die ausführliche Darstellung bei Maier, Aufbau der Luftwaffe; sowie ders., Total War, S. 210 ff.

noch nicht bewältigten führungstechnischen Probleme einer operativen Luftkriegführung über See und die mangelnde Ausbildung der Besatzungen für die besonderen Bedingungen eines Einsatzes gegen die Britischen Inseln, ganz abgesehen von der zu geringen Eindringtiefe der zur Verfügung stehenden Bombertypen, mussten zu dem Ergebnis führen, dass die Luftwaffe die ihr neu gestellten Aufgaben noch nicht erfüllen konnte. Auch die geplante massenhafte Produktion der Ju 88 hätte an diesem Ergebnis für eine geraume Zeit nichts zu ändern vermocht.

Im August 1939 standen der Luftwaffenführung insgesamt 302 einsatzfähige Staffeln zur Verfügung, die in ihrer Masse in 21 Geschwadern zusammengefasst waren³⁵⁵. Über 90 Prozent der am 1. September 1939 vorhandenen 4093 Frontflugzeuge wurden als sofort einsatzbereit bezeichnet. Versucht man an diese Luftstreitmacht die von Knauss 1933 benutzten Massstäbe anzulegen, so ergibt sich, dass 613 Aufklärungsflugzeugen und einer Bomberflotte von 1'542 Flugzeugen (einschliesslich 366 Sturzkampfbombern) insgesamt 771 Jagdflugzeuge gegenüberstanden, denen allerdings noch 313 als Zerstörer verwendete Flugzeuge vom Typ Me 109 hinzugeordnet werden können, die sich nur durch eine stärkere Bewaffnung auszeichneten³⁵⁶. Die Relationen hatten sich demnach tatsächlich verschoben; die Luftverteidigungskomponente war gegenüber den ersten Rüstungsprogrammen ganz erheblich verstärkt worden. Im Rahmen der gesamten Luftwaffenrüstung wird dieses Übergewicht noch dadurch unterstrichen, dass die Flakartillerie mit ihren 21 Flakregimentern im Sommer 1939 nicht nur waffenmässig ausserordentlich gut ausgestattet war, sondern auch über nahezu ein Drittel (107'000) der Gesamtpersonalstärke (373'000) der Luftwaffe verfügte. Bei Kriegsausbruch standen rund 2'600 schwere Flakgeschütze (8,8 cm) sowie rund 6'700 mittlere und leichte Flakgeschütze (3,7 und 2 cm) zur Abwehr feindlicher Luftangriffe bereit³⁵⁷.

Wenn die Luftwaffe sich in ihrer Entwicklung von den Ideen von Knauss, die allerdings nie Verbindlichkeit erlangt hatten, und den Zielvorstellungen der ersten Rüstungsprogramme so weit entfernt hatte, so war dies einerseits auf Wever, den ersten Chef des Luftkommandoamtes, zurückzuführen, der sowohl der Luftverteidigung als auch dem Zusammenwirken mit den beiden anderen Wehrmachtteilen grösseres Gewicht beigegeben hatte, andererseits hatten zweifellos die technisch-industriellen Bedingungen der Luftwaffenrüstung ab 1936 hierzu beigetragen.

Angesichts der Stagnation der Flugzeugproduktion in den Jahren 1937 und 1938 hätte es nahegelegen, zunächst die vielfältigen Ursachen dieser Krise – mit Ausnahme der nicht beeinflussbaren Rohstoffverknappung – nach Möglichkeit zu beseitigen. Das Ge-

355 Völker, Luftwaffe, S. 174f.

356 Für eine genaue Aufstellung, in der auch die weiteren Verwendungsbereiche mit den entsprechenden Zahlen nachgewiesen werden, vgl. ebd., S. 188ff. Für die wechselnde Verwendung der einzelnen Typen vgl. die Angaben bei Kens/Nowarra, Flugzeuge. Abweichende Zahlen bei Köhler/Hummel, Organisation der Luftwaffe, S. 570f.

357 Völker, Luftwaffe, S. 176 ff., S. 183, S. 193 f.

genteil geschah. Göring verlangte Ende 1936, dass die Industrie «mobilmachungsmässig» produzieren solle, und Hitler befahl im Herbst 1938 die «Verfünffachung» der Luftwaffe. Das Rezept, Krisen durch überhöhte Forderungen zu überwinden, musste bei einem so hochkomplizierten Unternehmen wie der Luftwaffenrüstung versagen bzw. eher negative Wirkungen hervorrufen. An der Tatsache, dass bei Kriegsbeginn die Luftwaffe über einen Betriebsstoffvorrat für eine knapp zweimonatige Kriegführung verfügte, hatten die politisch motivierten Rüstungsforderungen nichts geändert. Hinzu kam, dass die Luftwaffe mit einem neuen Gegner konfrontiert wurde, mit Grossbritannien.

So war die Luftwaffe bei Kriegsbeginn von der politischen Entwicklung, die sie selbst in den ersten Jahren des Dritten Reiches aufs Stärkste gefördert hatte, eingeholt worden. In erstaunlich kurzer Zeit war es gelungen, die Voraussetzungen für die Erfüllung der primären militärischen Aufgabe einer operativen Luftkriegführung im Falle eines europäischen Mehrfrontenkrieges zu schaffen. Die aussenpolitischen Folgen der Aufrüstung, insbesondere die des Aufbaus der Luftwaffe selbst, führten jedoch zu einer Neuformulierung der militärischen Zielsetzung, der die Luftwaffe weder führungsmässig noch rüstungstechnisch gewachsen war. Die Risiko-Luftwaffe hatte zu ihrem Teil ein politisches Risiko heraufbeschworen, das die Luftwaffe militärisch nicht mehr zu bewältigen vermochte.

III. Die Wehrmacht des Dritten Reiches

1. Wehrmachtriistung und die Expansion der Wehrmachtteile

Im Februar 1933 hatte Hitler den Aufbau der *Wehrmacht* als die wichtigste Voraussetzung für die Wiederherstellung der Grossmachtstellung des Reiches bezeichnet. Tatsächlich ist die deutsche Aufrüstung in den folgenden Jahren dann auch zu dem wichtigsten und beständigsten Faktor innerhalb des Bündels von Ursachen geworden, die für den raschen und radikalen Wandel der europäischen Mächtekonstellation angeführt werden können. Sie ist, vor allem im Ausland, als ein geplanter, zweckentsprechend organisierter, einheitlicher Vorgang begriffen worden, und nicht zuletzt hierauf beruhte die von ihr ausgehende, propagandistisch unterstützte politische Wirkung. Hitlers Erklärung vor dem Reichstag am 1. September 1939, dass er selbst «über sechs Jahre... am Aufbau der deutschen *Wehrmacht* gearbeitet» habe¹, konnte angesichts der Machtfülle des Diktators als eine Bestätigung dieser Vorstellung angesehen werden.

Der Überblick über die einzelnen Stadien der deutschen Aufrüstung hat dagegen gezeigt, dass von einer planvollen *Wehrmachtriistung* nicht die Rede sein kann. Vielmehr stellt sich Hitlers Aufbau der *Wehrmacht* als eine im Wesentlichen unkoordinierte Expansion der Wehrmachtteile dar, ein *Wehrmacht-Rüstungsprogramm* existierte nicht. Soweit erkennbar, wurden die Entscheidungen über die grundlegenden Rüstungsprogramme der jeweiligen Teilstreitkraft ohne Konsultation oder gar Beratung mit den beiden anderen Teilstreitkräften getroffen. Dies gilt sowohl für die Programme des Heeres vom Dezember 1933 und August 1936 wie für die Schiffbauentscheidungen des Frühjahrs 1935 und die Planungen der Marine im Herbst 1938 als auch für das erste längerfristige Flugzeugbeschaffungsprogramm der Luftwaffe vom Juli 1934 und die Programme des Herbst und Winters 1938.

Auf den ersten Blick ist man versucht, diese mangelnde Koordination *alleine* auf das viel erörterte, ungelöste Problem der Wehrmachtspitzengliederung und die unzureichende Organisationsgewalt des Reichsverteidigungsministers und Oberbefehlshabers der Wehrmacht zurückzuführen. Zweifellos haben diese, im Sinne der Wehrmacht unbefriedigenden Kompetenzverhältnisse die traditionellen Verselbständigungstendenzen der Wehrmachtteile entscheidend gefördert, doch eine tiefer liegende Problematik wird damit nicht erfasst. Die Reichswehrführung der Republik hatte mit der Aufstellung

¹ Domarus II, S. 1315. Die mit dem Begriff der Wehrmacht verbundene Problematik wird von Salewski, *Bewaffnete Macht*, nicht berührt.

der beiden Rüstungsprogramme und der begleitenden Spezialprogramme die Erfahrung gemacht, dass die Planung und zielorientierte Koordination von materiellen Rüstungsmassnahmen ein langwieriger und aufwendiger Prozess ist. Blomberg selbst hatte sich an diesen Arbeiten beteiligt. Das Experiment, von dem sich die Marine bezeichnenderweise ferngehalten hatte, war unter dem Zwang der besonderen politischen Lage und der beschränkten finanziellen Möglichkeiten durchgeführt worden. Dieser Zwang lockerte sich bereits im Jahr 1933 ganz erheblich und erlaubte der militärischen Führung bereits im Dezember 1933, eine Erweiterung des Heeres ohne jede Berücksichtigung der rüstungswirtschaftlichen Belange und der damit verbundenen Folgen in Szene zu setzen. Drastischer konnte nicht zum Ausdruck gebracht werden, dass die militärische Führung die in den Rüstungsprogrammen erreichte, moderne, an den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges orientierte Rüstungsplanung nicht als richtungweisend und als ein auf alle Wehrmachtteile auszudehnendes Verfahren empfand. Da somit der ökonomischen, allen Wehrmachtteilen gemeinsamen Grundlage der Rüstung in den militärischen Führungsentscheidungen nicht die angemessene Beachtung geschenkt wurde, verstärkte sich die traditionelle, teilstreitkraftbezogene Linie des militärischen Führungsdenkens, das bei der Marine seit jeher besonders stark ausgebildet war. Auch die Luftwaffe folgte sehr schnell diesem Beispiel, obwohl gerade dieser Wehrmachtteil zu Beginn der Aufrüstung der ökonomischen Basis ihrer Rüstungsvorhaben die grösste Aufmerksamkeit schenkte. Die Expansion der Wehrmachtteile war demnach nicht nur ein Ergebnis ungelöster organisatorischer Probleme, sondern war auch die Folge des Unvermögens der militärischen Führung, den seit dem Ersten Weltkrieg radikal veränderten Relationen von Wirtschaft und Rüstung Rechnung zu tragen.

Förderung erfuhr die zunehmende Verselbständigung der Wehrmachtteile auch noch von anderer Seite. Der Reichswehrminister Groener hatte an den Anfang seiner Weisung über die «Aufgaben der Wehrmacht» den Satz gestellt², «Grundlage für Aufbau und Einsatz der bewaffneten Macht bilden die Aufgaben, die ihr von der verantwortlichen politischen Leitung gestellt werden». Für die Wehrmacht des Dritten Reiches konnten derartige politische Direktiven nur von Hitler selbst ausgesprochen werden, selbst wenn Blomberg in den ersten Monaten des Jahres 1933 versucht haben sollte, mit der Rückendeckung Hindenburgs eine eigene politische Linie zu verfolgen. Soweit bekannt, hat Hitler bis zum Kriegsbeginn niemals – sieht man von gelegentlichen, sehr allgemein gehaltenen Äusserungen ab – eine Weisung erteilt, die den Gesamtbereich der Wehrmachtrüstung umfasste und durch die Umschreibung von begrenzenden Zielvorstellungen bereits eine, wenn auch nur lose, Koordination der Rüstungsmassnahmen der Wehrmachtteile notwendig gemacht hätte. Vielmehr sind die Entscheidungen über die grundlegenden Rüstungsprogramme, soweit sich eine direkte Beteiligung Hitlers nachweisen lässt, jeweils nur nach den für den Wehrmachtteil massgebenden Aspekten getroffen worden. Die Entwicklung der Marinerüstung ist hierfür das charakteristische

2 Vgl. S. 453 ff.

Beispiel. Im Übrigen hat Hitler durch die beständige Forderung nach Beschleunigung der Aufrüstung der Wehrmachtteile einerseits und durch die Errichtung immer neuer, rüstungswirtschaftlich bedeutsamer Institutionen³ andererseits die Konkurrenz der Wehrmachtteile untereinander noch wesentlich verschärft. Wie wenig die Expansion der Wehrmachtteile allein auf das ungelöste Problem der Wehrmachtspitzengliederung zurückzuführen ist, ergibt sich auch aus der Tatsache, dass Hitler nach der Übernahme der unmittelbaren Befehlsgewalt über die gesamte Wehrmacht Anfang Februar 1938 an dem bisher geübten Verfahren bei Rüstungsentscheidungen nichts änderte. Im Gegenteil, durch neue Forderungen wurde der Konkurrenzdruck zwischen den Wehrmachtteilen noch erhöht.

In Groeners Weisung bildeten «Aufbau und Einsatz der bewaffneten Macht» eine durch die definierte Aufgabe bestimmte Einheit. Hitler und Blomberg haben aus unterschiedlichen Motiven von diesem Ansatz keinen Gebrauch gemacht. Es ist symptomatisch für die schon mehrfach festgestellte Verengung des militärischen Führungsdenkens seit 1933, dass die Einheit der Wehrmacht allein in den seit 1936 nachweisbaren, vom Wehrmachtamt bzw. dem Oberkommando der Wehrmacht herausgegebenen Weisungen für die einheitliche Kriegsvorbereitung greifbar wird. Hierbei handelte es sich nicht um die überaus komplexen Vorgänge beim Aufbau der Wehrmacht, sondern um Richtlinien für deren Einsatz, wie zu Zeiten des Ersten Weltkrieges die eigentliche und nahezu ausschliessliche Domäne militärischen Denkens.

Sucht man nach Gemeinsamkeiten im Aufrüstungsprozess der drei Wehrmachtteile, so fällt der Blick zunächst auf eine Institution, die im Gegensatz zu den isolierten Rüstungsmassnahmen von Heer, Marine und Luftwaffe mit Nachdruck den Gedanken einer koordinierten Wehrmachtrüstung vertrat: den Wehrwirtschaftsstab des Obersten und späteren Generalmajors Thomas⁴. Die Dienststelle war aus dem Nachschubstab des Heereswaffenamtes hervorgegangen, hatte wesentlichen Anteil an der Aufstellung der beiden ersten Rüstungsprogramme und war im November 1934 unter anderer Bezeichnung als Abteilung in das Wehrmachtamt übernommen worden. Thomas, der sich seit seiner Versetzung in das Heereswaffenamt im Jahre 1928 intensiv mit den wirtschaftlichen Aspekten der Kriegsvorbereitung und der Kriegführung beschäftigt hatte, versuchte mit anderen Offizieren des Heereswaffenamtes die oft beschworene «Lehre» des Ersten Weltkrieges, dass dem «Wirtschaftskrieg» dieselbe Bedeutung zukomme wie dem traditionellen «Waffenkrieg», in praktische Massnahmen umzusetzen. Wenn tatsächlich die wirtschaftlichen Ressourcen der Nation zu einem kriegsentscheidenden Element geworden waren, so mussten sie sinnvoll erfasst, ihre Verwendung für den Ernstfall möglichst umfassend und effektiv vorbereitet und die Aufrüstung in Friedens-

3 Vgl. den Beitrag Volkmann. Die Bedeutung der allgemeinen Beschleunigungsforderungen Hitlers hebt auch Dülffer, Beginn des Krieges, S. 456f., hervor. Keitel's Versuch im November 1938, Hitler zu entsprechenden Entscheidungen zu bewegen, blieb ohne Ergebnis, vgl. S. 560, sowie die Studie von Geyer, Rüstungsbeschleunigung, S. 121 ff.

4 Vgl. hierzu Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, vor allem die Kapitel des ersten Teils.

zeiten in das auf diese Weise entstehende System einer wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung eingeordnet werden⁵. Der Realisierung dieser von Thomas und seinen Mitarbeitern immer wieder in Denkschriften und Vorträgen propagierten Konzeption mussten sich allerdings aufgrund der Komplexität volkswirtschaftlicher Vorgänge und der industriellen, von der Technik geprägten Produktionsverhältnisse unzählige, schwer zu überwindende Hindernisse in den Weg stellen. Doch nicht diese, in der Aufgabe selbst begründeten Schwierigkeiten waren dafür verantwortlich zu machen, dass die wirtschaftliche Kriegsvorbereitung und die Aufrüstung nicht nach den Kriterien der «Wehrwirtschaft» organisiert und realisiert wurden, sondern in erster Linie die Weigerung der Wehrmachtteile, ihre Rüstungsprogramme den verbindlichen Richtlinien und Direktiven einer Wehrmachtdienststelle zu unterwerfen. So wurde der Wehrwirtschaftsstab innerhalb der Wehrmacht von Anfang an auf eine beratende und nach Möglichkeit ausgleichende Tätigkeit beschränkt; bestimmenden Einfluss auf wesentliche Rüstungsentscheidungen gewann er jedoch nie. Gegenüber der Industrie vertraten der Stab und die ihm unterstellten Wirtschaftsoffiziere in den Wehrkreisen die Interessen der Wehrmacht. Auch die Kompetenzverhältnisse gegenüber den ausserhalb der Wehrmacht stehenden Organisationen und Behörden⁶, die sich mit rüstungswirtschaftlichen Fragen befassten, waren ausserordentlich kompliziert, so dass insgesamt die Wirkungsmöglichkeiten dieser einzigen, um eine koordinierte Wehrmachtrüstung bemühten Dienststelle als ausserordentlich beschränkt bezeichnet werden müssen.

Auch die erweiterte Zuständigkeit des Heereswaffenamtes für die Entwicklung und Beschaffung einzelner Rüstungsgüter der beiden anderen Wehrmachtteile änderte nichts an der Tatsache, dass die Aufrüstung der *Wehrmacht* eine Domäne der Wehrmachtteile war. Von den gelegentlichen Konferenzen zwischen den Wehrmachtteilen gingen ebenfalls keine erkennbaren koordinierenden Wirkungen auf die zahllosen Rüstungsvorhaben aus⁷. Blomberg vermochte sich trotz aller Vollmachten gegenüber Göring und Raeder nicht durchzusetzen und hat allem Anschein nach auf diesem Gebiet sehr frühzeitig

5 Zu der sich hieraus entwickelnden Kontroverse um eine Tiefen- oder Breitenrüstung vgl. den Beitrag Volkmann, S. 333ff., 372f., sowie das Schlusskapitel, S. 857ff. Zum sogenannten Blitzkriegskonzept, Produkt nachträglicher Konzeptionen, vgl. Carr, Rüstung S. 445ff.; Salewski, Bewaffnete Macht, S. 143 f.; sowie Cooper, German Army, S. 113 ff.

6 Insbesondere mit dem als Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft amtierenden Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, vgl. den Beitrag Volkmann, S. 273 f.

7 Für die von Dülffer, Beginn des Krieges, S. 452, postulierte Koordinationsfunktion Blombergs auf dem Rüstungssektor gibt es keine hinreichenden Belege; Dülffer weicht auf den operativen Sektor aus. Freilich vertraten Blomberg und Thomas in den Wirtschaftsgremien mit Nachdruck die allgemeinen, aber eben unkoordinierten Forderungen der Wehrmacht. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die von Thomas stammende Denkschrift «Umbau des Heeres und Wirtschaftslage» vom 20. 6. 1934, die über Blomberg auch Hitler vorgelegt wurde. Abdruck der Denkschrift bei Barthel, Rüstungswirtschaftliche Forderungen. Vgl. zu dem gesamten Komplex auch Beitrag Volkmann, S. 336 ff.

resigniert. Einziger gemeinsamer Bezugspunkt der Rüstungsprogramme der Wehrmachtteile scheint deren Billigung durch Hitler gewesen zu sein. Dass von dieser Stelle kein koordinierender Einfluss ausging, ist bereits festgestellt worden.

Ausmass und Struktur der Aufrüstung der Gesamtwehrmacht ist demnach allein bestimmt worden durch die Rüstungsprogramme der Wehrmachtteile, deren Zielsetzung wiederum beherrscht wurde von den jeweils unterschiedlichen militärischen Vorstellungen über die Führung eines europäischen Zwei- bzw. Mehrfrontenkrieges und deren Ausmass darüber hinaus durch die beständigen Hitlerschen Beschleunigungsforderungen immer grössere Dimensionen annahm. Allein die in der zweiten Hälfte des Jahres 1936 einsetzende spürbare Verknappung rüstungswichtiger Rohstoffe, die schliesslich zur Kontingentierung zwang, sowie die sich seit 1937 abzeichnenden, allgemeinen ökonomischen Engpässe und die nach dem Aussetzen der Mefo-Wechsel im Frühjahr 1938 wachsenden finanziellen Schwierigkeiten sind zu begrenzenden Faktoren einer im Übrigen zügellosen Aufrüstung geworden. Hitler hatte nicht, wie er am 1. September 1939 vor dem Reichstag behauptete, sechs Jahre «am Aufbau der deutschen *Wehrmacht*» gearbeitet, sondern er hatte als Reichskanzler und Oberster Befehlshaber der Wehrmacht den Wehrmachtgedanken vernachlässigt und die unkoordinierte Expansion der Wehrmachtteile nach Kräften gefördert.

Aus diesem Faktum ergeben sich auch Konsequenzen für die Beurteilung der Aussenpolitik, die an dieser Stelle nicht erörtert werden können⁸. Wenn nicht nur von einer generellen, ideologisch begründeten aussenpolitischen Zielsetzung, sondern auch von einer gewissen Systematik der Politik des Diktators in der Verfolgung eben dieser Ziele ausgegangen wird, so kann jedenfalls nicht davon abgesehen werden, dass die Aufrüstung der Wehrmacht, die Hitler nicht ohne Grund als die wichtigste Voraussetzung seiner Politik bezeichnet hatte, sich ohne jede erkennbare, von einer politischen Zielsetzung bestimmte Systematik vollzog. Neben diesem politischen Aspekt der besonderen Form des Aufbaus der Wehrmacht steht deren militärische Problematik.

2. Die Auseinandersetzungen um die Wehrmachtspitzengliederung

Groener hatte als Reichswehrminister, der nach dem Wehrgesetz vom 23. März 1921 die Befehlsgewalt über die gesamte Reichswehr unter dem Reichspräsidenten als Oberstem Befehlshaber ausübte, den Teilstreitkräften mit seiner Weisung vom 16. April 1930 klare militärische Direktiven über den weiteren Aufbau und den möglichen Einsatz der bewaffneten Macht gegeben. Er hatte sich dabei seines Ministeramtes bedient, das als militärischer Stab seinen gesetzlichen Anspruch, die Reichswehr nicht nur politisch zu vertreten, sondern auch militärisch zu führen, zu realisieren hatte. Dieser Versuch einer koordinierten Steuerung der militärischen Landesverteidigung ist vor allem

⁸ Vgl. den Beitrag Messerschmidt, S. 848 f., und die Schlussbetrachtung.

durch den Zusammenbruch der politischen Basis, auf die sich Groener stützen konnte, gescheitert. Dagegen war die Ausgangsposition Blombergs durch die Umstände seiner Berufung sehr viel günstiger. Nicht nur die Unterstützung durch den Reichspräsidenten, sondern auch die in dem «Bündnis» Hitler-Blomberg zum Ausdruck kommende starke Stellung des Reichswehrministers im neuen Kabinett bildeten erfolgversprechende Voraussetzungen, um eine einheitliche Führung der Wehrmacht in der nun einsetzenden Aufbauphase zu gewährleisten. Diese Position verstärkte sich in den ersten Monaten nach der Machtergreifung noch sehr erheblich. Mit Kabinettsbeschluss vom 4. April wurde Blomberg in dem neu gebildeten Reichsverteidigungsrat zum ständigen Vertreter des Reichskanzlers in allen Fragen der Reichsverteidigung ernannt. Der Reichswehrminister erhielt damit die Möglichkeit, auf alle Fragen, die sich mit der Mobilmachung der Nation, ihrer personellen, materiellen und moralischen Ressourcen für den Kriegsfall befassten und die organisatorisch bewältigt werden mussten, massgeblichen Einfluss zu nehmen. Ende des Monats erfolgte schliesslich seine öffentlich nicht bekanntgegebene Ernennung zum Reichsverteidigungsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht⁹. War der Titel eines Reichsverteidigungsministers nur eine formale Bestätigung der ihm im Rahmen des Reichsverteidigungsrats übertragenen Aufgaben und Kompetenzen, so eröffnete die Bezeichnung «Oberbefehlshaber der Wehrmacht» neue Perspektiven. Zum ersten Mal in der Geschichte der Reichswehr standen dem Minister alle Kompetenzen zur Verfügung, die für die Organisation der Landesverteidigung in ihrer modernen, umfassenden Form erforderlich waren, und zum ersten Mal wurde diese Aufgabe einem aktiven General übertragen, der sich als Chef des Truppenamts für die höchsten militärischen Stellungen qualifiziert hatte. Damit aber war eine total veränderte Ausgangslage für die seit Jahren geführte Diskussion um die sogenannte «Spitzengliederung» gegeben.

Mitte Oktober 1933 beauftragte Blomberg das Truppenamt mit der Ausarbeitung entsprechender Vorschläge, die dann zur Jahreswende 1933/34 vorlagen¹⁰. Sie gingen davon aus, dass eine für Frieden und Krieg gleichermaßen gültige Organisationsform geschaffen werden müsse, damit der «Befehlsapparat... im Frieden so eingespielt» sei, wie er im Kriege funktionieren sollte¹¹. Dieser Grundsatz befand sich in Übereinstimmung mit der im Offizierkorps weitverbreiteten Überzeugung, dass der Übergang vom Friedens- zum Kriegszustand ein fliessender sein werde, dass die Phase der Kriegseröffnung gerade bei der strategischen und rüstungsökonomischen Lage des Reiches kriegsentscheidende Bedeutung besitze und daher die grösstmögliche militärische Kraftentfal-

9 Vgl. Absolon, Wehrmacht I, S. 233 f.; II, S. 478, S. 450; Meinck, Aufrüstung, S. 101 ff., insbesondere S. 113ff.; Müller, Heer, S. 216ff.; Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 332ff.

10 Vgl. Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 334ff.; Müller, Heer, S. 622 ff.; Müller, Beck-Studien, Dokument Nr. 10 (Denkschrift vom 15.1.1934).

11 Aus der Stellungnahme der Organisationsabteilung des Truppenamtes vom 7.12.1933, Müller, Heer, S. 622.

tung zu diesem Zeitpunkt eine zwingende militärische Notwendigkeit sei. Doch bereits im Januar 1934 lässt sich beobachten, dass in der vor allem von Heeresseite geführten Diskussion zwischen den Funktionsbeschreibungen militärischer Institutionen im Frieden und im Kriege deutlich unterschieden wurde¹². Im weiteren Verlauf der Erörterungen wurde dann schliesslich die Problematik auf die Frage reduziert, wer, welche Institution mit welchen Kompetenzen innerhalb des militärischen Apparates für die *operative* Führung der Wehrmacht im Kriege verantwortlich sein sollte; eine Fragestellung demnach, die nur einen Aspekt der modernen Kriegführung ins Auge fasste. Unter dieser Perspektive verliert die Kontroverse viel von der ihr in der Literatur zugesprochenen militärischen und politischen Bedeutung.

Als Reichsverteidigungsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht hat Blomberg in den Jahren von 1933 bis 1938 zweifellos versucht, den von Groener und Schleicher bereits beschrittenen Weg einer integrierten Wehrmachtführung weiter zu verfolgen und ihn auszubauen. Angesichts der Dimension, die der Aufrüstungsprozess bei den Wehrmachtteilen, die sich daraus ergebenden rüstungswirtschaftlichen Probleme und die allgemeinen organisatorischen Kriegsvorbereitungsmassnahmen im Rahmen der Arbeiten des Reichsverteidigungsausschusses annahm, stand Blomberg damit vor einer enormen Aufgabe. Zur Vorbereitung und zur Bearbeitung der zahllosen, auf dem ausufernden Arbeitsfeld zu treffenden Entscheidungen verfügte er nur über das von Schleicher aufgebaute Ministeramt. An die Spitze dieser Institution berief er den Obersten Walther v. Reichenau, der als Chef des Stabes im Wehrkreis I (Ostpreussen) bereits unter ihm gedient hatte und von dem bekannt war, dass er ein engagierter Vertreter einer integrierten Wehrmachtführung war. Reichenau scheint sich im ersten Jahr seiner Amtstätigkeit vornehmlich um die politische Absicherung der Eigenständigkeit der bewaffneten Macht im nationalsozialistischen Staat gekümmert zu haben, nur gelegentlich ist nachweisbar, dass er die militärischen Belange der Wehrmacht gegenüber den Wehrmachtteilen vertrat¹³. Blomberg dagegen hat diese Interessen sowohl im Blick auf die Abrüstungskonferenz als auch gegenüber den Wehrmachtteilen in Rüstungs- wie in operativen Fragen wahrgenommen¹⁴. Aber es zeigte sich auch, dass die Kräfte des Ministeramtes für diese Aufgabe nicht ausreichten. Sowohl die Vertretung des Reichswehrministers im Reichsverteidigungsausschuss als auch die Bearbeitung operativer Fragen mussten dem Truppenamt der Heeresleitung übertragen werden¹⁵. Erst im Februar 1934

12 Vgl. die Denkschrift Becks vom 15.1.1934. Beck stellte zwar an den Anfang seiner Ausführungen den Satz: «Die Spitzengliederung im *Frieden* muss der im *Krieg* erforderlichen von vorneherein möglichst angepasst werden», hielt dann aber doch wesentliche Veränderungen im Kriege für notwendig. Vgl. auch Rautenberg, *Rüstungspolitik*, S. 336 ff.

13 Zu Reichenau vgl. Müller, *Heer*, S. 53ff., S. 217; Meinck, *Aufrüstung*, S. 114f.; Rautenberg, *Rüstungspolitik*, S. 337. Intensiver scheint sich Reichenau nur mit dem Rüstungsprogramm der Luftwaffe beschäftigt zu haben, vgl. Rautenberg, *Rüstungspolitik*, S. 321 f.

14 Vgl. S. 471 ff., 485ff.

15 Vgl. Absolon, *Wehrmacht II*, S. 478 (4. 4.1933); Geyer, *Aufrüstung*, S. 362 ff., 372 ff.; Dülffer, *Weimar*, S. 317, Anm. 75.

wurde das Ministeramt in programmatischer Absicht in Wehrmachtamt umbenannt und zugleich eine Abteilung Landesverteidigung eingerichtet, die nach Blombergs Worten bei einer Befehlshaberbesprechung als Nukleus eines Wehrmachtgeneralstabes gedacht war, für den eine besondere «Sch[ule] f [ür] d[en] Wehrm[acht]-Gen[eral]-Stab» begründet werden sollte. Im Herbst des Jahres übernahm das Wehrmachtamt den Vorsitz im Reichsverteidigungsausschuss, und am 1. November wurde das Amt durch eine neue Abteilung, das «Wehrwirtschafts- und Waffenwesen», unter Oberst Thomas vergrößert, deren Aufgabe die Koordination der Rüstungsvorhaben der Wehrmachtteile war¹⁶. Mit dem schrittweisen Ausbau dieser einzigen, Blomberg direkt zur Verfügung stehenden Dienststelle war ganz eindeutig die Absicht verbunden, den Minister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht in den Stand zu setzen, seine Befehlsgewalt in Weisungen und Richtlinien für die allgemeine organisatorische Kriegsvorbereitung der zivilen Exekutive und der Nation, für die Koordination der Aufrüstung der Wehrmachtteile und ihrer wirtschaftlichen Grundlagen sowie für die Vorbereitung einer künftigen operativen Kriegführung umzusetzen. Kurz, das Wehrmachtamt sollte die zentrale Funktion der Steuerung aller dieser Massnahmen übernehmen.

Es ist bekannt, dass sich das Heer, insbesondere Fritsch und Beck, mit Vehemenz gegen diese Lösung des Problems der Spitzengliederung gewehrt haben, und für diesen Kampf sind Motive geltend gemacht worden, die weit über den Rahmen einer innermilitärischen Kontroverse hinausgreifen. Wie stand es um die Realisierungschancen der von Blomberg vertretenen Konzeption einer integrierten Wehrmachtführung? Hitler hatte in seiner Rede vor der Reichswehrgeneralität am 3. Februar 1933 selbst darauf hingewiesen, dass die aussenpolitisch «gefährlichste Zeit... die des Aufbaus der Wehrmacht» sei. Abgesehen von der innenpolitischen Absicherung der bewaffneten Macht war es daher die vordringlichste Aufgabe des Oberbefehlshabers der Wehrmacht, die Aufrüstungsprogramme der Wehrmachtteile dieser Situation anzupassen und deren Durchführung mit den unübersichtlichen finanziellen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in Übereinstimmung zu bringen. Das Luftwaffenrüstungsprogramm vom Juni 1933 scheint diesen Bedingungen entsprochen zu haben, während der im Dezember des Jahres beschlossene Aufbau eines 21-Divisionen-Friedensheeres durch die Ausserachtlassung der materiellen Rüstungskomponente eher dagegen verstieß¹⁷. Aber nicht in erster Linie bei der Planung dieser ersten Stufe der Aufrüstung, sondern bei deren Durchführung zeigten

16 IfZ Archiv, ED 1, Bd. 1, Aufzeichnungen Liebmanns über die Befehlshaberbesprechung am 2./3. 2.1934; Absolon, Wehrmacht II, S. 499, unebd., III, S. 412; Meinck, Reichsverteidigungsrat, S. 413; Mueller-Hillebrand, Heer I, S. 103, Meinck, Aufrüstung, S. 114ff.; Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 63f., und die umfassende Darstellung bei Schottelius/Caspar, Organisation des Heeres, S. 319 ff. Zur Begründung und Bedeutung der im Herbst 1935 geschaffenen Wehrmachtakademie vgl. Model, Generalstabsoffizier, S. 105 ff.

17 Vgl. S. 488 und 574f.

sich bereits unüberwindliche Koordinationsschwierigkeiten. Die Waffenämter der Wehrmachtteile beharrten darauf, die Rüstungsvorhaben unabhängig voneinander in eigener Regie zu realisieren. Die rüstungswirtschaftlich gebotene Zusammenarbeit blieb dabei auf der Strecke, der Industrie traten drei konkurrierende «Bedarfsträger» als Auftraggeber gegenüber. Die seit Beginn des Jahres 1934 zu registrierenden Versuche des Chefs des Heereswaffenamtes und seines Wirtschaftsstabes, in Verbindung mit dem Chef der Heeresleitung eine Vereinbarung darüber zu erreichen, dass die Beschaffung von Rüstungsgütern der drei Wehrmachtteile durch eine zentrale, weisungsberechtigte Institution koordiniert und systematisiert werden sollten, scheiterten allesamt¹⁸. Das Ergebnis dieser Bemühungen war die Einrichtung der Dienststelle «Wehrwirtschafts- und Waffenwesen» im November 1934 unter der Leitung von Oberst Thomas als neue Abteilung des Wehrmachtamtes, deren Tätigkeit jedoch ohne wesentlichen Einfluss auf die Rüstungsentscheidungen und deren Durchführung blieb.

Der Widerstand gegen eine einheitliche Organisation der Wehrmachtrüstung kam insbesondere von dem neu begründeten Wehrmachtteil, der Luftwaffe. Nach der im engen Kontakt mit Schacht erreichten finanziellen Absicherung der Luftwaffenrüstung und den ersten Erfolgen der von Staatssekretär Milch betriebenen Erweiterung der industriellen Basis für die Flugzeugproduktion widersetzte sich Milch erfolgreich allen Versuchen der Wehrmacht- und Heeresführung, in diese Domäne einzudringen. Ja, er verstand es, diesen Bereich noch weiter auszudehnen. Das langfristige Rüstungsprogramm vom Juli 1934 liess er von Hitler persönlich genehmigen. Der Oberbefehlshaber, der Wehrmacht scheint dabei eine untergeordnete Rolle gespielt zu haben¹⁹.

Im Windschatten dieser Auseinandersetzung segelte die Marine den gleichen Kurs wie die Luftwaffe. Auch sie bestand auf der eigenständigen Durchführung ihrer Rüstungsmassnahmen. Raeder hatte als Chef der Marineleitung von Anfang an den Kontakt zu Hitler im Interesse der eigenen Rüstungsplanung gesucht und gefunden. Unter direkter Umgehung Blombergs erreichte er Ende Juni 1934 die Entscheidung Hitlers für eine wesentliche Änderung der Schiffbauplanung²⁰. Als Fazit dieser Entwicklung ist festzustellen, dass der Versuch Blombergs, als Oberbefehlshaber der Wehrmacht, den Auf- und Ausbau der bewaffneten Macht im Rahmen der ihm übertragenen Befehlsgewalt zu organisieren und inhaltlich zu gestalten, bereits im Herbst des Jahres 1934 gescheitert war.

Fragt man nach Gründen, so kann der Hinweis auf die schwierige Position Blombergs gegenüber dem Reichsminister der Luftfahrt, dessen politische Machtstellung die Blombergs bei Weitem übertraf, als alleinige Erklärung nicht befriedigen. Da – abgesehen von der innenpolitischen Absicherung des Regimes – die Aufrüstung im Rahmen der Hitlerschen Politik absolute Priorität besass, wäre ein Eingreifen Hitlers im Sinne einer

18 Vgl. Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 62 f.

19 Vgl. S. 577.

20 Vgl. S. 543 ff.

koordinierten Wehrmachtrüstung durchaus vorstellbar gewesen²¹. Das Gegenteil war der Fall. Hat sich Blomberg mit Nachdruck um die Unterstützung Hitlers bemüht, oder hielt er die Ideologisierung der Wehrmacht im Sinne des Nationalsozialismus für wichtiger? Wenn Hitler je mit dieser grundlegenden Problematik konfrontiert worden ist, welche Motive waren dann für seine offenkundige Unterstützung der Einzelrüstungsprogramme massgebend? Diese Fragen können nach dem augenblicklichen Stand der Forschung nicht beantwortet werden. Es bleibt die Feststellung, dass der Wehrmachtgedanke auf diesem, für eine künftige Kriegführung wichtigsten Gebiet seine erste und letztlich entscheidende Niederlage erfuhr.

Neben dem Versuch, die Aufrüstung auf eine gemeinsame Grundlage zu stellen, und der im Reichsverteidigungsausschuss geleisteten Arbeit für eine allgemeine organisatorische Kriegsvorbereitung der Nation, bezeichnete die Absicht Blombergs, mit Hilfe eines Wehrmachtgeneralstabes die Vorbereitungen der Wehrmachtteile für eine operative Kriegführung zu steuern, das dritte Gebiet, auf dem der Wehrmachtgedanke durchgesetzt werden sollte. Im Oktober 1933 musste Blomberg sich hierzu noch des Truppenamtes der Heeresleitung bedienen, kurz nach seiner Absichtserklärung Anfang Februar 1934 wurde die Beauftragung des Truppenamtes zurückgezogen²². Das Wehrmachtamt und seine Abteilung Landesverteidigung haben nach den vorhandenen Unterlagen zum ersten Mal im Frühjahr 1935 diese operative Führungsaufgabe wahrgenommen. Im Auftrage Blombergs forderte Reichenau Ende März 1935 von den Wehrmachtteilen Unterlagen über die Zeitdauer der Mobilmachung, über Aufmarsch- und Operationsabsichten für den Fall eines französisch-italienischen Angriffes an. Von der Tschechoslowakei wurde angenommen, dass sie sich nicht von vornherein der Offensive anschliessen werde, doch rechnete man mit ihrem späteren Eingreifen, und für diesen Fall sollte ein überraschender Angriff von deutscher Seite zur Wegnahme der «russisch-tschechischen Luftbasis» bei den operativen Überlegungen berücksichtigt werden²³. Am 12. April 1935 fand eine Besprechung Hitlers mit Blomberg und den Oberbefehlshabern der Wehrmachtteile über den Aufbau der Wehrmacht statt, und bei dieser Gelegenheit dürften auch die gespannte aussenpolitische Lage und deren militärpolitische Konsequenzen erörtert worden sein. Ein Ergebnis dieser Besprechung war die viel erörterte Weisung Blombergs zur weiteren Vorbereitung eines überfallartigen Vorgehens gegen die Tschechoslowakei, die unter der Bezeichnung «Schulung» bekanntge-

21 Vgl. hierzu die Bemerkungen von Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 338 ff. Erklärungsversuche, die mit den persönlichen Unzulänglichkeiten Blombergs argumentieren, können auch nicht überzeugen; eine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Biographie Blombergs steht noch aus. Zum Regime der Sonderbeauftragten in der Rüstungswirtschaft vgl. Beitrag Volkman, S. 336 ff.

22 Dülffer, Weimar, S. 317, Anm. 75.

23 ADAP, C, Bd. III, Nr. 540, S. 995 und Nr. 568, S. 1005.

worden ist und die völlig aus dem von Reichenau gegebenen Rahmen einer französisch-italienischen Koalition gegen das Reich herausgelöst worden war²⁴.

An dieser operativen Weisung entzündete sich bezeichnenderweise der Streit um die Spitzengliederung der Wehrmacht, der sich bis in das Jahr 1938 hinzog und im Weltkrieg erneut aufflammte. Um der tatsächlichen Bedeutung der Auseinandersetzung gerecht werden zu können, muss nochmals hervorgehoben werden, dass sie nur von einem Wehrmachtsenteil, dem Heer, mit Nachdruck geführt wurde, die beiden anderen Wehrmachtteile sich nur gelegentlich daran überhaupt interessiert zeigten und dass die Kontroverse sich inhaltlich nahezu ausschliesslich mit der Frage der institutionellen Form der operativen Führung der Wehrmacht im Kriege beschäftigte, folglich die für die Aufbauphase entscheidende Frage eines Wehrmachtrüstungsprogramms überhaupt nicht berührt wurde. Schliesslich gilt es zu beachten, dass Hitler, der nach dem Tode Hindenburgs die oberste Befehlsgewalt über die Wehrmacht innehatte und nach dem Wehrgesetz vom 21. Mai 1935 der «Oberste Befehlshaber der Deutschen Wehrmacht» war, erst am Rande der Blomberg-Fritsch-Krise mit der Kontroverse konfrontiert wurde und sie dann sehr schnell zuungunsten der Auffassungen des Heeres entschied. In dieser Perspektive stellt sich der Konflikt zwischen dem Oberkommando des Heeres und dem Wehrmachtamt bzw. dem Oberkommando der Wehrmacht in erster Linie als ein nicht ungewöhnlicher Kompetenzstreit dar, dessen Gegenstand nur von relativer Bedeutung für den Aufbau der Wehrmacht und die umfassende Organisation der Nation für den Krieg war. Gegenstand des Streites war konkret die Frage, welches Mass an Einfluss dem Oberbefehlshaber des Heeres und seinem Generalstab auf die Führung der Wehrmacht im Kriege, deren einheitliche Führung als unabdingbare Notwendigkeit von beiden Seiten anerkannt wurde, zuzubilligen war.

Das Problem war bereits mehrfach, zuletzt um die Jahreswende 1933/34 im damaligen Truppenamt theoretisch erörtert worden. Ein praktisches Ergebnis oder auch nur ein Konsens über die Grundsätze einer künftigen Regelung war jedoch trotz der intensiven Diskussion nicht erreicht worden²⁵. Mit der Weisung des Oberbefehlshabers der Wehrmacht vom 2. Mai 1935, die das Produkt der Abteilung Landesverteidigung des Wehrmachtamtes war, hatte sich die Ausgangslage verändert. Nunmehr existierte eine mit weitgefassten Kompetenzen ausgestattete Wehrmachtsführung, die aber nicht den Vorstellungen und insbesondere dem Selbstverständnis der Heeresführung entsprach. Bereits am 3. Mai verfasste Beck als Chef des Truppenamtes seine Stellungnahme zu der Weisung für den Chef der Heeresleitung, in der er durch eine vehemente Kritik der militärpolitischen Voraussetzungen der Weisung die militärfachliche Kompetenz der Wehrmachtsführung überhaupt in Zweifel zog und seinen Rücktritt für den Fall anbot,

24 IMT, Bd. 34, S. 485 f.; Robertson, Pre-War Policy, S. 60, S. 89f.; Müller, Heer, S. 211 ff.; Dülffer, Weimar, S.318f.; Geyer, Aufrüstung, S. 417ff. Zur Interpretation der Haltung Becks vgl. vor allem Müller, Beck-Studien, S. 225ff., sowie die Dokumente Nr. 28-30.
25 Vgl. S.599L

dass mit der Weisung die Absicht verbunden sei, praktische Kriegsvorbereitungen in Gang zu setzen²⁶. Dieser Schritt Becks, der wohl auch die Zustimmung von Fritsch gefunden haben dürfte, hatte allem Anschein nach zunächst einen personalpolitischen Erfolg. Noch im Juni 1935 übernahm ein Vertrauensmann des Heeres und insbesondere Becks die Geschäfte des Chefs der Abteilung Landesverteidigung im Wehrmachtamt. Oberst Alfred Jodl löste den Obersten v. Vietinghoff gen. Scheel ab, der für die Weisung vom 2. Mai verantwortlich war. Zum Herbst des Jahres stand darüber hinaus eine Neubesetzung des Postens des Chefs des Wehrmachtamtes an, und auch in diesem Falle hat der Oberbefehlshaber des Heeres schon frühzeitig die Weichen gestellt und in dem Organisationsfachmann Keitel seinen Kandidaten gegenüber den andersartigen Wünschen Blombergs durchgesetzt²⁷. Blombergs Absicht, im Wehrmachtamt einen Wehrmachtgeneralstab heranzubilden, schien durch beide Personalentscheidungen blockiert zu werden. Doch Fritsch und Beck mussten bald erkennen, dass sie nur einen Pyrrhus-Sieg errungen hatten. Keitel und Jodl entwickelten sich zu entschiedenen, schliesslich auch ideologisch gebundenen Verfechtern einer integrierten Wehrmachtführung im operativen Bereich²⁸, und es gelang ihnen, die von ihnen propagierte institutionelle Regelung auch durchzusetzen.

Die in den Denkschriften vom Dezember 1935 und August 1937 vorgetragene Argumentation der Heeresführung²⁹ lässt sich in wenigen Punkten zusammenfassen. Beck wie Fritsch versuchten darzulegen, dass die Abteilung L des Wehrmachtamtes schon allein wegen ihrer unzureichenden personellen Ausstattung gar nicht in der Lage sei, die komplexen Führungsprobleme der Wehrmachtteile zu übersehen und zu beurteilen. Die vom Wehrmachtamt ausgeübte Funktion der Beratung des Oberbefehlshabers der Wehrmacht in Fragen der militärischen Führung, des ministeriellen Aufgabenbereichs und der «Organisation der kämpfenden Nation» übersteige die Möglichkeiten des Amtes und wachse sich für die operative Kriegführung durch die Verdrängung der kompetenten Berater – der Oberbefehlshaber der Wehrmachtteile – zu einer direkten Gefahr aus. Dabei gingen die Repräsentanten der Heeresführung in ihren positiven Vorschlägen von der Vorstellung aus, dass in jedem denkbaren kriegerischen Konflikt, in den das Reich verwickelt werden könnte, das Heer die Hauptlast der Kriegführung zu tragen haben werde. Daraus ergab sich für sie die zwingende Forderung, dass der Oberbefehls-

26 Foerster, Beck, S. 58ff.; Müller, Heer, S. 211 ff.; Geyer, Aufrüstung, S. 421 ff.

27 Meinck, Aufrüstung, S. 116 und S. 221, Anm. 97; Dülffer, Weimar, S. 318, Anm. 80. Zur Qualifikation Jodls vgl. auch Müller, Heer, S. 240, Anm. 170. Zur Berufung Keitels vgl. Görlitz, Keitel, S. 78 ff.

28 Müller, Heer, S. 219 ff.

29 Denkschrift Becks vom 9.12.1935: Der Oberbefehlshaber des Heeres und sein 1. Berater, BA-MA N 28/2, abgedruckt bei Müller, Beck-Studien, Dokument Nr. 36; zur Interpretation vgl. Meinck, Aufrüstung, S. 121 ff. und Müller, Heer, S. 229 ff. Die Denkschrift von Fritsch aus dem August 1937: Wehrmachtspitzengliederung und Führung der Wehrmacht im Kriege, ist abgedruckt bei Görlitz, Keitel, S. 123ff.; vgl. auch Manstein, Soldatenleben, S. 289ff.; zur Interpretation vgl. Müller, Heer, S. 238ff., sowie Dülffer, Überlegungen, S. 146 f.

haber des Heeres und sein Generalstab die ersten Berater des Oberbefehlshabers der Wehrmacht in allen wesentlichen Fragen der Gesamtkriegführung sein müssten. Fritsch formulierte diese Forderung im August 1937 in folgender Weise: «Herstellung voller Übereinstimmung zwischen operativer Gesamtkriegführung und Heerführung durch Beauftragung des Oberkommandos Heer mit der Bearbeitung der Vorschläge für die Gesamtkriegführung». Beck war im Dezember 1935 noch sehr viel weitergegangen. Er hatte die «Beteiligung [des Oberbefehlshabers des Heeres] bei allen wichtigen Fragen der Landesverteidigung bzw. Kriegsvorbereitung, auch im Kabinett bzw. beim Führer» für notwendig gehalten und wiederholte diese weit in den Bereich politischer Entscheidungen vorstossende Forderung in den Auseinandersetzungen des Frühjahrs 1938 nach der Entlassung Blombergs und Fritschs aus ihren Ämtern³⁰.

Blomberg lehnte jedoch Anfang September 1937 ein Eingehen auf die Vorstellungen und organisatorischen Vorschläge des Oberbefehlshabers des Heeres rundweg ab³¹. Eine gewisse Genugtuung für das Oberkommando des Heeres dürfte es indessen gewesen sein, dass die Planung und Durchführung des ersten Wehrmachtmanövers vom 20. bis 26. September 1937 von Blomberg dem Generalstab des Heeres übertragen wurde, weil eine solche Aufgabe mit den beschränkten Mitteln der Abteilung L des Wehrmachtamtes nicht gelöst werden konnte³². Entsprach diese Regelung auch den Grundvorstellungen der Heeresführung, so zeigte sich im täglichen Dienstbetrieb doch, dass damit keine Sinneswandlung innerhalb des Wehrmachtamtes einherging. Im Gegenteil, die Ausdehnungstendenzen des Wehrmachtamtes waren unverkennbar³³. Auch ein ideologisches Moment spielte in der Auseinandersetzung eine, wenn auch keineswegs bestimmende Rolle. Keitel und Jodl hatten sich entgegen den Erwartungen von Fritsch und Beck nicht nur zu ausgesprochenen Vertretern einer integrierten Wehrmachtführung entwickelt, sie waren auch zu getreuen und letztlich kritiklosen Gefolgsleuten Hitlers geworden, gegen dessen aussenpolitischen Kurs Fritsch und Beck, als Repräsentanten des Oberkommandos des Heeres, opponierten, weil die damit verbundenen militärischen Risiken ihnen als untragbar erschienen.

Als Hitler Ende Januar 1938 die Entlassung sowohl des Oberbefehlshabers der Wehrmacht als auch des Oberbefehlshabers des Heeres verfügte, stand für einen kurzen Mo-

30 Die politischen Vorstellungen, die Beck mit der Spitzengliederungsfrage verband (vgl. auch Müller, *Staat und Politik*, S. 607ff.), ändern nichts an der generellen Feststellung, dass die Diskussion im Wesentlichen ein innermilitärisches Organisationsproblem betraf, das auch als solches empfunden wurde. Becks politische Intentionen zeichnen sich angesichts der gegebenen Machtverhältnisse im NS-Regime und dessen Organisationsform sowie der Expansion der Wehrmachtteile durch ihre bemerkenswerte Realitätsferne aus.

31 Görnitz, Keitel, S. 142.

32 Müller, Heer, S. 232. Anm. 125.

33 Vgl. die Auseinandersetzungen um die Einführung von Wehrmachtbefehlshabern, IMT, Bd. 28, S. 350, S. 354f. (Tagebuch Jodl), hierzu Müller, Heer, S. 231 f. Im Oktober 1937 wurde die Abteilung «Wehrmachtmachrichtenverbindungen» im Wehrmachtamt geschaffen. Mueller-Hillebrand, Heer I, S. 110.

ment die institutionelle Regelung der Wehrmachtspitzengliederung zur Disposition. Doch die Situation klärte sich rasch in zwei wesentlichen Punkten: 1. Der Gedanke der einheitlichen Wehrmachtführung im bisherigen Umfang wurde von den drei Wehrmachtteilen grundsätzlich nicht in Frage gestellt, 2. Hitler selbst hatte sich bereits am 26. Januar gegen Göring als neuen Reichskriegsminister und am 27. Januar gegenüber Keitel für eine «einheitliche u[nd] geschlossene Führung der Wehrmacht» ausgesprochen³⁴. In welchen Formen allerdings diese Wehrmachtführung personell und institutionell etabliert werden würde, blieb zunächst ungewiss. Hitler hatte am 26. Januar angedeutet, dass er zunächst selbst die Funktionen Blombergs übernehmen und daher eng mit dem Wehrmachtamt zusammenarbeiten werde, doch suchten alle Interessenten bei dem entstandenen Vakuum an der Spitze der Wehrmacht und des Heeres ihren Einfluss geltend zu machen. Görings Ambitionen auf den Posten des Reichskriegsministers waren durch die frühzeitige Entscheidung Hitlers gestoppt worden. Ob ihn auch konkretere Vorstellungen über die künftige Wehrmachtspitzengliederung bei seiner aktiven Rolle, die er bei der Vorbereitung und Auslösung der Blomberg-Fritsch-Krise gespielt hat, geleitet haben, bleibt undeutlich³⁵. Auch nach der Entscheidung Hitlers blieb der Einfluss des Oberbefehlshabers der Luftwaffe auf die institutionelle Regelung der Wehrmachtführung von ausschlaggebender Bedeutung. Mehrere Versuche des Oberkommandos des Heeres, insbesondere Becks, die Situation zur Durchsetzung der von Fritsch im August 1937 vorgetragenen, nunmehr den veränderten Verhältnissen angepassten Vorstellungen zu benutzen, schlugen dagegen fehl. Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Raeder, hielt sich betont zurück, sein Interesse schien sich darauf zu konzentrieren, Lösungen zu verhindern, die eine Minderung der Eigenständigkeit der Marine zur Folge gehabt hätten³⁶. So ging die eigentlich bewegende Kraft in dieser Situation vom Wehrmachtamt aus, dessen Chef zum militärischen Vertrauten Hitlers geworden war. Keitel und der Chef der Abteilung Landesverteidigung, Jodl, haben die von Hitler am 4. Februar verfügten personellen und institutionellen Regelungen nicht nur generell massgeblich beeinflusst, sondern auch bis in Einzelheiten hinein vorbereitet. Wichtigste Komponente des Erlasses vom 4. Februar³⁷ war, dass Hitler nunmehr persönlich die Befehlsgewalt über die gesamte Wehrmacht übernahm; die Oberbefehlshaber der Wehrmachtteile waren damit in einem stärkeren Masse als bisher an die Person des «Führers und Reichskanzlers» gebunden. Als sein militärischer Stab fungierte das bisherige Wehrmachtamt als «Oberkommando der Wehrmacht», dessen Chef zugleich die Geschäfte des Reichskriegsministers wahrnahm. Die Einheit der Wehrmachtfüh-

34 IMT, Bd. 28, S. 356ff. (Tagebuch Jodl), Müller, Heer, S. 256ff.

35 Müller, Heer, S. 256 f.

36 Dülffer, Überlegungen, S. 147ff.; Müller, Heer, S. 289ff.

37 Abgedruckt bei Absolon, Wehrmacht III, S. 500f., hierzu auch Mueller-Hillebrand, Heer I, S. 113; Müller, Heer, S. 291 f., sowie S. 641 (Dokument Nr. 35, Organisationserlass Keitels vom 7.2.1938). Abweichende Interpretation bei Cooper, German Army, S. 84 ff.

rung war mit dieser Regelung gewahrt, ja in der Spitze wesentlich verstärkt worden. Die Stellung des Wehrmachtamtes erfuhr durch die direkte Unterstellung unter Hitler eine enorme Aufwertung, obwohl die Bezeichnung «Oberkommando der Wehrmacht» täuscht. Es handelt sich nach wie vor um keine mit Befehlsgewalt ausgestattete Kommandobehörde. Der von Blomberg schon 1934 bekundeten Absicht, mit der Zeit einen Wehrmachtgeneralstab einzurichten, war man einen grossen Schritt nähergekommen. Ausdruck hierfür war die Übertragung der militärischen Funktion des Wehrmachtamtes an die neue Amtsgruppe Führungsstab im Oberkommando der Wehrmacht.

In den folgenden Monaten entbrannten jedoch erneut die Auseinandersetzungen um eben diesen militärischen Führungsanspruch. Mit der Formulierung, dass «dem Oberkommando der Wehrmacht... im Frieden... die einheitliche Vorbereitung der Reichsverteidigung auf allen Gebieten» obliege, hatte Hitler selbst die Frage der Kriegsspitzengliederung offengelassen. Das Oberkommando des Heeres, das heisst vor allem Beck, unterstützt von seinem Mitarbeiter General v. Manstein, nutzte die Chance zu einer neuen Denkschrift, die sich im Prinzipiellen kaum von der Fritschs aus dem August 1937 unterschied. Die Denkschrift vom 7. März 1938 war auch den Oberbefehlshabern der Kriegsmarine und der Luftwaffe übermittelt worden, fand aber dort nicht das erwartete Echo. Vielmehr liess Göring Keitel mitteilen, dass die von der Heeresführung vorgeschlagene Lösung «gar nicht in Frage» komme und er dem Oberkommando der Wehrmacht seine Unterstützung zusage³⁸. Keitel und Jodl haben sich mit der Heeresdenkschrift intensiv beschäftigt. In einer Aufzeichnung vom 22. März 1938 wurden die gegensätzlichen Auffassungen einander gegenübergestellt; dem Oberkommando des Heeres scheint auch Gelegenheit gegeben worden zu sein, einzelne Punkte noch nachträglich zu präzisieren. Daraufhin nahm der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Keitel, in einer umfangreichen Denkschrift «Die Kriegführung als Problem der Organisation» am 19. April 1938 zu dem gesamten Fragenkomplex Stellung³⁹. Es darf angenommen werden, dass diese Denkschrift, bevor sie den Oberkommandos der Wehrmachtteile übermittelt wurde, Hitler vorgelegt worden war und seine Billigung erhalten hatte.

Hitler, der sich in diesen Monaten vor allem mit der österreichischen und der tschechoslowakischen Frage beschäftigte, wird der Kontroverse keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt haben. Im Übrigen scheint er nach der grundlegenden Entscheidung vom 4. Februar eher geneigt gewesen zu sein, die Oberbefehlshaber durch taktische Zugeständnisse für die neue «OKW-Lösung» zu gewinnen. So hatte er dem neuen Oberbe-

38 Vgl. Dülffer, Überlegungen, S. 149ff., S. 160ff.; IMT, Bd. 28, S. 370 (Stellungnahme Görings); vgl. auch Heeresadjutant bei Hitler, S. 29 (unter dem zweifellos unzutreffenden Datum des 2.8.1938).

39 Görnitz, Keitel, S. 143ff. (Aufzeichnung vom 22.3.1938), S. 154ff. (Denkschrift vom 19.4.1938).

fehlshaber des Heeres am 25. Februar den Rang eines Reichsministers verliehen und den Oberbefehlshabern durch Erlass vom 2. März bestimmte, bisher vom Reichskriegsminister ausgeübte Befugnisse übertragen⁴⁰. Doch die ihm von Brauchitsch überreichte Denkschrift des Heeres vom 7. März hat er nach dem Zeugnis von Keitel als einen Angriff auf seine Person empfunden⁴¹. Damit war bereits eine wesentliche Vorentscheidung zuungunsten des Heeres gefallen. Die Denkschrift Keitels besiegelte die endgültige Abweisung der Vorstellungen des Heeres. Schliesslich erging Ende Mai ein Erlass Hitlers, in dem die Kompetenzen des Oberkommandos der Wehrmacht im Sinne Keitels und Jodls präzisiert und konkretisiert wurden⁴².

Im Kampf um eine einheitliche Wehrmachtführung hatte sich somit auf dem Teilgebiet der Vorbereitungen für die operative Kriegführung die von Blomberg seit 1934 verfolgte Linie bis zum Kriegsbeginn dem Grundsatz nach durchgesetzt, allerdings nicht als Folge einer Annäherung der gegensätzlichen Standpunkte, sondern als Ergebnis der Übernahme der unmittelbaren Befehlsgewalt über die Wehrmacht durch Hitler. Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht hat in seiner Denkschrift vom 19. April 1938 mit durchaus überzeugenden Argumenten die Notwendigkeit einer zentralen und umfassenden Organisation von Wehrmacht und Nation für den Krieg dargelegt und war von einem «Kriegsbild» ausgegangen, das unverkennbar an die von der Reichswehr der späten zwanziger Jahre entwickelten Vorstellungen anknüpfte. Vergleicht man die verfochtenen Prinzipien jedoch mit dem faktischen Ergebnis der Kontroverse um die Spitzengliederung, so wird die relative Geringfügigkeit des Erfolges deutlich. Weder die organisatorische Vorbereitung der «Ausrichtung des Propaganda- und Wirtschaftskrieges auf die Ziele des Waffenkrieges» noch die «Organisation der kämpfenden Nation zur Unterstützung des Waffenkrieges» war in einer – von diesem militärischen Standpunkt aus gesehen – befriedigenden Weise geregelt. Ausserdem lag in der Ursache des Erfolges zugleich auch, seine Schwäche. Hitler hat es meisterhaft verstanden, die Machtbefugnisse auf allen Gebieten – so auch auf dem militärischen – auf seine Person zu konzentrieren. Er bevorzugte allerdings bei der notwendigen Delegation von Aufgaben und Kompetenzen eine Form, die jeweils konkurrierende Machtzentren schuf, und entzog damit jedem Versuch einer systematischen Koordination und Strukturierung von Aufgabengebieten die Grundlage⁴³. Die persönliche Übernahme der unmittelbaren Be-

40 Dülffer, Überlegungen, S. 150. Zur Organisationsstruktur der militärischen Führung zu Kriegsbeginn vgl. Anlagen 1 und 2 (s. S. 612/613).

41 Görnitz, Keitel, S. 184.

42 Dülffer, Überlegungen, S. 154 f.

43 Das von Hüttenberger, Polykratie, S. 423ff., gekennzeichnete Bild der Herrschaftsverhältnisse im Dritten Reich erfährt durch die von ihm vernachlässigten Erscheinungsformen im militärischen Bereich eine wesentliche Bestätigung. Allerdings muss dabei beachtet werden, dass sich Hitlers Position weit über die der konkurrierenden Machtzentren erhob; der Begriff Polykratie gibt diesen Sachverhalt nicht wieder und kann daher Verwirrung stiften. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die treffenden Bemerkungen S. Haffners (Anmerkungen zu Hitler, S. 57ff.) über die «Staatszerstörung» durch Hitler.

fehlsgewalt über die Wehrmacht durch Hitler und die «OKW-Lösung» garantierte also weder eine einheitliche Führungsorganisation für die Wehrmacht im Kriege noch war sie gleichbedeutend mit einer Systematisierung der Kriegsvorbereitungen, wie auf dem Gebiet der Wehrmachtrüstung gezeigt werden konnte.

3. Die «Gleichschaltung» der Wehrmacht

Die Blomberg-Fritsch-Krise⁴⁴ führte demnach in Bezug auf die Wehrmacht nicht zu der «Konzentration und Stärkung der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Kräfte des Reiches», wie es in einer Mitteilung über die Kabinettsitzung vom 5. Februar 1938 hiess⁴⁵. Aufschlussreicher waren dagegen Hitlers kategorische Feststellungen vor dem Reichstag am 20. Februar, dass es in Deutschland «kein Problem nationalsozialistische Partei und nationalsozialistische Wehrmacht» gebe und dass «die deutsche Wehrmacht diesem Staat des Nationalsozialismus in blinder Treue und blindem Gehorsam ergeben» sei⁴⁶. Die von Hitler postulierte ideologische Einheit von Partei, Staat und Wehrmacht im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Wehrmachtführung liess keinen Raum mehr für die von Blomberg und Fritsch in unterschiedlicher Weise verfochtenen Vorstellungen einer eigenständigen Rolle der bewaffneten Macht im nationalsozialistischen Staat. Das spannungsreiche Verhältnis zwischen der Partei, ihren Organisationen und dem nationalsozialistischen Staat einerseits und der bewaffneten Macht andererseits war mit der «Gleichschaltung» der Wehrmacht beendet worden; hierin lag die eigentliche Bedeutung der Blomberg-Fritsch-Krise.

Anfang Februar 1933 hatte Blomberg vor den Befehlshabern die künftige Marschroute in drei Punkten zusammengefasst. Er betrachtete es als seine Aufgabe, die Reichswehr «als überparteiliches] Machtmittel» zu erhalten, die «Untermauerung der Wehrmacht durch [die] Wehrhaftmachungd[es] breiten Volkes» zu fördern und den «Ausbau d[er] Wehrmacht zu einem brauchbaren Instrument zur Wahrung der nationalen Sicherheit»

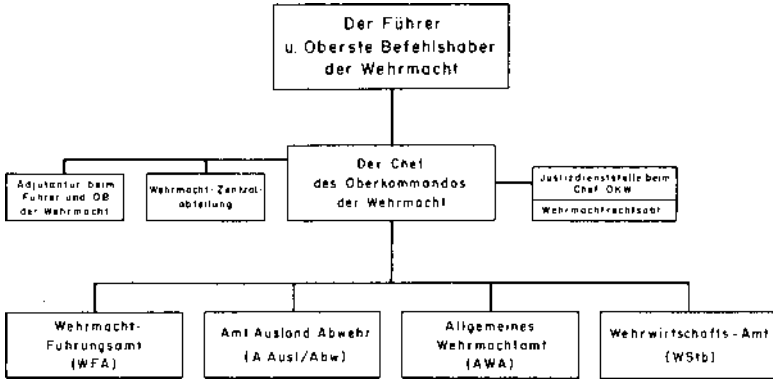
44 Über die Hintergründe und vor allem den Ablauf der einzelnen Stadien des Blomberg-Skandals, der Fritsch-Krise und des Komplotts insgesamt hat die Forschung noch keine vollständige Klarheit gewinnen können; vgl. Müller, Heer, S. 255ff.; Deutsch, Komplott, passim; Reynolds, Beck, S. 107ff., sowie die informative Besprechung des Buches von Deutsch von Peter Hoffmann in den MGM 20 (1976), S. 196ff. Sehr ausführlich auch Salewski, Bewaffnete Macht, S. 193 ff. Übereinstimmung besteht darin, dass die Krise im Zusammenhang mit der Besprechung vom 5.11.1937 und dem Widerspruch der Generale gegen Hitlers Lagebeurteilung gesehen werden muss, dass sie in Verbindung steht mit dem von Himmler ausgehenden Drang zur Machterweiterung des eigenen Bereichs und dass schliesslich Görings persönliche Ambitionen auf den Posten des Reichskriegsministers eine Rolle gespielt haben. Vgl. auch Irving, Hitlers Weg, S. 39 ff.

45 Domarus I, S. 786.

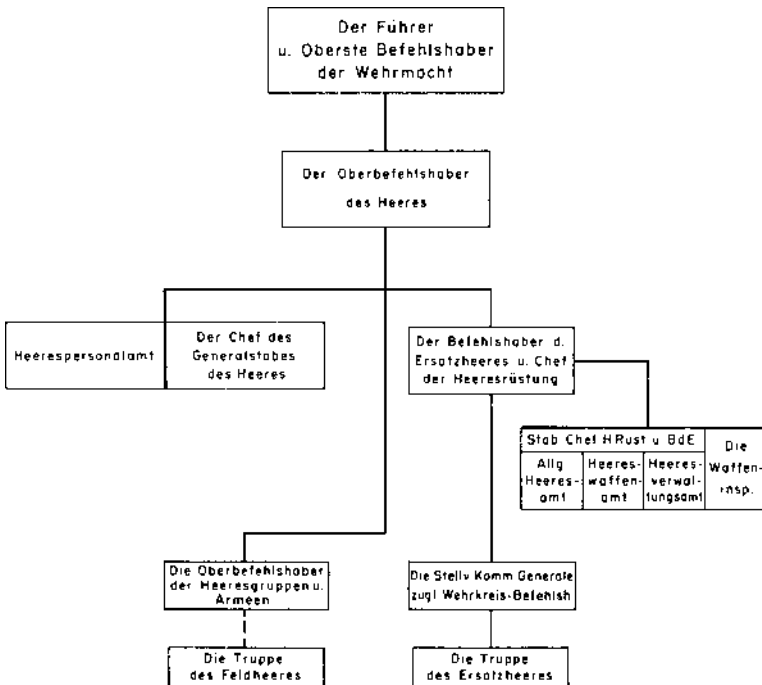
46 Ebd., S. 796f.

1. September 1939

Anlage I

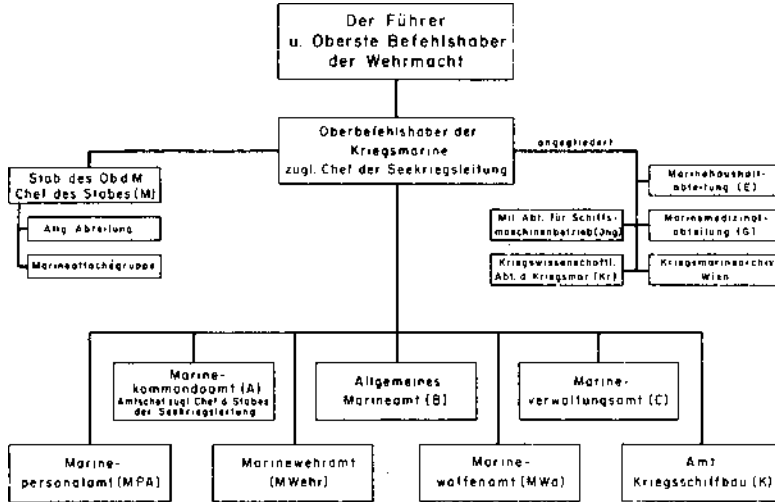


1. September 1939



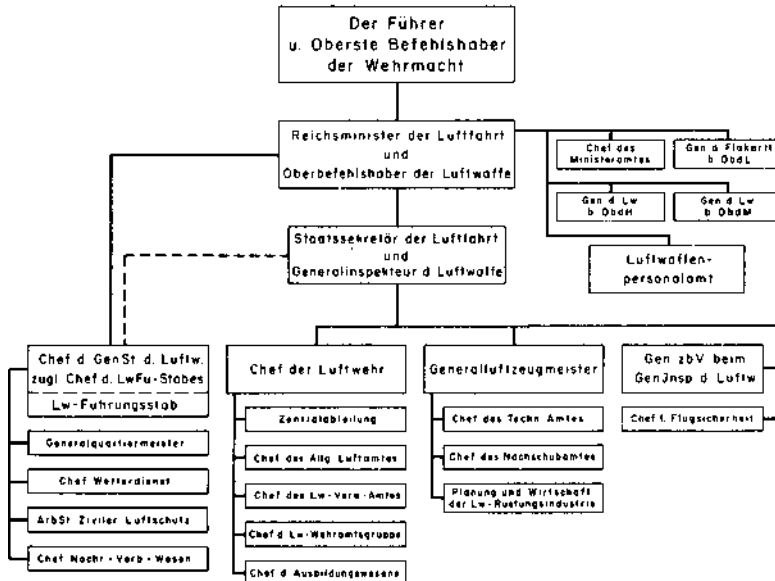
1. Juni 1939

Anlage 2



nach Zusammenstellung Dr. Klink

2 (5.) Oktober 1939



nach Zusammenstellung Dr. Boog

mit allen Mitteln voranzutreiben⁴⁷. Das Stichwort von der Überparteilichkeit der bewaffneten Macht, das Blomberg in der Umbruchsituation des Februar 1933 ganz bewusst in den Vordergrund rückte, umschrieb nicht nur eine traditionelle politische Position, sondern sollte in Verbindung mit dem Programmpunkt der «Wehrhaftmachung d[es] breiten Volkes» auch das Verhalten der militärischen Führung gegenüber den neuen politischen Gewalten – ausserhalb der Exekutive – charakterisieren. Die Verpflichtung auf den Grundsatz der Überparteilichkeit implizierte eine klare Distanzierung auch zur herrschenden politischen Partei, der NSDAP. Nach Ansicht Blombergs würde das Verlassen dieser Position ein «Herabsinken zur Parteitruppe» bedeuten und die «Grundlagen» aufheben, auf denen sich der Aufbau der Reichswehr vollzogen hatte. Diese seit Langem eingeübte und bewährte politische Grundhaltung wurde für die militärische Führung in dem Moment problematisch, in dem sich im Sommer 1933 herausstellte, dass der Staat künftig nicht mehr von mehreren Parteien, sondern nur noch von einer einzigen, mit totalitärem Anspruch auftretenden Partei getragen werden würde. Überparteilichkeit in einem Einparteienstaat war nicht nur eine begriffliche, sondern eben auch eine politische Unmöglichkeit. Schon Anfang März 1933 hat Blomberg daher die einen Monat zuvor eingenommene Position verlassen und von seinen Befehlshabern nunmehr die «rückhaltlose Unterstützung» der «nationalen Revolution» gefordert⁴⁸. Der Reichswehrminister hat darüber hinaus bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf hingewiesen, dass die führenden Kreise der NSDAP das Vertrauen der Reichswehr verdienten, da sie die besten Traditionen der nationalen Vergangenheit repräsentierten und ihr Handeln an dieser Überlieferung orientierten⁴⁹. Die innen- und aussenpolitischen Entscheidungen der Regierung Hitler schon im Jahre 1933 unterstützten die Argumentation Blombergs. Einer politischen Bewegung gegenüber, deren innenpolitische Ordnungs- und aussenpolitische Zielvorstellungen so weitgehend den nationalen, in der Reichswehr lebendigen Traditionen entsprachen, konnte das Offizierkorps, bei aller Skepsis gegenüber der Partei und bei aller Kritik an den Formen und Methoden der politischen Praxis, die im Prinzip der Überparteilichkeit liegende innere Distanzierung nicht aufrechterhalten. Die «Teilidentität der Ziele»⁵⁰ verlangte nach einer neuen Definition des Verhältnisses zwischen Wehrmacht und Staat.

Hitler selbst war es, der in seiner Rede zum Jahrestag der «Machtergreifung» die griffige Formel fand, die besagte, dass der Staat «von zwei Säulen getragen» werde, und zwar politisch durch die «in der nationalsozialistischen Bewegung organisierte Volks-

47 Befehlshaberbesprechung am 3. 2. 1933, vgl. Vogelsang, Dokumente, S. 433.

48 IfZ Archiv, ED 1, Bd. 1, Aufzeichnung Liebmanns über die Befehlshaberbesprechung am 1.3.1933.

49 Zur Haltung Blombergs gegenüber Hitler und der NS-Bewegung vgl. Müller, Heer, S. 49ff. und S. 61 ff.; vgl. auch die unzureichende Darstellung von Cooper, German Army, S. 20 ff.

50 Messerschmidt, Wehrmacht, S. 1 u. ö.

gemeinschaft» und «militärisch von der Wehrmacht»⁵¹. Diese «Zwei-Säulen-Theorie», mit der Hitler zudem die Wehrmacht zum «einzigem Waffenträger des Reiches» erklärte, entsprach vollkommen den militärpolitischen Vorstellungen der Reichswehrführung und des Offizierkorps. Sie implizierte die Anerkennung der Eigenständigkeit der bewaffneten Macht im Staate und schien auch den von der militärischen Führung beanspruchten, bestimmenden Einfluss auf die Führung der Staatsgeschäfte zu gewährleisten. Doch kam in dem symbolischen Bild auch die Konkurrenzsituation zum Ausdruck, in der sich die Wehrmacht mit dem «alleinige[n] politische[n] Willensträger der Nation», der Partei und ihren Organisationen, befand. Da Hitler nicht nur Staatsoberhaupt, sondern auch und vor allem der unbestrittene Führer eben dieser totalitären politischen Bewegung war und blieb, musste der Zeitpunkt kommen, in dem die bewaffnete Macht nicht mehr als Teil der Basis, sondern als blosses Instrument der Staatsmacht angesehen wurde und damit jenes besondere Mass an Eigenständigkeit und Einfluss verlor, das der «Zwei-Säulen-Theorie» zugrunde lag. Dieser Zeitpunkt war 1938 gekommen, von nun an gab es eine «nationalsozialistische Wehrmacht», und Adolf Hitler war ihr Oberbefehlshaber.

Die politische Geschichte der Wehrmacht in den Jahren 1933 bis 1939 wird meist vor dem Hintergrund der bedeutenden politischen Rolle geschildert, die die Reichswehr in der Weimarer Republik gespielt hatte. Dabei sollte jedoch nicht übersehen werden, dass die besonderen politischen Voraussetzungen, unter denen sich die Reichswehr zu einem gewichtigen innenpolitischen Faktor entwickeln konnte, nach 1933 mehr oder weniger schnell entfielen. Vor allem sahen sich die militärische Führung und das gesamte Offizierkorps nach wenig mehr als zwei Jahren von allen aussen- wie innenpolitischen Hemmnissen befreit, die sie vor dem 30. Januar 1933 in der Erfüllung ihrer militärischen Aufgaben behindert hatten. Die völlige Konzentration auf die rasch wachsenden militärischen Aufgaben verminderte nicht nur die politische Aktivität innerhalb der Wehrmacht, sondern auch ihr Gewicht als innenpolitischer Faktor.

Im Januar 1934, als Hitler die «Zwei-Säulen-Theorie» formulierte, besass die Reichswehr noch innenpolitisches Gewicht; ja sie war für die innere Stabilisierung des Regimes noch von hoher Bedeutung, da die SA Röhm's nicht nur die Position der Reichswehr, sondern tendenziell auch die der Partei bedrohte. Die Entwicklung von der «Machtergreifung» bis zur Röhm-Affäre Ende Juni/Anfang Juli 1934 schien – aus der Perspektive der Reichswehr – die Richtigkeit und den Erfolg der politischen Linie Blomberg's und insbesondere Reichenaus zu bestätigen. In dieser Sicht war die ideologische Anpassung an das neue Regime, die dem Offizierkorps durch die Betonung der eigenen, starken nationalen und militärischen Traditionen und Überzeugungen im Allgemeinen keine Opfer auferlegte, mit der Ausschaltung der sehr gefährlichen Konkurrenten um das Waffenträgermonopol honoriert worden.

Die «Öffnung» der Reichswehr gegenüber dem nationalsozialistischen Regime⁵² hat Blomberg in Reden und Artikeln mit Nachdruck vertreten, er hat aber auch von Anfang an entsprechende Massnahmen ergriffen, die von der Erlaubnis für die Reichswehrmusikkorps, nationalsozialistische «Weihelieder» zu intonieren, bis zur Übernahme des Arierparagraphen für die Reichswehr reichten⁵³. Mit dieser letzten Massnahme und der aktiven Beteiligung an der Ausschaltung des Konkurrenten Röhm und seiner SA, mit der damit im Zusammenhang stehenden widerspruchlosen Hinnahme der Ermordung der Generale v. Schleicher und v. Bredow⁵⁴, den ständig intensivierten «nationalpolitischen Schulungskursen» auf allen Ebenen und vor allem mit der auf Initiative Blombergs und Reichenaus vorgenommenen, sofortigen Vereidigung der Wehrmacht auf die Person Adolf Hitlers, den «Führer des Deutschen Reiches und Volkes», am Tage des Todes des Reichspräsidenten v. Hindenburg⁵⁵ nahm die «Anpassung» und «Öffnung» jedoch der Intention nach die Form einer nahezu vollständigen ideologischen Integration der Wehrmacht in das nationalsozialistische Regime an. Blomberg hat diese «Gleichschaltung mit der nationalsozialistischen Weltanschauung»⁵⁶ konsequent bis zu seiner Entlassung Ende Januar 1938 fortgeführt. Er liess sich dabei weder durch die immer wieder auftretenden Konflikte mit einzelnen Gruppierungen der Partei noch von der Durchbrechung des Waffenträgermonopols durch die von Hitler sanktionierte Aufstellung von drei bewaffneten SS-Regimentern⁵⁷ beirren.

Blomberg und sein Chef des Wehrmachtamtes, Reichenau, gingen dabei von der Vorstellung aus, dass die Aufrüstung der Wehrmacht, die nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges bereits im Frieden notwendige, von der militärischen Führung zu leitende und zu kontrollierende umfassende Organisation der Nation für den Krieg und schliesslich die Führung des «Waffenkrieges» selbst nur denkbar und durchführbar waren, wenn die Wehrmacht fest in Staat und Bevölkerung verankert war. Dann konnte die militärische Führung auch das Mass an Einfluss geltend machen, das ihrer Verantwortung für die Nation im Konfliktfalle entsprach. Dieses Konzept scheiterte schon sehr frühzeitig im Rahmen der Wehrmacht selbst, da sich die Teilstreitkräfte in wesentlichen Bereichen dem Einfluss der Wehrmachtführung entzogen. Dasselbe gilt für wichtige Teile der staatlichen Exekutive. Der Einfluss Blombergs auf Hitler ist im Einzelnen schwer zu bestimmen, er sank zweifellos mit der fortschreitenden Stabilisierung des Regimes und mit der zunehmenden Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren für die Aufrü-

52 Ebd., S. 71 ff. Blomberg schuf damit eine wesentliche Voraussetzung für den von Hüttenberger, Polykratie, S. 427, definierten Penetrationsprozess.

53 Müller, Heer, S. 68 und S. 78.

54 Zur Röhm-Affäre vgl. S. 489.

55 Müller, Heer, S. 134ff.; sowie Salewski, Bewaffnete Macht, S. 53 und S. 81 ff.; vgl. die Ankündigung Blombergs in der Ministerbesprechung vom 1.8.1934, in: Regierung Hitler, Teil I, Bd. 2, Nr. 382, S. 1385.

56 Blomberg auf einer Befehlshaberbesprechung am 12.1.1935, vgl. Müller, Heer, S. 167.

57 Höhne, Geschichte der SS, S. 407f.; Müller, Heer, S. 147f.

stung. Reichenau hatte sich in einem sehr viel stärkeren Masse als Blomberg der politischen Interessen der Wehrmacht angenommen und sie mit grossem taktischem Geschick gegenüber der Partei und Einzelnen ihrer Organisationen zu wahren gesucht. Seine Ablösung im Herbst 1935 und die Ernennung Keitels zu seinem Nachfolger haben dazu beigetragen, dass die Integration der Wehrmacht in den nationalsozialistischen Staat nicht in der verantwortlichen Wahrnehmung eines bestimmenden Einflusses das Äquivalent fand, das dem ursprünglichen Konzept zugrunde lag.

Das politische Wirken der Wehrmachtführung wurde von den Führungsstäben der Wehrmachtteile im Einzelnen sehr kritisch beobachtet. Aufgrund des Gewichts des Heeres in Reichswehr und Wehrmacht sind die Reaktionen innerhalb dieses Wehrmachtteils bis in die Motivation hinein untersucht worden, während aus dem Bereich der Marine und der Luftwaffe insgesamt relativ wenig bekanntgeworden ist⁵⁸. Zusammenfassend lässt sich wohl feststellen, dass die Kritik sich weniger gegen die generelle Richtung der politischen Linie Blombergs wandte, als vielmehr die Mittel und Wege kritisch unter die Lupe nahm und sie ablehnte, deren sich die Wehrmachtführung bediente. Für Heer, Marine und Luftwaffe gilt gleichermassen, dass sie in vielen einzelnen Punkten der Meinung waren, die Öffnung der Wehrmacht für die nationalsozialistische Bewegung, für ihre Weltanschauung und ihre Wertvorstellungen werde von Blomberg überhastet, ohne alle Konsequenzen zu bedenken, mit einer Flut von Erlassen betrieben. Selbst Hitler war der Ansicht, dass Blomberg die politische Umstellung der Wehrmacht gelegentlich zu sehr forciere⁵⁹. Die Führungsstäbe der Wehrmachtteile bevorzugten eine gemächlichere Gangart und waren mehr darauf bedacht, institutionelle Sicherungen gegen einen zu weitgehenden Einfluss der Partei und ihrer Organisationen aufzubauen. Insbesondere Fritsch und Raeder legten Wert darauf, sich in allen Fragen der Personalführung den Freiraum autonomer Entscheidungen zu erhalten, und orientierten sich bei diesen Entscheidungen in stärkerem Masse als die Wehrmachtführung an den überlieferten Werten und Verhaltensweisen. Aber auch Fritsch war der Überzeugung, dass «die Grundlage [des] heutigen Heeres nationalsozialistisch» sein müsse⁶⁰, und Raeder erklärte in einer Rede vom März 1939, dass «Wehrmacht und Partei... in Haltung und Geist ein unteilbares Ganzes geworden» seien⁶¹. Fritsch und Raeder bejahten demnach

58 Zum Heer vgl. Müller, Heer, passim, sowie Messerschmidt, Wehrmacht, passim; dort (S. 9, 46 f., 60 f., 78, 140ff., 184ff.) auch Bemerkungen und Nachweise der Reaktionen aus dem Bereich der Marine und der Luftwaffe. Vgl. auch Schreiber, Reichsmarine, S. 11.

59 Messerschmidt, Wehrmacht, S. 210, Anm. 746; vgl. auch Heeresadjutant bei Hitler, S. 20.

60 Müller, Heer, S. 143.

61 Messerschmidt, Wehrmacht, S. 78f. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Reden Hitlers vom 18.1.1939 (vor den Leutnanten des Offizierjahrgangs 1938, vgl. Domarus II, S. 1039) und vom 10.2.1939 (vor den Truppenkommandeuren des Heeres, vgl. Domarus II, S. 1075); vgl. zur Interpretation Thies, Architekt, S. 112ff., sowie Schreiber, Revisionismus, S. 272 f., und die Reaktion in dem kleinen Kreis oppositioneller Offiziere bei Groscurth, Tagebücher, S. 166ff. Die Rede vom 10.2.1939 ist in vollem Wortlaut abgedruckt in: Hitlers Städte, S. 290ff.

grundsätzlich die von Blomberg seit 1933 konsequent verfolgte Politik gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung, ihre Kritik richtete sich ausschliesslich gegen das Verfahren und das Ausmass der von Blomberg gewünschten Integration.

Wenn sich trotzdem die Spannungen zwischen Wehrmacht und nationalsozialistischen Organisationen auch nach der Ausschaltung der SA nur vorübergehend abschwächten und sich schliesslich in der Blomberg-Fritsch-Krise entluden, so ist dies darauf zurückzuführen, dass Hitler mehr noch als die ideologische Gleichschaltung die bedingungslose Verfügbarkeit aller militärischen Machtmittel als Voraussetzung seiner expansiven Politik betrachtete. Und in diesem Punkt misstraute er dem vom Geist der Reichswehr geprägten höheren Offizierkorps. Im April 1938 äusserte er, die «Masse der Generalität habe ihn abgelehnt und lehne ihn auch heute noch ab», und im September 1939 fügte er noch deutlicher hinzu, dass «der Geist des Hunderttausend-Mann-Heeres» erst dann gebannt sein werde, wenn das Offizierkorps sich vollständig aus der Hitlerjugend rekrutiere⁶². Seine erwähnte Bemerkung in der Reichstagsrede vom 20. Februar 1938, dass die Wehrmacht dem nationalsozialistischen Staat «in blinder Treue und blindem Gehorsam ergeben» sei, war daher eher eine Zielvorstellung als eine zutreffende Einschätzung der gegebenen Situation. Neben der nicht unbegründeten Erwartung, dass mit der Masse der jüngeren Offiziere die ideologische «Gleichschaltung» der Wehrmacht vorangetrieben werden könne, gedachte Hitler dieses Ziel mit Hilfe der bewaffneten Verbände der SS-Verfügungstruppe Heinrich Himmlers zu erreichen, die zu Kriegsbeginn eine Stärke von ca. 18'000 Mann erreicht hatten⁶³.

Am 30. Juni 1934 hatte die im Sommer 1933 gegründete SS-Leibstandarte «Adolf Hitler» diesem in der prekären Situation zwischen SA und Reichswehr unschätzbare Dienste geleistet und war noch am selben Tage durch die Entscheidung Hitlers, sie künftig als ein selbständiges, modern ausgerüstetes und bewaffnetes Regiment ausserhalb der Reichswehr aufzustellen, belohnt worden⁶⁴. Wenige Tage später wurde die SS Hitler direkt unterstellt. Die Reichswehr stand demnach am Tage ihres Triumphes über die SA vor der Tatsache, dass das ihr zugestandene Waffenträgermonopol erneut – und zwar aufgrund einer ausdrücklichen Entscheidung Hitlers – durchbrochen worden war.

62 Vgl. Messerschmidt, Wehrmacht, S. 210, Anm. 746; Heeresadjutant bei Hitler, S. 20.

63 Zur Entwicklung der SS-Verfügungstruppe vgl. Höhne, Geschichte der SS, S. 404ff.; ebd., S. 423 wird die Stärke dieser Truppe zu Kriegsbeginn mit ca. 18'000 Mann angegeben, nachdem der Erlass Hitlers vom 18.5.1939 die Stärke «im Endziel» mit 20'000 Mann festgelegt hatte (vgl. Klietmann, Waffen-SS, S. 32 ff.). Zu den bewaffneten Verbänden der SS zählten weiterhin die SS-Totenkopf-Verbände, die zu Kriegsbeginn in 5 Standarten gegliedert waren, über deren Stärke keine verlässlichen Zahlen vorliegen (es dürfte sich aber um ca. 10'000 Mann gehandelt haben), vgl. Höhne, Geschichte der SS, S. 422; Buchheim, SS, S. 195; Klietmann, Waffen-SS, S. 345 ff. Zur Waffen-SS vgl. auch den umfassenden, eine Fülle von Aspekten berührenden Literaturbericht von Wegner, Garde, S. 210ff.; sowie die grundlegende und umfassende Untersuchung von Wegner, Hitlers Politische Soldaten; sowie ders., Honour, S. 220 ff.

64 Müller, Heer, S. 147.

Die Reaktion des Reichswehrministers und der Heeresleitung wirft ein charakteristisches Licht auf die Ursachen der vielfältigen Konflikte zwischen diesen beiden wichtigsten militärischen Führungsinstitutionen. Blomberg stellte sich sofort und offenbar ohne Vorbehalte hinter die Entscheidung Hitlers und informierte die Reichswehrbefehlshaber, dass die SS in Divisionsstärke, in drei allerdings selbständigen Regimentern, aufgestellt und ausgerüstet werden würde⁶⁵. Welche Motive den Reichswehrminister geleitet haben, ist nicht eindeutig zu erkennen. Sicher erscheint, dass er einen Konflikt mit Hitler nicht in Erwägung zog. Die Heeresleitung, die in der SS von Anfang an die Parteitruppe erkannte und durch die Erfahrungen mit der SA gewarnt war, musste zwar die Entscheidungen und Anordnungen Hitlers und Blombergs akzeptieren, unternahm aber im Sinne ihrer Abschirmungspolitik in den folgenden Monaten und Jahren alles, um die Konkurrenz in Schranken zu halten. Beck, der sich mit diesem Komplex besonders intensiv beschäftigte, hat es in hartnäckigen und langwierigen Verhandlungen verstanden, den Einfluss der Heeresleitung auf die Ausbildung der SS-Einheiten auszubauen. Er hat das Inspektionsrecht zu einem effektiven Instrument der Überwachung ausgeformt und sich im Verein mit Fritsch erfolgreich gegen eine Ausstattung der Einheiten mit Artillerie gewehrt⁶⁶. Ergebnis dieser restriktiven Verfahrensweise der Heeresleitung war es, dass Himmler mit Hilfe des Sicherheitsdienstes (SD) eine regelrechte Verleumdungskampagne gegen das Heer inszenierte, die mit der Rede Hitlers auf der «Kundgebung der deutschen Führerschaft» am 3. Januar 1935 ein vorläufiges, die Reichswehr beruhigendes und befriedigendes Ende fand⁶⁷.

Einen Monat später erließ Hitler jedoch eine Weisung, in der sein ganzes taktisches Geschick und seine zielbewusste Beharrlichkeit zum Ausdruck kamen. Die SS-Einheiten wurden hinsichtlich der Vorbereitung auf ihre Kriegsverwendung im Frieden dem Reichswehrminister unterstellt, womit eine Forderung der Heeresleitung sanktioniert wurde. Gleichzeitig aber ordnete Hitler an, dass im Kriegsfall die SS-Formationen als Divisionsverband in das Heer eingegliedert werden sollten⁶⁸. Damit war der Absicht Becks, die SS-Einheiten im Kriegsfall als solche aufzulösen, ein Riegel vorgeschoben. Der Grabenkrieg zwischen Beck auf der einen und Himmler auf der anderen Seite um die Modalitäten der von beiden Seiten als vorläufig angesehenen Regelung des gegenseitigen Verhältnisses ging weiter. Die Auseinandersetzung erhielt durch die Ernennung Himmlers zum «Chef der Deutschen Polizei» am 17. Juni 1936 eine neue Dimension. An sich befürwortete Beck die zentrale Organisation der Polizeikräfte, er erhoffte sich dadurch vielleicht eine Ablenkung Himmlers vom militärischen Bereich.

65 Ebd., S. 147 f.; Reynolds, Beck, S. 47.

66 Müller, Heer, S. 148ff.; interessantes neues Material zu dieser Phase der Auseinandersetzung bietet Reynolds, Beck, S. 48 ff.

67 Zu dieser Krise vgl. vor allem die ausführliche Darstellung bei Müller, Heer, S. 154ff.; Reynolds, Beck, S. 52 f.; Domarus I. S. 468 ff.

68 Zum Erlass Hitlers vom 2. 2.1935 vgl. Müller, Heer, S. 151 ff.; Reynolds, Beck, S. 53 f.; Teilabdruck bei Kliemann, Waffen-SS, S. 20.

Doch als der Reichsführer-SS im November 1937 die Einsetzung eines «Höheren SS- und Polizeiführers» in jedem Wehrkreis für den Mobilmachungsfall anordnete, erkannte Beck die sich daraus ergebende Gefahr für eine einheitliche Mobilmachungsplanung der Wehrmacht, das heisst in diesem Fall der Wehrkreisbefehlshaber⁶⁹. Die von Beck bisher mit Erfolg betriebene Abschirmung des Heeres gegenüber den Ansprüchen der SS-Verfügungstruppe war von Himmler gerade durch die Konzentration der Polizeien in seiner Hand durchbrochen worden.

Als schliesslich der Reichsführer-SS im Januar 1938 zum zweiten Mal – und diesmal erfolgreich – den Sturz des Oberbefehlshabers des Heeres inszenierte, erwies sich, dass die Wehrmacht als politischer Faktor – im Gegensatz zum Januar 1935 – ihr Gewicht eingebüsst und das Offizierkorps des Heeres seine Homogenität verloren hatte. Damit waren sowohl Blombergs Politik, auf dem Wege über die ideologische Integration den bestimmenden Einfluss der Wehrmacht zu wahren, als auch die Abschirmungspolitik des Heeres gescheitert. Dieser Sachverhalt fand seine Bestätigung einerseits in den Bedingungen, unter denen General v. Brauchitsch die Nachfolge von Fritsch antrat⁷⁰, und andererseits in dem Erlass Hitlers vom 17. August 1938, mit dem die Stellung der bewaffneten SS-Verbände grundlegend verändert wurde⁷¹. Die SS-Verfügungstruppe unterstand nunmehr in Friedenszeiten allein dem Reichsführer-SS, jegliche Begrenzung der Stärke der bewaffneten SS-Verbände wurde aufgehoben. Die «Parteiarmee», die vom Offizierkorps aller drei Wehrmachtteile immer als Widerspruch zum Wesen der bewaffneten Macht, als alle militärischen Traditionen verleugnendes Element empfunden wurde, befand sich nunmehr auf dem Vormarsch. Zu einer Zeit, in der die auf Hitler fixierte ideologische Einheit der Wehrmacht als Folge der Politik Blombergs, der aussenpolitischen Erfolge Hitlers – die in der Annexion Österreichs ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht hatten – und der Auflösung der Homogenität des Offizierkorps durch die Aufrüstung weitgehend hergestellt war, gab der Oberbefehlshaber der Wehrmacht in seiner Eigenschaft als Parteiführer und Reichskanzler zu erkennen, dass er den Prozess der Gleichschaltung noch keineswegs für beendet hielt. Mit der SS-Verfügungstruppe trat nach Himmlers späteren Vorstellungen der Kern einer zukünftigen Wehrmacht auf den Plan, in der nach Hitlers Absicht verantwortliches militärisches Handeln durch «blinde Treue und blinden Gehorsam» ersetzt werden sollten.

69 Vgl. Buchheim, SS, S. 55ff. und S. 133ff. (dort Abdruck des Erlasses vom 13.11.1937); Reynolds, Beck, S. 56f. Vgl. hierzu auch Hüttenberger, Polykratie, S. 436, der auf die Festigung und den Machtgewinn des SS/SD/Gestapo-Komplexes ab 1936 hinweist.

70 Zu der «Wahlkapitulation» Brauchitschs vgl. Müller, Heer, S. 262ff., S. 268 f.; Messerschmidt, Wehrmacht, S. 210ff.; Reynolds, Beck, S. 118, S. 122.

71 Teilabdruck bei Klietmann, Waffen-SS, S. 26ff.; Höhne, Geschichte der SS, S. 414 ff.; Buchheim, SS, S. 200ff.; Müller, Heer, S. 345f. Vgl. auch Heeresadjutant bei Hitler, S. 15, S. 18f., S. 41.

4. Hitler und die operative Planung der Wehrmacht

Einen Monat vor dem SS-Erlass Hitlers, am 16. Juli 1938, hatte der Chef des Generalstabes des Heeres, General Beck, in einer Vortragsnotiz für seinen Oberbefehlshaber das exakte Gegenbild zu dem von Hitler gewünschten Soldatentyp in einprägsamen Sätzen formuliert: «Die Geschichte wird diese [militärischen] Führer mit einer Blutschuld belasten, wenn sie nicht nach ihrem fachlichen und staatspolitischen Wissen und Gewissen handeln. Ihr soldatischer Gehorsam hat dort eine Grenze, wo ihr Wissen, ihr Gewissen und ihre Verantwortung die Ausführung eines Befehls verbietet⁷².»

Mit den Denkschriften Becks aus dem Juli 1938 wurden die jahrelangen Auseinandersetzungen um die Spitzengliederung und um das Verhältnis der bewaffneten Macht zum nationalsozialistischen Regime durch die Erfahrungen der Blomberg-Fritsch-Krise und die Konkretisierung der kriegerischen Absichten Hitlers auf eine neue Ebene gehoben. Noch immer beherrschte den Generalstabschef die Vorstellung, dass es in erster Linie darum gehe, Hitler, den verantwortlichen Staatsmann, von dem Einfluss jener «radikalen» Kräfte gewissermassen zu befreien, die ihn in seinem Vorhaben, «die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen»⁷³, bestärkten oder auch nur willfährig unterstützten. Da nach seinem verantwortlichen Urteil die politischen und militärischen Konsequenzen einer derartigen Aktion zu dem vorgesehenen Zeitpunkt zur Katastrophe des Reiches führen mussten, war für ihn die Grenze des soldatischen Gehorsams erreicht. Er kündigte Brauchitsch nicht nur seinen Rücktritt an, falls «eine Sinnesänderung» Hitlers nicht zu erreichen sei, sondern forderte nach der Devise «aussergewöhnliche Zeiten verlangen aussergewöhnliche Handlungen» ein kollektives Vorgehen der Generalität des Heeres, um durch die Androhung eines gemeinsamen Rücktritts Hitler von seinem Kriegskurs abzubringen. Sollte dies gelingen, so war eine Auseinandersetzung mit den «radikalen» Kräften in Partei und Staat, vor allem mit der SS, nicht zu vermeiden. Beck schreckte vor dieser Konsequenz seiner militärpolitischen Lagebeurteilung nicht zurück. Er entwickelte Vorstellungen⁷⁴, die darauf hinausliefen, diesen Kampf mit Hilfe der Wehrmacht «für den Führer» mit dem Ziel einer Reform des «Dritten Reiches» zu führen. Jeden Gedanken an einen Putsch, an ein Komplott gegen Hitler oder gegen das nationalsozialistische Regime insgesamt wies er weit von sich.

Becks ganz ungewöhnliche, für einen deutschen Chef des Generalstabes geradezu revo-

72 Vortragsnotiz vom 16.7.1938, Müller, Heer, S. 321, sowie Reynolds, Beck, S. 133 ff. und 142 ff. Zu den Denkschriften Becks aus dem Sommer 1938 vgl. insgesamt Müller, Heer, S. 300ff., und Müller, Beck-Studien, S. 272ff., sowie die dort abgedruckten Dokumente Nr. 44-54.

73 Formulierung aus der Weisung vom 30. 5.1938, IMT, Bd. 25, S. 434.

74 Zu der Vortragsnotiz vom 19.7.1938 vgl. Foerster, Beck, S. 124ff.; Müller, Heer, S. 326ff.; Reynolds, Beck, S. 145ff.; Müller, Beck-Studien, S. 304ff.

lutionäre Initiative endete mit seiner eher sang- und klanglosen Verabschiedung am 21. August 1938, deren Bedingungen er gehorsam erfüllte⁷⁵. Der Ablauf der Ereignisse, die Gründe für das schliessliche Scheitern der Aktion sind vielfach geschildert und erörtert worden. Die Weigerung des Oberbefehlshabers des Heeres, den Gedankengängen seines Generalstabschefs zu folgen, die nur halbherzige Unterstützung der Beckschen Ansichten durch die am 4. August 1938 in Berlin versammelten Gruppenbefehlshaber und Kommandierenden Generale und schliesslich die mit allem Nachdruck einsetzenden Gegenmassnahmen Hitlers zwangen Beck in die Resignation⁷⁶. Die illusionäre Vorstellung, zwischen Hitler und den «radikalen» Kräften seiner Umgebung unterscheiden zu können, teilte Beck mit der Mehrzahl seiner Zeitgenossen. Sie war die Folge der «Teilidentität der Ziele», die seit 1933 die militärische Führung wie die Repräsentanten anderer Gruppen und Schichten der Bevölkerung an das nationalsozialistische Regime und Hitler band und die letztlich komplikationslose ideologische Gleichschaltung ermöglichte.

Das Zögern, die Inaktivität der Generalität, erklärt sich jedoch weniger aus den von Beck aus dieser Vorstellung abgeleiteten Konsequenzen, als vielmehr aus seiner allgemeinen militärischen und militärpolitischen Lagebeurteilung. Brauchitsch und die Generale stimmten mit Beck völlig darin überein, dass die Wehrmacht einem europäischen Krieg nicht gewachsen sei, dass ein Weltkrieg das Ende des Reiches bedeuten würde⁷⁷. Sie teilten jedoch nicht die Überzeugung Becks, dass der Konflikt mit der Tschechoslowakei die Konfrontation mit den Westmächten notwendigerweise impliziere. Das hatte militärische und politische Gründe. Sie leugneten nicht die Möglichkeit einer derartigen Konfrontation, war sie doch selbst in der Weisung Hitlers vom 30. Mai 1938 für den «Zweifrontenkrieg mit dem Schwerpunkt Südost» eingeräumt worden⁷⁸, aber in dieser Frage hatte für sie das politische Urteil des Reichskanzlers mehr Gewicht als das des Generalstabschefs. Hitler hatte seit 1933 seine politischen Fähigkeiten in einem Masse unter Beweis gestellt, dass Zweifel an seiner politischen Urteilsfähigkeit nur von einer sehr grundsätzlichen, oppositionellen Position aus artikuliert werden konnten.

Hitler jedenfalls war der Überzeugung und vertrat sie mit Vehemenz vor den Generalen, dass weder Frankreich noch England in der Lage und willens seien, wegen der Tschechoslowakei einen Konflikt mit dem Reich zu riskieren. Allerdings hatte er bereits in der Weisung vom 30. Mai als militärische Voraussetzung für seine politische Einschätzung die Fähigkeit der Wehrmacht bezeichnet, schon «in den ersten 2 bis 3 Tagen» eine Lage zu schaffen, die den «interventionlüsternen gegnerischen Staaten die Aussichts-

75 Müller, Heer, S. 339ff.; Reynolds, Beck, S. 153ff.

76 Zum Ablauf der Besprechungen am 4.8. sowie zu den Erklärungen Hitlers vor der Generalität am 10. und 14.8.1938 vgl. Müller, Heer, S. 333ff., und S. 338ff.

77 Vgl. das Zeugnis des Freiherrn v. Weichs über das Ergebnis der Besprechung vom 4.8.1938, ebd..S. 335.

78 Vgl. Weisung vom 30.5.1938, IMT, Bd. 25, S. 434.

losigkeit der tschechischen militärischen Lage vor Augen» führen würde. Und in der Beurteilung dieser Fähigkeiten offenbarte sich die eigentliche Schwäche der Beckschen Position. Die generalstabsmässige Überprüfung dieses Komplexes ergab, dass die Wehrmacht in der Lage sein würde, die tschechoslowakischen Streitkräfte in relativ kurzer Zeit zu bezwingen, sehr viel schneller jedenfalls als in drei Wochen, wie Beck Anfang Juni veranschlagt hatte⁷⁹. Die Basis seiner militärpolitischen Argumentation, die Fähigkeit zu einer nüchternen militärischen Lagebeurteilung, wurde damit erschüttert. So zutreffend seine Beurteilung der europäischen Folgen eines deutsch-tschechoslowakischen Konfliktes sich auch erweisen sollte, sie verlor im Kreis der Befehlshaber und Generalstabsoffiziere in dem Moment an Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit, in dem sich seine militärische Lagebeurteilung als unzutreffend herausstellte. Beck zog mit dem Entschluss, seine Enthebung vom Posten des Generalstabschefs zu beantragen, die einzig mögliche Konsequenz aus dieser für ihn untragbar gewordenen Situation.

Mit dem Rücktritt Becks – vier Tage nach dem SS-Erlass Hitlers – war die Politik der Abschirmung des Heeres gegenüber der Partei und ihren Organisationen endgültig gescheitert. Vor allem manifestiert sich in der Auseinandersetzung Becks mit der Kriegspolitik Hitlers das unauflösbare Dilemma einer gegen diese Politik gerichteten militärischen Opposition, die sich durch die «Teilidentität der Ziele», das heisst in diesem Falle durch das Festhalten an einer politisch wie militärisch aggressiven Grossmacht-politik, und durch eine zügellose Aufrüstung selbst die Basis entzogen hatte. Die Niederlage Becks hatte darüber hinaus zur Folge, dass nunmehr auch in dem ureigensten Bereich der militärischen Führung, dem der umfassenden operativen Kriegsvorbereitung, die Eingriffe des Oberbefehlshabers der Wehrmacht, Hitlers, sich häuften und sich voll durchsetzen konnten. Die «Gleichschaltung» der Wehrmacht auf dem Gebiet der operativen Planung vollzog sich nach dem Ausscheiden Becks bis zum Kriegsbeginn Anfang September 1939 rasch und ohne wesentliche Friktionen.

Die erste, bereits mehrfach erwähnte, umfassende und im Text vorliegende «Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht» war unter dem Datum des 24. Juni 1937 vom Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht erlassen worden⁸⁰. Sie trat mit Wirkung vom 1. Juli 1937 an die Stelle einer entsprechenden Weisung aus dem Juni 1936, die bisher unbekannt geblieben ist. In den Allgemeinen

79 Vgl. Müller, Heer, S. 314 und S. 336; Reynolds, Beck, S. 139f.; zum tschechoslowakischen Verteidigungssystem vgl. Zorach, Fortifications, S. 81 ff.; zu dem entscheidenden fachmilitärischen Komplex vgl. nunmehr die eindringliche und überzeugende Analyse von Müller, Beck-Studien, S. 298ff.; sowie ders., Militärpolitik, S. 333ff.; ders., Militärpolitische Konzeptionen, S. 159 ff.

80 IMT, Bd. 34, S. 734ff. Zur Interpretation vgl. Meinck, Aufrüstung, S. 127ff.; Robertson, Pre-War Policy, S. 90ff.; Müller, Heer, S. 211, S. 236ff.; Dülffer, Weisungen, S. 651; Geyer, Aufrüstung, S. 429ff.; umfassende Interpretation aus der Sicht Becks nunmehr bei Müller, Beck-Studien, S. 243ff., in der die ganze Realitätsferne des Beckschen Konzepts «einer aktiven militärischen Revisionspolitik unter Vermeidung eines grossen Krieges» – das im Übrigen an Tirpitz erinnert – zum Ausdruck kommt. Völlig unzureichende Interpretation bei Cooper, German Army, S. 49 ff.

Richtlinien (Teil 1), die der Beschreibung der Voraussetzungen, Aufgaben und Aufträge der wahrscheinlichen Kriegsfälle (Teil 2) und den Bearbeitungshinweisen für bestimmte Sonder-Vorbereitungen (Teil 3) vorausging, wurde festgestellt, dass aufgrund der allgemeinen politischen Lage «Deutschland mit keinem Angriff von irgendeiner Seite zu rechnen» habe. Auch Deutschland beabsichtige nicht, «einen europäischen Krieg zu entfesseln». Dennoch sei eine «stete Kriegsbereitschaft der deutschen Wehrmacht» notwendig, um «Angriffen jederzeit entgegenzutreten» und um «politisch günstige Gelegenheiten militärisch ausnutzen zu können». Dieser letzte Punkt wurde durch die Aufforderung ergänzt, die Vorbereitungen für eine «Mobilmachung ohne öffentliche Verkündung» weiter voranzutreiben, um «einen Krieg überfallartig nach Stärke und Zeitpunkt überraschend beginnen zu können». Die Weisung beschrieb nur zwei wahrscheinliche Kriegsfälle: den Zweifrontenkrieg mit Schwerpunkt West (Aufmarsch «Rot») und den Zweifrontenkrieg mit dem Schwerpunkt Südost (Aufmarsch «Grün»). Im Fall «Rot» sah die Weisung eine rein defensive Kriegführung gegen Frankreich vor, wobei die Rhein-Schwarzwald-Linie gegen die erwartete französische Offensive gehalten werden sollte. Der Fall «Grün» war eine Variation des Falles «Rot», bei dem ebenfalls mit einer «feindseligen Haltung» der Tschechoslowakei und Russlands gerechnet worden war. Dem Fall «Grün» lag die Absicht zugrunde, dem «bevorstehenden Angriff einer überlegenen Koalition», bestehend aus Frankreich, der Tschechoslowakei und Russland, «mit einer überraschenden deutschen Operation gegen die Tschechoslowakei» zuvorzukommen. «Zweck und Ziel dieses Überfalls» sollte es sein, die tschechoslowakische Wehrmacht zu «zerschlagen», «Böhmen und Mähren» – also nicht die Slowakei – zu besetzen, um auf diese Weise «für den Kampf im Westen» die Rückenbedrohung durch die Tschechoslowakei für «die Dauer des Krieges» auszuschalten. Im dritten Teil der Weisung waren die Sonderfälle aufgeführt, die nur innerhalb der Oberkommandos der Wehrmachtsteile bearbeitet, «durchdacht»⁸¹ werden sollten. Es handelte sich um Überlegungen zu einer bewaffneten deutschen Intervention gegen Österreich für den Fall einer Restauration der Habsburgischen Monarchie (Sonderfall «Otto») und um Vorbereitungen für den Fall kriegerischer Verwicklungen mit Rotspanien (Sonderfall «Richard»). Besonderes Interesse beansprucht der Sonderfall «Erweiterung Rot/Grün», bei dem eine mögliche Verschlechterung der militärpolitischen Ausgangslage der Fälle «Rot» und «Grün» durchdacht werden sollte. Dabei wurde angenommen, dass England, Polen und Litauen einzeln oder gemeinsam der feindlichen Koalition beitreten würden. Die dann entstehende Lage wurde in der Weisung wie folgt charakterisiert: «Damit würde unsere militärische Lage in einem unerträglichen Masse, sogar bis zur Aussichtslosigkeit verschlechtert werden. Die politische Führung wird deshalb alles unternehmen, um diese Länder, vor allem England und Polen, neutral zu erhalten.»

81 Vgl. hierzu Görlitz, Keitel, S. 95; die Formel trägt Kompromisscharakter.

Vergleicht man die Weisung mit den von Groener sieben Jahre zuvor verfüigten «Aufgaben der Wehrmacht»⁸², so tritt der radikale Wandel der militärpolitischen Lage ein-drucksvoll zutage. Nicht mehr die «Notwehr» oder der Einsatz der Wehrmacht bei günstiger Gelegenheit im Rahmen des als existenzsichernd anerkannten kollektiven Sicherheitssystems standen im Mittelpunkt, sondern die Überlegungen kreisten um das Problem eines europäischen Mehrfrontenkrieges, der von deutscher Seite nicht nur defensiv geführt werden sollte. Groener hatte als Vorbedingung eines möglichen Einsatzes der Reichswehr «bestimmte Erfolgsaussichten» gefordert und hatte auch sehr nachdrücklich rüstungswirtschaftliche Gesichtspunkte und Forderungen in die Beschreibung der Aufgaben und Einsatzvorhaben der Reichswehr einbezogen. Hiervon ist in der Weisung Blombergs nichts mehr zu spüren. In ihr kam «ein rein instrumental-technisches Denken» zum Ausdruck, «das jederzeit für jeden Zweck manipulierbar» schien⁸³ und das Groener fremd geliebt war.

Im Übrigen hatte der Fall «Rot» seinen Vorläufer in der Weisung Blombergs vom 25. Oktober 1933⁸⁴, und für den Fall «Grün» hatte der Oberbefehlshaber der Wehrmacht bereits Anfang Mai 1935 die Ausarbeitung einer operativen Studie unter dem Decknamen «Schulung» angeordnet⁸⁵. Die Reaktion auf die operativen Weisungen Blombergs und seines Wehrmachtamtes beim Oberbefehlshaber und im Generalstab des Heeres ist bereits mehrfach detailliert untersucht worden. Danach richtete sich die Kritik der Heeresführung nicht prinzipiell gegen die in den Weisungen zum Ausdruck kommende militärische und politische Zielsetzung. Fritsch und Beck wandten sich zwar bei «Schulung» und «Otto» gegen die ihrer Meinung nach völlig unzureichende Berücksichtigung der militärpolitischen und rüstungsmässigen Situation des Reiches, aber ihr Zorn richtete sich in erster Linie und in aller Schärfe gegen die Institution und die wachsenden Kompetenzen des Wehrmachtamtes. Beck protestierte aus guten Gründen gegen «Schulung». Gegen den Fall «Grün» unterblieb der Widerspruch, wohl weil er in den von Beck in jedem Falle erwarteten europäischen Mehrfrontenkrieg eingebettet war. Da der Sonderfall «Otto» dieser durchaus begründeten Maxime Becks nicht entsprach, liess er ihn im Generalstab nicht bearbeiten und nahm dann doch im März 1938 auf Befehl Hitlers die militärischen Vorbereitungen der Annexion Österreichs mit Nachdruck in die Hand⁸⁶. Nichts charakterisiert die Auseinandersetzung zwischen den Institutionen besser als die Tatsache, dass die Heeresführung auf die operative Weisung vom Juni 1937 mit der Denkschrift über die «Wehrmachtspitzengliederung und Führung der Wehrmacht im Kriege» vom August 1937 antwortete⁸⁷.

82 Vgl. S. 453 ff.

83 Müller, Heer, S. 237.

84 IMT, Bd. 34, S. 488ff.; hierzu Robertson, Pre-War Policy, S. 26; Geyer, Aufrüstung, S. 362 f.; vgl. im Übrigen S. 506.

85 Vgl. S. 605f.

86 Müller, Heer, S. 236 ff.; vgl. auch Müller, Beck-Studien, Dokument Nr. 41; sowie die Schilderung bei Irving, Hitlers Weg, S. 170ff.

87 Zu den Reaktionen der Marine auf die operativen Weisungen der Wehrmachtführung

Die Erklärungen Hitlers bei der Besprechung mit Blomberg, Neurath und den Oberbefehlshabern der Wehrmachtteile⁸⁸ am 5. November 1937 änderten die Ausgangslage für die operative Planung der Wehrmacht in einem wesentlichen Punkte. Die bisherige Planung – und hierfür ist die Weisung vom 24. Juni 1937 ein gutes Beispiel – ging in der herkömmlichen Weise von der Frage aus, wie das militärische Problem des Zweifrontenkrieges zu lösen sei. Der politische Rahmen orientierte sich im Wesentlichen an den durch die Pariser Vorortverträge geschaffenen Verhältnissen. Die operative Planung enthielt durchaus auch offensive Elemente im Allgemeinen revisionistischen Sinne, doch fehlte bisher eine eindeutige politische Zielsetzung. Mit der Erklärung Hitlers vom 5. November 1937, dass das «Ziel der deutschen Politik... die Sicherung und die Erhaltung der Volksmasse und deren Vermehrung» sei, es sich daher um ein «Problem des Raumes» handele und dieses Problem nur auf dem «Weg der Gewalt», der «niemals risikolos» sei, gelöst werden könne, war diese politische Zielsetzung gegeben. Konkret ging Hitler nicht über die bereits in den Fällen «Grün» und «Otto» bezeichneten territorialen Ziele hinaus, liess aber erkennen, dass dies nur der erste Schritt auf dem Wege zu der von ihm angestrebten Gesamtlösung war. Von nun an wurde die generalstabsmässige Routinearbeit von der Dynamik seines politischen Willens erfasst und unter Druck gesetzt. Für Hitler waren nur noch das «Wann» und das «Wie» offene Fragen, deren Beantwortung er sich vorbehielt. Beck, der in seiner Denkschrift vom 12. November 1937 unter Verkenning der Dimensionen der von Hitler an visierten Expansion des «Lebensraumes» die geplante Durchführung der Aktionen gegen die Tschechoslowakei und Österreich in ihren politischen und militärischen Voraussetzungen in aller Schärfe kritisiert hatte⁸⁹, wurde im März 1938 als erster mit der Entschlossenheit Hitlers konfrontiert, Zeitpunkt und Modus des militärischen Handelns nach eigenem Urteil festzulegen, und scheiterte im Sommer 1938 bei seinem Versuch, diese Konstellation grundsätzlich oder auch nur im Detail zu ändern.

Die Umsetzung der neuen politischen Zielsetzung in militärische Direktiven erfolgte auf Initiative des Chefs der Abteilung Landesverteidigung im Wehrmachtamt, Oberst i. G. Jodl. Nach Vorankündigung durch den Reichskriegsminister wurde am 21. Dezember 1937 der Teil der Weisung vom 24. Juni 1937, der sich mit dem Fall «Grün»

vgl. vor allem Gemzell, Raeder, S. 45ff., S. 58ff., S. 113ff.; Gemzell, Organization, S. 278ff., S. 285 ff. Für den Bereich der Luftwaffe dagegen lassen sich die Reaktionen kaum fassen, vgl. Völker, Luftwaffe, S. 71 ff; vgl. S. 495 f.

88 Zur Konferenz vom 5.11.1937 vgl. vor allem Beitrag Messerschmidt, S. 752ff., und die dort zitierte reichhaltige Literatur. Vgl. auch Carr, Rüstung, S. 438 ff., sowie die ältere Arbeit von Meinck, Aufrüstung, S. 173ff. Zur Reaktion des Militärs vgl. Müller, Heer, S. 243ff., und Reynolds, Beck, S. 102 f. Zum rüstungswirtschaftlichen Hintergrund der Konferenz vgl. im Übrigen S. 561 f.

89 Müller, Heer, S. 249ff.; Reynolds, Beck, S. 104ff. Vgl. hierzu vor allem die eindringliche und überzeugende Analyse bei Müller, Beck-Studien, S. 248ff., sowie Dokument Nr. 43. Abweichende Interpretation bei Salewski, Bewaffnete Macht, S. 190 ff.

beschäftigte, durch eine neue Fassung ersetzt⁹⁰. In ihr hiess es: «Hat Deutschland seine volle Kriegsbereitschaft auf allen Gebieten erreicht, so wird die militärische Voraussetzung geschaffen sein, einen Angriffskrieg gegen die Tschechoslowakei und damit die Lösung des deutschen Raumproblems auch dann zu einem siegreichen Ende zu führen, wenn die eine oder andere Grossmacht gegen uns eingreift.» Das war eine sehr restriktive Auslegung der Ausführungen Hitlers, denn dieser sah mit der Zerschlagung der Tschechoslowakei das deutsche Raumproblem noch keineswegs als gelöst an, und die Formel der vollen Kriegsbereitschaft auf allen Gebieten war ausserordentlich dehnbar. Im Ergebnis wurden die offensiven – nunmehr aggressiven – Elemente der Weisung vom Juni 1937 wesentlich verstärkt, sie blieb aber als Ganzes erhalten.

Als Folge der Blomberg-Fritsch-Krise, der damit verbundenen institutioneilen Veränderungen und als Folge der Annexion Österreichs trat der bestimmende Wille Hitlers bei der operativen Planung der Wehrmacht noch deutlicher zutage. Am 21. April erhielt der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht den Auftrag, den Fall «Grün» neu zu bearbeiten, die Fassung vom 21. Dezember 1937 entsprach nicht mehr den Absichten Hitlers. Aus der Aufzeichnung über die Besprechung vom 21. April geht hervor, dass Hitler ein «blitzartiges Handeln aufgrund eines Zwischenfalls» bevorzugte und dafür bereits sehr konkrete Ansichten über das «Wie» des militärischen Ablaufs entwickelte⁹¹. Keitel legte den Entwurf der Neufassung eigenartigerweise Hitler erst am 20. Mai vor. In seinem Begleitschreiben betonte er, dass neue «strategische Weisungen» mit Wirkung vom 1. Oktober 1938 für das Mobilmachungsjahr 1938/39 gegeben werden müssten und dass die Neufassung für die Zwischenzeit der durch die Annexion Österreichs veränderten strategischen Lage Rechnung trage⁹². Die hinter diesem Hinweis verborgene Intention des Oberkommandos der Wehrmacht dürfte dahin gegangen sein, wie im Jahre zuvor im Juni eine umfassende Weisung für die «einheitliche» Kriegsvorbereitung der Wehrmacht zu erlassen. Doch die Konzentration Hitlers auf die tschechische Frage durchkreuzte diese Absichten. Die umfassende Weisung blieb im Entwurf stecken, die operative Planung der Wehrmacht löste sich unter dem bestimmenden Einfluss Hitlers in Direktiven für einzelne, dem aktuellen Geschehen folgende Aufgaben auf. Die Instrumentalisierung der

90 Müller, Heer, S. 246 f.; Dülffer, Weisungen, S. 651 f. Text der Weisung vom 7.12.1937 in IMT, Bd. 34, S. 745ff.; Weisung vom 21.12.1937 in ADAP, D, Bd. VII, S. 547ff. Die Weisung entspricht in ihren zitierten Passagen durchaus dem Konzept Becks, vgl. Müller, Beck-Studien, S. 261 ff. Vgl. auch Beitrag Messerschmidt, S. 754 f.

91 IMT, Bd. 25, S. 415 ff.; Dülffer, Weisungen, S. 655, S. 705; Görlitz, Keitel, S. 182f.; Robertson, Pre-War Policy, S. 121; Müller, Heer, S. 300ff.; Reynolds, Beck, S. 133 ff.; Heeresadjutant bei Hitler, S. 27 f., S. 33.

92 IMT, Bd. 25, S. 422 ff.; Müller, Heer, S. 307f.; Dülffer, Weisungen, S. 705. Es spricht nichts dafür, dass die Entwürfe vom 18. 6. und 7. 7.1938 (IMT, Bd. 25, S. 445ff.; Dülffer, Weisungen, S. 706f.) ausgefertigt wurden. In späteren Weisungen ist nie auf sie Bezug genommen worden.

Wehrmacht, ihre «Gleichschaltung», erfasste demnach schon zu diesem Zeitpunkt auch das Gebiet der operativen Kriegsvorbereitungen.

Nach der Unterredung mit Keitel am 21. April und nach der als Provokation empfundenen tschechoslowakischen Teilmobilmachung vom 20. Mai beschäftigte sich Hitler mit grosser Intensität über Monate hinweg mit den militärischen Vorbereitungen für eine gewaltsame Lösung der «tschechischen Frage» und mit dem Aufbau eines Verteidigungsgürtels im Westen gegen Frankreich und Belgien. Bei beiden Projekten nahm er seine Funktion als Reichskanzler und Oberbefehlshaber in einer Weise wahr, die das bisherige Gefüge der Verantwortlichkeiten im militärischen Bereich sprengte. Er beauftragte nicht nur den «Generalinspektor für das deutsche Strassenwesen», Fritz Todt, mit der Durchführung von Baumassnahmen im Rahmen des Westwallbauprogramms, er befahl auch den Einsatz des Reichsarbeitsdienstes und der im Westen stationierten Truppenteile und diktierte selbst eine ausführliche und detailreiche «Denkschrift zur Frage unserer Festungsanlagen», die er den Oberkommandos der Wehrmacht und der Wehrmachtteile zur Kenntnis brachte. Die entsprechende Abteilung des Generalstabes des Heeres, der Inspekteur der Pioniere und Festungen, und die Heeresführung insgesamt spielten für Hitler bei diesem Vorhaben nur noch eine untergeordnete, durch ihre Bedächtigkeit und Kritik schliesslich ärgerliche Rolle. Die Beanspruchung des Arbeitsmarktes und des Transportsystems sowie der zusätzliche Rohstoffbedarf durch das Projekt ist von Hitler weder in Rechnung gestellt noch mit den zuständigen Instanzen und Persönlichkeiten, insbesondere mit Göring, besprochen worden⁹³. Der politische Entschluss, die Tschechoslowakei zu zerschlagen, blieb allein massgebend.

Diesen Entschluss teilte Hitler am 28. Mai dem Oberbefehlshaber des Heeres anlässlich einer Versammlung von Repräsentanten der Wehrmacht, der Partei und des Staates in der Reichskanzlei persönlich mit. In der Ansprache, die er bei dieser Gelegenheit hielt, liess er im Übrigen keinen Zweifel daran, dass ihn auch ein drohender Konflikt mit den Westmächten nicht von seinem Entschluss abbringen werde⁹⁴. Zwei Tage später unterzeichnete er die neue Fassung der Weisung für den Fall «Grün» in einer gegenüber dem Entwurf Keitels vom 20. Mai wesentlich verschärften Form⁹⁵. Sie begann mit dem berühmt-berüchtigten Satz: «Es ist mein unabänderlicher Entschluss, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen.» Die Wehrmacht wurde angewiesen, «die Vorbereitungen... unverzüglich zu treffen». Und wiederum beliess es Hitler nicht bei dieser generellen Weisung, sondern schaltete sich intensiv in

93 Zum Festungsbauprogramm im Westen vgl. Görlitz, Keitel, S. 184ff., S. 193ff.; IMT, Bd. 25, S. 429, S. 432, S. 443; Förster, Befestigungswesen, S. 45ff., S. 113, S. 123ff. (Denkschrift Hitlers); Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 49, S. 462ff.; Heeresadjutant bei Hitler, S. 26ff., S. 32f.; Mason, Arbeiterklasse, S. 106f., S. 152ff.; Dülffer, Beginn des Krieges, S. 457, S. 470, und – mit wichtigem neuen Material – Irving, Hitlers Weg, S. 230ff., 245f., 287, 293, 378, 505.

94 Müller, Heer, S. 307 f.; Reynolds, Beck, S. 135 f.

95 IMT, Bd. 25, S. 433ff.; Dülffer, Weisungen, S. 706.

diese Vorbereitungen ein. Er liess sich nicht nur über den Zustand und die Belegung der tschechischen Befestigungen, über die Ausrüstung der tschechoslowakischen Armee unterrichten, sondern befasste sich in derselben Weise auch mit den für den Einsatz vorgesehenen deutschen Kräften – und zog daraus seine Schlussfolgerungen. Als der neue Chef des Generalstabes des Heeres, General Halder, ihm Ende August den Operationsplan vortrug, nach dem mit einer koordinierten Offensive aus dem schlesischen und österreichischen Raum ein Ausweichen der tschechoslowakischen Armee aus Böhmen und Mähren verhindert werden sollte, beschränkte sich Hitler auf die Kritik einzelner Punkte. Doch stellte sich bald heraus, dass er bezüglich des Ansatzes der motorisierten Kräfte, insbesondere der Panzerdivisionen, anderer Ansicht war als der Generalstabschef. Er verlangte ihre Konzentration bei der aus dem fränkisch-bayerischen Raum gegen Pilsen-Prag vorstossenden 10. Armee. In zwei dramatischen Besprechungen mit Brauchitsch und Halder Anfang September 1938 setzte er seinen Willen durch⁹⁶. Auch der Generalstab des Heeres war damit zum blossen Erfüllungsgehilfen Hitlers geworden.

München hatte Hitler um den militärischen Triumph gebracht, auf den er alle seine Energien in den Monaten zuvor konzentriert hatte, und das schliesslich erzielte Ergebnis befriedigte ihn nicht. Am Tage nach dem Abschluss der Besetzung der sudetendeutschen Gebiete richtete er daher über seinen Wehrmachtadjutanten Schmundt Fragen an Keitel, die nur den Schluss zuliessen, dass er sich bereits mit dem Gedanken der Besetzung von ganz Böhmen und Mähren beschäftigte. Zehn Tage später erliess er eine Weisung an die Wehrmachtteile, in der die «Erledigung der Rest-Tschechei» als eine der Aufgaben bezeichnet wurde, auf die das Heer und die Luftwaffe jederzeit vorbereitet sein müssten⁹⁷. In einer ergänzenden Weisung vom 17. Dezember 1938 hatte das überfallartig und ohne besondere Mobilmachungsmassnahmen durchzuführende Vorhaben auf Anweisung Hitlers nach aussen den Charakter einer blossen «Befriedigungsaktion» anzunehmen⁹⁸. Die Vorbereitungen sollten entsprechend getroffen werden, und in diesem Rahmen lief die Aktion am 15. März 1939 dann auch ab.

Mit der Weisung vom 21. Oktober 1938 hatte das Oberkommando der Wehrmacht noch einmal den Versuch unternommen, an die Weisung vom Juni 1937 für eine «einheitliche» Kriegsvorbereitung anzuknüpfen. Der erste Satz lautete: «Die künftigen Aufgaben der Wehrmacht und die sich daraus ergebenden Vorbereitungen für die Kriegführung werde ich später in einer Weisung niederlegen.» Doch dazu kam es vorerst nicht. Zwar behandelte der erste Punkt der Weisung in etwas ausführlicherer Weise die allgemeine Aufgabe der «Sicherung der Grenzen» und den «Schutz gegen überraschende Luftangriffe», aber die weiteren Teile betrafen wiederum Einzelfälle, eben die «Erledigung

96 IMT, Bd. 25, S. 426ff.; Görlitz, Keitel, S. 190f.; Heeresadjutant bei Hitler, S. 36f., Irving, Hitlers Weg, S. 254ff.; Murray, Change, S. 225ff.

97 IMT, Bd. 25, S. 520ff.; ebd., Bd. 34, S. 477ff.; Dülffer, Weisungen, S. 707ff.

98 IMT, Bd. 34, S. 483 f.

der Rest-Tschechei» und die «Inbesitznahme des Memellandes»⁹⁹. Einen Monat später wurde noch ein weiteres mögliches «Unternehmen», die «handstreichartige Besetzung von Danzig», in einem Nachtrag behandelt¹⁰⁰.

Gemessen an der Weisung vom Juni 1937, die unter Annahme bestimmter politischer Konfliktsituationen der gesamten bewaffneten Macht des Reiches ihre Aufgaben zugewiesen und den Wehrmachtteilen deutlich umschriebene Aufträge erteilt hatte, die in den Gesamtzusammenhang eingepasst waren, richtete sich die Planungsarbeit der Wehrmacht seit dem Frühjahr 1938 somit immer mehr nach den aktuellen, kurzfristigen politischen Absichten Hitlers. Für die nach den Äusserungen Hitlers durchaus denkbaren Konfliktfälle mit Frankreich und/oder England bestanden zum Beispiel keine wehrmachteinheitlichen Direktiven für die notwendigen Planungsarbeiten der Führungsstäbe. Die Situation ähnelte derjenigen auf dem Rüstungssektor, eine effektive Wehrmachtführung existierte weniger denn je.

Nach der Besetzung der «Rest-Tschechei» am 15. März und des Memelgebietes am 23. März 1939 äusserte sich Hitler gegenüber dem Oberbefehlshaber des Heeres, Brauchitsch, zum ersten Mal am 25. März konkret über seine weiteren Absichten¹⁰¹. Zunächst erklärte er, dass er das Problem Danzig nicht gewaltsam lösen und damit Polen in die Arme Englands treiben wolle. Die Möglichkeit eines *fait accompli* schloss er allerdings nicht aus. Dann wandte sich Hitler der «polnischen Frage» zu, die er «vorläufig» nicht zu «lösen» gedenke, die nun aber generalstabsmässig bearbeitet werden solle. Komme es zu einem Konflikt, dann müsse Polen «so niedergeschlagen werden, dass es in den nächsten Jahrzehnten als politischer] Faktor nicht mehr in Rechnung gestellt» zu werden brauche. Die deutsche Grenze solle dann weit nach Osten vorgeschoben werden. Er beabsichtige zwar nicht, in die Ukraine vorzustossen, aber an die Errichtung eines ukrainischen Staates könne man immerhin denken. Die Niederwerfung Polens und die Annexion bedeutender Teile des polnischen Staatsgebietes zeichneten sich damit als die nächsten territorialen Ziele Hitlers ab. Nach dem Zeugnis Keitels hatte Hitler sich bereits im Zusammenhang mit der Weisung vom 24. November 1938 über die Inbesitznahme Danzigs intensiv mit der militärischen Lage gegenüber Polen beschäftigt und sich ausserordentlich abfällig über die dortigen Befestigungsanlagen geäussert¹⁰². Aber erst mit der Auftragserteilung an Brauchitsch, den späteren Fall «Weiss» im Generalstab bearbeiten zu lassen, war für die militärische Führung ein neues Stadium Hitlerscher Expansionspolitik erreicht.

Es charakterisiert das auch in anderen Bereichen immer wieder zu beobachtende, jede formale «Zuständigkeit» missachtende Verhalten Hitlers, dass sein eigener militäri-

99 Hierfür war bereits am 18. 3.1938 eine Weisung ergangen (ADAP, D, Bd. VII, S. 551 f.), die jetzt noch einmal bestätigt wurde.

100 Weisung vom 24.11.1938, IMT, Bd. 34, S. 481 ff.; Dülffer, Weisungen, S. 709.

101 IMT, Bd. 38, S. 274ff.; Dülffer, Weisungen, S. 710; Müller, Heer, S. 390f. Zur politischdiplomatischen Entwicklung der «Polen»-Frage vgl. Beitrag Messerschmidt, S. 809ff., 824ff.

102 Görnitz, Keitel, S. 196f.; Müller, Heer, S. 382f.

scher Stab, das Oberkommando der Wehrmacht, zunächst nicht über den neuen Auftrag informiert wurde. Eine Bearbeitung des Falles «Weiss» war aber nur dann sinnvoll, wenn auch die beiden anderen Wehrmachtteile beteiligt wurden. Keitel versuchte daher, nachdem er von der «Willensmeinung» Hitlers erfahren hatte, möglichst rasch diesen für das Oberkommando der Wehrmacht gefährlichen Präzedenzfall aus der Welt zu schaffen. Gleichzeitig bemühte er sich, die operativen Planungsarbeiten der Wehrmachtteile durch eine umfassende Direktive zu koordinieren. So kündigte er bereits mit seinem Schreiben vom 3. April die Herausgabe einer «Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht für 1939/40» an und suchte damit erneut an die Weisung vom Juni 1937 anzuknüpfen¹⁰³. Wiederum aber konnte er nur einen Teil dieser Weisung – eben zum Fall «Weiss» – übersenden, die anderen Teile sollten später herausgegeben werden.

Bei der Beschreibung der politischen Voraussetzungen und der Zielsetzung, die ebenso wie der Abschnitt über die militärischen Folgerungen und die Aufgaben der Wehrmacht auf Hitler selbst zurückgehen sollen¹⁰⁴, wurde eine eher verschleierte Sprache gewählt. Das deutsche Verhältnis zu Polen bleibe weiter von dem Grundsatz bestimmt, «Störungen zu vermeiden». Nehme Polen aber eine drohende Haltung ein, so könne «eine endgültige Abrechnung» erforderlich werden. In diesem Falle sei es die Aufgabe der politischen Führung, Polen zu isolieren und den Krieg auf Polen zu beschränken. Der Fall «Weiss» sei daher keineswegs als die «Vorbedingung einer militärischen Auseinandersetzung mit den Westgegnern anzusehen», deren Gegnerschaft nach wie vor die «grossen Ziele im Aufbau der deutschen Wehrmacht» bestimmten. Aufgabe der Wehrmacht im Fall «Weiss» sei es, «die polnische Wehrmacht zu vernichten», hierzu seien Vorbereitungen für einen «überraschende [n] Angriffsbeginn» zu treffen. Keitel teilte den Oberkommandos noch mit, dass die Bearbeitung so zu erfolgen habe, dass der Fall «Weiss» ab 1. September 1939 jederzeit durchgeführt werden könne. Obwohl die Aufträge für die Wehrmachtteile in der Weisung schon relativ detailliert umschrieben worden waren, verlangte Keitel bis zum 1. Mai die Vorlage der «Absichten der Wehrmachtteile»¹⁰⁵.

In einem zweiten Takt wurden den Wehrmachtteilen mit Schreiben vom 13. April weitere Abschnitte der «Weisung» übersandt. Es handelte sich um die «Sicherung der Grenzen des deutschen Reiches und Schutz gegen überraschende Luftangriffe» (I)¹⁰⁶ und «Inbesitznahme von Danzig» (III)¹⁰⁷. Beide Teile gründeten sich auf die Weisungen vom 21. Oktober und 24. November 1938, waren jedoch in einzelnen Partien ausführlicher gehalten. Darüber hinaus wurde als Teil IV der Weisung die «Regelung der Be-

103 Dülffer, Weisungen, S. 710ff.; Müller, Heer, S. 391 ff.; IMT, Bd. 34, S. 380ff.

104 Dülffer, Weisungen, S. 711.

105 IMT, Bd. 34, S. 381.

106 Ebd., S. 382-384.

107 Ebd., S. 397f.

fehlsgewalt in Ostpreussen im Falle einer kriegerischen Verwicklung» übersandt, die ihren Vorläufer in einer entsprechenden Verfügung vom 27. September 1938¹⁰⁸ hatte. Schliesslich wurden am 10. Mai den Oberkommandos noch die Teile V, «Abgrenzung der Operationsgebiete des Heeres»¹⁰⁹, und VI, «Weisungen für den Kampf gegen die feindliche Wirtschaft und Schutzmassnahmen für die eigene Wirtschaft»¹¹⁰, zugestellt. Die «Besonderen Anordnungen» für die Teile I-III sind einen Tag später vom Oberkommando der Wehrmacht erlassen worden¹¹¹.

In knapp anderthalb Monaten war damit ein umfangreiches Bündel von generellen Weisungen ergangen, das ein einheitliches Handeln der Wehrmachteile gewährleisten sollte. Das Oberkommando der Wehrmacht unterstrich damit den Anspruch, die zentrale Führungsinstitution der Wehrmacht zu sein, und schien weit über die blosser Funktion eines militärischen Stabes des Oberbefehlshabers der Wehrmacht hinauszuwachsen. Noch immer galt aber der Satz Hitlers aus dem Anschreiben vom 11. April, dass die «künftigen Aufgaben» der Wehrmacht in einer besonderen Weisung festgelegt werden würden und dass die einzelnen Direktiven gewissermassen nur eine Übergangsregelung darstellten. Und in der Tat bezogen sich die Weisungen nur auf *einen* der möglichen Konfliktfälle, auf die bevorstehende Auseinandersetzung mit Polen. Der Aufmarsch «Rot», der in der Weisung vom Juni 1937 noch ganz im Vordergrund gestanden hatte, war bereits mit dem Nachtrag vom 7. Dezember 1937 gegenüber «Grün» zurückgetreten. In den Weisungen des Frühjahrs 1939 erschien der Fall «Rot» überhaupt nicht mehr, die Konfliktmöglichkeit mit Frankreich wurde lediglich im Rahmen der «Grenzsicherung West» berührt. Dasselbe gilt für den Sonderfall «Rot/ Grün», obwohl Marine und Luftwaffe sich seit 1938 intensiv mit dem Problem einer Kriegführung gegen England beschäftigten¹¹².

Dieser Befund ist umso erstaunlicher, als Hitler in der Besprechung mit den Oberbefehlshabern und ihren nächsten Mitarbeitern am 23. Mai 1939 die Möglichkeit eines Konfliktes mit den Westmächten durchaus nicht ausgeschlossen hatte¹¹³. Ja, wenn man der nachträglichen Aufzeichnung Schmundts in diesem Punkt folgen kann, betrachtete Hitler die militärische Auseinandersetzung mit Polen bereits als ein relativ untergeordnetes Problem. Im Vordergrund stand der unausweichliche Konflikt mit England, dem «Motor, der gegen Deutschland treibt». Gelang es nicht, Polen zu isolieren, dann sei es «besser, den Westen anzufallen und dabei Polen zugleich zu erledigen». Und für diese Möglichkeit skizzierte Hitler bereits sehr konkrete militärische Aufgaben wie die Besetzung Hollands und die Wegnahme der belgischen Luftstützpunkte. Sollte es allerdings gelingen, Polen von seinen einstigen Freunden zu isolieren, so stand der Ent-

108 Ebd., S. 400-402.

109 Ebd., S. 402.

110 Ebd., S. 403-408.

111 Ebd., S. 384-387, S. 392-396, 398-400. Vgl. auch die Weisung Raeders zum Fall «Weiss» vom 16.5.1939, ebd., S. 428-442.

112 Vgl. S. 531 ff., 592.

113 IMT, Bd. 37, S. 547ff.; Müller, Heer, S. 397; Dülffer, Weisungen, S. 712f.

schluss Hitlers fest, das Land «bei erster passender Gelegenheit... anzugreifen». Dann wurde es auch möglich, den sorgfältig vorzubereitenden Krieg mit England für die erste Hälfte der vierziger Jahre zu projektieren, die Rüstungsprogramme sollten dementsprechend auf die Jahre 1943/44 abgestellt werden. Operative Überlegungen und Planungen im Rahmen der Wehrmacht für diesen so ausführlich dargelegten Konfliktfall sind aber durch die Ausführungen Hitlers nicht in Gang gesetzt worden, wie es normalerweise die Aufgabe der Führungsstäbe gewesen wäre. In dieser Tatsache offenbarte sich das Ausmass der «Gleichschaltung» der Wehrmacht mit dem allein bestimmenden Willen Hitlers. Die Wehrmacht hatte ihre einst so sorgsam gehütete Eigenständigkeit auch auf dem Gebiet der operativen Planung verloren und kam nicht einmal mehr ihrer Aufgabe nach, planerische Vorsorge für die von der politischen Führung als möglich bezeichneten Konfliktfälle zu treffen.

Dass Hitler keinen direkten Befehl erteilte, ergab sich aus seiner politischen Überzeugung, dass die Westmächte – trotz aller gegenteiligen Äusserungen – einem deutschen Angriff auf Polen nicht entgegenzutreten würden. Ausserdem war er sich bewusst, dass die militärische Führung in Heer, Marine, Luftwaffe und selbst im Oberkommando der Wehrmacht die deutschen Möglichkeiten und Aussichten bei einer kriegerischen Verwicklung mit den Westmächten mehr als skeptisch beurteilte. Wie sehr ihn diese stumme Opposition der militärischen Führung beschäftigte, geht aus den Reden hervor, die er am 14. und 22. August 1939 vor der Generalität der Wehrmacht auf dem Berghof bei Berchtesgaden hielt¹¹⁴. Mit Schärfe teilte er den Offizieren seine politische Entscheidung, Polen zu zerschlagen, und die ihn dabei leitenden politischen und ideologischen Grundsätze mit. Daneben legte er aber offenbar grössten Wert darauf, seine Zuhörer davon zu überzeugen, dass die Westmächte nicht eingreifen würden. Die kurz vor dem Abschluss stehenden Verhandlungen um den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt waren dabei sein stärkstes Argument, das nicht wenige Militärs überzeugt haben dürfte. Die Unterzeichnung des englisch-polnischen Bündnisvertrages am 25. August liess jedoch keinen Zweifel mehr an der britischen Entschlossenheit, einer weiteren deutschen Expansion entgegenzutreten. Damit geriet auch die von Hitler bestimmte militärische Planung in Schwierigkeiten, sie sah sich einer Situation konfrontiert, die nicht generalstabsmässig bearbeitet worden war. So kam das Paradoxon zustande, dass die von Hitler am 31. August 1939 unterschriebene «Weisung Nr. 1 für die Kriegführung» sich intensiver mit dem nicht vorgesehenen Konflikt mit den Westmächten als mit Hitlers Krieg gegen Polen beschäftigte, der auf Grund der intensiven Vorarbeiten nur in zwei kurzen Abschnitten behandelt wurde¹¹⁵. Die operative Planung der Wehrmacht entsprach damit vollkommen der politischen Fehlkalkulation Hitlers.

114 Zur Rede vom 14. 8. vgl. Halder, KTB I, S. 8 ff.; AD AP, D, Bd. VII, S. 461 ff.; zur Rede vom 22.8.1939 vgl. Halder, KTB I, S. 23ff.; Müller, Heer, S. 409ff.; Baumgart, Ansprache Hitlers, S. 120 ff.; Heeresadjutant bei Hitler, S. 58 f.; zu beiden Domarus II, S. 1229 ff.

115 Vgl. IMT, Bd. 34, S. 456ff.

5. Rüstungspolitik und Krieg

Im Ergebnis, so wird man feststellen können, hat die deutsche Aufrüstung in stärkstem Masse zu dem raschen und radikalen Wandel der europäischen Mächtekonstellation in den Jahren von 1933 bis 1939 beigetragen. Der Weg führte von einer «Anomalie» zur anderen, vom 100'000-Mann-Heer der Republik zur angriffsbereiten, allen europäischen Armeen überlegenen Wehrmacht des Dritten Reiches. Die Planungen und realen Bemühungen der Reichswehr hatten sich darauf konzentriert, die Landesverteidigung mit Hilfe militärischer *und* politischer Mittel zu gewährleisten. Die Erhaltung der Souveränität des Staates im Konfliktfalle erschien nur möglich im Rahmen des bestehenden kollektiven Sicherheitssystems, das auch für die Revision der Versailler Bestimmungen als unentbehrlich betrachtet wurde. Die Rüstungspolitik war daher Bestandteil einer auf Sicherung und Revision ausgerichteten Gesamtpolitik. Diese Phase fand mit der Berufung Blombergs zum Reichswehrminister ihr Ende. Landesverteidigung war für Blomberg eine mit militärischen Mitteln zu lösende Aufgabe, ihre politische Absicherung durch ein multilaterales Vertragssystem lehnte er ab, selbst bilaterale Rüstungsvereinbarungen stand er skeptisch gegenüber. Damit erhielt die Rüstungspolitik von vornherein ein sehr viel ausgeprägteres Eigengewicht als zu Groeners oder auch noch zu Schleichers Zeiten, und zwar zunächst unabhängig von den politischen Vorstellungen und Direktiven Hitlers. Die bewusste Herauslösung Deutschlands aus dem kollektiven Sicherheitssystem hat demnach zumindest zwei Wurzeln: die militärpolitische Konzeption Blombergs und die generelle politische Zielsetzung Hitlers.

Eine Folge dieser sich rasch vollziehenden Entwicklung, die in dem Austritt aus Völkerbund und Abrüstungskonferenz ihren ersten Höhepunkt erreichte, war, dass Deutschland sich zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit allein auf die personell und materiell für diesen Zweck völlig unzureichend ausgestattete Reichswehr angewiesen sah. Es verwunderte daher nicht, dass in den militärischen Führungskreisen aufgrund dieser Situation sich die seit 1918 immer vorhandenen Bedrohungsvorstellungen verstärkten und eine beschleunigte, die bisher gültigen Grössenordnungen sprengende Aufrüstung als gerechtfertigt, ja als einzig möglicher Ausweg angesehen wurde. Die Konzeption der Risiko-Luftwaffe und das Dezember-Programm der Heeresleitung zur Aufstellung eines 63-Divisionen-Kriegsheeres waren nicht zuletzt auch der Ausdruck dieser von Blomberg seit 1929 verfolgten Militärpolitik. Der Nichtangriffspakt mit Polen vom Januar 1934 führte keineswegs zu einem Abbau der Befürchtungen, sondern verlagerte die Aufmerksamkeit auf die nach dem Urteil der Militärs nunmehr insbesondere von der Tschechoslowakei und Frankreich drohenden Gefahren. Beck rechtfertigte schliesslich im März 1935 die erneute drastische Erhöhung der Rüstungsforderungen mit alarmierenden Rüstungsmassnahmen der Nachbarstaaten im Jahre 1934, die jedoch tatsächlich, zumindest im Falle Frankreichs, von minimaler Bedeutung waren. Bis zum Januar 1933 waren nachdrückliche Verteidigungsvorkehrungen im Westen des Reiches

unterlassen worden, weil es nach dem Urteil Groeners und Schleichers keine vernünftige Alternative zu der durch das politische Instrument der Locarno-Verträge gewährleisteten Sicherheit dieser Grenze gab. Blombergs bewusster Verzicht auf diese politische Komponente einer Verteidigungsplanung öffnete den Weg für eine endlose Rüstungsspirale, deren Ziel immer weniger die Gewährleistung einer zudem fiktiven militärischen Sicherheit und immer mehr der Wiederaufstieg zur ersten Militärmacht des Kontinents war. An die Stelle einer, wenn auch unvollkommenen Einbindung in das kollektive Sicherheitssystem trat erneut die alleinige Orientierung der deutschen Militär- und Rüstungspolitik an einer wechselnden Zahl einzelner «Fälle» nationalstaatlicher Antagonismen. Die Kräfte, die mit dieser Wendung freigesetzt wurden, lassen sich an der militärischen Motivation der März-Aktionen Hitlers in den Jahren 1935 und 1936 sowie an der konfliktorientierten, auf Aggression angelegten Rüstungsplanung des Sommers 1936 ablesen.

Angesichts dieser Entwicklung stellt sich die Frage, inwieweit der zunächst von militärischen Prämissen ausgehende, im Laufe der Jahre immer weitere Gebiete der staatlichen und wirtschaftlichen Tätigkeit erfassende und bestimmende Aufrüstungsprozess die Linie der Politik Hitlers beeinflusst und seine politischen Entscheidungen präformiert hat. Der Versuch einer Antwort auf diese kardinale Frage würde den Rahmen dieser Betrachtung sprengen. Ein solcher Versuch hätte jedoch davon auszugehen, dass die politische Realität in Deutschland vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in stärkster Masse von den Folgeerscheinungen des militärischen Unternehmens Aufrüstung bestimmt wurde. Die prekäre wirtschaftliche Lage, die Zerrüttung der Staatsfinanzen und die hiervon ausgehenden inflationären Tendenzen, die staatliche Organisation des Arbeitskräftepotentials und die damit in Zusammenhang stehenden sozialpolitischen Probleme sowie die durch die Gesamtheit dieser Elemente nicht zu leugnende potentielle Gefährdung der innenpolitischen Basis des Regimes können bei einer Beurteilung der Kriegspolitik Hitlers zumindest ab 1936 nicht ausser Betracht bleiben. Hitler hatte am 3. Februar 1933 den «Aufbau der Wehrmacht», die Aufrüstung als die wichtigste Voraussetzung zur «Wiedererringung der politischen] Macht» bezeichnet, im Jahre 1939 schien es nicht ausgeschlossen, dass der Vollzug der Voraussetzung die Erreichung des eigentlichen Zieles gefährdete.

Dieses Ergebnis der Aufrüstung war nicht nur die Folge der politischen Direktiven Hitlers und der militärpolitischen Konzeption Blombergs, sondern lag auch in dem Prozess der teilstreitkraftbezogenen Aufrüstung selbst begründet. Die Rüstungsplanung von Heer, Marine und Luftwaffe entwickelte eine je unterschiedliche Eigendynamik, die durch den Mangel an effektiver politischer und militärischer Kontrolle unter der Perspektive einer integrierten Wehrmachtrüstung zu der für die Jahre 1938/39 festgestellten Aufblähung der rüstungs- und wehrwirtschaftlichen Aktivitäten beigetragen hat. Im Bereich des Heeres vertraten Fritsch und Beck die Überzeugung und Handlungsmaxime, dass jeder mögliche, das Reich betreffende Konflikt sich zu einem europäischen Mehr-

frontenkrieg ausweiten werde, dem nur im Rahmen einer offensiv geführten strategischen Abwehr mit Aussicht auf Erfolg begegnet werden könne. Dies führte zu einer ständigen Ausweitung der Rüstungsmassnahmen. Das Heer wandelte sich mit diesem der Rüstungsplanung seit 1933 zugrunde liegenden strategisch-operativen Konzept von einem in jeder Beziehung unzulänglichen Instrument der Verteidigung zu einem, auf eine offensive Kriegführung hin angelegten, zur Aggression befähigten Machtfaktor in der Hand der politischen und militärischen Führung. Bei der Reichs- und Kriegsmarine spielte im Unterschied zum Heer das militärische Konzept als Beschleunigungselement der Rüstung keine entscheidende Rolle. Hier war es vielmehr die aus der übermächtigen Tradition abgeleitete eigene politisch-ideologische Zielsetzung, die dem Aufbau der Flotte eine spezifische Dynamik verlieh. Der Wille, wieder in den Kreis der Seemächte vorzustossen und die Fähigkeit zu maritimer Kriegführung unter Beweis zu stellen, sowie die damit nahezu zwangsläufig einhergehende, zunächst tabuisierte Konfrontation mit der Seemacht England charakterisierte diese Zielsetzung und verlieh der Rüstungsplanung – weniger den konkreten Rüstungsmassnahmen – der Marine die ihr eigentümliche Hybris. Die Luftwaffe schliesslich stand spätestens mit ihrer Enttarnung im März 1935 unter einem permanenten Erfolgszwang, der sich aus ihrer Verwendung als Propagandainstrument gegenüber dem In- und Ausland ergab. Ihre militärische Funktionsfähigkeit geriet jedoch mehr und mehr in Konflikt mit den technisch-industriellen Produktionsbedingungen des dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt folgenden Waffensystems, die sich nicht beschleunigend, sondern eher verzögernd auf die Gesamtrüstung auswirkten. Das militärische Ergebnis der Luftwaffenrüstung wurde somit weniger von strategisch-operativen oder von ideologischen Elementen beeinflusst, es wurde vielmehr von dem ständigen Zwang zur Modernisierung und von der Fähigkeit der Führungsinstanzen bestimmt, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in eine der militärischen Zielprojektion und den industriellen Produktionsbedingungen entsprechende Rüstungsplanung umzusetzen. Diese spezifische Problematik entschied nicht zuletzt über Erfolg und Misserfolg der Luftwaffenrüstung.

Der Hinweis auf die politische Wirkung der Aufrüstung und auf die Prinzipien, nach denen sich die zügellose Expansion der Wehrmachtteile vollzog, darf die Frage nach der politischen und militärischen Funktion des Aufbaus der deutschen Wehrmacht in den Jahren 1933 bis 1939 nicht verdecken. Groener hatte mit seiner Weisung vom April 1930 den Versuch unternommen, im Rahmen einer von politischen Zielen bestimmten Landesverteidigungskonzeption den Streitkräften ihre eindeutig umschriebenen militärischen Funktionen zuzuordnen. Nach dem Willen des Reichswehrministers sollte der militärische Mitteleinsatz dem politischen Zweck entsprechen. «Bestimmte Erfolgsaussichten» waren seiner Überzeugung nach «Vorbedingung» jeden militärischen Einsatzes. Diese Linie politisch-militärischen Denkens – schon in der konkreten Einsatzplanung der militärischen Reichswehrführung umstritten – hat sich nach 1933 in ihr Gegenteil verkehrt. Hitlers politische Überzeugungen folgten sozial-darwinistischen Vor-

stellungen; Gewalt, Kampf und Krieg bestimmten seiner Ansicht nach die «Ordnung» der Beziehungen zwischen Staaten, Nationen und Rassen. Seine darauf aufbauende Kriegspolitik war in ihren Zielen demnach tendenziell uferlos. Groeners Grundsatz, dass der Aufbau und der Einsatz der Wehrmacht von der politischen Zielsetzung her festzulegen sei, wurde damit von seinen Voraussetzungen her aufgehoben. Aber auch das militärische Denken folgte nicht der von Groener in der Tradition von Clausewitz wieder aufgenommenen Maxime, dass dem Aufbau der Wehrmacht eine vertretbare Zweck-Mittel-Relation zugrunde liegen müsse. Diese Problematik wurde in den Führungsstäben der Wehrmachtteile überhaupt nicht mehr angesprochen. Sie war auch literarisch in der Auseinandersetzung mit den Phänomenen des Ersten Weltkrieges nicht thematisiert worden. Nicht der Krieg als solcher, sondern die Probleme der Kriegführung standen im Mittelpunkt der Erörterungen. Dahinter verbarg sich die durch den Ersten Weltkrieg vermittelte Erkenntnis, dass der Krieg zwischen industrialisierten Staaten militärisch nicht mehr zu bewältigen war, dass nur noch der «Waffenkrieg» die Domäne des Militärs bildete. Vor diesem Hintergrund und bei der fehlenden politischen Zielsetzung und Kontrolle wird die Ineffektivität aller Koordinationsbemühungen für eine «einheitliche Kriegsvorbereitung» verständlich. Die politisch wie militärisch letztlich katastrophale Expansion der Wehrmachtteile ist somit auch der Ausdruck eines gebrochenen Selbstverständnisses der militärischen Führung. Der Rückzug auf das Ressort implizierte den Verzicht auf die zum Teil schon gar nicht mehr bewusst wahrgenommene Verantwortlichkeit für das Ganze. Er implizierte aber auch die selbstvollzogene Degradierung der militärischen Führung zum blossen Befehlsempfänger; die Wehrmacht wurde auf diese Weise zum funktionierenden Instrument in der Hand des Diktators. Becks Appell an das Verantwortungsbewusstsein der militärischen Führer *gegenüber der Nation* angesichts der drohenden Möglichkeit eines europäischen Krieges traf bei der Mehrheit der Befehlshaber auf eine Mentalität, die aus ideologischen, politischen, aber eben auch militärischen Gründen die ethische Substanz verloren hatte, die notwendig gewesen wäre, um sich aus den Fesseln des militärischen Gehorsamsgebots zu lösen und die von Beck geforderte Verantwortung wahrzunehmen. Stattdessen begnügte man sich mit der Verantwortlichkeit für die einzelnen Akte der Kriegführung. Die Disposition der militärischen Führung zu dem von Hitler geforderten «blinden Gehorsam» war gegeben.

Vierter Teil

Aussenpolitik und Kriegsvorbereitung

von Manfred Messerschmidt

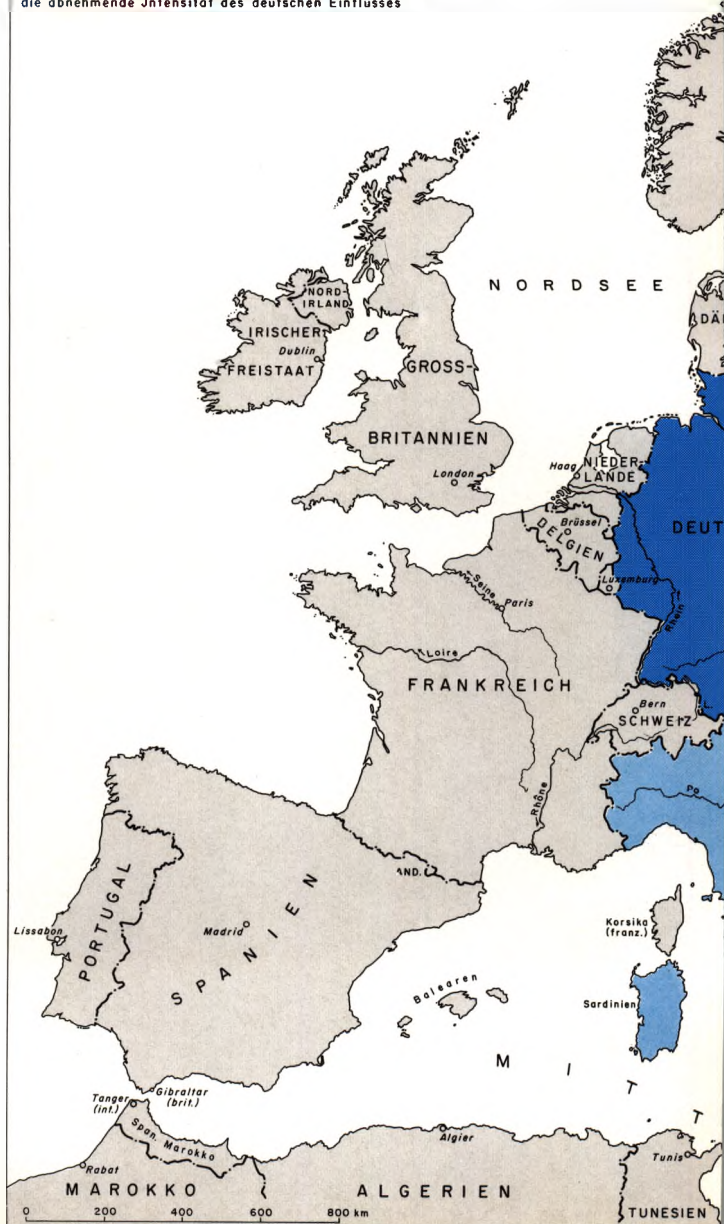
Die politische und ökonomische Einflussphäre
des Deutschen Reiches vor Beginn des Zweiten Weltkrieges

Die politische und ökonomische Einflußsphäre des Deutschen Reiches vor Beginn des Zweiten Weltkrieges

Die Skizze veranschaulicht in der Reihenfolge



die abnehmende Intensität des deutschen Einflusses





1. Hitlers «Programm» und das Kontinuitätsproblem

1. Die Funktion des Krieges in Hitlers «Programm»

Überwiegend wird heute angenommen, dass Hitler 1933 mit einer fertig entwickelten ausserpolitischen Konzeption Reichskanzler geworden sei¹. Diese Feststellung umfasst noch nicht den Nachweis einer programmgemässen Aussenpolitik nach 1933. Einige Analysen des NS-Herrschaftssystems, die in ihm so etwas wie eine «parasitäre Zersetzung eines überkommenen Obrigkeitsstaates» erblicken², stellen eine «programmatische» Aussenpolitik sogar in Frage. Und nach der sogenannten «Agententheorie» agierte Hitler lediglich als Marionette des Kapitalismus. In dieser Untersuchung soll gefragt werden, ob die deutsche Aussenpolitik nach 1933, wenn nicht programmgemäss, so doch vielleicht programmorientiert gewesen ist.

Eine Vorbemerkung erscheint angebracht: Der Weg vom zunächst chancenlosen Entwurf einer künftigen deutschen Aussenpolitik über die ersten Erfahrungen eines Lenkers der Aussenpolitik bis hin zur Entfesselung des Krieges verlief streckenweise im Sinne revisionistischer Forderungen. Kontinuität in der Aussenpolitik gehörte zu den nach 1933 vernommenen Versicherungen. Was hier als gemeinsames Anliegen alter und neuer Politik konstatiert wurde, bezeichnete aber nur Durchgangsstufen Hitlerscher Aussenpolitik. Zum eigentlich Neuen muss die in diesem Bande dargestellte, bis dahin

1 Kuhn, Programm, S. 11. Eine wichtige frühe Arbeit ist: Trevor-Roper, Kriegsziele. Wichtig ferner: Hillgruber, Deutschlands Rolle; Hildebrand, Aussenpolitik; Jäckel, Hitlers Weltanschauung, S. 29 ff., Fest, Hitler, S. 305 ff. Diese und andere Autoren nehmen Hitlers ausserpolitisches Programm ernst, sehen darin eine bis in den Krieg hinein erkennbare Konsequenz und wenden sich gegen die «Unterschätzung» Hitlers durch Autoren wie Namier, Bullock und Taylor, die Hitlers programmatische ausserpolitische Konsequenz bezweifeln.

2 Mommsen, Beamtentum, S. 13; Broszat, Staat Hitlers. Auf Analysen der Herrschaftsstruktur wie die Mommsens und Broszats, die besonders auf die «Polykratie der Ressorts» abheben und zur Diagnose eines strukturellen Pluralismus im NS-Staat kommen, gehen Ansätze zurück, das Bild einer monolithischen, programmorientierten Aussenpolitik in Frage zu stellen. Jacobsen, Aussenpolitik, hält noch an der Konsequenz der Aussenpolitik Hitlers fest, während Broszat (vgl. etwa Soziale Motivation) von einer im Grunde ziellosen Bewegung spricht und die Aktionen des Systems als Interpretationsimpulse verstehen will. Mommsen bezweifelt überhaupt das Vorhandensein eines bestimmten ausserpolitischen Systems: s. Mommsen, Rezension Jacobsen, Aussenpolitik, S. 183, ferner: Ders., Nationalsozialismus; er hält die Aussenpolitik «des Nationalsozialismus» der Form nach für eine nach «ausser projizierte Innenpolitik», inhaltlich vom Horizont einer «objektlosen Expansion» bestimmt: Ausnahmezustand als Herrschaftstechnik des NS-Regimes. Zum Forschungsstand zusammenfassend: Michalka, Aussenpolitik. Vgl. zum Charakter des Systems nach 1933 auch Hüttenberger, Polykratie.

ungesehene Tempobeschleunigung bei der Ausschöpfung der nationalen Ressourcen für die Herstellung der ideellen und materiellen Kriegsbereitschaft gerechnet werden. Das Tempo wurde zum Prinzip erhoben: einem Prinzip, das auf einer neuen Zielvorgabe beruhte, gleichzeitig aber auf sie zurückwirkte.

Der ökonomische Raubbau ohnegleichen sollte in Verbindung mit bestimmten Ergebnissen der Aussenpolitik einen Krieg ermöglichen, der mit dem bereitgestellten Potential schnell gewonnen werden konnte. Ein vorzeitiger Krieg oder ein Zwei-Fronten-Krieg gegen Grossmächte musste dieses Konzept einer äusserst labilen Harmonie von Wirtschafts- und Kriegspolitik stören, ja gefährden. Paradoxerweise konnte der Krieg seine «optimalen» Voraussetzungen: Autarkie und Grosswirtschaftsraum – «Lebensraum» – überhaupt erst schaffen. Auf dem Wege dahin befand sich Hitler in der Situation, seine Politik den Wunschpartnern akzeptabel erscheinen zu lassen, aber doch Einzelschritte wagen zu müssen, die gefährlich werden konnten. Es war die Aufgabe seiner Aussenpolitik, diese Wegbereiter-Funktion zu übernehmen. Sie musste rationaler sein als die vorgegebenen Endziele. Sie musste im Europa der dreissiger Jahre annehmbar bleiben, obwohl die Gesamtperspektiven nationalsozialistischer Zukunft mit grösstem Argwohn zu rechnen hatten. Sie «diente» einem System, das sich wegen seiner ideologischen und materiellen Überspannung auf sein eigenes Scheitern zubewegte, und sollte gerade diesen Prozess vermeiden mit dem Versuch, Europa auf Hitlers Weg hin zu orientieren. Hitlers aussenpolitisches «Programm» lässt sich abheben vom Programm der NSDAP³. Es stellt selbst kein geschlossenes System dar. Aber Hitlers Vorstellungen über Aussenpolitik beruhen auf «Konstanten seines Weltbildes»⁴, das in kurzen Zügen zu beschreiben ist.

Aus dem Gesamtkonzept seiner aussenpolitischen Prinzipien lässt sich Hitlers Auffassung von der Funktion des Krieges in der Geschichte eines Volkes herauslesen. Vielleicht kann damit seine Abkehr von der anfänglich von ihm vertretenen revisionistischen Position besonders deutlich gemacht werden. Spätestens während der Abfassung seines «Mein Kampf»-Buches stand er bereits jenseits aller Differenzen in den politischen Strategien der Reichsleitung, des Auswärtigen Amtes und der Reichswehrführung⁵, jenseits auch alldeutscher Zielsetzungen⁶ und extremer revisionistischer Forderungen.

Der Weg in die ihm vorschwebende Zukunft des deutschen Volkes führte weit über die Korrektur des Versailler Vertrages, die Angliederung des Sudetengebietes sowie über den «Anschluss» Österreichs hinaus; Ziele, die nach Meinung des Auswärtigen Amtes und der Reichswehrspitze vielleicht auf dem Verhandlungswege, vielleicht – jedenfalls teilweise – aber auch nur durch Krieg zu erreichen waren.

3 Zu Hitlers Einschätzungen von Programmen: Fest, Hitler, S. 295.

4 So in einer treffenden Formulierung Fest, Hitler, S. 296.

5 Zur Entwicklung seiner aussenpolitischen Zielsetzungen Kuhn, Programm, S. 3ff.; Näheres über Differenzen der zivilen und militärischen Strategien bei Hillgruber, Deutschlands Rolle; ders., Grossmachtpolitik, S. 25 ff.

6 Über den Einfluss alldeutscher Ideen bereits auf den Schüler Hitler Maser, Hitler, S. 232 ff.

Hitler entwickelte in «Mein Kampf» und dann ausführlicher in seinem «Zweiten Buch»⁷ einen anderen Zusammenhang zwischen politischen Zielen und Krieg. Die Mischung der in seinem Weltbild zusammengefloßenen Elemente und Fragmente verschiedenster Herkunft⁸ ist hier derart eigentümlich, dass die wissenschaftliche Behandlung der deutschen Aussenpolitik viel überzeugender von Hitlers Politik als von der nationalsozialistischen Politik spricht. Die wichtigsten aussenpolitischen Überzeugungen Hitlers kulminierte in dem Axiom, dass «Selbsterhaltung und Forterhaltung» die grossen Antriebe für das Handeln eines gesunden Volkes seien. Diese Antriebe zielten auf die Sicherstellung der Existenzgrundlage des wachsenden Volkes. Die Erde biete nicht genügend Raum für alle Völker: Daher seien die Entfaltungsmöglichkeiten begrenzt. Die «logische Folge» dieses ihm zweifelsfreien Denkansatzes war «der Kampf in allen seinen Formen» um die Befriedigung des Selbsterhaltungstriebes. Weil Politik immer «Durchführung des Lebenskampfes eines Volkes» sein müsse, weil sie unausweichlich die Entscheidung über Leben und Tod bringe, versanken Begriffe wie «Friedens- und Kriegspolitik» in ein Nichts⁹.

Hitler konnte, wie es nach der «Machtergreifung» geschah, zur Tarnung seiner eigentlichen Absichten vorläufige Ziele ansteuern und sich dabei einer verharmlosenden, irreführenden Sprache bedienen. Aber er hat zu keiner Zeit einer internationalen Friedensordnung zugestimmt, die ein friedliches Nebeneinander auf Dauer voraussetzte. Ein Zusammenleben der Völker und Staaten auf der Basis wirtschaftlichen Austausches zur Befriedigung materieller Bedürfnisse hielt er prinzipiell nicht für möglich: nicht die Wirtschaft, sondern der Kampf sicherte nach seiner Ansicht das Leben.

In der Konsequenz der Hitlerschen Vorstellungen über die Folgen einer «grundsätzlich friedlichen Politik» und die Gefahren des Krieges, «wenn er zur Dauererscheinung wird», lag seit der Ausformulierung seiner Ideen im Jahre 1928 der grosse Krieg um Lebensraum und um Hegemonie. Die Grenzen von 1914 dürften überhaupt kein Ziel deutscher Aussenpolitik sein¹⁰. Schon die «bürgerlichen Vorschläge» der Annexionisten im Ersten Weltkrieg waren meilenweit von «raumpolitischen Vorstellungen» entfernt. Monarchie, Kapitalismus, Bürgertum und Liberalismus hatten den Sinn des ersten grossen Krieges nicht begriffen. Die Einsetzung unbeschäftigter deutscher Prinzen in Pufferstaaten an der Ostgrenze, die Gewinnung der Erzgruben von Longwy und Briey oder der Besitz belgischer Maas-Festungen: All das konnte nicht den bisher ungeheuerlichsten Bluteinsatz rechtfertigen. Das einzige Kriegsziel, so meinte Hitler, das dieses Einsatzes würdig gewesen wäre, hätte in der Gewinnung von «soundso vielen 100'000 qkm» Kolonisationsland gelegen.

7 Aus dem Jahre 1928. Veröffentlicht als «Hitlers zweites Buch» 1961.

8 Dazu ausführlich Fest. Hitler. und Maser. Hitler.

9 Hitler, Zweites Buch, S. 48; Beitrag Wette, S. 34f.

10 Begonnen hatte Hitler nach 1918 als radikaler Revisionist, der die Beseitigung des Versailler Vertrages forderte und als Hauptziel die Grenzen von 1914 verlangte. S. näher Schubert, Anfänge; Dickmann, Machtwille; Jäckel, Hitlers Weltanschauung, S. 31 f.

Dass er sich berufen fühlte, die Fehler vergangener deutscher Politik gutzumachen, dem Mangel an echten Kriegszielen abzuhelfen, das zu sagen, ist das «Zweite Buch» geschrieben. Wo immer er generell von den Aufgaben der Politik sprach, gemeint war die künftige deutsche Aussenpolitik. Er sah diese Aufgaben im Osten, in Russland: Eine solche Bodenpolitik konnte nach ihm «nicht etwa in Kamerun» realisiert werden.

Die schon sehr früh fixierten Elemente seiner Weltanschauung, seine Ansichten über Rasse und über den Zusammenhang von Rassereinheit, Lebenskraft und Kultur benutzte Hitler zur Konkretisierung seiner aussenpolitischen Ziele: Das deutsche Volk, blutsmässig zerrissen in «höher- und minderwertige Rasseneinzelemente», werde von besonderen Gefahren bedroht. Nur ausserordentliche Höchstleistungen könnten die «bedenklichen Seiten unseres Volkskörpers» aufwiegen. Die deutsche Politik, die verfehlten Kriegsziele des Weltkrieges, die Revisionspolitik der Weimarer Republik, ja diese Republik selbst hatten nach Hitler diese Gefahren verstärkt. Blutswert, Persönlichkeitsgedanke und Selbsterhaltungstrieb drohten dem deutschen Volk langsam abhanden zu kommen. Wie konnte diesem Schicksal begegnet werden? Hitler hat in seinem «Zweiten Buch» die Gefahren einer «wirtschaftsfriedlichen Politik» abgehandelt: Eine zunächst erreichbare Vermehrung der Volkszahl stehe schliesslich in keinem Verhältnis mehr zu den Erträgen des eigenen Grund und Bodens. Die Wirtschaftsgläubigkeit raube dem Volk gerade die Tugenden und Eigenschaften, die «Völker und Staaten endgültig allein auf dieser Erde am Dasein zu erhalten vermögen». Es komme zu Ballungen in städtischen Zentren, die nur noch Arbeitsstätten, keine Kulturstätten mehr sein würden. In diesen «Abszessen am Volkskörper» gediehen Laster, Untugenden und Krankheiten. Sie würden Brutstätten der Bastardisierung. Ein Volk könne nur leben, wenn Volkszahl und Lebensraum in einem bestimmten, gesunden Verhältnis zueinanderstünden. Hitler dachte an die wachsenden Zahlen der Zukunft. Die Erdoberfläche sei begrenzt. Also müsse Lebensraum erkämpft werden. Diesen Krieg hatte er vor Augen.

Den Krieg als solchen, vor allem den Krieg als Dauerzustand, sah er dagegen als eine Gefahr für den Rassewert an. Weil Krieg immer eine Rassenauslese darstelle, laufe er auf die «bevorzugte Vernichtung des besten Elements» hinaus: Der Held sterbe, der Verbrecher bleibe am Leben. Krieg dürfe nie als Lebenszweck aufgefasst werden, sondern nur als Mittel für das Leben. Für einen solchen Krieg allerdings müsse dann auch der höchste Bluteinsatz gewagt werden. Der Friede werde dieses Blut einst wieder ersetzen. Selbst die höchsten Opfer des Krieges seien, verglichen mit den Folgen einer grundsätzlich friedlichen Politik, nämlich Geburtenbeschränkung und Auswanderung, verschwindend gering. Gegen die Opfer des grausamsten Krieges, der der Menschheit «am friedlichsten erscheint», nämlich des friedlichen Kampfes der Wirtschaft, schrumpften selbst die Verlustzahlen des Weltkrieges zusammen. Der Krieg töte höchstensfalls einen «Bruchteil der Gegenwart, der Kampf der Wirtschaft mordet die Zukunft»¹¹.

11 Hitler, Zweites Buch, S. 48.

Dieser Krieg um Lebensraum verlange eine innere Einstellung des Volkes, die von Demokratie und Parlamentarismus nicht erkannt werde. Es genüge nicht, sich nur waffentechnisch auf einen Krieg vorzubereiten. Wer das tue, könne nur Augenblickserfolge erzielen. Die Zukunft gehöre ihm nicht. Nur bei «unbeschränkter innerer Durch- und Ausbildung eines Volkes» für den Krieg könne die Zukunft «fast gesetzmässig» gesichert erscheinen¹².

Wer meint, solche Überlegungen seien bei Hitler nur allgemeine, vielleicht bloss abstrakte Anschauungen, geht an seiner Denkrichtung vorbei. Er übersieht überdies die Verwandtschaft dieser Vorstellungen mit der «Kriegsphilosophie», die nach dem Ersten Weltkrieg produziert worden ist¹³. Zusammengenommen mit Hitlers aussenpolitischen Zielvorstellungen ergeben sie ein Ganzes, das durch spätere Aussagen als durchgängig wirksame Basis seines politischen Handelns bestätigt wird. Schon beim ersten programmatischen Vortrag vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine, am 3. Februar 1933, liess Hitler das, was bisher von ihm insoweit gedacht und formuliert worden war, als politische Grundanschauungen und -ziele des nunmehrigen Leiters der Politik sichtbar werden. Beides stellte er nebeneinander: die Einstellung des Volkes auf den Gedanken, «dass nur der Kampf uns retten kann und diesem Gedanken gegenüber alles zurückzutreten hat», und die Eroberung neuen Lebensraumes im Osten. Dabei sollten die Einstellung des Volkes, insbesondere der Jugend, auf den Krieg, die Stärkung des Wehrwillens und die Abwehr der Gefahr einer «Vergiftung» durch Pazifismus, Marxismus und Bolschewismus Sache der Partei sein. Sie hatte nach der innenpolitischen Gleichschaltung der anvisierten Armee der Allgemeinen Wehrpflicht den ideologisch geschulten Ersatz bereitzustellen und so ein zuverlässiges Instrument für Hitlers Aussenpolitik zu schaffen: «Vielleicht Erkämpfung neuer Exportmöglichkeiten, vielleicht – und wohl besser – Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung»¹⁴. Bei der Vorbereitung auf den Krieg sollte der Wehrmacht von Anfang an eine begrenzte «unpolitische» Rolle zufallen: eine doppeldeutige Anspielung, die neben der eigentlichen Kriegsvorbereitung auch den Verzicht auf innenpolitisches Mitspracherecht meinte, was die Reichswehr insbesondere unter dem Minister General v. Schleicher in hohem Masse usurpiert hatte.

Zu Hitlers Vorstellung vom künftigen Krieg um Lebensraum und um Hegemonie in Europa gehörten vor Kriegsbeginn als Voraussetzung eine stabile innenpolitische Herrschaft des Nationalsozialismus, eine schlagkräftige Wehrmacht – die nicht unbedingt «in vollem Masse kriegsbereit» sein musste, weil eine Wehrmacht «nie fertig» sei und ein Staatsmann, der darauf warte, nicht zum Handeln komme¹⁵ – und die Bereitschaft zum

12 Ebd., S. 69.

13 Vgl. Beitrag Wette, S. 51 ff.

14 Ausführungen Hitlers vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine am 3.2.1933, Liebmann-Aufzeichnungen, zit. nach Vogelsang, Dokumente, S. 434 f.

15 Entwurf für Tagesbefehl Hitlers, WFA Chef, vom 19.10.1938, BA-MA RW 4/v. 35.

rücksichtslosen Vorgehen, zur Vernichtung und dauernden Ausschaltung des Gegners. Vor allem durfte ein zweites 1918, ein Zerschlagen der Heimatfront, ein zweiter «Dolchstoß» nicht wieder möglich werden. Die «Erziehungsarbeit» der Partei sollte während der Vorbereitung auf den Krieg das «bedenkliche» politische Erbe aus den Zeiten der Monarchie und der parlamentarischen Demokratie beseitigen und damit mögliche zentrifugale Tendenzen der «verschiedenen Rassekerne» des deutschen Volkes ausschalten.

2. Programmatische Zielsetzungen

Hitlers Vorstellung vom Krieg, der den höchsten Bluteinsatz lohne und allein geeignet sei, die Zukunft des Volkes auf Dauer zu sichern, war kein blosses Denkmodell. Dieser Krieg kann als Orientierungsmarke seiner Aussenpolitik angesehen werden. Bei allen Sprüngen, die die Tagespolitik, die Reaktionen der Grossmächte und die Versuche Grossbritanniens, eine internationale Friedensordnung zu etablieren, erzwangen, blieb ihm dieses Ziel vor Augen. Schon vor der «Machtübernahme» lag ein Konzept bereit, wie dieser Krieg in die Wege geleitet werden konnte.

Der entscheidende gedankliche Ansatz dafür stammt aus dem Jahre 1924¹⁶. In seinem «Mein Kampf»-Buch ist die aussenpolitische Vorbereitung der Lebensraumgewinnung im Osten prinzipiell behandelt. Vorher kreisten Hitlers Gedanken um die Frage eines Revanchekrieges gegen Frankreich: «Für uns sitzt der Feind jenseits des Rheins, nicht in Italien oder sonstwo¹⁷.» Ein Krieg zur Totalrevision des Versailler Vertrages schien ihm das wichtigste frühe Ziel zu sein. Das lief auf die Beseitigung der französischen Vormachtstellung in Europa hinaus. Die Ausnutzung des französisch-italienischen Gegensatzes bot sich solchen Kombinationen an. Auch der Gedanke einer engeren Bindung an Italien tauchte um 1920 auf und blieb ein wichtiges Moment in seinen aussenpolitischen Überlegungen¹⁸. Er war bereit, für dieses Ziel Südtirol zu opfern¹⁹. Verzicht auf Südtirol schien ihm die grundlegende Voraussetzung für eine erfolgversprechende Politik gegen Frankreich zu sein. Wer Südtirol zum Angelpunkt der deutschen Aussenpolitik machte und sich damit gegen Italien stellte, der zerstörte, nach Hitler, «die letzten Hoffnungen einer deutschen Wiederauferstehung»²⁰.

Das faschistische Italien spielte für Hitler aus drei Gründen eine wichtige Rolle für eine nationalsozialistische Aussenpolitik: Es musste wie Deutschland zur Absicherung seiner nationalen Existenz «Raumpolitik» machen und dabei das kollektive Sicherheitssystem der Nachkriegszeit in Frage stellen. Wertvoll war diese von Hitler als notwendig

16 Jäckel, Hitlers Weltanschauung, S. 37; Kuhn, Programm.

17 Phelps, Hitler, S. 305.

18 S. die auch von Jäckel, Hitlers Weltanschauung, S. 33, herangezogene Bemerkung in einem Brief an Oberst v. Reichenau vom 4.12.1932, in: Vogelsang, Hitlers Brief an Reichenau, S. 433.

19 Schubert, Anfänge, S. 77.

20 Hitler, Zweites Buch, S. 44. Pese, Hitler.

gedeutete Wendung der italienischen Politik für Deutschland vor allem deshalb, weil damit eine Siegermacht aus dem Kreis der Gegner ausschied. In Hitlers Sicht musste sich der italienisch-französische Gegensatz «immer mehr vertiefen» und «eines Tages beim offenen Kampf enden». «Italien wird, es mag wollen oder nicht, um die Existenz und die Zukunft seines Staates gegen Frankreich genauso kämpfen müssen wie Deutschland selbst²¹.» Italien galt ihm als erster möglicher Bundesgenosse aus dem Lager der Weltkriegskoalition. «Ohne dass diese Bundesgenossenschaft für Deutschland einen sofortigen Krieg bedeutet, für den wir nicht gerüstet wären»²², sah er im faschistischen Regime und in einer von diesem Regime betriebenen völkischen Aussenpolitik, die nach Hitlers Ansicht keinerlei Reibungsflächen mit deutschen nationalen Interessen hatte, eine entscheidende Absicherung des Ausbaus der nationalsozialistischen Herrschaft und einer späteren nationalsozialistischen Aussenpolitik. Auch für Italien sei es nicht gut, wenn der Faschismus «als Idee in Europa vereinsamt» bestehe: «Entweder die Gedankenwelt, aus der er stammt, wird verallgemeinert, oder Italien wird einst wieder den allgemeinen Gedanken eines anderen Europas verfallen²³.» Hitler erblickte in der Verbindung mit dem faschistischen Italien den Kern eines neuen Europa, das den dereinstigen Übergang des Systems der europäischen Demokratien in den «jüdisch-marxistischen Bolschewismus», dem Staat um Staat verfallende, aufzuhalten in der Lage sein konnte²⁴. Mit solchen Gedanken zielte er schon weit über seinen ursprünglichen Revisionismus hinaus, dem Frankreich als Hauptgegner vor Augen gestanden hatte.

Die «Anschlussfrage», in dieser Zeit allgemein als entscheidendes Hindernis einer deutsch-italienischen Annäherung gewertet, hielt Hitler für lösbar. Die Entwicklung hat ihm später, wenn auch aus anderen als den ihm in den zwanziger Jahren verschwebenden Gründen, recht gegeben. Glaubte er noch 1923, mit dem Südtirol-Verzicht könne die Zustimmung Italiens zum «Anschluss» Österreichs an das Reich gewonnen werden²⁵, so erblickte er bei der Abfassung seines «Zweiten Buches» im italienisch-französischen Gegensatz den Schlüssel zur Lösung des Problems: Italien könne sich nicht leisten, dass sich das nicht lebensfähige Österreich dem französischen Mächtesystem anschliesse. Schon deshalb müsse Italien für den «Anschluss» Österreichs an Deutschland eintreten²⁶. Sowohl politische wie militärische Gründe sprächen aus italienischer Sicht dafür, das Anschlussverbot als bedeutungslos anzusehen.

Diese Kombinationen lassen die Feststellung zu, dass Hitler gerade im Blick auf mögliche Bündnispartner dazu neigte, Hypothesen als politische Realitäten in seine Rech-

21 Hitler, Zweites Buch, S. 187. Zum Gesamtkomplex Italien-Deutschland s. vor allem Petersen, Hitler-Mussolini, hier insbes. S. 55 ff.

22 Hitler, Zweites Buch, S. 216.

23 Ebd., S. 217.

24 Ebd.

25 Schubert, Anfänge, S. 77.

26 Hitler, Zweites Buch, S. 209, Petersen, Hitler-Mussolini, S. 63 f.

nung einzubeziehen. Die unterstellten Interessen dritter Mächte verwob er nahtlos mit eigenen Zielen.

Diese Feststellung gilt auch für die Einschätzung Englands als künftigen Bundesgenossen, dem eine besondere Rolle im Zusammenhang mit der deutschen Lebensraumpolitik zudedacht war. Eine britische kontinentale Gleichgewichtspolitik stellte Hitler in «Mein Kampf» noch ernsthaft in Rechnung, im «Zweiten Buch» ist sie bereits programmatisch übergangen. Die Verhinderung einer kontinentalen Vormachtstellung, das hiess für ihn die Verhütung des Aufstiegs einer europäischen Macht «zu weltpolitischer Bedeutung», war und blieb in Hitlers Formulierung 1924/25 Englands Ziel. 1928 verengte er diese Aussage in charakteristischer Weise: England habe sich nie gegen Militärmächte gewandt, solange ihre Ziele kontinentaler Art gewesen seien; allein eine Gefährdung seiner See- und Handelsinteressen habe England zum Kampf herausgefordert. Hitlers «geschichtlicher» Rückblick führte als Beweis für diese These Spanien, Holland und das wilhelminische Deutschland an. Als Gegenbeispiel diente das Preussen Friedrichs des Grossen: eine kontinentale Militärmacht ersten Ranges, die England nicht im Geringsten beunruhigen konnte. Bezeichnenderweise fehlte in dieser Beweisführung Napoleon mit seiner kontinentalen Hegemoniepolitik. Wo Hitler Englands Gleichgewichtspolitik überhaupt erwähnte, geschah es mit dem Hinweis darauf, dass das napoleonische Frankreich seine Kontinentalpolitik nur als Sprungbrett für «grössere, durchaus nicht kontinentale Ziele» angesehen habe²⁷.

Hitler ging aus von der inneren Logik einer Interessenabgrenzung zwischen der See- und Weltmacht England und einer lebensraumsuchenden, nach Osten antretenden kontinentalen Militärmacht Deutschland. Hier lag sein vielleicht gravierendster politischer Rechenfehler, der seine Zielvorstellung bis in das Jahr 1940 beherrschen sollte. Er sprach von der Konzentration aller Kräfte auf die Eroberung eines genügenden Lebensraums im Osten für die nächsten hundert Jahre. Ein solches Ziel biete weder für England noch für Italien einen Grund «zur Aufrechterhaltung der Feindschaft des Weltkrieges»²⁸. Dass Frankreich, die Sowjetunion und die USA den englischen Interessen im Wege standen, dass England deshalb zum natürlichen Bundesgenossen Italiens und Deutschlands werden müsste, schien ihm so gut wie sicher zu sein. Etwaige Zweifel gründeten sich allein auf den Einfluss des «Weltjudentums» in England. Diese Zweifel erschütterten jedoch nicht die Zuversicht in seine Doktrin: Wenn Deutschland zu einer grundsätzlichen politischen Neuorientierung kommt, die den See- und Handelsinteressen Englands nicht mehr widerspricht, sondern sich in kontinentalen Zielen erschöpft, dann ist ein logischer Grund für eine englische Feindschaft, die dann bloss Feindschaft um der Feindschaft wegen [!] wäre, nicht mehr vorhanden²⁹.» Diese Ausführungen lassen im Zusammenhang mit den Hinweisen auf die britischen Motivationen im Kampf

27 Hitler, Zweites Buch, S. 167.

28 Ebd., S. 163.

29 Ebd., S. 173f.

gegen Napoleon daran denken, Hitler habe seit 1928 an eine rein kontinentale Macht- ausweitung gedacht, bei welcher nach der inneren Logik seines England-Bildes eine Interessenkollision mit der See- und Weltmacht nicht zu befürchten, ja geradezu undenkbar gewesen wäre.

Sind wir berechtigt anzunehmen, Hitler habe nicht erkannt, was er England damit zumutete? Einmal ganz abgesehen von der rasseideologischen Komponente, die erkennbar zu einer Belastung des deutsch-angelsächsischen Verhältnisses führen musste, war doch auch ihm klar, dass der Aufbau und die Konsolidierung der deutschen Kontinentalherrschaft bis über das europäische Russland aus weltpolitischen Gründen nicht an England vorbei möglich sein konnte. Dafür spricht zu deutlich, was er in «Mein Kampf» ausgeführt hat: «Englands Wunsch ist und bleibt... die Aufrechterhaltung einer bestimmten Ausgeglichenheit der Machtverhältnisse der europäischen Staaten untereinander; denn dies erscheint als Voraussetzung einer britischen Welt-Hegemonie³⁰.» Kann er diese Erkenntnis bis 1928 völlig verdrängt haben?

Für Hitlers Einschätzung des Toleranzspielraums deutscher Politik war offenbar die Frage entscheidend, ob unter bestimmten Voraussetzungen Kontinentalhegemoniebestrebungen nicht als Weltmachtansätze «missverstanden» werden konnten. Hitler suchte ein solches «Missverständnis» durch geeignete Mittel – vorläufigen Verzicht auf Kolonien und Überseepolitik und durch eine sukzessive Ansteuerung von Etappenzielen – zu verhindern. Es erscheint sehr fraglich, dass er für die Phase des Ausgriffs auf den Kontinent «keine Überschneidung deutscher mit britischen und amerikanischen Interessen zu erkennen» vermochte³¹, zumal er ja selbst davon ausging, dass aus der deutschen Herrschaft über Kontinentaleuropa automatisch die Basis für eine Weltmachtstellung resultiere³².

Ein Ausgriff über die Kontinentalposition hinaus wird von der Forschung im Allgemeinen als Einleitung einer endgültigen Auseinandersetzung mit den USA um die Welt-herrschaft angesehen³³. In Hitlers programmatischen Schriften findet sich kein direkter Hinweis auf ein solches Konzept. Die USA erscheinen zwar hier als konkurrenzloser Wirtschaftsfaktor, als künftige, durch Volkswert und Raumgröße charakterisierte Hegemonialmacht, die Hitler für weitaus stärker hielt als die Sowjetunion. Aber seine Überlegungen, wie dieser geschlossenen Weltmacht entgegengetreten werden könnte, blieben im Wesentlichen defensiv orientiert. Hitler sah vorläufig keine Macht-zu-aller-letzt ein Vereinigtes Europa –, die Amerika Paroli bieten konnte: Wenn dieses Land seine innere Kolonisation abgeschlossen habe, dann werde sich sein «aktivistischer Trieb» nach aussen wenden. Nach Hitlers Meinung konnte nur der Staat in Zukunft

30 Mein Kampf, Jubiläumsausgabe 1939, Bd. 2, 13. Kap., S. 611 f.

31 Hillgruber, Deutschlands Rolle, S. 71 f. Gegen eine derartige Unterschätzung auch Jäckel, Hitlers Weltanschauung, S. 50.

32 Dazu auch Hillgruber, Deutschlands Rolle, S. 72.

33 Hillgruber, Deutschlands Rolle, S. 72; Hildebrand, Aussenpolitik, S. 27.

Amerika die Stirn bieten, «der es verstanden hat, durch das Wesen seines inneren Lebens sowohl als durch den Sinn seiner äusseren Politik den Wert seines Volkstums rassistisch zu heben und staatlich in die hierfür zweckmässigste Form zu bringen»³⁴. Im Zusammenhang der aussenpolitischen Vorstellungen gegen Ende der zwanziger Jahre und auch vom systematischen Ansatz her lassen sich diese Bemerkungen nicht eindeutig im Sinne einer Stufenfolge aussenpolitischer Expansionen einordnen. Sie können eher defensiv als offensiv verstanden werden und lassen sich überhaupt nur als Hinweis auf ein fernes mögliches Zukunftereignis verstehen. Zu ungewiss war schon die erste Voraussetzung, nämlich die «rassische Anhebung» des deutschen Volkswertes, zeitlich kaum fixierbar. Die defensive Ausgangslage bei einer künftigen Auseinandersetzung mit den USA unterstreicht ein Satz im Schlusswort des «Zweiten Buches», der vom Widerstand einer neuen Völkervereinigung gegen eine «drohende Überwältigung der Welt durch die amerikanische Union» spricht und zu bedenken gibt, dass die englische Weltherrschaft den heutigen Nationen weniger Leiden zufüge, als es bei einer künftigen amerikanischen Herrschaft der Fall wäre³⁵. Abgehoben von solchen Reflexionen über künftige weltmachtpolitische Konstellationen finden sich in Hitlers Schriften Hinweise auf missionarische Aufgaben des «besten Menschentums» oder «der höchsten Rasse», die er weltumspannend gesehen hat. Diese Passagen stehen in nicht aufgelöstem Widerspruch zu den Stellen, die vom «völkischen Staat» sprechen. Hitler hatte bei diesen missionarischen Aufgaben Probleme einer «fernsten Zukunft» vor Augen. Bis dahin musste erst noch ein Prozess rassistischer Höherzüchtung eingeleitet und durchgehalten werden, der das «Herrenvolk» der Zukunft erst noch zu produzieren hatte. Wenn es erlaubt ist, diese Gruppe von Bildern und «Visionen» als eine mythische zu bezeichnen, so ist es angebracht, hiervon die stärker machtpolitisch-historischen Weltmachtideen abzugrenzen. Mit dem «Programm» Hitlers als einem Entwurf mittel- und längerfristiger aussenpolitischer Ziele haben diese «mythischen» Bilder nur sehr mittelbar zu tun³⁶. Die Hauptschriften ermöglichen also in der Frage programmimmanenter Weltherrschaftspläne noch keine eindeutige Antwort. Hitlers Vorstellungen entwickelten sich nach 1933 weiter. Bei der «Machtübernahme» spielte ein Weltherrschaftsplan für die

34 Hitler, Zweites Buch, S. 130. Thies sieht hier einen Beleg für Weltherrschaftsabsichten, s. Hitler in Offenburg, S. 303. Treffender scheint der Hinweis auf eine Passage in der Erlanger Rede Hitlers vom 13.11.1930, ebd.

35 Hitler, Zweites Buch, S. 218.

36 Die Baumegalomanie Hitlers ist wohl auch nicht in direkten Zusammenhang hiermit zu bringen. Die Diskussion über die «Fernziele» ist noch nicht abgeschlossen. Enge Zusammenhänge sehen: Thies, Architekt, S. 31 f. und 62ff.; Weinberg, Foreign Policy, S. 7; Hildebrand, Aussenpolitik, S. 27 f.; Hillgruber, Deutschlands Rolle, S. 72 f.; zurückhaltender Jäckel, Hitlers Weltanschauung, und Carr, Arms, S. 7: «Eastward expansion remained the ultimate rationale of Hitler's whole policy.» In diesem Zusammenhang oft zitiert: Speer, Erinnerungen, vgl. z.B. S. 87ff., 94, 163, 167ff., 175. Stellen in «Mein Kampf» (Jubiläumsausgabe 1939): u.a. S. 374, 397, 638 f.

Entfaltung der Aussenpolitik offensichtlich noch keine näher zu definierende Rolle. Das Fernziel, über das Aussagen vor der Führungsschicht gemacht wurden, blieb der Lebensraum im Osten, dessen unangefochtene Beherrschung allerdings auf eine Weltmachtposition hinausgelaufen wäre.

Wie ordnete Hitler die Sowjetunion in ein System künftiger Aussenpolitik ein?

Bismarck konnte nach Hitler mit Russland ein Bündnis eingehen, weil noch eine nicht-slawische, germanische Oberschicht existierte. Diese sei durch Weltkrieg und Revolution vernichtet worden. Russland werde seitdem vom «Weltjudentum» beherrscht. Ein Bündnis mit der Sowjetunion könne überhaupt nur denkbar sein, wenn die «jüdisch-kapitalistische Herrschaft» abgeschüttelt und in Moskau ein nationaler antikapitalistischer Kommunismus etabliert werde. Ein theoretisch denkbare Bündnis müsse aber an der inneren Ablehnung Deutschlands durch das Slawentum scheitern.

Das «politisierende» bürgerliche Deutschland, das an ein derartiges Bündnis glaube, verstehe eben nichts von der «Psyche der slawischen Volksseele»³⁷. Militärisch wäre überdies ein solches Bündnis – «Bündnisse ohne Gedanken an einen Krieg gibt es nicht» – nicht nur wirkungslos, sondern für Deutschland gefährlich. Ein Bündnis mit Russland mache Deutschland morgen zum historischen Schlachtfeld. Russische Hilfe könne erst eintreffen, wenn es zu spät sei. Überdies sei es «an sich schon unwahrscheinlich», dass Russland Polen niederzwingen könne. Deutschland wäre mithin «den konzentrischen Angriffen ganz Westeuropas ausgesetzt». Der französische nationale Chauvinismus hätte bei einer solchen Konstellation nach Hitler die einzigartige Gelegenheit bekommen, «im Schutz einer neuen Weltkoalition» seinem endgültigen Kriegsziel näherzürücken.

Die für Hitlers künftige Politik entscheidende These dieser oberflächlich anmutenden Vorstellungen pries die innere Unmöglichkeit eines deutsch-russischen Zusammengehens als einen wahren historischen Glücksfall: «Weder vom Standpunkt nüchterner Zweckmässigkeit aus gesehen, noch von dem einer menschlichen Zusammengehörigkeit aus hat für die Zukunft ein Bündnis Deutschlands mit Russland für Deutschland einen Sinn. Im Gegenteil, es ist ein Glück für die Zukunft, dass diese Entwicklung so stattgefunden hat, weil dadurch ein Bann gebrochen ist, der uns verhindert hätte, das Ziel der deutschen Aussenpolitik dort zu suchen, wo es einzig und allein liegen kann: Raum im Osten»³⁸. Schon 1920 hatte Hitler die Ausschaltung des Judentums als Voraussetzung eines Bündnisses mit Russland bezeichnet³⁹. Damals passte eine solche Variante in das Gesamtbild seines radikalen revisionistischen Ansatzes. Seit 1925 mit dem Übergang zur raumpolitischen Konzeption schied Russland als Aktivposten aussenpo-

37 Hitler, Zweites Buch, S. 155.

38 Ebd., S. 159.

39 Phelps, Hitler, S. 308, s. a. Jäckel, Hitlers Weltanschauung, S. 35.

litischer Zielsetzungen aus. Es existierte für Hitler nur noch als Expansionsobjekt, das durch eine zielstrebige Aussenpolitik, vor allem durch Rückhalt an England, zugänglich gemacht werden sollte.

Seit der Abfassung seines «Zweiten Buches» im Jahre 1928 bewegte sich Hitlers aussenpolitisches Konzept endgültig von den Zielen territorialer Revisionspolitik weg. Der russische Raum wurde zum einzig lohnenden Objekt eines künftigen Krieges. Die als unumgänglich angesehene Auseinandersetzung mit Frankreich hatte keinen Bezug mehr zu Grenz- oder Revanchefragen. Sie wurde zum Vorschalt ereignis des Kampfes im Osten. Es ging einzig darum, das Potential dieses gefährlichsten Gegners Deutschlands auszuschalten. Frankreich werde immer auf der Seite der Gegner Deutschlands stehen. Seine kontinentalen Absichten, die letztlich zum Programm grösserer weltpolitischer Ziele gehörten, seien für Deutschland «eine Frage über Leben oder Tod»⁴⁰. Dennoch musste nach Hitler eine Auseinandersetzung mit Frankreich, sofern kein weiteres Ziel als das der Niederkämpfung dieses Gegners gegeben war, unfruchtbar bleiben. Ein solcher Krieg bleibe «in der grossen Linie wirkungslos». In der «grossen Linie» konnte ein Krieg gegen Frankreich nur liegen, wenn damit Rückendeckung für den Gewinn von Lebensraum im Osten erreicht werde, also unter der Voraussetzung, «dass Deutschland in der Vernichtung Frankreichs wirklich nur ein Mittel sieht, um danach unserem Volke endlich an anderer Stelle die mögliche Ausdehnung geben zu können»⁴¹.

Militärisch schien Hitler das Problem in der Ausschaltung Frankreichs zu liegen. Denn die Sowjetunion, «das Riesenreich im Osten», sei «reif zum Zusammenbruch»⁴². So schien sich Deutschlands Aussenpolitik auf Italien und England konzentrieren zu müssen.

Hitlers aussenpolitische Umschau enthielt Widersprüche, die teilweise dadurch zu erklären sind, dass gleichzeitig verschiedene Gruppen innerhalb und ausserhalb der Partei überzeugt werden sollten. Als Konstante lässt sich ein Geflecht rasseideologischer Annahmen und Überzeugungen erkennen, die zusammen mit machtpolitischen und oft nur taktischen Motiven die spätere Aussenpolitik charakterisierten. Nicht immer werden alle diese Momente artikuliert. Hitler hat selbst im engsten Führungskreis nur selten auf eine Kongruenz der Ansichten hingearbeitet. Ihm genügte, wenn eine grobe Programmorientierung gesichert war. Der erwähnte rasseideologische Kern seines aussenpolitischen Denkschemas lässt sich so umschreiben:

Ziel der Arbeit des Nationalsozialismus sollte die Erhöhung des Rassewertes des rasse-mässig zerrissenen deutschen Volkes sein. Rassistische Zerrissenheit drückte sich nach Hitler in der Minderung instinktmässiger Anlagen und Eigenschaften für den Lebenskampf aus, minderte den «Volkswert». Diese in vielen Wendungen, in wechselnden begrifflichen Zugängen – Rassewert, Volkswert, Blutswert – versuchte Explizierung

40 Hitler, Zweites Buch, S. 150.

41 Hitler, Mein Kampf, S. 766 f.

42 Hitler, Mein Kampf, Ausgabe 1930, S. 743. In der Erstausgabe ist bildhaft vom «Perserreich» die Rede. S. dazu Jäckel, Hitlers Weltanschauung, S. 45, Anm. 32.

seiner politisch-theoretischen Grundannahmen darf nicht wegen der wissenschaftlichen Unhaltbarkeit ihrer Prämissen als unerheblich abgetan werden. Ihre «negative Seite» gehört in die Betrachtung der aussenpolitischen Vorstellungen Hitlers in besonderer Weise hinein. Sosehr Hitler in der Frage der positiven Aktivierung des Rassegedankens für die Aussenpolitik von den anderen Konzepten führender Nationalsozialisten abwich, was insbesondere im Hinblick auf Italien und Skandinavien bedeutungsvoll war, so sehr stimmten sie in der negativen Konsequenz überein, nämlich in der Vorstellung einer «jüdisch-parasitären» Zersetzungsgefahr für den Rasse- und Blutwert jedes gesunden Volkes. In knapper Form wird diese Gefahr im Schlusswort des «Zweiten Buches» umrissen. Unfähig zur Staatsbildung, benötige das jüdische Volk für seine eigene Existenz die schöpferische Kraft anderer Nationen. Sein Endziel sei «die Entnationalisierung, die Durcheinanderbastardisierung der anderen Völker», die «Ausrottung der völkischen Intelligenzen» und deren Ersatz durch die Angehörigen des eigenen Volkes. «Blutige Bolschewisierung» hiess das Endziel des «jüdischen Weltkampfes», der zur Herrschaft über die Menschheit führen sollte.

Judenherrschaft und Bolschewismus waren für Hitler identisch. In Russland war der «slawische Rasseninstinkt» dem Judentum bei der Vernichtung der «fremden Oberschicht» zu Hilfe gekommen und hatte jetzt im Judentum seinen neuen Führer erhalten⁴³. Seine Hilfstruppen waren der Marxismus, die Demokratie und das sogenannte christliche Zentrum⁴⁴. In Russland war der Kampf bereits entschieden, ebenso in Frankreich, wo die Interessengemeinschaft mit dem nationalen Chauvinismus etabliert war. Unentschieden schien der Kampf in England. Am härtesten werde in Deutschland um den Sieg des Judentums gerungen.

Diese Auffassungen lassen sich, in situationsbedingten Abwandlungen, bis zuletzt in Hitlers politischen Vorstellungen nachweisen. Sie haben eine geradezu axiomatische Konstanz. Es ist daher mit Recht von einer «Vermittlung von rassischen und machtpolitischen Motiven» in Hitlers aussenpolitischem Konzept gesprochen worden⁴⁵. Zu fragen bleibt nach dem Charakter dieser Vermittlung. Im Grunde war hier Inkongruentes aufeinander angewiesen. Gerade wo Hitler klüger und logischer sein wollte als die deutsche Politik vor und nach dem Ersten Weltkrieg, lief seine Argumentation auf unfundierte Annahmen und Behauptungen hinaus. Sein Russland-Bild war konstruiert, die auch in Westeuropa anzutreffende Unterschätzung der inneren und militärischen Kraft des Riesenreiches überbot Hitler noch mit seiner rassebiologischen Schwächediagnose. England erschien dagegen in ambivalenter Beleuchtung. Er schätzte Grossbritannien richtig und falsch zugleich ein. Ungewiss wurde seine Rechnung bei dem Versuch, britische Machtinteressen auf den macht- und rassepolitisch «notwendigen» Lebensraumkampf im Osten abzustimmen.

43 Hitler, Zweites Buch, S. 158.

44 Ebd., S. 223.

45 Hildebrand, Aussenpolitik, S. 27.

Wie konnte eine solche Verbindung von Fehleinschätzungen und ideologischen Axiomen überhaupt in den Bereich der Realisierbarkeit kommen? Eine Antwort auf diese Frage ist nur möglich, wenn die Kooperation von Wirtschaft, Wehrmacht, Staatsapparat und Partei bei der «Wehrhaftmachung» ebenso bedacht wird wie die Unfähigkeit der Grossmächte zu einer entschlossenen Politik gegen Deutschland. Zu bedenken ist auch, dass Hitler sich gegen «Nebenkonzeptionen» in der Partei durchsetzte und sehr geschickt Weimarer revisionistische Ansätze aufnahm und sie fortwirken liess, wo sie wenigstens partiell seinen Zielen dienten.

Ein kurzer Blick hierauf ist zum Verständnis der Aussenpolitik nach 1933 von Bedeutung.

3. Nebenkonzeptionen

Aussenpolitische Programmvorstellungen führender Nationalsozialisten haben nach der «Machtübernahme» nie den Rang konkurrierender Entwürfe neben Hitlers Projektionen gewinnen können.

In den zwanziger Jahren existierte neben Hitlers aussenpolitischem Konzept eine Konkurrenz in Gestalt eines «sozialistischen» Ansatzes, der sich weder mit dem imperialistischen Entwurf der Gruppe um den Präsidenten des Kolonial-Krieger-Bundes und späteren Reichsstatthalter von Bayern, Ritter v. Epp⁴⁶, noch mit Hitlers Zielvorstellungen harmonisieren liess. Dieser Ansatz, vornehmlich repräsentiert von den Brüdern Gregor und Otto Strasser und der Arbeitsgemeinschaft nordwestdeutscher Gauleiter⁴⁷, kam nach 1930 nicht mehr zum Zuge. Er gewann auf Hitler keinen Einfluss. Nach verschiedenen Abwandlungen verzichtete das Programm dieser «Linken» auf jedes koloniale Engagement⁴⁸, betonte seine Sympathie für die unterdrückten Völker und zielte auf den Konflikt mit den «Plutokratien» des Westens. Seine Ostorientierung war auf eine Kooperation mit der Sowjetunion angelegt.

Bis in die Zeit nach 1933 hinein vertraten die «Blut- und Boden»-Theoretiker um Walther Darré⁴⁹ in scharfer Wendung gegen jeden Kolonialimperialismus den Gedanken an eine Annäherung an Grossbritannien zur Sicherstellung einer Ausgangsbasis für die Expansion nach Osten. Dort sollte im weiten russischen Kolonialland das deutsche Volk rassisch gefestigt und auf dauernde Grundlagen gestellt werden.

Dieses «Programm» unterstützte zweifellos Hitlers wesentlich stärker machtpolitisch motivierte Überlegungen. Von noch grösserer Bedeutung sind aber die Vertreter und Fortsetzer wilhelminisch-imperialistischer Ideen in der Partei gewesen, zu denen vor al-

46 Ebd., S. 21. Zu den aussenpolitischen Vorstellungen in den Anfängen der NSDAP Schubert, Anfänge.

47 Näheres Schildt, Arbeitsgemeinschaft; Kühnl, Nationalsozialistische Linke.

48 Das sog. «Bamberger Programm» vom November 1926 erhob noch die Forderung auf ein mitteleuropäisches Kolonialreich, s. Kühnl, Strasser-Programm.

49 Hildebrand, Aussenpolitik, S. 24 f. Gies, Darré.

lem Hermann Göring zählte. Auch Ribbentrop ist hier zu nennen. Ihre Bedeutung lag darin, dass sie die aussenpolitischen Zielvorstellungen und Hoffnungen gerade der konservativen Gruppierungen, nicht zuletzt in Reichswehr und Wirtschaft, in das Spektrum aussenpolitischer Auffassungen nach 1933 integrieren konnten. Aber effektiv sind derartige Ansätze eigentlich nur geworden, wenn sie nicht programmatische Ziele Hitlers kreuzten oder wenn er damit camouflierende Wirkungen zu erzielen hoffte.

Alfred Rosenberg, der als «designierter Aussenminister» das Aussenpolitische Amt der NSDAP aufbauen durfte⁵⁰, hat zwar Hitlers Russland-Bild beeinflusst, gewann aber so gut wie keine Bedeutung für die aktuelle Aussenpolitik. Er hat als Leiter dieses Amtes dann auch bei seiner «Kulturpolitik» die aussenpolitischvölkerrechtliche Arbeit nicht ansteuern oder intensivieren können. Hitler rühmte sich später in seinen «Tischgesprächen», er habe Rosenbergs «Mythus» nur zum geringen Teil gelesen. Und doch berührten sich manche aussenpolitische Thesen des «Mythus» mit Hitlers Ideen. Enge Berührungen Hitlerscher aussenpolitischer Vorstellungen waren auch gegeben mit Ausführungen in Rosenbergs Buch «Der Zukunftsweg einer deutschen Aussenpolitik» (1927). Rosenberg verwies darin auf den deutschen Lebensraum im Osten. Frankreich und Polen wurden als Feinde apostrophiert. Italien sollte seine Zukunft in Nordafrika und rund um die Adria suchen und bot sich als Bundesgenosse an. Wie Italien stand nach Rosenberg auch England deutschen Zielen nicht im Wege. Rosenberg wollte Deutschland als «Zentralmacht» des Kontinents in einen Bund mit England bringen⁵¹. Während Hitler den Rassegedanken in enger Verbindung mit Grossraumvorstellungen benutzte, meist aber in negativer Wendung von den Gefahren für die gesunde Rasse sprach, die ihr durch die parasitäre Kraft des «Weltjudentums» drohte, strebte Rosenberg eine Symbiose rassisch bestimmter Staatensysteme an, die die Herrschaft der weissen Rasse über den Erdball sichern sollten⁵². Als konkrete aussenpolitische Möglichkeit hatte der «ChefIdeologe» eine Verbindung des den Kontinent beherrschenden Deutschland mit Grossbritannien und den skandinavischen Staaten vor Augen. Dieses «nordische» Europa war für ihn der neue organische Gedanke gegenüber einer chaotischen «Weltgerichtsbarkeit» (Völkerbund) oder gegenüber der «Vermischung der Gestalten» als Folge demokratisch-marxistischer Weltpolitik. Der im Aussenpolitischen Amt der NSDAP entwickelte Plan eines «deutsch-skandinavischen Blocks», vorzubereiten mit weltanschaulicher Unterwanderung oder «Kulturarbeit», besass keinen Realitätshintergrund und scheiterte dementsprechend. Rosenbergs theoretische Variante stand in der Nachbarschaft der völkisch-nationalen Gegner der Weimarer Normalrevisionisten. Die wichtigste Differenz gegenüber Hitlers Vorstellungen bestand im Umfang der radikalen Ex-

50 Jacobsen, Aussenpolitik, S. 45ff.; zu seiner Stellung in der Partei vgl. auch Bollmus, Amt Rosenberg.

51 Rosenberg, Mythus, S. 642; Jacobsen, Aussenpolitik, S. 52.

52 Mythus, S. 675, zum Rassegedanken und Rosenbergs politischen Ideen. Zur Skandinavien-Politik des Dritten Reiches, s. auch Look, Nordeuropa, und Bd. 2, Beitrag Stegemann.

pansionsziele in Osteuropa. Rosenberg trat für ein Bündnis Berlin-Kiew ein. Das alte Russland sollte zerstückelt, aber nicht gänzlich absorbiert werden. Rosenbergs Konzept hat Theoretiker und Völkerrechtler beschäftigt⁵³. Einfluss auf die Aussenpolitik hat es so gut wie nicht gewinnen können.

4. Aussenpolitische Akzente in der Endphase des Weimarer Revisionismus und Hitler

Das durchgängige Hauptziel aller nennenswerten Gruppen der Weimarer Republik war die Revision des Versailler Vertrages, gleichgültig, ob ungeduldig eine rasche Totalrevision angestrebt wurde oder ein etappenweises Vorgehen, wie es Vertreter der von den Nationalsozialisten als Erfüllungspolitik gebrandmarkten Aussenpolitik befürworteten⁵⁴. Von den drei revisionistischen Grundforderungen, nämlich der Aufhebung der finanziellen und militärischen Bestimmungen sowie der territorialen Wiedergutmachung, war das finanzielle Postulat durch die Konferenz von Lausanne 1932 praktisch erfüllt worden.

Die territorialen Forderungen, über die Rückerstattung der verlorenen ehemaligen Reichsgebiete hinaus auch auf den «Anschluss» Österreichs einschliesslich Südtirols und auf den Erwerb des Sudetenlandes zielend, wurden von Hitler kritisch betrachtet. Ziele an sich konnten sie ihm nicht sein, brachten sie doch die Gefahr eines raschen Zusammenschlusses der Weltkriegscoalition gegen Deutschland mit sich. Die Bürokratie des Auswärtigen Amtes und die Reichswehrführung, neben einer nahezu geschlossenen Phalanx parteipolitischer Interessen, steuerten in der Territorialfrage also Ziele an, die für sich genommen nach Hitler anachronistisch und taktisch unklug waren. Für die Rechtsparteien spielte insbesondere die Tatsache eine Rolle, dass der Locarno-Vertrag den Weg nach Westen verbaut hatte. Die Frage der Ostgrenze ist dagegen auch von republiktreuen Parteien, etwa der DVP Stresemanns, offengehalten worden. Die Rückgewinnung der an Polen und Litauen verlorenen Gebiete und der «Anschluss» Österreichs blieben für sie auf der Tagesordnung. Stresemann, *der* Aussenpolitiker der Weimarer Republik, zeitweise Reichskanzler und Aussenminister, strebte gegenüber Polen den Status quo ante an. Eine Sonderlösung für Danzig allein wollte er nicht akzeptieren⁵⁵.

Die entscheidende Frage des territorialen Revisionismus war das Wie. Sollte die Lösung militärisch erzwungen oder durch wirtschaftliche Pressionen erreicht werden? Stresemann sah in einer Politik wirtschaftlichen Druckes, insbesondere in einem «Zollkrieg» gegen Polen, grosse Chancen nicht nur für eine Revision der Grenzen. In wirtschaftlichen Pressionen und in der Schaffung von Abhängigkeiten erblickte er ein Mittel zur

53 Messerschmidt, Revision, S. 64ff.

54 Vgl. die knappe Übersicht bei Bloch, Hitler, S. 7ff., mit dem Hinweis auf den Zentrumspolitiker Erzberger; und Wirth, Reden während der Kanzlerschaft.

55 Broszat, Polenpolitik, S. 170ff., s. a. Korbelt, Poland, S. 68ff., 110ff.

Wiedererlangung der deutschen Grossmachtposition⁵⁶. Machtpolitisch dachte also auch der Locarno-Architekt. In seiner eigenen Würdigung erschien die Selbstbegrenzung im Westen⁵⁷ geradezu als Voraussetzung für eine Politik, die im Blick auf die Ostgrenze eben nicht die Verpflichtung eingegangen war, von einem militärischen Vorgehen abzusehen⁵⁸.

Bezeichnend ist, dass Stresemann sich im Dezember 1925 vor der Berliner «Arbeitsgemeinschaft Deutscher Landsmannschaften» gedrängt sah zu betonen, Deutschland habe dem polnischen Aussenminister erklärt, es lehne einen Verzicht auf Krieg ab. Er wies ferner darauf hin, auch der Eintritt in den Völkerbund schliesse Krieg nicht aus. Selbst im Hinblick auf die Westgrenze sei der Sinn der Verträge nicht «die ewige Aufrechterhaltung des status quo». «Gegenwärtig» beruhte nach Stresemann Deutschlands Stärke und damit seine einzige grosse aussenpolitische Waffe in seiner «wirtschaftlichen Stellung als Konsumentenland» und in der «Stellung als grosses Schuldnerland gegenüber anderen Nationen». Aber zweifelsfrei war auch ihm, dass das Hauptmittel künftiger Aussenpolitik «die materielle Macht, Heer und Flotte», sein werde. Ziele, wie er sie wenige Wochen zuvor auch dem Kronprinzen mitgeteilt hatte, liessen sich als Schuldneration mit den Mitteln der zwanziger Jahre noch nicht in Reichweite bringen: «Wiedergewinnung Danzigs, des polnischen Korridors und eine Korrektur der Grenze in Oberschlesien, Anschluss Österreichs; Wiedergewinnung der deutschen Kolonien». Vorher noch, im Januar 1925, bezeichnete er als Ziel «deutschen Hoffens» die Schaffung eines Staates, der alle deutschen Volksteile umfassen sollte, die im deutschen Siedlungsgebiet in Mitteleuropa lebten: ein Ziel, das nicht verwirklicht werden könne, «ohne dass neben unseren Volksgenossen auch Angehörige fremder Nationen unter deutsche Staatshoheit gestellt werden»⁵⁹.

Alle Versuche, Polen zu isolieren und aus einer substantiellen Garantie auszuklammern, hatten neben der Absicht, das Grenzproblem offenzuhalten, auch die Tendenz, eine russisch-polnische Annäherung zu verhindern, um die Ostgrenze «zu entlasten». Das Auswärtige Amt sah über Polen hinaus die Ostgrenze als «offen» an⁶⁰. Aber seit Piłsudskis Staatsstreich erkannten Stresemann und das Auswärtige Amt, dass die von Schacht ent-

56 Schlüsseldokumente für Stresemanns aussenpolitisches Konzept u.a. Brief an den Kronprinzen vom 7. 9.1925, in: Stresemann, Vermächtnis, Bd. 2, S. 553 f.; Rede vorder «Arbeitsgemeinschaft deutscher Landsmannschaften» in Berlin am 14.12.1925, ADAP, B, Bd. I, S. 727ff.; Hillgruber, Grossmachtpolitik, S. 26f. Maxelon, Stresemann.

57 Im Gespräch zu Thoiry, dem Gipfelpunkt deutsch-französischer Verständigungspolitik in der Weimarer Zeit, hatte er am 17. 9.1926 allerdings auch zu Briand gesagt, Eupen und Malmédy müssten dereinst wieder deutsch werden. Zu Thoiry s. H.-O. Sieburg, Das Gespräch zu Thoiry 1926; vgl. ferner ADAP, B, Bd. I, 2 Aufzeichnung der Unterredung Briand-Stresemann vom 17. 9., Nr. 88, S. 188 ff.

58 Zur Front gegen Stresemann wegen seiner Westpolitik: Walsdorff, Westorientierung, S. 105 f.

59 Zit. nach Ruge, Deutschland, S. 530f. Aufzeichnung Dirksens vom 24.4.1925, Teilzitat Walsdorff, Westorientierung, S. 100.

60 Dirksen lehnte den Vorschlag des Rigaer Gesandten Köster ab, den Besitzstand der baltischen Staaten zu garantieren (um eine stärkere Anlehnung an die «polnisch-französische Kombination» zu verhindern), eine Garantie, die Litauen gegenüber ganz ausscheide. Auch einen Nichtangriffspakt wollte das Auswärtige Amt nicht in Erwägung ziehen. S. auch Ruge, Deutschland,

wickelte Strategie, mit finanzieller Pression dem Grenzproblem beizukommen, gescheitert war. Polen wurde international aufgewertet, rasche Lösungen im Osten waren nicht mehr zu erwarten.

Damit aber wurde bei der deutschen Grundtendenz gegen Polen wieder die militärische Komponente dominant, die langfristiger Vorbereitungen bedurfte, vor allem einer angemessenen Lösung des Rüstungsproblems. Das Truppenamt, de facto der Generalstab der Reichswehr, formulierte seine Vorstellung in einer Denkschrift im März 1926⁶¹: Wiedergewinnung der vollen Souveränität und feste Verschmelzung der Deutschland z. Zt. entzogenen Gebietsteile, nämlich: Befreiung des Rheinlandes und des Saargebietes, Beseitigung des Korridors und Wiedergewinnung Polnisch-Oberschlesiens, Anschluss Deutsch-Österreichs, Beseitigung der entmilitarisierten Zone. Diese Ziele mussten Konflikte mit Frankreich, Belgien, Polen, der Tschechoslowakei und schliesslich auch mit Italien heraufbeschwören. Es komme daher für die deutsche Abrüstungspolitik vor allem darauf an, «Frankreich seiner dominierenden militärischen Macht zu entkleiden», in zweiter Linie müsse sie die Abrüstung Polens ins Auge fassen, dann erst die der übrigen genannten Staaten. In einer geschickten Differenzierung der deutschen Abrüstungsforderungen sah das Truppenamt überdies ein Mittel, seine Interessen durchzusetzen. Manchen Staaten sollten ruhig Konzessionen gewährt werden, etwa Russland, Jugoslawien, Rumänien, ja sogar Italien. An der Abrüstung Englands bestehe «vorerst kein besonderes Interesse». Zunächst gehe es um die deutsche Aufrüstung zu Land und in der Luft. Die Abrüstung Englands und «anderer Kontinente» könne Konzessionsobjekt sein, um «zunächst einmal» Deutschlands «lebenswichtige Ziele zu erreichen». In den nächsten Stadien der deutschen politischen Entwicklung gehe es um die Wiedergewinnung der europäischen Stellung, «viel später» erst um das Wiedererkämpfen der Weltstellung.

Die Reichswehrführung strebte die Festlegung von Rüstungsprioritäten in der Heeres- und Luftrüstung an und erblickte darin eine Grundlage für eine künftige, auf Deutschlands vitale Interessen abgestimmte Aussenpolitik. Damit avancierte die Rüstungspolitik in der Sicht der Militärs zum wichtigsten Hebel deutscher Aussenpolitik der Endzwanziger und frühen dreissiger Jahre. «Abrüstungs»-Politik war sie nur im Hinblick auf die französische Mächtekombination. Der Grundsatz der für die Abrüstungsverhandlungen zu fordernden Gleichberechtigung hiess nichts anderes als die Offenhaltung der Möglichkeit zur Aufrüstung: «Die Frage, ob für den deutschen Rüstungsstand Genf oder Versaillies massgebend» sei, werde für die diplomatische und auch militärische Vertretung die schwierigste sein, aber auch die, «deren Folgen in jeder Richtung am

S. 282 und 531. Dort Hinweis auf Schreiben des Auswärtigen Amtes an den Reichspräsidenten über freie Hand im Osten, ZStA, Büro des Reichspräsidenten, Nr. 697/1, Bl. 18.

61 Denkschrift Oberst v. Stilpnagel an Vortr. Legationsrat v. Bülow vom 6. 3.1926, ADAP, B, Bd. 1,1, S. 341 ff.

weitestgehenden» seien⁶². Das strategische Ziel der militärischen Führung war ein Scheitern der Verhandlungen, allerdings nicht ein Scheitern aufgrund der deutschen Forderungen: Das eben machte das Unterfangen so schwierig.

Die Entwicklung ging über Stresemann hinweg⁶³. Die Phase einer sekundär auf nationalegoistische Ziele hin angelegten Verständigungspolitik mit eigenen Methoden ging zu Ende. Frankreich, zwar durchaus als Hindernis eines kurzen Weges zur Grossmachtstellung angesehen, sollte durch jene Politik eher umgangen als angegangen werden. Unter Schleicher gewann die Reichswehrführung grösseren Einfluss auf die Aussenpolitik. Die Weltwirtschaftskrise schien Möglichkeiten zur Abschüttelung der Versailler Rüstungsrestriktionen zu bieten⁶⁴. Für die Reichswehrführung blieb Frankreich der grosse Block gegen die deutschen Interessen. Oberst Joachim v. Stülpnagel vom Truppenamt schwebte schon 1924/25 «in absehbarer Zeit» ein Krieg gegen Frankreich vor Augen mit dem Ziel, Deutschland vom «Versailler Vertrag und dem französischen Gesindel in den Rheinlanden» zu befreien⁶⁵.

In Ansätzen scheint hier wieder das Problem der Doppelspitze unter dem Staatsoberhaupt, jenes Krebsübel der deutschen Führung vor und im Ersten Weltkrieg, virulent geworden zu sein. Militärs in einflussreicher Position hielten sich ganz selbstverständlich in der Aussenpolitik für zuständig. Es ist allerdings nicht zu übersehen, dass einige «Politiker» der Reichswehr politischen Fragen gegenüber beweglicher taktierten als die Nur-Militärs, wengleich keine überzeugende Abgrenzung möglich erscheint. So hat auch eine Denkschrift des Ministeramts über die «Aufgaben der Wehrmacht» aus dem Jahre 1930 die Revision der territorialen Basis bei «günstiger politischer Lage» und die Begründung einer deutschen Grossmacht als normale Ziele angesprochen⁶⁶.

Der stärker werdende Einfluss der Militärs auf dem Gebiet der Aussenpolitik ist zu Recht als eines der Momente angesehen worden, die eine Brücke zu Hitler darstellten⁶⁷. Es ist deshalb nicht ohne Belang, sich vor Augen zu führen, wo die aussenpolitischen Fernziele des Schleicher-Vertrauten Stülpnagel sich mit grundsätzlichen Gedanken Hitlers berührten, wo auf der anderen Seite keine Vergleichbarkeit zu finden ist. Eine im Wesentlichen gegen Frankreich gerichtete Heeres- und Luftrüstung entsprach ganz Hitlers Grundidee, Frankreich zunächst auszuschalten. Aber während Hitler danach die

62 Ebd., S. 347.

63 Bloch, Hitler, S. 13, Gatzke, Stresemann. Zum Gegensatz der «Gleichberechtigung» in der Rüstung zu der später von der Reichswehr geforderten «Parität» s. Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 36,40.

64 Hillgruber, Grossmachtpolitik, S. 28 f.

65 Stülpnagel an TA Nr. 270/24 THIB, Nachlass v. Stülpnagel, BA-MA N 5/20. Den künftigen Krieg stellten sich diese Militärtheoretiker als «totalen Krieg der verbrannten Erde» vor. Dazu Stülpnagels Entwürfe für eine Schlussbesprechung der Kriegsspiele 1924 und 1925, ebd., Hinweis bei Geyer, Militär, S. 242.

66 Angeführt bei Geyer, Militär, S. 242. Verfasser des Entwurfs ist Oberstlt. v. Bredow, Nachlass v. Bredow, BA-MA N 97/9, dazu auch Post, Civil-Military Fabric, S. 232f., vgl. Beitrag Deist, S. 452 ff.

67 Hillgruber, Grossmachtpolitik, S. 28 f.

Wendung nach Osten zu vollziehen gedachte, meinte Stülpnagel, wohl stellvertretend für die Reichswehrführung, dass nach Ausschaltung Frankreichs als «Gegner der Wiederaufrichtung Deutschlands» die deutsche Grossmachtposition errungen sei. Erst auf der «Grundlage einer festgefügt europäischen Stellung nach einer erneuten Lösung der französisch-deutschen Frage auf friedlichem oder kriegerischem Wege» komme der Kampf um die Rohprodukte und Absatzmärkte in Betracht, der in den Gegensatz zum «amerikanisch-englischen Machtkreis» hineinführen werde und daher eine ausreichende maritime Rüstung erfordere. Der Gegensatz zu England wurde damit viel stärker vorausbestimmt als in Hitlers Konzept, während die englische Haltung für den Fall der Errichtung der deutschen Hegemonie auf dem Kontinent ähnlich optimistisch eingeschätzt wurde. Im Hinblick auf Italien deutete der Gedanke an eine elastische Politik die Bereitschaft zu Konzessionen an. Die Folgen der Anschlussforderung für das deutsch-italienische Verhältnis wurden nicht näher behandelt. Russland, vom Reichswehrministerium im Wesentlichen nur unter machtpolitischen Gesichtspunkten in das Strategiemodell eingeordnet, war der Faktor, der bei Hitler in eine vollkommen neue Perspektive gerückt wurde. Aber für die Übergangszeit bis zur Erreichung «der politischen Macht» musste diese Zieldifferenz nicht entscheidend werden. Das vorläufige Hauptziel der Reichswehr, Aufrüstung, Land- und Luftrüstung, passte genau in Hitlers *Procedere* ebenso wie die für Genf ins Auge gefassten Verhandlungstaktiken.

Auswärtiges Amt und Reichswehrführung stimmten nicht voll in der Bewertung der Rüstungsfrage überein. Für das Auswärtige Amt, das unter den Nachfolgern Stresemanns mit seinen führenden Beamten stärker auf den Kurs der Aussenpolitik einwirken konnte⁶⁸, war die Abrüstungsfrage zwar wichtig für neue Ansätze in der Aussenpolitik, aber es wollte ihr nicht die absolut vorrangige Bedeutung zugestehen wie die Reichswehr. Zumal unter Reichskanzler Brüning rückten in der Aussenpolitik wieder Wirtschaftsfragen in den Vordergrund⁶⁹, die ja im engsten Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise standen.

Staatssekretär v. Bülow's Idee war in dieser Zeit die deutsch-österreichische Zollunion, die als Vorbereitung des «Anschlusses» und als Instrument für den entscheidenden Einfluss im Südosten konzipiert war⁷⁰. Wenn dieser Ansatz auch scheiterte, so zeigte der Plan doch das Selbstbewusstsein, mit dem sich jetzt ältere Mitteleuropa-Konzeptionen wieder artikulierten. Sie führten in einen programmatischen Gegensatz zu Briands föderativem Gesamteuropa-Plan hinein. In der Sicht des Brüning-Kabinetts stiessen damit nationale deutsche und französische Interessen aufeinander. Diese deutsche Grossmachtpolitik, sosehr sie an sich wirtschaftlich-finanzielle Überlegungen in den Vordergrund rückte, musste die militärischen Paritätspläne der Reichswehr ihrerseits forcieren. Die neue Ressortkombination Auswärtiges Amt – Reichswehrministerium unter Neurath und Schleicher buchte mit der Fünf-Mächte-Erklärung zur Gleichberechti-

68 Vgl. Lippens, Einigungsidee, S. 329 ff.

69 Conze, Regierung Brüning, S. 233ff., Hillgruber, Grossmachtpolitik, S. 29.

70 Bloch, Hitler, S. 16; Bennet, Diplomacy, S. 78ff.

gungs- und Abrüstungsfrage vom 11. Dezember 1932 einen wichtigen Erfolg, der dann seit der Kanzlerschaft Hitlers durch Blomberg-Reichenau als Startlinie für den endgültigen Durchbruch zur Rüstungsfreiheit betrachtet wurde.

Die Reichswehrgeneralität erblickte in der Aufrüstung das wesentliche Mittel der deutschen Politik⁷¹. Ihre geheime Rüstung drängte sie ebenso wie aussenpolitische Ziele in diese Richtung. Dagegen war Reichswehrminister Groener um eine ausgewogene Abstimmung von Rüstung und Aussenpolitik bemüht gewesen. Ihm schien die Verbesserung der aussenpolitischen Lage Deutschlands auf dem Verhandlungswege möglich zu sein, wenn er auch meinte, dass mit einer derartigen Verbesserung der Lage der Republik der Tag komme, Grenzrevisionen mit militärischen Mitteln einzuleiten⁷². Spätestens Anfang 1932 konkretisierte die Reichswehr ihre Position für die Abrüstungsverhandlungen in Genf dahingehend, dass der Weg zur Rüstungsfreiheit als «ultima ratio» bezeichnet wurde, der in Genf unbedingt offengehalten werden müsse⁷³. Der wachsende Einfluss Schleichers wirkte sich in Versuchen aus, das Auswärtige Amt auf die Linie der Reichswehr zu bringen.

Am 23. Januar 1932 billigte der Chef der Heeresleitung das 2. Rüstungsprogramm⁷⁴.

Was sich vordergründig als Zahlenspiel der Ressorts auszunehmen schien, waren Grundfragen für Ziel und Methode deutscher Aussenpolitik⁷⁵. Anschaulich wird dies an der Opposition Schleichers gegen die Verhandlungsposition des Botschafters Nadolny in Genf, der auf ein Stillhalteabkommen zielte⁷⁶. Die Bedenken der Reichswehrführung unterstrich Schleicher mit dem Satz, das «Interesse der Wehrmacht» fordere einen Abbruch der Verhandlungen, «der dann zwangsläufig zu einem Ausbau der Wehrmacht... führen muss»⁷⁷. Das Interesse der Reichswehr hiess im Klartext: weiterzumachen mit dem 2. Rüstungsprogramm und hierfür eine vertragliche Absicherung zu bekommen oder die Konferenz scheitern zu lassen mit allen Folgen für Deutschlands aussenpolitische Stellung.

Das Reichswehr-Konzept bedeutete einen Zielanlauf, der schwer korrigierbar sein musste, weil er eindimensional auf den militärischen Weg der Grossmachtgewinnung

71 Zu den Zielvorstellungen der Reichswehrführung im Einzelnen Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 36 ff.

72 Geyer, Militär, S. 242, s. ferner Post, Civil-Military Fabric; und Beitrag Deist, S. 459.

73 Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 40.

74 S. dazu Geyer, Militär; Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 381, mit Hinweis auf Memorandum «Ziele und Wege Deutschlands auf der Abrüstungskonferenz» von Anfang 1932, Nachlass Schleicher, BA-MA N 42/34, s. Beitrag Deist, S. 464.

75 Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 45, umschreibt den Gegensatz anschaulich so, dass das Reichswehrministerium Höchstzahlen theoretischer Natur verlangte, das Auswärtige Amt sich aber zu Mindestzahlen bekannte, die an den Realitäten orientiert waren.

76 Nadolny strebte Abrüstung auf der Basis der «Gleichberechtigung» an, s. Nadolny, Beitrag, S. 120 und passim.

77 Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 44. Deist, Schleicher, S. 167, Vogelsang, Reichswehr, S. 222 ff. S. dazu unten Kapitel II, 1.

abhob⁷⁸. Möglichkeiten zur politischen Nutzung der durch die Wirtschaftskrise in Bewegung geratenen Fronten sind im Wesentlichen nur für das Aufrüstungsziel gesehen worden. Aber, wie treffend gesagt worden ist, nicht erst die territoriale Revision mit Hilfe eines nach deutschem Revisionsverständnis aufgebauten militärischen Instruments musste die europäische Ordnung in ein neues Gravitationsfeld bringen, sondern bereits die Revision der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages selbst. Das «Faktum der werdenden militärischen Macht»⁷⁹ besass sein eigenes politisches Gewicht von europäischer Bedeutung. Das eben zeigte ja der Widerstand Frankreichs so deutlich. Die Verbissenheit, die Totalrevision dennoch durchzusetzen, und zwar ausgesprochenermassen als «Mittel» der Aussenpolitik, macht es so schwierig, unmittelbar nach dem Machtantritt Hitlers Veränderungen in der Aussenpolitik zu fassen. Hitler konnte diese Aussen-, Militär- und Rüstungspolitik ohne weiteres in sein zunächst noch sehr allgemein umrissenes Regierungsprogramm aufnehmen. Er liess den Willen zu baldiger Forcierung der Rüstung erkennen, richtete aber im Rahmen der «Wiederwehrhaftmachungsmassnahmen» sein Augenmerk zunächst stärker auf innenpolitische und propagandistische Aufgaben.

In langfristiger Perspektive schuf diese Innenpolitik Vorbedingungen für eine expansive Aussenpolitik. Sie sollte als «Reorganisation» des «Volkstums»⁸⁰ die Aussenpolitik in den Dienst nehmen. Klarheit und Stabilität in der Aussenpolitik mussten sich in Hitlers Sehweise sozusagen von selbst einstellen, wenn das deutsche Volk erst einmal das grosse raumpolitische Ziel im Osten erfasst hatte. Aber auch eine Betrachtung der faktischen Entwicklung seit 1933 kann nicht auf die Reflexion der inneren Verklammerung von aussen- und innenpolitischen Zielvorstellungen verzichten. Die nationalsozialistische Innenpolitik war weder «Selbstzweck» noch diente sie allein dem Ziel, «eine bestimmte aussenpolitische Ausgangslage zu schaffen»⁸¹. Zusammen mit einer situationsgerechten Aussenpolitik sollte sie die Nation auf den Weg zu neuen Zielen bringen. Dabei eilte die innenpolitische «Wiederwehrhaftmachung» als politische Erziehung der situationsbezogenen, d.h. auf die Interessen der Grossmächte zwangsläufig reflektierenden Aussenpolitik voraus und brachte dadurch zunächst eher Schwierigkeiten als Vorteile. Von Anfang an trat Hitlers Innenpolitik bei dem Versuch, «die Energien und Talente des Volkes zu erwecken», seinen politischen Willen auf die Einbahnstrasse des Lebenskampfes zu lenken, mit Mitteln und Begleiterscheinungen auf, die Aufsehen im Ausland erregten, die darum gerade von den Vertretern des Auswärtigen Amtes als Übergangerscheinungen bagatellisiert wurden. Aussenpolitik, die zunächst mehr sein konnte und wollte als ein Instrument zur Ermöglichung der ungestörten Umgestaltung der innenpolitischen Ordnung und zur Absicherung der materiellen Wehrhaftmachung,

78 Zu dieser Konsequenz s. näher die Beiträge Deist und Volkmann.

79 Geyer, Militär, S. 240.

80 Hitler, Zweites Buch, S. 219.

81 Diese Möglichkeiten sieht Wollstein, Revisionismus, S. 1, als Bezugsrahmen möglicher Interpretationen an, s. a. Beitrag Wette, S. 143 ff.

4. Aussenpolitische Akzente in der Endphase des Weimarer Revisionismus und Hitler 663

strebte Hitler vorläufig nicht an. Hier lag neben anderen der eigentliche Grund für eine vorläufig nicht ostentative Umorientierung der Aussenpolitik in Organisation und Methode.

Dennoch waren es nicht im engen Sinne Nahziele, die Hitler den Befehlshabern der Reichswehr bei der Besprechung am 3. Februar 1933 vor Augen führte⁸². Für sich genommen, enthielten sie eine dramatische Zuspitzung revisionistischer Ansätze auf der Grundlage einer prinzipiellen innen- und vor allem erziehungspolitischen Flurbereinigung: «Völlige Umkehrung der gegenwärtigen innenpolitischen Zustände... Keine Duldung der Betätigung irgendeiner Gesinnung, die dem Ziel entgegen steht... Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel. Einstellung der Jugend u[nd] des ganzen Volkes auf den Gedanken, dass nur d[er] Kampf uns retten kann... Ertüchtigung der Jugend und Stärkung des Wehrwillens mit allen Mitteln... Straffste autoritäre Staatsführung.» Das war ein Konzept, das sich mit zunehmender innerer Erstarkung, mit dem Fortschreiten der Rüstung leicht auf grössere aussenpolitische Aktivität umstellen liess. In «programmatischer» Hinsicht besass dieses Konzept eine deutliche Überbrückungsfunktion, soweit die Aussenpolitik in Betracht kam. Waren die Bemerkungen zur Innen- und Wirtschaftspolitik (Siedlungspolitik, Rettung der Bauern) Wiederholungen von in «Mein Kampf» und im «Zweiten Buch» niedergelegten Grundsätzen, so formulierten die aussenpolitischen Überlegungen im Wesentlichen taktisch-strategische Ziele, ohne das ganze aussenpolitische «Programm» dieser Schriften einzubeziehen. Wie konnte taktisch bis zur Erringung der politischen Macht – dem strategischen Ziel – verfahren werden? Mit der «politischen Macht» meinte Hitler hier den Gewinn der aussenpolitischen und militärischen Aktionsfreiheit für kontinentale Unternehmungen. Das wichtigste Ziel bis dahin war der Aufbau der Wehrmacht, die Sorge um Bundesgenossen und der Kampf gegen Versailles. Die «Eroberung neuen Lebensraums im Osten» wurde wohl nicht ohne Berechnung nur als eine Möglichkeit angedeutet. Es gab für Hitler nur einen Unsicherheitsfaktor in dieser Phase: Frankreich! Es werde sich zeigen, ob Frankreich Staatsmänner habe, wenn ja, werde es Deutschland keine Zeit lassen. Dieses Konzept konnte die Aussenpolitik und ihre Leitung zunächst im alten Fahrwasser belassen. Revisionswünsche konnten weiterverfolgt werden. Die Abrüstungsverhandlungen konnten weiterlaufen mit dem Ziel der Gleichberechtigung, d.h. dem vollen Recht zur Wiederaufrüstung.

Für Hitler besass dieses taktisch-strategische Doppelkonzept zugleich den Vorteil der Camouflage der Fernziele. Der aussenpolitische Apparat konnte glauben, er sei nach wie vor am entscheidenden Hebel, die Wehrmachtführung quittierte die Zusage ihres Waffenträgermonopols mit Wohlgefallen und war beeindruckt von Hitlers Entschlossenheit zur Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht. Nach aussen aber gestattete das Konzept jederzeit die Beteuerung von Friedensabsichten und förderte die schon von der aussenpolitischen Führung vorher verfolgte Tendenz, Frankreich als den Hemmschuh auf dem Wege zu einem friedlichen Europa hinzustellen.

82 Vogelsang, Dokumente.

Der geschickteste Schachzug in diesem gar nicht so komplizierten, im Wesentlichen von der Situation her gebotenen Modus procedendi war die mit der Ansteuerung vertrauter Nahziele verbundene Einpassung der bürgerlich-konservativen Führungsschicht in die Aufmarschstellung für ferne Ziele, wobei viele von ihnen in eine Grauzone ihres Gewissens versetzt wurden. Historisch-politische Denkgewohnheiten verbauten eine intellektuell und moralisch nüchterne Bestandsaufnahme.

Damit ist das noch zu behandelnde Problem der Kontinuität angesprochen. Auch für die Bürokratie des Auswärtigen Amtes und die Militärs steckte in diesem Problem nicht nur die Frage der Fortwirkung und Fortgeltung von Denkansätzen. Die Verknüpfung von Innen- und Aussenpolitik, die Flurbereinigung im Innern, eine auf die Vernichtung jeder Art von Opposition abzielende Ausnahmegesetzgebung und -praxis, die Zusammenfassung der Staatsgewalt in der Hand «straffster autoritärer» Führung, die Brandmarkung der Demokratie als «Krebsschaden», alles dies provozierte die Frage nach dem Warum und Wofür von Aussenpolitik. Hitlers Konzept von Anfang Februar 1933, wenn auch nur die Spitze eines Eisbergs, berührte erkennbar die Grundlagen bisheriger Innen- und Aussenpolitik. Es ging nicht mehr allein um Machtpolitik. Die Kategorien der Ausmerzungen und Vernichtung von «Feinden» wurden sichtbar. Dass sie von Regierung, Armee, Wirtschaft und Verwaltung verdrängt wurden, gehört zum Komplex der Kontinuität des politischen Denkens in Deutschland im Übergang zur Herrschaft des Nationalsozialismus.

5. Kontinuität in der Aussenpolitik?

Die «Aussenpolitik» der Anfangsmonate, die im Wesentlichen Aufrüstungsziele in den Abrüstungsverhandlungen anvisierte, ist vom Auswärtigen Amt getragen worden. Der konservative Revisionismus der führenden Männer des Auswärtigen Amtes leistete «Abschirmungshilfe» für die innenpolitische Umstrukturierung. Allein ihr Verbleiben im Amt, vor allem das Dabeibleiben des Ministers und des Staatssekretärs – Neurath und Bülow –, verharmloste im Inland wie im Ausland die «Machtübernahme» durch die Nationalsozialisten. Unter diesem Aspekt muss die Aussenpolitik und ihr Werbeaufwand als Funktion einer «Gesamtpolitik» gesehen werden, deren Perspektiven dem Auswärtigen Amt gerade wegen der partiellen Gemeinsamkeit im machtpolitischen Ansatz noch nicht völlig deutlich wurden⁸³.

Temporvorstellungen und Akzentsetzungen, Vorrang der Rüstung oder der Reparationspolitik, gingen bei führenden Vertretern von Reichswehr und Auswärtigem Amt zeitweise auseinander. Im Ziel, nämlich der Ansteuerung einer europäischen Hegemonialstellung des Reiches und einer späteren Weltmachtposition, waren sie sich einig. Diese

83 Zur Aussenpolitik in der Anfangsphase s. Jacobsen, Aussenpolitik; ders., Rolle Deutschlands. Bloch, Hitler, S. 22: Die Machtergreifung «stellte zunächst keinen radikalen Bruch mit der Aussenpolitik der vorangehenden Jahre dar». S. a. Bracher, Anfangsstadium.

Vorstellungen fügten sich 1933 ohne Schwierigkeiten in Hitlers damalige Zielangaben ein. Wie immer Hitlers «Programm» als Movens der deutschen Kriegspolitik interpretiert wird, eine begleitende Präsenz national-konservativer und wirtschaftsimperialistischer Zielvorstellungen hat bestanden. Ihre Herkunft aus der Wilhelminischen Zeit, schon aus der Bismarckzeit, wird gelegentlich betont oder als Interpretationshintergrund benützt. Als Ergebnis solcher genetischen Erklärungshilfen kann festgehalten werden, dass die Formulierung deutscher Aussenpolitik im Auswärtigen Amt, in der Reichswehr, in den konservativ-bürgerlichen Parteien da angingen, wo vor und im Kriege aufgehört worden war.

Der Friedensvertrag hat überdies das Gefühl, ungerecht behandelt worden zu sein, in weiten Kreisen zur politischen Überzeugung werden lassen. Die Revisionismuskussion und -propaganda haben deshalb eine so geschlossene Integrationswirkung haben können, dass das Konzept einer an den potentiell verbliebenen Möglichkeiten orientierten Grossmachtspolitik nahezu allgemeine Zustimmung fand.

Die Frage der Entscheidungsbefugnis über die Aussenpolitik nach 1933 ist vielleicht noch wichtiger als diese Fortwirkung gross- und weltmachtorientierter Konzepte, die bei der Generation, die den Übergang aus der Wilhelminischen Ära in die Nachkriegszeit miterlebt hatte, wenig sensationell war. Diese Generation hatte das Reich als Vormacht des Kontinents erlebt und war überzeugt, dass es diese Rolle wiederfinden müsse und werde. Aber bei wem lag die Entscheidung auf diesem Weg?

Die Forschung ist sich darin einig, dass die Bürokratie des Auswärtigen Amtes nach Hitlers Regierungsantritt beträchtlichen Spielraum besass. Erkennbar ist auch die Anlehnung des Auswärtigen Amtes an die neue Reichs wehrspitze. Kann aber die Verfolgung und Durchsetzung einer über Hitlers Überlegungen noch hinausgehenden Verhandlungstaktik auf der Genfer Abrüstungskonferenz in den ersten Wochen nach dem 30. Januar als gesicherte Verfügungsmacht über die Aussenpolitik gewertet werden? Mit Sicherheit überschätzte das Auswärtige Amt seine Position, wenn es sie, angelehnt an den Reichspräsidenten und die Reichswehrführung, für relativ selbständig hielt.

Ein Überblick über die deutsche Aussenpolitik in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges wird die Grenzen dieser «Selbständigkeit» des Auswärtigen Amtes in der Anfangsphase wichtiger nehmen müssen als die Aufhellung von Nuancen diplomatischer Feinheiten. Der Handlungsspielraum des Auswärtigen Amtes lässt sich aber nur vor dem Hintergrund der Vorstellungen und Ziele Hitlers zureichend beschreiben. Solange Hitler vornehmlich mit der Konsolidierung seiner Herrschaft im Innern beschäftigt war, brauchte er eine Phase aussenpolitischer «Normalität», die nach aussen am besten mit den bekannten Namen glaubwürdig zu machen war. Tatsächlich scheinen Neurath, Bülow und andere führende Beamte des Auswärtigen Amtes nicht ohne Skepsis an die Möglichkeit der Fortsetzung der bisherigen Aussenpolitik geglaubt zu haben. Dem Ausland gegenüber ist diese Möglichkeit aber als Gewissheit formuliert worden.

Kenntnisstand, Erfahrungshintergrund und politisch-persönliche Motivationen der einzelnen Persönlichkeiten waren zu verschieden, als dass sie auf einen Nenner gebracht werden könnten. Neurath, schon Aussenminister im Kabinett Papen, stand der Republik reserviert gegenüber. Möglicherweise hat er aufgrund seiner Erfahrungen als Botschafter in Rom geglaubt, auch in Deutschland sei innenpolitisch eine Zähmung der «Revolution» möglich. In der Aussenpolitik überschätzte er aufgrund seines Vertrauensverhältnisses zu Hindenburg seine Position. Als entscheidend für seinen Entschluss, im Amt zu bleiben, darf aber der Kern wehr- und machtpolitischer Vorstellungen angesehen werden, der diesen Vertreter des Gedankens der Wiedergewinnung alter Machtpositionen geradezu zum Anwalt einer Politik machte, die zunächst die Aufrüstung voranzutreiben suchte. Bernhard Wilhelm v. Bülow, aus Protest nach den Versailler Verhandlungen aus dem Dienst ausgeschieden, seit 1930 Staatssekretär, war mindestens ebenso stark vom Revisions- und Gleichberechtigungsgedanken durchdrungen und suchte ebenfalls den Weg zur Grossmachtrolle Deutschlands über die Bildung neuer wirtschaftlicher und dann militärischer Stärke.

Wie die Soldaten wurden auch die Beamten des Auswärtigen Amtes durch die «Macht ergreifung» nicht erschüttert oder zutiefst pessimistisch gestimmt im Blick auf Deutschlands Zukunft. Fassbar ist vielmehr die Sorge des Experten, ihm könne am Ende Einfluss verlorengehen, Dilettanten könnten an die Stelle der Fachleute treten. Staatssekretär v. Bülow suchte sogleich am 30. Januar 1933 durch Runderlass an die Missionschefs beruhigend zu wirken⁸⁴ mit der Aufforderung, in diesem Sinne auch nach aussen tätig zu werden. Das Dokument einer aufschlussreichen Verbindung von Selbsttäuschung und Abschirmungsbemühung ist von Bedeutung für die Interpretation der Einstellung des Auswärtigen Amtes auf Hitler⁸⁵.

Vielleicht noch deutlicher zu machen ist die Mischung von Selbstbehauptungswille und Anpassung an den Überlegungen des späteren Staatssekretärs v. Weizsäcker. Sein Grundgefühl der Unsicherheit in der Anfangsphase der «Revolution» – damals war er Gesandter in Oslo – war ausgeprägter als das der beiden Spitzenbeamten. Seine Skepsis gegenüber der neuen Regierung und der «Bewegung» liess ihn fragen, ob «man da eigentlich mitmachen» könne⁸⁶, und wie es möglich sei, «dem noch intakten Teil der Bürokratie den nötigen Einfluss» zu sichern. Er wie andere fanden eine Beruhigung darin, dass Neurath und Bülow im Amt blieben, ja mehr noch, nämlich so etwas wie eine «Garantie der Vernunft»⁸⁷. Bereits im März glaubte er an die Möglichkeit einer «konstruktiven» Wendung der zweiten Etappe der «Revolution», und im August 1933 wünschte er jedem Auslandsbeamten einen Aufenthalt in Deutschland, sonst komme «man nicht zum Verständnis dessen, was vor sich geht, und der Chancen, die darin für

84 ADAP, C, Bd. 1,1, Nr. 1, S. 1.

85 Wollstein, Revisionismus, S. 29f., ders., Denkschrift; zu Bülow vgl. auch Jacobsen, Aussenpolitik, S. 33.

86 Weizsäcker-Papiere, S. 60.

87 Ebd., S. 69.

uns im Ausland gegenüber den fremden Regierungen liegen»⁸⁸. Hitler hat ihm einen «metaphysischen» Eindruck gemacht. Im März waren offenbar die anfänglichen Befürchtungen im Auswärtigen Amt verfliegen, es könne zu grösseren Personalveränderungen kommen und zu aussenpolitischen «Experimenten».

Weizsäcker, im Sommer 1933 zeitweilig Leiter der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes, sah Mitte Juli – sicher auch, um Druck zu neutralisieren – «die Wiedereröffnung der Parteitore für die Mitglieder des Aussendienstes» als seinen ersten Programmpunkt an⁸⁹: eine Aktivität, die nach seiner Meinung von fast allen mit der Bitte um Parteiaufnahme honoriert wurde. Tatsächlich ist aber eine klare Übersicht über die Parteizugehörigkeit der Beamenschaft des Auswärtigen Dienstes bis heute nicht vorhanden⁹⁰. Grob gesprochen, gehörte etwa ein Drittel der 92 höheren Beamten des Berliner Amtes bis 1937 der Partei an, sieben hatten den Übertritt zur Partei schon vor 1933 vollzogen. Unter den Überläufern nach der «Machtergreifung» waren, wie auch in der sonstigen Verwaltung und im öffentlichen Leben, vor allem Anpasser und Opportunisten vertreten. Für die Kontinuitätsproblematik im personellen Bereich ist der Vorgang insgesamt aber von Belang. Selbst die durch passive Mitgliedschaft bezeugte Annäherung trug zur Verklammerung von unterschiedlichen Ansichten bei, machte jedenfalls ein Distanzhalten schwerer. Dass nichttypische Vertreter der NS-Führungselite hohe Ehrendienst-ränge in der SS erhielten, wie später Neurath und Weizsäcker, um die wichtigsten zu nennen, hatte deshalb grössere Bedeutung, als gelegentlich angenommen worden ist⁹¹. Wenn auch über die Hintergründe von Versetzungen und Ablösungen kein klares Bild zu gewinnen ist, so lässt sich doch sagen, dass von nahezu 90 leitenden Beamten nur ein geringer Prozentsatz aus politischen Gründen abgelöst wurde⁹².

Die Sorge des Auswärtigen Amtes, seine differenzierte diplomatische Arbeit könne durch grobes Vorgehen zunichte werden, enthielt Vorbehalte, die Hitler gerade durch seine anfängliche Zurückhaltung beheben konnte: Die von ihm zunächst als vorrangig bezeichnete allgemeine Richtung der Aussenpolitik lag auf der seit Papen und Schleicher eingeschlagenen Linie des Primats der Aufrüstungsproblematik. Damit schien die Fortsetzung der bisherigen Aussenpolitik gesichert.

Den Diplomaten wie den Soldaten und anderen «führenden Kreisen» ist überdies seit 1933 der Gedanke zur Hand gewesen, dass der Führer der «Bewegung» als Kanzler des Staates notwendig ihrem Staatsverständnis näherrücken müsse. Bleiben und Weitermachen erschien manchem geradezu als Voraussetzung für die Sicherstellung staatlicher und politischer Kontinuität.

Fatal ist diese Haltung in dem Augenblick geworden, als sichtbar wurde, dass sie mit

88 Ebd., S. 75.

89 Ebd., S. 74.

90 Jacobsen, Aussenpolitik, S. 28, und die Übersichten bei Seabury, Wilhelmstrasse, S. 102.

91 Jacobsen, Aussenpolitik, S. 28.

92 Jacobsen, ebd., S. 25, nimmt «höchstens 6%» an.

der bewussten Billigung oder doch der Hinnahme der innenpolitischen Flurbereinigung aufs Engste verknüpft war. Der Botschafter in Washington, v. Prittwitz und Gaffron, hat als einziger der Spitzendiplomaten eine Kontinuitätswahrung um solchen Preis mit seinem Gewissen nicht vereinbaren können. Er betonte in seinem Schreiben an Neurath⁹³, seine politische Einstellung wurzele in einer freiheitlichen Staatsauffassung und in den «Grundprinzipien des republikanischen Deutschlands», mithin in Voraussetzungen, die von führenden Mitgliedern der neuen Reichsregierung verurteilt wurden. Die Angehörigen des Auswärtigen Amtes konnten sich in Deutschland noch besser als Prittwitz in den USA von der Richtigkeit seiner Erkenntnisse ein Bild machen.

Das Kontinuitätsproblem ist daher nicht allein darin zu sehen, dass die «alte Elite» ihre aussenpolitischen Ziele fortsetzen zu können hoffte, sondern dass diese Erwartung auch unter Verzicht auf den Erhalt des freilich krisengeschüttelten und schon halb beseitigten freiheitlichen Rechtsstaates sinnvoll und politisch realisierbar erschien.

Der revisionistische Ansatz aussenpolitischer Ziele war auch Bestandteil des NS-Parteiprogramms⁹⁴. Es strebte die volle Durchsetzung des Nationalstaatsprinzips an, schien aber damit auch eine «scheinbare Selbstbegrenzung»⁹⁵ zu akzeptieren. Die Führungsschichten Preussen-Deutschlands haben seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die Beteiligung des Reiches am Wettlauf der Imperialismen ohne Hereinnahme der liberaldemokratischen Kräfte in den politischen Entscheidungsprozess durchgesetzt. Dies bedeutete die Ausklammerung vor allem der Aussen- und Militärpolitik aus dem Einflussbereich parlamentarischer Willensbildung, zugleich auch die Gewöhnung der Deutschen an einen sich vor allem auf diesen Gebieten manifestierenden Staatsüberbau. Dieser Gewöhnungsprozess ist durch eine politische und demagogische Strategie unterstützt worden, die sich seit Bismarck geschickt der Manipulation innen- und aussenpolitischer Absichten, Ziele und «Notwendigkeiten» bediente⁹⁶.

Das Weimarer parlamentarische System musste mit diesem demokratischen Defizit der Gesellschaft und ihrer politischen Parteien leben, ein Defizit, das nicht nur auf mangelnder einschlägiger Praxis beruhte, sondern auf eingewurzelten Denk- und Handlungsstrukturen. So ist mit Recht von dem durch «obrigkeitsstaatliche Bevhisstseinstadtition bestimmten Charakter der deutschen Parteien» gesprochen worden⁹⁷. Hitler sprach mit seinen Verlautbarungen in der Anfangsphase nach der «Machtergreifung» eine Reihe von Grundsätzen und Zielvorstellungen an, die von den nicht-nationalsozialistischen Kabinettsmitgliedern als durchaus verwandt begrüsst werden konnten. So wie die Reichswehrspitze ihren Verzicht auf innenpolitische Mitsprache aus innerer Zustim-

93 Schreiben vom 11.3.1933, ADAP, B, Bd. 1,1, Nr. 75, S. 145 f.

94 Feder, Programm.

95 Bracher, Stufen der Machtergreifung, S. 221.

96 Literaturübersicht: Messerschmidt, Militär und Politik. S. ferner Beitrag Wette.

97 Bracher, Stufen der Machtergreifung, S. 32. Zum Problemkreis auch Weber, Parlament und Regierung, S. 184, vgl. Beitrag Wette, S. 71 ff.

mung zur «nationalen Erneuerung» und um der Aussicht auf schnellere Aufrüstung willen leistete, so konnte das Auswärtige Amt auf eben dieser Basis davon ausgehen, dass ein «spektakulärer Neuansatz in der Aussenpolitik» zunächst nicht bevorstand⁹⁸. Anzeichen für eine Akzentverschiebung waren allerdings vorhanden.

Die konservative Führungsschicht glaubte, auf die Wiederherstellung der alten Grossmachtposition hinzuarbeiten und ein dafür geeignetes militärisches Instrument aufzubauen. 1936/37 wurde für sie deutlicher, dass es Hitler nicht allein darum zu tun war. Er suchte eine viel schnellere Bewegung in die europäische Mächtekonstellation zu bringen, er war eher zum Krieg bereit als Bürokratie und Militärs, die, den Abnutzungskrieg von 1914 bis 1918 vor Augen, erst einmal eine solide Wehrmacht, Reserven und ausreichende Vorräte zur Verfügung haben wollten.

Hitler hatte ein anderes Kriegsbild. Er wollte Entscheidungen mit raschen Schlägen erzwingen und die Gegner gegeneinander ausspielen, sie vielleicht abwechselnd zur Rückendeckung benutzen. Schnell in die Ausgangsstellung für den Lebensraumkrieg im Osten zu kommen, war sein Ziel.

Genauer besehen, existierten bei Hitler und der konservativen Führungsschicht verschiedene Zielvorstellungen in der Aussenpolitik und unterschiedliche prozedurale Überlegungen, vor allem auf dem Rüstungssektor. Aber Hitler konnte diese Differenzen relativ lange ungelöst lassen. Als er sie sichtbar machte und sich zum Krieg entschlossen zeigte, begegnete er vor allem dem Argument des «Jetzt noch nicht». Es ist daher unergiebig, den angedeuteten Differenzen im Einzelnen nachzugehen. In der Aussenpolitik hat die nicht vollständige Kongruenz der Zielsetzungen Hitler keinen Abbruch getan. Im Gegenteil, jahrelang war die Parallelarbeit im Handeln gesichert, und später, vor allem seit 1938, wirkten sich die fehlenden Kongruenzprozente nur in wirkungslosen Schritten aus.

98 Dazu eingehend Wollstein, Revisionismus, S. 18 ff.

II. Die Grossmächte und die werdende Grossmacht

1. Bewegungsspielraum der deutschen Aussenpolitik nach der «Machtergreifung»

Hitlers «Machtübernahme» mit der folgenden innenpolitischen «Gleichschaltung» war von Anfang an mehr als ein innenpolitisches Ereignis. Ihre Auswirkungen auf die Nachbarmächte liessen sich nur schwer abschätzen, aber insgesamt gewährten doch die Folgen der Weltwirtschaftskrise relativ günstige Aussichten für Emanzipationsversuche. Der amerikanische Isolationismus hatte neuen Auftrieb bekommen, England steckte tief in eigenen Problemen. Rüstungen zu finanzieren, liess sich in den Demokratien des Westens nur mit grösster Mühe begründen. In dieser Zeit geriet das internationale Sicherheitssystem des Völkerbundes in grosse Schwierigkeiten. Die Neigung, einem solchen System zu vertrauen, schwand zusehends. Japan brach als erste Grossmacht aus, eröffnete 1932 den Krieg gegen China, eroberte die Mandschurei, ohne ernsthafte Sanktionen des Völkerbundes befürchten zu müssen. Auf die gestenhafte Verurteilung reagierte es mit dem Austritt aus dem kollektiven Sicherheitssystem.

Deutschlands Versuch, sich wieder als Grossmacht in die Mächt konstellation hinein-zumanövrieren, bewegte sich bis 1933 im Rahmen der offen noch nicht in Frage gestellten Sicherheitspolitik der Nachkriegszeit. Hitler visierte von Anfang an die Abschaffung des kollektiven Sicherheitssystems an, behielt aber das Vokabular einer grundsätzlich friedlichen Politik bei. Die Aufrüstung forcierte er unter dem Stichwort der «Gleichberechtigung», und die Auflösung des Sicherheitssystems suchte er mit bilateralen Abmachungen einzuleiten. Dieses Vorgehen ist als «Strategie grandioser Selbstverharmlosung»¹, als «verdeckte Aggressionsvorbereitung»², auch als Auftakt zur Expansionspolitik im Gewände traditioneller Revisionsforderungen³ bezeichnet worden. Die Aufrüstung liess nach Auffassung Hitlers, der Reichswehrführung und des Aussenministers eine Bindung an multilaterale Verträge, also an ein europäisches Sicherheitssystem, nicht länger zu, wollte Deutschland das Tempo seiner Rüstung künftig selbst bestimmen. Hitler lehnte schon aufgrund seiner programmatischen Grundsätze interna-

1 Jacobsen, Aussenpolitik, S. 328.

2 Ebd., S. 391 ff.

3 Hildebrand, Aussenpolitik, S. 30. Tatsächlich war dies eine Strategie, die Hitler nicht zu erfinden brauchte. Papen-Bülow sollten schon 1932 diesen Weg gehen, wobei sie Frankreich sogar Generalstabskontakte vorschlugen, vgl. S. 681, Anm. 55. Vgl. DDF, I, Bd. I, Nr. 46, S. 71, Vertrauliche Aufzeichnung über Gespräch v. Bülow-de Laboulaye vom 18. 6.1932. Statt von «Gleichberechtigung» wollte Bülow lieber von «Gleichbehandlung» sprechen.

tionale Friedensinstrumente ab. Die aussenpolitische Diskussion wurde aber in Europa das ganze Jahr 1933 über und auch 1934 noch vom Abrüstungsgedanken beherrscht. Abrüstung und Völkerbund, internationale Kontrollorganisationen, diese Themen bewegten die Staatsmänner Europas. Das englische Engagement insbesondere war unübersehbar. Der deutschen, auf Expansion und Aggression hinielenden mittelfristigen Politik behagte dieses Klima in Europa ganz und gar nicht. Sie suchte dieses ohnehin nicht wirksame System zu durchbrechen, ohne als Störenfried gebrandmarkt werden zu können. Diese Vorsicht war geboten, weil man die Phase bis zur Durchführung der Aufrüstung als Gefahrenzone ansah, die es geschickt zu durchschreiten galt. Hier gab es zwischen Hitler und der militärischen und politischen Führung keine Meinungsverschiedenheiten. Sie bejahten einen solchen Kurs auch aus ökonomischen Gründen. Sie sahen den Zusammenhang von Rüstung und konjunkturellen Auftriebsmöglichkeiten⁴. Dieser aussenpolitische Ansatz wurde belastet von den Methoden der nationalsozialistischen «Wiederwehrhaftmachung» im Innern. Kommunisten-, Demokraten- und Judenverfolgung sowie die «Gleichschaltung» von Parteien und Organisationen sind im Ausland beobachtet und nicht allein nur als innenpolitisch relevante Vorgänge bewertet worden.

Dennoch lagen die Bedingungen für eine mittelfristige Ansteuerung der kontinentalen Hegemonie innen- wie aussenpolitisch nicht ungünstig. Innenpolitisch förderte der Konsens über die ersten Etappenziele die Mitwirkung der konservativen Führungsschicht in Wirtschaft, Reichswehr und Aussenpolitik. Die innere Eroberung der Machtpositionen des Staates konnte ungestört voranschreiten. Der Gesundung der Wirtschaft und der Aufrüstung stand ein ökonomisches Potential zur Verfügung, das strukturell durch die Friedensbestimmungen nicht berührt worden war⁵. Im Gegenteil, es konnte nach 1933 ausgebaut werden, ohne dass insbesondere in England Befürchtungen wie etwa vor dem Ersten Weltkrieg massgebliche Bedeutung erlangten⁶. Die Mächte blieben in der Rolle des Zuschauers. Dennoch war nach 1933 ein Wandel in der Einstellung gegenüber Deutschland feststellbar.

Am aufschlussreichsten war er in *England*. Die künftig von Deutschland ausgehenden Gefahren sind von der militärischen Führung Grossbritanniens realistisch eingeschätzt worden, und zwar ganz im Sinne des englischen Gleichgewichtedenkens⁷. Eine Grossmacht Deutschland unter Hitler, die erkennen liess, dass sie nicht an eine Politik des Arrangements dachte, wurde noch im Jahre 1933 als künftiger Hauptfeind Englands

4 Hildebrand, Aussenpolitik, S. 32; Turner, Monopolkapitalisten; vgl. Beitrag Volkmann, S. 276 ff.

5 Hildebrand, Aussenpolitik, S. 16.

6 Kennedy, Splendid-Isolation, S. 161.

7 Zu verweisen ist insbesondere auf Chiefs of Staff Annual Review of Defence Policy vom 12.10.1933, PRO COS 310, Cab 53/23. Dazu auch Howard, Commitment, S. 104. Im Annual Review heisst es: «Germany is not only starting to rearm but... she will continue this process until within a few years hence she will again have to be reckoned as a formidable military power.»

eingestuft⁸. Die Chiefs of Staff meinten im Oktober 1933 bereits, Deutschland werde, sobald es sich stark genug fühle, einen Angriffskrieg im Osten beginnen, falls nötig verbunden mit einem Verteidigungskrieg im Westen. Innerhalb der nächsten drei bis fünf Jahre könne England damit rechnen, zur militärischen Intervention aufgefordert zu werden.

Das bedeutete zwar noch nicht, dass Grossbritannien sein Engagement in Europa zu verstärken beabsichtigte oder etwa daran dachte, Frankreich die seit Versailles gewünschte Garantie gegen Deutschland zu geben, signalisierte aber doch den Beginn eines Umdenkens, das allerdings noch lange vom wirtschaftspolitischen Hauptakzent der englischen Politik überlagert blieb. England erholte sich in dem Boom zwischen 1933 und 1935 am schnellsten von der Wirtschaftskrise. Es war nur folgerichtig, wenn wirtschaftspolitische Überlegungen ein Grundelement seiner Aussenpolitik blieben⁹. Es muss auch gegenüber der weitsichtigen Analyse der englischen militärischen Führung und der zivilen Vertreter im Defence Requirements Committee darauf verwiesen werden, dass ein Krieg von allen politischen Gruppierungen als Extremfall angesehen wurde, der vor allem eine Handelsnation wie die englische treffen musste. In den Augen der Konservativen brachte ein Krieg überdies ein noch nicht vorstellbares Mass an unerwünschten sozialen Veränderungen mit sich. So blieb Grossbritannien bei aller Klarheit über die von Deutschland ausgehenden Gefahren der Anwalt des kollektiven Sicherheitssystems. Hinzu kam die Abneigung gegen Krieg und Kriegs Vorbereitungen in der britischen Öffentlichkeit und der immer noch vorhandene Zug zum imperialen Denken, das den zentralen Gegenstand englischer Aussenpolitik und Strategie im Empire und nicht in Europa gelegen sah. Es fruchtete wenig, dass Botschafter Rumbold aus Berlin meldete, dass der Geist von Weimar dem Geist von Potsdam «gewichen sei»¹⁰. Europas Probleme schienen im Rahmen des Völkerbundes lösbar. Und der Völkerbund oder ein anderes System der kollektiven Sicherheit schien – sicherlich nicht in den Augen der Chiefs of Staff oder des Committee of Imperial Defence – nachhaltige Rüstungen überflüssig zu machen¹¹. Die Konsequenz war, dass sich bald der Gedanke der kollektiven Sicherheit wegen der mangelhaften militärischen Vorbereitung als der mehr oder weniger wichtigste verbleibende Grundsatz der britischen Sicherheitspolitik verfestigte. Er wurde einer der Grundgedanken des Appeasements. Langfristig durchkreuzte er Hitlers Konzept zwar entscheidend, weil er zum Prüfstein der Seriosität deut-

8 Gibbs, *Strategy*, Bd. 1, S. 94. Gibbs verweist auf den Report des Defence Requirements Subcommittee, einen Unterausschuss des Committee of Imperial Defence, vom 28.2.1934 über die Sitzung vom 14.11.1933. Mitglieder des D.R.C. waren: Hankey (Chairman), Warren Fisher, Vansittart und die drei Chiefs of Staff. Nach diesem Bericht sollte Deutschland als Hauptgegner angesehen werden, «against whom all our 'long range' defence policy must be directed». Gibbs: «Already, in effect, Germany headed the list of Britains potential enemies, and nothing seriously affected her position there before war broke out in September, 1939.»

9 Middlemas, *Diplomacy*, S. 12 ff.

10 Kennedy, *Splendid-Isolation*, S. 162; Gilbert, *Rumbold*, S. 377.

11 Selbst Hankey, der einflussreiche Sekretär des Kabinetts und des C. I. D., glaubte daran nicht, aber er suchte die Rüstungsanstrengungen für das Empire nützlich werden zu lassen.

scher Absichtserklärungen wurde und die Tendenz der bilateralen Politik Deutschlands an ihm gemessen werden konnte. Aber in den ersten Jahren deutscher Aussenpolitik nach 1933 stellte er noch kein grosses Hindernis für Hitler dar, weil dem britischen Konzept mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung Deutschlands ein gerade in London akzeptiertes Argument entgegengehalten werden konnte. Noch immer kennzeichnete die Erinnerung an die Opfer des Ersten Weltkrieges, an die Einbussen des Handels das Bewusstsein in England. Pazifistische Strömungen waren äusserst einflussreich. Die Neigung, auf keinen Fall wieder in ein Wettrüsten zu geraten, kontinentalen Verpflichtungen zu entgehen, war dominant. Selbst als die 1928 verschärfte sogenannte «Ten Year Rule»¹², in der davon ausgegangen wurde, dass Grossbritannien in den nächsten zehn Jahren nicht mit einem grossen Krieg zu rechnen brauche, im März 1932 auf Antrag der Chiefs of Staff aufgehoben wurde, konnte damit ein Jahr später noch nicht eine Politik der gezielten Gegensteuerung gegen Hitler eingeleitet werden. Etwaige Versuche, sich auf kontinentale Fragen stärker einzulassen, hätten mit der Kritik, ja Ablehnung der Dominions rechnen müssen, die schon gegen den Locarno-Vertrag gewesen waren. Eine Verpflichtung des Mutterlandes, möglicherweise infolge Bindung an Frankreich deutschen Expansionsversuchen entgegenzutreten, lehnten sie rundweg ab¹³.

Dieser Hintergrund ist im Auge zu behalten bei der Betrachtung der englischen Kritik an den nach der «Machtübernahme» einsetzenden innenpolitischen Massnahmen der Nationalsozialisten¹⁴. Der Eindruck dieser Politik hat zusammen mit der offenbaren Unmöglichkeit einer deutsch-französischen Aussöhnung sowie mit der deutschen Aufrüstung aber doch dazu beigetragen, dass die traditionelle englische Balance-of-power-Politik Auftrieb erhielt. Im März-April 1934 prüfte die britische Regierung, ob Grossbritannien für die Verteidigung Hollands in den Krieg gehen solle¹⁵. Das Defence Requirements Committee hatte einen solchen Vorschlag gemacht – hier vor allem die Foreign-Office-Unterstaatssekretäre Sir Robert Vansittart und Sir Warren Fisher. Die Chiefs of Staff wiesen auf die Bedeutung einer solchen Entscheidung für Belgien hin¹⁶. Der Premier zeigte sich beeindruckt. Aber Chamberlain, der Schatzkanzler, setzte sich dann doch mit finanziellen und psychologischen Bedenken durch. Vansittart sah schon

12 Howard, *Commitment*, S. 89f.; Gibbs, *Strategy*, Bd. 1, S. 55ff., zur Entwicklung der «Ten Year Rule»: Roskill, Hankey, Bde. 1 und 2; ferner: Dennis, *Decision*, und Higham, *Armed Forces*; und Johnson, *Defence*; vgl. a. die Literaturübersicht bei Schmidt, *Strategie und Aussenpolitik*.

13 Zur Haltung der Dominions nach 1933 auch Howard, *Commitment*, S. 99 f.

14 Diese englische Stimmung suchte Aussenminister Simon auszunutzen, um den englischen Abrüstungsplan durchzubringen. Nadolny gegenüber verwies er in Genf am 16. 3.1933 darauf, «bis vor Kurzem sei in England und ebenso in Amerika die Stimmung für Deutschland zunehmend günstig gewesen. Seit einigen Wochen habe sich dies infolge der inneren Vorgänge in Deutschland leider geändert.» ADAP, C, Bd. 1,1, S. 169.

15 *Cabinet Disarmament Committee debates on European Security*, März-April 1934, PRO Cab 27/506.

16 Zur Frage der Verteidigung Hollands und Belgiens s. Middlemas, *Diplomacy*, S. 18; Howard, *Commitment*, S. 108 f.

im August 1933 die Gefahr, Deutschland werde Österreich annektieren, Polen und Frankreich, vielleicht auch Grossbritannien angreifen, wenn man es nicht zwingt, seine Rüstungen einzustellen¹⁷. Die rigorosen inneren Massnahmen der Nationalsozialisten verstärkten solche Einstellungen. Vor allem die Judendiskriminierung wirkte wie ein Schock in England. Sie hat schlagartig das Deutschlandbild der englischen öffentlichen Meinung verfinstert¹⁸. Horace Rumbold wies Hitler unmittelbar auf diesen Sachverhalt und die damit im Zusammenhang stehenden negativen Konsequenzen für Englands Haltung in der Revisionsfrage hin¹⁹.

Es ist für diese frühe Phase der Herrschaft Hitlers im Grunde unerheblich, dass weit-sichtige Vertreter der englischen politischen und militärischen Führung das «Programm» Hitlers nicht bis in die Hauptstossrichtung, also den Lebensraumkrieg im Osten, durchschauten²⁰. Ihre Einschätzung seiner Politik, vor allem der Folgen der deutschen Aufrüstung, war sehr viel realistischer als die Vorstellungen, die Hitler von Englands künftiger Haltung gegenüber Deutschland entwickelt hatte. Freilich, eine Einigung auf eine Politik, die solcher Erkenntnis entsprach, erfolgte noch lange nicht in den britischen Führungsinstanzen. Kabinett, Streitkräfte und Foreign Office zogen nicht an einem Strick. Von Anfang an besass aber Hitlers Rollenzuweisung für England nicht die geringste Chance einer Realisierung. Hitlers Friedensbeteuerungen sind hier richtig eingeschätzt worden, wenn auch noch längere Zeit in weiten Kreisen die deutsche «Gleichberechtigungsstrategie» verfiel und Frankreich sich misstrauischen Blicken ausgesetzt sah²¹. Für Englands Führung war klar, wem das Gewicht des Königreiches eines Tages entgegengestemmt werden musste. Diesen Tag hinauszuschieben oder vielleicht sogar zu vermeiden, war das Ziel der britischen Politik. Den Kern des Problems erblickte sie dabei im deutsch-französischen Verhältnis, und einen wichtigen Schlüssel glaubte sie in der Abrüstungspolitik gefunden zu haben. Wenn auf diesem Felde die deutsch-französischen Gegensätze ausgeglichen werden konnten, war für den Frieden viel gewonnen. Die Abrüstungsproblematik war deshalb der wichtigste Gegenstand des Tauziehens zwischen Berlin-London-Paris, aber auch der Gedanke an Zeitgewinn. Und es war Hitlers grosse Chance, dass der englische Optimismus und nicht der französische Pessimismus die stärkere Potenz darstellte.

Frankreich sah den Machtwechsel in Deutschland mit grosser Skepsis und Besorgnis an. Diese Sorgen, belebt vor allem durch die innenpolitische Terrorwelle, durch extrem

17 DBFP, 2. Bd. V, Nr. 371.

18 Im Unterhaus fanden kritische Debatten über die Vorgänge in Deutschland statt. Aussenminister Simon erklärte dem Botschafter v. Hoesch, «es sei eine unleugbare Tatsache, dass Deutschland in den letzten Wochen ausserordentlich viel Sympathien in England verloren habe», ADAP, C, Bd. 1.1. S. 351 f.

19 Unterredung Rumbold-Hitler in Gegenwart Neuraths am 11.5.1933, Aufzeichnung Neuraths in: ADAP, C, Bd. 1.1, S. 400-402, Bericht Rumbolds in: DBFP, 2, Bd. V, Nr. 139.

20 Darauf hebt Hildebrand, Aussenpolitik, S. 31, unter Hinweis auf Vansittarts Analyse vom 7.4.1934, DBFP, 2, Bd. VI, Appendix III, S. 975ff., ab.

21 S. u.a. Eden, Memoiren, S. 228; dazu auch Bloch, Hitler, S. 26.

1. Bewegungsspielraum der deutschen Aussenpolitik nach der «Machtergreifung» 675

nationalistische Kraftakte von SA-Angehörigen an der Grenze²², führten zur Belebung der Forderung, die deutsche Aufrüstung zu verhindern²³. Besonderen Auftrieb erhielten die Befürchtungen durch Gerüchte über einen im Jahre 1932 abgeschlossenen Geheimvertrag Deutschlands mit Italien und Ungarn²⁴. Die Unsicherheit in Frankreich zeigte sich meist in Befürchtungen vor ungewissen neuen Aktivitäten Deutschlands. «Der Verdacht einer ‚Allianz‘ der Faschisten»²⁵ blieb auch nach dem deutschen Dementi in Frankreich noch lange Zeit lebendig. Es ist nicht zuviel gesagt, dass zumindest in der psychologischen Grundhaltung eine neue Qualität feststellbar wurde. Eine latente Gefahr war das besiegte Deutschland nach oder gerade wegen Versailles in französischer Sicht immer gewesen, nicht zuletzt, weil die angelsächsischen Mächte sich den französischen Garantiewünschen nicht gefügt hatten. Jetzt aber schien die latente Gefahr mehr und mehr zur offenen zu werden. Dem Botschafter in Paris ging eine Warnung vor nationalsozialistischen Aktivitäten im Saarland aus radikal-sozialistischen Parlamentskreisen zu, die im Übrigen die Beunruhigung in Frankreich auf die deutsche Judenpolitik zurückführten²⁶. Die erste aussenpolitische Sorge galt aber dem Südosten Europas. Hier hätte ein deutsch-italienisch-ungarisches Zusammengehen das an Frankreich angelehnte Bündnissystem aus den Angeln heben können. Dabei handelte es sich um die sogenannte Kleine Entente, die in den Jahren 1920 und 1921 von der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien abgeschlossen worden war. Mit ihr wurde 1934 noch auf französische Initiative hin eine «Balkan-Entente» verklammert, die sich aus Griechenland, Jugoslawien, Rumänien und der Türkei zusammensetzte.

Im Kern sah sich Frankreich bedroht durch die deutsche Politik der «Wiederwehrhaftmachung», die sich nach Lage der Dinge in ihrer Wirkung vor allem gegen den unnachgiebigsten Verfechter der Versailler Lösung richten musste²⁷. Es war für die französische Politik absehbar, dass Frankreichs Position als stärkste Militärmacht des Kontinents bedroht war. Diese Zukunftsaussicht und die Unsicherheit in der Einschätzung der massgebenden Kräfte in Deutschland stellten Frankreichs Hauptprobleme seit dem 30. Januar 1933 dar. Dabei ging es nicht nur um abstrakte Rangfragen, sondern um vitale Sicherheitsinteressen. Ein erstarktes Deutschland konnte das französische Bündnissystem ausser Wirkung setzen, es konnte vor allen Dingen nicht allein mit diplomatischen Mitteln in Schach gehalten werden. Die Dritte Republik wurde vielmehr zu gros-

22 Botschafter Köster berichtete am 10.3.1933 aus Paris über französische Pressemeldungen zur Besetzung einer Kaserne in Kehl – in der entmilitarisierten Zone – durch Nationalsozialisten, ADAP, C, Bd. 1,1, Nr. 69, S. 133. Über diese Frage fand auch eine Unterredung zwischen Neurath und François-Poncet am 14.3. statt.

23 S. die Aufzeichnungen Bülow vom 18.2.1933 über ein Gespräch mit François-Poncet, in welchem der Botschafter auf die Beunruhigung Frankreichs über die in deutschen Presseorganen enthüllten aussenpolitischen Zukunftsprogramme etc. hinwies, ADAP, C, Bd. I, 1, S. 49-52.

24 Bloch, Hitler, S. 29 f.

25 Petersen, Hitler-Mussolini, S. 122.

26 Bericht Kösters an Bülow vom 5.4.1933, ADAP, C, Bd. 1,1, S. 249-251.

27 Knipping, Frankreich, S. 619. Gesamtübersicht der Anfangsjahre: Vaïsse, Sécurité d'abord.

sen eigenen Anstrengungen herausgefordert, die zu leisten in Frankreich weit weniger Bereitschaft vorhanden war als bei dem massiv auf Aufrüstung in grossem Stil hinarbeitenden Nachbarn im Osten.

Das Echo auf die «Machtübernahme» Hitlers in *Italien* bildete die grosse Ausnahme unter den Reaktionen der Grossmächte. In der italienischen Presse überwogen positive, ja sympathisch-zustimmende Kommentare. Das Zusammengehen Hitlers mit den «nationalistischen Kräften und den Wehrverbänden» wurde begrüsst, vom «entscheidenden Wendepunkt neudeutscher Geschichte» gesprochen. Auch der Gedanke, dass Hitler «den Spuren des Faschismus» folge, wurde betont²⁸. Der deutsche Botschafter konnte in dieser Anfangsphase nur Meldungen absetzen, die in Berlin mit Zufriedenheit quittiert wurden. Die italienische Presse sprach das aus, was Frankreich am meisten zu fürchten hatte: Die «Machtübernahme» bedeute das Ende von Versailles, ein neues Europa sei im Werden, ein Europa, wie es an einer Stelle hiess, «im Sinne der Grundthesen des Faschismus». Das waren Sätze, die die NS-Presse ihrerseits schnell in Deutschland publik machte²⁹.

Mussolini sprach von der Möglichkeit einer «eng verbundenen» Politik und bezeichnete die Abrüstung, die Weltwirtschaftskonferenz und Süsteuropa als denkbare Kooperationsfelder, weil hier die Interessen nahe verwandt seien. Offenbar überschätzte er, wie Zeitgenossen in Deutschland und im sonstigen Ausland, die Rolle der Konservativen in der Regierung Hitler. Hindenburg, so meinte er sogar, sei die wichtigste Säule der Regierung³⁰. Diese Andeutungen waren auch ein Hinweis auf die Tatsache, dass es wichtige Felder gab, wo Interessengegensätze bestanden. Weder im Auswärtigen Amt noch auf italienischer Seite wünschte man ausgesprochen sensationelle Akzente eines deutsch-italienischen Zusammenrückens. Mussolini wich dem Wunsch Hitlers nach einem Rom-Besuch aus³¹. Hitler stand mit dieser Idee praktisch allein. Mussolini schätzte Hitlers Position in Deutschland offensichtlich nicht realistisch ein, wenn er meinte, der Führer der Nationalsozialisten werde auf stärkere innere Widerstände treffen als der Faschismus in Italien³². Er rechnete demnach mit einem vieljährigen Prozess bei der Überwindung innerer Antagonismen in Deutschland. Die Wahlen vom 5. März 1933 belehrten ihn eines Besseren. Zwar wurde die Verfestigung des NS-Regimes lebhaft begrüsst, aber die geistig-politischen Grundlagen des Faschismus im Norden auf den Vorreiter im Süden Europas zurückgeführt. Damit setzte ein «halb versteckt geführter Kampf um Erstgeburtrechte» ein³³. Als noch weit sperriger erwiesen sich die fortbestehenden Interessengegensätze. Sie legten sich quer vor eine den rhetorischen Bekennt-

28 Belegstellen bei Petersen, Hitler-Mussolini, S. 114.

29 So der Völkische Beobachter, s. ebd., S. 155; Hitler empfing bereits am 2.2.1933 Vertreter der italienischen Presse und erzielte damit grossen Eindruck in Italien, ebd., S. 116.

30 ADAP, C, Bd. 1,1, S. 24.

31 Bei Petersen, Hitler-Mussolini, S. 123 f., verschiedene Belege.

32 Ebd., S. 126.

33 Ebd., S. 129.

nissen entsprechende aktive Gemeinsamkeit in der Aussenpolitik. Mussolini jedenfalls war gewillt, den wichtigsten Stein des Anstosses, den Anschluss Österreichs an das Reich, nicht einfach wegzuräumen. Das Unvermeidliche sollte möglichst hinausgezögert werden. Italien sah den Zusammenhang zwischen Anschluss und Südtirol-Frage, es musste diese Fragen aufgrund seiner Erfahrungen anders werten als Hitler in seinen Schriften. Mussolini ersuchte Hitler schon Anfang Februar, die Anschlussfrage nicht aufzuwerfen³⁴.

Die italienische Deutschland-Politik nach der «Machtergreifung» muss in ihrer Überlagerung von ideologischen und national-machtpolitischen Motivationen gesehen werden. Die These, dass Mussolini den mit der staatlichen Macht ausgestatteten Nationalsozialismus weniger gern gesehen haben dürfte als den um Einfluss und Wählerstimmen ringenden im Parteienkampf, hat viel für sich³⁵. Auch Unterschiede der Faschismen selbst dürfen nicht übersehen werden. Von einer tragfähigen ideologischen Basis für eine gemeinsame expansive Aussenpolitik konnte keine Rede sein.

In den USA erfreute sich die Weimarer Republik zunehmender Sympathien, seit die Kriegsstimmung sich abzuschwächen begann. Dieser Prozess wurde gefördert durch eine wachsende Enttäuschung über die ehemaligen Alliierten, zumal über Frankreich. Dabei spielte die Zurückhaltung der Alliierten bei der Rückzahlung der von Amerika bezogenen Kriegsanleihen keine geringe Rolle. Zwischen den USA und Deutschland existierten so gut wie keine wichtigen Meinungsverschiedenheiten³⁶. In Deutschland wurde diese Bereitschaft zur Förderung der jungen Republik von einflussreichen Kreisen gesehen und respektiert. Die deutsche Aussenpolitik hatte dem Standpunkt der USA einen Teil ihrer Erfolge zu danken. Ihr Weg zu grösserer wirtschaftspolitischer und damit aussenpolitischer Unabhängigkeit führte über die USA. Eine wichtige Komponente der deutschen Revisionspolitik basierte auf der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den USA, die ihrerseits darin einen Hebel zur Stabilisierung Europas erblickten³⁷;

Diese «Stabilisierung Europas» liess eine Isolation Amerikas nach 1918 gar nicht zu. Amerikanische Wirtschaftspolitik war weitgehend identisch mit «reconstruction policy» in Europa³⁸. Zwar zielte diese Stabilitätspolitik nicht auf Europa um Europas willen, sondern blieb im weitesten Sinne aufgehoben in einem als «nationalen Egoismus» zu definierenden Eigeninteresse, das trotz Kellogg-Pakt und Stimson-Doktrin die aktive Festlegung in einem System der kollektiven Sicherheit scheute³⁹, weil es zuallererst um die Bewahrung der eigenen Handlungsfreiheit besorgt war. Darin lag eine weitere Chan-

34 Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Nr. 2; Petersen, Hitler-Mussolini, S. 131.

35 So schon Toynbee, *Survey of International Affairs*, 1933, S. 188 ff. Hinweis bei Petersen, Hitler-Mussolini, S. 129.

36 Zum deutsch-amerikanischen Verhältnis in der Weimarer Zeit s. die knappe Übersicht bei Weinberg, *Foreign Policy*, S. 133ff.; Adler, *War-Guilt Question*.

37 Für die Anfänge s. Krüger, *Reparationen*; zusammenhängend: Link, *Stabilisierungspolitik*.

38 S. Costigliola, *Financial Stabilization*; Williams, *Isolationism*.

39 Angermann, *Lage*, S. 116 f.

ce für Deutschlands Revisionsbestrebungen. Ein Amerika, das mit seinem ganzen Gewicht hinter dem Völkerbund gestanden hätte, wäre für Frankreich ein Grund zu gelassener Behandlung Deutschlands gewesen. Frankreich hätte sich nicht so exponieren müssen, wie es der Fall war. Es hätte weniger Sympathien in den angelsächsischen Ländern eingebüsst. Ein grosser Sektor amerikanischer Aussenwirtschaftspolitik galt darüber hinaus Ostasien und Lateinamerika. Die japanische Expansion beanspruchte zu nächst mehr Interesse als Deutschland.

Aber gleichgültig liess Amerika die Entwicklung in Deutschland, die zur Kanzlerschaft Hitlers führte, nicht. Deutschland galt in Amerika als Bollwerk gegen den Bolschewismus. Das Erstarken der Radikalen auf der linken und rechten Seite des politischen Spektrums erzeugte Unbehagen⁴⁰. Botschafter v. Prittwitz hat sehr bald Rückwirkungen innenpolitischer Vorgänge in Deutschland auf die Einstellung in den USA für wahrscheinlich gehalten⁴¹. Vor allem trugen die antijüdischen Aktionen zur Verschlechterung des Klimas bei, darüber hinaus rückten aber auch Deutschlands Aufrüstungsanstrengungen in das Blickfeld⁴², die in sichtbarem Kontrast zum wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs gegen amerikanische Gläubiger standen. Schachts Politik liess in den Vereinigten Staaten den Eindruck entstehen, dass Deutschlands Manöver die Absicht verfolgten, Amerika die deutsche Aufrüstung mitfinanzieren zu lassen. Hinzu kamen weitere wirtschaftspolitische Konfliktfelder. Auf diese Weise ist bald nach Hitlers Regierungsantritt trotz ständiger Sympathiekundgebungen Berlins ein Grossteil des amerikanischen Vertrauenskapitals verspielt worden. Dass das Auswärtige Amt bemüht war, gute Kontakte zu den USA zu halten, änderte hieran wenig⁴³. Dieses Kapitel deutscher Politik gehörte in den Zusammenhang der «Abschirmungs»-Strategie des Auswärtigen Amtes in der Anfangsphase der NS-Herrschaft⁴⁴. Die europäischen Grossmächte und die USA sahen sich seit dem 30. Januar 1933 vor die unangenehme Frage gestellt, ob Hitler-Deutschland eine neue Qualität in die Aussenpolitik hineinbringe. Ihre Antwort fiel nicht einheitlich aus. Aber dass mit neuen Entwicklungen gerechnet werden musste, drängte sich allen auf.

Die Konzentration auf die innere «Wiederwehrhaftmachung» und der damit verbundene Rückzug aus dem Weltwirtschaftssystem im Zeichen autarkistischer Kraftanstrengungen verkürzten den aussenpolitischen Handlungsspielraum gerade in jenen Sektoren, die traditionellerweise dem friedlichen Austausch der Nationen dienten, vielfältige Verflechtungen schufen und damit das Interesse an Gegenseitigkeit wachhielten.

Das Verhältnis Deutschlands zur *UdSSR* und zu *Polen* war dagegen immer schon in ho-

40 Wichtige Literatur: Link, Stabilisierungspolitik; Frye, Nazi Germany; Compton, Hitler und die USA; Schröder, Deutschland.

41 ADAP, B, Bd. 1,2, S. 334.

42 Leuchtenburg, Roosevelt, S. 210ff.

43 Vor allem Schröder, Deutschland; und ders., Drittes Reich, S. 340ff.; ferner Deist, Aufrüstung in amerikanischer Sicht.

44 S. dazu auch Bracher, Anfangsstadium, S. 74.

hem Masse ein politisch-strategischer Reflex der französischen Sicherheitspolitik nach Versailles gewesen. Neurath-Biilow und auch die Reichswehrspitze sahen keinen Grund für einen grundsätzlichen Kurswechsel. Gegenüber der Sowjetunion betrieb das Auswärtige Amt eine besonders intensive Verharmlosungsoffensive. Einer besonderen psychologischen Pflege der Beziehungen hatte sich Berlin auch vor 1933 immer schon verpflichtet gefühlt, sich aber auch nicht gescheut, den Westmächten gegenüber Misstrauen gegen das bolschewistische System zu artikulieren und daraus Folgerungen für das deutsche Sicherheitsbedürfnis zu ziehen. Die Beziehungen nach dem Rapallo-Vertrag von 1922 und dem Berliner Vertrag von 1926, in dem Deutschland der UdSSR im Falle eines Verteidigungskriegs Neutralität zusicherte, waren möglichst freigehalten worden von grundsätzlichen Konfliktmöglichkeiten, die aus dem Gegensatz der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen resultieren konnten. Eine stets gegenwärtige Labilität der Beziehungen hing wesentlich mit der starken aussenpolitischen Angewiesenheit Deutschlands auf die Siegermächte des Ersten Weltkrieges zusammen. Hier sah die Sowjetunion phasenweise die Gefahr einer westlichen Blockbildung gegen sich. Am deutlichsten wurde dies während der Kanzlerschaft Brüning und Papens. Aber auch vorher ist wiederholt eine Art «Ziehharmonikaeffekt» der deutsch-russischen Beziehungen erkennbar: Sobald die deutsche Revisionspolitik zu diplomatischen Verhandlungen mit den Westmächten führte, wurde das russische Misstrauen wach, das anschliessend beschwichtigt werden musste⁴⁵.

Aus diesen Wellentälern stieg das beiderseitige Verhältnis dann gelegentlich zu neuen Höhepunkten auf. Aus derartigen Konstellationen sind der Rapallo- und Berliner Vertrag erwachsen. Im Anschluss an die Verhandlungen über den Young-Plan und die Rheinland-Räumung bestätigten sich beide Seiten erneut die Validität des Rapallo-Vertrages und die Notwendigkeit guter Beziehungen. Deutschland gewann damit vor allem eine wohlwollende Einstellung der UdSSR zu den deutschen Forderungen in den Abrüstungsverhandlungen⁴⁶, wie ja überhaupt die deutsch-russische Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet eine wichtige Konstante der beiderseitigen Beziehungen darstellte. Aber seit 1931 suchte die russische Politik neue Wege zu beschreiten. Es ist von einer «Rückversicherung» der russischen Deutschland-Politik gesprochen worden, die in Kontakten mit Polen und Frankreich gesucht wurde, also gerade bei den Mächten, de-

45 Die Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen ist, soweit der Quellenzugang es erlaubt, aufgearbeitet durch Weingartner, Stalin, und Niclauss, Sowjetunion; neuerdings für die erste Phase nach 1933: Wollstein, Revisionismus; Allard, Stalin. Letzterer, S. 32 ff., weist auf Stalins Umorientierung nach dem 30. 6. (Röhm-Affäre) hin. Er sah Hitler nun in neuem Licht; ferner: Hildebrand, Deutsches Reich. Papens Annäherungsversuch an Frankreich, der bekanntlich von der Regierung Herriot nicht aufgenommen wurde, war von kritischen Seitenhieben gegen Moskau begleitet, s. dazu die Ausführungen Bülows gegenüber de Laboulaye vom 2. 6.1932, DDF, I, Bd. I, Nr. 46, Annexe III, S. 72.

46 Weingartner, Stalin, S. 16, hat auf die situative Vergleichbarkeit der Schwankungsvorgänge in den deutsch-russischen Beziehungen der Jahre 1929/30 und in der Locarno-Berlin-Vertragsphase aufmerksam gemacht.

ren Position bisher das stärkste Ferment für eine deutsch-russische Zusammenarbeit dargestellt hatte. Russische Probleme im Fernen Osten und wirtschaftliche Notwendigkeiten spielten bei der Entwicklung, die schliesslich zu den Nichtangriffsabkommen mit diesen Ländern führte, eine wichtige Rolle ebenso wie Brünnings Strategie, durch Ausnutzung der von der Wirtschaftskrise ausgelösten Schwierigkeiten die Reparationsverpflichtungen endgültig abzuschütteln, um dann Kurs auf eine neue Grossmachtrolle Deutschlands nehmen zu können. Diese Haltung verhinderte eine wirtschaftspolitische Untermauerung des deutsch-russischen Verhältnisses, um die sich die Sowjetunion 1931-1932 intensiv bemühte⁴⁷.

Die Sowjetunion erkannte, dass die Wirkungen der deutschen, von Russland so häufig unterstützten Reparationspolitik auf eine deutsche Grossmachtrolle hinzielten. Mit dieser werdenden Grossmacht wünschte sie gute bilaterale Beziehungen, befürchtete – ganz in der Linie ihrer Politik der zwanziger Jahre – aber ein Abwandern Deutschlands auf die Seite der Westmächte⁴⁸. Diese Gefahr schien mit den Plänen Papens unmittelbar gegeben. Papen bemühte sich um einen defensiven kontinental-europäischen Block mit Ausschluss der Sowjetunion. Über das deutsche Angebot an die Westmächte orientiert⁴⁹, sah Moskau sich einer Lage gegenüber, die seine Befürchtungen zu bestätigen schien. Die UdSSR war gezwungen, neue Wege zu beschreiten.

Schleicher hat das Steuer wieder stärker auf einen russlandfreundlichen Kurs umgelegt. In wirtschaftspolitischer Hinsicht zeigte sich das wie auch auf militärischem Gebiet, wo es gelang, die Zusammenarbeit mit der Roten Armee in Russland im alten Umfang sicherzustellen, obwohl auch hier schon ein russisches Abrücken sich abgezeichnet hatte⁵⁰. Neurath setzte zunächst Schleichers Linie fort. Russlands grössere Bündnisfähigkeit forderte das deutsche Interesse heraus. Neurath trat daher für eine deutsche Anlehnung an die Sowjetunion ein⁵¹. Die Sowjetunion zeigte sich ihrerseits an der Überwindung der Stagnation interessiert. Diese Ausgangstage fand Hitler vor.

Im Hinblick auf «bisherige Auslandskommentare» suchte das Auswärtige Amt mit einer Zirkularnote des Staatssekretärs bereits am 30. Januar 1933 beruhigend zu wirken. Dieses erste wichtige Dokument seiner «Abschirmungspolitik» zielte nicht zuletzt auf die UdSSR. Deutschland, so Bülow, wolle es auch künftig vermeiden, «seine Haltung gegenüber dem Ausland von jeweiligen Regierungsmaximen abhängig zu machen»⁵².

47 Dazu Niclauss, Sowjetunion, S. 43ff., und Wollstein, Revisionismus, S. 102ff.

48 Vgl. etwa den offiziellen Standpunkt der DDR-Historiker zum Locarno-Vertrag: «Die Abkommen von Locarno, deren Abschluss mit tönenden Friedensphrasen begleitet wurde, markierten einen wichtigen Schritt auf dem Wege der Einbeziehung Deutschlands in eine internationale Antisowjetkoalition», Ruge, Deutschland, S. 282.

49 Zum Gesamtkomplex Weingartner, Stalin, S. 139ff.; Niclauss, Sowjetunion, S. 59ff., und Wollstein, Revisionismus, S. 40.

50 Weingartner, Stalin, S. 182ff.; Niclauss, Sowjetunion, S. 70ff.; Wollstein, Revisionismus, S. 104 f.

51 Wollstein, Revisionismus, S. 105.

Diese auf den Antikommunismus der NSDAP abhebende und zugleich seine Bedeutung für die Aussenpolitik bagatellisierende Formel konnte in Moskau durchaus auf Verständnis rechnen. Hier hielt die politische Führung eine sowohl gegen die Sowjetunion wie gegen Frankreich gerichtete, programmatisch orientierte deutsche Aussenpolitik für kaum denkbar und glaubte daher annehmen zu können, dass unabhängig von allen internen antikommunistischen Massnahmen nach wie vor Frankreich Deutschlands Hauptfeind bleibe, was angesichts der NS-Polemik gegen den französischen Standpunkt in der Abrüstungsfrage geradezu offenkundig zu sein schien⁵³. Mitsächlich für diese Sicht der Dinge war die Überschätzung der Reichswehr wie überhaupt der traditionellen Führungsgruppen nach Hitlers Machtantritt. Dass dennoch die UdSSR den Kontakt mit Frankreich nicht mehr abreißen lassen wollte, gehört in das Konzept einer elastischeren Aussenpolitik. Sie brachte dem Auswärtigen Amt neue Probleme. Zeitweise, vor allem aufgrund der Kommunistenjagd nach dem Reichstagsbrand, belastete die deutsche Innenpolitik die Beziehungen beider Staaten, ohne vorläufig zu einer Entfremdung zu führen⁵⁴. Auf *Polen* konzentrierten sich vornehmlich die territorialen Revisionsabsichten des Auswärtigen Amtes. Das lag in der Konsequenz des Weimarer Revisionismus. Der Sinn der Reichswehr-Rüstungspläne leitete sich von dem Gedanken her, zunächst ein Defensivpotential gegen die französisch-polnische Kombination aufzubauen und daraus eine Kraft zu entwickeln, die eines Tages neue territoriale Lösungen im Osten erzwingen konnte. An Neurath scheiterten im Februar 1933 schon früher erwogene Pläne Papens für eine deutsch-französisch-polnische Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Hinter dem Plan standen vor allem französische Wirtschaftskreise. Das in mehreren Protokollen festgehaltene Ziel sollte nichts weniger als eine um einen deutsch-französischen Kern gruppierte europäische Friedensordnung sein⁵⁵, und zwar auf der Grundlage einer Neuregelung der deutsch-polnischen Grenze. Vorgesehen waren u.a. eine Landverbindung nach Ostpreussen, die Rückgliederung Danzigs und Kor-

52 ADAP, C, Bd. 1,1, S. 1.

53 Weingartner, S. 45 f.

54 So ist vermutet worden, dass Litvinovs Beschwerden über die Kommunistenverfolgungen bei seinem Gespräch mit Neurath am 1. 3.1933 auch eine taktische Komponente hatten, nämlich von Neurath Zusicherungen über die deutsche Russland-Politik zu erhalten: Niclauss, Sowjetunion, S. 96; zustimmend: Wollstein, Revisionismus, S. 112. Immerhin zeigt Litvinovs Vorstoss auch, dass die deutsche Innenpolitik in Russland als Barometer für das Klima der zwischenstaatlichen Beziehungen angesehen wurde. Neurath hat übrigens eine etwaige taktische Nebenabsicht durchaus einkalkuliert, s. sein Schreiben an die Botschaft in Moskau, ADAP, C, Bd. 1,1, S. 70.

55 Wollstein, Revisionismus, S. 40f.; DDF, 1, Bd. I, Nr. 46, S. 68ff. Protokolltexte auch in: ADAP, C, Bd. 1,1, S. 2 ff. Papen hatte derartige Vorstellungen bereits im Juni 1932 auf der Lausanner Konferenz den Franzosen zur Kenntnis gebracht. Zusammenhängend zum Komplex der Versuche von industrieller Seite, zu einer deutsch-französischen Annäherung zu gelangen: Bariety/Bloch, Tentative; L'Huilier, Dialogues franco-allemands.

rekturen in Oberschlesien. Hitler wurde gar nicht eingeschaltet⁵⁶. Neuraths wichtigster Gesichtspunkt war dagegen, die Zeit für Deutschland arbeiten zu lassen. Die Aufklärung der Welt über die Berechtigung der deutschen Revisionsforderungen hielt der Aussenminister für unzureichend. Jetzt sei es für eine Regelung zu früh: «Wir haben uns aber stets vor Augen zu halten, dass die Revision der Ostgrenze ein einheitliches Problem darstellt und dass es nur noch einmal zu einer Teilung Polens kommen wird⁵⁷.» Diese Teilung musste so ausfallen, dass Deutschland prinzipiell damit einverstanden sein konnte. Dass eine solche Lösung mit französischer Unterstützung nicht zu haben war, schloss für Neurath ein Arrangement mit Frankreich und Polen aus. Er fürchtete im Anschluss an eine nur vorläufige Lösung ein Ost-Locarno, das Deutschland binde: Eine «deutsch-französische Garantie der polnischen Ostgrenze» komme niemals in Frage. An dieser Haltung scheiterte auch ein neuer Fühler der Regierung Daladier im März 1933.

2. Vorläufigkeit der Friedensordnung

Das Auswärtige Amt arbeitete auf eine Balance der europäischen Mächtekonstellation hin – aber nur auf eine vorläufige. Ruhe und Frieden wurden nicht als Dauerzustand erstrebt, sondern als Voraussetzung der Wiedererlangung eigener Stärke, womit dann Bewegung in die festgefahrenen Verhältnisse gebracht werden sollte.

Im Zusammenhang mit den erwähnten territorialen Problemen stand für Neurath die Abrüstungs- und Sicherheitsfrage. Hier wird nun ganz deutlich, dass auch das Auswärtige Amt den Schlüssel für die Haltung Deutschlands in der Abrüstungsfrage darin erblickte, ob die anzusteuende Lösung den Aufbau eines Potentials erlaube, mit dem Territorialfragen notfalls gewaltsam gelöst werden konnten. Der Reichsaussenminister hielt ein Abrüstungsabkommen zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich und Polen «weder für erwünscht noch für möglich», nicht zuletzt, weil Frankreich auch die Tschechoslowakei einzubinden versuchen werde und Deutschland dann die Beteiligung der Locarno-Mächte und Italiens fordern müsste. Gerade das hätte die Garantie der Sicherheit und der – wenn auch günstigeren – Ostgrenzen bedeutet.

Diese Einstellung des Auswärtigen Amtes zur Frage eines europäischen Sicherheitssystems lässt die eigentliche Basis für die frühe Gemeinsamkeit mit Hitler in der Führung der Aussenpolitik deutlich werden: Ein wie auch immer geartetes Sicherheitssystem in Europa wurde als Hemmnis deutscher Expansionsmöglichkeiten angesehen. In direkter Linie lässt sich Neuraths Ansatz zunächst weiterverfolgen in der Denkschrift des Staatssekretärs v. Bülow vom März 1933⁵⁸. Auch ihm schien es ungünstig, eine Totalrevision von Versailles anzustreben.

56 Wollstein, Revisionismus, S. 42.

57 Schreiben Neuraths an Papen vom 9.2.1933, ADAP, C, Bd. 1,1, S. 38 ff.

58 Wollstein, Denkschrift. S. auch Interpretation der Denkschrift bei Krüger/Hahn, Loyalitätskonflikt.

Der Plan einer Gesamtrevision bringe die Gefahr eines Kompromisses mit weniger günstigem Endergebnis mit sich. Es gelte, für die einzelnen Schritte den jeweils aussenpolitisch günstigsten Zeitpunkt zu wählen. Vor allem aber dürfe die Frage der Grenzrevision erst angeschnitten werden, wenn Deutschland «militärisch, finanziell und wirtschaftlich genügend gefestigt» sei. Bis dahin sei auf der Basis der «Wilson-Punkte» propagandistisch zu wirken. Bülow meinte damit natürlich nur jene von den am 8. Januar 1918 von Wilson verkündeten Punkten, die sich für eine deutsche Propagandaarbeit eigneten, vor allem die Abrüstung *aller* und die unparteiische Regelung der Kolonialfrage. Für die Festigung der Position des Deutschtums in den abgetretenen Gebieten müssten selbst grosse finanzielle Opfer in Kauf genommen werden. Wie Neurath ging Bülow davon aus, es werde nur noch *eine* Teilung Polens geben, und dabei sei die «Wiedergewinnung sämtlicher in Frage kommenden polnischen Gebiete gleichzeitig anzustreben». Andere Grenzprobleme (Memelgebiet und Hultschiner Ländchen) sollten vor der Regelung der deutsch-polnischen Grenze nicht angegangen werden, um nicht die Tschechoslowakei, Litauen und die Kleine Entente an der polnischen Grenzfrage zu interessieren. Ebenso empfahl der Staatssekretär, die Grenzfragen im Norden und im Westen vorläufig ruhen zu lassen: «An einem Wiederaufleben der elsass-lothringischen Frage haben wir zur Zeit kein Interesse.» Nicht nur diese Bemerkung, die ja den Locarno-Vertrag nur als ein vorläufiges Ergebnis in die Rechnung stellte, sondern auch Bülows Überlegungen darüber, dass es unzweckmässig sei, «vorzeitig» die Rückgabe der Kolonien anzustreben oder «zur Zeit» den Anschluss Österreichs aktiv zu betreiben, lassen erkennen, wohin der Weg nach Wiedergewinn der Grossmachtposition führen sollte. Mit diesen Zielvorstellungen vertrug sich sehr wohl die Sorge, Hitler könne durch voreilige Schritte das Ganze gefährden.

Neurath und Bülow schwebte eine Revision in Etappen, beginnend mit Polen, vor. Nach jeder Richtung wünschten sie aussenpolitische Gegensätze zu vermeiden, bis Deutschland militärisch erstarkt sei. Vor allem aber mussten nach ihrer Meinung kriegerische Gefahren, «denen wir zur Zeit nicht gewachsen sind», vermieden werden. Also: Ruhe nach allen Seiten. Nur im Verhältnis zu Polen durfte dieser Satz keine Geltung haben. Für ein gewisses Mass deutsch-polnischer Spannung – nicht so viel, dass Polen zum Präventivkrieg gereizt werde – müsse gesorgt werden. Das «gewisse Mass» der Spannung sollte die Welt für Deutschlands Revisionsforderung interessieren und Polen politisch und wirtschaftlich einengen. Am Ende dieses Weges stand in der Sicht des Staatssekretärs ein mächtiges, den Kontinent dominierendes Deutschland, das ökonomisch vor allem in den Südosten hineinwirkte, Anlehnung an die Sowjetunion hielt, auf den Weltmarkt vordrang und sich in Afrika wieder etablierte.

Noch vor der Einleitung einer bewusst gegen das kollektive Sicherheitssystem zielenden bilateralen Politik durch Hitler gaben die führenden Männer des Auswärtigen Amtes zu erkennen, dass sie die gegebene europäische Ordnung für vorläufig hielten. Sie rechneten nur mit längeren Anlaufzeiten. Nicht Friedenspolitik, sondern eine Vermeidung vorzeitiger Konflikte gehörte nach ihrer Meinung zur politischen Strategie des Reiches in

Europa. Eine Kombination von Wirtschafts- und Rüstungspolitik schien das dafür geeignete Verfahren zu sein. Es sollte auch auf eine vorteilhaftere Weltwirtschaftssituation hingearbeitet werden, deren künftige Bedeutung für Deutschland mit charakteristisch imperialistischer Sehweise umschrieben wurde. Da ging es um Kolonien – alte und neue –, die Erschliessung neuer Gebiete zur Verbesserung der deutschen Ausgangsposition, also um die Behebung von Rohstoffknappheit und Übervölkerung, um die Verhinderung der Industrialisierung der Agrarländer, im Wesentlichen mithin um ein klassisches imperialistisch-kapitalistisches Programm, das sich grundlegend von Hitlers Programm unterschied. Aber bis dahin, ja bis zur vorher sicherzustellenden allgemeinen Erstarbung Deutschlands, sollten eine Art «ausserpolitischer Gottesfriede» oder aber zwei- oder mehrseitige Absprachen «ohne formulierte Vereinbarung» eine mehrjährige ausserpolitische Atempause schaffen. Deutschland, so erläuterte Bülow in der erwähnten, die Überlegungen der Leitung des Auswärtigen Amtes zu Beginn der Herrschaft Hitlers zusammenfassenden Denkschrift, könne erklären, nach Lösung der Abrüstungsfrage wolle es sich in erster Linie mit wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen befassen. Damit liessen sich möglicherweise die Mächte auseinanderdividieren, die Front auf lösen, «in der die Reaktion auf das neue Regime... die meisten europäischen Staaten jetzt zusammengeschlossen hat».

Das Auswärtige Amt sah diesen Aufriss deutscher Aussenpolitik zunächst nicht wegen der divergierenden Endziele durch Hitler gefährdet, sondern mehr durch die Wahl der Mittel und der Schrittfolge. Es warnte vor einem «unzeitigen Vorprellen mit ausserpolitischen Forderungen», vor provozierenden Kundgebungen von Verbänden und Organisationen, «die der Reichsregierung nahestehen». Die Koordinierung aller Regierungserklärungen zur Aussenpolitik, um vor allem die Beziehungen zu England, Italien, Russland, Frankreich und den Vereinigten Staaten vorsichtig und zielorientiert gestalten zu können, wurde empfohlen. Einen Rüstungswettlauf mit Frankreich hielt Bülow in absehbarer Zeit für ausgeschlossen. Unabhängig von dieser Einschätzung wies er auf die Notwendigkeit hin, die Umrüstung «verhältnismässig langsam» durchzuführen, um ausserpolitische Erschütterungen zu vermeiden.

Aber Bülows und Neuraths Loyalitätsmangel gegenüber eingegangenen Verpflichtungen – Locarno – und ihre Abneigung gegen neue, dauerhafte internationale Abmachungen, die nicht nur Vorteile bringen konnten, grenzten an Positionen, wie sie in dieser Zeit von Hitler und der Reichswehrführung eingenommen wurden.

Das Auswärtige Amt setzte seit der Lösung des Reparationsproblems und nach der Fünfmächteerklärung zur Abrüstungsfrage vom 11. Dezember 1932 das Funktionieren der Etappenstrategie der Revisionspolitik voraus und wollte nun diese Strategie auch für die territorialen Fragen benutzen. Solange die Mitgliedschaft im Völkerbund nützlich sein konnte, empfahl es sich, sie beizubehalten, um nicht Frankreich das Feld zu überlassen oder sonst Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Das war alles andere als

eine positive Bewertung der Staatengemeinschaft. Sobald der Austritt einen «wesentlich realen Vorteil» bringe, empfahl Bülow, solle der Schritt vollzogen werden. Neurath hat Bülows Konzeption am 7. April 1933 im Kabinett vorgetragen⁵⁹. Hitler sprach sich nicht dagegen aus, obwohl eine offenkundige Diskrepanz zu seinem Programm weniger in der Lageanalyse als in den Vorschlägen für die langfristig zu betreibende Aussenpolitik deutlich war. Aber die bald spürbare Aktivität Hitlers auf dem Felde der Aussenpolitik zeigte gegenüber diesen Vorschlägen deutliche Differenzierungen im Tempo und in der Methode. Der nach dem Kabinettsvortrag möglich gewesene Eindruck, das Auswärtige Amt bestimme den Gang und die Akzente der deutschen Aussenpolitik, verflüchtigte sich bald. Dafür war bezeichnend, dass Hitler gerade an der Stelle ansetzte, die für das Auswärtige Amt ausserhalb jeder Diskussion lag: Polen. Einen stärkeren Hinweis darauf, wie wenig er von den Perspektiven des Auswärtigen Amtes hielt, konnte er nicht geben. Darin lag wesentlich mehr als eine Abkehr von der «eingefahrenen antipolnischen Interessendefinition in Auswärtigem Amt und Wehrmacht»⁶⁰, nämlich eine Durchkreuzung der Gesamtstrategie des Auswärtigen Amtes in der Phase der verdeckten Aufrüstung.

3. Aufrüstungsstrategie

Die Fünfmächteerklärung vom 11. Dezember 1932 hatte als wichtigen Grundsatz der Konferenz festgelegt, «Deutschland und den anderen durch Vertrag abgerüsteten Staaten die Gleichberechtigung zu gewähren in einem System, das allen Nationen Sicherheit bietet»⁶¹. Dieser Grundsatz schwächte die Position Frankreichs gerade wegen der britischen Haltung von vornherein. Aber der deutschen Aufrüstungsstrategie ging es um mehr als um die blosser Ausnutzung von Meinungsverschiedenheiten der Westmächte. Die unterschiedlichen Vorstellungen über das Rüstungstempo im Auswärtigen Amt und in der Reichswehrspitze wirkten sich seit Hitlers Regierungsantritt nicht entscheidend aus. Reichsaussenminister v. Neurath schlug sich bald auf die Seite Blombergs. Deutschland verfolgte nun eindeutig mit seiner «Abrüstungspolitik» das Ziel einer ungebundenen Aufrüstung. Die Rüstungsprogramme der Reichswehr lagen vor. Sie mussten vor allen Dingen Frankreich herausfordern. Deutsche Aufrüstungspolitik, die direkteste Form der Kriegsvorbereitungspolitik, hatte also primär mit den Westmächten zu rechnen. Die verschiedenen, von England, Italien und Frankreich ausgehenden Abrüstungs- und Paktvorschläge betrafen deshalb in erster Linie die Beziehungen zwischen Berlin, London und Paris.

Die deutsche Position in all den komplizierten Verhandlungen war einfach und deshalb stark. Man sprach von Gleichberechtigung und Friedenswillen und wollte militärische

59 Wollstein, Denkschrift, S. 77, Niederschrift über die Kabinettsitzung vom 7.4.1933: ADAP, C, Bd. 1.1, S. 255-260.

60 Dülffer, Decision-making Process, S. 201 f.

61 Schwendemann, Abrüstung, Bd. 1, S. 479f.

Stärke für eine Forcierung der Revisionspolitik und für die Gewinnung der Hegemonie in Europa.

Das Auswärtige Amt hat die Vorschläge der Westmächte im Wesentlichen mit Unterstützung der neuen Reichswehrführung – Blomberg und Reichenau – abgeblockt, während Hitler zunächst weit vorsichtiger zu taktieren gedachte. So ist auch hier der Eindruck entstanden, das Auswärtige Amt bestimme nach wie vor den Kurs. Bei den Initiativen der Westmächte und Italiens handelte es sich der Reihe nach um das Angebot der Regierung Daladier zu einem deutsch-französischen Beistandspakt vom 4. Februar 1933⁶², der auch Rücksicht nehmen sollte auf die deutschen Umrüstungswünsche, um den Mitte Februar vorgelegten sogenannten Cot-Plan zur Standardisierung der Landstreitkräfte, ferner um den von Grossbritannien Mitte März 1933 eingebrachten Entwurf einer Abrüstungsvereinbarung, den sogenannten MacDonald-Plan, und um das italienische Viermächte-Projekt.

Die französischen Vorschläge gingen in die Nähe der deutschen Vorstellungen des Jahres 1932. Damals zielte Schleicher mit voller Unterstützung des Auswärtigen Amtes auf die militärische Gleichberechtigung für eine deutsche Defensiv-Streitmacht⁶³. Die Idee einer solchen Streitmacht lag dem Cot-Plan zugrunde. Das Konzept war durchaus geeignet, einem nach Gleichberechtigung verlangenden Deutschland entgegenzukommen. Im Auswärtigen Amt wurde das deutschfranzösische Verhältnis inzwischen in anderem Licht gesehen. Neurath betrachtete Polen und Frankreich als die grossen Hindernisse für eine aktive Revisionspolitik, die durch Entgegenkommen nicht beseitigt werden konnten. Dem Aussenminister schwebte eine grosse Polenlösung vor, bei der mit einer Zustimmung Frankreichs nicht zu rechnen war. Das französische Angebot zu einem Beistandspakt lehnte Neurath ab, ohne mit Hitler darüber überhaupt zu sprechen.

Es müsse, so instruierte er den deutschen Delegationsführer Nadolny am 15. Februar 1933, «der mangelnde Abrüstungswille Frankreichs» in Erscheinung treten, falls die Konferenz scheitere⁶⁴. Den Cot-Plan umging er zusammen mit Blomberg. Blomberg sorgte für eine Weisung an die deutsche Delegation, eine Abstimmung über den Cot-Plan zu vermeiden. Ein umfangreicher Vorfragen-Katalog sollte die Behandlung des Planes verzögern und schliesslich unmöglich machen. Der neue Reichswehrminister war entschlossen, die Aufrüstung voranzutreiben. Seine Initiative richtete sich von anderer Seite ebenso sehr gegen Frankreich wie die politische Strategie Neuraths und Bülow's. Das Auswärtige Amt machte sich die Auffassung der Militärs zu eigen und brachte das Ganze in die Form einer Weisung an die Delegation in Genf⁶⁵. Als die Ab-

62 Aufzeichnung Neuraths vom 6.2. über Unterredung vom 4.2. mit François-Poncet, ADAP, C, Bd. 1.1. S. 19f.

63 Vgl. Wollstein, Revisionismus, S. 43 ff.

64 ADAP, C, Bd. 1.1, S. 43.

65 Aufzeichnung Blombergs vom 19.2.1933, ebd., S. 55f. S. dazu Wollstein, Revisionismus, S. 46 ff. Zum Cot-Plan s. Beitrag Deist, S. 471.

rüstungskonferenz die Grundgedanken des Cot-Plans als Basis für eine Lösung des europäischen Sicherheitssystems akzeptierte⁶⁶, stand Deutschland unter seiner neuen Führung, auch ohne dass Hitler direkt eingegriffen hätte, schon mit einem Bein jenseits dieses Systems. Hitler war um diese Zeit noch zu stark mit innenpolitischen Problemen beschäftigt. Er wollte eine Isolierung in Genf vermeiden und meinte, eine positive Lösung, die besser als eine vertraglose Aufrüstung sei, dürfe nicht sabotiert werden⁶⁷. Ja, er ging noch weiter mit dem Hinweis, gegen eine elastische Taktik gegenüber den französischen Vorschlägen sei nichts einzuwenden. Sogar eine grundsätzliche Zustimmung sei unter bestimmten, näher umrissenen Voraussetzungen möglich. Sofort setzte die Gegenwirkung des militärischen Leiters der Abrüstungsdelegation ein. Neurath wies wenige Tage später Nadolny an, die Aufzeichnung über Hitlers Weisungen «als nicht existierend» zu betrachten⁶⁸.

Standen sich im Februar-März 1933 zwei verschiedene Frankreich-Strategien, vertreten einerseits durch Auswärtiges Amt und Reichswehrführung, andererseits durch Hitler, gegenüber? Diese Frage scheint berechtigt, seit neuerdings auf Änderungen in Hitlers Frankreich-Konzeption etwa um das Jahr 1931 hingewiesen wird⁶⁹. Ausgangspunkt dieser neuen Sicht, die von der Programmatik von «Mein Kampf» und vom «Zweiten Buch» insofern wegführt, als die Niederwerfung Frankreichs nun nicht mehr unbedingt als Vorstufe der Ostexpansion angesehen werden musste, sind Hitlers Gespräche vom Mai und Juni 1931 mit dem Chefredakteur der «Leipziger Neuesten Nachrichten», Richard Breiting⁷⁰. Hitlers Bemerkungen gingen danach in die Richtung eines vorläufigen Arrangements mit England und Frankreich. Er dachte an den Abschluss eines Viermächtepakts über die Neugestaltung Europas. Frankreich sollte auf seine «Umkreisungspolitik» verzichten und lieber eine «gebührende Rolle» in Westeuropa übernehmen⁷¹. Hitler stellte sich ein Händereichen nach der «Machtübernahme» vor. Seine Voraussetzung war das Verständnis in England und Frankreich dafür, dass er einen Kreuzzug gegen den Bolschewismus führen müsse. Was geht es die Westmächte an, «wer morgen in Russland regiert»⁷²?

Die Frage, inwieweit das hier deutliche Abrücken von der Idee der unversöhnlichen Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland Hitlers Politik bis 1940 bestimmt hat, ist schwer zu beantworten. Ob er annahm, Frankreich büsse mehr und mehr seine Position als führende Militärmacht des Kontinents ein und könne eigentlich nicht länger

66 League of Nations, Serie B, Bd. 2, S. 303.

67 Wollstein, Revisionismus, S. 48; die Aufzeichnung Frhr. v. Rheinbabens über Hitlers Direktiven vom 15.3.1933 sind enthalten im Telegramm Nadolnys an Neurath vom 17. 3., ADAP, C, Bd. 1.1, S. 173 f.

68 Weisung vom 22. 3., ADAP, C, Bd. I, 1, S. 190. Stellungnahme des militärischen Delegationsleiters, General Schönheinz, vom 18. 3.: ebd., S. 177f.

69 Knipping, Frankreich, S. 616 ff.

70 Calic, Ohne Maske. Zum umstrittenen Wert der Quelle vgl. Wiggershaus, Rezension Calic, Ohne Maske; Der Spiegel 1972, Nr. 37, S. 62 ff.

71 Calic, Ohne Maske, S. 92 f.

72 Ebd., S. 100f.

als der gefährliche Gegner von einst betrachtet werden⁷³, oder ob er glaubte, Frankreich werde, wie er das bei England unterstellte, keine Einwendungen gegen die deutsche Beherrschung Osteuropas erheben, solange Deutschland ihm seine Rolle – in Westeuropa und in den Kolonien – lasse, all dies ist mit letzter Gewissheit nicht zu klären. Deutlich wurde aber in der Anfangsphase nach der «Machtergreifung» eine elastische Einstellung gegenüber Frankreich. Ob aber diese optimistische Einordnung des westlichen Nachbarn in sein Hegemonialprogramm realistisch war oder nicht, blieb für Hitler doch eine offene Frage. Diese Unsicherheit kennzeichnete sein Frankreich-Bild⁷⁴. Sie erklärt vielleicht seine grössere Kompromissbereitschaft in der Abrüstungsfrage im Februar-März 1933, obwohl er eine weitergehende Linie verfolgte als die Reichswehrführung. In den Breiting-Gesprächen wurde auch eine weit optimistischere Beurteilung der deutschen Wirtschaftskraft und des von daher möglichen Aufrüstungstempos deutlich. Meinten Neurath und Bülow, in fünf Jahren bestenfalls eine Polen ebenbürtige Streitmacht aufbauen zu können, so ging Hitler davon aus, Deutschland benötige bei seinen 20 Millionen Arbeitern und seinem technischen Standard «im Ganzen eine finanzielle Anstrengung von vier bis fünf Jahren, um die militärische Macht zu erringen, eine Macht, die einen Schlusstrich unter Versailles ziehen wird, um dem deutschen Volk in dieser Zeitspanne den Lebensraum und den Platz, die ihm nach dem rassischen und geschichtlichen Standpunkt zustehen, auf dem Kontinent zu sichern»⁷⁵. Diesem Potential ein Ventil zu öffnen, und zwar nicht auf dem Wege über das Flickwerk einzelner territorialer Revisionen, war Hitlers Ziel.

Dazu erhoffte er eine europäische Ordnung, die Spielraum für eine entsprechende Strategie bot. Hierfür konnte zunächst eine indirekte Beherrschung der zwischen Deutschland und der Sowjetunion liegenden Oststaaten genügen, eine «militärische Schirmherrschaft»⁷⁶, die in Hitlers Augen für Frankreich unter gegebenen Voraussetzungen akzeptabel sein mochte. Jedenfalls sah er sich nicht genötigt, eine so grundsätzliche Intransigenz Frankreichs einzukalkulieren, wie Neurath bei seiner Vorstellung von einer letzten Teilung Polens. Rücksicht auf den eben erst angelaufenen Prozess der inneren «Wiederwehrhaftmachung» zusammen mit diesem aussenpolitischen Konzept, das so stark auf Wunschkonstruktionen aufbaute, erklärt möglicherweise, dass er weniger zügig an die Aufrüstung heranging als zunächst Neurath und Blomberg, die allerdings, sofern ihre Rechnung aufging, keine Konfrontation mit Hitler zu erwarten brauchten. Das Auswärtige Amt und die Reichswehr lehnten ein funktionierendes Sicherheitssystem ab, um ihre revisionistischen Rüstungs- und Territorial(revisions)ziele nicht blockieren zu lassen. Hitler hielt Ausschau nach einem neuen politischen System in Europa, einer Front des Einverständnisses darüber, dass Deutschland freie Hand zu der allen willkom-

73 Scheler, Beziehungen, S. 16.

74 Knipping, Frankreich, S. 617, der von der «Ambivalenz zweier programmatischer Zielsetzungen» spricht.

75 Calic, Ohne Maske, S. 78f.

76 Ebd., S. 77.

menen Abwehr des Bolschewismus zu gewähren sei. Vor allem dachte er dabei an England und Italien. Es trifft daher zu, dass es in den Anfangsmonaten keiner «Zähmung» des Aussenpolitikers Hitler durch die konservativen Kräfte im Kabinett bedurfte⁷⁷. Blomberg und Neurath zogen den Kurs zunächst weit forscher an.

Das zeigte sich auch bei der Behandlung der englischen und italienischen Vorschläge. Hitler ist, scheinbar folgerichtig, von manchen Vertretern der englischen Führung anfänglich unter schätzt worden⁷⁸. Von aussen war schwer zu erkennen, wer in Deutschland das Hauptinteresse an der Blockierung des Mac-Donald-Plans hatte.

Die Entscheidung, den MacDonald-Plan einzubringen, war in der englischen Führung umstritten. Wirtschaftspolitische Überlegungen, ein nicht ganz klares Bild von den Kompetenzen in der deutschen Führung sowie die Einsicht, dass bei einem Scheitern der Abrüstungsverhandlungen Deutschlands ungebundene Aufrüstung nicht länger zu verhindern sein werde, gaben den Ausschlag⁷⁹. Lord Lothian war der Meinung, man müsse Deutschland Gerechtigkeit widerfahren lassen, wenn man das Nazi-Regime «reformieren» wolle⁸⁰.

Frankreich sah nach dem Scheitern seines Lösungsversuchs keine weitere Möglichkeit, Deutschland entgegenzukommen. Es steuerte jetzt einen Weg an, auf welchem Deutschlands Verantwortung für das Scheitern der Konferenz offenkundig werden sollte. Daladier sah nur in dem Zusammenwirken mit den USA und England noch eine Chance, Europa zu stabilisieren.

Die Vertreter der Appeasementpolitik, Eden, Aussenminister Simon und Mac-Donald, beurteilten die Zukunft Europas nicht minder skeptisch. Bei einem Scheitern der Abrüstungsfrage am deutsch-französischen Gegensatz steuere der Kontinent auf einen neuen Krieg zu: Deutschland werde Sympathien gewinnen, auf rüsten, und das Resultat werde ein neuer europäischer Krieg sein⁸¹.

Der MacDonald-Plan passte nicht in das Konzept der Reichswehrführung: 200'000 Soldaten für Deutschland, Frankreich und Polen, die volle Gleichberechtigung in der Bewaffnung erst nach einer Übergangsphase, damit wollte sich Blomberg nicht abfinden⁸². In die allgemeinen Überlegungen Bülow und Neuraths vom März 1933 – langfristige Aufrüstung – hätte der Plan hineingepasst, aber er enthielt andere, weniger willkommene Elemente. So eine Kriegsverhütungsklausel und eine entscheidende Disparität der Luftrüstung.

77 Hillgruber, Grossmachtpolitik, S. 31.

78 Wendt, München.

79 Dazu die knappe Zusammenfassung bei Wollstein, Revisionismus, S. 50-63; Gilbert, Roots; zu den deutsch-englischen Handelsbeziehungen, vor allem zu der Bedeutung wirtschaftspolitischer Prognosen für die Einstellung zur Hitler-Regierung s. Wendt, Economic Appeasement, S. 73 ff.

80 Gibbs, Strategy, Bd. 1, S. 83; Butler, Lord Lothian, S. 197.

81 DBFP, 2, Bd. IV, S. 299.

82 Einzelheiten des Plans: League of Nations, Conference for the Reduction and Limitation of Armaments, S. 2-16; s. ferner Schwendemann, Abrüstung, Bd. 2, S. 60ff. Über die unterschiedliche Beurteilung durch Auswärtiges Amt und Reichswehr s. Rautenberg, Rüstungspolitik, S. 99 f.; und Beitrag Deist, S. 471 ff.

Die konservativen Vertreter in der deutschen Führung suchten zwar ein gutes Verhältnis zu England, bauten aber ihre Strategie im Wesentlichen auf der Ausnutzung günstiger Strömungen in der englischen öffentlichen Meinung auf, ferner auf Entgegenkommen in weniger wichtigen Fragen⁸³ und nicht zuletzt auf der Täuschung über die Verhältnisse in Deutschland und über die Machtverhältnisse in der Regierungsspitze⁸⁴.

Diese Politik scheiterte. In Genf zeichnete sich eine Einigung über den englischen Vorschlag ab. Neurath riet bei der Ministerbesprechung am 12. Mai, aus der Abrüstungskonferenz auszuschneiden, Blomberg trat für ein Verbleiben ohne Verhandlungsbereitschaft ein. Beide brachten so Hitler in die Position, die festgefahrene Lage durch eine grosse aussenpolitische Erklärung aufzulockern. Neurath war mit seinem Latein am Ende und forderte Hitler geradezu zu einem solchen Schritt auf⁸⁵. Hitler konnte jetzt zum ersten Mal in einer entscheidenden Frage der deutschen Aussenpolitik, die mit der Vorbereitung auf seine Expansionsziele auf das Engste verknüpft war, den bisherigen konservativen Lenkern der Aussen- und Militärpolitik klarmachen, dass andere Methoden nötig seien: In der Aufrüstungsfrage sei das «ganze deutsche Volk einig». Diese Einigkeit müsse nach aussen, «vor der Welt» demonstriert werden. Eine Aufrüstung mit «normalen Mitteln» sei nicht möglich. Das Genfer Forum sei für eine deutsche Antwort nicht der geeignete Ort⁸⁶. Die neue Taktik realisierte Hitler wenige Tage später in seiner sogenannten «Friedensrede» vom 17. Mai 1933⁸⁷. Die vom Auswärtigen Amt stets befürchteten neuen Methoden, das Vorpellen, der neue Stil usw.: jetzt waren sie da und erwiesen sich als zugkräftig⁸⁸. Damit war die Aussenpolitik auf den Auszug Deutschlands aus dem kollektiven Sicherheitssystem programmiert. Ein Verbleiben im Völkerbund galt schon längst als nur taktisches Rezept, um nicht Frankreich das Feld zu überlassen und um England nicht vor den Kopf zu stossen. Jetzt sollte, stärker noch als zuvor, die Drohung mit dem Austritt als Druckmittel eingesetzt werden. Hitler kündigte an, es müsse zum Ausdruck gebracht werden, dass Deutschlands Verbleiben in der Gemeinschaft auf Grund des «Verhaltens unserer Gegner» im höchsten Grade zweifelhaft geworden sei⁸⁹.

Die «Friedensrede» vom 17. Mai 1933 ist mit Recht als eines der «Meisterstücke» propagandistischer Kunst in dieser Periode bezeichnet worden⁹⁰. Die Argumente waren

83 Hier ist etwa die Verlängerung des Gläubiger-Stillhalteabkommens vom 17. 2.1933 zu erwähnen, die im Ausland den Eindruck erweckte, Deutschland werde an der Lösung internationaler Finanzprobleme loyal mitarbeiten und nicht den nationalsozialistischen Parolen folgen, s. näher Wendt, *Economic Appeasement*, S. 91 ff.

84 Neurath und der deutsche Botschafter in London betrieben eine zielstrebige verharmlosende Informationspolitik, die sowohl das Foreign Office wie den Berliner Botschafter zeitweise irritierte, vgl. Wollstein, *Revisionismus*, S. 58 f.

85 Aufzeichnung über Ministerbesprechung vom 12.5.1933, ADAP, C, Bd. 1,1, S. 405 f. 86 Ebd.

87 Domarus I, S. 270ff.

88 In diesem Zusammenhang ordnet auch Meinck, *Aufrüstung*, S. 31, die Friedensrede ein.

89 Aufzeichnung für die Ministerbesprechung vom 12.5.1933, ADAP, C, Bd. 1,1, S. 407.

90 Bullock, *Hitler*, S. 293.

sämtlich nicht neu, auch nicht die Diskrepanz zwischen den eigenen Plänen und der laut verkündeten Bereitschaft zu völliger Abrüstung, wenn auch die anderen Mächte sich dazu bereit fänden. Neu war dagegen der Einsatz massiver Demagogik für die Zwecke seiner Aussenpolitik von der Tribüne des Reichstags aus. Der Appell richtete sich vornehmlich an Grossbritannien, dem vorgesehenen wichtigsten aussenpolitischen Partner bei der Vorbereitung der Ostexpansion.

Die innen- wie aussenpolitische Suggestion dieser Rede ist nicht zu unterschätzen⁹¹. Sie hat nicht nur die Sozialdemokratie zur Zustimmung veranlasst, sie hat mit ihrem Akzent auf Hitlers Friedensbereitschaft, seinem penetranten Gerechtigkeitspathos und der geschickten Aufnahme italienischer und amerikanischer Vorschläge nach aussen gewirkt. Der eigentliche Inhalt bestand aber in der Täuschung der Welt über das Ziel einer ungebundenen forcierten deutschen Aufrüstung für Expansionszwecke und in der Vorwegnahme möglicher Kritik gegen das Ausscheiden Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz und aus dem Völkerbund. Die Verschleierungskunst kulminierte in der Feststellung: Deutschland sei «jederzeit bereit, weitere Sicherheitsverpflichtungen internationaler Art auf sich zu nehmen, wenn alle Nationen ihrerseits dazu bereit» seien. Ähnliche «Angebote» hat Hitler auch in späteren Krisensituationen gemacht. Die Friedensrede steht am Anfang der grossen «Verharmlosungskampagne». Sie setzte aber überdies nach aussen das Signal dafür, wer in Deutschland nun die Aussenpolitik machen würde. Noch immer in Sorge vor möglichen Interventionen der Weltkriegskoalition, war Hitler jetzt in der Rüstungsfrage doch nicht mehr «Bremser» eines forscheren Vorgehens des Auswärtigen Amtes und der Reichswehrführung⁹².

Mussolinis Viererpakt-Vorschlag ging wie Hitlers Strategie von der Absicht aus, das Sicherheitssystem des Völkerbundes abzulösen. Er versuchte, die Tatsache der Etablierung des Nationalsozialismus für eine neue Organisation der Grossmachtinteressen zu nutzen, die es erlaubte, die für Österreich und Italien gefährlichen Konsequenzen der deutschen Revisionspolitik abzuwenden⁹³. Italiens Ziel musste sein, Revisionsbegehren von Südtirol und Österreich abzulenken in andere Zonen, vor allem auf die deutsch-polnischen Grenzfragen. Den Westmächten gegenüber konnte Mussolini sich auf diese Weise als Vermittler präsentieren. Den Eindruck eines deutsch-italienischen Zusammengehens suchte er zu vermeiden wie auch den einer engen ideologischen Gemeinsamkeit.

91 Domarus I, S. 270-279.

92 Hillgruber, Grossmachtpolitik, S. 31 f., nimmt noch bis September eine derartige «Bremserfunktion» Hitlers an; vgl. Beitrag Deist, S. 471 f.

93 Vgl. den Aufriss der Viermächtepakt-Strategie bei Petersen, Hitler-Mussolini, S. 137ff. Gerade dies schuf schwerwiegende Probleme für Frankreich. Die Verständigung der vier Grossmächte auf das Viermächtepaktprinzip bewirkte «einen Aufschrei der Entrüstung» in den Hauptstädten der «Kleinen Entente». Diese Staaten fürchteten, die Zeche bezahlen zu müssen. Prag und Warschau übten Druck auf Paris aus. Paris verstand es, sich den unangenehmen Konsequenzen mit der vom Quai d'Orsay betriebenen Verwässerung des gesamten Projekts zu entziehen, näher dazu: Poidevin/Bariéty, Frankreich und Deutschland, S. 380f.

Dieser Zug seiner politischen Strategie wurde insbesondere im Verhältnis zu Grossbritannien wichtig, für dessen Appeasement-Politik Italien einen bedeutenden Faktor darstellte⁹⁴. Dieser Faktor konnte mehr oder weniger Gewicht erlangen, je nach dem Ansatz der langfristigen Zielsetzungen Grossbritanniens. In London ist auch in den folgenden Jahren noch darüber diskutiert worden, ob die englische Politik über Italien lediglich mässigend auf Hitler einwirken oder ob sie den kleinen Diktator – Mussolini – allmählich aus dem Lager des grossen herauslösen sollte, wie etwa Robert Vansittart⁹⁵ vorschlug, der wohl konsequenteste Gegner Deutschlands im Foreign Office.

Mussolinis Initiative stellte psychologisch treffsicher auf Hitlers Kalkulationen ab. Der italienische Diktator schien die Bedürfnisse des NS-Regimes geradezu zu ahnen. Seine Argumente fielen bei Hitler auf wesentlich günstigeren Boden als im Auswärtigen Amt. Die Formulierungen Mussolinis entsprachen durchaus auch alten Vorstellungen Hitlers über die Bedeutung eines deutsch-italienischen Zusammengehens. Neben dem taktischen Gesichtspunkt der Blockierung des englischen Plans sprach aus Hitlers Reaktion auch innere Zustimmung⁹⁶. Ganz anders beurteilte das Auswärtige Amt den italienischen Vorschlag. Neurath hielt prinzipiell daran fest, dass ein Viermächtepakt Deutschland aus den Friedensvertragsbindungen und dem Völkerbundsverfahren herausführen müsse. Das wichtigste Ziel sollte die Anerkennung des Grundsatzes der Ablösung des Friedensvertrages sein und die Zustimmung der Mächte, dass Deutschland nach einer Wartezeit von fünf Jahren an keine weiteren Beschränkungen in der Gleichberechtigungsfrage gebunden sei⁹⁷. Der weitere Gang der Viermächtepakt-Verhandlungen lief nach letzten Versuchen des Auswärtigen Amtes im April, das ganze Instrument möglichst stumpf oder gar unrealisierbar zu machen⁹⁸, über andere Kanäle.

Den persönlichen Appellen Mussolinis gegenüber vermochte Neurath sich nur noch kurzfristig zu behaupten⁹⁹. Hitler zögerte zwar zunächst selbst, weil er sich nicht auf Jahre hinaus binden wollte. Den entscheidenden Gesichtspunkt steuerte schliesslich Blomberg bei, der damit die gemeinsame Linie mit dem Auswärtigen Amt verliess. Für die Wehrmachtführung stellte sich das Problem relativ unkompliziert dar: Dass weiter aufgerüstet werde, stand für sie fest, ebenso, dass die Abrüstungsverhandlungen wie auch der Mussolini-Plan nicht den geforderten Spielraum bringen würden. Deshalb

94 Mussolinis Viermächtepakt-Konzept ist als Versuch gewertet worden, Distanz zu allen Grossmächten zu gewinnen, als strategischer Rückzug, um neuen Spielraum zu erhalten, vgl. Quaroni, *Diplomatengepäck*, S. 175; Petersen, *Hitler-Mussolini*, S. 140f.

95 Zum Vansittart-Churchill-Kreis ausführlich Aigner, *Ringen*, S. 141-174.

96 So etwa die Formulierung der «Friedensrede», wo von dem «weitschauenden und richtigen Plan des italienischen Staatschefs» die Rede ist. Text des Mussolini-Vorschlags: AD AP, C, Bd. 1,1, S. 160.

97 Etwa Bülow an Hassell, 15.3.1933, ADAP, C, Bd. I, 1, S. 165f.; Neurath an Hassell, 5.4.1933, ADAP, C, Bd. 1,1, S. 247ff. Auch der deutsche Gegenentwurf, der den französischen Vorschlägen Rechnung trug, suchte das Revisionsprinzip zu retten: ADAP, C, Bd. 1,1, S. 374f., s. a. Petersen, *Hitler-Mussolini*, S. 170f.

98 Petersen, *Hitler-Mussolini*, S. 170 ff.

99 Ebd., S. 172-174; ADAP, C, Bd. 1,2, S. 477. Aloisi, *Journal*, 30. 5.1933.

schien es geraten, jetzt ohne weitere Bedingungen auf Mussolini einzugehen. Der Vertrag verpflichte zu nichts, aber er könne Zeitgewinn, eine Atempause für die Aufrüstung bedeuten. Entscheidend sei, dass die Aufrüstung «in einer aussenpolitisch beruhigten Atmosphäre» ablaufen könne¹⁰⁰. Das Auswärtige Amt wurde von Hitler, Blomberg und Göring überspielt¹⁰¹. Hitler ging eine Vereinbarung ein, die seine Aufrüstungspläne kaschieren konnte. Der Schritt gehörte somit in eine Politik der Lösung aus internationalen Bindungen, die dann kurz darauf Schlag auf Schlag realisiert wurde. Der Vertrag wurde am 15. Juli unterzeichnet, ist aber wegen Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund später nicht in Kraft getreten.

Unabhängig vom Viererpakt liefen die Abrüstungsverhandlungen in Genf. England und Frankreich beharrten darauf, dass Deutschland erst nach einer Probezeit mit einer immer noch qualifizierten Aufrüstung beginnen dürfe. Alle anderen französischen Forderungen, etwa die einer englischen Beteiligung an Sanktionen bei deutschen Vertragsverletzungen oder von Rüstungskontrollen, drangen nicht durch. Selbst deutsche militärische Massnahmen im Rheinland sollten nach englischer Auffassung tunlichst nicht als Verletzung des Locarno-Vertrags behandelt werden¹⁰².

Trotz des englisch-französischen Einverständnisses über die «Probezeit» überwogen in London und Paris die Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung Deutschlands. Dabei wichen die politischen und militärischen Führungsgruppen beider Länder in der Einschätzung der von Deutschland ausgehenden Gefahr nicht einmal grundsätzlich voneinander ab.

Aussenminister Simons Verfahrensvorschläge für den Fall einer Verletzung der Abrüstungsverpflichtungen durch Deutschland waren sehr zurückhaltend formuliert. Eine Besetzung deutschen Territoriums war danach so gut wie unmöglich¹⁰³. England wollte keine Garantien übernehmen, aus denen sich ein Engagement auf dem Kontinent ergeben konnte¹⁰⁴. Es schätze Hitlers taktische Position hoch ein, weil er so oder so nichts zu verlieren habe¹⁰⁵. Auch die USA lehnten Sanktionen ab.

100 Liebmann-Aufzeichnungen, zit. nach Meinck, Aufrüstung, S. 31. S. a. Petersen, Hitler-Mussolini, S. 173, zu Blombergs Argumenten gegenüber Hitler am 30.5., mit Verweis auf Ausführungen Cerrutis in: *Rivista di Studi internazionali*, Januar-Juni 1946.

101 Petersen, Hitler-Mussolini, S. 174; Aufzeichnung Neuraths über Gespräch mit Göring vom 22. 5., ADAP, C, Bd. I, 2, S. 473 f. Göring war als Abgesandter Hitlers in Rom tätig geworden. Seine Ansicht lässt sich dahin zusammenfassen, dass es ihm weniger auf Einzelheiten ankam. Auch Neuraths Bemerkung, der abgeänderte Entwurf sei nunmehr für Deutschland «gänzlich wertlos», machte ihm offensichtlich keinen Eindruck. Die Hauptsache war ihm, «dass wir durch den Vertrag nur mit einem kleinen Gremium von vieren zu tun hätten». Zur Geschichte des Vertrags s. Jarausch, *Four Power Pact*.

102 DBFP, 2, Bd. V, Nr. 413, Bloch, Hitler, S. 45.

103 Memorandum des Foreign Office vom 30. 5.1933 für das Kabinett, PRO Cab 24/241, Bl. 220 ff.

104 Vgl. dazu auch Cowling, *Impact*, S. 64ff. DBFP, 2, Bd. V, Nr. 399-403, etwa Simon am 21. 9.1933 gegenüber dem französischen Botschafter in London.

105 S. die eindringliche Analyse bei Cowling, *Impact*, S. 66.

Am 4. Oktober entschlossen sich Hitler und Blomberg, über neue Vorschläge nicht mehr zu verhandeln. Natürlich sollte der Anschein vermieden werden, die Konferenz sei an Deutschlands Forderungen gescheitert. Blomberg riet, zur «Urfrage» zurückzukehren, nämlich ultimativ die Abrüstung der anderen Mächte zu verlangen und bei Verweigerung der deutschen Gleichberechtigung die Konferenz zu verlassen und den Austritt aus dem Völkerbund zu erklären. Hitler fasste eine weitere grosse Rede, einen Appell an die Weltmeinung, ins Auge¹⁰⁶. Bülow schwächte in seinen Telegrammen an die diplomatischen Vertretungen in Rom, London und Washington etwas ab, um die deutschen Forderungen nicht als ultimativ erscheinen zu lassen¹⁰⁷. Aber schon am 6. Oktober ergingen die Richtlinien an die deutsche Abrüstungsdelegation¹⁰⁸ mit der Anweisung, den neuen englischen Vorschlag als Versuch der hochgerüsteten Staaten zu «brandmarken», sich der Abrüstung zu entziehen. Eine Verhandlung darüber sei abzulehnen, das Verlassen der Konferenz und der Austritt aus dem Völkerbund seien als Konsequenz anzudeuten. Die Entscheidung darüber behielt sich Hitler noch vor. Hitler schien zunächst bereit, nicht mehr zu fordern, als Deutschland in den nächsten Jahren aus technischen, finanziellen und politischen Gründen tatsächlich anschaffen könne¹⁰⁹. Die Frage Neuraths, «ob Abschluss einer Abrüstungskonvention oder Hinauszögerung bzw. Bruch der Verhandlungen», beantwortete er im Hinblick auf das Mass des deutschen «Könnens» dahin, es sei auf alle Fälle wünschenswert, eine Konvention zustande zu bringen.

Wie diese Aussage einzuordnen ist, beantwortet sich aus Hitlers Bewertung von Verträgen allgemein, ergibt sich in diesem besonderen Fall aber schon daraus, dass die Grenze der Vertragsloyalität von vornherein vom möglichen deutschen Aufrüstungstempo her definiert wurde. Als Simon am 14. Oktober den neuen britisch-amerikanisch-französischen Abrüstungsplan in Genf vortrug, gab Berlin den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und das Verlassen der Abrüstungskonferenz bekannt. Hitler hielt nun seine beabsichtigte Rede. Die Auflösung des Reichstags und Neuwahlen sollten der Welt zeigen, dass das deutsche Volk sich «mit der Friedenspolitik der Reichsregierung» identifiziere. Dieses Verfahren war wie die Hitlerrede darauf berechnet, «die Aufmerksamkeit der Welt ganz anders als bisher zu fesseln»¹¹⁰.

Der Schritt aus den internationalen Bindungen des kollektiven Sicherheitssystems war damit vollzogen. Aber Hitlers taktisch starke Position täuschte niemanden über die wahren Motive des nationalsozialistischen Deutschlands hinweg. Den Grossmächten war klar, wohin der Kurs bilateraler Absprachen, den Hitler nun konsequent steuerte, führen werde. Hitler erläuterte besser, als umfangreiche Untersuchungen es vermochten, worin

106 Aufzeichnung Bülows vom 4.10.1933, ADAP, C, Bd. 1,2, Nr. 479, S. 872.

107 Telegramm vom 4.10.1933, ebd., Nr. 480, S. 873f.

108 Ebd., Nr. 484.S.877f.

109 So zu Neurath am 30. 9.1933. ebd., S. 868.

110 Aufzeichnung Thomsens über die Ministerbesprechung vom 13./14.10.1933, ebd., Nr. 499, S. 905 ff.

sich seine Aussenpolitik von derjenigen unterschied, die mit dem Völkerbund eine Friedensordnung zu etablieren suchte: «Der Welt wird ein Dienst geleistet, wenn der Völkerbund, dessen Errichtung zuletzt nur als eine gegen Deutschland gerichtete Massnahme gedacht war, allmählich zum Einschlafen dadurch gebracht wird, dass er seine Unfähigkeit beweist, die ihm vorgelegten Probleme zu lösen¹¹¹.»

111 Ebd.

III. Strategie der bilateralen Aussenpolitik

1. Der neue Ansatz

Deutschlands Absage an die internationale kollektive Sicherheitsordnung blieb ohne nachhaltige Wirkung auf die Nachbarmächte. Frankreich raffte sich trotz des Sturzes der Regierung Daladier nicht zu energischen Schritten auf, die von der Reichsregierung vorübergehend befürchtet wurden¹. England und Italien sahen ohnehin keinen Anlass zu einer Intervention. Selbst in der militärischen Führung Frankreichs ist der Gedanke eines Vorgehens gegen Deutschland, das notwendig ein Alleingang werden musste, nicht erwogen worden. Die Volksbefragung vom 12. November brachte Hitler mit 92% der Stimmen die erhoffte Vertrauensgrundlage für seine Politik und damit auch «die Aufmerksamkeit der Welt».

Dieser Erfolg mit einem vermeintlich ausserordentlichen Risikofaktor war das entscheidende aussenpolitische Ereignis des ersten Jahres der Hitler-Herrschaft. Er setzte Akzente, die in den folgenden Etappen der Kriegsvorbereitung immer wieder benutzt wurden. Ihr psychologischer Nebeneffekt führte zur Unterschätzung der europäischen Grossmächte, vor allem ihres geistigen Widerstandspotentials, und zur Überschätzung der eigenen Stärke. Tatsächlich stand Hitler nach dem Austritt aus dem Völkerbund so gut wie isoliert da. In der Kabinettsitzung am 17. Oktober teilte er mit, der kritische Moment sei wahrscheinlich vorüber, es habe sich alles entwickelt wie erwartet².

Die blossе Absage an das Prinzip einer allseitig garantierten Sicherheit öffnete allerdings noch nicht den freien Raum für die Macht- oder Raumpolitik, wie sie den verschiedenen aussenpolitischen Konzepten der deutschen Führung entsprach. An die Stelle der internationalen Friedensordnung musste entweder die mit einer langfristigen Rüstung und wirtschaftlicher Erstarkung zu verbindende, zunächst gegen Polen gerichtete Neurath-Bülow-Variante treten oder eine neue Strategie Hitlers. Es gibt keine unmittelbaren Hinweise auf die Gründe, die Hitler zur Ablehnung der Zielvorstellungen des Auswärtigen Amtes geführt haben. Dieser Weg war ihm sehr wahrscheinlich zu zeitraubend. Die imperialistisch-ökonomische Komponente stand zudem im Widerspruch zu seinen allgemeinen «Einsichten».

1 Am 25.10.1933 erliess Blomberg Anweisungen für den Fall einer Invasion, s. Bloch, Hitler, S. 48, Holldack, Hintergründe, S. 281 ff., Meinck, Aufrüstung, S. 50, IMT, Bd. 34, S. 487ff. und Zusammenfassung ADAP, C, Bd. II, 1, Nr. 26.

2 ADAP, C, Bd. II, 1, Nr. 9, S. 12.

Der Zeitfaktor muss wohl als wesentlicher Gesichtspunkt in Hitlers Strategie des bilateralen Vorgehens bezeichnet werden. Zeitgewinn war ihm wichtig für die Konstruktion einer Mächtekonstellation, die eine baldige Benutzung des militärischen Instruments gestatten würde. Auch Prestigegewinn ist angestrebt worden. Sowohl innen- wie aussenpolitisch erfüllte das am 20. Juli 1933 unterzeichnete Reichskonkordat den einkalkulierten Zweck.

a) Polen

Der erste eklatante Anwendungsfall einer bilateralen Politik, die der Absicherung der nächsten Schritte, langfristig aber auch der Vorbereitung des Ausgriffs nach Osten diene, bot sich Hitler gegenüber Polen. Unter dem «Diktator» Piłsudski erkannte die polnische Führung die Fragwürdigkeit der auf dem Versailler System ruhenden Sicherheit für den Fall, dass die Nachbarn, Sowjetrußland und Deutschland, wieder in die Rolle faktischer Grossmächte hineinwuchsen. 1932/33 war der Zeitpunkt dafür gekommen³. Die neue Politik kündigte sich aber schon seit 1930 in einer offensiven Haltung gegenüber Deutschland an, dann im Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion vom Juli 1932, wenn auch aus verschiedenen Gründen daraus keine Basis für ein Bündnis werden konnte. Deutschland gegenüber sondierte Polen nun mit einer Kombination von Kraftdemonstrationen und Verhandlungsbereitschaft. Es suchte dann im Sommer 1933 der mit den Viererpakt-Verhandlungen heraufkommenden Gefahr der Ableitung deutscher Revisionswünsche auf Polen – das Rezept Mussolinis, von den Westmächten wenigstens partiell gebilligt – unter allen Umständen auszuweichen, ebenso wie dem definitiven Verlust der halb realisierten Grossmachtrolle.

In Hitler stand der polnischen Führung ein Aussenpolitiker gegenüber, dem die Revisionsziele der Weimarer Politik nicht Selbstzweck waren. Polen war für ihn im Hinblick auf seine gegen die Sowjetunion gerichteten Lebensraumpläne eine durchaus variable Grösse. Er war nicht festgelegt auf eine zeitliche oder machtpolitische Stufenfolge in der Rollenzuweisung für Polen. Ob es Opfer oder Partner werden müsse, war noch offen und hing von Konstellationen ab, denen gegenüber Hitler bei aller Fixierung auf sein Hauptziel elastisch zu bleiben wünschte.

Im Rahmen des Boykotts gegen das kollektive Sicherheitssystem und angesichts der als sicher zu erwartenden Isolierung Deutschlands kam Polen die prominente Rolle zu, die Politik einer bilateralen Etappenbewältigung einzuleiten. Die Annäherung an Polen war von höchstem aktuellem Wert und verbaute in Hitlers Sicht nichts für die Zukunft. Die Serie der Fühlungen Hitlers mit dem polnischen Botschafter in Berlin vom Mai 1933 bis Januar 1934 war die Geschichte der völligen Umorientierung der deutschen

³ Zu den Anschauungen Piłsudskis: Dżiewanowski, Piłsudski; Zur Umorientierung der Politik Polens: Rickhoff, German-Polish Relations; Literaturhinweise bei Wöllstein, Politik.

Polen-Politik. Das Auswärtige Amt, traditionell jedem Ausgleich mit Polen abgeneigt, konnte sich den Zwängen der bedenklichen aussenpolitischen Lage des Reiches nicht entziehen und musste eine von seinem Standpunkt vorläufige Ausgleichspolitik mittragen. Die gegen den Vertrag grundsätzlich opponierenden Gruppen kamen nicht zum Ziel. Bülow betonte den aktuellen Wert des Vertrages, wollte aber die Option für eine neue Kursschwenkung offenhalten. Er kam so im Ergebnis ohne den antisowjetischen Akzent Hitlers zu einer wenn auch wohl nur taktisch gemeinten positiven Einstellung⁴. Hitler präsentierte sich als ein ausgleichsbereiter Partner, dem es darum ging, die deutsch-polnische Feindschaft zu überwinden. Eine Veränderung der deutsch-polnischen Grenze sollte – später – auf friedlichem Wege angesteuert werden. Die Sowjetunion wurde als die grosse Gefahr für Europa hingestellt.

Es schien eine tiefere Bedeutung in Hitlers Wortwahl zu liegen, wenn er davon sprach, dass Deutschland die geschichtlichen Existenzrechte Polens und sein Recht zu weiterem Aufstieg anerkenne⁵. Polens Forderung, eine Kompensation für seine durch Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund geschwächte Sicherheit zu erhalten, erkannte Hitler an. Gewaltverzicht und Ablehnung der Nationalisierung anderer Völker standen ihm ohnehin rhetorisch jederzeit zur Verfügung und erfüllten auch hier ihren Zweck. Dieser Rahmen wurde in der Danzig-Politik näher durch den neuen Senatspräsidenten Hermann Rauschning konkretisiert. Im Herbst wurde in Genf Einigkeit über den Abbruch der beiderseitigen Pressekampagnen erzielt, und schon im November 1933 umriss ein Kommuniqué den Inhalt des deutsch-polnischen Gedankenaustauschs⁶. Auf der Basis des Gewaltverzichts wurde der Übergang zur bilateralen Lösung der Spannungen und zukünftiger Interessenabstimmung eingeleitet.

Polen glaubte, auf diese Weise auch die gefährlichen Revisionisten in der deutschen Führung neutralisieren zu können, erlag also der gleichen Fehleinschätzung der Einflussmöglichkeiten der konservativen Führungsschicht wie englische und französische Politiker. Das Auswärtige Amt und die Reichswehrführung hatten vergeblich versucht, den Gang der Dinge zu hemmen. Sie blieben im altrevisionistischen Sinne antipolnisch orientiert⁷. Ihr Versuch, Polen mit der Forderung nach freier Hand im Westen zu irritieren, gehörte in dieses Verzögerungskonzept, aber Pitsudski spielte noch geschickter die französische Karte und brachte damit Bewegung in das Spiel der Kräfte⁸. Die deutsche Seite wurde schliesslich zur Eile genötigt, weil man polnischen Vorschlägen mit möglichen näheren Definitionen des Begriffs der «Angriffshandlungen» zuvorkommen wollte⁹.

4 Wollstein, Revisionismus, S. 282.

5 So in der Unterredung vom 13. 7.1933, die in den deutschen Akten nicht enthalten ist, s. a. Wollstein, Politik, S. 798.

6 Im Anschluss an das Gespräch Hitler-Lipski vom 15.11.1933, Aufzeichnung Ministerialdirektor Meyer, ADAP, C, Bd. II, 1, Nr. 69; Text des Kommuniqués ebd.

7 ADAP, C, Bd. 1,1, Nr. 77; Bloch, Hitler, S. 51.

8 Zur Frage der Präventivkriegsgespräche mit Frankreich: Roos, Polen, S. 114ff.

9 Wollstein, Revisionismus, S. 276.

Der am 26. Januar 1934 auf zehn Jahre abgeschlossene Nichtangriffspakt durchbrach an entscheidender Stelle die deutsche Isolierung¹⁰. Polen unter Piłsudski hatte aus taktischen Gründen durchaus an Aktionen gegen das nationalsozialistische Deutschland gedacht. Damit hätte der polnische Marschall eine Kettenreaktion auslösen können, wenn in Paris gleichfalls risikobereite Männer den Hebel in der Hand gefaßt hätten. Mit dem Vertrag beseitigte Hitler ein Interventionspotential, das Weimarer Politiker stark beunruhigt hatte. War aber mehr als ein Durchbruch durch die Mauer der Isolation erreicht? Etwa eine Basis zu gemeinsamer Politik gegen die Sowjetunion? Oder gar eine Rückendeckung für «kurze, schnelle Schläge» gegen Frankreich bei vorausgesetzter englischer Neutralität, um dann zum Lebensraumkrieg im Osten antreten zu können¹¹? Diese Möglichkeiten lagen in zu weiter Ferne. Sie erforderten Voraussetzungen, die nicht gegeben und nicht zu erreichen waren. Die englische Neutralität war dafür nicht zu haben. Gerade weil Polen im «Grundplan», wie er sich nach den Programmschriften darstellt, keine Funktion zugeordnet war, bleiben solche Überlegungen blosser Spekulation, zumal der Vertrag ausdrücklich das polnischfranzösische Bündnis nicht berührte, das die öffentliche Meinung in Polen und grosse Teile des Offizierkorps nicht aufzugeben wünschten. Polen wollte diesen bilateralen Schritt nicht unter Preisgabe seiner sonstigen aussenpolitischen Absicherungen tun, sich also nicht einer Umarmung durch Deutschland aussetzen¹², zumal der Vertrag das Kapitel der Grenzrevision nur vorläufig ausklammerte.

Gegenüber Frankreich konnte der Vertrag unabhängig von der weiteren Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses Wert gewinnen. Wie auch immer Paris sich auf eine deutsche Expansion nach Osten einstellen mochte, die deutsch-polnische Annäherung gab Hitlers künftigen Schritten grössere Sicherheit. Das französisch-polnische Bündnis wurde entwertet. Polen geriet in die Rolle des ungeliebten und alles in allem unfreiwilligen Schrittmachers für Hitler. Die entscheidende Voraussetzung für den Erfolg der deutschen bilateralen Politik war aber die zögernde Haltung Frankreichs, die wohl erst Polen auf diesen Weg gebracht hatte. Es darf aber nicht übersehen werden, dass Polen im Mai 1934 mit der Verlängerung des polnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes dem Vertrag mit Hitler ein relatives Gegengewicht entgegenstellte. Die Motive Hitlers bleiben umstritten¹³. Als unmittelbare Folge der auf Rüstungsabsicherung und Isolationsüberwindung gerichteten bilateralen Politik zeigte sich ein erhöh-

10 Roos, Polen; Gasiorowski, Non-aggression Pact; Korbel, Poland. Poidevin/Bariéty, Frankreich und Deutschland, S. 381, sprechen vom Beginn der Desintegration des «französischen Systems»; die franz.-polnische Freundschaft sei nicht mehr die alte gewesen. Im Viermächteplan-Projekt erblickte Polen einen Hinweis auf die Gefahr, von Frankreich fallengelassen zu werden. Hitler nutzte eine «taktisch günstige Situation» aus. Young, In Command of France.

11 So Hildebrand, Aussenpolitik, S. 38, unter Hinweis auf Hitlers Ausführungen vor höheren Reichswehroffizieren wenige Wochen nach Abschluss des Nichtangriffspaktes mit Polen und auf Hitlers «Grundplan». Hitlers Äusserungen nach den Aufzeichnungen des Gen.Feldm. Frhr. v. Weichs, Zeugenschrifttum, IfZ 182, Bl. 8ff.; Hillgruber, Quellen, S. 118.

12 S. Lipski, Diplomat, S. 96, Wollstein, Revisionismus, S. 272.

13 Roos, Polen, S. 129.

tes Engagement der Flügelmächte des Reiches. Die Sowjetunion und Frankreich rückten enger zusammen. Zwar gab es Vorbehalte auf beiden Seiten. Aber Frankreich schlug schon Ende Oktober 1933 ein Bündnis vor. Ein Globalbündnis, von der Sowjetunion Ende 1933 angeregt, lehnte Frankreich aber ab.

Selbst in Italien, wo die Beseitigung eines politischen Unruheherdes an sich begrüsst wurde, lebte die Sorge auf, Deutschland könne sich nunmehr verstärkt Österreich und dem Südosten zuwenden, ein Gedanke, der auch, freilich mit Erleichterung, in Polen anklang¹⁴.

Im deutsch-polnischen und im deutsch-russischen Verhältnis setzte sich der Kurs des Reichskanzlers jetzt zweifelsfrei durch. Neurath passte sich ohne Schwierigkeiten an. Bülow reagierte weit verhaltener, konnte aber nur noch taktisch auf tagespolitische Fragen einwirken. Die Leitung der Aussenpolitik ging mehr und mehr auf Hitler über. Nach Osten war eine Lösung gefunden, auf der möglicherweise eine künftige programmorientierte Ostpolitik aufgebaut werden konnte.

b) Frankreichs Rolle

Welche Chancen einer bilateralen Aussenpolitik zur Gewinnung von Spielraum für die Aufrüstung und möglichst auch zum Aufbau einer Rückendeckung boten sich im Westen? Keine andere europäische Macht hätte bei einer bilateralen Bindung an Hitler-Deutschland soviel Sicherheitskonstruktionen preisgeben und soviel selbstverständlich gewordene Überzeugungen und Befürchtungen aufgeben müssen wie Frankreich. Diese stärkste Militärmacht des Kontinents figurierte in Hitlers aussenpolitischem Schema als Risikofaktor einer Wendung gegen die Sowjetunion. Frankreichs Haltung seit der Regierungsübernahme Hitlers bot wenig Aussicht auf jenes Entgegenkommen, das Hitler kurz zuvor noch für denkbar gehalten hatte. Die deutschen Militärs fürchteten Frankreichs Stärke. Es musste also besonders vorsichtig behandelt werden. Hitler liess es von 1934 bis 1936 nicht an beruhigenden Erklärungen fehlen. Jeden Schritt aus den vertraglichen Fesseln von Versailles begleitete er mit Gesten der Friedensbereitschaft. Aber ernsthaften Bindungen entzog er sich. Allerdings strebte er eine Klimaverbesserung an. Nichts konnte seinen Kurs stärker fördern. Hitler vermied Herausforderungen Frankreichs, die machtpolitisch unergiebig bleiben mussten. So verbot er den Aufbau einer nationalsozialistischen Bewegung im Elsass¹⁵. Hand in Hand damit ging eine Politik der Isolierung des westlichen Nachbarn, die vor allem durch die Annäherung an England, Italien und Polen angestrebt wurde. Nach allen gegen Versailles gerichteten Schritten fand sich Frankreich in der Lage, entweder allein intervenieren zu müssen oder gar nichts tun zu können.

14 Dazu Petersen. Hitler-Mussolini. S. 302. DDF. 1. Bd. V. Nr. 328. S. 621-625.

15 Domarus I, S. 476. Allgemeine Würdigung bei Kettenacker, NS-Volkstumspolitik.

Wie suchte Hitler die Situation für seine Zwecke auszunutzen? Die Rüstungspläne forderten, von der Basis eines 300'000-Mann-Heeres auszugehen. Hitler wollte diese Pläne mit Angeboten an Frankreich und England absichern. Die geheime deutsche Aufrüstung wäre damit teilweise zu legitimieren gewesen und jede effektive Kontrolle vermieden worden. In Geheimbesprechungen wurden Frankreich politische «Gegenleistungen» angeboten: der definitive Verzicht auf Elsass-Lothringen und Garantien für Frankreichs Sicherheit. An diesem Faden wurde weitergesponnen. Aber Paul-Boncour lehnte eine bilaterale Abmachung auf der Basis der deutschen Rüstungsvorschläge ab¹⁶. Er wies Hitler auf die Tatsache hin, dass in der Rüstungsfrage europäische und nicht nur bilaterale Probleme zur Diskussion stünden. Seine Linie, mit nachhaltigen Sanktionen bewehrt, hätte ab 1934 vielleicht noch Hitlers Konzept durcheinanderbringen können. Ein anderes ernsthaftes Hindernis war nicht in Sicht. Nach der endgültigen Beendigung der bilateralen Gespräche durch Frankreich im April¹⁷ orientierte sich Hitler wieder stärker auf England. Frankreich liess sich weder mittel- noch langfristig disponieren. Konnte es auf dem Umweg über England gewonnen werden?

2. Englands Schlüsselrolle – Das Flottenabkommen

Englands Bedeutung und die ihm zugeordnete Funktion in Hitlers «Programm» sind nicht auf eine einzige Formel zu bringen. Für die Phase der kontinentalen Hegemonieansteuerung stellte Grossbritannien in Hitlers Sicht einen Machtfaktor dar, von dessen Haltung die Chancen des deutschen Ausgriffs nach Osten entscheidend abhingen. Bei der Gewinnung des «Lebensraumes» und der Vernichtung des «jüdischen Bolschewismus» wollte Hitler nicht das Risiko eines Zweifrontenkrieges eingehen. Er glaubte, so jedenfalls lassen sich seine Programmschriften interpretieren, an die Möglichkeit eines deutsch-englischen Konsenses auf der Basis einer wenigstens vorläufigen kontinental- und welt- (handels-)politischen Interessenabgrenzung. Damit ist die Frage gestellt, ob England selbst ein «programmatischer» Stellenwert in der Vorbereitungszeit für die Ostexpansion und während der definitiven Sicherstellung der deutschen Kontinentalhegemonie zugeordnet war. Die Auffassungen in der Forschung gehen darüber auseinander¹⁸.

Entscheidend ist für den heutigen Betrachter das machtpolitische Spektrum der dreissiger Jahre. Bei der Unterschätzung der Sowjetunion und der Einordnung Frankreichs als Satellit Grossbritanniens blieb für Hitler primär England das ernstzunehmende Hindernis einer deutschen Hegemonie. England geriet damit in die Position eines Schlüssel-

16 Note vom 1.1.1934, Schwendemann, Abrüstung, Bd. 2, Anlage 32; DDF, I, Bd. V, Nr. 182, S. 383-388.

17 Note vom 17. 4.1934, Schwendemann, Abrüstung, Bd. 2, Anlage 43.

18 Henke, England-Konzeption; Hillgruber, England.

halters. Ob das als Einbindung in ein Programm, das als axiomatisch festliegend umschrieben worden ist, verstanden werden muss, ist zweifelhaft¹⁹. Nach 1933 kam ja erst die Zeit der Probe für Hitlers einstige Prognosen englischer Reaktionen auf deutsche Hegemonialbestrebungen. Was blieb übrig von der Idee einer Partnerschaft mit England auf der Grundlage des nur vorläufigen deutschen Verzichts auf Weltgeltung und der unterstellten gemeinsamen Abwehrhaltung gegen den «jüdisch-bolschewistischen Weltfeind»? Was war mit den «rassisch wertvollen Elementen» in England, die Hitler als substantielle Basis gegen den «jüdischen Einfluss» glaubte in Rechnung stellen zu können? Eine Partnerschaft mit England als Überbau eines machtpolitischen Arrangements und eine gemeinsame rassistisch-ideologische Grundstimmung – mindestens bei der Aristokratie – waren und blieben Fiktion. Aber selbst in Hitlers eigenen Vorstellungen haftete dem Bündnis-Gedanken eine entscheidende Schwäche an. Das englische Interesse gedachte er bekanntlich durch eine Garantie des Empire zu wecken. In englischer Sicht haben solche Überlegungen aber keine Rolle gespielt.

Das balance-of-power-Denken war ein weitaus verlässlicheres Modell für politische und strategische Prognosen. In der englischen Führung war niemand, der der Aufrichtung einer deutschen Kontinentalhegemonie auf strategisch-militärischer Basis ruhig zusehen wollte, um danach zu erleben, wie Hitler weiter zu verfahren beliebte.

Hitler dachte im Blick auf die «Weltmacht-Phase» in grösseren Zeiträumen²⁰. Irgendwann stand dann eine Auseinandersetzung über koloniale und maritime Machtfragen mit den angelsächsischen Seemächten heran, bei der England möglicherweise auch aufgrund eines Gegensatzes zur Weltmacht USA auf deutscher Seite, in Abhängigkeit von einem stärkeren Deutschland, zu finden sein werde. Das war keine tragfähige Grundlage für ein langfristiges deutsch-britisches Arrangement. Und wie Hitler sich in der Einschätzung der englischen Strategie, vor allem des Stellenwertes kontinentaler Entscheidungen für britische Sicherheitsbedürfnisse, täuschte, so irrte er sich auch in der Einschätzung der Auswirkungen seiner praktischen England-Politik. Schon die Behandlung der Abrüstungsfrage und der Austritt aus dem Völkerbund waren in England als Signale einer deutschen Aufrüstung mit expansivem, ja auf Krieg hinzielendem mittelfristigen Gesamtplan verstanden worden. Für Hitler bestand somit wenig Anlass anzunehmen, dass seine Politik England in die gewünschte Richtung hineinmanövrieren würde. Hat er nicht selbst gelegentlich daran gezweifelt? Überliefert sind Äusserungen aus dem Jahre 1934 vor höheren Reichswehroffizieren. Im Falle eines Fehlschlages sei-

19 Henkes Formulierung, England-Konzeption, S. 585, dass eine «Unterordnung der Hitlerschen England-Konzeption unter ein höhergestuftes Gesamt-Programm» schlüssig nachweisbar sei, kann als genügend elastische «Definition» hingenommen werden; «Unterordnung» lässt jedenfalls Distanz gegenüber Zwangsläufigkeiten zu, die mit Begriffen wie Axiomatik und Programmatik einhergehen.

20 Zweites Buch, S. 163; s. ferner Hildebrand, Reich, S. 279; Hillgruber, England, S. 71 f.; Henke, England-Konzeption, S. 589.

ner Bündnispläne schien er damals entschlossen, mit kurzen Schlägen im Westen die kontinentale Ostlösung vorzubereiten²¹. Mag er auch nur daran gedacht haben, der wenige Wochen zuvor abgeschlossene Nichtangriffspakt mit Polen gebe ihm, bei englischer Neutralität, die Rückenfreiheit zur Ausschaltung Frankreichs, so bewegte er sich damit doch auf höchst unsicherem Boden, auf einer Hypothesengrundlage, die ihn Englands Sicherheitsinteresse gründlich verkennen liess. Nach all seinen programmatischen Äusserungen zur Lebensraumfrage und zur Funktion eines Krieges für künftige Generationen war aber die baldige Vorbereitung der Wendung nach Osten konsequent. Denn die Sowjetunion war und blieb das lohnende Objekt einer entscheidenden militärischen Auseinandersetzung. Legte sich England als Riegel vor die deutsche Hegemonialpolitik, so blieb gar nichts übrig, als das Hindernis zu beseitigen und die «kurzen, schnellen Schläge» nicht nur gegen Frankreich zu richten. Vor eine solche Wahl sah sich Hitler um diese Zeit noch nicht gestellt. In diesen Äusserungen war noch keine Reihenfolge im Handeln an visiert. Schon die Einschätzung des Potentials der Sowjetunion lässt die Vorstellung fraglich erscheinen, dass dem «programmatischen» Ostkrieg ein «begrenzter Konflikt» im Westen vorangehen müsste. Denn als militärische Unternehmung galt in den dreissiger Jahren eine Auseinandersetzung mit den Westmächten durchaus als risikoreicher. Hitlers Äusserung ist daher wohl stärker auf seine militärischen Hörer berechnet gewesen als auf den Entwurf einer mittelfristigen Politik. Selbst wenn er eine Verständigung mit England nicht «als *conditio sine qua non* für sein expansives Ostprogramm»²² ansah, so musste daraus nicht folgen, dass dem Ostkrieg zwangsläufig ein Krieg gegen England vorausgehen musste. Hitlers ständiges Bemühen um Grossbritannien bis in den Krieg hinein zeugt ja davon, dass er an Möglichkeiten der Erreichung seiner Ostziele glaubte, ohne auf eine Partnerschaft oder ein Bündnis mit England im Sinne des Wortes zählen zu können.

Aber auch mit einer solchen Toleranz konnte er nicht rechnen. Nachgiebigkeit im Vorfeld einer Entscheidung, die die Suprematie über den Kontinent bedeutete, verwechselte Hitler mit der Aussicht auf eine allgemeine Kompromissbereitschaft. Tatsächlich aber sahen das britische Kabinett und seine engsten Berater Hitler schon 1933/34 als den Mann, der ihnen dann seit 1939 gegenüberstand. Besser als mit den Worten eines englischen Historikers kann dieser Sachverhalt nicht umschrieben werden: «In the first six months of 1934 almost everything that was to be said about Hitler in the next six years was said for the first time»²³.

Nach dem Austritt aus dem Völkerbund und dem Verlassen der Abrüstungskonferenz suchte Hitler eine Verständigung mit England, die auf einer für Deutschland vorteilhaft-

21 Aufzeichnungen des späteren Gen.Feldm. Frhr. v. Weichs, Zeugenschrifttum, IfZ 182, Bl. 8ff.; Hillgruber, Quellen, S. 118, s. a. O'Neill, German Army, S. 40ff.; Hildebrand, Reich, S. 460, Anm. 58, und S. 570 f., und ders., Aussenpolitik, S. 38.

22 Henke, England-Konzeption, S. 591.

23 Cowling, Impact, S. 67.

ten Asymmetrie der Leistungen beruhen sollte. Die erste Konsequenz sollte die offene Aufrüstung mit britischer Billigung sein. Nicht mehr Abrüstung der anderen, sondern deutsche Aufrüstung – längst Ziel der Reichswehrrführung – hiess jetzt die offen verkündete Leitlinie. Hitler formulierte die Geschäftsgrundlage einer anzustrebenden Vereinbarung mit England, ohne zunächst den Bogen zu weit zu spannen. Zehn Tage nach dem Austritt aus dem Völkerbund, am 24. Oktober 1933, «bot» er in einem Gespräch mit dem britischen Botschafter ein deutsches Heer von 300'000 Mann «an» unter Verzicht auf Angriffswaffen²⁴. Dieses Vorprellen zeigt deutlich, dass die aussenpolitische Initiative nun endgültig dem Auswärtigen Amt entzogen war. Dagegen ist ein grundsätzliches Einverständnis der Reichswehrrführung zu unterstellen, denn dieses «Angebot» entsprach sehr genau dem wenige Wochen später formulierten «Dezemberprogramm» der Reichswehr²⁵. Für Hitler ist dieser Schritt rüstungspolitisch nicht mehr gewesen als ein Vorfühlen im Rahmen seiner Taktik des «Nicht-mehr-Verlangens, als wir machen können». Er schien aber zu glauben, auf dieser Basis lasse sich ein Bündnis oder gar eine «Freundschaft» mit England konstruieren. Im November-Dezember 1933 hoffte er offenbar, in raschem Vorstoss zu einem Dreieck Berlin-London-Rom zu gelangen. Er hielt das französisch-englische Verhältnis für so belastet, dass er annahm, England suche geradezu nach neuen Kombinationen. Das Auswärtige Amt und selbst die Reichswehrrführung fungierten bei diesen Initiativen mehr oder weniger als Zuschauer, wenn auch in der Rüstungsfrage grundsätzlich Konsens zwischen Hitler und Blomberg gegeben war. Staatssekretär v. Bülow konnte nicht mehr tun, als zu versuchen, über die Botschafter den Eindruck des Hitlerschen Alleingangs etwas abzuschwächen²⁶.

Ein Zusammengehen mit England und Italien auf der Basis dieser dem Botschafter Phipps in mehreren Unterredungen entwickelten Vorschläge hätte die kurzschlüssigste Realisierung von Grundideen der Programmschriften dargestellt. Frankreich wäre bereits Ende 1933 isoliert worden und in Abhängigkeit von einer deutsch-englischen Mächtekombination geraten. Eine freie Hand für die englische See- und Lufrüstung – Hitler schlug bekanntlich eine Verstärkung der britischen See- und Luftstreitkräfte vor und hat damit auch Eindruck auf Botschafter Phipps gemacht – hätte ernstlich der baldigen Vorherrschaft Deutschlands auf dem Kontinent nicht im Wege gestanden. Damit wäre die Vision der Freigabe des Kontinents für Deutschland auf den Weg der praktischen Politik gebracht worden²⁷.

Dieser erste überstürzte Versuch, zu einem Bündnis mit England zu kommen, scheiter-

24 Kuhn, Programm, S. 146; Aufzeichnung Neuraths vom 24.10.1933 über Gespräch Hitler-Phipps vom gleichen Tag, ADAP, C, Bd. II, 1, Nr. 24.

25 Rautenberg, Dokumente; vgl. Beitrag Deist, S. 479 ff.

26 Kuhn, Programm, S. 147, Telegramm Bülows vom 26.10.1933 an Botschaft London, ADAP, C, Bd. 11,1, Nr. 29.

27 Antwort Hitlers vom 11.12.1933 an Phipps, ADAP, C, Bd. II, 1, Nr. 117.

te²⁸. England entwickelte zwar mit Mussolinis Unterstützung Gegenvorschläge, die in der Rüstungsfrage, abgesehen von der Lufrüstung, weitgehend den deutschen Vorstellungen entgegenkamen²⁹, Frankreichs Sicherheitsbedürfnis wünschte das Foreign Office aber dadurch Rechnung zu tragen, dass die deutsche Gleichberechtigung erst nach zehn Jahren voll erreicht werden sollte. Hitler reagierte elastisch. Im Grunde entsprach aber eine Konstruktion, die immer noch Elemente internationaler Kontrolle enthielt, die England und Italien, seine Wunschpartner, für ein internationales Sicherheitssystem agieren sah, nicht seinen England-Plänen. Die prompt erfolgende französische Ablehnung seiner Vorschläge lag sogar in Hitlers Interesse, weil diese Initiative auf England berechnet war und auf eine Entfremdung der beiden Westmächte abzielte³⁰. Es wurde auch in England darüber diskutiert, dass eine deutsche Parität mit Frankreich der deutschen Seite den entscheidenden Einfluss auf Österreich und die Tschechoslowakei sichern würde. Aus diesem und anderen Gründen musste Grossbritannien Frankreich entgegenkommen und sein Sicherheitsbedürfnis ernst nehmen. Die französischen Forderungen nach Kontrolle und Aufsicht über die deutsche Aufrüstung wurden allerdings in London als übertrieben angesehen³¹.

Im April/Mai 1934 neigte Grossbritannien einer Lösung zu, die Hitlers Vorstellungen völlig über den Haufen geworfen hätte. Es war jetzt klar, dass die deutschen und französischen Ziele nicht aufeinander abzustimmen waren. London hätte deshalb gern ein weltweites Sicherheitssystem auf der Grundlage von Regionalpakten zur Ergänzung der allgemeinen Völkerbundsverpflichtungen gesehen. Dabei war auch an Sanktionen, vor allem an wirtschaftliche, gedacht, die in Zusammenarbeit mit den USA funktionieren sollten.

Das deutsch-englische Verhältnis, von der Position Grossbritanniens im Empire her gesehen, war eingebunden in ein Gleichgewichtssystem, das zwar auf dem Vorrang der maritimen Kraft Grossbritanniens beruhte, zugleich aber auch auf dem Prinzip der kollektiven Sicherheit. England konnte sich finanziell eine auf eigener Stärke beruhende Absicherung des Empires nicht leisten. Die Situation im Empire selbst machte vereinte Anstrengungen seiner Mitglieder unwahrscheinlich. So musste London auf kollektive Sicherheit setzen, auf ein zu modernisierendes, aber letztlich doch von den Versailles-, Locarno-, Washington- und Völkerbund-Verträgen ausgehendes internationales politi-

28 DBFP, 2, Bd. VI, Nr. 108,190 und Nr. 141,259 (8. und 20.12.1933), s. a. ADAP, C, Bd. II, 1, Nr. 111, 117, 141; Kuhn, Programm, S. 140f.

29 So das britische Memorandum vom 25.1.1934, den Mächten übermittelt am 29.1.: Hiernach sollten Deutschland 200'000-300'000 Mann zugestanden werden, dazu leichte Tanks. Selbst eine Militärluftfahrt wollte England akzeptieren, falls die Abrüstungskommission nicht innerhalb von zwei Jahren zu einem Beschluss über die Abschaffung der Militärluftfahrt komme. SA und SS sollten nicht eingerechnet werden. Vgl. Bloch, Hitler, S. 57, und DBFP, 2, Bd. VI, Nr. 206.

30 So die wohl zutreffende Interpretation bei Kuhn, Programm, S. 149.

31 Cowling, Impact, S. 68.

sches System. Die Alternative wäre in Europa ein engeres Zusammenrücken mit Deutschland gewesen, was nicht mehr und nicht weniger als die Preisgabe aller anderen Sicherheiten bedeutet hätte.

Dass Hitler darauf aus war, England zu einem Partner zu machen, der englische Politik für deutsche Interessen treiben sollte, manövrierte Grossbritannien in jene Schlüsselstellung hinein, die schliesslich Hitlers gesamten Zeitplan durcheinanderbrachte. Der Gedanke, das Empire durch eine Politik des Arrangements mit einer europäischen Hegemonialmacht zu sichern, war Hitlers Idee, vielleicht seine Erfindung. Für englische Politiker musste er undenkbar bleiben. Darauf liess sich kein Bündnis gründen. Im Gegenteil, im Sommer 1934 gehörte die Annahme zur Grundlage der Politik in Whitehall, dass der Friede Europas und die Existenz des Empire einer ähnlichen Bedrohung wie 1914 ausgesetzt werden könnten. Eine Veränderung des Status quo in Europa – und natürlich in Asien – passte nicht in den Kalender der englischen Politik, bildete aber für Hitler die entscheidende Voraussetzung für die Vorbereitung programmorientierter Schritte. Mittel- und langfristige Überlegungen in London und Berlin, abgesehen von den aussenpolitischen Traditionen, wiesen also schon 1933/34 auf Konfrontation, nicht auf Zusammengehen hin. Englisch-Entgegenkommen in den folgenden Jahren lag niemals im prinzipiellen Bereich, war stets nur taktischer Art. Selbst Neville Chamberlain liess sich schon 1933 als Chancellor of the Exchequer von der Lageanalyse der Chiefs of Staff überzeugen, dass Deutschland seine Wiederaufrüstung in einem Masse betreibe, das in wenigen Jahren einen Krieg wahrscheinlich mache³². Der Schatzkanzler meinte, die finanziellen Sorgen des Landes seien nicht mehr ärger als die militärischen³³. Dennoch haben finanzielle Sorgen ihren Anteil an der Politik des Entgegenkommens gehabt. Die volle Erkenntnis der militärstrategischen Notwendigkeiten auf Seiten der verantwortlichen Militärs und die Weigerung vor allem Chamberlains, daraus die finanziellen Folgerungen zu ziehen, sind als Hintergrund, jedenfalls als Teilerklärung für einige Erfolge Hitlers anzusehen, die ihm zunächst als Etappen auf seinem Weg zur Kontinentalhegemonie erschienen.

Hitler unterstellte um diese Zeit noch die Vereinbarkeit seiner rassistisch motivierten Ostexpansion mit einer machtpolitisch fundierten deutsch-englischen Interessenabgrenzung: Die Judenverfolgung in Deutschland wurde in England zwar scharf kritisiert, im Wesentlichen aber doch als Angelegenheit der deutschen Innenpolitik betrachtet. Sie hinderte überdies zahlreiche, meist prominente konservative englische Besucher, Journalisten, Politiker und Männer des öffentlichen Lebens, nicht, Hitler zu besuchen und ein meist günstiges Bild zu entwerfen und in England bekannt zu machen³⁴. Glaubte

32 Chiefs of Staff Annual Review of Defence Policy vom 12.10.1933, PRO COS 310, Cab 53/23; Howard, Commitment, S. 104f.

33 Howard, Commitment, S. 104.

34 Dazu u.a. Henke, England, S. 32f.; s. a. Gilbert/Gott, Frieden, S. 17ff.

Hitler vielleicht sogar, England von der Richtigkeit seiner Rassendogmatik schliesslich überzeugen zu können?

Doch nicht erst die Unmöglichkeit, Weltanschauung und Machtpolitik zu koordinieren³⁵, hat Hitlers Programm, soweit es auf der Bündnisidee mit Grossbritannien beruhte, scheitern lassen. Seine machtpolitischen Ambitionen reichten allein vollkommen aus, England zu seinem Gegner zu machen. Vielleicht lag der englischen Einstellung nicht die volle Erfassung der Gefährlichkeit des Gegners zugrunde³⁶, aber wer glaubte in Europa Mitte der dreissiger Jahre ernsthaft daran, eine Grossmacht könne ihre Aussenpolitik auf rassenideologischer Grundlage führen wollen? Selbst das Auswärtige Amt dachte nicht daran. Hitlers Kunstgriff gegenüber England bestand ja gerade darin, auf der Basis traditioneller aussenpolitischer Argumentationen zu einem bilateral fundierten Arrangement zu gelangen. Sowohl in der Abrüstungsfrage wie bei den Viererpakt-Verhandlungen ist diese Linie verfolgt worden.

In der Rüstungsfrage verlagerte sich seit dem englischen Memorandum vom Januar 1934 das deutsch-englische Gespräch auf die Luftrüstung. In dieser für England so entscheidenden Frage – Baldwin hatte schon im vorangegangenen November erklärt, England könne in der Luftrüstung nicht länger in einer Position der Unterlegenheit gegenüber anderen Mächten verharren – bewegte sich die deutsche Aufrüstung auf besonders kritischem Terrain. Nur die Verstärkung der Luftwaffe wurde ja nach dem Bericht der Chiefs of Staff als besonders dringlich und auch als finanziell tragbar angesehen. In einer Lage, die nur gestattete, sich entweder gegen Deutschland oder gegen Japan zu stellen, die aber keine gegen beide gerichtete Anstrengungen zulies, widmete Grossbritannien sein Hauptaugenmerk der Luftrüstung, weil gerade aus der Luft die bisherige englische insulare Sicherheit gefährdet schien. Das Thema war also besonders heikel. Im Februar 1934 suchten Ribbentrop und Hitler, Botschafter Phipps und dann dem damaligen Lordsiegelbewahrer Anthony Eden³⁷ eine baldige deutsche Luftrüstung mit dem plumpen Hinweis auf Frankreichs Luftwaffenstärke schmackhaft zu machen. Die deutschen Forderungen seien geeignet, dem balance-of-power-Gedanken Rechnung zu tragen. Damit glaubten Hitler und Ribbentrop, sein bald darauf – im April 1934 – ernannter «Beauftragter für Abrüstungsfragen», über den englischen Vorschlag vom Januar hinwegzukommen, der ja für die deutsche Luftrüstung mindestens eine Wartefrist von zwei Jahren vorgesehen hatte. Verbunden wurden die deutschen Vorschläge mit dem Angebot, die SA und SS zu entwaffnen und unter Kontrolle zu stellen. Eden zeigte sich von diesem Vorschlag beeindruckt³⁸. Aber die im zweiten Gespräch Eden-Hitler³⁹

35 Hildebrand, Aussenpolitik, S. 39.

36 So im Ergebnis Hildebrand, ebd.

37 Niederschrift über Unterredung Hitler-Eden am 20. 2.1934, ADAP, C, Bd. II, 2, Nr. 271, 273.

38 Eden, Memoiren, S. 90,95.

39 Am 21. 2.1934, DBFP, 2, Bd. VI, Nr. 305, S. 463f., ADAP, C, Bd. II, 2, Nr. 273.

Zu diesen Plänen s. Beitrag Deist, S. 488 ff.

gegebenen Präzisierungen liessen das deutsche Angebot, das sogar erweitert wurde um die Zusage, bei einer Reichswehrstärke von 300'000 Mann die deutsche Polizei um 50'000 Mann zu reduzieren, zu deutlich als Versuch erscheinen, England von Frankreich zu trennen, die Grundlagen des europäischen Sicherheitssystems auszuhöhlen und zu einer neuen deutsch-englisch-italienischen Kombination zu kommen. Gefordert wurde sofort eine deutsche Luftwaffe in einer Grössenordnung von 30% der Nachbarluftwaffen, maximal von 50% der französischen Zahlen. Das in England hoch eingeschätzte Angebot der Entmilitarisierung der SA war kein echtes Angebot mehr, denn die Reichswehr war entschlossen, ihre Ausbildungskapazitäten der SA nicht länger zur Verfügung zu stellen. Die Konkurrenz wurde ernst genommen. Der Bruch war ab März 1934 vollzogen, und Hitler hatte mit dem Dezember-Rüstungsprogramm definitiv auf die Reichswehr gesetzt und allen revolutionären Milizideen damit den Boden entzogen. Röhm's SA stand schon auf der schwarzen Liste, als Eden dieses «Entgegenkommen» vorgespielt wurde.

Angesichts der strategischen Überlegungen in der englischen Führung und der finanziellen Engpässe muss Hitlers Versuch, über ein Arrangement in der Lufrüstung zu einem Bündnis mit England zu kommen, als vollkommen ungeeignete Strategie beurteilt werden. Gerade einer deutschen Luftmacht galten englische Befürchtungen. Deutschland rückte immer stärker als potentielle Gefahr in das Blickfeld. Dennoch setzte sich das Defence Requirements Committee (DRC) mit seinem Bericht vom Februar 1934⁴⁰ nicht durch, zum Beispiel nicht mit dem Gedanken, ein Expeditionskorps zur Verteidigung der Niederlande aufzubauen. Dadurch sollte in erster Linie Deutschland gehindert werden, Luftbasen an der Gegenküste in die Hand zu bekommen. Dagegen akzeptierte das Kabinett die Lufrüstungsvorschläge des ersten Programms zur Behebung der wesentlichsten Mängel (deficiency-Programm); eine nicht unwesentliche Erhöhung von 52 auf 82 «squadrons». Armee und Marine hatten wesentliche Kürzungen hinzunehmen⁴¹. Das Kabinett berücksichtigte mit der Entscheidung für die Verbesserung der Lufrüstung die Stimmung im Lande, die überwiegend gegen ein Engagement auf dem Kontinent eingestellt war. Die Logik der strategischen Argumente lief dagegen darauf hinaus, dass Grossbritannien seine eigene Sicherheit und die von ihm gegebenen Garantien nur realisieren könne, wenn es bereit sei, für die Integrität Belgiens und Hollands einzutreten. Immerhin überzeugten die Chiefs of Staff Baldwin. Sein Hinweis vom Juni 1934, dass luftstrategisch Englands Grenzen am Rhein lägen⁴², beruhte auf den Vorschlägen und Warnungen der Militärs. Er sah als Aufgabe eine entsprechende Aufklärung der engli-

40 Gibbs, Rearmament Policy, S. 93 ff.

41 Howard, Commitment, S. 104ff., Gibbs, Rearmament Policy, S. 102ff. Allerdings muss erwähnt werden, dass 1934 noch längst nicht die schon 1923 programmierten 52 squadrons vorhanden waren. Das Wissen um die geheime deutsche Aufrüstung brachte ab 1934 den Umschwung.

Vgl. Hyde, British Air Policy, S. 492 ff.

42 Howard, Commitment, S. 108.

schen Öffentlichkeit⁴³. Alle diese Überlegungen lassen das Bewusstsein der Gefährdung Englands durch einen modernen Luftkrieg deutlich werden.

Hitler, Ribbentrop und Rosenberg glaubten aber daran, mit dem Vorschlag einer französisch-englischen Luftrüstungsparität einen Gegensatz zwischen den Westmächten konstruieren zu können und über diesen «Umweg» eine entsprechende deutsche Luftrüstung und eine engere Bindung Englands an Deutschland erreichen zu können. Dieses Ziel verbarg sich in den Überlegungen, die Ribbentrop am 10. Mai 1934 Simon und Eden vortrug. Die deutsche «Bescheidenheit», man forderte «nur» 50% der Stärke Englands, damit auch Frankreichs, ist als zusätzlicher Kunstgriff benutzt worden. Aber die Kombinationen konnten nichts bieten, was England nicht aus eigenem Entschluss hätte realisieren können. Auch die Annahme, eine englische Luftrüstung werde von Frankreich als bedrohlich empfunden, so bedrohlich, dass darüber die deutsche Gefahr in den Hintergrund gedrängt werden könnte, entbehrte der aussenpolitischen Logik⁴⁴.

Bevor der Flottenpakt 1935 dem Bündnisgedanken neue Nahrung gab, war das Scheitern dieses Gedankens offenkundig. Die wichtigsten Akzente der Innenpolitik in Deutschland, die Röhm-Krise mit ihrem brutalen Abschluss, die Juden- und Kirchenpolitik sowie das Vorgehen gegen politische Gegner und die Behandlung politischer Gefangener reduzierten dazu noch generell die deutsche Bündnisfähigkeit, während Deutschlands Rolle bei der Juli-Krise 1934 in Österreich von den europäischen Grossmächten klar als Attacke auf Österreichs Unabhängigkeit angesehen wurde, deren Verletzung England, Frankreich und Italien, wie sie schon im Februar zum Ausdruck gebracht hatten, nicht hinzunehmen bereit waren⁴⁵. Dass sich insbesondere die Haltung Italiens versteifte, musste Hitlers europäische Bündnisziele vor allem tangieren.

Das Flottenabkommen besass daher für Hitler «programmatischen» Wert. Es entsprach völlig seinen Vorstellungen aus den zwanziger Jahren über die einzig mögliche England-Politik. Seine Vorgeschichte war aber zugleich ein Hinweis darauf, dass diese «einzig mögliche» England-Politik, die zu einem Bündnis führen konnte, nicht auch die einzig mögliche deutsche Politik auf dem Wege zur Hegemonie in Europa sein musste: Die Flottenpolitik als Faktor der Bündnispolitik kreuzte sich mit den Aufrüstungszielen für Heer und Luftwaffe. In die Vorgespräche für einen Flottenvertrag hinein inszenierte Hitler am 9. März 1935 die Bekanntgabe der Tatsache, dass Deutschland wieder eine Luftwaffe besitze⁴⁶, und am 16. März 1935 wurde die Einführung der Allgemeinen

43 House of Commons Debates (Fifth ser.) 292, vol. 2339, 30.7.1934: «When you think of the defence of England you no longer think of the chalk-cliffs of Dover; you think of the Rhine. That is where our frontier lies.»

44 S. dazu die Denkschrift Rosenbergs vom 12.5.1934: «England und Deutschland» (PS-049), abgedruckt in: Rosenberg, Tagebuch, S. 163ff.; ferner Kuhn, Programm, S. 154f.; ADAP, C, Bd. II, 2, Nr. 443. Zur deutschen Luftwaffenrüstung vgl. Beitrag Deist, S. 565 ff.

45 S. ihre Note vom 17.2.1934, Dokumente der Deutschen Politik, Bd. IV, Nr. 52; Petersen, Hitler-Mussolini, S. 292ff., vor allem zur Rolle Italiens.

46 Domarus I, S. 489; Kuhn, Programm, S. 160; Wiggershaus, Enttarnung.

Wehrpflicht und die Vergrößerung des Heeres auf 36 Divisionen bekanntgegeben. Was die Nachbarn längst wussten, wurde offen eingeräumt: der Bruch des Versailler Vertrages. Mit Deutschland liess sich nur noch bilateral verhandeln. Ende Januar erläuterte Hitler Lord Lothian die Prinzipien eines deutsch-englischen Zusammengehens in neuer charakteristischer Version. Er empfahl zur künftigen Friedenssicherung eine gemeinsame Erklärung des Inhalts, dass jeder Staat, der den Frieden breche, von England und Deutschland bestraft werde⁴⁷. Eine «Bestrafung» deutscher Friedensstörmassnahmen schien Hitler kein denkbarer Fall praktischer Politik mehr zu sein. Sein Vorgehen zeigte, dass er die Gefahrenzone deutscher Aufrüstungspolitik für durchschritten ansah. Hitler hat mit seinen Überraschungscoups und Alleingängen die Voraussetzungen seiner programmatischen England-Politik selbst untergraben. 1935 sah er den Widerspruch von Praxis und Wunschbild noch nicht. Sein Angebot zum Abschluss eines Flottenvertrages auf der Basis 100:35 des englisch-deutschen Stärkeverhältnisses baute auf der Hoffnung auf, zum Ausgleich mit Grossbritannien zu kommen. Es steckte aber in den wachsenden Dimensionen vor allem der Heeres- und Luftrüstung potentiell die materielle Basis für eine Hegemonialpolitik ohne England. Zwar wurde erst 1937 ganz deutlich, dass auch der politische Wille vorhanden war, gegebenenfalls einen solchen selbständigen Kurs zu steuern. Eine Wirtschaft, Rüstung und Aussenpolitik zusammennehmende Betrachtung kann dennoch feststellen, dass diese «Verselbständigung» als Prozess bereits 1935 einsetzte⁴⁸.

Dieser Verselbständigungsprozess verlief nicht ohne Brüche. Mit der Entsendung Ribbentrops als Botschafter nach London im Sommer 1936 sollte erneut um England geworben werden, wobei jetzt Forderungen und Kraftbeweise mehr und mehr eine Rolle spielten. England sollte «kommen», gleichgültig, ob freiwillig oder genötigt. Der Besuch des britischen Aussenministers Simon und Anthony Edens Ende März 1935 machte im Vorfeld des Flottenvertrages und nach dem Vorpreschen in Fragen der Luftrüstung und der Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht klar, dass England nicht zu einer bilateralen Bindung auf Kosten kollektiver Sicherheit bereit war⁴⁹. Hitler entzog sich dem Ostpaktvorschlag; England lehnte ab, Frankreich fallenzulassen. Die Gespräche bestärkten Hitler in der Auffassung, dass mit England am besten aus einer Position der Stärke, nicht aus einer des Respekts oder der Bewunderung verhandelt werden müsse. Erst sein Bluff, Deutschland habe Luftparität mit England erreicht, habe, so meinte er, die Flottenverhandlungen in Bewegung gebracht⁵⁰.

47 Kuhn, Programm, S. 159, nach Butler, Lord Lothian, S. 330-337.

48 Dazu näher Hildebrand, Reich, S. 464; Henke, England, S. 35 ff.

49 Ausführliches deutsches Protokoll: ADAP. C. Bd. III. 2. Nr. 555. S. 1022-1057.

50 Zur Verhandlungstaktik, der weitgehenden Ausschaltung des Auswärtigen Amtes, das andere Vorstellungen – Staatssekretär v. Bülow – entwickelte, s. a. Jacobsen, Aussenpolitik, S. 413ff., und Kuhn, Programm, S. 166ff.

Hitler konnte zwar mit brüsker Verhandlungstaktik, mit einer Mischung aus Verzögerungspolitik und *faits accomplis*, etwa der Ankündigung des U-Boot-Baus⁵¹, Eindruck machen und die englische Verhandlungsposition irritieren, aber sein Ziel, über das Flottenabkommen zu einem Schutz- und Trutzbündnis, zu einer langfristigen Interessenabgrenzung zwischen der Weltmacht zur See und der künftigen Hegemonialmacht des Kontinents zu kommen, blieb Illusion⁵². Der Vertrag trug den deutschen Forderungen mit der Festsetzung des Stärkeverhältnisses auf 100: 35 und mit einer größeren Bewegungsfreiheit für den U-Boot-Bau Rechnung. England kam er mit dem Grundsatz der Berechnung der Stärke nach Schiffsklassen und mit der deutschen Bereitschaft entgegen, das festgelegte Stärkeverhältnis unabhängig von den Flottenrüstungen dritter Mächte beizubehalten. Es steckten mehr «internationale» Elemente in ihm, als Hitler wahrhaben wollte. Wo er den Anfang eines Zusammengehens mit England erblickte, standen für Grossbritannien internationale Gesichtspunkte im Vordergrund. Für den Bündnisgedanken und für dahinter liegende Fernziele Hitlers gab der Vertrag nichts her. England brach mit dem Flottenvertrag aus der Stresa-Front aus, aber es gab weder Europa noch Frankreich preis. Die von Hitler erwartete Initialzündung zum Bündnis mit England ging ins Leere. Im Grunde leitete dieser Akzent der «Bündnispolitik» bereits ihr Ende ein. Die Marineführung akzeptierte den Vertrag vom 18. Juni 1935 nur, weil er vorläufig eine Flottenrivalität vermied und weil in den nächsten Jahren ohnehin nicht mehr gebaut werden konnte⁵³, weil er Deutschland als gleichberechtigte Macht anerkannte und die Isolierung vom März/April 1935 beseitigte. Einen Zusammenhang des Vertrages mit der Vorbereitung eines Hegemonialkrieges sah die Marine nicht. Dagegen glaubte sie, nun ihre schiffbaulichen Nahziele ungestört verwirklichen zu können. Aus der Sicht der Royal Navy stellten sich die Probleme anders. Der Flottenvertrag schien ein Mittel, eine günstige Flottenbalance in Europa zu bekommen, ohne die britischen Ressourcen angesichts der verpflichtenden Aufgaben für das Empire zu überfordern⁵⁴. Die deutsche Herausforderung, nicht etwa der Wunsch Deutschland, hatte Pate

51 S. diverse Aufzeichnungen über britische Reaktionen auf die deutsche Ankündigung in: ADAP, C, Bd. IV, Nr. 1, 52, 54, 55, 58, 59. Zur Vorgeschichte des Flottenvertrags auch Hauser, England, Bd. 1, S. 120 ff.

52 Vgl. die Anweisung Hitlers an die deutsche Verhandlungsdelegation, Kordt, Wilhelmstrasse, S. 100; Kuhn, Programm, S. 168; ferner Hitlers Ausführungen vor den Delegationsmitgliedern nach dem Abschluss der 1. Verhandlungsphase am 13. 6.; Kordt, Wilhelmstrasse, S. 109.

53 Jacobsen, Aussenpolitik, S. 415 f.; Salewski, Seekriegsleitung, Bd. 1, S. 8ff.; Wiggershaus, Flottenvertrag, S. 347; zit. Raeders Mitteilung an das Offizierkorps: IMT, Bd. 41, Dok. Raeder –12; Bensel, Deutsche Flottenpolitik, S. 30; Beitrag Deist, S. 547.

54 Howard, Commitment, S. 103, und Cab P. 218 (36): «The greater our commitments to Europe, the less will be our ability to secure our Empire and its communications», zit. ebd. Vgl. auch Best, Anglo-German Naval Agreement, S. 68-85. Best nimmt an, dass die Britische Admiralität die entscheidende Rolle auf englischer Seite gespielt hat (S. 77). Offensichtlich sah man hier das Problem unter dem Gesichtspunkt der Flottenbegrenzung und der sich ergebenden Möglichkeit, stärker in Ostasien auftreten zu können. Aufschlussreich für die nach engerer Bindung an briti-

gestanden. Es wurde erkannt, dass Deutschland ohne Vertrag weit unbequemer werden würde. Die Grenzen der deutschen Rüstungsmöglichkeiten wurden im Wesentlichen richtig eingeschätzt mit der Annahme, dass die deutsche Flottenrüstung erst in den vierziger Jahren den Vertrag ausfüllen konnte. Ohne Vertrag hätte Deutschland aber beliebige Rüstungsschwerpunkte setzen können⁵⁵. Der Flottenvertrag beseitigte Englands Sorgen nicht. Er zwang gewissermassen, weil er Deutschland von den Versailler Flottenrüstungsgrenzen befreite, die Navy zu der Einsicht, dass der one-power-Standard, auch in seiner seit 1932 verbesserten Form, einem two-power-Standard weichen müsse⁵⁶. Es war nur konsequent, dass das Defence Requirements Committee im November 1935 für den Fernen Osten eine Flotte forderte, die in der Lage sei, Japan standzuhalten, und in den europäischen Gewässern eine solche, die Deutschland in jeder Hinsicht gewachsen sei⁵⁷. In der britischen Gesamtstrategie seit Mitte der dreissiger Jahre zeichneten sich die grössten Engpässe für die Flotte ab. Die Luftwaffe wurde voraussichtlich primär in Europa, die Armee in Übersee benötigt, die Marine aber weltweit. Daher gehörte die Absicht, Italien neutral, wenn möglich «positive friendly» zu halten, zu den wesentlichen Anliegen der britischen Aussenpolitik bis Kriegsbeginn. Auch Japan gegenüber wurden Überlegungen in dieser Richtung angestellt⁵⁸. Der Flottenvertrag wurde aus finanziellen und strategischen Erwägungen mit Deutschland geschlossen. Deshalb nahm England das Odium auf sich, unmittelbar nach Stresa Hitler-Deutschland aufgewertet und den Versailler Vertrag aus den Angeln gehoben zu haben. Die Kritik der Mächte, von der Sowjetunion bis Frankreich, liess an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig⁵⁹. Eden räumte die Richtigkeit der juristischen Bedenken ein. Aus praktischen Erwägungen, so meinte er, hätte keine britische Regierung anders handeln können⁶⁰.

Die multilateral angelegte englische Politik, an der sich im Prinzip nichts ändern sollte,

sche Sicht ferner Watt, Anglo-German Naval Agreement. Den Hintergrund der britischen politischen und insbesondere finanzpolitischen Haltung beleuchtet eingehend Peden, *British Rearmament*. Best weist darauf hin, dass die ausbleibende Opposition von Seiten Vansittarts und Warren Fishers auf ihr Interesse an einer stärkeren Heeresrüstung und Luftrüstung für ein kontinentales Commitment gegen Deutschland zurückzuführen sei (S. 77,83). Die stärksten Einwände kamen offensichtlich von Simon, vgl. Gibbs, *Grand Strategy*, S. 166. Aber kaum einer wurde wirklich zum entschlossenen Sprecher gegen die Admiralität, die die Regierung mit dem Naval Treaty unter Druck setzte, um den Two Power Standard zurückzugewinnen, vgl. auch Kennedy, *Rise and Fall of British Naval Mastery*, S. 289.

55 Wiggershaus, *Flottenvertrag*, S. 347ff.

56 Gibbs, *Strategy*, Bd. 1, S. 333 ff., dieser two-power-Standard berücksichtigte gezielt die japanischen und deutschen Rüstungen.

57 Ebd., S. 340: «adequate to counter Germany with a sufficient margin».

58 Ebd., S. 378ff.

59 Etwa die Bemerkung Litvinovs gegenüber Viscount Chilston am 20.6.1935: Hitler habe jetzt seinen grossen diplomatischen Sieg. Dies sei das Ende der englisch-französischen Kooperation; und die Äusserung Laval's gegenüber Eden vom 21.6., *DBFP*, 2, Bd. XIII, Nr. 359, S. 442, und Nr. 363, S. 447f.

60 *DBFP*, 2, Bd. XIII, Nr. 363, S. 447.

und der bilateral angelegte Weg Hitlers in die Ausgangsstellung für den Hegemonialkrieg standen nach wie vor einander gegenüber⁶¹. Die englische Strategie suchte die Verteidigungserfordernisse des Empire mit den sich abzeichnenden Gefahren in Europa praktisch abzustimmen, nicht aber auf ein Arrangement im Sinne Hitlers hinzuarbeiten. Die Entwicklung der Dinge hat Hitler daran gehindert, seinen Militärs früher sagen zu können, auf welchen Krieg sie sich denn vorbereiten sollten. Es blieben immer viele Eventualitäten denkbar. Die Eingrenzung der Probleme war unmöglich, weil Grossbritannien nicht mitspielte und Hitler überdies über seine Haltung im ungewissen liess. Später ist im britischen Kabinett im Blick auf Hitler von einer Politik des «keeping guessing» gesprochen worden. Wie die Dinge lagen, blieb Hitler nichts übrig, als mehrgeleisig zu planen und Fragezeichen in seine Kombinationen einzusetzen, die nicht zuletzt die Aufrüstung tangierten und zu den Engpässen führten, die seit 1936 offenkundig wurden.

61 So etwa Hildebrand, Aussenpolitik, S. 44. Zu bedenken ist aber auch, dass in Grossbritannien Überlegungen für eine grossangelegte Rüstung in Gang kamen. Ende 1935 legte ein Sub-Komitee des C.I.D. einen Plan für die Gesamtrüstung vor, s. Parker, *British rearmament*. Der Bericht liegt vor im PRO: C.I.D., Defence Requirements Sub-Committee, *Programmes of the Defence Services*, Third Report CAB 4/24.

IV. Chancen für die Hegemonie – Stresa und der Zerfall der europäischen Solidarität

In den Jahren 1934/35 stiess Hitler mit seiner bilateralen Aussenpolitik, die ja noch durch eine hegemonial angelegte Wirtschaftspolitik vor allem mit südosteuropäischen Staaten ergänzt wurde, in ein machtpolitisches Umfeld mit grosser Toleranzbreite. Deutschlands Aufrüstung stiess auf keinen entschlossenen Widerstand. Nach der Verkündung der «Wehrhoheit» kam es in Stresa zu einer Demonstration der Westmächte und Italiens. Die drei Regierungschefs trafen zusammen und formulierten eine scharfe Erklärung gegen den deutschen Schritt. Diese Stresa-Politik der Nachbarmächte war eingebettet in eine Vor- und Nachgeschichte, die erst die Brüchigkeit der Front von 1935 voll verständlich macht.

Die Reaktion der Mächte auf den deutschen Auszug aus dem kollektiven Sicherheitssystem legte die divergierenden Richtungen der nationalen Interessen der Sieger von 1918 bloss. Sorge vor der eigenen Isolierung oder vor einem Engagement für fremde Interessen verhinderte durchschlagende gemeinsame Aktionen. Es konnte keine Rede davon sein, nach Deutschlands Schritt etwa den Locarno-Vertrag in eine englisch-französisch-belgische Allianz umzuwandeln¹.

Auch die nationalsozialistische Österreich-Politik, die schon 1933 und dann 1934 schnelle Erfolge anstrebte, vermochte die nationalen Egoismen der Nachbarn Deutschlands nicht dauerhaft in einer Politik gegen Deutschland zusammenzubringen und eine gemeinsame Front herbeizuführen. Hitler erkannte aber, dass seine Ausgangsbasis für einseitige Störungsversuche noch zu schmal war. Im Juli 1933 zeichnete sich die Möglichkeit einer Intervention Italiens und der Westmächte gegen die von Hitler unterstützten Bestrebungen der österreichischen Nationalsozialisten unter Theo Habicht ab. Seine Subversionspolitik zielte auf eine Lösung, die als Versuch bezeichnet worden ist, die «Machtergreifung zu exportieren».

Im Februar 1934 hatten England, Frankreich und Italien aufgrund österreichischer Anschuldigungen gegen Deutschland in einer Note erklärt, sie seien von der Notwendigkeit der Bewahrung der österreichischen Unabhängigkeit überzeugt². Das Treffen Hitler-Mussolini im Juni 1934 brachte Hitler keinen Schritt voran. Mussolini zeigte kein Ent-

1 Cowling, *Impact*, S. 67. In London standen vor allem Eden, der Parlamentarische Unterstaatssekretär im Foreign Office und Vansittart hinter der «Stresa-Front». Diese Politik beruhte aber kaum auf vom Kabinett akzeptierten «settled principles», so Best, *Anglo-German Naval Agreement*, S. 72. Chamberlain, Hankey und andere waren nicht überzeugt.

2 Text der am 17.2. veröffentlichten Note: *Survey of International Affairs*, 1934, S. 455; s. a. Petersen, *Hitler-Mussolini*, S. 299. Zur deutschen Reaktion auf die geplante Note der Mächte, s. Bülow an Botschaft London, 16.2., ADAP, C, Bd. II, 2, Nr. 261.

gegenkommen. Er hörte sich Hitlers Vorstellungen an. Dann wurde festgeschrieben, dass ein «Anschluss» ausser Diskussion stehe. Hitler folgte programmatischen Inspirationen, wenn er versicherte, die Österreich-Frage werde kein Hindernis in der Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen sein. In allen Einzelforderungen steckte er zurück. Einigung über eine Ablösung des Kanzlers Dollfuss wurde nicht erreicht. Nationalsozialistische Aussenpolitik aus der Bewegung der Machtergreifung heraus blieb Illusion. Der nationalsozialistische Putschversuch am 25. Juli 1934 in Wien, den Hitler offenbar nicht direkt eingeleitet oder gesteuert hat, führte nicht zu einer dauerhaften Kombination gegen ihn. Es blieb bei einer demonstrativen Mobilisierung einiger italienischer Divisionen. Mussolini drohte vom Brenner aus. Nur ein «Klimasturz» in den Beziehungen Berlin-Rom war die Folge. Die deutsche Entschlossenheit, den Anschluss eines Tages herbeizuführen, wog schwerer als die Gesten der Grossmächte. Schon Berlins Antwort vom 1. Februar 1934 auf die Vorwürfe der Dollfuss-Regierung, hinter denen Italien stand, wiesen in die einzuschlagende Richtung: Es gehe hier nicht um einen Streitfall zwischen zwei Staaten, sondern um eine Auseinandersetzung der österreichischen Regierung mit «einer historischen Bewegung des ganzen deutschen Volkes»³.

In der Anschlussfrage unterschieden sich Hitler und das Auswärtige Amt nicht prinzipiell, sondern nur in den Zeitvorstellungen und im Hinblick auf die anzuwendenden Methoden, vor allem aber in Bezug auf die Einschätzung der künftigen Rolle Italiens für die deutsche Politik. Im Auswärtigen Amt wurde der Abschluss der römischen Protokolle zwischen Italien, Österreich und Ungarn im März 1934 mit grösstem Argwohn verfolgt. Die Abmachungen sahen eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit und Konsultationen über aussenpolitische Fragen vor. Von Italien her gesehen bezweckten sie auch eine Stärkung der Position Österreichs. Nur Ungarn suchte mit Nachdruck eine gegen Deutschland gerichtete Tendenz zu vermeiden und liess in Berlin mitteilen, es habe sich nicht für die Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit eingesetzt. Eine Verschränkung dieser Interessengruppierung mit der Kleinen Entente und schliesslich auch mit Frankreich – das englische Wohlwollen war ohnedies gegeben – hätte Deutschlands Wege zur Hegemonie empfindlich stören können. Aber Kraft und Motivation für eine solche Bindung fehlten. Der Anschluss Österreichs stand für die deutsche Führung nur vorläufig «ausser Diskussion»⁴. Hitler wurde gezwungen, geduldiger zu planen. Er musste sich der Position des Auswärtigen Amtes annähern. Die Aktivitäten der Nationalsozialisten in Österreich wurden gestoppt, die Parteiorganisation

3 Petersen, Hitler-Mussolini, S. 298. Text der österreichischen Beschwerdennotiz vom 17.1.1934: ADAP, C, Bd. II, 1, Nr. 188, Anlage; die deutsche Antwort vom 31.1. wurde in der Presse teilweise veröffentlicht. Englische Übersetzung: DBFP, 2, Bd. IV, Nr. 259, Anlage.

4 Diese Formulierung wurde statt des italienischen Vorschlags «kommt nicht in Frage» in der Aufzeichnung über die Besprechung Hitler-Mussolini Mitte Juni 1934 von beiden Seiten akzeptiert, ADAP, C, Bd. III, 1, Nr. 7; Petersen, Hitler-Mussolini, S. 350.

offiziell von der deutschen getrennt. Papen ging mit neuen Direktiven als Botschafter nach Wien⁵. Eine Partie auf Zeit wurde eingeleitet. Mussolinis Versuche, zu einer englisch-französisch-italienischen Garantie für Österreich zu kommen, scheiterten, und allein wagte Mussolini nicht, diese Rolle zu übernehmen. Frankreich strebte einen Nicht-interventionsvertrag aller Nachbarn Österreichs an oder sogar eine Völkerbundsgarantie, was nicht in Italiens Interesse lag. Und England war zu nicht mehr zu bewegen als zu einer Wiederholung der Februar-Erklärung.

Der italienische Botschafter in Berlin, Cerruti, warnte während der dramatischen Vorgänge in Wien im Frühjahr 1934, die Einverleibung Österreichs durch Deutschland, die er für absehbar hielt, werde zur Zertrümmerung der Tschechoslowakei führen: «In einigen Jahren wird Deutschland einen kompakten Block von 80 Millionen in Zentraleuropa bilden⁶.» Warnungen und Befürchtungen gab es genug. Hitler hatte überdies bei seinen Angeboten zu bilateralen Rüstungsabsprachen England und Frankreich wissen lassen, dass er eine Expansion gegen die Sowjetunion anvisiere. Dass die deutsche Aufrüstung nicht defensiven Zwecken dienen sollte, war damit nicht nur Spekulation. Wie war es möglich, dass unter diesen Umständen die kontinentale Hegemonie in so kurzer Zeit praktisch erreicht wurde?

Selbst schwerwiegende politische Fehler Hitlers sind durch die mangelnde Kooperationsfähigkeit der Grossmächte auf die Dimension kleiner Betriebsunfälle zurückgeführt worden. Italien «kam» sogar im Oktober 1934 mit neuen Fühlern. Mussolinis Voraussetzung: Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs. Aber Berlin konnte es sich leisten, darauf nicht einzugehen. In diesem Punkt herrschte volle Übereinstimmung zwischen Hitler und dem Auswärtigen Amt. Hassell und Papen rieten vergeblich zur Annahme der ausgestreckten Hand. So wurde Italien geradezu auf Frankreich verwiesen, was dazu führte, dass nun sehr schnell eine Vereinbarung zwischen den beiden Staaten erreicht wurde. Da Nordafrika und Abessinien in die protokollarischen Abmachungen vom Januar 1935 eingebunden waren, schien ein stabiler und langfristiger Akkord erzielt: «Der endgültige Übertritt Italiens in das Lager der antirevisionistischen Mächtegruppe» schien vollzogen⁷. Die Vereinbarungen enthielten eine eindeutige Absicherung gegen Deutschland. Für Österreich sollte, französischen Vorstellungen entsprechend, nun doch ein Nichtinterventionspakt der Nachbarstaaten ins Auge gefasst werden. Gegen einseitige Aktionen Deutschlands auf dem Rüstungssektor verabredete man Konsultationen über «die zu ergreifenden Massnahmen», und schliesslich wurde vereinbart, Militärbesprechungen für eine Zusammenarbeit gegen Deutschland zu führen. Mussoli-

5 Auftrag Hitlers an Papen vom 26.7.1934: ADAP, C, Bd. III, 1, Nr. 123, S. 245.

6 Zit. n. Petersen, Hitler-Mussolini, S. 296. Barthou insbesondere hat die deutsch-italienischen Spannungen nutzen und Italien definitiv auf Frankreichs Seite ziehen wollen, s. Poidevin/ Barriéty, Frankreich und Deutschland, S. 383. Zu den französischen Perspektiven vgl. auch Duroseile, La Décadence, sowie die Beiträge zum deutsch-französischen Historiker-Kolloquium in Paris 1977, France et l'Allemagne 1932-1936.

7 Ebd., S. 378; s. Survey of International Affairs, 1935, I, S. 91-118; weitere Literatur: Baer, Italian-Ethiopian War; Laurens, France.

ni, im Glauben, einen Freifahrtschein für ein Unternehmen gegen Abessinien in der Tasche zu haben, handelte unter Zeitdruck. Vor einer weiteren Erstarkung Deutschlands, die Konsequenzen für Österreich haben konnte, wollte er in Afrika vollendete Tatsachen geschaffen haben.

Zeichneten sich nicht die Konturen der Weltkriegsallianz gegen Deutschland ab? Eine Mächtegruppe stand im Begriff, konkrete Militärabsprachen gegen Hitler zu treffen. Die Sowjetunion fühlte sich durch Hitler vor den Kopf gestossen und war in das Lager der antirevisionistischen Mächte eingetreten. Im Januar 1935 konnte die Frage gestellt werden, ob es überhaupt Chancen für die Realisierung einer deutschen Hegemonie in Europa gab. Nach der Aufgabe des Versuchs, den «Anschluss» mit revolutionären Methoden zu erzwingen, und der folgenden aussenpolitischen Isolierung des nationalsozialistischen Deutschlands beschäftigte die Grossmächte die Absicherung des europäischen Südostens und die Eindämmung der deutschen Aufrüstung. Aber bald zeigte sich, dass es kein antirevisionistisches «Lager» gab, das diesen Namen verdiente. Hier lag Hitlers Chance, die er entschlossen nutzte.

Die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht, die Verkündung der Wehrhoheit – klare Verletzungen des Versailler Vertrages – führten zur sogenannten Stresa-Front, die für Hitler bedrohlich aussah, sich schliesslich aber doch nur in Protesten und Erklärungen erschöpfte. Besonders scharfe kamen aus Rom. Aber was im März 1935 von dort kam, war kein Zeichen von Entschlossenheit, eher von Enttäuschung und Hysterie. Bestand nicht die Möglichkeit, dass die gegen Abessinien angelaufenen militärischen Vorbereitungen in Gefahr gerieten, von europäischen Verpflichtungen absorbiert zu werden? Sorge vor den Konsequenzen der nun unverhüllten deutschen Aufrüstung kennzeichnete die Reaktionen Mussolinis. Er liess mitteilen, Italien werde die von Deutschland einseitig geschaffenen De-facto-Situationen nicht anerkennen⁸. Neuer Druck auf Österreich wurde befürchtet und Frankreich auf eine mögliche Verletzung der entmilitarisierten Zone hingewiesen, ja es wurde gegeröhnt, Deutschland könne bei einem Engagement Italiens in Ostafrika die Lage ausnutzen und den Anschluss vollziehen. Die Hysterie fand Ausdruck in gelegentlichen aggressiven Andeutungen. Sie blieben nicht ohne Eindruck auf Berlin. Blomberg hielt es für ausgemacht, dass Italien im Falle eines deutsch-französischen Krieges auf Seiten Frankreichs stehen werde⁹.

Im Vorstadium der Stresa-Konferenz zeichnete sich für die Botschafter in Frankreich und Italien die Bildung einer entschlossenen Koalition gegen Deutschland ab, eine neue Entente Cordiale. Botschafter v. Hassell sandte dramatische Appelle nach Berlin. Aber die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten Italiens, Frankreichs und Grossbritanniens vom 11. bis 14. April 1935 in Stresa führte nicht zu einer Einheitsfront. Die deutsche Gefahr wurde zwar beschworen. Doch der Duce täuschte sich, wenn er meinte, schon

8 ADAP. C. Bd. III. 2. Nr. 550. 21.3.1935.

9 Reichenau an die Oberbefehlshaber, 30. 3.1935, ADAP, C. Bd. III, 2, Nr. 568.

die Drohung mit Gewalt sei das Mittel, gegen Deutschland Erfolg zu haben. Die italienische Position war selbst anfechtbar, versuchte Mussolini in Stresa doch auch, sein bevorstehendes Abessinien-Unternehmen abzusichern. Nicht zuletzt deshalb glaubte er, nun seien alle Brücken zu Deutschland abgebrochen. Italien habe sich endgültig auf die Seite der Westmächte gestellt¹⁰.

Die Schlusserklärung der drei Mächte war nicht geeignet, Hitler einzuschüchtern. Selbst im Auswärtigen Amt zeigte sich kaum jemand tief beeindruckt. Entschieden beunruhigender hätte das Bekanntwerden der geheimen italienischfranzösischen Militärabsprachen gewirkt, die ein gemeinsames Vorgehen bei einer deutschen Aktion gegen Österreich vorsahen und zu einer Entlastung der gemeinsamen Grenze führten, was grössere Truppenmengen gegen Deutschland zu disponieren erlaubte¹¹. Das englische Kabinett stimmte überdies bei dem Besuch Lavals und Flandins im Februar einer Garantieab-sprache gegen Luftangriffe zu und sprach sich für eine Erklärung über die belgische Unabhängigkeit aus.

Was blieb von der Stresa-Front übrig? Im Frühjahr 1935 war die Gesprächsbasis für eine effektive Isolierung Deutschlands gegeben. Aufrüstungspolitik und revolutionärer Anschlussversuch hatten in Europa Alarm ausgelöst. Aber der italienische Imperialismus artete in starrköpfigen Egoismus aus. Vergebens suchten Laval, Eden und Litvinov Mussolini vom Abessinien-Unternehmen abzuhalten, um nicht seine Interventionsfähigkeit in Österreich aufs Spiel zu setzen. Mussolini aber deklarierte Österreich zu einer europäischen Angelegenheit. Italien wollte nicht in seinem Wächteramt am Brenner festgenagelt werden. Hinzu kam, dass Grossbritannien aus eigenem Interesse auf Hitlers Rüstungsvorschläge einging und damit Stresa den Rücken kehrte. Resignierend musste Vansittart schon im Februar feststellen, dass die italienischen Vorbereitungen die italienisch-englische Zusammenarbeit in Genf in Gefahr bringen würden, die ein Schlüssel für den europäischen Frieden gewesen sei. Die englisch-italienische Kontroverse um die Abessinien-Politik legte eine von Deutschland so nicht einkalkulierbare Bresche in die Front gegen Hitlers Politik. Darin lag eine grosse Chance für neues deutsches Hegemoniestreben.

Die andere Chance muss darin gesehen werden, dass der englische Einfluss stark genug war, die mit Unbehagen gesehene franko-russische Allianz nicht zum Kristallisationskern einer schlagkräftigen Gruppierung gegen Deutschland werden zu lassen. In Frankreich spitzte sich die Frage zu, ob Grundsatzentscheidungen gegen die englische Politik getroffen werden konnten. Überwiegend wird heute dem 1934 ermordeten Aussenminister Louis Barthou die Kraft dazu bescheinigt¹². Der französisch-russische Vorschlag eines osteuropäischen gegenseitigen Beistandspaktes zwischen Deutschland, Polen, Russland, der Tschechoslowakei und den baltischen Staaten, im Mai 1934 in Genf vor-

10 Petersen, Hitler-Mussolini, S. 400, und Aloisi, Journal, Eintragung vom 4.5.1935.

11 Petersen, Hitler-Mussolini, S. 401 f.

12 Vgl. Duroseile, Regierungskrise.

getragen, diente primär den französischen Sicherheitsinteressen. Frankreich wollte selbst ausserhalb des Ost-Locarno bleiben, aber gegenüber der Sowjetunion die Pflichten eines Mitgliedes übernehmen, während Russland in die Position eines Mitträgers der West-Locarno-Verpflichtungen einrücken sollte. Würde Deutschland ablehnen, liess sich in Barthous Sicht daraus ein Hebel zur wenigstens vorläufigen Fesselung Deutschlands konstruieren. Aber gerade diese Tendenz hielt England dann ab, dem Gedanken nachhaltig beizutreten¹³. Der Paktplan lief in englischer Sicht in seiner ersten Fassung auf eine antideutsche Allianz hinaus. England suchte die Tendenz zu ändern und zu einer Verbindung von Sicherheits- und Gleichberechtigungsdenken zu kommen. London verfolgte das Ziel einer Wiederaufnahme der Verhandlungen für ein allgemeines Abrüstungsabkommen. Es gelang, Frankreich und Italien dafür zu gewinnen¹⁴. Aber Deutschland und Polen lehnten den Pakt nach wie vor ab. Botschafter Phipps zweifelte aber schon im August 1934 an der Relevanz eines ja doch sehr unwahrscheinlichen Ostpaktes¹⁵. Frankreich hat mit der kleineren Lösung des französisch-russischen Beistandspaktes vom 2. Mai 1935 nichts anzufangen gewusst. Pierre Laval suchte ihn mehr oder weniger unwirksam zu machen. Er lehnte die Unterzeichnung der in der Logik des Vertrages liegenden russisch-französischen Militärkonvention ab. Aber auch die Volksfrontregierung tat später nichts zur Aktivierung der Vereinbarung¹⁶. Die Sowjetunion ergänzte noch im Mai 1935 diesen Vertrag durch einen Beistandspakt mit der Tschechoslowakei. Aber Prag entwertete ihn selbst durch die Klausel, dass die Beistandsver-

13 Gibbs, *Strategy*, Bd. 1, S. 134. Näher zum Ostpakt-Vorschlag: Scott, *Alliance*, S. 171 ff. Barthou suchte mit seinem Vorschlag vor allem, die Sowjetunion in die europäische Politik einzubinden und damit Hitlers Aktivitäten einzuzugrenzen. Polen sollten die Augen geöffnet werden. Bei einer Ablehnung durch Deutschland wäre die «Bedeutungslosigkeit des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes» offenkundig geworden, so Poidevin/Bariéty, *Frankreich und Deutschland*, S. 383. Angestrebt war zugleich eine russisch-polnische Annäherung, die in der Tat Hitlers Pläne durchkreuzen konnte. Barthous Politik war das schlagkräftigste Gegeninstrument gegen Hitlers politische Strategie bis 1939. Grossbritannien unterstützte das Projekt in der Hoffnung, damit Frankreichs Haltung in der Rüstungsfrage auflockern zu können. In der Tat schien Barthou hierzu bereit, vgl. Manne, *Foreign Office*, S. 725-755 (728). Im Prinzip vertraten Barthou und das Foreign Office völlig verschiedene Ziele gegenüber Deutschland und der Sowjetunion. Eine Ausnahmestellung nahm zweifellos Sir Robert Vansittart, Permanent Undersecretary im Foreign Office, ein, der in einer englisch-russischen Annäherung wie Barthou eine Möglichkeit sah, Hitler zu stoppen. Manne, S. 729, weist auf die britische «Rapallo-Furcht» hin, die infolge des «Röhm-Putsches» Auftrieb erhielt. In England glaubten manche Beobachter, Reichswehr und Junker bekämen jetzt wieder das Übergewicht, was «a return to the ‚Rapallo-line‘» wahrscheinlich machte. Vansittart notierte: «If we try to keep France and Russia apart now, we may – since Germany is now going towards the Right and the militarists – find the Germans resuming their old policy of working with Russia» – R. Vansittart, 5. Juli 1934. Zit. nach Manne, S. 729.

14 PRO Cabinet Papers 188 (34), zit. nach Gibbs, *Strategy*, Bd. 1, S. 134f.

15 «To bind Germany and her rulers by an Eastern Pact of mutual assistance would seem highly desirable: but pact or no pact, it appears essential for Europe, whilst careful to avoid giving Germany any just cause for complaint, to remain watchful, strong and as united as possible.» DBFP, 2. Bd. XII, Nr. 5, Phipps an Sir John Simon, 8. 8.1934.

16 Die Vorteile des Vertrags für Frankreich unterstreicht das DDR-Werk *Deutschland im Zweiten Weltkrieg*, Bd. 1, S. 97f.; s. Anm. 12.

pflichtung nur gegeben sei, wenn dem Angegriffenen auch Hilfe von Frankreich zuteil werde.

Nach Stresa existierten zwar formal Instrumente gegen Hitlers «Revisionspolitik», aber die italienisch-französische und die russisch-französische Kombination konnten nur mühsam ihre eigenen Zielkonflikte kaschieren. Eine Weiterentwicklung der europäischen Politik im Geist des Ost-Locarno wäre den Vorstellungen aller Aussenpolitiker in der deutschen Führung entgegengesetzt gewesen. Der Vertrag hätte blockiert, was seit der Weimarer Zeit angestrebt worden war. In Hitlers Programm passte er unter keinem Gesichtspunkt. Sein Scheitern berührte in besonderer Weise das deutsch-russische Verhältnis.

Die Sowjetunion hatte die Initiative wohl überhaupt nur mitgetragen, weil Deutschland sich zweiseitigen Absprachen verschlossen hatte, u.a. dem Balten-Pakt-Vorschlag. Als Hitler im Frühjahr 1934 den russischen Entwurf eines Garantiepaktes für die Sicherheit und Unverletzlichkeit der baltischen Staaten ablehnte, wurde klar, dass Deutschland im Osten nicht Stabilität und Sicherheit anstrebte. Seine Haltung in der Ost-Locarno-Frage konnte nur als konsequente Weiterverfolgung seiner Ambitionen aufgefasst werden. Dem sowjetischen Aussenkommissar Litwinov bedeutete Neurath im Juni 1934, Deutschland schliesse nur bilaterale Nichtangriffspakte ab¹⁷, es lasse sich nicht auf ein Allianzsystem ein. Er kam auf die ideologischen Differenzen zu sprechen und vermittelte den Eindruck, dass man nicht zusammenkommen könne. Hitler erfuhr erst Wochen später von dieser Strategie, die er billigte¹⁸. Trotz der relativen Schwäche Deutschlands in seiner Lage zwischen den Grossmächten im Westen und Osten verfolgte Berlin beharrlich eine Politik der «Offenheit» nach Osten. Hitler liess sich auch nicht von der russischen Mitteilung beeindrucken, dass im Falle eines Scheiterns des Ost-Locarno ein russisch-französischer Beistandspakt abgeschlossen würde. Deutschland mobilisierte dann mit der Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht noch zusätzlich die Stresa-Front gegen sich. Die selbstgesuchte Isolierung führte dennoch nicht in die Sackgasse. Aufgrund der grossen Differenzen zwischen den Nachbarn Deutschlands im Westen, Osten und Süden schien die Rechnung aufzugehen, dass sich Bündnisse nach den Bedürfnissen des in raschem Tempo aufrüstenden Deutschland richten sollten, um einer Politik der späteren Raumgewinnung zu dienen. Ja selbst der russisch-französische Beistandspakt enthielt Klauseln, die ihn für die Sowjetunion nicht zu einer Sicherheitsgarantie werden lassen konnten, insbesondere durch die Verbindung mit dem Instrumentarium des Völkerbundes und den Zusammenhang, in den der Pakt mit dem Locarno-Vertrag gebracht worden war. Moskau zweifelte von Anfang an am Wert der französischen Zusagen, zumal die vereinbarten Generalstabsgespräche nicht zustande kamen.

Frankreich und der Sowjetunion gelang nicht die Einbindung Grossbritanniens, das schon mit seinem Ministerbesuch am 25.7.26. März 1935 in Berlin die Stresa-Front vom

17 Gespräch vom 13.6.1934, Aufzeichnung Neuraths, ADAP, C, Bd. II, 2, Nr. 504.

18 Gespräch Hitler-Neurath am 17.7.1934, ebd., Bd. III, 1, Nr. 93.

April in eine ungünstige Ausgangslage manövriert hatte. England ist als der Schlüssel zur Aufhellung der Frage anzusehen, warum gegen die forcierte Aufrüstung Deutschlands nichts unternommen wurde, obgleich man sah, dass diese Aufrüstung die Zukunft Europas bedrohte. Angesichts massiver Kritik an der englischen Rüstungspolitik, etwa in der Unterhausdebatte Ende 1934 durch Winston Churchill, orientierte sich die englische Deutschland-Politik im Wesentlichen an drei Überlegungen, von denen die erste schon eher eine festgefahrene Überzeugung war: 1. die Reparationspolitik nach französischem Muster habe versagt, 2. Deutschland müsse in ein kollektives Sicherheitssystem zurückgebracht werden, 3. das sei nur denkbar, wenn die Tatsache der geheimen Aufrüstung hingenommen und nicht über zerschlagenes Porzellan gestritten werde. Für die Zukunft müsse der Grundsatz der Gleichberechtigung gelten. Damit werde erst das Klima geschaffen, das es Deutschland erlaube, zu konstruktiver internationaler Friedenssicherungs-Mitarbeit zurückzukehren¹⁹. Die Alternative sei ein neuer Rüstungswettlauf, da keine Macht bereit sei, Deutschlands Aufrüstung zu stoppen.

Einem lediglich um Gleichberechtigung bemühten Deutschland gegenüber wäre eine verständnisvollere, fairere Politik kaum zu entwerfen gewesen. Bei einem Gegenspieler wie Hitler musste aber die Hinnahme der «geheimen» Rüstung ohne gleichzeitige energische eigene Rüstungsanstrengung zur Entwertung des eigenen politischen Gewichts führen. Schon die Tatsache, dass das Kabinett vor dem Unterhaus einräumte, sichere Kenntnis von der deutschen Aufrüstung zu haben, ohne gleichzeitig mitteilen zu können, was dagegen unternommen worden war oder werden würde, bestärkte Hitler in seiner Politik der «Wiederwehrhaftmachung» und der Schaffung von Voraussetzungen für die Benutzung des bald zur Verfügung stehenden hochmodernen militärischen Instruments.

Mit dieser Einstellung ging nach den Erfahrungen des Jahres 1934 England in das krisenreiche und in der Rüstungsfrage entscheidende Jahr 1935 hinein. Grossbritannien zog das Frankreich Lavals halbwegs auf seine Linie. Die Westmächte operierten bereits unter Zeitdruck. Sie wollten mit neuen Vorschlägen an Deutschland nicht abwarten, bis Hitler durch eine wahrscheinlich überzeugende Saar-Abstimmung wiederum gestärkt auftreten konnte. Aber was England Frankreich bot, war nicht mehr als Versicherungen, die primär dem eigenen Interesse dienen: vielleicht eine Erklärung zur Wichtigkeit der belgischen Unabhängigkeit, ferner eine Zusicherung seines Interesses am Fortbestehen der Entmilitarisierung des Rheinlands. Im Gespräch war auch eine englische Initiative zur Absicherung der österreichischen Unabhängigkeit.

Stärker war die Basis nicht, die zur Stresa-Front führte, und stärker wurde sie auch nicht danach. Das Kabinett lehnte etwas weitergehende Vorschläge des Aussenministers ab. In Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung versagte sich die englische Regie-

19 S. dazu Gibbs, *Strategy*, Bd. 1, S. 141 ff.

rung dem Gedanken, dem Locarno-Vertrag «Zähne» zu geben. Man wollte nichts wissen von einer Zusicherung, dass Grossbritannien *sofort* auf eine Verletzung der belgischen Neutralität mit allen zu Gebote stehenden Mitteln antworten werde, und von Generalstabsabsprachen mit Frankreich und Belgien sollte keine Rede sein²⁰. England hoffte auf Deutschlands Rückkehr in den Völkerbund. England wünschte Frieden, Hitler steuerte auf Krieg los. England sah die Gefahr, hielt aber immer noch für möglich, dass Hitler mit einer differenzierten Politik besänftigt und Europa der Friede erhalten werden könne.

Auch die von Neurath und Hitler geradezu provozierte aussenpolitische Umorientierung der *Sowjetunion* vermochte keine Allianz gegen Deutschland zustande zu bringen, die in der Lage gewesen wäre, Hitler in Schach zu halten. Das lag einmal daran, dass Stalin im Grunde nicht aus der Position des Abwartens heraustreten wollte, die er seit den zwanziger Jahren eingenommen hatte²¹. Ähnlich wie Hitler erst die inneren Voraussetzungen – Wehrhaftigkeit und Aufrüstung – schaffen wollte, bevor eine expansive Aussenpolitik eingeleitet werden sollte, suchte die sowjetische Führung die innere Erstarkung, sowohl wirtschaftlich wie militärisch, in aussenpolitischer Sicherheit herbeizuführen. Das theoretisch nächstliegende Konzept lief darauf hinaus, die Gegensätze der europäischen Grossmächte nicht einschlafen zu lassen. Unter allen Umständen musste ein gemeinsames Auftreten der kapitalistischen «imperialistischen» Mächte gegen die Sowjetunion, ein neuer Interventionskrieg, verhindert werden. Die Ausnutzung des Gegensatzes zwischen den Siegermächten des Ersten Weltkrieges und den revisionistischen Mächten, vor allem Deutschland, galt hierbei als probates Mittel.

Seit der «Machtübernahme» Hitlers bot zwar Deutschlands Aussenpolitik in revisionistischem Gewände anscheinend weiterhin Anknüpfungspunkte für eine Fortsetzung der Rapallo-Politik, aber in Moskau wurden Sorgen lebendig. Die Verlängerung des Berliner Vertrages von 1926 im Mai 1933 schien zunächst die von der deutschen Diplomatie verfochtene These zu bestätigen, dass die Kommunistenverfolgung in Deutschland völlig unabhängig sei von dem Wunsch nach enger Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Aber bald setzte Hitler die Akzente. Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund stand unter so einseitigen rüstungspolitischen Zeichen, dass die Sowjetunion hierin schwerlich eine positive Entwicklung erblicken konnte, so sehr die damit deutlich werdende Verhärtung des deutsch-französischen Gegensatzes ihr prinzipiell gelegen sein musste. Der deutsch-polnische Nichtangriffspakt belastete das Verhältnis noch stärker. Anfänglich glaubte Stalin offenbar, die deutschen Militärs könnten auf einen Revanchekrieg gegen die Sieger von 1918 hinarbeiten. Nach dem Schlag gegen die SA im Juni 1934 schätzte er dann wohl Hitlers Position realistisch ein. Er nahm nunmehr das

20 Ebd., S. 146f.

21 Vgl. dazu z.B. Stalins Ausführungen vor dem ZK der KPdSU vom 18.1.1925, in: Stalin, Werke, Bd. 7, S. 11.

Lebensraumprogramm ernst²². Gerade deshalb suchte er Hitler durch Schaffung objektiver Bedingungen in eine der russischen Strategie entsprechende Interessenabstimmung hineinzumanövrieren. Annäherung an Deutschland sollte die deutschen Energien nach Westen ableiten. Aber Hitler spielte nicht mit.

Im Frühjahr 1934 wurde klar, dass die konservative Führungsgruppe in Auswärtigem Amt, Reichswehr und Wirtschaft die grossen Linien der deutschen Politik nicht mehr bestimmte. Von dieser Führungsgruppe hatte sich Neurath im Hinblick auf die Russland-Politik distanziert. Er hat im Wesentlichen die Bemühungen des Botschafters Nadolny um ein gutes Verhältnis zu Moskau blockiert. Selbst Staatssekretär v. Bülow konnte mit neuen Vorschlägen zur Rettung einer positiven Russland-Politik nicht durchdringen. Ein von ihm aus Anlass des Balten-Pakt-Vorschlags in Auftrag gegebenes Gutachten wies auf die Bedeutung des Flankenschutzes durch die UdSSR hin, eine Rolle, die Polen nicht spielen könne. Aber Neurath legte das Gutachten Hitler nicht vor, sprach sich vielmehr gegen den Vertrag aus. Das Zeichen, auf das die Sowjetunion aus Berlin wartete, wurde nicht gegeben. Der Aussenminister, so ist geurteilt worden, verhielt sich an dieser entscheidenden Wende der deutsch-russischen Beziehungen «ideologischer» als Hitler²³. Nadolny nahm den Abschied²⁴. Neuraths Abschirmungspolitik nahm gegenüber Moskau offensive Züge an. Er drehte den Spiess einfach um mit seiner Behauptung, die Abkühlung der Beziehungen resultiere aus der sowjetischen Einstellung gegenüber dem Nationalsozialismus²⁵. Das Gegenteil war der Fall. Im Ergebnis folgte Neurath einfach Hitlers Politik, die mit dem deutschpolnischen Vertrag in Gang gesetzt wurde: Das Ziel hiess Bewegungsfreiheit im Osten.

Die sowjetische Seite stand vor dem Problem, den Faschismus theoretisch neu einordnen zu müssen, seit die Zusammenarbeit insbesondere mit Frankreich in Gang zu kommen schien. Es galt, Sozialisten, Sozialdemokraten und linke bürgerliche Gruppen an die kommunistischen Parteien heranzuführen. Die Volksfrontpolitik liess sich vielleicht als Druckmittel gegen Hitler benutzen. Dabei dachte Stalin nicht nur an Frankreich, sondern auch an Spanien, England und an kleinere Staaten. Selbst die Haltung gegenüber der deutschen Sozialdemokratie änderte sich. Auch der Eintritt in den Völkerbund im September 1934 legte es nahe, die Abgrenzung gegen den Faschismus schärfer zu fassen. Dieser Aufgabe unterzog sich der VII. Weltkongress der Komintern im Jahre 1935. Vor dem ersten internationalen Zusammenprall faschistischer und kommunisti-

22 S. u.a. Hilger, *Erinnerungen*, S. 248; Lange, *Hitlers unbeachtete Maximen*, S. 151 ff.; allgemein zur russischen Aussenpolitik: *Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion, Aussenpolitik 1917-1955*. Ferner das sowjetische Werk zum Zweiten Weltkrieg: *Geschichte des zweiten Weltkrieges*, Bd. 1. Kurze Übersicht bei Kuhn, *Deutschland. Zur Bedeutung des 30. 6. 1934*: Allard, *Stalin*, S. 29 f.

23 Niclauss, *Sowjetunion*, S. 175.

24 Zu Nadolnys Bemühungen: *Beitrag*, S. 166f.

25 Niclauss, *Sowjetunion*, S. 172.

scher Kräfte – in Spanien – waren damit die ideologischen Fronten auf beiden Seiten abgesteckt. Nach sowjetischer Auffassung indizierte in den faschistischen Staaten der Übergang der Bourgeoisie zur offenen terroristischen Diktatur eine besonders gefährliche und aggressive Form des Kapitalismus.

Die Strategie der Ausnutzung der Gegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten hat damit wichtige neue ideologische Perspektiven bekommen. In der UdSSR setzte jetzt eine vielfältige heftige Kritik an Hitlers Zielen und am Tempo der deutschen Aufrüstung ein²⁶. Berlin registrierte solche Äusserungen als «Brunnenvergiftung übelster Art»²⁷. Botschafter Graf v. d. Schulenburg sprach von Akten «auffälliger Deutscheindlichkeiten»²⁸ und konstatierte, dass Deutschland in der UdSSR «gegenwärtig als einziger Feind und Bedroher des Friedens» hingestellt werde. Selbst in Bezug auf Japan werde von Verständigungsmöglichkeiten gesprochen. Dennoch taktierte Stalin nicht einseitig. Nach wie vor diente die Annäherung an Frankreich auch dem Ziel, Hitler in die Isolation zu zwingen und zu einem Überdenken seiner Strategie zu veranlassen. Stalin schlug daher die Tür nicht zu. Er hätte ein Abkommen mit Hitler begrüsst. Seine Haltung ist schon vorher von Botschafter Nadolny positiver beurteilt worden als die Litvinovs²⁹. Den Beginn der offenen deutschen Aufrüstung im Jahre 1935 sah Stalin besorgt unter der Fragestellung, wohin Hitler ziele. Ein deutschjapanisches Zusammengehen schien eine bedrohliche Zukunftsmöglichkeit. So lassen sich die Besprechungen zwischen Eden und Litvinov in Moskau im März 1935 interpretieren.

In Deutschland sorgte aber eine zielbewusst gesteuerte Propaganda für eine Vertiefung der ideologischen Gegensätze³⁰. Eine Wiederaufnahme der deutsch-russischen Zusam-

26 Der deutsche Militärattaché berichtete über entsprechende Äusserungen des Stellv. Volkskommissars für Verteidigung, Tuchacevskij, in der Prawda am 31.3.1935, Vortragsnotiz WA (Ausl.), BA-MA RW 5/v. 461.

27 So Bülow mit Einverständnis des Reichswehrministers. ebd.

28 Bericht vom 1. 4.1935, ebd. (Abschrift).

29 Telegramm Nadolnys an Auswärtiges Amt vom 29. 1.1934, ADAP, C, Bd. II, 1, Nr. 227, S. 424f.

Vansittarts Befürchtungen wären gerechtfertigt gewesen, wenn Bülow und Nadolny den deutschen Kurs zu bestimmen gehabt hätten. Im Foreign Office setzte sich die Perspektive Orme Sargents, Assistant Undersecretary und Leiter des Central Department, durch. Er lehnte den Ostpakt ab und befürchtete eine französisch-russische Allianz, in welcher er das grösste Hindernis der englischen Deutschlandpolitik erblickte, vgl. Manne, Foreign Office, S. 737 ff. Auch das Kabinett teilte die Auffassung, die Orme Sargent in seiner Analyse vom 7. Februar 1935 – DBFP, vol. XII, no. 428 – darlegte. Eine russisch-französische Allianz würde Europa wie vor 1914 in zwei bewaffnete Lager aufspalten. England müsse daher dahin zielen, Frankreich aus einer Verbindung mit der Sowjetunion herauszuhalten.

30 Beitrag Wette, S. 137 f. Der Besuch Edens in Moskau im März 1935 stellte den Höhepunkt einer Annäherung der beiden Mächte dar. Das Kabinett hatte aber bereits vorher entschieden, dass Aussenminister Simon zuvor mit Eden Berlin besuchen sollte. Simon sollte nicht nach Moskau fahren, um der Sache keine zu grosse Bedeutung zu geben. Bis 1939 änderte sich nichts mehr an dem hier sichtbar gewordenen Vorrang der betriebenen Deutschlandpolitik, vgl. Manne, Foreign Office, S. 734. Als wichtiger Baustein dieser britischen Perspektive ist das Memorandum von Wigram – Sargent «Britain, France and Germany» vom 21. November 1935 – DBFP, vol. XV, App. 1 – anzusehen. «Coming to terms with Germany» wurde hier als einzige realistische Deutschlandpolitik angesehen.

menarbeit auf konservativ-revisionistischer Grundlage war verbaut. So gesehen schießen alle Voraussetzungen für ein fugendichtes Zusammengehen der Westmächte mit der Sowjetunion gegeben und Deutschland weitgehend isoliert zu sein. Aber die gegen Hitler gerichtete Solidarisierung war nur von kurzer Dauer. Eine innere Harmonie, gegründet auf gegenseitiges Vertrauen, liess sich selbst zwischen dem Volksfront-Frankreich und der Sowjetunion nicht entwickeln. Und es wurde geradezu zum Ziel der britischen Politik, die Bildung feindlicher Blöcke in Europa, die nur zum Konflikt führen konnte, zu verhindern. An ihrer Stelle sollte das kollektive Sicherheitssystem wieder in Funktion gesetzt werden.

Die Sowjetunion sah ihre Sicherheitsprobleme keineswegs als gelöst an. Stalin konnte nicht abschätzen, wohin eine deutsche Expansion zuerst zielen würde. Wiederholt suchte er mit Deutschland erneut ins Gespräch zu kommen, ohne auf Zeichen des Entgegenkommens zu stossen. Hitler überhörte derartige Offerten. Es half auch nichts, dass die Rote Armee wieder ihre Sympathien für eine Verbesserung der deutsch-russischen Beziehungen durchblicken liess³¹, und auch nicht der Hinweis, dass die Effektivität des russisch-französischen Vertrages im Wesentlichen vom Verhalten Berlins abhängen werde. Russische Funktionäre betonten, die weltanschaulichen Differenzen brauchten einem Zusammengehen in der praktischen Politik nicht im Wege zu stehen. Wer wirtschaftlich kooperiere, müsse sich politisch arrangieren können. Im Januar 1937 unterbreitete die sowjetische Regierung das Angebot zu Verhandlungen über eine Verbesserung der Beziehungen und über den allgemeinen Frieden. Neurath und Hitler winkten ab. Als Tatsache bleibt festzustellen, dass hinter der ideologischen und propagandistischen Auseinandersetzung von Moskau her aus sicherheitspolitischen und strategischen Gründen stets die Möglichkeit zu Verhandlungen offengelassen worden ist. Und auch Hitler schlug die Tür nie ganz zu. Der Hitler-Stalin-Pakt von 1939 kam nicht so völlig aus heiterem Himmel, wie oft angenommen wird.

31 Niclauss, Sowjetunion, S. 189. Zu weiteren Offerten Allard, Stalin, S. 52 ff.

V. Der Weg in den Krieg 1936-1938

1. Rheinland-Besetzung

Am 7. März 1936 rückten deutsche Truppen in die entmilitarisierte Zone am Rhein ein. Die Voraussetzungen für eine schnelle Herstellung des militärischen Gleichgewichts gegenüber Frankreich waren damit erreicht, zugleich aber eine wesentliche Voraussetzung auch für die Grundlegung einer künftigen Ostpolitik geschaffen. Friedensbeteuerungen und sorgfältig überlegte Scheinangebote wurden jetzt von einer geschickten Politpropaganda in Szene gesetzt. Europa sah zu. Niemand handelte.

Hitler hat die «48 Stunden nach dem Einmarsch» als die «aufregendste Zeitspanne» seines Lebens bezeichnet¹. War hier neben aller Berechnung nicht auch Ungeduld, innenpolitische Profilsucht mit im Spiel? Das Auswärtige Amt war dieser Meinung. Der Botschafter in Rom hielt das Risiko angesichts der Gewinnchancen für zu hoch². Während des Einmarsches in das linksrheinische Gebiet kamen Blomberg Bedenken, veranlasst durch ein warnendes Telegramm des Londoner Militärattachés. Blomberg wollte Aachen, Trier und Saarbrücken aus Sorge vor Massnahmen der Westmächte wieder räumen, machte aber auf Hitler lediglich den Eindruck eines Ministers mit schwachen Nerven³.

Aus heutiger Sicht erscheint auch die Meinung der Berufsdiplomaten nicht haltbar. Das Abbröckeln der Stresa-Front ist von Hitler wohl richtiger als Indiz für die Handlungsunfähigkeit der Westmächte eingeschätzt worden. Wenn Hitler wirklich innenpolitisch Erfolg brauchte, wenn es ihm um den Nachweis von Aktivität zu tun war, um die Massen mit dem probaten Mittel aussenpolitischer Aktivität erneut von ihrem «Führer» zu überzeugen, hier war dieser Erfolg leicht zu haben. Der Risikofaktor, subjektiv sicher nicht gering zu veranschlagen, war objektiv klein. Der psychologische Gewinn Hitlers war grösser als das eingegangene Risiko. Das wiederum inszenierte Plebiszit bescherte ihm 99% der Stimmen.

In Frankreich waren die Tage und Wochen vor dem 7. März von Unsicherheit über die deutschen Absichten gekennzeichnet. Sich widersprechende Meldungen liefen in Paris ein. François-Poncet teilte am 6. März mit, man tappe noch immer im Dunkeln in der Frage, «wer schliesslich, die Anhänger der gemässigten Politik oder die Anhänger der

1 Schmidt, Statist, S. 325.

2 S. zur Wiederbesetzung des Rheinlands Robertson, Wiederbesetzung; Jacobsen, Aussenpolitik, S. 416 ff.

3 Hossbach, Wehrmacht, S. 84f.; s. hierzu auch Beitrag Deist, S. 506f.

Gewalt, bei den Beratungen in den vergangenen Tagen den Sieg für sich in Anspruch nehmen» konnte. Aber er meinte doch, die ganze Macht gehe von Hitler aus, und dieser sei «zu jähem Entscheidungen fähig»⁴. Keine französische Partei plädierte für entschlossenen Widerstand, wie ja überhaupt festgestellt worden ist, dass der Unterschied zwischen der Aussenpolitik der Gemässigten und der der Volksfront unerheblich war⁵. Das Übergangskabinett Albert Sarrauts konnte keinen energischen Entschluss fassen. Am 9. März beschloss die Regierung, auf das gewaltsame Vorgehen Hitlers nicht militärisch zu reagieren, sondern einen Appell an den Völkerbund zu richten.

England fiel zwischen Deutschland, Frankreich und Italien die entscheidende Rolle zu. Seine Haltung blieb auch für Hitlers Politik in der Folgezeit ausschlaggebend. In der speziellen Frage der demilitarisierten Zone lag die Auffassung des Kabinetts seit Anfang 1935 fest, als es Aussenminister Simon nicht gelungen war durchzusetzen, dass Grossbritannien sein «vitales Interesse» an der Entmilitarisierung des Rheinlandes erklären sollte, um Frankreich zu einer Vereinbarung mit Deutschland in der Rüstungsfrage zu bewegen. Das Rheinland stellte kein vitales britisches Interesse dar.

Aufgrund der nüchternen Berichterstattung des britischen Botschafters in Berlin rechnete London damit, dass Hitler das Rheinland-Problem angehen werde, sobald sich eine günstige Gelegenheit biete. Aussenminister Eden liess sich vom Committee of Imperial Defence über den strategischen Wert einer Fortdauer der Entmilitarisierung aus französischer, belgischer und englischer Sicht berichten⁶. Aber obwohl der Armeegeneralstab den strategischen Wert ungleich höher einschätzte als die Air Force, zog das Kabinett daraus keine Konsequenzen. Diese Überlegungen fielen zusammen mit einer allgemeinen Bestandsaufnahme der englischen Politik gegenüber Deutschland, die Eden mit einem Memorandum über die deutsche Gefahr einleitete, das davon ausging, Grossbritannien müsse seine Rüstungen fortsetzen, um allen Eventualitäten gewachsen zu sein. Gleichzeitig sollte aber überlegt werden, ob es noch möglich sei, zu irgendeinem Modus vivendi mit Deutschland zu kommen⁷.

Grossbritannien war darauf aus, ein Arrangement mit Deutschland zu erreichen, ohne dass die eigene Ehre und Sicherheit tangiert würde. Eden schlug deshalb im Februar 1936 dem Kabinett vor, keine Gespräche mit der französischen Regierung über Englands Haltung «in der hypothetischen Frage einer möglichen Beeinträchtigung der entmilitarisierten Zone» zu führen⁸. Diese Zone sei für die französische und belgische Sicherheit errichtet worden. Daher sei es Sache dieser Regierungen, sich zu überlegen,

4 Dazu Duroselle, Regierungskrise; s. a. François-Poncet an Flandin, 6. 3.1936, DDF, 2, Bd. I, Nr. 265.

5 Duroselle, Regierungskrise, S. 7. Zur französischen Haltung ferner Adamthwaite, France; Duroselle, Milieux gouvernementaux.

6 Gibbs, Strategy, Bd. 1, S. 230f.

7 PRO Cabinet Papers 13 (36), S. 1f.; Gibbs, Strategy, Bd. 1, S. 231.

8 Gibbs, Strategy, Bd. 1, S. 233: «in the hypothetical case of a violation of the Demilitarised Zone».

welchen Preis sie für ihren Fortbestand zahlen wollten. Sie hätten, so meinte Eden, es wahrscheinlich sehr gern, wenn Grossbritannien für sie diesen Entschluss fasse. Im Übrigen halte er es für unwahrscheinlich, dass Frankreich Deutschland angreifen werde, nur um die Demilitarisierung aufrechtzuerhalten. Weiser schien eine Politik der Verhandlungen mit Deutschland über die Aufgabe von Rechten zu einer Zeit, wo diese Rechte noch einen Verhandlungswert darstellten. Am Vorabend der deutschen Aktion war sich das Kabinett klar darüber, dass weder London noch Paris in der Lage waren, wirksame militärische Massnahmen zu ergreifen, wenn Deutschland den Locarno-Vertrag verletzte.

Hitler verbuchte also einen im Grunde billigen Erfolg: Er war billig im Preis, aber gross in der Wirkung. Bedeutender noch als der innenpolitische Triumph wirkte sich die aussen- und militärpolitische Lageveränderung aus. Das entmilitarisierte Rheinland bildete einen weissen Fleck in den militärstrategischen Voraussetzungen des Rüstungsprogramms. Und je nach der Frankreich zugeordneten Rolle in der Phase der deutschen Expansion musste die Eingliederung des Rheinlands entweder als Aufmarsch- oder als Sicherheitszone für die militärische Organisation des Reiches als unentbehrliche Voraussetzung gelten. Führende Soldaten wie Fritsch sprachen sich wohl prinzipiell für die Einbeziehung des Rheinlandes in die Wehrhoheit des Reiches aus, aber sie schätzten das Risiko viel höher ein als Hitler⁹.

Hitler hat diesen Schritt offenbar spätestens im Frühjahr 1937 tun wollen¹⁰. Das Frühjahr 1936 bot dann plötzlich aus seiner Sicht günstige aussenpolitische Konstellationen, einmal resultierend aus der Weiterentwicklung der Entfremdung zwischen Italien und den Westmächten infolge des italienischen Abessinien-Unternehmens, zum andern aufgrund der Ratifizierung des russisch-französischen Beistandspaktes, der weder den Beifall Italiens noch den Grossbritanniens fand. Und auch Polen suchte neue Orientierungen. Das alte französische Sicherheitssystem, in welchem Polen ein bedeutender Faktor gewesen war, besass für Polen nur noch wenig Attraktivität. Deutschland erhielt jedenfalls polnische Zusicherungen, dass die Remilitarisierung des Rheinlands keine polnischen Reaktionen nach sich ziehen würde. Französische Pressionen halfen nicht mehr¹¹. Polen übernahm damit praktisch eine Art Rückendeckung, die die Polen-Politik des Auswärtigen Amtes kaum herbeigeführt hätte.

Die mit der Rheinland-Besetzung verknüpften aussenpolitischen Überlegungen Hitlers kombinierten ein blitzschnelles Ausnutzen von aktuellen Möglichkeiten mit langfristigen Zielen. Italien sollte zugleich mit diesem Manöver stärker an Deutschland herangezogen werden¹².

9 Hossbach, Wehrmacht, S. 83 f.; Beitrag Deist, S. 506.

10 Aufzeichnung Hassells über Gespräch mit Hitler vom 14. 2.1936, ADAP, C, Bd. IV, 2, Nr. 564, S. 1118 ff.; Hossbach, Wehrmacht, S. 97, s. a. Braubach, Einmarsch.

11 Sawka, Franco-Polish Alliance; Wollstein, Politik, S. 802; Funke, Sanktionen, mit Überblick über die deutsche Politik während der Rheinland-Krise.

12 Gespräch mit Hassell vom 14.2.1936, ADAP, C, Bd. IV, 2, Nr. 564, S. 1118 ff.

Später, d.h. 1937, schien auch Hitler das Unternehmen weniger risikoreich. Deutschland wäre dann stärker und Russland möglicherweise durch einen Konflikt mit Japan gebunden gewesen. Die Rheinland-Besetzung liess sich mit dem «Los-von-Locarno» verbinden, zumal wenn Mussolini zu bewegen war, voranzuschreiten und die «Verfälschung der Locarno-Verpflichtungen durch das Hineinziehen Russlands» zum Kündigungsgrund zu nehmen. Der Abschied von Locarno muss als wichtiges Parallelziel Hitlers in der Frage der Rheinland-Besetzung verstanden werden. Es war ihm so wichtig, dass er auch ohne Mussolini den Schritt zu vollziehen bereit war. Als der deutsche Botschafter in Rom Mussolinis Bedenken zur Sprache brachte, liess Hitler sich etwas tiefer in die Karten blicken: In der Lage der beiden faschistischen bzw. nationalsozialistischen Staaten, die von «bolschewistisch verseuchten Demokratien umgeben seien», sei Passivität auf die Dauer keine Politik. Der Angriff sei die bessere Strategie. Der «Russenspakt» solle zum Anlass genommen werden. Um aber der Gegenseite die Möglichkeit zu nehmen, den Schritt «als Angriff zu deklarieren», wollte Hitler ein ganzes Paket nicht ernst gemeinter Angebote machen, die, wären sie reell gewesen, gerade zu jener «Passivität» geführt hätten, die Hitler als prinzipiell falsch ansah. Die Vorschläge umfassten:

- a) den Fortbestand der entmilitarisierten Zone – aber auch auf französischer Seite
- b) einen Dreierpakt zur Sicherung der Unverletzlichkeit Belgiens und Hollands c) einen Dreier-West-Luftpakt
- d) einen langfristigen Nichtangriffspakt mit Frankreich e) die Wiederaufnahme des Grundgedankens des Viererpakts.

Hier war für jeden etwas geboten, für England und für Frankreich. Ja sogar das aus den Angeln gehobene Locarno war im Prinzip wieder «angeboten»¹³. Der soeben geschlossene russisch-französische Pakt wäre entwertet, Frankreich unglaubwürdig geworden. Es war ganz klar, dass Frankreich auf gar keinen Fall darauf eingehen konnte. Und damit erledigte sich das «Angebot» von selbst. Es wäre aber auch im Falle einer Annahme prinzipiell für Hitlers Ostpläne vorteilhaft gewesen, ja es hätte die Konzentration auf die Ostlösung erleichtert. Insofern war es alles andere als ein Angebot zu friedlicher Politik.

Mit dem «Los-von-Locarno» griff Hitler weit über eine von den Militärs als Wiederherstellung der Souveränität begriffene Entscheidung hinaus. Das Problem nicht nur der Westgrenze, sondern der Zusammenhang von künftiger Ost- und Westpolitik war damit auf eine neue Ebene gehoben.

Diese Revolution in der aussenpolitischen und vertragspolitischen Konstellation Europas, die ja doch neben der militärischen Positionsverbesserung zunächst eine politische Schwächung des Reiches bedeutete, war für Hitler im Frühjahr 1936 eine Frage des

13 Aufzeichnung Hassels, vom 20.2.1936, ADAP, C, Bd. IV, 2, Nr. 575, S. 1139 ff. Diese Punkte kehrten im Wesentlichen in Hitlers «Friedensrede» vom 7. 3.1936 wieder, Völkischer Beobachter vom 8.3.1936. Zur Friedensrede und ihrer Funktion Emmerson, Rhineland Crisis, S. 150ff. Reaktion der Westmächte auf Hitlers Vorschläge s. DBFP, 2, Bd. XVI, Nr. 48, 63,144.

richtigen «psychologischen Augenblicks». Selbst wer nicht von der «Programmatik» Hitlers her zu argumentieren geneigt ist, muss hier die Frage stellen, was denn eine militärisch noch nicht «adäquat» vorbereitete Macht intendierte, wenn sie ein Sicherheitssystem und vertraglich gesicherte Grundsätze des friedlichen Nebeneinanders in einem Augenblick aufkündigte, wo sich die effektiv oder doch potentiell mächtigsten Nachbarn aus dem schon erzeugten Gefühl der Bedrohung heraus gegen sie zu verbünden schienen.

Hitler glaubte nicht an die Verfestigung einer gegnerischen Koalition gegen seinen Kurs, der auf ein Zusammengehen mit Italien und England abzielte. Eine russisch-französische Allianz konnte seinen Plänen eher förderlich sein. Hinzu kam, dass er Russland und Frankreich unterschätzte. Frankreich war in seiner Sicht «innerlich zerfahren», und sowohl in Frankreich wie in England sei eine «starke Gegnerschaft gegen den Russenpakt für uns zu buchen»¹⁴. Die Skrupellosigkeit seiner Erklärungen und Versicherungen war von der Absicht gelenkt, die psychologischen Voraussetzungen einer Situation optimal zu koordinieren. So sprach er gegenüber dem französischen Journalisten Bertrand de Jouvenel noch am 21. Februar 1936 von der deutschen Friedenspolitik, vom Unsinn der Erbfeindschaft zwischen Deutschland und Frankreich. Die französische Politik sondierte daraufhin, zeigte ihr Interesse, fragte am 3. März 1936 durch François-Poncet an, welche Vorschläge Hitler für eine Anbahnung der deutsch-französischen Beziehungen habe. Hitler schob den bevorstehenden Abschluss des französisch-russischen Vertrages vor, der ein «schweres Hindernis in der von ihm angestrebten Besserung der deutsch-französischen Beziehungen» bilde¹⁵. Um diese Zeit war aber bereits ein volles Programm für den Coup mit allen rhetorischen Absicherungen und Scheinangeboten ausgearbeitet. Der Aussenminister hatte zwar seine Bedenken, vor allem, weil «die Beschleunigung den Einsatz nicht lohne», schwieg aber im entscheidenden Augenblick doch¹⁶.

Die Fühlungnahme der Stresa-Mächte zeigte bald die entlastenden Wirkungen des Abessinien- und Rheinland-Unternehmens für den jeweils passiven faschistischen Staat. Die Ablenkungsfunktion der Rheinland-Besetzung wurde von vielen Beobachtern konstatiert¹⁷. Neurath wies gegenüber Italien ausdrücklich darauf hin und sprach die Erwartung aus, dass Rom jetzt die Situation nicht gegen Deutschland ausnutzen werde¹⁸. Mussolini war zumindest vom Zeitpunkt des deutschen Schrittes vollkommen überrascht worden; nachdem er noch am 22. Februar ein längeres Gespräch mit Hassell über die internationale Lage, über den russisch-französischen Pakt, Sanktionen, Locarno und den Völkerbund geführt hatte, bei dem weitgehende Übereinstimmung in

14 ADAP, C, Bd. IV, 2, Nr. 564, S. 1119.

15 Aufzeichnung Neuraths über Gespräch Hitler-François-Poncet am 3.3.1936, ebd., Nr. 604, S. 1195.

16 Aufzeichnung Hassells vom 20.2.1936, ebd., Nr. 575, S. 1139ff.

17 Petersen. Hitler-Mussolini. S. 477.

18 Ebd.; Neurath an Hassell, 8.3.1936, ADAP, C, Bd. V, 1, Nr. 26.

Grundfragen erzielt worden war¹⁹. Vor allem die Ankündigung eines möglichen Wiedereintritts Deutschlands in den Völkerbund verstimmte den Duce. Damit wurde sein eigenes Druckmittel, Sanktionen mit einem Austritt zu beantworten, entwertet. Rom schien an eine Umorientierung der deutschen Politik zu glauben²⁰. Immerhin hat sich Italien trotz der Zusage Mussolinis vom 22. Februar, sich nicht an einer Aktion Englands und Frankreichs wegen eines «angeblichen Bruches des Locarno-Vertrages durch Deutschland» zu beteiligen, und trotz der Erneuerung dieser Zusage am 9. März²¹ der Verurteilung des deutschen Vorgehens im Völkerbundsrat am 19. März angeschlossen. Erst deutsche Proteste liessen Mussolini umschwenken und die Politik des Aussenministeriums stoppen, auf der die französischen Hoffnungen beruht hatten.

Eden schlug schon am 8. März dem Kabinett vor, auf der Grundlage der gegebenen Situation mit Deutschland zu verhandeln. Er zielte vor allem auf einen Luftpakt ab. Hitlers Methoden wurden nicht gebilligt. Aber hatte er nicht genommen, was man ohnehin zuzugestehen bereit gewesen wäre? Dieser Logik entzog sich das Kabinett nicht. Dazu gehörte auch die Billigung des Gedankens, dass England Frankreich von jeder militärischen Aktion abbringen solle und dass auch kein Beschluss des Völkerbundsrates Frankreich zum Vorwand einer Aktion dienen dürfe²².

Die Reaktionen der Locarno-Mächte sind nur verbal heftig gewesen. Was von Deutschland am 19. März verlangt wurde, wurde von Berlin zurückgewiesen. Man dachte nicht daran, die Angelegenheit durch den Internationalen Gerichtshof entscheiden zu lassen oder in der Phase der vorgeschlagenen Verhandlungen über die Zukunft der Zone und über eine allgemeine europäische Vereinbarung einer internationalen Streitkraft Zugang zu gewähren.

Die Stresa-Front war zerbrochen, der Versailler Vertrag weitgehend ausser Kraft gesetzt. Der Locarno-Vertrag hatte sich als unzulänglich gegenüber einer Politik erwiesen, die die Interessengegensätze der europäischen Mächte geschickt auszunutzen verstand. Insbesondere die Unfähigkeit Frankreichs zur entschlossenen Aktion wertete Hitlers Position in Europa und in der Welt zusehends auf. Belgien verliess das Bündnis mit Frankreich. Polen, in der Krise doch schwankend geworden, sah sich jetzt stärker als zuvor

19 Politischer Bericht Hassells an das Auswärtige Amt, AD AP, C, Bd. IV, 2, Nr. 579, S. 1148 ff.

20 Völlige Klarheit über die Motive und die Strategie Mussolinis ist noch nicht zu gewinnen, s. Petersen, Hitler-Mussolini, S. 475.

21 Hassell an das Auswärtige Amt (s. Anm. 19) und Petersen, Hitler-Mussolini, S. 477.

22 Teilzitate aus dem Eden-Memorandum vom 8. 3. bei Gibbs, Strategy, Bd. 1, S. 239f. Text in DBFP, 2, Bd. XVI, Nr. 48; zum Luftpakt: Eden an Baldwin, 8.3.1936, ebd., Nr. 50. Dass es sich um ein anderes Angebot handeln müsse als 1935, das Hitler dem britischen Botschafter im Dezember abgelehnt hatte unter Hinweis auf den französisch-russischen Pakt, ist von Eden wohl unterstellt worden. Hitler benutzte das russisch-französische Abkommen als probates Druckmittel und bestätigte so, was die britischen Gegner des Arrangements befürchtet hatten. Zum Gespräch Hitler-Phipps am 13. Dezember 1935 DBFP, XV, Nr. 383, Phipps an Haase, 16. Dezember. Hitler suchte ein spezielles Geheim-Abkommen mit England, zwischen «the two great Germanic peoples», dazu auch Manne, Foreign Office, S. 725-755 (742).

auf Deutschland angewiesen, obwohl sein Wert für Hitler entschieden geringer geworden war.

Italien bewegte sich ebenfalls jetzt eindeutiger auf Hitler zu. Mussolini erblickte in England den Hauptwidersacher seiner imperialistischen Politik. Er bot Hitler nun die Abstimmung der beiderseitigen Politik in Locarno-Fragen an²³. Zwar gab er auch noch Zusicherungen nach der anderen Seite, falls die Sanktionen aufgehoben würden, aber alles in allem verstärkten sich von nun an die deutschitalienischen Kontakte auf vielen Ebenen. Sicherstes Anzeichen für eine Wendung der italienischen Aussenpolitik wurden die Entscheidungen Mussolinis nach dem erfolgreichen Abschluss des Abessinien-Unternehmens im Mai 1936. Das Land wurde annektiert. Der Völkerbund beschloss im Juli, die Sanktionen gegen Italien aufzuheben. Italien war aus den Schwierigkeiten heraus, und jetzt löste Mussolini die Vertreter einer prowestlichen Politik, Suvich und Aloisi, ab. Sein Schwiegersohn, Graf Ciano, wurde im Juni Aussenminister. Eine Einigung über Österreich zeichnete sich ab, angedeutet bereits in Ausführungen Mussolinis vom 7. Januar 1936. Damals hatte er dem deutschen Botschafter zugesagt, Österreich dürfe Satellit Deutschlands werden, eine von Deutschland abhängige Politik treiben, wenn es nur formell selbständig bleibe²⁴. Jetzt folgten konkrete Schritte. Schuschnigg bekam zu hören, das österreichische Problem, das einer engen Verbindung Deutschlands mit Italien im Wege stehe, müsse gelöst werden²⁵. Im April stoppte Mussolini die finanziellen Zuwendungen an die Heimwehr²⁶. Mit dem deutsch-österreichischen Abkommen vom Juli war der lang gesuchte Modus vivendi gefunden. Deutschland erkannte die Unabhängigkeit Österreichs und den Grundsatz der Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten an. Die aussenpolitische Gleichschaltung wurde vereinbart. Österreich erklärte, es wolle eine Linie verfolgen, die sich aus der Tatsache, dass Österreich ein deutscher Staat sei, ergebe. Berlin erwartete demgemäss eine Zollunion und militärische Absprachen. Österreich trat aber nicht der Achse bei und zeigte sich auch in anderen Fragen zurückhaltend. Ein geheimes Zusatzabkommen, ebenfalls vom Juli 1936, sah vor, dass die nationale Opposition in die «Vaterländische Front» einbezogen werden solle: ein Schachzug, der auf längere Sicht die Nationalsozialisten in die Ausgangsposition für die Machteroberung führen sollte. Misstrauen blieb auf beiden Seiten lebendig. Dennoch: Hitler erreichte jetzt ohne Mühe, was zuvor nicht möglich gewesen war. Welch ein Abstand in der Lageentwicklung seit Stresa! Und das, obwohl Deutschland während des Abessinien-Konflikts durchaus nicht nur freundliche Neutralität bewiesen hatte. Um Italien länger zu binden und damit auch das Engagement der Westmächte zu intensivieren und zu verlängern, war Haile Selassie mit Waffen belie-

23 Memorandum Bülow's vom 21. 3.1936, ADAP, C, Bd. V, 1, Nr. 174; Petersen, Hitler-Mussolini, S. 478.

24 Telegramm Hassells an das Auswärtige Amt vom 7.1.1936, ADAP, C, Bd. IV, 2, Nr. 485, S. 954ff.

25 Gehl. Austria. S. 126.

26 Petersen, Hitler-Mussolini, S. 483.

fert worden. Der Diversionseffekt des Abessinien-Unternehmens für Mitteleuropa sollte gefördert werden. Würden nun, Mitte 1936, die Gewinner im Ablenkungspoker, die beiden revisionistischen Grossmächte, endgültig zueinanderfinden und Europa neue Probleme stellen?

2. Engagement in Spanien

Eindeutig lässt sich bis heute nicht sagen, was Hitler zur Intervention in Spanien bewogen hat. Wahrscheinlich wirkten mehrere Motive gleichzeitig dahin. Weder ein überwiegend wehrwirtschaftliches Interesse²⁷ noch strategische Absichten gegen den Westen können allein als massgebend angesehen werden. Auch der Gedanke, ein antidemokratisches Regime aufbauen zu helfen und eine kommunistische Einflusszone zu verhindern, hat sicher mitgespielt²⁸ sowie die Absicht, den Gegensatz zwischen Italien und Frankreich zu vertiefen.

Hitler erfasste blitzschnell die Gelegenheit, sich in eine neue europäische Krise einzuschalten. Er setzte sich einfach über das Auswärtige Amt hinweg. Eine Koordination erfolgte nicht. Grossen Anteil an der Einleitung der Entscheidung hatte Gauleiter Bohle, der Chef der Auslandsorganisation der NSDAP²⁹. Am 17. Juli 1936 revoltierten in Spanisch-Marokko die Generale gegen die Madrider Volksfrontregierung. Eine Woche später gab Hitler in Bayreuth seine Hilfszusage an Franco, vielleicht in der Erwartung eines schnellen Erfolges³⁰. Die letzten Meldungen der deutschen Botschaft, die Hitler sehr wahrscheinlich vorlagen³¹, entwarfen ein düsteres Bild: Innenpolitisch malten sie die Gefahr eines spanischen Sowjetregimes an die Wand, und aussenpolitisch sprachen sie von der Aussicht auf ein fest an den französisch-russischen Block angeschlossenes Spanien³². Auch Franco argumentierte in seinem Brief in dieser Richtung. Hitler bewertete diese Aussichten ernster als das Auswärtige Amt.

Sehr rasch kamen Materiallieferungen in Gang³³. Das Engagement war ganz und gar nicht im Sinne des Auswärtigen Amtes und der Kriegsmarine³⁴. Hier schied sich zum erstenmal sichtbar und öffentlich Hitlers weitere Ziele ansteuernde Politik von einer selbst umfassend gedachten Revisionspolitik. Hitler, Göring, anfänglich zögernd, und Blomberg spielten bald eng zusammen. Aber selbst zur Zeit des aktiven Eingreifens der «Legion Condor», die hier auch Erfahrungen im strategischen Bombenkrieg sammeln wollte, blieb die deutsche Hilfeleistung weit hinter Italiens Engagement zurück.

Für die Entwicklung hin zur Hegemonie über den Kontinent setzte das deutsch-italieni-

27 Schieder, Spanischer Bürgerkrieg; Beitrag Volkmann, S. 375 ff.

28 Abendroth, Hitler.

29 Merkes, Deutsche Politik, S. 19 f.; Jacobsen, Aussenpolitik, S. 422 f.

30 Merkes, Deutsche Politik, S. 363.

31 Abendroth, Deutschlands Rolle, S. 474.

32 ADAP, D, Bd. III, Nr. 4.

33 Maier, Guernica, S. 27ff.; nach neuen Quellen.

34 ADAP, D, Bd. III, Nr. 50.

sche Engagement, das seit Oktober/November 1936 zum offenen Einsatz militärischer Verbände übergang³⁵, vor allem aber der Ausgang des Unternehmens, wichtige Akzente. Auf der einen Seite verhinderte dieser Ausgang die Bildung eines französisch-spanischen Volksfrontblocks und verbesserte die wirtschaftlichen und strategischen Positionen der sich enger aneinander schliessenden faschistischen Mächte. Andererseits zeichneten sich die gegenläufigen Interessen der westlichen Demokratien und der faschistisch-nationalsozialistischen Staaten deutlicher ab. Zwar hat die englische Regierung gezögert, sich jetzt eindeutig festzulegen, aber die Ursachen dafür waren sehr komplex. So existierte eine Abneigung, sich an der Seite des Volksfront-Frankreichs auf einen Krieg einzulassen, möglicherweise in mittelbarer Verbindung mit der Sowjetunion, «deren Ziel es sei, den Bolschewismus in ein erschüttertes Europa» hineinzubringen. Sir Maurice Hankey, Sekretär des Kabinetts und des Committee of Imperial Defence und damit einflussreicher Berater der Regierung in militärpolitischen Angelegenheiten, die Stabschefs und andere verspürten keine Neigung, die spanische Republik zu unterstützen³⁶. Sie wünschten, mit Mussolini ins reine zu kommen. Ja selbst Vansittart, unsicher, ob Hitler England oder Russland als Hauptfeind betrachte, wünschte zunächst Zeit für die Aufrüstung zu gewinnen, sei es durch «economic appeasement oder durch koloniale Zugeständnisse»³⁷. Das waren seine Gründe für eine Ablehnung von Interventionen in dieser Zeit. Diese Auffassung ging einher mit der Überzeugung, dass ein Krieg zwischen Deutschland, Frankreich und England die soziale Ordnung, «wie wir sie kennen», zerstören würde. Hitler zielte mit der nun verstärkt betriebenen antisowjetischen Propaganda also durchaus in eine Richtung, in der er ein korrespondierendes Reagieren voraussetzen konnte – aber er hatte seine Glaubwürdigkeit schon in hohem Masse verspielt.

Innenpolitisch wie aussenpolitisch brachte der spanische Bürgerkrieg einen Höhepunkt in der propagandistischen antisowjetischen Strategie des Dritten Reiches. Hitler vertraute auf diese Waffe so sehr, dass er Goebbels die Kampagne mit dem Ziel betreiben liess, künftigen aussen- und wehrpolitischen Schritten dadurch «schon jetzt» eine «ausreichende Begründung» zu geben³⁸. Damit kündigte sich der weitere Dynamismus der deutschen Politik konkret an.

Der Weg zur Vorbereitung der Expansion nach Osten sollte über England gesucht werden. Italien blieb zunächst nur eine Karte in einem Spiel um höheren Einsatz. Hitlers Erfolge führten ihn zu der Auffassung, England werde sich letztlich nicht gegen die Ost-

35 Zur Entwicklung und Intensivierung des Engagements übersichtlich Maier, Guernica. Coverdale, Italian Intervention; einen Überblick über die internationalen Interessesheteiligungen bietet Der Spanische Bürgerkrieg.

36 Cowling, Impact, S. 162.

37 So in seinem Memorandum vom 31.12.1936, «The world situation and British Rearmament», zit. ebd., S. 158.

38 Jacobsen, Aussenpolitik, S. 457 u. 821. Streng vertrauliche Weisung des Propagandaministeriums an die deutsche Presse zur verschärften Kampagne gegen die Sowjetunion und die Rote Armee vom 21.8.1936; vgl. zur antibolschewistischen Propaganda auch Beitrag Wette, S. 137 f.

expansion stellen. Das Empire sei ihm wichtiger als Europa. Er meinte, der qualitative Umschlag von Kontinental- in Weltpolitik bestimme sich im Sinne seiner programmatischen Vorstellungen und hänge mit dem Einsetzen des deutschen Ausgriffs nach Übersee zusammen, der in die Rivalität mit den USA führen werde. Von hierher definierte er, wenn auch häufig von Zweifeln geplagt, die mutmasslichen Einstellungen der britischen Politik auf kontinentaleuropäische Entwicklungen³⁹. Gaben ihm die englischen Reaktionen auf die Rheinland-Besetzung, auf das italienische Abessinien-Unternehmen⁴⁰ und dann auf die Vorgänge in Spanien nicht recht? Er sah jedenfalls im März 1936 den englischen «Realismus» als mögliches Indiz dafür an, dass er, wenn auch nicht mit Billigung Englands, vielleicht aber doch ohne seine Gegnerschaft, den eingeschlagenen Kurs weiterverfolgen könne. Afrika und das Rheinland sind in diesem Sinne zutreffend als «Testfälle» für Hitler beschrieben worden⁴¹. Sie zeigten aber auch die britische Distanz gegenüber irgendwelchen Bündnisgedanken. Den Grundsatz der Gleichberechtigung und Nichteinmischung hatte Hitler schon als verletzt angesehen, als im März 1935 das britische Rüstungswissenschaftsbuch sich mit innerdeutschen Entwicklungen beschäftigt hatte⁴². Das Weissbuch liess trotz der sorgfältig abgestimmten Formulierung deutlich werden, dass Deutschlands Aufrüstung als bedrohlich empfunden wurde. Den auf eine Forcierung der englischen Rüstung drängenden Kräften, also Hankey, Vansittart, Fisher und den Stabschefs, gelang es, das Kabinett wenigstens in die Richtung ihrer Vorstellungen zu bringen⁴³. Die innenpolitische Absicht, die Nation zum Umdenken in der Rüstungsfrage zu inspirieren, schlug freilich fehl.

Hitler missfiel die durchgängige Kritik, die die englische Presse an den Vorgängen in Deutschland übte⁴⁴. Dass starke Kräfte in England dagegen waren, Deutschland den Kontinent zu überlassen, konnte er nicht übersehen. Die Haltung der Mächte im spanischen Bürgerkrieg liess die «Auseinanderentwicklung» der Interessen noch deutlicher werden. Die ideologischen Fronten hoben sich stärker gegeneinander ab. In England verbreitete sich zudem die Überzeugung, Hitler gehe es um die Erlangung strategischer Positionen für einen kommenden Krieg gegen die Westmächte⁴⁵. Insgesamt verloren Hitlers Argumente an Glaubwürdigkeit. Die «Antibolschewismus»-Propaganda enthielt für die westlichen Nationen ihren machtpolitischen Kern.

39 Einen Versuch, die «Etappen» im deutsch-englischen Verhältnis darzustellen, hat Hillgruber unternommen: England in Hitlers aussenpolitischer Konzeption, weitgehend angelehnt an Henke, England.

40 S. dazu den Eindruck François-Poncets, DDF, 2, Bd. I, Nr. 359, vom 10.3.1936; Henke, England, S. 47.

41 Besonders zu erwähnen Henke, England, S. 48.

42 Deutschland und England, S. 51 ff.; Henke, England, S. 51.

43 S. dazu auch Meyers, Sicherheitspolitik, S. 253 ff.

44 Ob die Presse Hitlers England-Bild, vor allem seine Einschätzung des politischen Willens des Inselreichs, negativ oder positiv beeinflusst hat, ist in der Forschung umstritten, s. Aigner, Ringen, S. 98, und Kieser, Appeasementpolitik, S. 3.

45 Aigner, Ringen, S. 302.

Remilitarisierung des Rheinlandes und Engagement im spanischen Bürgerkrieg sind als «geniales Rezept» zur Trennung der Gegner und zur Schaffung von «Turbulenzen» in den «verfestigten europäischen Verhältnissen» gewertet worden⁴⁶. Genauer besehen handelte es sich eher um die Nutzung von bereits gegebenen Diversionseffekten der Aussenpolitik der beiden faschistischen Staaten. Hitler operierte im Rahmen weitgesteckter Ziele ausgesprochen experimentell, und zwar, was nicht übersehen werden darf, aus einer Position relativer Schwäche. Hitler wusste zwar, dass der «Geist von Stresa» tot war. Mussolini hatte es wiederholt versichert. Aber die aufsehenerregenden Schritte des Jahres 1936 mussten erst noch zeigen, ob er zu weit gegangen war. Eine echte Wahl zwischen Italien und England hat Hitler mit seinem Spanien-Engagement und mit seiner Haltung im Äthiopien-Konflikt nicht getroffen. Auch insofern sind seine Initiativen experimentell geblieben. Der alles überwölbende antibolschewistische Propagandafeldzug war im Blick auf London zugleich als Hinweis auf grössere und im letzten Sinne gemeinsame Aufgaben inszeniert worden. Sein Effekt wurde schon deswegen hoch einkalkuliert, weil die Probleme im englisch-französischen Verhältnis seit der Bildung der Volksfrontregierung überbewertet wurden.

3. Klärung der Standpunkte

Das Jahr 1936 zeigte Hitler im Zenit revisionspolitischer Erfolge, die ohne militärische Konfrontation möglich geworden waren. Bis zu diesem Punkt liess sich auch das Engagement der konservativen Führungsgruppen ohne grössere Diskussionen einspannen. Erschrecken vor Hitlers Methoden, vor voreiligen Schritten, verdichtete sich kaum jemals zur Erkenntnis, dass der Kurs schnell in den Krieg führen werde. Hitlers Erfolge entzogen pessimistischen Analysen die Grundlage.

Nur in der Wirtschaft folgten die Zahlen nicht den Wünschen. Die Steigerung der Rüstungsproduktion signalisierte nicht die Überwindung ökonomischer Schwierigkeiten. Im Gegenteil, die Rüstung legte die Schwächen der schmalen Rohstoff- und Devisenbasis des Reiches bloss. 1936 war die Zeit gekommen, wo eine langfristige Politik das Tempo hätte drosseln müssen, sollten nicht alle Ressourcen aufgebraucht werden. Aber Hitler stellte sich gegen den ökonomischen Imperialismus Schachts und seiner Anhänger, die das Ziel der wirtschaftlichen Hegemonie über den Kontinent verfolgten, was liberale Wirtschaftsgrundsätze, Rüstungs- und Konsumeinschränkungen vorausgesetzt hätte. Dagegen stellte Hitler mit seiner Denkschrift vom August 1936⁴⁷ ein Programm der Unterordnung der Wirtschaft unter die Erfordernisse der schnellen Aufrüstung. Die

46 Fest, Hitler, S. 664 und S. 685.

47 Treue, Hitlers Denkschrift; Petzina, Autarkiepolitik, S. 48ff.; vgl. Beitrag Volkmann, S. 329ff.; Deist, S. 525.

Wirtschaft führte Hitler auf die schon in «Mein Kampf» entwickelte Funktion zurück: Schaffung der Voraussetzungen «für die Selbstbehauptung, für die Erweiterung des Lebensraumes». Ausmass und Tempo «der militärischen Auswertung unserer Kräfte» konnten nicht gross und schnell genug gewählt werden. Deutschland brauche die «Erste Armee» der Welt «in der Ausbildung, in der Aufstellung der Formationen, in der Ausrüstung» und in der Erziehung: Sonst werde Deutschland verloren sein. Diese Tempo- und Qualitätsforderungen schlossen sich im Prinzip gegenseitig aus. Sie wurden nicht ausdiskutiert bis zu der Frage, welches Kriegsbild all den Anstrengungen zugrunde zu legen sei. Im Gegensatz zur Planung vor 1914 existierte keine Klarheit darüber, mit welchen Gegnern und in welcher Reihenfolge die strategische und materielle Vorbereitung rechnen musste. Die Militärs beurteilten mögliche künftige Entwicklungen anders als Hitler.

Die Wirtschaft sollte in der Phase der akuten Vorbereitung auf den Krieg die Lebensbedingungen der Nation sicherstellen. Nahrungsmittelimporte durften aber nicht auf Kosten der Aufrüstung gehen. An die erste Stelle hatten die Bedürfnisse der Wehrwirtschaft zu treten. Autarkiebestrebungen sollten ohne Rücksicht auf Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkte forciert werden. Dieser Kurs setzte auf die dereinstige Lösung aller zwischenzeitlich auftretenden ökonomischen Schwierigkeiten durch den Lebensraumkrieg, der nach Hitlers festgefahrenen Vorstellungen allein die Zukunft des Volkes, sein Wachstum und seine weitere Entwicklung endgültig sicherstellen konnte. Die nationale Wirtschaft diente nun erkennbar nicht allein mehr dem Ziel, eine Aufrüstung zu betreiben, um die deutsche Gleichberechtigung und Sicherheit durchzusetzen, sie war vielmehr jetzt auch erklärermassen auf den Krieg schlechthin programmiert. Eine andere Alternative bot sich danach nicht mehr, es sei denn ein neuer absoluter Kurswechsel unter der Devise: das Ganze halt! – mit dem Verzicht auf die militärisch zu betreibende Expansion.

Das Programm Hitlers wurde mit dieser Instrumentalisierung der Wirtschaft im Grossen und Ganzen unkorrigierbar. Damit war der Ablauf im Einzelnen nicht festgelegt, nur, dass am Ende die Expansion stehen werde. Der Krieg war vorgezeichnet. Die Aufgabe war gestellt: 1. Die deutsche Armee muss in vier Jahren einsatzfähig sein. 2. Die deutsche Wirtschaft muss in vier Jahren kriegsfähig sein. Geschehen sollte dies durch die Verfügbarmachung aller Mittel für die Rüstungsproduktion. Bevorratungen hielt Hitler geradezu für ein Verbrechen. Eine Führung, die Vorräte anlegt, statt Granaten zu drehen, «verdient... aufgehängt zu werden»⁴⁸. Eine vorübergehende Entlastung der Lage der Bevölkerung durfte nach Hitler nur im Rahmen der für die Rüstung gesetzten Prioritäten erfolgen. Hitlers Denkschrift ist von den Engpässen provoziert worden, die sich als Folge der forcierten Rüstung einstellten. Die Denkschrift ist daher nicht nur als Entwurf und Programm anzusehen, sondern muss als Dokument eines schon gegebenen Gesamtzusammenhangs aufgefasst werden, der sich dahin charakterisieren lässt, dass

Aufrüstungsdimension und -tempo bei gleichzeitiger Anstrengung, den Lebensstandard nicht entscheidend sinken zu lassen, die deutschen ökonomischen Möglichkeiten überstrapazierten. Die Notwendigkeit des Vierjahresplans liess sich nur vom Ziel eines baldigen Krieges her begründen. Seine Effektivität angesichts der Möglichkeit eines Krieges gegen die Westmächte war von vornherein zweifelhaft. Dieser Kurs musste neue Probleme schaffen – nicht zuletzt Zeitnot.

Über welche Zwischenetappen der Weg in den Krieg führen musste, war 1936 nicht abzusehen. Solange Hitler noch an das Arrangement mit England glaubte, schien ein Programm einzelner «Blitzfeldzüge» zur schrittweisen Raumerweiterung kaum logisch⁴⁹, weil Frankreich seit 1935 zusehends in Abhängigkeit von der britischen Politik geraten und so eine gegenseitige Rücksichtnahme zwingender geworden war. Ein Arrangement hätte somit prinzipiell den direkten Vorstoss gegen die Sowjetunion ermöglichen können. Hitlers Überlegungen setzten aber schon 1936 nicht einfach die Parallelschaltung der deutschen und der britischen Politik voraus. Er hoffte zwar noch, mit Druckmitteln ans Ziel gelangen zu können, aber bisher hatte er keine Anzeichen für die Bereitschaft zu Gesprächen über von ihm gewünschte Vereinbarungen gefunden. Hitler bezeichnete seit Langem die Sowjetunion als die grosse Gefahr für Europa, insbesondere, wenn er andere politische Ziele vor den Westmächten zu kaschieren wünschte. Auch in der Innenpolitik benutzte er dieses Rezept. In seiner Vierjahresplan-Denkschrift suchte er die Notwendigkeit aller Anstrengungen mit der Gefahr des bolschewistischen Imperialismus zu begründen. Auf dieser Linie lagen auch die in diesem Monat ergangenen geheimen Anweisungen an die deutsche Presse. Aber angesichts der geringen Bewertung der sowjetischen Kampfkraft in späteren Jahren gibt diese Argumentation keinen Anhaltspunkt für seine 1936 möglicherweise schon heranreifenden Pläne für die ersten Schritte einer militärischen Expansion. Auf der anderen Seite war Frankreich im Rahmen einer nach Osten zu richtenden Lebensraumpolitik auf eine negative Grösse herabgesunken, kein Ziel um seiner selbst willen mehr. War es jetzt auf dem Weg über Grossbritannien indirekt auch aus dieser Rolle zu verdrängen? Konnte damit die Zeit- und Richtungsfolge der nun anzustuernden Expansionen geändert werden? Oder kann der Krieg gegen Frankreich als direkte Fortsetzung, ja als bruchloser Vollzug der politischen Vorstellungen der zwanziger Jahre angesehen werden? Hätten also Entwicklungen der dreissiger Jahre letztlich keine modifizierende Kraft besessen? Sicherlich sind zahlreiche Äusserungen Hitlers, etwa vor der Rheinland-Besetzung, wesentlich taktisch bedingt gewesen. Das gilt für alle auf eine definitive deutsch-französische Aussöhnung anspielenden Bemerkungen und Gesten, solange Hitler noch eine französische Intervention als Reaktion auf die Vertragsverletzungen der Jahre 1935 und 1936 zu befürchten hatte. Die Äusserungen gegenüber Bertrand de Jouvenel können als eines dieser taktischen, auf Irreführung und Einschläferung des Widerstandswillens zielenden Mittel an-

gesehen werden. Durch seine Aussenpolitik wolle er, so Hitler, seine historisch bedingten Sätze über den französischen Erbfeind korrigieren. Zahlreiche Hinweise und Andeutungen seit dem 30. Januar 1933 schienen das zu bestätigen. Denn wiederholt hatte er darauf hingewiesen, dass er keine Revanchegefühle habe, dass er auf Elsass-Lothringen verzichte.

Führte aber vielleicht der Satz, Frankreich könne, wenn es nur wolle, «jener angeblichen deutschen Gefahr ein Ende bereiten»⁵⁰, nicht doch schon in eine neue Richtung der Frankreich-Politik, die die Abhängigkeit Frankreichs von Grossbritannien als Gegebenheit nahm und darauf aus war, einen direkten Zugang zum Ostimperium zu ermöglichen? Nach der Remilitarisierung des Rheinlandes und der schon vorher erreichten Rückführung des Saargebietes war zudem die Basis der französischen Politik gegen Hitler schmaler, weniger sanktionsbewehrt⁵¹.

Eine festumrissene Politik mit derartig neuen Prämissen ist dennoch kaum zweifelsfrei nachzuweisen, eben wegen der Abhängigkeit vom Kurs Grossbritanniens. Darüber aber tappte Hitler im Dunkeln. Wünsche und Hoffnungen traten bekanntlich in dieser Hinsicht mehr und mehr an die Stelle jener Überzeugungen, mit denen Hitler sich in den zwanziger Jahren so überlegen über die politische Weisheit der wilhelminischen Epoche gefühlt hatte. So muss auch eine mögliche neue Akzentsetzung für die Phase transrevisionistischer Expansionen mit aller Vorsicht in den Blick genommen werden. Ein «Indizienbeweis»⁵² muss sich der Schwächen dieses Demonstrationsmittels bewusst bleiben. Aber die Möglichkeit eines derartigen Umdenkens kann nicht ausgeklammert werden.

Immerhin setzte Hitler nach der Rheinland-Besetzung seine Verständigungsofferten fort – nunmehr nicht länger mit dem aktuellen Täuschungsanliegen. Er handelte jetzt aus einer Position relativer Stärke. Seine Beteuerungen, auch Elsass-Lothringen oder sonstige Forderungen nicht vor eine deutsch-französische Nachbarschaft des guten Willens stellen zu wollen, waren sicher auch auf Grossbritannien berechnet⁵³. Es folgte nach der Rheinland-Besetzung so etwas wie eine Offensive der Vertrauenswerbung nach Westen: Die Aufgabe der Zukunft sei es, dafür zu sorgen, dass sich Deutschland und Frankreich gegenseitig nicht mehr bedroht zu fühlen brauchten⁵⁴. Auf einer Wahlkundgebung am 16. März in Frankfurt a.M. rief er den Versammelten zu, er sei «jederzeit bereit», «mit der französischen Regierung einen Akkord einzugehen». Er lege dem deutschen Volk die Frage vor: «Deutsches Volk, willst du, dass zwischen uns und Frankreich nun endlich das Kriegsbeil begraben wird und Friede und Verständigung eintritt? Willst du das, dann sage ja»⁵⁵.» Das Echo zeigte die Wirkung dieser Propaganda nach innen. Dass

50 Unterredung mit B. de Jouvenel vom 21.2.1936, DNB-Text vom 28.2. bei Domarus I, S. 579.

51 Knipping, Frankreich, S. 621.

52 Wie ihn Knipping (Frankreich) zur Diskussion gestellt hat.

53 So schon in dem Interview mit Ward Price am 9.3.1936, s. Domarus I, S. 600. Phipps an Eden, 11.3.1936, erwähnt den Punkt nicht, DBFP, 2, Bd. XVI, Nr. 68.

54 Ebd.

55 Ebd., S. 607.

hier ein wirkliches Bedürfnis der Nation angesprochen wurde, diente zugleich dem Ziel, nach aussen glaubwürdig zu sein.

Aber diese Versicherungen blieben im Unverbindlichen stecken. Grossbritannien verlangte eine Geste, etwa einen einstweiligen Verzicht auf die Befestigung des Rheinlandes. Die Erfahrungen Ribbentrops in London liessen also keineswegs erkennen, dass die englische Führung leeren Versicherungen zu glauben bereit war⁵⁶. Die Formel Hitlers von einer «dauerhaften» Ordnung gleichberechtigter Völker⁵⁷ stiess sich an der englischen Vorstellung, Europas Probleme im Rahmen des Völkerbundes zu lösen.

Noch skeptischer als England hat Frankreich auf den Nachbarn geblickt. Eine etwaige Absicht, den Westen zum Stillhalten bewegen zu können bei einem Ausgriff nach Osten, musste jedenfalls auch in Hitlers Augen um diese Zeit schon mit erheblichen Zweifeln besetzt gewesen sein. Der russisch-französische Vertrag hat diese Stimmung nur verstärken können, und selbst die verständigungsbereite Laval-Regierung war nicht in der Lage, Hitlers Zweifel zu beheben⁵⁸. Dennoch setzte er die Politik verbaler Versicherungen und Gesten fort. Auch im inneren Zirkel stellte er einen Krieg mit Frankreich wegen Elsass-Lothringen als nicht lohnend hin, ganz im Sinne von frühen Überlegungen über das Ziel eines Krieges⁵⁹. Offenbar hat er den sich nicht auszählenden Krieg in dieser Phase nicht als Vorschalt ereignis des Lebensraumkrieges gewünscht, wengleich die Zweifel an dem Realitätsgehalt solcher Wünsche wach waren. Aber wenn er einen «Modus vivendi» anstrebte⁶⁰, der es erlauben konnte, die Auseinandersetzung mit Frankreich auf die Zeit nach der Ostexpansion zu vertagen, so konnte er dafür nur wenig bieten. Eine «Gegenleistung» für französisches Desinteresse in Osteuropa stellte die Zusicherung des französischen Besitzstandes schwerlich dar.

Hitlers Politik gegenüber Frankreich ist als Versuch der Einschläferung des Widerstandswillens des Nachbarn beschrieben, auch in den Zusammenhang der «Strategie der Selbstverharmlosung» gestellt worden⁶¹. Zeitweise stand als Motiv im Vordergrund, Gegenaktionen gegen deutsche Vertragsverletzungen zu vermeiden. Nach der Remilitarisierung des Rheinlandes flossen alle diese Absichten und Zwischenziele in eine allgemeiner gehaltene Politik ein, die bei der Verfolgung des Hauptziels der Hitlerschen Aussenpolitik Optionsfreiheit sicherstellen sollte⁶². Wie schon 1934⁶³ konnte ein auf

56 Henke, England, S. 48.

57 Hamburger Rede vom 20. 3.1936, Domarus I, S. 608.

58 Vgl. Aufzeichnung Neuraths über Gespräch Hitler-François-Poncet vom 21.11.1935, ADAP, C, Bd. IV, 2, Nr. 425, S. 831 f. Zur französischen Deutschlandpolitik s. Duroseile, Milieux gouvernementaux; ders., La décadence, Histoire des relations internationales, Bd. 8, Teil 2; Adamthwaite, France.

59 Speer, Erinnerungen, S. 135.

60 Knipping, Frankreich, S. 622.

61 Jacobsen, Aussenpolitik, S. 328,331 ff.

62 Zum Forschungsstand und zu den einzelnen Motiven neuerdings kurz Hildebrand, Frankreichpolitik.

63 Dazu Wollstein, Revisionismus, S. 299.

deutsche Vorstellungen eingehendes Frankreich Hitler nur gelegen kommen. Zeitlich begrenzte Bündnisse, Nichtangriffspakte oder Stillhalteabsprachen liessen sich für einen Mann wie Hitler durchaus mit langfristigen Zielen verbinden⁶⁴, die derartige Absprachen sinnleeren mussten. Bündnisse mit den «Feinden Deutschlands» hatte Hitler schon in «Mein Kampf» als denkbar bezeichnet. Sie passten in eine politische Gesamtstrategie, die auf die endgültige Befriedigung der Lebensansprüche der Nation zielte. Für Hitler gab es dabei weder rechtliche noch moralische Bedenken.

Ohne die Programmfunktion einer deutsch-französischen Annäherung auszusprechen, hatte Hitler immerhin Ende November 1935 den Franzosen schon zu verstehen gegeben, dass er eine solche Annäherung bei Weiterbestehen des russisch-französischen Bündnisses nicht für möglich halte, ja, dass überhaupt die Sowjetunion nicht in europäische Angelegenheiten hineingezogen werden dürfe.

Hitler hatte damit wohl jene Grenze bezeichnet, die er um den Preis einer Verständigung mit Frankreich nicht zu überschreiten gedachte. Das Entweder-Oder zu wählen, lag in Hitlers Sicht bei Frankreich. Davon hing im Wesentlichen die Einordnung ab, die es in der Eröffnung der Partie gegen die Sowjetunion finden sollte.

Auch die Einschätzung Englands ist von dem ins Auge gefassten Krieg her erfolgt. Wieviel Entwicklungsstufen von der Annahme eines «Mit England» über das «Ohne England» zum «Gegen England» dabei feststellbar sein mögen⁶⁵: Im eigentlichen Sinne handelte es sich dabei um einen Prozess der Abschwächung Hitlerscher Wunschvorstellungen bis hin zur Erkenntnis der Fakten. Darauf baute Hitler jahrelang eine letztlich unfruchtbare England-Strategie auf. Auf die Phase der Werbung mit dem «Angebot» der Interessenabgrenzung, ja, der Hilfe bei der Empire-Absicherung, des Verzichts auf Flotten- und Weltpolitik folgte ab 1936 eine Phase des Drucks mit kolonialen Revisionsforderungen und Rüstungsanstrengungen. Schon 1935 deutete Hitler gegenüber Journalisten seine Entschlossenheit an, nicht auf Kolonien zu verzichten⁶⁶, danach im Januar 1936⁶⁷. Öffentlich trat er mit der Forderung zum erstenmal am 7. März 1936 hervor. Gerade die Tatsache, dass diese Forderung im Zusammenhang mit der «Friedensrede» aus Anlass der Rheinland-Besetzung vorgetragen wurde, lässt auf taktische Absichten schliessen. England sollten dadurch Probleme geschaffen werden. Damit war gewiss die Erwartung verknüpft, es werde seine Position überdenken⁶⁸. Die Kolonialforderung wurde nun zum vorläufig festen Bestandteil der Strategie Hitlers, jedenfalls

64 Ebd., S. 12; Hildebrand, Frankreichpolitik, S. 591 ff.

65 Kuhn, Programm. Besonders fundiert Henke, England, neuerdings sehr differenziert Hillgruber, England.

66 Interview mit Mr. Baillie von United Press, Domarus I, S. 559.

67 Interview mit Mme Titayna vom Paris Soir, Domarus I, S. 566f., dazu Kuhn, Programm, S. 180.

68 Hillgruber, Strategie, S. 242, sieht hier schon Vorbereitungen einer Politik für das strategische Endziel des «Stufenplans».

zur Begleitmelodie kontinentaler Krisen⁶⁹. Tatsächlich gab es politische Kräfte in England, die die Empire-Politik als die wichtigste Aufgabe ansahen. Ihnen mussten deutsche Kolonialforderungen unbequem sein. Aber alles in allem gingen Hitlers Überlegungen an den primären machtpolitischen Interessen Grossbritanniens vorbei. Wie hätte er reagiert, wenn ihm das Kalkül der Chiefs of Staff bekannt gewesen wäre, das davon ausging, dass Kolonien Deutschland zwingen würden, seine Flotte auseinanderzuziehen⁷⁰? Welche Zugeständnisse Politiker und Militärs in England immer erwogen, ihr Hauptziel blieb, eine neue, stabile Ordnung in Europa zu konstruieren oder wenigstens Zeit zur eigenen Aufrüstung zu gewinnen. So dachten Hankey und auch Chamberlain, als er im Juli 1937 Mussolini wieder auf die Seite Englands zu ziehen suchte.

Hitler missdeutete die englische Reaktion auf Mussolinis Unternehmen in Afrika in charakteristisch fixierter Weise. Dass die Weltmacht zögerte, keine Truppen entsandte, um ihre Einflussosphäre abzustecken, sondern die Angelegenheit über den Völkerbund behandelte, war ihm ein Beweis der Schwäche. Den naheliegenden Schluss, Afrika könne vielleicht in englischen Augen weniger wichtig sein als Europa, zog er nicht. Denn gerade jetzt setzte er auf das Druckmittel der kolonialen Revisionsforderungen. England büsste für ihn an Bündniswert ein, je selbstsicherer Mussolini auftreten konnte⁷¹. Auch diese Konsequenz der britischen Politik ist in London erkannt worden. Der englische Botschafter Phipps hat sie in seinem Rückblick vom April 1937 scharfsichtig formuliert⁷². Und Mussolini, dem an einer deutsch-englischen Annäherung unter keinem Gesichtspunkt gelegen war, bestärkte Hitler während seines Deutschland-Besuchs im September 1937 in dieser Auffassung. Aber es war nicht nur ein an Enttäuschung grenzendes Erstaunen über den mangelnden Schwung der britischen Politik angesichts der italienischen Herausforderung oder der Gedanke, Englands Völkerbundinitiativen indizierten den Sieg jüdisch-determinierter Kräfte in der englischen Politik, die Hitler irritierten und dazu führten, dass er seine «Programm-Vorstellungen» über ein deutsch-britisches Arrangement zu modifizieren begann. Mindestens so wichtig wurde die Erkenntnis, dass sich Grossbritannien seinen Werbungen verschloss. Seit 1936/1937 war sein Zeitplan auf baldige Expansionsunternehmungen abgestimmt. Zum langfristigen Abtasten von Kooperationsmöglichkeiten blieb im Rahmen der selbst provozierten

69 Hildebrand, Aussenpolitik.

70 Cowling, Impact, S. 162. Zur britischen Einschätzung Hitlers ferner Carlton, Anthony Eden. Zur Bedeutung der Empire-Verpflichtungen im Gesamfeld der britischen Politik: Retreat from Power, Bd. 1; Haggie, Britannia at Bay; Holland, Britain; Darwin, Imperialism; Peden, Burden of Imperial Defence, S. 405-423. Peden bezweifelt die These Michael Howards, wonach Empire-Verpflichtungen das europäische Commitment wesentlich beeinflusst haben. Wichtiger sind nach Peden finanzielle Zwänge und die Erfordernisse für «home defence» gewesen: «British strategists never forgot that the United Kingdom was the heart of the Empire and must be protected at all costs» (S. 415).

71 Dazu eingehend Henke, England, S. 40ff.

72 Teilzitat ebd., S. 41.

Zwangsläufigkeiten keine Zeit. Speer gegenüber hat er das eingeräumt; die Situation habe ihn zum Bündnis mit Italien gezwungen⁷³: «Ich weiss wirklich nicht, was ich machen soll.»

Es bleibt die Frage, ob der «Wertverlust»⁷⁴ der englischen Partnerschaft oder die Ausichtslosigkeit seiner Werbungen Hitler 1936/37 stärker beschäftigten. Die Frage lässt sich auch so stellen: Hat er seine Fehldiagnose der zwanziger Jahre erkannt und begriffen, dass Grossbritannien sich traditionsgemäss und nicht nach Hitlers Wunschworstellungen verhielt? Aufgrund vieler Indizien lässt sich wohl nur eine positive Antwort finden. England erwies sich als nicht anpassungsgeneigt. Ein Arrangement mit Hitler war nur zu englischen Bedingungen zu haben. Alles, was im Vorfeld einer solchen Verständigung diskutiert und verhandelt wurde, war vom britischen Standpunkt aus nicht mehr als Appeasement zwecks Zeitgewinn, falls die bezweifelte Einfügung des nationalsozialistischen Deutschland in eine Friedensordnung nicht gelänge. Die englische Bedingung lief auf die multilaterale Absicherung des allerdings nicht für absolut unantastbar gehaltenen Status quo in Europa hinaus. Von dieser Grundposition aus ist auch das Scheitern der deutschen Bemühungen um ein Bündnis mit England, die im Mai/Juni 1936 ihren Höhepunkt erreichten, zu interpretieren⁷⁵. Seit Januar 1936 versuchte Hitler, über die deutsch-englische Gesellschaft neue Kontakte herzustellen. Was der Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha⁷⁶ in Gesprächen mit wichtigen Persönlichkeiten, darunter Eden, Kriegsminister Duff Cooper, Neville Chamberlain, ja auch mit König Eduard VIII., einleitete, suchte bald darauf Ribbentrop konkreter zu fassen. Ribbentrop strebte ein Treffen Hitler-Baldwin an⁷⁷: «Der Ausgang des Gesprächs wird das Schicksal von Generationen bestimmen», erklärte er in Berlin Thomas Jones, dem Berater des britischen Premiers. Das Treffen scheiterte u.a. am entschiedenen Widerspruch Edens⁷⁸. Hitler hat mit diesem Anlauf, der vom Rheinland-Unternehmen nicht einmal durchkreuzt wurde, offenbar die englische Zustimmung zum Anschluss Österreichs erreichen wollen, als Anfang einer noch weitergehenden Interessenabstimmung⁷⁹.

Bei einem Gelingen dieses Werbefeldzuges hätte Hitler seine Rüstungs- und Expansionsziele aussenpolitisch in geradezu «idealer», weil programmimmanenter Weise ergänzt. Die Anspannung aller Ressourcen hätte im Wesentlichen nur auf den Ostkrieg hin erfolgen müssen. Dass sich Grossbritannien versagte, lag in der von Hitler immer wieder bezweifelten Konsequenz der britischen Politik. Hinter dieser Entscheidung verbarg sich mehr als Meinungsverschiedenheiten über die Opportunität eines Treffens Baldwin-Hitler. Hitler musste erkennen, dass seine Pläne Eventuallösungen erforderten,

73 Speer, *Erinnerungen*, S. 85.

74 Formulierung Henkes (*England*, S. 49).

75 Kuhn, *Programm*, S. 187 ff.

76 Bericht in: ADAP. C. Bd. IV, 2, Nr. 531, S. 1039-1049.

77 Jones, *Diary*, S. 194-214.

78 Dazu Eden, *Memoiren*, S. 437.

79 Bemerkung Neuraths zum US-Botschafter Bullitt vom 18.5.1936, IMT, Bd. 37, 150-L, S. 589.

dass noch umfassendere Vorbereitungen auch im Blick auf die Westmächte notwendig werden würden. Von jetzt an geriet er in Zeitnot. Nach der Erreichung wichtiger deutscher Revisionsziele zeichnete sich in dem Gegeneinander des bilateralen deutschen Konzepts und des englischen Ziels, über Regional- und Kollektivpakete den Kontinent in der Ruhelage zu halten, der Gegensatz von kriegerischer und friedlicher Zukunftspolitik ab. Aus englischer Sicht blieb als Verhandlungsspielraum noch die Kolonialfrage und vielleicht der Südosten Europas. Für Hitler ging es um Blockade oder Freigabe einer expansiven Ostpolitik. Die gesamten «Westpaktverhandlungen»⁸⁰ nach der Rheinland-Aktion, die nach englisch-französischer Auffassung eine neue Vereinbarung an die Stelle des Locarno-Vertrages setzen sollten, sind daher von Berlin nicht nur auf die lange Bank geschoben worden; es wurde vor allem peinlich darauf geachtet, dass nicht auch Osteuropa in ein solches Paket eingebunden werden konnte⁸¹. In Frankreich und England wurde diese Politik durchschaut, wozu es keiner besonderen Phantasie bedurfte⁸².

In dieser Zeit der Klärung der aussenpolitischen Voraussetzungen für den Ostkrieg suchte Hitler nach möglichen neuen, wenn auch weniger erwünschten Kombinationen. England blieb, obwohl unerreichbar und trotz prinzipieller Erkenntnis dieses Sachverhalts, Wunschpartner Nummer 1. Mit der Entsendung Ribbentrops als Botschafter nach London sollte ein neuer Versuch zu seiner Heranziehung gemacht werden⁸³. Er sollte das englische Bündnis bringen⁸⁴. Aber der Zeitdruck zwang, parallel dazu andere Bindungen in die Wege zu leiten, möglichst solche, die eine motivierende Wirkung auf die englische Politik haben konnten. Dieses gleichzeitige Suchen nach aussenpolitischer Absicherung der nach eigener Lagebeurteilung bald «notwendigen» Expansionen macht erst das ambivalente Verhältnis zu Grossbritannien verständlich. Wie also stellte sich Deutschlands Lage für Hitler 1937 dar? Als Schlüsseldokumente für den Kurs auf einen baldigen Krieg hin werden Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan vom August 1936 und die Hossbach-Niederschrift vom November 1937 angesehen⁸⁵.

Hitler glaubte 1936, eine weltpolitische Allianz gegen die Sowjetunion erreichen zu können. Je schwächer England eingeschätzt wurde, umso stärker rückte Japan in den Mittelpunkt des Interesses. Waren noch bis 1935 Beziehungen zu Japan mit Rücksicht

80 Dokumente zu den Westpakt-Verhandlungen in: ADAP, C, Bd. V, 2, Nr. 489,515, ferner Nr. 546, 547, 548, 558 u.a.; vollständig: PA Bonn, Westpakt 1-2, vgl. Henke, England, S. 53.

81 S. Henke, England, S. 53ff., hier Angabe zahlreicher wichtiger diplomatischer Vorgänge.

82 Etwa Francois-Poncet am 2.7.1936. DDF. 2. Bd. II, Nr. 379.

83 Zur Ribbentrop-Mission s. vor allem Hildebrand, Reich, S. 491 ff., der darin den «Versuch einer endgültigen Klärung» erblickt; ferner Henke, England.

84 Ribbentrop, Erinnerungen, S. 93. Näher zu Ribbentrops Rolle: Nationalsozialistische Aussenpolitik; Michalka, Ribbentrop.

85 Denkschrift: Treue, Hitlers Denkschrift; Hossbachj-Niederschrift: ADAP, D, Bd. I, Nr. 19, dazu Bussmann, Hossbach-Niederschrift. Gesamtübersicht über die deutsche Aussenpolitik seit 1937: Weinberg, Foreign Policy, Bd. 2; ferner ders., Deutschlands Wille zum Krieg, S. 407-426.

auf England als unerwünscht, ja als Gefahr für den deutsch-englischen Bündnisgedanken angesehen worden⁸⁶, so änderte sich in deutscher Sicht das weltpolitische Kraftfeld seit 1936 wesentlich. In Berlin trat Ribbentrop nachhaltig für eine deutsch-japanische Verständigung ein, in Tokio fand der Gedanke namentlich in der Armeeführung Unterstützung⁸⁷. Auch die Annahme, Japan werde möglicherweise bald in einen Konflikt mit der Sowjetunion geraten, hat mitgeholfen, den Boden für ein Zusammenrücken der beiden nach Erweiterung ihres «Lebensraumes» strebenden Mächte vorzubereiten. Am 25. November 1936 wurde dann in Tokio der deutsch-japanische Antikominternpakt abgeschlossen. Äusserungen Hitlers vom Februar 1936 gegenüber englischen Besuchern⁸⁸ lassen seine Spekulationen auf einen Abbau der englisch-japanischen Spannungen erkennen⁸⁹. Diese Entspannung sollte vor allem einer gemeinsamen Kombination der drei Mächte gegen die Sowjetunion dienen. England brauchte dabei den Partnern «nur» Rückenfreiheit in Europa und Ostasien zu gewähren. Gegen etwaige Gefahren, sei es von russischer oder selbst von japanischer Seite, wollte Hitler dem Empire sogar militärische Hilfe zur Verfügung stellen. Ribbentrop verfolgte diese Politik im Sommer 1936 weiter⁹⁰. Es war von 12 deutschen Divisionen zum Schutz des Empires die Rede! Aber der Gedanke eines solchen Dreiecks blieb Illusion. Ribbentrop hat später davon gesprochen, dass er 1936 für sein «Angebot» eine «freie Hand» im Osten, besonders zur Regelung der «österreichischen und tschechoslowakischen Frage», einzuhandeln versucht habe⁹¹. Die Werbungen blieben ohne Wirkung. Berichte der deutschen Botschaft in London wiesen mehr und mehr auf die Unmöglichkeit eines deutsch-englischen Arrangements auf der Basis einer freien Hand im Osten hin⁹². England, so hatte Eden im Dezember 1936 gesagt, könne sich «nicht in diesem oder jenem Teil der Welt für uninteressiert erklären»⁹³. Im Laufe des Jahres 1937 verstärkten sich in Hitlers Augen die Anzeichen für die Auseinanderentwicklung der deutschen und der englischen Politik. Berichte unterschiedlicher Art und Herkunft wiesen in diese Richtung. Am nachhaltigsten beeinflusste ihn Botschafter v. Ribbentrop.

86 Dies war vor allem die Meinung Rosenbergs, der Hitler sich bis 1935 anschloss. Vgl. Rosenberg, Tagebuch, S. 28, 163.

87 Sommer, Deutschland und Japan, S. 18. Zum Umschwenken der deutschen Fernostpolitik von China auf Japan s. Martin, Das deutsche Militär, S. 191-207. Die diplomatische Geschichte der deutschen Fernostpolitik zusammenfassend: Fox, Germany and the Far Eastern Crisis. Hitler hat sich stärker erst nach dem Abschluss des Antikominternpaktes in die Ostasienpolitik eingeschaltet, der Kurs ging jetzt in Richtung Japan, s. Bloss, Zweigleisigkeit, S. 55-92.

88 Lord Londonderry und A. J. Toynbee, Berichte darüber bei Londonderry, Ourselves, S. 50; Toynbee, Acquaintances, S. 279 f., dazu auch Frank, Im Angesicht des Galgens, S. 209 f.

89 Kuhn, Programm, S. 189f.

90 Ribbentrop, Erinnerungen, S. 66.

91 ADAP, D, Bd. VI, Nr. 618, S. 714; ferner Burckhardt, Danziger Mission, S. 285, 295.

92 Dazu näher Henke, England, S. 62 ff.

93 Ebd., S. 63, zit. nach DNB-Meldung vom 14.12.1936.

Tatsächlich gab er nur überspitzt wieder, was vom englischen Gleichgewichtdenken her nur konsequent und auch niemals in Frage gestellt worden war. Die Abdankung Eduards VIII. brachte Hitler selbst mit den Aktivitäten «deutschfeindlicher Mächte» in Verbindung⁹⁴. Diese Stimmungen und Wertungen hat Ribbentrop noch verstärkt. Er deutete in seinem Bericht vom 21. Mai 1937 über die Krönung an, dass noch weitere intensive Arbeit notwendig sei, «um England für ein klares Desinteressement im Osten zu gewinnen»⁹⁵. Er liess durchblicken, dass die Probe möglicherweise negativ ausgehen werde. Dann, so meinte er, müssten «kompromisslos die notwendigen Konsequenzen» gezogen werden.

Mitte 1937 ist in London und Berlin der Prozess der Einschätzung des anderen zu einem gewissen Abschluss gekommen. Als Grundlage künftiger Verteidigungs- und Rüstungsmassnahmen prüfte in London das Joint Planning Committee die strategische Situation im Mittelmeer unter drei Voraussetzungen:

- Krieg gegen Italien
- Krieg gegen Deutschland und Italien bei einem Bündnis mit Frankreich und Belgien
- Krieg der Koalitionen England-Frankreich-Belgien gegen Deutschland, Italien und Japan bei russischer Neutralität oder Mitwirkung der UdSSR auf Seiten der Westmächte.

Und das Committee of Imperial Defence beschloss in Gegenwart Chamberlains am 5. Juli 1937, dem Kabinett zu empfehlen, dass in den Verteidigungsanstrengungen die Priorität dem Aufbau eines Abschreckungspotentials gegen eine deutsche Aggression in Europa zu geben sei⁹⁶.

Mitte Juli waren im deutsch-englischen Gespräch: der «Anschluss», die Situation der Sudetendeutschen, Danzig, Memel, der «Osten» ganz allgemein und Englands Beteiligung am «Kreuzzug» gegen den Kommunismus. Der britische Aussenminister machte unmissverständlich klar: England könne keine Änderung des internationalen Status Österreichs gegen den Willen seiner Bevölkerung hinnehmen. Sollte sich die Stimmung in Österreich ändern, sei eine neue Situation gegeben, die das europäische Gleichgewicht berühre. In der Sudetenfrage könne Grossbritannien eine gewaltsame Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakei nicht akzeptieren. Im Hinblick auf Danzig stehe Grossbritannien einer verfassungsmässigen und gemässigten Evolution nicht im Wege. Von besonderer Bedeutung für die deutsche Seite war, was Botschafter Henderson «expansion to the east» nannte, wo nach deutscher Auffassung keine britischen Interessen berührt wurden. Eden legte in seiner Weisung für Hender-

94 Speer, Erinnerungen, S. 86; Wiedemann, Feldherr, S. 152.

95 Ribbentrops Bericht über die Krönungsfeierlichkeiten: PA, Pol II, England-Deutschland 4; dazu Henke, England, S. 65, Text jetzt veröffentlicht in: Ribbentrop, Kriegsschuld.

96 Extract from the Draft Minutes, CID, 296th Meeting, 5th July, 1937, PRO Cab 24/270. Dennoch hat das Kabinett im Dezember 1937 beschlossen, der Empire-Verteidigung Vorrang vor europäischen Operationen zu geben. Wesentliche materielle Rüstungskonsequenzen hat diese Entscheidung allerdings nicht zur Folge gehabt, vgl. Peden, The Burden of Imperial Defence, S. 405-423 (411ff.).

son das Hauptgewicht auf die Feststellung, Grossbritannien könne sich keiner Kombination gegen die Sowjetunion anschliessen, nur weil die Sowjetregierung eine kommunistische Regierung sei. Die Wirkung der antibolschewistischen Propaganda zeigte sich hier jedenfalls insoweit, als Eden unterstellte, dass in deutschen Augen das Problem des Ostens und das des Kommunismus ein und dasselbe seien⁹⁷.

Göring blieb es am 20. Juli überlassen, diesen Irrtum gegenüber dem britischen Botschafter aufzuklären: Deutschland müsse Raum und Nahrung für seine Bevölkerung finden. Im Westen habe man auf jede Expansion verzichtet. Daher müsse jetzt nach Osten geblickt werden. Die Slawen seien Deutschlands natürliche Feinde. Göring deutete die nächsten Schritte an. Was heisse friedliche Evolution? Im Rheinland sei man auch nur durch Handeln weitergekommen, nicht durch den Völkerbund. Die Tschechoslowakei werde nicht ohne Kampf die dreieinhalb Millionen Deutschen aufgeben, und Deutschland könne nicht ewig unbewegt den Klagen der Deutschen zuhören⁹⁸.

Geduld, Vernunft, Vertrauen auf eine Weiterentwicklung in gegenseitiger Abstimmung – Überlegungen, die die britische Politik ins Gespräch zu bringen suchte –, dies war, wie solche Kontakte zeigen, von deutscher Seite nicht zu erwarten, von englischer nicht die Zustimmung zur Gewaltanwendung auf dem Wege der Hegemonieansteuerung. Im Juli 1937 wären Cadogans Zweifel an der «Respektabilität» der deutschen Ziele, die er nach Lord Lothians Besuch in Berlin äusserte, klarer zu beantworten gewesen⁹⁹.

Die Masse der Anzeichen und Beweise liessen Hitler im Laufe des Jahres 1937 erkennen, dass das englische Bündnis für die Ostexpansion nicht zu haben war. Auf der Wunschliste blieb es stehen, aber damit zu rechnen, erschien selbst dem Programmierer Hitler nicht länger sinnvoll. Daran konnten auch gelegentliche Lichtblicke und günstige Nachrichten nichts ändern¹⁰⁰. Als letztes im Grunde hoffnungsloses Mittel blieb Hitler der Versuch, mit Druck und Drohungen weiterzukommen. Tatsächlich waren die kolonialen und maritimen Sanktionsdrohungen keine echte «Pression»¹⁰¹ für die englische Politik. Der Gedanke, mit Pressekampagnen England zu einem Schritt gegen seine Interessen zwingen zu wollen, ist hauptsächlich von NS-Agitatoren als Beweis von Stärke missverstanden worden. Die Kolonialforderungen haben die internationale Presse beschäftigt, die britische Führung aber nicht annähernd so stark beunruhigt. Es ist darüber gerätselt worden, ob Deutschland einen neuen aussenpolitischen Schwerpunkt setzen wolle. Eine britische Gesprächsbereitschaft über die eigentlichen Ziele Hit-

97 Eden an Henderson, 15.7.1937, PRO Cab 24/271, Bl. 46.

98 Henderson an Eden, 20.7.1937, ebd., Bl. 49.

99 Cadogan Diaries, S. 14.

100 Etwa der Bericht des Staatssekretärs Milch über den Besuch einer Luftwaffendelegation in England, IMT, Bd. 9, S. 61; dazu Irving, Tragödie, S. 109.

101 Hildebrand, Reich, S. 516, stellt diese Funktion der Kolonialpolitik stark heraus, wobei er annimmt, Hitler habe noch im Oktober 1937 daran geglaubt, das Bündnis mit England verwirklichen zu können.

lers im Osten ist jedenfalls nicht erreicht worden. Die Staatsmänner des Westens, besonders in Grossbritannien, waren nicht bereit, «den Kontinent für Afrika aufzugeben»¹⁰².

4. Die «Achse»

Das Zusammenrücken mit Italien hat Hitler immer nur als zweitbeste Lösung betrachtet. Ende Oktober 1936, bei den Gesprächen mit dem neuen italienischen Aussenminister Graf Ciano, entwarf er die Perspektiven eines deutsch-italienischen Zusammengehens. Die «Achse» begann Gestalt anzunehmen. Mussolini ging mit einer Mischung nationalistisch-imperialistischer, aber sicher auch vitalistisch-biologistischer Vorstellungen in das Bündnis¹⁰³. Nach dem erfolgreichen Abschluss des Abessinien-Unternehmens verfiel er wie Hitler in den Fehler, England zu unter schätzen. Das Mittelmeer schien in optimistischer Sicht zum Zentrum eines italienischen Imperiums zu werden. Viele glaubten, Italien habe sich aus der strategischen Abhängigkeit von England befreit¹⁰⁴. Das gemeinsame Auftreten in Spanien unterstützte die Entwicklung einer breiter angelegten deutsch-italienischen Partnerschaft, die Hitler aber immer noch seiner England-Politik unterordnete. Er strebte nunmehr ein Offensivbündnis mit Italien an, um England unter Druck zu setzen und schliesslich zum Einlenken, zur Hinnahme der deutschen politischen Ziele zu bewegen. Was er dem italienischen Aussenminister anbot, war, soweit es die italienische Position betraf, eine Zuweisung des Mittelmeerraumes als Objekt für den faschistischen Imperialismus. Deutschland beanspruchte dagegen den Ostseeraum und den Osten als Interessengebiete. Damit schien der Gegensatz zu den Westmächten zum Bestandteil der Politik des vorgeschlagenen «Offensivbündnisses» gemacht. Hitler sah das sehr genau. Er empfahl deshalb eine Verschleierungstaktik: Die taktische, propagandistische Begründung des Bündnisses sollte seine Funktion als Abwehrblock gegen die Gefahr des Bolschewismus sein. Damit, so Hitler, liesse sich das Interesse dritter Staaten gewinnen, die den expansionistischen Zielen der beiden Vertragschliessenden sonst kaum zustimmen würden.

Der italienische Konsens ging tatsächlich nicht so weit wie dieses Programm. Schon das vertrauliche Protokoll, das am 23. Oktober 1936 im Anschluss an die Gespräche zwischen Ciano und Neurath zustande kam, liess vieles offen, so die Interessen der Mächte im Donauraum und die Österreich-Frage, in der Mussolini weiterhin auf der staatlichen Selbständigkeit des Pufferstaates bestand.

102 Ebd., S. 515.

103 Zum letzteren Komplex gehört auch die pseudopolitische Idee vom Gegensatz der «jungen» und «alten» Völker, die Überheblichkeit gegen die Demokratien des Westens, s. dazu Nolte, Faschismus, S. 289, der hier den Hauptgrund für Mussolinis Hinwendung zu Deutschland sieht. Wichtige italienische Arbeiten zum Komplex «Achse»: Felice, Mussolini il duce, II; Quartararo, Roma.

104 S. dazu Petersen, Hitler-Mussolini, S. 486ff. Zum imperialen Denken des «Duce» vgl. Smith, Roman Empire, S. 120 ff.

Deutschland suchte handelspolitische Vorteile in Abessinien zu erlangen¹⁰⁵. Die Divergenz der aussenpolitischen Interessen blieb also auch nach diesem «Akkord» erhalten, den Mussolini bald darauf als «Achse» beschrieb, «um die die übrigen Staaten Europas sich gruppieren könnten»¹⁰⁶. Italien suchte aus der aussenpolitischen Isolierung herauszukommen, befürchtete auch einen deutschenglischen Ausgleich, und Hitler benutzte den «Achsenpartner» als Druckmittel. Die Mission Ribbentrops in London war gerade angelaufen. Das Augenmerk war stärker auf London als auf Rom gerichtet. Dem entsprach auch die eher zurückhaltende Berichterstattung in der deutschen Presse über die «Achse»¹⁰⁷. Beide Mächte waren sich einig im Antikommunismus, wie ja auch ihr Engagement in Spanien auf den ersten Blick zeigte. Aber «Antibolschewismus» hatte für Hitler eine ganz andere Qualität als für Mussolini. Sowohl in Berlin wie in Rom bestand kein Zweifel, dass Nationalsozialismus und Faschismus sich nicht konvergierend aufeinander zu bewegen. Trotz der im Sommer 1938 von Mussolini in Gang gesetzten Rassismus-Kampagne konnte von einer Gleichrangigkeit ideologischer Motive in der Aussenpolitik der «Achsenpartner» keine Rede sein.

Die «Achse» brachte keine prinzipielle Verlagerung des aussenpolitischen Gewichts Deutschlands und Italiens in Europa. Sie hat Mussolinis Radius eingeengt, Italien stärker von der deutschen Politik abhängig gemacht. Mit der damit verbundenen Distanz zu den Westmächten wurde auch Mussolinis Einfluss auf die Anschlussfrage paralyisiert¹⁰⁸. Die Vorstellung, Italien, Österreich und Ungarn könnten auf der Grundlage der Römischen Protokolle zu einer nennenswerten Grösse im europäischen Kräftefeld werden, überschätzte 1937 die Möglichkeiten der italienischen Politik bei Weitem, zumal Ungarns Kurs längst stärker auf Berlin hin orientiert war. Berlin konnte es sich leisten, stärkeren Bindungen an Italien auszuweichen, wie sie Mussolinis Vorschlag eines Viererpaktes zwischen Deutschland, Italien, Ungarn und Österreich vorsah. Dieser Vorschlag, als überzeugende Vorbereitung seines vom 25. bis zum 29. September 1937 stattfindenden Berlin-Besuches gedacht, fand weder Hitlers noch Neuraths Beifall. Mussolini suchte mit einer so konstruierten horizontalen «Ergänzung der Achse»¹⁰⁹ Italiens Einfluss zu stärken und gleichzeitig Deutschlands Gewicht im Südosten kalkulierbarer zu machen. Aber nicht nur wegen der damit gegebenen Absicherung der Unabhängigkeit Österreichs lehnte Berlin ab. Neurath wollte überdies keine Bindung an Schwache, die im Ernstfall «eine Kette an unseren Beinen sind»¹¹⁰. Berlin suchte jedenfalls eine gegen England und Frankreich gerichtete Blockbildung zu verhindern¹¹¹. Und

105 Text des Protokolls ADAP, C, Bd. V, 2, Nr. 624, S. 1056-1058; ferner Funke, *Deutschitalienische Beziehungen*, S. 834 f.

106 Zit. nach *Völkischem Beobachter* vom 2.11.1936.

107 Dazu Funke, *Deutsch-italienische Beziehungen*, S. 836.

108 Ebd., S. 837, Ciano, *Tagebücher 1937-1938*, S. 111. Zu Hitlers England-Politik auch Irving, *Hitlers Weg*, S. 113.

109 Funke, *Deutsch-italienische Beziehungen*, S. 838.

110 Ebd.

auch während des Mussolini-Besuchs, der als massive Zurschaustellung der deutschen militärischen Stärke inszeniert wurde, blieb Berlin darauf bedacht, England nicht zu beunruhigen. Je stärker Mussolini drängte, je ausgesprochener er englandfeindlich argumentierte¹¹², umso offener blieb Hitler für Grossbritannien. In dieser Frage stimmte das Auswärtige Amt mit ihm völlig überein¹¹³. Die Annäherung an England war immer noch das Thema. Diesem Ziel konnte eine baldige Beendigung des spanischen Bürgerkriegs, die Hitler und Mussolini als erwünscht bezeichneten, nur dienlich sein. In Hitlers Überlegungen¹¹⁴ spielte aber auch eine andere Variante eine Rolle: Italien möglichst lange in Spanien zu binden, um aus möglicherweise folgenden italienisch-französischen und italienisch-englischen Verwicklungen Nutzen zu ziehen. Er dachte in diesem Zusammenhang an die Einleitung expansionistischer Schritte.

Deutschlands Zurückhaltung in der Viererpakt-Frage hat Rom tief verstimmt. Der Anschluss Österreichs als Ziel der deutschen Politik konnte nicht deutlicher gemacht werden. Die Österreich-Frage störte die nach aussen zur Schau gestellte Harmonie der Diktatoren. Der Kompromiss, wonach Italien die deutschen «Sonderbelange in Österreich» nicht beeinträchtigen und von deutscher Seite nichts in die Diskussion eingeführt werden sollte, was Österreich bedenklich stimmen konnte, machte die Verlegenheit der Achsenpartner deutlich. Das Problem wurde auf diese Weise für eine Lösung im Sinne der deutschen Politik offengehalten. Mussolinis Besuch hat Italien nichts eingebracht als Absichtserklärungen. Die beschworene Interessensolidarität gegen Störversuche Dritter, der Gedanke der Verteidigung gegen den gemeinsamen Feind, die III. Internationale, zählten nicht viel. Die freie Hand Italiens im Mittelmeer, eine Zusage, die Hitler nichts kostete, wies Mussolini auf die Notwendigkeit hin, Englands Interessen zu berücksichtigen. Eine kurze Phase neuer Versuche Roms, Handlungsspielraum gegenüber Grossbritannien zu gewinnen, war die Folge. Mussolini war sich klar darüber, dass sein politisches Gewicht entscheidend tangiert werden musste, wenn nach vollzogenem Anschluss «Grossdeutschland mit dem wachsenden Gewicht seiner sieben Millionen auf unseren Grenzen lastet»¹¹⁵. Der Eintritt Italiens in den Antikominternpakt Anfang November 1937 hat an diesem Misstrauen nichts geändert, auch nicht sein Austritt aus dem Völkerbund. Italien blieb zur Wahrung seiner Interessen im Mittelmeer stärker auf Eng-

111 Neuraths Telegramm vom 30. 7.1937 an alle deutschen diplomatischen Vertretungen in Europa, ADAP, D, Bd. I, Nr. 1; Funke, Deutsch-italienische Beziehungen, S. 838.

112 Seine diesbezügliche Stimmung gibt der Bericht des Gesandten v. Bülow-Schwante vom 2.10.1937 über seine Gespräche mit Mussolini während des Deutschland-Besuchs wieder: ADAP, D, Bd. I, Nr. 2.

113 S. dazu auch Neuraths Telegramm vom 30.7.1937, ADAP, D, Bd. I, Nr. 1.

114 Sog. Hossbach-Niederschrift über Ausführungen Hitlers vom 5.11.1937, ADAP, D, Bd. I, Nr. 19. und IMT. Bd. 25. S. 402-413. PS-386.

115 Weisung Cianos an den italienischen Botschafter in London vom 16.2.1938, zit. nach Felice, Beobachtungen, S. 325; s. a. Funke, Deutsch-italienische Beziehungen, S. 839.

land angewiesen. Wie weit die verbalen Demonstrationen des «Achsenpartners» tatsächlich gehen würden, war ungewiss.

Seit 1936 basierte die deutsche Einschätzung der politischen Lage in Europa auf der Annahme, die wachsende deutsche Stärke und eine Aussenpolitik der Pressionen werde die Westmächte dahin bringen können, Deutschland freie Hand im Osten zu gewähren. Aber die Druckmittel reichten nicht aus, diese gewünschte Wirkung herbeizuführen. Weder Rüstung noch Kolonialforderungen, weder die «Achse» noch ein gar nicht realisierbares machtpolitisches Dreieck Berlin-Rom-Tokio genügten dem Zweck. Genau betrachtet, bestand das politische Resultat in nicht mehr als der Hoffnung, die Westmächte würden sich in einer gegebenen Situation zurückhalten. In den Lagebeurteilungen schlug sich dieses magere Ergebnis der deutschen Aussenpolitik in den verschiedensten Mutmassungen und Prognosen nieder, die insgesamt Ausdruck der Unsicherheit in der Einschätzung des deutschen Standorts waren. So glaubte Staatssekretär v. Mackensen im Dezember 1937, in England und Frankreich Anzeichen für eine beginnende Einsicht wahrnehmen zu können, «dass man uns nicht mehr einfach den Weg jeder politischen Zielsetzung in Mittel- und Osteuropa versperren kann», und führte diese Entwicklung auf die zurückgewonnene politische Handlungsfreiheit zurück¹¹⁶, während Ribbentrop knapp zwei Wochen später aus London in seiner vertraulichen Notiz für Hitler eine ganz andere Prognose abgab. Danach war eine Verständigung mit England nicht möglich: «England will kein übermächtiges Deutschland in seiner Nähe, das eine ständige Bedrohung seiner Inseln wäre. Dafür wird es kämpfen¹¹⁷.»

Hitler hat noch deutlicher als sein Londoner Botschafter, der die englische Politik als Strategie des Zeitgewinns für die Rüstung umschrieb, Anfang November 1937 zum Ausdruck gebracht, dass Deutschland bei Ablehnung einer kollektiven Friedensordnung, beim Festhalten am Rüstungstempo und an der Autarkiepolitik keinen Spielraum mehr habe. Er musste den Krieg aus ökonomischen und rüstungstechnischen Gründen bald haben. Der Vorsprung drohte sonst zu schwinden. Eine Klärung der Standpunkte der Grossmächte war somit erreicht. Hitler liess sich dennoch nicht rückhaltlos auf die Lagebeurteilung Ribbentrops ein. England vermochte er nicht nüchtern einzuschätzen. Sein «programmatisches» England-Bild scheint für ihn trotz vieler dagegensprechender Erfahrungen eine fortwirkende Konsequenz behalten zu haben.

116 Schreiben vom 21.12.1937 an die Botschaft in Paris, ADAP, D, Bd. I, Nr. 88.

117 Notiz vom 2.1.1938, ebd., Nr. 93.

5. Entschluss zum Krieg?

Die Frage, ob Hitler etwa zwischen 1936 und 1937, also in dem Zeitabschnitt, der durch die Vierjahresplan-Denkschrift und durch die Hossbach-Niederschrift charakterisiert ist, den «Entschluss» zum Eintritt in die Phase der gewaltsamen Expansion gefasst hat, wirft das Problem auf, an welchen Krieg er gedacht hat und wie er die Haltung der europäischen Grossmächte in dem Eventualfall einschätzte. In seinen Ausführungen am 5. November 1937 vor den vier führenden Offizieren und dem Aussenminister war zwar grundsätzlich davon die Rede, dass spätestens bis 1943/45 die «deutsche Raumfrage» gelöst werden müsste, die dann näher beleuchteten wahrscheinlichen Entwicklungsabläufe befassten sich aber ausschliesslich mit einem Überfall auf die Tschechoslowakei oder auf Österreich und die Tschechoslowakei. Am Rande wurde auch ein Konflikt mit Frankreich angesprochen und die Rolle der Tschechoslowakei in einem solchen Falle erwähnt. Hitlers Gedankenführung war widerspruchsvoll¹¹⁸. In ihr kreuzten sich prinzipielle, fixierte Vorstellungen über den Lebensraumkrieg mit seinen aussenpolitischen Erfahrungen insbesondere seit 1935 sowie mit dem Versuch, die militärische Führung von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Wehrmacht bald marschieren zu lassen.

Eine Schwächung Frankreichs durch innere soziale Spannungen, die ein Antreten der französischen Armee gegen Deutschland unmöglich machen würden, oder eine kriegsrische Verwicklung Frankreichs mit Italien boten nach Hitler die Chance, die Abrundung der mitteleuropäischen Machtposition schnell, vielleicht schon 1938, herbeizuführen. Frankreich und England hätten ohnehin «die Tschechei bereits im stillen abgeschlossen».

Interessanter als die Fehlspekulationen über einen französischen Bürgerkrieg oder über einen italienisch-französisch-englischen Krieg waren seine Ausführungen über ein «planmässiges» deutsches Vorgehen für den Fall, dass die Voraussetzungen für schnelle Lösungen nicht eintreten sollten: also für den Krieg, der spätestens 1943/45 geführt werden musste, um den Rüstungsvorsprung zu nutzen, um die Senkung des Lebensstandards ebenso zu vermeiden wie die mit dem «Älterwerden der Bewegung und ihrer Führer» verbundenen Risiken. Dieser Krieg konnte nach allen längst festliegenden Überzeugungen Hitlers nur der Lebensraumkrieg nach Osten sein. Das Dokument spricht aber auch bei der Beschreibung dieses «planmässigen» Vorgehens 1943/45 nur vom Krieg gegen Prag und Wien. Zu gewinnen seien hier: Nahrungsmittel für 5 bis 6 Millionen Menschen, wenn eine zwangsweise Emigration von 3 Millionen Menschen aus diesen Ländern «zur Durchführung gelange», ferner eine militärpolitische Entlastung wegen der besseren Grenzen sowie 12 neue Divisionen.

118 Zur Interpretation neben Bussmann, Hossbach-Niederschrift: Henrikson, Nürnberger Dokument. Zur mangelnden Koordination in politischen und strategischen Fragen innerhalb der deutschen Führungsinstanzen s. Tableau de la situation stratégique, S. 105-126.

Von einem Krieg gegen Russland war hier nicht die Rede. Im Gegenteil, einem Eingreifen der Sowjetunion sollte durch die Schnelligkeit der Operationen begegnet werden. Hitler war bemüht, der Führungsgruppe im Auswärtigen Amt und in der Wehrmacht vor Augen zu führen, dass nach allen Erfahrungen mit einem Eingreifen der Westmächte nicht gerechnet zu werden brauchte. Frankreich würde nicht wagen, bei englischem Abseitsstehen eine Offensive im Westen zu eröffnen, die sich voraussichtlich an den deutschen Westbefestigungen festlaufen würde. Kurz tauchte der Gedanke auf, die deutsche Politik habe mit «den beiden Hassgegnern England und Frankreich zu rechnen, denen ein starker deutscher Koloss inmitten Europas ein Dorn im Auge» sei.

Dieses Schwanken in der Beurteilung Englands ist als «ambivalenter Zwischenkurs» Hitlers bewertet worden¹¹⁹. Es lässt sich eher als Anpassung seiner Überlegungen an die englische Haltung beschreiben. Nach eigener Einschätzung künftiger Möglichkeiten blieb ihm kein anderer Weg, als das zu tun, was er eingeleitet hatte und was sich jetzt aus ökonomischen, finanziellen und technologischen Gründen als Einbahnstrasse abzeichnete: Er sah sich zur Offensive gezwungen, mit, ohne oder gegen England. Nach dem Zerfall der Bündnisillusion hoffte er, wenigstens nicht gegen England antreten zu müssen, wenn die Hegemonie auf dem Kontinent mit Gewalt erzwungen werden sollte. Ohne England – das war eine kurzlebige Wunsch Vorstellung, die in «Schüben» später wiederkehrte, weil eine Politik gegen England nicht beherrschbare Risiken enthielt. Aber seit 1937 war diese Variante objektiv erkennbar keine alternative Möglichkeit deutscher Aussenpolitik mehr. Die subjektive Erkenntnis blieb freilich dahinter zurück. Das Ohne-England-Denkmodell war um nichts weniger zur blossen Spekulation reduziert wie der anfängliche Bündnisgedanke¹²⁰: jedenfalls im Hinblick auf Expansionen, die nicht bei Österreich und der Tschechoslowakei haltmachten.

Eine Politik der Pressionen mit kolonialen Forderungen, wie sie dem Bündnisgedanken korrespondierte, war jetzt ohne funktionalen Wert. Die Propaganda wurde gedrosselt. Kolonialforderungen waren nunmehr auch nach eigener Einschätzung ihres strategischen Wertes für die Aussenpolitik mehr und mehr entkleidet. Sie wurden jetzt banales Ziel imperialistischer Ansätze, die hier unbeachtet bleiben können, weil sie für den Gang der Aussenpolitik und für den Kurs, der zum Krieg führte, ohne Belang blieben¹²¹. Dass Hitler jetzt, bei sich bietender Gelegenheit möglichst sofort, zur Gewaltanwendung entschlossen war, ist eine der entscheidenden Aussagen vom 5. November 1937. Ein «Entschluss» zum Krieg in dem Sinne, dass nunmehr eine ganz neue Variante Hit-

119 Hillgruber, England, S. 75.

120 Zur militärpolitischen Interpretation des Hossbach-Protokolls s. auch Kielmansegg, Hossbach-Besprechung; ferner Dülffer, Weisungen; vgl. Beitrag Deist, S. 625.

121 Henke, England, S. 107, ist zuzustimmen, wenn er von den Spekulationen über Hitlers Fernziele spricht und das Hossbach-Protokoll als Beispiel dafür ansieht, dass Hitlers Vorstellungen Ende 1937 eindeutig auf die «kontinentale Phase» seines «Programms» gerichtet waren. Zur Akzentverschiebung der Kolonialforderungen ausführlich Hildebrand, Reich, S. 157ff., 523.

lerscher Politik einsetzte, die sich grundsätzlich von früheren Überlegungen abgrenzen lässt, kann darin gleichwohl kaum gesehen werden. Es lag jetzt aber eine Konkretisierung vor.

Am 21. Dezember 1937 erfolgte die Neufassung der Weisung für den Fall «Grün». Damit folgte die Wehrmachtführung dem offensiven Denken Hitlers. Der alte Aufmarschplan gegen die Tschechoslowakei (Fall «Grün») vom Juni 1937 hatte wie die allgemeine «Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht» vom 24. Juni 1937¹²² noch nicht auf konkreten offensiven Zielvorstellungen beruht. Die Neufassung eines Teiles dieser Weisung¹²³ geschah ohne Zutun Hitlers. Die Bedenken Blombergs vom 5. November erwiesen sich als äusserst kurzlebig. Blomberg, Keitel und Jodl suchten mit diesem Schritt zugleich den strategischen und militärpolitischen Führungsanspruch der Wehrmachtführung gegenüber den Wehrmachtteilen zu unterstreichen¹²⁴. Der Anschluss an Hitlers Ausführungen vom 5. November wird von den meisten Historikern vor allem in dem Schlüsselsatz gefunden: «Hat Deutschland seine volle Kriegsbereitschaft auf allen Gebieten erreicht, so wird die militärische Voraussetzung geschaffen sein, einen Angriffskrieg gegen die Tschechoslowakei und damit die Lösung des deutschen Raumproblems auch dann zu einem siegreichen Ende zu führen, wenn die eine oder andere Grossmacht gegen uns eingreift¹²⁵.» Zu fragen ist, ob Hitler tatsächlich «unter normalen Voraussetzungen» um diese Zeit der Krieg gegen die beiden Anrainerstaaten im Südosten als Lösung des Raumproblems vor Augen stand? Als Lösung also für die nächsten zwei Generationen? Aus der Perspektive seiner Programmschriften scheint dies zweifelhaft. Möglich, dass er diesen Punkt bewusst im ungewissen gelassen hat, als er die Änderung des Aufmarschplanes «Grün» billigte.

Von diesem Fahrplan her gerät er in der Forschung so oft behandelte «Stufenplan» in nebelhafte Ferne. Wenn 1943/45 die Anrainer in Blitzfeldzügen überrannt werden sollten, so blieb Russland noch völlig unberücksichtigt. Eine Konfrontation mit den USA und gegebenenfalls mit einem uneinsichtigen Grossbritannien in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre¹²⁶ kann gegen Ende 1937 wohl nicht als Kalkül Hitlers unterstellt werden. Bemerkenswert für die Denkweise im Reichskriegsministerium ist aber, dass auch

122 IMT, Bd. 34, S. 732ff., Dok. 175-C; vgl. dazu und zum Nachtrag Dülffer, Weisungen.

123 Nachtrag zur Weisung, abgedruckt: IMT, Bd. 34, S. 745ff., Dok. 175-C. Die Neufassung des Abschnitts II, Teil 2 der Weisung vom 24. 6. 1937 wurde als 1. Anlage am 21. 12. 1937 versandt. Dieser Aufmarschplan «Grün» ist abgedruckt in: ADAP, D, Bd. VII, App. III, S. 547ff.; vgl. dazu Müller, Heer, S. 247ff.

124 Müller, Heer, S. 246.

125 Auch hier ist der Krieg gegen die Tschechoslowakei als Unternehmen gekennzeichnet, das das «deutsche Raumproblem» zu lösen geeignet sei. Dieses Missverständnis Hitlerscher Gedanken ergibt sich konsequent aus der Hossbach-Niederschrift, die Jodl bei der Abfassung wohl vorgelegen hat. Dazu Kielmansegg, Hossbach-Besprechung, S. 268, und Gackenholtz, Reichskanzlei, S. 476. Hossbach wiederholt in Wehrmacht, S. 165, den Gedanken, Hitler habe durch Gewaltanwendung gegenüber der Tschechoslowakei und Österreich spätestens bis 1943/45 das «Problem des Raumes» lösen wollen. Zum Fall «Grün» s. auch Beitrag Deist, S. 626ff.

126 Hildebrand, Aussenpolitik, S. 57: «mit Sicherheit gegen die USA».

bei nicht erreichter voller Kriegsbereitschaft der Wehrmacht ein Krieg gegen die Tschechoslowakei selbst dann als durchführbar angesehen wurde, wenn die Sowjetunion an der Seite der Tschechoslowakei auftreten sollte. Diesem Problem wurde ein halber Satz gewidmet. Ein beredteres Dokument für die Unterschätzung Moskaus und für den Stil deutscher militärpolitischer Fehldiagnosen lässt sich schwerlich zitieren.

Am 5. November waren nahezu sämtliche Voraussetzungen Hitlers nicht «stimmig», weder die aussenpolitischen noch die innenpolitischen. Die Wehrmacht war weit davon entfernt, in der Rüstung und im Aufbau des Offizierkorps «annähernd» fertig zu sein. Hitlers militärische Berater wiesen darauf hin. Aber in einem Punkt stimmte Hitlers Rechnung: Der relative Vorsprung der Wehrmacht an Modernität und Beweglichkeit musste allmählich schrumpfen. Die deutschen Reserven schmolzen zusammen. Wer kurze, schnelle Schläge plante, konnte nach seiner Meinung nicht ewig auf Gelegenheiten dazu warten.

Nicht eine Politik des Kriegsrisikos führte Hitler von nun an, sondern eine Politik auf den Krieg hin. Sie hatte er vorgedacht und seit 1933 eingeleitet. Insofern besass er ein «Ziel» und ist nicht als der klassische Fall des Diplomaten und Strategen anzusehen, dem ein «bestimmtes» Ziel fehlt, wie ihn eine Theorie der Aussenpolitik und des Krieges glaubt kategorial erfassen zu können¹²⁷. Aber Hitlers aussenpolitische Analysen blieben stets eingeschlossen im Umfeld historischpolitischer und psychologischer Vorurteile. Politische Wünsche, auch Besserwisserei, hinderten ihn zusammen mit der Wirkung von Teilerfolgen, vom denkbar ungünstigsten Fall aus die Realisierbarkeit seiner Expansionsziele her zu beurteilen. Im Detail oft treffsicher, zupackend und erfolgreich, liess die Gesamtanlage seiner Politik Vorsicht, Geduld und Klarsicht vermissen. Das fachliche Urteil der militärischen Führer trug diese Politik nicht mit. Sie vollzogen den Willen der politischen Führung gegen besseres Wissen. Krieg war auch für sie die Ultima ratio der deutschen Anstrengungen seit 1933. Aber er sollte nicht so bald herbeigeführt werden. Blomberg und Fritsch bezweifelten, dass die Wehrmacht bald einen europäischen Krieg erfolgreich ausfechten könne. Dass der Kurs dahin ging, stand für sie, die im Frühjahr 1938 abtreten sollten, seit 1937 ausser Frage. Aber sie hatten versäumt, auf eine grundsätzliche politisch-strategische Gesamtplanung zu drängen, die Hitler vielleicht schon früher zur Offenlegung künftiger Pläne hätte bringen können.

6. Ersatzbündnis – Antikominternpakt

Auf dem Weg in den Krieg erwiesen sich Grossbritannien und im Hintergrund auch die USA – einmal wegen ihrer Unanfälligkeit gegenüber faschistischen Ordnungsvorstellungen, zum anderen wegen ihres machtpolitischen Schwergewichts, das dem Sog von

127 Etwa Aron, Frieden, S. 27 und 33 ff.

Kontinentaleuropa und Ostasien her widerstand – als die aussenpolitischen Faktoren, auf die sich, positiv oder negativ, Deutschland, Italien und Japan einzustellen hatten. Der Antikominternpakt vom 25. November 1936¹²⁸ ist wegen seiner Vorgeschichte, bei der auf deutscher Seite das Auswärtige Amt so gut wie völlig ausgeschaltet blieb, bemerkenswerter als wegen seines Inhalts. Die Vorgeschichte zeigt die Abwendung der deutschen Politik von China entgegen den Vorstellungen der militärischen Führung und der Wirtschaft, und sie zeigt die Unsicherheit des Kurses zwischen Japan und England. Der «Pakt» war nicht mehr als eine Informationsabsprache über die Tätigkeit der kommunistischen Internationale, und das «Geheime Zusatzabkommen» ging nicht über eine Neutralitäts- und Konsultationsabsprache hinaus. Ein Militärbündnis stellte es nicht dar¹²⁹.

Ähnlich wie die «Achse» blieb also auch der Antikominternpakt eine nur halbherzige Verbindung divergierender politischer Interessen. Hoffte Hitler, anstelle Italiens oder gemeinsam mit Italien England für eine abgestimmte Politik zu gewinnen, so glaubte er anfänglich auch, England in das Antikomintern-Abkommen hineinbringen zu können¹³⁰. Ribbentrops Mission hat auch diesen Hintergrund gehabt. Der Versuch scheiterte ebenso wie eine japanische Initiative. Auch die Verhandlungen über das geheime Zusatzabkommen und die Formulierung der Präambel sind durch Rücksichten auf England mitbestimmt worden. Die japanische Regierung war weitaus vorsichtiger als die Armee, die das Projekt mit Druck vorwärtszutreiben suchte. Besonders zurückhaltend war die Marine, aus Rücksicht auf England und die USA. Hitler ist erst durch den Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges zum schnelleren Abschluss mit Japan gedrängt worden, während Tokio in seinen Überlegungen vom Abschluss eines Beistandspaktes zwischen der Sowjetunion und der Äusseren Mongolei im April 1936 beeinflusst worden ist. Kurz zuvor zögerte Berlin in der Frage des Zusatzabkommens noch. Selbst Ribbentrop wollte sich vorher «die englische Linie der deutschen Politik nicht stören» lassen¹³¹. Angesichts der Meinungsverschiedenheiten in der japanischen Führung kann der Antikominternpakt auch nicht als Dokument einer eindeutigen Umorientierung der japanischen Aussenpolitik gewertet werden, die im Übrigen seit Eröffnung des Krieges gegen China im Juli 1937 ihren Spielraum verengte und in ein neues Spannungsverhältnis zu den Westmächten geriet. Insgesamt war mit dem Antikominternpakt ein wenig wirksames Instrument antisowjetischer Politik geschaffen. Der Angriff auf China bewies über-

128 RGBl. 1937, II, S. 28 ff.

129 Sommer, Deutschland und Japan, S. 45, Martin, Deutsch-japanische Beziehungen, S. 462; ders., Das deutsche Militär, S. 191-207.

130 Sommer, Deutschland und Japan, S. 32, ferner Jones, Japans New Order, S. 24f. Ältere britische Versuche eines rapprochement mit Japan, ausgehend von Chamberlain und vom Schatzamt, waren schon 1934 auf japanisches Desinteresse, auf Skepsis im Foreign Office und auf amerikanisches Missfallen gestossen; zum englisch-japanischen Verhältnis, das wenig Ansatzmöglichkeiten für Hitlers globale Intentionen bot, neuerdings Anglo-Japanese Alienation, ferner Haggie, Britannia at Bay.

131 Sommer, Deutschland und Japan, S. 33 (dort zit. nach unveröffentlichten Aufzeichnungen H. v. Räumers).

dies, dass die japanische Politik neue Schwerpunkte setzte, die gegen die Intentionen des Vertrages liefen. So wurde Tschiang Kai-schek zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten gegen die Japaner gezwungen. Mehr und mehr zeigte sich die Notwendigkeit für Berlin, zwischen Tokio und Nanking wählen zu müssen. Die Versuche der Wilhelmstrasse und des Kriegsministeriums, die alten freundschaftlichen Kontakte zu Tschiang aufrechtzuerhalten mit allem, was inzwischen eingeleitet war an Militär- und Finanzhilfe¹³², stiessen auf immer grössere Schwierigkeiten. Nach Abschluss des Antikomintern-Vertrages war es Neurath noch einmal gelungen, Tschiang von Deutschlands guten Absichten zu überzeugen, aber seit Ausbruch des japanisch-chinesischen Krieges ging die Leitung der Ostasien-Politik schliesslich auf Hitler und Ribbentrop über. Und hier war stets Ribbentrop der Treibende, Hitler längere Zeit zögernd¹³³. Obwohl das japanische Argument, in China werde Antikominternpolitik getrieben, in Berlin nicht verfiel, musste das Auswärtige Amt angesichts des starken japanischen Drängens seine Position aufgeben. Dabei lag seiner Lagebeurteilung die richtige Erkenntnis zugrunde, dass sich Japan durch Erfolge gegen China keine günstige strategische Position für eine künftige Auseinandersetzung mit der Sowjetunion schaffen könne, weil es mit dem entschlossenen Antagonismus der Chinesen rechnen müsse und deshalb einen Zweifrontenkrieg zu riskieren habe¹³⁴.

Zunächst blieb nur die Möglichkeit, die ebenfalls recht vage «Achse» angesichts der weiteren Erkaltung der deutsch-englischen Beziehungen seit 1937 zu aktivieren¹³⁵. Der Beitritt Italiens zum Antikominternpakt war daher «folgerichtig» eher Ausdruck wachsender Solidarität der Achsenmächte gegen England als gegen die Sowjetunion. Intentional blieb dennoch für Hitler die Vorrangigkeit des englischen Problems bestehen, während Ribbentrop schon im Laufe des Jahres 1937 seine Mission in London als endgültig gescheitert ansah und darauf die deutsche Politik einzurichten wünschte: eine Konzeption, die, konsequent verfolgt, zum Arrangement mit der Sowjetunion tendieren musste¹³⁶.

Ribbentrops Variante deutscher Expansionspolitik suchte vor allem die Illusion abzuschütteln, mit England sei ein Arrangement zugunsten einer freien Hand Deutschlands im Osten erreichbar. Schon in seinem «Krönungsbericht» vom 21. Mai 1937¹³⁷ liess er Zweifel anklingen und wies auf die Freundschaft mit Italien und Japan hin, die «in jeder

132 Ebd., S. 56ff.; Literaturbericht: Martin, Japans Weg.

133 Bloss, Chinapolitik.

134 Weizsäcker an Botschaft Tokio, 28. 7.1937, ADAP, D, Bd. I, Nr. 472. Sommer, Deutschland und Japan, S. 64.

135 Henke, England, S. 95 ff.

136 Hildebrand, Aussenpolitik, S. 62.

137 S. die Interpretation Henkes, England, S. 64f.; Text jetzt in dem Rechtfertigungsbuch für Ribbentrop, das seine Witwe herausgebracht hat: Ribbentrop, Kriegsschuld; hier auch abgedruckt Ribbentrops Abschlussbericht am Ende seiner Botschafterzeit vom 28.12.1937, der seinem veröffentlichten Bericht für Hitler vom 2.1.1938 (s. Anm. 139) als Vorlage diente. Dazu: Michalka, Widerstand. Zum Gesamtkomplex der Ribbentrop-Konzeption: Michalka, Ribbentrop.

Weise Berücksichtigung» finden sollte. Ähnlich skeptische Berichte waren schon vorher aus London nach Berlin gegangen. Ribbentrop entwickelte diese Erkenntnis zu einem neuen aussenpolitischen Konzept. Im Abschlussbericht vom 28. Dezember 1937 stellte er fest, England halte an seiner traditionellen balance-of-power-Politik fest – eine Voraussetzung, die Hitler bekanntlich so nicht gelten liess. England werde stets Frankreichs Ostpolitik unterstützen, werde eine deutsche Hegemonie nicht zulassen und daher bei einem deutsch-sowjetischen Konflikt an der Seite Frankreichs gegen Deutschland in den Krieg ziehen. Am 2. Januar 1938 zog Ribbentrop daraus für Hitler die Konsequenz: 1. nach aussen weiter Verständigung mit England unter Wahrung der Interessen eigener Freunde, 2. Herstellung einer Bündniskonstellation gegen England in aller Stille, aber mit ganzer Zähigkeit, d.h. Festigung der Freundschaften mit Italien und Japan – ferner Hinzugewinnung aller Staaten, deren Interessen direkt oder indirekt den deutschen konform gingen – «nur auf diese Weise können wir England begegnen, sei es eines Tages noch zum Ausgleich oder zum Konflikt».

Die Kombination der Ribbentropschen und Hitlerschen Programmvorstellungen und die sich daraus ergebenden Akzentsetzungen und -Verschiebungen liessen schliesslich eine Mischung von aggressiver Expansionspolitik, durchsichtigen Täuschungsmanövern und Realitätsblindheit entstehen, die die Expansionsphase seit Frühjahr 1938 kennzeichnete.

Das «weltpolitische Dreieck» Deutschland-Italien-Japan, das Ribbentrop als Gegengewicht gegen England vorschwebte, als Kräftekonzentration, die es unter Umständen zum Stillhalten nötigen könnte¹³⁸, blieb Wunschvorstellung. Insofern stand auch Ribbentrops Warnung, «wegen einer ungewissen englischen Freundschaft» für andere nicht zu optieren und «sichere Freundschaften auszuschlagen», auf schwachen Füßen. Deutschland, Italien und Japan müssten «fest zusammenhalten», empfahl der Botschafter, der nun bald Ausserminister werden sollte. Gingen derartige Empfehlungen nicht ebenfalls von «unsicheren» Freundschaften aus?

Es kann nur mit Vorbehalt davon gesprochen werden, dass der Beitritt Italiens zum Antikominternpakt im November 1937 den Pakt auf eine antibritische «Stossrichtung» umgestellt habe. Selbst das deutsch-japanische Instrument war mit so unterschiedlichen Interessen besetzt, dass von einer «Stossrichtung» kaum die Rede sein konnte. Rein machtpolitisch fehlte Japan seit Beginn des China-Krieges überdies die Potenz dazu. Der Beitritt Italiens hat das Vakuum nicht auffüllen können. Formal legte sich Mussolini nicht gegen die Sowjetunion fest, das geheime Zusatzabkommen fand keine Anwendung auf Italien, aber die antibritische Spitze wurde damit nicht bedrohlicher. Tendenziell, nicht faktisch, schien eine Politik eingeleitet, die England vor die Frage eines Dreifrontenkrieges stellen konnte, wenn es sich gegen Deutschlands Kontinentalpolitik zu wenden suchte. Die Schwäche des Konzepts lag darin, dass es die Verfügbarkeit der

138 Notiz für Hitler vom 2.1.1938, ADAP, D, Bd. I, S. 132 ff.

Partner dieses Paktes, der ja kein Militärbündnis war, für deutsche Interessen weit überbewertete. Es gab nicht das geringste Anzeichen dafür, dass Japan sich wegen deutscher Kontinentalinteressen in einen Krieg mit England verwickeln lassen würde.

Trotz der geringen Entlastung, die Japan durch Kooperation bieten konnte – es wirkte viel stärker antiwestlich durch seine nicht koordinierten Schritte –, liess Hitler sich in diese Richtung mitziehen, die seinen Programmvorstellungen ganz und gar nicht entsprach. Der Abzug der deutschen Militärberater aus China, die Einstellung der Lieferungen an Tschiang und die offene Unterstützung der japanischen Politik im Oktober 1937 können insgesamt, wenn nicht als antibritisch¹³⁹, so jedenfalls als belastend für das deutsch-englische Verhältnis charakterisiert werden.

Für Hitlers Ziele in Europa rückte «ersatzweise» Italien als Partner stärker nach vorn – nicht mehr in der Richtung früherer programmatischer Überlegungen für eine Kombination gegen die Sowjetunion, die er sich ja in Idealbesetzung zusammen mit Italien und Grossbritannien vorgestellt hatte, sondern nur im Blick auf England als möglichen Widersacher¹⁴⁰, freilich immer in der Hoffnung, in diesem Fall um eine gewaltsame Auseinandersetzung herumzukommen.

Hitlers Einstellung zu Grossbritannien schwankte auffallend, je näher für ihn der Zeitpunkt des Handelns, d.h. des Übergangs in die Expansionsphase, heranrückte. Er war deshalb nicht «unsicherer» in der Einschätzung Englands als Ribbentrop. Die beiden Positionen waren auf langfristig vollkommen verschiedene Perspektiven aufgebaut. Hitler war noch immer weit entfernt von jenem Mitteleuropa-Imperialismus der wilhelminischen Zeit, der sich mit dem Ausgriff nach Übersee den Weltmachtrang zu sichern suchte. Sein Ziel war die rasseideologisch motivierte Gewinnung von Lebensraum im Osten. Dieses Ziel forderte nach seinem politischen Kalkül nicht notwendig die Gegnerschaft Englands heraus – sofern Grossbritannien nur die ihm «kongenialen» Staatsmänner in die Verantwortung stellte. So waren es eigentlich die Erfahrungen mit den «unzulänglichen» Führern der Angelsachsen, die ihn erbosten und zweifeln liessen. Aber sein Zweifel liess doch immer wieder Hoffnung möglich erscheinen. Dieser Schwebezustand ist vielleicht eine der wichtigsten Erklärungen dafür, dass Hitler bis zum Start in die Expansionsphase nicht mehr zustande brachte als ein «Bündnissystem», das diesen Namen nicht verdiente und eigentlich ebenfalls nur einen politischen Schwebezustand umschrieb. Ausdruck dieses Schwankens waren die oft zitierten Gespräche mit Carl Jacob Burckhardt im September 1937¹⁴¹, die eine eigentümliche Hassliebe erkennen lassen. Dass Grossbritannien sich einmischte in Fragen, die «die deutsche Sphäre» betrafen, hat seinen Zorn erweckt. Hier musste Hitler erkennen, dass seine Rechnung möglicherweise aufgrund von Widerständen, die er für sinnwidrig hielt, nicht

139 Hillgruber, Weltpolitische Lage, S. 281.

140 Henke, England, S. 99.

141 Burckhardt, Danziger Mission, S. 97ff.

aufgehen werde. England avancierte dennoch nicht zum Hauptgegner. Wenn Hitler davon sprach: «Unser Feind Nr. 1 ist England»¹⁴², so war damit der sich seinen Plänen versagende Wunschpartner gemeint, dem das politische Eigeninteresse verübelt wurde, der sich so «programmwidrig» verhielt, dass der unter Zeitnot stehende Fahrplan Hitlers in Gefahr zu geraten drohte. Gesehen werden muss allerdings, dass diese «Hassliebe» tiefere Wurzeln hatte. Nicht allein englische Einmischungsversuche in «deutsche» Angelegenheiten irritierten Hitler. Die eigentliche Ursache lag vielmehr in der Erkenntnis, England werde sich gegen eine deutsche Hegemonie in Europa stellen, in der Hitler ja selbst einen Schlüssel für grössere Ambitionen erblickte¹⁴³.

Umso geneigter schenkte er andererseits Auffassungen seine Aufmerksamkeit, die zu zeigen schienen, dass Grossbritannien letztlich doch nicht als Gegner einkalkuliert werden müsse¹⁴⁴. In diesem Sinne wirkte wohl auch, dass sich führende englische Politiker zumeist einer vorsichtigen, andeutenden Sprache bedienten, die Raum für unterschiedliche Interpretationen gewährte. Alles das führte dazu, dass Hitler im Frühjahr 1938 noch nicht wie sein jetzt bestellter neuer Aussenminister gegen England festgelegt war. Das «Ersatzbündnissystem» entsprach genau diesem Weltbild – und den politischen Möglichkeiten. Mehr konnte angesichts des einzuschlagenden Kurses nicht für Freund- oder Partnerschaften gewonnen werden. Die bündnispolitischen Anstrengungen Deutschlands können in gewisser Weise als Reflex der britischen Politik, wie sie sich für Berlin darstellte, angesehen werden. In Berlin aber gab es keine einheitliche und zweifelsfreie Sicht der Problematik. Sowohl eine Umorientierung wurde befürwortet wie die Offenhaltung der englischen Frage.

7. Offene Expansion – Appeasement

Auch in London funktionierte die Abstimmung verschiedener Auffassungen nicht zu-friedenstellend. Aussenpolitik wurde nicht verstanden als der kürzeste Weg zur Mobilisierung einer Front gegen den als solchen erkannten potentiellen Gegner Nr. 1, nämlich Deutschland. Dem steten Drängen Frankreichs auf festere militärische Absprachen wich London aus. Als schliesslich Eden im Dezember 1937 eine Intensivierung der englisch-französischen und englisch-belgischen Militärabsprachen empfahl für den Fall, dass Grossbritannien gezwungen werde, seine Verpflichtungen gegenüber beiden Ländern aus dem Locarno-Vertrag zu erfüllen¹⁴⁵, stellten sich die Chiefs of Staff dagegen. Sie wollten den Weg zur deutsch-englischen Entspannung offenhalten, fürchteten, Frank-

142 Rede vor Kreisleitern am 23.11.1937 anlässlich der Einweihung der Ordensburg Sonthofen; Speer, Erinnerungen, S. 539; Henke, England, S. 119; Hildebrand, Reich, S. 536.

143 Vgl. seine spätere Äusserung über den Zusammenhang von Europa-Hegemonie und dem «Weg zu einer Weltherrschaft», Goebbels, Tagebücher, 1942-1943, 8.5.1943.

144 Ausführlich dazu Henke, England, S. 101 ff.

145 Gibbs, Strategy, Bd. 1, S. 624.

reich werde eine engere Kooperation für eigene Zwecke ausnutzen und so das deutsch-englische Verhältnis belasten. Dies war jedoch nicht die Meinung des Kabinetts, das sich Mitte Februar 1938, wenige Tage vor Edens Rücktritt, mit den Vorstellungen Edens und der Chiefs of Staff befasste. Das Kabinett hielt daran fest, dass ein Engagement der britischen Armee auf dem Kontinent am Ende der Prioritäten stehen sollte¹⁴⁶. Gedacht war an zunächst nur drei Divisionen, die später um zwei weitere verstärkt werden sollten – alles in allem eine Streitmacht, die es nicht lohnte, Generalstabsbesprechungen abzuhalten¹⁴⁷. Eden setzte sich nur insoweit durch, als die Royal Air Force Generalstabsbesprechungen mit den Franzosen abhalten sollte. Hinsichtlich der Eventualität eines englisch-italienischen Krieges im Mittelmeer fürchteten die Stabschefs bei französischer Beteiligung ein Eingreifen Deutschlands mit dem Risiko eines Weltkrieges, dessen Ausgang mit weniger Zuversicht vorherzusagen war als das Resultat eines englisch-italienischen Krieges¹⁴⁸.

Eden war jetzt zu der Erkenntnis gelangt, dass es weiser sei, die englische Bereitschaft zur Annahme der Herausforderung der Diktatoren deutlich zu machen. Er glaubte nicht mehr an eine Détente. Alle Erfahrungen deuteten seiner Meinung nach darauf hin, dass die Situation nur verbessert werden könne, wenn England sich entschlossen zeigte, seinen Vertragsverpflichtungen nachzukommen. Wenig später, Anfang April 1938, rang sich das Kabinett zu der Auffassung durch, dass Grossbritannien sich nicht länger nur theoretisch mit seinen Locarno-Verpflichtungen befassen dürfe. Chamberlain befürwortete nun grundsätzlich Generalstabsbesprechungen mit Frankreich. Der blitzartig vollzogene «Anschluss» Österreichs hat seine Lageeinschätzung stark beeinflusst. Jeder Partner sollte nun wissen, welche Rolle der andere spielen könne¹⁴⁹.

Im Gegensatz zu den Militärs glaubten Halifax und Chamberlain, ein feindliches Italien ausschliessen zu können. Sie glaubten ferner, dass Japan in China zu stark engagiert sei, um dem Empire gefährlich werden zu können. Die englische Position, wie sie am 11. April 1938 von Chamberlain umrissen wurde, lässt sich beschreiben als Konsens darüber, dass Generalstabsbesprechungen von einem englisch-französisch-belgischen Krieg gegen Deutschland ausgehen sollten, der aus den Locarno-Verpflichtungen resultieren könne. Grossbritannien wollte aber keinesfalls mehr eine Expeditionsarmee auf den Kontinent schicken – eine Haltung, die schon im Kabinett von Duff Cooper als unrealistisch kritisiert wurde.

146 Ebd., S. 628, PRO Cab. Cons. 5 (38) 12,51-54. Bond, *British Military Policy*, unterstreicht, dass die Fähigkeiten der britischen Armee bewusst pessimistisch eingeschätzt worden seien. Wunschenken hat die Regierung beherrscht und vor allem Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung. Zu diesem wichtigen Element in der britischen Politik Adamthwaite, *Le gouvernement britannique*, S. 349-361.

147 Ebd.

148 Ebd., S. 627.

149 Ebd., S. 630. Zum Gesamtverhältnis Westmächte-nationalsozialistisches Deutschland s. Die Westmächte und das Dritte Reich. Zur Appeasementliteratur wichtig die Hinweise von Niedhardt in der Zeitschrift *Neue Politische Literatur* (NPL), etwa *Weltherschaft versus World Appeasement*, S. 281-291; s. ferner Kennedy, *The Realities behind Diplomacy*; Kennedy / Spence, *On Appeasement*; Rock, *British Appeasement*; *Fascist Challenge*.

Die Schwäche der politisch-strategischen Überlegungen für ein europäisches Engagement lag in der einseitigen Beschäftigung mit westeuropäischen Entwicklungsmöglichkeiten. Das Committee of Imperial Defence erwartete im Falle eines Krieges den Versuch eines K.-o.-Schlages im Westen: wegen der Stärke der Maginot-Linie nicht in erster Linie gegen Frankreich, sondern gegen die Industrie- und Wirtschaftspotentiale Grossbritanniens. So unzureichend diese Überlegungen waren, ein Gedanke dominierte in all den Denkschriften und Diskussionen: Der künftige Aggressor, gegen den England anzutreten haben werde, konnte nur Deutschland heissen.

Gegenüber möglichen deutschen Coups in Osteuropa war die britische Politik noch nicht fixiert. Von daher scheinen Hitlers Überlegungen, «ohne England» agieren zu können, eine gewisse Berechtigung gehabt zu haben. Für den Umschlag einer Politik, die eben erst nach Möglichkeiten suchte, den englischen Locarno-Verpflichtungen gegebenenfalls zu entsprechen, in eine Politik der Eindämmung deutscher Expansionsziele im Osten mit dem Risiko eines Krieges bedurfte es erst weiterer Erfahrungen mit den politischen Praktiken Hitlers. Chamberlain suchte gerade nach Möglichkeiten der Verständigung mit Hitler über Ostfragen. Im Südosten konnte Hitler vielleicht entgegengekommen werden. Diese Politik sollte allerdings mit höchster Wachsamkeit verfolgt werden.

Chamberlain suchte mit seinem Appeasement-Konzept Hitler eine langfristige Strategie entgegenzusetzen. Aus der Spannung der gegenläufigen Absichten, vor allem aus den jeweils dem andern Teil nicht bekannten Motivationen ergaben sich die Hoffnungen und Enttäuschungen der Zeit bis Kriegsbeginn. Am Anfang dieser Phase stand ein Gespräch Hitlers mit dem stellvertretenden britischen Aussenminister Lord Halifax im November 1937¹⁵⁰. Halifax, bald darauf Leiter des Foreign Office, brachte Programm und Strategie des neuen Kurses der britischen Deutschland-Politik mit nach Berchtesgaden. Premierminister Chamberlain wollte Hitler in eine europäische Friedensordnung einbinden. Aus dem deutsch-englischen Arrangement sollte ein europäisches werden. Um den Preis der Friedenswahrung war Grossbritannien zu Konzessionen in Europa bereit und zum Entgegenkommen in der Kolonialfrage. Wäre Hitler nicht zum Krieg entschlossen gewesen, hätte eine Flurbereinigung nahezu aller Revisionsfragen Platz greifen können: Halifax liess erkennen, dass die britische Regierung nicht am Status quo festhalten wolle, «notwendig gewordene Änderungen» müssten ins Auge gefasst werden, aber sie sollten aufgrund «einer vernünftigen Regelung» erfolgen. Hitlers Einstellung zu einer kollektiven Friedensordnung und zur Abrüstung interessierten. Alle anderen Fragen, so Halifax, gehörten in eine Kategorie, die Änderungen der europäischen Ordnung beträfe, die wahrscheinlich früher oder später eintreten würden. Dazu zählte der Sprecher des britischen Premier Danzig, Österreich und die Tschechoslowakei. Hitlers Reaktion blieb ausgesprochen reserviert. Auch die Frage der Kolonien be-

150 Abdruck der für Hitler bestimmten Fassung der Aufzeichnung über die Unterredung Hitler-Halifax vom 19. 11. 1937: ADAP, D, Bd. I, S. 46ff.

handelte er unterkühlt: Die Kolonialfrage stellte er als die einzig wesentliche Differenz zwischen Deutschland und England hin. Würde sie ausgeräumt, so sei das zu begrüßen, wenn nicht, könne er dies nur bedauernd zur Kenntnis nehmen. Zum Abrüstungs- und Sicherheitskomplex äusserte er sich weitschweifig und ausweichend. Überhaupt verhielt sich Hitler so, dass Halifax ohne konkrete Hinweise auf mögliche Anknüpfungspunkte für die neue britische Strategie abreisen musste. Hitlers oftmals lehrhafte Ausführungen verdeckten nur ungenügend die Absicht, sich durch keine internationalen Absprachen das Expansionskonzept stören zu lassen. Nur mit einer Formulierung liess er sich aus der Reserve locken: Deutschland werde nicht in einen Völkerbund zurückkehren, der seine Aufgabe darin sehe, «sich der natürlichen Fortentwicklung der politischen Verhältnisse entgegenzustellen»¹⁵¹. Ost- und südosteuropäische Fragen stellten für Hitler ohnehin kein Thema für deutsch-englische Gespräche dar. Hier argwöhnte er Einmischungsversuche eines Unbefugten.

Der Dialog zeigt dem heutigen Betrachter, dass Hitler auf die Ziele der Appeasement-Politik nicht festzulegen war. Entschlossen, bei passender Gelegenheit über die Tschechoslowakei herzufallen, stellte er das Verhältnis zu Prag als Problem dar, das sich bei «vernünftiger Einstellung» der Tschechen lösen lasse: Prag brauche nur die Sudetendeutschen gut zu behandeln. Mit Österreich sei der Vertrag vom 11. Juli 1936¹⁵² geschlossen worden, der «hoffentlich zur Behebung aller Schwierigkeiten führen» würde. Halifax hatte versucht, das angestrebte Arrangement mit der Begründung schmackhaft zu machen, dass dadurch weder die «Achse» noch die guten englisch-französischen Beziehungen tangiert werden sollten. Es war klar, England war zu grossen Konzessionen bereit, aber nicht zur Gewährung einer absoluten Rückenfreiheit für Hitler auch bei kriegerischem Vorgehen.

Für Hitlers Fahrplan, wie er 1936 und zuletzt 14 Tage vor dem Gespräch mit Halifax umrissen worden war, musste das britische Angebot zu einem «Settlement» ausgesprochen störend wirken. «Positiv» liess sich dagegen das britische Desinteresse an Veränderungen im Südosten verbuchen. War das schon das Zugeständnis der Aktionsfreiheit im Osten, das Weizsäcker als eines der Ziele deutscher England-Politik genannt hatte¹⁵³? England wünsche, so meinte er, militärisches Stillhalten namentlich im Westen. Es gelte zu eruieren, wie weit das britische Ruhebedürfnis gehe, was England für seine Ruhe zu zahlen bereit sei. Allerdings laufe in Rüstungsfragen die Zeit für England. Beliebig langen Verhandlungsspielraum besitze Deutschland nicht.

Das Auswärtige Amt befasste sich also ebenfalls mit der natürlichen Fortentwicklung der Politik, zwar deutlicher als Hitler unter der Voraussetzung, dass ein «gegen England» vermieden werde, weil ein Krieg «mit England als Gegner» auf lange Zeit hin nicht ins Auge gefasst werden könne, aber es wurde auch auf die Zeitnot für eine Politik

151 Ebd., S. 52.

152 Das sog. «Gentlemen-Agreement», ADAP, D, Bd. I, Nr. 152, S. 231 ff.

153 Aufzeichnung für Bülow vom 10.11.1937, ebd., Nr. 21, S. 33f.

der gewaltsamen Expansion hingewiesen, ein Gedanke, den Hitler am 5. November so stark herausgestellt hatte. Man mag Weizsäckers Vorschläge, die auf eine Offenlegung der Rüstungsprogramme, auf einen deutsch-englischen Ausschuss zur Prüfung der deutschen Kolonialansprüche, auf Beratungen zwischen den Locarno-Mächten hinausliefen, als «konservativgemässigte Variante deutscher Grossmachtpolitik» qualifizieren¹⁵⁴, denn sie unterschieden sich durchaus von Hitlers Vorstellung über die nächsten Etappen des deutschen Angriffs, aber sie führten doch auch auf den Gedanken, dass Eile not tue. Zeitnot konnte nur empfinden, wer Gewaltanwendung in seine Kalkulation einbezog. Zumindest dem Missverständnis einer solchen Logik setzte sich Weizsäcker aus. Gerade in diesem Punkt unterschieden sich seine Gedanken von den Überlegungen, die er im Juni 1937 zur Vorbereitung des geplanten Besuchs Neuraths in London entwickelt hatte¹⁵⁵. Das «wir wollen keinen Krieg» ist im November nicht mehr eindeutig formuliert, eher umgebogen zum «wir können einen Krieg noch nicht ins Auge fassen». Aber den Kurs, ob Krieg oder nicht Krieg sein sollte, steckte Hitler ab, den abzufangen keine Opposition stark genug war. Sein Rezept war jetzt nicht mehr, auszuloten, wie weit die britischen Zugeständnisse reichten, sondern eine günstige Gelegenheit zum Handeln abzupassen. Halifax war jedenfalls nicht soweit gegangen, eine Regelung der Danzig-, Österreich- und der Tschechoslowakei-Frage «im deutschen Sinne» anzubieten¹⁵⁶, sofern damit Hitlers Intentionen zur Diskussion standen. Diese hatte der «Führer» auch tunlichst für sich behalten. Halifax dachte an eine Neutralisierung der Tschechoslowakei, an eine Art Schweizer Lösung¹⁵⁷. Er hielt die Danzig- und Korridor-Situation für absurd und meinte, zwischen Deutschland und Polen vermitteln zu sollen, aber er wünschte keine deutsche Hegemonie. Dennoch glaubte er, nützliche Politik machen zu können mit Chamberlains Strategie: Hitler zu zeigen, dass er viel von dem bekommen könne, was er sich wünschte, vorausgesetzt, er verzichte auf Krieg¹⁵⁸. Die Unvereinbarkeit des Strategie-Modells des Appeasement mit Hitlers Absichten, sei es den kurz- oder mittelfristigen, war mit dem Halifax-Besuch erkennbar geworden. Halifax hatte das Gefühl, dass total verschiedene Wertvorstellungen aufeinandergetroffen waren¹⁵⁹. Klarer als die britische Seite erkannte Hitler die Unvereinbarkeit der praktischen Zielvorstellungen. Chamberlain und Halifax sahen dagegen keinen Anlass, die einmal eingeschlagene Linie nicht beizubehalten. Man war sogar «recht zufrieden»¹⁶⁰, obwohl erkannt worden war, dass Hitler kein allgemeines Agreement wünschte¹⁶¹. Bald nach

154 Hildebrand, Aussenpolitik, S. 61.

155 Vgl. Weizsäcker-Papiere, S. 115 ff.

156 Hillgruber, Weltpolitische Lage, S. 282.

157 Cowling, Impact, S. 276.

158 Ebd.

159 Halifax, Fullness of Days, S. 189; Henke, England, S. 117f.

160 Brief Halifax' an Henderson vom 24.11.1937, zit. bei Henke, England, S. 121.

161 Halifax' Bericht an das Foreign Office; dazu Henke, England, S. 117.

dem Besuch zeigte sich auch für die Appeasement-Politik, dass Hitler von den englischen Vorstellungen wenig beeindruckt worden war. Die Expansion in Etappen lief an. Die Veränderungen der Landkarte im Jahre 1938 schienen eine automatische Folge des wachsenden politischen und militärischen Gewichts Deutschlands zu sein. Deutschlands Druck auf den Südosten verstärkte sich. Wirtschaftspolitisch war er ja seit 1933 systematisch in Gang gesetzt worden, wobei die Wirtschaftspolitik zugleich als Hegemonialpolitik konzipiert war. Wenigstens insoweit behauptete sich immer noch der ökonomische Imperialismus des Auswärtigen Amtes neben Hitlers Zielsetzungen. Mehr als eine flankierende Rolle spielte er allerdings nicht. Deutschland suchte den Zusammenhalt der Kleinen Entente aufzulockern, indem es bilaterale ökonomische Bindungen schuf, die wegen der Orientierung des Exports der südosteuropäischen Agrarländer auf den deutschen Markt einseitig so gut wie unauflösbar wurden. Die Absicherung des deutschen Einflusses im Donauraum gegen andere Grossmächte, vor allem gegen Frankreich, aber auch gegen Italien, sollte durch diese Politik ebenso erreicht werden wie die wirtschaftliche Kriegsvorbereitung. Wichtige frühe Etappen bildeten die Handelsverträge mit Jugoslawien vom 1. Mai 1934 und Abmachungen mit Ungarn im Februar 1934¹⁶². Gerade die von Berlin eingeräumten Präferenzen waren einprogrammiert worden, um gegebenenfalls politischen Druck ausüben zu können. Mit der nach Südosten zielenden Expansion des Jahres 1938 nahm diese Politik eine neue Qualität an. Rumänien rückte nun auch stärker in den deutschen Einflussbereich¹⁶³. Möglich wurden die Erfolge dieses Elans nur aufgrund der Chancenlosigkeit der sowjetischen Politik im Balkanraum, die hier grossem Misstrauen begegnete.

Am weltpolitischen Horizont zeichneten sich noch keine beunruhigenden Entwicklungen ab. Die Sowjetunion schien sich mit den Säuberungsaktionen Stalins vorläufig selbst ausmanövriert zu haben. In den USA zeichnete sich zwar ein erhöhtes Interesse der Roosevelt-Regierung an der politischen Entwicklung in Europa ab, aber die Macht und der Einfluss der Isolationisten schienen zunächst ungebrochen, wie die Geschichte der Vorlagen für ein Neutralitätsgesetz zwischen 1935 und 1937 zeigte. Dier Isolatio-

162 Zu den Tendenzen der Handelspolitik mit den Südost-Staaten vgl. Beitrag Volkmann, S. 306ff. u. 401 ff.; s. a. Schröder, Hegemonialstellung; dort Angabe wichtiger Literatur.

163 Dazu Hillgruber, Deutsch-rumänische Beziehungen; Broszat, Deutschland. Marguerat, *Le III^e Reich; Kaiser, Economic Diplomacy*, unterstützt die These, dass Hitlers Aussenwirtschaftspolitik Bestandteil einer expansionistischen, auf Krieg zielenden Aussenpolitik war. Kritisch dazu unter Hinweis auf die bekannten Kontroversen über die NS-Aussenpolitik Adamthwaite, *War Origins*, S. 110f. Dazu ferner Overy, *Hitler's War*, S. 272-291. Insgesamt hat die bis München in Südosteuropa nachgiebige Politik der Westmächte danach dort wieder versucht, ihren Einfluss auf dem Balkan zu stabilisieren. Marguerat erblickt hierin einen *point d'appui* für eine energische Politik, und auch im Foreign Office gab es Kräfte, die Deutschlands Drang nach Osten stoppen wollten. Schneider, *Machtpolitik*, S. 211-222, weist auf die schon in der Weimarer Zeit verfolgte Strategie Berlins hin, das französische Sicherheitssystem wirtschaftspolitisch zu paralisieren. Der machtpolitische Aspekt gewann seit 1937 immer grössere Bedeutung.

nismus wünschte, selbst um den Preis von Handelseinbussen, aus einem europäischen Konflikt herausgehalten zu werden, und befürwortete daher ein Waffenembargo gegen alle Beteiligten eines eventuellen Konflikts¹⁶⁴. Die Handlungsfreiheit des amerikanischen Präsidenten ist durch die Neutralitätsgesetzgebung partiell gerade auf ausserpolitischem Gebiet blockiert worden, wie sich in der Abessinien-Frage und gegenüber Franco-Spanien erweisen sollte¹⁶⁵. Roosevelts Drängen auf grösseres Engagement in der Sicherheits- und Kriegsverhütungspolitik entbehrte damit zunächst einer zuverlässigen Basis. Der alte Kontinent interessierte viele Amerikaner nicht. Hitlers Revisionismus stellte die USA nicht vor bedrängende politische und strategische Probleme, zumal nicht bis 1938. Die Rheinland-Besetzung etwa weckte hier keine Besorgnisse¹⁶⁶, wenn auch Roosevelt selbst seit 1933 Hitlers Politik kritisch verfolgte, ohne allerdings Konsequenzen für die USA selbst zu befürchten. So war denn seine Chicagoer «Quarantäne»-Rede vom 5. Oktober 1937 – übrigens stärker gegen Japan als gegen Deutschland gerichtet – mehr ein allgemeines Signal als ein Zeichen für eine bereits auf dem Weg befindliche Politik¹⁶⁷. Handelspolitische Isolierung als Mittel zur Zählung der Aggressoren musste Hitler nicht unmittelbar als Störung seines Konzepts empfinden; planmässig wurde sie noch gar nicht in Gang gesetzt. Die tatsächlichen handelspolitischen Differenzen resultierten vielmehr aus deutscher Zahlungssäumigkeit. Auf dem Papier blieb auch Roosevelts Idee einer moralischen Front gegen die autoritären Staaten¹⁶⁸. Dennoch war wohl schon 1937 zutreffend, was Botschafter Dieckhoff Anfang Dezember aus Washington zu bedenken gab, dass nämlich die USA ihr Schwergewicht in die englische Waagschale werfen würden, «wenn es um die Existenz Grossbritanniens»

164 Niedhart, Grossbritannien, S. 276ff. Dazu Schwabe, Die entfernteren Staaten; umfassend zum Isolationismusproblem: ders., Amerikanischer Isolationismus.

165 Divine, Reluctant Belligerent, S. 2 ff.

166 Offner, Appeasement.

167 Ähnlich Moltmann, Weltpolitische Lage, S. 153. Moltmann sieht in der Quarantäne-Rede keinen «historischen Wendepunkt» der US-Aussenpolitik der Vorkriegszeit. Zur amerikanischen und englischen Appeasementpolitik s. auch Schröder, Economic Appeasement, S. 82-97.

168 Offner, Appeasement, S. 218ff.; Helbich, Roosevelt, S. 195ff.; Schwabe, Die entfernteren Staaten, S. 279.

169 ADAP, D, Bd. I, Nr. 423, S. 533ff., Zitat S. 535. Näher zur US-Europapolitik: Reynolds, Creation of the Anglo-American Alliance; Macdonald, United States, Britain and Appeasement, hebt die britisch-amerikanischen Strategie-Rivalitäten hervor. Reynolds kritisiert Roosevelts Unentschlossenheit in der Neutralitätsfrage, aber seine Schwierigkeiten, England zu einer rigoroseren Politik zu ermutigen, liegen, wie Macdonald zu bedenken gibt, nicht zuletzt darin begründet, dass eine generelle Anti-Achsenpolitik nur geringe Zustimmung fand. Chamberlain betrachtete die Quarantäne-Rede als wenig hilfreich. S. ferner: Franklin D. Roosevelt and Foreign Affairs, Second Series; Lowenthal, Roosevelt, S. 413-465, verweist auf die Unentschiedenheit Roosevelts. Die von Roosevelt gebilligten Marineabsprachen vom Januar 1938 waren gegen Japan gerichtet. Noch bis Frühjahr galt die Devise: Pazifik zuerst. Während der CSSR-Krise 1938 suchte Roosevelt eine friedliche Lösung. Aber schon im November 1938 wünscht der Präsident eine «air-force in being» von 10'000 Flugzeugen und eine Produktionskapazität

gehe¹⁶⁹. Auch die Wertung des Einflusses der isolationistischen Gruppierungen gegenüber den Kräften, die bereit waren, weltpolitische Verantwortung zu tragen, zeigte das abgewogene Urteil des Botschafters. Aus allem entnahm Hitler aber nur, dass eine Politik, die nicht unmittelbar gegen Grossbritannien gerichtet wurde, ohne das ganz grosse Risiko betrieben werden konnte. Die nächsten Schritte bedurften nicht mehr der am 5. November 1937 präzisierten besonderen Voraussetzungen.

a) Der «Anschluss»

Hitlers Politik gegen Österreich war seit dem Abkommen vom 11. Juli 1936 darauf angelegt, die Zeit bis zum Heranreifen einer Situation, die den «Anschluss» ermöglichen konnte, im Sinne der ideologischen Durchdringung zu nützen. Goebbels sah in dem Vertrag die «Voraussetzung für einen 30.1.1933» in Österreich¹⁷⁰. Die Goebbels-Presse entwarf das Bild eines Österreich, das aus grossdeutsch-reichspolitischer Notwendigkeit, rassemässig und ideologisch «dazugehörte». Sie sprach damit Gefühle in Deutschland an, die nicht erst manipuliert werden mussten. Aussenpolitisch suchte Hitler Österreich zu isolieren und alles zu vermeiden, die Stresa-Garantiemächte zu neuem Engagement zu provozieren. Aber das Verhältnis der Nachbarn spitzte sich zu. Die Nationalsozialisten unter ihrem Landesleiter Leopold benahmen sich herausfordernd. Bundeskanzler Schuschnigg weigerte sich, die «nationale Opposition» in die Regierung zu nehmen. Innenpolitische Problemfelder gab es also genug, um Hitler Handhaben zur Einmischung zu bieten. Brauchte er wirklich einen aussenpolitischen Erfolg¹⁷¹, um die Ereignisse von Anfang Februar, die Veränderungen in der Wehrmacht- und der Heerespitze¹⁷², mit ihrem ungünstigen Eindruck in und ausserhalb der bewaffneten Macht zu kompensieren? Dagegen spricht, dass offenbar Göring stärker als Hitler im März auf eine energische Lösung drängte¹⁷³. Aber Hitler hat doch die Militärs durch die Beschäftigung mit den Aufmarschplänen von der Generalsaffäre abgelenkt. Eine dafür anberaumte Sitzung des Reichskriegsgerichts liess er vertagen¹⁷⁴. Die gewählte indirekte Me-

von jährlich 10'000 Maschinen als Abschreckungsmittel zur Sicherung der westlichen Hemisphäre. Der Joint Board der Streitkräfte sieht Deutschland seit April 1939 als Hauptgefahr (Rainbowplan I: Hemispheric Defence, June 1939).

170 Koerner, Österreich-Anschluss, S. 63; Eichstädt, Dollfuss, S. 108ff.; Jacobsen, Aussenpolitik, S. 435 ff. Der Führer der österreichischen Nationalsozialisten, Leopold, meinte im August 1937, Hitler habe mit dem Vertrag den Weg der Durchdringung und parteipolitischen Gleichschaltung gewiesen: Brief Leopolds vom 22.8.1937, BA NS 10/281, Adjutantur des Führers. Dazu Schausberger, Österreich, S. 739.

171 So Jacobsen, Aussenpolitik, S. 438. Eine frühe Übersicht über die «Anschluss»-Literatur bietet Hillgruber, Anschluss.

172 Dazu ausführlich Müller, Heer, S. 255 ff.; vgl. auch Jodl-Tagebuch.

173 Gehl, Austria, S. 188ff.; Weizsäcker-Papiere.

174 Müller, Heer, S. 269.

thode, die Erpressung Schuschniggs am 12. Februar in Berchtesgaden sowie das spätere fingierte Hilfe-Ersuchen Seyss-Inquarts boten keinen Spielraum für die Westmächte, im Sinne ihrer Garantie tätig zu werden. Die Idee einer österreichischen «Einladung» stammte offenbar von Weizsäcker. Sie wurde von Hitler zum fingierten Telegramm weiterentwickelt. Es war eine der Blitzaktionen Hitlers. Schuschnigg glaubte in Berchtesgaden noch, die staatliche Selbständigkeit bewahrt zu haben. Was hatte er konzedieren müssen? Die Abstimmung seiner Aussenpolitik mit Deutschland; Österreichs Nationalsozialisten mussten wieder zugelassen werden, der Wirtschaftsverkehr war zu intensivieren, zwischen den Generalstäben sollten regelmässig Konsultationen stattfinden¹⁷⁵. Hitler war sicher, dass mit dem Berchtesgadener Abkommen «die Österreich-Frage automatisch gelöst werde»¹⁷⁶. Eine Gewaltlösung war ihm zunächst unerwünscht, weil Deutschlands aussenpolitische Lage immer günstiger und seine militärische Kraft von Jahr zu Jahr grösser werde.

Er konnte sicher sein, dass Mussolini sein Vorgehen akzeptierte. Diese Erkenntnis hatte Göring bereits im Januar 1937 aus Rom mitgenommen: Italien würde nicht wieder die «Wacht am Brenner» gegen Deutschland beziehen¹⁷⁷ – mochte Mussolini bei den Gesprächen im Übrigen auch sehr zurückhaltend reagiert haben. Es war darum nach entsprechendem Hinweis Mussolinis am 11. März leicht, Schuschniggs Versuch, eine Abstimmung für ein freies und unabhängiges Österreich durchzuführen, zu konterkarieren. Die ungarische und italienische Hilfe, auf die der österreichische Bundeskanzler setzte, war für ihn nicht zu haben. Anfragen in Rom, Paris und London blieben ergebnislos. Nach Schuschniggs Rücktritt erteilte Hitler am 11. März den Befehl zum Einmarsch. Österreich «fiel heim ins Reich». Die Weisung Nr. 1 «Unternehmen Otto» – zeitweise war in Berlin befürchtet worden, Erzherzog Otto plane eine baldige Restauration der Monarchie, und daher war noch unter Fritsch und Blomberg ein Einmarschplan entworfen worden – sah ein möglichst ohne Gewalt zu inszenierendes Vorgehen mit zwei Armeekorps vor. Das Unternehmen sollte «in Form eines von der Bevölkerung begrüsstes friedlichen Einmarsches» vor sich gehen – dessen nächster Zweck allerdings die Verhinderung der Volksbefragung gewesen war. Der Zusammenhang dieser Expansionspolitik mit dem Umbau der militärischen Spitze ist sicher nicht so zu interpretieren, dass jetzt mit willfährigeren Männern – vor allem mit dem «unpolitischen» und kompromittierten Brauchitsch¹⁷⁸ – eher risikobeladene Schritte unternommen werden konnten. Das Risiko war nicht sehr gross.

Grossbritannien erkannte zwei Wochen später den «Anschluss» an, den man – sogar

175 Text des Protokolls: ADAP, D, Bd. I, Nr. 294, S. 421 f.; zur deutschen Taktik auch Irving, *Hitlers Weg*, S. 170 ff.

176 Ebd., Nr. 328, S. 450.

177 Aufzeichnung Hassells über Gespräch mit Göring, 30.1.1937, ADAP, C, Bd. I, Nr. 207, S. 316 ff.

178 Müller, *Heer*, S. 268; Messerschmidt, *Wehrmacht*, S. 210ff.

Vansittart – auf die Dauer ohnehin für unvermeidlich gehalten hatte¹⁷⁹. Chamberlain hätte andere «Methoden» lieber gesehen, aber seine Strategie sah ja Entgegenkommen auf dem Kontinent vor – und die Reaktionen in Deutschland und Österreich auf den «Anschluss» bewiesen, dass Hitler auf einer Woge der Begeisterung schwamm. Aus Paris berichtete die Botschaft von «einem Gefühl der Ohnmacht gegenüber der sich legal und im Verhandlungsweg anbahnenden Realisierung eines engeren Zusammenschlusses der beiden deutschen Staaten». Die Gegnerschaft gegen einen eventuellen Anschluss äusserte sich nur noch «platonisch»¹⁸⁰. Tatsächlich aber neigten in Paris schon früher einflussreiche Kräfte zu einer elastischeren Haltung in der Österreich-Frage, wie offenbar Georges Bonnet, der Anfang November 1937 dem in der französischen Hauptstadt weilenden deutschen Botschafter in Wien, Papen, nach dessen Bericht zu verstehen gegeben haben soll, dass die Radikalsozialisten «nach rechts» tendierten und damit von «bolschewistischen Orientierungen» abzurücken suchten. Bonnet deutete danach auch an, er widersetze sich nicht «Fortschritten» in der Österreich-Frage¹⁸¹.

Der «Anschluss» bedeutete die Erreichung eines der grössten Ziele des Revisionismus und zugleich den Auftakt der Expansionsphase. Die deutsche Propaganda befasste sich in geschickter Steuerung so ausgiebig mit dem nationalgeschichtlichen Aspekt des Vorgangs, dass der Eindruck entstehen konnte, die Herstellung einer lang erstrebten nationalen Identität werde schliesslich zur Beruhigung des Kontinents beitragen können. Hinter der Begleitmusik des nationalen Triumphs verschwand völlig eine sehr entscheidende Motivation für die Expansion, nämlich die wirtschaftlichen und wehrwirtschaftlichen Engpässe, welche die forcierte Aufrüstung mit sich gebracht hatte¹⁸². So zeichneten sich bereits 1937 Deckungslücken im Rohstoffbedarf der Wehrmacht ab¹⁸³. Dennoch lässt sich von der ökonomischen Seite her nicht argumentieren, ohne «Anschluss» wären gefährliche innenpolitische Krisen zu erwarten gewesen. Österreich war bereits weitgehend in den Kreislauf der deutschen Wirtschaft einbezogen, und zwar schon nach den Wirtschaftsabmachungen des Jahres 1936¹⁸⁴. Die Technokraten des Vierjahresplans wollten den «Anschluss». Österreich wurde nicht nur wegen seiner Rohstoffe, sondern auch wegen seiner freien Industriekapazitäten, Devisen und Arbeitskräfte interessant. Auch in den Augen Hitlers bildete die Alpenrepublik einen nicht unbeträchtlichen Mosaikstein im Ablauf der geplanten wirtschaftlichen und militärstrategischen Expansion.

179 Woermann an Auswärtiges Amt, 9.11.1937, ADAP, D, Bd. II, Nr. 14, S. 26. Hinweise auf Äusserungen Vansittarts gegenüber Konrad Henlein.

180 Telegramm vom 16. 2.1938 an Auswärtiges Amt, ADAP, D, Bd. I, Nr. 302, S. 430.

181 ADAP, D, Bd. I, Nr. 22, S. 34-38, Brief Papens an Neurath vom 11. November 1937.

Dazu näher Bariéry, Frankreich und die Anschlussfrage.

182 Dazu Schausberger, Österreich, und ders., Wirtschaftliche Aspekte; vgl. Beitrag Volkmann, S. 381 ff.

183 Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 94; vgl. Beiträge Deist und Volkmann.

184 Schausberger, Österreich, S. 745 f.

Der Wehrwirtschaftsstab im OKW beurteilte zwar Anfang Mai 1938 die wehrwirtschaftlichen Auswirkungen des «Anschlusses» sehr pessimistisch. Selbst im Bereich der Produktionskapazitäten rechnete er nur mit einer vorübergehenden Entlastung. Den wertvollsten Zuwachs an «wehrwirtschaftlicher Kraft» erblickte er in der Öffnung des Südostraumes für die deutsche Kriegsversorgung und in den «verbesserten Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Abwägung der Tschechoslowakei im Bedarfsfalle»¹⁸⁵. Eine ausschliesslich ökonomisch-rüstungswirtschaftliche Analyse führt also nicht zu einer befriedigenden Klärung der deutschen Motivationen. Ökonomische, politisch-taktische und strategische Überlegungen gingen hier eine untrennbare Verbindung ein. Die Entscheidung über die Art der Durchführung der Aktion fiel erst im Zuge der akuten Vorbereitungen¹⁸⁶.

Wesentlich kritischer als London beurteilte die französische Führung den «Anschluss»¹⁸⁷. Konsequenter kann diese Haltung kaum genannt werden, weil die französische Aussenpolitik in dieser Frage längst von London abhängig geworden war – und Grossbritannien hatte sich zuletzt am 25. Februar auf eine französische Anfrage entschieden gegen ein Engagement mit allen Konsequenzen ausgesprochen¹⁸⁸. So verhallten die Appelle des französischen Botschafters in Wien ungehört. Als es zu spät war, fragte man, ob London es für passend halte, Mitteleuropa und «Donauropa» den Deutschen zu überlassen. Glaube man denn, der «germanische Drang» könne an den Meerengen aufgehalten werden, wenn man auf jede Barriere im Donautal verzichte? Paris blickte auf die Tschechoslowakei und suchte sich bereits der britischen Hilfe zu vergewissern. Das Deuxième Bureau legte eine Analyse der deutschen Absichten auf die Tschechoslowakei vor¹⁸⁹. General Gamelin sah die politisch-strategischen Positionen Deutschlands als derart verbessert an, dass er eine deutsche Herrschaft über den Balkan mit Auswirkungen auf die Türkei einkalkulierte.

Neben der Tschechoslowakei sah er Polen in unmittelbarer Reichweite Hitlers, dessen Schicksal geradezu präzise vorausgesagt wurde: Das lasse sich in einem Sommerfeldzug erledigen¹⁹⁰. Am Ende stand nach Gamelin, aber auch für Daladier fest, dass Hitler die Mittel für einen «guerre longue» in der Hand haben werde. Das nächste Ziel auf

185 Auszug aus der Denkschrift vom 3.5.1938, Schausberger, Wirtschaftliche Aspekte, S. 165.

186 Frühe Übersicht über den Stand der Meinungen: Hillgruber, Anschluss; wichtige neue Arbeit: Botz, Eingliederung Österreichs. Zum Gesamtkomplex s. Schausberger, Griff nach Österreich.

187 Telegramm Paul-Boncours an den französischen Botschafter in London vom 21.3.1938, DDF, 2, Bd. IX, Nr. 3. Daladier, der neue Ministerpräsident, umgeben von Appeasern wie Chau temps und Bonnet, sah sich auf Grossbritannien verwiesen, auch in der Öffentlichkeit gaben 1938 bis weit nach 1939 hinein die Anhänger einer Versöhnung mit Deutschland den Ton an, s. Poidevin/Bariéty, Frankreich und Deutschland, S. 400 f. Daladier hat aber schon bei dem englisch-französischen Spitzengespräch Ende April 1938 in London dazu geraten, die Kräfte politisch und militärisch zu organisieren, um die CSSR zu schützen, vgl. DDF, 2e série, IX, S. 563 u. 579; ferner Girault, Décideurs Français, S. 23-43.

188 Britisches Memorandum vom 25. 2.1938. DDF. 2. Bd. VIII. Nr. 274.

189 Bericht vom 28. 3.1938, ebd., Nr. 66.

190 Note du Vice-Président du Conseil Supérieur de la Guerre vom 29. 3.1938, ebd., Nr. 73.

diesem Wege, das sahen die Grossmächte Europas deutlich, würde die Tschechoslowakei sein. Danach plante Hitler um diese Zeit zwar kein weiteres Vordringen nach Südosten, wie Gamelin wohl voraussetzte, sondern zunächst eine Wendung nach Westen, aber in der Bewertung der Funktion des Balkanraumes für Hitlers langfristige Ziele ging Gamelin nicht fehl.

b) Sudetenkrise. Das Blitzkriegsmodell – «Fall Grün»

Die Reaktion der Westmächte auf den «Anschluss» hat Hitlers Unterschätzung Grossbritanniens nur verstärken können¹⁹¹. Die Appeasement-Politik stiess sich mehr an den Methoden als an den – unterstellten – Zielen der NS-Aussenpolitik und brachte sich damit teilweise um ihre Glaubwürdigkeit, nicht zuletzt bei den Opfern der deutschen Expansionen¹⁹². Hitlers Bemerkungen zur «Anschlussfrage» hatten offensichtlich auf Halifax starken Eindruck gemacht. Er glaubte, nur die Androhung von Gewalt hätte den Lauf der Dinge ändern können¹⁹³. Aber dazu war in Europa noch niemand bereit. Göring hatte überdies angedeutet, die Truppen würden wieder abgezogen und freie Wahlen abgehalten¹⁹⁴.

Diese Taktik der Absicherung, durchsetzt mit Lügen und Täuschungsmanövern äusserst kurzlebiger Art, hat dennoch nicht vermocht, die britische Politik von ihrem Kurs abzubringen. Die «schwerwiegendsten Rückwirkungen», wie sie die britische Protestnote vom 11. März ankündigte, blieben aus¹⁹⁵. Zwar sah der britische Botschafter ein, dass die Kombination von kolonialer Konzessionspolitik und mitteleuropäischer Stabilisierung nicht funktionierte: Der Kern des Appeasement, Hitler auf den Verhandlungsweg in Richtung friedlicher Evolution zu führen, um dadurch Sicherheit in Europa zu produzieren, blieb aber unerschüttert. Nicht Blindheit war dafür ursächlich, sondern Friedenshoffnung. Halifax sah sehr klar, welche Folgen die Annexion Österreichs haben könne. Er entwickelte dem in London weilenden Ribbentrop ein deutliches Bild davon¹⁹⁶. Das Konzept der Appeasement-Politik¹⁹⁷ passte sich jetzt der Erkenntnis an, dass

191 Dazu Henke, *England*, S. 140 f.

192 Aufschlussreich, wie Hitler mit Halifax' Äusserungen gegenüber Schuschnigg in Berchtesgaden operierte: Schuschnigg, *Requiem*, S. 42.

193 Telegramm Halifax' an Henderson vom 12.3.1938, DBFP, 3, Bd. I, Nr. 59.

194 Telegramm Hendersons an Halifax vom 12.3.1938, ebd., Nr. 46.

195 Britische Botschaft Berlin an Reichsminister v. Neurath, ADAP, D, Bd. I, Nr. 355, S. 472.

196 Halifax an Henderson vom 11.3.1938, DBFP, 3, Bd. I, Nr. 44: «What we were witnessing was an exhibition of naked force, and the public opinion of Europe would inevitably ask when the facts were known what there was to prevent the German Government from seeking to apply in similar fashion naked force to the solution of their problems in Czechoslovakia or to any other in which they thought it might be useful. The conclusion must be that German leaders were people who had no use for negotiation, but relied solely on the strong hand.»

197 Herzfeld, *Appeasement-Politik*; Lundgreen, *Appeasement-Politik*; Wendt, *Economic Appeasement*.

der Völkerbund für die Behandlung der von Hitler provozierten Krisen unbrauchbar geworden war¹⁹⁸. Im Bestreben, Hitler doch noch in eine Friedensordnung einzubinden, suchte Grossbritannien jetzt zu zweiseitigen Abmachungen zu kommen, und zwar so, dass die jeweils engeren Beziehungen zwischen den Westmächten einerseits und den Achsenmächten andererseits deshalb nicht gelockert werden müssten. Die Sowjetunion sollte nicht beteiligt werden. Ob diese Zielvorstellung deshalb aber als «Defensivbündnis» gegen die Sowjetunion bezeichnet werden kann, erscheint fraglich¹⁹⁹.

Immerhin legte das Ziel, eine Befriedung Europas ohne die Sowjetunion zu erreichen, ein Vorgehen nahe, das in hohem Masse Rücksicht auf den Stand der britisch-französischen Kriegsbereitschaft zu nehmen hatte. Diese Rücksicht war überhaupt eine der schwerwiegenden Grundlagen des Appeasement. Grossbritannien schlug das sowjetische Angebot²⁰⁰ zu kollektiven Aktionen gegen künftige Aggressionen aus²⁰¹. Chamberlain meinte, eine Verständigung mit Russland sei das einzige, was Grossbritannien nicht tun könne²⁰². Damit schränkte sich der britische Handlungsspielraum, von dem Frankreich abhängig blieb, erheblich ein. Und Grossbritannien sah sich nicht in der Lage, auf dem Kontinent einzugreifen. Kriegsminister Hore-Belisha hielt es für richtig, ein kontinentales Engagement der Armee an das Ende der Prioritätenliste zu setzen, und

198 In Halifax' Telegramm an den britischen Botschafter in Paris, Phipps, vom 12.3.1938 heisst es im Hinblick auf eine Einschaltung des Völkerbundes: «In the view of His Majesty's Government, such procedure would be of no practical advantage in redressing present situation, and we fear that only result would be to expose League to open humiliation. Moreover to place League in this position now must inevitably prejudice its eventual reconstitution. Please inform French Government that this is the feeling of His Majesty's Government», DBFP, 3, Bd. I, Nr. 57. Aussenminister Delbos teilte diese Ansicht: Phipps an Halifax vom 13. 3.1938, ebd., Nr. 72.

199 So aber Kuhn, Programm, S. 221; Hillgruber, Deutschlands Rolle, S. 81. Ohne Begründung bleiben die sowjetische und die ostdeutsche Behauptung, die Behandlung der Sudetenfrage durch Hitler und die Westmächte sei als Komplott zu werten, das die deutsche Expansion letztendlich gegen die Sowjetunion lenken sollte: Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1, S. 116. Manne, The Foreign Office and the Failure of Anglo-Soviet Rapprochement, stützt eine derartige Interpretation nicht. Im Foreign Office fürchtete man zwar einerseits Hitlers Reaktion auf einen Ausbau der Beziehungen der Westmächte zur UdSSR, andererseits war man empfindlich gegenüber der Komintern-Propaganda, aber die politisch-strategische Lage sprach durch nichts für ein «Defensivbündnis» gegen die UdSSR. Fraglich ist auch, ob mit Manne (S. 751) davon gesprochen werden kann, Hitler habe «already subdued the civilized policy-makers of the Foreign Office to his famous will».

200 Text der Erklärung des Aussenkommissars Litvinov vor der Presse vom 17.3.1938, die der sowjetische Botschafter in London Halifax mit der Erklärung überreichte, das Statement repräsentiere die Auffassung der sowjetischen Regierung über die gegenwärtigen internationalen Probleme, DBFP, 3, Bd. I, Nr. 90.

201 Am 24.3.1938 antwortete Halifax dem sowjetischen Botschafter, der russische Vorschlag habe nach englischer Auffassung keine günstige Wirkung auf den Frieden in Europa, ebd., Nr. 116. Am Vortage hatte Halifax mit dem französischen Botschafter kurz den russischen Vorschlag erörtert, der darin taktische Elemente zu sehen glaubte, ebd., Nr. 109.

202 Zu General Ironside am 10.7., Ironside Diaries, S. 78, zit. nach Howard, Commitment, S. 134.

Thomas Inskip, Minister for Coordination of Defence, sah die Hauptaufgabe der Armee darin, das Empire zu schützen. Im Februar 1938 standen für den Kontinent überhaupt nur drei Divisionen zur Verfügung. Eden meinte im Frühjahr 1938 zu der Abneigung der Chiefs of Staff, Generalstabsbesprechungen mit Frankreich zu führen, die Stabschefs wollten offenbar die gesamte britische Aussenpolitik umkehren und auf den Karren der Diktatoren springen²⁰³. Und im März 1938, nach ihren Vorstellungen über einen möglichen deutschen Angriff auf die Tschechoslowakei befragt, erklärten die Stabschefs, die Integrität der Tschechoslowakei könne nur in einem langen Krieg gegen Deutschland wiederhergestellt werden. Ein solcher Krieg bleibe aber wahrscheinlich nicht auf Europa beschränkt. Dann sei der Weltkrieg da. Für einen solchen Krieg aber fehlten Grossbritannien gegenwärtig die Voraussetzungen²⁰⁴. Die englische Einladung zu Gesprächen über die Sudetenfrage verfolgte deshalb das Ziel, ein militärisches Vorgehen Hitlers zu verhindern.

Mit Italien schloss England am 16. April ein Abkommen, das im Wesentlichen den Konfliktstoff im Mittelmeer und in Afrika ausräumte. Von englischer Seite wurde damit vor allem eine Begrenzung möglicher Gefahren im Mittelmeer angestrebt wie auch eine Stärkung der italienischen Position gegenüber Hitler. Im Auswärtigen Amt ist dieser Aspekt durchaus beachtet worden²⁰⁵.

Der Versuch, zum Gespräch mit Deutschland zu kommen, begann in geradezu massiver Weise. Unterstaatssekretär Butler erklärte im April dem deutschen Geschäftsträger in London, Chamberlain und Halifax hielten nach wie vor an dem Gedanken einer wirklichen Verständigung mit Deutschland fest. Die österreichischen Ereignisse hätten daran nichts geändert. Im Hinblick auf die Tschechoslowakei deutete er an, in England sei man sich bewusst, dass Deutschland «sein nächstes Ziel» erreichen werde²⁰⁶. Damit war die Lösung des sudetendeutschen Problems gemeint und nicht, was Hitler anstrebte, die Einverleibung der Tschechoslowakei. Schon im November 1937 hatte er diesen Staat als Etappenziel seiner Lebensraumpolitik angesprochen. 1938 stand die wehrwirtschaftliche und strategische Bedeutung der Tschechoslowakei im Zentrum des deutschen In-

203 Howard. Commitment. S. 120.

204 Ebd. Zu übersehen ist aber nicht die wachsende Entschlossenheit Grossbritanniens, seine Stärke zu organisieren. Man hat nicht einfach Hitlers vollendete Tatsachen «geschluckt», sondern Konsequenzen gezogen. In diesen Zusammenhang gehört die Billigung des sog. Scheme «L» durch das Kabinett am 27. April 1938, wodurch das Air Ministry autorisiert wurde, ein Programm für 12'000 Flugzeuge in den nächsten 2 Jahren in Angriff zu nehmen. Die Engpässe der britischen Rüstung lagen weniger in den Finanzen als auf dem Sektor der materiellen und personellen Kapazitäten, insbesondere bei den gelernten Arbeitern. Eine Umsteuerung der zivilen Produktion fiel in Grossbritannien aus politischen und gesellschaftlichen Gründen erheblich schwerer als in Deutschland. Auf diese wesentliche Komponente des Appeasement weist nachdrücklich Parker, *British rearmament*, S. 306-343, hin. Heranzuziehen ist auch die Dissertation Hobelt, *Britische Appeasementpolitik*.

205 Aufzeichnung vom 27.4.1938: ADAP, D, Bd. I, Nr. 755. Text des englisch-italienischen Abkommens in: *Documents on International Affairs 1938*. II. S. 141-156.

206 Woermann an Auswärtiges Amt, 22.4.1938, ADAP, D, Bd. I, Nr. 750, S. 886.

teresses. Das Minderheitenproblem spielte nur eine untergeordnete Rolle. Es konnte aber eine bequeme Möglichkeit zur taktischen und zeitlichen Auslösung der Operation bieten.

Jede Art von Vermittlung oder Beteiligung der Westmächte kam Hitler ungeliegt. Hinter den Meinungsverschiedenheiten über Methoden verbargen sich verschiedene politisch-strategische Ziele. Die englische Bereitschaft, jetzt bilateral mit den Diktatoren zu verhandeln, interpretierte Hitler als Einmischung. Im Begriff, Europa nach seinen Vorstellungen zu formen, Ausgangspositionen für den Marsch nach Osten und Rückenfreiheit nach Westen zu gewinnen, stellte die Tschechoslowakei für ihn ein Ziel erster Ordnung dar. Am 28. Mai sprach er vor hohen Vertretern von Wehrmacht, Staat und Partei von der Notwendigkeit, die Tschechoslowakei bald zu beseitigen. Ein günstiger Augenblick sei abzupassen. Die Rüstung sei zu beschleunigen²⁰⁷. Die Ausschaltung der Tschechoslowakei bezeichnete Hitler als Voraussetzung für eine Wendung nach Westen: Rückenfreiheit für ein «Antreten gegen den Westen, England und Frankreich»²⁰⁸. Das war offensichtlich eine Schlussfolgerung aus der noch zu erwähnenden, sich verschärfenden Haltung Grossbritanniens in der Wochenendkrise. Der Westen sollte also vor dem Marsch gegen die Sowjetunion mattgesetzt werden.

Sowohl England als auch Frankreich benötigten nach seiner Meinung noch Jahre, bis sie «in Erscheinung treten» konnten. Die englische Kriegsfertigkeit unterstellte er etwa ab 1941/42. Frankreich sollte niedergeworfen und definitiv ausgeschaltet werden. Im Übrigen sei aber das Ziel des Westkrieges die «Erweiterung unserer Küstenbasis (Belgien, Holland)». Englands militärische Kraft gedachte er mithin lediglich vom Kontinent zu verdrängen, nicht total zu besiegen: eine Operation, die nach seinen Prämissen vor 1941 abgeschlossen werden musste. So sollte durch ein System von wechselnden Sicherstellungen der Rückenfreiheit zunächst die Tschechoslowakei «erledigt» werden, um den Gang nach Westen antreten zu können. Danach war dann der Rücken frei für den Griff nach der Sowjetunion.

Der speziellen Vorbereitung der «Lösung» des Problems Tschechoslowakei galt auch die Italien-Reise Hitlers im Mai 1938²⁰⁹. Er suchte nicht nur die Meinung Mussolinis zu einer nach Südosten zielenden deutschen Initiative zu sondieren. Er wollte im Grunde wissen, ob er mit italienischer Billigung einen Krieg riskieren könne. Noch mass Hitler dem Achsenpartner ein die deutsche Politik langfristig mitbestimmendes Gewicht bei. Es sieht so aus, als ob das Tempo der deutschen Expansionsetappen geradezu als vom Grad der Saturierung des italienischen Imperialismus abhängig empfunden worden wäre. Hitler meinte, er werde aus Italien mit leeren Taschen heimkehren, wenn Mussolini «sein Werk» als abgeschlossen betrachte: «Wenn ja, Tschechei ferne

207 Müller, Heer, S. 307f.; nach stichwortartigen Aufzeichnungen Becks, Nachlass Beck, BA-MA N 28/20, BL 23-26, ferner Krausnick, Vorgeschichte, S. 311; Beiträge Deist und Volkmann.

208 Aufzeichnung Wiedemann, ADAP, D, Bd. VII, Anh. H (V), S. 544, s. a. Wiedemann, Feldherr, S. 129.

209 Dazu näher Schreiber, Revisionismus, S. 131 ff.

Zukunft.» Dann müsse die Westgrenze geschlossen und abgewartet werden. Wolle Mussolini aber weitergehen, dann sei das «Imperium» Afrika nicht ohne deutsche Hilfe möglich. Eine Vorbedingung dafür sei dann die «Tschechei». «Rückkehr mit Tschechei in der Tasche.» Gegen Frankreich und England, so kalkulierte Hitler – wohl im April 1938 –, sei die «Frage Tschechei» nur lösbar in enger Bindung an Italien. Dann würden die Westmächte nicht eingreifen²¹⁰. In diesen Dimensionen sind die Überlegungen zu einem deutsch-italienischen Pakt zu sehen, der bei italienischer Zustimmung mehr als ein «Vorläufer» des Stahlpaktes geworden wäre²¹¹.

Dem Botschafter v. Mackensen wurde Anfang April als Generalweisung für Rom folgender Gedanke mitgegeben: «Die deutsche Grenze nach Italien, Jugoslawien und Ungarn steht fest. Der Zug nach dem Mittelmeer ist zu Ende, wir streben nach dem Norden. Das Baltikum ist – nebst den Sudetendeutschen – unser Ziel. Der Korridor und eventuell die Randstaaten müssen uns interessieren²¹².» Die dem Heer schon genehmigten Generalstabsbesprechungen mit Italien untersagte Hitler. Nur das OKW sollte zuständig sein: «Geheimhaltung wichtig für tatsächliche Absichten.» Hitler wünschte keine direkte militärische Unterstützung Italiens. Dies hätte eine Offenlegung seiner politischen Pläne bedingt. Im Übrigen waren um diese Zeit weder Heer noch Marine an enger Zusammenarbeit mit Italien interessiert. Beck und Raeder schätzten den Bündniswert Italiens nicht hoch ein. Sie fürchteten auch eine Abhängigkeit der deutschen Politik von italienischen Eskapaden²¹³. Der innere Zu stand der Achse wurde in den Jahren 1936-1938 geradezu bestimmt durch eine gegenseitige Abhängigkeit von politisch-strategischen Zielvorstellungen, die dem Partner allerdings nicht voll eröffnet wurden. Mangel an Offenheit hat auch konkrete Militärabsprachen verhindert, an denen die italienische Seite 1938 stärker interessiert war als die deutsche, wo zumal die Marine den italienischen Bündniswert sehr stark vom Verhältnis zu Grossbritannien her beurteilte. So riet das OKM in seiner vom OKW erbetenen Stellungnahme «für die Zusammenarbeit mit der italienischen Wehrmacht im Frieden und im Falle eines Krieges, bei dem Italien zumindest wohlwollend neutral ist»²¹⁴, von engeren Kontakten ab.

Die dem Achsenpartner vorzuenthaltenden politisch-strategischen Absichten gegen die Tschechoslowakei umriss Hitler am 21. April in einer Besprechung mit dem Chef OKW²¹⁵. Als erwünscht galt die Möglichkeit «blitzartigen Handelns» auf Grund eines Zwischenfalles; weniger günstig erschien «eine Zeit diplomatischer Auseinandersetzungen, die sich allmählich zuspitzen und zum Kriege führen» würden, weil in diesem

210 Aufzeichnung Major Schmudt, «Erwägungen des Führers», ADAP, D, Bd. II, Nr. 132.

211 S. auch Watt, *Earlier Model*, und Toscano, *Origins*.

212 Weizsäcker-Papiere, S. 125.

213 Schreiber, S. 127ff.; Weizsäcker-Papiere, S. 123f.

214 Weizsäcker-Papiere, S. 123 f.

215 Aufzeichnung Major Schmudt, Zusammenfassung der Besprechung Hitler-Keitel vom 21.4.1938, ADAP, D, Bd. II, Nr. 133.

Fall die Tschechoslowakei Sicherheitsmassnahmen treffen konnte. Ein «strategischer Überfall aus heiterem Himmel» erschien zu riskant wegen der «feindlichen Weltmeinung». Einen solchen Schritt kalkulierte Hitler dagegen für die «Beseitigung des letzten Gegners auf dem Festland» ein und praktizierte ihn dann rücksichtslos 1941 gegen die Sowjetunion.

Hitler forcierte die Neufassung des Aufmarschplans gegen die Tschechoslowakei «Weisung Grün». Im Entwurf von Mitte Mai war noch von politischen Ereignissen in Europa die Rede, die eine «besonders günstige und vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit» zum Handeln gegen die Tschechoslowakei herbeiführen könnten²¹⁶. Nach der Wochenend-Krise vom 20./21. Mai mit der Teilmobilmachung der Tschechoslowakei aufgrund von Meldungen und Gerüchten über deutsche Truppenbewegungen folgte eine weitere Beschleunigung des Vorbereitungstempos mit einer entsprechenden Neufassung der aussenpolitischen Voraussetzungen für den «Fall Grün». Die Weisung vom 30. Mai formulierte: «Es ist mein unabänderlicher Entschluss, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen. Den politisch und militärisch geeigneten Zeitpunkt abzuwarten oder herbeizuführen, ist Sache der politischen Führung.» Die Wehrmacht wurde angewiesen, ihre Vorbereitungen «unverzüglich» zu treffen²¹⁷. Im OKW waren die führenden Männer sich darüber klar, dass der Startschuss bald fallen würde²¹⁸. Hitler forcierte das Tempo der Vorbereitungen durch verschiedene Rückfragen beim OKW. Der Ausbau des Westwalls sollte rasch vorangetrieben werden. Der Aufmarschplan kann als Muster eines Blitzkriegsmodells angesehen werden. In der Besprechung Hitler-Keitel am 21. April 1938 ging die politisch-militärische Führung davon aus, dass die ersten vier Tage des militärischen Handelns politisch entscheidend seien. In diesem Zeitraum müssten greifbare Erfolge vorliegen, sonst trete «mit Sicherheit eine europäische Krise ein»²¹⁹. Um derartige Erfolge sicherzustellen, sollte nach dem Aufmarschplan der Einbruch in die Tschechoslowakei mit der Masse der Kräfte erfolgen. Alle anderen Grenzen waren nur zu sichern oder lediglich zu beobachten. Nur durch Ausnutzung des Überraschungsmoments konnte das Konzept des Nacheinander gelingen. Aber konnte Hitler sicher sein, dass der Coup gelang, wo doch alle Nachbarn einen Schlag gegen Prag erwarteten oder befürchteten?

Grossbritannien hat keinen Zweifel daran gelassen, dass es sich der Tschechoslowakei nur aufgrund seiner Völkerbundzugehörigkeit verpflichtet fühle²²⁰, während Frankreich ankündigte, seine besonderen vertraglichen Verpflichtungen zu honorieren. Aussenmi-

216 IMT, Bd. 25, S. 422f.

217 ADAP, D, Bd. II, S. 281 ff.; IMT, Bd. 25, Dok. 388-PS, S. 433ff.

218 Jodl-Tagebuch 1937-1939, Eintrag vom 30. 5.1938, S. 373; vgl. Müller, Heer, S. 308.

219 Plan Grün, Besprechung Hitler-Keitel vom 21. 4.1938, ADAP, D, Bd. II, Nr. 133.

220 So Chamberlain vor dem Unterhaus am 16. 3.1938. Lord Halifax legte in einem Memorandum, das am 22.3. dem Botschafter in Paris zur vertraulichen Mitteilung an die französische Regierung übersandt wurde, den britischen Standpunkt umfassend dar, DBFP, 3, Bd. I, Nr. 106.

nister Delbos hatte bereits im November 1937 in London deutlich gemacht, im Falle einer bewaffneten deutschen Intervention käme der tschechisch-französische Vertrag von 1925 zur Anwendung. Im März 1938 wiederholte die französische Seite ihren Standpunkt gegenüber Lord Halifax. London fühlte die Notwendigkeit, sich jetzt deutlich zu erklären. Die Umschreibung des denkbaren britischen Engagements hielt sich genau in den Grenzen jener Möglichkeiten, die die militärischen Fachleute umrissen hatten. So wurde die Übernahme von Völkerbund-Verpflichtungen noch stärker eingengt²²¹ als von Eden, der bekanntlich bereits eine Automatik von Beistandspflichten abgelehnt hatte²²².

Dass kein Vorgehen gegen Hitler aufgrund des tschechisch-französischen Beistandsvertrags gemeint war, präzisierte Halifax mit dem Hinweis darauf, dass sich Grossbritannien Frankreich gegenüber als Locarno-Partner verpflichtet fühle, also nur bei einem unprovzierten Angriff auf Frankreich. Angeboten wurden lediglich Luftwaffen-Generalstabsbesprechungen: Nichts kann stärker die englische Vorsicht und die Abneigung gegen ein kontinentales «Commitment» charakterisieren. Wie schon Ende November 1937 wurde jetzt wieder deutlich gemacht, dass sich Grossbritannien die Freiheit seiner Entscheidung nicht nehmen lassen könne. Für die französische Regierung blieb es daher ein riskantes Unterfangen, auf die weiteren Betrachtungen Halifax' zu bauen, dass im Falle eines Krieges die Macht der Tatsachen, die Bedrohung vitaler Interessen, stärkere Faktoren darstellen könnten als legale Verpflichtungen.

Nach zutreffender englischer Auffassung konnte Hitler vollendete Tatsachen schaffen, die erst in einem langen Krieg rückgängig zu machen waren. Im Anfangsstadium eines solchen Krieges musste sich die britische Hilfe im Wesentlichen auf die Ausübung wirtschaftlichen Drucks beschränken. Mehr Erfolg versprach sich die britische Regierung daher von einer gemeinsamen englisch-französischen Politik mässiger Einwirkung auf Prag zugunsten der deutschen Minderheit. London sah also grundsätzlich einen vorläufigen deutschen Erfolg als unvermeidbar an. Daladier hat Anfang Mai dem US-Botschafter Bullitt deutlich gemacht, welche Schlussfolgerungen sich daraus für Paris ergaben: Frankreich sei nicht in der Lage, einen Krieg zur Verteidigung der Tschechoslowakei zu führen. Eine Rolle spielte hierbei auch die Furcht vor einer deutschen Luftwaffenüberlegenheit²²³.

Das englische Rezept konnte Hitler dennoch empfindlich stören, der ja die Minderheitenfrage als Schlüssel betrachtete, mit dem die Tür zu jenen «unabwendbaren Ereignissen» in der Tschechoslowakei geöffnet werden sollte. Konrad Henlein, der Führer der Sudetendeutschen, war Ende März angewiesen worden, solche Forderungen zu stellen,

221 Halifax-Memorandum, ebd.: «His Majesty's Government maintain, and intend to maintain, their membership of the League, and will do their best to fulfil their obligation as a member of the League, within the measure of their capacity and to the extent to which common action can be secured.»

222 Henke, England, S. 145.

223 Bullitt an Staatssekretär am 9. 5. 1938, FRUS, 1938, Bd. I, S. 493 f.

«die für die tschechische Regierung unannehmbar» seien²²⁴. In dieses Konzept, das den guten Willen der englischen Regierung und grosser Teile der englischen Nation, dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts zum Siege zu verhelfen, rücksichtslos für ganz andere Ziele auszunutzen suchte, passten die englischen Vermittlungsangebote ganz und gar nicht. Ob es sich um das Angebot zu einer Demarche in Prag handelte²²⁵ oder um die Präzisierung, London wolle durch Druck auf Prag Hitlers Forderungen unterstützen²²⁶, stets hiess das nur soviel wie ein Eintreten für die laut erhobenen deutschen Forderungen, also in Sachen der deutschen Minderheit²²⁷. Für Hitler war damit die Konsequenz verbunden, dass ihm der Weg zur Manipulation eines Okkupationsvorwandes verbaut wurde. So hat denn auch der deutsche Botschafter Dirksen bei seinem Antrittsbesuch am 3. Mai 1938 dem britischen Aussenminister erklärt, Deutschland sehe die sudetendeutsche Frage nicht als Fall für Vermittlungen an: «Eine Beteiligung an diesen Verhandlungen wünschen wir nicht, und eine Garantierung ihres Ergebnisses müssten wir ablehnen²²⁸.»

In Prag verbreitete sich angesichts der Haltung der Westmächte Resignation. Gesandter Masaryk traf den Kern der Intentionen Hitlers, weniger den der britischen Regierung, als er meldete: «Wir sind den Engländern intensiv zuwider. Wir fallen ihnen nur zur Last, und sie verfluchen den Tag unserer Begründung ... Ich habe den Engländern unseren Standpunkt so formuliert: Wenn es mit den Interessen Englands kompatibel ist, Hitler Europa bis zum Schwarzen Meer zu überlassen, sagt es uns und wir werden uns mit Berlin verständigen²²⁹.»

Hitler rechnete mit der Möglichkeit eines Eingreifens der Westmächte. Die Mai-Krise scheint ihn darin bestärkt zu haben. Militärisch konnte einer solchen Entwicklung, wenn auch mit ungewissem Ergebnis, durch Schnelligkeit entgegengewirkt werden, politisch aber nur durch Abwarten eines günstigen Zeitpunkts. Der «Fall Grün» visierte den Oktober 1938 an. Das OKW setzte den 28. September als Angriffstag (x-Tag) fest²³⁰. Bis dahin sollte die militärische Bereitschaft sichergestellt sein. Die Westmächte wurden jetzt auch operativ berücksichtigt. Die Luftwaffe ging in einer Studie vom 25.

224 ADAP, D, Bd. II, Nr. 107, S. 158. Zur Rolle Henleins s. a. Jacobsen, Aussenpolitik, S. 442 f.; ferner Rönnefarth, Sudetenkrise.

225 Halifax am 3.5. gegenüber dem deutschen Botschafter, ADAP, D, Bd. II, Nr. 145; am 7.5. von Henderson in Berlin erneut vorgebracht, ADAP, D, Bd. II, Nr. 149.

226 ADAP, D, Bd. II, Nr. 151.

227 Die Unterstellung im DDR-Werk Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1, S. 116, die Westmächte hätten sich angeschickt, die Tschechoslowakei an Hitler-Deutschland auszuliefern, ist nicht zu belegen.

228 ADAP, D, Bd. II, Nr. 145.

229 Abkommen von München, S. 15, zit. in: Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1, S. 117.

230 IMT, Bd. 25, S. 451 ff.; Anfang Mai erfuhr Hitler von einem Telegramm des US-Botschafters in London, in dem es hiess, Grossbritannien werde Hitler kein freies Spiel in Mitteleuropa lassen, s. Irving, Hitlers Weg, S. 198.

August 1938 von einem Krieg gegen England und Frankreich aus²³¹. Die Kriegsmarine führte im Frühjahr 1938 erstmalig Manöver durch, die England einkalkulierten²³². Die Rolle der führenden Militärs in Deutschland und Grossbritannien in dieser Vorgeschichte der Liquidation der Tschechoslowakei wirft ein bezeichnendes Licht auf das Verhältnis von politischer und militärischer Führung in beiden Ländern. In Grossbritannien fungierten die Chiefs of Staff als Berater des Kabinetts, sie waren im Committee of Imperial Defence institutionell mit den führenden Politikern verbunden und konnten frühzeitig den Gang von Überlegungen und Entscheidungen argumentativ beeinflussen. Unter Hitler war das OKW zum blossen Instrument, zum ausführenden Organ für nicht selten einsame und sprunghafte Entschlüsse herabgesunken. Eine erspriessliche Zusammenarbeit zwischen Hitlers Stab und dem Generalstab des Heeres kam nicht zustande. Zwischen beiden Institutionen und ihren wichtigsten Persönlichkeiten stand überdies unausgetragen das Problem der Organisation der Spitzengliederung. Beck wäre gern, wie es dem traditionellen Verständnis entsprochen hätte, alleiniger Berater Hitlers in strategischen und politisch-strategischen Fragen geworden. Wie die Dinge lagen, konnte er keine Bruchstelle zwischen Hitler und seinem neugeschaffenen Instrument unter Keitel finden. Sicher ist, dass auch Beck mit Hitler darin übereinstimmte, dass die Tschechoslowakei «unerträglich» für Deutschland sei, ein Gefahrenherd, der notfalls sogar durch eine kriegerische Lösung bereinigt werden müsse²³³. Beck pflichtete auch Hitlers These von der Notwendigkeit grösseren Lebensraumes bei – in Europa und in den Kolonien. Was ihm nicht behagte, war der Gedanke, dass die Liquidation der Tschechoslowakei so früh erfolgen sollte. Hier machte er den Planern bzw. Ausführem im OKW schwerste Vorwürfe. Seine Analyse war nicht weit entfernt von der Sehweise der englischen militärischen Führung: Der Krieg gegen die Tschechoslowakei werde zwar gewonnen, aber der daraus resultierende europäische Krieg letztlich verloren. Beck ging davon aus, dass Prag auf die französische und englische Waffenhilfe rechnen könne. Hier irrte er, Hitler dagegen hoffte, diese Gefahr mit geeigneten Manipulationen umgehen zu können²³⁴.

Die Hitler zugetragene, an Brauchitsch adressierte Kritik des Generalstabschefs, sein Widerstand mit Argumenten, im Grunde gegen das OKW und nur bedingt gegen Hitler gerichtet, waren nicht von der Art, ihm zu imponieren. Sein wütender Kommentar: «Was sind das für Generale, die ich als Staatsoberhaupt womöglich zum Kriege treiben muss!... Ich verlange nicht, dass meine Generale meine Befehle verstehen, sondern dass

231 «Erweiterter Fall Grün», Studie 5. Abt. Genst. Lw, IMT, Bd. 25, 375-PS; s. a. Stellv. Chef Op.Abt. d. Luftwaffe, Jeschonnek: BA-MA PG/33272.

232 Salewski, Seekriegsleitung, Bd. 1, S. 40ff.; Dülffer, Weimar.

233 Denkschrift vom 29. 5., Nachlass Beck, BA-MAN 28/3, die Beck schon am 30. 5. Brauchitsch vortrug. Diese Reaktion auf Hitlers Ausführungen vom 28. 5. bezeichnet der Beck-Kenner Müller, Heer, S. 309, als «eine der wichtigsten Quellen für das Denken Becks zu jener Zeit».

234 Zur Interpretation der Denkschrift ausführlich Müller, Heer, S. 309 ff. Bedenken aus der Marine (Heye und Guse), s. Gemzell, Raeder, S. 169 ff., u. Dülffer, Weimar, S. 475; Beitrag Deist, S. 556 f.

sie sie befohlen²³⁵.» Brauchitsch reichte sich in den Kreis der blossen «Instrumente» ein, als er Mitte Juni vor Befehlshabern erklärte, Hitler sei zu der Überzeugung gekommen, die tschechische Frage lasse sich nur noch gewaltsam lösen²³⁶. Und selbst Beck meinte ja eine Zeitlang, die befohlenen Vorbereitungen sollten zunächst einmal anlaufen. Andere Offiziere teilten die Meinung, die Tschechei müsse von der Landkarte verschwinden²³⁷. Manstein, damals Divisionskommandeur, ging noch weiter mit der Feststellung, wenn Hitler aufgrund seiner Beurteilung der politischen Lage zu dem Ergebnis komme, ein Eingreifen in der Tschechei besser früher als später durchführen zu sollen, weil er dann eher mit einem Herausbleiben der Westmächte rechnen könne, so unterliege das allein seiner Entscheidung und Verantwortung²³⁸. Becks Denkschrift vom 15./16. Juli 1938²³⁹ zielte gegen das OKW und suchte Brauchitsch zu einem Schritt bei Hitler zu bewegen. Schliesslich schlug er eine Abstimmung der Auffassungen in der Generalität vor. Am 16. Juli suchte er Brauchitsch noch weiter vorwärts zu drängen: Die militärischen Führer sollten, wenn ihre Warnungen kein Gehör fänden, von ihren Posten abtreten²⁴⁰. Damit war gedanklich der Höhepunkt der durch die Vorbereitungen gegen die Tschechoslowakei ausgelösten Kritik, wenn nicht an den Zielen Hitlers, so doch an ihrer Einbettung in eine nach Meinung des Generalstabschefs unzureichende Strategie und Zeitplanung erreicht. Zwar war richtig, was Halder, damals Oberquartiermeister I und Becks Stellvertreter, zu bedenken gab, dass man Hitler mit Denkschriften nicht beeindrucken könne. Aber weitere Überlegungen und Schritte führten nicht darüber hinaus. Beck und andere meinten immer noch, zwischen Hitler und der NS-Bonzokratie, vor allem der SS, differenzieren zu müssen. Der Gedanke an einen «positiven» Nationalsozialismus hat ihre Abwehrkraft gar nicht erst voll zur Entfaltung kommen lassen. Sie blieben gelähmt durch jene Teilidentität der Ziele, die in der Beurteilung des Falles Tschechoslowakei so unmissverständlich wieder sichtbar geworden war. Von dieser Position aus war ein substantieller Vorstoss gegen Hitler schwer denkbar. Brauchitsch versagte sich diesem wie auch weiteren Appellen Becks. Auf einer Versammlung der Gruppenbefehlshaber und der Kommandierenden Generale am 4. August herrschte zwar im Wesentlichen Übereinstimmung darüber, dass ein Krieg jetzt abzulehnen sei, weil ein neuer Weltkrieg das Ende der deutschen Kultur bedeute, aber was gegen Hitler durchgesetzt werden sollte, blieb offen. Ein Rezept wurde nicht gefunden. Brauchitsch liess Becks Denkschrift vom 16. Juli Hitler durch die Adjutanten vorlegen²⁴¹. Hitlers Blitzkriegs-Konzept war also noch nicht generell von der Generalität

235 Foerster, Beck, S. 116.

236 Krausnick, Vorgeschichte, S. 303; Irving, Hitlers Weg, S. 227.

237 So etwa Manstein in einem Brief an Beck vom 21.7.1938, bei Müller, Heer, Anh. Nr. 42, S. 664.

238 Ebd., S. 660.

239 Nachlass Beck, BA-MA N 28/4; eingehende Würdigung bei Müller, Heer, S. 317 ff.

240 Vortragsnotiz vom 16. 7., Nachlass Beck, BA-MA N 28/4.

241 Müller, Heer, S. 337; Foerster, Beck, S. 141.

aufgenommen worden. Hohe militärische Führer bezweifelten, dass es als Kombination politisch-militärischer Überraschungsmomente funktionieren könnte. Ihre Skepsis entsprang dem nach ihrer Meinung unbefriedigenden Stand der Rüstung.

Immerhin hat Beck trotz mancher Fehleinschätzung Hitler beunruhigt. Daher versuchte er schon am 10. August, die jüngere Generalität auf seine Seite zu bringen²⁴². Kurz darauf demonstrierte er noch einmal vor der höheren Generalität seine Absichten und suchte vor allem die Sorge vor einem Eingreifen der Westmächte zu zerstreuen. Aber die letzten Sorgen der Generalität vor einem nicht beherrschbaren Risiko konnte er nicht beseitigen. Beck nahm am 21. August seinen Abschied und brachte sich selbst noch um den Effekt des Abgangs, als er Hitlers Wunsch respektierte, sein Ausscheiden vorerst nicht bekanntwerden zu lassen. «Erkenntnis und Handeln» klappten in der Generalität des Heeres auseinander. Becks Nachfolger Halder stand Hitler noch kritischer gegenüber. Aber nach der Übernahme des Oberbefehls durch Hitler und nach der Resignation Becks war sein militärpolitisches Aktionsfeld eingeeengt, und es blieb im Grunde nur die verschwörerische Opposition, die Halder bald darauf einzuleiten versuchte, ohne sie durchzuhalten²⁴³.

Die Position des Generalstabes in diesen entscheidenden Monaten, in denen Hitler seine Politik definitiv auf die Vorbereitung künftiger Expansionen umstellte, kann zureichend nur erfasst werden, wenn sie im Zusammenhang mit den strukturellen Gegebenheiten in der deutschen Führung gesehen wird. Zwar besass die Wehrmacht theoretisch die Macht, Entscheidungen unter Umständen gegen Hitler durchzusetzen. Praktisch aber existierte «die Wehrmacht» als Gegengewicht nicht. Es gab keine Kooperation militärpolitischer Art zwischen Heer, Marine und Luftwaffe. Das Heer stand allein. Seine Führung besass kein überzeugendes Konzept für eine andere Strategie. Die Ansichten von Oberbefehlshaber und Generalstabschef differierten in wichtigen Fragen. Eine geschlossene «konservative Opposition» existierte nicht. Und es gab auch keine gemeinsame Linie mit dem Auswärtigen Amt, das zu dieser Zeit unter Ribbentrop gerade einen Kurs steuerte, der in den Konflikt mit den Westmächten führte. Diese Konstellation kann nicht, wie verschiedene Sehweisen meinen, als Polykratie im NS-Staat interpretiert werden. Abstrakt war sie zwar vorhanden, aber in der praktischen Politik erwiesen sich einzelne Interessengruppen immer dann als wirkungslos, wenn sie gegenläufige Konzeptionen gegen Hitlers Kriegskurs zu entwickeln suchten.

Blicken wir kurz zurück auf die taktischen Züge des Auswärtigen Amtes, mit denen es sich weiteren englischen Versuchen, zu einer Regelung mit Prag zu kommen, zu entziehen suchte. Ribbentrop sprach gegenüber dem britischen Botschafter davon, ein

242 Jodl-Tagebuch 1937-1939, Eintrag vom 10.8.1938. Foertsch, Schuld, S. 175 f.; Manstein, Soldatenleben, S. 336; Müller, Heer, S. 338; Irving, Hitlers Weg, S. 237ff.

243 Zu Beck zusammenfassend Müller, Heer, S. 342; zu Halder vgl. Ueberschär, Halder; dort weitere Literaturhinweise.

«fauler Kompromiss» zwischen den Sudetendeutschen und der tschechischen Regierung könne nicht im Interesse einer friedlichen Regelung liegen. Hitler werde sich, falls Prag nicht «Vernunft annehme», von keinerlei Drohung Dritter beeinflussen lassen und «auch vor einem europäischen Krieg nicht zurückschrecken»²⁴⁴. Er mutete dem Botschafter sogar die Feststellung zu, die sudetendeutsche Frage treibe «mit Zwangsläufigkeit einer Lösung» zu. Ein Eingreifen Englands und Frankreichs, weil Deutschland der «Unterdrückung und allmählichen Ausrottung seines Volkstums durch die Tschechen» nicht ruhig zusehe, bezeichnete Ribbentrop als «Angriffskrieg»: eine bewusste Sprachverwirrung, die in das Konzept hineingehörte, die Regie nicht aus der Hand zu geben.

Während der Mai-Krise²⁴⁵ schien die befürchtete Aktion der Westmächte Tatsache zu werden. Hitler spürte jetzt starke Zweifel in der eigenen Führungsspitze und konnte zunächst wenig Überzeugendes vorbringen. Die Londoner Botschaft meldete am 22. Mai unmissverständliche Formulierungen des britischen Aussenministers²⁴⁶: Bei einem deutschen Einmarsch, gleich aus welchem Anlass, werde Frankreich eingreifen. Es sei dann nicht vorauszusehen, ob nicht auch England mit hineingezogen werde. Von einem europäischen Konflikt würden nur jene profitieren, die Europas Zivilisation ruiniert sehen wollten. Dass Hitler gerade jetzt seinen «unabänderlichen Entschluss», die Tschechoslowakei zu zerschlagen, fasste oder besser neu formulierte, erscheint angesichts dieser deutlichen Warnungen von westlicher Seite unverständlich. Die Verbesserung des Verhältnisses zu Italien muss dabei mit in Rechnung gestellt werden. Hitlers Italienreise stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der Tschechoslowakei-Frage²⁴⁷. Die Wirkung der Mai-Krise auf Hitler ist kaum exakt zu bestimmen, zumal eine Analyse neben der britisch-französischen Haltung die Wirkung der Reaktion der Generalität wie zahlreicher sich in wichtigen Punkten widersprechender Berichte aus London einbeziehen müsste. Der deutsche Botschafter liess keinen Zweifel daran, dass Grossbritannien nach seiner Lagebeurteilung einen Einmarsch in die Tschechoslowakei nicht hinnehmen werde²⁴⁸. Seit dem Frühjahr 1938 waren die Reaktionen der Chamberlain-Regierung auf Hitlers forcierte Gangart zum Thema der englischen Innenpolitik gewor-

244 Aufzeichnung Ribbentrops vom 11.5.1938, ADAP, D, Bd. II, Nr. 154.

245 Zur Mai-Krise s. a. Braddick, Germany, u. Irving, Hitlers Weg, S. 200 ff.

246 ADAP, D, Bd. II, Nr. 191. Nahezu gleichlautenden Inhalt hatte der Brief Hendersons an Ribbentrop vom 22. 5., mit dem eine Botschaft von Halifax übergeben wurde: ebd., Nr. 189.

247 Schreiber, S. 129 ff., der den Stimmungswandel in Rom nach der Wbchenend-Krise hervorhebt. Die Italien-Reise Hitlers, vordergründig kein Erfolg, hat Grundlagen gelegt, die in deutscher Sicht vielleicht doch noch zu einem Pakt führen konnten. Von italienischer Seite war die Voraussetzung dafür eine deutsche Respektierung des italienischen Anspruchs auf Albanien.

248 Dazu ausführlich Henke, England, S. 162 ff.; sehr dezidierte Äusserungen Dirksens, ADAP, D, Bd. I, Nr. 793; das OKW wies Hitler im Mai auf die mangelnde Kriegsbereitschaft des Heeres hin.

249 Aigner, Ringen, S. 332 ff.; diese Auswirkungen sowie die Konstellationen im Kabinett, For-

den²⁴⁹. Aber der Botschafter verkannte Hitlers Intentionen, denen er doch mit einer angepassten Sprache andererseits gerecht zu werden suchte: etwa mit der Feststellung, dass «drei Kräftezentren» den «Krieg einer Weltkoalition gegen Deutschland entfesseln» wollten: «Judentum, Kommunistische Internationale, Nationalistische Gruppen in den einzelnen Ländern»²⁵⁰. Er verkannte seinen Chef Ribbentrop wie auch Hitler, wenn er glaubte, einen deutsch-englischen Ausgleich auf der Grundlage, ja auf der Voraussetzung einer friedlichen Bereinigung der Sudetenfrage anregen zu sollen. Ribbentrop hatte schon im Juni gefordert, die Grossmächte sollten sich über ihre Interessensphären einigen «und diese Gebiete achten», und damit gegenüber dem französischen Botschafter eine klare Absage an Einmischungsversuche erteilt²⁵¹. Englische «Einmischungsversuche» wies er noch kategorischer zurück. Der britische Botschafter meldete im August nach London, selbst ein Eingreifen Frankreichs könne Hitler nicht schrecken, wenn die Aussicht bestehe, dass England stillhalte²⁵² – wenn also der Locarno-Vertrag nicht anwendbar sei. Weizsäcker hielt wie Beck einen europäischen Krieg wegen der Sudetenfrage und der weitergehenden deutschen Ziele für indiskutabel. Ihm schwebte das «chemische Verfahren» vor, die innenpolitische Zersetzung des Nachbarstaates²⁵³ und die Anwendung wirtschaftlichen Drucks, also eine Kombination altimperialistischer mit neuen Formen indirekter Herrschaft. Diese Auffassungen seines Staatssekretärs haben auf Ribbentrop offensichtlich nicht den geringsten Eindruck gemacht.

Hitler schwankte. Er war sich über die Entschlossenheit Grossbritanniens nicht im Klaren. Die von ihm nicht eingeleitete Mission seines Adjutanten Wiedemann in London benutzte er, um dem britischen Aussenminister seinen Standpunkt zu erläutern, dass die Tschechoslowakei kein englisches Problem sei²⁵⁴. Die Instruktion für Wiedemann zeigte seinen Groll über die englische Haltung in der Wochenendkrise. Als Ziel und Abfolgeplan seiner Aussenpolitik lässt die Weisung ein Arrangement mit Grossbritannien im Anschluss an die Lösung der mitteleuropäischen Probleme, sprich: die Beseitigung der Tschechoslowakei, erkennen. Aber die Frage ist zu stellen, ob damit seine Überlegungen vom 28. Mai vor der militärischen und aussenpolitischen Führungsspitze, nämlich nach der Ausschaltung der Tschechoslowakei mit freiem Rücken gegen die Westmächte anzutreten, fallengelassen worden waren²⁵⁵. Kann aufgrund dieser Wei-

eign Office und dem Committee of Imperial Defence nach dem Ausscheiden Edens, Vansittarts und Hankeys bei Middlemas, *Diplomacy*, S. 286 ff. Kriegsminister Hore-Belisha war kein so starker Anwalt für die Streitkräfte, wie es vorher Duff Cooper und Swinton gewesen waren.

250 Bericht vom 18.7.1938, vgl. Anm. 248.

251 Aufzeichnung über Gespräch mit François-Poncet vom 23. 6.1938, ADAP, D, Bd. II, Nr. 264. 252 DBFP, 3, Bd. II, Nr. 613.

253 So schon im Anschluss an die Mai-Krise, vgl. Weizsäcker-Papiere, S. 129, Eintrag vom 31.5.

254 Richtlinien für Wiedemann vom 15.7.1938, der wohl auf Görings Betreiben nach London geschickt wurde, ADAP, D, Bd. VII, Anh. H (I), S. 539 f.

255 Henke, *England*, S. 166, nimmt an, die Richtlinien für Wiedemann hätten «zusammenfassend seine gegenwärtige Haltung zu England» markiert.

sung unterstellt werden, dass Hitlers damalige strategische Überlegungen nur eine emotionelle Aufwallung im Zusammenhang mit der Maikrise waren²⁵⁶? Dagegen spricht ihr taktisches Ziel, das ganz auf der Linie der Bemühungen um die Isolierung der Tschechoslowakei lag. Hitler deutete an, und das unterstrich diese Taktik, dass ein späteres Arrangement mit Grossbritannien nicht die deutsch-italienische sowie die englisch-französische Bindung berühren dürfe. Mit genau den gleichen Gedanken hatte zuvor die britische Diplomatie aufgewartet. Aber nach den Erfahrungen des Sommers 1938 konnte er unmöglich annehmen, dass eine englisch-französische Kombination ihn in Osteuropa gewähren lassen würde. Der Hauptzweck der Wiedemann-Mission war kein langfristig berechneter Vorstoss für eine deutsch-britische Verständigung, sondern die Eindämmung der britischen Unruhe in der tschechischen Frage. Zu deutlich schien inzwischen erkennbar, dass nach einer Realisierung der auf Prag zielenden Pläne Hitlers mit der Chamberlain-Regierung kaum noch ein Arrangement möglich sein würde – und das bedeutete: noch weniger mit ihren Nachfolgern.

Nicht ohne Belang war sicherlich für Hitler auch der Versuch, den Zweiflern im eigenen Lager, vornehmlich also den von Beck inspirierten Generalen, zu beweisen, dass seine Beurteilung der Haltung der Westmächte zutreffend sei. Nach allem ist als wahrscheinlich anzusehen, dass Hitler durch Chamberlain und die Nervosität im eigenen Lager so stark irritiert worden war, dass ihn der Gedanke, vor der Eröffnung des Lebensraumkrieges gegen die Sowjetunion erst England vom Kontinent zu verdrängen, stärker zu beschäftigen begann. Es ist nicht genau zu sagen, welche Zielvorstellungen phasenweise jeweils dominant gewesen sind. Sicher scheint aber doch, dass seine strategische Konzeption sich um diese Zeit noch ganz in kontinentalen Zusammenhängen bewegte. Die Tatsache, dass auch Luftwaffe und Marine jetzt England in ihre operativen Studien einzubeziehen begannen, beweist für 1938 nichts, was über eine auf die Kontinentalhegemonie gerichtete strategisch-politische Projektion hinausgegangen wäre. Zwar haben hohe Marineoffiziere die Weltmacht und die Weltgeltung der Flotte herbeigewünscht²⁵⁷, aber die nach Hitlers Weisung vom 24. Mai 1938 in Gang kommenden strategischen Überlegungen und Flottenbaupläne, die in den Z-Plan einmündeten, dienten zunächst nicht transeuropäischen Ambitionen.

Die grundlegende «Heye-Denkschrift» vom 25. Oktober²⁵⁸ basierte auf Hitlers Richtlinien und stellt das entscheidende Dokument der Umorientierung der Seestrategie und

256 Henke, England, S. 167.

257 Der Flottenchef, Admiral Carls, bezeichnete als eigentliches Ziel des Flottenbaus nicht nur die Bereitschaft zu einem Konflikt mit England, sondern die «Weltmachtstellung». Dazu Salewski, Seekriegsleitung, Bd. I, S. 55. Diese «Beschränkung» war auch Ausdruck struktureller Probleme, vgl. Messerschmidt, Strategisches Lagebild des OKW, S. 145-158; Schreiber: Das strategische Lagebild von Luftwaffe und Kriegsmarine, S. 175-189; Michalka, Machtpolitik, S. 59-74.

258 Endfassung, grundlegendes Dokument der Seekriegsleitung, wiedergegeben bei Salewski, Seekriegsleitung, Bd. III, Nr. 1, S. 28-63; vgl. Beitrag Deist, S. 556f., u. Düllfer, Weimar, S. 476 ff. Der Entwurf lag bereits im August vor.

Flottenbauplanung vom Gedanken des Zweifrontenkrieges gegen Frankreich und Polen/Sowjetunion weg und hin auf den ozeanischen Krieg gegen England dar. Heye hielt eine direkte Beteiligung Italiens am Krieg gegen England für wünschenswert: Seine überseeischen Stützpunkte konnten in Ermangelung deutscher den Zufuhrkrieg aussichtsreicher machen. Der Gedanke stand im Gegensatz zu Hitlers Weisung, Kontaktversuche der italienischen Wehrmacht dilatorisch zu behandeln²⁵⁹. Gerade im Zusammenhang mit Hitlers Ausführungen vom 28. Mai 1938 erscheint die vier Tage vorher eingeleitete Umorientierung der Flottenrüstung als Mosaikstein in einem konnexen System der Rückendeckungs- und Abschreckungsstrategie. Die anvisierten Tonnage- und Typenzahlen überschritten gerade bei den schweren Einheiten sowie bei den U-Booten wesentlich die im Flottenabkommen festgelegten Grenzen. Die starke Akzentuierung des U-Boot-Programms deutete auf den Gedanken der Absicherung gegen Grossbritannien. Die eigentliche Dimension erhält dieser Abschreckungsgedanke allerdings erst, wenn gefragt wird, wozu die Abschreckung dienen sollte: ja nicht zur Bewahrung des Friedens, des Status quo oder gegen politischen Druck mit offensivem Ziel, sondern zum Aufbau der grössten Machtbildung, die der Kontinent je erlebt hatte, und damit zur Gewinnung eines politisch-strategischen Potentials, das für Grossbritannien von Vornherein die Existenzfrage stellen musste. Ist aber deswegen die Flottenplanung, vor allem im Hinblick auf die grossen Schiffe, ein Indiz dafür, dass Hitler schon im Mai 1938, während der krisenhaften Zuspitzung in der Anfangsphase seiner Expansionspolitik, bereits die «spätere Weltmachtphase seines ‚Programms‘» anvisierte²⁶⁰? Mit Sicherheit ist aus dem Bauprogramm nicht der Schluss zu ziehen, dass die bis Mitte der vierziger Jahre vorgesehene Flotte Hitler in die Lage versetzt hätte, seine Fernziele in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre zu realisieren²⁶¹. Eine solche Auffassung unterschätzt die Rüstungsmöglichkeiten Grossbritanniens und der USA und überschätzt die deutschen Ressourcen, die erst noch, nach Hitlers «Programm», den Beanspruchungen einer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion ausgesetzt werden mussten. Das «Programm» wird bei solcher Betrachtung im Grunde von realen Bezügen der Politik gelöst und gewinnt, befreit von aktuellen Schwierigkeiten und Unsicherheiten, eine abstrakte Selbständigkeit.

Die weitere Entwicklung der Sudetenkrise verlief alles andere als programmgemäss. Die Generale bezweifelten die Qualität des Westwalls. Wenn Frankreich marschierte, würde die erste Rückensicherung nicht funktionieren. Der Aufmarschplan hätte kaum durchgeführt werden können²⁶². Vielleicht war das Vertrauen in die eigene Schnellig-

259 Dazu näher Schreiber. Revisionismus. S. 145 f.

260 Dülffer. Weimar. S. 470.

261 Das unterstellt Hildebrand, Aussenpolitik, S. 73: «Womit die Realisierung der Hitlerschen Fernziele in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre in den Bereich des Möglichen rückte.»

262 Zum Westwallproblem s. a. Bor. Gespräche, S. 119. Auch die Westmächte überschätzten den Westwall nicht so, wie Hitler es gern gesehen hätte, vgl. Bericht des französischen Militärattachés, General Renondeau, an Daladier vom 17.8.1938, Annex II zum Schreiben François-Poncets vom 18. 8., DDF, 2, Bd. X, Nr. 411; s. a. Irving, Hitlers Weg, S. 204, 230 ff.

keit doch unrealistisch. Hitler konnte nicht sicher sein, dass das Rezept des isolierten Krieges gegen die Tschechoslowakei funktionieren würde. Anfang September wurde er geradezu gejagt von Anwendungen kalter Entschlossenheit und von Unsicherheit. Mussolini gegenüber gab er sich entschlossen, bei einer weiteren «Provokation» der Tschechen – die tschechische Mobilmachung hatte er noch nicht verdaut – auch auf die Gefahr eines Krieges gegen Frankreich und England hin loszuschlagen. Englands Hartnäckigkeit verdichtete sich für Hitler jetzt zum Bild eines Antagonisten, der nach vollzogener Aufrüstung darangehen werde, sich die eine oder andere «der beiden autoritär regierten Nationen vom Halse zu schaffen»²⁶³.

Ein Anliegen dieser Mitteilungen an Mussolini war sicherlich das Bestreben, den Duce auf plötzliche Entwicklungen vorzubereiten. Hitler schob von vornherein die Verantwortung auf die tschechische Regierung. Einen Zeitpunkt für seine Aktionen konnte er nicht nennen. Die im Aufmarschplan «Fall Grün» zugrunde gelegte X-Zeit war aufgrund der Haltung Grossbritanniens äusserst problematisch geworden. Als am 3. September auf dem Berghof über das «Hereinführen der Gruppen in die ‚Übungsräume‘ für ‚Grün‘» gesprochen wurde und Brauchitsch vortrug, die Truppe solle am 28. September in die vorgesehenen Räume geführt werden, meldete Hitler Bedenken an. Er wünschte jetzt, die Truppe «2 Tagesmärsche entfernt» zu versammeln²⁶⁴.

Wenige Tage vorher, am 31. August, hatte der britische Botschafter Ribbentrop noch einmal auf den Ernst der Lage aufmerksam gemacht: Die Ehre Frankreichs stehe auf dem Spiel. Wenn Frankreich hereingezogen werde, sei die Situation für Grossbritannien schwierig. Auf Hitler haben Warnungen dieser Art, die er als Drohung empfand, eine ambivalente Wirkung ausgeübt. Instinktiv wurde er vorsichtiger, gleichzeitig aber auch nervös mit der Neigung zur Überkompensation, und sei es nur auf rhetorischem Gebiet. Jedenfalls glaubte er, nach Jodls Zeugnis vom 8. September, nicht mehr an die Zurückhaltung der Westmächte. Er betonte, ohne Rücksicht darauf losschlagen zu wollen²⁶⁵. Ohne Wirkung sind die britischen Stellungnahmen nicht geblieben. Premierminister Chamberlain unterstrich Grossbritanniens Position vor der Presse am 11. September in äusserst nachdrücklicher Form²⁶⁶. Die Verhandlungen seien weit gediehen. Er meinte Lord Runcimans Bemühungen in Prag. Wer jetzt zu den Waffen greife, ziehe die Verurteilung der Welt auf sich²⁶⁷. Deutschland dürfe nicht mit einem kurzen Krieg gegen

263 Aufzeichnung für die Sondermission des Prinzen von Hessen zu Mussolini, ADAP, D, Bd. II, Nr. 415. Der Aufriss der politischen Vorstellungen Hitlers wurde Mussolini Anfang September 1938 übergeben.

264 Aufzeichnung Major Schmunds vom 4.9.1938, ADAP, D, Bd. II, Nr. 424.

265 Jodl-Tagebuch 1937-1939, s. 376.

266 DBFP, 3, Bd. II, App. III, S. 680ff.

267 Weizsäckers Meinung, England und Frankreich hätten nicht vernehmlich genug gedroht: «Jedenfalls nicht so vernehmbar, dass wir die Warnung oder Drohung hörten», muss auf partieller Vergesslichkeit beruhen, s. Weizsäcker-Papiere, S. 145, 9.10.1938.

die Tschechoslowakei ohne das Risiko eines europäischen Konflikts rechnen²⁶⁸. Im Foreign Office sind Überlegungen über den zu wählenden Zeitpunkt einer ersten Warnung angestellt worden. Auch die Mobilisierung der Nordsee-Flotte als Zeichen britischer Entschlossenheit ist jetzt schon erwogen worden²⁶⁹. Der wichtigste Plan, von Churchill empfohlen, sah eine Viermächte-Note – unter Einschluss der Sowjetunion – an Deutschland vor. Halifax war geneigt, diesen Weg zu gehen, aber Chamberlain verliess sich stärker auf seinen Berater Sir Horace Wilson. Beide hinderten den Aussenminister an einem härteren Kurs. Die Sowjetunion sollte nicht eingeschaltet werden. Die Entscheidungen fielen in der Kabinettsitzung vom 30. August. Nach Henderson hatte man noch Zeit. Aber «to keep Germany guessing»²⁷⁰, eine Politik, die Ausdruck der eigenen Zwangslage war, mit einer unzulänglichen Rüstung Hitler bremsen zu müssen, konnte angesichts des Tempos und der anzunehmenden Entschlossenheit Hitlers – man kannte seine Ausführungen vom 5. November 1937 – auf Dauer immer weniger genügen. Berlin vermutete diese Tendenz der britischen Politik. Aber der letzte Rest Ungewissheit war auf beiden Seiten ein die Entschlossenheit hemmender Faktor. Chamberlain fasste seine Eindrücke über den Stand der Dinge in diesem Sinne zusammen²⁷¹. Die Mitteilung deutscher Oppositionskreise oder von Gegnern eines kriegerischen Kurses über Hitlers und Ribbentrops Intentionen²⁷² blieben nicht ganz ohne Wirkung in London. Ohne die Zustimmung Chamberlains wollte Halifax, obwohl er mehr und mehr in Gegensatz zum Premier geriet, Vansittarts Rat zu einer offiziellen Demarche nicht folgen. Chamberlain aber stoppte derartige Initiativen mit seinem Plan vom 8. September, Hitler aufzusuchen: einem Gedanken, den sein Aussenminister sehr skeptisch ansah und der Vansittart an den Canossa-Gang erinnerte. Chancen der deutschen Opposition, England zur Änderung seiner Aussenpolitik zu bewegen, sind kaum vorhanden gewesen, weil das Appeasement ein gewisses Entgegenkommen voraussetzte, während die Oppo-

268 «Undoubtedly it is of the first importance that the German Government should be under no illusions in this matter and that they should not, as it has been suggested they might, count upon it that a brief and successful campaign against Czechoslovakia could be safely embarked upon without the danger of the subsequent intervention first of France and later of this country», DBFP, 3, Bd. II, App. III, S. 681.

269 Middlemas, *Diplomacy*, S. 298.

270 Ebd., S. 300, 317; die Linie wurde am 30. 8. erneut festgelegt.

271 Brief Chamberlains vom 3. 9., zit. nach Middlemas, *Diplomacy*, S. 317: «While our Foreign Office keep repeating that we must 'keep Hitler guessing' that is exactly what he does to us and we have no definite knowledge of his intentions.»

272 Vgl. DBFP, 3, Bd. II, S. 683 ff., etwa Gespräch Vansittart-v. Kleist, Aufzeichnung Vansittarts für Halifax vom 18. 8. 1938; ferner den Versuch Weizsäckers, Henderson klarzumachen, dass Grossbritannien eine deutliche Sprache finden müsse, damit ein Krieg vielleicht verhindert werde, Telegramm Henderson an Halifax vom 2. 9. 1938, DBFP, 3, Bd. II, Nr. 748. Hierhin gehörten auch die von Weizsäcker initiierten Unterredungen Kordt-Horace Wilson und Kordt-Halifax, bei welcher Gelegenheit Kordt eine Radiobotschaft an das deutsche Volk empfahl. Vgl. dazu auch Middlemas, *Diplomacy*, S. 276ff. und 321 f.; Kordt, *Wilhelmstrasse*, S. 245 ff.

sitionsgruppe um Halder, Witzleben und Weizsäcker einen aussenpolitischen Misserfolg Hitlers als wichtigste Voraussetzung für ein Vorgehen gegen Hitler ansah. London hat die deutsche Opposition aber auch nicht politisch ins Spiel bringen wollen, weil es in ihren Reihen den Einfluss «preussischer Junker» dominieren sah und eine Wiederbelebung preussisch-konservativer Kräfte vermeiden wollte²⁷³.

In diesen Tagen bröckelte auch die französische Entschlossenheit ab, die allerdings durch Aussenminister Bonnet und dessen politische Freunde bereits unterlaufen worden war²⁷⁴. England gab keine Zusage automatischen Beistands²⁷⁵. Russland reagierte ebenfalls ausweichend²⁷⁶. Paris stand vielleicht auch unter dem Eindruck einer gewaltigen deutschen Luftüberlegenheit²⁷⁷, die der Atlantik-Überquerer Oberst Lindbergh nach Rückkehr von einer Deutschland-Reise düster ausgemalt hatte: «Germany has 8'000 military aeroplanes and can turn out 1.500 a month». Phipps berichtete aus Paris die Auffassung des französischen Aussenministers: «Peace must be preserved at any rate»,

273 Müller, Heer, S. 366 ff.; vor allem Wendt, München.

274 Vgl. dazu den auf neuen Quellen fussenden Beitrag von Girault, Französische Aussenpolitik.

275 Middlemas, Diplomacy, S. 330f. Halifax an Phipps, 12. 9.1938, DBFP, 3, Bd. II, Nr. 843.

276 Litvinov hatte schon vorher dem französischen Aussenminister gesagt, es sei Sache Frankreichs, die Zustimmung Polens und Rumäniens zum Durchmarsch russischer Truppen zu beschaffen; Telegramm Georges Bonnets an den französischen Geschäftsträger in Moskau vom 31. 8.1938, DDF, 2, Bd. X, Nr. 511.

277 Phipps an Halifax, 13. 9.1938, DBFP, 3, Bd. II, S. 855; zum Eindruck des Oberkommandos d. franz. Luftwaffe vom Besuch bei der deutschen Luftwaffe s. Irving, Hitlers Weg, S. 242. Nach dem Anschluss sah in französischer Sicht die Bilanz der militärischen Stärkeverhältnisse folgendermassen aus:

<i>Luftwaffe:</i> Deutschland/Italien 5'000	Frankreich: weniger als 500.
Auf diesen Annahmen beruhte ein extremer Pessimismus. Formuliert u.a. im Schreiben General Vuillemins an Minister Guy La Chambre vom 15. Januar 1938: «Si un conflit éclatait cette année, l'aviation française serait écrasée en quelques jours» (wiederholt vor dem Comité permanent de la Défense nationale: D.D.F., 2, VIII, no. 446).	

Heer: nach Auffassung Gamelins

Deutschland	126 Divisionen	Frankreich: 80 Divisionen
	davon	
	5 Panzerdivisionen	
	92 schnell gegen Frankreich einsetzbar	
Italien	66 Divisionen	
	davon	
	40 + 2 Panzerdiv. gegen Frankreich	

Nur bei der *Marine* bot sich ein positives Bild; s. Delmas, La Perception, S. 127-140 (129 f.). Die britischen Generalstäbe, befragt nach den Implikationen eines deutschen Angriffs auf die CSSR, antworteten im März 1938, die deutschen Divisionen seien nicht in der Lage, die Maginot-Linie zu durchbrechen. Wahrscheinlich würde sich Deutschland im Kriegsfall mit der Luftwaffe gegen England wenden: die britisch-französische Bomberkapazität belaufe sich auf 575 Tonnen, die deutsche auf 1825 Tonnen: mit einem Wort, Grossbritannien kann nicht verhindern, dass der «Hund den Knochen» bekommt, es sei denn durch einen langwierigen Prozess der Abnutzung und Aushungerung, s. Parker, Perceptions de la Puissance, S. 45-54. Das Kabinett zog aus dieser Analyse entsprechende Schlussfolgerungen: Keine Garantie (22. März 1938).

die unabhängig vom britischen Appeasement auf der Absicht beruhte, zu einem Ausgleich mit Hitler zu kommen – im Gegensatz zur Meinung Daladiers.

Folgt man Albert Speer, so inszenierte Hitler eine grossangelegte Einschüchterungskampagne: «Mehr der Nachgiebigkeit der westlichen Mächte als Hitlers Zurückhaltung war es zuzuschreiben, dass der Krieg... noch einmal vermieden wurde²⁷⁸.» Aber der «zornige Führer seiner Nation» hatte wenig Anlass, den militärischen Spitzen von Entschlossenheit zum Krieg zu reden, wenn er andererseits immer wieder betonte, die Westmächte würden nicht antreten. Die Situation der Maikrise wünschte er sich selbst nicht noch einmal. Viel wahrscheinlicher macht die Analyse der Reaktionen im August/September die Unsicherheit Hitlers über den Ausgang des eingeleiteten Unternehmens, aus dem er ohne Gesichtsverlust nicht herauskam. Klar trennen lässt sich das, was Hitler vorgab und was er selbst glaubte, kaum. Die Mischung von Entschlossenheit, Phrase, Selbstbetrug und Blindheit hat offenbar auf seine engste Umgebung abgefärbt. Ribbentrop war nicht weit davon entfernt²⁷⁹, während Göring die Bedenken der Militärs ernst nahm, zumal er sehr genau die Mängel des Standes der Lufrüstung kannte. Noch am 22. September wies ihn eine Denkschrift des Generals Felmy darauf hin, dass gegenwärtig ein Vernichtungskrieg aus der Luft gegen Grossbritannien ausgeschlossen sei²⁸⁰. Wohl nicht zuletzt wegen der Schwächen seines Wehrmachtteils hielt er es für angebracht, Hitler jetzt davon abzuraten, sich auf das grosse Risiko einzulassen. Aber schon im März und Mai 1939 sollte der Generalstab der Luftwaffe die deutsche Lufrüstungslage wesentlich günstiger beurteilen.

Es ist schwer zu sagen, welche Wirkung Chamberlains Angebot zu Besprechungen auf dem Obersalzberg auf Hitler ausgeübt hat²⁸¹. Es konnte ihn jedenfalls aus dem Dilemma befreien, jetzt zwischen dem europäischen Krieg oder dem Zurückweichen wählen zu müssen. Der Besuch machte vor aller Welt deutlich, dass Grossbritannien vermitteln oder eingreifen würde. Chamberlain erkannte am 15. September auf dem Obersalzberg das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen an. Frankreich stimmte dem Gedanken zu. Das bedeutete praktisch soviel wie ein Ultimatum für Prag. Hitler liess seine Entschlossenheit, für die Sudetendeutschen den grossen Krieg in Kauf zu nehmen, durchblicken. Er wich der Frage aus, ob er noch mehr als die Lösung der Sudetenfrage ansteuere, hielt aber seinen Kurs vom 28. Mai nicht durch, sondern liess sich auf die «kleine Lösung» festlegen²⁸². Eine klare Antwort hat Chamberlain allerdings nicht er-

278 Speer, *Erinnerungen*, S. 125; s. dazu Weizsäcker-Papiere, S. 144, 9.10.1938.

279 Weizsäcker-Papiere, S. 133, Eintrag vom 21. 7.1938.

280 BA-MA RL 3/63, Bl. 7440. Dazu näher Beitrag Maier in Band 2 dieses Werkes: «Einsatzvorstellungen und Lagebeurteilungen der Luftwaffe bis Kriegsbeginn» und Beitrag Deist, S. 591 f.

281 Dazu näher Henke, *England*, S. 174f.; mit weiteren Hinweisen.

282 Niederschrift der Besprechung: ADAP, D, Bd. II, Nr. 487; Chamberlains Notizen: DBFP, 3, Bd. II, Nr. 895. Zu Hitlers Information über die Kriegsbereitschaft der Westmächte s. a. Irving, *Hitlers Weg*, S. 260.

halten. Hitler sprach von der «tschechoslowakischen Frage» als dem letzten grösseren Problem, das zu lösen wäre. Er deutete zwar an, dass die nationalsozialistische Politik wegen ihrer rassistischen Basis nicht imperialistisch sein könne, aber sein Hinweis, dass die «Tschechoslowakei sowieso nach einiger Zeit nicht mehr bestehen würde», da die Slowaken mit aller Energie von diesem Staat loszukommen suchten, liess erkennen, dass er sich aus den «Zugeständnissen» wieder lösen wollte. Chamberlain hat diese Wendung anders verstanden, als sie offensichtlich gemeint war. Er ging davon aus, dass die Tschechoslowakei nach der Wegoperation auch der ungarischen, polnischen und slowakischen Landesteile oder Interessengebiete als Rumpfstaat weiter existiere und dann von Deutschland nicht mehr als Flankenbedrohung angesehen werde²⁸³. In allgemeinen Wendungen entwickelte Hitler wieder sein Wunschbild, zu einem guten deutsch-englischen Verhältnis zu kommen, das ihm seit Jahrzehnten aus rassistischen Gründen vor Augen stehe²⁸⁴.

Die Möglichkeit bestand, dass die Tschechoslowakei sich weigerte, das Ergebnis dieses ersten deutsch-englischen Gesprächs zu akzeptieren und den sudetendeutschen Gürtel herauszugeben. Hitler hat darauf vielleicht spekuliert. Prag aber lenkte ein, und damit stand Hitler vor dem Problem, einen neuen Anlauf nehmen zu müssen. Noch vor dem zweiten Gespräch mit Chamberlain in Godesberg sprach er von der «Gefahr, dass die Tschechen alles annehmen»²⁸⁵. Chamberlain brachte diese Nachricht mit nach Godesberg²⁸⁶. Am 22. September suchte sich Hitler mit dem Hinweis auf die Ansprüche der Ungarn, Polen und Slowaken, die er in seine Strategie hineinzuorganisieren getrachtet hatte, noch einmal der Konsequenz der Berchtesgadener Unterredung zu entziehen. Er bestand jetzt auf dem sofortigen Einmarsch der Wehrmacht und auf einer Volksabstimmung in einem noch nicht näher bezeichneten Gebiet. Er erreichte «nur» die Zustimmung Chamberlains, Hitlers Gegenvorschlag (Godesberger Memorandum) mit nach London zu nehmen. Hitler wollte die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete «in Übereinstimmung mit der Sprachgrenze» erreichen²⁸⁷. Erst nach der Besetzung sollte nach dem Muster der Saarabstimmung abgestimmt werden. Als Termin für die Abtretung verlangte er den 1. Oktober.

283 So seine Ausführungen beim englisch-französischen Spitzengespräch am 18.9. in London, DBFP, 3. Bd. II, Nr. 928.

284 Was England riskiere, wenn es an seiner Politik der Drohungen festhalte, liess er mit dem Hinweis auf eine mögliche Kündigung des Flottenvertrages durchblicken: Rückkehr zur Flottenrivalität.

285 Am 20.9. gegenüber dem ungarischen Ministerpräsidenten, ADAP, D, Bd. II, Nr. 554, S. 689, zit. nach Henke, England, S. 176.

286 Über die Verhandlungen Londons mit Prag s. u.a. Lundgreen, Appeasement-Politik; und Celovsky, Münchener Abkommen. Text des Memorandums, das Hitler dem britischen Premier übergab: ADAP, D, Bd. II, Nr. 584. Die Diskussion im «inneren Zirkel» in London zeigte, dass Chamberlains Haltung in Berchtesgaden nicht ohne Kritik geblieben ist; Middlemas, Diplomacy, S. 363. Daraus erklären sich die Versuche, seine Verhandlungsfreiheit einzuschränken.

287 ADAP, D, Bd. II, Nr. 562; ein Teil der Forderungen ging auf OKW-Vorschläge zurück.

Chamberlains Haltung war sehr stark von Überlegungen mitbestimmt, durch ein Arrangement in der Sudetenfrage zu weiteren, vor allem ökonomischen Interessenabgrenzungen, besonders auf dem Balkan, zu kommen und darüber hinaus zu einer Entspannung in der Rüstungsfrage. Gerade um dieser Ziele willen wurde seine Verhandlungsführung von der City und von Wirtschaftskreisen wohlwollend zur Kenntnis genommen. Für viele Beobachter ging Chamberlain dabei zu weit. Er fand auch Kritik im Foreign Office²⁸⁸. Und nach München lag hier ein wichtiger Ansatz für die Opposition gegen diese Art von Appeasement. Dieser Hintergrund zeigt, dass für einflussreiche Kreise in Grossbritannien wie für den «inner circle» um Chamberlain die tschechische Krise in einem grösseren Zusammenhang stand, in welchem die Sorgen der Tschechoslowakei nicht gerade den Charakter eines Kernproblems besaßen. Aber dieser Gesamtzusammenhang liess sich nur in einer friedlichen Welt stabilisieren, während Hitlers Konzept auf Krieg zulief. Die Wirtschaft besass in seinem politischen Weltbild die Funktion der Sicherstellung der Ausgangsbedingungen für den Krieg. Insofern urteilte das Foreign Office richtig, wenn es hier im Blick auf Südosteuropa hinter der deutschen Wirtschaftsoffensive hochpolitische und strategische Konsequenzen erblickte.

Hitler suchte von Anfang an das Tschechoslowakei-Problem isoliert zu behandeln. Seine Taktik mochte in seinen eigenen Augen besonders raffiniert sein. Er blieb auf dem Boden des Selbstbestimmungsgedankens, schob andere Interessenten vor und konnte annehmen, die Tschechen damit ausmanövriert zu haben. Ihre Geduld sollte erschöpft werden. Chamberlain ist tief enttäuscht nach London zurückgekehrt. In England war jetzt der Stimmungsumschwung da²⁸⁹. Chamberlain stand aber nicht mit völlig leeren Händen vor der Nation und vor den Verfechtern eines härteren Kurses. Er brachte die Zusage mit: Die Rest-Tschechei sei für Deutschland «uninteressant». Damit war der Gedanke einer internationalen Garantie der Rest-Tschechei in die Diskussion eingeführt, und Hitler blieb nichts übrig als festzustellen, England könne diese Garantie natürlich geben, Deutschland aber erst, wenn sämtliche Probleme mit den Nachbarn gelöst seien. Es war klar, sein Aktionsradius wurde enger, seine Versuche, einer internationalen Lösung auszuweichen, durchsichtiger. Er war in die Nähe jener Situation gebracht, die er konsequent seit 1933 zu vermeiden gesucht hatte: einer internationalen Ordnung zur Verhinderung künftiger gewaltsamer deutscher Expansionen.

Die Opposition gegen Chamberlains Haltung in der sudetendeutschen Frage versteifte sich in England dennoch zusehends – in der Presse, im Parlament und im Kabinett. Nach kurzem Zögern – Chamberlain schien die Loyalität der Kollegen schon zurückgewonnen zu haben – sprach sich eine einflussreiche Gruppe im Kabinett, Halifax an der Spit-

288 Ausführlich zum gesamten Komplex: Wendt, *Economic Appeasement*, S. 482ff.

289 Henderson, *Fehlschlag*, nimmt an, dass mit Godesberg die deutsch-britischen Beziehungen in eine neue Phase getreten seien. Illusionen konnten die Leiter der britischen Politik nicht mehr haben.

ze, dagegen aus, auf die Tschechoslowakei Druck auszuüben. Der russischen Politik, die eine Verständigung der Mächte über Massnahmen gegen Deutschland für den Fall anregte, dass Polen und Rumänien sowjetischen Truppen keinen Durchlass gewährten, traute London nicht. Frankreich hat aber offenbar russische Aktionen für möglich gehalten²⁹⁰. Auf die USA war 1938 nicht zu bauen²⁹¹. Die englisch-französischen Besprechungen vom 25./ 26. September²⁹² enthüllten starke Meinungsverschiedenheiten. Daladier stimmte den deutschen Forderungen nicht zu. Chamberlain wollte eine unmissverständliche Auskunft über die französische Haltung für den Fall, dass Hitler nach Zurückweisung seiner Forderungen die Tschechoslowakei attackierte. War eine Invasion Deutschlands beabsichtigt, oder verschanzte sich Frankreich hinter der Maginot-Linie? Würde die französische Luftwaffe Angriffe gegen das Reich fliegen? Könnte Frankreich sich überhaupt selbst verteidigen? Chamberlain wünschte dazu General Gamelin, den Chef des französischen Generalstabs, zu hören. Das war ein ungewöhnlicher Schritt. Die Besprechungen nahmen fast den Charakter eines Verhörs an. Inzwischen einigte sich das Kabinett auf den Vorschlag Chamberlains, Horace Wilson zu Hitler zu schicken, um einen letzten Appell zu einer friedlichen Lösung zu machen. Ihm sollte vor Augen geführt werden, dass die von Prag bereits gemachten Konzessionen auch ohne den Druck des Memorandums vernünftig in die Praxis umgesetzt werden könnten. Die Tschechoslowakei widersetzte sich dem Godesberger Memorandum. Sie wollte bei den vorher gemachten Konzessionen bleiben. Prag hatte schon während der Gespräche in Godesberg die allgemeine Mobilmachung angeordnet²⁹³. Sir Horace Wilson teilte Hitler den Entschluss der Prager Regierung mit, und während der ersten Aussprachen zeigte die englische Seite sich entschlossen, Frankreich zu helfen, wenn Frankreich in Erfüllung seiner Vertragspflichten gegenüber Prag in Feindseligkeiten mit Deutschland verwickelt werde²⁹⁴. Die tschechische Ablehnung des deutschen Memorandums – das war jetzt deutlich – liess England nicht resignieren. Diese Spekulation Hitlers wurde also zerstört. Chamberlain hatte «die moralische Verantwortung für die Erfüllung der

290 Bemerkungen Daladiers gegenüber dem amerikanischen Botschafter am 8.9., FRUS, 1938, Bd. I, S. 581 f. Zur positiven Einschätzung Russlands durch Daladier s. a. seine Bemerkungen vom 26.9. s. Anm. 292.

291 Der amerikanische Botschafter in London bemerkte zu Halifax: «We want to keep out of the war», Gespräch vom 9.9. FRUS, 1938, Bd. I, S. 586.

292 DBFP. 3, Bd. II, Nr. 1093 und 1096.

293 Die Mitteilung erhielt Hitler während des Gesprächs mit Chamberlain am 23.9., ADAP, D, Bd. II, Nr. 583. Dieser Schritt war in London schon vorher angedeutet worden. Chamberlain hatte zuvor entgegen den Vorstellungen seines Aussenministers abgelehnt, einer tschechischen Mobilmachung zuzustimmen. Aber der «innere Zirkel» mit Halifax an der Spitze autorisierte nach Abstimmung mit Paris eine Mitteilung an Prag, dass der Rat, nicht zu mobilisieren, zurückgezogen werde. Die Kontakte London-Godesberg waren in dieser Hinsicht nicht zufriedenstellend. Möglicherweise ist Chamberlain auch überspielt worden, so Middlemas, *Diplomacy*, S. 373.

294 Aufzeichnung über Unterredung Sir Horace Wilson-Hitler am 27.9.1938, ADAP, D, Bd. II, Nr. 634.

tschechischen Verpflichtung übernommen»²⁹⁵. Damit war Hitlers Konzept durchkreuzt. Die Westmächte standen gegen ihn in einer Frage, die nach seiner Auffassung jenseits ihrer Interessen lag. Frankreich verlegte demonstrativ 14 mobilisierte Divisionen an seine Ostgrenze. Der nächste Schritt konnte über Krieg oder Frieden entscheiden. Die deutschen Aufmarschvorbereitungen waren im Gange. Am 26. September mittags hatte Hitler befohlen, die Truppen in die Ausgangsstellungen vorzuverlegen²⁹⁶. Das war nach der Kenntnisnahme des Briefes, den Wilson übergeben hatte. Am folgenden Tag, am 27. September, verwies Wilson mit Nachdruck auf die Entschlossenheit Grossbritanniens, Frankreich in dem erwähnten Fall beizustehen. Mit der Mobilisierung seiner Flotte setzte England ein deutliches Signal²⁹⁷. Aus Paris meldete die Botschaft, die französischen Mobilisierungsmassnahmen griffen bereits einer Gesamtmobilmachung vor. Man müsse vom 6. Mobilmachungstag an mit dem Abschluss des Aufmarsches von 65 Divisionen rechnen²⁹⁸.

Hitler war nun im Zugzwang. Vor den Westmächten war er in der Pose des zum Letzten Entschlossenen aufgetreten, soeben noch gegenüber dem Abgesandten des britischen Premiers. Zögernden Funktionären und Generalen im eigenen Lager hatte er wiederholt seine Überzeugung vor Augen geführt, die Westmächte würden nicht eingreifen. Er hielt sich für unendlich klüger als die wilhelminischen Politiker. Jetzt waren die Blicke auf ihn gerichtet. Roosevelt hatte an ihn appelliert²⁹⁹ und der schwedische König. Sein gesamtes Programm stand zur Disposition, wenn er jetzt das Tempo forcierte. Zurückweichen bedeutete andererseits, auf neue günstige Konstellationen warten zu müssen, die vielleicht nie wieder in Sicht kommen würden. Er begann zu wanken.

295 Ebd., unter Hinweis auf Chamberlains Erklärung vom 26.9.: «Speaking for the British Government we regard ourselves as morally responsible for seeing that the promises are carried out fairly and fully and we are prepared to undertake that they shall be so carried out with all reasonable promptitude, provided that the German Government will agree to the settlement of terms and conditions of transfer by discussion and not by force», ADAP, D, Bd. II, Nr. 618. Am 25.9. lehnten Prag und die Westmächte das Memorandum ab.

Über die englisch-französischen Verhandlungen in der Frage einer Garantie der Tschechoslowakei gegen gewaltsame Veränderungen s. Middlemas, *Diplomacy*, S. 351 ff. Noch am 30. August gab Chamberlain im Kabinett eine pessimistische Lagebeurteilung ab, unterstützt von Inskip, Minister für die Organisation der Verteidigung. Den Durchbruch brachte die Kabinettsitzung nach Godesberg. Die Mehrheit akzeptierte nunmehr das Kriegsrisiko. Man vertraute darauf, in einem langen Krieg die Oberhand zu gewinnen, vgl. Parker, *Perception de la Puissance*, S. 50. Über die sich kreuzenden Ansichten im Foreign Office, die Rolle Cadogans und Vansittarts s. näher Steiner, *Evaluation*, S. 55-71.

296 IMT, Bd. 25, S. 485 f., ADAP, D, Bd. II, Nr. 654, bei den vorzuverlegenden Sturmabteilungen handelte es sich um insgesamt 7 Divisionen. Zu den militärischen Vorbereitungen, dem Ausmass der Beteiligung Hitlers s. a. Görlitz, Keitel, S. 188 ff.

297 Die Nachricht traf erst am 28. 9. in Berlin ein. Müller, *Heer*, S. 374.

298 Telegramm vom 27.9., ADAP, D, Bd. II, Nr. 647.

299 FRUS, 1938, Bd. I, Telegramm vom 26. 9.1938, S. 657; Tenor: «The supreme desire of the American people is to live in peace. But in the event of a general war they face the fact that no nation can escape some measure of the consequences of such a world catastrophe... I most earnestly appeal to you not to break off negotiations.»

Ein Schreiben vom 27. September an Chamberlain liess erste Anzeichen dafür erkennen. Dieses von Weizsäcker entworfene Papier enthielt geradezu eine Einladung an die Westmächte, gegenüber Prag eine Gewähr für die strikte Einhaltung der deutschen Vorschläge zu übernehmen: in sich zwar nach dem Stand der Dinge eine Unmöglichkeit, aber allein die Tatsache, dass Elemente einer weiteren Internationalisierung von Hitler zur Sprache gebracht wurden, zeigt, wie sehr er aus dem Konzept gebracht worden war. Hitler bot ferner eine Garantie der Rest-Tschechoslowakei an³⁰⁰. Die resignierende Haltung der Berliner, als Hitler kriegsbereite Truppen durch Berlin marschieren liess, liess jedenfalls erkennen, dass keine Stimmung für einen Krieg in dieser Situation existierte³⁰¹.

Mussolinis Vorschlag, auf Anregung der britischen Regierung gemacht³⁰², das *Procedere* in einer Viermächtekonferenz zu behandeln, nahm Hitler auf. Er willigte ein, die Mobilmachung um 24 Stunden aufzuschieben. Am gleichen Tag, dem 28. September, ergingen die Einladungen zur Münchener Konferenz auf den folgenden Tag. Im Münchener Abkommen wurden die wesentlichen Absprachen von Berchtesgaden vereinbart. England und Frankreich betonten in einem Zusatz, der auch von Mussolini und Hitler unterzeichnet wurde, dass sie die neuen Grenzen der Tschechoslowakei gegen einen unprovzierten Angriff garantierten. Deutschland und Italien sagten eine solche Garantie nach Regelung der Probleme der ungarischen und polnischen Minderheiten zu. Am 30. September gaben Hitler und Chamberlain noch eine gemeinsame Erklärung über die deutsch-britischen Beziehungen ab. Das Münchener Abkommen und der Flottenvertrag, so hiess es, seien symbolisch für den Wunsch beider Völker, nie wieder gegeneinander Krieg zu führen. Die Methode der Konsultation sollte bei allen künftigen Problemen angewendet werden³⁰³.

Hitler realisierte damit jene – zuletzt in seiner Sportpalast-Rede vom 26. September – offen verkündeten Ziele, die im Rahmen revisionistischer Überlegung blieben. Damit war auch der Opposition der wichtigste Ansatzpunkt zum Handeln entzogen. Oberflächlich betrachtet konnte dieses Ergebnis als ein weiterer Erfolg angesehen werden. Strategisch war die Tschechoslowakei jetzt weitgehend ausgeschaltet. Ihr Festungssystem stand nicht mehr in der Flanke des Reiches. Gemessen an seinen eigentlichen Zielen hatte Hitler dagegen einen Rückschlag erlitten. Er selbst hat das nicht anders empfunden³⁰⁴. Aber auch in England ist das Abkommen von München schon bald kritisiert

300 ADAP, D, Bd. II, Nr. 635. Weizsäcker suchte Hitler auf Erklärungen in seiner Sportpalast-Rede vom Vortage – Domarus I, S. 924ff. – festzulegen, s. a. Kordt, Wilhelmstrasse, S. 265.

301 Zur Stimmung in der Reichskanzlei am Morgen des 28.9. s. Schmidt, Statist, S. 410ff.; Kordt, Wilhelmstrasse, S. 272; Weizsäcker, Erinnerungen, S. 188; Wiedemann, Feldherr, S. 170ff., u.a.

302 DBFP, 3, Bd. II, Nr. 1158, 1159, 1161, 1165, 1166, 1167, 1174. Chamberlain hatte zunächst eine 5-Mächte-Konferenz vorgeschlagen.

303 Zu den Gesprächen siehe die Aufzeichnungen in ADAP, D, Bd. II, Nr. 670, 674. Texte des Abkommens und der Erklärungen: Nr. 675, 676.

304 Dazu ausführlich Henke, England, S. 187 ff.

worden, was in Deutschland aufmerksam registriert wurde. Bei Hitler setzte sich der Gedanke fest, von Chamberlain übervorteilt worden zu sein: England suche nur Zeit für die eigene Aufrüstung zu gewinnen. Darin steckte nur eine Teilwahrheit. Bitter empfand die britische Führung die Notwendigkeit, Hitler nur verhalten entgegenzutreten zu können, alle Reaktionen des «narrow-minded» Diktators vorsichtig abschätzen und die eigene Dosierung politischer Gegenzüge darauf abstimmen zu müssen. Aber das Ziel des Appeasement war nicht nur ein Zeitgewinn für bessere Ausgangspositionen zur Bekämpfung Deutschlands, sondern die Organisation eines stabilen Friedens.

Für Hitler stand fest, dass München die letzte internationale Konferenz über Fragen deutscher politischer Ziele gewesen war³⁰⁵. Eine Beschränkung auf Teillösungen wollte er sich nicht mehr vorschreiben lassen. Künftig konnte aber der Vorwand, einer deutschen Minderheit zu ihrem Recht verhelfen zu müssen, nicht mehr benutzt werden. Was ihm vorschwebte, war blitzartiges Handeln, das der Gegenseite keine Möglichkeit zum diplomatischen Reagieren liess. Angesichts der britisch-französischen Garantie für die Rest-Tschechoslowakei konnte mit solcher Strategie sehr rasch wieder der Kulminationspunkt einer Krise erreicht sein.

Diese Aussicht hat Hitler offensichtlich nicht beunruhigt, vielleicht, weil er nach München stark zu der Ansicht neigte, die Westmächte hätten nur geblufft. Einer Blitzaktion stand die Tschechoslowakei jetzt so gut wie wehrlos gegenüber. Der Weg zur deutschen politischen und ökonomischen Dominanz in Südosteuropa war vorgezeichnet. Auch ohne Gewalt war eine indirekte Herrschaft angebahnt. Polen hatte durch Teilnahme an der Beute – Einverleibung des Teschener Gebiets – seine Verbindungen zu Hitler intensiviert und war in gewisser Hinsicht moralisch belastet. Das Gewicht des Reiches schien unbehelligt zum Tragen zu kommen. Der Wiener «Schiedsspruch» in der ungarisch-tschechoslowakischen Grenzstreitigkeit unterstrich diese Machtposition. England und Frankreich hatten nicht mehr mitzureden.

Für einen Politiker, der erklärtermassen keine Probleme mehr zu lösen, der sich im Namen der Nation für saturiert erklärt hatte, hätte nichts näher gelegen als ein ruhiger Ausbau der errungenen Positionen. Kein unbefriedigter Drang der Nation forcierte seinen Schritt. Die deutsche Bevölkerung war glücklich über das Münchener Abkommen. Krieg war das letzte, was sie sich wünschte. Hitler aber schrieb andere Ziele vor. Zahlreiche Äusserungen und Reden legen Zeugnis ab von seiner Unzufriedenheit mit dem Erreichten. Die Stimmung der Nation war ihm zu pazifistisch. Friedenssehnsucht konnte er nicht gebrauchen. Der Eindruck seiner Versicherungen auf die Menschen in Stadt und Land, mit der Rückgliederung der Sudetendeutschen seien Deutschlands Anliegen erfüllt, behagte ihm nicht, und die äusserst komplizierten Mechanismen der internationalen Politik und Diplomatie, die Europa im September vor dem grossen Konflikt bewahrt hatten, erschienen ihm nachträglich nicht mehr als Zeitverschwendung gewesen

305 Kirkpatrick, Inner Circle, S. 135.

zu sein. Kurz vor dem Münchener Abkommen liess er gegenüber Mussolini und Ciano eines der nächsten Etappenziele deutlich werden, als er davon sprach, dass der Tag kommen werde, «an dem wir uns vereint gegen England und Frankreich werden schlagen müssen»³⁰⁶. Mit dieser Grundeinstellung unterschrieb er dann die Erklärung vom 30. September, nach welcher Deutschland und Grossbritannien nie wieder gegeneinander Krieg führen sollten.

München war dafür aber kein Signal. Nur mit letzter Anstrengung der europäischen Grossmächte konnte Hitler von einem kriegerischen Alleingang abgehalten werden. Selbst Mussolini, jahrelang bestrebt, Deutschlands Energien nach Osten abzuleiten, suchte Hitler auf eine friedliche Lösung zu verpflichten und gab damit schon jetzt zu erkennen, was dann 1939 zweifelsfrei wurde, dass er den Kriegskurs nicht mitmachen wollte. Hitler ging es nicht einmal um die Rechtfertigung seiner Ziele, sondern nur um die momentane politische Wirkung von Schlagworten: «Selbstbestimmungsrecht», Garantie der Tschechoslowakei, Ablehnung imperialistischer Ziele. Der Zwang zum Handeln gegen Europa resultierte aus den «Notwendigkeiten», die er in der Vierjahresplandenschrift und am 5. November 1937 deutlich gemacht hatte, und aus den angelaufenen operativen Vorbereitungen. München hatte Hitlers politische Diagnose, die er für die zu erwartende Reaktion der Westmächte gestellt hatte, widerlegt und deshalb seine Entschlossenheit, sich nicht wieder in einer solchen Konferenz um die Früchte seiner Strategie bringen zu lassen, nur noch gestärkt. Der Krieg war lediglich vertagt worden. In München errang die Friedenspolitik nur einen Pyrrhus-Sieg.

c) Der Griff nach Prag – systematische Entwertung des Münchener Abkommens

Kaum geschlossen, wurde das Münchener Abkommen zum Gegenstand einer ungedulden deutschen Strategie der Aushöhlung und Sinnentleerung dieser von allen Beteiligten nicht als optimal betrachteten Vereinbarung. Hitler gab sich nun gar keine Mühe mehr, einen friedfertigen Eindruck zu machen. Seine Ausfälle gegen England, insbesondere gegen die britische Opposition, in seiner Saarbrücker Rede vom 9. Oktober liessen bereits die sonst gepflegte Rücksicht auf Grossbritannien vermissen³⁰⁷. Chamberlain – man müsse es ihm glauben – wolle den Frieden, aber er könne jederzeit abgelöst werden, und wenn Eden, Duff Cooper und Churchill an die Macht kämen, würden sie einen neuen Weltkrieg ansteuern.

Dieser Angriff zielte einmal gegen die englische Opposition, in der Meinung, die engli-

³⁰⁶ Ciano, Tagebücher 1937-1938, S. 240.

³⁰⁷ Domarus I, S. 954 ff. Die Rede ist auch im Zusammenhang mit englischen Reaktionen auf München zu sehen, Irving, Hitlers Weg, S. 295, Hinweis auf Berichte des «Forschungsamtes».

sche Politik könne dadurch taktisch beeinflusst werden³⁰⁸, zum anderen auf die Stimmung in Deutschland. Hitler kündigte an, er lasse jetzt den Westwall mit erhöhter Energie ausbauen. Die Welt sei noch beseelt vom Geist von Versailles. Offenbar meinte er auch jetzt noch, nach innen und aussen die geistige und materielle Aufrüstung als defensive Reaktion auf Herausforderungen hinstellen zu können. Seine Propagandaanweisungen redeten eine andere Sprache. Hier ist als eines der aufschlussreichsten Schlüsseldokumente für Hitlers Kurs nach München seine Rede vor der deutschen Presse am 10. November 1938 anzuführen³⁰⁹. Am Vortag hatte die «Reichskristallnacht» eine Verschärfung des Kurses in der Innenpolitik mit deutlicher Signalwirkung nach aussen angekündigt. Obwohl Hitler vor den Pressevertretern mit keinem Wort auf dieses Ereignis selbst einging, stellte er einen psychologisch-propagandistischen Zusammenhang her: Noch in diesem Jahr sei die Aufgabe gestellt, das deutsche Volk langsam vorzubereiten – gemeint war: auf Krieg. Die Umstände hätten ihn gezwungen, jahrzehntelang «fast nur vom Frieden» zu reden. Nur so habe er die Rüstung in Gang • setzen können, «die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war». Eine solche Friedenspropaganda habe ihre bedenklichen Seiten, sie könne sich in den Gehirnen vieler Menschen festsetzen und zu der Meinung führen, das heutige Regime wolle unter allen Umständen den Frieden bewahren: «Das würde aber nicht nur zu einer falschen Beurteilung der Zielsetzung dieses Systems führen, sondern es würde vor allem auch dahin führen, dass die deutsche Nation, statt den Ereignissen gegenüber gewappnet zu sein, mit einem Geist erfüllt wird, der auf die Dauer als Defaitismus gerade die Erfolge des heutigen Regimes nehmen würde und nehmen müsste.»

Dagegen stellte er die Propagandastrategie nicht der blossen Gewaltanpreisung; es sollten vielmehr gewisse aussenpolitische Vorgänge so beleuchtet werden, dass im Gehirn der breiten Masse allmählich die Überzeugung präpariert werde, so könne es nicht weitergehen, man müsse jetzt eben Gewalt anwenden. Die 400 geladenen Journalisten, denen eine vorzügliche Propagandaarbeit bescheinigt wurde, bekamen den Satz zu hören, die «pazifistische Platte» sei jetzt abgespielt.

In dem Zusammenwirken von Aussen-, Innen- und Propagandapolitik stellte die von Goebbels inszenierte «Kristallnacht», jenes schlagartige Vorgehen gegen Juden im ganzen Reich, so etwas wie eine kontrapunktische Verdrängung der positiven Eindrücke der Münchner Konferenz in der deutschen Bevölkerung dar. Die Ablenkung zielte auch in die Richtung einer Anprangerung des angeblich verhängnisvollen Einflusses der Juden in der Weltpolitik.

Dieser Weg führte zunächst einmal weg vom Gedanken der Konsultation der Grossmächte. Unmittelbar nach München fragte sich der Westen, wohin Hitler nun steuere, was getan werden könne, damit der in München beschrittene Weg nicht wieder verlas-

308 Kuhn, Programm, S. 231 ff.

309 Treue, Rede Hitlers; Kotze/Krausnick, Hitler-Reden; auszugsweise wiedergegeben bei Domarus I, S. 974ff.; vgl. Beitrag Wette, S. 158f.

sen werde. Unsicherheit herrschte in Paris, London und Washington³¹⁰. Der amerikanische Botschafter in Berlin, Wilson, berichtete in den ersten Oktobertagen nach Washington, im Hinblick auf Hitlers Charakter – he is a man apart – sei es unmöglich, irgendeine Aussage über die Zukunft zu machen, solange nicht neue Anzeichen manifest würden.

Um die gleiche Zeit begannen in Berlin die Vorbereitungen für eine Weiterentwicklung der expansiven Politik gegen die Tschechoslowakei. Hitler entschied am 12. Oktober, das Ziel zu verfolgen, möglichst schnell mit der Tschechoslowakei zu zweiseitigen Verhandlungen zu kommen. Die Internationale Kommission solle so bald wie möglich «zum Verschwinden» gebracht werden³¹¹. Das OKW informierte das Auswärtige Amt, aus militärischen Gründen sei eine gemeinsame Grenze Polen-Ungarn unerwünscht. Gegenüber dem «tschechischen und slowakischen» Reststaat empfahl das OKW eine Politik, die auf künftige Aktionen berechnet war. Der Reststaat werde sich an Deutschland anlehnen, von England und Frankreich fühle man sich verraten. Es seien überdies gewisse Kräfte dabei, das Verhältnis der Tschechen zur UdSSR aufzulösen, und deshalb schlug das OKW als im militärischen Interesse liegend vor, die Slowakei sollte sich nicht vom tschechoslowakischen Verband ablösen, sondern in ihm unter «starkem deutschen Einfluss» bleiben³¹². Im Auswärtigen Amt sah man ein noch dynamischeres Programm vor³¹³, nämlich eine selbständige Slowakei, oder, als zweitbeste Lösung, eine slowakische Autonomie innerhalb des jetzigen Staatsverbandes. Abgelehnt wurde die Anlehnung einer autonomen Slowakei an Ungarn oder Polen. Eine selbständige Slowakei zog das Auswärtige Amt bei Weitem vor: Sie würde ein schwaches Staatsgebilde sein «und daher dem deutschen Bedürfnis nach Vordringen und Siedlungsraum im Osten am ehesten Vorschub leisten. Punkt des geringsten Widerstandes im Osten.» Käme es zunächst zu der tschechoslowakischen Lösung, so bliebe die bevorzugte Lösung noch offen.

Primär aber war es Ribbentrop um eine Rückgängigmachung der Internationalisierung der tschechoslowakischen Frage zu tun. In einer Aufzeichnung für die erste Besprechung mit dem neuen tschechoslowakischen Aussenminister wurden Überlegungen angestellt, wie die Garantien der Westmächte aus den Angeln gehoben werden könnten³¹⁴. Das Auswärtige Amt ging ohnehin davon aus, dass die Bündnisverträge der Tschechoslowakei als gegenstandslos betrachtet werden könnten. Das Beste sei natürlich ein Prager Verzicht auf die Garantien der Westmächte, meinte der Leiter der Politischen Abteilung. Das Thema sollte nur leicht berührt werden, weil ja für die öffentliche Meinung im Westen diese Garantien einen wesentlichen Bestandteil des Münchener Ab-

310 Vgl. Bericht des amerikanischen Botschafters über Gespräche mit den englischen und französischen Botschaftern vom 5.10.1938, FRVS, 1938, Bd. I, S. 713ff.

311 Aufzeichnung vom 12.10., ADAP, D, Bd. IV, Nr. 53.

312 Chef OKW an Auswärtiges Amt, 6.10.1938, ebd., Nr. 39.

313 Notiz für den «Führer» vom 7.10.1938, ebd., Nr. 45. Ähnlich Göring, s. Irving, Hitlers Weg, S. 291 f.

314 Aufzeichnung des Leiters der Politischen Abteilung, Woermann, vom 12.10., ebd., Nr. 54.

kommens darstellten. Eine etwaige deutsche Garantie müsse aber so ausgestaltet werden, dass sie gegenüber den westlichen als die Hauptgarantie erscheine.

Die deutsche Politik überschätzte die Festigkeit der Westmächte in der Garantiefrage. Aus moralischen Gründen fühlte Chamberlain sich an die Garantie gebunden³¹⁵, aber er meinte auch, dass damit nicht beabsichtigt sei, in eine Konfrontation mit Deutschland zu geraten. Die französische Regierung sah dies nicht wesentlich anders. Außenminister Bonnet und seine politischen Freunde wünschten einen Ausgleich mit Deutschland. Halifax definierte die zu verfolgende Politik so: Es sei nötig, eine Position zu vermeiden, in welcher England und Frankreich aufgefordert werden könnten, gegen Deutschland und Italien zu handeln. Das war Anfang Dezember 1938³¹⁶. Die englisch-französischen Besprechungen vom 24. November 1938 zeigten überdies, dass Garantiekonstruktionen diskutiert wurden, die von vornherein ineffektiv bleiben mussten. Besonders die britische Seite hätte lieber Deutschland als die Sowjetunion als Partner eines Garantievertrages gesehen³¹⁷. Und so war es in gewisser Weise konsequent, dass Chamberlain am 15. März 1939, nach Hitlers definitivem Coup, im Kabinett angesichts der in Prag geschaffenen vollendeten Tatsachen konstatierte, der Staat, dessen Grenzen gegen unprovizierte Angriffe garantiert worden seien, existiere nicht mehr. Die Garantie sei nicht gegeben worden gegen moralischen Druck³¹⁸. Der britische Botschafter wurde nicht aus Berlin zurückgerufen. Chamberlain, zögernd, erklärte, Hitler habe dem Vertrauen einen Schock versetzt, aber er, Chamberlain, wolle auch künftig die Diskussion der Gewalt vorziehen.

Eben das suchte Hitler zu vermeiden, wie die Vorgeschichte der Okkupation Böhmens und Mährens wieder gezeigt hatte.

Das OKW wollte vor allem sichergestellt haben, dass die Tschechoslowakei kein neues Befestigungssystem anlegte, sie dürfe «bei einer etwaigen Auseinandersetzung Deutschlands mit den Westmächten als Gegner nicht mehr ins Gewicht fallen». Das System der Rückendeckungen war hier wieder angesprochen. Die Führungsgruppen des Reiches suchten nach Möglichkeiten, neue Bewegung in die Politik zu bringen: Komme diese Bewegung von anderer Seite, sollte sie auf keinen Fall gestoppt werden. Hitler ordnete am 12. Oktober an: sollte Ungarn mobilisieren, so liege es «nicht in unserer Absicht, den Ungarn in den Arm zu fallen»³¹⁹.

Hitler hat sich von Anfang an nicht mit dem Sudetengürtel begnügen wollen. Bei den Besprechungen, die zur deutsch-französischen Erklärung vom 6. Dezember 1938 führten³²⁰, kam Ribbentrop auf die Garantien und die französisch-russische Allianz zu spre-

315 S. dazu Aster, 1939, S. 24.

316 Ebd.

317 Anglo-French Conversations, DBFP, 3, Bd. III, Nr. 325, S. 300 ff.

318 Aster, 1939, S. 29.

319 Vgl. Anm. 312. Dem ehemaligen ung. Ministerpräsidenten Daranyi warf er am 14.10. die zögernde Haltung Ungarns vor, s. Irving, Hitlers Weg, S. 290.

320 ADAP, D, Bd. IV, Nr. 369, 370.

chen. Letztere bezeichnete er als Atavismus des Versailler Vertrages. Die französische Garantie für Prag bewertete Ribbentrop «als eine Art Einnischung in unsere Interessensphäre». Der Gedanke einer solchen Garantie sei dem soeben beschrittenen Verständigungsweg nicht förderlich. Wenig später erklärte Staatssekretär v. Weizsäcker dem neuen französischen Botschafter, Coulondre, das Schicksal der Tschechoslowakei liege in deutscher Hand, deshalb habe für Prag «nichts anderes Bedeutung als eine deutsche Garantie»³²¹. Die deutsch-französische «Annäherung» stand damit praktisch von vornherein unter dem Vorbehalt der Respektierung der deutschen Interessensphäre im Osten, die als eine ausschliessliche konzipiert war, als Verfügungsrecht zur Grenzverschiebung, ja zur Eliminierung von Staatsgebilden. Die von Weizsäcker bisher vertretene «chemische» Lösung näherte sich mit dieser Interpretation bedenklich den Aktionsvorstellungen Hitlers oder doch der Aufforderung, wegen künftiger deutscher Aktionen keinen Lärm zu machen.

Im Gesamtzusammenhang der deutschen aussenpolitischen Ziele kann der deutsch-französischen «Annäherung» zwar eine strategische, aber doch nur eine befristete Bedeutung zugeschrieben werden³²². Strategisch gemeint war sie als Mosaikstein im System der gegenseitigen Rückendeckungen. Die rein militärische Abschreckungswirkung des Westwalls konnte politisch überbaut werden. Zugleich liess sich eine günstige Wirkung auf die französische öffentliche Meinung kalkulieren sowie die psychologische Vorbereitung auf neue Bewegung im Südosten. Befristet war das Arrangement deshalb, weil auf die Wendung nach Westen vor dem Krieg gegen die Sowjetunion damit nicht verzichtet wurde. Aus französischer Sicht kam der Annäherung nicht zuletzt die Bedeutung eines möglichen Zeitgewinns zu, der zur Aufrüstung genutzt werden sollte. Denn äusserst pessimistisch war die gegenwärtige Lagebeurteilung durch die französischen Militärs³²³. War, diese Strategie überlagernd, mit den Gesprächen auch der Versuch verbunden, freie Hand im Osten zu erhalten, und zwar über eine Regelung der tschechoslowakischen Frage hinaus³²⁴? War das die Blickrichtung auf die «grosse Lösung» im Osten? Dies muss bezweifelt werden. Zwar klang das Antibolschewismus-Thema an, aber doch nur im Zusammenhang mit Spanien. Angestrebt war lediglich eine Lockerung des Militärbündnisses Paris-Moskau, eine Untergrabung der ohnehin strapazierten Beziehungen der beiden stärksten Nachbarmächte Deutschlands. Aber auf den Versuch, eine freie Hand gegen die Sowjetunion zu gewinnen, kann in Ribbentrops Gedankengang kein Hinweis gefunden werden. Ein solcher Ansatz hätte seiner in der Kri-

321 Aufzeichnung Weizsäckers vom 21.12.1938, ADAP, D, Bd. IV, Nr. 373.

322 Das wird ganz klar aus den «Gedanken für Wehrmachtbesprechungen mit Italien» vom 26.11.1938, ADAP, D, Bd. IV, Nr. 411; hierin wird ein Krieg der Achse gegen Frankreich-England ins Auge gefasst mit dem Ziel, zunächst Frankreich zu zerschlagen. England werde dadurch die Basis auf dem Festland verlieren – eine Strategie also, die Hitler bereits im Mai entwickelt hatte; s. auch Bloch, France, S. 29. Zur deutsch-französischen Erklärung zuletzt Knipping, Deutsch-französische Erklärung.

323 Vgl. die Lagebeurteilung Gamelins vom 3.12.1938, DDF, 2, Bd. XIII, Nr. 23.

324 Hillgruber, Weltpolitische Lage, S. 285 f.; s. ferner Bussmann, Verständigungsversuch.

se vom Mai und September verfolgten, auf den Test der Entschlossenheit der Westmächte angelegten Politik geradewegs widersprochen.

Die Trennung der Nachbargrossmächte war dagegen ein Konzept, das sich mit den Vorstellungen des französischen Aussenministers Bonnet durchaus hätte treffen können. In seiner Perspektive gehörten die definitive Sprengung der Volksfront und eine deutliche Abwendung von der Sowjetunion zusammen. Nach München schienen die Voraussetzungen dafür günstig. Das französische Bündnissystem war zerschlagen. Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei, für deren Einlösung ein gutes Verhältnis zu Moskau opportun war, existierten nicht mehr. In der Sicht der französischen Rechten und der Radikalsozialisten schien es verfehlt, neue Bindungen in Ostmitteleuropa einzugehen. Frankreich sollte sich einen «imperialen Rückzug» gestatten, das heisst seine Aufmerksamkeit dem Mittelmeer und den Kolonien widmen. Dazu mussten Mussolinis Forderungen – Korsika, Tunis – abgeblockt werden. Vielleicht liess sich mit Hitler ins Gespräch kommen auf der Basis einer freien Hand in Ostmitteleuropa und im Südosten. Der französische Botschafter in Warschau empfahl bereits im Oktober 1938 eine Lockerung des Bündnisses mit Polen. Bonnet sah das Problem kaum in anderem Licht. Die deutsche Seite hat diesen Ansatz der französischen Politik mit einkalkuliert und darum die italienischen Forderungen, zu denen auch Dschibuti zählte, als nützlich im Sinne der schon bewährten Diversionsstrategie empfunden. Und noch am 15. März 1939 suchte Staatssekretär v. Weizsäcker den französischen Botschafter an diese Grundlagen einer möglichen Interessenrespektierung zu erinnern, also die Fäden vom Dezember 1938 wieder aufzunehmen.

Aber die Voraussetzungen dafür stimmten nicht mehr. Damals suchte Frankreich zu einem Arrangement zu kommen, bei dem Deutschland der ostmitteleuropäische und südosteuropäische Gürtel als Interessengebiet zuerkannt werden sollte. Gemeint war das aussenpolitisch, während man wirtschaftspolitisch wie in London daran dachte, gemeinsam mit Deutschland Interessen in Osteuropa wahrzunehmen. Die deutsch-französischen Gespräche vom 6. und 7. Dezember in Paris bildeten den Höhepunkt dieser strategischen Bemühungen³²⁵. Nach München sah auch der französische Generalstab kaum noch Möglichkeiten, eine deutsche Ostexpansion zu bremsen, weil man auf Polen und die Sowjetunion nicht mehr rechnen könne. Man solle, riet er jetzt, eine Annäherung an Italien versuchen. Die Maginot-Linie und Grossbritannien erschienen als die verlässlichen Garanten Frankreichs. So sah Gamelin die Situation³²⁶. Der grosse Irrtum Bonnets lag in der Annahme, man könne mit Hitler gemeinsame Politik auf der Basis einer Machtteilung machen. Hitler zielte nach München sogleich auf ein kompromissloses Vorgehen gegen Prag. Insofern stellten die deutsch-französischen Gespräche für ihn

325 Dazu Girault, *Französische Aussenpolitik. Zur Haltung der französischen Botschaften bei den Grossmächten* s. ebd.

326 Vgl. D'Hoop, *Politique militaire de la France*, S. 83.

letztlich einen Mosaikstein in seiner Kriegsvorbereitungspolitik dar, obgleich sie zu nächst zu besseren Wirtschaftsbeziehungen führen zu können schienen. Eine Verbesserung der seit dem Wirtschaftsabkommen vom 10. Juli 1937 sich deutlich verschlechternden Handelsbeziehungen, die im Jahre 1938 auf einem Tiefstand angekommen waren, wurde immerhin anvisiert. Es zeigte sich aber bald, dass Wirtschaftspolitik für Hitler eine sekundäre Grössenordnung blieb, sosehr die französische Regierung und deutsche Industrielle und Fachleute darin einen Weg zur Verbesserung der gesamtpolitischen Beziehungen zu sehen geneigt waren³²⁷. Der ernsthafte Versuch Frankreichs, der Erklärung vom 6. Dezember 1938 auf wirtschaftspolitischem Gebiet Taten folgen zu lassen, sichtbar vor allem an den Bemühungen der interministeriellen Kommission unter Leitung Daladiers, scheiterte an Hitlers Zielsetzungen.

Hitler verlangte die ausschliessliche Herrschaft in Osteuropa. In diesem Sinne hat auch Weizsäcker am 15. März Botschafter Coulongre empfohlen, Frankreich möge seinen Blick nach Westen richten und «nicht von Dingen reden, wo seine Beteiligung erfahrungsgemäss den Frieden nicht fördere»³²⁸.

Konsequent auf dieser Linie lagen die Weisungen Hitlers vom 21. Oktober³²⁹ und vom 17. Dezember 1938³³⁰ zur «Erledigung der Rest-Tschechei». Drei Wochen nach München befahl Hitler, die Wehrmacht müsse jederzeit auf folgende Fälle vorbereitet sein: «Erledigung» der Rest-Tschechei und Inbesitznahme des Memellandes. Zur Vorbereitung auf den Marsch nach Prag hiess es, der Griff müsse ohne planmässige Mobilmachung möglich gemacht und so vorbereitet werden, dass der Tschechoslowakei jede Möglichkeit planmässiger Gegenwehr genommen werde. Das Ganze sei «auf Überfall abzustellen». Ein gleichzeitiger Aufmarsch der übrigen Angriffskräfte gegen Westen sei vorzusehen. Am 17. Dezember ergänzte Hitler diese Weisung durch die Erläuterung, nach aussen müsse «klar in Erscheinung treten, dass es sich nur um eine Befriedungsaktion» handle. Der Zusammenhang dieser Inszenierung mit der Garantieabschwächungspolitik liegt auf der Hand³³¹. In einem weiteren Sinne ist die Weisung paradigmatisch für Hitlers Vorstellung von «Aggressionstechnik»³³²: «Wenn ich Krieg führe,... dann werde ich eines Tages mitten im Frieden etwa Truppen in Paris auftreten lassen... Die Verwirrung wird beipiellos³³³.»

Hitler hat dann noch im Dezember angeordnet, dass das Heer jede Aufmarschplanung

327 S. dazu Poidevin, Ansätze.

328 ADAP, D, Bd. IV, S. 238. Dazu auch Hillgruber, Frankreich als Faktor.

329 ADAP, D, Bd. IV, Nr. 81.

330 Ebd., Nr. 152; vgl. Beitrag Deist, S. 629.

331 Ritters Meinung (Goerdeler, S. 483), dass im Dezember 1938 noch nichts auf eine Tschechoslowakei-Aktion hingedeutet habe, trifft subjektiv, also vom Standpunkt mancher Vertreter der Opposition, zu. Aber es war ja gerade das Überraschungsmoment, die Ausnutzung einer günstigen Lage, die entscheiden sollte. Deshalb war auch kein Termin genannt. Vgl. zum Komplex auch Müller, Heer, S. 387.

332 Formulierung von Booms, Ursprung, S. 332; s. a. Thies, Architekt, S. 40f.

333 Rauschning, Gespräche, S. 13 f.

unterlassen und sich ganz dem planmässigen Aufbau widmen solle³³⁴. Das «Blitzkriegs»-Konzept erzwang wechselnde Prioritäten in Planung und Tarnung. Selbst im Führungskreis herrschte phasenweise Verwirrung. Sogar der Chef OKW blieb auf Vermutungen angewiesen. Die Opposition, durch die Nachwirkungen der Lösung der Septemberkrise gelähmt, war zu keiner Aktion fähig. In auffallendem Gegensatz zu dieser Vernebelungspolitik standen Hitlers «Offiziersreden»³³⁵. Die in dieser Zeit der Ungewissheit wohl aufschlussreichste Ansprache hielt er am 10. Februar 1939 vor Truppenkommandeuren. Er warb um Vertrauen für seine Entschlüsse, die stets durchdacht und daher unabänderlich seien. Seine Entschlüsse von 1938, die so überaus erfolgreichen Schritte dieses Jahres, hätten viele, auch «Kreise der Wehrmacht», nicht verstanden. Aber das Jahr 1938 sei nur ein Schritt auf einem langen Weg, «der uns .. vorgezeichnet ist»³³⁶. Damit war zweifellos ein Blick in die weitere Zukunft getan – in die nächsten hundert Jahre vielleicht, zugleich aber auf die nächste Zukunft. Er wollte um Vertrauen werben gegen künftige Appelle konservativer Zweifler: eine Art aussenpolitische Aufklärung über allgemeine Grundsätze; das Ganze wurde auf Offiziere der verschiedensten Dienststellungen zugeschnitten.

Dann ergab sich plötzlich die herbeigewünschte Situation. Meinungsverschiedenheiten zwischen der Prager und der slowakischen Regierung, von Hitler genutzt und angeheizt, boten den Vorwand zum Einmarsch in die Rest-Tschechoslowakei³³⁷. Dem von Hacha entlassenen slowakischen Ministerpräsidenten drohte Hitler am 13. März 1939 in der Reichskanzlei: wenn sich die Slowakei nicht von Prag löse, überlasse er ihr Schicksal den Ereignissen³³⁸. Tiso versicherte: der Führer könne sich auf die Slowakei verlassen. Am 14. erklärte das Parlament die Unabhängigkeit der Slowakei.

Es folgte die Überrumpelung des tschechischen Staatspräsidenten Hacha am 15. März in Berlin mit der Mitteilung, der Befehl zum Einmarsch deutscher Truppen und zur Eingliederung der Tschechoslowakei ins Deutsche Reich sei bereits gegeben worden. Leiste die tschechische Armee keinen Widerstand, dann würde es leicht sein, bei der «Umgestaltung des tschechischen Lebens der Tschechoslowakei ein grosszügiges Eigenleben zu geben»³³⁹. In der «Erklärung» der beiden Regierungen vom 15. März legte der tschechische Staatspräsident «das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des Deutschen Reiches». Ein blitzschneller Akt politisch-militärischer Erpressung war damit vollzogen. Als Hacha nach Prag zurück-

334 IMT, Bd. 34, S. 477ff., Dok. C-136; s. a. Görlitz, Keitel, S. 196.

335 Auf die zusammenhängend Thies, *Architekt*, S. 105 ff., aufmerksam gemacht hat. Die politisch-psychologische Wirkung des Münchener Abkommens auf die Opposition gut fassbar in einem Schreiben Goerdelers vom 11.10.1938, vgl. Ritter, Goerdeler, S. 198 ff.

336 Thies, S. 114; s. a. Groscurth, *Tagebücher*, S. 166f.; Domarus II, S. 1075.

337 Zu den militärischen Vorbereitungen vgl. Umbreit, *Militärverwaltungen*, S. 50ff.; zur deutschen Subversion in der Slowakei s. Hoensch, *Slowakei*.

338 ADAP, D, Bd. IV, Nr. 202. Zum Besuch Tisos s. a. Irving, *Hitlers Weg*, S. 344f.

339 Ebd., Nr. 228, Aufzeichnung der Besprechung Hitler-Hacha vom 15. 3.1939.

kehrte, wurde er bereits von einer deutschen Ehrenkompanie begrüsst. Hitler sass schon auf dem Hradschin. Neurath wurde «Reichsprotektor» des von Hitler gegen den Rat Ribbentrops eingerichteten Protektorats Böhmen und Mähren. Der Erfolg provozierte Illusionen. Hitler liess sich dadurch in seinen Vorurteilen gegen die westlichen Demokratien bestärken. Aber gerade die in London und Paris bitter empfundenen Rücksichten auf die eigene «Unfertigkeit» führten dort zur Freisetzung von Energie und Entschlossenheit. Schon seit München blickte London nüchterner in die Zukunft. Die Unentbehrlichkeit Frankreichs für Englands Militärpolitik und -strategie in Europa und im mediterranen Raum wurde nach jahrzehntelanger Verdeckung wieder manifest und akzeptiert. Während der nun beginnenden Phase der Ansteuerung neuer Positionen erwies sich Hitlers taktischer Spielraum als sehr viel enger, als die visionären Pläne und Zielsetzungen in Berlin voraussetzten. Der Feldzug gegen Treu und Glauben war verloren.

VI. Die Ausgangssituation 1939

1. Die Formation der Kontrahenten

Schon bald nach der Konferenz von München zeichnete sich das Debakel der Aussenpolitik Hitlers ab. Es war ihm nicht gelungen, Grossbritannien jene Rolle «zuzuweisen», die sein Konzept eigentlich voraussetzte. Noch während Chamberlain in Godesberg verhandelte, kam das Committee of Imperial Defence zu dem Ergebnis, Grossbritannien solle jetzt nicht die Herausforderung annehmen. Schon innerhalb eines Jahres, so glaubte General Ismay, Nachfolger Hankeys als Sekretär des Komitees, könne Grossbritannien durch Verstärkung seiner Luftverteidigung die deutschen Aussichten, einen schnellen Erfolg zu erreichen, durchkreuzen¹. Allmählich setzte' sich auch der Generalstab mit seiner Auffassung durch, die Landstreitkräfte müssten entscheidend verstärkt werden, weil der Einsatz auf dem Kontinent unumgänglich sei. Die Chiefs of Staff fürchteten nunmehr, Frankreich könne, auf dem Kontinent allein gelassen, den «ungleichen Kampf» aufgeben; und dann sei es schwer, die Sicherheit Grossbritanniens aufrechtzuerhalten². Die Verteidigung Frankreichs und der Niederlande wurde wieder als

1 Howard, Commitment, S. 125. Ähnlich beurteilte der Generalstab der deutschen Luftwaffe die Aussichten für die Zeit nach Sommer 1939. Vgl. dazu den Vortrag des Chefs der 5. Abteilung, Oberstleutnant Schmid, vom 23. 4.1938, BA-MA RL 2/534, und Beitrag Maier, Bd. 2. Hitler ist der Text offenbar bekannt geworden. Die Aufrüstung kam jetzt nicht nur mit dem Ziel der Verstärkung der Friedensstreitmacht, sondern als direkte Kriegsvorbereitung in Gang, mit deutlicher Luftwaffenpriorität. Schon zwischen 1934 und 1938 waren die Air-Force-Ausgaben von 18 auf 133 Mill. Pfund gestiegen, Army im Vergleich nur von 40 auf 121, vgl. Peden, Burden of Imperial Defence, S. 414. Peden weist mit Recht darauf hin, dass in der Panzer-Produktion die politisch-strategischen Vorstellungen den Übergang zu mittleren und schweren Panzern verzögert haben und dass auch Deutschland erst 1937 mit den Panzern III und IV startete. «The R.A.F.» so Kennedy, Rise and Fall of British Naval Mastery, S. 286, «rose from being the third service to being the first in the 1930s». Ausgaben:

Army		Navy	R.A.F.
1938	122.3	127.2	133.8
1939	88.2	97.9	105.7 (Mill. £)

(vor Kriegsbeginn)

Dennoch blieb der Vergleich mit Deutschland negativ: Gegenüber den geschätzten 5'600 «first line» deutschen Flugzeugen verfügte Grossbritannien über ca. 2'000 und Frankreich über ca. 2'200 (brit. Schätzung). Tatsächlich besass die Luftwaffe nur 3'300 Maschinen, vgl. Murray, Change, S. 247; War Office Review: PRO Cab 3/8, S. 2,301-A, 14.11. 38; CID, App. III. Zur britischen Lufrüstungspolitik ferner Hyde, British Air Policy.

2 Ebd., S. 129: «It is difficult to say how the security of the United Kingdom could be maintained if France were forced to capitulate.»

ein Stück der Verteidigung Grossbritanniens angesehen³. Das Kabinett kam langsam auf diese Linie. Noch im Oktober-November 1938 galt die Luftverteidigung Grossbritanniens als Hauptaufgabe auch der Armee. Chamberlain und Halifax reagierten bei ihrem Besuch in Paris im November 1938 noch sehr zurückhaltend auf französisches Drängen nach stärkerer militärischer Zusammenarbeit. Aber Mitte Dezember 1938 setzte Halifax auf einer Sitzung des Committee of Imperial Defence das englisch-französische Verhältnis in ein neues Licht: Frankreich könne eines Tages seinen Enthusiasmus über die Beziehungen beider Länder aufgeben, wenn es den Eindruck gewinne, dass es die Last des Landkrieges hauptsächlich tragen müsse⁴.

Die Pariser Gespräche, kurz vor Abschluss der deutsch-französischen Vereinbarung vom Dezember geführt, sind offenbar nicht ohne Wirkung auf den britischen Aussenminister geblieben. Er deutete an, wenn Grossbritannien sich einem Engagement auf dem Kontinent beharrlich entziehe, könne Frankreich vielleicht deutschen Angeboten zu einem weitergehenden Agreement erliegen und möglicherweise beiseite stehen, wenn Hitler Grossbritannien angreife. Diese Gefahr bestand faktisch aber nach München nicht, wie ein aussenpolitisches Grundsatzpapier vom 16. November 1938 «Politique extérieure de la France» zeigt, das den Gesprächen der französischen Führung mit den Engländern als Orientierung diene⁵. Immerhin lässt dieses Papier eine neue selbständige Linie der französischen Aussenpolitik erkennen. Die strategische Lage Frankreichs nach der Zersplitterung der Kleinen Entente wurde in Paris und London als prekär angesehen. Der deutsche Nachbar schien nun übermächtig geworden zu sein. Berichte der britischen Botschaft und des Militärattachés in Paris wiesen wiederholt auf diese Situation hin. Intelligence-Berichte sorgten in dieser Zeit überdies für ein düsteres Bild der Absichten Hitlers. Eine gewisse Nervosität setzte ein. Halifax glaubte vorübergehend sogar an die Möglichkeit eines deutschen Angriffs gegen England. Jedenfalls wurde als ziemlich sicher angenommen, dass Hitler sich zuerst gegen den Westen wenden werde⁶. Die britische Führung fragte sich, wie lange Frankreich einem deutschen Angriff standhalten könne. Im Januar 1939 wurde diese Frage den Chiefs of Staff vorgelegt. Ihre Analyse kam zu dem Ergebnis, dass die Maginot-Linie standhalten würde. Bei einem Angriff durch Belgien, dem die Fähigkeit zu 14tägigem Widerstand zugetraut wurde, schätzten die britischen militärischen Autoritäten Frankreichs Abwehrkraft geringer ein⁷. In einer anderen Stellungnahme empfahlen sie aus strategischen Gründen ein Eingreifen Grossbritanniens, falls Deutschland die Niederlande angreife. Das Kabi-

3 Ausführlich Gibbs, *Strategy*, Bd. 1, S. 498ff. Die Chiefs of Staff wiesen auf den Zusammenhang zwischen dem «corner-stone on our Imperial Defence policy», nämlich der Aufrechterhaltung der Sicherheit Grossbritanniens, und der Verteidigung Frankreichs hin.

4 Zit. nach Gibbs, ebd., S. 494: «if they were left with the impression that it was they who must bear the brunt of the fighting, and slaughter on land.»

5 S. DDF, 2. Bd. XII, Nr. 314.

6 Vgl. Niedhart, *Grossbritannien*, S. 391.

7 Gibbs, *Strategy*, Bd. 1, S. 498.

nett schloss sich dieser Auffassung an. Jetzt drängte London die Franzosen. Man wollte wissen, wie Frankreich zu dieser Frage stehe. Das Kabinett ermächtigte den Aussenminister zu der Erklärung, Grossbritannien werde Frankreich zur Seite stehen, falls Deutschland in die Schweiz ein falle und sich Frankreich genötigt sehe, zu den Waffen zu greifen. Nun wurden auch allgemeine Generalstabsbesprechungen mit Frankreich zur Abstimmung eines gemeinsam zu führenden Krieges gegen Deutschland und Italien genehmigt⁸.

Im Februar 1939 stimmte Chamberlain einer wesentlichen Verstärkung der britischen Feldarmee zu, und im März fiel die Entscheidung, die Territorial-Armee von 13 auf 26 Divisionen zu bringen. Zur gleichen Zeit lenkte der neue Minister for Coordination of Defence die Aufmerksamkeit auf die Vorzüge der Allgemeinen Wehrpflicht, die dann im Laufe des Sommers eingeführt wurde. Zur Verstärkung der Air Force waren bereits seit Frühjahr 1938 Kontakte mit den USA und Kanada aufgenommen worden. Grossbritannien begann, seine Abwehrkraft mit grossem Tempo zu organisieren, und schickte sich an, Westeuropa zu stabilisieren. Damit ging es genau in die Richtung, die Frankreich für richtig hielt.

Hitlers Konzept, Westeuropa unter Kontrolle zu bringen, Frankreich auszuschalten, England bei dieser Operation aber nur militärisch vom Kontinent zu verdrängen, war damit wenigstens im Ansatz ein Defensivmodell entgegengestellt worden, obwohl die britische Strategie nicht gerade diese für England eine Sonderbehandlung vorsehende Variante einer deutschen Wendung nach Westen ins Auge fasste. Mit einer Abdrängung vom Kontinent konnte Hitler einem entschlossenen Grossbritannien gegenüber zwar ein befristetes militärisches Patt erreichen, aber keine politische Atempause gewinnen. Nach Westen hin zeichnete sich damit die Ausgangssituation des September 1939 und der Zeit nach dem Ende des Frankreich-Feldzuges ab, zumal auch in Paris die relativ selbständige Politik Bonnets nach dem Münchener Abkommen im Frühjahr 1939 mit dem Prager Coup gescheitert war und dort nunmehr der immer schon skeptische Daladier den Kurs der Aussenpolitik bestimmte.

Der Versuch, das Verhältnis Berlin-Rom enger zu gestalten, lässt sich, von Hitler her gesehen, als Reflex des engeren Zusammenrückens von England und Frankreich interpretieren. Die britische Ankündigung erhöhter Rüstungsanstrengungen kurz nach der Münchener Konferenz löste entsprechende Reaktionen auf deutscher Seite aus. Heer, Marine und Luftwaffe sollten erheblich verstärkt werden. Die Marine entwickelte ihre Schiffsbaupläne, bis schliesslich Ende Januar 1939 Hitler einen von ihm noch erweiterten Plan «Z» genehmigte⁹. Die Abkühlung des Verhältnisses zu London zeigte sich gegen Ende 1938 auch in dem Drängen, die Parität mit England in der U-Boot-Stärke zu erreichen¹⁰. Auch die Mitte Oktober befohlene wesentliche Verstärkung der Luftwaffe sollte gegen Grossbritannien gerichtet sein, und zwar vornehmlich gegen die Flotte und

8 Dazu Aster, 1939, S. 47.

9 Salewski, Seekriegsleitung, Bd. 1, S. 53ff.; vgl. Beitrag Deist, S. 564.

10 Salewski, Seekriegsleitung, Bd. 1, S. 65; DBFP, 3, Bd. III, App. VII, S. 662 ff.

die Zufuhr. In London ist allerdings erkannt worden, dass Deutschland praktisch nicht über eine strategische Luftwaffe verfügte¹¹.

Während in London die politisch-strategischen Überlegungen von der Möglichkeit eines Krieges der Westmächte gegen die Kombination Deutschland-Italien und vielleicht Japan ausgingen, suchten Hitler und Ribbentrop zu einem «Defensiv»-Bündnis Berlin-Rom-Tokio zu gelangen. Der Antikominternpakt bot bekanntlich keine Sicherheiten gegen eine gegnerische Koalition. Deshalb sollte der angestrebte Militärpakt nach Ribbentrop ein Ausgleich für die Stärke Frankreichs, Englands und der Sowjetunion sowie für die zwischen diesen Mächten bestehenden Bindungen¹² sein. Das «Defensivbündnis» sei auf der «Ansicht des Führers begründet, dass in vier bis fünf Jahren ein bewaffneter Konflikt mit den westlichen Demokratien als im Bereich der Möglichkeiten liegend angesehen werden müsse». Auf diesen Grundüberlegungen bauten die «Gedanken für Wehrmachtsbesprechungen mit Italien» auf, die der Chef OKW Ende November 1938 dem Reichsaussenminister zuleitete¹³. Der «militärisch-politische Grundgedanke» eines Krieges gegen Frankreich und England sollte die Zerschlagung Frankreichs sein. Dadurch werde auch England getroffen, weil es die Basis zur Fortsetzung des Krieges auf dem Festland verliere. Belgien, Holland und die Schweiz sollten neutral gehalten werden. Mit der wohlwollenden Neutralität Spaniens und Ungarns wurde gerechnet, während die Sowjetunion als «feindlich eingestellt» angesehen wurde. Als «zweifelhaft» galten Polen und der Balkan. Aussereuropäische Mächte zu berücksichtigen, erschien vorläufig überflüssig. Hitler und das OKW leiteten aus dieser Lage folgende «Aufgabenverteilungen im Grossen» ab: Deutschland sollte alle Kräfte an der Westfront zusammenfassen. Der Landkrieg zielte gegen die Maginot-Linie. Nach ihrer Bezwingung existierten in diesen Überlegungen offensichtlich keine militärischen Probleme mehr für eine Niederwerfung Frankreichs. Der Seekrieg sollte sich gegen die englisch-französischen Seeverbindungen in der Nordsee und im Atlantik richten, während der Luftkrieg offensiv gegen England geführt werden sollte: Abriegelung der englischen Seeverbindungen in Zusammenarbeit mit der Kriegsmarine. Italien fiel die Rolle zu, eine Diversionwirkung auf die englisch-französische Kriegführung zu erreichen und eine Bedrohung der deutschen Süd- und Ostflanke (Polen) zu verhindern.

Diese Planungen konnten nicht durchgesetzt werden. Italien entzog sich der Abstimmung, die auf eine einheitliche Kriegsvorbereitung für deutsche Interessen hinausgelaufen wäre. Auch der «Stahlpakt» vom 22. Mai 1939 leistete für Hitler nicht das, was diese «Gedanken für Wehrmachtsbesprechungen» eigentlich anvisierten. Mussolini wollte

11 Völker, Luftwaffe, S. 75; IMT, Bd. 27, Dok. 1301-PS; zur Umstellung der Luftwaffe auf England als Gegner auch Gemzell, Raeder, S. 182. Zur englischen Einschätzung des deutschen Luftwaffenpotentials ist hinzuweisen auf das Interview des Luftwaffenministers Sir Kingsley Wood vom 9.2.1939, vgl. Hyde, British Air Policy, S. 476.

12 Unterredung Ribbentrop-Ciano vom 28.10.1938 in Rom, ADAP, D, Bd. IV, Nr. 400.

13 Ebd., Nr. 411 (Anlage). Zu Hitlers Vorstellung über einen Krieg mit dem Westen in vier bis fünf Jahren s. a. Irving, Hitlers Weg, S. 315.

sich vor 1942 auf keinerlei Verpflichtungen zu gemeinsamer Aktivität einlassen. Und im Sommer 1939 sind schliesslich auch die Bemühungen, Japan zu einem Militärbündnis gegen Grossbritannien zu gewinnen, gescheitert.

Die Frage ist oft gestellt worden, was Hitler nach der Münchener Konferenz mit seiner zweifellos antibritischen Politik einleiten und realisieren wollte¹⁴. Die «Gedanken» für die deutsch-italienischen Wehrmachtbesprechungen lassen aus der Aufgabenteilung erkennen, dass der anzusteuern Krieg gegen England noch um europäische Positionen und Dimensionen geführt werden sollte. In Hitlers Sicht existierten noch weitere unberührte Probleme. Da war vor allem Polen. Nach dem Scheitern der Einbindung Englands in sein Konzept und nach München und Prag konnten bei künftigen Auseinandersetzungen die Interessen Londons und Warschau berührt werden, so dass möglicherweise ein Zusammengehen der beiden Mächte einkalkuliert werden musste. Von hierher rührt die Unentschlossenheit, wo der Hebel zuerst angesetzt werden sollte, die Weizsäcker Mitte Dezember 1938 erkannt hat: Hitler und Ribbentrop bewegten sich auf den Krieg zu, «man schwankte nur, ob gleich gegen England, indem man sich dafür noch Polens Neutralität erhalte, oder zuerst im Osten zur Liquidation der deutsch-polnischen und der ukrainischen Frage¹⁵.»

2. Zwischenspiel mit Polen. Oktober 1938-März 1939

Wie ein Nebenthema erschien diese polnische Frage jetzt neben den Versuchen, zu einem Militärpakt mit den Antikomintern-Partnern zu kommen. Eigentümlicherweise war Hitler trotz der seiner Europapolitik letztlich zugrundeliegenden Idee der Lebensraumgewinnung im Osten nicht so auf Polen fixiert wie die «Revisionisten» im Auswärtigen Amt und in der Wehrmacht, die allerdings 1938 nicht geneigt waren, das polnische Problem anzugehen, weil damit der Konflikt mit den Westmächten heraufbeschworen werden konnte. Das «Nicht jetzt» gehörte zu den grundsätzlichen Vorstellungen der konservativen Opposition seit 1937.

Hitler hat aus ganz anderen Gründen den Versuch gemacht, noch vor der Ausschaltung der «Rest-Tschechei» zu einem Arrangement mit Polen zu deutschen Bedingungen zu kommen. Der Ausgang dieses Tests gehört ganz wesentlich in die Ausgangslage des Frühjahrs 1939, von der aus die Bewegung in die Konstellation des September 1939 unmittelbar hineinführte.

Welche Rolle konnte Polen gegen Ende 1938 in Hitlers Konzept spielen? Er selbst hat eine Woche vor Kriegsbeginn den Oberbefehlshabern auf dem Obersalzberg den Ent-

14 Neuerdings Henke, England, S. 204ff., hier auch zahlreiche Hinweise auf Hitlers antibritische Stimmung; dazu ausführlich Aigner, Ringen, S. 339, wo auf die «antibritische Welle» in Deutschland hingewiesen wird.

15 Hassell, Tagebücher, S. 37.

schluss zum Krieg zu begründen versucht. Dass er dabei deren «Vertrauen stärken» wollte, zeigt die psychologische Inszenierung des Auftritts. Das Ganze musste als folgerichtige Massnahme interpretiert werden. Daher ist diese Quelle für seine Lagebeurteilung Ende 1938 nicht völlig zweifelsfrei. Aber die Hinweise auf den Versuch, sich mit Polen zu arrangieren, passen so genau mit dem Ansatz vom Oktober 1938 bis März 1939 zusammen, dass es wegen dieser inneren Stimmigkeit erlaubt ist, die einschlägigen Passagen vom 22. August zur Interpretation heranzuziehen. Hitler führte hier aus, der ihm «sympathische Plan» und seine Absicht sei gewesen, «mit Polen ein tragbares Verhältnis» herzustellen, «um zunächst gegen den Westen zu kämpfen»¹⁶. Dieses «Zunächst» war für Hitlers Konzeption von entscheidender Bedeutung. Offenbar hat er an einen Zeitraum von «einigen Jahren» gedacht. Diese Vorstellung entsprach der Lagebeurteilung, die den deutsch-italienischen Wehrmachtbesprechungen im Rahmen der Bündnisverhandlungen zugrunde gelegt worden war: vier bis fünf Jahre. Im Grossen stimmen diese Vorstellungen auch mit dem «Normalfall» zusammen, der im November 1937 ins Auge gefasst worden war. Wenn sich die Grossmächte so «normal» verhielten, wie vorausgesetzt, wäre der Angriff nach Westen Anfang der vierziger Jahre einzuleiten gewesen. Eine Tempobeschleunigung infolge des «Anschlusses» und der Sudetenbesetzung war also noch nicht ins Auge gefasst; der Zeitdruck, der von den Rüstungen der Westmächte ausging, offenbar noch nicht koordiniert mit den Voraussetzungen, die für einen erfolgreichen kurzen Krieg nach Westen gegeben sein mussten. An eine vorherige Wendung gegen die Sowjetunion mit polnischer Hilfe¹⁷ dachte Hitler nicht. Eine auffallende Zäsur in diesen Aufrissen der künftigen Etappen der Hegemonieansteuerung bildete die Ansprache Hitlers vor hohen Offizieren, Wirtschaftsvertretern und Parteifunktionären am 8. März 1939, kurz vor dem Marsch nach Prag gehalten¹⁸. Um diese Zeit reifte die Entscheidung, Polen militärisch auszuschalten. Hitler begründete dieses Vorhaben mit wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Nach dem Fall Polens konnten mit angemessenem Druck Ungarn und Rumänien, die in seiner Sicht zum deutschen Lebensraum gehörten, zweifellos wirtschaftlich beherrscht werden. Deutschland verfüge dann über deren grosse landwirtschaftliche Ressourcen und über die Erdölvorkommen. Damit komme, so Hitler, auch Jugoslawien in die wirtschaftliche Anziehungskraft Deutschlands. Etwa bis 1940 würden diese Probleme gelöst sein. Polens Haltung während der monatelangen Verhandlungen seit Oktober 1938 hat offen-

16 Aufzeichnung (ohne Unterschrift) der Ansprache des «Führers» vor den Oberbefehlshabern am 22. 8. 1939, ADAP, D, Bd. VII, Nr. 192. So im Ergebnis auch Weinberg, *Foreign Policy*, Bd. 2, kritisch Adamthwaite, *War Origins*, S. 113.

17 So u.a. Roos, *Polen*; ferner Booms, *Ursprung*, S. 329-353; ferner die Äusserung des französischen Botschafters in Berlin, Coulondre, dass Polen als Avantgarde der Achse für eine antiso-wjetische Offensive vorgesehen sei: Gelbbuch der Französischen Regierung, Nr. 124.

18 Die Ansprache ist überliefert durch Staatssekretär Keppler und Generaldirektor Vogl, die sie am 12.3. in Wien schriftlich niederlegten. Sie gelangte im September in den Besitz des amerikanischen Botschafters in Paris, Bullitt, FRUS, 1939, Bd. I, S. 672ff. Aufgrund der Überlieferung muss ihr Quellenwert mit Vorsicht beurteilt werden.

bar den Zeitfaktor in Hitlers Überlegungen nachhaltig berührt, nicht dagegen die Richtung seines Strategiemodells. Es sollte nach der Einbeziehung Polens in seinen Machtbereich bei der Wendung nach Westen gegen Frankreich als der ersten grossen Etappenlösung bleiben, in deren Gefolge er eine Art automatischer Herrschaft Deutschlands über Grossbritannien – dieses alte und «demokratiegeschwächte» Land – anzunehmen schien. Damit sei dann die Disposition über Englands Reichtümer in der Welt verbunden.

Dieser Ansatz scheint primär für die Vertreter der Wirtschaft gedacht gewesen zu sein. Frappierend bleibt die Nähe zum tatsächlichen zeitlichen Ablauf der Ereignisse seit September 1939. Freilich, die Disposition über Grossbritanniens, ja selbst über Frankreichs überseeische Besitzungen war und blieb unerreichbar. Grossbritannien selbst stand jenseits eines letalen Zugriffs, weil die deutschen Vorbereitungen letztlich nicht entscheidend über die Rüstung einer Kontinentalmacht hinausgelangen. Ressourcen und Zeitplan standen in krassem Gegensatz zu den Realisierungschancen einer solchen Politik. Die Ansprache vom 8. März ist aber noch in anderer Hinsicht bemerkenswert. Hitler liess durchblicken, dass er sich nach Erreichung der Verfügungsgewalt über die englischen und französischen Besitzungen in Übersee der Abrechnung mit den «Dollarjuden» widmen wolle. Die «jüdische Demokratie» der USA wolle er auslöschen. Diese Passagen erinnern in ihrem rassistischen Kern an die Reichstagsrede vom 30. Januar 1939¹⁹, die als Ergebnis eines neuen Weltkrieges «die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa» prophezeite. Aber hinter diesem im Wesentlichen negativ gefassten rassistischen Antrieb seiner Politik, der sich als Fixierung auf die Auslöschung der «parasitären Judenherrschaft» in Europa und in der Welt umschreiben lässt, wird am 8. März 1939 die Perspektive einer Zeitabfolge künftiger politisch-militärischer Entscheidungen deutlich, die ganz und gar nicht mit dem Konzept zusammenpasste, vor einem Ausgriff nach Übersee erst die Sowjetunion auszuschalten und die Hegemonie im kontinentalen Grossraum zu stabilisieren. Dieser «Einfall» Hitlers kontrastierte auch eigentümlich mit dem kurzfristig 1940 geborenen Gedanken, nach dem Sieg über Frankreich einen Ausgleich mit Grossbritannien anzustreben und dann ein Kolonialreich in Mittelfrika aufzubauen, das zusammen mit der Herrschaft über den europäischen Kontinent westlich der Sowjetunion einen weltpolitisch erstrangigen Grosswirtschaftsraum bilden sollte²⁰. Wenn schon dieser Gedanke «programmatisch» als «zu früh» gedacht²¹ angesehen worden ist, so müsste dies in noch höherem Masse von den im März 1939 ausgesprochenen Ideen gelten.

Die Programmdiskussion leidet insgesamt darunter, dass die chancenlosen Entwürfe und Denkschriften, die eine über den europäischen Kontinent hinausgreifende Politik reflektierten, zu wenig in Beziehung zu den realen Möglichkeiten der Westmächte gesetzt werden. Behält man Europa als das eigentliche Feld der Aktionen und der Möglichkeiten Hitlers im Auge, so lässt sich die Ansprache vom 8. März 1939 genauer ein-

19 Domarus II, S. 1047ff. (1058).

20 Dazu Hillgruber, Strategie, S. 242ff. 21 Ebd., S. 243.

ordnen. Sie wird dann zum Dokument dafür, dass sich Polen weigerte, Hitlers Zeitplan zu entsprechen. Nach einer Eliminierung Polens blieben ihm aller Voraussicht nach nicht vier Jahre ungestörter Aufrüstung. Im Gegenteil, die Haltung Englands im Herbst und Winter 1938 liess erkennen, dass die westlichen Demokratien aufgeschreckt worden waren und nun zur Formierung ihrer militärischen Kraft übergingen. Polen, von Hitler als Schachfigur für seine Ziele im Westen und im Osten ausersehen, durchbrach mit seiner Weigerung, Satellit zu werden, die Strategie der Blitzschläge mit Rücken- deckung und manövrierte sich damit in die Rolle einer Risikogrösse erster Ordnung, die Hitler nur noch militärisch glaubte ausschalten zu können. Ende März beschäftigte Hitler dieser Gedanke nachhaltig, wie seine noch zu erwähnenden Mitteilungen an die militärischen Spitzen erkennen lassen. Polen hatte sich dem für den Westen vorgesehenen Strategiemodell nicht gefügt, und damit erledigte sich auch der Gedanke, sich der polnischen Hilfe bei der Wendung gegen die Sowjetunion zu bedienen.

Die Versuche, Polen auf den gewünschten Kurs zu bringen, setzten am 24. Oktober 1938 in Gesprächen zwischen Ribbentrop und dem polnischen Botschafter Lipski in Berchtesgaden ein²². Polen hatte nach der Münchener Konferenz versucht, Deutschlands Billigung für eine Lösung der karpato-ukrainischen Frage zu erhalten, die auf eine Trennung dieses Gebietes von der Tschechoslowakei hinauslief. Man dachte in Warschau an eine Angliederung an Ungarn, während die Taktik des Auswärtigen Amtes darin bestand, das Selbstbestimmungsrecht in den Vordergrund zu stellen. Durch Teilhabe an der tschechischen Beute geriet Polen in den Dunstkreis einer, wenn auch grundsätzlich egoistisch motivierten, Kollaboration mit Hitler. Liess sich dieser Appetit intensivieren und auf Ziele lenken, die der deutschen Aussenpolitik förderlich sein konnten? Neben dem Gedanken, Polen, Ungarn und Rumänien gegeneinander auszuspielen und auf Deutschland hin zu orientieren, war Ribbentrops Argumentation von dem Ziel bestimmt, Polen unmittelbarer den deutschen Machtinteressen dienstbar zu machen. Eine Grenzvereinigung könne wie etwa im Verhältnis zu Italien (Südtirol) zu einer Generalverständigung führen: Danzig falle an Deutschland, der Korridor verbleibe bei Polen, mit exterritorialen deutschen Eisenbahnlinien und einer Autobahn. Polen sollte, was allerdings schon früher wiederholt angeregt worden war, dem Antikominternpakt beitreten.

Aber es war schon deutlich geworden, dass Polen im Hinblick auf Danzig nicht so anpassungsgeneigt war, wie die deutsche Seite forderte. Es scheute auch den direkten Gegensatz zu Russland. Doch genau das verbarg sich hinter Ribbentrops Formulierung vom 19. November gegenüber Botschafter Lipski, dass das deutsch-polnische Verhältnis auf eine «eherne Dauerbasis» gestellt werden solle²³. Polen stand zwischen diplomatischen Offensiven Berlins und Moskaus. Der russischen Seite gelang am 26. No-

22 Aufzeichnung Hewels, ADAP, D, Bd. V, Nr. 81.

23 Aufzeichnung Ribbentrops, ebd., Nr. 101.

vember eine Bekräftigung des gefährdeten Nichtangriffspakts mit Polen, und zwar wenige Tage nach Ribbentrops zweitem grossen Anlauf. Der deutsche Botschafter in Moskau berichtete, Moskau wolle sich damit gegen den Anschluss Polens an den Antikominternpakt sichern. Hier habe Angst vor einem gemeinsamen deutsch-polnischen Vorgehen gegen die Sowjetunion bestanden²⁴. Jetzt glaube man, dass die Ausgangslinie einer künftigen deutschen Offensive im Osten von der polnisch-sowjetischen an die deutsch-polnische Grenze zurückverlegt worden sei.

Ribbentrop wurde Mitte Dezember deutlicher: Er erhoffte von den Polen, «dass sie eine Politik trieben, die auf die Tradition Piłsudskis und seine Grosszügigkeit aufgebaut sei. Dies schliesse ein, dass Polen mit deutschen Belangen rechne und gewissen Naturgegebenheiten und unaufhaltbaren Entwicklungen keinen Widerstand entgegensetze. Einer endgültigen und stabilen Lösung mit Deutschland und einer grossen gemeinsamen Politik stünden dann keine Schwierigkeiten mehr im Wege. . . Deutschland sei antirussisch und begrüsse schon aus diesem Grunde ein starkes Polen, welches seine Interessen gegen Russland verteidigen würde²⁵.» Hitler unterstrich am 5. Januar 1939 gegenüber dem polnischen Aussenminister Beck wiederum die Funktion des angestrebten territorialen Ausgleichs für die künftige gemeinsame Politik. Der Blick war auf die Sowjetunion gerichtet: rein militärisch bedeute die Existenz einer starken polnischen Armee für Deutschland eine erhebliche Entlastung. Die Divisionen, die Polen an der russischen Grenze stehen hätte, ersparten Deutschland eine entsprechende militärische Mehrausgabe²⁶.

Diese Passage lässt sich gut in die antibritische Strategie dieser Monate einfügen. Polen sollte in diesem Konzept die Rückendeckung gegen die Sowjetunion jedenfalls teilweise übernehmen. Ein Beitritt zum Antikominternpakt, worauf Ribbentrop am folgenden Tag wieder zu sprechen kam, musste nicht vor allem eine aktive militärische Rolle gegen die Sowjetunion bedeuten. Ribbentrop bot Zusammenarbeit in der ukrainischen Frage an. Deutschland sei bereit, diese Frage als ein Privilegium Polens anzusehen. Dies setze allerdings «eine immer klarere antirussische Einstellung» Polens voraus. Daran schloss sich die Frage, ob denn Polen nicht eines Tages dem Antikomintern-Abkommen beitreten wolle²⁷.

Dass unter Umständen die Einbeziehung Polens in eine zunächst nach Westen aktiv werdende Politik intendiert war, vermied die deutsche Seite anzudeuten. Die polnischen Vertreter zeigten in der Kernfrage – Danzig und stärkerer antirussischer Akzentsetzungen – kein Entgegenkommen. Beck liess Ribbentrop wissen, er sei insbesondere wegen Danzig zum ersten Male pessimistisch gestimmt. So wie Hitler das Problem vorgebracht habe, sehe er keine Möglichkeit der Einigung²⁸. Ein gegen die Sowjetunion gerichteter

24 Graf v. d. Schulenburg an Auswärtiges Amt, 3.12.1938, ebd., Nr. 108.

25 Aufzeichnung über Unterredung Ribbentrop-Lipski vom 15.12.1938, ebd., Nr. 112.

26 Aufzeichnung der Unterredung Hitler-Beck vom 5.1.1939 in Berchtesgaden, ebd., Nr. 119.

27 Aufzeichnung Ribbentrops vom 9.1. über Gespräch mit Beck vom 6.1., ebd., Nr. 120, Zitat S. 134.

28 Weissbuch der polnischen Regierung, Nr. 49.

Vertrag mit Deutschland werde für Polen Gefahren mit sich bringen, wiederholte Beck bei dem Gespräch mit Ribbentrop Ende Januar in Warschau²⁹. Die deutsch-polnischen Beziehungen, die in den folgenden Wochen durch wachsende Spannungen in Danzig und anderen Plätzen sowie durch weitere deutsche Versuche, zum grossen Ausgleich zu kommen, gekennzeichnet waren, stagnierten vom Standpunkt deutscher Zielprojektion her gesehen. Botschafter Lipski hatte wiederholt auf innenpolitische Schwierigkeiten für den aussenpolitischen Kurs Becks aufmerksam gemacht. Botschafter v. Moltke hatte bereits im September 1938 darauf hingewiesen, dass der polnische Kriegsminister, wie auch Marschall Rydz-Smigly und der Armeeeinspekteur, General Sosnkowski, die Politik Becks nicht mittüßen³⁰. Die von Hitler wohl vermutete definitive Weigerung Polens, exterritoriale Verbindungen nach Ostpreussen zur Verfügung zu stellen und Danzig wieder dem Reich anzugliedern, offenbarte schliesslich die Chancenlosigkeit des «Ausgleichsversuches»³¹.

Hitler forderte nun den Oberbefehlshaber des Heeres auf, «die polnische Frage» zu bearbeiten³². Er orientierte ihn zwar nur allgemein dahingehend, dass eine «in naher Zukunft erfolgende Lösung» besonders günstige politische Voraussetzungen haben müsse, liess aber erkennen, wie er sich die Durchführung dachte: Polen solle so niedergeschlagen werden, dass es in den nächsten Jahrzehnten als politischer Faktor nicht mehr in Rechnung gestellt zu werden brauche. Noch schwebte ihm weder die Einverleibung ganz Polens noch eine Auflösung des polnischen Staates vor Augen. Er dachte an eine Grenze vom Ostrand Ostpreussens bis zur Ostspitze Schlesiens. Hitler erklärte, ihm erscheine eine Lösung der Polen-Frage in absehbarer Zeit unvermeidlich³³. Was er mit «absehbar» meinte, war bald erkennbar. Hitler befahl nämlich dem Oberkommando der Wehrmacht, den «Fall Weiss» (Vorbereitungen gegen Polen) so zu bearbeiten, «dass die Durchführung ab 1. 9. 39 jederzeit möglich ist»³⁴. Er behandelte den «Fall Weiss», vor allem gegenüber der Heeresführung, wesentlich diplomatischer als im Vorjahr die tschechische Frage. Möglicherweise wollte er damit Bedenken zuvorkommen. Jedenfalls konnten der Oberbefehlshaber des Heeres und die Generalität das Gefühl haben, besser orientiert zu sein und sich «lediglich» auf einen isolierten Krieg einstellen zu müssen, wenn an Polen eine friedliche Lösung scheitern sollte. Diese Taktik hat die Haltung der führenden Soldaten bis Kriegsbeginn wahrscheinlich beeinflusst³⁵.

29 Aufzeichnung Ribbentrops vom 1.2. über Gespräch vom 26.1. ADAP, D, Bd. V, Nr. 126.

30 Bericht vom 2.9.1938 über die antideutsche Stimmung in Polen, ADAP, D, Bd. V, Nr. 53.

31 Aufzeichnung Ribbentrops über Gespräch mit Lipski vom 26.3.1939, ADAP, D, Bd. VI, Nr. 101.

32 Mitteilung vom 25.3.1939, IMT, Bd. 38, S. 274-276; ADAP, D, Bd. VI, Nr. 99. Zum «Fall Weiss» vgl. Beitrag Deist, S. 630 ff.

33 S. dazu auch Krausnick, Vorgeschichte, S. 374; und Müller, Heer, S. 390 ff.

34 Weisung Chef OKW vom 3.4.1939, ADAP, D, Bd. VI, Nr. 149.

35 Das nehmen Krausnick, Vorgeschichte, S. 374, und Müller, Heer, S. 391, an. Müller schreibt in diesem Zusammenhang auch der Rolle Warlimonts Bedeutung zu.

Die Weisung «Fall Weiss» erging am 3. April 1939 als «Weisung des Obersten Befehlshabers der Wehrmacht»³⁶. Sie steht in einem bemerkenswerten Verhältnis zu der ebenfalls am 3. April vom OKW bekanntgemachten generellen Anordnung Hitlers, in welcher er den 1. September als den Tag bestimmte, von dem an die Bereitschaft zum Kriege gegen Polen erreicht sein sollte. Die unbestimmten Formulierungen in der Weisung «Fall Weiss» sprechen von dem Willen, einen Krieg gegen Polen so zu führen, dass der Nachbarstaat möglichst isoliert dastehe. Hitler sprach den Fall an, dass eine «endgültige Abrechnung erforderlich» werde, wenn Polen seine Haltung ändern und eine «das Reich bedrohende Haltung» einnehmen sollte. Eine Isolierung Polens – und damit griff Hitler auf alte Denkgewohnheiten zurück – sei etwa möglich bei zunehmend krisenhafter innerer Entwicklung in Frankreich, die nicht ohne Wirkung auf Englands Einstellung bleibe. Aber auch ein Blitzkrieg mochte diesen Effekt haben: «Eine Isolierung Polens wird umso eher auch über den Kriegsausbruch hinaus erhalten bleiben, je mehr es gelingt, den Krieg mit überraschenden, starken Schlägen zu eröffnen und zu schnellen Erfolgen zu führen.» Ein überraschender Angriffsbeginn sollte deshalb vorbereitet werden. Hitler kündigte an, dass eine getarnte oder offene Mobilmachung erst am Angriffsvortage zum spätestmöglichen Termin befohlen werde. Diese Weisung folgte der Weigerung Polens, sich den Zielen der deutschen Politik unterzuordnen, auf dem Fusse³⁷. Sie stand im Zusammenhang mit Hitlers Westpolitik. Hitler schwächte diesen Zusammenhang in der Weisung zwar ab, er bleibt aber als übergeordnete Strategie erkennbar. Die grossen Ziele im Aufbau der Wehrmacht – gemeint war die politische und militärpolitische Planung überhaupt – blieben weiterhin, so Hitler, «durch die Gegnerschaft der westlichen Demokratien» bestimmt. Er wollte den «Fall Weiss» nur als Ergänzung der allgemeinen Vorbereitungen angesehen wissen, nicht aber als «Vorbereitung einer militärischen Auseinandersetzung mit den Westgegnern». Subjektiv sprach Hitler hiermit eine Art Wunschprogramm aus. Nach dem aufsehenerregenden Marsch nach Prag hoffte er, mit dem ersten kriegerischen Unternehmen vielleicht noch einmal eine isolierte Aktion durchführen zu können. Aber anders als im September 1938 stellte er nun selbst diesen Schritt in den Rahmen einer Kriegspolitik, die die Westmächte als Hindernisse auf dem Wege zur Hegemonie ausschalten sollte.

Am 23. Mai 1939 präziserte Hitler vor den Oberbefehlshabern, dem Generalstabschef und weiteren Offizieren der Wehrmachtteile seine Ansichten über Deutschlands Situation und die daraus zu ziehenden Konsequenzen³⁸. Das «Problem Polen» erschien hier

36 ADAP, D, Bd. VI, Nr. 185, Anlage II; IMT, Bd. 34, S. 481 ff., Dok. C-137; Hitlers Weisungen, S. 17ff. Der Chef OKW gab die Weisung «Fall Weiss» am 3.4. an die Oberbefehlshaber der Wehrmachtteile aus: BA-MA PG 33276, OKW-WFA, 5. Ausfertigung. In diesem Anschreiben wird Hitlers Terminsetzung zum 1.9. mitgeteilt.

37 Görnitz, Keitel, S. 205, macht diesen Zusammenhang deutlich; Hitler habe im April 1939 wiederholt geäussert: «Das polnische Problem erfordere... eine Lösung. Der kluge Marschall Pilsudski ist zu früh aus dem Leben geschieden.»

38 Schmundt-Bericht, in: Jacobsen, 1939-1945, Dok. 6, S. 109ff.; IMT, Bd. 37, S. 546ff., Dok. L-79; ADAP, D, Bd. VI, Nr. 433.

in neuer Perspektive. Polen liess sich in Hitlers Sicht «von der Auseinandersetzung mit den Westmächten» nun doch nicht trennen. Dieser Krieg konnte ein langer Krieg werden. Gelang es, Polen vorher in einem Duell zu schlagen, so konnten eine «Erweiterung des Lebensraumes im Osten» und die «Sicherstellung der Ernährung» erreicht werden, also Ziele, die primär der Kriegführung zugute kommen sollten. Das war noch nicht die grundsätzliche Lösung des Lebensraumproblems, wie es Hitler sah. Danzig jedenfalls war nicht «das Objekt». Hitler kehrte sein Misstrauen gegen Polen hervor und diskreditierte damit seine eigenen monatelangen Bemühungen um den grossen Ausgleich mit Warschau: Polen werde immer auf der Seite der Gegner stehen, es werde jede Gelegenheit gegen Deutschland ausnutzen. Polen könne auch dem russischen Druck nicht standhalten. Es sei eine zweifelhafte Barriere. Damit war klar: Polen sollte nicht «geschont» werden: es blieb «der Entschluss, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen». Seine Isolierung sei entscheidend.

Der Krieg gegen Polen wurde – konsequent seit der Einstellung der Blickrichtung auf die Auseinandersetzung mit den Westmächten – zum Vorschalt ereignis aus doppeltem Grund: einmal, um einen unsicheren Faktor im Rücken auszuschalten, zum anderen, um die Voraussetzungen für einen wahrscheinlich langen Krieg zu verbessern. An eine «Wiederholung der Tschechei» glaubte Hitler nicht. Aber er wollte unbedingt vermeiden, dass sich die Westmächte in einen deutsch-polnischen Krieg einschalteten. Träte das doch ein, dann gelte der Kampf in erster Linie England und Frankreich. Es sei dann besser, vorher diese Staaten anzufallen «und dabei Polen zugleich zu erledigen».

Die Ausführungen vom 23. Mai 1939 zeigen, wie sehr Hitlers Konzeption von den Konsequenzen seiner eigenen Kriegs- und Rüstungspolitik blockiert worden ist. Er erkannte, dass sein Programm ohne Krieg gegen die Westmächte schwerlich realisiert werden konnte: «England sieht in unserer Entwicklung die Fundierung einer Hegemonie, die England entkräften würde. England ist daher unser Feind, und die Auseinandersetzung mit England geht auf Leben und Tod.» Ein kurzer Krieg sei anzustreben, aber man müsse sich auch auf einen langen vorbereiten – eine Erkenntnis, der sich von nun an sein Kalkül zu stellen hatte.

Frankreich trat noch sichtbarer in Hitlers Überlegungen hinter der westlichen Führungsmacht zurück, die für ihn immer schon Grossbritannien gewesen war. Hitler sah die Gefahr, dass er «durch Polen in einen Krieg mit England ‚hineinschlitterte‘». Damit wäre das – beim Stande der Rüstung übrigens phantastisch zu nennende – Konzept, England gleich zu Beginn «einen oder den vernichtenden Schlag beizubringen», unmöglich gemacht worden. Hitlers Dilemma bestand darin, dass er diese Variante nicht ausschliessen konnte. Polen sollte kurzfristig angegangen werden, um den Rücken frei und seine Ressourcen in die Hand zu bekommen. Damit sollte auch die Lösung des «Baltikum-Problems» vorbereitet werden. Die Rüstungen für den grossen Krieg liess Hitler dagegen auf 1943/44 abstellen. Langfristige Rüstungen und kurzfristige aussenpolitisch-strategische Lösungen waren kaum zu harmonisieren. In den Zeitvorstellungen für die Auseinandersetzung mit Grossbritannien schwankte Hitler überdies zwi-

schen 1940/41 und 1943/44. In allen diesen Überlegungen blieb die Sowjetunion noch unberücksichtigt. Es ist daher anzunehmen, dass die forcierten Kolonialplanungen, Vorbereitungsarbeiten für eine Kolonialverwaltung³⁹, in dieser Phase noch kein Hinweis auf eine nach Abschluss der Lebensraumpolitik im Osten bald anzuvisierende globale Ausweitung Hitlerscher Machtpolitik waren.

3. Ost- und Südosteuropa in der deutschen und in der westlichen Strategie. Die britische Polen-Garantie

Nach «Prag» rückte der gesamte osteuropäische Gürtel zwischen dem deutschen Machtbereich und der Sowjetunion in das aktuelle politisch-strategische Interesse der Grossmächte. Die Westmächte erwarteten hier den nächsten Zugriff Hitlers, und für diesen gewann dieser Raum ökonomisch und strategisch grössere Bedeutung, weil seine Beherrschung für die Kontinentalhegemonie unabdingbar war und weil er auch mit der Möglichkeit eines Zermürbungskrieges zu rechnen begann. Der im Mai 1939 von Hitler konkret angesprochene «Lebensraum» war Polen und die weiteren wirtschaftlichen Möglichkeiten im Baltikum und vor allem im Südosten, wo am 23. März 1939 mit dem deutsch-rumänischen Handelsvertrag ein wichtiger Schritt für die Einbindung des Südostens in ein mittel- und südosteuropäisches Wirtschaftssystem unter deutscher Führung versucht worden war. Die wirtschaftspolitische Gegenoffensive und die Garantie der Unabhängigkeit Rumäniens durch die Westmächte am 13. April 1939 stoppte dieses Vorhaben allerdings bis zum Ende des Polen-Krieges. Als Programm blieb es jedoch weiter von Bedeutung⁴⁰, und zwar mit weitergehender politischer Zielsetzung. Diese in der aktuellen Situation benutzte Formel «Lebensraum» ist nicht etwa als Rücknahme weiterreichender Programmvorstellungen aufzufassen. In Richtung Nordosten fügte

39 Erwähnt wird in diesem Zusammenhang meist das Schreiben des Chefs der Reichskanzlei, Lammer, vom 9. 3.1939 an den Reichsleiter des Kolonialpolitischen Amtes, Ritter v. Epp. Dieses Schreiben, das später als Führerweisung behandelt wurde, verlangte eine straffe Zusammenfassung der Vorbereitungsarbeiten für eine künftige Kolonialverwaltung. S. dazu Hildebrand, Reich, S. 603 ff., Hillgruber, Weltpolitische Lage, S. 287.

40 Vgl. Bericht des Ministerialdirektors Wohlthat über den Abschluss des Staatsvertrages mit Rumänien (23. 3.1939) vom 27. 3.1939 an Göring, ADAP, D, Bd. VI, Nr. 131, Anlage, der die Überzeugungskraft der deutschen Seite allerdings zu optimistisch beurteilte.

Grossbritannien erhielt eine Warnung vor den deutschen Absichten am 17. 3. Rumänien betrachtete danach Deutschlands «Wunsch», ein Monopol auf den rumänischen Export zu bekommen gegen eine «Garantie» der rumänischen Grenzen, als eine Art Ultimatum. S. dazu Telegramm Halifax' an die britischen diplomatischen Vertretungen in Warschau, Ankara, Athen und Belgrad vom 17. 3.1939, DBFP, 3, Bd. IV, Nr. 390. Tatsächlich entsprach diese «Warnung» nicht dem Stand der Dinge in Bukarest, wo verschiedene politische Auffassungen gegeneinanderstanden. S. dazu auch Aster, 1939, S. 61 ff. Auf den «Programmcharakter» des Vertrages weist eindringlich hin: Förster, Rumäniens Weg. S. auch Beitrag Volkmann, S. 406 f.

Hitler einen weiteren Mosaikstein an, als er am gleichen 23. März das Memelgebiet besetzen liess. Diese Aktionen dienten dem Aufbau der Kontinentalhegemonie und dem Ziel, ein Mass an ernährungs- und rüstungswirtschaftlicher Autarkie in Reichweite zu bringen, das die Führung eines langen Krieges gestattete, ohne selbst in die Gefahr der wirtschaftlichen Abdrosselung zu geraten. Nach Hitlers Meinung waren Flotte und Luftwaffe die Instrumente für einen solchen Krieg gegen Grossbritannien. Das Heer sollte die strategischen Positionen dafür, nämlich die Gegenküsten, gewinnen. Aber zuvor musste es selbst bereit sein, den Schlag gegen Frankreich, Belgien und Holland schnell zu führen: «Wir müssen Holland blitzartig angreifen!» Überhaupt: Die Nachbarstaaten mussten «aus den Kasernen heraus» überrannt werden können.

Diese Ziele konnten nur mit einem gleichzeitigen schnellen und hochdimensionierten Ausbau von Panzerwaffe, Artillerie, motorisierten Verbänden, Luftwaffe und Marine angesteuert werden, aber zur gleichen Zeit forcierte Hitler den Ausbau des Westwalls und der Ostbefestigungen. Deutschlands Wirtschaftsraum allein genügte solchen Zielprojektionen nicht, zumal der Lebensstandard in Deutschland möglichst nicht gedrosselt werden sollte. Daher wurden jetzt die Versuche zur Orientierung der Rohstoffquellen des Ostens und Südostens auf die deutsche «Wehrwirtschaft» forciert.

Es muss festgehalten werden, dass Flotte und Luftwaffe im Wesentlichen mit Blick auf England hochgerüstet werden sollten: «Im Augenblick, wo England von seiner Zufuhr abgeschnitten ist, ist es zur Kapitulation gezwungen.» Hier sah Hitler auch seine Chance für schnelle vernichtende Schläge zu Beginn eines Krieges: Sie sollten die englische Flotte treffen. Sobald das Heer die wichtigsten Positionen an den Gegenküsten erreicht habe, «fliesst die industrielle Produktion nicht mehr in das Danaiden-Fass der Schlachten des Heeres, sondern kommt der Luftwaffe und der Kriegsmarine zugute».

Die Phantasterei der «schnellen vernichtenden Schläge» – die völlig übersah, dass das Instrument dafür tatsächlich nicht vorhanden war – ist sicherlich in Hitlers Denkgewohnheiten begründet. Sie muss aber auch im Zusammenhang mit dem Optimismus der Luftwaffenführung gesehen werden, die im Frühjahr 1939 von einem beträchtlichen rüstungs- und führungsmässigen Vorsprung der Luftwaffe vor der Royal Air Force und der französischen Luftwaffe ausging und damit ihren Pessimismus des Vorjahres ablegte. Im Mai/Juni und schliesslich im August 1939 in einer Studie des Stabschefs der für den England-Einsatz vorgesehenen Verbände⁴¹ gaben Vertreter der Luftwaffenführung dann wieder zu bedenken, dass vorläufig mit der Luftwaffe nur Teilerfolge gegen England zu erreichen seien, erst im zweiten Kriegsjahr – gedacht war an 1941 – würde

die Luftwaffe für England bedrohlich werden können. Hitler aber wurde am 3. Juli auf dem Erprobungsgelände bei Rechlin eine perfekte Luftwaffe «vorgezaubert»⁴².

Nach Auffassung des Generalstabes der Luftwaffe von Anfang Mai 1939 war Deutschland der einzige Staat, «der in rüstungsmässiger, organisatorischer, taktischer und führungsmässiger Hinsicht zu einer totalen Auffassung von der Vorbereitung und Führung des Luftkrieges in Angriff und Verteidigung vorgedrungen» war⁴³. Bis Mai 1940 errechnete der Luftwaffengeneralstab einen deutlichen deutschen Rüstungsvorsprung gegenüber den Westmächten, wies allerdings auf den Zeitfaktor hin: bald würde es anders sein. Hitler blieb unter solchen Prämissen nicht viel Zeit, den Vorsprung an Modernität zu nutzen und die vermeintliche Kapazität zu vernichtenden Schlägen politisch zu realisieren. Den Abschreckungseffekt der Luftwaffe, von ihrem Generalstab besonders hoch veranschlagt, hat er immer wieder vor der Heeresgeneralität in seiner Behauptung angesprochen, der Westen werde nicht marschieren. Aber sein gesamtes politisches Konzept lebte von den Chancen des Rüstungsvorsprungs, und damit brachte er sich selbst in den Zwang zur Vabanque-Risikobereitschaft.

Mit der Besetzung der Rest-Tschechoslowakei, der Errichtung des «Protektorats Böhmen und Mähren» und des als «Schutzstaat» vollkommen abhängigen slowakischen Staatsgebildes schien weitere schnelle Bewegung in die Situation Osteuropas zu kommen, während der Beitritt Spaniens zum Antikomintern-Pakt am 27. März die Auswirkungen der deutschen Politik auf Westeuropa anzeigte. Das immer stärker werdende politische Engagement Deutschlands im Südosten ist von Grossbritannien mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis genommen worden. Chamberlain hat zwar im Unterhaus noch am 1. November 1938 erklärt, Deutschland komme die wirtschaftliche Vormachtstellung in Südosteuropa zu⁴⁴, und seine Verhandlungsführung im September benutzte auch diese Variante des Appeasement, um die Argumente der deutschen Seite, die bereits wieder von wirtschaftlicher «Einkreisung» zu sprechen begann, zu entkräften. Das Foreign Office sah aber hinter den Wirtschaftsproblemen auf dem Balkan Grossbritanniens strategische Position im Mittelmeer und im Nahen Osten und war daher nicht geneigt, den Balkan dem deutschen Einfluss sang- und klanglos zu öffnen. Es gab Stimmen, die fürchteten, Grossbritannien werde durch sein Zögern Südosteuropa auch politisch an Deutschland ausliefern. So hat das Foreign Office den Plan zur Abnahme grosser Weizenmengen von Rumänien stark unter dem Aspekt gesehen, damit eine Gegenwirkung gegen Deutschland zu erreichen, Rumänien also wieder stärker in den Weltmarkt einzugliedern. Ähnliche Bestrebungen wurden gegenüber der Türkei verfolgt⁴⁵.

42 Irving, Tragödie, S. 128, und Maier, Bd. 2, Beitrag Deist, S. 589. Vgl. auch Horst Boog, Die deutsche Luftwaffenführung.

43 Die Luftlage in Europa, Stand Frühjahr 1939» vom 2. Mai 1939, Bericht 5. Abt. Genst. Lw, BA-MA RL 2/535, s. ausführlicher dazu Maier, Bd. 2.

44 Henke, England, S. 200.

45 Wendt, Economic Appeasement, S. 486 ff.

Das deutsche Clearing-System passte britischen Wirtschaftsexperten und -politikern nicht ins Konzept, ganz zu schweigen vom Exporthandel. Solange Chamberlains Politik als ein Weg angesehen wurde, freie Handelsbedingungen in Europa wiederherzustellen, stand die britische Industrie hinter ihm, nicht zuletzt deshalb, weil er in dem Ansehen stand, durch seine Methoden einen Krieg vermeiden zu haben. Die britische Friedenssehnsucht wurde auch von dieser Seite, von ökonomischen Interessen, in starkem Masse getragen⁴⁶. Man glaubte, dass über einen Wirtschaftskonsens auch ein politischer mit Deutschland auf den Weg gebracht werden könne. Natürlich kreuzten sich die Interessen von Exportwirtschaft und Rüstungsindustrie. Der gemeinsame Nenner wurde schliesslich in der Erkenntnis gefunden, dass der angestrebte Ausgleich mit Deutschland nicht zu erreichen war. Die Regierung geriet damit bald nach München unter Druck. Geradezu klassisch brachte Eden im November 1938 im Unterhaus die Stimmung zum Ausdruck, als er sagte: «Die Wahrheit ist, dass die Demokratie, wie wir sie verstehen, einer neuen Herausforderung auf jedem Gebiet begegnen muss. Man muss ihr im Handel und in anderen Lebenslagen nicht weniger als in der Aussenpolitik und in der Rüstung entgegentreten⁴⁷.» Die Stimmung gegen Deutschland, gespeist zusätzlich durch Goebbels' antibritische Propaganda und durch die Wirkung der «Reichskristallnacht», verschärfte sich zusehends⁴⁸. In Frankreich setzte dieser Prozess nachhaltig erst nach dem Prager Ereignis mit dem Scheitern der Ausgleichsversuche Bonnets ein, als die skeptischen Stimmen wieder dominierend wurden.

Auch im diplomatischen Verkehr wurde die Sprache jetzt deutlicher: Halifax sagte dem deutschen Botschafter, Deutschland lege offensichtlich keinen Wert auf gute Beziehungen zu Grossbritannien. Es suche eine Position aufzubauen, die es ihm erlaube, Europa mit Gewalt zu beherrschen und, falls möglich, die Welt⁴⁹. Chamberlain schloss sich endlich am 17. März in seiner Birminghamer Rede dieser Auffassung öffentlich an, nicht zuletzt, um seine eigene Linie gegen Kritik glaubwürdiger zu machen. Er machte seine Entschlossenheit deutlich, einer solchen Herausforderung zu begegnen. Dennoch, er gab das Appeasement-Konzept noch nicht auf. Von nun an war klarer als zuvor, dass Handlungsspielraum Stärke verlangte. Dem nächsten Schachzug Hitlers konnte dann anders begegnet werden⁵⁰. Aber der Versuch zu einem Arrangement sollte noch nicht definitiv aufgegeben werden.

Hitler hat die Warnung des britischen Premiers nicht grundsätzlich in seine politische Strategie einbezogen. Weiterhin rechnete er, wie seine Ausführungen vor den militäri-

46 Ebd., S. 495ff.

47 Parliamentary Debates, vol. 341, Sp. 375ff., zit. nach ebd., S. 515.

48 Aigner, Ringen, S. 340.

49 Schreiben an Henderson vom 15. 3., DBFP, 3. Bd. IV, Nr. 279.

50 Diese vorsichtige Würdigung der Wirkung der Besetzung der Tschechoslowakei auf Chamberlain ist wohl zutreffender als die Auffassung, die Birminghamer Rede stelle den Wendepunkt der britischen Politik gegen Hitler dar – so etwa Bullock, Hitler, und Shirer, Aufstieg und Fall, u.a. Zur Kontroverse Hildebrand, Reich, S. 607. Text der Rede: The Times vom 18.3.

schen und politischen Spitzen zeigten, nur mit der *Möglichkeit*, dass sich Grossbritannien gegen ihn stellte, und deshalb sah er ebenso die Chance, Polen in dem an visierten Konflikt zu isolieren.

Dieses Kalkül ist in London durchschaut worden. Halifax bedeutete dem amerikanischen Botschafter in London, es sei wohl angebracht, öffentlich zu erklären, dass man die neue Technik der deutschen Regierung, solche Coups in die Wege zu leiten, erkannt habe. Halifax drängte darauf, Roosevelt möge nun rasch Massnahmen auf dem Gebiet der Neutralitäts-Gesetzgebung ergreifen⁵¹.

London schwankte aber trotz dieser Erkenntnis nach München stark in der Beurteilung der mutmasslichen künftigen Politik Hitlers. Da waren die Stimmen, die davor warnten, Deutschland das Feld im Osten und Südosten zu überlassen. Der Militärattaché in Berlin riet von jedem wirtschaftlichen Entgegenkommen ab, weil damit nur Deutschlands Rüstungstempo beschleunigt werde. Er machte auch auf die Folgen einer solchen Politik des Entgegenkommens für das britische Ansehen in den USA aufmerksam⁵². Insgesamt sah er nur eine geringe Gefahr, dass Hitler gerade wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten sein Heil in einem Krieg suchen werde. Andere meinten, man solle sich in der Frage einer deutschen wirtschaftspolitischen Offensive nach Ost-Südost defensiv verhalten, wie etwa Cadogan⁵³. Der Direktor der Wirtschaftsabteilung im Foreign Office, Ashton-Gwatkin, erklärte nach seinem Berlin-Besuch in der zweiten Februar-Hälfte⁵⁴, Deutschland sei in vielen Bereichen an wirtschaftlicher Zusammenarbeit interessiert. Bei aller Skepsis, ob Hitler wirklich Frieden wolle, empfahl er doch – wie auch der Chef der Wirtschaftsabteilung des französischen Aussenministeriums, de la Baume – Zusammenarbeit. Tatsachen könnten stärker als Menschen sein, und Deutschland sei vielleicht gezwungen, einen gemässigten Kurs zu steuern. Ashton-Gwatkin regte daher den Versuch an, über wirtschaftliche Kooperation zum politischen Ausgleich zu kommen. In den Besprechungen spielten Hitlers Andeutungen in seiner Rede vom 30. Januar 1939 eine grosse Rolle, dass nämlich Deutschland seinen Export erhöhen müsse, um Rohstoffe und Lebensmittel kaufen zu können. Henderson, der Berliner Botschafter, empfahl sogar freie Hand für Hitler im Osten, jedenfalls soweit es ihm um die wirtschaftliche Herrschaft dort, ja selbst in der Ukraine, ging. Henderson hielt es für «unvermeidlich», dass Deutschland die Ukraine von der Sowjetunion zu trennen wünsche. Im eigenen Interesse werde Berlin eine unabhängige Ukraine als Pufferstaat zwischen dem Reich und Russland vorziehen. Im Blick auf den sehr wahrscheinlichen Krieg um Lebensraum gegen die Sowjetunion meinte der Botschafter, Deutschland könne diesem Ereignis mit relativer Gelassenheit entgegensehen, wenn es ein wohlwollendes England

51 Halifax an die Botschaft in Washington, 17.3.1939, DBFP, 3, Bd. IV, Nr. 394.

52 Memorandum von Colonel Mason-MacFarlane vom 27.2.1939, «respecting the Military Point of View as regards Concessions to Germany in the Economic Field», DBFP, 3, Bd. IV, Nr. 172, S. 174.

53 Aster, 1939, S. 41.

54 DBFP, 3, Bd. IV, Appendix II, S. 597ff., ADAP, D, Bd. IV, Nr. 265, 273, 281; ausführlich dazu Wendt, Economic Appeasement, S. 548 ff.

in seiner Flanke wisse. Das Gegenteil sei aber der Fall. Um Hitler bei Laune zu halten, sei es das Beste, sich nicht ständig in Dinge zu mischen, die britische vitale Interessen nicht berührten. Natürlich, eine «carte blanche» im Osten sei auch nicht ratsam⁵⁵. Die Aussicht auf eine baldige derartige Konfrontation in Osteuropa war nach dem sehr widerspruchsvollen Bild von Hitlers Intentionen, das die Gesamtheit der Informationen in London bot, fragwürdig. Hitler selbst schien zu jeder Aktion fähig⁵⁶. Aber auch er war von der Stimmung des Volkes abhängig, so jedenfalls war Henderson von Göring informiert worden. Das deutsche Volk wollte offensichtlich Frieden. Wirtschaft und Finanzen waren «ungesund». Es schien von diesem Standpunkt aus für Grossbritannien vernünftig, Deutschland wirtschaftlich auf die Beine zu helfen. Hitler könne auch dankbar sein: so Henderson, sichtlich bestrebt, die Schlussfolgerungen des Militärattachés abzuschwächen.

Diese Analyse stimmte mit Hitlers Wünschen teilweise überein. Eine Politik auf dieser Basis hätte ihm sogar die Wendung nach Westen vorläufig ersparen können. Aber soweit ging das Kabinett nicht mit. Noch am 17. März wies Halifax den Botschafter in Moskau an zu erkunden, ob die Sowjetunion Rumänien im Falle eines deutschen Angriffs aktiv unterstützen werde⁵⁷. War das nicht ein Zeichen für die Bereitschaft, mit der Sowjetunion europäische Politik zu machen?

Noch immer spielte in London die Fehldiagnose, die ja auch führende Mitglieder der deutschen Opposition lange Zeit ihren Überlegungen zugrunde legten, eine Rolle: Hitler, selbst vielleicht vernünftigen Argumenten zugänglich, werde von Radikalen in seiner Umgebung – Ribbentrop, Himmler – möglicherweise in gefährliche Richtungen vorwärts gedrängt. Im Februar 1939 befürchtete Halifax einen in den nächsten Monaten bevorstehenden deutschen Angriff auf die Westmächte⁵⁸. Gründe für Kontakte mit der Sowjetunion gab es daher genug. Grossbritannien forcierte seine eigenen militärischen Vorbereitungen für ein Engagement auf dem Kontinent.

Zur Abwehr deutscher Erfolge in Rumänien, unter dem Eindruck des Berliner «Ultimatums» und des Prager Coups empfahlen die Chiefs of Staff am 18. März eine Allianz mit Frankreich, Polen und Russland und dann ein Ultimatum. So glaubten sie, Rumänien gegen den deutschen Zugriff schützen zu können⁵⁹. Sie sahen schon den ganzen Südosten unter deutsche Herrschaft geraten. Überdies schien das östliche Mittelmeer bedroht.

Der grosse strategische Rundblick, den die Chiefs of Staff bei dieser Gelegenheit gaben,

55 Henderson an Halifax, 9.3.1939, DBFP, 3. Bd. IV, Nr. 195.

56 Zum Informationsmosaik s. Aster, 1939, S. 38 ff.

57 Telegramm an Sir W. Seeds, 17. 3.1939, DBFP, 3. Bd. IV, Nr. 389. Die übertriebenen Darstellungen von rumänischer Seite hatten auf Halifax sichtlich Eindruck gemacht. Ein deutsches «Ultimatum» lag nicht vor. S. dazu auch Förster, Rumäniens Weg, und Aster, 1939, S. 61 ff., zur «Tilea-Affäre».

58 Aster, 1939, S. 47.

59 Ebd., S. 76.

unterstrich eigentlich Hitlers Globalstrategie. Die militärischen Autoritäten vertraten nämlich die Auffassung, dass Grossbritannien selbst im Bunde mit Frankreich und der Sowjetunion einem Dreifrontenkrieg gegen Deutschland, Italien und Japan nicht gewachsen sei. Chamberlain machte im Kabinett klar, was er in Birmingham gemeint hatte. Falls Deutschland nach seiner Warnung fortfahre, Gewalt in Europa anzuwenden, die Tendenz zur Herrschaft über den Kontinent weiterverfolge, werde Grossbritannien die Herausforderung annehmen. Das Kabinett beschloss, eine Anfrage an Russland, Polen, Jugoslawien, Griechenland, Rumänien und die Türkei zu richten, um herauszufinden, ob diese Staaten bereit seien, einer deutschen Aggression in Südosteuropa Widerstand entgegenzusetzen⁶⁰. Tags darauf ersetzte man dieses Konzept durch einen anderen Gedanken. Polen, Russland und Frankreich sollten dahin gebracht werden, Konsultationen zu verabreden für den Fall einer neuen Bedrohung eines europäischen Staates. Aber im Kabinett wurde Kritik laut, und selbst die voraussichtlichen nächsten Opfer, Rumänien und Polen⁶¹, wünschten keine Absprachen mit der Sowjetunion. Frankreich war bereit mitzuziehen, hielt aber die Fassung für äusserst schwach. Am 31. März gab dann Neville Chamberlain vor dem Unterhaus die Erklärung ab, Grossbritannien werde Polen zu Hilfe kommen, wenn seine Unabhängigkeit bedroht werde⁶². Soweit hatte er noch wenige Tage vorher nicht gehen wollen. Nachrichten über eine bevorstehende deutsche Aktion drängten ihn offenbar zu diesem Schritt⁶³.

Grossbritannien hatte dabei den unmittelbaren Abschreckungseffekt im Auge und langfristig das Ziel, eine einigermaßen stabile Front in Osteuropa, von der Ostsee bis Griechenland, aufzubauen, um Hitler mit der Gefahr eines Zweifrontenkrieges zu konfrontieren. Zeit zu gewinnen, war wichtig. Die Chiefs of Staff legten Wert auf die polnische Allianz. Sie schätzten im Gegensatz zum französischen Generalstabschef die polnische Widerstandskraft relativ hoch ein: 3-4 Monate. Polen war überhaupt der Angelpunkt in dem erhofften Defensivsystem im Osten. Der Zweifrontenkrieg sollte auch die Funktion haben, Zeit zum Aufbau der eigenen Verteidigungskraft zu gewinnen. Chamberlain ging ohnehin davon aus, dass es nicht möglich sein werde, ein Opfer deutscher Kriegführung schnell wieder zu befreien. Griff England ein, dann nicht, um ein spezielles Opfer sogleich zu retten, sondern um den Störenfried auf die Knie zu zwingen⁶⁴.

60 Dazu Cowling, *Impact*, S. 296.

61 Record of an Anglo-French Conversation, 22.3.1939, DBFP, 3, Bd. IV, Nr. 484.

62 Text: DBFP, 3, Bd. IV, Nr. 582. Vgl. zur Vorgeschichte Ritter, Goerdeler, S. 220ff., der sich hier kritisch mit der Auffassung Wheeler-Bennetts, *Nemesis*, S. 437, auseinandersetzt.

63 Vgl. u.a. Cadogan Diaries, 29. und 30.3., S. 164f. Es ist von einem «Vabanquespiel um Polen» gesprochen worden: Kettenacker, *Diplomatie der Ohnmacht*, S. 223-279 (250). In der Tat stellte sich die Nichteinbeziehung der Sowjetunion in die diplomatische Lösung als grosser Nachteil heraus, aber angesichts der internationalen Probleme, insbesondere des russisch-polnischen Verhältnisses, blieb der britischen Politik kaum ein nachhaltigeres Verfahren übrig-

64 «Not to save a particular victim, but in order to pull down the bully», zit. nach Aster, 1939, S. 83; s. auch Howard, *Commitment*, S. 133; Äusserung Chamberlains in der Kabinettsitzung vom 20.3.1939.

Tatsächlich hat Grossbritannien mit der Polen-Garantie nicht nur Polen selbst, sondern auch der Sowjetunion politische Möglichkeiten eröffnet, die später dazu führten, dass die Regie der weiteren Entwicklung in Osteuropa London entglitt. Die Garantie wurde kein Haltezeichen für Hitler.

Versuche, Italien aus der «Achse» herauszuholen, wurden im Kabinett skeptisch beurteilt. Noch sah man hier und im Foreign Office das Problem so: Ein Zusammengehen mit Russland könne die «Achse» festigen. Der Sowjetunion stand die Chamberlain-Regierung mit gemischten Gefühlen gegenüber. Es herrschte Unsicherheit. Polen nutzte die Lücke. In Erwartung neuer Vorstösse Ribbentrops fragte Warschau am 24. März an, ob Grossbritannien zweiseitigen Konsultationen zustimme. Der Gedanke passte nicht voll in die Osteuropa-Strategie, aber Polen trat nun in britischer Sicht immer mehr in den Vordergrund. Die deutsch-polnischen Geheimverhandlungen waren in London allerdings nicht bekannt.

Chamberlain hoffte, neben einer Vereinbarung mit Polen zu einer geheimen Verständigung mit der Sowjetunion zu kommen, nach welcher diese Polen oder Rumänien im Falle eines deutschen Angriffs beistehen sollte. Im britischen Kabinett trat am nachhaltigsten Innenminister Sir Samuel Hoare für eine *offene* Vereinbarung mit der Sowjetunion ein. Halifax dagegen meinte, wenn Grossbritannien zwischen Polen und Russland wählen müsse, komme Polen der grössere Wert zu⁶⁵. Der Effekt der Garantie Polens war dann die Ausklammerung der Sowjetunion aus dem Abwehrsystem.

Hitler sah sich mit England, Frankreich und Polen konfrontiert. Aber die erhoffte Wirkung hat die Entscheidung Chamberlains auf ihn nicht ausgeübt, wie seine Ausführungen vor den Führungsspitzen im Mai erkennen liessen. Jetzt, wo Grossbritannien zum erstenmal seit 1914 verpflichtet war, für einen osteuropäischen Staat die Last eines Krieges auf sich zu nehmen, hoffte er immer noch auf Gelegenheit für eine Politik des «Einen nach dem anderen». Die britischen Warnungen wirkten mit einer merkwürdigen Verzögerung. Im Herbst 1938, als das britische Kabinett die Politik des ‚keeping guessing‘ verfolgt hatte, war sich Hitler ziemlich sicher, dass London nichts unternehmen würde. Nach der Polen-Garantie, mit der Chamberlain für Klarheit gesorgt hatte, befand sich Hitler erst im Stadium des Ratens und Vermutens.

4. Dreieck London – Berlin – Moskau. «Anwendungsfall» Polen

Die Konstellation der Mächtegruppierung des Zweiten Weltkrieges zeichnete sich im Grossen ab. Die britische Regierung war auf dem Wege, ihre Antipathie gegen die Sowjetunion durch existentielle Überlegungen langsam abzubauen. Antikommunismus, Überschätzung Polens und Unterschätzung der militärischen Kraft der Sowjetunion, der man lediglich eine erhebliche Defensivstärke zutraute, verzögerten allerdings diesen

65 Aster, 1939, S. 94.

Prozess. Die bestimmende Grösse der europäischen Politik war seit April 1939 das Dreieck Berlin-London-Moskau. Polen wurde der praktische Anwendungsfall der politisch-strategischen Massstäbe dieser Grossmächte. Aussenminister Beck suchte bei seinem Besuch in London Anfang April die Gewichtung in diesem Dreiecksverhältnis zwar zu verändern, indem er vorschlug, Moskau aus einer britisch-polnischen Allianz auszuklammern⁶⁶, aber die Allianz – Beck bot selbst die Umwandlung der einseitigen Garantie in eine Allianz an – warf vom britischen Standpunkt stets die Frage nach der Haltung der Sowjetunion auf. Und eines war den Beteiligten klar: Diese Garantie musste honoriert werden, wollte Grossbritannien nach dem Ablauf der Dinge in Prag nicht sein Prestige völlig verspielen⁶⁷.

Grossbritannien betrachtete die strategische Lage auch unter dem Blickwinkel möglicher Auswirkungen auf seine Mittelmeer-Position. So hat neben der Garantie Polens immer auch die Bemühung um Rumänien, Griechenland, Jugoslawien und die Türkei gestanden. Italien ist deshalb aus britischer Sicht stets ein wichtiger Faktor geblieben. Das Mittelmeer spielte aber auch eine Rolle in der Strategie gegen Deutschland, und hier blieb die Sowjetunion ohne direkte Funktion für Grossbritannien⁶⁸. London suchte daher Italien gesprächsbereit zu halten. Die Besetzung Albanien wurde zur Kenntnis genommen. Eine direkte Aktion hielt London nicht für opportun. Aber das Ereignis fixierte den Blick noch stärker auf Mittelmeer-Probleme, verstärkte die Bemühungen um die Türkei und Griechenland. Halifax liess den italienischen Geschäftsträger wissen, dass eine Aktion gegen Korfu zum italienisch-englischen Krieg führen werde⁶⁹.

Wie aber sah man in London die Rolle der UdSSR in Europa? Sie war, wie Grossbritannien, vertraglich mit Polen verbunden. Polnisch-britische Überlegungen rechneten wenigstens mit einer wirtschaftlichen Unterstützung Polens durch die UdSSR im Kriegsfall. Allerdings schätzte die britische Botschaft in Moskau die wirtschaftliche Hilfe seitens der UdSSR im Kriegsfall nicht hoch ein. Der britische Botschafter hat Stalins Langzeitstrategie treffend beschrieben: am unangenehmsten wäre für Moskau ein schneller deutscher Sieg über die Westmächte, «leaving the victors ready to turn eastwards»⁷⁰. Solange London davon ausging, Hitler werde sich zuerst nach Osten wenden, blieben die britisch-russischen Beziehungen unterkühlt. Ein langsamer Wandel setzte im Frühjahr 1939 ein, als die verschiedensten Gerüchte darauf hinwiesen, dass Deutschland zum Schlage gegen die Westmächte ausholte. Halifax neigte einer Annä-

66 Record of Conversations, DBFP, 3, Bd. V, Nr. 1; umfassende Analyse: Aster, 1939, S. 123ff.

67 Über diese tschechoslowakische Hypothek s. Taylor, Origins, S. 214.

68 Howard, Commitment, S. 135 f., unter Hinweis auf die Februar-Analyse der Chiefs of Staff.

69 DBFP, 3, Bd. V, Nr. 95 ff.

70 Bericht vom 20. 2.1939, DBFP, 3, Bd. IV, Appendix III: «fortunately the limited export surplus of the Soviet Union would mean that, in the event of war, Soviet trade policy would scarcely be a matter of vital importance.» Die Botschaft liess in diesem Brief die Möglichkeit offen, dass die Sowjetunion aus politisch-strategischen Gründen auch Hitler unterstützen könnte.

herung zu, aber Chamberlain weigerte sich noch, einen Wechsel zu genehmigen⁷¹. Grossbritannien erhielt Kenntnis von den in Gang kommenden deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen⁷². Die Tatsache einer Klimaveränderung im deutsch-russischen Verhältnis wurde ein zusätzliches Moment für den Wunsch im Foreign Office, mit Moskau ins Gespräch zu kommen.

Aber der wiederholte Ausschluss der Sowjetunion aus Regelungen politischer Probleme in Europa liess Stalin äusserst vorsichtig gegenüber London taktieren. Die Polen-Garantie hat Moskau beunruhigt. Litvinov erklärte dem britischen Botschafter, die Sowjetunion werde künftig keine Verpflichtungen übernehmen. In Grossbritannien wuchs indessen die Einsicht, dass ohne die Sowjetunion keine verlässliche Position gegen Hitler aufgebaut werden könne. Im Parlament sprachen sich Churchill, Lloyd George, Eden und andere für eine Allianz mit der Sowjetunion aus. Der Botschafter in Moskau hielt es für nützlich, die Sowjetunion nach den Verhandlungen mit Polen und Rumänien zur Zusammenarbeit einzuladen⁷³. Die Chiefs of Staff hatten ebenfalls in ihrem Memorandum vom März eine anglo-sowjetische Allianz empfohlen.

Als aber die Sowjetunion schliesslich am 18. April mit einem konkreten Vorschlag zu einer Allianz die Initiative ergriff⁷⁴, war das Foreign Office ratlos. Frankreich hatte sich deutlich für ein Zusammengehen mit Moskau ausgesprochen. Moskau suchte jetzt den Test auf die Frage, ob die Westmächte ihre Politik zu ändern gewillt seien. Das Angebot umfasste neben anderen Punkten einen gegenseitigen Beistandspakt gegen jeden Aggressor, eine Beistandszusage für die osteuropäischen Staaten zwischen Ostsee und Schwarzem Meer, die zu den Anrainern der UdSSR zählten. Stalin schickte sich damit an, Polen als die tragende osteuropäische Macht in einem Sicherheitssystem gegen Deutschland zu verdrängen. Die britische Regierung war lediglich auf eine Vereinbarung über Wirtschaftshilfe an Polen im Kriegsfall aus gewesen. Jetzt stand sie vor einem diffizilen Problem. Konnte man Stalin trauen? Cadogan formulierte den britischen Argwohn so: Man habe ein Papier-Versprechen gegen den Nachteil einer offenen Zusammenarbeit mit Russland abzuwägen⁷⁵. Was würde Polen sagen, wenn russische Truppen Durchlass begehrten? Auch Halifax sprach von «den verderblichen Vorschlägen»⁷⁶. Die Regierung bereitete eine Ablehnung vor. Politisch und militärisch sah man keine Vorteile⁷⁷. Chamberlain befürchtete eine unnötige Provokation Hitlers, und die

71 Aster 1939, S. 152ff., und ders., Ivan Maisky.

72 Dazu ADAP. D. Bd. IV. Nr. 481 ff., Aster. 1939, S. 155.

73 Telegramm Sir W. Seeds an Halifax, 6.4.1939, DBFP, 3, Bd. V, Nr. 13.

74 Telegramm Sir W. Seeds an Halifax, 18.4.1939, ebd., Nr. 201.

75 Cadogan Diaries, 18.4., S. 175.

76 Ebd. Diese Haltung ist als «Halbherzigkeit» kritisiert worden, etwa Kettenacker, Grossmächte, S. 255. Eine Komponente dieser Haltung stellte die Einschätzung der militärischen Kraft der Sowjetunion dar. Zur französischen Auffassung Väisse, La perception de la puissance, S. 18-25.

77 Aster, 1939, S. 164. Zur französischen Ostpolitik in dieser Phase Bartel, Frankreich und die Sowjetunion.

Chiefs of Staff unterschätzten die russische Stärke. Aber sie hatten auch auf die Gefahr einer deutsch-russischen Verständigung hingewiesen. Berlin war inzwischen über die russisch-englischen Kontakte informiert.

Dieses Zögern der britischen Regierung beruhte auf einem tiefsitzenden Misstrauen gegen die Führungsmacht des Kommunismus. Eine Allianz mit Sowjetrußland passte nicht in das Weltbild Chamberlains. Seine politischen, ökonomischen und sozialen Prinzipien schienen den Pakt mit der Macht, die in allen Punkten das Gegenprinzip verkörperte, unmöglich zu machen. Viel eher und problemloser liess sich nach seinem politischen Denken auf ein Arrangement mit Hitler hinsteuern. Ein Ausgleich mit Berlin bot die besseren Aussichten, einen Krieg zu vermeiden und damit die Sozialstruktur Grossbritanniens vor unabsehbaren Erschütterungen zu bewahren.

Die Sowjetunion, ungeliebt von den Westmächten, verteufelt von Hitler, geriet durch das Schwergewicht ihrer strategischen Position und ihrer, wenn auch oft bezweifelten, Stärke in eine geradezu spektakuläre Rolle. Selbst Werbungen mit dem Ziel, diese Grossmacht wenigstens nicht gegen sich zu haben, waren mehr als ungewohnt. Hitlers Bewegung auf einen Krieg hin hatte diese Aufwertung forciert und damit eine ganz neue Konstellation der Mächte herbeigeführt.

Die Sowjetunion setzte in dieser Situation ihren alten Kurs der Ausnutzung der Gegensätze zwischen den Grossmächten fort. Das russische Interesse an einer Absicherung gegen Deutschland war schon im Herbst 1938 vor und nach dem Münchener Abkommen deutlich geworden. Im Oktober wurden die deutsche und die russische Seite sich einig, dass Presse und Rundfunk keine Attacken gegen das jeweils andere Staatsoberhaupt inszenieren sollten. Gespräche über die Verlängerung des Handelsabkommens liefen reibungslos ab. Beide Seiten verfolgten nicht nur Entspannungspolitik. Schon in der frühen Phase dieser Kontakte schlug das alte strategische Interesse Stalins stärker durch als weitreichende deutsche politische Spekulationen. Hitler setzte dann Ende 1938/Anfang 1939 plötzlich auf Warschau und liess Moskau warten. Dennoch blieb Stalin bei der Politik der Gesprächsbereitschaft.

Er war dann bald sowohl infolge der Polen-Garantie der Westmächte als auch der Entschlossenheit Hitlers zum Krieg gegen Polen in einer günstigen Verhandlungsposition. Die Zeit arbeitete für Stalin. Neben dem Ziel der Absicherung der Sowjetunion verfolgte er den politisch wie strategisch gleichermassen bedeutsamen Gedanken, die Grenzen der Sowjetunion nach Westen zu verschieben. Die Baltischen Staaten, Finnland, Bessarabien und, wenn möglich, Teile Polens kamen dafür in Frage, wie die von Stalin am 18. April 1939 gewünschte Präzisierung anzeigte, dass Grossbritanniens Beistandsverpflichtung gegenüber Polen nicht bei einem sowjetischen Angriff funktionieren sollte.

Jetzt waren Zwischenmanöver der britischen Seite, um Zeit zu gewinnen, keine angemessene Politik mehr. Rußland nicht entfremden, es trotz Ablehnung des Allianz-Angebots bei der Stange halten zu wollen, war mehr als gewagt. Aber dieses Rezept hielt das Kabinett für angebracht. Zu viele Empfindlichkeiten auf einmal sollten berücksich-

tigt werden: französische, polnische, rumänische- und auch deutsche. Man wollte der Antikomintern-Propaganda keinen Stoff liefern. Die komplizierten und artifiziiellen Überlegungen, mit denen Stalin veranlasst werden sollte zu erklären, dass die Sowjetunion bereit sei, im Falle eines militärischen Eingreifens der Westmächte aufgrund ihrer gegebenen Garantien militärische Hilfe zu gewähren, «wenn diese gewünscht werde», waren gerade zu Papier gebracht⁷⁸, als sich in Moskau eine Wende anbahnte. Aussenkommissar Litvinov wurde abgelöst. Molotov trat an seine Stelle. Er war kein Anhänger des Systems der kollektiven Sicherheit wie sein Vorgänger. Molotov legte den Finger auf den schwachen Punkt des britisch-französischen Vorschlags: Er enthielt kein gegenseitiges Hilfeversprechen. Ein deutscher Angriff auf die Sowjetunion war nicht berücksichtigt. Moskau vermisste auch eine Absicherung der Baltischen Staaten und Finnlands. Für sie existierte noch keine Garantie⁷⁹. Dass damit nur eine Garantie für den Fall eines deutschen Angriffs gemeint war, ergab sich aus Stalins Gesamtpolitik. Für den Fall eines Zusammengehens mit Hitler sollten diese Staaten zur Disposition stehen. Diese Doppelbödigkeit ist von westlicher Seite nicht zureichend erfasst worden.

Das Foreign Office hat die Bedeutung der russischen Forderungen als Voraussetzung eines Abschlusses mit den Westmächten allerdings erkannt. Die Konstruktion des osteuropäischen Sicherheitssystems stand zur Disposition, wenn jetzt wieder ausgewichen wurde. Ein Meinungsumschwung setzte ein. Die Chiefs of Staff entwarfen ein neues Strategiemodell, als sie jetzt zum erstenmal über die Folgen einer Allianz mit Russland – und über die Konsequenzen einer Absage – nachdachten⁸⁰. Die Summe ihrer Überlegungen: eine volle Einbeziehung der Sowjetunion schaffe eine solide und formidable Front gegen Aggressionen, russische Neutralität bringe die Sowjetunion dagegen nach dem Ende eines Krieges in eine beherrschende Position.

Entweder eine gegenseitige Defensiv-Allianz oder gar nichts, das schälte sich für Halifax nach Gesprächen mit dem russischen Botschafter Majskij immer mehr als Alternative heraus⁸¹. Frankreich war bereit, Gegenseitigkeit zu vereinbaren, aber in London wurden noch feinsinnig Vor- und Nachteile eines Bündnisses nach russischen Vorstellungen gegeneinander abgewogen. Ein Foreign-Office-Memorandum vom 22. Mai⁸² bezeichnete als Nachteil u.a. die Gefahr, dass ein solcher Pakt als Formierung eines ideologischen Blocks gegen die Achsenmächte angesehen werden könnte. Auch die Möglichkeit, dass er Hitler geradezu in eine Aggression hineintreiben könne, wurde erwähnt. Chamberlain, der genauso dachte, war das grosse Hindernis des seit Wochen diskutierten Vertrages. Aber schliesslich gab er sich geschlagen. Überzeugt war er nicht. Am 27. Mai ging Grossbritannien auf den Gedanken eines gegenseitigen Beistandspaktes ein.

78 Halifax an Phipps, 28.4.1939, DBFP, 3, Bd. V, Nr. 305.

79 Seeds an Halifax, 15.5.1939, ebd., Nr. 520.

80 Aster, 1939, S. 176 f.

81 Telegramm an Cadogan, 22. 5.1939, DBFP, 3, Bd. V, Nr. 581 und 582.

82 Ebd., Nr. 589 und 624.

Chamberlain suchte das Ganze in die Form von Absichtserklärungen und in den Rahmen der Völkerbundspolitik zu bringen⁸³. Stalin war dafür nicht zu haben. In Moskau wirkte diese Taktik wie ein Versuch, die Diskussion ins Endlose zu ziehen⁸⁴. Überdies entsprach der Vorbehalt zugunsten Polens und Rumäniens nicht den sowjetischen Vorstellungen. Grossbritanniens Beistandspflicht blieb abhängig von den «Rechten und der Stellung» anderer Staaten. Der russische Gegenvorschlag vom 2. Juni führte zurück zu den alten Forderungen und präziserte vor allem die Notwendigkeit schneller militärischer Absprachen⁸⁵. London musste weiter nachgeben. Am 7. Juni gab Chamberlain im Unterhaus bekannt, dass man in den wichtigsten Fragen Übereinstimmung erzielt habe⁸⁶. Ein zähflüssiger Abschiedsprozess des Appeasement kündigte sich damit an. England steuerte in eine neue Richtung.

Je näher die Gefahr rückte, umso unmöglicher wurde es, an dem Faktor Sowjetunion vorbeizuhandeln. Schon diese Konsequenz brachte eine neue Qualität in die britische Politik. Dass daneben in durchaus wichtigen Bereichen noch Möglichkeiten für ein Appeasement gesehen wurden, ändert an diesem Befund nichts⁸⁷. Selbst Konzessionsbereitschaft gegenüber, Deutschland in territorialer Hinsicht schloss diese Haltung nicht aus. Aber sie war darauf angelegt, nicht noch einmal der Gewalt zu weichen. Für die Erhaltung des Friedens wollte Chamberlain jedoch gesprächsbereit bleiben. Einem Manne wie Hitler gegenüber konnte das als Halbheit wirken und vielleicht die generelle Entschlossenheit zum Widerstand gegen Gewaltlösungen diskreditieren. Die Disposition zu einem klaren Abschluss mit der Sowjetunion ist sicher neben ideologischen Vorbehalten und einem eingefleischten Misstrauen auch von hierher ungünstig beeinflusst worden. Die Macht der Fakten und strategische Raison «überzeugten» aber schliesslich auch Chamberlain.

Erst mit der Erkenntnis, dass die Appeasement-Politik zu optimistisch betrieben worden war, wurden Allianzversuche mit der Sowjetunion möglich⁸⁸. Die Umschaltung bedeutete die Aufgabe eines allerdings nur theoretisch konstruktiven Friedenssicherungs- und Kooperationssystems und seine Ersetzung durch eine Bündnispolitik, die nach Chamberlains Auffassung eher einen Krieg herbeiführen konnte. Diese Konsequenz wollte er lange nicht akzeptieren. Daher erhielt der britische Botschafter in Moskau zunächst

83 Halifax an Seeds, 24.5.1939, ebd., Nr. 609.

84 Seeds an Halifax, 27.5.1939, ebd., Nr. 648, und 28. 5., Nr. 657; 30.5., Nr. 665, 670; 1.6., Nr. 681 und 689.

85 Ebd., Nr. 697.

86 Halifax an Seeds, 7.6.1939, ebd., Nr. 735.

87 Hier sind vor allem die deutsch-britischen Verhandlungen über einen Wirtschaftsausgleich im Juli 1939 zu erwähnen, die tatsächlich ein besonderes Licht auf die Dreieck-Situation Deutschland-Russland-England warfen. Wendt, *Economic Appeasement*, S. 586ff., spricht daher von der «Legende» einer radikalen Schwenkung der britischen Politik nach Prag.

88 Zum Ausschluss der Sowjetunion aus dem Appeasement-Konzept bis 1938 s. Niedhart, *Grossbritannien*, S. 335 und passim. Aber auch jetzt blieben starke Zweifel lebendig, s. Murray, *Change*, S. 304f., dazu etwa Kabinetsitzung vom 19. Juli 1939, PRO CAB 23/100, CAB 38 (39), S. 186.

auch den Auftrag, die britischsowjetischen Beziehungen auf neue Grundlagen zu stellen, sich aber in der Frage einer deutschen Ostexpansion nicht festlegen zu lassen⁸⁹. Das Sowohl-Als-auch machte die britische Politik in russischer Sicht suspekt, und es verhinderte einen Teil des Abschreckungseffekts der russisch-englischen Verhandlungen auf Hitler. Stalin hat die britische Beistandszusage nicht zufriedengestellt, weil ein Zugriff Hitlers auf die baltischen Staaten oder Finnland nur unter besonderen Voraussetzungen vom Vertrag umfasst war. Griff Stalin in einem derartigen Fall deutscher Expansion ein, konnte er nicht prinzipiell mit britischer Hilfe rechnen. Gerade auf dem Höhepunkt der britisch-russischen Verhandlungen kam dieser Doppelcharakter der englischen Politik in verschiedenen Halifax-Reden wieder zum Vorschein. Bei den Gesprächen in Moskau ging es um die Frage, unter welchen Voraussetzungen die Beistandspflicht der drei Grossmächte im Falle eines Angriffs auf Belgien, Griechenland, Rumänien, Polen, Türkei, Lettland, Estland oder Finnland eintreten sollte – nach russischer Vorstellung auch dann, wenn diese Staaten gar keine Garantie wollten, während Grossbritannien die einzelnen Länder nicht zu bezeichnen wünschte. Einem entsprechenden Vorschlag stimmte die Sowjetunion nicht zu⁹⁰. In dieser entscheidenden Phase – Chamberlain überlegte bereits, ob er die Verhandlungen wegen der russischen Forderungen abbrechen solle – sprach Halifax von dem Zwillingsscharakter der britischen Politik: von dem Prinzip, der Gewalt zu widerstehen, und von dem Wunsch, die konstruktive Arbeit für den Frieden fortzusetzen⁹¹. In der Endphase der Verhandlungen, als London auch noch die Schweiz, Holland und Luxemburg in die Garantie hineinbringen wollte, als Chamberlain Ende Juni bereits von seiner wichtigsten Voraussetzung abgegangen war, dass nämlich eine Einwilligung des von Deutschland angegriffenen Staates für den sowjetischen Beistand vorliegen müsse – ein äusserst wichtiges britisches Nachgeben –, spitzte sich die Diskussion auf ein ganz neues Problem zu, nämlich auf die indirekte Aggression, auf deren Berücksichtigung Molotov nunmehr grössten Wert zu legen begann. Die britische Regierung stand unter starkem innenpolitischen Druck. Aber in diesem Punkt wollte sie keinesfalls nachgeben. Botschafter Sir William Seeds hatte bereits aus Moskau berichtet, Stalin wolle offenbar die britische Rückendeckung nur haben, um seinerseits Politik gegen die kleinen Staaten Ostmitteleuropas machen zu können. London wollte auch noch nicht in sofortige Militärabsprachen eintreten. Nur auf französischen Druck willigte es Ende Juli in solche Gespräche ein⁹². Was am Anfang aller Überlegungen über eine Einbeziehung der Sowjetunion so grosse Schwierigkeiten gemacht hatte – die Frage, ob Polen, auf dessen Territorium sich aller Voraussicht nach die Einlösung einer russischen Garantie abwickeln musste, russischen Trup-

89 Ebd., S. 392.

90 DBFP, 3. Bd. VI, Nr. 35.

91 Halifax, *Speeches on Foreign Policy*, S. 283: «twin foundations of purpose».

92 DBFP, 3. Bd. VI, Nr. 414,435,444.

pen Einlass gewähre –, stand auch am Ende der Verhandlungen als unüberwindliches Hindernis da. Die britische Militärdelegation konnte es nicht übersteigen. Ihre Instruktion war wenig hilfreich⁹³. Polen wünschte keine russischen Truppen auf seinem Territorium, weil äusserst ungewiss war, wie man sie wieder hinausbringen konnte. Warschau fürchtete eine kommunistische Unterwanderung der Landbevölkerung.

Mitte August glaubte das Foreign Office zwar immer noch an einen positiven Ausgang, führte die Verhandlungen aber schon unter dem Aspekt der Verhinderung eines deutsch-sowjetischen Abkommens⁹⁴. Halifax drängte jetzt auf den Fortgang der militärischen Verhandlungen⁹⁵. Auf der gleichen Linie bewegte sich Frankreich⁹⁶. Der gelegentlich aufflackernde Optimismus der Westmächte war aufgrund der polnischen Haltung unbegründet⁹⁷. Frankreichs Vorschlag, Polen möge stillschweigend dem Durchmarsch russischer Truppen durch Korridore im Norden und Süden zustimmen, stiess in Warschau auf Ablehnung. Der polnische Generalstabschef bezweifelte die guten Absichten der Sowjetunion, ebenso wie Beck noch am 19. August⁹⁸. Der russische Vorschlag, Korridore in Galizien und bei Wilna vorzusehen, besass nicht die geringste Chance. Trotz der grossen Zugeständnisse der Westmächte kamen die Verhandlungen nicht vorwärts. So half auch die schliesslich akzeptierte Erweiterung der Beistandsverpflichtung auf Fälle der «indirekten Aggression» nicht weiter. Aber ehe noch eine Einigung auf die Definition der «indirekten Aggression» erzielt war, wurde Hitler unruhig. Er war jetzt gezwungen, das Gespräch mit Stalin zu suchen: eine Position, in die der sowjetische Diktator ihn beharrlich hineinmanövriert hatte.

Die Westmächte suchten die jetzt aussichtslosen Verhandlungen selbst nach dem Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes noch fortzusetzen. Erst am 25. August deutete Vorosilov an, dass in der neuen politischen Situation eine Fortsetzung der Gespräche sinnlos sei⁹⁹.

Hitler hat seinen Kurs zwischen Grossbritannien und der Sowjetunion frei von ideologischen Skrupeln abgesteckt. Die englisch-französische Initiative zur Absicherung Rumäniens gegen einen befürchteten deutschen Angriff bezeichnete das Auswärtige Amt als «Aktion der englischen Regierung zur Bildung einer Einheitsfront gegen Deutsch-

93 Ebd., App. V, S. 762ff. (S. 772).

94 Sitzung des Committee on Foreign Policy vom 4.7.1939, PRO Cab 27/625. In diesem Sinne hatte Halifax am 5.7. auch den US-Botschafter in London, Kennedy, informiert. Kennedy an Secretary of State, 5.7.: «They would like to tie up Russia so that there is no possibility of the Russians considering a deal with Germany», FRUS, 1939, Bd. I, S. 282. Kennedy meinte daher, das Ganze sei mehr «a negative agreement rather than a positive one».

95 Telegramm an Seeds, 15.8., 1939, DBFP, 3, Bd. VII, Nr. 6.

96 Seeds an Halifax, 16.8.1939, ebd., Nr. 20. Azéma, Französische Politik, S. 280-313, kommt zum Ergebnis, dass in Paris grösseres Selbstbewusstsein aufkam und man sich «etwas von der englischen Dominanz freimachte». Frankreich wünschte, die Sowjetunion zum wesentlichen Bestandteil des östlichen Sperrgürtels gegen Hitler zu machen, in gewisser Weise also Barthous Linie fortzusetzen.

97 Vgl. u. a. ebd., Nr. 27 und 30.

98 Kennard an Halifax, 18.8.1939, ebd., Nr. 60 und Nr. 70.

99 Seeds an Halifax, 25.8.1939, ebd., Nr. 277.

land»¹⁰⁰. Hitler sprach in seiner Reichstagsrede nach der Polen-Garantie von der Einkreisungspolitik Englands. Seine Schlussfolgerung, die wiederum Raum für künftige Expansionen und zugleich eine Basis für die Propaganda schaffen sollte, bestand in der Kündigung des Flottenvertrags und des deutsch-polnischen Vertrags.

Berlin war von Anfang an über die englisch-russischen Kontakte, die mit der Rumänien-Initiative einsetzten, informiert. Die Möglichkeit eines Arrangements der Flügelmächte musste in die Kalkulation einbezogen werden. In der Entwicklung der Positionen der Grossmächte bis zum September 1939 hat die strategische Lage der Sowjetunion im Rücken Polens eine ganz entscheidende Bedeutung gewonnen. Aber die russisch-englische Allianz ist nicht an dem russisch-polnischen Gegensatz gescheitert, der sich auf die britisch-russischen Gespräche negativ auswirkte, sondern am strategischen Kalkül Stalins. Grössere Sicherheit versprach ihm das Arrangement mit Hitler. Es erlaubte auch den unproblematischen Zugriff auf Polen und die baltischen Staaten und liess zudem die Möglichkeit eines Krieges zwischen den Westmächten und Deutschland offen, in dem Russland ganz im Sinne seiner Langzeitstrategie Zuschauer bleiben konnte. Wie hat Hitler die Polen-Garantie und die anlaufenden britisch-russischen Allianzgespräche in seine Kalkulationen einbezogen? Welcher Radius blieb seiner Politik angesichts der Möglichkeit der Weltkriegskoalition? Seine Ausführungen vom 23. Mai zeigen, dass theoretisch keine Alternative erfolgversprechend sein konnte. Liess sich Polen nicht isolieren, dann blieb nach eigener Sicht der Erfolg fraglich. Genauer besehen, besagte diese Formel aber nur, dass eine *militärische* Isolierung Polens erreicht werden müsse, d.h. der Westen musste *militärisch* aus dem Spiel bleiben. Hitler spekulierte sicherlich auch auf den Abschreckungseffekt des Westwalls¹⁰¹. Trifft diese Interpretation zu, dann ging Hitler davon aus, dass selbst beim Funktionieren der Garantie nicht unbedingt ein militärisches Eingreifen der Westmächte und damit die Ausweitung zum Zwei-Fronten-Krieg die Folge sein müsse, dass vielmehr eine Phasenverschiebung im direkten militärischen Engagement gestatten könnte, zunächst Polen auszuschalten. Damit traf er sogar den Kerngedanken der britischen Strategie, die ja davon ausging, dass Polen erst am Ende eines gewonnenen Krieges effektiv in den Genuss der Garantie kommen könne. Nur die Einschaltung der Sowjetunion hätte Deutschland so lange im Osten binden können, bis eine zweite Front etabliert war.

Diese Möglichkeit bezog Hitler trotz Kenntnis der Gespräche der Flügelmächte nicht in seinen Aufriss vom 23. Mai ein. Nur ganz flüchtig tauchte der Gedanke auf, dass einem Bündnis Frankreich-England-Russland mit der Kombination Deutschland-Japan-Italien begegnet werden müsse – also mit der Fiktion eines Bündnisses. In einem solchen Fall, das wusste Hitler sehr genau, konnte er im Wesentlichen nur auf die eigene Stärke bau-

100 Rundtelegramm Staatssekretär vom 24.3.1939, ADAP, D, Bd. VI, Nr. 83.

101 Seine Perfektion hatte er in seiner Reichstagsrede vom 28. 4.1939 gross herausgestellt: «dieses gewaltigste Festungswerk aller Zeiten», Domarus II, S. 1154. Zum tatsächlichen Zustand mancher Abschnitte s. Groscurth, Tagebücher, S. 179.

en. Der noch näher liegende Gedanke, lieber einem Konflikt auszuweichen, war ihm aufgrund der Festlegung der jahrelang auf den baldigen Krieg hin orientierten Ressourcen des Reiches nahezu undenkbar. Sein Fazit: schon ein derartiges Bündnis der drei Grossmächte werde ihn veranlassen, «mit einigen vernichtenden Schlägen England und Frankreich anzugreifen». Das Konzept stellte eine armselige Strategie angesichts der deutschen Wirtschaftslage und des Rüstungsstandes von Marine und Luftwaffe dar. Hitler war auch nicht ohne Skrupel, ob dieses Rezept funktionieren werde, wie seine noch zu erwähnende Überlegung zeigt, gegebenenfalls einzulernen und dazu den programmierten «Parteitag des Friedens» hochzustilisieren.

Russlands Auftreten in einer solchen Kombination hätte, wenn die Aussage vom 23. Mai wahrgemacht worden wäre, Hitler zu einem Verzweiflungsschritt getrieben. Er hätte alle von ihm gerügten Fehler der wilhelminischen Politik überboten. Es kann kaum unterstellt werden, dass Hitler so verfahren wäre. Vor der nun fast greifbar nahen Gefahr wurde er unsicher. Weizsäcker notierte am 30. Juli 1939: «Die Entscheidung dieses Sommers über Krieg oder Frieden will man bei uns davon abhängig machen, ob die schwebenden Verhandlungen in Moskau zum Beitritt Russlands in den Kreis der Westmächte führen. Wo nicht, wäre die Depression dort so gross, dass wir uns gegen Polen alles erlauben könnten¹⁰².»

Am 23. Mai fielen Formulierungen, die Sinn und Zusammenhang in die deutsch-russischen Handelsgespräche brachten: Wirtschaftliche Beziehungen seien nur möglich, wenn sich die politischen Beziehungen gebessert hätten. Vielleicht, so meinte Hitler, zeige sich Russland auch an der «Zertrümmerung Polens» desinteressiert. Diese Andeutungen, in den Zusammenhang der europäischen Situation des Frühsommers 1939 gestellt, lassen wenig Zweifel daran, dass die britische Polen-Garantie Hitler jetzt zum Nachdenken brachte. Die Allianzverhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion hatte er zwar noch nicht in ein Gesamtprogramm einzuordnen vermocht, aber er begann, Angebote an Stalin zu überdenken. Dass sein Gesamtkalkül in dieser potentiell doch sehr bedrohlichen Lage immer noch auf rasche Lösungen abzielte, zeigt die Tatsache, dass er die USA noch nicht in den voraussichtlichen Ablauf der nächsten Entwicklung einbezog, obwohl er sich über die Rolle der USA in einer deutsch-englischen Auseinandersetzung klar sein musste.

Im September 1938 hatte der deutsche Geschäftsträger in Washington über die prinzipiellen Anliegen der amerikanischen Politik im Falle eines Krieges ebenso nachdrücklich berichtet wie vor ihm Botschafter Dieckhoff. Er wies auf die maritimen Absprachen der angelsächsischen Mächte hin. England entlastete bekanntlich die USA im Atlantik und gestattete damit der US-Navy, sich ganz auf Japan zu konzentrieren. Sein Fazit: die USA würden eine Niederlage Grossbritanniens mit allen Mitteln zu verhindern suchen¹⁰³. Das Interesse Roosevelts an stabilen Verhältnissen wurde wiederholt deutlich.

102 Weizsäcker-Papiere, S. 157.

103 Hillgruber, Faktor Amerika, S. 8; Hildebrand, Aussenpolitik, S. 88, ADAP, D, Bd. I, Nr.

Seinen Friedensappell vom 14. April 1939¹⁰⁴ wies Hitler sarkastisch ab¹⁰⁵. Noch glaubte er nicht, in eine Situation geraten zu sein, die das amerikanische Potential ins Spiel bringen konnte. Aber die Reaktion in den USA auf die «Kristallnacht» deutete an, dass Hitler psychologisch schon erhebliches Terrain verloren hatte. In einer Art Überkompensation zielte nunmehr die NS-Presse stärker gegen die USA¹⁰⁶.

Hitler glaubte 1939, die Überlegenheit zu haben, erfolgreiche kurze Schläge auszuteilen, auch gegen die Westmächte¹⁰⁷. Eigentlich lag schon jetzt eine Überdehnung der politischen Komponente des Blitzkriegskonzepts vor, das ja ein Nacheinander in der Wendung gegen einzelne Gegner voraussetzte¹⁰⁸. Der Glaube an den Erfolg «schneller Schläge» hat mit dazu geführt, dass Hitler sich eine politisch-militärische Gesamtwertung der Tendenzen und Potentiale der Grossmächte ersparte. Dies mag auch seine eigentümliche Zurückhaltung in der hochdramatischen diplomatischen Situation des Sommers 1939 erklären. Er hatte nicht die geringste Sicherheit, dass die Sowjetunion nicht mit Grossbritannien abschliessen werde, dennoch entfaltete er zunächst keine nachdrückliche Initiative, um ein Arrangement Moskaus mit den Westmächten schon im Ansatz zu verhindern. Nach der britischen Polen-Garantie konnte er an eine Wendung gegen die Sowjetunion ohnehin erst im Anschluss an die Auseinandersetzung mit den Westmächten denken, die Grossbritannien mit allen diplomatischen Anstrengungen überdies zu einem Zweifrontenkrieg für Hitler werden lassen wollte. Obwohl Hitler der als Einkreisungspolitik kritisierten diplomatischen Offensive der Westmächte zunächst nichts Entscheidendes entgegenzusetzen wusste, blieb er auf die Auseinandersetzung mit dem Westen fixiert¹⁰⁹, die er möglichst erst nach Ausschaltung Polens in einem von ihm zu wählenden Moment beginnen wollte.

Der am 22. Mai abgeschlossene «Stahlpakt» mit Italien ist zwar als Militärbündnis konstruiert worden, brachte aber kaum zusätzliches politisches Gewicht¹¹⁰. Japans Beitritt zum Militärbündnis scheiterte¹¹¹, was Hitlers Gesamtstrategie auf sehr unsicheren Boden stellte, wie seine knappen Andeutungen am 23. Mai schon erkennen liessen. Mussolini wollte sich nicht in den von Hitler erzeugten Prozess der Beschleunigung, den ein baldiger Angriff auf Polen bedeuten musste, hineinziehen lassen. Er setzte seine Zeitgrenze für 1943 fest. Vorher sollte mit Italien aus ökonomischen und rüstungstechni-

104 Moltmann, Friedensappell.

105 Ebenfalls in der Reichstagsrede vom 28. 4. 1939.

106 Schröder, Drittes Reich, S. 257.

107 Frank, Im Angesicht des Galgens, S. 344. Besonders aber seine Ausführungen vom 23.5.

108 Zum Blitzkriegskonzept s. a. Dülffer, Einfluss des Auslands, S. 300.

109 Henke, England, S.248f., mit dem Hinweis auf das Gespräch Göring-Mussolini Mitte April, Aufzeichnung vom 15.4.1939, ADAP, D, Bd. VI, Nr. 205.

110 Text des Vertrages: ebd., Nr. 426; Wiskemann, Rome-Berlin Axis.

111 Sommer, Deutschland und Japan.

schen Gründen nicht gerechnet werden können¹¹². In den strategischen Vorstellungen existierte nicht einmal Übereinstimmung in Kernfragen. So meinte Mussolini, die Westmächte müssten als «eingemauert», mithin als praktisch unempfindlich gegen Heeresoperationen angesehen werden. Daher seien Verteidigungsstellungen am Rhein, in den Alpen und in Libyen vorzusehen. Nur nach Osten und Südosten könne ein dynamischer Krieg geführt werden. Zunächst suchte Mussolini also die deutsche Energie gegen Polen zu lenken. Dieser Staat und die anderen garantierten Staaten im Südosten könnten paralysiert werden, noch ehe wirkliche Hilfe, auch aus Russland, geleistet werden könne.

Mit diesem Bundesgenossen durfte Hitler also vorerst nicht rechnen; Ciano bestätigte am 12. und 13. August auf dem Obersalzberg mit noch detaillierteren Angaben diesen Sachverhalt¹¹³. Hitler und Ciano wichen noch in weiteren Punkten der strategischen Lagebeurteilung voneinander ab. Der italienische Außenminister ging davon aus, dass ein Krieg gegen Polen sich zu einem allgemeinen europäischen Krieg auswachsen werde. Hitler dagegen war der «felsenfesten Überzeugung, dass die westlichen Demokratien letzten Endes doch vor der Entfachung eines allgemeinen Krieges zurückschrecken» würden. Ein von Ciano vorbereitetes Kommuniqué, mit dem Mussolini eine Geste des Friedenswillens der «Achse» durchsetzen wollte, fand nicht Hitlers Billigung. Es gab keinen Zweifel, wer Tempo und Richtung der künftigen Schritte bestimmte. Hitler rechnete vor, dass bis Ende August die Entscheidung fallen müsse, ob er gegen Polen marschiere. Der Spätsommer sollte ausgenutzt werden. Danzig schwebte angeblich in grosser Gefahr. Die Liquidierung Polens bedeute für die Achse genauso einen Gewinn an Stärke wie eine italienische Liquidierung Jugoslawiens. Ribbentrop ergänzte, nach Erledigung dieser Probleme sei der Rücken der Achsenmächte frei für den Kampf gegen den Westen. Ciano stellte zwar erleichtert fest, der «Duce» brauche wohl keine Entscheidung zu fällen, weil Hitler glaube, den Konflikt mit Polen lokalisieren zu können. Er wusste jetzt aber, dass der Krieg binnen Kurzem da sein werde. So ernst hatte Italien die Lage bisher nicht beurteilt.

In Hitlers Beweisführung waren langfristige Zielsetzungen mit äusserst punktuellen Gesichtspunkten verbunden: Aus Raummangel könnten die Achsenmächte so nicht weiterleben. Die Auseinandersetzung mit den Westmächten sei unausbleiblich. Italien gehöre das Mittelmeer, Deutschland werde den alten Germanen weg nach Osten beschreiten. Jetzt aber sei der Krieg gegen Polen besonders günstig. England sei aus der Luft äusserst verwundbar, weil seine Flak sich noch im Rückstand befinde. Deutschland aber könne kaum entscheidend angegriffen werden. Die skandinavischen Länder blieben sicher neutral. Die einzige Angriffsmöglichkeit für die Westmächte sei über Holland gegeben. Dies aber sei sehr unwahrscheinlich. Der Vorrang der Westinitiative beherrschte Hitlers politisch-strategische Überlegungen ganz eindeutig. Der «alte Germanenweg» sollte zuerst nach Polen führen, er sollte damit auch in Richtung der Ostsee-Anrainer

112 Denkschrift Mussolinis zum Stahlpakt vom 30.5.1939, ADAP, D, Bd. VI, Nr. 459, Anlage.

113 Aufzeichnungen der Gespräche vom 12. und 13.8., ADAP, D, Bd. VII, Nr. 43 und 47.

des Baltikums weisen; aber dann war der grosse Marsch nach Osten durch einen Zwischensieg gegen die Westmächte vorzubereiten. Die Sowjetunion spielte auch in diesen Gesprächen kaum eine Rolle. Ribbentrop teilte lediglich mit, die Sowjetunion sei über Deutschlands Absichten gegen Polen orientiert und mit der Entsendung eines deutschen politischen Unterhändlers nach Moskau einverstanden. Damit war die in Gang gekommene Anbahnung eines neuen Verhältnisses zur Sowjetunion angedeutet.

Diese Initiative Hitlers und Ribbentrops ist auf einem strategischen Resümee der Lage Deutschlands im Sommer 1939 aufgebaut gewesen. Hitlers Ausführungen vom 23. Mai waren nicht das letzte Wort über die Sowjetunion. Schon im Juni gab Hitler zu erkennen, welche Bedeutung er diesem jetzt allgegenwärtigen Faktor in der europäischen Politik beimass. Deutsche Fühler hatten aber bis zu diesem Zeitpunkt trotz wiederholter russischer Zeichen der Bereitschaft zu einem Arrangement zu keinen greifbaren Ergebnissen geführt¹¹⁴. Beiderseitiges Misstrauen war ursächlich dafür. Im Auswärtigen Amt gab es unterschiedliche Meinungen über die Konsequenzen eines russisch-englischen Paktabschlusses. Die Opposition war sich klar darüber, dass Hitler als Partner Stalins eine ganz gefährliche Lösung darstellen würde. Aber in diese Richtung ging die Entwicklung, als Moskau Mitte Juni erkennen liess, dass es «am Scheideweg» stehe. Eine solche Andeutung machte der russische Geschäftsträger in Berlin dem bulgarischen Gesandten. Unter Scheideweg verstand der russische Diplomat, ob die Sowjetunion mit den Westmächten abschliessen, die Verhandlungen hinauszögern oder eine Annäherung an Deutschland suchen solle. Stalin hatte schon mit seiner Rede vom 10. März 1939 vor dem XVIII. Parteitag ein Zeichen gesetzt, als er ausführte, die Ukraine fühle sich nicht bedroht. Berlin hat den Wink verstanden¹¹⁵, zumal Stalin hinzugefügt hatte, ideologische Auseinandersetzungen seien kein Grund für aussenpolitische Rivalitäten – ein Satz, der im Auswärtigen Amt nach dem 30. Januar 1933 eine Zeitlang ebenso gebraucht worden war. Diese Anbahnungsversuche Stalins fügten sich in die alte Strategie gegen die kapitalistischen und faschistischen Staaten ein. Sie war schon früh formuliert worden, etwa auf der Tagung des Zentralkomitees der KPdSU am 19. Januar 1925: «Sollte aber der Krieg beginnen, so werden wir nicht untätig zusehen können – wir werden auftreten müssen, aber wir werden als letzte auftreten, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, ein Gewicht, das ausschlaggebend sein dürfte¹¹⁶.»

Hitler erfasste die Chance. Er scheint für den Fall des Zustandekommens der Allianz zwischen den Westmächten und der Sowjetunion an Rückzug gedacht zu haben. Die Aktion gegen Polen wollte er dann offenbar doch «abblasen»¹¹⁷ und einen «Parteitag

114 Kordt, Wilhelmstrasse, S. 309.

115 Hildebrand, Aussenpolitik, S. 90; Hillgruber, Die sowjetische Aussenpolitik 1939-1945, in: Osteuropa-Handbuch; Josef Stalin, Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU am 10.3.1939. Zur Wendung im Mai nach Litvinovs Entlassung s. a. Irving, Hitlers Weg, S. 362.

116 Stalin, Werke, Bd. 7, S. 11.

117 Kordt, Wilhelmstrasse, S. 310.

des Friedens» abhalten¹¹⁸. Er sollte für den «Normalfall» der Kriegsvorbereitung gegen Polen unauffällige militärische Transportbewegungen ermöglichen helfen, konnte also ebenso zur Unterstützung einer offensiven Politik beitragen. Die ebenfalls Mitte Juni wieder einsetzenden englischen Bemühungen, neue Kontakte mit Berlin aufzunehmen¹¹⁹, standen auf deutscher wie britischer Seite im Schatten der Moskauer Möglichkeiten¹²⁰. Die Wirkung solcher Bemühungen auf Hitler war denkbar gering, so auch die Ergebnisse der Gespräche des Ministerialdirektors Wohlthat aus Görings Amt für den Vierjahresplan mit Horace Wilson¹²¹ im Juli. Kolonialangebote und friedliche Revision der Ostgrenzen – bekanntlich sicherte die britische Garantie die Unabhängigkeit, nicht die Grenzen Polens –, aber auch eine gemeinsame deutsch-englische Gewaltverzichtserklärung, eine Nichteinmischungserklärung, Wirtschaftsgespräche und Abrüstungserklärungen interessierten Hitler nicht. Sie enthielten für ihn viel zu viel Bindungen, die ihm ein Zusammengehen mit Russland nicht auferlegen würde. Das Modell für den deutsch-englischen Ausgleich entsprach den Vorstellungen Weizsäckers und anderer Vertreter des Auswärtigen Amtes. Göring war dafür zu haben, nicht dagegen Hitler¹²². Es gibt zwar einen Anhalt dafür, dass er nach der «Zerschlagung Polens» zu Gesprächen mit Grossbritannien bereit gewesen wäre¹²³, der gesamte Komplex macht aber nur noch deutlicher, dass er auf Polen fixiert war, auch um den Preis eines Krieges mit den Westmächten. Vor der Auseinandersetzung mit Polen liess er sich auf Sondierungen dieser Art nicht ein. Vor der Wahl zwischen Krieg und Frieden, setzte er auf Krieg. Gegenüber Lord Kemsley machte er seine Ablehnung des Appeasement-Konzepts am 27. Juli unmissverständlich klar. Für einen Ausgleich auf der Grundlage seiner eigenen Vorstellungen war er bereit, Japan fallenzulassen¹²⁴, was freilich wenig besagte angesichts der Probleme, die ein deutsch-russisches Zusammengehen für die deutsch-japanischen Beziehungen mit sich bringen musste.

Die sowjetische Seite suchte offensichtlich die in Berlin forcierten Wirtschaftsgespräche in ein anderes Fahrwasser zu bringen. Anders ist die wohl bewusst provokatorische Bemerkung Mikojans gegenüber einem Wirtschaftsfachmann der Moskauer Botschaft kaum verständlich: Er habe immer noch nicht die Sicherheit, dass es sich bei den deutschen Bemühungen nicht um ein blosses Spiel handle, an dem Berlin gerade jetzt sehr interessiert sei¹²⁵.

118 Weizsäcker, *Erinnerungen*, S. 247.

119 Metzmaker, *Ausgleichsbemühungen*.

120 So hat sich selbst Henderson gegenüber Weizsäcker geäussert, vgl. Aufzeichnung Weizsäckers vom 13.6.1939, ADAP, D, Bd. VI, Nr. 521.

121 Ebd., Nr. 716.

122 S. dazu Henke, *England*, S. 268.

123 Ebd., S. 272ff. mit Verweisen; dazu auch Halder, *KTB I*, S. 11.

124 Lenz/Kettenacker, *Lord Kemsleys Gespräch*.

125 Aufzeichnung Hilgers über Gespräch mit Mikojan, 17.6.1939, ADAP, D, Bd. VI, Nr. 543.

Ohne die strategische Disposition Stalins zu einem Zusammengehen mit Hitler wäre eine britisch-russische Kombination nicht zu verhindern gewesen. Hitler hatte für seine politischen Vorstellungen von England wenig zu erwarten, von Russland dagegen eine freie Hand gegen Polen. Das gab eindeutig den Ausschlag. Weizsäcker suchte in London auf die Gefahr hinzuweisen und die Wichtigkeit eines englisch-russischen Abschlusses zu unterstreichen¹²⁶: Auch für die Opposition rückte London in eine Schlüsselposition.

Direkten Kurs auf eine «Neugestaltung» der deutsch-russischen Beziehungen nahm Ribbentrop am 2. August 1939 in einem Gespräch mit dem russischen Geschäftsträger Astachov. Es gebe «kein Problem von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, was zwischen uns nicht zu lösen sei»¹²⁷. Über Deutschlands Pläne gegen Polen liess Ribbentrop keinen Zweifel: Bei polnischer Provokation würde die «Abrechnung mit Polen in Wochenfrist erledigt sein». Eingeflochten war eine «leichte Andeutung» der Bereitschaft zu einer Verständigung mit Moskau «über das Schicksal Polens». Stalin konnte also von Anfang der Verhandlungen an davon ausgehen, dass ein Arrangement mit Hitler aus der polnischen Beute belohnt werden würde. Am 4. August erfuhr Molotov vom deutschen Botschafter, dass man auch über die baltischen Staaten reden könne, «lebenswichtige Sowjet-Ostsee-Interessen» sollten gesichert bleiben: An den bekannten Forderungen gegen Polen halte Deutschland fest. Ribbentrop bot am 14. August an, selbst nach Moskau zu kommen¹²⁸. Seine Argumentation für eine deutsch-russische Verständigung liess neben den abgegriffenen Vokabeln den Zwang erkennen, in den Hitlers Politik hineingeführt hatte. Er sass in einer Position ohne Bewegungsspielraum. Die Sowjetunion sollte heraushelfen: «Die durch die englische Politik hervorgerufene Zuspitzung der deutsch-polnischen Beziehungen sowie die englische Kriegstreiberei und die damit verbundenen Bündnisbestrebungen machen eine baldige Klärung des deutsch-russischen Verhältnisses erforderlich.» Ribbentrop sprach von der Wiederherstellung der «deutsch-russischen Freundschaft» und von einer Klärung territorialer Fragen Osteuropas. Von der Baltikum-Erklärung war Molotov «bis zu einem gewissen Grade befriedigt», wie Botschafter Graf v. d. Schulenburg meldete, aber dass Deutschland in der polnischen Frage eine Lösung aufgezwungen werden könnte, liess sich Molotov nicht vormachen. Er verlangte ferner, dass Deutschland nicht länger die «japanische Aggression» unterstütze. Berlin suchte jetzt unter allen Umständen zum Zuge zu kommen. Die britische militärische Verhandlungsdelegation weilte bereits in Moskau. Am 16. August liess Molotov durchblicken, dass an dem Ribbentrop-Besuch Interesse bestehe. Zur Vorbereitung bat er um Klärung verschiedener Fragen – die wichtigste: Wie stelle sich die deutsche Regierung zur Idee eines Nichtangriffspaktes und zu einer gemeinsamen Ga-

126 Weizsäcker, *Erinnerungen*, S. 235.

127 Ribbentrop an Schulenburg, 3.8.1939, ADAP, D, Bd. VI, Nr. 760.

128 Ribbentrop an Schulenburg, 14.8.1939, ADAP, D, Bd. VII, Nr. 56.

rantie der Baltischen Staaten? Der folgende Meinungs austausch¹²⁹ führte Hitler und Stalin näher aufeinander zu, während zugleich klar wurde, dass ein Bündnis mit Japan scheitern werde¹³⁰. Hitler drängte in Moskau auf ein rasches Verfahren¹³¹. Aus London kamen beunruhigende Nachrichten über den Verlauf der russisch-britischen Verhandlungen.

Inzwischen wurde starker Druck auf Polen ausgeübt, aber so, dass Polen jede Verantwortung zufallen sollte¹³². Die Zuspitzung des Verhältnisses zu Polen gehörte zur Taktik gegenüber Moskau. Damit wurde der Zwang zur Eile begründet. Botschafter v. Dirksen meldete aus London, Grossbritannien werde auf jeden Fall automatisch in einen deutsch-polnischen Konflikt hineingezogen, weil es seinen politischen Wechsel honoriere. Am 20. August wurde in Berlin der russische Paktentwurf bekannt¹³³, und am 23. August unterzeichnete Ribbentrop den Nichtangriffsvertrag in Moskau zusammen mit dem Geheimen Zusatzprotokoll¹³⁴.

Im Falle kriegerischer Verwicklungen eines der Vertragschliessenden versprach der andere, den Gegner des Vertragschliessenden nicht zu unterstützen. Der auf zehn Jahre abgeschlossene Vertrag sah Konsultationen vor und weitere Sicherheiten. Jeder versprach, sich nicht an Mächtiggruppierungen zu beteiligen, die sich in irgendeiner Form gegen den anderen Teil richteten. Das Geheime Zusatzprotokoll sah die Aufteilung des Baltikums und Polens in russische und deutsche Interessensphären vor. Deutschland erklärte darüber hinaus sein völliges Desinteresse an Bessarabien.

Dieser Nichtangriffspakt bedeutete vor allem den Krieg gegen Polen. Das war auch Stalin klar. Mit dem Zusatzprotokoll war für diesen Fall vorgesorgt. Das russische offizielle Werk zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges stellt den Vertrag, über dessen Zusatzprotokoll kein Wort verloren wird, in einen vollkommen anderen Zusammenhang. Mit ihm sei der Plan vereitelt worden, die inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems auf Kosten der UdSSR zu lösen¹³⁵. Der entscheidende Gesichtspunkt war aber, dass die Sowjetunion in der Hinterhand bleiben konnte. Mit der Auseinandersetzung der Westmächte und der Achse wurde gerechnet. Damit war der Konflikt der kapitalistischen und faschistischen Staaten da, der in der Langzeitstrategie Moskaus schon immer eine Rolle gespielt hatte.

129 Ebd., Nr. 88 und 105.

130 Botschafter in Tokio an Auswärtiges Amt, 18.8.1939, ebd., Nr. 110.

131 Ribbentrop an Schulenburg, 18.8.1939, ebd., Nr. 113.

132 Weizsäcker an Büro Reichsaussenminister, 19. 8.1939, ebd., Nr. 119 und 139. Zur Pressekampagne Irving, Hitlers Weg, S. 421.

133 Text: ebd., Nr. 133.

134 Texte: ebd., Nr. 228 und 229. Zum deutsch-russischen Vertrag s. Braubach, Hitlers Weg; Fabry, Hitler-Stalin-Pakt; McSherry, Stalin, Hitler and Europe, vol. 1. Sipols, Vorgeschichte; Weber, Entstehungsgeschichte.

135 Geschichte des zweiten Weltkrieges, Bd. 2, S. 346. Beyer, Hitler-Stalin-Pakt, S. 60-108, qualifiziert Stalins Politik im Sommer 1939 demgegenüber als «Politik des Nachgebens, des Zurückweichens, der Beschwichtigung». Zur britischen Sicht: Manne, Some British Light.

Hitler suchte in den letzten Tagen vor Eröffnung des Krieges gegen Polen zwar noch, die Westmächte davon zu überzeugen, dass allein Polen für die Herbeiführung der Konfliktsituation verantwortlich sei, aber der Ansatz zu einer Politik, mit der Grossbritannien verleitet werden sollte, sich von Polen zu distanzieren, bezog lediglich taktische und psychologische Komponenten in das Kalkül ein und war daher ungeeignet, Grossbritannien aus seiner mit der Polen-Garantie bezogenen politischen Position herauszu-manövrieren. Frankreich gegenüber unternahm er in den nächsten Tagen weitere Versuche nicht, weil in seiner Sicht Paris nur noch eine Position innerhalb der britischen Politik wahrnahm.

Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob Hitler mit seinem «Bündnisangebot» an Grossbritannien vom 25. August 1939¹³⁶ wieder zu seiner ursprünglichen England-Konzeption zurückgekehrt sei. Wäre mithin dieser Schritt so zu interpretieren, dass jetzt der keineswegs aus der Sofort-Planung eliminierte Krieg gegen Polen doch als Vorschalt-ereignis einer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion gesehen wurde und nicht als Operation zur Gewinnung der Rückenfreiheit für den Anlauf zur Verdrängung Grossbritanniens vom Kontinent und zur Ausschaltung Frankreichs¹³⁷? Eine solche Wendung wäre jedenfalls sehr schnell erfolgt. Noch am 23. August stellte Hitler gegenüber dem britischen Botschafter in einer ersten mündlichen Stellungnahme zum Brief Chamberlains vom 22. August¹³⁸ fest, Grossbritannien habe Polen erst zu einer deutschfeindlichen Politik ermutigt und müsse jetzt dafür zahlen. Weitere polnische Provokationen würden «sofort ein Handeln seitens des Reiches nach sich ziehen». Eine Mobilmachung im Westen werde sofort mit einer deutschen Mobilmachung beantwortet. Der Tenor dieser Ausführungen – nach Henderson von Hitler sehr heftig und übertreibend vorge-tragen – war ganz auf Entschlossenheit zum Risiko des Krieges auch gegen die West-mächte abgestellt: «England habe sich den Mann, der sein grösster Freund werden wollte, zum Feinde gemacht.» England werde jetzt ein anderes Deutschland kennenlernen. Vielleicht hat Hitler geglaubt, der Abschluss des Vertrages mit Russland und eine starke Sprache könnten eine abschreckende Wirkung auslösen. Diese Linie verfolgte ebenso kompromisslos der Antwortbrief Hitlers an Chamberlain vom 23. August¹³⁹. Chamberlain hatte keinen Zweifel daran gelassen, dass Grossbritannien eine gewalt-same Lösung gegen Polen nicht tolerieren werde und dass auch der deutsch-russische Vertrag an dieser Entschlossenheit nichts ändern könne. Hitler bezeichnete das Danzig-

136 Aufzeichnung der Erklärung Hitlers an Henderson vom 25.8.1939, ADAP, D, Bd. VII, Nr. 265.

137 Henke, *England*, S. 289ff., nach ihm Wendt, *Danzig*, S. 793f.; einschränkend Hillgruber, *England*, S. 77. Näher zur Rolle Danzigs in der deutschen Aussenpolitik: Denne, *Danzig-Problem*; Levine, *Hitler's Free City*; Kimmich, *Danzig*.

138 Aufzeichnung vom 24.8. über die Unterredung Hitler-Henderson vom 23.8., ADAP, D, Bd. VII, Nr. 200. Der Text des Briefes von Chamberlain ist als Anlage zu Nr. 200 abgedruckt. Hendersons Bericht: DBFP, 3. Bd. VII, Nr. 200 und Nr. 248.

139 Text: ADAP, D, Bd. VII, Nr. 201. Zum Informationsstand Hitlers durch Forschungsamts-Berichte vgl. Irving, *Hitlers Weg*, S. 438 ff.

Problem und die Korridor-Frage als Angelegenheiten von zwingender nationalpolitischer und psychologischer Bedeutung. Eine friedliche Behandlung dieser Probleme könne nicht von Deutschland entschieden werden, sondern nur von jenen, die sich einer friedlichen Revision konsequent widersetzt hätten. Erst nach einer «Änderung der Gesinnung der dafür verantwortlichen Mächte» könne eine Änderung des deutsch-britischen Verhältnisses ein treten. Wenn es schon zum Kriege kommen müsse, so Hitler zu Henderson, dann besser jetzt, als wenn er 55 oder 60 Jahre alt sei.

Hitler stellte mit seinen Ausführungen die Entwicklung der Krise im Lichte seiner Wunschkonzeptionen und seiner Enttäuschung über die Konsequenz der britischen Haltung dar. Nach diesem Meinungsaustausch bot sich für die britische Politik nur noch die Alternative zwischen Nachgeben oder Krieg. Hitler hatte dafür die Formel gebraucht: Zwischen England und Deutschland gäbe es nur Verständigung oder Krieg¹⁴⁰. Verständigung: das hieß für Hitler die Preisgabe Polens, Einschwenken auf die deutsche Art, Probleme zu lösen. Henderson, sonst so verständnisvoll gegenüber deutschen Belangen, gelang im Gespräch mit Weizsäcker am 16. August eine treffende Analyse der deutschen Taktik im Vorfeld kommender Entscheidungen: Deutschland sehe immer nur die eine Seite eines Problems und wünsche alles zu seinen Gunsten zu verändern¹⁴¹.

In der Haltung gegenüber Polen erwiesen sich alte Ressentiments im Auswärtigen Amt als so stark, dass hier kaum Differenzen zwischen der hohen Beamenschaft und Hitler erkennbar sind. Auch Weizsäcker, der an der bewussten Provokation Polens in der Danzig-Frage mitwirkte¹⁴², machte da keine Ausnahme, wie etwa sein Vorschlag zeigt, in fremden Hauptstädten in der Frage der «Brandmarkung der polnischen Politik» initiativ zu werden¹⁴³. Noch in seinen Erinnerungen schwingt diese Einstellung mit¹⁴⁴. Anders als Hitler befürchteten Vertreter des Auswärtigen Amtes und der militärischen Spitze aber während der gesamten Krisensituation, dass ein deutsch-polnischer Konflikt zum europäischen Krieg eskalieren werde.

Hitlers «felsenfeste» Überzeugung, dass die Westmächte davor zurückschrecken würden, bröckelte erst nach dem Eingang des Chamberlain-Briefes zusehends ab. War er am 23. August nachmittags, als er dem britischen Botschafter erklärte: «Die Fragen Danzigs und des Korridors werden liquidiert, so oder so. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen», tatsächlich noch unbeeindruckt von der unmissverständlichen britischen Warnung? Am Tage zuvor hatte Hitler vor den Oberbefehlshabern ein schillerndes La-

140 Gegenüber Henderson am 23.8.1939.

141 «Germany could never see but one side to any question and always wanted everything modified in her favour», Telegramm Hendersons an Halifax, 16.8.1939, DBFP, 3, Bd. VII, Nr. 32.

142 Nicht nur bei der Ausnutzung polnischer Überreaktionen wie etwa der Note vom 10.8. (Zollinspektoren-Streitfall), ADAP, D, Bd. VII, Nr. 10.

143 Ebd., Nr. 37, s. ferner Nr. 46 und 119.

144 Weizsäcker, Erinnerungen, S. 245. Die polnische Note vom 10.8. «zeigte, wohin wir gekommen waren».

bild entworfen¹⁴⁵. Er war offensichtlich nicht mehr ganz so sicher wie bei der Ansprache vom 14. August¹⁴⁶, als er erklärt hatte, «die Köpfe von München» würden das Risiko nicht auf sich nehmen. Jetzt, am 22. August, ging es ihm darum, das «Vertrauen» der Oberbefehlshaber zu stärken. Nach der Ansprache scheint er beruhigt gewesen zu sein, beauftragte aber den Chefadjutanten der Wehrmacht, die Reaktion der Generale auf seine Ansprache zu erforschen¹⁴⁷. Der Gedankengang der Ansprache lässt Hitlers Zweifel an der Möglichkeit, Polen zu isolieren, erkennen. Jetzt sei die Wahrscheinlichkeit noch gross, dass der Westen nicht eingreife, aber es könne auch anders kommen, «es lässt sich nicht mit Bestimmtheit prophezeien».

Von felsenfester Überzeugung, wie er sie kurz zuvor gegenüber Ciano demonstriert hatte, war keine Rede mehr. Im Vordergrund stand die Risikobereitschaft. Um dieses Risiko nicht zu gross erscheinen zu lassen, bemühte er sich, die Kriegsfertigkeit der Westmächte zu bagatellisieren. Eine wichtige Rolle spielten für ihn die «persönlichen Bedingungen». Von ihm selbst hing nach seiner Meinung das Wesentliche ab, «von meinem Dasein, wegen meiner politischen Fähigkeiten». Dieser «grosse Wert-Faktor» könne aber jederzeit «von einem Verbrecher, von einem Idioten» beseitigt werden. Die Gegner dagegen seien «kleine Würmchen. Ich sah sie in München.» Hitlers Zielrichtung war noch auf die Reihenfolge Warschau-Paris-London gerichtet. Der Anfang zur Zerstörung der Vormachtstellung Englands sei gemacht. Angst vor einer Blockade brauche Deutschland nicht zu haben. Der Osten liefere die wichtigsten Materialien. Polen sei jetzt da, wo er es haben wolle. «Eisernste Entschlossenheit bei uns.» Jetzt sei der Weg für den Soldaten frei. Er habe nur Angst, dass ihm «noch im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan» vorlege. Ein zweites München lehnte Hitler ab. Er selbst wollte den propagandistischen Anlass zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig ob glaubhaft: «Der Sieger wird später nicht danach gefragt, ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht.» Und der Krieg müsse brutal geführt werden: «Herz verschliessen gegen Mitleid¹⁴⁸.»

Am 23. August wurde der 26. als erster Angriffstag festgelegt¹⁴⁹. Nach allem, was Hitler den Italienern, den Briten, den Russen und nun seinen Befehlshabern mitgeteilt hatte, schien damit klar, dass er das Risiko des Krieges auch gegen die Westmächte in Kauf nahm. An eine sofort wirksame militärische Zwangslage in einem Zweifrontenkrieg glaubte er nicht, weil die Westmächte Polen keine schnelle und effektive Hilfe bringen konnten. Das war die einzige zutreffende Kalkulation Hitlers in seiner Lagebeurteilung.

145 Aufzeichnung ohne Unterschrift von der Ansprache Hitlers vor den Oberbefehlshabern am 22. 8. 1939, ADAP, D, Bd. VII, Nr. 192 und 193; zur Quellenkritik: Hillgruber, Quellen, S. 119ff.; Baumgart, Ansprache Hitlers; Boehm, Ansprache Hitlers; s. ferner Groscurth, Tagebücher, S. 179 ff.

146 Halder, KTB I, S. 8ff., Irving, Hitlers Weg, S. 426.

147 Heeresadjutant bei Hitler, S. 58.

148 Zur Reaktion der hohen Militärs s. Müller, Heer, S. 411.

149 Groscurth, Tagebücher, S. 180.

Die Uhr lief. Vorbereitungen für die Beschaffung des Anlasses zum Krieg wurden bereits getroffen. 150 Konzentrationslagerhäftlinge sollten in polnische Uniformen gesteckt werden. Sie waren ausersuchen, einen fingierten polnischen Angriff zu inszenieren, um dann beseitigt zu werden. Agenten sollten einen Handstreich auf den Sender Gleiwitz vortäuschen. Himmler bereitete SS-Aktionen in polnischen Uniformen vor¹⁵⁰. In diese skrupellos inszenierte Vorbereitung des Blitzkrieges gegen Polen «platze» Hitler am 25. August mit seinem «Bündnisangebot» an Grossbritannien. Er kündigte dem britischen Botschafter an, er werde nach der Lösung der deutsch-polnischen Probleme mit einem «grossen umfassenden Angebot» an Grossbritannien herantreten¹⁵¹. Das Angebot stand also unter der Voraussetzung einer freien Hand gegen Polen. Hitler liess keinen Zweifel, dass er entschlossen sei, die «mazedonischen Zustände an seiner Ostgrenze zu beseitigen». Das in Aussicht gestellte grosse Angebot umriss Hitler in kurzen Zügen als Garantie des britischen Weltreichs, als Hilfszusage für das Empire, «wenn es nötig wäre». Damit sollten Rüstungsbegrenzungen und begrenzte koloniale Forderungen verbunden werden.

Diese Initiative hatte keinen Einfluss auf die britische Regierung, weil sie unter der Bedingung einer Lösung der deutsch-polnischen Differenzen durch Krieg stand. Die britische Antwort stellte dies unmissverständlich klar: Eine gerechte Lösung könne den Weg zum Weltfrieden öffnen. «Das Ausbleiben einer solchen Lösung würde die Hoffnung auf eine bessere Verständigung zwischen Deutschland und Grossbritannien zerschlagen¹⁵².» Aber Hitlers Mitteilung indizierte doch eine neue Einstellung in der Risikofrage. Die feste Haltung der britischen Regierung zeigte ihre Wirkung. Weizsäcker und Jodl bemerkten Hitlers Unsicherheit am 24. August¹⁵³. Dieser Wandel war umso bemerkenswerter, als ja gerade in Moskau der Vertrag mit Russland perfekt geworden war. Hitler nahm mit dem «Angebot» eine Verhandlungstaktik auf, die Grossbritannien während der Sudetenkrise unter umgekehrten Vorzeichen versucht hatte, als es durchblicken liess, nach «Bereinigung» des Sudetenproblems sei der Weg zu weitergehenden Verhandlungen frei, zu denen ebenfalls Rüstungsbegrenzungen und Kolonialabsprachen gehören sollten. Hitler glaubte also auch jetzt wieder, ein britisches Stillhalten mit dem Rückgriff auf ältere britische «Angebote» erkaufen zu können.

Die Unsicherheit über die Haltung Italiens hat in Hitlers Überlegungen eine Rolle ge-

150 Über die Beschaffung der polnischen Uniformen für Himmler und Heydrich s. a. Halder, KTB I, S. 19 und 27; ferner Canaris' Gegenaktion: IMT, Bd. 26, S. 337; vgl. auch Runzheimer, Überfall, u. Irving, Hitlers Weg, S. 421 f.

151 Erklärung Hitlers an Henderson, Aufzeichnung ohne Unterschrift, ADAP, D, Bd. VII, Nr. 265.

152 Deutsche Übersetzung der britischen Antwort vom 28.8.: DBFP, 3, Bd. VII, Nr. 477, engl. Fassung NL 426.

153 Weizsäcker, Erinnerungen, S. 253 f.; Jodl-Tagebuch 1937-1939, S. 390; Henke, England, S. 288 f.

spielt, sicher auch die herannahende Entscheidung. Letzte Klarheit, ob der Gedanke an eine grosse Wende der Aussenpolitik ihn bewegt hat, ob er doch daran dachte, sich nach der Ausschaltung Polens zuerst gegen die UdSSR zu wenden, ist nicht zu gewinnen. Es war ja keineswegs sicher, dass Grossbritannien dafür Rückendeckung gewährt haben würde. Ein solcher Ansatz der Politik wäre noch unrealistischer gewesen als der Versuch, Polen in die Isolierung zu manövrieren. Deshalb kann er aber nicht als undenkbar bezeichnet werden. Mit alten Lieblingsvorstellungen Hitlers hätte er korrespondiert. Auch Hitlers Gespräch mit Carl J. Burckhardt weist in diese Richtung. Am 11. August formulierte Hitler in seinem «allermerkwürdigsten Ausspruch»: «Alles, was ich unternehme, ist gegen Russland gerichtet; wenn der Westen zu dumm und zu blind ist, um dies zu begreifen, werde ich gezwungen sein, mich mit den Russen zu verständigen, den Westen zu schlagen und dann nach seiner Niederlage mich mit meinen versammelten Kräften gegen die Sowjetunion zu wenden. Ich brauche die Ukraine, damit man uns nicht wieder wie im letzten Krieg aushungern kann¹⁵⁴.»

Jetzt aber war die «Verständigung» mit der Sowjetunion vollzogen. Sie basierte in russischer Sicht gerade auf dem Gegensatz Hitlers zu den Westmächten. Ein weitreichender, langfristig angelegter Ausgleich mit Grossbritannien hätte den deutsch-russischen Vertrag in Stalins Sicht in ein neues Licht gerückt. Aber die Intentionen Hitlers gegenüber England waren in dieser Phase so lange zweitrangig, als er nicht zum Einlenken gegenüber Polen bereit war. Gerade diese Möglichkeit ist durch den Pakt mit Stalin nicht erleichtert worden. Hinzu kam der Zwang zum Handeln, den Hitler vor den Generalen am 22. August zum Ausdruck gebracht hatte: Deutschland könne wirtschaftlich nur noch wenige Jahre durchhalten. Das stimmte nur für den Fall weiterer forcierter Rüstungen und war sogar optimistisch geurteilt. Die Alternative grundsätzlich friedlicher Politik aber hielt Hitler für den falschen Weg zur Sicherstellung einer ausreichenden Machtgrundlage.

Noch vor dem Eingang der britischen Antwort auf die Ankündigung seines «grossen Angebots» legte Hitler am 25. August den Angriffsbeginn auf den 26. August 4.30 Uhr fest¹⁵⁵. Am 25. August wurden die militärischen Vorbereitungen durch eine ausserordentliche Nervosität der Führung, vor allem Hitlers, beeinflusst. Der Abschluss des britisch-polnischen Beistandspaktes und die italienische Reaktion auf Hitlers Kriegspolitik, speziell auf seinen Brief vom 25. August¹⁵⁶, erzeugten eine ungewöhnliche Hektik. Der Angriffsbefehl vom frühen Nachmittag wurde widerrufen. Es gelang gerade noch, die Aufmarsch Vorbereitungen zu stoppen. Im OKH herrschte Unsicherheit, Kritik wurde laut. Der Generalquartiermeister diagnostizierte ein «Entschluss- und Befehlschaos»¹⁵⁷.

Seit dem Bekanntwerden des britisch-polnischen Allianzvertrages¹⁵⁸ konnte Hitler kei-

154 Burckhardt, *Danziger Mission*, S. 348.

156 ADAP, D, Bd. VII, Nr. 266.

155 Halder, *KTB I*, S. 33.

157 Wagner, *General-Quartiermeister*, S. 96.

158 Text: *Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Dokumenten*, Bd. 3, Nr. 100, S. 277ff. Geheimprotokoll zum Vertrag ebd., Nr. 101, S. 281 f.; s. a. die autorisierte Übersetzung in: *Blaubuch der britischen Regierung*.

nesfalls mehr davon ausgehen, dass seine Initiative in Grossbritannien wirken würde, falls er überhaupt mehr als eine Isolierung Polens bezweckt hatte. Im Laufe des Nachmittags des 25. August erfuhr Hitler von dem bevorstehenden Abschluss dieses Vertrages¹⁵⁹. Die Wirkung dieser Meldung war niederschmetternd. Sie widersprach allen psychologischen Überredungskünsten Hitlers in der letzten Zeit. Mussolinis Absage wurde am 25. August gegen 18.00 Uhr von Attolico überbracht. Der Duce sagte nichts Neues. Ciano hatte diese Haltung zuvor vollkommen klargestellt.

Im Grunde konnte nur ein Mann wie Hitler enttäuscht sein, der in den Konstruktionen seiner «felsenfesten Überzeugungen» zu denken und zu handeln gewohnt war. Es ist müssig, über das Bedingungsverhältnis der englisch-polnischen Allianz und der Haltung Mussolinis nachzudenken¹⁶⁰. Auf Hitler wirkte dieses Gegengewicht gegen seinen Plan frustrierend. Nicht nur das Konzept der Isolierung Polens war gescheitert: Für den drohend heranstehenden Kampf gegen die Westmächte erwies sich der «Stahlpakt» als unwirksam. Mussolini hielt es für opportun, keine Initiative zu ergreifen. Der Zustand der italienischen Kriegsvorbereitung verbot dies¹⁶¹. Hitler nahm abends erleichtert Brauchitschs Vorschlag an, den Angriff zu verschieben¹⁶². Die Mobilmachung lief weiter. Der Aufmarsch wurde weiter «gefährdet»¹⁶³. Damit war klar, dass Hitler nicht aufgab. Eine Atempause, mehr nicht. In der politischen und militärischen Spitze wurde dies nicht anders gesehen. Es ist kaum glaublich, dass Hitler immer noch mit einer positiven Reaktion auf sein «grosses Angebot» an London rechnete. Göring hat später berichtet, Hitler habe auf seine Frage, ob die Rücknahme des Befehls endgültig sei, geantwortet: «Nein, ich werde sehen müssen, ob wir Englands Einnischung ausschalten können¹⁶⁴.» Bei der erwarteten Reaktion konnte es sich auch in Hitlers Sicht bestenfalls nur noch um ein erneutes «Zurückschrecken» Grossbritanniens handeln. Auf dergleichen noch zu rechnen, kam einer Bankrotterklärung der eigenen Politik gleich. Trotz des grossen diplomatischen Erfolges in Moskau stand Hitler ohne jede Alternative da. Am 26. August war er sich über den neu festzusetzenden Beginn der Offensive noch nicht im Klaren¹⁶⁵.

159 Er wurde noch im Laufe des Nachmittags unterzeichnet, s. Halifax an Kennard, 25.8.1939, DBFP, 3, Bd. VII, Nr. 309. Die Nachricht vom Abschluss, «that a treaty was now in being», mit der Folge, dass Grossbritannien nicht mehr ohne Beteiligung Polens verhandeln könne, gab Dahlerus über Bodenschatz und Göring abends nach 22.30 Uhr durch: ebd., Nr. 299. Aber schon um 19.30 Uhr erhielt der Oberbefehlshaber des Heeres aus der Reichskanzlei von der gegen 17.00 Uhr erfolgten Ratifizierung Kenntnis.

160 S. dazu Ribbentrops Aussage in Nürnberg, IMT, Bd. 10, S. 307, Göring, IMT, Bd. 9, S. 660; ferner fasper, Ursachen, S. 330f.; Speer, Erinnerungen, S. 179.

161 Mussolini an Hitler, 25. 8.1939, ADAP, D, Bd. VII, Nr. 271; ital. Text: DDI, 8, Bd. 13, Nr. 250. Vigezzi, Mussolini, S. 89-101; Quartararo, Roma; Borejsza, Italiens Haltung, S. 148-194.

162 Vormann, Feldzug, S. 44.

163 Halder, KTB I, S. 31.

164 IMT, Bd. 39.090-TC, S. 107.

165 Halder, KTB I, S. 33: «Entscheidung der Grundfrage... noch nicht gegeben.»

Grossbritannien herauszuhalten, wurde eine Art Zwangsvorstellung. Hinzu kam das Ziel, vor dem deutschen Volk ein Alibi zu erhalten. Nach Eingang der britischen Antwortnote vom 28. August¹⁶⁶ musste jede etwa noch vorhandene Spekulation auf Trennung Grossbritanniens von seinem polnischen Allianzpartner aufgegeben werden. Es war klar, dass nur eine «gerechte» Lösung der deutsch-polnischen Frage Grossbritannien von seinen Pflichten entbinden konnte. Hitler ging am 29. August in seiner Antwortnote an die britische Regierung scheinbar auf den Vorschlag direkter deutsch-polnischer Gespräche ein¹⁶⁷, setzte aber eine sehr kurze Frist für ihren Beginn¹⁶⁸. Henderson bemerkte dazu, die britische Regierung könne Polen nicht empfehlen, auf dieses Verfahren einzugehen. Die deutschen Vorschläge sollten besser auf normalem diplomatischem Weg nach Warschau gegeben werden, um eine gründliche Vorbereitung der Gespräche zu gewährleisten. Auf die Frage nach den deutschen Vorschlägen verwies Ribbentrop am 30. August auf den Fristablauf. Die Vorschläge seien jetzt nicht mehr aktuell¹⁶⁹. Er verlas nur noch den ausgearbeiteten 16-Punkte-Vorschlag, der am 30. August an die Botschaft in London abgegangen war mit der Weisung, ihn nicht weiterzugeben¹⁷⁰. Diese ganze Konstruktion war darauf aus, guten Willen zu dokumentieren, aber gleichzeitig dafür zu sorgen, nicht beim Wort genommen zu werden. Dazu passte, dass die 16 Punkte dann am Abend des 31. August über die deutschen Rundfunksender verbreitet wurden mit dem Hinweis, dass sie jetzt nicht mehr als Angebot betrachtet werden könnten. Hitler zu dieser Taktik später: «Ich brauchte ein Alibi, vor allem dem deutschen Volk gegenüber¹⁷¹.» Eine Ablehnung durch Polen sollte beweisen, dass Deutschland massvoll, Polen dagegen um jeden Preis zum Konflikt bereit sei. Hitler billigte wohl vor allem aus diesem Grund den Vermittlungsversuch des Göring-Freundes Birger Dahlerus, über den ähnliche Vorschläge nach London übermittelt wurden¹⁷². Die Taktik war darauf abgestimmt, dass der Zeitplan für «Fall Weiss» eingehalten werden konnte. Diese letzten Tage und Stunden vor Auslösung des Krieges zeigten Hitler schwankend zwischen dem Versuch, Grossbritannien herauszuhalten, und der freilich überbetonten Entschlossenheit, notfalls auch Krieg nach zwei Seiten zu führen¹⁷³. Klarheit der Konzeption ist kaum zu finden. Einen Vermittlungsversuch Mussolinis liess er nicht zu. Als

166 ADAP, D, Bd. VII, Nr. 384, Anlage.

167 Ebd., Nr. 421.

168 Henke, England, S. 293. ADAP, D, Bd. VII, Nr. 421 u. 422: Frist bis 30.8.

169 Aufzeichnung des Gesprächs Henderson-Ribbentrop vom 30.8., ADAP, D, Bd. VII, Nr. 461.

170 Gesandter Schmidt an Botschafter London. 30.8.1939. ebd., Nr. 458.

171 Schmidt, Statist. S. 460.

172 Dahlerus, Versuch; Henke, England, S. 295, mit weiteren Verweisen. Ihm ist zuzustimmen, dass Hitler dem Gespräch mit England nicht auswich, aber den Krieg mit Polen wollte. S. zur Dahlerus-Vermittlung: DBFP, 3, Bd. VII, Nr. 458, 459, 467, 477, 478, 509, 519, 529. Zur «Vermittlungsaktion» Dahlerus' s. a. Toland, Hitler, S. 715 ff.: eindringliche Schilderung der Atmosphäre in der Umgebung Hitlers.

173 Bemerkungen gegenüber Mussolini; Notiz Halders vom 29.8., KTB I; Henderson und anderen. Dazu Henke, England, S. 195 f.

Botschafter Attolico am 31. August abends Hitler fragte, «ob damit dann wohl alles zu Ende sei?», bejahte Hitler¹⁷⁴. Dem italienischen Konferenzvorschlag vom 2. September wich er aus¹⁷⁵. Das deutsch-italienische Verhältnis stand ganz im Zeichen der italienischen Weigerung, Hitler in den Krieg zu folgen. Mussolini liess Hitler am 29. August wissen, dass die früheren britischen Vorschläge eine günstige Lösung ermöglichten¹⁷⁶. Aber Hitler nahm gute Ratschläge nicht mehr an. Der Stahlpakt funktionierte nicht. Informationen wurden verzögert. Am 1. September liess Hitler Mussolini in einer Botschaft mitteilen, dass er der militärischen Unterstützung Italiens nicht bedürfe¹⁷⁷. Hitler-Ribbentrop suchten an Mussolinis Vorschlag mit dem Hinweis vorbeizukommen, die britisch-französischen Noten «ultimativen Charakters» seien mit dem Vorschlag Mussolinis nicht in Einklang zu bringen¹⁷⁸. Am 3. September gingen das britische und französische Ultimatum ein¹⁷⁹. Grossbritannien betrachtete sich ab 11.00 Uhr, Frankreich ab 17.00 Uhr als im Kriegszustand mit Deutschland befindlich.

Die während der ganzen Zeit weitergelaufenen Aufmarschvorbereitungen ermöglichten den Blitzkrieg, wie er dann ablief. Am 31. August erging die Weisung Nr. 1 für die Kriegführung¹⁸⁰. Hitler löste den Krieg mit der Formel aus: «Nachdem alle politischen Möglichkeiten erschöpft sind, um auf friedlichem Wege eine für Deutschland unerträgliche Lage an seiner Ostgrenze zu beseitigen, habe ich mich zur gewaltsamen Lösung entschlossen.»

Abgesehen von der obersten Führung wusste kaum jemand, dass er sich zur Anwendung von Gewalt schon längst entschlossen hatte und dass eben deshalb die politischen Lösungsmöglichkeiten gar nicht ausgeschöpft worden waren¹⁸¹. Wie noch häufiger in späteren Krisensituationen verglich Hitler seine Lage mit der Friedrichs des Grossen: Er wolle nur den «Ersten Schlesischen Krieg», meinte er am 29. August zu seinem Heeresadjutanten¹⁸², weiter nichts, d.h. Krieg mit Polen. Mit den anderen wolle er ja gar keinen Krieg. Wenn sie so dumm wären und mitmachten, sei es ihre Schuld, und sie müssten vernichtet werden. Und dann war noch der Gedanke da, dass die Wehrmacht einmal erprobt werden müsse. Die von ihm der Wehrmacht gestifteten Fahnen brauchten einmal Säkularbänder, sonst hätte eine ruhmreiche Armee ihren Sinn verloren.

174 Aufzeichnung über Gespräch Hitler-Attolico vom 31.8.1939, ADAP, D, Bd. VII, Nr. 478.

175 DDI, 8, Bd. 13, Nr. 571, ADAP, D, Bd. VII, Nr. 535. Grossbritannien hatte bereits am 1.9. die Einstellung aller Aktionen und den Rückzug der Truppen gefordert: ADAP, D, Bd. VII, Nr. 513, und konnte seinerseits nicht auf Mussolinis Vorschlag eingehen, der u.a. einen Waffenstillstand vorsah und das Belassen der Truppen in den erreichten Positionen. Die gleichlautende französische Note s. ebd., Nr. 515.

176 Brief vom 29. 8.. ADAP. D. Bd. VII. Nr. 417.

177 Ebd., Nr. 500.

178 Aufzeichnung über Unterredung Ribbentrop-Attolico vom 2.9.1939, ebd., Nr. 539.

179 Ebd., Nr. 560; DBFP, 3. Bd. VII. Nr. 756 und 757; und ADAP, D, Bd. VII, Nr. 563.

180 ADAP, D, Bd. VII, Nr. 493.

181 S. zum Gesamt Ablauf auch Hofer, Entfesselung.

182 Heeresadjutant bei Hitler, S. 60.

In der «Sprachregelung» für den im Morgengrauen des 1. September begonnenen Angriff hiess es, die deutschen Truppen seien «in Abwehr polnischer Angriffe» in Aktion getreten. «Diese Aktion ist vorläufig nicht als Krieg zu bezeichnen^{183.}»

Der deutsche Soldat wurde mit einer Propaganda-Proklamation seines Obersten Befehlshabers in den Kampf geschickt: «Der polnische Staat hat die von mir erstrebte friedliche Regelung nachbarlicher Beziehungen verweigert, er hat stattdessen an die Waffen appelliert... Eine Reihe von für eine Grossmacht unerträglichen Grenzverletzungen beweist, dass die Polen nicht mehr gewillt sind, die deutsche Reichsgrenze zu achten. Um diesem wahnwitzigen Treiben ein Ende zu bereiten, bleibt mir kein anderes Mittel, als von jetzt ab Gewalt gegen Gewalt zu setzen^{184.}»

Hitler hat mit diesem Entschluss vor allem nach den Karten jener Macht gehandelt, in deren Langzeitstrategie ein solcher Krieg vorgedacht war: der Sowjetunion. Damit schuf er sich selbst eine Abhängigkeit, die die Strategie des Krieges und schliesslich seinen Ausgang entscheidend beeinflussen sollte. Und im Ergebnis brachte diese Politik seinen Wunschpartner, Grossbritannien, mit dem Gegner zusammen, auf dessen Kosten die Lebensraumgewinnung gehen sollte. Die Prämissen der Kriegspolitik Hitlers stimmten von Anfang an nicht. Hitler steuerte Deutschland in einen Krieg, der in seinem eigenen Programm so nicht vorgesehen war. Die Ursachen dieser Entwicklung sind nicht nur in seiner Aussenpolitik zu suchen. Hat die innere Verfassung des NS-Staates den Weg in den Krieg forciert, oder war sie selbst nur eine Funktion des Kriegskurses? Zu viele Initiativen auf den verschiedensten Ebenen, in der Wirtschaftsplanung und ihrer Exekutive, im Rüstungsbereich, in der Sozialpolitik und in der Aussenpolitik liefen nebeneinander her, strapazierten die Ressourcen und erzeugten erhöhten Druck. Hitlers Tempoforderungen beugten sich die Experten, jeder mit dem Ziel vor Augen, selbst möglichst vorbildlich sein Soll zu erfüllen oder für den eigenen Bereich das meiste herauszuholen. Daraus resultierte zwar ein hohes Mass systemimmanenter Verschleisserscheinungen, kurzfristige Prioritäten wurden gesetzt, die dem Ganzen oft wenig nützten: Aber dieses Gegeneinander blieb im Grossen und Ganzen bestimmbar durch Hitlers Kursweisungen. Der «Rang» einer «Polykratie», die Hitler mit einbezog in ein nicht mehr dirigierbares Chaos gegenläufiger Kompetenzen, kann ihm nicht zugesprochen werden.

Gerade die unbefragte Übereinstimmung darin, dass die Energien der Nation auf Krieg vorbereitet werden sollten, erlaubte Hitler, der Wirtschaft, der Wehrmacht, der Partei und der übrigen Exekutive Spielraum für eigene Initiativen und Egoismen zu lassen. Und es ist aufschlussreich, dass selbst die Anhänger eines revisionistischen und mithin, gemessen an den deutschen Möglichkeiten, realistischeren Konzeptes nicht die Kraft finden konnten, einen grundsätzlich anderen, langfristiger angelegten Kurs durchzuset-

183 Rundtelegramm Weizsäckers vom 1.9., ADAP, D, Bd. VII, Nr. 512.

184 Proklamation vom 1. 9.1939, Domarus II, S. 1307.

zen. Niemand ausser Hitler verfügte nach 1934 über eine Massenbasis. Niemand bestritt nach misslungenen Versuchen Einzelner, dass Hitler zu entscheiden habe, ob Krieg sein sollte. Er zwang die oft disparaten Energien für die Aussenpolitik zusammen. Allerdings gab es «Operationsfelder», die auch durch Hitler nicht beliebig disponiert werden konnten, wenn sie einmal bestellt waren. Dazu gehörten Zuschnitt und Grössenordnung der Aufrüstung mit ihren Auswirkungen auf die Aussenpolitik und die Sozialpolitik. Dazu gehörte wohl auch Hitlers «Programm» selbst, dem gegenüber er offenbar nicht die innere Freiheit des Umdenkens besass. Und es gehörte dazu die Tatsache der grösseren Wirtschaftskraft der Mächte, die sich diesem Programm der falschen Prämissen versagten.

Hitler hatte so wenig wie die wilhelminischen Politiker begriffen, dass Deutschland seit 1871 als Kontinentalmacht die Lebensansprüche der Nachbarn respektieren musste, wollte es nicht in Widerspruch zu Grossbritannien geraten. Der im letzten Sinne unzeitgemässe kontinentale Hegemonieanlauf hätte daher wirtschaftlich und rüstungsmässig auch auf den langen Krieg vorbereitet werden müssen. Das war 1914 nicht der Fall und konnte auch 1939 nicht gelingen. Der gesamte Zuschnitt der deutschen Wirtschaft und Rüstung war auf kurze Feldzüge auf dem europäischen Festland angelegt. Diesem Zuschnitt entsprach die Aussenpolitik, wenn man absieht von illusionären Kombinationen. Der rücksichtslos verfochtene Plan, gegen die Erfahrungen der Sieger von 1918 anzusteuern, die ein kollektives Sicherheitssystem für das einzig brauchbare Instrument zur Lösung der Nachkriegsprobleme Europas und ihrer eigenen nationalen Gesellschaften ansahen, liess Hitler einen neuen Hegemonieanlauf versuchen, der zum Zweiten Weltkrieg und zur zweiten Katastrophe führte.

Tatsächlich lag aber der Spielraum deutscher Aussenpolitik etwa im Rahmen der europäischen Ziele des Weimarer Revisionismus. Diese hat Hitler rasch realisiert. Danach stand er vor den Problemen, die ihm ihre Gewichte anhängten. Dies anzuerkennen, weigerte er sich. Seine Versuche, das kollektive Sicherheitssystem aufzubrechen, waren erfolgreich, aber die weiterzielende bilaterale Politik brachte ihm nur Teilerfolge und nicht die angestrebte Rückendeckung für die grosse Lösung im Osten. Schon in die Ausgangsstellung gegen Polen ging er hinein ohne aussenpolitische Absicherung, gestützt lediglich auf Vermutungen oder Hoffnungen. In letzter Minute musste er auf die Rückendeckung der Sowjetunion setzen, die Stalin genau kalkuliert und an einen hohen Preis gebunden hatte.

Dahin hatte Hitler nicht ein abgewogenes strategisch-politisches Kalkül geführt. In der Führungsspitze des Militärs und im Auswärtigen Amt herrschte Skepsis. «Sinnlos» in jeder Beziehung war der Entschluss zum Krieg gleichwohl nicht, wenn Hitlers Prämissen berücksichtigt werden: Der Rüstungsvorsprung schmolz tatsächlich bei längerem Zuwarten, und der Lebensstandard musste bald merklich sinken. Für einen Krieg war aber zu viel investiert worden im Einvernehmen mit Wehrmacht, Partei und Wirtschaft. Und so entschloss sich Hitler zum Krieg, wenn er auch die Karten nicht so verteilen

konnte, wie er gewollt hatte. Der an falsche Prämissen gebundene, von der Propaganda als notwendig hingestellte Weg in den Krieg hat keinen ernsthaften Widerstand der Nation aufkommen lassen. Krieg galt vielen noch als Mittel zur Durchsetzung nationaler Interessen – und vielleicht gab der Erfolg dem «Führer» recht.

Schlussbetrachtung

Die wissenschaftliche Kontroverse um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges hat nie zu einer solchen prinzipiellen Gegensätzlichkeit der Standpunkte geführt wie die entsprechenden Forschungen über die Ursachen der Kriege von 1864/66, 1870 und 1914. Auch die provozierenden Thesen einiger weniger Aussenseiter unter den Historikern konnten das stets erneut überprüfte Ergebnis der internationalen Forschung nicht erschüttern, wonach die Ursachen des Krieges in Europa auf die deutsche Politik der Jahre bis 1939 zurückzuführen sind. Die weitgespannte Forschung über die deutsche Geschichte der letzten 150 Jahre hat darüber hinaus ergeben, dass sowohl die Gründung des deutschen Nationalstaates, dann der Versuch der Aufrechterhaltung und des Ausbaues des Reiches als auch – nach der Katastrophe des Ersten Weltkrieges – der erneute Anlauf zur Wiederaufrichtung der Gross- und Weltmachtstellung Deutschlands jeweils mit einer Kriegspolitik verbunden waren, die Europa und sein politisches Gewicht in der Welt fundamental veränderten. Kriege standen am Anfang und am Ende der knapp 75jährigen Geschichte dieses Nationalstaates.

Diese Perspektive ist ein wichtiges Ergebnis der ausgedehnten Diskussion über die Strukturelemente, die für den deutschen Nationalstaat bestimmend waren. Sie entstanden auf politischem Gebiet vornehmlich aus den besonderen Bedingungen der Gründungsphase und im ökonomischen Bereich aus der sich immer rascher vollziehenden Industrialisierung sowie durch die Kombination beider Faktoren. Die Frage nach der fortdauernden Wirksamkeit dieser Strukturelemente ist in einer grossen Zahl von Untersuchungen zur Geschichte des Kaiserreiches behandelt worden. Als ein gewiss vorläufiges Ergebnis kann festgehalten werden, dass in der politischen, militärischen und gesellschaftlichen Herrschaftsorganisation, den aussen- und innenpolitischen Zielsetzungen und der ihnen zugrundeliegenden Ideologien Kontinuitäten zu erkennen sind, die ihre Kraft zum Teil weit über den Ersten Weltkrieg hinaus bewahrten.

Für das Verständnis der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges kommt es darauf an, diese Erkenntnisse in den überschaubaren historischen Gesamtzusammenhang einzubetten. Die so gewonnene Distanz erlaubt eine differenzierte Beurteilung der Entwicklungen, Tendenzen und Ereignisse der dreissiger Jahre, die als integraler Bestandteil der kurzen Geschichte des deutschen Nationalstaates betrachtet werden müssen. Sie öffnet den Blick für die Kontinuität und Diskontinuität dieser historischen Entwicklung, in der sich Konstanz und Wandel der erwähnten Strukturelemente spiegeln.

Als ein Ausgangspunkt für die Analyse der Ursachen der im September 1939 zum Kriege führenden Politik müssen die Wirkungen der militärischen Niederlage im Jahre

1918, der deutschen Revolution und des Versailler Friedensvertrages vom Juni 1919 betrachtet werden. Der Zerfall der bisherigen politischen und militärischen Herrschaftsorganisation, die Übernahme der politischen Verantwortung durch Sozialdemokraten, ehemalige «Reichsfeinde», und die Beschränkung der bewaffneten Macht auf eine Berufarmee von 100'000 Mann und auf eine Marine, der nur Küstenschutzfunktionen zu bleiben schienen, erschütterten ganz offenkundig die überlieferten Vorstellungen und Werte staatlicher Ordnung nachhaltig. Weniger tangiert erschien zunächst der wirtschaftliche und soziale Bereich, wenn auch bereits während des Krieges breite Schichten des Mittelstandes in existenzgefährdende wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten waren, die sich mit der Inflation (1923) noch wesentlich verschärfen sollten. Ganz abgesehen von der Frage, ob die Veränderungen der politischen und wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse tatsächlich als tiefgreifend zu bezeichnen sind, bleibt der Umstand massgebend, dass sie im Bewusstsein der meinungsbildenden Mittelschichten, insbesondere des national denkenden Bürgertums, als ein prinzipieller Wandel empfunden wurden.

Fundamentale Bedeutung für die weitere Entwicklung, auch für die Legitimierung der nationalsozialistischen Politik ab 1933, gewann die Forderung nach einer Revision des Versailler Vertragswerkes. Sie wurde unter dem Eindruck der harten Bestimmungen dieses Vertrages von allen politischen Gruppen erhoben und von der Masse der Bevölkerung gestützt. Als programmatische Formel hatte sie nur anfangs eine gewisse innenpolitisch integrierende Wirkung. Sehr bald knüpften sich daran die unterschiedlichsten aussen- und innenpolitischen Zielvorstellungen. «Revision» wurde zu einem schillernden Begriff, zu einem propagandistisch gebrauchten politischen Schlagwort. Einen besonderen innenpolitischen Akzent erhielt die Revisions-Forderung durch die nationalistisch gesonnenen Teile der deutschen Bevölkerung, die in einer gefährlichen Verkenntnis der Wirklichkeit leugneten, dass Deutschland im Weltkrieg seinen Gegnern unterlegen war, und die stattdessen von einem durch «revolutionäre Drahtzieher» geführten «Dolchstoß» in den Rücken der unbesiegten Front sprachen, der zum militärischen und politischen «Zusammenbruch» geführt habe. Die Verurteilung des «Versailler Diktats» verband sich auf diese Weise mit dem traditionellen Antiparlamentarismus und Antirepublikanismus.

Im Mittelpunkt des Interesses aller Revisionisten standen aussenpolitische Ziele wie der Abbau der Reparationen, die Wiederherstellung der militärischen Souveränität des Staates und die Rückgewinnung der mit dem Friedensschluss verlorenen Territorien. Auch hier variierten Zahl und Umfang der erhobenen Forderungen zwischen den Parteien. Wesentliches Unterscheidungsmerkmal waren die den Forderungen jeweils zugrundeliegenden politischen Fernziele und die Methoden, mit denen diese realisiert werden sollten. Dabei zeigte sich, dass die bis 1918 erwogenen, mit wechselndem Erfolg propagierten und erprobten Variationen des deutschen Weges zur Position einer kontinentalen Grossmacht auch unter den gänzlich veränderten politischen Verhältnissen der Weimarer Republik das Denken und Handeln der Parteien bis hin zur Sozialdemokratie

bestimmten. Zudem hatten sich, trotz der ungünstigen Ausgangslage, die längerfristigen Möglichkeiten für eine deutsche Grossmachtpolitik gegenüber der Situation zu Anfang des Jahrhunderts nicht unwesentlich verbessert: Der britisch-sowjetische Gegensatz erschien in seiner Schärfe und ideologischen Grundsätzlichkeit unüberbrückbar, die USA waren sehr bald von dem Versailler Vertragswerk abgerückt, die Staaten Ostmitteleuropas zeigten sich diplomatischer und wirtschaftlicher Einflussnahme zugänglich, und schliesslich hatte das britisch-französische Verhältnis, insbesondere nach der französischen Ruhr-Invasion (1923), viel von seiner im Weltkrieg erprobten Festigkeit verloren. Für die öffentliche Meinung und im Bewusstsein fast der gesamten politischen Repräsentanz der Republik trat diese Perspektive hinter dem Eindruck zurück, dass der deutschen Aussenpolitik praktisch kein Bewegungsspielraum geblieben sei. Auch nach dem Vertrag von Rapallo mit der Sowjetunion (1922) und der Aufnahme des Reiches in den Völkerbund (1926) veränderte sich diese Einschätzung der politischen Situation kaum. Selbst Stresemanns erfolgversprechender Versuch, unter Ausnutzung der Vorteile des kollektiven Sicherheitssystems des Völkerbundes und ökonomischer Faktoren neue Grundlagen für eine deutsche Grossmachtpolitik zu schaffen, wurde von den Rechtsparteien und den entsprechenden ausserparlamentarischen Gruppierungen immer wieder als blosse «Erfüllungspolitik» abqualifiziert. Die liberalen und sozialen Demokraten sowie einige gemässigte Konservative, die mit unterschiedlichen Zielvorstellungen eine Aussenpolitik der Verständigung und des Ausgleichs in Bindung an das im Völkerbund repräsentierte internationale System betrieben hatten, scheiterten schliesslich gegen Ende der Weimarer Republik an der Aufgabe, diese Politik mehrheitsfähig zu erhalten. Die unvermindert heftige Ablehnung des Versailler Vertrages und des Völkerbundes – als einer Veranstaltung der Versailler Siegermächte –, der Kampf um die Herabsetzung der Reparationen und um die Gleichberechtigung in Rüstungsfragen stärkten die politischen Richtungen, die der traditionellen Machtpolitik das Wort redeten.

Wenn die deutsche Revolution 1918/19 und der Versailler Vertrag als mögliche Ausgangspunkte für die Erörterung des Ursachenzusammenhangs bezeichnet worden sind, in dem die deutsche Politik ab 1933 betrachtet werden muss, dann ist in der Wirtschaftskrise ab 1929 mit ihren politischen, wirtschaftlichen, sozialen und bewusstseinsmässigen Wirkungen der historische Vorgang zu sehen, der in entscheidender Weise zur Bündelung und Stärkung der Kräfte beigetragen hat, die der deutschen Politik bis 1939 den Stempel aufgedrückt haben. Die deutliche Verstärkung der Tendenzen in der Aussenpolitik, die auf eine Lösung der Bindungen an das multilaterale System des Völkerbundes drängten, war bereits ein Reflex der durch die wirtschaftliche Krise veränderten innenpolitischen Situation. Sie fand ihre Entsprechung in der sich wandelnden Militärpolitik der Reichswehr.

Die frühen Versuche des Generals v. Seeckt, des Chefs der Heeresleitung, mit Hilfe der Sowjetunion aus der Versailler Ordnung auszubrechen und eine neue Basis für eine deutsche Grossmachtpolitik zu schaffen, hatten trotz des Vertrages von Rapallo nicht

zu den erhofften Ergebnissen geführt. In den Jahren nach der Entlassung Seeckts (1926) hat die Reichswehr stärker als zuvor die realen politischen und militärischen Gegebenheiten in ihrem Planen und Handeln berücksichtigt. Die Reichswehrführung versuchte durch eine systematisch betriebene Rüstungsplanung den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges Rechnung zu tragen, doch hielten sich die konkreten Rüstungsmassnahmen in engen Grenzen. In der Billigung des ersten Rüstungsprogrammes durch die Regierung (1928) manifestierte sich die von Reichsminister Groener angestrebte Einbindung der Reichswehr in die von Stresemann vertretene Richtung der allgemeinen Revisionspolitik, deren Zielsetzung Groener auch als Rahmen für die operative Planung der Reichswehr festzulegen versuchte. Dieses relativ geschlossene militärpolitische Konzept verlor ab Herbst 1931 unter dem Eindruck der allgemeinen politischen Krise zunehmend seine die Reichswehr bindende Kraft. Im Reichswehrministerium setzten sich bis zum Januar 1933 die Stimmen durch, die nur in dem Ausbruch des Reiches aus dem kollektiven Sicherheitssystem eine Chance sahen, weiterreichende – auch Groener grundsätzlich nicht fremde – militärische Zielvorstellungen zu verwirklichen und den Grossmachtsanspruch Deutschlands militärisch zu fundieren. Diese Stimmen knüpften an Seeckts völlig der preussisch-deutschen Tradition folgendes aussenpolitisches Programm an, dem ein Souveränitätsbegriff und ein Selbstverständnis des Militärs zugrunde lagen, die bereits durch den Ersten Weltkrieg überholt worden waren. Das militärpolitische Konzept Groeners unterlag den in diesem Zusammenhang reaktionär zu nennenden Kräften.

Gleichzeitig verstärkte sich auch die innenpolitische Machtposition der Reichswehr in augenfälliger Weise. Versuche der Reichswehrführung unter Seeckt, die mit dem Kriegsende verlorengegangene traditionelle Vormachtstellung der bewaffneten Macht im Rahmen der allgemeinen Herrschaftsorganisation mit Hilfe des Ausnahmezustandes im Herbst und Winter 1923 wiederherzustellen, waren gescheitert. Nach einem Intervall während der relativ stabilen Jahre der Republik kulminierte mit der Berufung des Generals v. Schleicher zunächst zum Reichswehrminister und schliesslich zum Reichskanzler eine Entwicklung, mit der dasselbe Ziel auf einer sehr viel breiteren organisatorischen Basis und – begünstigt durch den mit der Weltwirtschaftskrise einhergehenden Verfall des parlamentarischen Regierungssystems – mit grösserer Aussicht auf Erfolg erreicht werden sollte. Das Reich befand sich unter der Führung Schleichers, der sich auf das Vertrauen des Reichspräsidenten v. Hindenburg stützen konnte, auf dem Wege zum Militärstaat. Nach dem Bruch von 1918/19 schien sich auch auf diesem Gebiet ein konstitutiver Faktor der deutschen nationalstaatlichen Entwicklung erneut durchzusetzen.

Die in der Form der Präsidialregierungen zum Ausdruck kommende tiefe Krise des Parlamentarismus und das schliessliche Scheitern der ersten deutschen Republik vor dem Ansturm der politischen, wirtschaftlichen und vor allem sozialen Probleme, die sich aus der Weltwirtschaftskrise ergaben, wurden begleitet von einer Welle nationalistischer und antidemokratischer Ideen, deren Früchte weitgehend die NSDAP erntete. An ihrer

Propagierung war die sogenannte Nationale Opposition massgeblich beteiligt, zu der neben der NSDAP der Frontsoldatenbund «Stahlhelm», die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), die einflussreiche Literatengruppe «Soldatischer Nationalismus» um Ernst Jünger, ein Grossteil der Weimarer Studentenschaft und eine Reihe politischer Wehrverbände und Zirkel zu rechnen sind. Die Nationale Opposition verfolgte zwei Stossrichtungen: Innenpolitisch erstrebte sie einen nach militärischen Mustern gegliederten «Frontsoldatenstaat», das heisst einen autoritären Machtstaat, aussenpolitisch einen wenig zielklaren, aber lautstark propagierten gewaltsamen Imperialismus, wobei vor allem mit dem schillernden Begriff des «Wehrgedankens» argumentiert wurde. Die beiden grossen Kirchen, die protestantische noch stärker als die katholische, müssen ebenfalls weit eher dem nationalistischen als dem demokratisch-republikanischen Lager zugeordnet werden. Ihre traditionellen Lehren vom gerechten Krieg verhinderten, dass dem christlichen Prinzip der Gewaltlosigkeit politisches Gewicht beigemessen wurde. Für die Amtskirchen blieb auch angesichts der Schrecken des Ersten Weltkrieges der Krieg ein letztlich unreflektiert hingenommenes Natur- oder gar Gottesgesetz. Die katholische Zentrumspartei, die rechtsliberale Deutsche Volkspartei (DVP), die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) und die ihnen nahestehenden Verbände gerieten in den Krisenjahren der Weimarer Republik ebenfalls in den Sog des Nationalismus mit dem Ergebnis, dass sie immer deutlicher von der Aussenpolitik des friedlichen Ausgleichs abrückten. An ihr hielt allein noch die von der Regierungsmacht verdrängte Sozialdemokratie zusammen mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und den Gewerkschaften fest. Der organisierte Pazifismus, zumal soweit er pointiert antimilitaristisch eingestellt war, geriet in die totale Isolation. Die deutschen Kommunisten warnten zwar ständig vor imperialistischen Kriegsgefahren, aber sie trugen mit ihrer These von der Unvermeidbarkeit neuer Kriege ebenso wie die Kirchen dazu bei, kriegsfatalistische Bewusstseinsinhalte am Leben zu erhalten.

Schliesslich veränderte die 1929 einsetzende und bis Ende 1933 kontinuierlich anschwellende Flut nationalistischer Kriegsbücher und Kriegsfilme das politische Klima. Der gleichzeitig zu beobachtende Niedergang von Kulturprodukten pazifistischer Tendenz signalisierte eine generelle Trendwende. Die Auffassung, dass der Krieg ein legitimes Mittel der Politik sei, wurde trotz des Versuches der Kriegsächtung im Briand-Kellogg-Pakt von 1928 als selbstverständlich hingenommen. Die veröffentlichte Meinung jener Jahre lässt deutlich erkennen, dass es einen starken Trend zur Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens gab, der den erwähnten Intentionen der Reichswehrführung unter Schleicher entsprach und sie förderte. 1933 bedeutete insoweit durchaus keinen Bruch. Vielmehr konnte die praktische Politik des NS-Regimes sich des schon zuvor in seinem Sinne auf bereiteten Meinungsklimas bedienen.

Der Überblick über die politische Szenerie an der Jahreswende 1932/33 berechtigt zu der Feststellung, dass auf fast allen wichtigen Gebieten der Innen- und Aussenpolitik diejenigen Kräfte an Gewicht gewonnen hatten und zunehmend die Entwicklung be-

stimmten, die den traditionellen Linien der deutschen nationalstaatlichen Politik folgten, wie sie sich seit 1867/71 herausgebildet hatten. Unter den gewiss völlig veränderten äusseren und inneren Bedingungen gilt dies nicht nur für die Aussen-, Militär- und Innenpolitik sowie für das weite Feld der propagierten Ideologien, sondern auch für bestimmte Vorgänge auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Die Weltwirtschaftskrise war gleichbedeutend mit einer Krise des liberalen Welthandelssystems. Das führte konsequenterweise zu einer Aufwertung der Ideen und Vorstellungen über mehr oder weniger geschlossene Wirtschaftsräume, die in Deutschland an entsprechende Konzeptionen der wilhelminischen Ära anknüpfen konnten. Der Gedanke der Autarkie in einem europäischen Grosswirtschaftsraum als Alternative zu dem immer mehr zerfallenden Welthandelssystem gewann an politischer Bedeutung, als die NSDAP ihn zur Grundlage ihres wirtschaftspolitischen Programms machte und sich unter anderem auf diese Weise der Unterstützung wesentlicher Wirtschaftskreise noch vor der Berufung Hitlers zum Reichskanzler zu versichern wusste.

Die Frage, ob unter Berücksichtigung dieser Faktoren die Politik des nationalsozialistischen Regimes ab Februar 1933 im Wesentlichen als eine Fortsetzung der traditionellen Tendenzen und Entwicklungslinien der nationalstaatlichen Politik zu qualifizieren sei, die sich allerdings durch ihre besondere Radikalität auszeichne, liegt nahe, doch würde eine derartige Interpretation eine leichtfertige Überdehnung der Kontinuitätsthese darstellen. Sie würde das «Programm» und das politische Handeln des Mannes ausser Acht lassen, der die NSDAP in relativ kurzer Zeit zum Triumph über ihre starken Konkurrenten geführt hatte und der bis 1945 die dominierende Figur der deutschen Politik war: Adolf Hitler. So heterogen und miteinander unvereinbar die einzelnen Elemente seines Weltbildes auch erscheinen mögen, so ist doch seine sozialdarwinistische Überzeugung, dass «der Kampf in allen seinen Formen» nicht nur das Leben des Einzelnen, sondern die Entwicklung der Völker bestimme, in Verbindung mit dem Rassedanken als unveränderliche Grösse und Grundlage seiner politischen Entscheidungen zu betrachten. Auf dieser ideologischen Basis – nach der Frieden nur als Zustand der Kriegsvorbereitung zu werten, Bündnisse nur im Gedanken an einen künftigen Krieg zu beurteilen waren – beruhten auch seine aussenpolitischen Zielvorstellungen, deren Kern die Gewinnung neuen «Lebensraumes» im Osten bildete. Diese ideologische Begründung sowohl seiner politischen Visionen als auch seiner politischen Entscheidungen nach 1933 stellte die Kontinuität der bisher gültigen Ordnungs- und Zielvorstellungen deutscher Politik in Frage. Doch hat Hitler in den Jahren nach 1933 darauf geachtet, dass diese Wendung nicht voll in das Bewusstsein der Öffentlichkeit trat. Bei der weitgehenden Übereinstimmung mit den starken, im weitesten Sinne «revisionistischen» Kräften über die zunächst anzustrebenden Ziele auf innen- und aussenpolitischem, auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet gelang die Verwischung der vorhandenen Gegensätze ohne besondere Schwierigkeiten. So sprach in den ersten Jahren nach 1933 niemand mehr vom Frieden als Hitler selbst, da die umfassende «Wiederwehrhaftmachung» der Nation dies erforderte. Im Übrigen war nur unter diesen Voraussetzungen

ein Arrangement mit Grossbritannien zu erreichen, das seit den zwanziger Jahren zum aussenpolitischen Programm Hitlers gehörte und das die Basis für den Ausgriff nach Osten bilden sollte. Mit der forcierten Rüstung stellte Hitler allerdings diesen Ausgangspunkt selbst in Frage und entzog damit der politischen und strategischen Vorbereitung seiner Kriegspolitik die Grundlage.

Es ist ein Ergebnis der in diesem Band gebotenen Darstellung, dass Umfang und Eigendynamik der Aufrüstung in einem sehr viel stärkeren Masse als bisher angenommen die aussen- und innenpolitische Entwicklung Deutschlands in den Jahren 1933 bis 1939 geprägt und beeinflusst haben. Alle wichtigen Massnahmen des Regimes standen direkt oder indirekt im Dienste der Aufrüstung; dies gilt insbesondere für die Wirtschafts- und in geringerem Masse auch für die Aussenpolitik.

Während der Besprechung mit den Reichswehrbefehlshabern am 3. Februar 1933 nannte Hitler eine weitere Voraussetzung für eine erfolgreiche Aufrüstung: die «Wiederwehrauftmachung», die «Stärkung des Wehrwillens» der Bevölkerung «mit allen Mitteln». Dies war in seiner Sicht nur durch eine «Umkehrung» der innenpolitischen Verhältnisse, durch «strafste autoritäre Staatsführung» möglich. Die Interessen der Partei und der Reichswehr deckten sich in diesem Programmpunkt vollständig. Die Innenpolitik des NS-Regimes diente somit ganz ausgesprochen dem Ziel, die deutsche Gesellschaft auf die Erfordernisse des Krieges hin umzugestalten. Die innenpolitische Formierung – die Beseitigung des Parlamentarismus und des Mehrparteienstaates, die Gleichschaltung aller Interessenverbände und der Aufbau eines autoritären Führerstaates – war also kein Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck der Kriegsvorbereitung. Ein Ergebnis dieser Politik war die Korruption und schliesslich die Auflösung der rechtsstaatlichen Ordnung, und hierin wird – trotz aller Anklänge an ähnliche Überlegungen im Kaiserreich – der Bruch mit der nationalstaatlichen Überlieferung manifest. Auch die Sozialpolitik des Regimes ist von der allgemeinen Kriegsvorbereitungspolitik nicht unberührt geblieben. Auf diesem Gebiet liess sich die NSDAP von den Erfahrungen des Weltkrieges leiten, in dessen Verlauf insbesondere die Arbeiterklasse immer nachdrücklicher gegen die Fortsetzung des Krieges und vor allem gegen die wirtschaftlichen Entbehrungen revoltiert und schliesslich – nach der militärischen Niederlage – die Revolution herbeigeführt hatte. Angst vor Revolution war der Hintergrund der Hitlerschen Politik, es trotz der forcierten Aufrüstung nicht zu einer Einschränkung der Konsumgüterproduktion kommen zu lassen. Die Arbeiterschaft konnte jedoch durch propagandistische Manöver allein nicht bei der Stange gehalten werden. Dazu bedurfte es wirtschaftlicher Zugeständnisse. Wo aber die soziale «Bestechungsstrategie» des Regimes nichts fruchtete, wurde die Gefolgschaft durch brutalen Terror erzwungen.

Die Planung und konkrete Zielsetzung der Aufrüstung selbst überliess Hitler weitgehend der Verantwortung der Militärs. Der neue Reichswehrminister v. Blomberg, seit 1929 ein entschiedener Gegner der Groenerschen Militärpolitik, setzte sich mit Erfolg

für eine Politik der Rüstungsfreiheit ein. Multilaterale oder auch nur bilaterale Rüstungsvereinbarungen, die für die eigene Rüstung irgendwelche Beschränkungen zur Folge hätten haben können, lehnte er ab. Die Zielvorstellungen der führenden Offiziere des Heeres und der Marine orientierten sich rasch an dem vor dem Ersten Weltkrieg erreichten Rüstungsstand. Angesichts der bestehenden militärischen Stärkeverhältnisse in Europa und der drohenden politischen Isolierung des Reiches mussten die ersten Schritte auf dem Weg zu diesem Ziel als die gefährlichsten eingeschätzt werden. Hitler selbst hatte die Befehlshaber der Reichswehr Anfang Februar 1933 auf die Möglichkeit eines französischen Präventivschlages aufmerksam gemacht. In der Sicht der Militärs, insbesondere der Generale v. Fritsch und Beck, war dieser Gefahr nur durch eine Beschleunigung des Tempos der Aufrüstung zu begegnen. Die Intentionen Hitlers befanden sich auch in dieser Beziehung in Übereinstimmung mit denen der militärischen Führung. Die bewusste Ablehnung aller internationalen Bindungen für die eigene Rüstung, die sich daraus ergebenden Vorstellungen über die Gefährdung der eigenen militärischen Position und die aus dieser Beurteilung der Lage gezogenen militärischen Konsequenzen verliehen dem Aufrüstungsprozess eine Eigendynamik, deren generelle politische und wirtschaftliche Auswirkungen für die Phase von 1933 bis 1939 kaum abzuschätzen sind.

Die Formen, in denen sich die Aufrüstung der Wehrmacht bis 1939 vollzog, waren geprägt von einem ausgesprochenen Teilstreitkraft denken, das die rüstungswirtschaftliche Effektivität wesentlich minderte. Eine Koordination der Rüstungsmassnahmen von Heer, Marine und Luftwaffe aufgrund von richtungweisenden politischen und strategischen Direktiven fand nicht statt. Die Rüstungsprogramme des Heeres vom Dezember 1933 und August 1936 gingen von der Vorstellung eines europäischen Mehrfrontenkrieges aus, dem Deutschland nach Vollendung der Programme «mit einiger Aussicht auf Erfolg» gewachsen sein sollte. Unverkennbar ist der offensive Charakter des Rüstungsplanes von 1936. Beck hatte schon Ende 1935 von einer «angriffsweise» zu führenden «strategischen Abwehr» in einem Mehrfrontenkrieg gesprochen, nunmehr – im August 1936 – hielt der Chef des Allgemeinen Heeresamtes den Rüstungsplan aus militärischen und wirtschaftlichen Erwägungen nur dann für vertretbar, wenn die Wehrmacht nach seiner Durchführung auch eingesetzt werde.

Die Marine war zu diesem Zeitpunkt noch weit von einem derart umfassenden Programm entfernt, ganz abgesehen von den zeitlichen Vorstellungen, die – dem Kriegsinstrument entsprechend – generell langfristiger waren. Die Marineführung befand sich seit den Vorüberlegungen zum deutsch-britischen Flottenvertrag und dessen Abschluss im Juni 1935 in einer nur schwer zu erfassenden Phase der Umorientierung ihrer strategischen Prämissen. In Übereinstimmung mit dem Heer galten bis zum Abschluss des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes Frankreich und Polen als die voraussichtlichen Gegner. Bereits die strategischen Konsequenzen der mit Beginn des Jahres 1934 erhobenen Rüstungsforderungen nach einer «Parität» mit Frankreich lassen erkennen, dass Grossbritannien als möglicher Gegner in den langfristigen Überlegungen der Marine

nicht mehr völlig ausgeschlossen wurde. Das für die führenden Offiziere der Reichs- und Kriegsmarine verpflichtende Erbe der Tirpitzschen Flottenideologie gewann erneut an Aktualität. Doch der Prozess der Umstellung von der selbstverständlichen Orientierung an England zu der Wendung gegen die noch immer übermächtige Seemacht war überaus langwierig, ein Tabu musste gebrochen werden. Erst im Sommer 1937 wurde in der Seekriegsleitung offiziell begonnen, den strategischen Konsequenzen einer Konfrontation mit Grossbritannien nachzugehen. Die Folge der Ungeklärtheit der strategischen Voraussetzungen war eine eigentümlich schwankende Rüstungspolitik, die mehr den Impulsen aus momentan gegebenen Situationen als den grundsätzlich vorhandenen, langfristigen Zielvorstellungen folgte.

Eine Koordination der Rüstungsanstrengungen von Heer und Marine ist auch nicht im Ansatz zu erkennen. Im Gegensatz hierzu schien sich eine entsprechende Zusammenarbeit zwischen Heer und Luftwaffe zumindest anzubahnen. Das hatte zunächst personelle Gründe, da fast alle führenden Offiziere der Luftwaffe aus dem Reichsheer hervorgegangen waren. Die Gemeinsamkeit erstreckte sich auch auf die strategischen Grundgedanken, das heisst, auch die Luftwaffe rechnete mit einem europäischen Mehrfrontenkrieg, in dem Frankreich und die Tschechoslowakei die entscheidenden Mächte der Gegenseite sein würden. Sie sah ihre Hauptaufgabe vor allem in der Unterstützung der Landkriegführung, weniger im selbständig zu führenden Luftkrieg. Trotz dieser Berührungspunkte blieb eine Koordination aus, da die Luftwaffe ihre Rüstungsprogramme und deren industrielle Durchführung als ihre ausschliessliche Domäne betrachtete. Durch eine grosszügige und gezielte Entwicklung der Flugzeugindustrie gelang in den Jahren 1933-1936 der Aufbau einer Luftstreitmacht, die ihre militärpolitische Funktion als Abschreckungspotential gegen befürchtete präventive Massnahmen europäischer Mächte gegen die deutsche Aufrüstung voll erfüllte. Damit waren aber weder die militärischen Probleme des neuen Wehrmachtteils gelöst noch die Schwierigkeiten gemeistert, die sich aus der notwendigen Modernisierung des Fluggeräts und aus der planmässigen Umsetzung technischer Entwicklungen in industrielle Produktion ergaben. Nach einem steilen Aufschwung stagnierte die Flugzeugproduktion in den Jahren 1937 und 1938, zu einem Zeitpunkt demnach, in dem für die Luftwaffe Grossbritannien als möglicher Gegner ins Blickfeld geriet, für dessen Bekämpfung die rüstungsmässigen Grundlagen weitgehend fehlten.

Die Aufrüstung der Wehrmacht lässt sich somit charakterisieren als ein zunächst kaum gehemmter, in den Dimensionen und im Tempo bisher beispielloser Auf- und Ausba der Wehrmachtteile. Wirtschaftliche Schwierigkeiten erzwangen ab 1936/37 über den Weg der Rohstoffkontingentierung wenigstens eine bürokratische Steuerung der Rüstungsprogramme. Die rüstungswirtschaftlichen Gegebenheiten veranlassten jedoch weder Hitler noch die militärische Führung, die Rüstung an politischen Zielen und sich daraus ergebenden strategischen Perspektiven zu orientieren. Anerkannter Grundsatz war: möglichst viel und möglichst schnell zu produzieren. Hitler versuchte – zum Teil

mit Erfolg –, die sich daraus ergebenden Rüstungskrisen durch ideologisch ausgerichtete Appelle, politische Zukunftsperspektiven und masslos überhöhte Rüstungsforderungen an die Wehrmachtteile zu überwinden, und verschärfte damit noch deren Konkurrenzverhältnis. Zweifellos hatte die Wehrmacht zu Kriegsbeginn einen unvergleichlich hohen Rüstungsstand erreicht. Sie verschaffte dem Reich den Rang der stärksten, modern ausgerüsteten Militärmacht des Kontinents. Allerdings entsprach dieser Rüstungsstand nur unvollkommen den Zielvorstellungen der Militärs und war das Ergebnis einer zügellosen Aufrüstung der Wehrmachtteile, die die durchaus vorhandenen Grundlagen einer umfassenden und die wirtschaftlichen Ressourcen der Nation in Rechnung stellenden Rüstungspolitik verschüttet hatte. Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik liegen zu einem wesentlichen Teil in diesem komplexen Befund und den daraus abzuleitenden aussen-, wirtschafts- und sozialpolitischen Folgen begründet. Davor verblassen die gewiss vorhandenen ideologischen Differenzen zwischen Wehrmacht und NSDAP, der Kompetenzenstreit innerhalb der Wehrmacht und die uferlose Organisationsthematik zu interessanten Randproblemen.

Die Aufrüstung entsprach dem auf Kampf, Krieg und Lebensraum ausgerichteten Programm Hitlers. Die politische Realität zu Beginn des Jahres 1933 war jedoch – trotz des überschäumenden Nationalismus als ideologisch-propagandistische Grundlage der Programmumsetzung – geprägt von einer noch immer trostlosen wirtschaftlichen Lage und der mehrere Millionen zählenden Masse der Arbeitslosen. Die Meisterung der darin beschlossenen ökonomischen Probleme war gleichbedeutend mit der Konsolidierung des Regimes und eröffnete erst die Chance, die militär- und aussenpolitischen Zielvorstellungen zu realisieren. Wie bereits die Kabinette Papen und Schleicher beschränkte auch Hitler den Weg, mit Hilfe öffentlicher Mittel die Konjunktur zu beleben und neue Arbeitsplätze zu schaffen. In einer charakteristischen Wendung hat Hitler jedoch von Anfang an darauf geachtet, dass alle entsprechenden Programme direkt oder indirekt der Aufrüstung zugute kamen. Die enge Verbindung von Wirtschaftsaufschwung und Aufrüstung barg allerdings Risiken in sich, die Reichsbankpräsident Schacht, der zur zentralen Figur der ersten Phase der NS-Wirtschaftspolitik wurde, von vornherein zu begrenzen suchte. Die über die bekannten Mefo-Wechsel zur Verfügung gestellten Mittel für die Aufrüstung wurden auf eine bestimmte Summe beschränkt. War auf diese Weise die Aufrüstung von der geldwirtschaftlichen Seite her für einige Jahre abgesichert, so ergaben sich schon bald außerordentliche Schwierigkeiten, in ausreichendem Masse Devisen für die notwendigen Importe von rüstungswichtigen Rohstoffen, aber auch von Nahrungsmitteln aufzubringen. Schacht versuchte dieses Problems durch eine neue Orientierung der Aussenwirtschaftspolitik Herr zu werden. Der deutsche Export wurde auf die Länder konzentriert, die mit den erwünschten Importgütern die deutschen Leistungen bezahlen konnten; der immer weiter schrumpfende Devisenbestand konnte dadurch wesentlich entlastet werden. Dieses neue Element in der Wirtschaftspolitik des Reiches korrespondierte in nahezu idealer Weise mit den autarkistischen Bestrebungen, da nun-

mehr die Wirtschaftsbeziehungen mit den industriell weniger entwickelten Staaten Ost- und Südosteuropas in Richtung auf eine immer stärkere Abhängigkeit dieser Staaten vom deutschen Markt gestaltet werden konnten.

Die mit dem «Neuen Plan» (1934) verbundene staatliche Reglementierung des Aussenhandels trug zweifellos planwirtschaftliche Züge, doch hielten Schacht und die mit wirtschaftlichen Fragen befassten Repräsentanten des NS-Regimes grundsätzlich an der Verantwortung des Unternehmers fest. Sie beanspruchten allerdings im Sinne ihres Verständnisses der Wirtschaft als «Wehrwirtschaft» die Kompetenz, lenkend in den Wirtschaftsprozess einzugreifen, und versuchten, diesen Anspruch durch eine zweckmässige, zentralisierte Organisation der wirtschaftlichen Interessenverbände durchzusetzen. Die Rücksichtnahme, mit der das Regime den Unternehmern und Kapitaleignern gegenübertrat, steht im krassen Gegensatz zu der völligen politischen und wirtschaftlichen Entmachtung der Arbeiterschaft. Die «Deutsche Arbeitsfront», die an die Stelle der Gewerkschaften getreten war, entwickelte erst im Laufe der Jahre sozialpolitische Initiativen, die über die ihr zugeordnete soziale Betreuungsfunktion hinausgingen.

Die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik Schachts wurden schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1935 durch das Tempo und den Umfang der Aufrüstung der Wehrmachtteile überrollt. Die Reaktion der nationalsozialistischen Führung, vor allem Hitlers und Görings, auf die erneute, durch die Erschöpfung der Devisenvorräte hervorgerufene, äusserst prekäre Rohstoffkrise war die Verkündung der wirtschaftlichen Mobilmachung in Form des Vierjahresplans im September 1936. Die Wirtschaft stand nun mehr denn je im Zeichen der Kriegsvorbereitung. Das Programm der Ausbeutung aller Rohstoffvorkommen im Reich unter Ausserkraftsetzung des Prinzips der Rentabilität, des Aus- und Aufbaus der Ersatzstoffindustrien ohne Rücksicht auf die damit verbundenen finanziellen Aufwendungen und schliesslich die Zielsetzung, innerhalb von vier Jahren ein hohes Mass an Selbstversorgung bei besonders rüstungswichtigen Rohstoffen zu erreichen und die Wirtschaft insgesamt «kriegsfähig» zu machen, ist im Zusammenhang mit dem Rüstungsprogramm des Heeres vom August 1936 zu sehen. Insgesamt demonstriert das Programm in drastischer Weise den sozial-darwinistischen Grundzug im Denken und Handeln Hitlers, der die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nur in der kriegerischen Expansion, in der Gewinnung neuen «Lebensraumes» zu sehen vermochte.

Nach Lage der Dinge konnte die gesamtwirtschaftliche Situation durch das appellartige Programm Hitlers kaum verändert werden. Von einzelnen Projekten war auf längere Sicht zwar eine gewisse Entlastung einzelner Sektoren der Wirtschaft zu erwarten, aber die kurzfristig durch den dramatischen Auftritt Hitlers und das energische Vorgehen Görings erzielte Wirkung erschöpfte sich bald. Die mit dem Jahre 1937 einsetzende Rohstoffkontingentierung befriedigte die Wehrmachtteile in keiner Weise; eine Entscheidung Hitlers über die Verteilung der zur Verfügung stehenden Rohstoffe erschien als unumgänglich. Der «Führer» trug stattdessen am 5. November 1937 den Oberbefehlshabern seine politischen Zukunftsperspektiven vor und entschied die anstehenden

rüstungswirtschaftlichen Fragen mehr am Rande und interimistisch. Ein umfassendes Wehrmachtrüstungsprogramm kam bis zum Kriegsbeginn nicht zustande. Hitler hatte schon früher zu erkennen gegeben, dass er von der systematischen Vorbereitung eines totalen Krieges im Sinne Ludendorffs, die in Konsequenz der Erfahrungen des Ersten Weltkrieges vorbereitende Massnahmen für den gesamten Bereich der Wirtschaft für einen «langen» Krieg notwendig machte, nicht sehr viel hielt. Ihm kam es darauf an, eine gut ausgerüstete, schlagkräftige und stets kriegsbereite Wehrmacht zur Verfügung zu haben; Vorratshaltung und Nachschubkapazitäten interessierten ihn erst in zweiter Linie.

Im Winter 1937/38 zeigte sich immer mehr, dass die Mittel zur Bewältigung der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen, zu denen jetzt auch der Mangel an Arbeitskräften zählte, bei Aufrechterhaltung des Umfangs und des Tempos der Aufrüstung nicht mehr ausreichten. Die Blicke der Wirtschaftsplaner richteten sich nunmehr verstärkt auf die Nachbarstaaten des Reiches, insbesondere auf Österreich und die Tschechoslowakei. Sie sahen in der territorialen Expansion und der damit verbundenen Erweiterung der wirtschaftlichen Basis die einzige Möglichkeit, die Rüstungskonjunktur des Reiches aufrechtzuerhalten. Diese wirtschaftspolitischen Argumente haben die Motivation der machtpolitischen Entscheidungen Hitlers zur Annexion Österreichs und zur «Zerschlagung» der Tschechoslowakei zweifellos – auch bezüglich der Wahl des Zeitpunktes – beeinflusst. Die dadurch erreichte momentane Entlastung der gesamtwirtschaftlichen Situation konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Krise andauerte und damit den Spielraum der politischen Entscheidungen Hitlers einschränkte. Der «Führer» betrachtete allerdings die Wirtschaft als blosses Instrument zur Schaffung der Voraussetzungen für seine expansionistische Politik.

Diese Kriegspolitik galt auch als Aushilfsmittel gegenüber den von Hitler gefürchteten sozialpolitischen Folgen der permanenten Überlastung der Wirtschaft. In den Jahren 1938 und 1939 häuften sich die Anzeichen sozialpolitischer Unruhe unter der Arbeiterschaft und einer generellen wirtschaftlichen Unzufriedenheit in der Bauernschaft. Verweigerung von Überstunden, hoher Krankenstand, Absinken der Produktivität einerseits und Klagen über eine katastrophale Landflucht sowie über die Benachteiligung durch das verordnete Preisgefüge andererseits waren Symptome einer Entwicklung, die tendenziell die innenpolitische Stabilität des Regimes in Gefahr bringen musste. Wenn auch für 1939 auf diesem Felde von einer bedrohlichen Zuspitzung der Verhältnisse nicht gesprochen werden kann, so ist die Möglichkeit einer innenpolitischen Motivation der zum Kriege führenden Politik doch nicht völlig auszuschliessen. In diesen Konsequenzen zeigt sich die prinzipielle Umkehrung der traditionellen Wert- und Zielvorstellungen für wirtschaftliches Handeln durch das NS-Regime.

Kriegsvorbereitung ist der gemeinsame Nenner, auf den sich die grundlegenden Entscheidungen des NS-Regimes auf dem Gebiet der Innen-, Militär- und Wirtschaftspolitik zurückführen lassen. Es ist nur logisch, dass auch die Aussenpolitik dieser Generallinie folgte, denn Hitler hat, seinen ideologischen Prämissen getreu, zu keiner Zeit

einer Ordnung der internationalen Beziehungen zugestimmt, die ein friedliches Nebeneinander der Staaten auf Dauer zum Ziele hatte. In der Phase der «Wiederwehraftmachung» der Nation hatte die Aussenpolitik Abschirmungsfunktionen zu übernehmen. Hitler und das Auswärtige Amt, das unter der Flagge des Revisionismus diese Funktionsbestimmung durchaus akzeptierte, haben durch vielfältige bilaterale Initiativen eine internationale Isolierung vermeiden und zum Beispiel durch den Abschluss des Konkordats und des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes bedeutsame politische Erfolge erzielen können.

Begleitet wurde diese Politik von einer ausserordentlich wirksamen, von Goebbels gesteuerten Propaganda. Sie hatte die Aufgabe, vor dem Ausland und gegenüber der deutschen Bevölkerung die eingeleiteten personellen und materiellen Aufrüstungsmassnahmen zu verschleiern beziehungsweise als Mittel der Selbstverteidigung zu verharmlosen. Sie bediente sich dabei jener Schlagworte, die seit den zwanziger Jahren im gesamten Lager der politischen Rechten populär waren, etwa der Parole «Revision von Versailles», «Kampf dem Bolschewismus», «Gleichberechtigung» und «Wiederwehraftmachung». Im Übrigen betonte Hitler bei jeder Gelegenheit seine friedlichen Absichten öffentlich, und sein Propagandaminister sorgte für ein vielstimmiges Echo. Dieses grossangelegte Täuschungsmanöver verfehlte seine Wirkung weder im Inland noch im Ausland.

Die öffentliche Meinung des Auslandes stand weitgehend unter dem Eindruck, dass die nationalsozialistische Aussenpolitik sich von der revisionistischen Politik der Weimarer Kabinette nur durch die hochgradige Entschlossenheit unterscheidet, die altbekannten Forderungen auch durchzusetzen. Die Front der Versailler Siegermächte hatte sich bereits in den zwanziger Jahren gelockert, so dass die deutschen Revisionswünsche schon zu diesem Zeitpunkt ein sehr unterschiedliches, zum Teil durchaus positives Echo gefunden hatten. Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht des allgemeinen Schwächezustandes infolge der Weltwirtschaftskrise mit zum Teil gravierenden innenpolitischen Konsequenzen waren gemeinsame, energische und kraftvolle Reaktionen auf deutsche Vertragsverletzungen kaum zu erwarten. Die Mächte schwankten zwischen dem Versuch einer konsequenten Isolierung, der partiellen Zusammenarbeit und dem Bemühen, das Reich trotz seiner Vertragsverletzungen an die internationale Friedensordnung zu binden.

Hitler und das Auswärtige Amt haben diese sich aus der internationalen Konstellation ergebende Chance für eine aktive deutsche Aussenpolitik erkannt und voll wahrgenommen. Mit der Besetzung der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes im März 1936 war der Höhepunkt und in gewisser Weise auch der erfolgreiche Abschluss dieser ersten Phase nationalsozialistischer Aussenpolitik erreicht. Die Funktion der Abschirmung trat nunmehr gegenüber den vielgestaltigen Versuchen zurück, die aussenpolitischen Voraussetzungen für den geplanten Krieg um «Lebensraum» im Osten zu schaffen. Die Handelsvertragspolitik mit den südosteuropäischen Staaten gehört, gemessen an ihren Wirkungen, in diesen Bereich, ebenso die im Ganzen wenig erfolgreichen Bemühungen um Italien und Japan.

Für Hitlers programmatische Zielsetzung entscheidend wurde das Verhältnis zu Grossbritannien, da er von der grundsätzlichen Feindschaft der anderen europäischen Grossmacht, Frankreich, überzeugt war und deren Ausschaltung beziehungsweise Neutralisierung vor dem Ausgriff nach Osten für zwingend erforderlich hielt. Die Einschätzung der britischen Reaktion auf eine deutsche hegemoniale Politik in Europa bereitete Hitler offensichtlich Schwierigkeiten. Nach 1933 scheint er immer noch von der Vorstellung ausgegangen zu sein, dass sich das Inselreich mit der von ihm intendierten Hegemonialpolitik dann abfinden werde, wenn seine überseeischen Interessen dadurch nicht tangiert würden. Anklänge an frühere Vorstellungen über den möglichen Interessenausgleich zwischen Land- und Seemacht, über eine denkbare Kooperation im Weltmassstab sind unverkennbar. Jedoch die Unsicherheit blieb bestehen; das deutsch-britische Flottenabkommen von 1935 ist von Hitler in Übereinstimmung mit dem Oberbefehlshaber der Kriegsmarine nur als eine relativ kurzfristige Zwischenlösung betrachtet worden. Und Grossbritannien wahrte auch in den folgenden Jahren die Distanz zu den Hitlerschen Wunschvorstellungen. Dadurch geriet jedoch das politische Kalkül Hitlers ins Wanken. Nach seinem Urteil war die Frage der Rückenfreiheit bei der Realisierung der Lebensraumpläne gegenüber der Sowjetunion – die im Übrigen in ihrer militärischen Potenz gründlich unterschätzt wurde – von entscheidender Bedeutung.

Britische Angebote zur Mitwirkung bei einer friedlichen Änderung des Status quo in Ost- und Südosteuropa hat Hitler allesamt ausgeschlagen. Die grossen Ziele des Revisionismus in Polen, der Tschechoslowakei und in Österreich wären friedlich erreichbar gewesen – ein sehr weitreichendes Angebot der Appeasement-Politik. Dass Hitler hierauf nicht einging, zeigt seine Entschlossenheit, darüber hinaus grössere Lösungen mit Gewalt durchzusetzen. Die Gespräche mit dem britischen Aussenminister Halifax 14 Tage nach der Offenbarung seiner kriegerischen Absichten vor den militärischen Führern im November 1937 lassen erkennen, dass er sich auch in diesem Stadium nicht mit aus seiner Sicht vorläufigen Lösungen abfinden lassen wollte. Hier standen sich, in solcher Klarheit diplomatisch selten fassbar, ein Friedens- und ein Kriegskonzept gegenüber.

Hitler wurde jetzt selbst von der Dynamik der von ihm in Gang gesetzten Kriegspolitik erfasst. Nicht nur die Reaktionen der bedrohten Nachbarstaaten Deutschlands, sondern auch ein Konglomerat von militär- und rüstungspolitischen, von rüstungswirtschaftlichen und psychologischen Motiven und Fakten lagen dem allgemeinen Beschleunigungsprozess zugrunde. Die Ereignisse im Februar/März 1938, im Mai und September des gleichen Jahres hatten den «Fahrplan» aus dem November 1937 sehr schnell ausser Kraft gesetzt. Die britische Polen-Garantie vom März 1939 engte Hitlers Spielraum noch weiter ein, da für ihn die Alternative einer auf friedlichen Ausgleich zielenden Politik indiskutabel blieb.

Wer nach dem verbindenden Glied zwischen Hitlers «Programm» und der ganz auf Tempo abgestellten Aufrüstung fragt, sucht nach einem zwischen ihm und der militärischen Führung abgestimmten politisch-strategischen Konzept und nach einem Zeitplan.

Hitler war offensichtlich nicht in der Lage, ein derartiges Verfahren anzuwenden. Die Voraussetzung dafür hätte das Einschwenken der im Programm vorgesehenen Partner auf seine Linie sein müssen. Selbst Italien ging nicht so weit. England liess ihn ganz bewusst im ungewissen und machte 1937 definitiv klar, dass es nicht daran dachte, kriegerische Lösungen auf dem Kontinent zu billigen. England hat, was auch immer gegen das Appeasement gesagt werden kann, Hitler zu seinen Improvisationen gezwungen, die im Herbst 1938-Frühjahr 1939 auch den Versuch zu einem Arrangement mit Polen umfassten. Auch der nicht mehr als eine Illusion bleibende Gedanke eines weltpolitischen Dreiecks Berlin-Rom-Tokio ist nur erklärbar als Reaktion auf die britische Politik, auf die damit Druck ausgeübt werden sollte.

Grossbritannien trieb Hitler zum Abschluss des Paktes mit Stalin, mit dem er sich in eine Abhängigkeit begab, die seinen langfristigen Zielen ganz und gar nicht angemessen war. Die Abschreckungskomponente der «Blitzkriegsstrategie» versagte im ersten Blitzkrieg politisch. Die Westmächte erklärten den Krieg. Damit war Hitler die planmässige politische Vorbereitung der nächsten Schritte aus der Hand genommen. Er konnte nur noch versuchen, mit militärischen Mitteln seine Ausgangslage für die Programmrealisierung zu verbessern. Aber der quantitative und qualitative Rüstungsvorsprung reichte nicht über die ersten Etappen hinaus. Er gestattete nur Lösungen auf dem Kontinent, die einen kurzlebigen Optimismus nähren konnten. Dann passten die Möglichkeiten der deutschen Kriegführung nicht mehr mit den Dimensionen der zum Weltkrieg sich ausweitenden Auseinandersetzung zusammen.

Fragt man aus der Perspektive des September 1939 nochmals nach den Ursachen der deutschen Kriegspolitik, so wird man das Faktum nicht unberücksichtigt lassen können, dass im Unterschied zum August 1914 eine nennenswerte Kriegsbegeisterung in der deutschen Bevölkerung nicht zu konstatieren war; die Berichte lassen eher das Gegenteil vermuten. Schon während der Sudetenkrise im Herbst 1938 war den NS-Propagandisten die weitverbreitete Kriegsfurcht in der Bevölkerung nicht verborgen geblieben. Daher befahl Hitler im November 1938, die «pazifistische Platte» abzusetzen und das Volk auf gewaltsame Lösungen vorzubereiten. Im Jahre 1939 inszenierten die Propagandisten daraufhin Kampagnen, in denen ganz neue Register gezogen wurden. Nunmehr war – wie vor 1914 – von einer angeblichen Einkreisung Deutschlands durch feindliche Mächte die Rede, vom Volk ohne Raum, und zur Verschleierung der eigenen Angriffsabsichten wurde bereits vorsorglich versucht, die Schuld «an kommenden Dingen» auf andere abzuwälzen. Das Ergebnis war unbefriedigend. Welche Gründe auch immer für diese innere Einstellung der deutschen Bevölkerung massgebend gewesen sein mögen, sie erlaubt die Schlussfolgerung, dass der Kriegspolitik des Regimes – im Unterschied zu 1914 – die breite politische Basis fehlte.

Erneut stellt sich damit die Frage nach den Trägern der deutschen Kriegspolitik. Die Antwort wird sich mit jenen bürgerlich-nationalen Schichten und ihren Repräsentanten im Auswärtigen Amt, in der Wehrmacht, in Wirtschaft und Wissenschaft beschäftigen müssen, die die Kontinuität der nationalstaatlichen Überlieferung repräsentieren. Sie

hatten den Aufstieg Deutschlands zur Weltmacht vor 1914 noch bewusst erlebt, und ihnen waren alle Varianten der ökonomisch und militärisch begründeten deutschen Grossmachtspolitik gegenwärtig. Sie hatten die Aufrüstung, die «Wiederwehrhaftmachung» und die Ausrichtung der Wirtschaft auf die Kriegsvorbereitung begrüsst und nach Kräften gefördert, ihr Ziel war eine Ausweitung der deutschen Grossmachtposition über die blosser Revision der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages hinaus mit Blick auf Osteuropa, auf ein Ostimperium, das die wehrwirtschaftliche Autarkie sicherte. Der Einsatz militärischer Macht war ein selbstverständlicher Faktor im Rahmen dieses politischen Kalküls. Differenzen zwischen Hitler und den Führungsgruppen in Diplomatie, Wirtschaft und Wehrmacht entstanden ab 1936/37 allein über die Frage des einzu schlagenden Tempos. Das «Lebensraum-Programm» – samt der sozial-darwinistischen und rasse-ideologischen Begründung dieser Zielvorstellung als Axiom Hitlerscher Politik – lag jenseits der traditionellen Ansätze deutscher Grossmachtpolitik und ist von diesen Führungsgruppen entweder nicht erfasst, übergangen oder verharmlost worden.

So fungiert Hitlers Programm als Orientierungsmarke, die auf verschiedenen, von Hitler jeweils nach taktischen Gesichtspunkten bestimmten Wegen angesteuert werden konnte. Die alle Bereiche erfassende «Wiederwehrhaftmachung» der Nation – die Voraussetzung der Hegemonialpolitik – vollzog sich unter Beteiligung einer wachsenden Zahl von Institutionen und Organisationen als ein sich ständig beschleunigender Prozess. Die dadurch gelösten Kräfte durchsetzten den hergebrachten, bürokratisch funktionierenden Staatsapparat, traten miteinander in Konkurrenz und behinderten sich untereinander, blieben jedoch vor allem auf das Zentrum der Macht, auf den «Führer und Reichskanzler» fixiert. Nach den Ergebnissen der Untersuchungen dieses Bandes ist es nicht zweifelhaft, dass auch Hitler in seinen Entscheidungen von der Dynamik der auf diese Weise sich herausbildenden Herrschaftsstruktur erfasst wurde.

Die schrittweise Durchführung von Hitlers «Kontinentalprogramm», in historischer Perspektive der erneute Anlauf zur Gewinnung einer Gross- und Weltmachtstellung für das Reich, trat mit dem Angriff auf Polen am 1. September 1939 in eine neue Phase ein. Die illusionäre Erwartung, die gewaltsame Eroberung Polens werde nur auf papierene Proteste der Westmächte stossen, zerstob mit den Kriegserklärungen Grossbritanniens und Frankreichs am 3. September. 25 Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges gingen in Europa erneut die Lichter aus, und eine Kriegsmaschinerie setzte sich in Bewegung, deren Vernichtungskraft alle bisherige Erfahrung übertraf und kaum einen Winkel des Kontinents verschonte. Diese Katastrophe war das Ergebnis der seit 1933 verfolgten, auf eine kriegerische Auseinandersetzung zielenden deutschen Politik, der nicht nur Hitlers «Lebensraum»-Ideologie zugrunde lag, sondern in der auch der seit der Jahrhundertwende ungebrochene Macht- und Geltungsanspruch deutscher Eliten zum Ausdruck kam.

Wilhelm Deist, Manfred Messerschmidt, Hans-Erich Volkmann, Wolfram Wette

Anhang

Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
A Ausl/Abw	Amt Ausland/Abwehr
ADAP	Akten zur deutschen auswärtigen Politik
ADB	Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AfA-Bund	Allgemeiner Freie-Angestelltenbund
AHA	Allgemeines Heeresamt
AStA	Allgemeiner Studentenausschuß
AWA	Allgemeines Wehrmachtamt
BA	Bundesarchiv, Koblenz
BA-MA	Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg
BDM	Bund Deutscher Mädel
BVP	Bayerische Volkspartei
BZ	Behördenzentrale
Chef H Rüst u. B d E	Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres
C.I.D.	Committee of Imperial Defence
CSR	Tschechoslowakische Republik (Československá republika)
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DBFP	Documents on British Foreign Policy
DDF	Documents Diplomatiques Français
DDI	Documenti Diplomatici Italiani
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFG	Deutsche Friedensgesellschaft
d. Gen. St., d. G.	des Generalstabes
DGFP	Documents on German Foreign Policy
DJ	Deutsches Jungvolk
DNB	Deutsches Nachrichtenbüro
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
D. R. C.	Defence Requirements Committee
DSt	Deutsche Studentenschaft
DStP	Deutsche Staatspartei
DVFP	Deutsch Völkische Freiheitspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
E-	Ersatz-

EK	Eisernes Kreuz
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
FdU	Führer der Unterseeboote
FRUS	Foreign Relations of the United States
GBW	Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft
Gen.	General
Gen.Feldm.	Generalfeldmarschall
Genst.	Generalstab
Gestapo	Geheime Staatspolizei
g.Kdos.	geheime Kommandosache
Gruppff.	Gruppenführer
Ha.-Pol.	Handelspolitische Abteilung
HJ	Hitlerjugend
HL	Heeresleitung
Hptm.	Hauptmann
H.Wa.A.	Heereswaffenamt
IfZ	Institut für Zeitgeschichte, München
i.G.	im Generalstab
IGB	Internationaler Gewerkschaftsbund
IMT	International Military Tribunal
Inprekorr	Internationale Pressekorrespondenz
ISK	Internationaler Sozialistischer Kampfbund
jato	Tonnen im Jahr
JM	Jungmädelsbund
k-Betrieb	kriegswichtiger Betrieb
KdF	Kraft durch Freude
K.K.	Korpskommando
K.Kpt.	Korvettenkapitän
Komintern	Kommunistische Internationale
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPD-O	KPD-Opposition
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
Ks	tschechische Krone
KTB	Kriegstagebuch
KZ	Konzentrationslager
l-Betrieb	lebenswichtiger Betrieb
L.Dv.	Luftwaffendienstvorschrift
L-Offizier	Landeschutzoffizier
Lw	Luftwaffe
Lw Fü Stab	Luftwaffenführungsstab
Mefo	Metallurgische Forschungsgesellschaft
MG	Maschinengewehr

Mio.	Millionen
Mob	Mobilmachungs
mot	motorisiert
moto	Tonnen im Monat
MPA	Marinepersonalamt
Mrd.	Milliarde
MWa	Marinewaffenamt
MWehr	Marinewehramt
Napola	Nationalpolitische Erziehungsanstalt
N.-E.-Metalle	Nichteisenmetalle
NS	nationalsozialistisch, Nationalsozialismus
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSFK	Nationalsozialistisches Fliegerkorps
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
Ob dH	Oberbefehlshaber des Heeres
Ob d L	Oberbefehlshaber der Luftwaffe
Ob d M	Oberbefehlshaber der Kriegsmarine
Oberstlt.	Oberstleutnant
OKH, O.K.H.	Oberkommando des Heeres
OKM	Oberkommando der Kriegsmarine
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
O.Qu.	Oberquartiermeister
O.R. Baurat	Oberregierungsbaurat
O.R.Rat	Oberregierungsrat
PA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn
PK	Propaganda-Kompanie
PRO	Public Record Office, London
Ptas	Peseten
RAD	Reichsarbeitsdienst
R-Betrieb	Rüstungsbetrieb
RDI	Reichsverband der Deutschen Industrie
RFB	Roter Frontkämpferbund
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RM	Reichsmark
RMVP	Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RVDP	Reichsverband der Deutschen Presse
S	Schilling
SA	Sturmabteilung
SAI	Sozialistische Arbeiter-Internationale

S APD	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SD	Sicherheitsdienst
SOPADE	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (emigriert nach Prag)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
StA	Staatsarchiv (Nürnberg)
T1	Heeresabteilung im Truppenamt
TA, T.A.	Truppenamt
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USA	United States of America
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
USSBS	The United States Strategie Bombing Survey
VDZV	Verein Deutscher Zeitungsverleger
VGAD	Verstärkter Grenzaufsichtsdienst
WA	Wehrmachtamt
WFA	Amtsgruppe Führungsstab (später Wehrmachtführungsamt)
WFK	Weltbund für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen
Wifo	Wirtschaftliche Forschungsgesellschaft m.b.H.
Wi Rü Amt	Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt
W Wi	Wehrwirtschaftliche Abteilung
ZA	Zentralabteilung
z.b.V.	zur besonderen Verwendung
ZK	Zentralkomitee
ZtA	Zentrales Staatsarchiv, Potsdam

Literatur

Das Literaturverzeichnis ist gegenüber der Originalausgabe um die seit 1979 erschienene Literatur, soweit sie den Autoren zugänglich war, erweitert worden.

Die Überarbeitung der Bibliographie besorgte Wilfried Rädisch, Freiburg.

Die Verwendung von Kurztiteln in den Fussnoten hat es im Interesse des Lesers nicht zugelassen, die benutzten Veröffentlichungen in mehrere Gruppen zu gliedern. Gleichwohl erscheint es gerechtfertigt, die zeitgenössischen Veröffentlichungen in einer zweiten Gruppe zusammenzufassen, um dem Leser eine zusätzliche Information über die im dargestellten Zeitraum wirksamen geistigen Strömungen zu bieten.

HZ Historische Zeitschrift	VfZG Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
MGM Militärgeschichtliche Mitteilungen	WWR Wehrwissenschaftliche Rundschau
MR Marine-Rundschau	ZfG Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
PVS Politische Vierteljahresschrift	ZMG Zeitschrift für Militärgeschichte

1. Veröffentlichungen nach 1945

Abel, Karl-Dietrich, Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit. Mit einem Vorwort von Hans Herzfeld, Berlin 1968 (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 2)

Abendroth, Hans-Henning, Deutschlands Rolle im spanischen Bürgerkrieg, in: Hitler, Deutschland und die Mächte, S. 471-488

Abendroth, Hans-Henning, Hitler in der spanischen Arena. Die deutsch-spanischen Beziehungen im Spannungsfeld der europäischen Interessenpolitik vom Ausbruch des Bürgerkrieges bis zum Ausbruch des Weltkrieges 1936-1939, Paderborn 1973

Abendroth, Wolfgang, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt a.M. ⁶1969

Abendroth, Wolfgang, Der Widerstand der Arbeiterbewegung, in: Deutscher Widerstand 1933-1945, S. 76-96

Das Abkommen von München 1938. Tschechoslowakische diplomatische Dokumente 1937-1939, zusammengestellt und eingel. von Vaclav Kral, Prag 1968

Absolon, Rudolf, Die Wehrmacht im Dritten Reich. Aufbau, Gliederung, Recht, Verwaltung, 3 Bde., Boppard 1963, 1971, 1975 (= Schriften des Bundesarchivs, Bd. 16/1-111)

Acker, Detlev, Walther Schücking (1875-1935), Münster i. W. 1970

Adamthwaite, Anthony, France and the Coming of the Second World War 1936-1939, London 1977

Adamthwaite, Anthony, Le gouvernement britannique et l'opinion publique, 1937-1938, in: La puissance en Europe, S. 349-361

- Adamthwaite, Anthony, War Origins again, in: *Journal of Modern History*, 56 (1984), S. 100-115
- Adler, S., The War-Guilt Question and American Disillusionment, 1918-1928, in: *Journal of Modern History*, 23 (1951), S. 1-28
- Aigner, Dietrich, Das Ringen um England. Das deutsch-britische Verhältnis. Die öffentliche Meinung 1933-1939. Tragödie zweier Völker, München 1969
- Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B: 1925-1933, Göttingen 1966-1978; Serie C: 1933-1937, Das Dritte Reich, Göttingen 1971-1975; Serie D: 1937-1945, Göttingen, Baden-Baden, Frankfurt 1950-1970
- Albert, Ursula, Die deutsche Wiederaufrüstung der Dreissiger Jahre als Teil der staatlichen Arbeitsbeschaffung und ihre Finanzierung durch das System der Mefowechsel, Diss. masch., Nürnberg 1956
- Albertin, Lothar, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972
- Aiff, Wilhelm, Der Begriff Faschismus und andere Aufsätze zur Zeitgeschichte, Frankfurt a.M. 1971 (= ed. suhrkamp, 456)
- Allard, Sven, Stalin und Hitler. Die sowjetrussische Aussenpolitik 1930-1941, Bern, München 1974
- Allianz Hitler-Horthy-Mussolini. Dokumente zur ungarischen Aussenpolitik (1933-1944), hrsg. von M. Adam, G. Juhasz und L. Kerekes, Budapest 1966
- Aloisi, Pompeo Barone, Journal (25. juillet 1932-14. juin 1936), Introduction et notes par Mario Toscano, Paris 1957
- Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, hrsg. und eingel. von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin (Ost) 1969
- Anatomie des SS-Staates, 2 Bde., Olten, Freiburg 1965 (Beitrag Deist); München 1967 (dtv 462/463, Beitrag Wette)
- Andxel, Ruth, Imperialismus – Staatsfinanzen, Rüstung, Krieg. Probleme der Rüstungsfinanzierung des deutschen Imperialismus, Berlin (Ost) 1968
- Angermann, Erich, Die weltpolitische Lage 1933-1935. Die Vereinigten Staaten von Amerika, in: *Weltpolitik 1933-1939*, S. 110-145
- Anglo-Japanese Alienation, 1919-1952. Papers of the Anglo-Japanese Conference on the History of the Second World War, ed. by Ian Nish, Cambridge 1982
- Arendt, Hannah, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt a.M. 1958
- Aron, Raymond, Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt, Frankfurt 1963
- Aspekte deutscher Aussenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze Hans Rothfels zum Gedächtnis, hrsg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml, Stuttgart 1976 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer)
- Aster, Sidney, Ivan Maisky und Parliamentary Anti-Appeasement, 1938-39, in: A.J.P. Taylor, Lloyd George: Twelve Essays, London 1971, S. 317-357
- Aster, Sidney, 1939. The Making of the Second World War, London 1973
- Auf dem Weg ins Dritte Reich. Kräfte, Tendenzen, Strömungen, hrsg. von Oswald Hirschfeld, Bonn 1981 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 175)
- Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933-45 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen. Expatriation lists as published in the ,Reichsanzeigen 1933-45, hrsg. von Michael Hepp, 2 Bde., München [usw.] 1985
- Azéma, Jean-Pierre, Die französische Politik am Vorabend des Krieges, in: Sommer 1939, S. 280-313

- Bacon, Eugene Hayward, *American Press Opinion of Hitler 1932-1937*, Washington 1948
- Baer, G. W., *The Coming of the Italian-Ethiopian War*, Cambridge, Mass., Oxford 1967
- Bahne, Siegfried, Einige Bemerkungen zum Gewaltproblem in der Kommunistischen Internationale, in: *Frieden, Gewalt, Sozialismus*, S. 680-697
- Bahne, Siegfried, «Sozialfaschismus» in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs, in: *International Review of Social History*, 10 (1965), S. 211-245
- Balzer, F.-M., *Klassengegensätze in der Kirche*, Köln 1973
- Bariéty, Jacques, Frankreich und die Anschlussfrage (März 1936-März 1938), Vortragsmanuskript für das deutsch-französische Historikerkolloquium in Bonn, 26.-29. September 1978
- Bariéty, Jacques, und Charles Bloch, Une tentative de réconciliation franco-allemande et son échec (1932-1933), in: *Revue d'Histoire Moderne et Contemporaine*, 15 (1968), S. 433-465
- Barkai, Avraham, *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Der historische und ideologische Hintergrund 1933-1936*, Köln 1977 (= *Bibliothek Wissenschaft und Politik*, Bd. 18)
- Bartel, Heinrich, *Frankreich und die Sowjetunion 1938-1940. Ein Beitrag zur französischen Ostpolitik zwischen dem Münchener Abkommen und dem Ende der Dritten Republik*, Stuttgart 1986
- Barthel, Heinz, *Zur Politik der rüstungswirtschaftlichen Führungsorgane des deutschen Finanz- und Rüstungskapitals beim Aufbau der faschistischen Wehr- und Kriegswirtschaft in den Jahren 1933 bis 1939*, Diss. masch., Leipzig 1962
- Barthel, Rolf, Rüstungswirtschaftliche Forderungen der Reichswehführung im Juni 1934, in: *ZMG*, 9 (1970), S. 83-92
- Barthel, Rolf, *Theorie und Praxis der Heeresmotorisierung im faschistischen Deutschland bis 1939*, Phil. Diss., Leipzig 1967
- Baum, Walter, Die Reichswehr und das wehrpolitische Amt der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, in: *Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift*, 1965, S. 345-351
- Baumgart, Winfried, Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht am 22. August 1939, in: *VfZG*, 16 (1968), S. 120-149
- Bayern in der NS-Zeit, hrsg. von Martin Broszat, Elke Fröhlich und Falk Wiesemann, 6 Bde., München, Wien 1977-83
- Beck, Ludwig, *Studien*, hrsg. und eingel. von Hans Speidel, Stuttgart 1955
- Becker, Josef, Das Ende der Zentrumspartei und die Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland, in: *Von Weimar zu Hitler*, S. 344-376
- Becker, Wolfgang, *Film und Herrschaft. Organisationsprinzipien und Organisationsstrukturen der nationalsozialistischen Filmpropaganda*, Berlin 1973 (= *Zur politischen Ökonomie des NS-Films*, 1)
- Bédarida, François, France, Britain and the Nordic Countries, in: *Scandinavian Journal of History*, 2 (1977), S. 7-27
- Bein, Alexander, «Der jüdische Parasit». Bemerkungen zur Semantik der Judenfrage, in: *VfZG*, 13 (1965), S. 121-149
- Bennecke, Heinrich, *Hitler und die SA*, München 1962
- Bennett, Edward W., *German Rearmament and the West, 1932-1933*, Princeton, N. J. 1979
- Bennett, Edward W., *Germany and the Diplomacy of the Financial Crisis of 1931*, Cambridge 1962

- Benoist-Méchin, Jacques, Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946. Bd. 3: Auf dem Wege zur Macht 1925-1937, Oldenburg, Hamburg 1965
- Bensel, Rolf, Die deutsche Flottenpolitik von 1933 bis 1939. Eine Studie über die Rolle des Flottenbaus in Hitlers Aussenpolitik, Berlin, Frankfurt 1958 (= Beihefte der MR, 3)
- Berend, Ivan T., und György Ránki, Economic Development in East-Central Europe in the 19th and 20th Centuries, New York, London 1974
- Berghahn, Volker R., Das Ende des «Stahlhelm», in: VfZG, 13 (1965), S. 446-451
- Berghahn, Volker, R., Militarism. The History of an International Debate, 1861-1979, Leamington Spa 1982
- Berghahn, Volker R., Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 33)
- Berghahn, Volker R., Rüstung und Machtpolitik. Zur Anatomie des «Kalten Krieges» vor 1914, Düsseldorf 1973 (= Mannheimer Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, 5)
- Berghahn, Volker R., Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II., Düsseldorf 1971 (= Geschichtliche Studien zu Politik und Gesellschaft, Bd. 1)
- Berghahn, Volker R. (Hrsg.), Militarismus, Köln 1975 (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek 83 Geschichte)
- Bernecker, Walther L., Kapitalismus und Nationalsozialismus. Zum Problem der Unterstützung Hitlers durch die Wirtschaft, in: 1933 – Fünfzig Jahre danach. Die nationalsozialistische Machtergreifung in historischer Perspektive, hrsg. von Josef Becker, München 1983, S. 49-87 (= Schriften der Philosophischen Fakultäten der Universität Augsburg, Nr. 27)
- Berthold, Lothar, Das System des faschistischen Terrors in Deutschland und die Haltung der einzelnen Klassen und Volksschichten, in: ZfG, 12 (1964), H. 1, S. 5-27
- Best, Richard A., The Anglo-German Naval Agreement of 1935. An Aspect of Appeasement, in: Naval War College Review, 34 (1981), Nr. 2, S. 68-85
- Die betrogene Generation. Jugend in Deutschland unter dem Faschismus. Quellen und Dokumente, hrsg. von Matthias von Hellfeld und Arno Klönne, Köln 1985
- Beyer, Gerhard, Der Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 und die sowjetische Aussenpolitik, in: Axel, S., und Gerhard Beyer und Erwin Steinhäuser, Der ‚Hitler-Stalin-Pakt‘ von 1939, Köln 1979, S. 60-108 (= Oktober Taschenbuch, 4)
- Birkenfeld, Wolfgang, Der synthetische Treibstoff 1933-1945. Ein Beitrag der nationalsozialistischen Wirtschafts- und Rüstungspolitik, Göttingen, Berlin, Frankfurt a.M. 1964 (= Studien und Dokumente zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Bd. 8)
- Bleuel, Hans Peter, und Ernst Klinnert, Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich. Ideologien – Programme – Aktionen 1918-1935, Gütersloh 1967
- Bloch, Charles, Hitler und die europäischen Mächte 1933/34. Kontinuität oder Bruch? Frankfurt a.M. 1966 (= Hamburger Studien zur neueren Geschichte, Bd. 4)
- Bloch, Charles, La place de la France dans les différents stades de la politique extérieure du troisième Reich (1933-1940), in: Les relations franco-allemandes 1933-1939. Strasbourg 7-10 Octobre 1975, Paris 1976 (= Colloques internationaux du Centre National de la Recherche Scientifique, No. 563), S. 15-31
- Bloch, Charles, Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934, Frankfurt a.M. 1970 (= ed. suhrkamp, 434)
- Bloss, Hartmut, Deutsche Chinapolitik im Dritten Reich, in: Hitler, Deutschland und die Mächte, S. 407-429

- Bloss, Hartmut, Die Zweigleisigkeit der deutschen Fernostpolitik und Hitlers Option für Japan 1938, in: MGM, 27 (1980), S. 55-92
- Boberach, Heinz, Jugend unter Hitler, Düsseldorf 1982
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang, Der deutsche Katholizismus 1933. Eine kritische Betrachtung, in: Von Weimar zu Hitler, S. 317-343
- Böhm, Christine, Zur Entwicklung der sozialen Lage der Arbeiterklasse im faschistischen Deutschland in den Jahren 1933 bis 1935. Diss. masch., Berlin (Ost) 1973
- Boehm, Hermann, Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht am 22. August 1939, in: VfZG, 19 (1971), S. 294-300
- Boelcke, Willi A., Die deutsche Wirtschaft 1930-1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums, Düsseldorf 1983
- Boelcke, Willi A., Die Kosten von Hitlers Krieg. Kriegsfinanzierung und finanzielles Kriegserbe in Deutschland 1933-1948, Paderborn 1985 (= Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart)
- Boelcke, Willi A., Probleme der Finanzierung von Militärausgaben, in: Wirtschaft und Rüstung, S. 14-38
- Bollmus, Reinhard, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Stuttgart 1970 (= Studien zur Zeitgeschichte)
- Bond, Brian, British Military Policy between the Two World Wars, Oxford 1980
- Boog, Horst, Die deutsche Luftwaffenführung 1935-1945. Führungsprobleme, Spitzengliederung, Generalstabsausbildung, Stuttgart 1982 (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 21)
- Boog, Horst, Das Offizierkorps der Luftwaffe 1935-1945, in: Das deutsche Offizierkorps 1860-1960. Büdinger Vorträge 1977. In Verbindung mit dem MGFA hrsg. von Hanns Hubert Hofmann (†), Boppard am Rhein 1980 (= Deutsche Führungsschichten der Neuzeit, Bd. 11), S. 269-325
- Booms, Hans, Die Deutsche Volkspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, S. 523-539
- Booms, Hans, Der Ursprung des 2. Weltkrieges – Revision oder Expansion?, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 16 (1965), S. 329-353
- Bor, Peter, Gespräche mit Halder, Wiesbaden 1950
- Borejsza, Jerzy W., Italiens Haltung zum Deutsch-Polnischen Krieg, in: Sommer 1939, S. 148-194
- Bork, Siegfried, Missbrauch der Sprache. Tendenzen nationalsozialistischer Sprachregelung, Bern und München 1970
- Borkin, Joseph, Die unheilige Allianz der LG. Farben. Eine Interessengemeinschaft im 3. Reich, Frankfurt a.M., New York 1979
- Botz, Gerhard, Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich. Planung und Verwirklichung des politisch-administrativen Anschlusses (1938-1940), Wien, Zürich, München 1972 (= Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Bd. 1, Beitrag Wette); 2. erg. Aufl. Wien 1976 (Beitrag Messerschmidt)
- Boyens, Armin, Die Stellung der Ökumene und der bekennenden Kirche zum Problem von Krieg und Frieden während der Zeit des Dritten Reiches, in: Kirche zwischen Krieg und Frieden, S. 423-459
- Bracher, Karl Dietrich, Das Anfangsstadium der Hitlerschen Aussenpolitik, in: VfZG, 5 (1957), S. 63-76
- Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen, ⁵1971

- Bracher, Karl Dietrich, *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, Köln und Berlin 1969
- Bracher, Karl Dietrich, *Der Faschismus*, in: Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Bd. 8, 1973
- Bracher, Karl Dietrich, *Die Krise Europas 1917-1975 (= Propyläen-Geschichte Europas, Bd. 6)*, Frankfurt, Berlin, Wien 1976
- Bracher, Karl Dietrich, *Nachwort zu: Wolfgang Sauer, Die Mobilmachung der Gewalt*, Frankfurt, Berlin, Wien 1974
- Bracher, Karl Dietrich, *Schlüsselwörter in der Geschichte. Mit einer Betrachtung zum Totalitarismusproblem*, Düsseldorf 1978
- Bracher, Karl Dietrich, *Stufen der Machtergreifung*, in: Bracher/Sauer/Schulz, *Machtergreifung*, Köln und Opladen 1960, S. 31-368
- Bracher, Karl Dietrich, *Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie*, München 1976 (Serie Piper, 142)
- Bracher, Karl Dietrich, Wolfgang Sauer, Gerhard Schulz, *Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34*, Köln und Opladen 1960 (= Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Bd. 14, Beitrag Messerschmidt); Frankfurt, Berlin, Wien 1974 (Ullstein 2992-2994, Beiträge Wette, Deist)
- Braddick, Henderson B., *Germany, Czechoslovakia and the «Grand Alliance» in the May Crisis, 1938*, Denver 1969 (= Monograph Series in World Affairs, 6)
- Bramsted, Ernest K., *Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda 1925-1945*, Frankfurt a.M. 1971
- Brandenburg, Hans-Christian, *Die Geschichte der HJ. Wege und Irrwege einer Generation*, Köln 1968
- Brandes, Detlef, *Die Tschechen unter deutschem Protektorat. T. I: Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren bis Heydrichs Tod (1939-1942)*, München, Wien 1969
- Braubach, Max, *Der Einmarsch deutscher Truppen in die entmilitarisierte Zone am Rhein im März 1936. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges*, Köln, Opladen 1956 (= Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Geisteswissenschaften, H. 54)
- Braubach, Max, *Hitlers Weg zur Verständigung mit Russland im Jahre 1939. Rede*, Bonn-Hanstein 1960 (= Bonner Akademische Reden, 22)
- Braun, Otto, *Von Weimar zu Hitler*, Hamburg 1949
- Braunthai, Julius, *Geschichte der Internationale*, Bd. 2, Berlin, Bonn ³1978
- Breit, Gotthard, *Das Staats- und Gesellschaftsbild deutscher Generale beider Weltkriege im Spiegel ihrer Memoiren*, Boppard 1973 (= Militärgeschichtliche Studien, Bd. 17)
- Broszat, Martin, *Deutschland – Ungarn – Rumänien*, in: HZ, Bd. 206 (1968), S. 45-96
- Broszat, Martin, *Soziale Motivation und Führer-Bindung im Nationalsozialismus*, in: VfZG, 18 (1970), S. 392-409
- Broszat, Martin, *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, München 1969,³1973 (= dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 9)
- Broszat, Martin, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, München 1963
- Brüning, Heinrich, *Briefe 1946-1960*, hrsg. von Claire Nix unter Mitarbeit von Reginald Phelps und George Pettee, Stuttgart 1974
- Brüning, Heinrich, *Briefe und Gespräche. 1934-1945. Ein historisches Dokument und «Selbstbildnis» des umstrittenen Reichskanzlers*, hrsg. von Claire Nix unter Mitarbeit von Reginald Phelps, Stuttgart 1974

- Brüning, Heinrich, *Memoiren 1918-1934*, Stuttgart 1970
- Bry, Gerhard, *Wages in Germany 1871-1945*, Princeton 1960
- Bucher, Peter, *Der Reichswehrprozess. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30*, Boppard 1967
(= Militärgeschichtliche Studien, Bd. 4)
- Buchheim, Hans, *Die SS-das Herrschaftsinstrument*, in: *Anatomie des SS-Staates*, Bd. 1, S. 13-253
- Buchholz, W., *Die nationalsozialistische Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ Freizeitgestaltung und Arbeiterschaft im Dritten Reich*, Phil. Diss., München 1979
- Büchel, Regine, *Der Deutsche Widerstand im Spiegel von Fachliteratur und Publizistik seit 1945*, München 1975
(= Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, H. 15)
- Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. *Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945*, hrsg. von einem Redaktionskollektiv unter der Leitung von Dieter Fricke, 2 Bde., Berlin (Ost) 1968, 1970
- Bullock, Alan, *Hitler. Eine Studie über Tyrannei*, Düsseldorf 1971
- Burckhardt, Bernd, *Eine Stadt wird braun. Die nationalsozialistische Machtergreifung in der schwäbischen Provinz*, Hamburg 1980
- Burckhardt, Carl J., *Meine Danziger Mission 1937-1939*, München 1960
- Burden, Hamilton T., *Die programmierte Nation. Die Nürnberger Reichsparteitage*, Gütersloh 1967
- Burke, Kenneth, *Die Rhetorik in Hitlers „Mein Kampf“ und andere Essays zur Strategie der Überredung*, Frankfurt a.M. 1967 (= ed. suhrkamp, 231)
- Bussmann, Walter, *Ein deutsch-französischer Verständigungsversuch, 6.12.1938. Nachrichten der Akademie der Wissenschaften in Göttingen. Phil. Hist. Klasse, 2/1953*
- Bussmann, Walter, *Zur Entstehung und Überlieferung der „Hossbach-Niederschrift“*, in: *VfZG*, 16 (1968), S. 373-384
- Butler, Sir James R., *Lord Lothian (Philip Kerr) 1882-1940*, London 1960
- Butschek, Felix, *Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945*, Stuttgart 1978
- Cadogan, Sir Alexander, *The Diaries of Sir Alexander Cadogan O. M. 1938-1945*, ed. by David Dilks, London 1971
- Calic, Edouard (Hrsg.), *Ohne Maske. Hitler-Breiting Geheimgespräche 1931*, Frankfurt a.M. 1968
- Capelle, Hendrik van, *Economie en buitenlandse handel in nationaal-socialistisch Duitsland*, Assen 1978
- Carlton, David, Anthony Eden. *A Biography*, London 1981
- Carr, William, *Arms, Autarky and Aggression. A Study in German Foreign Policy, 1933-1939*, London 1972
- Carr, William, *Rüstung, Wirtschaft und Politik am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, in: *Nationalsozialistische Außenpolitik*, S. 437-454
- Carroll, Berenice A., *Design for Total War. Arms and Economics in the Third Reich*, The Hague, Paris 1968
(= *Studies in European History*, 17)
- Carsten, Francis L., *Reichswehr und Politik 1918-1933*, Köln, Berlin 3 1966
- Celovsky, Boris, *Das Münchener Abkommen 1938*, Stuttgart 1958 (= *Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte*, Bd. 3)
- Checinski, Michael, *Die Umstellung der Landwirtschaft und der Ernährungswirtschaft im faschistischen Deutschland auf die Bedürfnisse des Krieges*, in: *ZMG*, 6 (1967), S. 323-334
- Chesi, Valentin, *Struktur und Funktionen der Handwerksorganisation in Deutschland seit 1933. Ein Beitrag zur*

- Verbandstheorie, Berlin 1966 (= Untersuchungen über Gruppen und Verbände, Bd. 4)
- Christ, Herbert, Der politische Protestantismus in der Weimarer Republik. Eine Studie über die politische Meinungsbildung durch die evangelische Kirche im Spiegel der Literatur und der Presse, Diss. phil., Bonn 1967
- Christentum und Militarismus, hrsg. von Wolfgang Huber und Gerhard Liedke, Stuttgart, München 1974 (= Studien zur Friedensforschung, Bd. 13)
- Chronik der Agrarpolitik und Agrarwirtschaft des Deutschen Reiches von 1933-1945, bearb. von Werner Tomow, Hamburg, Berlin 1972 (= Berichte über Landwirtschaft, N. F., Sonderheft 188)
- Ciano, Galeazzo, Tagebücher 1937-1938, Hamburg 1949
- Clemenz, Manfred, Gesellschaftliche Ursprünge des Faschismus, Frankfurt a.M. 1972 (= ed. suhrkamp, 550)
- Compton, James V., Hitler und die USA. Die Amerikapolitik des Dritten Reiches und die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges, Oldenburg, Hamburg 1968
- Conze, Werner, Die Regierung Brüning, in: Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik, Festschrift für Heinrich Brüning, hrsg. von F. A. Hermens und Theodor Schieder, Berlin 1967, S. 233-248
- Cooper, Matthew, The German Army 1933-1945. Its political and military Failure, London 1978
- Costigliola, Frank Charles, The Politics of Financial Stabilization: American Reconstruction Policy in Europe 1924-30, Ph. D. Cornell University, Ithaca, New York 1973
- Coverdale, John F., Italian Intervention in the Spanish Civil War, Princeton, N. J. 1975
- Cowling, Maurice, The Impact of Hitler. British politics and British policy 1933-1940, Cambridge 1975
- Czichon, Eberhard, Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, Köln ²1971 (= Stimmen zur Zeit, 5)
- Dahle, Wendula, Der Einsatz einer Wissenschaft. Eine sprachinhaltliche Analyse militärischer Terminologie in der Germanistik 1933-1945, Bonn 1969 (= Abhandlungen zur Kunst-, Musik- und Literaturwissenschaft, Bd. 71)
- Dahlems, Birger, Der letzte Versuch. London-Berlin Sommer 1939, München 1948
- Dahm, Karl-Wilhelm, Pfarrer und Politik. Soziale Position und politische Mentalität des deutschen evangelischen Pfarrerstandes zwischen 1918 und 1933, Köln und Opladen 1965 (= Dortmunder Schriften zur Sozialforschung, Bd. 29)
- Dahrendorf, Rolf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965
- Darwin, John, Imperialism in decline? Tendencies in British imperial policy between the wars, in: Historical Journal, 23 (1980), S. 657-679
- Dederke, Karlheinz, Reich und Republik. Deutschland 1917-1933, Stuttgart 1969
- Dehio, Ludwig, Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert, München 1955
- Deist, Wilhelm, Brüning, Herriot und die Abrüstungsgespräche von Bessing 1932, in: VfZG, 5 (1957), S. 265-272
- Deist, Wilhelm, Die deutsche Aufrüstung in amerikanischer Sicht. Berichte des US-Militärattachés in Berlin aus den Jahren 1933-1939, in: Russland-Deutschland-Amerika, Wiesbaden 1978 (= Frankfurter Historische Abhandlungen, 17), S. 279-295
- Deist, Wilhelm, Flottenpolitik und Flottenpropaganda. Das Nachrichtenbureau des Reichsmarineamtes 1897-1914, Stuttgart 1976 (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 17)
- Deist, Wilhelm, De Gaulle et Guderian. L'influence des expériences militaires de la première guerre mondiale

- en France et en Allemagne, in: *Etudes Gaulliennes*, 5 (1977), Nr. 17, S. 47ff.
- Deist, Wilhelm, Internationale und nationale Aspekte der Abrüstungsfrage 1924-1932, in: *Locarno und die Welt-politik 1924-1932*, hrsg. von Hans Rössler, Göttingen 1969, S. 64-93
- Deist, Wilhelm, Die Politik der Seekriegsleitung und die Rebellion der Flotte Ende Oktober 1918, in: *VfZG*, 14 (1966), S. 341-368
- Deist, Wilhelm, Schleicher und die deutsche Abrüstungspolitik im Juni/Juli 1932, in: *VfZG*, 7 (1959), S. 163-176
- Deist, Wilhelm, *Strategie Perspectives and German Military Planning before the Two World Wars*, in: *German History* (1987), No. 4, S. 69-76
- Delarue, Jacques, *Geschichte der Gestapo*, Düsseldorf 1964
- Delmas, Jean, La perception de la puissance militaire française, in: *La puissance en Europe*, S. 127-140
- Denecke, Horst, *Die agrarpolitischen Konzeptionen des deutschen Imperialismus beim Übergang vom bürgerlich-parlamentarischen System zur faschistischen Diktatur (Frühjahr 1930 bis Herbst 1934)*, Diss. masch., Berlin (Ost) 1972
- Dengg, Sören, *Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund und Schachts ‚Neuer Plane Zum Verhältnis von Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik in der Übergangsphase von der Weimarer Republik zum Dritten Reich (1929-1934)*, Frankfurt/M., Bern, New York 1986 (= Europäische Hochschulschriften, 309)
- Denne, Ludwig, *Das Danzig-Problem in der deutschen Aussenpolitik 1934-39*, Bonn 1959
- Dennis, Peter, *Decision by Default. Peacetime conscription and British defence 1919-1939*, London 1972
- Deschner, Karlheinz (Hrsg.), *Kirche und Krieg. Der christliche Weg zum Ewigen Leben*, Stuttgart 1970
- Deutsch, Harold C., *Das Komplott oder die Entmachtung der Generale. Blomberg- und Fritsch-Krise. Hitlers Weg zum Krieg. Aus dem Amerikanischen von Burkhardt Kriegeland*, Zürich 1974
- Deutsch, Karl W., *Der Stand der Kriegsursachenforschung*, Bonn-Bad Godesberg 1973 (= DGFK-Hefte, Nr. 2)
- Der deutsche Kommunismus. Dokumente*, hrsg. von Hermann Weber, Köln, Berlin ³1973
- Die deutsche Mineralölwirtschaft. Jahrbuch der deutschen Mineralölwirtschaft 1930/40*, hrsg. von Karl-Heinz v. Thümen, Hamburg ²1956
- Deutsche Parteiprogramme*, hrsg. von Wilhelm Mommsen, München 1960
- Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien*, hrsg. von Walter Schmitthenner und Hans Buchheim, Köln, Berlin 1966
- Deutsche Widerstandskämpfer 1933-1945. Biographien und Briefe*, 2 Bde., hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin (Ost) 1970
- Deutscher Widerstand 1933-1945. Aspekte der Forschung und der Darstellung im Schulbuch. Eine Berichterstattung*, hrsg. von Edgar Weick im Auftrag des Studienkreises zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933-1945, Heidelberg 1967
- Deutschland im zweiten Weltkrieg. Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941. Von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Gerhart Hass*, Köln 1974

- Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts, hrsg. von Immanuel Geiss und Bernd Jürgen Wendt, Düsseldorf 1973
- Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-1940, 7 Bde., Salzhäusen, Frankfurt/M. 1980
- D'Hoop, J. M., La politique militaire de la France dans la Balkans de l'accord de Munich au début de la seconde guerre mondiale, in: *Studia Balkanica*, Nr. 7, Sofia 1973
- Dickmann, Fritz, Machtwillen und Ideologie in Hitlers außenpolitischen Zielsetzungen vor 1933, in: *Spiegel der Geschichte. Festschrift für Max Braubach*, Münster 1964, S. 915-941
- Diehl-Thiele, Peter, Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933-1945, München 1969 (= *Münchener Studien zur Politik*, Bd. 9)
- Dignath-Düren, Walter, Kirche, Krieg, Kriegsdienst. Die Wissenschaft zu dem aktuellen Problem in der ganzen Welt, Hamburg-Volksdorf 1955 (= *Theologische Forschung*, 10)
- Divine, Robert, *The Reluctant Belligerent: American Entry into World War II*, New York 1965 (= *America in Crisis*)
- I Documenti diplomatici italiani. Ministero degli affari esteri. Comm. per la pubblicazione dei documenti! diplomatici. Serie 7 (1922-1935), Roma 1953ff. Serie 8 (1935-1939), Roma 1952 ff.
- Documents diplomatiques français. Ministère des affaires étrangères. Commission de publication des documents relatifs aux origines de la guerre 1939-1945. Documents diplomatiques français 1932-1939. Serie 1, Paris 1964ff. Serie 2, Paris 1963ff.
- Documents on British Foreign Policy 1919-1939, hrsg. von Ernst L. Woodward und Rohan Butler, London 1946 ff.
- Documents on German Foreign Policy 1918-1945. The Third Reich. First Part. Vol. I-V (1933-1936), London, Washington 1957-1966
- Döhn, Lothar, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim am Glan 1970 (= *Marburger Abhandlungen zur politischen Wissenschaft*, Bd. 16)
- Dönitz, Karl, *Zehn Jahre und zwanzig Tage*, Frankfurt ²1963
- Dörr, Manfred, *Die Deutschnationale Volkspartei 1925-1928*, Phil. Diss., Marburg 1964
- Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, hrsg. von Johannes Hohlfeld, Bd. IV: Die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur 1933-1938, Berlin und München [1954]
- Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, hrsg. von Wolfgang Ruge und Wolfgang Schumann, bearb. von Kurt Gosswiler unter Mitwirkung von Margarete Piesche, Frankfurt a.M. 1977 [Copyright VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin/ DDR]
- Domarus, Max, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. Bd. 1: Triumph (1932-1938), Würzburg 1962, Bd. 2: Untergang (1939-1945), Würzburg 1963 (Beiträge Wette, Messerschmidt); Wiesbaden 1973 (Beitrag Deist)
- Door, Rochus, *Die Politik des faschistischen Deutschlands gegenüber Ungarn 1943/44*. Diss. masch., Leipzig 1967
- Dorpalen, Andreas, *Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik*, Berlin, Frankfurt a.M. 1966
- Drechsler, Hanno, *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD)*. Ein Beitrag zur

- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1965 (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 2) Dress, Hans, Slowakei und faschistische Neuordnung Europas 1939-1941, Berlin (Ost) 1972
- Das Dritte Reich. Herrschaftsstruktur und Geschichte, hrsg. von Martin Broszat und Horst Möller, München 1983 (= Beck'sche schwarze Reihe, Bd. 280)
- Droege, Franz, Der zerredete Widerstand. Zur Soziologie und Publizistik des Gerüchts im 2. Weltkrieg, Düsseldorf 1970
- Dülffer, Jost, Der Beginn des Krieges 1939: Hitler, die innere Krise und das Mächtensystem, in: Geschichte und Gesellschaft, 2 (1976), H. 4: Das nationalsozialistische Herrschaftssystem, S. 443-470
- Dülffer, Jost, Determinants of German Naval Policy, 1920-1939, in: The German Military in the Age of Total War, S. 152-170
- Dülffer, Jost, Zum «decision-making process» in der deutschen Aussenpolitik 1933-1939, in: Hitler, Deutschland und die Mächte, S. 186-204
- Dülffer, Jost, Der Einfluss des Auslandes auf die nationalsozialistische Politik, in: Innen- und Aussenpolitik, S. 295-313
- Dülffer, Jost, Überlegungen von Kriegsmarine und Heer zur Wehrmachtspitzengliederung und zur Führung der Wehrmacht im Kriege im Februar-März 1938, in: MGM, 1/71, S. 145-155
- Dülffer, Jost, Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920-1930. Mit einem Anhang von Jürgen Rohwer, Düsseldorf 1973
- Dülffer, Jost, Weisungen an die Wehrmacht als Ausdruck ihrer Gleichschaltung 1938/39, in: WWR, 18 (1968), S. 651-655, 705-713
- Dueterberg, Theodor, Der Stahlhelm und Hitler, Wlflfenbüttel und Hannover 1949 Duhnke, Horst, Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972
- Duroseile, Jean-Baptiste, La Decadence, 1932-1939. Politique étrangère de la France, Paris 1979
- Duroselle, Jean-Baptiste, Les milieux gouvernementaux en face du problème allemand en 1936, in: La France et l'Allemagne, S. 373-396
- Dziewanowski, Michalowsky Kazimir, Joseph Pilsudski. An European Federalist, 1918-1922, Stanford 1969
- Eden, Anthony, Angesichts der Diktatoren. Memoiren 1923-1938, Köln, Berlin 1964
- Edinger, Lewis J., Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil 1933-1945, Hannover, Frankfurt a.M. 1960
- Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. 1: 1939-1941, Berlin (Ost) 1969
- Eichstädt, Ulrich, Von Dollfuss zu Hitler. Geschichte des Anschlusses Österreichs 1933-1938, Wiesbaden 1955 (= Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Bd. 10)
- Eilers, Rolf, Die nationalsozialistische Schulpolitik. Eine Studie zur Tradition der Erziehung im totalitären Staat, Köln und Opladen 1963 (= Staat und Politik, Bd. 4)
- Emmerson, James Thomas, The Rhineland Crisis. 7. March 1936. A study on multilateral diplomacy, London 1977
- Das Ende der Parteien, hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960 (= Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien)
- Erbe, René, Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933-1939 im Lichte der modernen Theorie, Zürich 1958

- Erdmann, Karl Dietrich, Die Zeit der Weltkriege (= Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, 9. neu bearb. Aufl., hrsg. von Herbert Grundmann, Bd. 4, 2 Teilbände), Stuttgart 1973 und 1976
- Erziehung und Schulung im Dritten Reich, hrsg. von Manfred Heinemann, 2 Bde., Stuttgart 1980 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, Bd. 4)
- Esenwein-Rothe, Ingeborg, Die Wirtschaftsverbände von 1933 bis 1945, Berlin 1965 (= Wirtschaftsverbände und Wirtschaftspolitik = Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. N. F., Bd. 37)
- Esters, Helmut, und Hans Pelger, Gewerkschafter im Widerstand, Hannover 1967 (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung)
- Fabry, Philipp Walter, Der Hitler-Stalin-Pakt 1939-1941. Ein Beitrag zur Methode sowjetischer Aussenpolitik, Darmstadt 1962
- Farquharson, J. E., The Plough and the Swastika. The NSDAP and Agriculture in Germany 1928-45, London, Beverly Hills 1976 (= Sage Studies in 20th Century History, 5)
- Farrar jr., Lancelot L., The Short-War Illusion. The Syndrome of German Strategy, August-December, 1914, in: MGM, 2/72, S. 39-52
- Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich, hrsg. von Wolfgang Schieder, Hamburg 1976 (= Historische Perspektiven, 3)
- The Fascist Challenge and the Policy of Appeasement, ed. by Wolfgang J. Mommsen and Lothar Kettenacker, London 1983
- Faust, Anselm, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, 2 Bde., Düsseldorf 1973
- Feldman, Gerald D., Eberhard Kolb, Reinhard Rürup, Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917-1920), in: PVS, 13 (1972), H. 1, S. 84-105
- Felice, Renzo de, Beobachtungen zu Mussolinis Aussenpolitik, in: Saeculum, 1973, H. 4, S. 314-327
- Felice, Renzo de, Mussolini il duce, Bd. 2: Lo Stato totalitario, 1936-1940, Torino 1981
- Fensch, Dorothea, und Olaf Groehler, Imperialistische Ökonomie und militärische Strategie. Eine Denkschrift Wilhelm Groeners, in: ZfG, 19 (1971), S. 1167-1177
- Fest, Joachim, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a.M. ⁷1974
- Fischer, Fritz, Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871-1945, Düsseldorf 1979
- Fischer, Wolfram, Deutsche Wirtschaftspolitik 1918-1945, Opladen ³1968
- Flechthelm, Ossip K., Die KPD in der Weimarer Republik. Mit einer Einleitung von Hermann Weber, Frankfurt a.M. 1969 (unveränderter Nachdruck der Erstauflage Offenbach 1948)
- Flemming, Jens, Artikel zum 40. Todestag Ossietzkys, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Nr. 18, 30. 4.1978
- Förster, Jürgen, Rumäniens Weg in die deutsche Abhängigkeit. Zur Rolle der Deutschen Militärmission 1940/41, in: MGM, 1/1979, S. 477-77
- Förster, Jürgen, Stalingrad. Risse im Bündnis 1942/43, Freiburg i. Br. 1975 (= Einzelschriften zur militärischen Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Bd. 16)
- Förster, Otto Wilhelm, Das Befestigungswesen. Rückblick und Ausschau, Neckargemünd 1960 (= Wehrmacht im Kampf, Bd. 25)
- Foerster, Wolfgang, Generaloberst Ludwig Beck. Sein Kampf gegen den Krieg. Aus nachgelassenen Papieren des Generalstabschefs, München ²1953
- Foertsch, Hermann, Schuld und Verhängnis (Die Fritsch-Krise 1938), Stuttgart 1951

- Foreign Relations of the United States 1935-1940, Washington 1952 ff.
- Forschungen zu Staat und Verfassung. Festgabe für Fritz Hartung, Berlin 1958
- Fox, John Patrick, Germany and the Far Eastern Crisis, 1931-1938, Oxford, London 1982
- La France et l'Allemagne 1932-1936. Communications présentées au colloque franco-allemand tenu à Paris du 10 au 12 Mars 1977, Paris 1980
- Frank, Hans, Im Angesicht des Galgens, München-Gräfelfing ²1955
- Fraser, Lindley, Kriegsschuld und Propaganda. Deutschland zwischen zwei Weltkriegen, Zürich 1947
- Frieden, Gewalt, Sozialismus. Studien zur Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung, hrsg. von Wolfgang Huber und Johannes Schwardtfefer, Stuttgart 1976 (= Forschungen und Berichte der evangelischen Studiengemeinschaft, Bd. 32)
- Friedensburg, Ferdinand, Die sowjetischen Kriegslieferungen an das Hitlerreich, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 1962, S. 331-338
- Friedländer, Saul, Pius XII. und das Dritte Reich. Eine Dokumentation. Mit einem Nachwort von Alfred Grosser, Reinbek bei Hamburg 1965
- Frommelt, Reinhard, Paneuropa oder Mitteleuropa. Einigungsbestrebungen im Kalkül deutscher Wirtschaft und Politik 1925-1933, Stuttgart 1977 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 34)
- Frye, Alton, Nazi Germany and the American Hemisphere, 1933-1941, New Haven 1967
- Der ‚Führerstaat‘. Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches. The ‚Führer-State‘. Myth and reality. Studies on the structure and politics of the Third Reich, hrsg. von Gerhard Hirsch und Lothar Kettenacker, Stuttgart 1981 (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 8)
- Fülberth, Georg, und Jürgen Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie 1890-1933, Darmstadt und Neuwied 1974 (= Arbeiterbewegung und SPD, Bd. 1)
- Funke, Manfred, Die deutsch-italienischen Beziehungen-Antibolschewismus und ausenpolitische Interessenkonkurrenz als Strukturprinzip der «Achse», in: Hitler, Deutschland und die Mächte, S. 823-846
- Funke, Manfred, Sanktionen und Kanonen. Hitler, Mussolini und der internationale Abessinienkonflikt 1934-1936, Düsseldorf ²1971 (= Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, 2)
- Funke, Manfred, 7. März 1936. Fallstudie zum ausenpolitischen Führungsstil Hitlers, in: Nationalsozialistische Aussenpolitik, S. 277-325
- Gackenholz, Hermann, Reichskanzlei, 5. November 1937. Bemerkungen über «Politik und Kriegführung» im Dritten Reich, in: Forschungen zu Staat und Verfassung. Festgabe für Fritz Hartung, Berlin 1958, S. 459-484
- Gaede, Reinhard, Kirche – Christen – Krieg und Frieden. Die Diskussion im deutschen Protestantismus während der Weimarer Zeit, Hamburg 1975
- Gaede, Reinhard, Die Stellung des deutschen Protestantismus zum Problem von Krieg und Frieden während der Zeit der Weimarer Republik, in: Kirche zwischen Krieg und Frieden, S. 373-422
- Galtung, Johan, Gewalt, Frieden und Friedensforschung, in: Deutsche Friedensforschung, hrsg. von Dieter Senghaas, Frankfurt a.M. 1971, S. 55-104
- Gamm, Hans-Jochen, Der braune Kult. Das Dritte Reich und seine Ersatzreligion, Hamburg 1962
- Gamm, Hans-Jochen, Der Flüsterwitz im Dritten Reich, München 1963
- Gantzel, Klaus Jürgen, System und Akteur. Beiträge zur vergleichenden Kriegsursachenforschung, Düsseldorf 1972

- Gasiorowski, Z. J., The German-Polish Non-aggression Pact of 1934, in: *Journal of Central European Affairs*, 16 (1955), S. 3-29
- Gatzke, Hans-Wilhelm, *Stresemann and the Rearmament of Germany*, Baltimore 1954 Gehl, Jürgen, *Austria, Germany and the Anschluss 1931-1938*, London, New York 1963 Geissler, Rolf, *Dekadenz und Heroismus. Zeitroman und völkisch-nationalistische Literaturkritik*, Stuttgart 1964 (= *Schriften der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Nr. 9)
- Gemzell, Carl-Axel, *Organization, Conflict and Innovation: A Study of German Naval Strategie Planning, 1888-1940*, Lund 1973 (= *Lund Studies in International History*, 4)
- Gemzell, Carl-Axel, *Raeder, Hitler und Skandinavien. Der Kampf für einen maritimen Operationsplan*, Lund 1965 (= *Bibliotheca Historica Lundensis*, Bd. 16)
- Gereke, Günther, *Ich war königlich-preussischer Landrat*, Berlin 1970
- The German Military in the Age of Total War*, ed. by Wilhelm Deist, Leamington Spa 1985
- Gerstenberger, Heide, *Der revolutionäre Konservatismus. Ein Beitrag zur Analyse des Liberalismus*, Berlin 1969 (= *Sozialwissenschaftliche Abhandlungen*, H. 14)
- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Bd. 5: Von Januar 1933 bis Mai 1945, Berlin (Ost) 1966
- Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Dokumenten*, Freiburg/München 1953, 1955/56, 1. Bd.: *Der Weg zum Kriege 1938-1939*, 1953, 2. Bd.: *An der Schwelle des Krieges 1938,1955*, 3. Bd.: *Der Ausbruch des Krieges 1939,1956*
- Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939-1945 in zwölf Bänden. Von einem Redaktionskollegium. Bd. 1: Die Entfesselung des Krieges. Der Kampf der Fortschrittlichen Kräfte für die Erhaltung des Friedens*, Moskau 1973, Bd. 2: *Am Vorabend des Krieges*, Moskau 1975
- Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hrsg. von Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck, Bd. 1: A-D, Stuttgart 1972
- Gesetze des NS-Staates. Zusammenestellt von Uwe Brodersen. Mit einer Einleitung von Ingo von Münch*, Bad Homburg v. d. H., Berlin, Zürich 1968 (Gehlen-Texte, Bd. 2)
- Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration. Aus dem Nachlass Friedrich Stampfers ergänzt durch andere Überlieferungen*, hrsg. von Erich Matthias, bearb. von Werner Link, Düsseldorf 1968
- Gessner, Dieter, *Agrarverbände in der Weimarer Republik. Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen agrarkonservativer Politik vor 1933*, Düsseldorf 1976
- Geyer, Michael, *Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1926*, Wiesbaden 1980 (= *Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz*, Abt. Universalgeschichte, Bd. 91)
- Geyer, Michael, *The Dynamics of Military Revisionism in the Interwar Years. Military Politics between Rearmament and Diplomacy*, in: *The German Military in the Age of Total War*, S. 100-151
- Geyer, Michael, *Die Landesverteidigung. Wehrstruktur am Ende der Weimarer Republik*, Staatsexamensarbeit, Freiburg 1972
- Geyer, Michael, *Militär, Rüstung und Aussenpolitik-Aspekte militärischer Revisionspolitik in der Zwischenkriegszeit*, in: *Hitler, Deutschland und die Mächte*, S. 239-268
- Geyer, Michael, *Professionals and Junkers. German Rearmament and Politics in the Weimar Republic*, in: *Social Change and Political Development in Weimar Germany*, ed. by Richard Bessel and Edgar J. Feuchtwanger, London 1981, S. 77-133

- Geyer, Michael, Rüstungsbeschleunigung und Inflation. Zur Inflationsdenkschrift des Oberkommandos der Wehrmacht vom November 1938, in: MGM, 30 (1981), S. 121-186
- Geyer, Michael, Die Wehrmacht der Deutschen Republik ist die Reichswehr, in: MGM, 2/73, S. 152-199
- Geyer, Michael, Das Zweite Rüstungsprogramm (1930-1934). (Eine Dokumentation), in: MGM, 1/75, S. 125-172
- Gibbs, Norman Henry, Grand Strategy, Bd. 1: Rearmament Policy, London 1976
- Gies, Horst, NSDAP und landwirtschaftliche Organisationen in der Endphase der Weimarer Republik in: VfZG, 15 (1967), S. 341-376
- Gies, Horst, Richard Walther Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, Inaug. Diss., Frankfurt a.M. 1966
- Giese, Fritz, E., Die Deutsche Marine 1920-1945. Aufbau und Untergang, Frankfurt a.M. 1965
- Gilbert, Martin, The Roots of Appeasement, London 1966
- Gilbert, Martin, Sir Horace Rumbold. Portrait of a Diplomat 1869-1941, London 1973
- Gilbert, Martin, und Richard Gott, Der gescheiterte Frieden. Europa 1933-1939, Stuttgart 1964
- Girault, René, Les décideurs français et la puissance française en 1938-1939, in: La puissance en Europe, S. 23-43
- Girault, R., Die französische Aussenpolitik nach München. Vortragsmanuskript für das deutsch-französische Historikerkolloquium in Bonn, 26.-29. September 1978
- Gittig, H. (Hrsg.), Illegale antifaschistische Tarnschriften, Leipzig 1972 (= Beiheft 87 zum «Zentralblatt für Bibliothekswesen»)
- Goebbels, Joseph, Tagebücher aus den Jahren 1942-1943. Mit anderen Dokumenten hrsg. von Louis P. Lochner, Zürich 1948
- Goebbels-Reden, hrsg. von Helmut Heiber Bd. 1: 1932-1939, Düsseldorf 1971
- Görlitz, Walter (Hrsg.), Generalfeldmarschall Keitel. Verbrecher oder Offizier? Erinnerungen, Briefe, Dokumente des Chefs OKW, Göttingen, Berlin, Frankfurt a.M. 1961
- Gossweiler, Kurt, Der Übergang von der Weltwirtschaftskrise zur Rüstungskonjunktur in Deutschland 1933 bis 1934. Ein historischer Beitrag zur Problematik staatsmonopolistischer «Krisenüberwindung», in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, II, S.55-116
- Graml, Hermann, Die aussenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes, in: Der deutsche Widerstand, S. 15-72
- Granzow, Brigitte, A Mirror of Nazism. British Opinion and the Emergence of Hitler 1929-1933, London 1964
- Grebing, Helga, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick, München 1970
- Grebing, Helga, Martin Greiffenhagen, Christian Graf v. Krockow, Johann B. Müller, Konservatismus. Eine Deutsche Bilanz, München 1971
- Greiffenhagen, Martin, Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland, München 1971
- Greiffenhagen, Martin, Reichard Kühnl, Johann Baptist Müller, Totalitarismus. Zur Problematik eines politischen Begriffs, München 1972
- Greschat, Martin (Hrsg.), Der deutsche Protestantismus im Revolutionsjahr 1918-19, Witten 1974
- Grieswelle, Detlev, Propaganda der Friedlosigkeit. Eine Studie zu Hitlers Rhetorik 1920-1933, Stuttgart 1972

- Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im zweiten Weltkrieg, Berlin (Ost) 1973
- Groener-Geyer, Dorothea, General Groener – Soldat und Staatsmann, Frankfurt a.M. 1955
- Gronow, Jukka, und Jorma Hilppö, Violence, Ethics and Politics, in: *Journal of Peace Research*, 1970, H. 4, S. 311-320
- Groscurth, Helmuth, Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938-1940, hrsg. von H. Krausnick und H. C. Deutsch unter Mitarbeit von H. v. Kotze, Stuttgart 1970 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 19)
- Grossmann, Kurt R., Emigration. Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933-1945, Frankfurt a.M. 1969
- Grotkopp, Wilhelm, Die grosse Krise. Lehren aus der Überwindung der Wirtschaftskrise 1929/32, Düsseldorf 1954
- Grundmann, Friedrich, Agrarpolitik im „Dritten Reiche Anspruch und Wirklichkeit des Reichserbhofgesetzes, Hamburg 1979 (= Historische Perspektiven, 14)
- Gschaidner, Peter, Das österreichische Bundesheer 1938 und seine Überführung in die Deutsche Wehrmacht, Phil. Diss., Wien 1967
- Guderian, Heinz, Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg ⁴1951
- Güth, Rolf, Die Marine des Deutschen Reiches 1919-1939, Frankfurt a.M. 1972
- Güth, Rolf, Die Organisation der Kriegsmarine bis 1939, in: *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939*. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4, Abschn. VII, München 1979, S. 401-499
- Gundelach, Karl, Gedanken über die Führung eines Luftkrieges gegen England bei der Luftflotte 2 in den Jahren 1938/39 (Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Luftschlacht um England), in: *WWR*, 10 (1960), H. 1, S. 33-46
- Haffner, Sebastian, Anmerkungen zu Hitler, München ⁵1978
- Hagemann, Walter, Publizistik im Dritten Reich. Ein Beitrag zur Methodik der Massenführung, Hamburg 1948
- Haggie, Paul, *Britannia at Bay. The Defence of the British Empire against Japan 1931-1941*, Oxford 1981
- Halder, Franz, Generaloberst Halder. Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939-1942, hrsg. vom Arbeitskreis für Wehrforschung Stuttgart, bearb. von Hans-Adolf Jacobsen in Verbindung mit A. Philippi, Bd. 1: Vom Polenfeldzug bis zum Ende der Westoffensive (14.8.1939-30.6.1940), Stuttgart 1962
- Hale, Oron James, *Presse in der Zwangsjacke 1933-1945*. Aus dem Amerikanischen übertragen von Wilhelm und Modeste Pferdekamp, Düsseldorf 1965
- Halifax, Fullness of Days. The Earl of Halifax, London 1957
- Hallgarten, George W. F., Hitler, Reichswehr und Industrie. Zur Geschichte der Jahre 1918-1933, Frankfurt a.M. ²1955
- Hallgarten, George W. F., und Joachim Radkau, *Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute*, Frankfurt a.M. 1974
- Hammer, Hermann, Die deutschen Ausgaben von Hitlers «Mein Kampf», in: *VfZG*, 4 (1956), S. 161-178
- Hammer, Karl, Christen, Krieg und Frieden. Eine historische Analyse, Olten und Freiburg 1972
- Hammer, Karl, *Deutsche Kriegstheologie (1870-1918)*, München 1971
- Hansen, Ernst Willi, Reichswehr und Industrie. Rüstungswirtschaftliche Zusammenar-

- beit und wirtschaftliche Mobilmachungsvorbereitungen 1923-1932, Boppard 1978 (= Wehrwissenschaftliche Forschungen. Abt. Militärgeschichtliche Studien, Bd. 24)
- Harper, Glenn T., German Economic Policy in Spain During the Spanish Civil War, 1936-1939, The Hague, Paris 1967
- Harttung, Arnold (Hrsg.), Der Friedens-Nobelpreis. Stiftung und Verleihung. Die Reden der vier deutschen Preisträger Gustav Stresemann, Ludwig Quidde, Carl von Ossietzky und Willy Brandt, Berlin 1972
- Hassell, Ulrich v., Vom anderen Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938-1944, Zürich und Freiburg i. Br. 1946
- Hauser, Oswald, England und das Dritte Reich. Eine dokumentierte Geschichte der englisch-deutschen Beziehungen von 1933 bis 1939 auf Grund unveröffentlichter Akten aus dem britischen Staatsarchiv, Bd. 1: 1933 bis 1936, Stuttgart 1972
- Hecker, Hans, «Die Tat» und ihr Osteuropa-Bild 1909-1939, Köln 1974
- Heer, Hannes, Burgfrieden oder Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930-1933, Neuwied und Berlin 1971 (= Sammlung Luchterhand, 22)
- Heeresadjutant bei Hitler 1938-1943. Aufzeichnungen des Majors Engel, hrsg. von Hildegard v. Kotze, Stuttgart 1974 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 29)
- Hegelheimer, Armin, Wirtschaftslenkung und Preisintervention. Ziele und Probleme der staatlichen Preispolitik in einer gelenkten Wirtschaft, dargestellt am Beispiel der deutschen Wirtschaftslenkung und der französischen Planification, Berlin 1969
- Heiber, Helmut, Joseph Goebbels, Berlin 1962
- Heimann, Bernhard, Joachim Schunke. Eine geheime Denkschrift zur Luftkriegskonzeption Hitler-Deutschlands vom Mai 1933, in: ZMG, 3 (1964), S. 72-86
- Heinkel, Ernst, Stürmisches Leben, hrsg. von Jürgen Thorwald, Stuttgart 4 1953
- Heinrichsbauer, August, Schwerindustrie und Politik, Essen 1948
- Helbich, Wolfgang J., Franklin D. Roosevelt, Berlin 1971
- Henke, Josef, England in Hitlers politischem Kalkül 1935-1939, Boppard 1973 (= Schriften des Bundesarchivs, Bd. 20)
- Henke, Josef, Hitlers England-Konzeption – Formulierung und Realisierungsversuch, in: Hitler, Deutschland und die Mächte, S. 584-603
- Hennig, Eike, Industrie, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung im deutschen Faschismus (1933-1939). Anmerkungen zum Stand «der» neueren Faschismuskonzeption, in: Gesellschaftliche Beiträge zur Marxschen Theorie 5, Frankfurt a.M. 1975, S. 68-148
- Henning, F.-W., Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Bd. 2: 1750-1976, Paderborn 1978
- Henning, Hansjoachim, Kraftfahrzeugindustrie und Autobahnbau in der Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus 1933-1936, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 2 (1978), S. 217-242
- Henrikson, Göran, Das Nürnberger Dokument 386-PS (Das «Hossbach-Protokoll»), in: Probleme deutscher Zeitgeschichte, Stockholm 1971 (= Lund Studies in International History, vol. 2), S. 151-194
- Hentschel, Volker, Weimars letzte Monate. Hitler und der Untergang der Republik, Düsseldorf 1978
- Herbell, Hajo, Staatsbürger in Uniform 1789 bis 1961. Ein Beitrag zur Geschichte des Kampfes zwischen Demokratie und Militarismus in Deutschland, Berlin (Ost) 1969
- Herferth, Wilhelm, Der faschistische «Reichsnährstand» und die Stellung seiner Funktionäre im Bonner Staat, in: ZfG, 10 (1962), S. 1046-1076
- Herferth, Wilhelm, Der Reichsnährstand. Ein Instrument des Faschismus zur Vorbereitung des zweiten Welt-

- krieges (unter besonderer Rücksicht des Aufbaues des Reichsnährstandes in den Jahren 1933 bis 1935), Diss. Masch., Berlin (Ost) 1961
- Herzfeld, Hans, Politik, Heer und Rüstung in der Zwischenkriegszeit, in: Ders., Ausgewählte Aufsätze. Dargebracht als Festgabe zum siebzigsten Geburtstag von seinen Freunden und Schülern, Berlin 1962, S. 255-277
- Herzfeld, Hans, Zur Problematik der Appeasement-Politik, in: Geschichte und Gegenwartsbewusstsein. Festschrift für Hans Rothfels, Göttingen 1963, S. 161-197
- Heydorn, Heinz-Joachim, Begrüssung der Teilnehmer (S. 11), Vorbemerkung zur Schulbuchkonferenz (S. 19-23), Schlussbemerkung (S. 137-139), in: Deutscher Widerstand 1933-1945
- Hierl, Constantin, Im Dienst für Deutschland 1918-1945, Heidelberg 1954
- Higham, Robert, Armed Forces in Peacetime Britain 1918-1939, London 1962
- Hildebrand, Klaus, Deutsche Aussenpolitik 1933-1945. Kalkül oder Dogma?, Stuttgart 1971
- Hildebrand, Klaus, Das Deutsche Reich und die Sowjetunion im internationalen System 1918-1932. Legitimität oder Revolution?, Wiesbaden 1977 (= Frankfurter historische Vorträge, 4)
- Hildebrand, Klaus, Die Frankreichpolitik Hitlers bis 1936, in: Francia, Bd. 5 (1977), S.591-625
- Hildebrand, Klaus, Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945, München 1969 (= Veröffentlichungen des Historischen Instituts der Universität Hamburg, Bd. 1)
- Hilger, Gustav, Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918-1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten, Frankfurt a.M., Berlin ²1956
- Hiller v. Gaertringen, Friedrich Frhr., Zur Beurteilung des «Monarchismus» in der Weimarer Republik, in: Tradition und Reform in der deutschen Politik. Gedenkschrift für Waldemar Besson, hrsg. von Gotthard Jasper, Frankfurt a.M., Berlin, Wien 1976, S. 138-186
- Hiller v. Gaertringen, Friedrich Frhr., Das Ende der Deutschnationalen Volkspartei im Frühjahr 1933, in: Von Weimar zu Hitler, S. 246-278
- Hiller v. Gaertringen, Friedrich Frhr., Artikel Groener, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. VII, Berlin 1966, S. 111-114
- Hillgruber, Andreas, Der «Anschluss» Österreichs 1938, in: Neue Politische Literatur, 9 (1964), Sp. 984-988
- Hillgruber, Andreas, Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege, Göttingen 1967 (= Die deutsche Frage in der Welt, Bd. 7)
- Hillgruber, Andreas, England in Hitlers aussenpolitischer Konzeption, in: HZ, Bd. 218 (1974), S. 65-84
- Hillgruber, Andreas, Der Faktor Amerika in Hitlers Strategie 1938-1941, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung «Das Parlament», B. 19 vom 11.5.1966
- Hillgruber, Andreas, Frankreich als Faktor der deutschen Aussenpolitik im Jahre 1939, Vortragsmanuskript für das deutsch-französische Historikerkolloquium in Bonn, 26.-29. September 1978
- Hillgruber, Andreas, Hitler, König Carol und Marschall Antonescu. Die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938-1944, Wiesbaden ²1965 (= Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz, Bd. 5)
- Hillgruber, Andreas, Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940-41, Frankfurt 1965
- Hillgruber, Andreas, Militarismus am Ende der Weimarer Republik und im «Dritten Reich», in: Ders., Gross-

- machtspolitik und Militarismus im 20. Jahrhundert. 3 Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Düsseldorf 1974, S. 37-51
- Hillgruber, Andreas, Quellen und Quellenkritik zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, in: WWR, 14 (1964), S. 110-126
- Hillgruber, Andreas, Die weltpolitische Lage 1936-1939: Deutschland, in: Weltpolitik 1933-1939, S. 270-292
- Hillgruber, Andreas, Der Zweite Weltkrieg, 1939-1945, in: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion. Aussenpolitik 1917-1955, hrsg. von Dietrich Geyer, Köln-Wien 1972, S. 270-342
- Hillmann, H. C., Comparative Strength of the Great Powers, in: Survey of International Affairs 1939-1946. The World in March 1939, London, New York, Toronto 1952, S.366-507
- Himmler, Heinrich, Geheimreden 1933 bis 1945 und andere Ansprachen, hrsg. von Bradley F. Smith und Agnes F. Peterson mit einer Einführung von Joachim C. Fest, Frankfurt a.M., Berlin, Wien 1974
- Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Aussenpolitik des Dritten Reiches, hrsg. von Manfred Funke, Düsseldorf 1976 (= Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, 12)
- Hitlers Machtergreifung 1933. Vom Machtantritt Hitlers, 30. Januar 1933 bis zur Besiegelung des Einparteienstaates 14. Juli 1933, hrsg. von Josef und Ruth Becker, München 1983
- Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich. Eine Dokumentation, hrsg. von Jost Dülffer, Jochen Thies und Josef Henke, Köln, Wien 1978
- Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939-1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht, hrsg. von Walther Hubatsch, Frankfurt a.M. 1962
- Hitlers zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928. Eingel. und kommentiert von Gerald L. Weinberg, Stuttgart 1961 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 7)
- Höbelt, Lothar, Die britische Appeasementpolitik. Entspannung und Nachrüstung 1937-1939, Wien 1983
- Hoefl, Klaus-Dieter, Die Agrarpolitik des deutschen Faschismus als Mittel zur Vorbereitung des zweiten Weltkrieges, in: ZfG, 7 (1959), S. 1205-1230
- Hoefl, Klaus-Dieter, Zur Agrarpolitik des deutschen Imperialismus von 1933 bis zur Gegenwart, Dresden 1960
- Höhne, Heinz, Mordsache Röhm. Hitlers Durchbruch zur Alleinherrschaft 1933-34, Reinbek 1984 (= Spiegel-Buch, 52)
- Höhne, Heinz, Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, Gütersloh 1967 (Beitrag Deist); Frankfurt 1969 (= Fischer-Bücherei, Nr. 1052/53, Beitrag Wette)
- Hoensch, Jörg, K., Die Slowakei und Hitlers Ostpolitik. Hlinkas Slowakische Volkspartei zwischen Autonomie und Separation. 1938/1939, Köln, Wien 1965 (= Beiträge zur Geschichte Osteuropas, Bd. 4)
- Hofer, Walther, Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Eine Studie über die internationalen Beziehungen im Sommer 1939, 3. erw. Aufl., Frankfurt a.M. 1964
- Holland, R. F., Britain and the Commonwealth Alliance 1918-1939, London 1981
- Hollmack, Heinz, Was wirklich geschah. Die diplomatischen Hintergründe der deutschen Kriegspolitik. Darstellung und Dokumente, München 1949
- Homze, Edward L., Arming the Luftwaffe. The Reich Air Ministry and the German aircraft industry, 1919-39, Lincoln 1976
- Honigberger, Rolf, Die wirtschaftspolitische Zielsetzung des Nationalsozialismus und de

- ren Einfluss auf die deutsche Wirtschaftsordnung. Dargestellt und kritisch untersucht am Beispiel des deutschen Arbeitsmarktes von 1933 bis 1939, Diss. masch., Freiburg i. Br. 1949
- Horn, Wolfgang, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP, Düsseldorf 1972 (= Geschichtliche Studien zu Politik und Gesellschaft, Bd. 3)
- Horn, Wolfgang, Der Marsch zur Machtergreifung. Die NSDAP bis 1933, Königstein, Düsseldorf 1980 (= Athenäum-Droste-Taschenbücher, 7234)
- Hossbach, Friedrich, Zwischen Wehrmacht und Hitler, Wolfenbüttel ²1965
- Howard, Michael, The Continental Commitment. The dilemma of British defense policy in the era of two world wars. The Ford Lectures in the University of Oxford 1971, London 1972 (Beitrag Deist); London 1974 (= Penguin Books 134, Beitrag Messerschmidt)
- Huber, Wolfgang, Evangelische Theologie und Kirche beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in: Historische Beiträge zur Friedensforschung, hrsg. von Wolfgang Huber, Stuttgart, München 1970, S. 134-215
- Huber, Wolfgang, Kirche und Militarismus, in: Christentum und Militarismus, S. 158-184
- Huber, Wolfgang, und Johannes Schwerdtfeger, Möglichkeiten und Grenzen des Friedenshandelns von Kirchen und christlichen Gruppen, in: Kirche zwischen Krieg und Frieden, S. 543-586
- Hübener, Erhard, Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung, der Aufrüstung und des Krieges in der deutschen Finanzpolitik 1933-1945, Diss. masch., Halle 1948
- Hürten, Heinz, Reichswehr und Ausnahmezustand. Ein Beitrag zur Verfassungsproblematik der Weimarer Republik in ihrem ersten Jahrfünft, Opladen 1977 (= Vorträge/Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften: Geisteswissenschaften. G 222)
- Hüttenberger, Peter, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte, Nr. 19)
- Hüttenberger, Peter, Nationalsozialistische Polykratie, in: Geschichte und Gesellschaft, 2 (1976), H. 4: Das nationalsozialistische Herrschaftssystem, S. 417-442
- Hummelberger, Walter, Die Rüstungsindustrie der Tschechoslowakei 1933 bis 1939, in: Wirtschaft und Rüstung, S. 308-330
- Hyde, H. Montgomery, British Air Policy Between the Wars 1918-1939, London 1976
- Illert, Helmut, Die deutsche Rechte der Weimarer Republik im Urteil der englischen Presse 1928-1932, Phil. Diss., Köln 1966
- Innen- und Aussenpolitik unter nationalsozialistischer Bedrohung. Determinanten internationaler Beziehungen in historischen Fallstudien, hrsg. von Erhard Forndran, Frank Golczewski, Dieter Riesenberger, Düsseldorf 1976
- The Ironside Diaries 1937-1940, ed. by Col. Roderick McLeod and Dennis Kelly, London 1962
- Irving, David, Hitlers Weg zum Krieg, München 1979
- Irving, David, Die Tragödie der deutschen Luftwaffe. Aus den Akten und Erinnerungen von Feldmarschall Milch, Frankfurt a.M., Berlin, Wien 1970
- Jacobsen, Hans-Adolf, Krieg in Weltanschauung und Praxis des Nationalsozialismus, in: Beiträge zur Zeitgeschichte. Festschrift für Ludwig Jedlicka, St. Pölten 1976, S. 237-246
- Jacobsen, Hans-Adolf, Die nationalsozialistische Aussenpolitik 1933-1938, Frankfurt a.M. und Berlin 1968
- Jacobsen, Hans-Adolf, 1939-1945. Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten, Darmstadt 1959, 5. Aufl. 1961
- Jacobsen, Hans-Adolf, Die Rolle Deutschlands in der Weltpolitik 1933-1935, in: Weltpolitik 1933-1939, S. 255-269

- Jacobsen, Hans-Adolf, *Der Zweite Weltkrieg. Grundzüge der Politik und Strategie in Dokumenten*, Frankfurt a.M. 1965 (= Fischer Bücherei, Bücher des Wissens, 645/646)
- Jäckel, Eberhard, *Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung*, Stuttgart 1986
- Jäckel, Eberhard, *Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft*, Tübingen 1969
- Jänicke, Martin, *Totalitäre Herrschaft. Anatomie eines politischen Begriffs*, Berlin 1971 (= Soziologische Abhandlungen, H. 13)
- Jamin, Mathilde, *Zwischen den Klassen. Zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft*, Wuppertal 1984
- Jararusch, Konrad J., *The Four Power Pact*, New York 1965
- Jasper, Gotthard, *Über die Ursachen des zweiten Weltkrieges. Zu den Büchern von A. J. Taylor und David L. Hoggan*, in: VfZG, 10 (1962), S. 311-340
- Von Jodl verfasstes dienstliches Tagebuch (Chef L) vom 4. Jan. 1937 bis 25. August 1939 (Beweisstück VS-72), Dok. 1780-PS, in: IMT, Bd. 28, S. 345-390
- Johe, Werner, *Die gleichgeschaltete Justiz. Organisation des Rechtswesens und Politisierung der Rechtsprechung 1933-1945 dargestellt am Beispiel des Oberlandesgerichtsbezirks Hamburg*, Frankfurt a.M. 1967 (= Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, 5)
- Johnson, Franklin Arthur, *Defence by Committee. The British Committee of Imperial Defence 1885-1959*, London 1960
- Jones, Francis Clifford, *Japan's New Order in East Asia: its rise and fall, 1937-45*, London 1954
- Jones, Thomas, *A Diary with Letters 1931-1950*, London, New York, Toronto 1954 (Reprint London 1969)
- Junker, Detlef, *Die deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33. Ein Beitrag zur Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland*, Stuttgart 1969 (= Stuttgarter Beiträge zur Geschichte und Politik, Bd. 4)
- Kadritzke, Niels, *Faschismus und Krise. Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie im Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M., New York 1976 (= Campus Studium, 528)
- Kaiser, David E., *Economic Diplomacy and the Origins of the Second World War. Germany, Britain, France, and Eastern Europe, 1930-1939*, New York 1981
- Kaiser, Gerhard, «Geistige Kriegführung» und die Amtsgruppe Wehrmachtpropaganda des OKW im zweiten Weltkrieg, in: *Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg*, Bd. 3, Berlin (Ost) 1962, S. 171-179
- Kasper, Hanns-Heinz, *Die Erdölgewinnung Deutschlands in der Zeit von 1933-1945*, Diss. masch., Dresden 1974
- Kater, Michael H., *Ansätze zu einer Soziologie der SA bis zur Röhm-Krise*, in: *Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt*, hrsg. von Ulrich Engelhardt, Volker Sellin, Horst Stuke, Stuttgart 1976, S. 798-831
- Kater, Michael H., *Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918-1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik*, Hamburg 1975
- Katholische Kirche im Dritten Reich. Eine Aufsatzsammlung zum Verhältnis von Papsttum, Episkopat und deutschen Katholiken zum Nationalsozialismus 1933-1945, hrsg. von Dieter Albrecht, Mainz 1976
- Kehrig, Manfred, *Die Wiedereinrichtung des deutschen militärischen Attaché-Dienstes nach dem Ersten Weltkrieg (1919-1933)*, Boppard 1966 (= Wehrwissenschaftliche Forschungen. Abt. Militärgeschichtliche Studien, Bd. 2)
- Kehrl, Hans, *Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Frieden, 6 Jahre Krieg. Erinnerungen*, Düsseldorf 1973

- Kennedy, Paul Michael, *The Realities behind Diplomacy. Background Influences on British External Policy, 1865-1980*, London 1981
- Kennedy, Paul Michael, *The Rise and Fall of British Naval Mastery*, London 1983
- Kennedy, Paul Michael, «Splendid-Isolation» gegen «Continental Commitment»: Das Dilemma der britischen Deutschlandstrategie in der Zwischenkriegszeit (1931-1939), in: *Tradition und Neubeginn. Internationale Forschungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert*, hrsg. von Joachim Hütter, Reinhard Meyers, Dietrich Papenfuss, Köln, Berlin, Bonn, München 1975, S. 151-172
- Kens, Karlheinz, und Heinz Joachim Nowarra, *Die deutschen Flugzeuge 1933-1945*, München ²1964
- Kern, Wolfgang, *Die innere Funktion der Wehrmacht, 1933-1939*, Berlin (Ost) 1979 (= *Militärhistorische Studien*, N.F. 20)
- Kernig, Claus D., Das Verhältnis von Kriegslehre und Gesellschaftstheorie bei Engels, in: *Friedrich Engels 1820-1970, Referate, Diskussionen, Dokumente*, Hannover 1971 (= *Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bd. 85), S. 77-92
- Kershaw, Ian, *Der Hitler-Mythos, Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich*, Stuttgart 1980 (= *Schriften der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 41)
- Kettenacker, Lothar, *Die Diplomatie der Ohnmacht*, in: *Sommer 1939*, S. 223-279
- Kettenacker, Lothar, *Nationalsozialistische Volkstumspolitik im Elsass*, Stuttgart 1973 (= *Studien zur Zeitgeschichte*, Bd. 4)
- Kielmansegg, Peter Graf, Die militär-politische Tragweite der «Hossbach-Besprechung», in: *VfZG*, 8 (1960), S. 268-275
- Kieser, Rolf, *Englands Appeasementpolitik und der Aufstieg des Dritten Reiches im Spiegel der britischen Presse (1933-1939). Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges*, Phil. Diss., Zürich 1964
- Kimmel, Adolf, *Der Aufstieg des Nationalsozialismus im Spiegel der französischen Presse 1930-1933*, Bonn 1969 (= *Abhandlungen zur Kunst-, Musik- und Literaturwissenschaft*, Bd. 70)
- Kimmich, Christoph M., *The Free City. Danzig and German Foreign Policy 1919-1934*, New Haven 1968
- Kindleberger, Ch. P., *Die Weltwirtschaftskrise*, München 1973
- Kirchberg, Peter, Typisierung in der Kraftfahrzeugindustrie und der Generalbevollmächtigte für das Kraftfahrzeugwesen, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 1969, II, S. 117-142
- Kirche im Krieg. *Der deutsche Protestantismus am Beginn des 2. Weltkrieges*, hrsg. von Günter Brakeimann, München 1979 (= *Studienbücher zur kirchlichen Zeitgeschichte*, Bd. 1/2)
- Kirche zwischen Krieg und Frieden. *Studien zur Geschichte des deutschen Protestantismus*, hrsg. von Wolfgang Huber und Johannes Schwerdfeger, Stuttgart 1976
- Kirkpatrick, Ivone, *The Inner Circle*, London 1959
- Klein, Burton H., *Germany's Economic Preparations for War*, Cambridge 1959
- Klemperer, Klemens von, *Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik*, München/Wien o. J. (amer. Originalausgabe 1957)
- Klietmann, Kurt-Gerhard, *Die Waffen-SS. Eine Dokumentation*, Osnabrück 1965
- Klönne, Arno, *Hitlerjugend. Die Jugend und ihre Organisation im 3. Reich*, Hannover und Frankfurt a.M. 1957 (= *Schriftenreihe des Instituts für wissenschaftliche Politik in Marburg/Lahn*, Nr. 1)

- Klönne, Arno, Jugend im Dritten Reich. Die Hitler-Jugend und ihre Gegner, Düsseldorf, Köln 1982
- Klose, Werner, Generation im Gleichschritt. Ein Dokumentarbericht, Oldenburg und Hamburg 1964
- Klotzbach, Kurt, Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930-1945. Eine historisch-politische Studie, Hannover 1969 (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung)
- Klotzbücher, Alois, Der politische Weg des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der «Nationalen Opposition» 1918-1933, Phil. Diss., Erlangen-Nürnberg 1965
- Knipping, Franz, Die deutsch-französische Erklärung vom 6. Dezember 1938, Vortragsmanuskript für das deutsch-französische Historikerkolloquium in Bonn, 26.-29. September 1978
- Knipping, Franz, Frankreich in Hitlers Außenpolitik 1933-1939, in: Hitler, Deutschland und die Mächte, S. 612-627
- Koch, Hans-Joachim W., Geschichte der Hitlerjugend, Percha am Starnberger See 1975
- Kocka, Jürgen, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Göttingen 1973 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 8)
- Köhler, Karl, Operativer Luftkrieg. Eine Wortbildung zur Bezeichnung unterschiedlicher Vorstellungen, in: Wehrkunde, 16 (1967), S. 265-269
- Köhler, Karl, und Karl-Heinz Hummel, Die Organisation der Luftwaffe 1933-1939, in: Wehrmacht und Nationalsozialismus 1933-1939, München 1978 (= Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939, VII), S. 501-579
- Köllner, Lutz, Rüstungsfinanzierung. Dämonie und Wirklichkeit, Frankfurt a.M. 1969
- Koerner, Ralf Richard, So haben sie es damals gemacht... Die Propagandavorbereitungen zum Österreich-Anschluss durch das Hitlerregime 1933-1938, Wien 1958
- Kogon, Eugen, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, München 1946
- Komintern und Faschismus 1920-1940. Dokumente zur Geschichte und Theorie des Faschismus, hrsg. von Theo Pirker, Stuttgart 1965 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 10)
- Korbøl, Josef, Poland between East and West. Soviet and German Diplomacy Toward Poland, 1919-1939, Princeton 1963
- Kordt, Erich, Nicht aus den Akten... Die Wilhelmstrasse in Frieden und Krieg. Erlebnisse, Begegnungen und Eindrücke 1928-1945, Stuttgart 1950
- Kordt, Erich, Wahn und Wirklichkeit, Stuttgart ²1948
- Koszyk, Kurt, Deutsche Presse 1914-1945. Geschichte der deutschen Presse. Teil III, Berlin 1972 (= Abhandlungen und Materialien zur Publizistik, Bd. 7)
- Koszyk, Kurt, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933, Heidelberg 1958
- Kotze, Hildegard v., und Helmut Krausnick (Hrsg.), Es spricht der Führer. Sieben exemplarische Hitler-Reden mit Erläuterungen, Gütersloh 1966
- Kracauer, Siegfried, Von Caligari bis Hitler. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Films, Hamburg 1958 (Rowohlt's Deutsche Enzyklopädie)
- Kranig, Andreas, Lockung und Zwang. Zur Arbeitsverfassung im Dritten Reich, Stuttgart 1983 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 47)
- Krause, Werner, Wirtschaftstheorie unter dem Hakenkreuz. Die bürgerliche politische Ökonomie in Deutschland während der faschistischen Herrschaft, Berlin (Ost) 1969

- Krausnick, Helmut, Judenverfolgung, in: Anatomie des SS-Staates, Bd. 2 (dtv 463), S. 310 ff.
- Krausnick, Helmut, Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler, in: Vollmacht des Gewissens, hrsg. von der Europäischen Publikation e. V., Bd. 1, Frankfurt a.M., Berlin 1960, S. 177-384
- Krausnick, Helmut, und H. Graml, Der deutsche Widerstand und die Alliierten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift «Das Parlament», 1961, 29, S. 413-440
- Kriegspropaganda 1939-1941. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium, hrsg. und eingeleitet von Willi A. Boelcke, Stuttgart 1966
- Kriegswirtschaft und Rüstung 1939-1945, hrsg. von Friedrich Forstmeier und Hans-Erich Volkmann, Düsseldorf 1977
- Krockow, Christian Graf von, Scheiterhaufen. Grösse und Elend des deutschen Geistes, Berlin 1983
- Kroll, Gerhard, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958
- Kruedener, Jürgen, Zielkonflikt in der nationalsozialistischen Agrarpolitik. Ein Beitrag zur Diskussion des Leistungsproblems in zentralgeleiteten Wirtschaftssystemen, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 1974, S. 335-361
- Krüger, Arnd, Die Olympischen Spiele 1936 und die Weltmeinung. Ihre aussenpolitische Bedeutung unter besonderer Berücksichtigung der USA, Berlin, München, Frankfurt a.M. 1972 (= Sportwissenschaftliche Arbeiten, Bd. 7)
- Krüger, Peter, Die Aussenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985
- Krüger, Peter, Deutschland und die Reparationen 1918/19. Die Genesis des Reparationsproblems in Deutschland zwischen Waffenstillstand und Versailler Friedensschluss, Stuttgart 1973 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 25)
- Krüger, Peter, Friedenssicherung und deutsche Revisionspolitik. Die deutsche Aussenpolitik und die Verhandlungen über den Kellogg-Pakt, in: VfZG, 22 (1974), S. 227-257
- Krüger, Peter, und Erich J. Hahn, Der Loyalitätskonflikt des Staatssekretärs Wilhelm von Bülow im Frühjahr 1933, in: VfZG, 20 (1972), S. 376-410
- Kube, Alfred, Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 24)
- Kuczynski, Jürgen, Darstellung der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, T. I, Bd. 6: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1933 bis 1945, Berlin (Ost) 1964
- Kuczynski, Jürgen, Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918 bis 1945, Berlin (Ost) 1963 (= Ders., Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 16)
- Kuczynski, Thomas, Das Ende der Weltwirtschaftskrise in Deutschland 1932/33, Diss. masch., Berlin (Ost) 1972
- Kuczynski, Thomas, Die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Konzeptionen des deutschen Imperialismus zur Überwindung der Wirtschaftskrise in Deutschland 1932/33 und deren Effektivität, in: Wirtschaft und Staat im Imperialismus, hrsg. von Lotte Zumpe, Berlin (Ost) 1976, S. 215-251
- Kühnl, Reinhard, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975 (= Kleine Bibliothek. Politik, Wissenschaft, Zukunft, 62)
- Kühnl, Reinhard, Die nationalsozialistische Linke 1925-1930, Meisenheim am Glan 1966 (= Marburger Abhandlungen zur politischen Wissenschaft, Bd. 6)
- Kühnl, Reinhard, Zur Programmatik der nationalsozialistischen Linken: Das Strasser-Programm von 1925/26, in: VfZG, 16 (1966), S. 317-333

- Kuhn, Axel, Hitlers aussenpolitisches Programm. Entstehung und Entwicklung 1919-1933, Stuttgart 1970
(= Stuttgarter Beiträge zur Geschichte und Politik, Bd. 5)
- Kuhn, Axel, Das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion, in: Hitler, Deutschland und die Mächte, S. 639-653
- Kupisch, Karl, Strömungen der Evangelischen Kirche in der Weimarer Republik, in: Archiv für Sozialgeschichte, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 11, 1971, S. 373-415
- Lademacher, Horst, Gewalt der Legalität oder Legalität der Gewalt. Zur Theorie und Politik der SPD von Kiel (1927) bis Prag (1934), in: Frieden, Gewalt, Sozialismus, S. 404-460
- Lärmer, Karl, Autobahnbau in Deutschland 1933-1945. Zu den Hintergründen, Berlin (Ost) 1975
- Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau 1933-1936, hrsg. von Thomas Klein, Köln, Wien 1986 (= Veröffentlichungen aus den Archiven Preussischer Kulturbesitz, Bd. 22/1, II)
- Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939-1945, hrsg. von Gerhard Wagner, München 1972
- Lange, Karl, Hitlers unbeachtete Maximen. «Mein Kampf» und die Öffentlichkeit, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1968 (= Geschichte und Gegenwart)
- Lange, Karl, Der Terminus «Lebensraum» in Hitlers «Mein Kampf», in: VfZG, 13 (1965), S. 426-437
- Laurens, Franklin D., France and the Italo-Ethiopian Crisis 1935-1936, The Hague 1967
- Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933-1945, hrsg. von Günther Weisenborn, 2. verm. und verbesserte Auflage, Hamburg 1954
- Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960, hrsg. von Lutz Niethammer, Bd. 1: „Die Jahre weiss man nicht, wo man die heute hinsetzen soll“ Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet, Berlin, Bonn 1983
- Leeb, Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von, Tagebuchaufzeichnungen und Lagebeurteilungen aus zwei Weltkriegen. Aus dem Nachlass hrsg. und mit einem Lebensabriss versehen von Georg Meyer, Stuttgart 1976 (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 16)
- Lemhöfer, Lutz, Gegen den gottlosen Bolschewismus. Zur Stellung der Kirchen zum Krieg gegen die Sowjetunion, in: „Unternehmen Barbarossas Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941“, hrsg. von Gerd R. Ueberschär und Wolfram Wette, Paderborn 1984, S. 131-139
- Lenel, Hans Otto, Ursachen der Konzentration. Unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse, Tübingen ²1968 (= Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen, 2)
- Lenin, Wladimir Iljitsch, Werke, 40 Bde., Berlin (Ost) 1955-1965
- Lenk, Kurt, «Volk und Staat». Strukturwandel politischer Ideologien im 19. und 20. Jahrhundert ^Stuttgart [usw.] 1971
- Lenz, Wilhelm, und Lothar Kettenacker, Lord Kemsleys Gespräch mit Hitler Ende Juli 1939, in: VfZG, 19 (1971), S. 305-321
- Leuchtenburg, William E., Franklin D. Roosevelt and the New Deal. 1932-1939, New York [usw.] 1963
- Levine, Herbert S., Hitler's Free City. A History of the Nazi-Party in Danzig, 1925-39, Chicago 1973
- Lewy, Guenther, Die katholische Kirche und das Dritte Reich, München 1965

- L'Huillier, Fernand, Dialogues franco-allemands 1925-1933, Paris 1971 (= Publications de la Faculté des Lettres de l'Université de Strasbourg; = Le petit format, 5)
- Link, Werner, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970
- Lipgens, Walter, Europäische Einigungs-idee 1923-1930 und Briands Europaplan im Urteil deutscher Akten, in: HZ, Bd. 203 (1966), S. 46-89 und S. 316-363
- Lipski, Józef, Diplomat in Berlin 1933-1939. Papers and Memoirs of Józef Lipski, Ambassador of Poland. Ed. by Waclaw Jedrzejewicz, New York 1968
- Locarno und die Weltpolitik 1924-1932, hrsg. von H. Rössler, Göttingen 1969
- Loock, Hans-Dietrich, Nordeuropa zwischen Aussenpolitik und «grossgermanischer» Innenpolitik, in: Hitler, Deutschland und die Mächte, S. 684-706
- Lowenthal, Mark M., Roosevelt and the Coming of the War. The Search for United States Policy 1937-42, in: Journal of Contemporary History, 16 (1981), No. 3, S. 413-440
- Ludwig, Karl-Heinz, Strukturmerkmale nationalsozialistischer Aufrüstung bis 1935, in: Wirtschaft und Rüstung, S. 39-64
- Ludwig, Karl-Heinz, Technik und Ingenieure im Dritten Reich, Düsseldorf 1974
- Lukacs, Georg, Die Zerstörung der Vernunft. Der Weg des Irrationalismus von Schelling zu Hitler, Berlin 1955
- Lundgreen, Peter, Die englische Appeasement-Politik bis zum Münchener Abkommen. Voraussetzungen, Konzeption, Durchführung, Berlin 1969 (= Studien zur europäischen Geschichte, Bd. 7)
- Lutz, Heinrich, Demokratie im Zwielicht. Der Weg der deutschen Katholiken aus dem Kaiserreich in die Republik 1914 bis 1925, München 1963
- Maas, Lieselotte, Handbuch der deutschen Exilpresse. 1933-1945, Bd. 1: Bibliographie A-K, München 1975
- Macdonald, C. A., The United States, Britain and Appeasement, 1936-1939, New York 1981
- Machtbewusstsein in Deutschland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, hrsg. von Franz Knipping und Klaus-Jürgen Müller, Paderborn 1984 (= Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart)
- Macksey, Kenneth, J., Guderian, panzer general, London 1975
- McSherry, James E., Stalin, Hitler and Europe, vol. 1: The Origins of World War II: 1933-1939, Cleveland and New York 1968
- Maier, Klaus A., Der Aufbau der Luftwaffe und ihre strategisch-operative Konzeption, insbesondere gegenüber Frankreich, Vortragsmanuskript für das deutsch-französische Historikerkolloquium in Bonn, 26.-29. September 1978
- Maier, Klaus A., Guernica, 26. 4.1937. Die deutsche Intervention und der «Fall Guernica», Freiburg 1975 (= Einzelschriften zur militärischen Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Bd. 17)
- Maier, Klaus A., Total War and German Air Doctrine before the Second World War, in: German Military in the Age of Total War, S. 210-219
- Mann, Thomas, Schriften zur Politik. (Ausgewählt von Walter Boehlich), Frankfurt a.M. 1973 (= Bibliothek Suhrkamp, Bd. 243)
- Manne, Robert, The Foreign Office and the Failure of Anglo-Soviet Rapprochement, in: Journal of Contemporary History, 16 (1981), No. 4, S. 725-755
- Manne, Robert, Some British Light on the Nazi-Soviet-Pact, in: European Studies Review, 11 (1981), S. 83-102
- Mansilla, H.C.F., Faschismus und eindimensionale Gesellschaft, Neuwied und Berlin 1971 (= Sammlung Luchterhand, Bd. 18)

- Manstein, Erich v., Aus einem Soldatenleben. 1887-1939, Bonn 1958
- Marcon, Helmut, Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Papen und Schleicher. Grundsteinlegungen für die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich, Bern, Frankfurt a.M. 1974 (= Moderne Geschichte, No. 3)
- Marguerat, Philippe, Le III^e Reich et le pétrol roumain 1938-1940. Contribution à l'étude de la pénétration économique allemande dans les Balkans à la veille et au début de la Seconde Guerre mondiale, Genf, Leiden 1977
- Martens, Erika, Zum Beispiel «Das Reich». Zur Phänomenologie der Presse im totalitären Regime, Köln 1972
- Martens, Stefan, Hermann Göring. «Erster Paladin des Führers' und «Zweiter Mann im Reich', Paderborn 1985 (= Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart)
- Martin, Bernd, Die deutsch-japanischen Beziehungen während des Dritten Reiches, in: Hitler, Deutschland und die Mächte, S. 454-470
- Martin, Bernd, Das deutsche Militär und die Wendung der deutschen Fernostpolitik von China auf Japan, in: Machtbewusstsein in Deutschland, S. 191-207
- Martin, Bernd, Japans Weg in den Krieg. Bemerkungen über Forschungsstand und Literatur zur japanischen Zeitgeschichte, in: MGM, 1/78, S. 183-209
- Maser, Werner, Adolf Hitler. Legende – Mythos – Wirklichkeit, München 1971
- Mason, Timothy W., Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939, Opladen 1975 (= Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 22)
- Matthias, Erich, Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933-1938, Stuttgart 1952
- Matthias, Erich, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien, S. 101-278
- Matthias, Erich, Der Untergang der alten Sozialdemokratie 1933, in: Von Weimar zu Hitler, S. 281-316
- Matz, Ulrich, Politik und Gewalt. Zur Theorie des demokratischen Verfassungsstaates und der Revolution, Freiburg, München 1975
- Maxelon, Michael-Olaf, Stresemann und Frankreich. 1914-1929. Deutsche Politik der Ost-West-Balance, Düsseldorf 1972 (= Geschichtliche Studien zu Politik und Gesellschaft, Bd. 5)
- Meier, Manfred, Deutsche Aussenhandelsregulierung von 1933 bis 1939, Diss. Basel, Bergen-Enkheim 1956
- Meier-Dörnberg, Wilhelm, Die Ölvorsorgung der Kriegsmarine 1935-1945, Freiburg 1973 (= Einzelschriften zur militärischen Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Bd. 11)
- Meier-Welcker, Hans, Aus dem Briefwechsel zweier junger Offiziere des Reichsheeres 1930-1938, in: MGM, 2/73, S. 57-100
- Meinck, Gerhard, Hitler und die deutsche Aufrüstung 1933-1937, Wiesbaden 1959 (= Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Bd. 19)
- Meinck, Gerhard, Der Reichsverteidigungsrat, in: WWR, 6 (1956), S. 411-422
- Meinecke, Friedrich, Die deutsche Katastrophe, Wiesbaden 1946
- Meldungen aus dem Reich 1938-1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, hrsg. von Heinz Boberach, 17 Bde., Herrsching 1984-85
- Melzer, Rolf, Studien zur Agrarpolitik der faschistischen deutschen Imperialisten in Deutschland im System der Kriegsplanung und Kriegführung 1933 bis 1941, Diss. masch., Rostock 1966

- Mendelssohn, Peter de, Die Nürnberger Dokumente. Studien zur deutschen Kriegspolitik 1937-45, Hamburg 1947
- Merkes, Manfred, Die deutsche Politik gegenüber dem spanischen Bürgerkrieg 1936-1939, 2. neubearb. und erw. Auflage, Bonn 1969 (= Bonner historische Forschungen, Bd. 18)
- Messerschmidt, Manfred, Militär und Politik in der Bismarckzeit und im Wilhelminischen Deutschland, Darmstadt 1975 (= Erträge der Forschung, Bd. 43)
- Messerschmidt, Manfred, Zur Militärseelsorgepolitik im Zweiten Weltkrieg, in: MGM, 1/69, S. 37-85
- Messerschmidt, Manfred, Organisation und Entwicklung der «Öffentlichkeitsarbeit» in Reichswehr und Wehrmacht. Pressearbeit, Wehrpropaganda, Zensur 1919-1945, masch. Gutachten, Freiburg 1969
- Messerschmidt, Manfred, Revision, Neue Ordnung, Krieg. Akzente der Völkerrechtswissenschaft in Deutschland 1933-1945, in: MGM, 1/71, S. 61-95
- Messerschmidt, Manfred, Das strategische Lagebild des OKW (Hitler) im Jahre 1938, in: Machtbewusstsein in Deutschland, S. 145-158
- Messerschmidt, Manfred [et al.], Tableau de la situation stratégique chez les dirigeants allemands en 1938, in: La puissance en Europe, S. 105-126
- Messerschmidt, Manfred, Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969
- Metzmacher, Helmut, Deutsch-englische Ausgleichsbemühungen im Sommer 1939, in: VfZG, 14 (1966), S. 369-412
- Meyers, Reinhard, Britische Sicherheitspolitik 1934-1938. Studien zum aussen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozess, Düsseldorf 1976 (= Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, Bd. 11)
- Michalka, Wolfgang, Machtpolitik und Machtbewusstsein politischer Entscheidungsträger in Deutschland 1938, in: Machtbewusstsein in Deutschland, S. 59-74
- Michalka, Wolfgang, Die nationalsozialistische Aussenpolitik im Zeichen eines «Konzeptionen-Pluralismus» – Fragestellungen und Forschungsaufgaben, in: Hitler, Deutschland und die Mächte, S. 46-62
- Michalka, Wolfgang, Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933-1940. Aussenpolitische Konzeptionen und Entscheidungsprozesse im Dritten Reich, München 1980 (= Veröffentlichungen des Historischen Instituts der Universität Mannheim, Bd. 5)
- Michalka, Wolfgang, Widerstand oder Landesverrat? Literaturbericht, in: MGM, 1/77, S. 207-214
- Michalon, Cl., und Ct. Vernet, L'armée française et la crise du 7 mars 1936, Vortragsmanuskript Colloque Franco-allemand, Paris 1978
- Middlemas, Keith, Diplomacy of Illusion. The British Government and Germany, 1937-39, London 1972
- Milatz, Alfred, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Bonn 2¹⁹⁶⁸
- Militär und Militarismus in der Weimarer Republik, hrsg. von Klaus-Jürgen Müller und Eckardt Opitz, Düsseldorf 1978
- Milward, Alan S., Die deutsche Kriegswirtschaft 1939-1945, Stuttgart 1966 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 12)
- Missalia, Heinrich, «Gott mit uns». Die deutsche katholische Kriegspredigt 1914-1918, München 1968
- Mitrovic, Andrej, Ergänzungswirtschaft: The Theory of an Integrated Economic Area of the Third Reich and South-east Europe (1933-1941), in: The Third Reich and Yugoslavia 1933-1945, Belgrad 1977, S. 7-45

- Model, Hansgeorg, Der deutsche Generalstabsoffizier. Seine Auswahl und Ausbildung in Reichswehr, Wehrmacht und Bundeswehr, Frankfurt a.M. 1968
- Möller, Horst, Exodus der Kultur. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933, München 1984 (= Beck'sche schwarze Reihe, Bd. 293)
- Mohler, Armin, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Ein Handbuch, 2., völlig neu bearb. und erw. Fassung, Darmstadt 1972
- Moltmann, Günter, Franklin D. Roosevelts Friedensappell vom 14. April 1939. Ein fehlgeschlagener Versuch zur Friedenssicherung, in: Jahrbuch für Amerikastudien, 9 (1964), S. 91-109
- Moltmann, Günter, Weltherrschaftsideen Hitlers, in: Europa und Übersee. Festschrift für Egmont Zechlin, Hamburg 1961, S. 197-240
- Moltmann, Günter, Die weltpolitische Lage 1936-1939: Die USA, in: Weltpolitik 1933-1939, S. 146-166
- Mommsen, Hans, Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 13)
- Mommsen, Hans, Nationalsozialismus, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, hrsg. von C. D. Kernig, Bd. 4: Lenin bis Periodisierung, Freiburg, Basel, Wien 1971, Sp. 695-713
- Mommsen, Hans, Der Reichstagsbrand und seine politischen Folgen, in: VfZG, 12 (1964), S. 351-413
- Mommsen, Hans, Rezension: Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Aussenpolitik 1933 bis 1938, in: MGM, 1/70, S. 180-185
- Morsey, Rudolf, Die Deutsche Zentrumsparterie, in: Das Ende der Parteien 1933, S. 281-453
- Morsey, Rudolf, Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumsparterie zwischen christlichem Selbstverständnis und «Nationaler Erhebung» 1932/33, Stuttgart, Zürich 1977
- Moyer, L. V., The Kraft durch Freude Movement in Nazi Germany, 1933-1939, Ann Arbor 1984
- Müller, Helmut, Die Zentralbank – eine Nebenregierung. Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht als Politiker der Weimarer Republik, Opladen 1973 (= Schriften zur politischen Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, Bd. 5)
- Müller, Klaus-Jürgen, Armee, Politik und Gesellschaft in Deutschland 1933-1945. Studien zum Verhältnis von Armee und NS-System, Paderborn 1979 (= Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart)
- Müller, Klaus-Jürgen, General Ludwig Beck. Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt und Tätigkeit des Generalstabschefs des deutschen Heeres 1933-1938, Boppard 1980 (= Schriften des Bundesarchivs, 30)
- Müller, Klaus-Jürgen, Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933-1940, Stuttgart 1969 (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 10)
- Müller, Klaus-Jürgen, Militärpolitik in der Krise. Zur militärpolitischen Konzeption des deutschen Heeres-Generalstabes 1938, in: Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Fritz Fischer, hrsg. von Dirk Stegmann u.a., Bonn 1983, S. 333-345
- Müller, Klaus-Jürgen, Militärpolitische Konzeptionen des deutschen Generalstabes 1938, in: Machtbewusstsein in Deutschland, S. 159-174
- Müller, Klaus-Jürgen, Die Reichswehr und die ‚Machtergreifung‘, in: Nationalsozialistische Machtergreifung, S. 137-151

- Müller, Klaus-Jürgen, Reichswehr und «Röhm-Affäre». Aus den Akten des Wehrkreiskommandos (Bayer.) VII, in: MGM, 1/68, S. 107-144
- Müller, Klaus-Jürgen, Staat und Politik im Denken Ludwig Becks, in: HZ, Bd. 215 (1972), S. 607-631
- Müller, Rolf-Dieter, Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen, Boppard 1984 (= Wehrwissenschaftliche Forschungen. Abt. Militärgeschichtliche Studien, 32)
- Mueller-Hillebrand, Burkhart, Das Heer 1933-1945. Entwicklung des organisatorischen Aufbaues, Bd. I: Das Heer bis zum Kriegsbeginn, Darmstadt 1954
- Murray, Williamson, The Change in the European Balance of Power, 1938-1939. The Path to Ruin, Princeton, N. J. 1984
- Murray, Williamson, German Air Power and the Munich Crisis, in: War and Society, 2 (1977), S. 107-118
- Murray, Williamson, The German Response to Victory in Poland. A Case Study in Professionalism, in: Armed Forces and Society, 7 (1981), No. 2, S. 285-298
- Nadolny, Rudolf, Mein Beitrag, Wiesbaden 1955
- Namier, L. B., Diplomatisches Vorspiel 1938-1939. Deutsch von Georg Goyert, Berlin 1949 [Diplomatic Prelude 1938-1939, London 1948]
- Nationalsozialistische Aussenpolitik, hrsg. von Wolfgang Michalka, Darmstadt 1978 (= Wege der Forschung, Bd. 297)
- Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz, hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen, Bonn 1983 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 192)
- Die nationalsozialistische Machtergreifung, hrsg. von Wolfgang Michalka, Paderborn [usw.] 1984
- Neebe, Reinhardt, Grossindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 45)
- Nehring, Walther K., Die Geschichte der deutschen Panzerwaffe 1916 bis 1945, Berlin 1969
- 1933 – Wie die Republik der Diktatur erlag, hrsg. von Volker Rittberger, Stuttgart [usw.] 1983
- Niclaus, Karlheinz, Die Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung. Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen der Jahre 1929 bis 1935, Bonn 1966 (= Bonner Historische Forschungen, Bd. 29)
- Niedhart, Gottfried (Hrsg.), Kriegsbeginn 1939. Entfesselung oder Ausbruch des Zweiten Weltkrieges?, Darmstadt 1976 (= Wege der Forschung, Bd. 374)
- Niedhart, Gottfried, Weltherrschaft versus World Appeasement, in: Neue Politische Literatur, 23 (1978), S. 281-291
- Nitschke, Nugent, Der Feind. Erlebnis, Theorie und Begegnung. Formen politischen Handelns im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1964
- Nolte, Ernst, Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française. Der italienische Faschismus. Der Nationalsozialismus, München 1963
- Der Nürnberger Prozess. Aus den Protokollen, Dokumenten und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Ausgewählt und eingeleitet von P. A. Steininger, 2 Bde., Berlin (Ost) ³1958
- Nuss, Karl, und Heinz Sperling, Eine Rüstungskonzeption des deutschen Generalstabes aus dem Jahre 1934, in: Militärgeschichte, 17 (1978), S. 203-213

- Offiziere im Bild von Dokumenten aus drei Jahrhunderten, Stuttgart 1964 (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 6)
- Offner, Arnold A., *American Appeasement. United States Foreign Policy and Germany, 1933-1938*, Cambridge, Mass. 1969
- O'Neill, Robert J., *The German Army and the Nazi Party 1933-1939*, London 1966
- Ossietzky, Carl von, *Die Pazifisten*, in: Ders., *Rechenschaft. Publizistik aus den Jahren 1912-1933*, hrsg. von Bruno Frei, Frankfurt/M. 1972, S. 38-42
- Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion. Aussenpolitik 1917-1955, hrsg. von Dietrich Geyer, Köln, Wien 1972
- Overy, Richard James, *The German Pre-war Aircraft Production Plans: November 1936-April 1939*, in: *The English Historical Review*, 90 (1975), S. 778-797
- Overy, Richard James, *Göring – 'The Iron Man'*, London 1984
- Overy, Richard James, *Hitler's War and the German Economy. A Reinterpretation*, in: *Economic History Review*, 35 (1982), No. 2, S. 272-291
- Parker, R. A. C., *British rearmament 1936-39. Treasury, Trade Unions and skilled labour*, in: *The English Historical Review*, 96 (1981), S. 306-343
- Parker, R. A. C., *Perceptions de la puissance par les décideurs britanniques 1938-1939: le Cabinet*, in: *La puissance en Europe*, S. 45-54
- Pazifismus in der Weimarer Republik. Beiträge zur historischen Friedensforschung, hrsg. von Karl Holl und Wolfram Wette, Paderborn 1981 (= Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart)
- Peden, G. C., *British Rearmament and the Treasury, 1932-1939*, Edinburgh 1979
- Peden, G. C., *The Burden of Imperial Defence and the Continental Commitment reconsidered*, in: *The Historical Journal*, 27 (1984), No. 2, S. 405-423
- Pentzlin, Heinz, *Hjalmar Schacht. Leben und Wirken einer umstrittenen Persönlichkeit*, Berlin, Frankfurt/M., Wien 1980
- Pese, Walter Werner, *Hitler und Italien 1920-1926*, in: *VfZG*, 3 (1955), S. 113-126
- Petersen, Jens, *Hitler-Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933-1936*, Tübingen 1973 (= Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom, Bd. 43)
- Petzina, Dietmar, *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan (1936-1942)*, Stuttgart 1968 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 16)
- Petzina, Dietmar, *Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit*, Wiesbaden 1977
- Petzina, Dietmar, *Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik 1932/33*, in: *VfZG*, 15 (1967), S. 18-55
- Petzina, Dietmar, *Die Mobilisierung deutscher Arbeitskräfte vor und während des Zweiten Weltkrieges*, in: *VfZG*, 18 (1970), S. 443-455
- Petzina, Dietmar, und Werner Abeishäuser, und Anselm Faust, *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 3. Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945*, München 1978 (= Statistische Arbeitsbücher zur neuen deutschen Geschichte)
- Phelps, Reginald H., *Hitler als Parteiredner im Jahre 1920*, in: *VfZG*, 11 (1963), S.274-330
- Ploetz, *Das Dritte Reich. Ursprünge, Ereignisse, Wirkungen*, hrsg. von Martin Broszat und Norbert Frei, Freiburg, Würzburg 1983
- Plum, Günter, *Gesellschaftsstruktur und politisches Bewusstsein in einer katholischen Region 1928-1933. Untersuchung am Beispiel des Regierungsbezirks Aachen*, Stuttgart 1972 (= Studien zur Zeitgeschichte, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte)
- Pohle, Heinz, *Der Rundfunk als Instrument der Politik. Zur Geschichte des deutschen*

- Rundfunks von 1923 bis 1938, Hamburg 1955 (= Wissenschaftliche Schriftenreihe für Rundfunk und Fernsehen, 1)
- Poidevin, Raymond, und Jacques Bariéty, Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815-1975, München 1982
- Poidevin, Raymond, *Vers une relance des relations économiques franco-allemandes 1938-1939*, in: Deutschland und Frankreich 1936-1939. 15. Deutsch-französisches Historikerkolloquium des Deutschen Historischen Instituts Paris (Bonn, 26.-29. Sept. 1979). Hrsg. von Klaus Hildebrand und Karl Ferdinand Werner, München 1981 (= Beihefte der Francia, 10), S. 351-363
- Post jr., Gaines, *The Civil-Military Fabric of Weimar Foreign Policy*, Princeton N.J. 1973
- Predöhl, Andreas, Die Epochenbedeutung der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1931, in: VfZG, 1 (1953), S. 97-118
- Pressel, Wilhelm, *Die Kriegspredigt 1914-1918 in der evangelischen Kirche Deutschlands*, Göttingen 1967 (= Arbeiten zur Pastoraltheologie, hrsg. von Martin Fischer und Robert Frick, Bd. 5)
- Probleme der Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Referate und Diskussionen zum Thema: Die wichtigsten Richtungen der reaktionären Geschichtsschreibung über den 2. Weltkrieg. Redaktion: Leo Stern, Berlin (Ost) 1958 (= Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR. Protokoll der wissenschaftlichen Tagung in Leipzig vom 25.-30. November 1957, Bd. 2)
- Programme der deutschen Sozialdemokratie (1863-1963). Hrsg. vom Bundessekretariat der Jungsozialisten, Hannover 1963
- Pross, Helge, *Die Deutsche Akademische Emigration nach den Vereinigten Staaten 1933-1941*, Berlin 1955
- Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstandes der deutschen Zentrumspartei 1926-1933, bearb. von Rudolf Morsey, Mainz 1969 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern. Reihe A: Quellen, Bd. 9)
- Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (International Military Tribunal), Nürnberg 14. Nov. 1945-1. Okt. 1946, 42 Bde., Nürnberg 1947-1949
- Prümm, Karl, *Die Literatur des Soldatischen Nationalismus der 20er Jahre (1918-1933). Gruppenideologie und Epochenproblematik*, 2 Bde., Kronberg/Ts. 1974 (= Theorie – Kritik – Geschichte, Bd. 3/1 und 3/2)
- La puissance en Europe 1938-1940, sous la direction de René Girault et Robert Frank*, Paris 1984 (= Publications de la Sorbonne, Ser. internationale, 23)
- Quaroni, Pietro, *Diplomatengepäck*, Frankfurt a.M. 1956
- Quartararo, Rosaria, *Roma tra Londra e Berlino. La politica estera fascista dal 1930 al 1940*, Roma 1980 (= I fatti della storia. Saggi, 6)
- Rahn, Werner, *Reichsmarine und Landesverteidigung 1919-1928. Konzeption und Führung der Marine in der Weimarer Republik*, München 1976
- Rammstedt, Otthein (Hrsg.), *Gewaltverhältnisse und die Ohnmacht der Kritik*, Frankfurt a.M. 1974
- Ränki, György, *Das ungarische Wirtschaftsleben im Dienste der deutschen Kriegswirtschaft zur Zeit des Zweiten Weltkrieges*, in: Probleme der Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Berlin (Ost) 1958, S. 238-259
- Rasch, Manfred, *Zur Mineralölpolitik der Kriegsmarine. Dokumente aus dem Jahre 1935*, in: MGM, 37 (1985), S. 71-101

- Raupach, Hans, Strukturelle und institutionelle Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in Ost-Mitteleuropa, in: VfZG, 24 (1976), S. 38-52
- Rauschnig, Hermann, Gespräche mit Hitler, Wien 1973
- Rautenberg, Hans-Jürgen, Deutsche Rüstungspolitik vom Beginn der Genfer Abrüstungskonferenz bis zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht 1932-1935, Phil. Diss., Bonn 1973
- Rautenberg, Hans-Jürgen, Drei Dokumente zur Planung eines 300'000 Mann-Friedensheeres aus dem Dezember 1933, in: MGM, 2/77, S. 103-139
- Die Regierung Hitler, bearb. von Karl-Heinz Minuth. Teil 1: 1933/34, 2 Bde., Boppard 1983 (= Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933-38)
- Reichardt, Hans-Joachim, Die Deutsche Arbeitsfront. Ein Beitrag zur Geschichte des nationalsozialistischen Deutschlands und zur Struktur des totalitären Herrschaftssystems, Diss. masch., Berlin 1956
- Reichardt, Hans-Joachim, Möglichkeiten und Grenzen des Widerstandes der Arbeiterbewegung, in: Der deutsche Widerstand, S. 169-213
- Reimann, Viktor, Dr. Joseph Goebbels, Wien, München, Zürich 1971
- Les relations franco-allemandes 1933-1939. Strasbourg 7-10 Octobre 1975, Paris 1976 (= Colloques internationaux du Centre National de la Recherche Scientifique, No. 563)
- Renouvin, Pierre, Les crises du XX^e siècle. Teil 2: De 1929 à 1945, Paris 1958 (= Histoire des relations internationales, Bd. 8)
- Retreat from Power. Studies in Britain's Foreign Policy, ed. by David Dilks, vol. 1: 1906-1939, London 1981
- Reynolds, David, The Creation of the Anglo-American Alliance, 1937-1941, London 1981
- Reynolds, Nicholas, Beck. Gehorsam und Widerstand. Das Leben des deutschen Generalstabschefs, 1935-1938, Wiesbaden 1977
- Ribbentrop, Annelies von, Die Kriegsschuld des Widerstandes. Aus britischen Geheimdokumenten 1938/39, aus dem Nachlass hrsg. von Rudolf von Ribbentrop, Leoni am Starnberger See ²1975
- Ribbentrop, Joachim v., Zwischen London und Moskau. Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen. Aus dem Nachlass hrsg. von Annelies v. Ribbentrop, Leoni am Starnberger See 1953
- Rickhoff, Harald v., German-Polish Relations, 1919-1933, Baltimore und London 1971
- Riedel, Matthias, Eisen und Kohle für das Dritte Reich. Paul Pleigers Stellung in der NS-Wirtschaft, Göttingen, Frankfurt a.M., Zürich 1973
- Riedel, Matthias, Die Rohstofflage des Deutschen Reiches im Frühjahr 1936, in: Tradition, 14 (1969), S. 310-334
- Riemenschneider, Michael, Die deutsche Wirtschaftspolitik gegenüber Ungarn 1933-1944. Ein Beitrag zur Interdependenz von Wirtschaft und Politik unter dem Nationalsozialismus, Frankfurt/M., Bern, New York, Paris 1987 (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 3 Bd. 316)
- Riesenberger, Dieter, Die katholische Friedensbewegung in der Weimarer Republik. Mit einem Vorwort von Walter Dirks, Düsseldorf 1976
- Ritter, Gerhard, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1966
- Robertson, Esmonde M., Hitler's Pre-War Policy and Military Plans 1933-1939, London 1963
- Robertson, Esmonde M., Zur Wiederbesetzung des Rheinlandes 1936, in: VfZG, 10 (1962), S. 178-205
- Rock, William R., British Appeasement in the 1930s, London 1977

- Rönnefarth, Helmuth K. G., Die Sudetenkrise in der internationalen Politik. Entstehung – Verlauf – Auswirkung, 2 Bde., Wiesbaden 1961 (= Veröffentlichung des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Bd. 21)
- Rohde, Horst, Das deutsche Wehrmachtstransportwesen im Zweiten Weltkrieg. Entstehung – Organisation – Aufgaben, Stuttgart 1971 (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 12)
- Rohde, Horst, Das Eisenbahnverkehrswesen in der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, in: Kriegswirtschaft und Rüstung 1939-1945, hrsg. von Friedrich Forstmeier und Hans-Erich Volkmann, Düsseldorf 1977, S. 134-163
- Rohe, Karl, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 34)
- Rolfes, Max, Landwirtschaft 1914-1970, in: Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2: Das 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1976, S. 741-795
- Roos, Dieter, Hitler und Dollfuss. Die deutsche Österreich-Politik 1933-1934, Hamburg 1966 (= Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte, Bd. 3)
- Roos, Hans, Polen und Europa. Studien zur polnischen Aussenpolitik 1931-1939, Tübingen 1957
- Franklin D. Roosevelt and Foreign Affairs. Second Series: 1937-39, ed. by Donald B. Schewe, vols. 4-17, New York, Toronto 1979
- Rosar, Wolfgang, Deutsche Gemeinschaft. Seyss-Inquart und der Anschluss, Wien, Frankfurt a.M., Zürich 1971 [Rosenberg], Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs 1934/35 und 1939/40, hrsg. von Hans-Günther Seraphim, München 1964 (= dtv-dokumente, Bd. 219)
- Rosenberg, Arthur, Geschichte der Weimarer Republik, hrsg. von Kurt Kersten, Frankfurt a.M. 1972
- Roskill, Stephen, Hankey: Man of Secrets, Bd. 1: 1877-1918, London 1970; Bd. 2: 1919-1931, London 1972; Bd. 3: 1931-1963, London 1974
- Rubbert, Hans-Heinrich, Die «gelenkte Marktwirtschaft» des Nationalsozialismus, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 8 (1963), S. 215-234
- Ruge, Wolfgang, Deutschland von 1917-1933. Von der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zum Ende der Weimarer Republik. Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge), Bd. 10, Berlin (Ost) 1967
- Runge, Wolfgang, Politik und Beamtentum im Parteienstaat, Stuttgart 1965
- Runzheimer, Jürgen, Der Überfall auf den Sender Gleiwitz im Jahre 1939, in: VfZG, 10 (1962), S. 408-426
- Russell, Elbert W., Christentum und Militarismus, in: Christentum und Militarismus, S. 21-109
- Saage, Richard, Antisozialismus, Mittelstand und NSDAP in der Weimarer Republik, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 11 (1975), S. 146-177
- Saage, Richard, Faschismustheorien. Eine Einführung, München 1976
- Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1 (A-K), Berlin (Ost) 1969
- Sänger, Fritz, Politik der Täuschungen. Missbrauch der Presse im Dritten Reich. Weisungen, Informationen, Notizen 1933-1939, Wien 1975
- Saldern, Adelheid von, Mittelstand im «Dritten Reiche. Handwerk, Einzelhändler, Bauern, Frankfurt/M., New York 1979

- Salewski, Michael, Die bewaffnete Macht im Dritten Reich 1933-1939, in: Wehrmacht und Nationalsozialismus 1933-1939, München 1978 (= Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939, VII), S. 13-287
- Salewski, Michael, Die deutsche Seekriegsleitung 1935-1945, Bd. 1:1935-1941, Frankfurt a.M. 1970
- Salewski, Michael, Die deutsche Seekriegsleitung 1935-1945, Bd. III: Denkschriften und Lagebetrachtungen 1938-1944, Frankfurt a.M. 1973
- Salewski, Michael, Zur deutschen Sicherheitspolitik in der Spätzeit der Weimarer Republik, in: VfZG, 22 (1974), S. 121-147
- Salewski, Michael, Das Ende der deutschen Schlachtschiffe im Zweiten Weltkrieg, in: MGM, WI, S. 53-73
- Salewski, Michael, England, Hitler und die Marine, in: Vom Sinn der Geschichte, hrsg. von Othmar Franz, Stuttgart 1976, S. 163-184
- Salewski, Michael, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927, München 1966
- Salewski, Michael, Marineleitung und politische Führung 1931-1935, in: MGM, 2/71, S. 113-158
- Salewski, Michael, Selbstverständnis und historisches Bewusstsein der deutschen Kriegsmarine, in: MR, 67 (1970), S. 65-88
- Sandhofer, Gert, Das Panzerschiff «A» und die Vorentwürfe von 1920 bis 1928, in: MGM, 1/68, S. 35-62
- Sarholz, Thomas, Die Auswirkungen der Kontingentierung von Eisen und Stahl auf die Aufrüstung der Wehrmacht von 1936 bis 1939, Phil. Diss., Darmstadt 1983
- Sauer^ Wolfgang, Die Mobilmachung der Gewalt, in: Bracher/Sauer/Schulz, Machtergreifung, S. 685-972
- Sawka, George, The Franco-Polish Alliance and the Remilitarization of the Rhineland, in: The Historical Journal, 45 (1973), S. 125-146
- Schacht, Hjalmar, 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953
- Schaumburg-Lippe, Friedrich Christian Prinz zu, Dr. G. Ein Porträt des Propagandaministers, Wiesbaden 1963 (3. Aufl. 1972)
- Schausberger, Norbert, Die Bedeutung Österreichs für die deutsche Rüstung während des Zweiten Weltkrieges, in: MGM, 1/72, S. 57-84
- Schausberger, Norbert, Der Griff nach Österreich. Der Anschluss, Wien, München 1978
- Schausberger, Norbert, Österreich und die nationalsozialistische Anschlusspolitik, in: Hitler, Deutschland und die Mächte, S. 728-756
- Schausberger, Norbert, Der wirtschaftliche Anschluss Österreichs 1938, in: Österreich in Geschichte und Literatur, 15 (1971), S. 249-273
- Schausberger, Norbert, Wirtschaftliche Aspekte des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich (Dokumentation), in: MGM, 2/70, S. 133-165
- Scheel, Klaus, Der Aufbau der faschistischen PK-Einheiten vor dem zweiten Weltkrieg, in: ZMG, 4 (1965), S. 444-455
- Scheel, Klaus, Krieg über Ätherwellen. NS-Rundfunk und Monopole 1933-1945, Berlin (Ost) 1970
- Scheer, Friedrich-Karl, Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892-1933). Organisation – Ideologie – politische Ziele. Ein Beitrag zur Entwicklung des Pazifismus in Deutschland, Phil. Diss. (masch.), Bochum 1974
- Scheler, Eberhard, Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zur Zeit der aktiven Aussenpolitik Hitlers Ende 1937 bis zum Kriegsausbruch, Phil. Diss., Frankfurt 1962

- Schieder, Wolfgang, Spanischer Bürgerkrieg und Vierjahresplan. Zur Struktur nationalsozialistischer Aussenpolitik, in: Der Spanische Bürgerkrieg in der internationalen Politik (1936-1939), hrsg. von Wolfgang Schieder und Christof Dipper, München 1976, S. 162-190
- Schildt, Axel, Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt/ M., New York 1981 (= Campus Forschung, 225)
- Schildt, Gerhard, Die Arbeitsgemeinschaft Nord-West. Untersuchungen zur Geschichte der NSDAP 1925/26, Phil. Diss., Freiburg 1964
- Schlangen, Walter, Der Begriff totalitäre Herrschaft und seine politisch-theoretischen Bezüge. Anmerkungen zur Methodik der Analyse eines sozialwissenschaftlichen Begriffs, in: PVS, 13 (1972), S. 429-448
- Schmidt, Gustav, Strategie und Aussenpolitik des «Troubled Géant», in: MGM, 2/73, S. 200-220
- Schmidt, Paul, Statist auf diplomatischer Bühne 1923-1945. Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas, Bonn 1954
- Schneider, Hans-Jürgen, Machtpolitik und Ökonomie. Zur nationalsozialistischen Aussenpolitik im Jahre 1938, in: Machtbewusstsein in Deutschland, S. 211-222
- Schneider, Michael, Unternehmer und Demokratie. Die freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie der Jahre 1918-1933, Bonn-Bad Godesberg 1975 (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 116)
- Schoenbaum, David, Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Tamara Schoenbaum-Holtermann, Köln und Berlin 1968
- Schönfeld, Roland, Deutsche Rohstoffsicherungspolitik in Jugoslawien 1934-1944, in: VfZG, 24 (1976), S. 215-258
- Scholder, Klaus, Die Kirchen im Dritten Reich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 15/71 vom 10. April 1971, S. 3-31
- Scholder, Klaus, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt a.M., Berlin, Wien 1977
- Scholder, Klaus, Otto Dibelius (1880-1980), in: Zeitschrift für Theologie und Kirche, 78 (1981), S. 90-104
- Scholtz, Harald, Erziehung und Unterricht unterm Hakenkreuz, Göttingen 1985 (= Kleine Vandenhoeck-Reihe, 1512)
- Schottelius, Herbert, und Gustav-Adolf Caspar, Die Organisation des Heeres 1933-1939, in: Wehrmacht und Nationalsozialismus 1933-1939, München 1978 (= Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939, VII), S. 289-399
- Schreiber, Gerhard, Hitler-Interpretationen 1923-1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung, Darmstadt 1984
- Schreiber, Gerhard, Reichsmarine, Revisionismus und Weltmachtstreben, in: Militär und Militarismus in der Weimarer Republik. Beiträge eines internationalen Symposiums an der Hochschule der Bundeswehr Hamburg am 5. und 6. Mai 1977, Düsseldorf 1978, S. 149-176
- Schreiber, Gerhard, Revisionismus und Weltmachtstreben. Marineführung und deutschitalienische Beziehungen 1919-1944, Stuttgart 1978 (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 20)
- Schreiber, Gerhard, Die Rolle Frankreichs im strategischen und operativen Denken der deutschen Marine, Vortragsmanuskript für das deutsch-französische Historikerkolloquium in Bonn, 26.-29. September 1978

- Schreiber, Gerhard, Das strategische Lagebild von Luftwaffe und Kriegsmarine im Jahre 1938, in: Machtbewusstsein in Deutschland, S. 175-189
- Schreiber, Gerhard, Zur Kontinuität des Gross- und Weltmachtstrebens der deutschen Marineführung, in: MGM, 26 (1979), S. 101-171
- Schröder, Hans-Jürgen, Der Aufbau der deutschen Hegemonialstellung in Südosteuropa 1933-1936, in: Hitler, Deutschland und die Mächte, S. 757-773
- Schröder, Hans-Jürgen, Deutschland und die Vereinigten Staaten 1933-1939. Wirtschaft und Politik in der Entwicklung des deutsch-amerikanischen Gegensatzes, Wiesbaden 1970 (= Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Bd. 59)
- Schröder, Hans-Jürgen, Das Dritte Reich, die USA und Lateinamerika 1933-1941, in: Hitler, Deutschland und die Mächte, S. 339-364
- Schröder, Hans-Jürgen, Economic Appeasement. Zur britischen und amerikanischen Deutschlandpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg, in: VfZG, 30 (1982), S. 82-97
- Schubert, Günter, Anfänge nationalsozialistischer Aussenpolitik, Köln 1963
- Schützle, Kurt, Reichswehr wider die Nation. Zur Rolle der Reichswehr bei der Vorbereitung und Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland (1929-1933), Berlin (Ost) 1963
- Schulz, Gerhard, Die Anfänge des totalitären Massnahmenstaates, in: Bracher/Sauer/ Schulz, Machtergreifung, S. 31-368
- Schulz, Gerhard, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt a.M., Berlin, Wien 1975
- Schulz, Gerhard, Faschismus – Nationalsozialismus. Versionen und theoretische Kontroversen 1922-1972, Frankfurt a.M., Berlin, Wien 1974
- Schulze, Hagen, Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/33, Bonn-Bad Godesberg 1975 (= Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 4)
- Schumann, Hans-Gerd, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Hannover und Frankfurt a.M. 1958
- Schumann, Wolfgang, Aspekte und Hintergründe der Handels- und Wirtschaftspolitik Hitlerdeutschlands gegenüber Jugoslawien 1933 bis 1945, in: Bulletin des Arbeitskreises «Zweiter Weltkrieg», 1973, S. 5-38
- Schuschnigg, Kurt von, Ein Requiem in Rot-Weiss-Rot, Zürich 1946
- Schuster, Kurt G. P., Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes, Düsseldorf 1975 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 55)
- Schustereit, Hartmut, Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919-1930, Düsseldorf 1975 (= Geschichte und Gesellschaft. Bochumer Historische Studien)
- Schustereit, Hartmut, Unpolitisch – Überparteilich – Staatstreu. Wehrfragen aus der Sicht der Deutschen Demokratischen Partei 1919-1930, in: MGM, 2/74, S. 131-172
- Schwabe, Gerda, Der deutsch-rumänische Wirtschaftsvertrag vom 23. März 1939, Diss. masch., Berlin (Ost) 1968
- Schwabe, Klaus, Der amerikanische Isolationismus im 20. Jahrhundert. Legende und Wirklichkeit, Wiesbaden 1975 (= Frankfurter historische Vorträge, H. 1)
- Schwabe, Klaus, Die entfernteren Staaten am Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika – Weltpolitische Verantwortung gegen nationale Isolation, in: Innen- und Aussenpolitik, S. 277-294
- Schwarz, Hans-Peter, Der konservative Anarchist. Politik und Zeitkritik Ernst Jüngers, Freiburg i. Br. 1962 (= Freiburger Studien zu Politik und Soziologie)

- Schweitzer, Arthur, *Big Business in the Third Reich*, Bloomington 1964
- Schweitzer, Arthur, *Die Nazifizierung des Mittelstandes*. Aus dem Amerikanischen übersetzt von M. zur Nedden Pferdekamp, Stuttgart 1970
- Schweitzer, Arthur, *Der organisierte Kapitalismus*. Die Wirtschaftsordnung in der ersten Periode der nationalsozialistischen Herrschaft, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 7 (1962), S. 32-47
- Schweitzer, Arthur, *Organisierter Kapitalismus und Parteidiktatur 1933 bis 1936*, in: *Schmöllers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft*, 79 (1959), I, S. 37-79
- Schweitzer, Arthur, *Der ursprüngliche Vierjahresplan*, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 160 (1956), S. 348-396
- Schweitzer, Arthur, *Die wirtschaftliche Wiederaufrüstung Deutschlands von 1934-1936*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, 114 (1958), S. 594-637
- Schwend, Karl, *Die Bayerische Volkspartei*, in: *Das Ende der Parteien*, S. 457-519
- Scott, William Evans, *Alliance against Hitler. The Origins of the Franco-Soviet Pact*, Durham, N. C. 1962
- Seabury, Paul, *Die Wilhelmstrasse. Die Geschichte der deutschen Diplomatie 1939-1945*, Frankfurt a.M. 1956
- Senff, Hubertus, *Die Entwicklung der Panzerwaffe im deutschen Heer zwischen den beiden Weltkriegen. Eine Untersuchung der Auffassungen über ihren Einsatz an Hand von Vorschriften, literarischer Diskussion und tatsächlichem Heeresaufbau*, Frankfurt a.M. 1969
- Senger und Etterlin, Ferdinand M. v., *Die Kampfpanzer von 1916-1966*, München 1966
- Senghaas, Dieter, *Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit*, Frankfurt a.M. 1969 (= *Kritische Studien zur Politikwissenschaft*)
- Shirer, William L., *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*, Köln und Berlin 1961
- Sieburg, Heinz-Otto, *Das Gespräch zu Thoiry 1926*, in: *Gedenkschrift M. Göring. Studien zur europäischen Geschichte*. Mit einem Geleitwort von Jacques Droz. Hrsg. von Ernst Schulin, Wiesbaden 1968 (= *Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz*, Bd. 50), S. 317-337
- Sipols, Vilnis Janovic, *Die Vorgeschichte des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages*, Köln 1981
- Smith, Denis Mack, *Mussolini's Roman Empire*, London and New York 1976
- Snell, John L., *Illusionen und Realpolitik. Die diplomatische Geschichte des Zweiten Weltkrieges*, München 1966
- Sohl, Klaus, *Die Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus in Bulgarien am Vorabend des zweiten Weltkrieges*, in: *Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volkdemokratischen Länder Europas*, 3 (1959), S. 91-119
- Sohn-Rethel, Alfred, *Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus. Aufzeichnungen und Analysen*, hrsg. und eingel. von Johannes Agnoli [u.a.], Frankfurt a.M. 1973 (= *edition suhrkamp*, 630)
- Sommer 1939. *Die Grossmächte und der Europäische Krieg*, hrsg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml, Stuttgart 1979 (= *Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Sondernr.)
- Sommer, Theo, *Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935-1940. Vom Antikominternpakt zum Dreimächtepakt*, Tübingen 1962 (= *Tübinger Studien zur Geschichte und Politik*, Bd. 15)
- Sontheimer, Kurt, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933*, München 1962

- Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, hrsg. von C. D. Kernig, 6 Bde., Freiburg 1966-1972, Bd. 3: Ideologie bis Leistung (1969)
- Der Spanische Bürgerkrieg in der internationalen Politik (1936-1939), hrsg. von Wolfgang Schieder und Christof Dipper, München 1976 (= Nymphenburger Texte zur Wissenschaft, Bd. 23)
- Speer, Albert, Erinnerungen, Frankfurt a.M. 1969
- Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning, eingeleitet von G. Schulz, bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst, Düsseldorf 1977 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3. Reihe: Die Weimarer Republik, Bd. 3)
- Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33, Stuttgart 1967
- Stalin, Josef, Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU (B). Am 10. März 1939, Berlin 1949
- Stalin, Jossif Vissarionovic, Werke, 13 Bde., Berlin (Ost) 1951-1955
- Stand und Problematik der Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, Bad Godesberg 1965 (= Studien und Berichte aus dem Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung)
- Stegmann, Dirk, Zum Verhältnis von Grossindustrie und Nationalsozialismus 1930-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung, in: Archiv für Sozialgeschichte, 13 (1973), S. 399-482
- Steinberg, Hans-Joseph, Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945, Hannover 1969 (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, B. Historischpolitische Schriften)
- Steiner, Zara, Evaluation des rapports de force en Europe occidentale en 1938: le point de vue du Foreign Office, in: La puissance en Europe, S. 55-72
- Steinert, Marlis G., Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf, Wien 1970 (= Veröffentlichungen des Instituts Universitaire de Hautes Etudes Internationales, Genf)
- Stelzner, Jürgen, Arbeitsbeschaffung und Wiederaufrüstung 1933-1936. Nationalsozialistische Beschäftigungspolitik und Aufbau der Wehr- und Rüstungswirtschaft, Diss., Tübingen, Bamberg 1976
- Stephan, Werner, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973
- Stresemann, Gustav, Schriften. Mit einem Vorwort von Willy Brandt, hrsg. von Arnold Harttung, Berlin 1976
- Stuebel, Heinrich, Die Finanzierung der Aufrüstung im Dritten Reich, in: Europa-Archiv, 6 (1951), S. 4128-4136
- Stumpf, Reinhard, Die Luftwaffe als drittes Heer. Die Luftwaffen-Erdkampfverbände und das Problem der Sonderheere 1933 bis 1945, in: Industrielle Welt. Sonderband: Soziale Bewegung und politische Verfassung, hrsg. von Ulrich Engelhardt, Volker Sellin, Horst Stuke, Stuttgart 1976, S. 857-894
- Sundhaussen, Holm, Südosteuropa in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft am Beispiel des «Unabhängigen Staates Kroatien», in: Südost-Forschungen, 32 (1973), S.233-266
- Swatek, Dieter, Unternehmenskonzentration als Ergebnis und Mittel nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik, Berlin 1972 (= Volkswirtschaftliche Schriften, H. 181)
- Sywottek, Jutta, Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg, Opladen 1976 (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 18)

- Taschenkalender für den Bergbau auf Braunkohle, Erz, Salz, Erdöl 1956, Düsseldorf o. J.
- Taylor, A. J. B., *The Origins of the Second World War*, London 1961
- Teichert, Eckart, *Autarkie und Grossraumwirtschaft in Deutschland 1930-1939. Aussenwirtschaftspolitische Konzeptionen zwischen Wirtschaftskrise und Zweitem Weltkrieg*, München 1984 (= *Studien zur modernen Geschichte*, 30)
- Tessin, Georg, *Deutsche Verbände und Truppen 1918-1939. Altes Heer, Freiwilligenverbände, Reichswehr, Heer, Luftwaffe, Landespolizei*. Hrsg. mit Unterstützung des Bundesarchivs und des Arbeitskreises für Wehrforschung, Osnabrück 1974
- Texte zur Faschismuskonzeption I. Positionen und Kontroversen, hrsg. von Reinhard Kühnl, Reinbek bei Hamburg 1974 (= *rororo aktuell*, 1824)
- Thalmann, Rita, *Protestantisme et Nationalisme en Allemagne 1900-1945*, Paris 1976
- Thamer, Hans-Ulrich, *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945*, Berlin 1986 (= *Die Deutschen und ihre Nation*, Bd. 5)
- Theorien über den Faschismus, hrsg. von Ernst Nolte, Köln, Berlin 1970 (= *Neue Wissenschaftliche Bibliothek*, 21, *Geschichte*)
- Thévoz, Robert, Hans Branig, Cecile Lowenthal-Hensel, *Pommern 1934/35 im Spiegel von Gestapo-Lageberichten und Sachakten*, 2 Bde., Bd. 1: Darstellung, Bd. 2: Quellen, Köln, Berlin 1974 (= *Veröffentlichungen aus den Archiven Preussischer Kulturbesitz*, Bd. 11 und 12)
- Thies, Jochen, *Adolf Hitler in Offenburg* (8. November 1930). Zur Diskussion über Hitlers politische Endziele. Eine Dokumentation, in: *Die Ortenau. Veröffentlichungen des Historischen Vereins für Mittelbaden*, 57. Bd. 1977, Offenburg 1977, S. 296-312
- Thies, Jochen, *Architekt der Weltherrschaft. Die «Endziele» Hitlers*, Düsseldorf 1976
- Thimme, Anneliese, *Gustav Stresemann. Eine politische Biographie zur Geschichte der Weimarer Republik*, Hannover, Frankfurt a.M. 1957
- Thöne, Karin, *Entwicklungsstadien und Zweiter Weltkrieg. Ein wirtschaftswissenschaftlicher Beitrag zur Frage der Kriegsursachen*, Berlin 1974 (= *Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Bd. 22)
- Thomas, Georg, *Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918-1943/45)*, hrsg. von Wolfgang Birkenfeld, Boppard a. Rh. 1966 (= *Schriften des Bundesarchivs*, 14)
- Toland, John, *Adolf Hitler*, Bergisch Gladbach 1977
- Toscano, Mario, *The Origins of the Pact of Steel*, Baltimore 1967
- Toynbee, Arnold Joseph, *Acquaintances*, London 1967
- Treue, Wilhelm, *Gummi in Deutschland. Die deutsche Kautschukversorgung und Gummi-Industrie im Rahmen weltwirtschaftlicher Entwicklungen*, hrsg. im Auftrag der Continental Gummi-Werke AG Hannover, München 1955
- Treue, Wilhelm, *Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936*, in: *VfZG*, 3 (1955), S. 184-210
- Treue, Wilhelm, *Rede Hitlers vor der deutschen Presse* (10. November 1938), in: *VfZG*, 6 (1958), S. 175-191
- Treue, Wilhelm, *Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit*, Bd. 2, Stuttgart ³1973
- Trevor-Roper, Hugh R., *Hitlers Kriegsziele*, in: *VfZG*, 8 (1960), S. 121-133
- Trumpp, Thomas, *Franz v. Papen, der preussisch-deutsche Dualismus und die NSDAP in Preussen. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des 20. Juli 1932*, Tübingen 1964
- Turner, Henry Ashby, *Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft*, Göttingen 1972
- Turner, Henry Ashby, *German Big Business and the Rise of Hitler*, Oxford 1985

- Turner, Henry Ashby, Verhalten die deutschen «Monopolkapitalisten Hitler zur Macht?, in: Ders., Faschismus, S. 9-32
- Turner, Henry Ashby, Stresemann – Republikaner aus Vernunft, Berlin, Frankfurt a.M. 1968
- Tutas, Herbert E., Nationalsozialismus und Exil. Die Politik des Dritten Reiches gegenüber der deutschen politischen Emigration 1933-1939, München 1975
- Ueberhorst, Horst, Von Athen bis München. Die modernen Olympischen Spiele. Der olympische Gedanke. Der deutsche Beitrag, Berlin, München, Frankfurt a.M. 21971
- Ueberhorst, Horst, Elite für die Diktatur. Die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten 1933-1945. Ein Dokumentarbericht, Düsseldorf 1974
- Ueberschär, Gerd, Generaloberst Halder im militärischen Widerstand 1938-1940, in: Wehrforschung (1973), S. 20-31
- Umbreit, Hans, Deutsche Militärverwaltungen 1938/39. Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und Polens, Stuttgart 1977 (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 18)
- The United States Strategie Bombing Survey, Vol. II, New York, London 1976
- Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, hrsg. und bearb. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel, Bd. 9, Berlin 1964
- Väisse, Maurice, La perception de la puissance soviétique par les militaires français en 1938, in: Revue Historique des Armées, 3 (1983), S. 18-25
- Vaisse, Maurice, Sécurité d'abord. La politique française en matière du désarmement, 9 décembre 1930-17 avril 1934, Paris 1981
- Vigezzi, B., Mussolini, Ciano, la diplomatie italienne et la perception de la politique de puissance au début de la Deuxième Guerre mondiale, in: La puissance en Europe, S. 89-101
- Völker, Karl-Heinz, Die deutsche Luftwaffe 1933-1939. Aufbau, Führung und Rüstung der Luftwaffe sowie die Entwicklung der deutschen Luftkriegstheorie, Stuttgart 1967 (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 8)
- Völker, Karl-Heinz, Dokumente und Dokumentarfotos zur Geschichte der deutschen Luftwaffe. Aus den Geheimakten des Reichswehrministeriums 1919-1933 und des Reichsluffahrtministeriums 1933-1939, Stuttgart 1968 (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 9)
- Völker, Karl-Heinz, Die Entwicklung der militärischen Luftfahrt in Deutschland 1920-1933. Planung und Massnahmen zur Schaffung einer Fliegertruppe in der Reichswehr, in: Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 3, Stuttgart 1962, S. 121-292
- Vogelsang, Thilo, Hitlers Brief an Reichenau vom 4. Dezember 1932, in: VfZG, 7 (1959), S. 429-437
- Vogelsang, Thilo, Kurt von Schleicher, ein General als Politiker, Göttingen 1965 (= Persönlichkeit und Geschichte, Bd. 39)
- Vogelsang, Thilo, Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930-1933, in: VfZG, 2 (1954), S. 397-436
- Vogelsang, Thilo, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-32, Stuttgart 1962 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 11)
- Vogt, Martin, Das Kabinett Müller II (1928-1930), 2 Bde., Boppard 1970 (Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, hrsg. für die Historische Kommission bei der bayerischen Akademie der Wissenschaften von K.-D. Erd-

- rmann und für das Bundesarchiv von Hans Booms)
- Volkmann, Hans-Erich, Aussenhandel und Aufrüstung 1933 bis 1939, in: *Wirtschaft und Rüstung*, S. 81-131
- Volkmann, Hans-Erich, Das ausserwirtschaftliche Programm der NSDAP 1930-1933, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 17 (1977), S. 251-274
- Volkmann, Hans-Erich, Ökonomie und Machtpolitik. Lettland und Estland im politischökonomischen Kalkül des Dritten Reiches (1933-1940), in: *Geschichte und Gesellschaft*, 2 (1976), S. 471-500
- Volkmann, Hans-Erich, Politik und ökonomisches Interesse in den Beziehungen der Weimarer Republik zum Königreich Spanien, in: *Aspekte deutscher Aussenpolitik*, S. 41-67
- Volkmann, Hans-Erich, Politik, Wirtschaft und Aufrüstung unter dem Nationalsozialismus, in: *Hitler, Deutschland und die Mächte*, S. 269-291
- Volkmann, Hans-Erich, *Wirtschaft im Dritten Reich. Eine Bibliographie*, Teil 1: 1933-1939, München 1980 (= Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, Bd. 20)
- Volkmann, Hans-Erich, Zum Verhältnis von Grosswirtschaft und NS-Regime im Zweiten Weltkrieg, in: *Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz*, hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen, Düsseldorf 1983, S. 480-508
- Vollmacht des Gewissens, Bd. 1, Frankfurt a.M., Berlin 1960
- Vollmer, Bernhard, *Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo- und Regierungsberichte 1934-1936*, Stuttgart 1957 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 2)
- Vondung, Klaus, *Magie und Manipulation. Ideologischer Kult und politische Religion des Nationalsozialismus*, Göttingen 1971
- Vormann, Nikolaus v., *Der Feldzug 1939 in Polen*, Weissenburg 1958
- Wacker, Wolfgang, *Der Bau des Panzerschiffs «A» und der Reichstag*, Tübingen 1959 (= Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Nr. 11)
- Wagenführ, Rolf, *Die deutsche Industrie im Kriege 1939-1945*, Berlin ²1963
- [Wagner] *Der Generalquartiermeister. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Generalquartiermeisters des Heeres General der Artillerie Eduard Wagner*, hrsg. von Elisabeth Wagner, München und Wien 1963
- Wagner, Raimund, Die Wehrmachtführung und die Vierjahresplanpolitik im faschistischen Deutschland vor der Entfesselung des zweiten Weltkrieges, in: *Militärgeschichte*, 12 (1973), S. 180-188
- Wahl, Karl, «... es ist das deutsche Herz». *Erlebnisse und Erkenntnisse eines ehemaligen Gauleiters*, Augsburg 1954
- Walde, Karl J., *Guderian*, Frankfurt a.M. 1976
- Wallach, Jehuda L., *Das Dogma der Vernichtungsschlacht. Die Lehren von Clausewitz und Schlieffen und ihre Wirkungen in zwei Weltkriegen*, Frankfurt 1967
- Walsdorff, Martin, *Westorientierung und Ostpolitik. Stresemanns Russlandpolitik in der Locarno-Ära*, Bremen 1971
- Watt, Donald Cameron, The Anglo-German Naval Agreement of 1935. An Interim Judgement, in: *Journal of Modern History*, June 1956, S. 155-175
- Watt, Donald Cameron, An Earlier Model for the Pact of Steel. The Draft Treaties exchanged between Hitler's Visit to Rome and Italy in May 1938, in: *International Affairs*, 33 (1957), Nr. 2, S. 185-197
- Watt, Donald Cameron, German Plans for the Reoccupation of the Rhineland. A note, in: *Journal of Contemporary History*, 1 (1966), S. 193-199

- Watzdorf, Bernhard, Dokumente über die militärischen Hintergründe des Autobahnbaues im faschistischen Deutschland, in: ZMG, 8 (1969), S. 66-69
- Weber, Eckhard, Stadien der Aussenhandelsverflechtung Ostmittel- und Südosteuropas, Stuttgart 1971 (= Ökonomische Studien, Bd. 19) –
- Weber, Hermann, Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929-1933, Düsseldorf 1982
- Weber, Max, Gesammelte politische Schriften. Mit einem Geleitwort von Theodor Heuss. Neu hrsg. von Johs. (F.) Winkelmann, 2. erw. Aufl., Tübingen 1958
- Weber, Max, Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland. Zur politischen Kritik des Beamtentums und Parteiwesens, in: Ders., Gesammelte politische Schriften, S. 294-431
- Weber, Reinhold W., Die Entstehungsgeschichte des Hitler-Stalin-Paktes 1939, Frankfurt a.M., Bern 1980 (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Bd. 141)
- Wedel, Hasso v., Die Propagandatruppen der Deutschen Wehrmacht, Neckargemünd 1962 (= Die Wehrmacht im Kampf, Bd. 34)
- Wegner, Bernd, Die Garde des «Führers» und die «Feuerwehr» der Ostfront. Zur neueren Literatur über die Waffen-SS, in: MGM, 1/78, S. 210-236
- Wegner, Bernd, Hitlers Politische Soldaten, Die Waffen-SS 1933-1945, Studien zu Leitbild, Struktur und Funktion einer nationalsozialistischen Elite, Paderborn 1982 (= Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart)
- Wegner, Bernd, 'My Honour is Loyalty'. The SS as a Military Factor in Hitler's Germany, in: The German Military in the Age of Total War, S. 220-239
- Wehler, Hans-Ulrich, «Absoluter» und «totaler» Krieg. Von Clausewitz zu Ludendorff, in: PVS, 10 (1969), H. 2/3, S. 220-248
- Wehner, Heinz, Die Rolle des faschistischen Verkehrswesens in der ersten Periode des zweiten Weltkrieges, in: Bulletin des Arbeitskreises Zweiter Weltkrieg, 1966, Nr. 2, S. 37-61
- Weidenfeld, Werner, Die Englandpolitik Gustav Stresemanns, Mainz 1972
- Von Weimar zu Hitler 1930-1933, hrsg. von Gotthard Jasper, Köln, Berlin 1968 (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek, 25, Geschichte)
- Weimars Ende. Prognosen und Diagnosen in der deutschen Literatur und politischen Publizistik 1930-1933, hrsg. von Thomas Koebner, Frankfurt/M. 1982
- Weinberg, Gerhard Ludwig, Deutschlands Wille zum Krieg, in: Nationalsozialistische Diktatur, S. 407-426
- Weinberg, Gerhard Ludwig, The Foreign Policy of Hitler's Germany. Diplomatic Resolution in Europe. 1933-1936, Chicago und London 1970
- Weinberg, Gerhard Ludwig, The Foreign Policy of Hitler's Germany. Starting World War II, 1937-1939, Chicago, London 1980
- Weinberg, Gerhard Ludwig, Friedenspropaganda und Kriegsvorbereitung, in: Deutschland 1933. Machtzerfall der Demokratie und nationalsozialistische ‚Machtergreifung, hrsg. von Wolfgang Treue und Jürgen Schmädke, Berlin 1984 (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 42), S. 119-135
- Weingartner, Thomas, Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929-1934, Berlin 1970 (= Beiträge zur auswärtigen und internationalen Politik, Bd. 4)
- Weizsäcker, Ernst v., Erinnerungen. Mein Leben, hrsg. von R. v. Weizsäcker, München, Leipzig, Freiburg 1950
- Die Weizsäcker-Papiere 1933-1950, hrsg. von Leonidas E. Hill, Frankfurt a. M., Berlin,

- Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945, hrsg. und eingel. von Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler unter Mitarbeit von Willibald Gutsche und Wolfgang Ruge, Berlin (Ost) 1975
- Weltpolitik 1933-1939. 13 Vorträge. Für die Ranke-Gesellschaft – Vereinigung für Geschichte im öffentlichen Leben hrsg. von Oswald Hauser, Göttingen, Frankfurt, Zürich 1973
- Wendt, Bernd-Jürgen, Danzig – Ein Bauer auf dem Schachbrett nationalsozialistischer Aussenpolitik, in: Hitler, Deutschland und die Mächte, S. 774-794
- Wendt, Bernd-Jürgen, Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933-1939, Düsseldorf 1971 (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 3)
- Wendt, Bernd-Jürgen, England und der deutsche «Drang nach Südosten». Kapitalbeziehungen und Warenverkehr in Südosteuropa zwischen den Weltkriegen, in: Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts, hrsg. von Immanuel Geiss und Bernd-Jürgen Wendt, Düsseldorf 1973, S. 483-512
- Wendt, Bernd-Jürgen, München 1938. England zwischen Hitler und Preussen, Frankfurt 1965 (= Hamburger Studien zur neueren Geschichte, Bd. 3)
- Die Westmächte und das Dritte Reich 1933-1939. Klassische Grossmachtrivalität oder Kampf zwischen Demokratie und Diktatur? Hrsg. von Karl Rohe, Paderborn 1983 (= Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart)
- Wette, Wolfram, Difficult Persuasion. The Psychological Mobilization of the German Population for World War II (1933-1939), in: UNESCO Yearbook on Peace and Conflict Studies 1986, Paris 1987
- Wette, Wolfram, From Kellogg to Hitler (1928-1933). German Public Opinion Concerning the Rejection or Glorification of War, in: The German Military in the Age of Total War, S. 71-99
- Wette, Wolfram, Kriegstheorien deutscher Sozialisten. Marx, Engels, Lassalle, Bernstein, Kautsky, Luxemburg. Ein Beitrag zur Friedensforschung, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1971
- Wette, Wolfram, Mit dem Stimmzettel gegen den Faschismus? Das Dilemma des sozialdemokratischen Antifaschismus in der Endphase der Weimarer Republik, in: Frieden, Gewalt, Sozialismus, S. 358-403
- Wette, Wolfram, Probleme des Pazifismus in der Zwischenkriegszeit, in: Pazifismus in der Weimarer Republik, S. 9-25
- Wette, Wolfram, Sozialdemokratie und Pazifismus in der Weimarer Republik, in: Archiv für Sozialgeschichte, 26 (1986), S. 281-300
- Whaley, Barton, Covert Rearmament in Germany 1919-1939. Deception and Misperception, in: Journal of Strategic Studies, 5 (1982), No. 1, S. 3-39
- Wheeler-Bennett, John W., The Nemesis of Power. The German Army in Politics. 1918-1945, London 1953
- Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, hrsg. von Jürgen Schmädke und Peter Steinbach, München, Zürich 1985
- Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945. Eine Dokumentation, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, 3 Bde., Wien 1975
- Wiedemann, Fritz, Der Mann, der Feldherr werden wollte. Erlebnisse und Erfahrungen des Vorgesetzten Hitlers im 1. Weltkrieg und seines späteren Persönlichen Adjutanten, Velbert-Kettwig 1964

- Wiggershaus, Norbert, Der deutsch-englische Flottenvertrag vom 18. Juni 1935. England und die geheime deutsche Aufrüstung 1933-1935, Phil. Diss., Bonn 1972
- Wiggershaus, Norbert, Enttarnung der Luftwaffe und Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland, in: Information für die Truppe, H. 10, 1976, S. 69-75, 80-83
- Wiggershaus, Norbert, Rezension von E. Calic, Ohne Maske. Hitler-Breiting Geheimgespräche 1931, in: MGM, 2/70, S. 217
- Williams, William A., The Legend of Isolationism in the 1920's, in: Science and Society, 18 (1954), S. 1-20
- Winkler, Lutz, Studie zur gesellschaftlichen Funktion faschistischer Sprache, Frankfurt a.M. 1970
(= ed. suhrkamp, 417), 2. Aufl. 1971
- Winkler, Heinrich August, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972
- Winkler, Heinrich August, Vom Protest zur Panik: Der gewerbliche Mittelstand in der Weimarer Republik, in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.-17. Juni 1973, hrsg. von Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod, Düsseldorf 1974, S. 778-791
- Winkler, Heinrich August, Revolution, Staat, Faschismus. Zur Revision des Historischen Materialismus, Göttingen 1978
- Winkler, Heinrich August, Unternehmerverbände zwischen Ständeideologie und Nationalismus, in: VfZG, 17 (1969), S. 341-371
- Wippermann, Wolfgang, Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, Darmstadt 2¹⁹⁷⁵
(= Erträge der Forschung, Bd. 17)
- Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, hrsg. von Friedrich Forstmeier und Hans-Erich Volkmann, Düsseldorf 1975
- Wirtschaft und Staat im Imperialismus. Beiträge zur Entwicklungsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland, hrsg. von Lotte Zumppe, Berlin (Ost) 1976 (= Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, Bd. 9)
- Wiskemann, Elisabeth, The Rome-Berlin Axis. A History of the Relations between Hitler and Mussolini. New and revised edition, London (1966)
- Witt, Peter-Christian, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1903 bis 1913. Eine Studie zur Innenpolitik des Wilhelminischen Deutschland, Lübeck 1970 (= Historische Studien, H. 415)
- Wittmann, Klaus, Schweden in der Aussenwirtschaftspolitik des Dritten Reiches 1933-1945, Diss. masch., Hamburg 1976
- Wohlfeil, Rainer, Heer und Republik, in: Matuschka, Edgar Graf v., Rainer Wohlfeil, Reichswehr und Republik (1918-1933), Frankfurt a.M. 1970 (= Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939, VI), S. 11-303
- Wohlfeil, Rainer, Wehr-, Kriegs- oder Militärgeschichte?, in: MGM, 1/67, S. 21-29
- Wolffsohn, Michael, Arbeitsbeschaffung und Rüstung im nationalsozialistischen Deutschland 1933, in: MGM, 2/77, S. 9-21
- Wolffsohn, Michael, Grossunternehmer und Politik in Deutschland: Der Nutzen der Arbeitsbeschaffung der Jahre 1932/33 für die Schwer- und Chemieindustrie, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, 22 (1977), S. 109-133
- Wolffsohn, Michael, Industrie und Handwerk im Konflikt mit staatlicher Wirtschaftspolitik? Studien zur Politik der Arbeitsbeschaffung in Deutschland 1930-1934, Berlin 1977

- Wollstein, Günter, Eine Denkschrift des Staatssekretärs Bernhard von Bülow vom März 1933. Wilhelmische Konzeption der Aussenpolitik zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, in: MGM, 1/73, S. 77-94
- Wollstein, Günter, Die Politik des nationalsozialistischen Deutschland gegenüber Polen 1933-1939/45, in: Hitler, Deutschland und die Mächte, S. 795-810
- Wollstein, Günter, Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler. Das Deutsche Reich und die Grossmächte in der Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland, Bonn-Bad Godesberg 1973 (= Reihe Argo, 2)
- Wortmann, Michael, Baldur von Schirach. Hitlers Jugendführer, Köln 1982
- Wright, J. R. C., «Above Parties»: The Political Attitude of the German Protestant Church Leadership 1918-1933, London 1974
- Wuescht, Johann, Jugoslawien und das Dritte Reich. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-jugoslawischen Beziehungen von 1933 bis 1945, Stuttgart 1969
- Wulf, Joseph, Presse und Funk im Dritten Reich. Eine Dokumentation, Gütersloh 1964 (= Kunst und Kultur im Dritten Reich, Bd. 5)
- Yano, Hisashi, Hüttenarbeiter im Dritten Reich. Die Betriebsverhältnisse und soziale Lage bei der Gutehoffnungshütte Aktienverein und der Fried.-Krupp-AG 1936 bis 1939, Stuttgart 1986 (= Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 34)
- Young, Robert J., In Command of France. French Foreign Policy and Military-Planning, 1933-1940, Cambridge, Mass., London 1978
- Zahn, Gordon, C., Die deutschen Katholiken und Hitlers Kriege, Graz, Wien, Köln 1965
10. [Zehnter] Mai 1933. Bücherverbrennung in Deutschland und die Folgen, hrsg. von Ulrich Walberer, Frankfurt a.M. 1983
- Zentner, Kurt, Illustrierte Geschichte des Dritten Reiches, München 1965
- Zipfel, Friedrich, Gestapo und SD in Berlin, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. 9/10, Tübingen 1961, S. 263-292
- Zipfel, Friedrich, Hitlers Konzept einer «Neuordnung» Europas. Ein Beitrag zum politischen Denken des deutschen Diktators, in: Aus Theorie und Praxis der Geschichtswissenschaft. Festschrift für Hans Herzfeld zum 80. Geburtstag, hrsg. von Dietrich Kurze, Berlin 1972, S. 154-174
- Zmarzlik, Hans-Günter, Der Sozialdarwinismus in Deutschland als geschichtliches Problem, in: VfZG, 11 (1963), S. 246-273
- Zorach, Jonathan, Czechoslovakia's Fortifications. The Development and Role in the 1938 Munich Crisis, in: MGM, 2/76, S. 81-94
- Zumpe, Lotte, Wirtschaft und Staat in Deutschland 1933 bis 1945, Berlin (Ost) 1980 (= Wirtschaft und Staat in Deutschland, Bd. 3)

2. Veröffentlichungen vor 1945

- Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, hrsg. von Heinz Preiss, o. O., o. J. (Vorwort Nürnberg 1939)
- Albert, Rudolf, Nationalwirtschaft. Grundzüge der Gestaltung im Dritten Reich, Leipzig 1932
- Althaus, Paul, Staatsgedanke und Reich Gottes, Langensalza 1928
- Andernach, Andreas, Hitler ohne Maske, München 1932
- Anleitung für den Pressedienst. Geheim. Erlassen vom Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe. ZA-Pr. Nr. 2894/38 geh. vom 2. Dezember 1938, Berlin 1938

- Asmussen, Hans, Politik und Christentum, Hamburg 1933
- Die Begriffe der Wehr-, Friedens- und Kriegswirtschaft, in: Militärwissenschaftliche Rundschau, 1 (1936), S. 246-260
- Benjamin, Walter, Theorien des deutschen Faschismus. Zu der Sammelschrift «Krieg und Krieger». Herausgegeben von Ernst Jünger, in: Die Gesellschaft, 7 (1930), Bd. 2, S. 32-41
- Berndt, Alfred-Ingemar, Gebt mir vier Jahre Zeit! Dokumente zum ersten Vierjahresplan des Führers, München ²1937
- Bernhardi, Friedrich v., Vom Kriege der Zukunft. Nach den Erfahrungen des Weltkrieges, Berlin 1920
- Bernstein, Eduard, Die Wahrheit über die Einkreisung Deutschlands, Berlin 1919
- Binz, Gerhard Ludwig, Die Erforschung der Wehrgrundlagen. Ein Beitrag zur wehrwissenschaftlichen Begriffsbildung und Aufgabenstellung, München 1935
- Blau, Albrecht, Geistige Kriegführung, Potsdam 1937
- Blau, Albrecht, Propaganda als Waffe (NfD), Berlin 1935
- Blaubuch der britischen Regierung über die deutsch-polnischen Beziehungen und den Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Grossbritannien und Deutschland am 3. September 1939, Basel 1939
- Bousquet, Georges Henri, Autarkie und weltwirtschaftliche Expansion als treibende Kräfte der französischen Wirtschaftspolitik der Gegenwart, Jena 1930 (= Kieler Vorträge, 31)
- Brinkmann, Rudolf, Aussenhandel und Handelspolitik, in: Der Vierjahresplan, 2 (1938), S. 386-388
- Brinkmann, Rudolf, Wirtschaftspolitik aus nationalsozialistischem Kraftquell. Eine Sammlung ausgewählter Vorträge, Reden und Ansprachen, Jena 1939
- Brockdorff, Alexander Graf, Weltwirtschaft und Weltrüstung, in: Wehrtechnische Monatshefte, 39 (1935), S. 492-496
- Burchhard, Erich, Landwirtschaft in Zahlen, Berlin 1938
- Caspary, Adolf, Wirtschafts-Strategie und Kriegführung. Wirtschaftliche Vorbereitung, Führung und Auswirkung des Krieges im geschichtlichen Aufriss, Berlin 1932
- Chemische Industrie und Rohstoffwirtschaft, in: Deutsche Wehr, 39 (1935), S. 482-483
- Daitz, Werner, Die nationalsozialistische Ostraumpolitik und der Hansa-Kanal. Ein Beitrag zum nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramm, Berlin o. J.
- Darré, Richard Walther, Das Bauerntum als Lebensquell der nordischen Rasse, München 1929
- Darré, Richard Walther, Um Blut und Boden. Reden und Aufsätze, hrsg. von Hanns Deetjen und Wolfgang Clauss, München 1940
- Darré, Richard Walther, Erkenntnisse und Werden. Aufsätze aus der Zeit vor der Machtergreifung, hrsg. von Marie Adelheid Prinzessin Reuss-zur Lippe, Goslar 1940
- Deutsch, Julius, Antifaschismus! Proletarische Wehrhaftigkeit im Kampfe gegen den Faschismus, Wien 1926
- Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten, Urkunden und Aktenstücke zur inneren und äusseren Politik des Deutschen Reiches, hrsg. von Johannes Hohlfeld, Bd. 4: Die nationalsozialistische Revolution, 1931-1934, Berlin ²1934
- Das deutsche Volk klagt an. Hitlers Krieg gegen die Friedenskämpfer in Deutschland. Ein Tatsachenbuch, Paris 1936
- Deutschland und England 1933-1939. Die Dokumente des deutschen Friedenswillens, hrsg. von Friedrich Berber, Essen ⁴1943 (= Veröffentlichungen des Deutschen Instituts für aussenpolitische Forschung, Bd. 7)

- Dibelius, Otto, Friede auf Erden? Frage, Erwägungen, Antwort, Berlin 1930
- Dickert, Dietrich, Die Preisüberwachung 1931-1936, Berlin 1937 (= Untersuchungen des Instituts für angewandte Wirtschaftswissenschaften)
- Dix, Arthur, Neue Wege der Handelspolitik, in: Der Deutsche Oekonomist, 50 (1933), S. 1129-1131
- Documents on International Affairs 1928 ff., London 1928 ff.
- Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Berlin 1939 [= Weissbuch des Auswärtigen Amtes, Nr. 2]
- Douhet, Giulio, Lutherschafft, Berlin 1935
- Durach, Moriz, Zum Begriff Lebensraum, in: Biographischer Anzeiger, 40 (1939), H. 1, S. 288-290
- Epstein, Julius, Das Schicksal der Akkumulation in Deutschland oder der Irrsinn der Autarkie, Leipzig 1932
- Ersland, Kurt, Die Umgestaltung der deutschen Handelspolitik durch den «Neuen Plan» und die Möglichkeiten ihrer künftigen Ausgestaltung, Diss., Heidelberg, Speyer 1937
- Erziehung zum Wehrwillen. Pädagogisch methodisches Handbuch für Erzieher. Mit Unterstützung und unter Förderung der Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften hrsg. von Dr. phil. Szliska, Stuttgart 1937
- Faschismus. Bericht vom Internationalen Antifaschisten-Kongress Berlin 9. bis 10. März 1929, hrsg. vom Internationalen Antifaschisten-Komitee, Berlin 1930
- Der Faschismus in Deutschland. Analysen der KPD-Opposition aus den Jahren 1928-1933, hrsg. vom XIII. Plenum des EKKI, Dezember 1933, Moskau, Leningrad 1934, Reprint Milano 1967
- Faulhaber, Michael v., Rufende Stimmen in der Wüste der Gegenwart. Gesammelte Reden, Predigten, Hirtenbriefe, Freiburg i. Br. 1931
- Faulhaber, Michael v., Waffen des Lichtes. Gesammelte Kriegsreden, Freiburg i. Br. ⁵1918
- Faulhaber, Michael v. (Hrsg.), Das Schwert des Geistes, Feldpredigten im Weltkrieg, Freiburg i. Br. 1917
- Feder, Gottfried, Der Deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage. Neue Wege in Staat, Finanz und Wirtschaft, München ⁹1932 (= Nationalsozialistische Bibliothek, 35)
- Feder, Gottfried, Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken, München ⁷¹⁻⁷⁹1932 (Nationalsozialistische Bibliothek, 1)
- Festigung der Handwerkswirtschaft durch Auflösung leistungsfähiger Betriebe, in: Deutsches Handwerk, 8 (1939), S. 129-131
- Finke, Heinrich, Unseren Gefallenen zum Gedächtnis. Rede, gehalten am 29. März 1919, Freiburg i. Br. 1919
- Fischer, Guido, Wehrwirtschaft. Ihre Grundlagen und Theorien, Leipzig 1936
- Flaig, Herbert, Untersuchung über den Einfluss des «Neuen Planes» auf den deutschen Aussenhandel und die deutsche Aussenhandelspolitik, Diss., Freiburg i. Br. 1941
- Fraenkel, Eberhard, The Dual State. A Contribution to the Theory of Dictatorship, New York, London, Toronto 1941
- Frank, Walter, Deutsche Wissenschaft und Judenfragen. Rede zur Eröffnung der Forschungsabteilung Judenfrage des Reichsinstituts für Geschichte des neueren Deutschland, Hamburg 1937 (= Schriften des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland)
- Frank, Walter, Kämpfende Wissenschaft, Hamburg 1934

- Fried, Ferdinand, Autarkie, Jena 1932 (= Tatschriften)
- Fried, Ferdinand, Das Ende des Kapitalismus, Jena 1931
- Friedensburg, Ferdinand, Das wehrwirtschaftliche Rohstoffpotential des Protektorats Böhmen-Mähren und der Slowakei, in: Wehrtechnische Monatshefte 1939, S. 146-155
- Friedlaender-Prechtel, Robert, Dynamik und Bilanz der Arbeitsbeschaffung, in: Wirtschafts-Wende, Sonderheft Februar 1933, S. 5-25
- Friedlaender-Prechtel, Robert, Wirtschaftswende. Die Ursachen der Arbeitslosen-Krise und deren Bekämpfung, Leipzig 1931
- Des Führers Kampf um den Weltfrieden, München 1936
- Gabriel, S. L., Eingliederung der österreichischen Wirtschaft, in: Die Bank, 1938, S. 422-424
- Gabriel, S. L., Österreich in der grossdeutschen Wirtschaft, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 147 (1938), S. 641-694
- Gaedicke, Herbert, und Gert v. Eynern, Die produktionswirtschaftliche Integration Europas. Eine Untersuchung über die Aussenhandelsverflechtung der europäischen Länder, 2 Bde., Berlin 1933 (= Zum wirtschaftlichen Schicksal Europas, 1, 3)
- Gefüge und Ordnung der deutschen Landwirtschaft. Als Gemeinschaftsarbeit des Forschungsdienstes hrsg. und bearb. von Konrad Meyer, Berlin 1939
- Gelbbuch der Französischen Regierung. Diplomatische Urkunden 1938-1939. Akten über die Ereignisse und Verhandlungen, die zum Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Deutschland einerseits und Polen, Grossbritannien und Frankreich andererseits führten. Vom Auswärtigen Amt der Französischen Regierung autorisierte, ungekürzte und unveränderte Übersetzung der französischen Originalausgabe der «Documents diplomatiques 1938-1939», Basel 1940
- Gerloff, Wilhelm, Autarkie als wirtschaftliches Problem, in: Autarkie. 5 Vorträge von Karl Brandt [u.a.]. Auf der 1. Kundgebung des «Deutschen Bundes für freie Wirtschaftspolitik» gehalten. Eingel. von Carl Petersen, Berlin 1932, S. 13-35
- Gesetzblatt der Deutschen Evangelischen Kirche, 1939, Nr. 19
- Gewerkschaften, Friedensvertrag, Reparationen, Berlin 1932
- Goebbels, Joseph, Der Faschismus und seine praktischen Ergebnisse. Vortrag in der Hochschule für Politik am 29. Juni 1933 in Berlin, in: Ders., Signale der neuen Zeit, München ⁴1938, S. 150-176
- Goebbels, Joseph, «Goebbels spricht». Reden aus Kampf und Sieg, Oldenburg i. O. 1933
- Goebbels, Joseph, Nationalsozialistischer Rundfunk, München 1935
- Goebbels, Joseph, Revolution der Deutschen. 14 Jahre Nationalsozialismus, Oldenburg i. O. 1933
- Goebbels, Joseph, Signale der neuen Zeit, München ⁴1938
- Goebbels, Joseph, Die Zeit ohne Beispiel. Reden und Aufsätze aus den Jahren 1939/40/41, München 1941
- Goebel, Otto, Wege der Durchführung einer Wehrwirtschaft, in: Jahrbuch für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften 1937/38, S. 155-166
- Göring, Hermann, Zur Jahreswende, in: Der Vierjahresplan, 1 (1937), S. 706-707
- Göring, Hermann, Reden und Aufsätze, hrsg. von E. Gritzbach, München ⁸1943
- Göring, Hermann, Wiederaufbau der Ostmark, in: Der Vierjahresplan, 2 (1938), S. 194-195
- Goetze, Fritz, Festigung und Mobilisierung des Handwerks als Leistungsstand. Zur Verordnung über die Durchführung des Vierjahresplans auf dem Gebiet der Handwerkswirtschaft, in: Deutsches Handwerk, 8 (1939), S. 123-125

- Grävell, Walter, Störungen im Aussenhandel?, in: Die deutsche Volkswirtschaft, 8 (1939), S. 43-50
- Grimm, Hans, Volk ohne Raum, 2 Bde., München 1926
- Grossdeutschland in der Energiewirtschaft, in: Der Deutsche Volkswirt, 12 (1938), S. 122^a1227
- Grossraumwirtschaft. Der Weg zur europäischen Einheit. Hrsg. von Wilhelm Gürge und Wilhelm Grotkopp, Berlin 1931
- Gründel, Günther, Die Krise des Vernichtungsgedankens in der neuzeitlichen Kriegführung, in: Militär-Wochenblatt, 117 (1932/33), H. 7, Sp. 209-212
- Günther, Albrecht Erich, Die Intelligenz und der Krieg, in: Krieg und Krieger, hrsg. von Ernst Jünger, Berlin 1930, S. 69-110
- Guth, Karl, Wirtschaft und Staat. Ein Rück- und Ausblick, in: Der Deutsche Volkswirt, 9 (1934/35), S. 877-880
- Hadamowsky, Eugen, Dein Rundfunk. Das Rundfunkbuch für alle Volksgenossen, München 1934
- Hadamowsky, Eugen, Hitler kämpft um den Frieden Europas. Ein Tagebuch von Adolf Hitlers Kampf für Frieden und Gleichberechtigung, München 1936
- Hadamowsky, Eugen, Propaganda und nationale Macht. Die Organisation der öffentlichen Meinung für die nationale Politik, Oldenburg 1933
- Hadamowsky, Eugen, Der Rundfunk im Dienste der Volksführung, Leipzig 1934 (= Gestalten und Erscheinungen der politischen Publizistik, 1)
- Halifax, Edward Frederic Lindley Wood, Speeches on Foreign Policy [1934-1939], ed. by H. H. E. Craster, Oxford, Toronto 1940
- Halsmayr, Josef, Die politischen Grundlagen der deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen, Diss., Berlin 1939
- Handwerk, Helfer der Wehrmacht, o. O. (Anfang 1939)
- Hauser, Karl, Wehrwirtschaft und Ernährungspolitik, in: Der Deutsche Volkswirt, 10 (1936), S. 2089-2091
- Hellmer, Heinrich, Kohlehydrierung aus wehrwirtschaftlichen Gründen, in: Der Deutsche Volkswirt, 10 (1935/36), S. 1479-1481
- Henderson, Sir Neville, Fehlschlag einer Mission. Berlin 1937-1939, Zürich 1940
- Hess, Ernst, Die Zonen der Wehrwirtschaft, in: Der Deutsche Volkswirt, 10 (1936), S. 2187-2188
- Hesse, Kurt, Die Entwicklung der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen, in: Rüstung und Abrüstung. Eine Umschau über das Heer- und Kriegswesen aller Länder, Berlin 1934, S.292-303
- Hesse, Kurt, Der Feldherr Psychologos. Ein Suchen nach dem Führer der deutschen Zukunft, Berlin 1922
- Hesse, Kurt, Persönlichkeit und Masse im Zukunftskrieg. Eine Diskussion jüngerer Offiziere über den Krieg und seine psychologischen Probleme, Berlin 1933
- Heuss, Theodor, Hitlers Weg, Stuttgart, Berlin, Leipzig 1933
- Hielscher, Friedrich, Die grosse Verwandlung, in: Krieg und Krieger, S. 125-134
- Hierl, Constantin, Grundlagen einer deutschen Wehrpolitik, München ³1931 (= Nationalsozialistische Bibliothek, H. 12)
- Hilferding, Rudolf, Krieg, Abrüstung und Milizsystem, in: Die Gesellschaft, 3 (1926), Bd. 1, S. 385-398
- Hitler, Adolf, Deutschland will Frieden und Gleichberechtigung. Die Friedensreden unseres Volkskanzlers, hrsg. von Erich Unger, Langensalza 1934

- Hitler, Adolf, Frieden und Sicherheit (Rede, gehalten am 17. Mai 1933 im Deutschen Reichstag), Berlin 1933 (= Die Erhebung)
- Hitler, Adolf, Mein Kampf, München 1930,³⁹⁰»³⁹⁴1939, Jubiläumsausgabe 1939
- Hitler, Adolf, Reden für Gleichberechtigung und Frieden, München 1934
- Hitler, Adolf, Der Weg zum Wiederaufstieg [1927], in: Turner, Faschismus, S. 41-59
- Hitler treibt zum Krieg. Dokumentarische Enthüllungen über Hitlers Geheimrüstungen, hrsg. von Dorothy Woodman, Paris 1934
- Hitlers Luftflotte startbereit. Enthüllungen über den tatsächlichen Stand der Hitlerschen Luftrüstungen, Paris 1935
- Hoffmann, Friedrich, Der Ruf nach Autarkie in der deutschen politischen Gegenwartsideologie, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 36 (1932), 2, S. 496-511
- Hugenbergs innenpolitisches Programm, Berlin ³1931 (= Deutschnationale Flugschrift, Nr. 353)
- Hugenbergs weltwirtschaftliches Programm. Mahnung an das Ausland, Berlin ³1931 (= Deutschnationale Flugschrift, Nr. 352)
- Hunke, Die Lage, in: Die Deutsche Volkswirtschaft, 3 (1934), S. 481-482
- Ilgner, Max, Exportsteigerung durch Einschaltung in die Industrialisierung der Welt, Jena 1938 (= Kieler Vorträge, 53)
- Die Industrie, in: Motor und Sport, A. (1933), 32, S. 27
- Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1930
- Jahrbuch 1930 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1931
- Jahrbuch 1931 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1932
- Jahrbuch 1939, I. Band, hrsg. vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront, Berlin o. J.
- Joos, Josef, Die politische Ideenwelt des Zentrums, Karlsruhe 1928 (= Wissen und Wirken. Einzelschriften zu den Grundfragen des Erkennens und Schaffens, Bd. 54)
- Jünger, Ernst, Deutsche Mobilmachung, in: Krieg und Krieger, S. 9-30
- Jünger, Ernst, Feuer und Blut. Ein kleiner Ausschnitt aus einer grossen Schlacht, Berlin ⁴1929
- Jünger, Ernst, Das Wäldchen 125. Eine Chronik aus den Grabenkämpfen 1918, Berlin ⁴1929
- Jünger, Friedrich Georg, Aufmarsch des Nationalismus, Berlin o. J. [1928]
- Jünger, Friedrich Georg, Krieg und Krieger, in: Krieg und Krieger, S. 51-67
- Das junge Deutschland will Arbeit und Frieden. Reden des Reichskanzlers Adolf Hitler, des neuen Deutschlands Führer. Mit einem Vorwort von Joseph Goebbels, Berlin o. J. [1933]
- Justrow, Karl, Feldherr und Kriegstechnik. Studien über den Operationsplan des Grafen Schlieffen und Lehren für unseren Wehraufbau und unsere Landesverteidigung, Oldenburg 1933
- Kaas, Ludwig, Aussenpolitik des Reiches, in: Politisches Jahrbuch 1927/28, hrsg. von Gerhard Schreiber, M. Gladbach 1928, S. 11-62
- Kaas, Ludwig, Der Völkerbund als deutsche Aufgabe, in: Nationale Arbeit, S. 119-140
- Kantorowicz, Hermann, Der Geist der englischen Politik und das Gespenst der Einkreisung Deutschlands, Berlin 1929
- Keesings Archiv der Gegenwart 1938
- Keller, Theo, Sinn und Unsinn der Autarkie, in: Schweizerische Rundschau, 32 (1932/33), S. 769-783
- Die Kirche und das Dritte Reich. Fragen und Forderungen Deutscher Theologen, hrsg. von Leopold Klotz, 2 Bde., Gotha 1932

- Kleinau, Wilhelm, Soldaten der Nation. Die geschichtliche Sendung des Stahlhelms, Berlin 1933
- Kleinau, Wilhelm, Stahlhelm und Staat. Eine Erläuterung der Stahlhelm-Botschaften, Berlin 1929
- Knickerbocker, Hubert Renfro, Deutschland – so oder so, Berlin 1932
- Koch-Weser, Erich, Deutschlands Aussenpolitik in der Nachkriegszeit 1919-1929, Berlin-Grunewald 1929
- Köhler, Bernhard, Des Führers Wirtschaftspolitik. Rede, München ³1935 (= Hier spricht das neue Deutschland, 8/9)
- Koelble, Josef, Grundzüge der neuen Deutschen Wirtschaftsordnung, Leipzig 1939
- Kolshorn, Major a. D., Die Erfassung deutscher Bodenschätze, in: Deutsche Wehr, 39 (1935), S. 263
- Konjunkturstatistisches Handbuch 1936, Hamburg 1935
- Korfes, Otto, Grundsätze der Wehrwirtschaftslehre. Allgemeine Grundlagen der Wehrwirtschaft und Kriegswirtschaft, Hamburg 1936 (= Schriften zur kriegswirtschaftlichen Forschung und Schulung, 10)
- Kriek, Ernst, Nationalpolitische Erziehung, Leipzig (1933)
- Krieg und Krieger, hrsg. von Ernst Jünger, Berlin 1930
- Krüger, Anneliese, Der berufsständische Gedanke in der Wirtschaftsorganisation des Nationalsozialismus, Diss. Münster, Quakenbrück 1936
- Kügelgen, Carlo v., Deutschland-Russland. Die Entwicklungsmöglichkeiten des deutschrussischen Handels mit der Sowjetunion, in: Deutsche Wirtschaftszeitung, 37 (1940), S. 44-46
- Kühn, Helmut, Die Verlagerungen in der deutschen Lebensmittel- und Rohstoffeinfuhr 1933 bis 1938 (Ein Problem nationalsozialistischer Aussenhandelspolitik), Diss., Berlin, Würzburg, Aumühl 1939
- Lampe, Adolf, Allgemeine Wehrwirtschaftslehre, Jena 1938
- League of Nations, Conference for the Reduction and Limitation of Armaments. Serie B: Minutes of the General Commission, Bd. 2, Genf 1933
- League of Nations, Conference for the Reduction and Limitation of Armaments, Draft Convention Submitted by the United Kingdom Delegation, Genf 1933
- Le Bon, Gustave, Psychologie der Massen, Paris 1895, 5. Aufl. Leipzig 1932
- Ley, Robert, Soldaten der Arbeit, München 1938
- Link, Wilhelm, Deutsche Aussenhandelspolitik, in: Nationalsozialistisches Denken und Wirtschaft, hrsg. von Rudolf Heinel [u.a.], Stuttgart 1932 (= Kulturpolitische Schriftenreihe, 3), S. 71-88
- Linnebach, Karl, Die Wehrwirtschaften, ihr Begriff und ihr System. Im Auftrag der deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften, Berlin 1939
- Londonderry, Charles Marquis of, Ourselves and Germany, London 1938
- Ludendorff, Erich, Meine Kriegserinnerungen 1914-1918, Berlin 1919
- Ludendorff, General [Erich], Der totale Krieg, München 1935
- Lüdecke, Hellmut, Die Sicherung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Grossdeutschlands (Ein Beitrag zur Klärung des Autarkieproblems), Diss., Wien, Würzburg 1939
- Lüttgens, Carl-Max, Autarkie und Arbeitsbeschaffung, Berlin 1932
- Lutz, Günther, Das Gemeinschaftserlebnis in der Kriegsliteratur, Phil. Diss., Greifswald 1936
- Mägerlein, Heinz, Der Wehrsport. Nach den Richtlinien des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung, Leipzig 1933 (= Lehrmeister-Bücherei, 975)

- Mangels, Facharbeitermangel und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in: Der Vierjahresplan, 1 (1937), S. 349-351
- Mansfeld, Werner, Grundsätze einer realen Lohnpolitik, in: Der Vierjahresplan, 6 (1942), S. 29-31
- Massakas, Alexander, Präferenzzölle als Mittel der Annäherungspolitik der bedeutendsten Wirtschaftsgebiete Europas, Diss., Königsberg 1933
- Maurer, Emil, Grundlagen und Zukunft der deutschen Nationalwirtschaft, Leipzig 1932
- Meinhold, Willy, Grundlagen der landwirtschaftlichen Marktordnung, Berlin 1937 (= Berichte über Landwirtschaft, N. F. Sonderheft 134)
- Meinhold, Willy, Die landwirtschaftlichen Erzeugungsbedingungen im Kriege, Jena 1941
- Meinhold, Willy, Volkswirtschaftliche Grundsätze der Preisbildungspolitik im Vierjahresplan, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 150 (1939), S. 568-591
- Merkel, Hans, Agrarpolitik, Leipzig 1942
- Merkel, Hans, und Otto Wöhrmann, Deutsches Bauernrecht, Leipzig ³1940 (= Neugestaltung von Recht und Wirtschaft, 32, 2)
- Miles (d. i. Rosinski, Herbert), Deutschlands Kriegsbereitschaft und Kriegsaussichten?, Zürich, New York 1939
- Misch, Carl, Gesamtverzeichnis der Ausbürgerungslisten 1933-1938. Nach dem amtlichen Abdruck des Reichsanzeigers zusammengestellt und bearbeitet von C. Misch, Paris 1939
- Moltke, Graf Helmuth v., Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Grafen Helmuth v. Moltke, Bd. 3, Berlin 1892/93
- Moritz, A., Wertvolle Ergänzungen der Erzeugungsschlacht, in: Der Vierjahresplan, 3 (1939), S. 117-119
- Müller, Georg Wilhelm, Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Berlin 1940
- Murawski, Erich, Die Presse als Hilfsmittel zur Wehrerziehung, Stuttgart 1937
- Nationale Arbeit. Das Zentrum und sein Wirken in der deutschen Republik, hrsg. von Karl Anton Schulte, Berlin und Leipzig 1929
- Nationale Aussenpolitik. Rede, gehalten auf der Reichsführertagung der DNVP zu Berlin, am 25. Juni 1932, von Freiherrn von Freytagh-Loringhoven, Berlin 1932 (= Deutschnationale Flugschrift, Nr. 369)
- Nationale Handelspolitik statt Weltwirtschaftspolitik, Programmatische Forderungen der NSDAP, in: Neue Wirtschaft, 6 (1932), 15, S. 6-8
- Nell-Breuning, Oswald v., Autarkie, in: Stimmen der Zeit, 63 (1932), 124, S. 28-39
- Obst, Erich, Die Grossraumidee in der Vergangenheit und als tragender politischer Gedanke unserer Zeit, Breslau 1941 (= Vorträge der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau im Kriegswinter 1940/41)
- Oehme, Walter, und Kurt Caro, Kommt das Dritte Reich?, Berlin 1930
- Oesterheld, Alfred, Wirtschaftsraum Europa, Oldenburg, Berlin 1942
- Oestreich, Paul, Walther Funk. Ein Leben für die Wirtschaft, München 1940
- Ossietzky, Carl v., Abschied von Stresemann [1929], in: Gustav Stresemann, Schriften.
Mit einem Vorwort von Willy Brandt, hrsg. von Arnold Harttung, Berlin 1976 (= Schriften grosser Berliner), S. 409-411
- Der Parteitag der Freiheit vom 10. bis 16. September 1935, München ⁴1936
- Der Parteitag der Ehre vom 8.-14. September 1936. Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Kongressreden, München ²1936

- Der Parteitag der Arbeit vom 6. bis 13. Sept. 1937. Offizieller Bericht über den Verlauf des (9.) Reichsparteitages mit sämtlichen Kongressreden, München 1938
- Pazifismus. Stellung der D.D.P. zum Pazifismus. Hrsg. von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin 1928 (= Schriftenreihe für politische Werbung. Deutsche Demokratische Partei, Nr. 12)
- Pfaff, Alfred, Der Wirtschafts-Aufbau im Dritten Reich, München 1932
- Posse, Hans-Ernst, Möglichkeiten der Grossraumwirtschaft, in: Die nationale Wirtschaft, 1/2 (1933/34), S. 282-283
- Das Protektorat Böhmen und Mähren im deutschen Wirtschaftsraum. Bearb. in der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Deutschen Bank. Als Manuskript gedruckt Anfang April 1939
- Protokoll der Verhandlungen des XII. Parteitages der KPD, Berlin (1929)
- Protokoll des 6. Weltkongresses der kommunistischen Internationale, Moskau 1928, Bd. 1: Die internationale Lage und die Aufgaben der Komintern. Der Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr, Hamburg, Berlin 1928
- Puchert, Berthold, Die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen von 1918 bis 1939, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1937,4, S. 11-36
- Die Reden Hitlers als Kanzler. Das junge Deutschland will Arbeit und Frieden, München 1934
- Reichsparteitag und Wirtschaft, in: Die nationale Wirtschaft, 3 (1935), S. 291-299
- Reichstags-Handbuch, IV. Wahlperiode 1928, Berlin 1928
- Reinhardt, Fritz, Die Arbeitsschlacht der Reichsregierung, Berlin 1933
- Reischle, Hermann, Kann man Deutschland aushungern?, Berlin 1940 (= Schriftenreihe der NSDAP, Gr. 2, 2)
- Reischle, Hermann, Nationalsozialistische Agrarpolitik, München 1941 (= Grossdeutsche Reihe)
- Reupke, Hans, Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft, Berlin 1931
- Ringer, Alfred, Handel und Aussenhandel. Neubau des Aussenhandels im nationalsozialistischen Deutschland, Berlin 1933
- Rosenberg, Alfred, Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit, München ¹⁷201934
- Rosenberg, Alfred, Der Zukunftsweg einer deutschen Aussenpolitik, München 1927
- Ruprecht, Paul, Staatliche oder private Rüstungsindustrie?, in: Militär-Wochenblatt, 120 (1935/36), Sp. 242-245
- Schacht, Hjalmar, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise, Berlin 1935
- Schacht, Hjalmar, «Finanzwunder» und «Neuer Plan», Berlin 1938
- Schacht, Hjalmar Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik, Oldenburg i. O. 1932 (= Stalling-Bücherei «Schriften an die Nation», 1)
- Schauwecker, Franz, Das Erlebnis des Krieges, in: Franz Seldte (Hrsg.), Der Stahlhelm. Erinnerungen und Bilder, Berlin 1932, Neuaufl. in 2 Bden. 1934, S. 176-180
- Scheler, Max, Der Genius des Krieges und der Deutsche Krieg, Leipzig 1915
- Scheler, Max, Die Idee des Friedens und der Pazifismus, Berlin 1931
- Schell, Adolf v., Krieg und Motorisierung, in: Die Strasse, 1940, 23/24, S. 506
- Scherke, Felix, und Ursula Gräfin Vitzthum, Bibliographie der geistigen Kriegsführung. Mit einem Geleitwort von General der Flieger von Cochenhausen, Berlin 1938
- Schian, Martin, Die Arbeit der evangelischen Kirche in der Heimat, Berlin 1925 (= Die deutsche evangelische Kirche im Weltkriege, Bd. 2)
- Schifrin, Alexander, Gedankenschatz des Hakenkreuzes, in: Die Gesellschaft, 8 (1931), Bd. 1, S. 97-116

- Schifrin, Alexander, Die Krise der deutschen Gegenrevolution, in: Die Gesellschaft, 9 (1932), Bd. 2, S. 387-405
- Schiller, Karl, Arbeitsbeschaffung und Finanzordnung in Deutschland, Berlin 1936 (= Zum wirtschaftlichen Schicksal Europas, 2,4)
- Schirach, Baldur v., Die Hitler-Jugend, Idee und Gestalt, Berlin 1934
- Schirach, Baldur v., Revolution der Erziehung. Reden aus den Jahren des Aufbaus, München 1938
- Schmidt-Pauli, Edgar v., Die Männer um Hitler, Berlin 1932
- Schmölders, Günter, Probleme und Kräfte des erweiterten Wirtschaftsraumes, in: Jahrbuch der Akademie für Deutsches Recht, 5 (1938), S. 106-202
- Schramm, Wilhelm von, Schöpferische Kritik des Krieges. Ein Versuch, in: Krieg und Krieger, S. 31-49
- Schürmann, A. W., Der Weg zur Autarkie. Übergangsstadium oder Dauersystem?, in: Neue Wirtschaft, 6 (1932) H. 8, S. 1-3
- Schulmeister, Otto, Werdende Grossraumwirtschaft. Die Phasen ihrer Entwicklung in Südosteuropa, Berlin 1943
- Schulte, Karl Anton, Das Zentrum und die neue Zeit. Grundsätze und politischer Ideegehalt der Partei, in: Nationale Arbeit, S. 31-53
- Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, N. F., Jge. 1929,1930,1932
- Schwarte, Max, Der Krieg der Zukunft, Leipzig 1931
- Schwarz, Salomon, Handbuch der deutschen Gewerkschaftskongresse (Kongresse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes), Berlin 1930
- Schwendemann, Karl, Abrüstung und Sicherheit. Handbuch der Sicherheitsfrage und der Abrüstungskonferenz. Mit einer Sammlung der wichtigsten Dokumente, 2 Bde., Berlin ²1933
- Schwichow, v., Die Ernährungswirtschaft als Wehrproblem, in: Deutsche Wehr, 39 (1935), S. 257-260
- Schwichtenberg, Helmut, Die wirtschaftlichen Voraussetzungen und Methoden der Erzeugungsschlacht, Diss., Köln, Würzburg 1937
- Seidel, Richard, Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, Amsterdam 1929 (= Internationale Gewerkschaftsbibliothek, H. 7-8)
- Seldte, Franz, Sozialpolitik im Dritten Reich 1933-1938, München, Berlin 1939
- Seldte, Franz (Hrsg.), Der Stahlhelm. Erinnerungen und Bilder, Berlin 1932, Neuaufl. in 2Bden. 1934
- Soldan, George, Der Mensch und die Schlacht der Zukunft, Oldenburg i. O. 1925
- Sozialdemokratischer Parteitag in Magdeburg 1929 vom 26. bis 31. Mai in der Stadthalle. Protokoll, Berlin 1929
- Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931. Vom 31. Mai bis 5. Juni im Volkshaus. Protokoll. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe Leipzig 1931, Glashütten im Taunus, Berlin, Bonn, Bad Godesberg 1974
- Spengler, Oswald, Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte, Bd. 1, München 1919, Bd. 2, München 1922
- Stadtler, Eduard, Seldte, Hitler, Hugenberg. Die Front der Freiheitsbewegung, Berlin 1930
- Starcke, Gerhard, NSBO und Deutsche Arbeitsfront, Berlin 1934
- Stark, Georg, Moderne politische Propaganda, München 1930 (= Schriftenreihe der Reichspropaganda-Abteilung der NSDAP, H. 1)
- Statistisches Handbuch von Deutschland 1928-1944, München 1944

- Steinberg, F., Die deutsche Kriegsstärke. Wie lange kann Hitler Krieg führen?, Paris 1939
- Steinberger, Hans, Wirtschafter, Raum und Wehrmacht, in: Deutsche Wehr, 6 (1933), S. 484-485
- Stellrecht, Helmuth, Soldatentum und Jugendertüchtigung, Berlin 1935 (= Schriften der Deutschen Hochschule für Politik, 1, H. 16)
- Stellrecht, Helmuth, Die Wehrerziehung der deutschen Jugend, in: Nationalpolitischer Lehrgang der Wehrmacht vom 15. bis 23. Januar 1937, Berlin o. J. [um 1937], S. 163-177
- Die Stellung der Sozialpolitik in der europäischen Neuordnung, hrsg. vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der DAF, Berlin 1944
- Die Stellung des evangelischen Christen zum Pazifismus. Vortrag, gehalten auf der Tagung des Evangelischen Reichsausschusses der Deutschnationalen Volkspartei in Stettin am 19. September 1931 von Pfarrer Wilm, Potsdam, Berlin 1931 (= Deutschnationale Flugschrift, Nr. 358)
- Stresemann, Gustav, Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden, hrsg. von Henry Bernhard, Berlin 1932
- Surányi-Unger, Theo, Ungarische Wehrwirtschaft, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 53 (1941), I, S. 75-111
- Survey of International Affairs 1920 ff., London 1925 ff.
- Syrup, Friedrich, Massnahmen zur Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften, in: Der Vierjahresplan, 1 (1937), S. 20S-210
- Syrup, Friedrich, Neue Massnahmen zur Regelung des Arbeitseinsatzes, in: Der Vierjahresplan, 2 (1938), S. 143-146
- Tarnow, F., Die Stellungnahme der freien Gewerkschaften zur Frage der Wirtschaftsdemokratie, Jena 1929
- Thälmann, Ernst, Der revolutionäre Ausweg und die KPD, Berlin 1932
- Thiele, Walter, Grossraumwirtschaft in Geschichte und Politik, Dresden 1938
- Tirpitz, Alfred v., Erinnerungen, Leipzig 1919 (= Deutsche Denkwürdigkeiten)
- Traub, Gottfried, Der Geisteskampf der Gegenwart, in: Eiserne Blätter, Jg. 1930, Nr. 40/ 41
- Trompke, Eberhard, Der Arbeitseinsatz als Element deutscher Wehr- und Kriegswirtschaft, Diss. Rostock, Seestadt, Rostock 1941
- Urkunden zur letzten Phase der deutsch-polnischen Krise, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Berlin 1939 (= Weissbuch des Auswärtigen Amtes, Nr. 1)
- Verhandlungen des Reichstages. Stenographische Berichte, V. Wahlperiode 1930, Bd. 446 (von der 53. Sitzung am 13. Okt. 1931 bis zur 64. Sitzung am 12. Mai 1932), Berlin 1932
- Völtz, Friedrich, Vom Werden des deutschen Sozialismus, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 96 (1936), S. 1-48
- Volksgemeinschaft – Wehrgemeinschaft. «Was sind wir? Pimpfe! Was wollen wir werden? Soldaten!» Gestaltung Werner Knackmuss, Berlin 1936 (Eine Veröffentlichung zum Schülerwettbewerb des Nationalsozialistischen Lehrerbunds)
- Vortrag Adolf Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrie-Club zu Düsseldorf am 27. Januar 1932, München 1932, S. 11
- Vorwerck, Major, Berufsständische Ordnung und Landesverteidigung, in: Wissen und Wehr, 17 (1936), S. 323-328
- Wagemann, Ernst, Zwischenbilanz der Krisenpolitik. Eine international vergleichende konjunkturpolitische Studie, Berlin 1935

- Warum bekämpfen wir Deutschnationalen den Pazifismus? Berlin 1924 (= Deutschnationale Flugschrift, Nr. 199)
- Wehberg, Hans, Die Ächtung des Krieges, Berlin 1930 (= Schriften der deutschen Liga für Völkerbund)
- Weidemann, Hahs, Die Gestaltung der deutschen Aussenwirtschaft unter dem Neuen Plan, Diss., Frankfurt a.M., Emsdetten 1938
- Weigmann, Hans, Zur gegenwärtigen Problemlage der Wirtschaftsplanung, in: Archiv für Wirtschaftsplanung, 1 (1941), S. 9-45
- Weil, Felix, Neuere Literatur zur deutschen Wehrwirtschaft, in: Zeitschrift für Sozialforschung, 7 (1938), S. 200-218
- Weissbuch der Polnischen Regierung über die polnisch-deutschen und die polnisch-sowjetrussischen Beziehungen im Zeitraum von 1933 bis 1939, Basel 1940 (= Dokumente und Urkunden zum Kriegsausbruch September 1939, Fsc. 9)
- Willkens, Werner, Nationalsozialistische Agrarpolitik, München 1931
- Winschuh, Josef, Gerüstete Wirtschaft, Berlin 1939
- Wirsing, Giselher, Zwangsautarkie, in: Die Tat, 23 (1931), S. 428-438
- Wirsing, Giselher, Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft, Jena 1932 (= Tat-Schriften)
- Wirth, Josef, Reden während der Kanzlerschaft. Mit einer Einleitung von Heinrich Hemmer, Berlin 1925
- Wirtschaftliches Sofortprogramm der N.S.D.A.P. Ausgearb. von der Hauptabt. 4 der Reichsorganisationsleitung der N.S.D.A.P., München 1932 (= Kampfschrift, 16)
- Wirtschaftsdemokratien. Ihr Wesen, Weg und Ziel, hrsg. im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) von Fritz Naphtali, Berlin 1928
- Woermann, Emil, Zehn Jahre Erzeugungsschlacht und Ernährungswirtschaft, in: Deutsche Agrarpolitik, 2 (1943/44), S. 115-120
- Zinnemann, C., Wechselwirkungen zwischen Kriegswirtschaft und Wirtschaftskrieg, in: Deutsche Technik, 7 (1939), S. 491-492

Zeittafel

1925

- 14.–31. 7. Räumung des Ruhrgebietes von französischen und belgischen Besatzungstruppen.
 1. 12. Unterzeichnung des Vertrages von Locarno.

1926

26. 4. Abschluß des deutsch-sowjetischen Berliner Vertrages.
 8. 10. Verabschiedung des Generalobersten Hans v. Seeckt und Ernennung des Generalleutnants Wilhelm Heye zu seinem Nachfolger als Chef der Heeresleitung.

1927

31. 1. Die interalliierte Militärkontrollkommission stellt ihre Arbeit ein.

1928

20. 1. Verabschiedung von Dr. Geßler und Ernennung von General a. D. Groener zu seinem Nachfolger als Reichswehrminister.
 27. 8. Abschluß des Briand-Kellogg-Paktes.
 29. 9. Genehmigung des 1. Rüstungsprogrammes des Reichsheeres durch den Chef der Heeresleitung.

1929

1. 3. Bildung des Ministeramtes im Reichswehrministerium unter Generalmajor v. Schleicher.
 24. 10. New Yorker Börsenkrach und Beginn der Weltwirtschaftskrise.
 30. 11. Räumung der mittleren (2.) Besatzungszone des Rheinlandes mit Koblenz und Aachen.

1930

16. 4. Weisung des Reichswehrministers Groener »Die Aufgaben der Wehrmacht«.
 30. 6. Räumung der bisher noch besetzten Teile des Rheinlandes durch die französischen Besatzungstruppen fünf Jahre vor dem im Versailler Vertrag vorgesehenen Termin.
 14. 9. Reichstagswahl: NSDAP wird hinter der SPD zweitstärkste Reichstagsfraktion.

23. 9.– 6. 10. Prozeß vor dem Reichsgericht in Leipzig gegen Ulmer Reichswehroffiziere.
 9. 12. Verabschiedung des Konventionsentwurfes der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz.

1931

8. 10. Übernahme der Geschäfte des Reichsministers des Innern durch den Reichswehrminister Groener.
 11. 10. Bildung der Harzburger Front unter der Führung von Hitler, Hugenberg, Seldte und Generalmajor a. D. Graf von der Goltz.
 16. 12. Bildung der Eisernen Front in Magdeburg.

1932

23. 1. Genehmigung des 2. Rüstungsprogrammes des Reichsheeres durch den Chef der Heeresleitung.
 27. 1. Rede Hitlers vor dem Industrie-Klub zu Düsseldorf.
 2. 2. Eröffnung der von 51 Staaten beschickten Abrüstungskonferenz in Genf.
 10. 4. Wiederwahl des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg im zweiten Wahlgang zum Reichspräsidenten.
 13. 4. Verbot der SA und SS im gesamten Reichsgebiet.
 12. 5. Rücktritt Groeners als Reichswehrminister.
 30. 5. Rücktritt des Reichskanzlers Dr. Heinrich Brüning.
 1. 6. Bildung des »Kabinetts der nationalen Konzentration« unter Franz v. Papen.
 14. 6. Aufhebung des SA- und SS-Verbots sowie des Uniform- und Demonstrationsverbots.
 20. 7. »Staatsstreich« in Preußen (Reichsexekution).
 3. 12. Berufung des Generals v. Schleicher zum Reichskanzler.
 11. 12. 5-Mächte-Erklärung über die deutsche Gleichberechtigung in Rüstungsfragen.

1933

30. 1. Ernennung Hitlers zum Reichskanzler.
 1. 2. »Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk«, von Hitler im Rundfunk verlesen.
 2. 2. Berufung Görings zum Reichskommissar für die Luftfahrt.
 3. 2. Erste Ansprache Hitlers vor Generalen und Admiralen.
 10. 2. Hitler spricht erstmals als Reichskanzler im Berliner Sportpalast.
 27. 2. Reichstagsbrand.
 28. 2. »Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat.«

5. 3. Reichstagswahl (u. a. : NSDAP 43,9 %; DNVP 8 %; Zentrum 11,2 %; SPD 18,3 %; KPD 12,3 %).
8. 3. Reichsregierung hebt 81 KPD-Reichstagsmandate auf.
13. 3. Ernennung Goebbels' zum Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda.
21. 3. »Tag von Potsdam«.
23. 3. »Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich« (»Ermächtigungsgesetz«).
31. 3. Erstes Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich.
1. 4. Organisierter Boykott jüdischer Geschäfte.
4. 4. Bildung eines Reichsverteidigungsrates.
7. 4. Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder. Einsetzung von Reichsstatthaltern.
11. 4. Gesetz »zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums«. Ernennung Görings zum preußischen Ministerpräsidenten. Auflösung der Deutsche Volkspartei (DVP).
27. 4. Interne Ernennung des Reichswehrministers v. Blomberg zum Reichsverteidigungsminister und Befehlshaber der gesamten Wehrmacht.
1. 5. »Feiertag der nationalen Arbeit«.
2. 5. Auflösung der Gewerkschaften.
5. 5. Errichtung des Reichsluftfahrtministeriums. Ratifizierung der Verlängerung des deutsch-sowjetischen Vertrages von 1926 (Berliner Vertrag).
10. 5. Öffentliche »Verbrennung undeutschen Schrifttums« durch die nationalsozialistische Studentenführung. Beschlagnahme des Vermögens der SPD und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.
12. 5. Gesetz über die Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit.
17. 5. Regierungserklärung Hitlers zur Außenpolitik (»Friedensrede«).
1. 6. Erstes Reinhardt-Programm zur Arbeitsbeschaffung.
22. 6. Verbot der SPD.
27. 6. Selbstauflösung der DNVP.
29. 6. Entlassung Alfred Hugenbergs (DNVP) als Reichsminister für Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft. Ernennung von Kurt Schmitt (parteilos) zum Nachfolger als Reichswirtschaftsminister, von R. Walter Darré (NSDAP) als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.
5. 7. Selbstauflösung der Zentrumspartei.
14. 7. Gesetz gegen die Neubildung von Parteien (Einparteigesetz). Gesetz »zur Verhütung erbkranken Nachwuchses«.
15. 7. Unterzeichnung des von Italien vorgeschlagenen Viermächte-

- vertrages. Trat wegen Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund nicht in Kraft.
20. 7. Konkordat zwischen dem Deutschen Reich und dem Vatikan.
13. 9. Ausrichtung der Ernährungs- und Holzwirtschaft auf die Rüstungs- und Kriegsbedürfnisse durch Gründung des »Reichsnährstandes«.
21. 9. Zweites Reinhardt-Programm zur Arbeitsbeschaffung.
22. 9. Errichtung der Reichskulturkammer.
29. 9. Reichserbhofgesetz.
1. 10. Bildung des Landesschutzoffizierkorps (L-Offizierkorps).
4. 10. Schriftleitergesetz.
14. 10. Deutschland verläßt die Abrüstungskonferenz; Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund.
12. 11. Sog. Reichstagswahl und Volksabstimmung.
1. 12. »Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat«.
18. 12. Memorandum der deutschen Reichsregierung zur Rüstungsfrage. Weisung des Chefs des Truppenamtes zum Aufbau eines 21-Divisionen-Friedensheeres.

1934

1. 1. Neujahrsrede Hitlers über Deutschlands »Friedensbereitschaft«.
20. 1. Disziplinierung der Arbeiterschaft durch das Gesetz »zur Ordnung der nationalen Arbeit«.
26. 1. Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und Polen.
30. 1. Gesetz »über den Neuaufbau des Reiches«.
2. 2. Abschluß des Balkanpaktes zwischen Griechenland, Jugoslawien, Rumänien und der Türkei auf Initiative Frankreichs.
17. 3. Unterzeichnung der zwischen Italien, Österreich und Ungarn vereinbarten Römischen Protokolle (gerichtet gegen deutschen Einfluß im Südosten).
20. 4. Ernennung Himmlers zum Chef der Gestapo in Preußen.
24. 4. Bildung des »Volksgeschichtshofes«.
13. 6. Reichsaußenminister v. Neurath lehnt gegenüber dem sowjetischen Außenkommissar Litvinov den Abschluß des von Frankreich vorgeschlagenen Ost-Locarno-Vertrages ab.
- 14.–15. 6. Erstes Treffen Hitlers und Mussolinis in Venedig.
17. 6. Rede von Papens in Marburg.
30. 6.– 1. 7. Ermordung des ehemaligen Reichskanzlers v. Schleicher, des SA-Chefs Röhm und anderer SA-Führer, fälschlich »Röhm-Putsch« genannt.
1. 7. Langfristiges Flugzeugbeschaffungsprogramm des Reichsluftfahrtministeriums.

20. 7. Erhebung der Schutzstaffel der NSDAP (SS) zu einer selbstständigen Organisation durch Verfügung Hitlers.
25. 7. Nationalsozialistischer Putsch in Österreich. Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß.
2. 8. Tod von Hindenburgs. Vereinigung der Ämter des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten durch den »Führer und Reichskanzler Adolf Hitler«, auf dessen Person als »Oberster Befehlshaber« die Wehrmacht am gleichen Tag vereidigt wird.
3. 8. Beurlaubung, später Entlassung von Kurt Schmitt als Reichswirtschaftsminister. Nachfolger wird Hjalmar Schacht.
19. 8. Volksabstimmung zum Gesetz vom 2. 8. 1934.
18. 9. Beitritt der UdSSR zum Völkerbund.
24. 9.– 1. 10. Schachts »Neuer Plan«.

1935

13. 1. Volksabstimmung im Saargebiet: 91 % der Wahlberechtigten für die Rückführung ins Reich.
1. 3. Rückgabe des Saargebietes an das Deutsche Reich.
10. 3. Öffentliche Bekanntgabe der Errichtung einer deutschen Luftwaffe.
16. 3. Umbenennung des Reichswehrministeriums in »Reichskriegsministerium«.
Aufhebung der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages durch Hitler.
Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht mit dem Gesetz über den Aufbau der Wehrmacht.
- 11.–14. 4. Konferenz von Stresa (Beschluß, »sich . . . jeder einseitigen Aufkündigung von Verträgen zu widersetzen«).
2. 5. Abschluß des französisch-sowjetischen Beistandspaktes. Frankreich lehnt jedoch die Unterzeichnung einer Militärkonvention ab.
16. 5. Abschluß des sowjetisch-tschechoslowakischen Beistandspaktes.
21. 5. Hitlers Reichstagsrede mit dem »Friedensprogramm« von dreizehn Punkten. Reichsverteidigungsgesetz. Schacht wird »Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft«.
22. 5. Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Dauer der aktiven Dienstpflicht in der Wehrmacht.
18. 6. Deutsch-britisches Flottenabkommen.
26. 6. Einführung der Arbeitsdienstpflicht.
- 10.–16. 9. 7. Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg (»Parteitag der Freiheit«) mit antibolschewistischen Reden von Hitler, Goebbels und Rosenberg.

»Nürnberger Gesetze« (»Gesetze zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre« und »Reichsbürgergesetz«) entrechteten und diskriminieren die jüdische Bevölkerung Deutschlands.

- 1. 10. Errichtung der Wehrmächtsakademie in Berlin.
- 3. 10. Italien beginnt Krieg gegen Äthiopien.
- 15. 10. Wiedereröffnung der Kriegsakademie in Berlin.
- 1. 11. Aufstellung der Luftkriegsakademie und der Lufttechnischen Akademie in Berlin-Gatow.

1936

- 10. 2. »Gesetz über die Geheime Staatspolizei«.
- 7. 3. Einmarsch deutscher Truppen in das durch den Versailler Vertrag entmilitarisierte Rheinland. Verletzung des Locarno-Vertrages.
- 29. 3. In den »Reichstagswahlen« wird Hitlers Politik mit 99 % Ja-Stimmen gebilligt.
- 16. 6. Himmler wird »Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei«, Unterstellung der gesamten Polizei des Reiches unter SS-Führung.
- 17. 6. Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Einsetzung eines Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern.
- 11. 7. Deutsch-österreichisches Abkommen.
- 25.–26. 7. Hitlers Entscheidung zum deutschen Eingreifen in den am 17. 7. 1936 begonnenen Spanischen Bürgerkrieg.
- 1. 8. Beginn der Olympischen Spiele in Berlin. Parallel dazu anti-bolschewistische Ausstellung in Berlin »Weltfeind Nr. 1«. Vorlage eines langfristigen Aufrüstungsprogramms durch das Allgemeine Heeresamt.
- 24. 8. Einführung der zweijährigen Wehrdienstpflicht.
- 29. 8. Beginn der Entsendung der Legion Condor nach Spanien.
- 9. 9. Verkündung des »Vierjahresplanes« auf dem Nürnberger Reichsparteitag (8.–14. 9. 1936).
- 18. 10. Göring wird Bevollmächtigter für den Vierjahresplan.
- 25. 10. Deutsch-italienischer Vertrag (»Achse Berlin-Rom«).
- 25. 11. Antikominternpakt zwischen Deutschland und Japan.
- 1. 12. »Gesetz über die Hitlerjugend« macht die HJ zur Staatsjugend.

1937

- 1. 1. Kontingentierung der Nichteisenmetalle.
- 30. 1. Verlängerung des »Ermächtigungsgesetzes« um vier Jahre.
- 14. 3. Enzyklika von Papst Pius XI.: »Mit brennender Sorge«.
- 1. 5. Kontingentierung von Eisen und Stahl.

24. 6. Weisung des Reichskriegsministers und Oberbefehlshabers der Wehrmacht, Generalfeldmarschall v. Blomberg, für die »einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht«.
5. 7. Committee of Imperial Defence empfiehlt dem britischen Kabinett, dem Aufbau eines Abschreckungspotentials gegen eine deutsche Aggression Priorität zu geben.
- 25.–28. 9. Besuch Mussolinis in Deutschland.
5. 10. Roosevelts Chicagoer »Quarantäne«-Rede.
5. 11. Hitlers Ansprache vor den Oberbefehlshabern der drei Wehrmachtteile und dem Reichsaußenminister über seine außenpolitischen Ziele (»Hoßbach-Niederschrift«).
6. 11. Italien tritt dem Antikominternpakt bei.
19. 11. Lord Halifax besucht Hitler auf dem Obersalzberg.
26. 11. Entlassung Schachts als Reichswirtschaftsminister. Göring mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt.
21. 12. Neufassung des Aufmarschplans gegen die Tschechoslowakei (Fall »Grün«).

1938

12. 1. Heirat des Reichskriegsministers und Oberbefehlshabers der Wehrmacht, Generalfeldmarschall v. Blomberg, mit Eva Gruhn unter Mitwirkung von Hitler und Göring als Trauzeugen.
15. 1. Entlassung Görings als amtierender Reichswirtschaftsminister.
28. 1. Beurlaubung des Oberbefehlshabers des Heeres, Generaloberst Freiherr v. Fritsch.
4. 2. Entlassung des Reichskriegsministers von Blomberg und des Oberbefehlshabers des Heeres Frhr. v. Fritsch. Hitler wird »Oberbefehlshaber der Wehrmacht«. Schaffung des Oberkommandos der Wehrmacht (Chef: General Keitel. General v. Brauchitsch wird Oberbefehlshaber des Heeres).
5. 2. Ernennung von Walter Funk zum Reichswirtschaftsminister.
12. 2. Ersetzung des Reichsaußenministers v. Neurath durch v. Ribbentrop.
- Unterredung zwischen dem österreichischen Bundeskanzler v. Schuschnigg und Hitler auf dem Obersalzberg.
16. 2. Das britische Kabinett hält daran fest, daß ein »Continental Commitment« am Ende der Prioritätenskala stehen müsse.
20. 2. Rechenschaftsbericht Hitlers über fünf Jahre NS-Herrschaft.
12. 3. Einmarsch deutscher Truppen in Österreich.
13. 3. Gesetz über die »Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich« (»Anschluß«). Erlaß Hitlers über die Ein-

- gliederung des österreichischen Bundesheeres in die deutsche Wehrmacht.
10. 4. Volksabstimmung über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich.
11. 4. Chamberlain umreißt die britische Position: Generalstabsbesprechungen sollten von einem aus Locarno-Verpflichtungen resultierenden englisch-französisch-belgischen Krieg gegen Deutschland ausgehen.
16. 4. Italienisch-englisches Abkommen über Mittelmeer- und Afrika-Fragen. Versuch einer Gefahrenbegrenzung im Mittelmeer.
24. 4. Konrad Henleins Sudetendeutsche Partei fordert Autonomie für die sudetendeutschen Gebiete der Tschechoslowakei.
3. 5.– 9. 5. Treffen Hitler–Mussolini in Rom. Vorbereitung des Vorgehens gegen die Tschechoslowakei, Verzicht auf Südtirol.
20. 5. Mobilmachung der Tschechoslowakei («Wochenendkrise»).
28. 5. Ansprache Hitlers vor den höchsten Offizieren der Wehrmacht über die politische Lage und seine künftigen Absichten.
30. 5. Weisung Hitlers an die Oberbefehlshaber der Wehrmachtteile für den Plan »Grün« (Zerschlagung der Tschechoslowakei).
30. 6. Schnellplan für Pulver, Spreng- und Kampfstoffe.
1. 7. Denkschrift Hitlers zur Frage der deutschen Festungsanlagen.
12. 7. Wehrwirtschaftlicher Neuer Erzeugungsplan.
17. 8. Verordnungen Hitlers über das Sonderstrafrecht im Kriege und über das militärische Strafverfahren im Kriege, die im Falle einer Gesamtmobilmachung in Kraft traten. Erlaß Hitlers über die Aufgaben der SS und Polizei sowie über die Abgrenzung der gemeinsamen Aufgaben der SS und der Wehrmacht.
27. 8. Enthebung des Generals Beck von seiner Stellung als Chef des Generalstabes des Heeres auf eigenen Antrag.
4. 9. Unveröffentlichtes 2. Reichsverteidigungsgesetz.
15. 9. Unterredung des britischen Premierministers Neville Chamberlain mit Hitler in Berchtesgaden über die »Sudetenkrise«.
17. 9. Erlaß des OKW über die Verwendung der SS-Verfügungstruppe im Rahmen des Heeres.
- 22.–24. 9. Unterredung Neville Chamberlains mit Hitler in Bad Godesberg zur Regelung der »Sudetenkrise«.
26. 9. Hitlers Rede im Sportpalast. Versicherung, die Abtretung des Sudetenlandes sei seine letzte territoriale Revisionsforderung in Europa.

- September Vorbereitung einer nicht zum Zuge kommenden Aktion der konservativen Opposition, insbesondere führender Militärs, gegen Hitler.
28. 9. Erlaß des OKW über die Unterstellung von vier Sturmabteilungen der SS-Totenkopfverbände unter den Oberbefehlshaber des Heeres.
29. 9. Münchener Konferenz zwischen Hitler, Mussolini, Neville Chamberlain und Daladier beschließt unter anderem die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete an das Deutsche Reich.
30. 9. Gemeinsame Erklärung Hitlers und Neville Chamberlains.
1. 10. Beginn des Einmarsches deutscher Truppen in die sudetendeutschen Gebiete.
14. 10. Generalfeldmarschall Göring verkündet eine »Verfünffachung« der Luftwaffe.
19. 10. Propagandaaktion »Populärmachung der Wehrmacht«.
21. 10. Erste Weisung Hitlers zur »Erledigung der Rest-Tschechei«. Weisung Hitlers für die Wehrmacht betr. Sicherung der Grenzen des Deutschen Reiches und Schutz gegen überraschende Luftangriffe, Inbesitznahme des Memellandes.
7. 11. Attentat des jüdischen Emigranten Herschel Grynszpan auf den Legationssekretär Ernst vom Rath in der deutschen Botschaft in Paris. Vom Rath stirbt am 9. 11.
9. 11. Organisierte Ausschreitungen gegen die deutschen Juden in der sog. »Reichskristallnacht«.
10. 11. Geheimrede Hitlers vor Pressevertretern, Umstellung der Propaganda auf Kriegsvorbereitung.
12. 11.– 3. 12. Kollektivbestrafung und Sonderverordnungen gegen die deutschen Juden.
6. 12. Unterzeichnung der deutsch-französischen Nichtangriffserklärung in Paris.
17. 12. Zweite Weisung Hitlers zur »Erledigung der Rest-Tschechei«.

1939

18. 1. Ansprache Hitlers vor den Leutnanten des Offizierjahrgangs 1938 der Wehrmacht über Pflichten und Aufgaben des deutschen Offiziers.
20. 1. Entlassung Schachts als Reichsbankpräsident.
25. 1. Rede Hitlers vor den höheren Befehlshabern der Wehrmacht.
27. 1. Befehl Hitlers über den vorrangigen Aufbau der Kriegsmarine auf der Grundlage des sog. »Z-Planes«.
30. 1. Hitlers »Prophezeiung« vor dem Großdeutschen Reichstag über »die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa« während eines künftigen »Weltkrieg[es]«.

10. 2. Ansprache Hitlers vor den Truppenkommandeuren des Heeres über Aufgaben und Pflichten des Offiziers im nationalsozialistischen Staat.
11. 3. Ansprache Hitlers vor den Offizieren der Kriegsakademien der drei Wehrmachtteile.
15. 3. Einmarsch der deutschen Truppen in die Tschecho-Slowakei (»Griff nach Prag«).
16. 3. Bildung des Reichsprotektorats Böhmen und Mähren.
17. 3. Birminghamer Rede Chamberlains: Warnung an Hitler.
21. 3. Hitler fordert von Polen die Rückgabe Danzigs und den Bau einer exterritorialen Auto- und Eisenbahn durch den Korridor.
Er bietet eine langfristige Garantie der deutsch-polnischen Grenze an.
23. 3. Die Slowakei stellt sich unter den »Schutz« des Deutschen Reiches.
Unter politischem Druck gibt Litauen das Memelgebiet an das Deutsche Reich zurück. Einmarsch der deutschen Truppen. Deutsch-rumänisches Handelsabkommen.
27. 3. Spanien tritt dem Antikomintern-Pakt bei.
31. 3. Britische und französische Garantieerklärung für die Unabhängigkeit Polens.
3. 4. Weisung Hitlers für die Wehrmacht betr. den »Fall Weiß« (Angriff auf Polen).
28. 4. Reichstagsrede Hitlers: Kündigung des deutsch-britischen Flottenabkommens und des deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrages von 1934.
22. 5. Abschluß eines Militärbündnisses zwischen Italien und Deutschland (»Stahlpakt«).
23. 5. Ansprache Hitlers vor hohen Offizieren der Wehrmacht über die außenpolitische Lage und die sich daraus ergebenden Konsequenzen. Entschluß, Polen bei erster passender Gelegenheit anzugreifen.
22. 8. Ansprache Hitlers vor den höchsten Offizieren der Wehrmacht auf dem Obersalzberg.
Weg sei für den Soldaten frei. Der Krieg müsse brutal geführt werden.
23. 8. Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts (mit geheimem Zusatzprotokoll), sog. »Hitler-Stalin-Pakt«.
25. 8. Hitlers »großzügiges« Angebot an Großbritannien zur Zusammenarbeit für die Zeit *nach* Beilegung der Auseinandersetzung mit Polen.
Befehl Hitlers über die militärische Mobilmachung ohne öffentliche Verkündung.

- Die UdSSR erklärt die Fortsetzung der Gespräche mit Großbritannien und Frankreich über ein Abkommen für sinnlos.
27. 8. Einführung der Rationierung von Lebensmitteln in Deutschland.
30. 8. Erlaß Hitlers über die Bildung eines Ministerrates für die Reichsverteidigung.
31. 8. Weisung Hitlers Nr. 1 für die Kriegführung.
1. 9. Beginn des deutschen Angriffs auf Polen.
3. 9. Großbritannien und Frankreich erklären dem Deutschen Reich den Krieg.

Personenregister

- Adam, Wilhelm 475-478
 Adorno, Theodor W. 184
 Aloisi, Pompeo Baron 718, 732
 Althaus, Paul 65 f.
 Alverdes, Paul 93
 Amann, Max 130,148,157
 Andernach, Andreas 39
 Arndt, Ernst Moritz 63
 Aschmann, Gottfried 153
 Ashton-Gwatkin, Frank T.A. 821
 Asmussen, Hans 65
 Astachov, Georgij 838
 Attolico, Bernardo 847
- Backe, Herbert 316, 339, 353-356
 Baillie, Hugh 741
 Baldwin, Stanley 570, 707 f., 743
 Barbusse, Henri 93
 Barth, Karl 71
 Barthou, Louis 716, 718 f.
 Baur (Vierjahresplanbehörde) 341
 Beck, Josef 813f., 825, 831
 Beck, Ludwig 68, 190, 486ff., 490ff.,
 494-498, 501 ff., 507, 511-514, 516f.,
 519, 526, 528, 532, 535, 544, 601 f.,
 605-609, 619-623, 625f., 635, 637,
 774 f., 779ff., 783f., 858
 Bell (brit. Komintern-Delegierter) 104
 Benesch, Eduard 160
 Benjamin, Walter 55 f.
 Bergsträsser, Arnold 225
 Bergsträsser, Ludwig 87
 Berndt, Alfred Ingemar 154
 Bernhardi, Friedrich v. 144
 Bernhardt, Johannes 376
- Beschmidt, Wolfram 341
 Beumelburg, Werner 52, 60, 93, 112
 Binding, Rudolf G. 93
 Bismarck, Otto Fürst v. 651
 Blomberg, Werner v. 144, 155, 263 f.,
 267, 274, 279, 285, 298, 337, 447,
 449, 456, 458, 470-475, 479 f., 482,
 484, 486, 488, 491, 495, 499, 502,
 505ff., 509f., 519f., 524f., 528, 532,
 535, 538, 543, 552f., 567, 569, 571 f.,
 576ff., 591, 596ff., 600-611, 614-621,
 625ff., 634 f., 661, 685 f., 688ff.,
 692ff., 696, 704, 717, 726, 733, 754
 f., 768, 857
 Bluntschli, Johann Caspar 68
 Bodenschatz, Karl Heinrich 845
 Boehm, Hermann 558
 Böhme, Ernst Otto 39
 Bohle, Ernst-Wilhelm 733
 Bonhoeffer, Dietrich 69, 191
 Bonnet, Georges 769 f., 788, 799, 801,
 807
 Born, Max 184
 Boysen (Hauptmann) 341
 Bracht, Franz 241
 Brätsch (Oberregierungsbaurat) 341
 Brauchitsch, Walther v. 150 f., 531, 610,
 620ff., 630, 768, 779 f., 845
 Braun, Otto 107, 142,193
 Brauweiler, Ernst 153
 Brecht, Bertolt 184
 Bredow, Ferdinand v. 454, 616, 659
 Breiting, Richard 687 f.
 Breitscheid, Rudolf 98
 Briand, Aristide 46, 82, 657, 855
 Brinkmann, Rudolf 249, 332

- Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf v. 98
 Bröger, Karl 93
 Brüning, Heinrich 75 f., 113, 125, 213
 f., 269, 302, 461 ff., 467, 660, 680
 Brummenbaum, Albert 254
 Bucharin, Nikolai 104
 Büchs, Walter 341
 Bülow, Bernhard Fürst v. 160
 Bülow, Bernhard Wilhelm v. 304, 660,
 664, 666, 670, 675, 679, 682-688,
 692, 694, 696, 698, 700, 704, 710,
 714, 723 f., 732, 763
 Bülow-Schwante, Vicco v. 750
 Bullitt, William C. 743, 777, 810
 Burckhardt, Carl Jacob 759, 844
 Bussche-Ippenburg, Erich Frhr. v. dem
 447
 Butler, Richard Austen 773

 Cadogan, Sir Alexander 747, 793, 821,
 826, 828
 Canaris, Wilhelm 376, 843
 Carls, Rolf 558, 784
 Caro, Kurt 39
 Caspary, Adolf 443
 Cassirer, Ernst 184
 Cerruti, Vittorio 716
 Chamberlain, Sir Austen 82
 Chamberlain, Neville 156, 673, 706,
 714, 742 f., 746, 756, 761 f., 764,
 769, 772 f., 776, 782, 784, 786, 789-
 793, 794ff., 799, 805ff., 819 f., 823-
 830, 840 f.
 Chantemps, Camille 770
 Chilston, Viscount (Aretas Akers-Dou-
 glas) 712
 Churchill, Winston 692, 721, 787, 796,
 826
 Ciano, Galeazzo Graf v. 400, 732,
 748ff., 796, 808, 835, 842, 845
 Clausewitz, Carl v. 445, 459, 637
 Cochenhausen, Friedrich v. 149

 Cooper, Duff 743, 761, 783, 796
 Cordemann, Reinhold 236
 Cot, Pierre 471, 569, 686 f.
 Coulondre, Robert 800, 802, 810

 Dahlerus, Birger 845 f.
 Daitz, Werner 309
 Daladier, Edouard 156, 682, 686, 689,
 696, 770, 777, 785, 789, 792, 802, 807
 Daranyi, Koloman (Kalman) v. 799
 Darré, R. Walther 244, 247, 254 f., 257,
 270, 315, 319, 354, 358, 654
 Darwin, Charles 35
 Deichmann, Paul 591
 Delbos, Iron 772, 777
 Delp, Alfred 191
 Dibelius, Otto 64, 66 ff.
 Dieckhoff, Hans Heinrich 766, 833
 Dietrich, Otto 130, 157, 237, 248
 Dimitroff, Georgi 17
 Dingeldey, Eduard 84
 Dirksen, Herbert v. 657, 778, 782, 839
 Dittmann, Wilhelm 89, 91
 Dönitz, Karl 548
 Dörries, Hermann 69
 Dollfuss, Engelbert 715
 Dorn, Friedrich 341
 Dorpmüller, Julius Heinrich 283
 Douhet, Giulio 568
 Dräger, Heinrich 229
 Duesterberg, Theodor 41 ff., 45, 47
 Dwinger, Edwin Erich 52, 93, 112

 Ebert, Friedrich 452
 Eckell, Johannes 340 f.
 Eckert, E. 69
 Eden, Anthony 689, 707-710, 712, 714,
 718, 724, 727 f., 739, 743, 745ff., 761,
 773, 777, 783, 796, 820, 826
 Eduard VIII., König von England 743,
 746

- Einstein, Albert 184
Elias, Alois 394
Epp, Franz Ritter v. 149, 654, 817
Erbsland, Kurt 310
Erkelenz, Anton 87
Erzberger, Matthias 73
- Faulhaber, Michael v. 72, 79 f.
Faupel, Wilhelm 377
Feder, Gottfried 123, 228, 231, 236 f.,
264 f., 320
Felmy, Hellmuth 592 f., 789
Fischer, E.R. (IG-Farben) 236
Fisher, Sir Warren 672 f., 712, 735
Flandin, Pierre Etienne 718, 727
Flex, Walter 93
Flick, Friedrich 236, 241
Foerster, Friedrich Wilhelm 84, 525
Franco y Bahamonde, Francisco 154,
375ff., 381, 586, 733, 766
François-Poncet, André 675, 686, 726f.,
730, 734, 740, 744, 783, 785
Franke, Helmut 52 f.
Freud, Sigmund 184
Freyberg-Eisenberg-Allmendingen, Albrecht
Frhr. v. 540
Freytagh-Loringhoven, Axel Frhr. v. 50
Frick, Wilhelm 123
Fried, Ferdinand (d. i. Ferdinand
Friedrich Zimmermann) 221, 224
Friedensburg, Ferdinand 397, 400, 420,
422
Friedlaender-Prechtel, Robert 222
Friedrich II. (der Grosse), König von
Preussen 847
Fritsch, Werner Frhr. v. 490, 496, 500,
504, 506, 509 f., 515, 519-522, 524ff.,
528, 532, 535, 539, 553, 591, 602,
605-609, 611, 617 f., 620 f., 625, 627,
635, 755, 768, 858
Fromm, Fritz 490 f., 497 f., 513, 515,
517ff., 521 f., 531 f.
- Fuchs, E. 69
Fuchs, Werner 563
Funk, Walther 229, 237 f., 342, 405
- Gabriel, S.L. 385
Gambetta, Léon 537
Gamelin, Maurice Gustave 770 f., 792,
800 f.
Gattineau, Heinrich 375
Geist, Friedrich 341
Gereke, Günther 217 f., 277-280
Gerlach, Helmut v. 101
Gerloff, Wilhelm 221
Gessler, Otto 85, 447 f., 450, 452 f., 459
Goebbels, Josef 18, 92, 117, 119, 121 ff.,
127ff., 132-136, 138-141, 147, 149
ff., 157, 159 ff., 170, 186, 194, 200,
204, 734, 767, 797
Goerdeler, Carl 25, 802 f.
Göring, Hermann 154, 172, 193, 195,
201 f., 204, 259, 282, 288, 329, 332,
336, 338ff., 342ff., 347, 353, 361,
363, 366, 376 f., 382ff., 388ff., 429,
431, 499, 524f., 538, 562, 564, 566 f.,
569, 571, 574, 577f., 580 f., 583 f.,
587-591, 594, 598, 608 f., 611, 655,
693, 733, 747, 767f., 783, 789, 798,
817, 822, 834, 837, 845 f., 861
Gok, Karl Gottfried 48
Grimm, Hans 45
Gröber, Adolf 76
Groener, Wilhelm 75, 444, 446, 450 bis
455, 457, 459-462, 465, 467 f., 471,
473, 486, 491, 535, 596 f., 599, 601,
625, 634 f., 854, 857
Groos, Otto 541
Gründel, Günther 443
Guderian, Heinz 508 f., 512
Günther, Albrecht Erich 52, 55
Günther, Gerhard 52
Guse, Günther 190, 556 f., 779
Gustav V., König von Schweden 793

- Habicht, Theo 714
 Hacha, Emil 803
 Hadamowsky, Eugen 128 f.
 Haile Selassie, Kaiser von Äthiopien 732
 Halder, Franz 191,629,633,780 f., 842 f., 846
 Halifax, Lord Edward 761-764, 771 ff., 776 ff., 782,787 f., 792,799, 806, 817, 820ff., 825 f., 828 f., 830f., 841, 845, 864
 Halsmayr, Josef 307
 Hammerstein-Equord, Kurt Frhr. v. 458, 467, 475, 539
 Hanke, Karl 157
 Hankey, Sir Maurice 672 f., 734 f., 742, 785, 805
 Hanneken, Hermann v. 340
 Hartmann, Otto 724
 Haselmayr, Friedrich 149
 Hasse, Otto 447
 Hassell, Ulrich v. 692, 716, 728-732, 768
 Hedler (Major E) 324
 Heemskerck, v. (Vierjahresplanbehörde) 341
 Heinkel, Ernst 575, 585, 587
 Heinrich, Prinz von Preussen 537
 Hellmer, Heinrich 322
 Henderson, Sir Nevile 746 f., 764, 771, 782, 787, 791, 820f., 837, 840f., 843, 846
 Henlein, Konrad 769, 778
 Herriot, Edouard 679
 Hertel, Ernst Ludwig Heinrich 587
 Hess, Rudolf 157, 265, 314
 Hesse, Kurt 145
 Hessen, Christoph Prinz von 204
 Hessen, Philip Prinz von 786
 Heuss, Theodor 39
 Heydrich, Reinhard 195, 843
 Heye, Hellmuth 556-560, 562, 592
 Heye, Wilhelm 447 f., 453, 784 f.
 Hielscher, Friedrich 52, 55
 Hierl, Constantin 147, 203
 Hilger, Gustav 723, 837
 Himmler, Heinrich 18, 195 f., 198, 489, 611, 618 ff., 822, 843
 Hindenburg, Paul v. 44,75, 172, 461 f., 596, 605, 616, 676, 854
 Hitler, Adolf 11 f., 15,17 ff., 21,25 ff., 32, 34-40, 42 f., 45, 47, 51, 58, 60 f., 70, 75, 77 ff., 88, 91, 97 ff., 108, 110f., 114, 116, 118-128, 130, 132-140, 143 f., 146 f., 152-159, 161-164, 167 f., 170-180, 183, 186, 188, 190 f., 193 f., 196-200, 204 f., 226-229, 232, 234-237, 239-242, 244 f., 247 f., 250 f., 254, 259-264, 267, 270, 273, 276-281, 283, 293, 298, 314, 319 f., 329, 333-337, 339, 342 f., 353, 358-361, 364f., 367, 372 f., 375, 381, 387 f., 390, 392 f., 412, 421, 432, 434, 462, 464, 468, 470-473, 479f., 482f., 485, 487-491, 493-500, 506, 509, 514, 516, 520 f., 524 f., 529-533, 535, 538-547, 551-557, 559-564, 567 f., 570, 572, 577-580, 589 ff., 594-597, 599 f., 602 ff., 607-611, 614-623, 625-636, 641-656, 659-672, 674, 676 ff., 680 f., 683-694, 696-718,720-849, 856-866
 Hoare, Sir Samuel 824
 Höltermann, Karl 92 f.
 Hörsing, Otto 92
 Hoesch, Leopold v. 674
 Hore-Belisha, Leslie 772
 Horkheimer, Max 184
 Horthy von Nagybanya, Nikolaus 677
 Hossbach, Friedrich 155, 373, 553, 744, 750, 752 ff.
 Hugenberg, Alfred 41, 48-51,122, 125, 142, 172, 181, 259, 261, 278, 282
 Hunke, Heinrich 307

- Ilgner, Max 368, 410
Inskip, Sir Thomas 793
Ironside, Sir Edmund 772
Ismay, Hastings Lionel 805
- Jagwitz, Eberhard v. 377
Jahnke, Kurt 164
Jeschonnek, Hans 583, 592, 779
Jessen, Jens 236
Jodl, Alfred 274, 387, 606-609, 626, 754,
776, 781, 787, 843
Jones, Thomas 743
Joos, Josef 74,76
Jouvenel, Bertrand de 738 f.
Jünger, Ernst 52-55, 57 f., 60, 93, 112,
855
Jünger, Friedrich Georg 52 f., 57, 93,
112
Junkers, Hugo 575
Junkers, Klaus 575
- Kaas, Ludwig 74 f.
Kantorowicz, Hermann 84
Kardorff, Siegfried v. 48
Kasprzycki, Thaddäus 814
Kehrl, Hans 320,340,382
Keitel, Wilhelm 148 f., 561 f., 564, 597,
606-610, 628 f., 631, 754, 775 f., 779
Keller, Theo 221
Kellermann, Hermann 364
Kellogg, Frank Billings 67, 855
Kemsley, Lord James Gomer 837
Kennard, Sir Howard 831, 845
Kennedy, Joseph P. 831
Keppler, Wilhelm 236, 240, 264 f., 299,
320, 322, 364, 381, 392, 810
Kerri, Hanns 341 f.
Kesselring, Albert 575, 581, 583
Kessler, Harry Graf v. 101
Kessler, Philipp 265
Kircher, Rudolf 143
Kleist, Ewald v. 787
Kleinau, Wilhelm 47, 52 f.
- Klönne, Moritz 98
Knauss, Robert 567-571, 573, 576 f.,
581, 590, 593
Knickerbocker, Hubert Renfro 39
Koch-Weser, Erich 86 f.
Köhler, Walter 340
Koelble, Josef 408
Körner, Paul 385
Köster, Roland 657, 675
Koppenberg, Heinrich 575
Kordt, Erich 158, 711, 787, 794
Kracauer, Siegfried 114
Kraemer, Hans 341
Krauch, Carl 340f., 361, 388, 401, 405
Krohn, Johannes 270
Krohne, Rudolf 445 f.
Krupp v. Bohlen u. Halbach, Gustav 260
f., 282, 286
- La Baume, Robert Renom de 821
Laboulaye, André Lefebvre de 670, 679
La Chambre, Guy 788
Lammers, Hans-Heinrich 342, 817
Lange, Kurt 341
Lautenbach, Wilhelm 278
Laval, Pierre 712, 719, 721, 740
Le Bons, Gustave 121
Lenin, Vladimir Il'ic 103
Lenz, Hermann Ritter v. 43
Leopold, Josef 767
Lewinski gen. Manstein, Erich v. 528,
609, 780 f.
Ley, Robert 18, 180, 265, 272
Liebmann, Curt 487 ff., 496, 526, 572,
602, 614, 645, 693
Liese, Kurt 492 ff., 516, 522, 530
Lindbergh, Charles 788
Link, Wilhelm 308
Lipski, Josef 812ff.
Litvinov, Maxim 39, 681, 712, 718,
720, 724, 772, 788, 828, 836
Lloyd George, David 826
Löb, Fritz 340 f.

- Löbe, Paul 39
 Lohmann, Walter 448
 Londonderry, Lord Charles 745
 Lothian, Lord (Philip H. Kerr) 689, 710, 747
 Lucke, Hans v. 236
 Ludendorff, Erich 144, 147, 862
 Luther, Hans 280, 445
 Luther, Martin 62
 Lutz, Günther 111
 Lutz, Oswald 508
- Mackensen, Hans-Georg v. 751, 775
 Majskij, Ivan Michajlovic 828
 Maltzahn, Curt Frhr. v. 543
 Mann, Heinrich 184
 Mann, Thomas 184, 192
 Mansfeld, Werner 348 f.
 Manstein, Erich v., siehe Lewinski gen. v. Manstein
 Mantel (Oberregierungsrat) 341
 Marcuse, Herbert 184
 Marschak, Jakob 225
 Marx, Karl 183, 199
 Marx, Wilhelm 448
 Masaryk, Jan 778
 Mason-MacFarlane, F.N. 821
 McDonald, James Ramsay 186, 538, 689
 Meinecke, Friedrich 29
 Meinhold, Willy 315, 347
 Meyer, Richard 698
 Mikojan, Anastas Ivanovic 837
 Milch, Erhard 566 f., 569, 573-577, 579ff., 583 f., 588, 603, 747
 Miles, siehe Roginski, Herbert Molotov, Vjaceslav Michajlovic 828, 830, 838
 Moltke, Helmuth Graf v. 68
 Moltke, Hans-Adolf v. 511, 814
 Monroy, Johann Albrecht v. 341
 Müller, Hermann 83 f., 95, 448
 Musil, Robert 184
 Mussolini, Benito 38, 156, 175, 676 f., 691 ff., 697, 705, 714-718, 729-732, 742, 748ff., 758, 768, 774 f., 786, 794, 796, 801, 834 f., 845, 847
- Nadolny, Rudolf 471, 661, 673, 686 f., 723 f.
 Napoleon L, Kaiser der Franzosen 46, 649
 Napoleon III., Kaiser der Franzosen 183
 Neumann, Erich 369
 Neurath, Constantin Frhr. v. 304, 394, 471 f., 543, 591, 626, 660, 664, 666ff., 674f., 679-690, 694, 696, 700, 704, 722 f., 725, 730, 740, 742, 748, 750, 769, 771, 804
 Neureuther, Karl 341
 Nobiling, S. 70
 Noël, Léon 801
 Noske, Gustav 99
- Obenaus (Dipl.-Ing.) 341
 Oehme, Walter 39
 Ossietzky, Carl v. 31, 81, 84
 Osten-Warnitz, Oskar v. der 48
 Ott, Eugen 839
 Otto, Erzherzog von Österreich 624, 768
- Papen, Franz v. 98, 125, 146, 214-218, 220, 241, 243, 449, 463, 468, 470, 667, 670, 679-682, 716, 769, 860
 Paul-Boncour, Joseph 701, 770
 Pfaff, Alfred 233
 Phipps, Sir Eric 545, 704, 707, 719, 739, 742, 772, 788, 828
 Pietzsch, Albert 265
 Piłsudski, Józef 454ff., 475, 697ff., 813, 815
 Pleiger, Paul 341
 Pohland (Dr. habil.) 341
 Posse, Hans-Ernst 308, 311

- Prittwitz und Gaffron, Friedrich Wilhelm
v. 668, 678
- Puttkamer, Karl-Jesko v. 555 f.
- Puaux, Gabriel 770
- Quidde, Ludwig 84 f., 87, 101
- Rade, Martin 63, 66, 69
- Raeder, Erich 537-546, 549-566, 596,
603, 608, 617, 775
- Rarkowski, Franz Justus 78 f.
- Räumers, Hermann v. 756
- Rauschning, Hermann 698
- Rechberg, Arnold 98
- Reichenau, Walther v. 470, 480, 484,
486, 489, 509, 569, 601, 604, 646,
661, 686, 717
- Reinhardt, Fritz 281
- Reinhardt, Hans 510
- Reischle, Hermann 256 f.
- Remarque, Erich Maria 93, 111-114
- Renn, Ludwig (d. i. Arnold Vieth v.
Golssenau) 93
- Renondeau, Gaston 785
- Rheinbablen, Werner Frhr. v. 687
- Ribbentrop, Joachim v. 550, 655, 707,
709 f., 740, 743-746, 749, 751, 756-
759, 771, 781 ff., 786 f., 789, 798ff.,
804, 808 f., 812ff., 822, 824, 835f.,
838f., 845ff.
- Richthofen, Wolfram Frhr. v. 579
- Rienhardt, Rolf 130 f.
- Ritter, Gerhard 25
- Röhm, Ernst 193 f., 483 f., 489, 493,
545, 615, 679, 709
- Römer (Oberregierungsrat) 341
- Roginski, Herbert (Pseud. Miles) 433
- Rohne (Ilseeder Hütte) 365
- Roosevelt, Franklin D. 765 f., 793, 821,
833
- Rosenberg, Alfred 18, 88, 94, 98, 132,
157, 655, 709, 745
- Rosenkranz (Major a. D.) 341
- Roth, Joseph 184
- Rüstow, Alexander 184
- Rumbold, Sir Horace 672, 674
- Runciman, Lord Walter 786
- Rust, Bernhard 132
- Sabath, Hermann Friedrich 377
- Sachsen-Coburg und Gotha, Carl
Eduard Herzog von 743
- Saemisch, Friedrich Ernst 448
- Salomon, Ernst v. 52
- Sargent, Sir (Harold) Orme (Garton) 724
- Sarraut, Albert 727
- Schacht, Hjalmar 229, 232, 240, 264f.,
267 f., 274, 280ff., 293ff., 301 f., 313,
319, 322, 329, 336 f., 342, 348, 365,
369, 372, 525, 598, 658, 736, 860 f.
- Scharnhorst, Gerhard v. 537
- Schaumburg-Lippe, Friedrich Christian
Prinz zu 204
- Schauwecker, Franz 41, 52 f., 60, 93,
112
- Scheidemann, Philipp 451
- Scheler, Max 72
- Schevenel, W. 97
- Schian, Martin 62
- Schiffrin, Alexander 98
- Schirach, Baldur v. 60, 205
- Schlange-Schöningen, Hans 48
- Schleicher, Kurt v. 98, 125, 146, 179,
214, 217 f., 220, 243, 278ff., 453, 455,
458, 461-464, 467-471, 473, 484, 601,
645, 659ff., 667, 680, 686, 854, 860
- Schlieffen, Alfred Graf v. 443 f., 459,
511
- Schmid, Josef 805
- Schmidt, Paul Karl 794, 846
- Schmitt, Carl 38
- Schmitt, Kurt 181, 261 f., 264f., 269, 298
- Schmölders, Günther 402

- Schmundt, Rudolf 629, 775, 786, 815
 Schnurre, Karl 421
 Schoenaich, Paul Frhr. v. 101
 Schönheinz, Curt 687
 Scholz, Ernst 84
 Schramm, Wilhelm Ritter v. 52, 55
 Schreiber, Herbert H. 110
 Schröder, Kurt Frhr. v. 241 ff.
 Schücking, Walther 85,101
 Schulenburg, Friedrich Werner Graf v. der 724, 813, 838 f.
 Schuschnigg, Kurt (v.) 732, 767 f., 771
 Schwedler, Viktor v. 501 f., 505, 516
 Schwerin v. Krosigk, Lutz Graf 293, 329
 Schwichow, Walther v. 315
 Schwichtenberg, Helmut 314, 316, 319, 353 f.
 Seeckt, Hans v. 98, 440 f., 446 f., 459, 501, 853 f.
 Seeds, Sir William 822, 826, 828-831
 Seldte, Franz 42-46, 112, 125, 181
 Severing, Carl 107, 142
 Seyss-Inquart, Arthur 768
 Shirer, William L. 25
 Siegmund-Schulze, Friedrich 69
 Siemens, Werner v. 236
 Simon, Sir John 485, 673, 689, 693 f., 709 f., 712, 719, 724, 727
 Simon (SA-Hauptsturmführer) 201
 Smigly-Rydz, Eduard 814
 Soldan, George 145
 Sollmann, Wilhelm 89, 98
 Sorel, Georges 38
 Sosnkowski, Kazimierz 814
 Speer, Albert 429, 650, 743, 789
 Spengler, Oswald 38, 54
 Stachiewicz, Waclaw 831
 Stadler, Eduard 43
 Stalin, Josef 39, 105, 108, 138, 167 f., 421, 722-725, 825-833, 836, 839, 844
 Stauss, Emil Georg v. 236
 Stegerwald, Adam 74
 Steinberg, F. 434
 Steinberger, Hans 435
 Strasser, Gregor 123, 178, 228ff., 278, 464, 654
 Strasser, Otto 178, 228, 654
 Stresemann, Gustav 34, 44, 47 f., 73 f., 80-84, 94, 453, 463, 656 f., 854
 Struck (Direktor) 341
 Stülpnagel, Edwin v. 469
 Stülpnagel, Joachim v. 442 f., 446 f., 659 f.
 Stumpff, Hans-Jürgen 572 f., 581, 583
 Suranyi-Unger, Theo 406
 Suvich, Fulvio 732
 Swinton of Masham, Lord Philipp 783
 Sybel, Heinrich v. 246
 Sztójay, Dörner 309
 Tarnow, Fritz 95
 Teleki von Szék, Paul Graf 406
 Thälmann, Ernst 106ff., 162, 188
 Thiele, Werner 282
 Thomas, Georg 267, 272ff., 300f., 324, 326 f., 331 f., 334, 337, 366, 373, 375, 386, 402, 417f., 424f., 431 f., 525, 564, 590, 597 f., 602 f.
 Thomsen, Hans 694
 Thyssen, Fritz 261
 Tirpitz, Alfred v. 144,147, 450, 478f., 512, 537ff., 542, 544, 548, 552, 559, 563, 565 f., 568, 859
 Tiso, Josef 803
 Titayna (franz. Journalistin) 742
 Todt, Fritz 203, 628
 Tomberg (WiRüAmf) 413, 416, 418 f.
 Toynbee, Arnold Joseph 745
 Traub, Gottfried 65
 Trenker, Luis 113
 Treviranus, Gottfried R. 224
 Trompke, Eberhard 347

- Trotzki, Leo 103
Tschiang Kai-schek 757
Tuchacevskij, Michail 724
- Udet, Ernst 583-586, 592
Unruh, Fritz v. 93
- Valentin, Veit 184
Vansittart, Sir Robert 672 ff., 692, 719,
724, 734 f., 769, 783, 787, 793
Vitzthum v. Eckstädt, Woldemar Fried-
rich Konrad Graf 68
Vietinghoff gen. Scheel, Heinrich v.
606
Vogl (Generaldirektor) 810
Vorosilov, Kliment Efremovic 831
Vuillemin, Joseph 788
- Wagener, Otto 238, 260
Wagner, Eduard 392
Wagner, Josef 339
Wagner, Siegfried 46
Wahl, Karl 25
Ward Price, George 135, 139 f., 167,
739
Warlimont, Walter 376, 814
Weber, Alfred 225
Wedel, Hasso v. 149
Weichs, Maximilian Frhr. von und zu
509, 622, 698, 703
Weisensee, Carl 341
Weizsäcker, Ernst Frhr. v. 666 f., 757,
763 f., 775, 786 f., 789, 794, 800 ff.,
809, 837 f., 841, 848
- Wels, Otto 91, 95, 143
Wever, Walter 580 f., 583, 593
Wiedemann, Fritz 774, 783 f.
Wiehl, Emil 407
Wigram, R.F. 724
Wilm, Ernst 50
Wilhelm II., dt. Kaiser, König von
Preussen 544
Wilhelm, dt. Kronprinz, Kronprinz von
Preussen 657
Wilmowsky, Thilo Frhr. v. 402
Wilson, Sir Horace 787, 792, 837
Wilson, Hugh R. 798
Wilson, Woodrow 683
Wimmer, Wilhelm 575 f., 581, 583
Winschuh, Josef 432
Wirsing, Giselher 223
Wirth, Josef 113
Wirth, Max 217
Wisch, Martin 341
Witkop, Philipp 93
Witzleben, Erwin v. 788
Woermann, Ernst 317, 773, 798
Wohlthat, Helmuth 328, 330, 407 f., 817
Wolff, Otto 241
Wood, Sir Kingsley 808
Woodman, Dorothy 110
Wucher, Theodor 377
- Young, Owen 41, 51, 61, 102, 463, 679
- Zehrer, Hans 224
Zweig, Stefan 184

..

1.

'M,

-, 4

-A

1 : /

st Z -, 4

y-

■

■:

eO;

■

' / : ! :

'z! z.i'y

y

■

:

Die Autoren

Dr. Wilhelm Deist, Jahrgang 1931. Veröffentlichungen: Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Zweite Reihe: Militär und Politik, 1 in 2 Halbbden), Düsseldorf 1970; als Hrsg. mit H. Schottelius: Marine und Marinepolitik im kaiserlichen Deutschland 1871-1914, Düsseldorf 1972; Flottenpolitik und Flottenpropaganda. Das Nachrichtebureau des Reichsmarineamtes 1897-1914 (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, 17), Stuttgart 1976; The Wehrmacht and German Rearmament, London 1981 (Pb: 1986); als Hrsg.: The German Military in the Age of Total War, Leamington Spa 1985; zusammen mit Volker R. Berghahn: Rüstung im Zeichen der wilhelminischen Weltpolitik. Grundlegende Dokumente 1890 bis 1914, Düsseldorf 1988. Beiträge zur Militärgeschichte des Wilhelminischen Kaiserreiches und der Weimarer Republik in Sammelwerken und Zeitschriften.

Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Jahrgang 1926. Veröffentlichungen: Deutschland in englischer Sicht. Die Wandlungen des Deutschlandbildes in der englischen Geschichtsschreibung, Düsseldorf 1955; Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969; Militär und Politik in der Bismarckzeit und im Wilhelminischen Deutschland, Darmstadt 1975; Die politische Geschichte der Preussisch-Deutschen Armee 1814-1890 (= Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 2, Abschn. IV, 1), München 1975; Die preussische Armee: Strukturen und Organisation 1814-1890 (= Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 2, Abschn. IV, 2), München 1976; zusammen mit Fritz Wüllner: Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus. Zerstörung einer Legende, Baden-Baden 1987; Militärgeschichtliche Aspekte der Entwicklung des deutschen Nationalstaates, Düsseldorf 1988; zahlreiche Beiträge in Sammelwerken und Zeitschriften zur deutschen Militärgeschichte – auch unter rechtshistorischen Aspekten – des 19. und 20. Jahrhunderts.

Prof. Dr. Hans-Erich Volkmann, Jahrgang 1938. Veröffentlichungen: Die russische Emigration in Deutschland 1919-1929, Würzburg 1966; Die deutsche Baltikumspolitik zwischen Brest-Litowsk und Compiegne, Köln, Wien 1970; als Hrsg. mit F. Forstmeier: Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Düsseldorf 1975; sowie Kriegswirtschaft und Rüstung 1939-1945, Düsseldorf 1977; Politik, Wirtschaft und Aufrüstung unter dem Nationalsozialismus, in: M. Funke (Hrsg.): Hitler, Deutschland

und die Mächte, Düsseldorf 1976, S. 269-291; Zum Verhältnis von Grosswirtschaft und NS-Regime im Zweiten Weltkrieg, in: K.D. Bracher/M. Funke/H.-A. Jacobsen (Hrsg.): Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945, Düsseldorf 1983, S. 480-508; Wirtschaft im Dritten Reich. Eine Bibliographie, 2 Bde., Koblenz 1980-1984. Weitere Veröffentlichungen zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, insbesondere über die Beziehungen zu den Staaten Osteuropas und zur Ära Adenauers.

Dr. Wolfram Wette, Jahrgang 1940. Veröffentlichungen: Kriegstheorien deutscher Sozialisten. Marx, Engels, Lassalle, Bernstein, Kautsky, Luxemburg, Stuttgart usw. 1971; Friedensforschung, Militärgeschichtsforschung, Geschichtswissenschaft. Aspekte einer Kooperation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 7/1974; als Hrsg. mit K. Holl: Pazifismus in der Weimarer Republik. Beiträge zur historischen Friedensforschung, Paderborn 1981; zus. mit G. R. Ueberschär: Bomben und Legenden. Die schrittweise Aufklärung des Luftangriffs auf Freiburg am 10. Mai 1940. Ein dokumentarischer Bericht, Freiburg 1981; als Hrsg. mit G. R. Ueberschär: «Unternehmen Barbarossa» Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Berichte, Analysen, Dokumente, Paderborn 1984; zus. mit R.-D. Müller/G. R. Ueberschär: Wer zurückweicht wird erschossen! Kriegsalltag und Kriegsende in Südwestdeutschland 1944/45, Freiburg 1985; Geschichte und Frieden. Aufgaben historischer Friedensforschung, Bonn 1987 (= AFB-Texte); Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987.

Skizzen

Skizze 1: Territoriale Veränderungen des Deutschen Reiches bis 1939

Skizze 2: Die politische und ökonomische Einflussphäre des Deutschen Reiches vor Beginn des Zweiten Weltkrieges

Helmut Krausnick
Hitlers Einsatzgruppen
Die Truppen des
Weltanschauungskrieges
1938 - 1942



Band 4344

Die ersten »Einsatzgruppen« wurden unmittelbar vor dem Einmarsch in Österreich auf besonderen Befehl von Hitler gebildet. Dieses Buch bringt die Geschichte dieser berüchtigten »Gestapo auf Rädern« in den besetzten Gebieten Osteuropas und verfolgt ihre systematischen Mordaktionen gegen Polen, Russen und namentlich gegen Juden. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, daß - entgegen lange gepflegten anderslautenden Darstellungen, die hier keinen Zusammenhang sehen bzw. das exakte Gegenteil behaupten - die deutsche Wehrmacht nicht nur eine *Mit-Verantwortung* zu tragen hat, sondern in zahlreichen Fällen auch direkt beteiligt gewesen ist. Meinungsführende Mitglieder der Generalität waren unzweifelhaft der Ansicht, daß der Kreuzzug gegen den Bolschewismus geführt werden müsse und damit auch gegen die Juden, die man mit Bolschewismus mehr oder weniger identifizierte.

Fischer Taschenbuch Verlag

Avraham Barkai

**Vom Boykott
zur »Entjudung«**

Der wirtschaftliche
Existenzkampf der Juden
im Dritten Reich 1933–1943

Avraham Barkai
Vom Boykott zur
»Entjudung«

Der wirtschaftliche Existenzkampf
der Juden im Dritten Reich
1933–1943

Fischer



Band 4368

Die sofort nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 einsetzenden Diskriminierungsmaßnahmen gegen die in Deutschland lebenden Juden zielten insbesondere auf deren Stellung im Wirtschaftsleben. Die vorliegende Darstellung weist nach, daß der wirtschaftliche Verdrängungsprozeß, der mit der Ausschaltung der Juden aus bestimmten Berufen begann und mit ihrer Ausplünderung und physischen Vernichtung sein Ende fand, auch in den Phasen einer vermeintlichen »Schonzeit« kontinuierlich und konsequent vorangetrieben wurde.

Im Gegensatz zu Forschungsansätzen, die die Interessensgegensätze und Meinungsverschiedenheiten in der nationalsozialistischen Judenpolitik betonen und etwa die Rolle von Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht hervorheben, der während einiger Jahre seine »schützende Hand« über die deutschen Juden gehalten habe, beweist diese umfassende Dokumentation der »Entjudung der deutschen Wirtschaft«:

Gerade das flexibel gehandhabte Zusammenspiel gewalttätiger Boykottaktionen mit dem privaten Interesse an stiller Bereicherung auf Kosten der entrechteten Juden, staatlich legitimiert durch eine Unzahl von antisemitischen Gesetzen und Erlassen, garantierte die grausame Effizienz der national-sozialistischen Judenpolitik.

Fischer Taschenbuch Verlag

Dan Diner (Hg.)

Zivilisationsbruch

Denken nach Auschwitz

Fischer Taschenbuch Band 4398

Mit Beiträgen über

Theodor W. Adorno, Günther Anders, Hannah Arendt,
Ernst Bloch, Max Horkheimer, Siegfried Kracauer,
Leo Löwenthal, Herbert Marcuse, Franz Neumann und
Walter Benjamin

Der Nationalsozialismus und sein Kernereignis:
die administrativ und industriell durchgeführte Massen-
vernichtung von Menschen – das Ereignis »Auschwitz« –
werfen einen langen Schatten. Mit größer werdender
Distanz wird die gesamte historische Bedeutsamkeit
dieses Geschehens zunehmend klarer:

»Auschwitz« war nicht bloß ein entsetzliches Ereignis,
sondern ist so etwas wie eine Epochengrenze unserer
gesellschaftlichen Kultur – ein Zivilisationsbruch. Dieses
Buch enthält eine Zusammenstellung von Beiträgen
über bedeutsame kritische Denker, die sowohl existen-
tiell als auch von ihrem theoretischen Denk-Entwurf her
Auschwitz ausgesetzt waren. Welche Folgerungen
zogen sie aus jenem Ereignis? Wie schlägt sich
»Auschwitz« in ihrem Denken nieder? Wie haben sie es
reflektiert – oder negativ: von ihren Entwürfen her
umgangen?

Fischer Taschenbuch Verlag

Ernst Klee, Willi Dreßen,
Volker Rieß (Hg.)

»Schöne Zeiten«

Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer

276 Seiten. Broschur

Unter dem provozierenden Titel »Schöne Zeiten« – entnommen einem privaten Fotoalbum eines KZ-Kommandanten – haben die Herausgeber eindrucksvolle Dokumente zusammengestellt. Es handelt sich weitgehend um authentische Texte (Tagebücher, Briefe und Berichte), aber auch um (Geständnis-)Protokolle, in denen die Mörder, Mittäter und Gaffer in der Rückschau ungeschminkt vor den ermittelnden Behörden schildern, wie der Massenmord an den Juden organisiert und bis zum bitteren Ende durchgeführt wurde.

Beigegeben werden zahlreiche Fotos, die für sich sprechen. Diese Bilder zeigen nicht etwa Exzeßtäter, die ihre Mordarbeit mit Schaum vor dem Mund tun, keine Bestien, die uns von daher abstoßen, sondern sie zeigen (von Gaffern angespornte) Täter, wie sie ihre »Arbeit« verrichten und wie sie danach erschöpft, aber zufrieden ihren bierseligen Feierabend genießen. Gezeigt werden Menschen, denen man nicht ansieht, daß sie aktiv in der Mordmaschinerie mitwirkten und diese einsatzbereit und willig in Gang hielten.

Der vertrauliche, ja bisweilen private Charakter des Materials zeigt in gnadenloser Deutlichkeit, wie sicher die »Weltanschauung« des Nationalsozialismus im Zentrum der Volkspsyche verankert war, eingebettet in das gängige Denken, in das selbstverständliche Empfinden breiter Bevölkerungskreise.

Ein erschütterndes Buch und ein erhellendes zugleich. Es klärt auf und will zur Trauerarbeit anregen. Und es wirkt dem Vergessen entgegen, daß es in Deutschland Zeiten gegeben hat, in denen auf offener Straße und am hellichten Tage jüdische Mitbürger mit Eisenstangen erschlagen werden konnten, ohne daß sich jemand schützend vor sie gestellt hätte.

S. Fischer

Das deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg

Eine bedeutende und außergewöhnliche Gesamt-
analyse des Dritten Reiches im Kriege...

... zweifellos die beste analytische Darstellung des
Krieges aus deutscher Sicht...

Peter Paret »Germans Studies Review«



10 Bände, herausgegeben vom
Militärhistorischen Forschungsamt

Band 1: Ursachen und
Voraussetzungen der
deutschen Kriegspolitik

Band 2: Die Errichtung der
Hegemonie auf dem
europäischen Kontinent

Band 3: Der Mittelmeerraum
und Südosteuropa

Band 4: Der Angriff
auf die Sowjetunion

Band 5/1: Organisation und
Mobilisierung des deutschen
Machtbereichs - 1939/1941

In Vorbereitung:

Band 5/2: Organisation und
Mobilisierung des deutschen
Machtbereichs - 1942/1945

Band 6: Die Ausweitung
zum Weltkrieg
1941/42-1943

Band 7: Das Deutsche Reich
in der Defensive
Der Krieg im Westen und im
Mittelmeerraum - 1943/1944

Band 8: Das Deutsche Reich
in der Defensive
Der Krieg im Osten und
Südosten - 1943/1944

Band 9/1: Staat und
Gesellschaft im Kriege

Band 9/2: Staat und
Gesellschaft im Kriege

Band 10: Das Ende
des Dritten Reiches

DVA

Deutsche Verlags-Anstalt